Jaromír Balcar und Thomas Schlemmer (Hrsg.)
An der Spitze der CSU

Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte
Herausgegeben vom Institut für Zeitgeschichte

Band 68

R. Oldenbourg Verlag München 2007

An der Spitze der CSU

Die Führungsgremien der Christlich-Sozialen Union 1946 bis 1955

Herausgegeben und bearbeitet
von Jaromír Balcar und
Thomas Schlemmer

R. Oldenbourg Verlag München 2007

Gefördert durch die Hanns-Seidel-Stiftung

Bibliografische Information Der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

© 2007 Oldenbourg Wissenschaftsverlag GmbH, München
Rosenheimer Straße 145, D-81671 München
Internet: oldenbourg.de

Das Werk einschließlich aller Abbildungen ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Dies gilt insbesondere für die Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Bearbeitung in elektronischen Systemen.

Umschlaggestaltung: Dieter Vollendorf

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier (chlorfrei gebleicht).
Satz: Oldenbourg:digital GmbH, Kirchheim b. München
Druck: Memminger MedienCentrum, Memmingen
Bindung: Buchbinderei Klotz, Jettingen-Scheppach

ISBN 978-3-486-58069-3

Inhalt

Vorwort VII

Thomas Schlemmer: Die Christlich-Soziale Union unter der Führung von Josef Müller und Hans Ehard 1945 bis 1955 1

Verzeichnis der Dokumente 32

Dokumente Nr. 1 bis Nr. 70 39

Anhang 559
1. Dokumente zur Entwicklung von Programm und Satzung der Christlich-Sozialen Union 559
2. Kurzbiographien der Vorstandsmitglieder und sonstigen Sitzungsteilnehmer 589

Abbildungsverzeichnis 631
Abkürzungsverzeichnis 632
Quellen- und Literaturverzeichnis 636
Register 647
Personenregister 647
Ortsregister 657
Sachregister 662

Vorwort

Das Institut für Zeitgeschichte legt mit dem vorliegenden Band bereits die dritte Edition von Dokumenten zur Geschichte der CSU vor. Zuletzt veröffentlichte das Institut 1993 unter dem Titel „Die CSU 1945–1948" in drei Bänden Protokolle und Materialien zur Frühgeschichte der Christlich-Sozialen Union. Diese Editionen wären nicht möglich gewesen ohne die enge und fruchtbare Kooperation mit dem Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung – eine Kooperation, die auch in den kommenden Jahren mit der Edition weiterer Quellen zur Geschichte der CSU für die Zeit nach 1955 fortgesetzt werden soll.

Das geschichtswissenschaftliche Schrifttum über die Geschichte der CSU ist quantitativ sehr viel geringer als über andere große Parteien. Aus diesem Grund sind Editionen wie die hier vorgelegte und auch die quellengesättigte Gesamtdarstellung von Thomas Schlemmer „Aufbruch, Krise und Erneuerung. Die Christlich-Soziale Union 1945–1955", die das Institut 1998 publiziert hat, unverzichtbar, wenn man die Geschichte des parteienstaatlichen Parlamentarismus und des Föderalismus in Deutschland angemessen erfassen will. Die wissenschaftliche Bedeutung der hier erstmals einem breiten Publikum vorgestellten Quellen unterliegt keinem Zweifel, doch stieß ihre Publikation aufgrund der komplizierten Überlieferungsgeschichte und des Charakters der Dokumente, die oftmals nur in einer schwer lesbaren stenographischen Fassung vorliegen, auf erhebliche Schwierigkeiten. Sie sind von den Bearbeitern vorzüglich gemeistert worden, so daß nun das erste Jahrzehnt der Geschichte der CSU sowohl in editorischer als auch in monographischer Hinsicht sehr gut dokumentiert ist.

Die Protokolle der Führungsgremien der CSU sind in der vorliegenden Edition nicht nur durch eine intensive Einleitung, sondern durch weitere Dokumente zur Entwicklung der Programmatik, der Satzung sowie Kurzbiographien der Vorstandsmitglieder und der Sitzungsteilnehmer erschlossen. Jedem Leser der Protokolle wird dabei auffallen, wie wenig eine Partei ein monolithischer Block ist, wie sehr statt dessen äußerst temperamentvoll ausgetragene Kontroversen die Geschichte der CSU prägen: Lebendige Diskussionen, die nicht zuletzt um zentrale Probleme der Politik kreisen, sind nicht allein charakteristisch für parteienstaatliche Demokratien, sondern auch ihr Vorzug. Insofern gewinnt der Leser ein plastisches Bild über die politische Meinungsbildung zu Grundfragen der politischen Entwicklung im ersten Nachkriegsjahrzehnt, das nicht nur für Bayern, sondern für ganz Westdeutschland von entscheidender Bedeutung war.

Wir danken allen an diesem wichtigen Projekt Beteiligten für die mühevolle, aber ertragreiche Arbeit.

München, im Dezember 2006

Prof. Dr. Dr. h. c. mult. Horst Möller
Direktor des Instituts für Zeitgeschichte München – Berlin

Dr. h. c. mult. Hans Zehetmair
Staatsminister a. D., Vorsitzender der Hanns-Seidel-Stiftung

Thomas Schlemmer

Die Christlich-Soziale Union unter der Führung von Josef Müller und Hans Ehard 1945 bis 1955

1. Die CSU zwischen Aufbruch, Krise und Erneuerung

„Jetzt muß einmal Fraktur geredet werden, sonst kommt eine Bereinigung nie zustande"[1], rief Hans Ehard am 21. April 1952 den im Münchner Maximilianeum versammelten Funktions- und Mandatsträgern seiner Partei zu, und man hört gleichsam eine Faust auf den Tisch krachen, als ob es nötig gewesen wäre, diesen Satz mit einer Geste zu unterstreichen, die so gar nicht zu einem so ruhigen und bedächtigen Mann wie dem CSU-Vorsitzenden dieser Jahre zu passen scheint. Freilich hatte es Ehard nicht leicht, und er war um seine Aufgabe an der Spitze der bayerischen Unionspartei wahrlich nicht zu beneiden. Denn betrachtet man das Jahrzehnt zwischen 1945 und 1955, das im Mittelpunkt dieser Edition steht, genauer, so läßt sich der Eindruck nicht vermeiden, als sei die Geschichte der CSU in dieser Dekade trotz der Erfolge, die sie als Regierungspartei in München und Bonn vorzuweisen hatte, von einer Abfolge von Krisen geprägt gewesen und als seien die Landesvorsitzenden – bis Mai 1949 Josef Müller, dann Hans Ehard – vor allem als Krisenmanager gefragt gewesen. Dies trifft auf die Phase des Aufbruchs 1945/46 ebenso zu wie auf die Zeit der offenen Flügelkämpfe bis 1949 und auf die Jahre bis 1954, die zwar einen labilen innerparteilichen Burgfrieden sahen, jedoch auch eine organisatorische und organisationspolitische Dauerkrise. Hinter den Kulissen formierten sich ab 1953 jüngere, reformorientierte Kräfte, die bereit waren, mit überkommenen Traditionen zu brechen und alte Zöpfe abzuschneiden, aber erst das mit dem Sturz in die Opposition verbundene politische Erdbeben nach der bayerischen Landtagswahl vom November 1954 und die – um mit Franz Josef Strauß zu sprechen – „Revolte" von Teilen der Basis gegen eine Parteiführung[2], der man die Schuld für eine gescheiterte Regierungsbildung anlastete, schufen die Voraussetzung für eine Erneuerung der Partei an Haupt und Gliedern in der folgenden Dekade.

a) Die CSU unter dem Vorsitz von Josef Müller 1945 bis 1949

Der unheilvolle Dauerkonflikt war der CSU gleichsam in die Wiege gelegt. Dies hing nicht nur mit der Unverträglichkeit von Charakteren und programmatischen

[1] Vgl. Nr. 51a, S. 339.
[2] Vgl. Nr. 69, S. 518.

Positionen, sondern auch mit übergeordneten strukturellen Faktoren zusammen[3]. Die Gründung der bayerischen Unionspartei vollzog sich nämlich in einem „Spannungsfeld zwischen Tradition und Neuorientierung"[4], wobei es die weitgehende territoriale Unversehrtheit und politisch-kulturelle Kontinuität Bayerns den Frauen und Männern der ersten Stunde ermöglichte, an tief verwurzelte Traditionen anzuknüpfen, gemeinsame Sprachregelungen zu finden und die verstreuten Zirkel und Zentren der Unionsgründung vergleichsweise rasch zu einer landesweiten Organisation zusammenzufassen. Daß die Einheit Bayerns – sieht man von der Pfalz ab – erhalten blieb, eröffnete den Gründern der CSU jedoch nicht nur viele Chancen, sondern brachte auch unübersehbare Risiken mit sich. So drohte der in der NS-Zeit überlagerte, aber nicht überwundene Gegensatz zwischen den Protestanten in Ober- und Mittelfranken und den Katholiken in Altbayern, Schwaben und Unterfranken ebenso wieder aufzubrechen wie der Gegensatz zwischen den radikal föderalistischen, ja teilweise partikularistischen Kräften im Süden und Südosten Bayerns, die eine autonome bayerische Landespartei anstrebten, und der mehr gesamtdeutsch-national orientierten Bevölkerung in den Landesteilen, die erst zu Beginn des 19. Jahrhunderts an Bayern gefallen waren. Soweit die Menschen dort der CSU zuneigten, sahen sie in der neuen Partei weniger eine eigenständige Vertreterin bayerischer Interessen als einen Landesverband der künftigen „Reichsunion"[5].

Schon im Herbst 1945 prallten die divergierenden Standpunkte hart aufeinander. Sollte die „bayerische Frage", also die Frage nach der Stellung Bayerns in einem künftigen deutschen Staat, eher partikularistisch, föderalistisch oder zentralistisch gelöst werden? Hier erwies es sich als nahezu unmöglich, einen Kompromiß zu finden. Schließlich sammelten sich in der CSU neben den Protagonisten der bayerischen Eigenstaatlichkeit auch gemäßigte Befürworter eines deutschen Bundesstaates oder Politiker, die mit dem Begriff Föderalismus nicht viel anfangen konnten. Die „bayerische Frage" entwickelte sich schnell zum wichtigsten Katalysator der innerparteilichen Auseinandersetzungen, die die CSU bis 1949 wiederholt an den Rand des Zusammenbruchs brachten. Die Härte und Erbitterung, mit der diese Meinungsverschiedenheiten ausgetragen wurden, wird nur dann verständlich, wenn man berücksichtigt, welchen enormen Stellenwert die „bayerische Frage" und das bayerische Staatsbewußtsein insbesondere in den Regionen hatten, die jahrhundertelang den Kern des Kurfürstentums und später des Königreichs Bayern gebildet hatten[6].

Freilich gab es in den verschiedenen Gründungszirkeln auch eine Reihe von Gemeinsamkeiten, die es überhaupt möglich machten, daß die CSU zu einer Partei zusammenwuchs. Angesichts der Führungs- und Flügelkämpfe, von denen die ersten Jahre gekennzeichnet waren, verschwanden diese Gemeinsamkeiten aber mehr und mehr aus dem Bewußtsein der Zeitgenossen. Da war zunächst die in al-

[3] Vgl. hierzu und zum folgenden Schlemmer, Aufbruch, S. 475–486.
[4] Alf Mintzel, Die Christlich-Soziale Union in Bayern, in: Mintzel/Oberreuter (Hrsg.), Parteien in der Bundesrepublik Deutschland, S. 199–236, hier S. 199.
[5] Zum Gesamtzusammenhang vgl. Müchler, Verhältnis.
[6] Vgl. Alf Mintzel, Regionale politische Traditionen und CSU-Hegemonie in Bayern, in: Oberndörfer/Schmitt (Hrsg.), Parteien und regionale Traditionen, S. 125–180; Unger, Bayernpartei, S. 18–30.

Abbildung 1: Vereidigung Josef Müllers als bayerischer Justizminister am 26. September 1947, neben Müller stehen Zita Zehner und Landtagspräsident Michael Horlacher. ACSP, NL Müller Ph 7

len Gründungszirkeln verbreitete Angst vor einem politischen Linksrutsch. Diese Sozialismusfurcht und die Überzeugung, nur eine große Sammlungspartei aller nichtsozialistischen Kreise könne SPD und KPD erfolgreich Paroli bieten, ließen die Mitbegründer der CSU zusammenrücken, auch wenn sie vor 1933 unterschiedlichen politischen Lagern angehört hatten. Die totalitäre Erfahrung des Dritten Reiches, das Wissen um politische Verfolgung, die man oft genug am eigenen Leib zu spüren bekommen hatte, und der Widerstand gegen das NS-Regime waren ein weiteres wichtiges Bindeglied zwischen den Männern und Frauen, die die CSU 1945 ins Leben riefen. Dieser antinationalsozialistische Gründungsimpuls schwächte sich jedoch in der Folgezeit mehr und mehr ab. Es gab zwar auch in den fünfziger Jahren noch Politiker wie Josef Müller oder Alois Hundhammer – hier ausnahmsweise einig –, die sich dagegen zur Wehr setzten, wenn belastete Personen in der CSU ein Amt übernehmen wollten. Je mehr sich das politische und gesellschaftliche Leben aber normalisierte, desto weniger spielte die Vergangenheit neuer Parteimitglieder eine Rolle[7]. 1945 war die gemeinsame Erfahrung von Verfolgung und Widerstand für die Annäherung von katholischen und evangelischen Christen jedoch von kaum zu überschätzender Bedeutung und trug entscheidend dazu bei, daß das Mißtrauen und die Sprachlosigkeit zwischen den Konfessionen zumindest teilweise überwunden werden konnten. Bei vielen verfolgten Mitbegründern der CSU läßt sich zudem eine Abkehr von antidemokratischen, reaktionären oder autoritären Überzeugungen feststellen, die ihr politi-

[7] Vgl. etwa Nr. 68b; zum Gesamtzusammenhang vgl. Schlemmer, Grenzen der Integration.

sches Handeln noch in der Weimarer Republik mitbestimmt hatten. Das heißt nicht, daß sie pluralistische, freiheitlich-demokratische Gesellschaftssysteme nun vorbehaltlos bejaht hätten, die Achtung von unveräußerlichen Grund- und Menschenrechten, Rechtssicherheit und Rechtsstaatlichkeit gewannen jedoch einen bis dahin nicht gekannten Stellenwert. Zudem gab es in den verschiedenen Gründungszirkeln der CSU ein erstaunliches Maß an Übereinstimmung in Fragen der Kultur-, Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik; diese programmatischen Gemeinsamkeiten wurden jedoch Zug um Zug von den ideologisierten Auseinandersetzungen um die „bayerische Frage" überlagert.

Im Zentrum der Führungs- und Flügelkämpfe, die auch den hier publizierten Dokumenten ihren Stempel aufdrückten, stand der Münchner Rechtsanwalt Dr. Josef Müller, der am 17. Mai 1946 zum Landesvorsitzenden der CSU gewählt worden war[8]. Der gebürtige Oberfranke hatte seit 1920 der BVP angehört, ohne allerdings ein nennenswertes Amt zu bekleiden. Zur Eintrittskarte für eine politische Karriere nach Kriegsende wurde für Müller seine Tätigkeit im Geheimdienst der Wehrmacht, wo sich unter Admiral Wilhelm Canaris und General Hans Oster eine Widerstandsgruppe formiert hatte, für die der praktizierende Katholik mit der Regierung Großbritanniens Verhandlungen unter Vermittlung des Vatikans führte. Müller wußte von den Plänen des nationalkonservativen Widerstandes gegen Hitler, und konnte im Herbst 1945 an andere Traditionsstränge anknüpfen als die Mitbegründer der CSU, die die Schreckensherrschaft des NS-Regimes in weitgehend unpolitischer Haltung überlebt hatten oder in staatsbayerisch-monarchistischen Widerstandszirkeln aktiv gewesen waren[9]. 1943 festgenommen, wurde er vom Reichskriegsgericht zwar freigesprochen, blieb aber weiterhin in Haft, aus der er erst Anfang Mai 1945 von amerikanischen Truppen befreit wurde. Die Odyssee durch die Gefängnisse und Konzentrationslager des Dritten Reiches hatte tiefe Spuren in der Psyche und im politischen Denken des späteren CSU-Vorsitzenden hinterlassen, und Müller selbst ließ auch nie einen Zweifel daran, wie sehr die Erfahrungen aus den Jahren der nationalsozialistischen Diktatur sein Denken und Handeln geprägt hatten[10].

Als Müller im Herbst 1945 zum wohl wichtigsten Initiator der Unionsgründung in Bayern avancierte, war er ein homo novus in der Politik. Er konnte nicht wie seine wichtigsten Konkurrenten auf eine politische Karriere in der Weimarer Republik zurückblicken, und ihm fehlte der typische Stallgeruch der bayerischen Ministerialbürokratie, der Politiker wie Hans Ehard und Wilhelm Hoegner auch dann verband, wenn sie unterschiedlichen Parteien angehörten. Müller verfügte überdies nur über geringe politisch-parlamentarische und organisatorisch-administrative Erfahrungen, was sich in entscheidenden Situationen immer wieder als gravierender Nachteil erwies. Der erste Vorsitzende der CSU, der seinen Beinamen Ochsensepp mit Stolz trug, hatte aber auch Vorzüge. Einer davon war, daß er

[8] Personalangaben nach IfZ-Archiv, RG 260, 10/125-2/12, OMGUS-Fragebogen Josef Müllers vom 16. 8. 1945; vgl. auch Karl-Ulrich Gelberg, Josef Müller (1898–1979), in: Aretz/Morsey/Rauscher (Hrsg.), Zeitgeschichte in Lebensbildern, Bd. 8, S. 155–172; Hettler, Josef Müller, passim, sowie Schlemmer, Aufbruch, S. 95–101.

[9] Vgl. Niethammer, Mitläuferfabrik, S. 80.

[10] Vgl. Müller, Konsequenz, S. 281–322.

einmal ins Auge gefaßte Ziele mit an Sturheit grenzender Hartnäckigkeit verfolgte. Müller war dabei bei der Wahl seiner taktischen Mittel so flexibel, daß er bald in dem Ruf stand, ein Meister der Regie und Intrige, wenn nicht sogar gänzlich prinzipienlos zu sein. Außerdem hatte er nachgerade einen Hang dazu, seine Karten nie vollständig aufzudecken oder mit versteckten Drohungen zu arbeiten[11]. Daß man ihm nachsagte, Gott und die Welt zu kennen, konnte dem Ochsensepp dabei nur recht sein, auch wenn er seine Beziehungen zur amerikanischen Militärregierung oder zur Sowjetischen Militäradministration (SMAD) erheblich überbewertete und diesen Kontakten weit größeres Gewicht zumaß, als ihnen tatsächlich zukam. In den Führungs- und Flügelkämpfen der ersten Nachkriegsjahre war dieser Faktor jedenfalls nicht zu unterschätzen.

Müllers gesamtdeutsche Orientierung, sein Eintreten für ein flexibles Vorgehen gegenüber der sowjetischen Besatzungsmacht, seine Verbindungen zu Repräsentanten der SMAD in Karlshorst und seine Gespräche mit Vertretern von KPD und SED lösten vielfach Unbehagen und Mißtrauen aus. So bot es sich für die Widersacher des Ochsensepp in den Monaten des heraufziehenden Kalten Krieges geradezu an, den CSU-Vorsitzenden als Befehlsempfänger der Sowjets und als Kryptomarxisten zu brandmarken[12]. Dagegen hielt Jakob Kaiser, der Vorsitzende der CDU in der SBZ, große Stücke auf seinen bayerischen Kollegen. Dieser hob zwar offiziell immer wieder hervor, seine eigene Konzeption liege „in der Mitte zwischen Adenauer und Kaiser"[13], tatsächlich aber standen sich Müller und Kaiser weitaus näher als Müller und Adenauer, und es ist kein Wunder, daß das Verhältnis der beiden einflußreichen Unionspolitiker von gegenseitigem Mißtrauen geprägt war.

Mit seinem unnachgiebigen, bisweilen selbstherrlichen Auftreten schuf sich Müller eine Vielzahl unversöhnlicher Feinde. Selbst bei engen Mitarbeitern oder politischen und persönlichen Freunden löste sein Hang zur Geheimniskrämerei, seine Art, Versammlungen zu leiten und seine Gegenspieler durch überlegene Regie auszumanövrieren, immer wieder Irritationen aus und führte zu vermeidbaren Zerwürfnissen, die letztlich nur seine eigene Position schwächten. Da er des öfteren Parteiarbeit mit seiner früheren Tätigkeit als Abwehroffizier zu verwechseln schien, fiel es seinen Widersachern nicht schwer, ihm und seinen Mitarbeitern „Canaris-Methoden" vorzuwerfen[14]. Überhaupt hielt man es für ein probates Mittel, Müllers Engagement für den Widerstand ins Zwielicht zu rücken; noch 1952 bezeichnete Fritz Schäffer die Aktivitäten seines Kontrahenten während des Zweiten Weltkriegs offen als „Landesverrat"[15].

Zu diesen persönlichen Vorbehalten gegenüber Müller kam hinzu, daß seine politischen Ziele von Anfang an umstritten waren und insbesondere seine altbayerischen Kontrahenten reizten. Der Parteivorsitzende war zwar weit davon entfernt, ein großer Programmatiker oder gar ein Visionär zu sein, doch viele seiner Ideen und Überzeugungen wiesen den Weg in die Zukunft, während seine katho-

[11] Vgl. die treffende Charakterisierung Müllers von Henke und Woller, in: Lehrjahre, S. 12f.
[12] Vgl. Nr. 14, S. 155f. mit Anm. 10 und Anm. 11.
[13] Josef Müller an Konrad Adenauer vom 8. 8. 1946; Kopie im Besitz der Herausgeber.
[14] IfZ-Archiv, ED 132/3, Joseph Baumgartner an Alois Hundhammer vom 8. 4. 1947.
[15] Zentrum der Macht (Tagebuch Lenz), S. 327, Eintrag vom 12. 5. 1952.

lisch-konservativen Gegenspieler zumeist der Vergangenheit verhaftet blieben. Dabei gehörte die Ausarbeitung eines Programms gar nicht zu den Aufgaben, denen Josef Müller Priorität einräumte, für ihn waren der Aufbau und die organisatorische Konsolidierung der Partei wichtiger. Frühzeitige programmatische Festlegungen hätten auch dem umfassenden Sammlungskonzept Müllers widersprochen, der hoffte, möglichst viele nichtsozialistische Gruppierungen in der Union zusammenführen zu können. In diesem Sinne betonte der Landesvorsitzende, daß der Begriff christlich im Parteinamen der CSU für ihn lediglich bedeute, „daß jeder, der die christliche Kultur anerkenne, in die Partei aufgenommen werden könne“[16]. Diese Einstellung war nicht nur Männern wie dem kompromißlosen Katholiken Alois Hundhammer entschieden zu liberal, sondern auch in gemäßigteren Kreisen nicht leicht zu vermitteln. Wie inkonsistent die Konzeption Josef Müllers aber zunächst auch gewesen sein mag, eine Honoratiorenpartei nach dem Muster der BVP kam für ihn nicht in Frage. Seine Planungen liefen vielmehr darauf hinaus, die CSU mittels einer „zentral gesteuerten Organisationspolitik“ in möglichst allen politischen Gemeinden des Freistaates zu verankern[17]. Am Ende der Entwicklung sollte eine liberal-konservative, christlich-interkonfessionelle Sammlungspartei gemäßigt föderalistischen Charakters stehen, die als große Mitgliederpartei mit schlagkräftigem Parteiapparat die Alternative zur Sozialdemokratie bilden sollte.

Die erbitterten Konflikte, die auf einer Verflechtung von sachlichen, persönlichen und strukturellen Ursachen beruhten, waren bis 1949 zweifellos die größte Crux der CSU. Diese Auseinandersetzungen begleiteten die CSU praktisch vom ersten Tag an und waren für ihre Frühgeschichte geradezu konstitutiv. Es gab kaum eine Entscheidung, gleichgültig ob in Sach- oder Personalfragen, die nicht in irgendeiner Form von den Zwistigkeiten beeinflußt worden wäre. Die Flügelkämpfe zwischen Josef Müller und seinen Mitstreitern und ihren katholisch-konservativen Gegenspielern um Fritz Schäffer und Alois Hundhammer drohten die CSU nicht nur auf Landesebene zu paralysieren, sondern sie setzten sich bis auf die untersten Stufen der Parteiorganisation fort und machten eine effektive politische Arbeit auch dort oft unmöglich. Als besonders folgenschwer erwies sich der Antagonismus von Parteiführung und Landtagsfraktion[18]. Die von den Gefolgsleuten Josef Müllers dominierten Spitzengremien der CSU versuchten zumeist vergeblich, Einfluß auf die Abgeordneten ihrer Partei in der Verfassunggebenden Landesversammlung und später im bayerischen Landtag auszuüben. Dagegen gelang es dem von der Fraktionsmehrheit unterstützten Alois Hundhammer zunehmend häufiger, Josef Müller das Leben schwer zu machen und die Fraktion zur zentralen Operationsbasis der innerparteilichen Opposition auszubauen. Landesausschuß und Landesversammlung konnten noch so elaborierte Programme oder Richtlinien für die Arbeit der Abgeordneten beschließen, die Fraktion wachte eifersüchtig über ihre Autonomie und handelte auch in entscheidenden Fragen immer wieder nach eigenem Ermessen. Diese Konstellation hatte gravierende Kon-

[16] Sitzung des Dienstag-Clubs am 14. 5. 1946, in: Lehrjahre, S. 52.
[17] Vgl. Mintzel, Anatomie, S. 83–86; das Zitat findet sich auf S. 83.
[18] Vgl. dazu ausführlich Schlemmer, Aufbruch, S. 119–218.

Abbildung 2: Fronleichnamszug in München (vermutlich 1948) – in der ersten Reihe von links nach rechts: Alois Hundhammer (dahinter Lorenz Sedlmayr), Willi Ankermüller, Hans Ehard (dahinter Josef Schwalber), Josef Müller und Heinrich Krehle. ACSP, NL Müller Ph 8

sequenzen für die CSU als Partei. Das Gefühl der Ohnmacht ließ viele Delegierte und Aktivisten resignieren und erstickte in den Führungsgremien der CSU nach und nach den Willen, Demokratie und Gesellschaft aktiv mitzugestalten. Der Fraktion, das zeigte sich schon 1946 und 1947 bei der Bildung der ersten beiden Kabinette Ehard[19], wuchs mehr und mehr Macht zu, während die Partei, die Josef Müller als dynamische, eigenständige Kraft im politischen Prozeß verstanden hatte, allmählich degenerierte.

Versucht man, die Führungs- und Flügelkämpfe zu periodisieren, bietet sich ein Drei-Phasen-Modell an[20]. Die Monate bis zur ersten Landesversammlung der CSU im Mai 1946 standen im Zeichen hitziger Debatten über die Politik der BVP vor 1933, über ihre Haltung gegenüber dem aufkommenden Nationalsozialismus und über die Rolle, die das Führungspersonal der untergegangenen BVP – allen voran Fritz Schäffer und Anton Pfeiffer – in der Union spielen sollte. Die zweite Phase vom Mai 1946 bis zum Februar 1948 war dagegen ganz von den Auseinandersetzungen über die „bayerische Frage" geprägt; die Rebellion des CSU-Bezirksverbands Oberbayern unter Fritz Schäffers Führung leitete die dritte Phase und zugleich das Ende der Ära Müller ein. 1948 kulminierten die inneren Konflikte in einer Zerfallskrise der Partei. Die verlorenen Kommunalwahlen, der Auf-

[19] Vgl. Nr. 1, Nr. 2, Nr. 7 und Nr. 8.
[20] Vgl. Schlemmer, Aufbruch, S. 111–118.

stieg der Bayernpartei, der Zusammenbruch des Parteiapparats im Zuge der Währungsreform und das finanzielle Desaster der neuen Parteizeitung „Der Gerade Weg" erschütterten die Partei bis in ihre Grundfesten und unterminierten die Stellung Josef Müllers zunehmend. Der Hundhammer-Flügel der Partei hatte zwar nach wie vor keine Möglichkeit, einen eigenen Kandidaten für das Amt des Landesvorsitzenden durchzusetzen, mit Hans Ehard, dem bayerischen Ministerpräsidenten, gab es jedoch einen Politiker, der bei allen Gruppierungen der CSU gleichermaßen geachtet war und so beste Chancen hatte, Müller in einer Kampfabstimmung zu schlagen. Ehard drängte sich nicht nach diesem Amt, er empfand es als Bürde. Obwohl der Ministerpräsident von allen Seiten aufgefordert wurde, gegen Müller zu kandidieren, zögerte er lange, konnte sich des wachsenden Drucks aber schließlich nicht mehr erwehren. Am 28. Mai 1949 ließ sich der zaudernde Ehard von den Delegierten des Straubinger Parteitags auf den Schild heben. Die Ära Müller war damit unwiderruflich zu Ende.

b) Die CSU unter dem Vorsitz von Hans Ehard 1949 bis 1955

Hans Ehard, der vielfach als der „überragende Kopf" und als die „einzige Rettung" der CSU angesehen wurde[21], schien als einziger die Fähigkeit zu besitzen, die permanenten innerparteilichen Auseinandersetzungen zu beenden und die rivalisierenden Flügel miteinander zu versöhnen. Als gebürtiger Franke und Vertreter einer föderalistischen Realpolitik war der Ministerpräsident für den nordbayerischen Anhang Josef Müllers durchaus akzeptabel; in Altbayern stand er dagegen als energischer Verfechter bayerischer Interessen auf zonaler und überzonaler Ebene hoch im Kurs. Auch in konfessioneller Hinsicht war Ehard unverdächtig: katholisch, aber niemals in dem Verdacht, klerikal zu sein, war er mit einer protestantischen Frau verheiratet und hatte auch seinen einzigen Sohn evangelisch taufen lassen. Dies ließ ihn zwar den katholischen Hardlinern suspekt erscheinen, machte aber andererseits seine Bekenntnisse zur interkonfessionellen Basis der Union für die evangelischen Anhänger der CSU um so glaubwürdiger. Letztlich waren es jedoch sein sachliches Auftreten und seine nüchterne Art, Probleme auf ihren Kern zu reduzieren und ohne sichtbare persönliche Ressentiments für alle Seiten konsensfähige Kompromißvorschläge auszuarbeiten, die Ehard wohltuend aus der Schar der CSU-Politiker heraushoben, die in den Führungs- und Flügelkämpfen oft das Wesentliche aus den Augen verloren hatten. Seine Autorität als bayerischer Ministerpräsident, sein Ansehen in der Bevölkerung und seine Erfolge im Konzert der westdeutschen Ministerpräsidenten taten ein übriges, um Ehard als den wirklich starken Mann in der CSU erscheinen zu lassen[22].

Dennoch wurde Ehard nie ein Mann der Partei. Er war es nicht, als Josef Müller an der Spitze der CSU stand, und er wurde es auch nicht, nachdem er selbst den Landesvorsitz übernommen hatte. Für den Ministerpräsidenten waren die Prioritäten klar. Er fühlte sich in erster Linie dem bayerischen Staat und erst in zweiter

[21] ACSP, NL Müller C 103, Protokoll der Bezirksversammlung der CSU München am 19. 6. 1948.
[22] Vgl. Thomas Schlemmer, „Ich bin ein Mann des Rechts." Hans Ehard als bayerischer Ministerpräsident, in: Kramer/Rumschöttel (Hrsg.), Ministerpräsidenten.

Abbildung 3: Josef Müller und Alois Hundhammer, undatiert. ACSP, NL Müller Ph 63

Linie der CSU verpflichtet. Anders als der Ochsensepp, der in einer modernen, gut organisierten und mitgliederstarken Partei das wichtigste Werkzeug der Politik gesehen hatte, wußte Ehard das Potential der CSU nur selten zu nutzen. Sie diente ihm überwiegend zur parlamentarischen Absicherung der Regierungsarbeit und seiner föderalistischen Politik, und so war es nur konsequent, daß er seine Wahl zum Landesvorsitzenden als Auftrag interpretierte, die CSU um der Zukunft des bayerischen Staates willen als „politisches Instrument" zu erhalten[23]. Ehard versuchte nie, sich in der CSU eine Hausmacht aufzubauen, um seine Stellung dauerhaft zu sichern. Er fühlte sich in der Mitte seiner Ministerialbeamten in der Staatskanzlei wesentlich wohler als in der Gesellschaft von Parteifreunden und verstand es nicht, der CSU neue Impulse zu geben, zumal organisationspolitische Kärrnerarbeit nicht seine Sache war. Heinrich Aigner, der einige Zeit als Sekretär der Jungen Union in der Parteizentrale gearbeitet hatte, wußte 1957 sogar zu berichten, daß er die Landesgeschäftsstelle kein einziges Mal betreten habe, solange er Landesvorsitzender gewesen sei[24].

Ehards wichtigste Aufgabe war zweifellos, die innerparteilichen Auseinandersetzungen zu beenden. Tatsächlich stellte sich nach seiner Wahl eine erschöpfungsbedingte Beruhigung ein, die dann in eine oberflächliche Konsolidierung und einen instabilen Burgfrieden mündete. Zugespitzt könnte man auch sagen,

[23] ACSP, NL Müller C 26/5, Landesversammlung der CSU vom 27.–29. 5. 1949 in Straubing.
[24] BayHStA, NL Ehard 1276, Egon Klohn an Hans Ehard vom 28. 6. 1957.

daß die spannungsgeladene Atmosphäre der Führungs- und Flügelkämpfe mit der Zeit einer Art Friedhofsruhe wich. Dazu trug vor allem bei, daß viele Gefolgsleute Josef Müllers nach der Wahl Ehards in der CSU nicht mehr ihre Partei sahen, immer wieder überspielt wurden oder resigniert aus der Partei austraten. Diese Entwicklung schwächte die liberalen und die protestantischen Kräfte, die Programm und Politik der CSU in der Ära Müller mitgestaltet hatten, erheblich. Die Parteiführung beschwor die neue Einigkeit der Union geradezu gebetsmühlenhaft, obwohl die alten Frontlinien weiterhin bestanden, wenn die alten Streitigkeiten auch abgeflaut waren und zunehmend von neuen Konflikten überlagert wurden. So entzweiten sich die führenden CSU-Politiker immer wieder über der Frage nach dem richtigen Kurs gegenüber der Bayernpartei, die sich seit 1948 zu einer gefährlichen landespolitischen Konkurrentin entwickelt hatte[25]. Alois Hundhammer und Fritz Schäffer plädierten für eine möglichst weitgehende Zusammenarbeit mit der Bayernpartei, die sie im Kern für eine abtrünnige Schwester der CSU hielten und deren radikal föderalistischen Parolen sie eine Zeit lang näher waren als den Positionen der eigenen Partei. Der Realpolitiker Ehard stand der Bayernpartei und ihrem unberechenbaren Landesvorsitzenden Joseph Baumgartner aber höchst skeptisch gegenüber und lehnte Koalitionen auf Bundes- oder Landesebene ebenso ab wie alle Initiativen, die auf eine Verschmelzung der beiden Parteien unter Aufgabe des Unionsgedankens abzielten[26]. Wollte Ehard die Einheit der CSU wahren, so konnte er kaum anders handeln. Eine Fusion von CSU und Bayernpartei, wie sie Hundhammer lange Zeit vorschwebte, hätte vermutlich die Spaltung der bayerischen Unionspartei bedeutet.

Seitdem sich 1949 mit der CSU-Landesgruppe in Bonn ein neuer Machtfaktor im organisatorischen Gefüge der Partei herausgebildet hatte, war auch das schwierige Verhältnis von Bundes- und Landespolitik eine ständige Quelle kleinerer und größerer Reibereien. Unter der entschlossenen Führung von Fritz Schäffer und Franz Josef Strauß begann die Landesgruppe, die innerparteiliche Willensbildung maßgeblich zu beeinflussen[27]. Eine solche Entwicklung war freilich nicht im Sinne des Parteivorsitzenden und Ministerpräsidenten. In Ehards Kalkül spielte die Landesgruppe lediglich als föderalistisches Sprachrohr und Vollzugsorgan von Staatsregierung und Parteiführung eine Rolle. Die Landesgruppe wachte jedoch voller Argwohn über ihre Autonomie, verbat sich wiederholt Einmischungsversuche und gestattete sich das Recht auf eine eigene Meinung. Die daraus resultierenden Konflikte ergaben sich nicht zuletzt daraus, daß die Mehrheit der Bonner CSU-Abgeordneten ein anderes Föderalismusverständnis entwickelte als ihre Münchner Parteifreunde. Zwar trat auch die Landesgruppe für die Stärkung und Durchsetzung des föderativen Gedankens ein, die Bundestagsabgeordneten der CSU waren aber dennoch bereit, aus koalitionspolitischen Zwängen, übergeordneten parteipolitischen Interessen oder nationaler Verantwortung heraus Entscheidungen mitzutragen, die aus der Perspektive bayerischer Föderalisten unpo-

[25] Vgl. hierzu vor allem Unger, Bayernpartei, und Wolf, CSU und Bayernpartei.
[26] Vgl. Gelberg, Hans Ehard, S. 359ff.
[27] Vgl. Petra Weber, Föderalismus und Lobbyismus. Die CSU-Landesgruppe zwischen Bundes- und Landespolitik 1949 bis 1969, in: Schlemmer/Woller (Hrsg.), Bayern im Bund, Bd. 3, S. 23–116, und Schlemmer, Aufbruch, S. 381–404.

pulär und gefährlich waren. Dies zeigte sich beispielsweise, als die Landesgruppe die Erhöhung des Bundesanteils an der Einkommen- und Körperschaftsteuer gegen erhebliche Widerstände aus der eigenen Partei unterstützte und damit den Bund auf Kosten der Länder stärkte[28]. Während viele Landespolitiker der CSU in ihrer bayerischen Provinzialität gefangen blieben und sich auf die klassischen Themen Schul-, Kultur- und Agrarpolitik konzentrierten, besetzten junge Bundestagsabgeordnete wie Franz Josef Strauß, Werner Dollinger, Richard Jaeger, Gerhard Wacher oder Richard Stücklen neue Politikfelder und machten sich von belastenden Traditionen frei. So warnte die Landesgruppe wiederholt davor, allzu starr auf schul- und kulturpolitischen Maximalforderungen zu beharren, wie dies Alois Hundhammer und Georg Meixner 1954 im Landtagswahlkampf taten[29]. Noch waren die Bundespolitiker nicht in der Lage, entscheidend in die Landespolitik einzugreifen, aber die Landesgruppe avancierte mehr und mehr zur Speerspitze der reformbereiten Kräfte in der CSU, die nur auf ihre Stunde warteten.

Die Führungs- und Flügelkämpfe hatten die CSU in der Ära Müller zwar immer wieder vor schwere Zerreißproben gestellt, aber zu dieser Zeit war die CSU wenigstens eine lebendige Partei gewesen. Bei allen oft kleinlichen Streitereien hatte man in den Führungsgremien der CSU doch immer um den richtigen Weg für den demokratischen Aufbau von Staat und Gesellschaft gerungen. In der Ära Ehard wurde dagegen Disziplin großgeschrieben. Die Parteiführung war darum bemüht, kontroverse Fragen im kleinen Kreis zu entscheiden und so wenig wie möglich nach außen dringen zu lassen. Daß darunter auch die innerparteiliche Demokratie litt, liegt auf der Hand. Die Delegierten des Landesausschusses und der Landesversammlung, ja selbst viele Mitglieder des Parteivorstands waren an der innerparteilichen Willensbildung nur am Rande beteiligt. Von Mai 1949 bis Dezember 1954 tagte der Landesausschuß lediglich neunmal[30]. Dabei waren in der Satzung pro Jahr mindestens zwei Sitzungen vorgesehen, doch diese Quote wurde nur 1950 und 1954 erreicht, als es galt, die CSU für den Wahlkampf zu mobilisieren. Zwischen der Landesausschuß-Sitzung im April 1951 und der im Oktober 1952 vergingen sogar 18 Monate! Josef Müller hatte den Landesausschuß, nominell das höchste Gremium zwischen den Parteitagen, wesentlich häufiger zusammengerufen, nämlich zwischen Mai 1946 und Mai 1949 insgesamt zwölfmal. Auch der Landesvorstand trat selten zusammen: von Juni 1949 bis Juni 1950 gar nur zweimal[31]. Schon daran zeigt sich, daß der Landesvorstand wie im übrigen auch der geschäftsführende Landesvorstand nach 1949 stark an Einfluß verloren. Unter

[28] Vgl. Nr. 51a und c und Nr. 54.

[29] Im Protokoll der Landesgruppensitzung am 30. 4. 1954 (ACSP, LG-P) heißt es: „Der Vorsitzende [Franz Josef Strauß] weist auf die Gefahren hin, die aus einer Überbetonung kulturpolitischer Ziele für die Einheit der CDU/CSU entstehen können, und auf die Verluste, die bei einer zu starken Propagierung dieser Ziele im Wahlkampf zu erwarten wären. Die CSU sollte sich darüber im klaren sein, daß sie von einem großen Teil ihrer Wähler nicht um ihrer Kulturpolitik, sondern vielmehr um ihrer wirtschaftlichen und außenpolitischen Ziele willen gewählt worden sei. Es sei dazu erwiesen, daß evangelische Kreise alle kulturpolitischen Vorstöße mit größtem Mißtrauen betrachten. [...] Die CSU müßte deshalb, ohne auf ihre weltanschaulichen Grundlagen zu verzichten, kulturpolitische Ziele nicht zum Mittelpunkt ihres Wahlprogrammes machen."

[30] Vgl. hierzu und zum folgenden Schlemmer, Aufbruch, S. 431.

[31] BayHStA, NL Ehard 1222, Material für den Rechenschaftsbericht Hans Ehards vor der Landesversammlung der CSU am 17./18. 6. 1950 in Kempten.

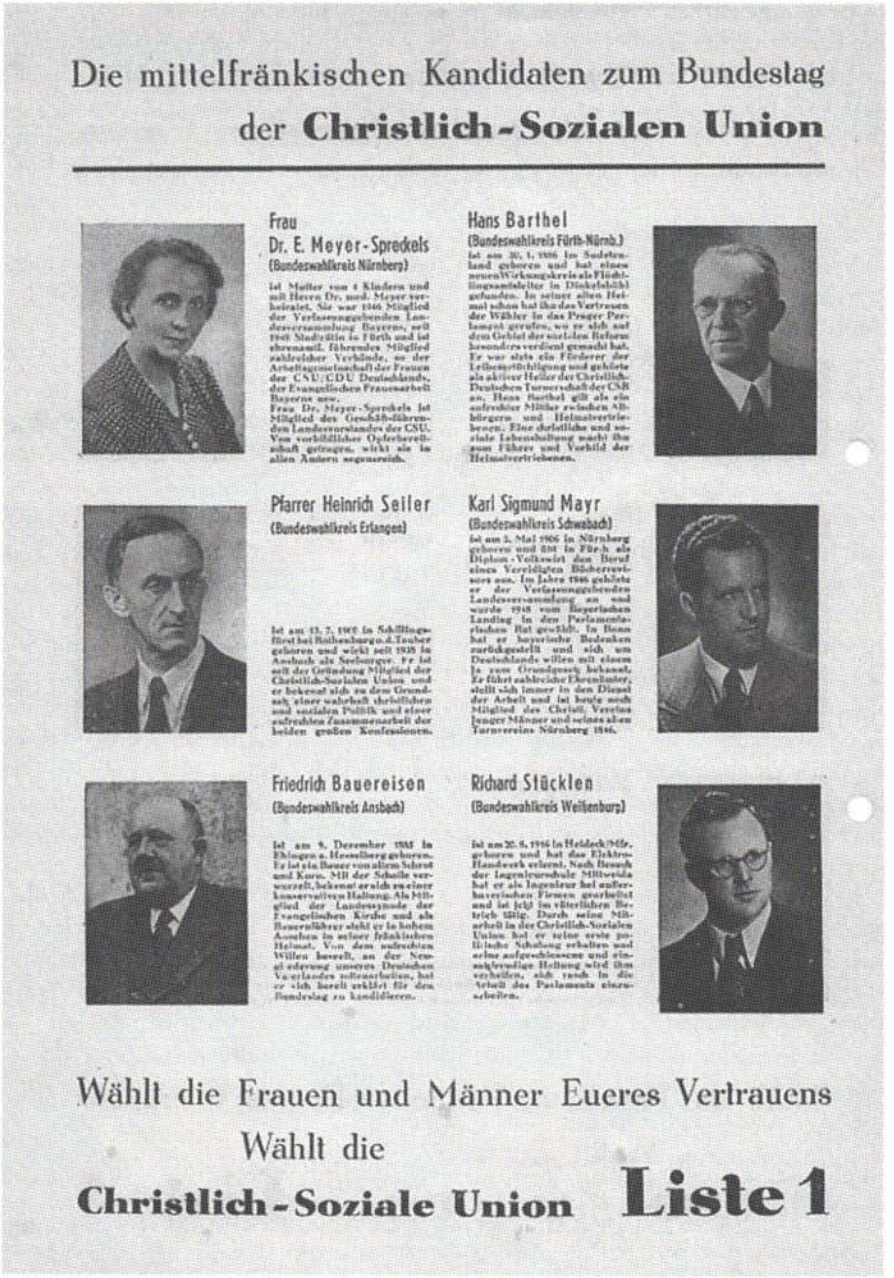

Abbildung 4: Die mittlfränkischen Kandidaten zum Bundestag der Christlich-Sozialen Union, 1949. ACSP, BV Mittelfranken, FL 1949

Die mittelfränkischen Kandidaten auf der Landesliste der **Christlich-Sozialen Union**

Dr. Johannes Semler
München

In Hannover geboren, lebt er seit Jahren in München, fühlt sich aber mit seinen fränkischen Freunden besonders gut verbunden. Er wurde in Deutschland weithin bekannt durch seine Rede vom 4. Januar 1948 in Erlangen.
Im Jahre 1946 gehörte er der Verfassunggebenden Landesversammlung Bayerns an und seit 1947 dem Wirtschaftsrat in Frankfurt, aus dem er nach seiner Erlanger Rede ausscheiden mußte.

Frau Eva Schleip
Ansbach

In Straßburg als Tochter eines evangelischen Pfarrers geboren, verheiratet mit Herrn Landgerichtspräsident Dr. Schleip zählt sie zu den Gründungsmitgliedern der Christlich-Sozialen Union in Ansbach. In der Zeit von 1921 bis 1932 war sie erste Mitarbeiterin des früheren Reichsaußenministers Dr. Gustav Stresemann und Leiterin des Büros der Fraktion der Deutschen Volkspartei im Reichstag.

Dr. phil. Georg Baron Manteuffel
Pappenheim

ist ein Heimatvertriebener aus dem Baltikum und gehört seit langem dem Vorstand des Hauptausschusses der Flüchtlinge in Bayern an. Als Vorsitzender führt er den Flüchtlingsbeirat im Amt für Heimatvertriebene in Frankfurt. Das Hilfswerk der Evangelischen Ostkirche im Rahmen der Evangelischen Kirche Deutschlands hat er ehrenamtlich geführt.

Dr. Richard Zöller
Gunzenhausen

ist Amtsgerichtsrat in Gunzenhausen und seit 1945 stellvertretender Landes-Vorsitzender des Verbandes der Körperbeschädigten, Sozialrentner und Hinterbliebenen in Bayern. Seit dem gleichen Jahre ist er Vizepräsident des Bundes der Zivil- und Kriegsbeschädigten-Verbände Deutschlands.

Adolf Konrad Nürnberg

war zuletzt Oberregierungsrat im Landesarbeitsamt, ist inzwischen in den verdienten Ruhestand getreten und gehört zu den ältesten fränkischen Sozialpolitikern. Über 15 Jahre war er Abgeordneter im Bayer. Landtag und seine ganze Lebensarbeit galt der sozialen Arbeit.

Wählt die Frauen und Männer Eueres Vertrauens
Wählt die
Christlich-Soziale Union **Liste 1**

dem Deckmantel der „Demokratisierung der Parteiführung“[32] wurden regelmäßig Persönlichkeiten zu den Sitzungen des geschäftsführenden Landesvorstands geladen, die dazu nicht legitimiert waren. Es gab in der Praxis kaum einen Unterschied zwischen regulär gewählten Vorstandsmitgliedern und Sitzungsteilnehmern, die von Ehard aus Gründen der Opportunität zu den Beratungen hinzugezogen wurden. Zuweilen herrschte auch Verwirrung, wer nun in welcher Funktion der Parteiführung angehörte und wer nicht, wie etwa ein Schreiben von Lorenz Sedlmayr vom Sommer 1952 zeigt. Der altgediente Münchner CSU-Politiker, ehemalige Staatssekretär und amtierende Mitherausgeber der Parteizeitung „Bayern-Kurier“ schrieb irritiert an Ehard:

„Seit 1946 habe ich als Vertreter der Arbeitnehmergruppe dem Geschäftsführenden Vorstand der Partei angehört. Zu Vorstandssitzungen im Jahre 1951 wurde ich wiederholt nicht eingeladen. Als ich Herrn Brunner nach dem Grund fragte, bat er mich um Entschuldigung wegen des Versehens. Als ich dann wieder nicht eingeladen wurde, erkundigte ich mich erneut bei der Landesgeschäftsstelle. Ein Fräulein erklärte, mein Name stehe seit der Tagung des Landesausschusses in Würzburg nicht mehr in der Liste, vermutlich weil ich Ende 1950 aus der Regierung ausgeschieden bin. Ich erklärte ihr, daß ich nicht als Regierungsmitglied, sondern als Vertreter der Arbeitnehmergruppe dem Geschäftsführenden Vorstand angehört habe. Ich erkundigte mich bei mehreren Parteifreunden, ob Ihnen etwas von einem Beschluß bekannt sei, da ich selbst wegen eigener Erkrankung und der schweren Erkrankung meiner inzwischen verstorbenen Frau in der damaligen Zeit an Parteitagungen nicht teilnehmen konnte. Niemand wußte etwas von einer Änderung. Darum wende ich mich nun an Dich mit der Bitte, den Sachverhalt klarzustellen. [...] Wenn ich nicht mehr dem Geschäftsführenden Vorstand angehöre, müßte ich natürlich auch als Herausgeber des ‚Bayern-Kurier‘ ausscheiden. Auch damit bin ich gern einverstanden. Was ich nicht verstehen kann, ist nur das eine, daß mich das zuständige Parteigremium im [sic!] meiner Abwesenheit als Vorstandsmitglied abgesetzt haben soll, ohne mich zu benachrichtigen, und daß man mich nicht aufgefordert hat, auch als Herausgeber des ‚Bayern-Kurier‘ mein Amt niederzulegen, denn dieses Amt ist mir ja als Vorstandsmitglied übertragen worden.“[33]

Die großen zeitlichen Abstände zwischen den Tagungen und der fehlende Rhythmus machten eine effektive Kontrolle der Parteiführung ebenso unmöglich wie eine geregelte Kommunikation zwischen Parteiführung und Parteibasis, von einer echten Mitwirkung der gewählten Delegierten bei wichtigen Entscheidungen ganz zu schweigen. Kein Wunder, daß angesichts dieser unbefriedigenden Situation immer wieder die Forderung laut wurde, die Parteileitung möge doch in Zukunft die Gremien – vor allem den Landesausschuß – wieder öfter einberufen[34]. Ein Delegierter aus München machte seinem Herzen auf dem Regensburger Parteitag im Juli 1952 mit folgenden Worten Luft:

„Als bisheriges Landesausschußmitglied habe ich einmal zuerst zu beanstanden, daß seit Mai vorigen Jahres [...] bis heute keine einzige Landesausschußsitzung stattgefunden hat. (Sehr richtig!) Ich habe so das Empfinden, wie wenn der Landesausschuß die Fassade der Partei darstellen würde, so daß man sagen kann: Bitte, bei uns sind die Arbeiter, die Angestellten und die Beamten und die Geschäftsleute auch vertreten. Aber man frägt sie das ganze Jahr nie. Ich stehe auf dem Standpunkt: Der Landesausschuß bestimmt die Politik der Partei mit

[32] Vgl. Nr. 27a, S. 218.
[33] BayHStA, NL Ehard 1224, Lorenz Sedlmayr an Hans Ehard vom 7. 7. 1952.
[34] BayHStA, NL Ehard 1269, Memorandum „Zur Frage der Reorganisation der CSU“ vom 21. 9. 1949, oder Nr. 25, S. 199.

und ist mitverantwortlich. [...] Wir verlangen, daß bei wichtigen Fragen der Landesausschuß einberufen wird. [...] Das Mitbestimmungsrecht, das sogenannte Betriebsverfassungsgesetz hat sehr viel Staub aufgewirbelt. Die Parteileitung hat es nicht der Mühe wert gefunden, hierzu den Landesausschuß einzuberufen, auch nicht zum Schuman-Plan, zum Generalvertrag und all diesen Dingen. Meine Herren, wir müssen ja draußen die Verantwortung dafür tragen. Denn wenn der eine oder andere darüber etwas sagt, dann heißt es ja: Die CSU hat das besprochen. Das stimmt ja nicht, das ist doch die persönliche Meinung eines Parteifreundes. Wir verlangen, daß bei diesen Fragen der Landesausschuß gehört wird."[35]

Tatsächlich vollzog sich in der CSU nach 1949 eine Art stiller Verfassungswandel. Während die Parteiorganisation und die von der Satzung vorgesehenen Instanzen der Willensbildung und Führung rapide an Bedeutung verloren, wurden wichtige Entscheidungen mehr und mehr in Zirkeln vorbereitet, die von der Satzung nicht oder nicht in dieser Form vorgesehen waren. Die eigentlich zuständigen Parteigremien erhielten dann beschlußfertige Vorlagen vorgelegt, wenn die Delegierten von Landesausschuß und Landesversammlung überhaupt befragt und nicht vor vollendete Tatsachen gestellt wurden. Besprechungen des Landesvorsitzenden mit den Vorsitzenden der zehn Bezirksverbände spielten dabei eine besondere Rolle. Schließlich waren es die Bezirksvorsitzenden, die im Mai 1949 den Ausschlag für den Sturz Müllers und die Wahl Ehards gegeben hatten[36]. Nun forderten sie ihren Anteil an der Macht ein, und Hans Ehard konnte sich diesem Ansinnen vor allem in den ersten Jahren nur schwer entziehen. Regelmäßige Besprechungen mit den Bezirksfürsten waren freilich auch für den Parteichef von Vorteil. Zum einen war die Steuerungskompetenz dieses informellen Gremiums aufgrund der Stellung der Bezirksvorsitzenden in der Partei hoch, sofern Einigkeit erzielt werden konnte, zum anderen blieb der Kreis überschaubar, so daß man auf Vertraulichkeit hoffen konnte und auch bei widerstreitenden Meinungen ein Wiederaufflammen der allseits gefürchteten Flügelkämpfe nicht unbedingt zu fürchten brauchte.

Auch die Staatskanzlei griff wiederholt in die innerparteiliche Willensbildung ein und übernahm seit 1949 immer mehr Funktionen der ineffizienten Landesgeschäftsstelle. Hans Ehard „ließ die Partei über CSU-nahe Kreise und Mitglieder in der bayerischen Staatsverwaltung gewissermaßen mitverwalten"[37]. Vor allem der ehemalige BVP-Politiker Karl Schwend, der seit 1950 an der Spitze der Staatskanzlei stand, und sein Mitarbeiter Ernst Deuerlein kümmerten sich um die drängendsten Probleme. Sie sammelten Informationen über die wichtigsten Vorgänge in der CSU, entwarfen Konzepte für Wahlkämpfe, bereiteten die Auftritte Ehards in den Parteigremien sowie seine Reden vor und hielten über den Bayerischen Bevollmächtigten beim Bund den Kontakt mit der Bonner Landesgruppe. Die Landesgeschäftsstelle konnte dagegen nur mit Mühe die elementarsten Aufgaben erfüllen und war so wenig autonom, daß der stellvertretende Vorsitzende des CSU-Kreisverbands Starnberg im September 1950 tief verunsichert anfragte, ob man sich künftig auch „in parteilichen Angelegenheiten an die Staatskanzlei" zu wenden habe[38].

[35] IfZ-Archiv, ED 720/19, Landesversammlung der CSU am 5./6. 7. 1952 in Regensburg (Delegierter Huber).
[36] Vgl. Schlemmer, Aufbruch, S. 303–308 und S. 329.
[37] Mintzel, Anatomie, S. 223.
[38] ACSP, LTF I, 15–20/0, CSU-Kreisverband Starnberg an Alois Hundhammer vom 29. 9. 1950.

Die Staatskanzlei zeichnete auch für das Aktionsprogramm der CSU für den Landtagswahlkampf 1954 verantwortlich, das wichtigste programmatische Dokument der bayerischen Unionspartei in der Ära Ehard. Die Entstehungsgeschichte dieses Programms zeigt deutlich, wie wenig die Partei als solche mittlerweile zu sagen hatte. Die Regierungsmitglieder der CSU hatten auf Ersuchen der Staatskanzlei „ihre Gedanken über die künftige Arbeit" der bayerischen Unionspartei zu Papier gebracht[39]. Die eingehenden Texte wurden in der Staatskanzlei redaktionell bearbeitet und ergänzt, bevor sie im Oktober 1954 dem Parteitag als Wahlkampfgrundlage präsentiert werden sollten. Selbst der Landesvorstand erfuhr erst einen Tag vor Beginn der Landesversammlung von diesem Vorhaben. Doch als der Bundestagsabgeordnete Gerhard Wacher „sein Erstaunen darüber" ausdrückte, „daß das Aktionsprogramm heute vorgelegt werde und man sich dahinterstellen solle", erklärte Hans Ehard nur, dieses Dokument enthalte nichts, was für die CSU neu sei, und man käme zu keinem Ende, wollte „man das Aktionsprogramm im einzelnen diskutieren"[40]. Als die Landesversammlung am 9. Oktober 1954 zusammentrat, wurde die programmatische Plattform für die heiße Phase des Wahlkampfes nicht einmal in ihren Grundzügen vorgestellt, geschweige denn von den Delegierten diskutiert und verabschiedet. Ehard kündigte lediglich an, das Aktionsprogramm würde allen Teilnehmern in gedruckter Fassung zugehen und die Arbeit der Redner in den folgenden Wochen sicherlich wesentlich erleichtern[41].

Das zunehmende Gewicht der Staatskanzlei war nicht nur eine Konsequenz von Ehards Führungsstil, sondern hatte viel mit dem Zerfall des Parteiapparats zu tun, der mit der Währungsreform im Juni 1948 begonnen hatte und mit einem rapiden Mitgliederschwund einherging. Der CSU fehlte fast schlagartig das Geld, um ihre hauptamtlichen Mitarbeiter bezahlen zu können; die meisten mußten entlassen werden. Spenden blieben aus, aber auch die Einnahmen aus den Beiträgen der Mitglieder gingen dramatisch zurück, zumal es nach dem Zusammenbruch des Parteiapparats nur noch wenige Aktivisten gab, die die fälligen Beiträge eingetrieben hätten[42]. August Haußleiter brachte das Problem auf den Punkt: „Es herrscht ein Circulus vitiosus. Wir haben kein Geld, weil wir keine Organisation haben, und wir haben keine Organisation, weil wir kein Geld haben."[43] Wie schlecht es um die CSU bestellt war, zeigt ein Blick auf die Mitgliederzahlen. Im Juni 1948 waren 85310 Frauen und Männer bei der bayerischen Unionspartei eingeschrieben; als Hans Ehard im Mai 1949 das Amt des Landesvorsitzenden übernahm, zählte man nur noch 69444 CSU-Mitglieder. Diese negative Entwicklung setzte sich in den folgenden Jahren in einem geradezu dramatischen Ausmaß fort. Der Tiefpunkt war Ende 1953 erreicht, als die Landesgeschäftsstelle einen Mitgliederstand von 32985 melden mußte; damit hatte die CSU in viereinhalb Jahren mehr als die Hälfte ihrer Mitglieder verloren. Diese Misere hatte jedoch nicht nur

[39] Vgl. Nr. 66, S. 444, und den im Anhang abgedruckten Text des Aktionsprogramms; Textentwürfe dazu finden sich in: BSB, NL Schwend 15.

[40] Nr. 66, S. 445f.

[41] ACSP, LGF-LVers, Landesversammlung der CSU am 9./10. 10. 1954 in Nürnberg.

[42] Vgl. Schlemmer, Aufbruch, S. 242–279 und S. 440–474; die folgenden Zahlen finden sich ebenda, S. 456f.; vgl. auch Oliver Gnad, Christlich-Soziale Union, in: Handbuch zur Statistik der Parlamente und Parteien: CDU und CSU, S. 515–858, hier S. 609–613.

[43] ACSP, LTF-P, Protokoll der Fraktionssitzung am 12. 10. 1948.

gravierende Auswirkungen auf die Parteifinanzen, sondern prägte auch die innerparteiliche Willensbildung in spezifischer Weise. Die Legitimationsbasis war stellenweise so schmal, „daß die demokratische Selektion der Personen für öffentliche und parteiinterne Wahlämter wie die innerparteiliche Demokratie überhaupt zur Farce zu werden" drohten[44].

Während die Parteiorganisation „jegliche Eigendynamik im politischen Leben Bayerns" zu verlieren drohte[45], entwickelten sich die Landtagsfraktion und die Bonner Landesgruppe zum eigentlichen Rückgrat der CSU. Die parlamentarischen Gremien waren organisatorisch intakt, konnten auf eigene Geschäftsstellen zurückgreifen und standen dank der Fraktionsbeiträge der Abgeordneten auch finanziell auf eigenen Füßen. Die Landtagsfraktion verfügte mit der „CSU-Correspondenz" seit Herbst 1949 sogar über ein eigenes Publikationsorgan, das vor allem die von den Anhängern der Union in den ländlichen Regionen Bayerns viel gelesene Lokal- und Heimatpresse mit Informationen versorgte. Hatte sich der Dualismus von Partei und Landtagsfraktion bis 1949 immer wieder als eines der Grundprobleme der CSU erwiesen, so löste sich dieses Problem mit der Degeneration der Parteiorganisation gleichsam von selbst. Es fehlte jedoch nicht an Stimmen, die vor den negativen Folgen dieser Entwicklung warnten. So erklärte der Augsburger Bezirksvorsitzende Josef Fischer, selbst ein ehemaliger Landtagsabgeordneter, im Januar 1954 vor dem Landesausschuß:

„Nun meine Damen und Herren, der Landesausschuß der CSU kommt verhältnismäßig so selten zusammen, daß er sich auch einmal Gedanken über die eigene Partei und über die Wege, die zur politischen Willensbildung innerhalb der Partei führen, machen sollte. [...] Diese Frage ist nicht dadurch gelöst, daß Parlament und Regierung eine ausgezeichnete Arbeit leisten und daß wir als Partei und auch als Parteiorgan beiden, Fraktions- wie Regierungsmitgliedern, den tiefsten Dank aussprechen [...]. Wir wollen gar nicht mit dem, was geschehen ist, unzufrieden sein. Aber wir wollen aus Systemgründen heraus nicht, daß uns Fraktion und Regierung allzu viel von der Verantwortung abnehmen, die dem Landesausschuß zusteht."[46]

Müßte man die CSU in der Ära Ehard mit zwei Worten beschreiben, so wären Stagnation und Sklerose die passenden Begriffe. Nach der Wahl Hans Ehards war es zwar gelungen, den akuten Zerfallsprozeß zu stoppen, aber es folgte kaum mehr als eine Konsolidierung der Partei auf niedrigem Niveau. Der erwartete Aufbruch blieb ebenso aus wie eine tiefgreifende Reorganisation. Man startete zwar wiederholt Initiativen, um die Parteiorganisation zu aktivieren und aus dem Resten des Parteiapparats, der nach der Währungsreform auf eine Handvoll schlecht ausgestatteter Geschäftsstellen geschrumpft war, etwas Neues aufzubauen. Alle Bemühungen blieben aber Stückwerk oder verliefen völlig im Sande. Innovative Konzepte fehlten ebenso wie zupackende Aktivisten, die sich dieser Aufgabe angenommen hätten. Am schwersten wog jedoch zweifellos der chronische Geldmangel, der die CSU zu einer Zeit, als die staatliche Finanzierung politischer Parteien noch in den Kinderschuhen steckte, fast zur vollständigen Hand-

[44] Mintzel, Anatomie, S. 238.
[45] Ebenda, S. 224.
[46] ACSP, LGF-LA, Sitzung des Landesausschusses der CSU am 15. 1. 1954 in Rothenburg ob der Tauber.

Abbildung 5: Plakat der CSU für die Landtagswahl 1950: „Gegen Kirchenkampf – für christliche Einheit". ACSP, Plakatsammlung

lungsunfähigkeit verurteilte. Von außen betrachtet erinnerte die CSU zwischen 1949 und 1955 an die Bayerische Volkspartei. Wie die BVP hatte sie sich zu einer mitgliederschwachen Honoratiorenpartei entwickelt, die in einigen Regionen Bayerns nur zu den Wahlterminen präsent, ansonsten aber organisatorisch kaum verankert war. Zudem hatten bekannte BVP-Politiker wie Fritz Schäffer, Georg Stang oder Georg Meixner nach dem Sturz Josef Müllers einflußreiche Positionen übernommen, von wo aus sie die Politik der CSU entscheidend prägten[47].

Allerdings waren die Kräfte zur „inneren Überwindung" der BVP-Tradition nicht erloschen[48]. Insbesondere Vertreter der jüngeren Generation hatten erkannt, daß die organisatorische und programmatische Stagnation der CSU, ihre Immobilität und Überalterung in eine Sackgasse führen mußten. Sie wagten sich erstmals 1952 aus der Deckung und setzten ein unübersehbares Zeichen, als im Zuge der Affäre um Philipp Auerbach die mühsam eingedämmten Machtkämpfe zwischen den verschiedenen Lagern in der CSU wieder auszubrechen drohten. Der Leiter des bayerischen Landesentschädigungsamts war im März 1951 verhaftet und wegen unberechtigter Führung eines Doktortitels, Unterschlagung öffentlicher Gelder, versuchter Erpressung und anderer Delikte angeklagt worden[49]. Im Rahmen

[47] Vgl. Schlemmer, Aufbruch, S. 437.
[48] Mintzel, Geschichte der CSU, S. 67.
[49] Vgl. Nr. 51a–c und Nr. 52a–c; zum Gesamtzusammenhang vgl. Constantin Goschler, Der Fall Philipp Auerbach. Wiedergutmachung in Bayern, in: Herbst/Goschler (Hrsg.), Wiedergutma-

des Verfahrens gegen Auerbach wurden Vorwürfe laut, Ehards Justizminister Josef Müller habe Spenden aus einem zwielichtigen Sonderfonds des Landesentschädigungsamts erhalten und sei somit in eine Affäre verstrickt, die die ihm unterstellten Behörden aufklären sollten. Dies war für Alois Hundhammer ein willkommener Anlaß, erneut zur Attacke gegen den Ochsensepp zu blasen und öffentlich seinen Rücktritt zu fordern. Der Druck auf den Justizminister, der zudem unglücklich taktierte, wurde so groß, daß Ehard nichts anderes mehr übrig blieb, als ihn zur Demission aufzufordern, wollte er eine Regierungskrise vermeiden. Müller kam diesem Ersuchen nach und bat den Ministerpräsidenten am 26. Mai 1952 um seine Entlassung, die Ehard einen Tag später vollzog.

Der Pulverdampf hatte sich kaum verzogen, als am 5. Juli 1952 in Regensburg die Landesversammlung der CSU zusammentrat. Der Unmut der Parteibasis richtete sich zwar vor allem gegen die Streithähne Hundhammer und Müller, aber auch Hans Ehard war aus den Debatten um die Affäre Auerbach nicht ohne Blessuren herausgekommen. In Regensburg zeigte sich, daß vor allem Vertreter der Jungen Union mit Ehards Amtsführung unzufrieden waren. Sie konfrontierten ihn mit einem Gegenkandidaten und schlugen vor, Franz Josef Strauß, den Generalsekretär der Partei und amtierenden Vorsitzenden der Bonner Landesgruppe, zum neuen Parteichef zu küren. Ehard sei zwar ein guter Ministerpräsident, erklärte – von ständigen Zwischenrufen unterbrochen – ein Delegierter aus Passau, als Landesvorsitzender sei er aber „zu weich". Überdies sei er alles andere als eine Wahlkampflokomotive. Wo sei „ein Ehard" denn „während des ganzen Wahlkampfes" gewesen? Man habe ihn kaum gesehen, anders als Strauß, der an allen Brennpunkten präsent gewesen sei[50]. Man kann sich den Tumult vorstellen, den solche Äußerungen in einer Versammlung auslösten, in der es in den vergangenen Jahren kaum mehr eine kontroverse Debatte gegeben hatte. Jede „Schwächung der Autorität des Ministerpräsidenten", rief Ehards Bamberger Parteifreund Anton Hergenröder den Delegierten empört zu, sei „ein bayerisches und nationales Unglück". Strauß erklärte erst in letzter Minute, „niemals gegen den Dr. Ehard" antreten zu wollen, erhielt aber dennoch 93 von 472 abgegebenen Stimmen; der amtierende Parteichef, auf den 349 Stimmen entfielen, mußte damit sein schlechtestes Wahlergebnis seit 1949 hinnehmen. Auch wenn Ehard diese Scharte ein knappes Jahr später wieder auswetzen konnte und von der Landesversammlung mit 94 Prozent der Stimmen im Amt bestätigt wurde[51], hatte er seinen Zenit überschritten. Der Regensburger Parteitag hatte Ehards Renommee dauerhaft beschädigt.

Wie das Manöver während der Regensburger Landesversammlung, so verpufften auch andere Vorstöße aus den Reihen der Landesgruppe und der Jungen Union in einer Atmosphäre der Selbstüberschätzung und Apathie. Den reformbereiten Kräften in der CSU, die sich hinter der konservativen Fassade der frühen

chung in der Bundesrepublik Deutschland, S. 77–98, und Winstel, Verhandelte Gerechtigkeit, S. 148ff. und S. 321–333.

[50] IfZ-Archiv, ED 720/19, Landesversammlung der CSU am 5./6. 7. 1952 in Regensburg; die folgenden Zitate finden sich ebenda. Vgl. auch Gelberg, Hans Ehard, S. 404ff.

[51] Vgl. Neue Zeitung vom 16. 6. 1953: „CSU ist sich ihrer Verantwortung gegenüber der Bundespolitik bewußt".

Abbildung 6: Plakat der CSU für die Landtagswahl 1954: „Wer Bayern liebt, wählt CSU". ACSP, Plakatsammlung

fünfziger Jahre formiert hatten, waren noch die Hände gebunden. Es bedurfte erst einer fundamentalen Erschütterung der Partei, um ihnen den Weg zu ebnen[52].

c) Krise und Mobilisierung 1954/55

Dieser „Wendepunkt in der Geschichte der CSU"[53] war mit der Bildung der Viererkoalition unter Führung der SPD erreicht. Dabei hatte nach der Landtagswahl vom 28. November 1954 nichts darauf hingedeutet, daß die bayerische Unionspartei den Weg in die Opposition würde antreten müssen. Im Gegenteil: Die CSU hatte 38,0 Prozent der Stimmen erhalten und war damit wieder zur mit Abstand stärksten Partei geworden, während SPD und FDP auf dem Niveau von 1950 verharrten und der BHE ebenso Verluste zu verzeichnen hatte wie die Bayernpartei. Doch die führenden Politiker der CSU waren sich ihrer Sache zu sicher. Gerade Alois Hundhammer und Georg Meixner, die Wortführer des katholisch-konservativen Flügels, glaubten, aus einer Position der Stärke heraus den potentiellen Koalitionspartnern die Bedingungen für eine Regierungsbeteiligung diktieren zu können[54]. Überdies zog sich die Willensbildung in der CSU quälend lange hin, und Ehards Stellung als Parteivorsitzender war nicht mehr so unangefochten wie

[52] Vgl. Schlemmer, Aufbruch, S. 437–440.
[53] Mintzel, Geschichte der CSU, S. 67.
[54] Zur Bildung des zweiten Kabinetts Hoegner vgl. Bretschneider, Viererkoalition.

noch vier Jahre zuvor, als er gegen den entschiedenen Widerstand Hundhammers eine Koalition mit der SPD durchgesetzt hatte. In den Wochen vor den Landtagswahlen war sogar über einen möglichen Nachfolger spekuliert worden[55]! Während die CSU mit sich selbst beschäftigt war, nutzte Waldemar von Knoeringen, der Vorsitzende der bayerischen SPD, die Gunst der Stunde. Taktisch geschickt brachte er durch weitgehende Zugeständnisse in Sach- und Personalfragen eine für unmöglich gehaltene Koalition aus SPD, Bayernpartei, BHE und FDP zustande, wobei ihm vor allem der kulturpolitische Fundamentalismus von Hundhammer und Meixner entgegenkam. So wurde am 14. Dezember 1954 nicht Hans Ehard oder einer seiner Parteifreunde, sondern der Sozialdemokrat Wilhelm Hoegner zum Ministerpräsidenten gewählt.

Für die Enttäuschung und die Wut in der CSU lassen sich kaum Worte finden. Die Funktionsträger und die Aktivisten an der Basis, die hart für den Wahlerfolg gearbeitet hatten, sahen sich durch das – in ihren Augen – völlige Versagen der Parteiführung um die Früchte ihres Einsatzes gebracht und übten massive Kritik an Persönlichkeiten wie Ehard, Hundhammer oder Meixner, die lange Zeit als unantastbar gegolten hatten. Scharfe Attacken gegen die „widernatürliche Koalition" von Ministerpräsident Hoegner und die „Auslieferung Bayerns an die Marxisten und Zentralisten"[56] konnten nicht darüber hinwegtäuschen, daß es in der CSU brodelte. Landesvorstand und Landesausschuß kamen zu Krisensitzungen zusammen, und viele Delegierte plädierten für einen radikalen Schnitt[57]. Hans Ehard selbst war es, der am 18. Dezember 1954 vor dem Landesausschuß die Parole ausgab: „Wir wollen der Sache einmal einen Auftrieb geben, wie es bisher hoffentlich noch nie dagewesen ist."[58]

Daß Franz Josef Strauß zu denen gehörte, die den neuen Kurs der CSU bestimmen sollten, war ebenso klar wie die Tatsache, daß Ehard daran keinen entscheidenden Anteil mehr haben würde. Der abgelöste Regierungschef ließ sich am 13. Dezember 1954 zum Präsidenten des bayerischen Landtags wählen und stellte zugleich sein Amt als Landesvorsitzender zur Verfügung. Ehard folgte Alois Hundhammer nach, der nicht nur für viele Abgeordnete aus den Reihen der Viererkoalition ein rotes Tuch war, sondern auch für einen Teil seiner eigenen Parteifreunde, die ihn für den Sturz in die Opposition mitverantwortlich machten[59]. Georg Meixner blieb ebenfalls nicht ungeschoren. Die Landtagsfraktion wählte den Prälaten zwar erneut zu ihrem Vorsitzenden, schränkte aber seine Macht erheblich ein, indem sie gleichzeitig Hanns Seidel zum „Sprecher der Opposition" bestimmte. Hanns Seidel entschied schließlich auch das Rennen um den Parteivorsitz für sich. Am 22. Januar 1955 setzte sich der ehemalige Wirtschaftsminister

[55] Vgl. Gelberg, Hans Ehard, S. 518–522.

[56] ACSP, LTF III/1, 8-1/1, Flugblatt der CSU-Landesleitung „Bayerische Wähler, habt Ihr das gewollt?".

[57] Vgl. Nr. 68b, Nr. 69 und Nr. 70.

[58] ACSP, LGF-LA, Sitzung des Landesausschusses der CSU am 18. 12. 1954 in München.

[59] Der Staatssekretär im Bundesinnenministerium, Hans Ritter von Lex, schrieb am 14. 12. 1954 an Hilde Albert (BAK, NL Lex 3): „Die Regierungsbildung in Bayern haben Ehard und Hundhammer sich selbst zuzuschreiben, weil Hundhammer, berauscht vom Wahlerfolg seiner Partei, verkündet hatte, dass man jetzt sofort mit allem Nachdruck an die konfessionelle Lehrerbildung herangehen müsse."

Abbildung 7: Karikatur von Herbert Kolfhaus im „Münchner Merkur" vom 21./22. Januar 1955; Bildunterschrift: „Um die CSU-Moarschaft: ‚Da schaug her – ko kaum an Eisstock lupfa, und mecht scho mitspuin!'"

in einer außerordentlichen Landesversammlung gegen Franz Josef Strauß durch. Auch Josef Müller und Fritz Schäffer hatten ihren Hut noch einmal in den Ring geworfen, ihre Kandidatur aber schließlich zurückgezogen, als sie erkannten, daß sie chancenlos sein würden. Ihre Zeit war vorbei[60].

Mit dem Katholiken Hanns Seidel trat ein Vertreter der liberal-konservativen, interkonfessionellen Linie an die Spitze der CSU. Der neue Parteichef hatte schon vor 1949 Josef Müller in seinem Kampf gegen die BVP-treuen Kräfte in der CSU unterstützt und wurde nun gleichsam der Vollstrecker von Müllers politischem Testament. In diesem Sinne wählte Seidel auch seine neue Führungsmannschaft aus. Franz Josef Strauß und Rudolf Eberhard, pragmatische, kompetente und energische Repräsentanten der jüngeren Generation, behielten ihre Ämter als stellvertretende Landesvorsitzende. Fritz Zimmermann, der JU-Politiker und ehemalige persönliche Referent Josef Müllers, übernahm die Leitung der Landesgeschäftsstelle. „Hanns Seidel als Vorsitzender, Franz Josef Strauß und Rudolf

[60] Vgl. Groß, Hanns Seidel, S. 121–129.

Eberhard als Stellvertreter und nicht Hundhammer, das war ein Programm", erinnerte sich Zimmermann Jahre später[61].

Zweifellos war es die durch den Machtwechsel ausgelöste Krise, die die Neutralisierung des katholisch-konservativen Flügels der CSU begünstigte und die bislang blockierte Reformpotentiale freizusetzen half. Ende 1954 begann ein beschleunigter innerparteilicher Elitenwechsel. Im Zuge dieses Prozesses gelangten zunehmend junge Politiker in Führungspositionen, deren politische Sozialisation sich erheblich von der ihrer Vorgänger unterschied, die bereits in der Zwischenkriegszeit öffentliche Ämter und Funktionen bekleidet hatten. Insbesondere der tatkräftige, bisweilen hemdsärmelige Fritz Zimmermann erwies sich als gute Wahl. Gegen den Widerstand Alois Hundhammers, dem Zimmermanns Lebenswandel ebenso suspekt war wie seine politische Vergangenheit in der NS-Zeit, und gegen die Bedenken Georg Meixners wurde der 29jährige Jurist im Januar 1955 mit der Leitung der Parteizentrale beauftragt[62]. Der neue Hauptgeschäftsführer, der den Titel Generalsekretär erst ein Jahr später führen durfte, übernahm einen Parteiapparat, dessen Zustand man nur als desolat bezeichnen konnte. Zimmermann übertrieb nicht, als er in der Rückschau erklärte: „Die Partei war eine Wüste."[63] Die neue Parteiführung wußte nicht einmal, wieviele Mitglieder die CSU hatte. Es gab keine Mitgliederkartei, die Landesgeschäftsstelle war hoffnungslos unterbesetzt, die Kassen waren leer und einflußreiche Bezirks- und Kreisvorsitzende wachten eifersüchtig über die Autonomie ihrer ausgezehrten Duodezfürstentümer. Von koordinierter Öffentlichkeitsarbeit konnte keine Rede sein, und mit dem „Bayern-Kurier", das hatte auch Hans Ehard erkannt, ließ sich kein „Hund vom Ofen" locken[64]. Es wartete also viel Arbeit auf die neue Parteiführung, die nicht nur von langer Hand einen Machtwechsel in Bayern vorbereiten, sondern auch und als Voraussetzung dafür die Partei auf eine neue organisatorische Grundlage stellen mußte.

2. Die Führungsgremien der CSU

Obwohl die CSU bereits am 9. Januar 1946 von der amerikanischen Militärregierung für Bayern auf Landesebene lizenziert worden war, sollte es noch zehn Monate dauern, bis die improvisierten und zuweilen nur unvollständig legitimierten Gremien der Gründungstage durch die von der Satzung vorgesehenen ersetzt werden konnten. Die Satzung der bayerischen Unionspartei, die die zuständigen Besatzungsbehörden am 29. Oktober 1946 gebilligt hatten, sah ebenso wie die Satzung vom Juli 1952 einen vierstufigen Aufbau der Parteigremien vor[65]. Als

[61] Erinnerungsinterview mit Friedrich Zimmermann, in: Geschichte einer Volkspartei, S. 619–632, hier S. 623.

[62] Vgl. Nr. 68b; zur Amtszeit Zimmermanns als Generalsekretär der CSU vgl. Mintzel, Anatomie, S. 301–313.

[63] Erinnerungsinterview mit Friedrich Zimmermann, in: Geschichte einer Volkspartei, S. 623.

[64] ACSP, LGF-LA, Sitzung des Landesausschusses der CSU am 18. 12. 1954 in München.

[65] Die Satzung der CSU vom Oktober 1946 findet sich in: Die CSU 1945–1948. Protokolle und Materialien zur Frühgeschichte der Christlich-Sozialen Union, hrsg. von Barbara Fait und Alf Mintzel unter Mitarbeit von Thomas Schlemmer, Bd. 3, München 1993, S. 1783–1803 (künftig zit. als:

oberstes politisches Organ der CSU fungierte die Landesversammlung, die in der Regel einmal jährlich zusammentreten sollte. Zwischen den Parteitagen kam dem Landesausschuß eine zentrale Rolle zu, dem die „Beschlußfassung über alle im Laufe des Geschäftsjahres auftretenden politischen Fragen von grundsätzlicher oder weittragender Bedeutung" zugedacht war, sofern nicht die Landesversammlung damit befaßt wurde.

Als eigentliches Beratungs- und Entscheidungsgremium war der Landesvorstand vorgesehen, der viermal im Jahr – bei Bedarf und auf Antrag auch öfter – tagen sollte. Erst im Dezember 1946 konstituiert[66], oblagen dem Landesvorstand Aufgaben politischer und administrativ-organisatorischer Natur wie die „Beschlußfassung über die Durchführung der von der Landesversammlung und dem Landesausschuß beschlossenen Politik", die Anstellung des Landesgeschäftsführers bzw. später des Generalsekretärs, die Überwachung der Kassenführung und die Bestellung eines Revisors, der Erlaß einer Dienstanweisung und Besoldungsordnung für die Angestellten der Partei, die Herausgabe von Publikationen, die Veranstaltung politischer Schulungskurse sowie die allgemeine „Überwachung der politischen Tätigkeit der Unterverbände der Union".

Nach der Satzung von 1946 bestand der Landesvorstand aus dem Landesvorsitzenden, zehn vom Landesausschuß gewählten Mitgliedern, zwei Frauen- und drei Jugendvertretern, je einem Vertreter der zehn Bezirksverbände, den Mitgliedern der Staatsregierung, soweit sie der CSU angehörten, dem Vorstand der Landtagsfraktion und dem Vorstand eines berufsständischen Rats, der jedoch praktisch nur auf dem Papier existierte. Diese Mischung aus gewählten und geborenen Mitgliedern wurde in der Satzung von 1952, die im Kern bis 1968 in Kraft blieb, noch unübersichtlicher. Danach gehörten dem Landesvorstand an: der Landesvorsitzende und seine beiden Stellvertreter, der Landesschriftführer und der Landesschatzmeister (denen im Januar 1955 Stellvertreter beigegeben wurden), die Bezirksvorsitzenden und je ein von den Bezirksversammlungen zu wählendes Mitglied, die Landesobmänner der Arbeitsgemeinschaften, 15 vom Landesausschuß zu wählende weitere Mitglieder, drei Mitglieder der Staatsregierung und zwei Mitglieder der Bundesregierung, die der CSU angehörten, der Präsident bzw. der Vizepräsident des bayerischen Landtags, soweit er der CSU angehörte, drei Mitglieder der Landesgruppe und fünf Mitglieder der Landtagsfraktion sowie schließlich der Generalsekretär und sein Stellvertreter. Insgesamt bestand der Landesvorstand seit 1952 also aus etwa 60 Personen, wobei einzelne Vorstandsmitglieder jedoch über mehrere Stimmen – etwa als Bezirksvorsitzender und Landtagspräsident wie zeitweise Alois Hundhammer – verfügen konnten. Um mit Alf Mintzel zu sprechen, war die Struktur des Landesvorstands in diesen Jahren „charakterisiert

Protokolle und Materialien); die Bestimmungen über die Landesversammlung, den Landesausschuß, den Landesvorstand und den geschäftsführenden Landesvorstand finden sich in den Paragraphen 44–53. Die Satzung der bayerischen Unionspartei vom Juli 1952 ist im Anhang dieser Edition abgedruckt; die Bestimmungen über die Landesversammlung, den Landesausschuß, den Landesvorstand und den geschäftsführenden Landesvorstand finden sich in den Paragraphen 43–51.

[66] Auf Vorschlag Josef Müllers wählte der Landesausschuß am 6. 12. 1946 die weiteren Mitglieder, die Frauenvertreterinnen und die Jugendvertreter. Am selben Tag berief der Parteivorsitzende auch die sieben Mitglieder des geschäftsführenden Landesvorstands. Vgl. Schlemmer, Aufbruch, S. 158f.

durch Organverschränkungen und -verschachtelungen sowie durch Aggregierung mehrerer ex-officio-Gruppen bzw. politisch-funktionaler Ämtergruppen verschiedener Art". Die personelle Fluktuation, die sich daraus ergeben konnte, sein personeller „Umfang und die Art und Weise der inneren Differenziertheit" machten den Landesvorstand zu einem schwerfälligen Gremium, das weniger als Führungsinstrument, denn als „Konsultations- und Koordinationsorgan für die inneren Führungszirkel der Partei" diente[67].

So ist es kaum verwunderlich, daß sich der geschäftsführende Landesvorstand zum eigentlichen Nervenzentrum der CSU entwickelte. Ursprünglich war es dem Landesvorsitzenden vorbehalten gewesen, zur „Entlastung der Landesvorstandschaft, zur Vereinfachung des Geschäftsbetriebs und zur Beratung dringender Angelegenheiten" sieben Mitglieder des Landesvorstands in den geschäftsführenden Vorstand zu berufen, wobei der Auftrag dieses Gremiums bewußt unklar formuliert war: „Art und Umfang der Aufgaben der geschäftsführenden Landesvorstandschaft", so hieß es in der Satzung von 1946, „bestimmt die Landesvorstandschaft". Die Satzung von 1952 änderte am Zuständigkeitsbereich des geschäftsführenden Landesvorstands wenig und ließ auch die Zusammensetzung zunächst unverändert. Neu war nur, daß die Vorstandsmitglieder nicht mehr ernannt, sondern vom Landesvorstand gewählt wurden. Was zunächst wie eine Schwächung des Landesvorsitzenden aussah, hatte jedoch keine wirkliche Bedeutung, da Ehard das Gremium von Fall zu Fall erweiterte, indem er kraft seines Amtes weitere Parteifreunde zu den Beratungen hinzuzog. Die Landesversammlung sanktionierte diese Praxis jedoch erst im Oktober 1954, als die entsprechenden Abschnitte in Paragraph 51 der Satzung neu gefaßt wurden. Im entsprechenden Antrag des Landesvorstands hieß es:

„2. Diesem geschäftsführenden Landesvorstand gehören an: a) der Landesvorsitzende, seine beiden Stellvertreter, der Landesschriftführer, der Landesschatzmeister und der Generalsekretär, b) sieben weitere Mitglieder, welche aus der Mitte der Landesvorstandschaft gewählt werden. 3. Zur Beratung und Beschlußfassung über organisatorische Fragen – Parteiorganisation, Werbearbeit, Vorbereitung und Durchführung der Wahlen usw. – kann der Landesvorsitzende auch die Bezirksvorsitzenden und die Bezirksgeschäftsführer zuziehen. In diesem Fall haben die Bezirksvorsitzenden Stimmrecht. [...] 4. Dem Landesvorsitzenden steht ferner das Recht zu, in politischen und organisatorischen Fragen einzelne Mitglieder der Landesvorstandschaft zu den Sitzungen des geschäftsführenden Vorstands zu laden, wenn deren Teilnahme bei der Beratung der zu behandelnden Fragen von besonderer Bedeutung ist. Diese Teilnehmer an den Sitzungen des geschäftsführenden Vorstandes haben nur beratende Stimme."[68]

Als Ehard diesen Antrag begründete, konnte er sein Unbehagen über den bisherigen Schwebezustand kaum verbergen und zeigte sich insbesondere erleichtert darüber, daß die neuen Regelungen endlich festlegten, welche Sitzungsteilnehmer unter welchen Umständen stimmberechtigt waren[69]. Daß im neuen dritten Absatz

[67] Mintzel, Geschichte der CSU, S. 113f.
[68] Zit. nach Nr. 66, S. 443f.
[69] ACSP, LGF-LVers, Landesversammlung der CSU am 9./10. 10. 1954 in Nürnberg. Im Januar 1955 wurden noch die Positionen eines 2. Schriftführers und eines 2. Schatzmeisters geschaffen, die ebenso dem Landesvorstand und dem geschäftsführenden Landesvorstand angehörten. IfZ-Ar-

von Paragraph 51 die Vorsitzenden der Bezirksverbände besondere Erwähnung fanden, ist kein Zufall, sondern die logische Konsequenz einer Entwicklung, die 1949 eingesetzt hatte. Denn es waren nicht zuletzt die Bezirksvorsitzenden gewesen, die nach Beratungen im kleinen Kreis der Führungskrise ein Ende gesetzt und für die Wahl Hans Ehards zum Landesvorsitzenden gesorgt hatten. Damit stieg aber auch ihr Stellenwert in der Partei, so daß sie bei wichtigen Entscheidungen kaum mehr übergangen werden konnten[70]. Zudem waren sie nach dem Zusammenbruch des Parteiapparats für die Parteiführung in München eine wichtige Informationsquelle und als kommunikative Multiplikatoren ebenso unverzichtbar wie als Entscheidungsträger in der Provinz. Daher war es nur zu verständlich, daß Hans Ehard die Bezirksvorsitzenden – immer wieder auch gemeinsam mit ihren Geschäftsführern – zusammenrief, um Entscheidungen zu besprechen, die die Partei und ihre Organisation oder die Vorbereitung von Wahlen betrafen.

Der Koordination jenseits der in der Satzung vorgesehenen Gremien dienten nach 1949 auch gemeinsame Sitzungen des (geschäftsführenden) Landesvorstands, der Landtagsfraktion und der Bonner Landesgruppe. Theoretisch war die Parteispitze zwar im Landesvorstand mit den Abgeordneten der CSU in München und Bonn verklammert, in der Praxis zeigte sich aber immer wieder, daß dies nicht ausreichte, um Partei-, Bundes- und Landespolitik aufeinander abzustimmen. Freilich wurde während dieser gemeinsamen Sitzungen nicht nur einmal deutlich, daß es die Mandatsträger waren, die den Ton angaben, und nicht die von den Gremien gewählten Repräsentanten der Partei.

Es lag in der Natur der Sache, daß in diesen Sitzungen am häufigsten über wichtige politische Tagesfragen gesprochen wurde. Die Vertragspolitik Adenauers mit den Westmächten stand hierbei wiederholt auf der Agenda, ebenso der westdeutsche Verteidigungsbeitrag und die Haltung gegenüber dem Ostblock. Die hier veröffentlichten Protokolle[71] lassen es zu, den Standort der CSU zu diesen Fragen genauer zu bestimmen, und sie zeigen, wie rasch Franz Josef Strauß zum praktisch unangefochtenen Sprecher der Partei auf dem Feld der Außen- und Sicherheitspolitik und damit zum führenden Bundespolitiker der CSU neben Fritz Schäffer aufstieg. Die Protokolle dieser Sitzungen machen jedoch auch deutlich, wie fremd sich die Bundes- und Landespolitiker der bayerischen Unionspartei zuweilen waren, wobei die Meinungen immer dann besonders hart aufeinanderprallten, wenn man in München – wie im Bereich der Finanzpolitik – vitale Interessen Bayerns bedroht sah.

In den Sitzungen des geschäftsführenden Landesvorstands und des Landesvorstands dominierten dagegen Probleme der Partei und der Parteipolitik. In der Ära Müller beherrschten die Führungs- und Flügelkämpfe die Diskussion, wie das Protokoll der außerordentlichen Sitzung des Landesvorstands am 10. Dezember 1946, als zäh um die Person des ersten parlamentarisch legitimierten Ministerprä-

chiv, ED 720/20, Auszug aus dem Protokoll der Landesversammlung der CSU am 22. 1. 1955 in München.

[70] In der Aktennotiz über die Besprechung des Landesvorsitzenden mit den Bezirksvorsitzenden der CSU am 28. 10. 1949 (vgl. Nr. 26d, S. 213 f.) heißt es hierzu: „Die Einrichtung monatlicher Besprechungen der Bezirksvorsitzenden mit dem Landesvorsitzenden wird allgemein begrüßt. Sie soll als ständige Einrichtung übernommen werden."

[71] Vgl. Nr. 46a, Nr. 49, Nr. 51a und Nr. 54.

sidenten gerungen wurde[72], ebenso zeigt wie das Protokoll der Sitzung des geschäftsführenden Landesvorstands am 25. Februar 1948, als Fritz Schäffer, der Vorsitzende des rebellierenden Bezirksverbands Oberbayern, der Parteiführung Rede und Antwort stehen mußte[73]. Mit der Währungsreform kam im Sommer 1948 ein weiteres Thema auf die Tagesordnung, das auch in den folgenden Jahren immer wieder eine wichtige Rolle in den Vorstandssitzungen spielen sollte: die Finanzen der Partei, der Zustand des Parteiapparats und Pläne für seine Reorganisation[74]. In diesem Zusammenhang wurde auch wiederholt über den Aufbau einer Parteipresse gesprochen, zunächst in Gestalt der Wochenzeitung „Der Gerade Weg", deren klamoröses Scheitern die Parteiführung noch lange beschäftigen sollte, dann in der Form des „Bayern-Kurier", der im Juni 1950 das erste Mal erschien[75]. Dabei ging es immer wieder um Geld – Geld, das die Partei nicht hatte, die mit den kaum ins Gewicht fallenden Mitgliederbeiträgen und den Zahlungen, die die Abgeordneten und Regierungsmitglieder leisteten, nicht über Wasser zu halten war und daher vor allem zur Finanzierung von Wahlkämpfen dringend auf Spenden angewiesen war. Das Sammeln von Spenden war jedoch ein mühsames und zuweilen auch nicht ungefährliches Geschäft, da sich die Adressaten der Zuwendungen in einer rechtlich wie moralischen Grauzone befanden und sich auch politisch angreifbar machten. Dies mußte Josef Müller im Zuge der Affäre Auerbach ebenso erfahren[76] wie der Memminger Landrat und Landtagsabgeordnete Karl Lenz, dessen Intervention zugunsten eines zwielichtigen Textilfabrikanten sich leicht in einen direkten, den üblen Hauch der Korruption verströmenden Zusammenhang mit Spenden an seine Partei bringen ließ[77].

Von den Themen, die ansonsten wiederholt besprochen wurden, sind vor allem drei hervorzuheben: das Verhältnis von CDU und CSU, das vor allem im Zuge der Regierungsbildung im Herbst 1953 auf eine harte Probe gestellt wurde, als Konrad Adenauer versuchte, die unbotmäßigen Parteifreunde aus Bayern zu disziplinieren[78], die Auseinandersetzung mit der Bayernpartei[79] und die Aufstellung von Kandidaten für diverse Wahlen, wobei beides nicht selten in Zusammenhang stand. Denn stellte die CSU nicht den nach Konfession und Sozialstruktur passenden Bewerber auf, stand zu befürchten, daß die Bayernpartei daraus Kapital schlagen konnte, ganz abgesehen davon, daß man nach der Nominierung eines neuen Bewerbers mit dem Widerstand des alten „Platzhirschen" rechnen mußte, der damit drohen konnte, die Seiten zu wechseln und mitsamt seinem Anhang zur Bayernpartei überzulaufen. Insbesondere im Vorfeld der Landtagswahl vom November 1954 kam es zu Streitfällen, so daß sich der geschäftsführende Landesvorstand wiederholt veranlaßt sah, sein Veto gegen die Aufstellung bestimmter Kan-

[72] Vgl. Nr. 1.
[73] Vgl. Nr. 9.
[74] Vgl. etwa Nr. 13, Nr. 14, Nr. 16, Nr. 18, Nr. 19a, Nr. 22, Nr. 26c, Nr. 27b, Nr. 28b, Nr. 30a, Nr. 34, Nr. 35b, Nr. 42a-c, Nr. 64 und Nr. 67.
[75] Vgl. etwa Nr. 14, Nr. 15, Nr. 16, Nr. 17, Nr. 18, Nr. 20a, Nr. 22, Nr. 27b, Nr. 28b, Nr. 30a, Nr. 34, Nr. 36 sowie Nr. 42a-c.
[76] Vgl. Nr. 51a–c sowie Nr. 52a–c.
[77] Vgl. Nr. 65 und Nr. 66.
[78] Vgl. Nr. 56, Nr. 57, Nr. 58a-c und Nr. 59a-d.
[79] Vgl. etwa Nr. 36, Nr. 38, Nr. 39, Nr. 47, Nr. 56, Nr. 60a.

didaten einzulegen und ein neues Nominierungsverfahren zu erzwingen[80]. Daß es gerade 1954 zu einer Häufung solcher Fälle kam, ist kein Zufall, drängten doch hinter der konservativen Fassade der CSU neue, oft der Jungen Union entstammende Kräfte nach vorne, die auch vor Kampfabstimmungen in Delegiertenversammlungen nicht zurückschreckten. Freilich waren die Widerstände gegen die junge, reformbereite Garde zumeist noch zu groß, und es bedurfte eines unerwarteten Ereignisses wie der gescheiterten Regierungsbildung im Dezember 1954, um verkrustete Strukturen aufzubrechen und den Boden für einen Neuanfang zu bereiten. Die Sitzungen des geschäftsführenden Landesvorstands und des Landesvorstands um die Jahreswende 1954/55, mit denen diese Edition schließt, geben ein beredtes Zeugnis von dieser krisenhaften, aber zugleich mobilisierenden Situation, in der sich die CSU am Ende der Ära Ehard befand[81].

3. Zur Edition und ihren Grundsätzen

Der vorliegende Band knüpft an die Dokumentation „Die CSU 1945–1948. Protokolle und Materialien zur Frühgeschichte der Christlich-Sozialen Union" an. Diese Dokumentation, die bereits 1993 in der Reihe „Texte und Materialien zur Zeitgeschichte" des IfZ erschienen ist, enthält die Niederschriften der Sitzungen der improvisierten Gremien aus den Gründungstagen der Partei sowie die Protokolle der Sitzungen des Landesausschusses und der Tagungen der Landesversammlung bis Februar 1948. Die Protokolle über die Sitzungen des Landesvorstands und des geschäftsführenden Landesvorstands wurden seinerzeit bewußt ausgeklammert[82]. Nun liegen auch diese Dokumente erstmals in veröffentlichter Form vor, und zwar nicht nur bis 1948, sondern bis zum Ende der Ära Ehard im Januar 1955. Damit deckt die vorliegende Edition ein Jahrzehnt ab, das nicht nur für die Geschichte der CSU, sondern auch für die Geschichte Deutschlands insgesamt von zentraler Bedeutung gewesen ist.

Allerdings haben sich die Herausgeber nicht auf die Sitzungen des Landesvorstands und des geschäftsführenden Landesvorstands beschränkt, sondern auch die Konferenzen des Landesvorsitzenden mit den Vorsitzenden der zehn Bezirksverbände berücksichtigt, denen vor allem in den ersten Jahren der Ära Ehard eine ähnliche Funktion zukam wie den von der Satzung vorgesehenen Führungsgremien. Insgesamt werden in der vorliegenden Edition 70 Sitzungen dokumentiert, und zwar: 36 Sitzungen des geschäftsführenden Landesvorstands (davon eine mit dem Wirtschaftsbeirat der Union, eine gemeinsam mit der Landtagsfraktion und der Landesgruppe sowie eine mit den Bezirksvorsitzenden, den Bezirksgeschäftsführern und den Obmännern der Arbeitsgemeinschaften), 25 Sitzungen des Landesvorstands (davon drei gemeinsam mit der Landtagsfraktion und der Landesgruppe) und neun Konferenzen des Landesvorsitzenden mit den Vorsitzenden der Bezirksverbände.

[80] Vgl. etwa Nr. 62, Nr. 63, Nr. 64, Nr. 65, Nr. 66 und Nr. 67.
[81] Vgl. Nr. 68a und b, Nr. 69 und Nr. 70.
[82] Vgl. Barbara Fait, Einleitung zu: Protokolle und Materialien, Bd. 1, S. LXXXV.

Wie viele Sitzungen der hier berücksichtigen Gremien zwischen Ende 1946 und Anfang 1955 tatsächlich stattgefunden haben, ist schwer zu sagen. Zum einen konnte vor allem der zahlenmäßig kleine geschäftsführende Landesvorstand auch kurzfristig einberufen werden, ohne daß dazu eine schriftliche Einladung ergehen mußte. Das heißt mit anderen Worten: nicht alle Konferenzen, die für die vorliegende Edition relevant gewesen wären, müssen einen schriftlichen Niederschlag gefunden haben. Zum anderen ist die Überlieferung in den Akten der Parteizentrale ausgesprochen lückenhaft. Daß hier nicht wenige Protokolle fehlen und zuweilen nur Einladungen oder Anwesenheitslisten vorhanden sind, dürfte unter anderem darauf zurückzuführen sein, daß die Landesgeschäftsstelle zwischen 1949 und 1955 nicht nur einmal ihren Sitz wechselte und daß in der unterbesetzten Parteizentrale das Personal für eine geordnete Aktenführung fehlte. Ebenso blieb des öfteren sichtlich keine Zeit dazu, die stenographischen Aufzeichnungen, die über Sitzungen des geschäftsführenden Landesvorstands und des Landesvorstands angefertigt wurden, in eine maschinenschriftliche Form zu bringen.

Diese Edition enthält allein sechs Protokolle, die bislang nur als Stenogramm vorlagen und hier erstmals der wissenschaftlichen Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden[83]. Da diese vermutlich von Auguste Niedermair angefertigten stenographischen Aufzeichnungen oft wenig mehr sind als bruchstückhafte Notizen, die später ergänzt und in eine lesbare Form gebracht werden sollten, ist das Ergebnis der Transkription entsprechend unbefriedigend und zuweilen auch verwirrend. Die Herausgeber haben sich dazu entschlossen, das von Alois Schmidmeier, der als ehemaliger Mitarbeiter des stenographischen Dienstes des bayerischen Landtags über große Erfahrung mit derartigen Texten verfügt, angefertigte Transkript so wenig wie möglich durch eigene Zusätze zu ergänzen, die angesichts des stellenweise fragmentarischen Charakters bereits eine eigene Interpretation dargestellt hätten.

Die hier veröffentlichten Quellen stammen überwiegend aus den Akten der CSU-Landesleitung, die im Archiv für Christlich-Soziale Politik verwahrt werden. Diese Überlieferung wurde aus den Akten der CSU-Landtagsfraktion (ACSP) sowie aus den Nachlässen der Parteivorsitzenden Josef Müller (ACSP) und Hans Ehard (BayHStA) ergänzt, wobei es sich nicht immer um Protokolle, sondern auch um Redemanuskripte, handschriftliche Aufzeichnungen, vorbereitende Aktennotizen oder detaillierte Dispositionen für die Sitzungsleitung handelte, die ebenfalls in die Edition aufgenommen wurden, um die Niederschriften zu ergänzen oder – wo diese fehlten – zumindest einen Eindruck davon zu vermitteln, welche Fragen in den Führungsgremien der CSU verhandelt wurden. Diesem Zweck diente auch die Aufnahme von Berichten aus der Parteipresse, genauer gesagt aus der „CS-Union", der „CSU-Correspondenz" und dem „Bayern-Kurier" in die Edition. Auf diese Weise ist es etwa gelungen, die Arbeit der Führungsgremien der CSU für das Jahr 1951 zumindest zu dokumentieren, was ansonsten kaum möglich gewesen wäre.

Der Charakter der Protokolle und Niederschriften ist unterschiedlich. Zumeist handelt es sich um mehr oder weniger ausführliche Verlaufsprotokolle, zuweilen

[83] Vgl. Nr. 59b, Nr. 60a, Nr. 62, Nr. 64, Nr. 65 und Nr. 67.

aber auch nur um karge Ergebnis- oder Beschlußprotokolle, auch Mischformen sind anzutreffen. Wortprotokolle nach stenographischen Mitschriften sind selten und wurden offensichtlich nur angefertigt, wenn geeignetes Personal zur Verfügung stand, weil anschließend der Landesausschuß oder die Landesversammlung zusammentrat, deren Tagungen in der Regel von geschulten Stenographen aufgezeichnet wurden[84], oder wenn es die Tagesordnung geboten erscheinen ließ, die Sitzung möglichst genau zu dokumentieren, wie es etwa im Februar 1948 während der Krise um Fritz Schäffer[85] der Fall war.

Die Aufbereitung der Dokumente folgte dem Grundsatz, sie so gut lesbar wie möglich zu präsentieren, ohne ihre Authentizität zu zerstören. In diesem Sinne wurden die meisten Abkürzungen aufgelöst, Symbole wie % oder § verbalisiert, einfache Fehler in Orthographie, Grammatik (etwa falsche Endungen bei Genitiv und Dativ, fehlende Angleichung von Adjektiven, Irrtümer bei Singular und Plural) und Interpunktion stillschweigend korrigiert, divergierende Schreibweisen vereinheitlicht, versehentliche Doppelungen von Wörtern oder Satzteilen beseitigt und die Absätze – wenn nötig – gemäß der Binnenlogik der Argumente neu gegliedert; die Zahlen eins mit zwölf wurden ausgeschrieben, ebenso die Monate in Datumsangaben, die bei Bedarf auch vervollständigt wurden. Offensichtlich falsche Schreibweisen von Eigennamen wurden kommentarlos verbessert, fehlende Namensbestandteile in der Regel ergänzt und abgekürzte Vor- oder Nachnamen ausgeschrieben. In der Vorlage durch Unterstreichungen oder auf andere Art und Weise hervorgehobene Textbestandteile sind kursiv gesetzt. Ebenfalls kursiv gesetzt wurden die Namen der Redner, wobei in den aus stenographischen Notizen übertragenen Protokollen darauf verzichtet wurde, eventuell vor den Namen der Redner aufgeführte Titel zu nennen, da dies aufgrund von Fehlern in der Vorlage und der fehlenden Systematik nur Verwirrung gestiftet hätte. Anführungszeichen ohne ersichtliche Funktion wurden getilgt, wohingegen die Namen von Presseerzeugnissen in Anführungszeichen erscheinen. Handschriftliche Korrekturen sind in der Regel stillschweigend übernommen worden; Randbemerkungen finden sich in den Fußnoten wiedergegeben.

Die Dokumentenköpfe wurden nach einem einheitlichen Schema erstellt. Die Tagesordnung beruht in erster Linie auf dem Protokoll und wurde mit der schriftlichen Einladung zu der entsprechenden Sitzung abgeglichen, sofern eine solche aufzufinden war. Angaben zum Tagungsort, zu Zeitpunkt und Dauer der Sitzung sowie zur Person des Protokollführers wurden entweder dem Protokoll und seinen Anlagen oder dem Einladungsschreiben der Landesgeschäftsstelle entnommen. Die Anwesenheitslisten basieren in der Regel auf Angaben in den Protokollen oder auf hand- bzw. maschinenschriftlichen Listen, die – wenn nötig – anhand der edierten Dokumente ergänzt wurden. Da die Sitzungsteilnehmer ihre Anwesenheit nicht immer durch ihre Unterschrift bestätigten, ist mit einer gewissen Fehlerquote zu rechnen. Wo sich keine Anwesenheitsliste ermitteln ließ, wurden die Sitzungsteilnehmer aufgeführt, die sich in den Protokollen zweifelsfrei nachweisen ließen.

[84] Vgl. etwa Nr. 13.
[85] Vgl. Nr. 9.

Wie schon die „Protokolle und Materialien zur Frühgeschichte der Christlich-Sozialen Union" so verfügt auch die vorliegende Edition über einen Anhang, der zum einen aus Dokumenten, zum anderen aus kurzen Biogrammen besteht. Das Aktionsprogramm der CSU für die Landtagswahl 1954 und die Satzung vom Juli 1952 komplettieren die bereits in den „Protokollen und Materialien" veröffentlichten Dokumente zur programmatischen und organisatorischen Entwicklung der CSU, und sie ermöglichen es zugleich, bestimmte Debatten in den Führungsgremien der Partei besser nachzuvollziehen. In den biographischen Anhang wurden ausschließlich Personen aufgenommen, die an den hier dokumentierten Sitzungen und Konferenzen teilgenommen haben, und auch wenn nicht alle Sitzungsteilnehmer annotiert werden konnten, ließ sich doch ein zufriedenstellender Grad an Vollständigkeit erreichen. Angaben zu Personen, die ansonsten in den Dokumenten der Edition Erwähnung gefunden haben, finden sich dagegen in den Fußnoten, wobei in diesem Fall nur die wichtigsten Fakten genannt wurden und die Konfession lediglich bei Politikern der christlichen Parteien Erwähnung fand.

***

Die Geschichte dieses Editionsprojekts reicht bis in die neunziger Jahre zurück, und entsprechend lang ist die Liste derer, die dazu beigetragen haben, daß es verwirklicht und erfolgreich abgeschlossen werden konnte. Neben Horst Möller, dem Direktor des Instituts für Zeitgeschichte, der sich beharrlich für das Projekt eingesetzt hat, haben die Herausgeber an erster Stelle den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Archivs für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung (und hier vor allem Renate Höpfinger und Andreas Bitterhof) für ihre Hilfsbereitschaft zu danken. Auch sind wir Eva Moser vom Bayerischen Wirtschaftsarchiv und Benedikt Praxenthaler von der Stiftung Bundeskanzler Konrad-Adenauer-Haus zu Dank verpflichtet, die so freundlich waren, uns bei kniffligen Recherchen zu unterstützen. Rudolf Morsey hat sich mit wertvollen Hinweisen um diese Edition ebenso verdient gemacht wie Alois Schmidmeier, der die stenographischen Protokolle mit detektivischer Akribie in eine lesbare Form brachte, soweit dies überhaupt möglich war. Sybille Benker hat sich der Fron unterzogen, die hier veröffentlichten Dokumente abzuschreiben, Renate Bihl war uns bei der Entschlüsselung schwer verständlicher Textstellen behilflich, Hans Woller hat die Einleitung mit spitzer Feder gelesen, Kutlay Arin, Ewald Blocher, Tobias Hof und Regina Schlemmer unterstützten uns bei den Recherchen und den Korrekturarbeiten; Regina Schlemmer zeichnet für das Personen- und Ortsregister verantwortlich; Daniela Rebel erstellte mit Unterstützung der Herausgeber das Sachregister. Als Herausgeber glauben wir, daß sich das Ergebnis all dieser Bemühungen sehen lassen kann, und wir hoffen, daß die Leserinnen und Leser dieser Edition derselben Meinung sind.

Verzeichnis der Dokumente

Nr. 1: Außerordentliche Sitzung des Landesvorstands der Christlich-Sozialen Union am 10. Dezember 1946 in München – ACSP, LGF-LV

Nr. 2: Sitzung des geschäftsführenden Landesvorstands der Christlich-Sozialen Union am 22. Januar 1947 – ACSP, LGF-LV

Nr. 3a: Sitzung des geschäftsführenden Landesvorstands der Christlich-Sozialen Union am 18. Februar 1947 in München – ACSP, LGF-LV

Nr. 3b: Notiz über die Sitzung des geschäftsführenden Landesvorstands der Christlich-Sozialen Union am 18. Februar 1947 in München – ACSP, NL Müller C 24/2

Nr. 4: Sitzung des Landesvorstands der Christlich-Sozialen Union am 28. Februar 1947 in München – ACSP, LGF-LV

Nr. 5: Sitzung des geschäftsführenden Landesvorstands der Christlich-Sozialen Union am 4. Juni 1947 in München – ACSP, LGF-LV

Nr. 6a: Außerordentliche Sitzung des Landesvorstands der Christlich-Sozialen Union am 19. Juni 1947 in München – ACSP, NL Müller D 41

Nr. 6b: Auszug aus dem Protokoll der außerordentlichen Sitzung des Landesvorstands der Christlich-Sozialen Union am 19. Juni 1947 in München – ACSP, NL Müller C 24/6

Nr. 7: Außerordentliche Sitzung des geschäftsführenden Landesvorstands der Christlich-Sozialen Union am 4. Juli 1947 in München – ACSP, NL Müller C 24/7

Nr. 8: Sitzung des geschäftsführenden Landesvorstands der Christlich-Sozialen Union am 11. August 1947 in München – ACSP, LGF-LV

Nr. 9: Sitzung des geschäftsführenden Landesvorstands der Christlich-Sozialen Union am 25. Februar 1948 in München – ACSP, LGF-LV

Nr. 10: Beschlüsse des geschäftsführenden Landesvorstands der Christlich-Sozialen Union am 8. März 1948 – ACSP, NL Müller C 17

Nr. 11: Sitzung des geschäftsführenden Landesvorstands der Christlich-Sozialen Union am 29. April 1948 – ACSP, LGF-LV

Nr. 12: Notiz über die Sitzung des geschäftsführenden Landesvorstands der Christlich-Sozialen Union am 22. Juni 1948 – ACSP, NL Müller C 25/6

Nr. 13: Sitzung des Landesvorstands der Christlich-Sozialen Union am 17. Juli 1948 in Augsburg – ACSP, LGF-LV

Nr. 14: Sitzung des geschäftsführenden Landesvorstands der Christlich-Sozialen Union am 30. August 1948 – ACSP, LGF-LV

Nr. 15: Sitzung des geschäftsführenden Landesvorstands der Christlich-Sozialen Union am 8. Oktober 1948 in München – ACSP, LGF-LV

Nr. 16: Sitzung des geschäftsführenden Landesvorstands der Christlich-Sozialen Union am 2. November 1948 in München – ACSP, LGF-LV

Nr. 17: Sitzung des Landesvorstands der Christlich-Sozialen Union am 18. Dezember 1948 in Forchheim – ACSP, LGF-LV

Nr. 18: Sitzung des geschäftsführenden Landesvorstands der Christlich-Sozialen Union am 23. Dezember 1948 – ACSP, LGF-LV

Nr. 19a: Sitzung des Landesvorstands der Christlich-Sozialen Union am 12. März 1949 in München – ACSP, LTF I, 15–20/41, Die politische Information. Vertrauliche Korrespondenz 9/10–49

Nr. 19b: Presseerklärung über die Sitzung des Landesvorstands der Christlich-Sozialen Union am 12. März 1949 in München – ACSP, NL Müller C 26/2

Nr. 20a: Sitzung des geschäftsführenden Landesvorstands der Christlich-Sozialen Union am 5. Mai 1949 – ACSP, NL Müller C 26/5

Nr. 20b: Presseerklärung über die Sitzung des geschäftsführenden Landesvorstands der Christlich-Sozialen Union am 5. Mai 1949 – ACSP, NL Müller C 26/5

Nr. 21: Tagesordnung zur Besprechung des Landesvorsitzenden mit den Bezirksvorsitzenden der Christlich-Sozialen Union am 15. Juni 1949 – BayHStA, NL Ehard 1196

Nr. 22: Sitzung des geschäftsführenden Landesvorstands der Christlich-Sozialen Union am 17. Juni 1949 – ACSP, LGF-LV

Nr. 23: Gemeinsame Sitzung des geschäftsführenden Landesvorstands der Christlich-Sozialen Union und des Wirtschaftsbeirats der Union am 28. Juni 1949 – ACSP, LGF-LV

Nr. 24: Notizen zur Tagung der Bezirksvorsitzenden der Christlich-Sozialen Union am 12. Juli 1949 – BayHStA, NL Ehard 1196

Nr. 25: Sitzung des geschäftsführenden Landesvorstands der Christlich-Sozialen Union am 3. Oktober 1949 – ACSP, LGF-LV

Nr. 26a: Vorschlag für die Besprechung des Landesvorsitzenden mit den Bezirksvorsitzenden der Christlich-Sozialen Union am 28. Oktober 1949 in München – BayHStA, NL Ehard 1197

Nr. 26b: Notiz für den Landesvorsitzenden zur Besprechung mit den Bezirksvorsitzenden der Christlich-Sozialen Union am 28. Oktober 1949 in München – BayHStA, NL Ehard 1197

Nr. 26c: Besprechung des Landesvorsitzenden mit den Bezirksvorsitzenden der Christlich-Sozialen Union am 28. Oktober 1949 in München – BayHStA, NL Ehard 1196

Nr. 26d: Aktennotiz über die Besprechung des Landesvorsitzenden mit den Bezirksvorsitzenden der Christlich-Sozialen Union am 28. Oktober 1949 in München – BayHStA, NL Ehard 1196

Nr. 27a: Besprechungsunterlage des Landesvorsitzenden für die Sitzung des geschäftsführenden Landesvorstands der Christlich-Sozialen Union am 5. Dezember 1949 in München – ACSP, LGF-LV

Nr. 27b: Sitzung des geschäftsführenden Landesvorstands der Christlich-Sozialen Union am 5. Dezember 1949 in München – ACSP, LGF-LV

Nr. 27c: Pressenotiz über die Sitzung des geschäftsführenden Landesvorstands der Christlich-Sozialen Union am 5. Dezember 1949 – ACSP, LGF-LV

Nr. 28a: Aktennotiz zur Sitzung des Landesvorstands der Christlich-Sozialen Union am 17. Dezember 1949 in München – BayHStA, NL Ehard 1196

Nr. 28b: Sitzung des Landesvorstands der Christlich-Sozialen Union am 17. Dezember 1949 in München – ACSP, LGF-LV

Nr. 28c: Entwurf für eine Notiz über die Sitzung des Landesvorstands der Christlich-Sozialen Union am 17. Dezember 1949 in München – ACSP, LGF-LV

Nr. 28d: Kommuniqué über die Sitzung des Landesvorstands der Christlich-Sozialen Union am 17. Dezember 1949 in München – CSU-Correspondenz vom 19. 12. 1949, S. 1

Nr. 29a: Disposition für die Besprechung des Landesvorsitzenden mit den Bezirksvorsitzenden der Christlich-Sozialen Union am 7. Januar 1950 – BayHStA, NL Ehard 1214

Nr. 29b: Bericht über die Besprechung des Landesvorsitzenden mit den Bezirksvorsitzenden der Christlich-Sozialen Union am 7. Januar 1950 – CS-Union vom 14. 1. 1950, S. 1

Nr. 30a: Sitzung des geschäftsführenden Landesvorstands der Christlich-Sozialen Union am 4. Februar 1950 in München – ACSP, LGF-LV

Nr. 30b: Notiz über die Sitzung des geschäftsführenden Landesvorstands der Christlich-Sozialen Union am 4. Februar 1950 in München – ACSP, LGF-LV

Nr. 31: Sitzung des geschäftsführenden Landesvorstands der Christlich-Sozialen Union am 6. März 1950 in München – ACSP, LGF-LV

Nr. 32a: Disposition für die Besprechung des Landesvorsitzenden mit den Bezirksvorsitzenden der Christlich-Sozialen Union am 2. April 1950 in München – BayHStA, NL Ehard 1198

Nr. 32b: Bericht über die Besprechung des Landesvorsitzenden mit den Bezirksvorsitzenden der Christlich-Sozialen Union am 2. April 1950 in München – CSU-Correspondenz vom 3. 4. 1950, S. 1 f.

Nr. 33: Disposition für die Sitzung des geschäftsführenden Landesvorstands der Christlich-Sozialen Union am 5. Mai 1950 in München – BayHStA, NL Ehard 1198

Nr. 34: Sitzung des geschäftsführenden Landesvorstands der Christlich-Sozialen Union am 5. Juni 1950 in München – ACSP, LGF-LV

Nr. 35a: Disposition für die Sitzung des Landesvorstands der Christlich-Sozialen Union am 9. Juni 1950 in München – BayHStA, NL Ehard 1222

Nr. 35b: Sitzung des Landesvorstands der Christlich-Sozialen Union am 9. Juni 1950 in München – ACSP, LGF-LV

Nr. 35c: Am 9. Juni 1950 beschlossene Anträge des Landesvorstands der Christlich-Sozialen Union an den Landesausschuß – ACSP, LGF-LV

Nr. 36: Sitzung des geschäftsführenden Landesvorstands der Christlich-Sozialen Union am 25. Juli 1950 in München – ACSP, LGF-LV

Nr. 37: Bericht über die Besprechung des Landesvorsitzenden mit den Bezirksvorsitzenden der Christlich-Sozialen Union am 26. Juli 1950 in München – CSU-Correspondenz vom 27. 7. 1950, S. 1–4

Nr. 38: Sitzung des geschäftsführenden Landesvorstands der Christlich-Sozialen Union am 29. August 1950 in München – ACSP, LGF-LV

Nr. 39: Sitzung des Landesvorstands der Christlich-Sozialen Union am 12. September 1950 in München – ACSP, LGF-LV

Nr. 40: Bericht über die Sitzung des geschäftsführenden Landesvorstands der Christlich-Sozialen Union am 26. Januar 1951 – CSU-Correspondenz vom 1. 2. 1951, S. 2

Nr. 41: Bericht über die Sitzung des geschäftsführenden Landesvorstands der Christlich-Sozialen Union am 20. März 1951 – Bayern-Kurier vom 24. 3. 1951, S. 4

Nr. 42a: Sitzung des Landesvorstands der Christlich-Sozialen Union am 13. April 1951 in Würzburg – BayHStA, NL Ehard 1223

Nr. 42b: Notiz zur Sitzung des Landesvorstands der Christlich-Sozialen Union am 13. April 1951 in Würzburg – BayHStA, NL Ehard 1215

Nr. 42c: Bericht über die Sitzung des Landesvorstands der Christlich-Sozialen Union am 13. April 1951 in Würzburg – CSU-Correspondenz vom 16. 4. 1951, S. 2f.

Nr. 43: Bericht über die Konferenz der Bezirksvorsitzenden der Christlich-Sozialen Union am 11. Juni 1951 in München – CSU-Correspondenz vom 11. 6. 1951, S. 5

Nr. 44: Bericht über die Sitzung des geschäftsführenden Landesvorstands der Christlich-Sozialen Union am 24. August 1951 in München – CSU-Correspondenz vom 27. 8. 1951, S. 4

Nr. 45: Notizen zur Sitzung des geschäftsführenden Landesvorstands der Christlich-Sozialen Union am 15. Oktober 1951 in München – ACSP, LGF-LV

Nr. 46a: Gemeinsame Sitzung der Landtagsfraktion, der Landesgruppe und des geschäftsführenden Landesvorstands der Christlich-Sozialen Union am 31. Oktober 1951 in München – ACSP, LTF-P

Nr. 46b: Bericht über die gemeinsame Sitzung der Landtagsfraktion, der Landesgruppe und des geschäftsführenden Landesvorstands der Christlich-Sozialen Union am 31. Oktober 1951 in München – CSU-Correspondenz vom 1. 11. 1951, S. 1

Nr. 47: Besprechung des Landesvorsitzenden mit den Bezirksvorsitzenden der Christlich-Sozialen Union am 7. Januar 1952 – BayHStA, NL Ehard 1200

Nr. 48a: Rede Hans Ehards in der Sitzung des Landesvorstands der Christlich-Sozialen Union am 12. Januar 1952 in München – BayHStA, NL Ehard 1200

Nr. 48b: Referat Paul Nerreters über „Die neue Gemeindeordnung" in der Sitzung des Landesvorstands der Christlich-Sozialen Union am 12. Januar 1952 in München – ACSP, LGF-LV

Nr. 49: Gemeinsame Sitzung der Landtagsfraktion, der Landesgruppe und des Landesvorstands der Christlich-Sozialen Union am 28. Januar 1952 in München – ACSP, LTF-P

Nr. 50a: Bericht über die Sitzung des Landesvorstands der Christlich-Sozialen Union am 5. April 1952 – CSU-Correspondenz vom 7. 4. 1952, S. 4f.

Nr. 50b: Entschließung des Landesvorstands der Christlich-Sozialen Union vom 5. April 1952 – ACSP, LGF-LV

Nr. 51a: Gemeinsame Sitzung der Landtagsfraktion, der Landesgruppe und des Landesvorstands der Christlich-Sozialen Union am 21. April 1952 in München – ACSP, LTF-P

Nr. 51b: Kurzprotokoll über die gemeinsame Sitzung der Landtagsfraktion, der Landesgruppe und des Landesvorstands der Christlich-Sozialen Union am 21. April 1952 in München – ACSP, LGF-LV

Nr. 51c: Bericht über die gemeinsame Sitzung der Landtagsfraktion, der Landesgruppe und des Landesvorstands der Christlich-Sozialen Union am 21. April 1952 in München – CSU-Correspondenz vom 21.4.1952, S. 5

Nr. 52a: Rede Hans Ehards in der Sitzung des Landesvorstands der Christlich-Sozialen Union am 24. Mai 1952 in München – BayHStA, NL Ehard 1201

Nr. 52b: Sitzung des Landesvorstands der Christlich-Sozialen Union am 24. Mai 1952 in München – ACSP, LGF-LV

Nr. 52c: Bericht über die Sitzung des Landesvorstands der Christlich-Sozialen Union am 24. Mai 1952 in München – CSU-Correspondenz vom 26. 5. 1952, S. 4

Nr. 53: Bericht über die Sitzung des Landesvorstands der Christlich-Sozialen Union am 29. Dezember 1952 – Bayern-Kurier vom 10. 1. 1953, S. 1

Nr. 54: Gemeinsame Sitzung der Landtagsfraktion, der Landesgruppe und des Landesvorstands der Christlich-Sozialen Union am 14. Januar 1953 in München – ACSP, LTF-P

Nr. 55: Sitzung des Landesvorstands der Christlich-Sozialen Union am 30. April 1953 in München – BayHStA, NL Ehard 1203

Nr. 56: Bericht über die Sitzung des geschäftsführenden Landesvorstands der Christlich-Sozialen Union am 12. September 1953 – Bayern-Kurier vom 19. 9. 1953, S. 1

Nr. 57: Bericht über die Sitzung des Landesvorstands der Christlich-Sozialen Union am 3. Oktober 1953 in München – CSU-Correspondenz vom 6. 10. 1953, S. 2f.

Nr. 58a: Sitzung des geschäftsführenden Landesvorstands der Christlich-Sozialen Union am 24. Oktober 1953 in München – ACSP, LGF-LV

Nr. 58b: Entschließung des geschäftsführenden Landesvorstands an die CSU-Landesgruppe in Bonn – ACSP, LGF-LV

Nr. 58c: Bericht über die Sitzung des geschäftsführenden Landesvorstands der Christlich-Sozialen Union am 24. Oktober 1953 in München – CSU-Correspondenz vom 27. 10. 1953, S. 3

Nr. 59a: Vormerkung für den Landesvorsitzenden der Christlich-Sozialen Union für die Sitzung des Landesvorstands am 7. November 1953 in München – BayHStA, NL Ehard 1205

Nr. 59b: Sitzung des Landesvorstands der Christlich-Sozialen Union am 7. November 1953 in München – ACSP, LGF-LV

Nr. 59c: Bericht über die Sitzung des Landesvorstands der Christlich-Sozialen Union am 7. November 1953 in München – CSU-Correspondenz vom 10. 11. 1953, S. 2

Nr. 59d: Bericht über die Sitzung des Landesvorstands der Christlich-Sozialen Union am 7. November 1953 in München – Bayern-Kurier vom 14. 11. 1953, S. 1f.

Nr. 60a: Sitzung des Landesvorstands der Christlich-Sozialen Union am 15. Januar 1954 in Rothenburg ob der Tauber – ACSP, LGF-LV

Nr. 60b: Beschlußvorlage des Vorsitzenden des Satzungsausschusses, Max Gerstl, für die Sitzung des Landesvorstands der Christlich-Sozialen Union am 15. Januar 1954 in Rothenburg ob der Tauber – ACSP, LGF-LV

Nr. 61a: Bericht über die gemeinsame Sitzung des geschäftsführenden Landesvorstands, der Bezirksvorsitzenden und Bezirksgeschäftsführer sowie der Landesobmänner der Arbeitsgemeinschaften der Christlich-Sozialen Union am 10. April 1954 in München – CSU-Correspondenz vom 13. 4. 1954, 2f.

Nr. 61b: Bericht über die gemeinsame Sitzung des geschäftsführenden Landesvorstands, der Bezirksvorsitzenden und Bezirksgeschäftsführer sowie der Landesobmänner der Arbeitsgemeinschaften der Christlich-Sozialen Union am 10. April 1954 in München – Bayern-Kurier vom 17. 4. 1954, S. 2

Nr. 62: Sitzung des Landesvorstands der Christlich-Sozialen Union am 2. Juli 1954 in Landshut – ACSP, LGF-LV

Nr. 63: Sitzung des geschäftsführenden Landesvorstands der Christlich-Sozialen Union am 6. August 1954 in München – ACSP, LGF-LV

Nr. 64: Besprechung des Landesvorsitzenden mit den Vorsitzenden der Bezirksverbände und den Bezirksgeschäftsführern der Christlich-Sozialen Union am 13. September 1954 – ACSP, LGF-LV

Nr. 65: Sitzung des geschäftsführenden Landesvorstands der Christlich-Sozialen Union am 24. September 1954 in München – ACSP, LGF-LV

Nr. 66: Sitzung des Landesvorstands der Christlich-Sozialen Union am 8. Oktober 1954 in Nürnberg – ACSP, LGF-LV

Nr. 67: Sitzung des geschäftsführenden Landesvorstands der Christlich-Sozialen Union am 6. November 1954 in München – ACSP, LGF-LV

Nr. 68a: Rede Hans Ehards in der Sitzung des geschäftsführenden Landesvorstands der Christlich-Sozialen Union am 8. Januar 1955 in München – BayHStA, NL Ehard 1228

Nr. 68b: Sitzung des geschäftsführenden Landesvorstands der Christlich-Sozialen Union am 8. Januar 1955 in München – ACSP, LGF-LV

Nr. 69: Außerordentliche Sitzung des Landesvorstands der Christlich-Sozialen Union am 17. Januar 1955 in München – ACSP, LGF-LV

Nr. 70: Sitzung des Landesvorstands der Christlich-Sozialen Union am 21. Januar 1955 in München – ACSP, LGF-LV

Aktionsprogramm der Christlich-Sozialen Union für die Landtagswahl 1954 – ACSP, DS 3/89

Satzung der Christlich-Sozialen Union vom 5. Juli 1952 mit den von der Landesversammlung 1955 beschlossenen Änderungen – ACSP, DS 1/84

Nr. 1

Außerordentliche Sitzung des Landesvorstands der Christlich-Sozialen Union am 10. Dezember 1946 in München

Tagesordnung[1]:
1. Anwesenheit von Vertretern der amerikanischen Militärregierung
2. Besprechung der politischen Lage
3. Endgültige Festlegung der Tagesordnung für die Landesversammlung am 14./15. Dezember 1946 in Eichstätt

Tagungsort: München, Prinzregentenstraße 28, Wirtschaftsministerium

Anwesend[2]: Arnold, Birkl, Donsberger, Ehard, Eichhorn, Gamperl, Grasmann, Hahn, Haunhorst, Haußleiter, Helmerich, Horlacher, Hundhammer, Kroll, Kübler, A. Lang, Liedig, Martin, Mayr, Meyer-Spreckels, J. Müller, Muhler, Probst, Rindt, Rucker, Sauer, Schmid, Sedlmayr, Semler, Steber, Strauß, ferner: ein Vertreter der amerikanischen Militärregierung

Beginn: 11 Uhr

ACSP, LGF-LV

Ein Vertreter der Militärregierung ist anwesend. Zu dieser Tatsache folgende Stellungnahme:
Dr. *Müller*: Es ist besser, wenn ein Mann der Militärregierung anwesend ist, um irreführende Darstellungen von anderer Seite zu vermeiden, wie es in der „Isar Post" wegen der Drohung bei der Schäffer-Krise[3] geschehen ist[4].

Rucker: Die Militärregierung will nur in bestimmten Kreisen [sic!] ihr Veto einlegen. Nach wie vor auf dem Standpunkt, daß die Militärregierung nicht das Recht in Anspruch nehmen kann, zu den internsten Sitzungen einen Vertreter zu schikken. Wenn wir hier einen Vertreter zulassen, so geht das über die letzten Erlasse der Militärregierung in bezug auf die demokratische Selbstregierung hinaus.

[1] Tagesordnungspunkt 1 ist dem Protokoll entnommen, die Punkte 2 und 3 dem von Franz Liedig gezeichneten Einladungsschreiben vom 8. 2. 1946; ACSP, LGF-LV 10. 12. 1946.

[2] ACSP, LGF-LV 10. 12. 1946, Anwesenheitsliste zur außerordentlichen Sitzung des Landesvorstands am 10. 12. 1946; der Name des Vertreters der Militärregierung ist handschriftlich eingetragen („Seebald"), ließ sich aber nicht verifizieren. Die Anwesenheitsliste wurde anhand des Protokolltextes ergänzt.

[3] Die amerikanische Militärregierung verhängte am 24. 4. 1946 ein politisches Betätigungsverbot gegen Fritz Schäffer, das damit begründet wurde, daß der Staatsrat stets ein Vertreter nationalistischen und militaristischen Gedankenguts gewesen sei und als Ministerpräsident die amerikanische Entnazifizierungs- und Entmilitarisierungspolitik obstruiert habe. Da Schäffer der gefährlichste Kontrahent Müllers war, wurden rasch Gerüchte laut, der Ochsensepp habe erfolgreich gegen den ehemaligen BVP-Vorsitzenden intrigiert. Vgl. Henzler, Fritz Schäffer, S. 190–199, und Fait, Anfänge, S. 77–88.

[4] Der CSU-Vorsitzende spielte hier darauf an, daß seine Aussage, er sei noch nie dafür verantwortlich gewesen, daß jemand ins Gefängnis gekommen sei, obwohl er im Krieg die Möglichkeit dazu gehabt habe (vgl. Protokoll der Sitzung des Landesarbeitsausschusses der CSU am 1. 5. 1946 in München, in: Protokolle und Materialien, Bd. 1, S. 199f.), wiederholt wahrheitswidrig – etwa von Alois Hundhammer (vgl. ebenda, S. 202, und Protokoll der Sitzung des Landesausschusses der CSU am 6. 12. 1946 in München, in: Protokolle und Materialien, Bd. 1, S. 809f.) – als Drohung ausgelegt worden sei. Vgl. auch Isar Post vom 6. 12. 1946: „Fall Dr. Müller".

Dr. *Hundhammer*: Ich bin heute früh zu Major Leading[5] geführt worden. Die Militärregierung hat natürlich das Recht und die Möglichkeit, jede Anordnung zu treffen, die richtig erscheint. Die Militärregierung München vertritt den Standpunkt, daß sie einen Vertreter in diesen Sitzungen der Partei, selbst in internen, dabei haben will. Deshalb ist jede Diskussion über diese Frage zwecklos. Heute vormittag Unterredung zwischen Leading und Burns[6] von der Militärregierung von Bayern: Es ist also auch jetzt der Standpunkt der Militärregierung für Bayern. Da müssen wir uns fügen.

Karl Schmid: Ist der Vertreter der Militärregierung auch bei anderen Parteien anwesend?

Der Vertreter der Militärregierung (Lenert?): Ja, ich war auch bei einer Vorstandssitzung der KPD.

Gamperl: Wir haben gar keinen Grund zu wünschen, daß die Militärregierung sich nicht beteiligt. Wir spielen mit offenen Karten. Die Militärregierung interessiert sich für den Aufbau. Wir sehen es nicht ungern. ...

Zur Tagesordnung:

Hundhammer: Ich muß wieder zur Militärregierung. Ich möchte nicht den Eindruck erwecken wie im vergangenen Landesausschuß, daß ich in entscheidenden Punkten nicht dabei bin und meine Meinung ausdrücke[7]. Ich möchte deshalb zu dem Hauptpunkt Stellung nehmen. Zu der Frage der Position des künftigen Ministerpräsidenten[8] und Parteivorsitzenden. Aus allem bisherigen heraus bin ich der Meinung, daß es nicht richtig wäre, Herrn Dr. Müller für den Posten des Ministerpräsidenten herauszustellen. Ich bin der Meinung, daß es richtig wäre, daß Herr Dr. Müller vorerst auf jede Tätigkeit in der Öffentlichkeit verzichtet.

Dr. *Kroll*: Wir haben uns das lange und reiflich überlegt. Die Situation ist folgende: Dr. Müller ist gesagt worden, es sei ungewiß, ob er für den Fall, daß er kandidiere, unter das Gesetz[9] falle. Bekannt ist seine Arbeit in der Canaris[10]-Gruppe. Es ist für uns eine Frage, wie wir uns zu der amerikanischen Erklärung stellen. Ich würde dazu erklären, wenn nicht etwas ganz anderes ans Tageslicht gebracht wird, dann möchte ich sagen, das sind Angriffe auf die junge Demokratie. Wenn die

[5] Nicht ermittelt.

[6] Paul Burns, Lieutenant Colonel, 1946–1948 in verschiedenen Funktionen bei der Civil Administration Division von OMGBY, so als Leiter der Political Activities Branch, der Civil Service Branch und als amtierender Leiter der Field Operations Branch. In der Vorlage irrtümlich „Byrnes".

[7] Hundhammer spielt hier auf einen Disput während der Sitzung des Landesausschusses der CSU am 6. 12. 1946 in München an; Protokolle und Materialien, Bd. 1, S. 808 f.

[8] Nach der Landtagswahl vom 1. 12. 1946, die die CSU mit absoluter Mehrheit gewonnen hatte, entbrannte in der Partei die Auseinandersetzung über die Person des künftigen Ministerpräsidenten in voller Schärfe. Dabei wurde einer der aussichtsreichsten Kandidaten, Josef Müller, mit Vorwürfen konfrontiert, die sein Verhalten als BVP-Politiker 1932/33 und seine Tätigkeit als Wirtschaftsjurist während der NS-Zeit betrafen. Zum Fall Müller und zur Regierungsbildung im Dezember 1946 vgl. Hettler, Josef Müller, S. 274–305; Fait, Anfänge, S. 145–187; Schlemmer, Aufbruch, S. 168–186; Karl-Ulrich Gelberg, Einleitung zu: Kabinett Ehard I, S. XXV–LXI.

[9] Gemeint ist das Gesetz zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus vom 5. 3. 1946.

[10] Wilhelm Canaris (1887–1945), Admiral, 1935–1944 Chef des militärischen Geheimdienstes, im Widerstand gegen den Nationalsozialismus aktiv, nach dem 20. Juli 1944 verhaftet, am 9. 4. 1945 im KL Flossenbürg hingerichtet.

Amerikaner erklären, den oder den anderen mögen wir nicht ... Dann ist das ein Marionettentheater.

Strauß: Ich möchte etwas Prinzipielles feststellen: Ich war durch Herrn Liedig zu der Fraktionssitzung am Montag ausdrücklich eingeladen. Auch Sedlmayr und Muhler waren anwesend. Nachmittags wurden dann Fragen der Regierungspolitik erörtert, als einziges Thema: Koalition oder nicht? Die Sachlage hatte sich so herausgebildet, daß sich die Jungen für eine reine CSU-Regierung entschieden, die alten Praktiker aber dagegen waren. Ich habe auf dem vorgeschriebenen Formular um das Wort gebeten. Der geschäftsführende Landesvorstand hat das Recht, seine Meinung zu äußern. Hundhammer habe aber abgelehnt, ihn zu Wort kommen zu lassen. Da könne man nur sagen, das sei eine Hanswurstiade. Was heißt da, gemeinsame Beratung? Als ich dann vorgeschlagen wurde zu dem Gremium der Koalitionsbildung, wurde auch das abgelehnt. Es geht nicht an, daß wir aus formal-juristischen Gründen einen Maulkorb umgehängt bekommen[11].

[...] *Müller* vertritt die Auffassung, daß die Landesvorstandschaft die Möglichkeit haben muß, an irgendwelchen Parteisitzungen teilzunehmen[12]. Die Herren der Fraktion würden nicht gewählt werden, wenn die Partei nicht vorgearbeitet hätte. Es geht nicht, daß nachher die Parteileute rausgeworfen werden. Das geht nicht mehr hin, daß wie in der letzten Fraktion selbst Leute des Verfassungsausschusses nicht zugezogen werden[13]. Dann sehe ich nämlich nicht ein, warum wir überhaupt arbeiten. Formeller Entschluß: Daß der Parteivorstand darauf besteht, daß mindestens Delegierte der Parteivorstandschaft an jeder Sitzung teilnehmen dürfen.

Haußleiter: Es ist klar, daß eine solche Frage durch Mehrheitsbeschluß in der Fraktion geklärt werden muß. Die Fraktion wird immer dazu neigen, auf ihrem Recht zu bestehen. Ich habe deshalb den gestrigen Versuch für taktisch falsch gehalten, weil die Fraktion immer auf der Wahrung ihrer Rechte besteht. Meiner Ansicht nach muß der Fraktionsvorstand stärker als bisher in Erscheinung treten. Grundsätzlicher Beschluß, daß Fragen, die das Verhältnis der Partei zu der Fraktion betreffen, gemeinsam zwischen Partei- und Fraktionsvorstand besprochen werden. Diese zehn Leute werden für alle Fälle eine Einigung finden, damit die Auseinandersetzungen zwischen Partei und Fraktion vermieden werden.

[11] Als Franz Josef Strauß, der als Mitglied des geschäftsführenden Landesvorstands der CSU an der konstituierenden Sitzung der Landtagsfraktion teilnahm, zu den Abgeordneten sprechen wollte, wehrte sich Hundhammer. Der Fraktionsvorsitzende ließ darüber abstimmen, ob Strauß das Wort ergreifen dürfe; 42 Abgeordnete votierten dagegen, lediglich 34 dafür. ACSP, LTF-P, Protokoll der Fraktionssitzung am 9. 12. 1946.

[12] Versuche, das Recht des Landesvorsitzenden in der Satzung der Partei zu verankern, stimmberechtigt an den Sitzungen und Versammlungen der Organe aller Untergliederungen der CSU teilnehmen zu können, wurden im August und September 1946 von der amerikanischen Militärregierung ebenso vereitelt wie die Bemühungen, dem Landesvorstand ein Aufsichtsrecht über Geschäftsführung und Politik aller Untergliederungen der CSU zu sichern. Vgl. Fait, Anfänge, S. 137 f.

[13] Als Gerhard Kroll, Mitglied des Ausschusses der CSU für Verfassungsfragen, darum bat, an einer Sitzung der CSU-Fraktion in der Verfassunggebenden Landesversammlung teilnehmen zu dürfen, wurde diese Bitte abschlägig beschieden. Die Abgeordneten beschlossen im Gegenteil mit Mehrheit, Gäste bei ihren Beratungen auch dann nicht zu dulden, wenn sie zu den maßgeblichen Männern der eigenen Partei gehörten. Vgl. Protokoll der Sitzung des Landesausschusses der CSU am 6. 9. 1946 in München, in: Protokolle und Materialien, Bd. 1, S. 516 f. und S. 592.

Rucker (?): Es bräuchte eine Änderung der Satzung.

Staatssekretär *Ehard*: Enge Fühlung zwischen Partei und Fraktion ist notwendig. Anlaufschwierigkeiten. Wir halten es für notwendig, daß künftig die Landesvorstandschaft und die Vorstandschaft der Fraktion miteinander Fühlung halten. Man kannte den Herrn Strauß nicht, er ist hereingeplatzt. Die Herren, die gewählt sind, haben auch die Verantwortung. Sie haben in der ersten Sitzung selbst das Bedürfnis, sich kennenzulernen und abzutasten. Ich bin überzeugt, daß sich das künftig reibungslos abwickelt.

Müller: Ich habe den Wunsch geäußert, weil ich im Wahlkampf den Eindruck gewonnen habe, daß wir uns draußen leichter getan hätten, wenn die Partei sich hätte durchsetzen können. Gerade, wenn ich an den Wahlkampf in Franken denke, wären gewisse Worte besser nicht gefallen. Die Partei weist eine andere Struktur auf als die Fraktion[14]. Die Partei als solche ist in dem Landesausschuß so zusammengesetzt, daß sie eine bestimmte Linie verfolgt. In der Fraktion ist dies nicht immer der Fall, weil dort die einzelnen Kreise stärker bestimmen. Die einzelnen Kreise haben ziemlich starken Kreisegoismus. Wir werden am Schluß die Zeche zahlen. Am Schluß sind wir nur mehr ein Interessentenhaufen, aber das wollen wir verhindern. Es soll langsam eine Homogenität erreicht werden.

Die Landesversammlung hat das Wort und nicht die Fraktion. Die Fraktion ist das Sprachrohr, die Landesversammlung hat zu unterscheiden[15]; wenn einzelne Leute durch die Partei an die Spitze gestellt werden, müssen sie auch anerkannt werden.

Kübler: Auf dem Standpunkt von Haußleiter. Ich kann es nicht für gut heißen, daß Herr Strauß hier von Hanswurstiade und mittelmäßigen Persönlichkeiten spricht. Am besten ist, wenn Vertreter der Landesleitung und Vertreter der Fraktion sich in Verbindung setzen und dazu Stellung nehmen. Die Fraktionsleitung würde sich dem nicht verschließen, wenn einzelne Fachvertreter zugezogen werden. Man soll die Dinge nicht verschärfen. Herr Strauß hat zu scharf gesprochen.

Donsberger: Der Wille der Partei und der Fraktion müssen übereinstimmen. Meine Auffassung, daß wir uns mit anderen Dingen zu befassen haben.

Strauß: Einige Voraussetzungen stimmen nicht. 1. nicht hereingeplatzt. Hereinplatzen nennt man nicht, wenn man schriftlich eingeladen worden ist. ...

Karl Schmid: Ich bedauere, daß eine solche Schärfe in diese Frage hineingetragen worden ist. Die Ursache: Daß wir vorher nicht davon unterrichtet waren, daß Herr Strauß sprechen sollte.

Nicht so scharfe Ausdrücke. Über diese Fragen kann man sich sachlich auseinandersetzen.

Zwischenrufe: Es ist vorher in der Landesausschuß-Sitzung besprochen worden, Hundhammer hat es gewußt.

Staatssekretär *Ehard*: Möglich etwas weniger scharf zu formulieren [sic!]. ... Man sollte Ausdrücke wie mittelmäßige Meinung vermeiden. Es ist sehr wertvoll,

[14] Zu den größtenteils vergeblichen Versuchen der Parteiführung, die Kandidatenaufstellung und damit auch die Zusammensetzung der Landtagsfraktion zu beeinflussen, und zum Sozialprofil der Abgeordneten vgl. Schlemmer, Aufbruch, S. 158–168.

[15] Vermutlich ist hier gemeint: hat zu entscheiden.

eine einfache Meinung in einfachen Worten zu hören. Das ganze ist nur eine Anlaufschwierigkeit. Man soll nichts Großes daraus machen.

Sedlmayr: Wenn einer eingeladen ist, soll er auch reden dürfen, aber von dieser Einladung hatten die meisten keine Kenntnis. Die andere Frage [...], wie es gehandhabt werden soll, ist so zu lösen: Daß nämlich der Vorstand der Partei und der Vorstand der Fraktion von Zeit zu Zeit eine gemeinsame Aussprache pflegen und bei dieser Gelegenheit alles, was sich an Differenzen ergeben hat, sich so erledigt. Man soll auf der anderen Seite nicht die Verantwortlichkeit irgendeines Gremiums der Partei dadurch verwischen, daß man diese Korporation nicht selbständig entscheiden läßt, und zweifellos ist die Fraktion des Landtags dazu berufen, politische Entscheidungen zu fällen. ... Entscheidungen der Fraktion sollen möglichst wenig beeinflußt sein durch die Partei. Nur innerhalb der Vorstandschaft, es dauern [sic!] keine dauernden Überwachungen der Beratungen der Fraktion nötig sein.

Antrag auf Schluß der Debatte angenommen.

Antrag: Mitglieder des engeren Landesvorstandes können an jeder Sitzung der Parteigremien, einschließlich der Fraktion, beratend teilnehmen, ebenso Parteifreunde, die von der Landesvorstandschaft aus besonderen Gründen delegiert werden.

Schmid: Wir brauchen keine Abstimmung darüber. Das ist wieder Diktatur.

Müller: Der Antrag steht, wird aber zurückgestellt.

Helmerich: Formfehler: Strauß wurde von Liedig zur Fraktionssitzung eingeladen. Bisher hat aber der Vorsitzende eingeladen in allen Fraktionen.

Müller: Ich möchte darauf aufmerksam machen, in der Zeit war kein Fraktionsvorsitzender da. Die Einladung wurde in Anwesenheit von Hundhammer beschlossen.

Rindt: Wir wollen diese Diskussion abschließen. Das Wichtigste [ist] der erste Punkt der Tagesordnung: Die politische Lage.

Müller: Politische Lage. Die Militärregierung hat zu der in der „Isar Post" veröffentlichten DANA-Erklärung[16] über die Äußerungen von McNarney[17] bekanntgegeben, daß diese Erklärung inhaltlich falsch wiedergegeben worden ist, völlig entstellt. Der letzte Satz wurde überhaupt nicht ausgesprochen. Das war bemerkenswert. Um so mehr als die DANA schon vor einiger Zeit eine Falschmeldung durchgegeben hat nach der letzten Ausschußsitzung[18]. ... Es sei von irgend jemand ein glattes Vertrauensvotum daraus gemacht worden. ...

[16] Vgl. Isar Post vom 6. 12. 1946: „Fall Dr. Müller"; die DANA-Meldung vom 5. 12. 1946 wurde in der Sitzung des Landesausschusses der CSU am 6. 12. 1946 in München (Protokolle und Materialien, Bd. 1, S. 793) im Wortlaut verlesen.

[17] Joseph T. McNarney (1893–1972), General, 1944 Stellvertreter des britischen Feldmarschalls Alexander in Italien, 1945 Nachfolger Eisenhowers als Oberbefehlshaber der US-Streitkräfte in Europa, gleichzeitig Gouverneur der US-Zone und Mitglied im Alliierten Kontrollrat.

[18] Vermutlich spielte Müller hier auf einen in seinen Augen verzerrten Bericht über die Erklärung der CSU-Fraktion in der Verfassunggebenden Landesversammlung vom 15. 11. 1946 (IfZ-Archiv, ED 132/2) zu den Vorwürfen gegen den Landesvorsitzenden an; vgl. Protokoll der Sitzung des Landesausschusses der CSU am 6. 12. 1946 in München, in: Protokolle und Materialien, Bd. 1, S. 794, und Donau Kurier vom 29. 11. 1946: „Kein Vertrauensvotum für Dr. Müller".

Um die gleiche Zeit in Berlin Pressekonferenz. Dabei Stellungnahme ausgehändigt durch Onkers[19], bei der gleichen Pressekonferenz zurückgenommen und dann doch zum „Telegraf" gebracht[20]. Man kann nicht zu Unrecht annehmen, daß die Indiskretionen der Journalisten einkalkuliert waren.

General Muller[21] hat letzten Samstag Hundhammer, Horlacher, Liedig (mit Beschreibung der Person) eingeladen zu einer Besprechung. Muller gab folgende Erklärung ab: „Die Militärregierung hat bislang nichts gegen Dr. Müller veranlaßt, aber jetzt ist es notwendig ..."[22] Ich selbst habe nie Anspruch erhoben, als Ministerpräsident vorgeschlagen zu werden. Ich habe nie darüber in Erlangen gesprochen[23]. Es ist ein Diskussionsredner Vogel[24] aufgetreten: „Die Rede von Dr. Müller war so, wie man es von einem Parteivorsitzenden von Format und einem künftigen Ministerpräsidenten erwartet." Er selbst habe darauf geantwortet, es brauche niemand zu geizen, auf diesen Stuhl zu gelangen, denn man sei doch nichts anderes als Konkursverwalter. Diese Erlanger Versammlung wurde von Schlögl in einem Bericht sofort zur „Süddeutschen Zeitung" hineingebracht[25]. Auch diese Informationen wurden von Parteiseite hingebracht. Auch Hoegner[26] hat darauf

[19] Nicht ermittelt.

[20] Am 5. 12. 1946 veröffentlichte die Berliner Zeitung Telegraf die Meldung, die Militärregierung habe Josef Müller jede politische Betätigung untersagt. Dies entsprach dem Inhalt einer für den 2. 12. tatsächlich vorbereiteten, dann aber stornierten Presseerklärung der amerikanischen Besatzungsbehörden, in der es hieß, daß die Militärregierung aufgrund neuer Erkenntnisse die früher ausgestellte Unbedenklichkeitserklärung für Josef Müller widerrufen habe. Die Militärregierung dementierte noch am 5. 12., gab aber keine näheren Erklärungen zum eigentlichen Sachverhalt ab. IfZ-Archiv, RG 260, AG 1945/46–1/5, „Proposed Press Release on Dr. Josef Müller", undatiert, und Frank A. Keating an Lucius D. Clay vom 5. 12. 1946. Vgl. auch Hettler, Josef Müller, S. 283 f.

[21] Walter J. Muller (1895–1967), General, 1944/45 Stabschef der 3. US-Armee, 1945–1947 Direktor von OMGBY.

[22] Am 7. 12. 1946 gab General Muller in Anwesenheit von Josef Müller folgende Erklärung ab: „Military Government has as yet taken no action against Doctor Josef Mueller. Since he is being considered for the position of Minister President, it is necessary to point out, that there is uncertainty as to his status under the Law for Liberation from National Socialism and Militarism, and that action may be necessary in accordance therewith." IfZ-Archiv, RG 260, AG 1945/46–1/5, Frank A. Keating an Lucius D. Clay vom 9. 12. 1946.

[23] Josef Müller hielt sich am 1./2. 11. 1946 in Erlangen auf; am 1. 11. nahm er an der Bezirksversammlung der CSU Mittelfranken teil (ACSP, NL Müller J 1, Zusammenstellung der Reisen Josef Müllers im Jahr 1946), für den 2. 11. war eine Großkundgebung mit dem Ochsensepp als Hauptredner vorgesehen. In einem Flugblatt, mit dem für diese Veranstaltung geworben wurde, hieß es: „Dr. Josef Müller ist der fortschrittlichste Politiker in der ‚Union' und dazu ausersehen, einmal die Regierungspolitik im Sinne der Christlich-Sozialen Union zu gestalten." Abgedruckt in: Anzeneder/Götz, 50 Jahre CSU in Erlangen, S. 59. Ein Redemanuskript konnte im Nachlaß Müller nicht ermittelt werden.

[24] Nicht ermittelt.

[25] Die Süddeutsche Zeitung hatte am 12. 11. 1946 in dem groß aufgemachten Artikel „Dr. Josef Müller – Koalitionspartner Hitlers" geschrieben: „Erwähnt sei in diesem Zusammenhang, daß Herr Dr. Josef Müller für eine Großkundgebung (ganz wie im Dritten Reich) der Christlich-sozialen Union am Samstag, 2. November, im Redoutensaal in Erlangen angekündigt war als der Landesvorsitzende, ‚der von der Union als *zukünftiger Ministerpräsident* ausersehen ist'. Auf der Rückseite des Einladungszettels hieß es u.a.: ‚Dr. Josef Müller ist eine der markantesten Erscheinungen in der Union. Dr. Josef Müller ist der fortschrittlichste Politiker in der Union und dazu ausersehen, einmal Regierungspolitik im Sinne der Christlich-sozialen Union zu gestalten.'" Hervorhebungen im Original.

[26] Dr. Wilhelm Hoegner (1887–1980), Jurist, seit 1919 SPD-Mitglied, 1920–1933 Staatsanwalt und Richter in München, 1924–1932 und 1933 MdL (SPD), 1930–1933 MdR (SPD), im April 1933 aus dem Staatsdienst entlassen, Emigration nach Österreich und in die Schweiz, nach 1945 Senatspräsident am OLG München, 1946/47 Vorsitzender der bayerischen SPD, 1945/46 und 1954–1957

hingewiesen, daß die Angriffe aus der eigenen Partei gekommen sind. Im Bauernverband wurden diese Dinge erörtert, Material gesammelt und zu dem Fraktionsvorsitzenden hingetragen. Er hat sich auch bekannt dazu, ein Gegner gewesen zu sein. Irgendeine Äußerung meiner Frau[27] bei NBV[28] wurde entstellt. Eidesstattliche Erklärung an Hundhammer, daß Frau Müller gesagt habe, sie würde einen Anzugstoff bringen, sie hat aber nur gesagt, „wenn ich einen Anzugstoff hätte ..." Es gibt bestimmte Leute, die Material sammeln, um sich durchzusetzen und ihre Machtposition zu erhalten. Diese Parteifreunde haben die Tendenz, unter allen Umständen zu verhindern, daß ich vorgeschlagen werden sollte als Ministerpräsident.

Wenn sie nicht so vorgegangen wären, hätte ich meine Willensfreiheit behalten. Ich wollte eine Lösung finden, die der Union gerecht wird und der Union dient. Bis zu diesem Zeitpunkt der Differenzen war ich der Auffassung, daß man Parteivorsitzenden und Ministerpräsidenten trennen sollte, aber als man mich diskriminierte mit allen Mitteln, da konnte ich nicht anders als zum Ausdruck zu bringen, die zuständigen Gremien der Partei werden über diese Frage entscheiden. Ich habe keine andere Erklärung abgegeben. Ich habe es um so mehr bedauert, daß von anderer Seite mit infamsten Mitteln gekämpft wurde, um sich durchzusetzen. Darüber wird die Union in die Brüche gehen, wenn es so weitergeht. Die Schiedsordnung wurde deshalb beschlossen, damit Sie sich von Fall zu Fall darüber schlüssig werden, wer vor das Schiedsgericht gestellt werden muß. Ich will nicht meine Machtposition ausnutzen. Jetzt aber Ihre Aufgabe, dafür Sorge zu tragen, daß eine Klärung durchgeführt wird, sonst hole die Partei der Teufel, und zwar der Teufel des Ehrgeizes.

Walter Held[29], im ganzen Land herumgereist, hat in Rosenheim geäußert: Meine Politik sei auf Molotow[30] abgestellt und Müller würde für seine Politik bezahlt werden. Man kann darüber streiten, ob man die Synthese versucht oder kriegshetzerische Politik macht. Wenn wir einen vernünftigen Frieden wollen, müssen wir auch mit den Russen zu Rande kommen. Über die Frage Krieg oder Frieden entscheiden die alliierten Mächte. Der Krieg ist ja so restlos verloren, daß wir Objekt der Politik geworden sind. Aber unsere Pflicht und Schuldigkeit ist es, alles zu vermeiden, was zum Krieg treibt. Alle diese Hetze aber führt wieder zu dem verfluchten Nationalismus. Daher lehne ich es ab, Innenpolitik, z.B. Union und Kommunismus, in irgendein Verhältnis bringen zu lassen zu einer Besatzungsmacht. Leute, die so hausieren gehen, schädigen die Union. Bisher haben

bayerischer Ministerpräsident, 1946/47 und 1950–1954 stellvertretender Ministerpräsident, 1945–1947 bayerischer Justizminister, 1950–1954 bayerischer Innenminister, 1946 MdVLV (SPD), 1946–1970 MdL (SPD), zeitweise Vorsitzender der SPD-Fraktion, Vizepräsident des bayerischen Landtags, 1961/62 MdB (SPD).

[27] Maria Müller, geb. Lochner (1910–1996), kath., Sekretärin in der Rechtsanwaltskanzlei Josef Müllers, seit 1934 seine Ehefrau.

[28] Bezug unklar.

[29] Walter Held (1897–1967), kath., Volkswirt, Neffe Heinrich Helds, 1925 Direktor der Bavaria Schiffahrts- und Speditions-AG, seit 1926 Mitglied der BVP und des Wirtschaftsbeirats der BVP, nach 1933 politisch verfolgt, 1946 MdVLV (CSU), 1946–1950 MdL (CSU).

[30] Wjatscheslaw Michailowitsch Molotow (1890–1986), sowjetischer Politiker, 1926–1957 Mitglied des Politbüros der KPdSU, 1930–1941 Vorsitzender des Rats der Volkskommissare, 1939–1949 und 1953–1956 Außenminister.

wir gesammelt, jetzt müssen wir konsolidieren, auch auf die Gefahr hin, daß da oder dort gesplittert wird. Es geht nicht an, daß irgendeiner intrigiert, ohne zur Rechenschaft gezogen zu werden. Auch eine Gruppe, sonst scheitert die Union. Herr Schlögl ist im ganzen Land herumgereist: Ich sei Unitarist und würde Bayern an Preußen verraten. Das ist eine Gemeinheit. So lassen sich ernste Probleme nicht lösen. Kroll war mit in Berlin. Keiner hat Bayern verraten[31]. Irgendwann müssen wir uns zusammensetzen und darüber reden, wie das Verhältnis Bayern zu Deutschland aussehen wird. Es kommt darauf an: Wie stellen wir uns die Kompetenz des Reiches vor? Finanzhoheit?

Das Ganze hat dazu geführt, daß heute Spannungen vorhanden sind. Dr. Hundhammer hat sehr klar sich gegen Dr. Müller ausgesprochen, sowohl als Ministerpräsident wie auch als Vorsitzender. Wenn irgendeiner da ist, der die Partei zusammenhält und die Garantie übernimmt, daß eine produktive Arbeit geleistet wird, ... solange aber noch kein Mann gefunden ist, der diese Verantwortung tragen kann, fühle ich mich verpflichtet, keine Möglichkeit zu unterbinden für die künftige Entwicklung. Ich kann sagen, daß ich nach bestem Wissen und Gewissen dazu beigetragen habe, daß die Union heute steht. Ich habe alles darangegeben, auch das Familienleben, ich will dafür keinen Dank, man setzt sein Leben ein und seine Arbeitskraft ohne Dank. Ich würde aber gegen mein Prinzip des Pflichtbewußtseins sein, wenn ich zurücktreten würde, ohne daß die Union einen anderen hat. Aber solange ich von dem ganzen Land die Vertrauensbeweise bekomme, auch aus Gebieten, von denen ich es nicht erwartet hätte, fühle ich mich verpflichtet, da stehenzubleiben mit dem Gedanken, vielleicht gelingt es doch, die Union durchzuhalten, aber nur, wenn der eine oder andere sich einordnet. Im Anfang schon klargelegt, daß ein Parteidirektorium gegründet werden sollte, besonders von den Kreisen des Bauernverbandes auch an die Militärregierung herangetragen. In dieser Zeit des demokratischen Aufbaues kann ich nicht mehr willkürlich einzelne Leute bestellen, denen ich Befugnisse übertrage, ich muß den Willen des ganzen Landes zur Geltung bringen. Ich darf auch nicht einer Stadt den Vorrang geben, sondern allen Bezirken. Schließlich und endlich ist die Union auf der bayerischen Basis aufgebaut. Es hat mir leid getan, daß diese Entwicklung zum Anlaß genommen wurde.

Dr. Pix[32] in Landshut ist am weitesten vorgeprescht[33]. Schlögl hat in Landshut ein Mißtrauensvotum einzubringen versucht. Drei Unwahrheiten ... Schlögl hat

[31] Josef Müller war 1946 zweimal in Berlin; vom 15.–17. 6. 1946 nahm er – begleitet von Gerhard Kroll, Franz Steber und Friedrich Wilhelm von Prittwitz-Gaffron – in Berlin an einer Tagung der CDU in der SBZ teil, vom 11.–20. 10. 1946 reiste er nach Berlin, um die CDU im Wahlkampf – am 20. 10. 1946 wurde in den Ländern der SBZ gewählt – zu unterstützen. Schon Müllers erste Reise hatte vor allem in den Reihen des „Bauernflügels" um Michael Horlacher und Alois Schlögl Kritiker gefunden. Vgl. Mintzel, Anatomie, S. 264–267, und Protokoll der Sitzung des Erweiterten Landesausschusses der CSU am 6. 7. 1946 in München, in: Protokolle und Materialien, Bd. 1, S. 476–480 und S. 488–506.

[32] Dr. Georg Pix (geb. 1901), kath., Journalist, 1928–1933 Redakteur beim Bayerischen Kurier, nach 1933 aus dem Beruf verdrängt, 1943–1945 Teilnahme am Zweiten Weltkrieg, 1945 Mitbegründer und kurzzeitig Generalsekretär der CSU, seit 1946 Lizenzträger, Mitherausgeber und Chefredakteur der Isar Post in Landshut.

[33] Georg Pix hatte Josef Müller zunächst in seiner Auseinandersetzung mit Fritz Schäffer unterstützt, sich aber dann mit dem CSU-Vorsitzenden – nicht zuletzt wegen Differenzen in der „bayerischen Frage" – überworfen. Vgl. Fait, Anfänge, S. 56–88; Schlemmer, Aufbruch, S. 105; Proto-

zum Schluß noch gelacht. Da kann man nicht mehr arbeiten. Da geht es an letzte Persönlichkeitsfragen. Frage, ob die Persönlichkeiten, die wir herausstellen, vollwertige Charaktere sind. Ich will nicht die Union tragen lassen von Menschen, die nicht vollwertige Charaktere sind. Wir begeben uns in die Gefahr, daß wir den Leuten etwas vormachen, wir sollen den Leuten nichts vorlügen. Das ist der Grund, warum ich an meinem Platz bleibe. Die Erklärung von General Muller läßt vieles offen ... Wenn ich abgelehnt worden wäre, hätte ich die Konsequenzen gezogen, weil ich der Union gedient hätte, dann, wenn der Gegenbeweis erbracht wäre, wäre das auch der Union zugute gekommen. In der Bevölkerung starkes Gefühl für Anständigkeit. Wenn nicht eigene Parteifreunde hinter dem Spiele ständen, würde das Ganze der Union nützen. Dr. Hundhammer gibt der „Neuen Zeitung" Erklärungen: Dr. Müller sei nicht tragbar[34]. Gestern nach der Fraktionssitzung die Mitteilung durchgegeben, Müller sei zurückgetreten. Das sind Zweckmeldungen. ... Quertreibereien in der eigenen Partei. ...

Meine lieben Freunde, Sie haben sich jetzt zu entscheiden, was geschehen soll. Ich werde in Eichstätt[35] offen und deutlich sprechen. Es hat keinen Zweck, etwas zu vertuschen, aber wir im internen Kreis müssen uns schlüssig werden, wie beheben wir die Begleiterscheinungen in der eigenen Partei. Wenn wir es nicht beheben können, dann sagen wir uns lieber „Adieu" und trennen uns. Nur Offenheit und Ehrlichkeit können die Basis für die Zusammenarbeit sein. Wir kennen nicht die Intrige. Die ist meinem Charakter zuwider, aber wir müssen uns klar werden, wie begegnen wir solchen Intrigen, wenn nicht die Denunziation von Partei zu Partei aufhört. Glatte, klare Diktaturbestrebungen. Dann erklären wir offen, daß wir nicht in der Lage sind, eine Demokratie aufzubauen. Auch ein offenes Wort in Eichstätt. Es ist von den Amerikanern nicht zum Ausdruck gebracht worden, daß ich nicht tragbar bin. Aber es scheint doch irgendwie auf sie eingewirkt worden zu sein. Kennzeichnend, daß bei jeder Gelegenheit Messmer[36] dort war. Messmer und Aretin[37] haben einen auswärtigen Gewährsmann direkt zu Special Branch bestellt. Messmer bezeichnet sich als Abgesandten von Hundhammer. Schlögl hat mit Seifried[38] beraten. So wird von außen her hereingespielt. Wenn wir das nicht ändern können, dann lassen wir lieber die Hände davon. Sind Sie sich darüber

koll der Sitzung des Landesarbeitsausschusses der CSU am 13. 6. 1946 in München, in: Protokolle und Materialien, Bd. 1, S. 383–391; vgl. auch die Artikel von Georg Pix in der Isar Post vom 18. 6. („Die bayerische Frage") und vom 15. 11. 1946 („Der ‚Fall Dr. Müller'").

[34] Vgl. Neue Zeitung vom 15. 11. 1946: „Diskussion um Dr. Josef Müller".

[35] Anläßlich der Landesversammlung der CSU, die am 14./15. 12. 1946 in Eichstätt zusammentreten sollte; das Protokoll dieser Landesversammlung ist veröffentlicht in: Protokolle und Materialien, Bd. 1, S. 835–860.

[36] Josef Eduard Messmer (1907–1961), kath., Bankangestellter, 1939 aus politischen Gründen verhaftet, nach 1945 zunächst Mitglied der BHKP, dann bis November 1946 CSU-Mitglied, 1947 Ministerialrat und Leiter der Abteilung VI (Internierungs- und Arbeitslager) im bayerischen Staatsministerium für Sonderaufgaben.

[37] Anton Freiherr von Aretin (1918–1981), kath., Jurist, 1941–1945 Teilnahme am Zweiten Weltkrieg, bis 1947 CSU-Mitglied, dann Übertritt zur BP und deren Vorsitzender in Niederbayern, 1949–1953 MdB (bis 1952 BP), 1950/51 MdL (BP), 1952 aus der BP ausgeschlossen.

[38] Josef Seifried (1892–1962), Gewerkschafter, 1928–1933 MdL (SPD), 1933 vorübergehend verhaftet, 1944/45 Zwangsarbeit in München, 1946 MdVLV (SPD), 1946–1950 MdL (SPD), 1948/49 MdPR (SPD), 1946/47 bayerischer Innenminister.

klar, wenn es uns nicht gelingt, eine gute Wirtschaftspolitik zu machen ... Wir müssen jetzt handeln und dafür muß Klarheit geschaffen werden.

Haußleiter: Thema gliedern; Reihe von Komplexen: Frage des inneren Kampfes mit Methoden, die jeder sauberen Auseinandersetzung ins Gesicht schlagen. Die Union wird öffentlich kompromittiert. Es hat keinen Zweck, wenn wir diese Methoden nur beklagen. Wir erwarten klare Anträge für das Schiedsgericht. Die Methode des inneren Abschusses ist unerträglich. Genaue Anträge: Pix – amerikanisches Communiqué analysieren. Was ist das Ziel der amerikanischen Politik in diesem Falle? Wenn wir diese Analyse haben, dann müssen wir uns angesichts dieser Analyse klar werden, welche Schlüsse wir daraus ziehen. Ist dadurch Dr. Müller noch tragbar ... Stehen wir doch noch für uns ein. Grundfrage der Säuberung in Deutschland: Wenn wir nicht für Männer eintreten, die aktive Antifaschisten waren, ... Wir müssen auch dagegen einschreiten, daß Unschuldige davon getroffen werden. Gestapo-Methoden, da würde nämlich das Gesetz[39] ins Gegenteil umgeschlagen. Dreifache Gliederung: 1. wie verhindern wir die Weiterführung eines unsauberen inneren Kampfes, 2. wie gehen wir vor gegen Leute, die die Union durch unsaubere Methoden schädigen, [3.] wie verhalten wir uns nach genauer Klärung zur Stellung der Amerikaner zu Dr. Müller.

Kroll: [1.] Geradezu verheerende Wirkung, daß Hundhammer nach Veröffentlichung der Gestapo-Protokolle[40] erklärt hat, Müller sei nicht tragbar. Diese Methode des politischen Kampfes hat er gutgeheißen. Wenn wir jetzt nicht als vollkommene Idioten dastehen wollen, müssen wir uns einigen. Gestern wurde Dr. Hundhammer neu gewählt[41]. Durch diese verwickelte Situation sehe ich nicht mehr durch ... Wenn auch in der Fraktion [eine] klare Mehrheit für Hundhammer vorhanden ist, läßt sich die Minderheit nicht vergewaltigen, selbst wenn es darüber zu einem Bruch käme: Die fränkische Richtung ist anders als die bayerische ... Man kann die sachlichen Dinge nicht klären. Schlimmer handelt auch der Parteigegner nicht. Diese Art von Dolchstößen muß bereinigt werden. Frage, ob sie so weiter zu kämpfen versuchen.

[39] Gemeint ist das Gesetz zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus vom 5. 3. 1946.

[40] Vgl. Süddeutsche Zeitung vom 12. 11. 1946: „Dr. Josef Müller – Koalitionspartner Hitlers". Unter dieser Schlagzeile brandmarkte die Süddeutsche Zeitung Müller als „Steigbügelhalter" des Nationalsozialismus. Bei dem abgedruckten Dokument handelte es sich um einen Auszug aus einem Protokoll, das die Bayerische Politische Polizei am 9. 2. 1934 bei einer Vernehmung Müllers angefertigt hatte (eine Kopie findet sich im IfZ-Archiv, ED 120/331). Darin war die Aussage des späteren CSU-Vorsitzenden enthalten, er habe in seiner Eigenschaft als Vertrauter des bayerischen Ministerpräsidenten Heinrich Held in den Jahren 1932 und 1933 „Verhandlungen über eine Koalition zwischen Nationalsozialisten und Bayerischer Volkspartei geführt". Allerdings hatte die Süddeutsche Zeitung bei ihren Enthüllungen weder darauf hingewiesen, daß das Dokument nur ein aus dem Zusammenhang gerissenes Fragment eines umfangreicheren Vernehmungsprotokolls war, noch hatte sie die Leser darüber informiert, unter welchen Umständen Müllers Aussagen zustande gekommen waren. Entsprechend heftig setzte sich der CSU-Vorsitzende gegen die Anschuldigungen zur Wehr (BayHStA, NL Ehard 1531, Erklärung Josef Müllers zu den Angriffen in der Süddeutschen Zeitung vom 12. 11. 1946). Des Hochverrats bezichtigt, habe er in dem Bewußtsein, daß sein Leben in Gefahr sei, versucht, politische Gespräche mit seinem ehemaligen Kommilitonen Hans Frank als Koalitionsverhandlungen zwischen BVP und NSDAP erscheinen zu lassen, obwohl er dazu weder befugt gewesen noch damit beauftragt worden sei.

[41] Die CSU-Fraktion im bayerischen Landtag wählte Alois Hundhammer während ihrer konstituierenden Sitzung am 9. 12. 1946 nach kontroverser Debatte zu ihrem Vorsitzenden. Das Protokoll dieser Sitzung findet sich im ACSP, LTF. Vgl. auch Schlemmer, Aufbruch, S. 153–157.

2. Amerikanische Haltung: Katastrophe, daß die eigenen Parteifreunde die Amerikaner dahin gebracht haben, diese gewundene Erklärung abgegeben zu haben. Hier im Amt sitzt noch ein bekannter Nazifreund als Stellenleiter[42]. Wenn wir so weit kommen, dann mögen Sie Politik machen wie immer, wir Jungen machen nicht mehr mit. Wir geben unserer vollen Entrüstung Ausdruck, wir wollen Anstand, Offenheit und Ehrlichkeit. Wir erfahren, daß die SPD arbeitet. Wenn wir den Anstand aus der Partei herausdrücken, werden wir ein Sauhaufen. Die führenden Männer haben uns das vorgemacht.

Müller: Man kann nicht sagen, daß die Alten schuld sind, aber die alte Taktik, ähnlich wie der Heim[43]-Flügel in der BVP, so wird jetzt versucht, die Union zu spalten. Schlögl hat eine Materialsammlung. Pflaum hat in einem Entschuldigungsbrief[44] zum Ausdruck gebracht, er sei nur zweimal im Bauernverband gewesen, damit Beweis erbracht, daß der Bauernverband beteiligt ist. Der Sohn von Schwingenstein[45] hat an seinen Vater geschrieben, Schwingenstein[46] hat eine Erklärung abgegeben: Er habe keine Ahnung von den Angriffen gehabt. Schwingenstein hat den Brief geschrieben an seinen Vater: Wir Jungen machen da nicht mehr mit: „Du hast am Samstag mittag und sogar schon Freitag abend den Angriff gegen Dr. Müller gekannt und hättest ihn fragen sollen." Er hat erwähnt, daß Dr. Schlögl das letzte Material gebracht hätte. Lorenz Sedlmayr hat gehört, wie Herr von Aretin zu Goldschagg[47] und Schlögl geäußert habe, er würde auch Material bringen. Wenn Müller Material gegen Goldschagg gebracht hätte, dann hätte er wieder Material gegen Müller gebracht. Ich habe es abgelehnt, auf dieses Niveau herunterzugehen, wenn ich noch so verfolgt worden wäre, ich selbst werde, wenn ich darüber leiden sollte, mich auf keinen Fall zwingen lassen, auf ein solches Niveau herunterzusteigen. Ich werde nicht mitspielen beim Verfall der Moral, das überlasse ich anderen.

Kübler: Ich gehöre zu denen, die früher nicht diesem Kreis angehörten[48]. Wiederholt habe ich in Fraktionssitzungen geäußert, man solle uns das Mitarbeiten nicht so schwer machen. Das Mitarbeiten wird sehr schwer gemacht, nicht der Gegner, aber die Schamröte möchte einem ins Gesicht steigen, daß die eigenen

[42] Nicht ermittelt.

[43] Dr. Georg Heim (1865–1938), kath., Realschullehrer, führender Vertreter des landwirtschaftlichen Verbands- und Genossenschaftswesens in Bayern, 1897–1912 MdR (Zentrum), 1897–1911 MdL (Zentrum), 1919/20 MdVNV (BVP), 1920–1924 MdR (BVP), 1920–1925 Präsident der bayerischen Landesbauernkammer, 1927 Niederlegung seiner Parteiämter, 1932 Austritt aus der BVP, 1933 aller restlichen Ämter enthoben.

[44] ACSP, NL Müller C 97, Richard Pflaum an Josef Müller vom 22. 11. 1946.

[45] Dr. Alfred Schwingenstein (1919–1997), kath., Diplom-Volkswirt und Verleger (Süddeutscher Verlag). In den Nachlässen von Josef Müller und August Schwingenstein, die beide im ACSP verwahrt werden, findet sich kein Hinweis auf den Brief und die Erklärung, die im folgenden erwähnt werden.

[46] August Schwingenstein (1881–1968), kath., Journalist und Verleger, seit 1919 für den Bayerischen Bauern- und Mittelstandsbund tätig, nach 1933 entlassen und 1935 vorübergehend verhaftet, Kontakte zu Widerstandskreisen, 1945 Mitbegründer der CSU, 1946 MdVLV (CSU), 1946–1948 MdL (CSU), 1945 einer der Lizenzträger der Süddeutschen Zeitung und bis 1952 deren Mitherausgeber.

[47] Edmund Goldschagg (1886–1971), Journalist, seit 1919 SPD-Mitglied, 1933 vorübergehend verhaftet und für kurze Zeit arbeitslos, seit 1945 einer der Lizenzträger und Herausgeber der Süddeutschen Zeitung, 1945–1951 deren Chefredakteur.

[48] Kübler spielt wahrscheinlich darauf an, daß er als Protestant vor 1933 nicht der BVP, sondern dem BBB angehört hatte.

Freunde gegeneinander losgehen. Das zieht sich wie ein roter Faden durch unsere Geschichte. Bis jetzt keine Klarheit ... Schlögl, Hundhammer ... Man kommt dabei selbst noch in ein schiefes Licht. Man wird diffamiert, wenn man nur zum Bauernverband geht, weil da Schlögl ist. Nur ein Weg ist gangbar: Das Ganze muß in einem Schiedsverfahren geklärt werden. Kroll hat weit über das Ziel hinaus geschossen.

Ich stehe manchmal im Widerspruch zu Dr. Müller, aber draußen habe ich ihn gedeckt. Selbstverständlich, daß wir das tun. Wir müssen Dr. Müller decken. Solange von außen geschossen wird, ist das ein Beweis, daß der Parteivorsitzende auf dem rechten Wege ist. Es kann nicht so weitergehen. Dr. Müller ist derjenige, der im Kampf gegen den Nationalsozialismus schwerstes Leid getragen hat. Aber solange der Kampf so geführt wird, durch die Presse und die Gegner, solange haben wir die moralische Pflicht, ihn zu schützen und ihn zu decken. Die Namen, die hier genannt worden sind, verlangen, daß Klarheit geschaffen wird. Schlögl sagt immer das sei unrichtig. Es ist notwendig, auch der Parteifreunde wegen, gegen die immer wieder Vorwürfe erhoben werden; auf Zeitungsmeldungen gebe ich nicht viel. Auch die Bayerische Volkspartei hat einen solchen Vorhang gezogen. Ich habe auch als Schriftleiter selbst eine Ministerliste erfunden ... Auf Grund dieser Liste habe ich dann alles erfahren. Auf vage Vermutungen der Presse gebe ich nicht viel. Die Reinlichkeit in den eigenen Reihen muß hergestellt werden, wir hätten nicht warten dürfen, bis dieser Punkt brennend ist. Das Mißtrauen schwächt die Kräfte. Wenn wir wissen, daß die Militärregierung nicht eine wirkliche Ablehnung ausspricht und daß gegen Müller ein Verfahren vor der Spruchkammer jeder Grundlage entbehrt, dann haben wir auch die Ursache, uns vor ihn schützend zu stellen. Es wäre gut, wenn ein Direktorium die Leitung in die Hand nehmen würde, um dem Gedanken der Parteidiktatur entgegenzutreten[49]. Drei Männer, der Vorsitzende nur Primus inter pares. Zuviel Arbeit auf einer Schulter. Nicht immer Gegensatz zum Bauernverband. Dr. Horlacher ist einer Logik zugänglich[50]. Er ist nicht starr. Kübler wendet sich gegen die Angriffe auf das Alter. Mein Vertrauen steht noch hinter Dr. Müller.

Kroll: Ich bedauere, das Alter angegriffen zu haben, ich meinte die alten Praktiken[51]. Es mag eine Schicht geben, die Erfahrungen aus dem Parlamentarismus der früheren Zeit hat, politische Mittel, Lüge, Intrige und Verstellung. Wir lehnen die Lüge ab in dem politischen Kampf.

Haunhorst: Die Militärregierung hat dazu zu sagen, daß die dort gegebene Äußerung unrichtig ist. In der „Süddeutschen Zeitung" heißt es:

„Ich habe Sie hierher gebeten, um Ihnen die Einstellung der Militärregierung darzulegen im Zusammenhang mit der Streitfrage über die erforderliche Befähigung Dr. Josef Müllers, ein öffentliches Amt zu bekleiden. Die Militärregierung hat bisher keine Schritte gegen Dr. Müller unternommen. Da aber Dr. Müller für das Amt des bayerischen Ministerpräsidenten in

[49] Josef Müller, der bis 1948 ohne Stellvertreter amtierte, mußte sich immer wieder des Vorwurfs erwehren, er führe die CSU wie ein Diktator. Vor allem seine Gegner forderten, anstelle eines Vorsitzenden ein Direktorium an die Spitze der Partei zu stellen. Vgl. dazu Mintzel, Anatomie, S. 110–118, und Fait, Anfänge, S. 131–142.

[50] In der Vorlage: „zugängig".

[51] In der Vorlage heißt es „Praktiker", gemeint sind aber offensichtlich Praktiken.

Betracht gezogen wird, ergibt sich die Notwendigkeit, darauf hinzuweisen, daß bezüglich seiner Eingruppierung nach dem Gesetz zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus Ungewißheit besteht und daß sich die Notwendigkeit ergeben könnte, entsprechende Maßnahmen zu treffen."[52]

Die richtige Übersetzung ist folgende: „... ist es notwendig, darauf hinzuweisen, daß Ungewißheit bezüglich seines Status unter dem Gesetz zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus besteht ..." Die „Süddeutsche Zeitung" wird von den Amerikanern darauf hingewiesen, daß sie eine Richtigstellung geben muß. Die Militärregierung hat nichts gesagt gegen Dr. Müller als Ministerpräsidenten. Damit fallen die weiteren Punkte in der „Süddeutschen Zeitung" fort. Die „Süddeutsche Zeitung" wird entsprechende Anweisungen bekommen.

Horlacher: Ich mische mich in den Streit nicht ein, ich habe die Übersetzung vor mir, die dem englischen Wortlaut entspricht. Die Militärregierung hat bisher noch nichts gegen Dr. Müller unternommen. Da jetzt Dr. Müller für die Stellung als Ministerpräsident in Betracht gezogen ist, Ungewißheit, ob er vom Gesetz zur Befreiung vom Nationalsozialismus und Militarismus betroffen ist und ob es notwendig werden sollte, irgend etwas zu veranlassen. Dr. Josef Müller soweit unterstützen, wie möglich ist. Der Standpunkt, wie es sich Parteifreunde wünschen, ist nicht durchschlagend, durchschlagend ist, wie die Lage wirklich ist und wie sie anzusehen ist. Die Frage muß erstens beurteilt werden im Licht des Materials, aus welcher Quelle es stammt, weiß ich nicht, niemand weiß, welches Material die Militärregierung besitzt. Wenn eine solche Erklärung veröffentlicht worden wäre, und sie würde mich betreffen, würde ich sagen, dann halte ich mich zurück eine Zeitlang, das heißt nur um Gefahren, die für die gesamte Union sich ergeben, zu vermeiden. Mir kommt es in der Politik nicht auf Gefühlserwägungen an, sondern mir kommt es auf die ruhige, kalte Vernunft an. Unser Recht ist es zu sagen, daß [wir], wenn wir persönlich betroffen werden, so handeln würden. Es können Dinge sein, die mit hochpolitischen Dingen zusammenhängen. Aus den Veröffentlichungen der Militärregierung geht hervor, daß es in Zusammenhang steht mit hochpolitischen Verhandlungen. „Ungewißheit". Andere Frage, die Stellung des bayerischen Ministerpräsidenten. Diese Inbetrachtziehung hat eine Rolle gespielt. Unabhängig von der Militärregierung steht fest, daß die Union als solche im Mittelpunkt des Interesses steht, nicht so sehr bei uns wie im Gesamtraum, vielleicht auch anderer Besatzungsmächte. Deswegen sage ich, wir können in Bayern unmöglich eine Insel der Seligen bilden. Deswegen bin ich der Meinung, daß diese Verhältnisse der Militärregierung Rückschlüsse darauf zulassen, wie man über uns denkt auf der anderen Seite. Das ist eine bestimmte politische Willenskundgebung, das spielt zweifellos eine Rolle, ob Koalition oder Selbstregierung. Gestern Stellungnahme der Bauern und Arbeiter[53]: Wir wollen nicht mehr ins reaktionäre, hochkapitalistische Zeitalter zurück. Aussöhnung der breiten schaffenden Masse unserer Bevölkerung. Wir wollen uns nicht mehr von politischen Herrschaftsschichten bestimmen lassen. Darin auch die Konsequenz der Koalitionsregierung. Besonders von der Arbeiterschaft dürfen wir uns nicht mehr entfernen

[52] Süddeutsche Zeitung vom 10. 12. 1946: „Dr. Müller und die Regierungsbildung".

[53] Zur Arbeitsgemeinschaft zwischen dem Bayerischen Bauernverband und dem Bayerischen Gewerkschaftsbund vgl. Stelzle, Föderalismus und Eigenstaatlichkeit, S. 58 ff.

wie 1923. (Zwischenruf: Die lehnen die Koalition ab.) Unsere Pflicht ist es, die anderen jedenfalls auf ihre Verantwortung aufmerksam zu machen. Die Aufgabe der Union liegt viel höher. Grundlage für das demokratische Zusammenspiel. Es wäre der größte Fehler aus der Weimarer Zeit, die Dinge zusammenzubringen. Zusammenarbeit muß sichergestellt werden, anders als es früher der Fall war. Arbeiterschaft zu einem bedeutenden Teil auf der sozialistischen Seite. Aussöhnung der Bevölkerung. Die Erklärung ist höchst bedeutsam, es handelt sich um mehr als um den Parteivorsitzenden ... das Deutsche Reich ... Aussöhnung der breiten Massen, damit das Unglück vergangener Tage nicht mehr wiederkehrt. Diesen Standpunkt benötigt unser Volk in dieser Zeit ... den Interessen aller ist zu dienen, das ist die Aufgabe ... Die Erklärung der Militärregierung ist nur dahingehend zu verstehen, daß sich die Militärregierung im Sinne der neuen Politik nicht mehr in die innerpolitischen Maßnahmen einmischen will.

Müller: Mit den Praktiken der Weimarer Verfassung haben diejenigen, die gegen die Koalition sind, nichts zu tun. In der Weimarer Verfassung[54] war die Koalition die Selbstverständlichkeit. Auf keinen Fall aus persönlichen Gründen, die Landesversammlung hat diese Aufgabe zu erfüllen.

Mittagspause

Sedlmayr übernimmt den Vorsitz.

Krehle: Vorschlag, daß fünf Frauen zu Gericht sitzen sollen.

Dr. *Rindt*: Das ist nicht witzig gemeint. Aber nach außen hin gesehen dürfen wir die Sache nicht doch nur in die Hände der Frauen legen. Wir kommen am besten weiter, wenn wir von der Landesvorstandschaft aus eine vollkommen neutrale Untersuchungskommission einsetzen, um festzustellen, ob Müller oder Pix oder Schlögl oder auch Hundhammer und Held ... Gedanke, daß in dieser Untersuchungskommission auch Frauen dabei sein müssen.

Das Problem Müller hätte vor der Wahl noch anders gelöst werden können als gegenwärtig. Wir müssen uns klar sein, erstens die Verlautbarung der „Isar Post" ist in einer sehr unterschiedlichen Redaktion zusammengebaut, stilistische und logische Widersprüche. Punkt 1, gegen die Kandidatur Müllers, obwohl die Union als größte Partei aus dem Wahlkampf hervorgegangen ist. Hier ist bestimmt jemand, der etwas starten wollte, die Geschichte durcheinander, verschiedene Autoren, keine Ahnung, wer das gemacht hat. Reines Spiel im Gang, nichts anderes. Wir wollen nicht die Vergangenheit aufrollen, aber es ist komischerweise wieder die gleiche Gruppe in der Partei, die heute wieder gegen Müller schießt, die einstmals gegen Schäffer gearbeitet hatte. Es ist nicht etwa so, daß ich etwa in Müller verliebt bin, genausowenig wie ich der „Süddeutschen Zeitung" das Recht gebe zu schreiben, daß ich zum Lager Müller gehöre. Gestern Schäffer, heute Müller. Angriffe von Parteikreisen.

[Punkt 2:] Was wollen diese Kreise, was suchen sie zu bezwecken? Daß es in irgendeiner Form darauf hinausgeht, daß man mit der politischen Linie nicht einverstanden ist, daß man gegen die Person Müllers etwas einzuwenden hat. Welche politische Linie vertritt Müller? Müller vertritt die gesamtdeutsche Linie, vertritt

[54] Vermutlich gemeint: in der Weimarer Republik.

sie manchmal taktisch klug, manchmal nicht sehr taktisch klug. Jakob Kaiser[55] ... (positive Stellungnahme). Aber das Schlagwort vom christlichen Sozialismus muß ich für uns ablehnen[56]. Die Demokratie muß sich selbst durchsetzen. Es ist kein Mann bisher, der sich für die Partei so sehr hinstellt, wie es Dr. Müller getan hat. Es ist tatsächlich so, daß der Unionsgedanke in der Luft greifbar war. Gegenwärtige Situation: Ich glaube nicht, daß letzten Endes zwischen den sogenannten verschiedenen Lagern ein wesenhafter Unterschied bestehen müßte. Bei der Besprechung in der Fraktionssitzung Aussprache mit Hundhammer[57]. Hundhammer hat gesagt, er sei auf der gleichen Linie, persönliche Gründe müssen zurückstehen.

Dritter Gedankengang, das geht so weiter mit dem Abschießen ... Ermächtigungsgesetz. Wir müssen überlegen: Die Kämpfe gegen Dr. Müller treffen die Union ... Es geht nicht um Müller, sondern um die Union und um die Wählerschaft. Vor zwei Tagen war ein maßgeblicher Mann der DANA bei mir: „Ihr seid Idioten, warum habt Ihr nicht verlangt, das bei Goldschagg veröffentlichte Protokoll einzusehen ..." Ich weiß, daß dieses Protokoll gefälscht ist. Aber schwer herauszubekommen, wer das Protokoll gefälscht hat. Man kann gegen die führenden Leute auf ehrliche Weise nichts vorbringen. Man kann fälschen, man kann verleumden, man kann eine Diktatur der Presse machen und nicht nur der öffentlichen Meinung.

Weg mit den persönlichen Streitigkeiten. Wenn es in der Politik so weitergeht, machen unsere Wähler nicht mehr mit. Die Wähler erwarten in erster Linie Taten. Es wäre falsch, daß wir jetzt Müller, der mit unfairen verbrecherischen Mitteln beschmutzt wurde, fallenlassen. Verschiedene Einflüsse bei der Militärregierung, aber falsch, daß staatspolitische Fragen dahinter stünden. Dahinter steht nichts. Dann wäre Müller längst weg und längst verhaftet. Die gewundene Erklärung der Militärregierung ist das Zeichen dafür, daß sich die Militärregierung bemüht, objektiv zu bleiben. Die Spruchkammer muß entscheiden. Ich glaube nicht, daß sich die Militärregierung in innerpolitische Dinge einmischen wollte. Ein Untersuchungsausschuß muß eingesetzt werden. Unter Umständen muß die Spruchkammer beschäftigt werden, fragen wir Dehler[58].

[55] Jakob Kaiser (1888–1961), kath., Gewerkschafter und Politiker, 1933 MdR (Zentrum), Kontakte zu Widerstandskreisen, 1938 mehrere Monate inhaftiert, seit Juli 1944 in Berlin untergetaucht, 1945–1947 Vorsitzender der CDU in der SBZ, 1950–1958 stellvertretender CDU-Vorsitzender, 1948/49 MdPR (CDU), 1949–1957 MdB (CDU), 1949–1957 Bundesminister für Gesamtdeutsche Fragen.

[56] Vgl. dazu allgemein Conze, Jakob Kaiser – Politiker zwischen Ost und West, S. 29–41; Focke, Sozialismus aus christlicher Verantwortung; Uertz, Christentum und Sozialismus, S. 29–41. Zur Diskussion in der CSU vgl. Schreyer, Bayern – ein Industriestaat, S. 101–109, sowie Mintzel, Geschichte der CSU, S. 216ff., und Schlemmer, Aufbruch, S. 116f.; vgl. auch die Diskussion im Landesausschuß der CSU am 6. 9. 1946 in München, in: Protokolle und Materialien, Bd. 1, S. 539–547.

[57] Um einen Ausweg aus der verfahrenen Debatte um die Besetzung des Fraktionsvorstands im allgemeinen und die Person des Fraktionsvorsitzenden im besonderen zu finden, wurde die Sitzung der CSU-Landtagsfraktion am 9. 12. 1946 (das Protokoll findet sich im ACSP, LTF) für kurze Zeit unterbrochen. Josef Müller, Alois Hundhammer, Eugen Rindt und wohl auch Michael Horlacher einigten sich dabei darauf, Hundhammer als Fraktionsvorsitzenden und Rindt als seinen gleichberechtigten Stellvertreter vorzuschlagen. Rindt selbst teilte dem Vorstand im weiteren Verlauf der Sitzung weitere Details mit.

[58] Dr. Thomas Dehler (1897–1967), Jurist, 1938 und 1944 verhaftet, Teilnahme am Zweiten Weltkrieg, 1945/46 Landrat in Bamberg, 1946/47 Generalstaatsanwalt am OLG Bamberg und Generalkläger am Kassationshof beim bayerischen Staatsministerium für Sonderaufgaben, 1947–1949 Prä-

Sedlmayr: Der Versuch, prominente Leute der Union zu diskreditieren, basiert auf einem wohl erwogenen Plan. Die Union ist die größte Partei des Landes. Mit den Mitteln eines anständigen Kampfes kann sie aus dieser Position nicht verdrängt werden, daher entschlossen, zu jedem Mittel zu greifen. Beschuldigung der Nazifreundlichkeit gegen den einen, dann gegen den anderen. Horlacher, Hundhammer, Ehard, so setzt es sich fort. Fendt[59] hat in kleinem Kreise gesagt, diejenigen, die an den Galgen gehören, sind die Männer, die für das Ermächtigungsgesetz gestimmt haben, und die Parteien, die für das Ermächtigungsgesetz gestimmt haben[60]. Das ist die Preisgabe des politischen Einflusses. Wir müssen uns darüber im klaren sein, daß wir im Sinn dieser Leute alle gleich schuldig sind. Wir dürfen unter keinen Umständen einen Mann unserer Art fallen lassen. Wir haben keine Veranlassung, dem Vorschlag nachzugeben, Dr. Müller muß zurücktreten. Ist in unserem Sinn irgend etwas vorhanden, was Dr. Müller für schuldig erklärt, wenn nein, haben wir nichts zu veranlassen. Wir müssen jedem anderen Parteimitglied überlassen, so zu handeln, wie er es vor seinem Gewissen vereinbaren kann. Wenn der Untersuchungsausschuß zu dem Ergebnis [kommt], daß der oder jener der Partei, der Minister werden soll, nicht einwandfrei ist. Welche Situationen entstehen dann? Jeder, der angeschossen worden ist oder angeschossen wird, ist in unseren Augen noch nicht belastet.

Strauß: Bezirksverbandssitzung von Oberbayern[61], von Hundhammer geleitet. Hier wurde deutlich gesagt, warum Dr. Müller die Konsequenzen zu haben [sic!]. Zwei Gründe, auf politischer Linie wie auf persönlicher Linie. Erstens, Dr. Müller vertrete ein zentralistisches Deutschland, das führe aber wieder zum Krieg, weil es geleitet werde von einem Preußentum. Zweitens, Dr. Müller taktiere und paktiere zu sehr mit dem Kommunismus. Es sei unverantwortlich, wenn ein führender Mann sich folgendermaßen äußere: „Man muß vorsichtig sein dem Kommunismus gegenüber, weil man nicht wisse, ob nicht der Kommunismus doch eines Tages an die Macht komme." Wer einen solchen Kurs verfolge, der sei ein Verbrecher im Lande. (Von Dr. Hundhammer wörtlich gesagt.)

sident des OLG Bamberg, 1946–1956 Vorsitzender der bayerischen FDP, 1946 MdVLV (FDP), 1946–1949 MdL (FDP), 1948/49 MdPR (FDP), 1949–1967 MdB (FDP), 1949–1953 Bundesjustizminister, 1953–1957 Vorsitzender der FDP-Bundestagsfraktion, 1954–1957 Bundesvorsitzender der FDP, 1960–1967 Vizepräsident des Bundestags.

[59] Dr. Franz Fendt (1892–1982), nach seiner Ausbildung zum Volks- und Berufsschullehrer Studium der Staatswissenschaften, SPD-Mitglied, 1945/46 bayerischer Kultusminister, seit 1950 Rektor der Hochschule für politische Wissenschaft in München.

[60] Das „Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich" vom 24. 3. 1933 ermächtigte die Reichsregierung unter Adolf Hitler, vier Jahre lang Gesetze ohne Mitwirkung von Reichstag und Reichsrat zu erlassen. Die dafür notwendige Zweidrittelmehrheit wurde durch die Zustimmung der bürgerlichen Parteien sichergestellt, während die Abgeordneten der SPD das sogenannte Ermächtigungsgesetz ablehnten. Vgl. Ermächtigungsgesetz, passim. Zur Kritik der jungen Generation an den ehemaligen Parlamentariern der BVP vgl. Lehrjahre, S. 110 (Richard Jaeger), oder Protokoll der Sitzung des Erweiterten Vorläufigen Landesausschusses der CSU am 30./31. 3. 1946 in Bamberg, in: Protokolle und Materialien, Bd. 1, S. 93ff. (Franz Josef Strauß und Anton Ott).

[61] Angesichts der ausgesprochen dürftigen Quellenlage zur Geschichte des CSU-Bezirksverbands Oberbayern ließ sich nicht ermitteln, über welche Veranstaltung Strauß hier berichtete. Die Süddeutsche Zeitung meldete am 16. 11. 1946 lediglich, Alois Hundhammer habe in einer öffentlichen Versammlung der CSU in München erklärt, Müller müsse sein Amt als Landesvorsitzender bis zur Klärung der gegen ihn erhobenen Vorwürfe ruhen lassen.

Innerhalb der föderalistischen Linie 90 Prozent gemeinsame Ideen. Wir sind alle Föderalisten. Rief[62] habe sich für eine bayerische Währung eingesetzt. Eingabe an den Kontrollrat. In der Deutschlandpolitik muß Bayern die Führung übernehmen. Reichspolitik. Vom rechten bis zum linken Flügel alles Föderalisten, keine Separatisten, keine Unitaristen. Wir sind doch keine Kommunisten. Aber im gegenwärtigen Augenblick muß alles vermieden werden, was in einen außenpolitischen Konflikt ausarten könnte. Schwabhausen[63]: Dr. Müller sei ein Mann der Kommunisten. Falsches Bild für die Bezirksvorsitzenden: Wir haben einen Kommunisten an der Spitze. Da sind hinterhältige Einflüsse am Werk. Die Erklärung von General Muller besagt, daß die Amerikaner sich zurückziehen wollen und die Entscheidung deutschen Stellen überlassen.

Müller: Erstens: Politische Seite. Föderalismus. Ich will Schlagworte aus der Politik herausbringen. Als junger Mensch hatte ich kein Empfinden dafür, daß die Bayerische Volkspartei ihre ganze Existenz mit dem Begriff Föderalismus begründet hat. Damals schon bedauert, daß man nicht konkreter gearbeitet hat. Noten an Brüning[64]. Brüning hat sehr gebeten, daß die ewige Notenschreiberei aufhört. Als junger Mensch das bittere Gefühl, daß man versäumt hat, eine weltanschauliche Ausrichtung zu erlassen. Der alte Heim hat die BVP gegründet gegen das Zentrum[65]; aus seinem Haß gegen Preußen hat er sich auf politischem Boden bewegt, der klitschig [sic!] wurde. Die Tochter vom alten Heim hat die Erzberger[66]-Mörder über die Grenze gebracht[67]. Das ist ein Grund, warum ich in diesem Fall nicht irgendwie Kompromisse schließen will.

Bei der Gründung Verständigung mit Jakob Kaiser[68], wir dürfen diesmal nicht den Norden hängen lassen, jetzt müssen wir eine gemeinsame Linie herstellen. Voriges Jahr hatte ich Gelegenheit, bei Myron Taylor[69] in Rom meine Ideen zu

[62] Dr. Max Rief (1893–1980), kath., Studium der Volkswirtschaft und des Staats- und Verwaltungsrechts, BVP-Mitglied, nach 1933 vorübergehend verhaftet, 1946 Leiter des Landessiedlungsamts in Regensburg, Mitbegründer der CSU, 1946 MdVLV (zuerst CSU, dann WAV), Ende 1946 Übertritt zur WAV, 1946–1950 MdL (bis 1949 WAV, dann Mitglied verschiedener parlamentarischer Gruppierungen).

[63] Auf Bitte Hundhammers erklärte Josef Wackerl, ein Delegierter aus dem Landkreis Dachau, den Mitgliedern des Landesausschusses der CSU am 6. 12. 1946, er „habe in Schwabhausen eine Versammlung mitgemacht, wo die Kommunisten öffentlich erklärt" hätten: „Dr. Müller ist unser Mann." Protokolle und Materialien, Bd. 1, S. 807.

[64] Dr. Heinrich Brüning (1885–1970), kath., Gewerkschafter und Politiker, 1924–1933 MdR (Zentrum), 1928/29 MdL (Zentrum) in Preußen, 1930–1932 Reichskanzler, 1931/32 auch Reichsaußenminister, 1934 Emigration, 1939–1952 Professor für politische Wissenschaft in Havard, 1951–1955 in Köln.

[65] Vgl. Schönhoven, BVP, S. 17–42.

[66] Matthias Erzberger (1875–1921), kath., Journalist und Politiker, 1903–1918 und 1920/21 MdR (Zentrum), 1919/20 MdVNV (Zentrum), Oktober/November 1918 Staatssekretär ohne Geschäftsbereich, im November 1918 Leiter der deutschen Waffenstillstandskommission, 1919 Reichsminister ohne Geschäftsbereich, 1919/20 Reichsfinanzminister, im August 1921 Opfer eines Attentats.

[67] Zu den Verbindungen, die Georg Heim zu den Attentätern Heinrich Tillessen und Heinrich Schulz – zwei ehemaligen Offizieren – unterhielt, vgl. Gebhardt, Fall Heinrich Tillessen, S. 21–24.

[68] Schon auf dem Parteitag der CDU in der SBZ vom 15.–17. 6. 1946 hatte sich Müller im Namen der CSU zu einem gesamtdeutschen Bundesstaat bekannt und jeder Form des Separatismus eine Absage erteilt. Vgl. Conze, Jakob Kaiser – Politiker zwischen Ost und West, S. 92f.

[69] Myron Charles Taylor (1874–1959), Manager und Diplomat, 1932–1938 Vorstandsvorsitzender der U.S. Steel Corporation, 1938 amerikanischer Sonderbeauftragter für die Konferenz von Evian,

entwickeln. Durch einen österreichischen Vorschlag sollte ein katholischer Südstaat, Paris-München-Wien, gegründet werden[70]. In einer Aussprache erklärte ich, der Morgenthau-Plan[71] sei ein Verbrechen an Deutschland. Deutschland ist die Ostfront der christlich-abendländischen Kulturwelt, gleitet es nach Westen, poverisiert es; gleitet es nach Osten, geht es auch verloren. Ich habe ein kleines Verdienst, daß der Morgenthau-Plan gefallen ist. Ausgangspunkt für meine Haltung in bezug auf die Union: Wir sollen uns nicht auf den Bauch legen und uns verkaufen ohne Gegenwert. Interview mit einem kanadischen Journalisten[72]: Deutschland und Europa wird Eurasien. Frankreich hat sich 1940 als zu schwach erwiesen. Wenn wir den katholischen Süden propagieren, dann würde sich der Norden in seiner Linie zu dem Osten mehr nach Westen hin verschieben. Es gibt Leute, die sich etwas von den Franzosen erwarten, das Benehmen ist katastrophal. Saargebiet. Abgabe von Hühnern an die Franzosen[73], keine Kohlen. Es muß Deutschland auf die Beine gestellt werden, wenn Europa nicht balkanisiert werden soll. Wir wollen als Demokraten mit Demokratien reden und nicht als Quislinge[74]. Auch heute wollen wir nicht mit dem Scheine der Demokratie zum Sklaven werden.

Rußlandlinie: Mit dem Neffen von Molotow[75] zusammen im KZ[76]. Hätte ich mich mit diesen Leuten nicht unterhalten sollen?! Der Neffe war gar nicht mit in Capri[77], das ist eine Lüge. In Berlin eingeladen und russische Gäste. Es wurde mit den Russen gesprochen über sehr nüchterne Probleme, über die Probleme der Grenzen und der Gefangenen[78]. Wenn ich mich einmal mit einem russischen General unterhalten habe ... ist es Herzlosigkeit, jetzt daraus Kapital schlagen zu wollen. Es ist nicht wahr, daß Müller mit den Kommunisten zusammengeht.

seit 1939 persönlicher Vertreter der amerikanischen Präsidenten Franklin D. Roosevelt und Harry S. Truman bei Papst Pius XII.

70 Pläne zur Schaffung eines katholischen Südstaates wurden von unterschiedlichen Akteuren ventiliert, ließen sich jedoch letztlich – schon aufgrund der ablehnenden Haltung der Sowjetunion – nicht realisieren. Vgl. Pelinka/Steininger (Hrsg.), Österreich und die Sieger.

71 Vgl. allgemein Greiner, Morgenthau-Legende. Henry Morgenthau (1891–1967), Politiker, 1933 zunächst Vorsitzender des Federal Farm Board, dann Unterstaatssekretär im Schatzamt, 1934–1945 Finanzminister der USA. Zu den Kontakten des Ochsensepp mit Taylor vgl. Müller, Konsequenz, S. 284–289.

72 Im Nachlaß Müller nicht zu ermitteln.

73 Maschinenschriftlich: „Wir müssen den Franzosen ein Huhn geben". Dieser Satz wurde nachträglich eingeklammert; die handschriftlich an dieser Stelle eingefügte Randnotiz wurde in das Protokoll übernommen. Zur französischen Besatzungspolitik vgl. Henke, Politik der Widersprüche, sowie Wolfrum/Fäßler/Grohnert, Krisenjahre und Aufbruchszeit.

74 Anspielung auf Vidgun Quisling (1887–1945), norwegischer Politiker und Offizier, 1927/28 Legationssekretär an der norwegischen Botschaft in Moskau, 1933 Gründer der (später so benannten) Nasjonal Samling, nach der deutschen Okkupation Norwegens Kollaboration, 1942 Ministerpräsident einer „nationalen Regierung", 1945 Verhaftung und Hinrichtung.

75 Wassilij Wassilijewitsch Kokorin (1920–1945), Leutnant der Luftwaffe der Roten Armee, nach seiner Gefangennahme durch deutsche Truppen in verschiedenen KL inhaftiert.

76 Vgl. dazu Müller, Konsequenz, insbesondere S. 238ff., S. 260–264 und S. 275f.

77 Josef Müller war zusammen mit anderen „Sonderhäftlingen" am 4. 5. 1946 von amerikanischen Truppen befreit und anschließend zunächst nach Neapel, dann nach Capri gebracht worden. Über seine Gespräche auf Capri, unter anderem mit dem Betreuungsoffizier Dale Clark, berichtete Müller in seinen Memoiren (Konsequenz, S. 282–285); vgl. auch Hettler, Josef Müller, S. 200ff.

78 Zu Josef Müllers geheimnisumwitterten Gesprächen mit Vertretern der sowjetischen Besatzungsmacht, über die noch immer wenig bekannt ist, vgl. Müller, Konsequenz, S. 324–332, und Hettler, Josef Müller, S. 269–272.

Meine lieben Freunde, [in] letzter Linie sind es die Kommunisten, mit denen wir es zu tun haben. Wenn die Sozialdemokraten so weitermachen, werden sie im Kampf zwischen den beiden dynamischen Kräften zerrieben werden.

Die Kompetenzen des neuen Deutschlands: In der Union Deutschlands wollen wir geschlossen antreten für die zweite Kammer. Lenz[79] hat den Entwurf gemacht[80]. Die Repräsentation der neuen Glieder des neuen Deutschlands. Als ich mit Kroll in Berlin war, immer erklärt, wir können uns nicht einverstanden erklären, wenn man jetzt schon die Kompetenz zum Reich gibt. Hoegner wird als Föderalist angesehen, aber dann Antrag: Reichsrecht bricht Landesrecht. So weit geht die hiesige Verwirrung. Diese Leute gehen den gleichen Weg wie die Leute um Heim: Nochmals Bankrott mit Staat und Weltanschauung. Die Weltanschauung wird damit auch unter Druck gesetzt. Die Erklärung der Angelegenheit Müller ist: Wenn die Sozialisten eine internationale Verbindung haben, dann wollen wir auch eine christliche Übernationale. Die Amerikaner fürchten, daß Müller diese anstrebt. Buch von Ulrich von Hassell „Vom anderen Deutschland"[81].

Die Einvernahme des SS-Führers von Huppenkothen[82]. ... Gecleared durch das interalliierte Hauptquartier in Paris, wo die Protokolle liegen. Ich habe nicht nur diese Verhandlungen geführt, auch Badoglio[83] und Bonomi[84] zusammengebracht und habe den Frieden so vorbereitet, daß er in kürzester Zeit gestartet wäre. Ich habe das anständige Deutschland vertreten. Die Verbindungen liefen zum Teil über den Vatikan. Nun ist das bestimmten Stellen bekannt, aber sehr unbequem, weil es nicht in ihre Theorie paßt. Es ist unbequem, weil sich die Theorie nicht aufrechterhalten läßt, ich werde das auch in Eichstätt klarstellen. Ich habe Verständnis für alle, die hinaus sind, verlange aber auch Verständnis dafür, daß ich im Kampf gegen Hitler[85] jedes Mittel gebrauchen mußte. Es geht hier nicht um die Persönlichkeit Müller, sondern ich habe einen Namen gehabt während des Krieges für meine Weltanschauung und jetzt wieder einen Namen zu verlieren, wenn ich feige wäre. Heute liegt der Druck der Presse darauf, den ich als Diktatur emp-

[79] Dr. Otto Lenz (1903–1957), kath., Jurist und Politiker, vor 1933 Mitglied des Zentrums, Kontakte zum Widerstand des 20. Juli 1944, Verteidiger Josef Müllers vor dem Reichskriegsgericht, 1945 vom Volksgerichtshof zu vier Jahren Zuchthaus verurteilt, Mitbegründer der CDU in Berlin, 1951–1953 Staatssekretär im Bundeskanzleramt, 1953–1957 MdB (CDU).

[80] Nicht ermittelt.

[81] Vgl. von Hassell, Tagebücher 1938–1944. Ulrich von Hassell (1881–1944), Jurist und Diplomat, 1932–1938 Botschafter in Rom, Mitstreiter von Carl Goerdeler und Generaloberst Ludwig Beck im Widerstand gegen Hitler, 1944 verhaftet, vom Volksgerichtshof zum Tode verurteilt und hingerichtet.

[82] Walter Huppenkothen (1907–1979), Jurist, seit 1941 im Reichssicherheitshauptamt (SS-Standartenführer), leitete als Regierungsdirektor die Abteilung IV E (polizeiliche Spionageabwehr), nach dem 20. Juli 1944 Mitglied der Sonderkommission zur Aufklärung der Hintergründe des Attentats auf Adolf Hitler, Ankläger im Standgerichtsverfahren gegen Wilhelm Canaris, Hans Oster, Dietrich Bonhoeffer und andere, die am 9. 4. 1944 im KL Flossenbürg hingerichtet wurden, in dem auch Josef Müller inhaftiert war, 1955 vom Schwurgericht Augsburg zu sechs Jahren Zuchthaus verurteilt. In der Vorlage: „Häbenkoden (?)".

[83] Pietro Badoglio (1871–1956), Feldmarschall und Politiker, bis Dezember 1940 Chef des italienischen Generalstabs, 1943/44 italienischer Ministerpräsident. Vgl. Müller, Konsequenz, S. 167 und S. 257, sowie Hettler, Josef Müller, S. 128f.

[84] Ivanoe Bonomi (1873–1951), Journalist und Politiker (Sozialist), 1921/22 und 1944 italienischer Ministerpräsident. Vgl. Müller, Konsequenz, S. 257 und S. 289.

[85] Adolf Hitler (1889–1945), NSDAP-Politiker, 1933–1945 Reichskanzler, 1934–1945 Reichspräsident.

finde. Ich darf mich nicht umwerfen lassen für uns alle, sei es für die christliche Kultur, sei es für irgendeine Gruppierung.

Anträge Haußleiter[86]
1. Die Landesvorstandschaft der Christlich-Sozialen Union beauftragt den Landesvorsitzenden Dr. Müller, ein Schiedsgerichtsverfahren gegen den Hauptschriftleiter der „Isar Post", Dr. Pix, wegen parteischädigenden Verhaltens einzuleiten.
2. Da in der Öffentlichkeit gegen die Parteifreunde Dr. Schlögl und Dr. Hundhammer der Vorwurf erhoben wurde, sie hätten sich öffentlich an der Hetze beteiligt, die mit einem Gestapo-Protokoll gegen Dr. Müller betrieben wurde, legt die Landesvorstandschaft den Parteifreunden Dr. Hundhammer und Dr. Schlögl nahe, ein Schiedsgerichtverfahren gegen sich selbst in dieser Sache zu beantragen.
3. Da unter allen Umständen vermieden werden muß, einem politisch schwer Verfolgten Unrecht zu tun, hält es die Landesvorstandschaft der Christlich-Sozialen Union für grundsätzlich falsch, wenn Dr. Müller im gegenwärtigen Augenblick aufgefordert würde, sich aus den Verhandlungen um die Regierungsbildung zurückzuziehen oder den Parteivorsitz niederzulegen.

Gegenantrag von *Schmid*: Die Anträge wegen Schlögl und Hundhammer werden solange zurückgestellt, bis die Herren anwesend sind.

Antrag von *Rindt*: Den Antrag Schmid nur auf Hundhammer zu beschränken.

Abstimmung über Antrag Schmid in der durch Antrag Rindt abgeänderten Form: Der Antrag wird angenommen[87].

Donsberger: Vor 1933 war es üblich, daß, wenn es sich um persönliche Dinge gehandelt hat, der Betreffende, der ein Verfahren gegen sich beantragt hat, dann suspendiert wurde. Es ist notwendig, daß in die persönlichen Differenzen Klarheit hereinkommt. Diese Dinge können aber nicht in die Öffentlichkeit getragen werden.

Dr. *Rindt*: Die ersten beiden Anträge halte ich für richtig. Die Frage des Föderalismus, die das Trennende zwischen beiden Gruppen ist, ist wieder neu aufgelegt. Dazu ist folgendes zu bemerken: Ich habe gestern, als Hundhammer und Müller mich herausbaten, Dr. Hundhammer erklärt: 1. Wir müssen eine bayerische Politik machen, 2. wir müssen eine deutsche Politik machen aus wirtschaftlichen Gründen, dann aber auch aus dem Grunde: Die Stellung, die Deutschland in Europa hat, ist die des Vorkämpfertums für christlich-abendländische Kultur. Daher müssen die Wege für eine Reichspolitik geebnet werden. Wir müssen eine realistische Politik machen, wir brauchen Erfolge. Müller wie Hundhammer haben dieser Formulierung zugestimmt. Föderalismus ist Aufbau von unten nach oben. Die eigenen Staatsgebilde haben sämtliche staatliche Vollmachten. Was diese staatlichen Stellen nicht ausführen können, das muß einer umfassenderen Instanz delegiert werden. Das ergibt ein übertragenes Recht des Reiches, das von den Ländern herkommt. Wir haben alle geschlossen uns verwahrt gegen den Antrag von Hoegner,

[86] An dieser Stelle in der Vorlage vermerkt: „(s. Sonderblatt)". Dieses „Sonderblatt" findet sich im ACSP, LGF-LV 10. 12. 1946; die fraglichen Textstellen wurden in das Protokoll eingefügt.
[87] Hier endet der aus dem „Sonderblatt" eingefügte Text.

wonach Reichsrecht Landesrecht bricht, wir haben einstimmig dagegen gestimmt, alle geschlossen[88]. Was trennt uns eigentlich? Sachlich sind wir beisammen.

Haußleiter: Wir dürfen es nicht zulassen, daß ein Mann, der Antifaschist ist, gestürzt wird.

Zur Frage, ob über die Anträge Haußleiter abgestimmt werden soll, erklärt der Vorsitzende, Herr *Sedlmayr*: „Wir sind nicht beschlußfähig."

Bis zur Rückkehr Dr. Rindts und Dr. Müllers, die zu Minister Pfeiffer gebeten waren, kehrt die Debatte zurück zur Tagesordnung: Besprechung der politischen Lage.

Strauß: Wir stehen vor der Frage, ein neues Kabinett zu bilden. 52 Prozent Stimmen, 60 Prozent der Mandate[89]. Frage, ob Koalition oder nicht. Gestern hat sich der Zustand herausgebildet, daß die jungen Aktivisten, die Programmatiker, für eine volle Übernahme der Verantwortung sind. Die älteren Herren dagegen, die Herren Staatssekretäre und Minister, sind für Koalition. Angst, daß die Minister abgeschossen werden. Grundsätzliche Bemerkung, die wir auf der Landesversammlung vorwärts treiben wollen: Ob die Mitglieder unserer Regierung Götter oder Teufel sind, sie werden samt und sonders verdonnert von der Presse und dem Rundfunk. Der Erfolg hängt nicht allein von materiellen und wirklichen Erfolgen ab. Stimmungsumschwung 1933 kam nicht durch die Machtübernahme, sondern nur durch Beherrschung von Presse und Rundfunk. Wer auch in der Union die Regierung übernimmt, wird heruntergezerrt werden. Es wird in der Koalitionsregierung nicht besser gehen. Auch das kommende Kabinett wird daran scheitern, daß es keine publizistischen Möglichkeiten hat. Die Frage der Presse ist die Conditio. Diese Forderung muß an die Amerikaner gestellt werden.

Zur Frage der Union: Die Union ist ein Koloß auf tönernen Füßen. Das Zünglein an der Waage ist die SPD. Ohne Fraktionszwang werden die 70 Prozent für Müller nicht stimmen, damit steht und fällt unsere ganze Fraktion. Innerhalb der Fraktion muß einheitlich gewählt werden, sonst ist die SPD die stärkste Fraktion.

Dr. *Martin*: Frage der Lizenzträger[90]. Die Amerikaner sagen, es sind immer zwei Lizenzträger. Infolgedessen können sie ihre Belange wahrnehmen. Damals wurde aber durch ICD der Sozialist zum Chefredakteur. In Augsburg wurde vorgeschlagen, die Zeitungslizenzen statistisch zu erfassen und festzustellen, wie viele Leute von uns an Hauptschriftleiterstellen sitzen.

[88] Schon in der zweiten Sitzung des Verfassungsausschusses hatten die Vertreter der CSU schwere Bedenken gegen die Formulierung „Die Grundsätze des Völkerrechts gelten als Bestandteil des einheimischen deutschen Rechts", weil durch den Ausdruck „deutsches Recht" schon „das Reichsrecht anerkannt" werde (Alois Hundhammer) und unterstellt werden könne, „daß das Reichsrecht Landesrecht bricht". Protokoll der 2. Sitzung des Verfassungsausschusses der Verfassunggebenden Landesversammlung am 18. 7. 1946, S. 37ff.

[89] Bei der Landtagswahl am 1. 12. 1946 entfielen auf die CSU 52,3 Prozent der Stimmen, auf die SPD 28,6 Prozent, die WAV 7,4 Prozent und die FDP 5,6 Prozent; die KPD verpaßte trotz 6,1 Prozent der Stimmen den Einzug in den Landtag, da es ihr nicht gelungen war, in einem der Wahlkreise die Zehn-Prozent-Hürde zu überwinden. Von 180 Mandaten entfielen auf die CSU 104, was einem Mandatsanteil von knapp 58 Prozent entspricht. Vgl. Ritter/Niehuss, Wahlen in Deutschland, S. 147.

[90] Ein kurzer Überblick über das „amerikanische Lizenzprogramm" für Bayern findet sich bei Frei, Lizenzpolitik und Pressetradition, S. 22–27; eine Übersicht über die Lizenzpresse und die Lizenzträger in Bayern bei Mintzel, Anatomie, S. 159ff., der auch Angaben zur parteipolitischen Orientierung der Lizenzträger gemacht hat.

Liedig: Jeden Dienstag Parteienbesprechung, Freigabe der Presse für die Partei. Bei den beiden letzten Sitzungen bereits diskutiert, in welcher Form Parteipresse gestaltet werden könnte. Bis Frühjahr hier eine Änderung. Ab Januar Entwicklung in Linie der Erklärung des Generals Keating[91] (?). Damit neues Problem: Wo hat die Union die Schriftleiter, um die Presse zu besetzen. Die Amerikaner sagen, gebt uns eine Liste von Leuten, die Ihr vorschlagen könnt. Welche Leute können wir als Schriftleiter in Vorschlag bringen? Die Vorprüfung ist formal so streng als die, einen Regierungsratsposten zu übernehmen. Wir dürfen also auf keinen Fall die Pressesache fördern, ohne daß wir Leute dafür haben. Es müssen Leute namhaft gemacht werden.

Haußleiter: SPD-Presse 1933 zerschlagen worden[92]. Die Schriftleiter haben im Tabakladen mit „Heil Hitler" gegrüßt. Die Zeitungen der BVP wurden weitergeführt und vom Phoenix-Verlag übernommen, sie haben Widerstand geleistet. Der Dank dafür ist, daß sie heute auf der schwarzen Liste stehen. Wenn wir das nicht grundsätzlich klarmachen, dann werden wir nie in der Lage sein, christliche Schriftleiter zu finden. Bei den Lehrern ist es nicht anders. Da gibt es nun Fälle von Männern, die Widerstand geleistet haben, heute kommen nun die Fälscher und erklären die Tarnuniform für eine braune Uniform.

Liedig: Der Sachverhalt ist klar, auch der politischen Abteilung der Militärregierung. Schwierigkeiten liegen auch da wieder bei dem antichristlichen Klüngel der ICD. Im Anfang des nächsten Jahres verschiedene Änderungen, dann müssen wir Lizenzen beantragen.

Donsberger: Das neue bayerische Beamtengesetz sieht die Schaffung eines Zentralpersonalamtes vor[93]. Wer ist der Direktor? Wer wird als Präsident bestimmt? Es wäre notwendig, Hoegner mitzuteilen, daß er jetzt keine Beamten mehr ernennen kann. Das Erlassen von Gesetzen müßte auch gestoppt werden.

Verschiedene Zwischenrufe: „Unsere Minister haben bisher allen Gesetzen ihre Zustimmung gegeben." „Von der Seite unserer Minister ist bisher kein Einwurf erhoben worden, die Landespersonalamtsleitung macht Herr Hoegner selbst."

Debatte darüber, ob jetzt zur Abstimmung über die Anträge Haußleiter geschritten werden soll, da mehrere Abwesende inzwischen zurückgekommen sind.

Dr. Müller und Dr. Rindt kommen von Pfeiffer zurück.

Dr. *Rindt*: Bericht über den Besuch bei Pfeiffer:
Heute vormittag schon wurden Dr. Horlacher, Müller, Rindt und Hundhammer zu Pfeiffer gebeten[94]. Hundhammer erklärte auf meine Frage, er wüßte nichts. Ich habe gedacht, daß es sich um die Verlautbarung von General Muller handele.

[91] Frank A. Keating (1895–1973), General, 1944–1945 Kommandeur der 102. Infanterie-Division der US-Armee, Stadtkommandant von Berlin (amerikanischer Sektor), 1946/47 zunächst stellvertretender Militärgouverneur der USA in Deutschland und Stellvertreter von General Lucius D. Clay, dann bis August 1947 dessen Nachfolger als Chef von OMGUS.

[92] Vgl. Frei, Nationalsozialistische Eroberung der Provinzpresse.

[93] Vgl. BGVBl. 1946, S. 349–368: Bayerisches Beamtengesetz vom 28. 10. 1946. Als Vorsitzender des bayerischen Landespersonalamts fungierte 1947–1954 Dr. Anton Konrad, als dessen Generalsekretär 1947–1949 Dr. Matthias Metz; vgl. Kabinett Ehard I, S. 58 Anm. 46 und Anm. 47.

[94] Anton Pfeiffer, bayerischer Staatsminister für Sonderaufgaben, nahm die in Anm. 22 zitierte Erklärung General Mullers – obwohl diese reichlich Spielraum für Interpretationen ließ – zum An-

Pfeiffer erklärte, daß er das Protokoll mit einem Begleitschreiben von Muller offiziell durch Hoegner empfangen habe und daß das nach dem diplomatischen Sprachgebrauch bedeuten würde, daß ein Verfahren gegen Müller in der Form aufgenommen werden müßte, als sich der Generalankläger Dr. Dehler anhand des Fragebogens klarwerden müßte, inwieweit es sich ... um eine Belastung handele. Dr. Müller hat in erster Linie darauf Wert gelegt, daß die Verantwortlichkeit der Stelle, die als Initiativstelle zu bezeichnen ist, festgelegt worden ist. Antrag, daß an die Militärregierung die Anfrage gerichtet werden müßte, ob diese Übersendung des Protokolls wirklich den Wunsch der Militärregierung darstellt, daß ein Verfahren eröffnet wird. Pfeiffer stellt sich auf den Standpunkt, das sei nicht Sache des Ministeriums. Es wäre eine Angelegenheit, die Müller mit den Amerikanern auszumachen hätte. Müller wies darauf hin, daß es für bestimmte Entwicklungen der bayerischen und deutschen politischen Zukunft von großer Wichtigkeit sein würde, die eigentliche Initiativstelle festzustellen, das heißt, die Kreise, die ein Interesse an der Angelegenheit haben. Pfeiffer hat Müller gefragt, ob er es nicht für persönlich glücklicher halten würde, gegen sich selbst ein Verfahren zu beantragen. Dr. Müller antwortete mit Nein.

Erklärung von Hundhammer: Ehrenwörtliche Erklärung, daß er weder durch Anraten noch durch Ingangsetzen an dieser Angelegenheit beteiligt sei. Er habe außerdem festgestellt, daß sich Pfeiffer sehr loyal verhalten habe, was von Dr. Müller aus bestimmten Zusammenhängen als fehl am Platz bezeichnet wurde, es sei nicht Sache von Hundhammer, sich hier als drittes ausgleichendes Element dazwischen zu schieben. Ich selbst habe gesagt, daß mir die Erklärung Hundhammers nicht genügt. Minister Pfeiffer habe ich gesagt, daß ich menschlich und politisch seine Einstellung für loyal halte. Ich habe besonders darauf hingewiesen, daß ich glaube, die Hintergründe gingen weit über den Rahmen aller deutschen und bayerischen Fragen hinaus. Daher Forderung, daß die Verantwortlichkeit für diesen Schritt durch eine Anfrage bei der Militärregierung klargestellt würde.

Dr. *Müller*: Der Grund, warum ich Erklärung gewünscht habe, ist der, weil ich gestern nacht gehört habe, daß vor zehn Tagen etwa der Herr Professor Dorn[95]

laß, um ein Spruchkammerverfahren gegen Josef Müller zu eröffnen, der aufgrund seiner Zugehörigkeit zur Abwehr nach den Kategorien des Befreiungsgesetzes formal belastet war. Pfeiffer setzte Müller am 10. 12. 1946 davon in Kenntnis und schlug ihm zunächst vor, ein Verfahren gegen sich selbst zu beantragen. Der Ochsensepp kam dieser Aufforderung nicht nach. Am 11. 12. 1946 erhielt er daher ein Schreiben des Generalanklägers, Thomas Dehler, in dem er von der Einleitung eines Spruchkammerverfahrens gegen ihn in Kenntnis gesetzt wurde. Mit dieser Maßnahme war auch ein Verbot politischer Betätigung und eine Beschlagnahme von Müllers Vermögen verbunden. Der Ochsensepp protestierte umgehend bei der Militärregierung gegen diese Sanktionen, die noch am selben Tag aufgehoben wurden. Die Angelegenheit war nicht zuletzt deshalb besonders heikel, weil Anton Pfeiffer neben Müller als aussichtsreichster Kandidat für das Amt des Ministerpräsidenten galt und sich Vorwürfen ausgesetzt sah, er benutze das Spruchkammerverfahren als Hebel, um seinen Konkurrenten auszuschalten. Die Spruchkammer stufte Müller im November 1947 als vom Befreiungsgesetz nicht betroffen ein. Vgl. Hettler, Josef Müller, S. 285–289; Fait, Anfänge, S. 155–158. Zu Müllers und Pfeiffers Sicht der Dinge: ACSP, LTF-P, Protokoll der Fraktionssitzung am 17. 12. 1946.

[95] Dr. Walter L. Dorn (1894–1961), Historiker, 1940–1944 Mitarbeiter des Coordinator of Information, später des OSS, im September 1945 zum persönlichen Berater General Clarence L. Adcocks im Hauptquartier Eisenhowers ernannt, 1946/47 persönlicher Berater für Entnazifizierungsfragen bei General Clay. Bei Dorn, Inspektionsreisen, findet sich kein Hinweis auf das von Müller erwähnte Treffen mit Hoegner.

von Berlin mit Hoegner zusammen im Kloster Ettal war und daß schon da angekündigt wurde, daß Müller vor die Spruchkammer muß, da sagte Hoegner, damit haben wir von der SPD nichts zu tun, das kommt aus Kreisen der Union.

Steber hat auch erklärt, daß es nicht so angenehm sei, daß Hundhammer zu Goldschagg gehe. Hundhammer stehe auf dem Standpunkt, die Müller-Sache erkläre sich als Auswirkung der Prüfung durch den General Clay[96]. Es muß einmal geklärt werden, welche Rolle spielen gewisse Leute in der Partei. Aretin hat versucht, in Rosenheim Material zu bekommen, er hat den Gewährsmann dann direkt in ein Zimmer zu Special Branch bestellt.

Muhler: Wie kommt Hundhammer dazu, eine ehrenwörtliche Erklärung abzugeben, ich glaube, daß Hundhammer der Verräter ist.

Haußleiter: Die Frau von Reventlow[97] hat geäußert, Hundhammer habe ihr erklärt: „Morgen wird Müller gestürzt" und damit ist in der Öffentlichkeit der Eindruck erzeugt worden ...

Müller: Das war wahrscheinlich Fräulein Hennemann[98]. Frl. Hennemann hat damals Haußleiter erklärt, die Frau von Reventlow habe die Frau Deku[99] gefragt: „Wer wird der Nachfolger von Müller? Hundhammer hat mir gesagt, der Sturz sei sicher."

Abstimmung über die Anträge Haußleiter[100]:
Erster Antrag mit einer Stimmenthaltung einstimmig angenommen.

Antrag 2 mit einer Stimmenthaltung einstimmig angenommen in bezug auf Schlögl[101]. Der Antrag in bezug auf Hundhammer wird zurückgestellt, bis Hundhammer persönlich anwesend ist.

Dritter Antrag Haußleiter bei drei Stimmenthaltungen einstimmig angenommen.

Arnold: Antrag: Die heute gefaßten Beschlüsse sollen der Landesversammlung mitgeteilt werden.

[Bei] eine[r] Enthaltung einstimmig angenommen.

[96] Lucius Dubignon Clay (1897–1978), General, 1945–1947 stellvertretender Militärgouverneur, 1947–1949 Militärgouverneur der USA in Deutschland und Befehlshaber der US-Landstreitkräfte in Europa, 1961/62 persönlicher Beauftragter Präsident Kennedys im Range eines Botschafters während der Berlin-Krise.

[97] Charlotte Pauline Else zu Reventlow, geb. Reimann (1897–1984), Journalistin, seit 1918 SPD-Mitglied, 1927–1933 Redakteurin der Volkswacht in Breslau, 1933 Emigration in die Schweiz, 1940 Rückkehr nach Deutschland, kurzzeitig in Haft, bis 1945 Geschäftsführerin eines Möbelgeschäfts in Elbing, 1945–1948 Redakteurin der Neuen Zeitung, 1949–1962 Redakteurin beim Bayerischen Rundfunk, Vorstandsmitglied des Bayerischen Journalistenverbands.

[98] Nicht ermittelt.

[99] Maria Deku (1901–1983), kath., vor 1933 Mitglied des Zentrums und in der katholischen Frauenbewegung engagiert, kam im letzten Kriegsjahr aus dem Rheinland nach Bayern, nach 1945 Regierungsreferentin in Regensburg, Mitbegründerin der Frauen-Union, 1946 MdVLV (CSU), 1946–1948 MdL (CSU).

[100] An dieser Stelle in der Vorlage vermerkt: „(s. Sonderblatt)". Dieses „Sonderblatt" findet sich im ACSP, LGF-LV 10. 12. 1946; die fraglichen Textstellen wurden in das Protokoll eingefügt.

[101] Der Beschluß des Landesvorstands im Wortlaut: „Da in der Öffentlichkeit gegen den Parteifreund Dr. Schlögl der Vorwurf erhoben wurde, er hätte sich öffentlich an der Hetze beteiligt, die mit einem Gestapo-Protokoll gegen Dr. Müller betrieben wurde, legt die Landesvorstandschaft dem Parteifreund Dr. Schlögl nahe, ein Schiedsgerichtsverfahren gegen sich selbst in dieser Sache zu beantragen." ACSP, LGF-LV 10. 12. 1946, Franz Liedig an Alois Schlögl vom 12. 12. 1946.

Rucker: Frage ventiliert, ob die Anträge veröffentlicht werden sollen, was aber allgemein abgelehnt wird[102].

Müller: Wenn Hundhammer nicht kommt, dann werden wir uns in Eichstätt so parat halten, daß wir jeden Tag eine Sitzung halten können. Freitag abend 8 Uhr 30 in Eichstätt Sitzung, Hotel Adler.

Nr. 2

Sitzung des geschäftsführenden Landesvorstands der Christlich-Sozialen Union am 22. Januar 1947

Tagesordnung[1]:
1. Fragen der Parteiorganisation und der Parteifinanzen
2. Zusammenarbeit zwischen dem geschäftsführenden Landesvorstand und der Landtagsfraktion
3. Parteipresse
4. Beleidigungen gegen Alois Schlögl
5. Artikel „Boches, Saupreußen und Bajuvaren" in den „Mitteilungen der Christlich-Sozialen Union" Nr. 1 vom 11. Januar 1947

Tagungsort: unbekannt

Anwesend[2]: Grasmann, Haußleiter, Horlacher, Liedig, Meyer-Spreckels, J. Müller, Sedlmayr, Strauß

Protokollführer: Franz Josef Strauß

Beginn: 10 Uhr 45

ACSP, LGF-LV

1. *Grasmann* führt aus, daß der gegenwärtige Mitgliederstand der Union 4,4 Prozent der Wählerstimmen vom 1. Dezember [1946] betrage. Es sei das Ziel des Jahres 1947, den Mitgliederstand auf acht Prozent zu erhöhen[3]. Die Parteiorganisation müsse ihre Tätigkeit darauf einstellen. Gleichzeitig gehe an die Landtagsabgeordneten ein Schreiben hinaus, in dem für jeden Stimmkreis das Verhältnis zwischen Wählerzahl und Mitgliederstand niedergelegt sei und Werbung für eine Erhöhung des Mitgliederstandes auf acht Prozent der Wähler verlangt werde. Bis zum Erfolg dieser Aktion seien die Landtagsabgeordneten gebeten worden, eine

[102] Hier endet der aus dem „Sonderblatt" eingefügte Text.

[1] Rekonstruiert anhand des Protokolltextes.

[2] Laut Anwesenheitsliste im Protokoll.

[3] Vgl. Mintzel, Anatomie, S. 168ff. und S. 184. Es war nicht zuletzt die amerikanische Militärregierung, die eine Verbesserung der Relation zwischen Wählern und Mitgliedern der CSU forderte, um die innerparteiliche Demokratie und das demokratische Prinzip bei der Aufstellung von Kandidaten für öffentliche Wahlämter zu stärken. Das Ziel, die Mitgliederdichte bis Ende 1947 auf acht Prozent zu steigern, wurde deutlich verfehlt; zwischen Dezember 1946 und Dezember 1947 stieg die Mitgliederdichte lediglich von 4,4 auf 5,2.

freiwillige Sammeltätigkeit durchzuführen, deren gewünschtes Ergebnis für jeden Abgeordneten zahlenmäßig festgelegt sei und die bis 1. März 1947 abgeschlossen sein soll[4].

2. *Liedig* führt aus, daß von jedem Bezirk eine Sonderumlage von RM 3000 erhoben werde. Der Finanzausschuß habe für das Jahr 1946 eine Umlage von 1000 RM je Kreis festgelegt. Die Hälfte der Kreise hätte ganz bezahlt, die andere Hälfte erst teilweise oder überhaupt nicht[5]. Notfalls müsse innerhalb der Bezirke ausgeglichen werden. Für das erste Halbjahr 1947 werde keine Umlage erhoben. An ihre Stelle treten Mitgliederbeiträge und die Sammelaktion der Abgeordneten[6]. Als Regelbeitrag sei für jeden, der im Erwerbsleben stehe oder anderweitige Einkünfte habe, eine Reichsmark monatlich, für Ehefrauen 0,50 RM vorgesehen. In Ausnahmefällen könne die Vorstandschaft den Beitrag erlassen.

Kreise und Bezirke hätten das Finanzstatut kritisiert, es sei unübersichtlich, unklar und man wisse nicht, wie man sich verhalten solle[7]. Die Kritiker seien aufgefordert worden, Gegenvorschläge einzureichen. Die bisher kostenlos verteilten Druckschriften könnten in Zukunft nicht mehr kostenlos hinausgegeben werden, sondern müßten bezahlt werden. Dies habe auch den Vorteil, daß dann die Anforderungen eingeschränkt und die zugeteilten Exemplare auch tatsächlich verteilt würden.

Es kommt die Behauptung des Abgeordneten Michel zur Sprache, daß die Union zur Zeit 485000 RM Schulden habe[8], demgegenüber wird festgestellt, daß buchmäßig überhaupt keine Schulden da sind, da der von Dr. Grasmann von München-Stadt gewährte Vorschuß nicht als Schuld anzusehen ist und noch eine

[4] Diese Aktion begann Ende Januar 1947; die Abgeordneten wurden von den Zielen der Parteiführung unterrichtet, den Mitgliederstand im Laufe des Jahres 1947 auf acht Prozent der Wähler (gemessen am Ergebnis der zurückliegenden Landtagswahl) zu erhöhen und durch das Sammeln von Spenden zur Finanzierung der Partei beizutragen. Die Abgeordneten wurden zugleich über die Mitgliederzahlen in ihren Stimmkreisen und über die Summe, die sie dort aufbringen sollten, unterrichtet. Josef Müller, der in den Stimmkreisen Fürth-Stadt und Schwabach kandidiert hatte, erfuhr bei dieser Gelegenheit, daß die Mitgliederdichte im CSU-Kreisverband Schwabach nur 2,8 und in den Kreisverbänden Fürth-Stadt und -Land sogar nur 0,6 betrug. Um das Ziel für 1947 zu erreichen, wurde er aufgefordert, in Fürth 1042 und in Schwabach 474 neue Mitglieder zu werben. Das Soll an Spenden, das Müller in seinen Stimmkreisen sammeln sollte, betrug 7000 RM. ACSP, NL Müller C 15, Max Grasmann an Josef Müller vom 27. 1. 1947.

[5] Der Bericht der Deutschen Waren-Treuhand AG über die Prüfung des Jahresabschlusses der CSU-Landesgeschäftsstelle zum 31. 12. 1946 (ACSP, NL Müller C 15) weist für 1946 Erträge in einer Höhe von 463900 RM aus; mit 171000 RM schlugen die Beiträge der Bezirks- und Kreisverbände zu Buche, mit 121000 RM Erlöse aus dem Vertrieb von Publikationen und mit 158600 RM Erträge aus der Kooperation mit dem Parteiverlag Bayerische Rundschau; nur 13300 RM stammten aus Spenden und sonstigen Einnahmen. Allerdings stand ein erheblicher Teil von diesen Erträgen nur auf dem Papier, denn von den 168000 RM Beitragssoll der Kreisverbände waren bis zum 31. 12. 1946 nur 54250 RM in der Landesgeschäftsstelle eingegangen.

[6] Der Aufruf an die Abgeordneten, zur Finanzierung der Partei beizutragen, stieß in der Fraktion in der aufgeheizten Atmosphäre der ersten Januarwochen auf wenig Gegenliebe. So erklärte Alois Hundhammer: „Wir finanzieren kein Blatt und kein Büro, in dem Artikel wie ‚Boches, Saupreussen und Bajuvaren' gemacht und gedruckt werden. [...] Wir finanzieren niemanden, der den Kampf gegen die eigenen Abgeordneten führt." ACSP, LTF-P, Protokoll der Fraktionssitzung am 29. 1. 1947.

[7] Das Finanzstatut der CSU wurde vom Landesausschuß erst am 3. 1. 1948 rückwirkend zum Januar 1947 in Kraft gesetzt; vgl. Schlemmer, Aufbruch, S. 242. Entwürfe finden sich im ACSP, NL Müller C 14 und C 15.

[8] Nicht ermittelt.

Reihe von Kreisen mit ihren Zahlungsverpflichtungen im Rückstand seien[9]. Es wird beschlossen, einen Brief an Abgeordneten Michel zu schreiben:

„Die von Ihnen wiedergegebene Behauptung, die Union habe mehrere hunderttausend Mark Schulden, ist unwahr. Tatsächlich stehen den Verpflichtungen der Union entsprechende Forderungen gegenüber. Sie werden gebeten, der Landesvorstandschaft die Quelle mitzuteilen, auf Grund deren Sie diese Behauptung aufgestellt haben."

Liedig erwähnt, daß die Abgeordneten der Verfassunggebenden Landesversammlung gemäß Fraktionsbeschluß zehn Prozent ihrer Einkünfte an die Partei abführen sollten[10]. Tatsächlich seien nur 2500 RM an Stelle von etwa 14000 RM eingegangen, darüber hinaus nicht mehr, trotz des Beschlusses der Fraktion. *Haußleiter* erwähnt, daß der Fraktionsbeschluß, zuerst nur 2500 RM abzuführen, da die übrigen Gelder ohnehin der Partei zufielen[11], gegen seinen Protest erfolgt sei.

3. *Liedig* führt an, daß der durch den Wahlkampf und durch die Notwendigkeit des Parteiaufbaues vergrößerte Parteiapparat entsprechend den Parteifinanzen und dem verringerten Arbeitsanfall wieder auf einen kleineren Stand gebracht werden müsse[12]. Deshalb sei zum 31. Januar 1947 vorsorglich die Kündigung an 20 Angestellte hinausgegeben worden. Tatsächlich seien von der Kündigung nur sieben Personen betroffen, denen aber andere, gleich gute Arbeitsplätze vermittelt worden seien. *Grasmann* fordert Überprüfung der Parteiorganisation durch eine Treuhändergesellschaft nach dem Gesichtspunkt, was für Normalzeiten an hauptamtlichen Kräften notwendig sei. *Liedig* betont, daß unter den Entlassenen Münchner und Nichtmünchner dabei seien. So sei zum Beispiel das Entnazifizierungsbüro geschlossen worden, weil diese Arbeit als beendet betrachtet werden könne. Außerdem bemühe man sich, jetzt nachdrücklich Bayern einzustellen, die

[9] Der Bericht der Deutschen Waren-Treuhand AG über die Prüfung des Jahresabschlusses der CSU-Landesgeschäftsstelle zum 31. 12. 1946 (ACSP, NL Müller C 15) weist für 1946 Schulden der Parteizentrale in einer Höhe von 166800 RM aus; davon entfielen 120900 RM auf Darlehen, die Max Grasmann und Josef Müller gewährt hatten, und 45900 RM auf ein Darlehen des Bezirksverbands München. Diesen Verpflichtungen standen Forderungen an die Kreisverbände gegenüber, die von ihren Beitragsverpflichtungen gegenüber dem Landesverband für 1946 am 27. 3. 1947 90030 RM noch nicht beglichen hatten.

[10] Die Aufforderung dazu erging vom Landesschatzmeister der CSU (ACSP, NL Müller C 15, Franz August Schmitt an Alois Hundhammer vom 2. 8. 1946), dem der Fraktionsvorsitzende wenig später mitteilte, die Fraktion habe am 8. 8. 1946 beschlossen, zehn Prozent der Diäten einzubehalten, davon aber zunächst die Unkosten für die Geschäfte der Fraktion zu decken; der Rest stehe „der Parteikasse für allgemeine Zwecke zur Verfügung" (ACSP, LTF II/1, 15–11, Alois Hundhammer an Franz August Schmitt vom 8. 8. 1946).

[11] Im Kassenbericht der CSU-Fraktion in der Verfassunggebenden Landesversammlung für die Zeit vom 20. 9.–1. 12. 1946 (ACSP, LTF, Mappe Belege 46/47) sind bei Beiträgen der Abgeordneten an die Fraktionskasse in einer Höhe von 20077,50 RM lediglich 2500 RM als „Rückerstattung an den Landesverband" aufgeführt. Die rund 14600 RM, die sich Anfang Dezember 1946 noch in der Fraktionskasse befanden, wurden offensichtlich nicht an die Partei überwiesen, sondern nach der Landtagswahl von der neuen CSU-Fraktion übernommen (ACSP, LTF, Mappe Belege 46/47, Kassenbericht der CSU-Landtagsfraktion für die Zeit vom 20. 9. 1946–5. 5. 1947).

[12] Nach dem Bericht der Deutschen Waren-Treuhand AG über die Prüfung des Geschäftsabschlusses der CSU-Landesgeschäftsstelle für 1947 (ACSP, NL Müller C 15) waren am 31. 12. 1946 45 Personen in der Landesgeschäftsstelle der CSU tätig, am 31. 3. 1947 dagegen nur noch 35.

die entsprechenden Fähigkeiten nachweisen und besitzen[13]. Leider seien aber bayerische Kräfte sehr schwer zu bekommen.

4. Es wird beschlossen, an den Fraktionsvorstand den Antrag zu richten, daß die Mitglieder des Landesvorstandes Zutritt zu allen Fraktionssitzungen erhalten.

5. Der inzwischen eingetroffene *Horlacher* greift nochmals die Finanzfrage auf und fordert eine klare Aufstellung der Aktiva und Passiva. *Grasmann* schlägt vor, daß ein Treuhandinstitut die Durchorganisation der Parteiverwaltung übernimmt. Der Vorschlag des Treuhandinstitutes soll im Landesvorstand durchberaten werden. Anschließend soll die Aufstellung des Haushaltsplanes erfolgen. *Horlacher* fordert, daß die „Bayerische Rundschau" Geld an die Partei abliefert. *Müller* spricht seine Absicht aus, daß er und Mauerer zusammen Lizenzträger der „Bayerischen Rundschau" werden. Außerdem beabsichtige er eine GmbH für die Errichtung der gesamten Parteipresse zu begründen. Der Aufsichtsrat könne aus dem Landesvorsitzenden und den zehn Bezirksvorsitzenden bestehen. *Grasmann* lehnt für das normale Geschäftsjahr Zuwendungen von seiten des Verlages ab, da der Etat normal finanziert werden müsse. Zuwendungen des Verlages müßten für Sonderausgaben zurückgelegt werden.

6. Es kommt zur Sprache, daß die in Regensburg gefallene Äußerung gegen Schlögl inzwischen in einseitiger Weise in der Presse breitgetreten worden ist[14]. Es steht dabei noch nicht zuverlässig fest, ob diese Äußerung überhaupt gefallen ist und wer die eidesstattliche Versicherung darüber abgegeben hat. Angeblich soll Frankl[15] aus Landshut diese Äußerung gemacht haben. Die Presse stellt es so dar, als ob diese Äußerung bei der Tagung in Regensburg selbst gefallen sei, was nicht der Wahrheit entspricht. Es herrscht Einstimmigkeit darüber, daß diese Äußerung aufs schärfste mißbilligt wird, daß aber aus einer solchen Zufallsäußerung, falls sie überhaupt sich als richtig herausstellt, keine Staatsaktion gemacht werden darf. Es wird beschlossen, Frankl vorzuladen und eine eidesstattliche Erklärung von ihm zu verlangen. Wenn die Äußerung gefallen ist, muß er sich dafür verantworten, wenn nicht, wird der Abgeber der eidesstattlichen Versicherung, vermutlich Gaßner[16], vor das Parteischiedsgericht gestellt werden.

[13] Zu den Vorwürfen, es seien zu viele „Preußen" in der Parteizentrale beschäftigt, vgl. Mintzel, Anatomie, S. 155ff.

[14] Vgl. Isar Post vom 17. 1. 1947: „Was will die ‚Junge Union'?"; dort findet sich auch das folgende Zitat. Am 11./12. 1. 1947 konstituierten sich in Regensburg die Junge Union und das Parlament der Jungen Union. Am Rande dieser Veranstaltungen soll Franz Frankl, ein erklärter Gefolgsmann Josef Müllers, erklärt haben, es wäre besser gewesen, wenn die Schläger der SA aus Landshut, die Alois Schlögl im Juni 1933 schwer mißhandelt hatten, den Generalsekretär des BBV „nur bloß ganz erschlagen hätten". Zum Anschlag auf Schlögl vgl. Klaus Schönhoven, Der politische Katholizismus in Bayern unter NS-Herrschaft 1933–1945, in: Broszat/Mehringer (Hrsg.), Bayern in der NS-Zeit, Bd. 5, S. 541–646, hier S. 643; Materialien zur Regensburger Tagung der Jungen Union finden sich im IfZ-Archiv, ED 132/3; Franz Frankl nahm am 29. 3. 1947 in einem Schreiben an Josef Müller (ACSP, NL Müller J 13/2) Stellung.

[15] Franz Frankl (1907–1954), kath., Angestellter, vor 1933 Mitglied der BVP und der Bayernwacht, Delegierter zum Landesausschuß der CSU, 1946/47 Stadtrat (CSU) in Landshut, bis März 1947 Leiter des Landshuter Wirtschaftsamts.

[16] Alfons Gaßner (1923–2001), kath., Angestellter, Mitbegründer der BHKP, 1946/47 und seit 1966 CSU-Mitglied, 1947–1966 BP-Mitglied, 1958–1966 Vorsitzender der BP in Niederbayern, seit

Ferner herrscht Einstimmigkeit darüber, daß eine Untersuchung darüber zu fordern ist, warum ohne Prüfung des Sachverhaltes eine einseitige, parteischädigende Äußerung in die Presse gegeben worden ist.

7. *Horlacher* und *Sedlmayr* bezeichnen den Artikel im Informationsblatt: „Boches, Saupreußen und Bajuwaren“[17] als eine flegelhafte Unverschämtheit und rechtfertigen das Schreiben Dr. Hundhammers[18], das von *Liedig* verlesen wird. Dr. *Müller* verliest den Brief Zieglers[19], in dem mit der Gründung einer eigenen Flüchtlingspartei gedroht wird[20]. *Liedig* verliest den vorgeschlagenen Entwurf einer Stellungnahme des Landesvorstandes zu dieser Frage, die von *Horlacher* und *Sedlmayr* als für zu schwach scharf abgelehnt wird. *Haußleiter* erklärt, daß eine Entlassung Mauerers sowohl die Presse wie die Flüchtlinge erbittern[21] würde, und warnt davor. *Sedlmayr* entwirft eine andere Stellungnahme des Landesvorstandes, die allgemein gebilligt wird:

„In der Nummer 1 des Mitteilungsblattes der Union vom 11. Januar 1947 wurde in einem Artikel: ‚Boches, Saupreußen und Bajuvaren‘ – folgendes ausgeführt:
‚Als Bismarck[22] im Jahre 1851 dem preußischen Volk eine reaktionäre Verfassung aufzwang, war dies der endgültige Sieg der ‚Saupreußen‘ über die Preußen. Als die Nazis 1933 ebenfalls als Minderheit die absolute Macht ergriffen, nannte François-Poncet[23], der damalige französische Botschafter in Berlin, dieses Ereignis den ‚Sieg der Boches über die Deutschen‘. Man kann sich von vornherein des Eindrucks nicht erwehren, daß die neue Regierungsbildung in Bayern den ‚Sieg der Bajuvaren über die Bayern‘ personifiziert; wenn man zwischen ‚Boches‘ und Deutschen, ‚Saußpreußen‘ und Preußen unterscheiden will, dann muß man auch jenes sture und rücksichtslose Bajuvarentum von den politisch klar denkenden und sozial verantwortlichen, wahrhaft demokratischen bayerischen Kräften trennen, die gerade wegen ihrer tiefen Verwurzelung in ihrer Heimat die Aufgaben der Zeit voll erfaßt haben. Sie bilden die Mehrheit des bayerischen Volkes. Trotzdem regieren uns – Bajuvaren!‘ [...]
Der Landesvorstand der Union will den Charakter der Parteipresse als einer Tribüne freier Aussprache für Unionsmitglieder und Unionswähler in keiner Weise beeinträchtigen lassen. Er mißbilligt aber die zitierten Formulierungen im Aufsatz Dr. Koenigs[24], der nicht Mitglied der CSU ist.“

1961 stellvertretender Landesvorsitzender der BP, 1950–1966 und 1969–1974 MdL (bis 1966 BP, dann CSU), 1952–1966 Kreisrat (BP) in Vilshofen.

[17] Vgl. Joseph Koenig, Boches, Saupreußen und Bajuvaren. Die verratenen Flüchtlinge, in: Mitteilungen der Christlich-Sozialen Union Nr. 1 vom 11. 1. 1947, S. 2. Dieser Artikel schlug nicht nur in der CSU hohe Wellen, selbst der bayerische Ministerrat beschäftigte sich in der Sitzung am 15. 1. 1947 ausführlich damit; vgl. Kabinett Ehard I, S. 88–93.

[18] BayHStA, NL Ehard 1268, Alois Hundhammer an Josef Müller vom 13. 1. 1947. Hundhammer empfand diesen Artikel als „ausgesprochene Ungezogenheit und Flegelei“; er forderte nicht nur, daß sich Müller in aller Form davon distanzierte, sondern verlangte auch ein Parteischiedsgerichtsverfahren gegen den Autor Joseph Koenig, eine formelle Entschuldigung des verantwortlichen Chefredakteurs, Josef Mauerer, und dessen Entlassung.

[19] Dr. Erich Ziegler (1899–1949), Jurist, nach seiner Ausweisung aus dem Sudetenland 1947 Stellvertreter des bayerischen Staatssekretärs für das Flüchtlingswesen, 1948/49 MdL (zunächst CSU, dann Mitglied verschiedener parlamentarischer Gruppierungen), 1949 MdB (BP).

[20] Nicht ermittelt.

[21] In der Vorlage: „erbitten“.

[22] Otto von Bismarck (1815–1898), 1862–1890 preußischer Ministerpräsident, 1871–1890 Reichskanzler.

[23] André François-Poncet (1887–1978), französischer Diplomat, 1932–1938 Botschafter in Berlin, 1949–1955 Hochkommissar bzw. Botschafter Frankreichs in der Bundesrepublik Deutschland.

[24] Dr. Joseph Koenig (1907–1997), kath., Journalist und Diplomat, 1929–1933 Vorsitzender der Windthorstbunde in Breslau, 1934–1936 Tätigkeit im Landesfinanzamt Breslau, 1938/39 Tätigkeit

8. Dr. *Müller* schlägt Beschluß des Landesvorstandes vor, daß ein Pressereferat gegründet werden soll, um die Unionsliteratur, die zu überprüfen er selbst nicht die Zeit habe, vor der Veröffentlichung zu überprüfen. Als Mitglieder schlägt er Steber, Probst, Haußleiter vor. Das Pressereferat soll dem Hauptschriftleiter ebenfalls Stichworte für Veröffentlichungen geben. Der Vorschlag wird einstimmig angenommen.

Nr. 3a

Sitzung des geschäftsführenden Landesvorstands der Christlich-Sozialen Union am 18. Februar 1947 in München

Tagesordnung[1]:
1. CSU und „Ermächtigungsgesetz"
2. Angriffe auf Alois Hundhammer
3. Fragen der Parteiorganisation: Arbeitsgemeinschaften
4. Parteiengesetz
5. Bericht über die Tagung der Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU am 5./6. Februar 1947 in Königstein
6. Tagesordnung der nächsten Sitzung des Landesvorstands

Tagungsort: München, Gedonstraße 4, Kanzlei Dr. Josef Müller

Anwesend[2]: Haußleiter, Meyer-Spreckels, J. Müller, Muhler, Sedlmayr

Protokollführerin: Anna Haaser

Beginn: 19 Uhr, Ende: 21 Uhr 15

ACSP, LGF-LV

Eingangs Besprechung zum Thema *Ermächtigungsgesetz*[3]:
Dr. *Müller* erklärt, daß das Thema allmählich spruchreif wird[4]. Die Militärregierung macht Rückfragen über die Haltung der Union zum Ermächtigungsge-

bei der Reichsgruppe Handel in Berlin, 1939–1946 im Export und in der Brauwirtschaft in München tätig, Mitbegründer der CSU, zeitweise Beauftragter für Flüchtlingsfragen in der CSU-Landesleitung, 1946–1950 Wirtschaftsredakteur beim Münchner Merkur, seit 1950 im diplomatischen Dienst, unter anderem 1960–1966 außerordentlicher Botschafter auf Zypern und 1966–1970 ständiger Vertreter des Botschafters in Irland.

1 Rekonstruiert anhand des Protokolltextes.

2 Laut Anwesenheitsliste im Protokoll.

3 Gemeint ist sowohl das Reichsgesetz „zur Behebung der Not von Volk und Reich" vom 24. 3. 1933 als auch das Landesgesetz „zur Behebung der Not des bayerischen Volkes und Staates" (GVBl. vom 27. 5. 1933, S. 149), das der Landtag am 29. 4. 1933 annahm und das am 21. 5. 1933 in Kraft trat. Die Abgeordneten der BVP stimmten sowohl im Reichstag (darunter auch Michael Horlacher, Hans Ritter von Lex und Thusnelda Lang-Brumann, die nach 1945 eine wichtige Rolle bei der Gründung der CSU spielten) als auch im Landtag zusammen mit den Nationalsozialisten für die Ermächtigungsgesetze. Vgl. Ermächtigungsgesetz, S. 71 f., Münchner Neueste Nachrichten vom 29. 4. 1933: „Festliche Landtags-Eröffnung" bzw. „Das Ermächtigungsgesetz" und vom 30. 4. 1933: „Bayerischer Landtag macht ganze Arbeit", sowie Nr. 1 mit Anm. 60.

4 Josef Müller hatte Michael Horlacher schon im Mai 1946 explizit vorgeworfen, im Reichstag für das Ermächtigungsgesetz gestimmt zu haben (Sitzung des Landesarbeitsausschusses der CSU am

setz. Dr. *Müller* führt aus, daß er sich in letzter Zeit jeder Äußerung zu dieser Frage enthalten hat, auch keine Stellung bezog zum Fall Maier[5], Stuttgart[6]. Es muß sich aber vor allem einmal der Vorstand darüber klar werden, ob oder wie man Stellung nehmen soll, was zu tun ist. Dr. *Müller* selbst hat den Eindruck, daß sich die Militärregierung nur gegen Leute wendet in führenden Stellungen, nicht gegen solche, die in Ministerien beschäftigt sind. Im Landtag sind damals 26 Abgeordnete gewesen wie Pfeiffer, Hundhammer, Schlögl (der in der ersten Landtagssitzung zum Schriftführer gewählt wurde[7]), Stang[8], Anton Scharnagl[9] usw. Dr. *Müller* bezieht sich in diesem Zusammenhang auf einige Zeitungsartikel[10].

Dr. *Muhler* erwähnt, daß im Zusammenhang mit dem Ermächtigungsgesetz auch die Frage der Haltung der deutschen Bischöfe[11] angeschnitten werden wird, und erläutert dazu seinen Standpunkt, wie er ihn bei seinen Reden immer vertrat:

16. 5. 1946 in München, in: Protokolle und Materialien, Bd. 1, S. 250). Seitens der Betroffenen sah man sich genötigt, ein apologetisches Memorandum zu verfassen (ACSP, NL Müller V 11, „Hitlers Ermächtigungsgesetz und die bürgerliche Mitte", ungezeichnet, undatiert). Im ACSP, NL Müller V 11, findet sich ein Akt mit dem Titel „1933 Held, Presse, Ermächtigungsgesetz", der eine umfangreiche Materialsammlung über das Zustandekommen der Ermächtigungsgesetze und zur Frage nach der politischen Belastung der BVP-Politiker, die diesen Gesetzesvorlagen zustimmten, enthält. Diese Sammlung diente wohl als Munition gegen die innerparteiliche Opposition und sollte – wie der Verteiler zeigt – auch der amerikanischen Militärregierung zur Verfügung gestellt werden.

[5] Dr. Reinhold Maier (1889–1971), Jurist und Politiker, 1930–1933 württembergerischer Wirtschaftsminister, 1932/33 MdL (StP) in Württemberg und MdR (StP), 1945–1953 Ministerpräsident von Württemberg-Baden bzw. von Baden-Württemberg, 1946–1964 MdL (DVP/FDP) in Württemberg-Baden bzw. Baden-Württemberg, 1953–1956 und 1957–1959 MdB (FDP), 1957–1960 Bundesvorsitzender der FDP.

[6] Reinhold Maier hatte am 23. 3. 1933 als Reichstagsabgeordneter der Deutschen Staatspartei dem Ermächtigungsgesetz zugestimmt. Ende 1946 kam Maier, mittlerweile Ministerpräsident von Württemberg-Baden, deswegen massiv unter Beschuß. Die Angriffe blieben für Maier aber letztlich folgenlos, da die amerikanische Militärregierung den Ministerpräsidenten stillschweigend unterstützte und die Spruchkammer Stuttgart das Verfahren gegen ihn am 13. 5. 1947 einstellte. Damit war auch den Versuchen die Spitze genommen, die einflußreichen Veteranen der BVP wegen ihrer Zustimmung zu den Ermächtigungsgesetzen zu diskreditieren. Vgl. Matz, Reinhold Maier, S. 285–297, und Politischer Irrtum im Zeugenstand.

[7] Am 28. 4. 1933 wurde Alois Schlögl zum 2. Schriftführer des bayerischen Landtags gewählt; vgl. Münchner Neueste Nachrichten vom 29. 4. 1933: „Festliche Landtags-Eröffnung"; vgl. auch Zorn, Bayerns Geschichte, S. 368f.

[8] In der Vorlage: „Stamm". Georg Stang gehörte dem Landtag nach dem vorläufigen Gesetz zur Gleichschaltung der Länder mit dem Reich vom 31. 3. 1933 jedoch nicht mehr an. Vgl. Münchner Neueste Nachrichten vom 14. 4. 1933: „Die Bayerische Volkspartei im Landtag".

[9] Dr. Dr. h.c. Anton Scharnagl (1877–1955), kath., Pfarrer, Domdekan in München, 1932/33 MdL (BVP), 1933 vorübergehend verhaftet, seit 1943 Weihbischof und Dompropst in München.

[10] Es läßt sich nicht ermitteln, auf welche Artikel sich Müller im einzelnen bezog – möglicherweise auf die Berichterstattung im Zusammenhang mit dem Fall Reinhold Maier; vgl. Neue Zeitung vom 27. 1. 1947: „Der Schatten des 23. März 1933".

[11] Am 28. 3. 1933, fünf Tage nach der Verabschiedung des Gesetzes im Reichstag, veröffentlichten die deutschen Bischöfe eine eilig verfaßte Erklärung, in der sie von ihrer dezidierten Ablehnung des Nationalsozialismus, die sie noch 1932 bekräftigt hatten, abrückten. Diese Erklärung, die auch unter den Bischöfen sehr umstritten war und in der Öffentlichkeit als Zustimmung des Episkopats zum Dritten Reich interpretiert wurde, bezog sich allerdings weniger auf das Ermächtigungsgesetz als vielmehr auf die vorausgegangene Regierungserklärung, in der Hitler zugesichert hatte, die Länderkonkordate zu respektieren und die Rechte der Kirchen nicht anzutasten. Vgl. „Kundgebung der deutschen Bischöfe", in: Akten deutscher Bischöfe über die Lage der Kirche, Bd. 1, S. 30ff. Vgl. dazu auch Volk, Reichskonkordat, S. 59–89, und Scholder, Kirchen und das Dritte Reich, Bd. 1, S. 300–321.

1. Wenn 1933 einer ins Ausland ging, so kann ihm daraus kein Vorwurf gemacht werden. Jedoch dürfen solche Personen sich jetzt nicht zum Richter von Personen aufwerfen, die nicht so gehandelt haben, wie sie es sich vom Ausland aus gedacht haben.
2. Es gab auch Personen, die sich überhaupt zurückgezogen haben und ihren Kohl bauten, sich aber weiter um nichts kümmerten.
3. Wenige haben illegal gegen den Nazismus gekämpft (wie z. B. Dr. Müller).
4. Verschiedene Politiker haben seinerzeit dem Ermächtigungsgesetz zugestimmt, diese sollten jetzt nicht mehr in Spitzenstellungen auftreten.

Dr. *Müller* erklärt weiter, daß sich die amerikanische Presse mit dieser Frage jetzt auch befassen wird. Ferner sammelt die SPD Material, um den Amerikanern zu beweisen, daß sie Widerstand geleistet hat.

Haußleiter erklärt, daß das Entnazifizierungsgesetz benützt wird als Waffe gegen den bürgerlichen und christlichen Raum, ebenso das Ermächtigungsgesetz. Er gibt die grundsätzliche Stellungnahme der evangelischen Kirche zum Predigtverbot bekannt[12].

Dr. *Müller* führt aus, er lasse eben nachprüfen, ob, wenn die SPD seinerzeit im Landtag ferngeblieben wäre, eine Abstimmung hätte zustande kommen können[13]. Er möchte das Material nach beiden Seiten prüfen.

Grundsätzliche Frage Dr. *Müllers*, soll die Partei bis zur letzten Konsequenz gehen?

Auch Dr. *Muhler* meint, die betroffenen Personen sollten in die zweite Linie gehen, erstens wegen des deutschen Volkes und zweitens der kleinen Pg's wegen.

Einwand Dr. *Müllers*, daß man sich über diese Vorgänge auch im Rahmen der Entnazifizierung unterhalten muß.

Sedlmayr ist der Ansicht, daß die Verhandlungen in Württemberg eine Klärung bringen werden. Dr. *Müller* ist anderer Meinung. (Bei den Verhandlungen in Württemberg sind die noch offenen Fragen der Entnazifizierung Dr. Maiers gemeint.)

Dr. *Müller* erklärt, er möchte nicht, daß der Eindruck entsteht, daß er sich bei diesen Leuten, die eventuell betroffen sind, revanchieren will. Zu diesem Zweck ist diese Sitzung einberufen worden, die darüber entscheiden soll.

Dr. *Müller* fragt, ob sich die Anwesenden einig sind darüber: nicht diffamieren, aber ..., worauf *Sedlmayr* einwirft, daß sie ja dadurch, daß sie nicht mehr an der Spitze stehen könnten, diffamiert seien.

[12] Nach Artikel 15–17 und Artikel 58 des Befreiungsgesetzes war es bestimmten Personen unter gewissen Voraussetzungen verboten zu predigen. Die evangelische Kirche protestierte gegen diese Bestimmung und stellte sich auf den Standpunkt, nur die Kirche selbst könne das geistliche Amt übertragen und auch wieder entziehen. Da es zentraler Bestandteil des geistlichen Amts sei zu predigen, komme dieses Verbot dem Entzug des geistlichen Amts gleich. Vgl. Theophil Wurm an die amerikanische Militärregierung vom 26. 4. 1946 und Stellungnahme des Rats der EKD von 2. 5. 1946, beide Dokumente abgedruckt in: Kirchliches Jahrbuch für die Evangelische Kirche in Deutschland 72–75 (1945–1948), S. 191–197 und S. 197–201. Vgl. auch Protokolle des Rates der EKD, Bd. 1, S. 454–574, und Entnazifizierung und Selbstreinigung, S. 99–129.

[13] Was das Ermächtigungsgesetz auf Reichsebene betrifft, ist diese Frage in der Historiographie umstritten. Während sie von Thamer, Verführung und Gewalt, S. 274, bejaht wird, hat sie Frei, Führerstaat, S. 62 Anm. 27, vehement verneint.

Dr. *Muhler* ist der Ansicht, daß man damals 14 Jahre lang gegen Hitler gekämpft habe und dann, als er die Macht in der Hand hatte, ihm auch noch half.

Dr. *Müller* liest Auszug seines Briefes[14] an [den] Ministerpräsidenten Held[15] vor. Er erklärt, daß er der Auffassung ist, daß man diese Leute genauso verteidigen muß wie die kleinen Leute, die nur um ihrer Existenz willen in die Partei gingen.

Es wird folgender *Beschluß* gefaßt:

1. Wir verteidigen sowohl die Abgeordneten, die für das Reichs- wie für das bayerische Ermächtigungsgesetz gestimmt haben gegen jede Diffamierung, weil wir überzeugt sind, daß sie in guter Absicht geglaubt haben, vom deutschen Volk größeren Schaden abzuwenden.
2. Angesichts der Tatsache, daß heute viele in unserem Volke daran Anstoß nehmen, daß manche dieser Politiker heute wieder in führenden Stellungen politisch tätig sind, ist der Vorstand der CSU der Auffassung, daß es sich aus politischen Gründen empfiehlt, dieser Tatsache Rechnung zu tragen.

Haußleiter verliest eine Erklärung des evangelischen Bezirksverbandes Mittelfranken, die einen Vorwurf gegen Dr. Hundhammer enthält (Abschrift siehe Anlage)[16].

Beschluß: Dr. Hundhammer soll eine Abschrift zugeleitet werden mit der Bitte um Stellungnahme.

Dr. *Müller* erklärt zum Thema Dr. Hundhammer: Es haben vier Verbände Landesversammlung verlangt[17], er sei jedoch der Ansicht, daß man versuchen soll, noch etwas Zeit zu gewinnen, um eine ruhigere Entwicklung abzuwarten.

Dr. *Müller* schlägt vor, den organisatorischen Aufbau der Union weiter zu entwickeln (Besprechung in der nächsten Landesversammlung):

Entflügelung, dann: Junge Union, daneben eine Union der Frauen, eine Union der Ausgewiesenen, eine Union der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Handwerker, daneben Bauernverband und Gewerbeverband.

Das gibt so starke Pfeiler, daß eine breite Gruppierung der Union gehalten werden kann. (Eigene Beiträge sollen nicht verlangt werden, höchstens, wenn die einzelnen Einrichtungen für sich etwas unternehmen wollen.)

Sedlmayr befürchtet, daß dann die Bauern auch ein eigenes Bauernsekretariat gründen werden, worauf Dr. *Müller* erklärt, daß er das sogar wünschen würde,

[14] Dieser Brief war im ACSP, NL Müller nicht zu ermitteln.

[15] Dr. h.c. Heinrich Held (1868–1938), kath., Journalist und Politiker, 1907–1933 MdL (bis 1918 Zentrum, dann BVP), 1924–1933 bayerischer Ministerpräsident, nach 1933 kurzzeitige Flucht in die Schweiz.

[16] ACSP, NL Müller C 83, Karl Sigmund Mayr an Josef Müller vom 28. 1. 1947. Die evangelischen Mitglieder des CSU-Bezirksverbands Mittelfranken gaben in einer Erklärung zunächst ihrer Enttäuschung über die Bildung des ersten Kabinetts Ehard Ausdruck, in dem die CSU mit Wolfgang Jaenicke als Staatssekretär für das Flüchtlingswesen nur ein protestantisches Mitglied stellte. Sie führten dies auf eine öffentliche Erklärung Alois Hundhammers zurück, die evangelischen Parteifreunde seien von der Regierung auszuschließen, weil sie den Kurs Josef Müllers unterstützten.

[17] Nach der Satzung der CSU vom 4. 10. 1946 (Paragraph 46) mußte eine außerordentliche Landesversammlung einberufen werden, wenn fünf der zehn Bezirksverbände dies verlangten; die Satzung ist abgedruckt in: Protokolle und Materialen, Bd. 3, S. 1783–1803, hier S. 1796.

weil die Bauern sonst doch immer nur mit der Gründung einer eigenen Bauernpartei drohen werden[18].

Die Anwesenden erteilen Zustimmung zum Prinzip mit der Maßgabe, daß die Landesvorstandschaftssitzung damit befaßt wird.

Frage Dr. *Muhler* zum neuen Parteiengesetz[19]: Dr. *Müller* meint, daß das Parteiengesetz nicht so kommen wird, wie Dr. Hoegner will[20].

Referat *Haußleiter* über die Königsteiner Tagung[21]. Dr. *Müller* gibt bekannt, daß den Anwesenden je eine Abschrift des Königsteiner Protokolls zugehen wird.

Unterhaltung zwischen *Sedlmayr* und Dr. *Müller* über die Angriffe gegen Dr. Müller.

Die Anwesenden sind sich darüber einig, daß im Februar noch eine Landesvorstandschaftssitzung einberufen werden soll, in der auch die Ausschüsse durchgesetzt werden sollen, ferner soll auf die Tagesordnung der Punkt Entnazifizierung.

Dr. *Müller* gibt noch kurz Bericht über den Aufbau der „Christlich-demokratischen und Christlich-sozialen Union Deutschlands".

Nr. 3b

Notiz über die Sitzung des geschäftsführenden Landesvorstands der Christlich-Sozialen Union am 18. Februar 1947 in München

ACSP, NL Müller C 24/2

1. Nach eingehender Aussprache über die Frage der Einstellung gegenüber Politikern, die seinerzeit dem *Ermächtigungsgesetz* zugestimmt haben, wird folgender Beschluß gefaßt:

„1. Wir verteidigen sowohl die Abgeordneten, die für das Reichs- wie für das Bayerische Ermächtigungsgesetz gestimmt haben gegen jede Diffamierung, weil wir überzeugt sind, daß sie in guter Absicht geglaubt haben, vom deutschen Volk größeren Schaden abzuwenden.

[18] Vgl. etwa Protokoll der Sitzung des Landesarbeitsausschusses der CSU am 1. 5. 1946 in München und Protokoll der Sitzung des Erweiterten Landesausschusses der CSU am 6. 7. 1946 in München, in: Protokolle und Materialien, Bd. 1, S. 205 f. bzw. S. 493 ff.

[19] Vgl. Protokolle der Sitzungen des Ministerrats am 8. 2. und 15. 2. 1947, in: Kabinett Ehard I, S. 152–155 und S. 183 f. Nachdem Vertreter der amerikanischen Militärregierung Bedenken angemeldet hatten, wurde das Vorhaben nicht weiterverfolgt; vgl. ebenda, S. XCVIII.

[20] Zur Position Wilhelm Hoegners vgl. Neue Zeitung vom 27. 1. 1947: „Entwurf eines Parteiengesetzes".

[21] Am 5./6. 2. 1947 fand in Königstein die zweite Sitzung der Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU Deutschlands statt, an der für die CSU August Haußleiter, Franz Liedig, Josef Müller, Friedrich Wilhelm von Prittwitz-Gaffron, Hanns Seidel, Johannes Semler, Franz Josef Strauß und Max Zwicknagl teilnahmen. Während dieser Sitzung wurden die Arbeitsausschüsse konstituiert, eine Geschäftsordnung der Arbeitsgemeinschaft beschlossen und ein vorläufiger Vorstand bestimmt, dem für die CSU Josef Müller angehörte. Das Protokoll der Königsteiner Tagung ist zusammen mit weiteren Dokumenten abgedruckt in: Unionsparteien, S. 19–57.

2. Angesichts der Tatsache, daß heute viele in unserem Volke daran Anstoß nehmen, daß manche dieser Politiker heute wieder in führenden Stellungen politisch tätig sind, ist der Vorstand der CSU der Auffassung, daß es sich empfiehlt, dieser Tatsache Rechnung zu tragen."

2. *Haußleiter* verliest eine Erklärung des Bezirksverbandes Mittelfranken, die einen Vorwurf evangelischer Kreise gegen Dr. Hundhammer enthält. (Abschrift siehe Anlage.)

Beschluß: Herrn Dr. Hundhammer solle eine Abschrift zugeleitet werden mit der Bitte um Stellungnahme.

3. Dr. *Müller* macht Vorschläge für den weiteren *organisatorischen Aufbau der Union*. (Entflügelung, dann: Junge Union, Union der Frauen, der Ausgewiesenen, der Arbeiter, Angestellten und Beamten, der Handwerker, daneben Bauernverband und Gewerbeverband.)

Die Anwesenden stimmen dem Prinzip zu mit der Maßgabe, daß die Landesvorstandschaft damit befaßt werden soll. Besprechung in der nächsten Landesversammlung wird vorgesehen.

4. Referat Haußleiter über die *Königsteiner Tagung*. Dr. *Müller* gibt bekannt, daß den Anwesenden je eine Abschrift des Königsteiner Protokolls zugehen wird.

5. Die Anwesenden sind sich darüber einig, daß im Februar noch eine Sitzung der Landesvorstandschaft einberufen werden soll, in deren Tagesordnung u.a. der Aufbau der Ausschüsse und die Frage der Denazifizierung aufgenommen werden soll.

6. Dr. *Müller* gibt einen kurzen Bericht über den Aufbau der „Christlich-Demokratischen und Christlich-Sozialen Union Deutschlands".

Nr. 4

Sitzung des Landesvorstands der Christlich-Sozialen Union am 28. Februar 1947 in München

Tagungsort: München, Prinzregentenstraße 28, Wirtschaftsministerium

Anwesend[1]: Ankermüller, Arnold, Birkl, Euerl, Geiger, Hahn, Haußleiter, Heubl, Krehle, Kübler, A. Lang, Martin, Mayr, Meyer-Spreckels, J. Müller, Pflaum, Probst, Rindt, Rinke, Rucker, F. Schäfer, Schmid, Schuberth, Schütz, Sedlmayr, Strauß

ACSP, LGF-LV

Dr. Müller eröffnet um 11 Uhr 10 die Sitzung.

[1] ACSP, LGF-LV 28. 2. 1947, Anwesenheitsliste zur Sitzung des Landesvorstands am 28. 2. 1947; wo Franz Steber unterschreiben sollte, steht ein unleserliches Wort oder ein unleserlicher Name. Daß diese Sitzung schlecht besucht war, lag nicht zuletzt daran, daß das von Franz Liedig gezeichnete Einladungsschreiben (ACSP, LGF-LV 28. 2. 1947) erst zwei Tage vor der Sitzung, am 26. 2. 1946, herausging. Als Grund für diese ausgesprochen kurzfristige Einladung wurden Terminschwierigkeiten genannt.

Tagesordnung[2]:
1. Parteiorganisationsfragen.
2. Arbeitsgemeinschaft der CDU und CSU Deutschlands.

[Die] Tagesordnung wird genehmigt. Die parteiorganisatorischen Fragen werden zurückgestellt, bis mehr Freunde anwesend sind.

Punkt 2: Arbeitsgemeinschaft der Christlich-Demokratischen und Christlich-Sozialen Union Deutschlands.
Haußleiter: Es ging in Königstein darum[3], eine gemeinsame Organisation zu schaffen für ganz Deutschland. Schumacher[4] ist heute der Sprecher für ganz Deutschland. Es ist notwendig, daß gegenüber den Ansprüchen Schumachers ein Gegengewicht gebildet wird; sonst steuern wir angesichts der militärisch straffen Organisation einer Einparteienentwicklung entgegen. Die einzelnen Zonen und Länder haben sich sehr weit auseinandergelebt. In der englischen Zone herrscht straffer Zonenzentralismus Adenauers[5]. Der Vorsitzende des Landesverbandes ist Fraktionsvorstand; an der Spitze Adenauer, der ähnlich wie Schumacher für die Zone geschlossen spricht. In der amerikanischen Zone allein sind die Länder die Träger der politischen Entwicklung[6]. Nur in der amerikanischen Zone spielen die Landtage eine große Rolle. Da wir ein föderalistisch gegliedertes Deutschland haben, wollen wir auch eine föderalistische Gliederung der Organe der Union Deutschlands. Eine zentralistisch organisierte Partei wird unvermeidlich den zentralistischen Staat ansteuern. Daher ist eine föderalistische Gliederung der Union wichtig. Bayern will die Zonenorganisation, die unnatürlich ist, ausschalten und Länder herausarbeiten. Länder wie Bayern haben historische Tradition. Die Arbeitsgemeinschaft der Union Deutschlands hat sich einen Vorstand gegeben: neun Herren[7]. Das entspricht der Zahl der Länder. Sofortiger Beginn der sachlichen Arbeit. Sehr schöne Ergebnisse.

[2] In dem von Franz Liedig gezeichneten Einladungsschreiben vom 26. 2. 1947 (ACSP, LGF-LV 28. 2. 1947) waren noch fünf Tagesordnungspunkte vorgesehen: 1. Parteiorganisatorische Fragen, 2. Arbeitsgemeinschaft CDU/CSU Deutschlands, 3. Besetzung von Ausschüssen, 4. Anträge der Bezirksverbände, 5. Politische Aussprache.

[3] Am 5./6. 2. 1947 fand in Königstein die zweite Sitzung der Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU Deutschlands statt. Das Protokoll der Königsteiner Tagung ist zusammen mit weiteren Dokumenten abgedruckt in: Unionsparteien, S. 19–57; vgl. auch Nr. 3a mit Anm. 21.

[4] Dr. Kurt Schumacher (1895–1952), Politiker, 1924–1931 MdL (SPD) in Württemberg, 1930–1933 MdR (SPD), 1933–1943 im KL, 1944 erneut vorübergehend verhaftet, 1946–1952 Vorsitzender der SPD in den Westzonen bzw. in der Bundesrepublik, 1949–1952 MdB (SPD) und Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion.

[5] Dr. h.c. Konrad Adenauer (1876–1967), kath., Jurist und Politiker, 1917–1933 und 1945 Oberbürgermeister von Köln, 1946–1950 Vorsitzender der CDU in der britischen Besatzungszone, 1946–1950 MdL (CDU) in Nordrhein-Westfalen und Vorsitzender der CDU-Landtagsfraktion, 1948/49 MdPR (CDU) und dessen Präsident, 1949–1963 Bundeskanzler, 1951–1955 auch Bundesaußenminister, 1950–1966 Bundesvorsitzender der CDU.

[6] Zu den im September 1946 endgültig gescheiterten Versuchen, die Unionsparteien in den Ländern der amerikanischen Besatzungszone nach dem Vorbild der britischen Zone länderübergreifend zu organisieren, vgl. Müchler, CDU/CSU, S. 31–36.

[7] In den vorläufigen Vorstand der Arbeitsgemeinschaft wurden berufen: Konrad Adenauer (Köln), Hugo Hickmann (Dresden), Friedrich Holzapfel (Herford), Jakob Kaiser (Berlin), Erich Köhler (Wiesbaden), Ernst Lemmer (Berlin), Josef Müller (München) und Ulrich Steiner (Laupheim); ein Sitz wurde für einen Vertreter von Rheinland-Pfalz (französische Besatzungszone) freigehalten.

Außenpolitischer Ausschuß unter Führung von Prittwitz. Dieser hat Redaktionsausschuß. Außenpolitische Erklärung, darin Stellung gegen Nationalismus[8].

Wirtschaftsausschuß: Erkenntnis, daß zwischen dem Programm Adenauers, dem Ahlener Programm[9], dem Programm Kaisers[10] und unseren 30 Punkten[11] kein Unterschied ist. Ausschaltung des Monopolkapitals. Bestimmte Grundstoffindustrien halten wir für sozialisierungsreif, aber Schutz der Mittelbetriebe in ihrer Eigenständigkeit.

Kulturausschuß: Haußleiter Mitglied. Hier bin ich erschrocken. Es war nicht möglich, die Dinge auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen, der für alle Länder und Zonen in irgendeiner Weise akzeptabel gewesen wäre. Die östliche Zone hält es für unmöglich, für die Konfessionsschule einzutreten. Schon die Erwähnung des Religionsunterrichts als Pflichtfach ist eine kühne Tat. Gefahr der Zerschlagung des deutschen Schulwesens, soweit es Träger des abendländischen Geistes ist. Auch da klaffen die Dinge auseinander. Sehr verwaschene Erklärung wurde versucht, ist aber abgelehnt worden[12]. Adenauer sagte: „Wenn ich mit dieser verwaschenen Erklärung in den Wahlkampf hineingehe, werde ich vom Zentrum vernichtet." Es muß erst dorthin kommen, daß ein Examen, das in Bayern gemacht wird, in Sachsen keine Wirkung hat. Wir sind für ausgesprochen christliche Erziehung. In Hessen Gemeinschaftsschule, in der Ostzone Kampf um den Religionsunterricht. Der Kampf um die christliche Erziehung ist allen Ländern gemeinsam.

Verfassungsausschuß: Frage: wie schaffen wir die Grundlage für eine Verfassung Deutschlands? Dieser Ausschuß soll die Fragen prüfen; welchen Weg gehen wir zur neuen föderalistischen Form Deutschlands? Wir Bayern waren in Königstein die Vorkämpfer eines echten Föderalismus. Es soll sofort eine Nationalversammlung einberufen werden. Dr. Müller ist als Föderalist stark angegriffen worden.

Organisationsausschuß: Er befaßt sich mit organisatorischen Fragen.

Politische Spannungen: Adenauer andere Politik als Kaiser. Zusammenstoß bei der Besetzung des außenpolitischen Ausschusses[13]. Die Berliner Freunde erhoben

Vgl. das Protokoll der zweiten Sitzung der Arbeitsgemeinschaft am 5./6. 2. 1947 in Königstein, in: Unionsparteien, S. 23.

[8] Friedrich-Wilhelm von Prittwitz-Gaffron wurde lediglich mit dem geschäftsführenden Vorsitz betraut. Die außenpolitische Erklärung wurde wörtlich in das Pressekommuniqué über die Königsteiner Tagung (abgedruckt in: ebenda, S. 31 ff.) übernommen; vgl. ebenda, S. 24 Anm. 18.

[9] Das Ahlener Programm (abgedruckt in: Dokumente zur parteipolitischen Entwicklung in Deutschland, Bd. 2, S. 53–58) wurde vom Zonenausschuß der CDU der britischen Zone während der Tagung vom 1.–3. 2. 1947 beschlossen; vgl. Uertz, Christentum und Sozialismus, S. 97–111 und S. 166–185.

[10] Ob hier auf ein bestimmtes programmatisches Dokument Bezug genommen wird, ist unklar. Wie Kaiser in Königstein taktierte, beschrieb Conze, Jakob Kaiser – Politiker zwischen Ost und West, S. 123–133.

[11] Vgl. „Die dreißig Punkte der Union. Richtlinien der Christlich-Sozialen Union in Bayern zur Überwindung der inneren und äußeren Not unseres Volkes" vom 31. 10. 1946, abgedruckt in: Protokolle und Materialien, Bd. 3, S. 1734–1741; vgl. auch Mintzel, Geschichte der CSU, S. 215–223.

[12] Die vom kulturpolitischen Ausschuß ausgearbeitete Entschließung (abgedruckt in: Unionsparteien, S. 34) wurde vom Plenum der Arbeitsgemeinschaft nicht gebilligt, da die darin enthaltene „Stellungnahme zur Schulfrage [...] nicht genügend Rücksicht auf die regionalen Verhältnisse einzelner Zonen" genommen habe. Protokoll der zweiten Sitzung der Arbeitsgemeinschaft am 5./6. 2. 1947 in Königstein, in: ebenda, S. 25.

[13] Vgl. Vorstandssitzung der Arbeitsgemeinschaft von CDU und CSU am 5./6. 2. 1947 in Königstein, in: Unionsparteien, S. 42–56.

den Anspruch auf Vorsitz, weil Berlin die Stadt ist, in der alle außenpolitischen Probleme zutage treten. Unsere Berliner Freunde haben gesagt, sie stehen auf Vorposten und im umstrittensten Kampffeld. Wir haben unter Führung von Dr. Müller den Standpunkt vertreten, daß man auf Vorposten gelegentlich Manöver durchführen muß, die das Hauptquartier nicht billigen kann. Prittwitz daher Vorsitzender des außenpolitischen Ausschusses. Adenauer hat Prittwitz unterstützt. Harter leidenschaftlicher Kampf zwischen Adenauer und Kaiser. Müller ist aufgestanden und hat bei dieser Gelegenheit gesagt: „Ich fühle mich plötzlich wie zu Hause ..." Es hat sich herausgestellt, was notwendig ist. Unser Plan liegt so, daß bei diesen Spannungen die süddeutschen Länder den vernünftigen Mittelweg einschlagen. Bayern hat wieder die Führung zu übernehmen. Das ist auch stark zum Ausdruck gekommen. Sehr schwierige und notwendige politische Aufgaben. Es hat sich eines gezeigt, daß es grundfalsch ist, wenn wir uns zurückziehen. Aktiver Anteil ist notwendig. Wir Bayern werden zum Sprecher der amerikanischen Zone. Die Berliner Freunde waren so enttäuscht, daß sie den außenpolitischen Ausschuß beseitigen wollten. Dr. Müller und Haußleiter haben darauf gedrungen, daß der Entschluß gefaßt wird, um Gegengewicht gegen Schumacher zu haben. *Außenpolitischer Informationsausschuß* unter Geschäftsführung von Prittwitz. Wir haben hier unseren bayerischen Standpunkt durchgesetzt. Fortschritt im Aufbau der Einheit Deutschlands auf föderalistischer Grundlage. Bei der Unklarheit in den Richtlinien der Besatzungsmacht haben die Parteien die entscheidende Aufgabe. Wir Bayern haben gute Arbeit geleistet.

Dr. *Müller*: Bei den ganzen Verhandlungen zeigt sich immer, was ein Amerikaner mit folgenden Worten zum Ausdruck brachte:

„Wenn wir Ihre Leute sehen, so müssen wir sagen, sie haben sehr viel gute Qualitäten. Bei der SPD ist das nicht der Fall; das ist Ihr Vorteil, aber auch Ihr Nachteil. Es ist sehr schwer, wenn Menschen starke Persönlichkeiten sind, sie zusammenzubringen. Die gehen nicht Schritt und Tritt."

Die Partei als solche bleibt geschlossen. Erreicht wurde vor allem organisatorisch einiges, nicht alles. Wir haben grundsätzlich nur Einstimmigkeit zugelassen. Ich wollte schon die Möglichkeit schaffen einer gewissen Majorisierung mit qualifizierten Majoritäten – einmal muß majorisiert werden –, ich habe aber doch auf den Rat meiner Freunde meine Ideen zurückgestellt und habe zum Ausdruck gebracht, wir werden hoffen dürfen, später einen solchen Entschluß zu fassen. Keine eigenen Zonenorganisationen. Wir wollen die Zoneneinteilung nicht begünstigen. Kaiser und Adenauer haben keine Länderorganisationen, nur Zonen. Das ist ungesund. Wenn die einzelnen Länder hineinkommen, dann wird auch der Kampf um die Persönlichkeiten nicht so gehen. Wir haben sachliche Arbeit geleistet. Die Chancen bei Wahlen sind gut. Gerade die einseitige Besetzung in Minden[14] führt

[14] In Minden residierten nach der Unterzeichnung des Abkommens über die Bildung einer deutschen Wirtschaftsverwaltung am 11. 9. 1946 das Verwaltungsamt und der Verwaltungsrat für Wirtschaft des amerikanischen und britischen Besatzungsgebiets. Als Vorsitzender des Verwaltungsrats, in dem Bayern seit dem 21. 12. 1946 von Wirtschaftsminister Rudolf Zorn (SPD) vertreten wurde, und als Direktor des Verwaltungsamts fungierte seit dem 31. 1. 1947 der Sozialdemokrat Viktor Agartz, der Rudolf Mueller (LDP) abgelöst hatte. Im Februar 1947 gehörten zudem alle

dazu. SPD oben will die Herrschaft führen. Wir lehnen Nationalismus radikal ab. Schumacher vertritt die Richtung eines verderblichen Chauvinismus. Die Junge Union ist auf die Ablehnung dieses Nationalismus hingerichtet. Sie wollen nicht nationale Phrasen dreschen. Die Union tritt ein für christliche Kulturwelt. Sie soll den Weg weitergehen zur Völkerverständigung. Meine außenpolitische Erklärung ist die Grundlage, die ich im Landtag gegeben habe[15]. Wenn man eine Besatzungsmacht angreift, dann greift man auch die andere an. Um 11. oder 12. herum Tagung in Berlin[16]. Der Hinweis der Berliner Freunde auf die Leipziger Messe[17] hat nicht so gezogen. Mir sind nüchterne Aussprachen lieber als Staffage stehen. Moskau[18] wird noch nicht die endgültige Entscheidung bringen. Zwischenlösung: deutsche Reichsregierung. Wie sie zu bilden sein wird, ist eine Frage, die jetzt erst gelöst werden muß. Die Einigung ist notwendig für das Anlaufen der Wirtschaft.

Besetzung der Ausschüsse: Es ist eine vorläufige Besetzung. Das Recht der Auswechslung ist vorbehalten.

Schmid: Weltanschauliche Grundlage ist notwendig. Wir sollten uns einmal mehrere Tage zurückziehen und uns nur mit grundsätzlichen Fragen beschäftigen. Dann haben wir die Voraussetzung.

Dr. *Müller*: Während wir in Königstein waren, hat die Fraktion den Entschluß gefaßt, daß die Fraktionsvorsitzenden zusammenkommen[19]. Das schwächt die Schlagkraft. In Königstein wurde beschlossen, daß die Initiative in allen Fällen von den Parteivorsitzenden auszugehen hat, weil sie auch verantwortlich sind für die Partei.

acht Ländervertreter im Verwaltungsrat der SPD an. Vgl. Handbuch politischer Institutionen und Organisationen, S. 181 f.

[15] Vgl. Stenographischer Bericht über die 4. Sitzung des bayerischen Landtags am 29. 1. 1947, S. 65 ff.

[16] Vom 13.–15. 3. 1947 tagte in Berlin der Vorstand der Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU; für die CSU nahmen Josef Müller, Friedrich Wilhelm von Prittwitz-Gaffron und August Haußleiter (als Gast) an dieser Sitzung teil. Das Protokoll findet sich nebst Anlagen in: Unionsparteien, S. 58–94.

[17] Vom 6.–9. 3. 1947 fand in Leipzig zum zweiten Mal nach Kriegsende die traditionsreiche Frühjahrsmesse statt; vgl. Neue Zeitung vom 7. 3. 1947: „Die Leistung der Leipziger Messe" und vom 10. 3. 1947: „Das reiche Schaufenster eines armen Mannes". Am 6. 3. 1947 fand in Leipzig zugleich eine große Kundgebung statt, auf der die Vorsitzenden der SED, der LDPD und der CDU in der SBZ, Otto Grotewohl, Wilhelm Külz und Jakob Kaiser zur Zukunft Deutschlands Stellung nahmen; Neue Zeitung vom 10. 3. 1947: „Parteien am Vorabend von Moskau".

[18] Die fünfte Konferenz des Rats der Außenminister fand vom 10. 3.–24. 4. 1947 in Moskau statt; vgl. Hermann Graml, Die deutsche Frage, in: Eschenburg, Jahre der Besatzung, S. 281–374, hier S. 372 f.

[19] In Abwesenheit des Parteivorsitzenden hatte die CSU-Landtagsfraktion am 4. 2. 1947 einen Antrag Michael Horlachers beraten, der vorsah, „raschestens auf die Einberufung einer Konferenz der führenden Kräfte der uns gesinnungsverwandten Fraktionen in den deutschen Ländern der britischen und amerikanischen Zone hinzuwirken". Alois Hundhammer nahm diesen Gedanken auf und kündigte an, so früh wie möglich einen Termin für Gespräche mit Repräsentanten der CDU-Fraktionen in den Ländern der Bizone festzusetzen. Tatsächlich kam bereits zehn Tage später eine Besprechung mit einer Delegation der CDU-Fraktion im württembergisch-badischen Landtag zustande, an der für die CSU von den Gefolgsleuten Josef Müllers nur Maria Probst teilnahm. ACSP, LTF-P, Protokoll der Fraktionssitzung am 4. 2. 1947 und Protokoll einer Besprechung zwischen Vertretern der CSU-Fraktion im bayerischen Landtag und Vertretern der CDU-Fraktion im Landtag von Württemberg-Baden am 14. 2. 1947, sowie LTF I, 1–31, Aktennotiz Hans Wutzlhofers bezüglich der Koordinierung der Unionsfraktionen in den Ländern der US-Zone vom 6. 2. 1947. Vgl. auch Schlemmer, Aufbruch, S. 196.

Rucker: In Eichstätt Antrag zur Bildung einer dreiköpfigen Vorstandschaft[20]. Jetzt hört man nichts mehr davon. Die Wirkungen bleiben nicht aus. Es wäre verfehlte Taktik, wenn Müller allein die Verhandlungen führen würde. Es wäre glücklich, wenn noch andere mitführen würden.

Dr. *Müller*: Jetzt kommen wir schon wieder ins Gerede hinein. Wir brauchen Schlagkraft. Die Minorität darf nicht immer als Flügel auftreten.

Schmid: Der Entschluß war keine Spitze gegen die Parteileitung. Die Rückwirkung war, daß die Hessen nicht hingegangen sind. Rückwirkung auf Bayern: Bayern hat sich uneinheitlich gezeigt.

Dr. *Rindt*: Ein Dreiergremium wäre noch uneinheitlicher. Es kommt darauf an, daß Schlagkraft gezeigt wird. Zusammenarbeit zwischen Partei und Fraktion ist notwendig. Unding, daß sich die Fraktion verselbständigt.

Dr. *Müller*: Name „Union Deutschlands", noch keine Einigung darüber erzielt. Die Freunde aus der französischen Zone haben Schwierigkeiten dadurch, daß sie noch keiner Partei beitreten dürfen[21]. Deshalb der Name Christlich-Demokratische und Christlich-Soziale Union Deutschlands. Es wird übrigbleiben „Union Deutschlands". Adenauer hat ein Programm entwickelt, dem die Berliner zustimmen könnten. Ich habe es abgelehnt, das Wort „christlicher Sozialismus" für uns zu übernehmen. Ich bin der Auffassung, wir wollen die Kombination zwischen Sozialismus und freier Initiative, zwischen gelenkter Wirtschaft und freier Initiative. In der Praxis Förderung des Klein- und Mittelbetriebes, Stellung gegen den Großbetrieb, den Monopolbetrieb, auch das Staats- oder Gewerkschaftsmonopol.

Zusammensetzung der Ausschüsse:
Arbeitsgemeinschaft der Union Deutschlands: Zwei Delegierte, zwei Stellvertreter (einer davon Delegierter der Jungen Union), bei den Stellvertretern eine Frau. In der Arbeitsgemeinschaft Müller, der zweite Delegierte evangelisch. *Birkl* für die Junge Union. Stellvertreter: für die Frauen (sie muß vor allem Sprachen beherrschen) Frau Dr. Probst oder Frau Dr. Meyer-Spreckels.
Verfassungsausschuß: Dr. Schwalber, Dr. Laforet[22], Dr. von Prittwitz.
Wirtschaftsausschuß: Dr. Semler, Dr. Seidel, Dr. Zwicknagl[23], Sedlmayr.

[20] Der CSU-Kreisverband Freising brachte am ersten Tag der Landesversammlung, die am 14./15. 12. 1946 in Eichstätt tagte, den Antrag ein, in der Satzung der CSU ein „Landesdirektorium" zu verankern, das aus einem ersten, zweiten und dritten Landesvorsitzenden bestehen und die Geschäfte der Union führen sollte. Der Bezirksverband München stellte einen ähnlichen Antrag. Die Delegierten überwiesen diese Anträge zur weiteren Diskussion an den Landesausschuß, der jedoch auf seiner nächsten Sitzung am 3. 1. 1947 keine Zeit fand, sich mit Satzungsfragen zu beschäftigen. Vgl. Protokolle und Materialien, Bd. 1, S. 842–859.

[21] Verboten war die politische Betätigung außerhalb der französischen Besatzungszone; vgl. Unionsparteien, S. 23 Anm. 16. Zur Geschichte der CDU in der französischen Besatzungszone vgl. Bekker, CDU und CSU, S. 55–66 und S. 97–107.

[22] Dr. Wilhelm Laforet (1877–1959), kath., Jurist, 1918 Vorstand des Bezirksamts Ochsenfurt, 1922–1927 Referent für Gemeindefragen (zuletzt Ministerialrat) im bayerischen Innenministerium, 1927–1951 Professor für Staats- und Verwaltungsrecht in Würzburg, vor 1933 BVP-Mitglied, 1946–1949 MdL (CSU), 1948/49 MdPR (CSU), 1949–1953 MdB (CSU).

[23] Dr. Max Zwicknagl (1900–1969), kath., Guts- und Brauereibesitzer, vor 1933 BVP-Mitglied, 1924–1927 Syndikus des Wirtschaftsbeirats der BVP, 1946 MdVLV (CSU), 1946–1948 MdL (CSU), 1948/1949 MdWR (CSU), 1952/53 Leiter der Dienststelle für besondere Aufgaben beim Bundesernährungsministerium, 1956–1962 Konsul in Innsbruck.

Kulturpolitischer Ausschuß: Konfessionelle Parität. Dr. Muhler, Haußleiter, Dr. Köhler, Professor Albert[24] (Frau Dr. Meyer-Spreckels).
Landwirtschaft: Dr. Horlacher, Sauer, Huth[25], Lang.
Flüchtlingsausschuß: Die Parteifreunde sollen durch die Union der Ausgewiesenen selbst aufgestellt werden.
Jugendausschuß: Aufstellung erfolgt durch die Junge Union. Sekretariat der Jungen Union wahrscheinlich in Frankfurt, noch nicht endgültig bestimmt.
Organisationsausschuß: Liedig, Strauß. Zwei Stellvertreter.

Rucker: Man soll auch von der anderen Gruppe jemand hineinnehmen.

Dr. *Müller*: Ich bin mit 76 Prozent gewählt worden[26]. Rucker macht in Opposition. Sie haben ein Pamphlet verbreitet, in dem gesagt wurde, daß ich in Rußland Geld bekommen habe[27].

Rucker: Ein Freund von Ihnen hat erklärt, Hundhammer gehört aufgehängt. Westermaier hat das gesagt. Es hat welche gegeben, die haben mich gebeten, das zu lesen[28].

Dr. *Müller*: Solche Vorwürfe machen eine Zusammenarbeit unmöglich.

Pflaum: Sehr bedauerlich, daß eine solche scharfe Diskussion entsteht. Bitte, alles Persönliche auszuschalten.

Haußleiter: Die Arbeitsgemeinschaft soll sich gleichzeitig nach einzelnen Gruppen gliedern, danach ist der Schlüssel ausgerechnet. Die Ländergruppe der amerikanischen Zone hat sechs Vertreter. Bayern, Württemberg-Baden haben je zwei Vertreter, daneben Frauen und Junge Union.

Rucker: Ich bin nicht gekommen, um hier Unfrieden zu stiften. Ich werde nach wie vor Vorschläge machen. Schmid, Sedlmayr müssen auch delegiert werden. Mit der ganzen Entwicklung und dem Aufbau sind wir zu spät dran, vor allem in der geistigen Vorarbeit.

Dr. *Müller*: Ich lege Wert darauf, daß wir in Bayern bei all diesen Fragen geschlossen auftreten. Bayern steht im Vordergrund des Interesses.

Nächster Punkt: *Parteiorganisationsfragen*.
In Augsburg Ausgleich[29]. Mir kam es darauf an, daß weittragende Entscheidungen nicht in der Stimmung nervöser Überreiztheit gefaßt wurden. Umgruppierung

[24] Dr. August Albert (1882–1951), Direktor des Labors für angewandte Chemie in München, seit 1946 ordentlicher Professor für angewandte Chemie an der TH München und deren Prorektor.

[25] Friedrich Huth (1892–1980), kath., Landwirt, 1930–1933 MdR (BVP), nach 1933 mehrfach verhaftet, seit 1945 Bürgermeister von Michelbach, Landrat in Alzenau, 1946 MdVLV (CSU), 1946–1950 MdL (CSU).

[26] Die Landesversammlung hatte Josef Müller am 14. 12. 1946 mit 327 von 428 in seinem Amt als Parteivorsitzender bestätigt. Vgl. Protokoll der Landesversammlung am 14./15. 12. 1946 in Eichstätt, in: Protokolle und Materialien, Bd. 1, S. 909.

[27] Derartige Pamphlete wurden immer wieder in Umlauf gebracht. Besonders scharf formuliert war ein Memorandum von Josef E. Messmer, das auf der Tagung des Erweiterten Vorläufigen Landesausschusses am 30./31. 3. 1946 in Bamberg verlesen wurde; vgl. Protokolle und Materialien, Bd. 1, S. 87–91.

[28] Der Sachverhalt und die beteiligten Personen wurden nicht ermittelt.

[29] Vgl. das Protokoll der Sitzung des Landesausschusses der CSU am 3. 1. 1947 in Augsburg, in: Protokolle und Materialien, Bd. 2, S. 961–1060; zu den Auseinandersetzungen, die nach der gescheiterten Kandidatur Josef Müllers für das Amt des bayerischen Ministerpräsidenten fast zur Spaltung der CSU geführt hätten, vgl. auch Schlemmer, Aufbruch, S. 186–192.

kann nicht geschaffen werden durch abrupte Lösungen. Die Struktur der Fraktion ist nicht die Struktur der Partei. Das ist zurückzuführen auf das Wahlrechtsystem. Gefahr, daß der Egoismus einzelner oder einzelner Gruppen das Parteiinteresse überlagert. In ländlichen Kreisen vertreten die Bauern ihre Interessen. Die letzten Wahlen standen unter dem Gesichtspunkt hie Müller, hie Hoegner. Vier Bezirksversammlungen haben Landesversammlung beantragt. Auch auf der Tagung der Jungen Union wurde sie beantragt. Wir sind noch nicht soweit, daß die Landesversammlung einberufen werden müßte. Es ist aber eine Selbstverständlichkeit, daß sie später einberufen werden muß. Im Augenblick muß es vermieden werden, weil zwangsläufig die Diskussion sich auswirken wird auf die Politik der Union. Eine Regierung muß eine Chance haben. Wenn man eine Regierung unmittelbar nach der Bildung angreift, gefährdet man damit die beginnende demokratische Entwicklung. Wir müssen wenigstens einige Monate warten.

Junge Union[30]. Gefahr, daß die Junge Union bei scharfen Konflikten sich selbständig macht. Diese Gefahr wird nicht mehr zu fürchten sein, wenn noch andere Unionen als Pfeiler stehen. Die Diskussion, die geführt wird, darf nicht um Namen gehen, sie muß um das Sachliche gehen. Das Generationenproblem wird noch Arbeit machen. Daneben die Union der Frauen[31]. Gefahr, daß das Bündische hinüberspielt und die Zusammenarbeit zwischen den Konfessionen gefährdet.

Daneben die Union der Ausgewiesenen. Gefahr des Proletarismus. Daneben die Union der Arbeiter[32]. Die Flüchtlingsunion ist im Anlaufen[33]. Gründungsbesprechung. Daneben zwei Verbände, die bisher unpolitisch waren: Bauernverband und Gewerbeverband. Wir müssen Gewerkschaftssozialismus ebenso ablehnen wie wir den reinen Kapitalismus ablehnen. Handel, Gewerbe und Industrie müssen von unserem Standpunkt aus zusammengefaßt werden. Die beiden Verbände werden zunächst auftreten als neutrale Verbände. Neigung in der Union, eigene Gruppierungen zu schaffen. Im Bauernverband ist es notwendig, eine Klärung herbeizuführen. Reden, die von dieser Seite gehalten werden, lassen es für nötig erscheinen, diese Organisationen so schnell wie möglich aufzubauen. Meixner sagte, Schlögl habe in Bamberg gesagt, daß die Bauern nicht antreten sollen in der Partei und nicht in der Union, sondern nur im Bauernverband[34]. Er, Schlögl, sei nur zufällig Mitglied der Union, das könne aber in einem Monat auch anders sein. Drohung mit der eigenen Bauernpartei. Wir sind soweit, daß wir solche Drohung nicht mehr ernst nehmen. Eine solche Gruppierung wird dann eine kleine Gruppierung sein. Es treten dann sachliche Gesichtspunkte wieder in den Vordergrund. Ich habe dafür zu sorgen, daß im Rahmen der Statute die Verankerung so vorgenommen wird, daß kein Hinausbrechen möglich wird. Balance in der Union. Der

[30] Eine Studie zur Geschichte der Jungen Union in Bayern ist ein Desiderat der Forschung. Einiges findet sich in: 50 Jahre Junge Union Bayern.

[31] Die Gründungstagung der Arbeitsgemeinschaft der Frauen in der CSU fand am 29. 8. 1947 in Eichstätt statt; Unterlagen dazu in: BAK, NL Probst 639. Zur Frauen-Union allgemein vgl. 50 Jahre Frauen-Union in Bayern.

[32] Vgl. Walker, Arbeitnehmer-Union in der CSU, S. 57–64; ein Landessekretariat der Arbeitnehmergruppe bestand seit dem 1. 3. 1947 in München, am 22. 3. 1947 fand in Nürnberg die erste Landeskonferenz der Arbeitnehmer in der CSU statt.

[33] Zu Gründung und Aufbau der Union der Ausgewiesenen vgl. Mintzel, Anatomie, S. 207–210.

[34] Nicht ermittelt.

Vorsitzende muß ein Mann der Mitte sein. (Zuruf von *Sedlmayr*: „Bravo!") Wir können nicht darauf abstellen, daß die SPD die Arbeiter hat und die Union die Bauern. Darüber muß die Landesversammlung verhandeln.

Dr. *Rindt*: Die Planung der Ständegruppierung besticht auf den ersten Augenblick. Aber dadurch wird das Gefüge unserer Union auseinandergerissen. Bei einer Union der Arbeitnehmer würden wir den Gegensatz bewirken zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Gefahr, daß reinste Interessengruppen geschaffen werden, die die Union vergiften. Standesinteressen zu stark im Vordergrund. Das kann die Union auseinanderreißen. Ich glaube nicht, daß dadurch die sachliche Arbeit gestärkt wird. Der Gedanke der Universitas geht daran zugrunde. Der Union geht eines ab: praktische, verantwortungsbewußte Arbeit. Wir haben zuviel theoretische und zuwenig praktische Sorgen. Wir müssen in der Fraktion kleine Gruppen schaffen von Arbeitsausschüssen. Die Wirtschaftsleute müssen in der Fraktion und in der Partei zusammenarbeiten.

Dr. *Müller*: Ich werde diese Linie genauso stur verfolgen, wie ich die Gründung der Union durchgeführt habe. (Zuruf Dr. *Rindt*: Dann machst Du die Sache allein, dann sind wir ja überflüssig!) Frauen sind ein ausgleichendes Element, nicht als Exponenten einer Richtung und eines Standes. Es muß uns gelingen, die Union der Frauen auf das Land hinauszutragen. Die Union der Frauen wirkt zusammenfassend und nicht trennend. Die Verankerung muß so erfolgen, daß keine Gruppe sich selbständig machen kann.

Haußleiter: Was Rindt gesagt hat über die sachliche Arbeit, ist richtig. Verzweifelte Bemühungen, die Ausschüsse der Partei zur Arbeit zu bringen. In dem Augenblick, in dem der Vorstand tagt, ist Horlacher nicht da. Zu solchen Arbeitsbesprechungen kommt niemand. Daß sachliche Arbeit die Menschen zusammenführt, das stimmt. Landtagsausschüsse: Die Union stimmt da gemeinsam gegen die SPD. Die SPD geht gegen die Ärzte vor, die Union schützt sie[35]. In einem halben Jahr hat sich die Koalition in Rauch aufgelöst, wenn nicht gearbeitet wird. Ich bin leidenschaftlicher Anhänger der sachlichen Arbeit. Ich sehe manchmal mit Erschütterung, wie der linke Flügel der Union oft der rechte ist; mit Ausnahme von zwei Überläufern zur SPD. Die SPD hat gesagt, daß die SPD im Wirtschaftsausschuß ihn für einen Angehörigen der SPD gehalten hat[36]. Die Weimarer Demokratie ist deshalb ausgestorben, weil immer die gleichen Namen da waren und heute wieder. Die Junge Union darf keine Partei in der Partei werden, da hat Hergenröder recht[37]. Von der Vernunft unserer jungen Freunde hängt alles ab. Die Union der Jugend muß bleiben. Das zweite ist die Union der Ausgewiesenen. Man muß unterscheiden zwischen der Union der Stände und anderen Gruppierungen, zwi-

[35] Am 19. 2. 1947 kam es im Landtag zu einem heftigen Schlagabtausch zwischen Rednern von CSU, SPD und FDP über die Verordnung Nr. 66 des bayerischen Arbeitsministers vom 6. 7. 1946 „zur Sicherstellung der ärztlichen Versorgung der von der Sozialversicherung betreuten Personen"; vgl. Stenographischer Bericht über die 7. Sitzung des bayerischen Landtags am 19. 2. 1947, S. 141–152; zum Gesamtzusammenhang vgl. auch das Protokoll der Sitzung des bayerischen Ministerrats am 29. 3. 1947, in: Kabinett Ehard I, S. 312–317.

[36] Der Sinn dieser Aussage ist unklar.

[37] BayHStA, NL Pfeiffer 42, Rundschreiben Anton Hergenröders „Was ist Parteijugend und was ist ‚Junge Union'?" vom 21. 1. 1947. Eine Antwort darauf findet sich im IfZ-Archiv, Fh 56, CSU-Kreisverband Münchberg an den CSU-Kreisverband Bamberg-Stadt vom 5. 2. 1947.

schen vernünftiger Gliederung und Aufspaltung ist ein himmelweiter Unterschied. Aus der Union der Flüchtlinge kommen die Flüchtlinge in die Union. Etwas problematischer ist die Union der Frauen. Ob man es Union der Frauen nennt, das ist eine Frage des Abwägens. Das Verhältnis des Bauern zu Frauen – es wird sehr schwer sein, ins Land einzubrechen. Vielleicht ist es möglich unter hygienischen Werbegründen. Eine Frau als Parteimitglied zu werben, ist unmöglich. Ich möchte, daß wir vor allem auch hygienische Leistungen haben. Wenn wir nicht den Arbeiter gewinnen, dann wird die Union Schlagseite haben. Man muß dem Arbeiter draußen sagen, Ihr habt in der Union eine Vertretung, eine Heimstätte.

Dr. *Elisabeth Meyer-Spreckels*: Wir begrüßen die Tatsache der Frauen-Union. Wir wollen sie nicht nur beschränken auf organisationswerbende Tätigkeit. Erziehung der Frauen zu Verantwortungsbewußtsein. Eine Erziehung, die sehr schwer ist, weil wir gegen die Tradition zu kämpfen haben, die durch die Gewohnheit der Frau eingepflanzt ist. Ungeheuer wichtige Erziehung. Besondere Aufgabe der Frau in der Moralisierung. Frauenarbeit in der Frage des Familien- und Eherechts. Wir beachten die Presse zu wenig. Die Arbeit in der Bevölkerung ist auch wichtig. Ich habe das Gefühl, daß da ungeheuer viel praktische Arbeit zu leisten ist. Stellungnahme zu Gerüchten, die im Lande umlaufen und die zersetzend wirken. Man müßte ihnen mehr in Presse und Rundfunk entgegentreten. Frage an Dr. Müller: Wie können wir mehr Fühlung halten mit draußen?

Dr. *Müller*: Arbeit der Ausschüsse[38] ist sehr gering, geht auf folgendes zurück: Der Verfassungsausschuß wurde beiseite gewischt[39], jetzt haben sie keine Lust zu arbeiten. Wirtschaftsausschuß Gegensatz Semler, Hoegner, Schlögl. Ich muß die Partei aktivieren. Ich muß neue Kräfte gewinnen. Die Amerikaner sind der Meinung, daß das Volk durch häufige Wahlen Gelegenheit haben muß, Stellung zu nehmen. Ich muß dafür sorgen, daß die Partei bei Neuwahlen ihren Stand hält.

Dr. *Ankermüller*: Ich will heute noch keine endgültige Stellung nehmen. Viel spricht dafür, große Bedenken dagegen. Gefahr einer Aufsplitterung.

Sedlmayr: Es hängt davon ab, ob der maßgebende Teil in seiner Gruppierung zuverlässig ist oder nicht.

Dr. *Rindt*: Müller hat geäußert, die Gründungsversammlung hat schon stattgefunden. Der zweite Satz: das werde ich so stur machen wie die Gründung der Union. Ich will hier nicht Staffage sein.

Dr. *Müller*: Wir hätten uns schon lange unterhalten können, wenn Du nicht krank gewesen wärest. Ich kann die Leute, die zur Arbeit greifbar sind, an den Fingern abzählen. Ich werde verantwortlich gemacht. Ich will nicht durch lange Redereien Zeit verlieren.

[38] Am 8. 1. 1946 wurde in der Sitzung des Erweiterten Vorläufigen Landesausschusses in München die Bildung von zehn Arbeitsausschüssen (zu denen im Laufe des Jahres 1946 mit dem Flüchtlingsausschuß noch ein elfter kam) und fünf Parteiausschüssen bekanntgegeben (vgl. Protokolle und Materialien, Bd. 1, S. 25). Eine Reihe von Ausschüssen wurden 1947 von den neuen Arbeitsgemeinschaften abgelöst. Zu den Ausschüssen und Arbeitsgemeinschaften sowie zu deren Führungspersonal vgl. Handbuch politischer Institutionen und Organisationen, S. 247 f.

[39] Zum Arbeitskreis der CSU für Verfassungsfragen vgl. Fait, Demokratische Erneuerung, S. 205–208 und S. 228–232; zur Arbeit des wirtschaftspolitischen Ausschusses der CSU unter dem Vorsitz Johannes Semlers während der Verfassungsberatungen im Sommer 1946 vgl. ebenda, S. 410–425.

Frau *Hahn*: Was die Union der Frauen betrifft, so muß ich mit den Frauen des Arbeitskreises sprechen. Wenn wir nicht die Frauen der Bünde als die zuverlässigen Wähler hätten – ich bin gegen die Union der Frauen.

Dr. *Müller*: Wir haben gesammelt mit dem Wort Christentum. Jetzt wollen die Leute wissen, was praktisch geschieht. Früher war die christliche Gewerkschaft die starke Stütze. Jetzt muß die Union der Arbeiter gegründet werden. Nürnberg: Wir haben heute in Nürnberg knapp 1000 Mitglieder, 23 Prozent Angehörige der Arbeiterschaft, 30 Prozent Angehörige ..., zehn Prozent Hausfrauen. Wie bekomme ich neue Mitglieder? Praktische Arbeit ist die Hauptsache. Nicht dadurch, daß die Frauen Zeitschriften gründen!

Wenn ich Benzin will, dann muß ich zum Betankungsleiter gehen der SPD. Wenn wir nicht in der Frage der Entnazifizierung etwas erreichen, ist alles umsonst.

Abstimmung: bei zwei Stimmenthaltungen angenommen.

Die Frage der Landesversammlung wird noch zurückgestellt.

Im Rahmen der Parteiorganisation muß dafür gesorgt werden, daß das Generalsekretariat aktiver wird. Ich habe immer Wert darauf gelegt, daß das Generalsekretariat einer Richtung und einem Namen dient. Der Parteivorsitzende hat dafür die Verantwortung, aber auch dafür, daß es funktioniert. Bestimmte Umstellung. Technisch organisatorisch muß ein besserer Nutzeffekt erzielt werden. Liedig häufig krank. Nachwirkung der Haft. Darunter leidet die Arbeit. Jedenfalls muß ein Vertreter da sein, daß der Apparat weitergeht. Ich muß einen technischen Geschäftsführer herbringen. Dieser Mann darf keinen politischen Ehrgeiz haben. Es muß technisch klappen. Der Apparat der Partei muß funktionieren, ein Fachmann, nicht Parteimann. Der Vorstand muß das gemeinsam mit mir lösen. Die Ausschüsse müssen wieder arbeiten. Ich bitte Sie, mir dazu die Zustimmung zu geben, daß ich diese Kraft gewinnen kann.

Gefahr der Überfremdung. Horlacher hat am 10. Februar gesagt: Der sogenannte Wirtschaftsbeirat[40], mit dem man den Bock zum Gärtner gemacht hat. Schutzschild für die Schieber. Reaktionäres Gesindel[41]. Dem Wirtschaftsbeirat gehören Freunde, Männer der Wirtschaft an. Unter ihnen die Präsidenten der Handelskammer, zwei Mitglieder der Landesvorstandschaft. Dr. Grasmann und ich gehören dem Vorstand an. Meine lieben Freunde, ich bedauere das außerordentlich. Ich bedauere auch, daß man zur Zeit von seiten von Parteifreunden keine dringlichere Aufgabe sieht, als das

[40] Der Wirtschaftsbeirat beim bayerischen Staatsministerium für Wirtschaft wurde mit der Verordnung Nr. 58 vom 2. 5. 1946 (in: BGVBl. 1946, S. 189 f.) ins Leben gerufen, um „die Kritik der Praktiker an der Wirtschaftslenkung zu kanalisieren" (Karl-Ulrich Gelberg, Einleitung zu: Kabinett Hoegner I, S. XCVII). Das Gremium sollte bis zu 40 vom Ministerpräsidenten im Einvernehmen mit dem Wirtschaftsminister ernannte Mitglieder aus allen Berufsständen und sozialen Schichten umfassen und lediglich eine beratende Funktion ohne Entscheidungsrechte wahrnehmen.

[41] Am 10. 2. 1947 fand im Münchner Circus Krone eine Kundgebung des BBV statt, in der neben Michael Horlacher auch Hans Ehard, Wilhelm Hoegner und Alois Schlögl auftraten. Horlacher entwarf in seiner emotionsgeladenen Rede ein Programm in elf Punkten, in denen er u.a. die Auflösung des Wirtschaftsbeirats und eine bessere Versorgung der Bauern forderte sowie einer Bodenreform zugunsten vertriebener Bauern eine klare Absage erteilte. Seine Ausführungen gipfelten in einem Generalangriff auf führende Kreise in Wirtschaft und Politik, die er als „Großschieber, Großrentner und Großkapitalisten aus der Nazizeit, die jetzt den Markt beherrschen", bezeichnete. Südost-Kurier vom 12. 2. 1947: „11-Punkte-Programm der bayerischen Bauern".

Waschen schmutziger Wäsche. Tendenz der Demagogie, aber sehr gefährlich, wenn ein Stand einseitig mobilisiert wird mit solchen demagogischen Geschichten. Dann soll dieser Stand sich nicht wundern, wenn dann alle anderen Stände sich gegen ihn stellen. In ein oder zwei Jahren kann es sehr wichtig sein, daß er das Verständnis in den anderen Schichten des Volkes finden wird. Ich glaube, daß wir jetzt nichts anderes tun können, als das Schreiben Dr. Semlers[42] zur Kenntnis zu nehmen und es in unserem Auftrag Dr. Horlacher zuzuleiten.

Rucker: Sache von Abensberg ist eine falsche Orientierung.

Dr. *Müller*: Es wird nach wie vor von gewisser Seite gehetzt. Es stecken da verschiedene Leute dahinter, z. T. noch Messmer. Ich stehe auf dem Standpunkt, daß ich als Parteivorsitzender meinen Rücken hinhalten muß. Wenn aber derartige Gemeinheiten ausgesprochen werden, Gemeinheiten, daß ich bezahlt sei von Rußland oder Molotow ... Gemeinheiten werde ich in Zukunft nicht mehr hinnehmen. Bisher nicht Schiedsgericht beansprucht. Aber für derartige Fragen würde ich es beanspruchen.

Rucker: Westermeier sagte, Hundhammer gehört aufgehängt. Ich habe gesagt, Sie sind ziemlich einseitig informiert. Dann habe ich gesagt: Ich habe dies zugeschickt bekommen. Westermeier hat es dann abgeschrieben und weiterverbreitet.

Dr. *Müller*: Ich habe zu Pollock[43] gesagt: Wir beide, Jakob Kaiser und Müller, streben die Synthese zwischen Ost und West an. Wir stehen zwischen den beiden Mächtegruppen. Wir können uns nicht einer Mächtegruppe verschreiben. Wir haben deutsche Politik gemacht. Wer garantiert uns, daß Sie uns die Ostgrenze verschaffen? Wir müssen hinweisen, daß die Ostgrenzen notwendig sind. Wir müssen selbständig Politik machen.

Dr. *Rindt*: Bruch in der Parteidisziplin. Wir müssen nach außen hin Einheit wahren. Ich bitte um der Union willen, halten wir uns für verantwortlich, daß nichts hinausgeht. Streiten dürfen wir nur intern.

Dr. *Müller*: Der Sachverhalt muß klargestellt werden.

Rucker: Den Sachverhalt habe ich wiedergegeben. Ich habe es nur an Westermeier gegeben, sonst niemanden.

Dr. *Müller*: Ich muß darauf bestehen, daß eine schriftliche Erklärung gegeben wird.

Haußleiter: „Rapallo" ist auf folgende Weise in die bayerische Weltpolitik eingetreten. Dr. Zwicknagl und ich haben mit Baumgartner[44] verhandelt wegen Ko-

[42] ACSP, NL Müller C 79, Johannes Semler an Josef Müller vom 21. 2. 1947. Semler nahm in diesem Brief Bezug auf einen Artikel der Süddeutschen Zeitung vom 19. 2. 1947, der über die schweren Angriffe Horlachers berichtete. Semler forderte, daß sich Landesvorstand und Landtagsfraktion mit dieser Angelegenheit befassen und eine Überprüfung der Tätigkeit des Wirtschaftsbeirats beantragen müßten, um die öffentlich erhobenen Vorwürfe Horlachers auszuräumen.

[43] Dr. James Kerr Pollock (1898–1968), Politologe, seit 1934 Professor für Politische Wissenschaft an der University of Michigan, 1945 als Sonderberater der amerikanischen Militärregierung in Staatsrechts- und Verfassungsfragen nach Deutschland entsandt, 1945/46 Direktor des Regional Government Coordinating Office von OMGUS, 1947/48 und 1950 Inspektions- bzw. Informationsreisen nach Westdeutschland.

[44] Dr. Joseph Baumgartner (1904–1964), kath., Diplom-Volkswirt, 1929–1933 stellvertretender Generalsekretär der Bayerischen Christlichen Bauernvereine, BVP-Mitglied, seit 1933 Angestellter beim Allianz-Versicherungskonzern, 1938 nach Graz versetzt, 1942 wegen Vergehens gegen das „Heimtückegesetz" verhaftet und zwei Monate inhaftiert, 1942–1945 Teilnahme am Zweiten Weltkrieg, Mitbegründer der CSU, 1946 Vorsitzender des agrarpolitischen Ausschusses der CSU,

alitionsbildung. Baumgartner, haben wir gesagt, wir müssen ein Unions-Kabinett bilden. Die außenpolitische Lage ist sehr schwierig. Wenn die Union allein regiert, kommt der Russe. Da sagte Zwicknagl, den kriegen wir schon hin, dann reden wir von Rapallo[45]. Die SPD ist antirussischer als die Union.

Dr. *Martin*: Die Tatsache, daß dieses üble Pamphlet weitergegeben worden ist, ist eine grobe Disziplinlosigkeit. Dr. Rucker hat gesagt, ich werde mir diesen Namen merken.

Rucker: Sie haben während der Debatte eine neue Debatte begonnen. Daraufhin habe ich gesagt, ich werde mir Ihren Namen merken. Ich möchte nur wissen, wer sich das erlaubt.

Dr. *Rindt*: Stellungnahme gegen die Methode Horlachers als Präsident des Landtags. Unterbrechung der Rede Müllers, der außenpolitischen Erklärung Müllers, war eine grobe Ungehörigkeit[46]. Er muß dafür zur Rede gestellt werden.

Nr. 5

Sitzung des geschäftsführenden Landesvorstands der Christlich-Sozialen Union am 4. Juni 1947 in München

Tagungsort: München, Gedonstraße 4, Kanzlei Dr. Josef Müller

Anwesend[1]: Grasmann, Haußleiter, Liedig, Meyer-Spreckels, J. Müller, Sedlmayr

ACSP, LGF-LV

1946–1948 Mitglied des Landesvorstands der CSU, Oktober 1945-Januar 1948 und 1954–1957 bayerischer Landwirtschaftsminister, 1954–1957 auch stellvertretender Ministerpräsident, im Januar 1948 Übertritt zur BP, 1948–1952 und 1953–1959 BP-Vorsitzender, 1946 MdVLV (CSU), 1946–1962 MdL (bis 1948 CSU, anschließend fraktionslos, seit 1950 BP), 1949 für die BP in den Bundestag gewählt, legte das Mandat jedoch zum 1. 1. 1951 nieder, Mitbegründer des BBV und seit 1949 Mitglied in dessen Präsidium, 1950–1959 Honorarprofessor für Agrarpolitik an der Landwirtschaftlichen Hochschule in Weihenstephan, 1959 im „Spielbankenprozeß" zu zwei Jahren Zuchthaus verurteilt, 1960 wurde das Urteil vom Bundesgerichtshof aufgehoben.

[45] Am 16. 4. 1922 wurde in Rapallo, einem Seebad bei Genua, am Rande einer internationalen Wirtschaftskonferenz für die Westmächte überraschend ein Vertrag zwischen dem Deutschen Reich und der Sowjetunion unterzeichnet, der die „durch den Ersten Weltkrieg aufgeworfenen Probleme" zwischen den beiden Staaten liquidierte und die Basis für die künftigen Beziehungen schuf. Vgl. Krüger, Außenpolitik der Republik von Weimar, S. 173–181 (das Zitat findet sich auf S. 175). „Rapallo" avancierte in den folgenden Jahren zum Synonym für eine unberechenbare Schaukelpolitik zwischen Ost und West.

[46] Josef Müller gab im Zuge der Debatte über die erste Regierungserklärung von Ministerpräsident Hans Ehard am 29. 1. 1947 eine kurze außenpolitische Erklärung ab. Im Anschluß daran wies Landtagspräsident Horlacher mit Blick auf die Geschäftsordnung darauf hin, daß die Abgeordneten ihre Reden frei zu halten hätten und das Ablesen vom Manuskript nur in Ausnahmefällen statthaft sei. Vgl. Stenographischer Bericht über die 4. Sitzung des bayerischen Landtags am 29. 1. 1947, S. 65ff.

[1] Laut Anwesenheitsliste im Protokoll. Die Einladung war ohne Tagesordnung ergangen; die Sitzung sollte um 11 Uhr beginnen, allerdings war dies mit Blick auf eine andere Verpflichtung Müllers unsicher. ACSP, NL Müller C 24/5, Einladung zur Sitzung des geschäftsführenden Landesvorstands der CSU am 30. 5. 1947.

Besprechung der Tagesordnung durch Herrn Dr. *Müller*, und zwar:
1. Begegnung mit Schumacher wegen nationaler Repräsentation
2. Junge Union Würzburg
3. Bayerische Verhältnisse

Zur Aussprache Schumacher[2]:
Dr. *Müller*: Vor der Aussprache mit Schumacher fand eine Besprechung mit Dr. Adenauer wegen der Dissonanzen in der Auffassung der Gesamtunion wegen der nationalen Repräsentation statt[3]. Auch aus sonstigen Gründen war eine Aussprache mit Adenauer notwendig, um bestehende Differenzpunkte zu überbrücken. Ob das gelingen wird, ist noch nicht sicher. Persönliche Verstimmungen sind in sehr weitgehendem Maße vorhanden. Dr. Müller und Dr. Adenauer haben sich abgestimmt wegen der gesamten außen- und innenpolitischen Haltung. Dr. Müller und Dr. Adenauer sind bezüglich der Außenpolitik weitgehendst der gleichen Auffassung über die einzuhaltende Linie.

Anschließend an Hannover fuhr Dr. Müller nach Berlin[4].

Zur Besprechung mit Schumacher wegen der nationalen Repräsentation erklärt Dr. *Müller*:
Kaiser hatte sich mit Holzapfel[5] wegen dieser Konferenz in Verbindung gesetzt. Dieser verständigte sich mit Adenauer, der in seiner Vertretung Frau Sevenich[6] schickte, was in Hannover wie rotes Tuch wirkte. Frau Sevenich hatte gleich bei Schumacher angerufen und mitgeteilt, daß sie selbstverständlich kommen würde, das aber dann nicht der Fall war, weil Dr. Müller sie davon abhielt.

Schumacher wies einleitend auf das ganze momentane Durcheinander hin.

[2] Am 28. 5. 1947 trafen Vertreter von CDU, CSU und SPD in Hannover zu Gesprächen über die Bildung einer nationalen Repräsentation zusammen, an denen Kurt Schumacher, Erich Ollenhauer und Fritz Heine für die SPD sowie Jakob Kaiser, Ernst Lemmer, Josef Müller und Friedrich Holzapfel für die Union teilnahmen. Die Verhandlungen führten jedoch zu keiner Einigung zwischen den Parteien. Das Protokoll dieser Besprechung findet sich in: BayHStA, NL Pfeiffer 42. Vgl. auch Conze, Jakob Kaiser – Politiker zwischen Ost und West, S. 133–149.

[3] Die Besprechung zwischen Adenauer und Müller fand am 26. 5. 1947 in Bonn statt. ACSP, NL Müller J 1, Reisen des Herrn Dr. Müller im Jahr 1947. Während Josef Müller die Schaffung einer nationalen Repräsentation begrüßte, stand Adenauer diesem Projekt ablehnend gegenüber. Vgl. Conze, Jakob Kaiser – Politiker zwischen Ost und West, S. 141 f.

[4] Müller reiste noch am Abend des 28. 5. 1947 von Hannover nach Berlin weiter. ACSP, NL Müller J 1, Reisen des Herrn Dr. Müller im Jahr 1947.

[5] Dr. Friedrich Holzapfel (1900–1969), ev., 1922 Promotion zum Dr. rer. pol., vor 1933 DNVP-Mitglied, 1926–1938 Hauptgeschäftsführer der Handwerkskammer Bielefeld, aus politischen Gründen entlassen, 1945 Mitbegründer der CDU, 1945/46 Oberbürgermeister von Herford, 1946 MdL (CDU) in Nordrhein-Westfalen, 1946–1952 stellvertretender Vorsitzender des CDU-Landesverbands Westfalen, 1946–1950 stellvertretender Vorsitzender der CDU der britischen Zone, 1950–1952 stellvertretender Bundesvorsitzender der CDU, 1947–1949 MdWR (CDU) und Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion, 1949–1953 MdB (CDU) und 1949/50 stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU Bundestagsfraktion, 1952–1958 Gesandter bzw. Botschafter in der Schweiz.

[6] Maria Meyer-Sevenich (1907–1970), kath., Schriftstellerin, vor 1933 KPD-Mitglied, Mitbegründerin der CDU in Darmstadt und Hessen, 1946/47 MdL (CDU) in Hessen, 1947–1970 MdL in Niedersachsen (1947–1949 CDU, danach SPD), 1965–1967 Ministerin für Angelegenheiten des Bundesrats bzw. für Flüchtlinge und Vertriebene.

Kaiser entwickelt den bisherigen Verlauf der Besprechungen und berichtet über die Fühlungnahme mit der SED[7]. Er habe den SED-Leuten gesagt, „was die Welt von Ihnen halte". Er berichtet über seine Besprechung mit Heine[8], als Schumacher einen Besuch der Herren Kaiser und Lemmer mit Rücksicht auf seine Krankheit nicht annahm und an seiner Stelle Heine mit ihnen verhandelte[9]. Heine habe erklärt, in der Ostzone werde „Demokratie nur markiert". Er habe der Union nahegelegt, „die Segel zu streichen" und habe es deshalb als das beste bezeichnet, wenn die Union ihre Organisation auflösen würde, um nicht länger als „Feigenblatt" für eine Demokratie, die nicht existiere, mißbraucht zu werden. Kaiser erklärt, er habe nicht nur mit eigenen Freunden aus der Zone, sondern auch mit Amerikanern und Engländern gesprochen, die für eine solche Haltung, wie sie Heine zum Ausdruck gebracht hat, kein Verständnis gehabt hätten.

Kaiser weist auf die große nationale Bedeutung der politischen Arbeit in der Ostzone hin, wo es um die Selbstbehauptung des Deutschtums gehe. Dort sei schließlich deutsches Volk, das nicht wie irgendein slawischer Stamm behandelt werden könne.

Schumacher dankt Kaiser für die Schilderung des historischen Ablaufs, bemerkt aber, daß er diesen Bericht erweitern müsse. Es sei ganz interessant festzustellen, wie originär die Aussprache zwischen SPD und Union entstanden sei. Er erkenne an, daß es sich um ein originäres Gespräch handele, aber zeitlich sei es doch eine Tatsache in einer Kette von Gliedern. Im weiteren Verlauf erklärte er, daß man keine Abzahlung in nationaler Vollwertigkeit annehmen könnte. Er müsse Heine interpretieren. Heine habe nicht mit seiner Bemerkung über die Selbstauflösung der Union die Konsequenz ziehen wollen, die Union zu einer freiwilligen Aufgabe ihrer Existenz zu drängen und zur Überführung in das undemokratische Einparteien-System. Aber er, Schumacher, müßte doch feststellen, daß die Union Nutznießer des Verbots der SPD sei und nicht nur die SED. Die beiden anderen Parteien seien Nutznießer, die Union und LDP. Der Union konzediere er, daß die dieses Danaer-Geschenk nicht haben wolle. Er verweist dann zur Begründung seines Standpunktes auf eine Notiz der „Neuen Zeitung", wonach die CDU und CSU die größte Partei Deutschlands sei mit 9,1 Millionen, das sind[10] 32,4 Prozent der Wählerstimmen, zur SPD mit 6,6 Millionen, das sind 23,4 Prozent der Wählerstimmen[11]. Das sei falsch. Wenn man die westlichen Zonen

[7] Am 25. 3. 1947 hatten Jakob Kaiser und Ernst Lemmer mit Wilhelm Pieck und Otto Grotewohl über die Bildung einer nationalen Repräsentation verhandelt. Die SED-Führung hatte dabei ihr Interesse an diesem Projekt signalisiert. Vgl. Conze, Jakob Kaiser – Politiker zwischen Ost und West, S. 142.

[8] Fritz Heine (1904–2002), Journalist und Politiker, 1922 Eintritt in die SPD, 1925 Volontär beim Parteivorstand, 1929 technischer Leiter der Werbeabteilung der SPD, 1933 Emigration nach Prag, Sekretär für Verlags- und Propagandafragen des Exil-Parteivorstands, 1933–1936 Koordinator des sozialdemokratischen Widerstands im Reich, 1938 Emigration nach Paris und Marseille, 1941 nach London, 1946–1958 Mitglied des geschäftsführenden Parteivorstands der SPD und Leiter des Presse- und Propagandaressorts, 1958–1974 Direktor der „Konzentration GmbH".

[9] Die Unterredung zwischen Fritz Heine, Jakob Kaiser und Ernst Lemmer fand am 14. 5. 1947 in Hannover statt. Vgl. Conze, Jakob Kaiser – Politiker zwischen Ost und West, S. 144.

[10] In der Vorlage: „ist"; in der folgenden Zeile wurde dieses Wort ebenfalls durch „sind" ersetzt.

[11] Der Artikel bezog sich auf das Ergebnis der Wahlen in der französischen Besatzungszone, in denen die CDU mit 32,4 Prozent zur stärksten Partei avancierte; vgl. Neue Zeitung vom 26. 5. 1947: „CDU stärkste Partei Deutschlands".

und Berlin zusammenfasse, sei die SPD die stärkste Partei. Hierfür stellte er ziffernmäßige Behauptungen auf. Dieses Bild zeige, daß die Union „psychologischer Nutznießer" dieser Position sei. Im gesamtdeutschen Bild würde sich eine völlige Verschiebung ergeben. (Zwischenruf Lemmers: Vollkommen richtig.)

Schumacher führt weiter aus: Die nationale Einheit sei nur auf der Grundlage der ökonomischen Einheit möglich. Diese ökonomische Einheit sei von Rußland abhängig gemacht von der Zahlung der Reparationen, und Rußland habe weiterhin die Zustimmung des Oberbefehlshabers in jeder einzelnen Zone zu einheitlichen deutschen Maßnahmen verlangt[12]. Er erklärt, für uns ist das keine parteipolitische Angelegenheit.

Zur Münchner Konferenz[13] übergehend erklärt Schumacher: Der Vorstoß aus Bayern ist ländertaktisch verständlich. „Ich kann nachfühlen, daß man aus einer selbstverschuldeten Isoliertheit heraus will." Die landmäßige Konzeption ist ein sozial-ökonomisches Problem. Sie ist die Besitzverteidigung unter allen Umständen. Für die Existenznotwendigkeit der Länder könne man nicht anerkennen, daß die Länder mit gleichmäßigen Zuständigkeiten bedacht würden. Dieses Bedenken der Länder mit souveränen Zuständigkeiten sei durch den letzten Winter widerlegt. Die Partikularpraxis sei mit dem Leben von Tausenden bezahlt worden. Der Reichswille ist nicht Isolierung wie der Länderwille. Der Reichswille kann für einen deutschen Staat nur originär entstehen durch originäre Wahlen. Auch die Zuständigkeitsvermutung ist nach den Erfahrungen dieses Winters widerlegt. Das ist zwar für das einzelne Land bequem, aber nicht zu vereinbaren mit den Lebensnotwendigkeiten der deutschen Länder.
Er erklärt, er möchte nur wissen, wer auf die sinnvolle Idee verfallen sei, die Konferenz der Ministerpräsidenten mit einer Konferenz der Parteien zu verbinden.

Kaiser erklärt, ihm sei von SED-Seite gesagt worden, es bleibe eine große Sorge im Hinblick auf die Ministerpräsidenten-Konferenz, weil die vier Ministerpräsidenten alte SPD-Leute seien[14]; Paul[15] sei wohl die schwankendste Figur. Pieck[16]

[12] Mit diesem Argument begründete die SPD auch öffentlich ihre Ablehnung der Bildung einer nationalen Repräsentation. Vgl. Der Sozialdemokrat vom 29. 5. 1947, und Conze, Jakob Kaiser – Politiker zwischen Ost und West, S. 144 f.

[13] Gemeint ist die Konferenz der Ministerpräsidenten aller vier Besatzungszonen, die vom 6.–8. 6. 1947 in München stattfand. Zu den Vorbereitungen vgl. Akten zur Vorgeschichte der Bundesrepublik, Bd. 2, insbesondere S. 476–510; das Protokoll der Münchner Ministerpräsidentenkonferenz findet sich ebenda, S. 511–587. Vgl. dazu auch Steininger, Geschichte der Münchner Ministerpräsidenten-Konferenz.

[14] Im Juni 1947 existierten in der SBZ fünf Länder; drei der seinerzeit amtierenden Ministerpräsidenten – nämlich Rudolf Friedrichs (Sachsen), Wilhelm Höcker (Mecklenburg) und Karl Steinhoff (Brandenburg) – hatten zuvor der SPD angehört. Dr. Erhard Hübener (Sachsen-Anhalt) und Dr. Rudolf Paul (Thüringen) waren vor 1933 Mitglieder der DDP gewesen. Friedrichs, Höcker, Paul und Steinhoff waren nach der Vereinigung von SPD und KPD Mitglieder der SED geworden, Hübener war Mitglied der LDP.

[15] Dr. Rudolf Paul (1893–1978), Jurist, 1922 Eintritt in die DDP und 1925–1933 deren Vorsitzender in Thüringen, 1933–1945 Landwirt, 1945 Oberbürgermeister von Gera, 1945/46 Präsident der Landesverwaltung von Thüringen, 1946 Eintritt in die SED, 1946/47 Ministerpräsident von Thüringen, Übersiedlung nach West-Berlin, später Rechtsanwalt und Notar in Frankfurt am Main.

[16] Wilhelm Pieck (1876–1960), Tischler, 1895 Eintritt in die SPD, 1918 Mitglied des Spartakusbundes und Mitbegründer der KPD, Mitglied des ZK des KDP, 1921–1928 und 1932/33 MdL (KPD) in Preußen, 1928–1933 MdR (KPD), 1929–1933 Mitglied des Preußischen Staatsrats, 1926–1946 Mit-

habe versucht, den Gedanken beizubringen, Herrn Ehard nahezulegen, die Präsidenten der Landtage und die Vorsitzenden der Parteien mit einzuladen.

Schumacher: Man muß bei der Ministerpräsidenten-Konferenz feststellen, die Aktiv-Legitimation der Einladenden wie der Teilnehmer hält einer strengen Prüfung nicht stand. Um der brennenden Tagessorgen und Tagesnöten willen, will ich von einer Prüfung der Aktiv-Legitimation absehen.

Wenn wir in München einen Schritt nach vorwärts kommen, haben wir gegen die Teilnahme sozialdemokratischer Ministerpräsidenten nichts einzuwenden. Eine andere Seite ist: Man kann nicht die Ventilierung einer kommenden Reichsverfassung mitmachen. Bei dieser Tagung wird unsere Auffassung in den Grundlinien der SPD[17] niedergelegt. Diese Punkte dürften Ihnen bekannt sein. Da dies verneint wurde, stellte er die Übergabe der Grundlinien in Aussicht und erklärte: Wir werden diese Grundlinien zum Gegenstand der Reichsverfassung machen. Er bemerkte dann noch, die SPD wird in München sehr unterschiedlich als sozialdemokratische Partei handeln.

Dr. Müller erwidert darauf: „Herr Schumacher, um Klarheit zu gewinnen, würden Sie bereit sein, bei irgendwelchen Mindestforderungen sich zu beteiligen. Ich könnte mir vorstellen, daß Sie Ihren grundsätzlichen Standpunkt einhalten, daß Sie aber angesichts der Notlage an den Besprechungen teilnehmen würden; der Platz wird Ihnen freigehalten. Wir könnten auf jeden Fall auf diese Weise vor die Besatzungsmächte hintreten. Vergessen Sie nicht, daß, wenn die Parteien versagen, der Ruf nach der Diktatur kommen wird und wir wissen nicht, was dann sein wird."

Darauf fragt Schumacher, welche Punkte in einem solchen Fall für notwendig erachtet werden zur Begegnung der Notlage, worauf Dr. Müller erklärt, das gehöre eigentlich in eine spätere Diskussion. Dr. Müller stellt sich vor: Erhöhung der Kalorien auf 2000[18], größerer Ex- und Import (in dieser Hinsicht bis heute ja noch keine Verrechnung). Dr. Müller hat mit einem Unterstaatssekretär vom amerikanischen Finanzministerium[19] gesprochen. Es muß davon ausgegangen werden, daß wir im Export auf ganz andere Möglichkeiten kommen. Der Bauer wird nicht nur durch formale Bestimmungen zur Ablieferung gebracht werden können. Ein Versuch in der Hinsicht muß unternommen werden. Schwarzer Markt und noch zwei oder drei andere Punkte, auf die der Unterstaatssekretär ausgewichen ist.

Kaiser erklärt, Schumacher soll nicht vergessen, daß die Situation im Osten zum Teil auch durch die Haltung der eigenen Leute ausgelöst ist. Es kommt heute

glied des Politbüros des ZK der KPD, 1933–1945 Emigration in Paris und Moskau, 1935–1946 Vorsitzender der KPD, 1946–1954 Vorsitzender der SED, 1946–1960 Mitglied des Zentralsekretariats bzw. des Politbüros der SED, 1949–1960 Präsident der DDR.

[17] Wahrscheinlich sind damit die von Kurt Schumacher im August 1945 ausgearbeiteten „Politische[n] Richtlinien für die SPD im Verhältnis zu den anderen politischen Faktoren" gemeint; abgedruckt in: Programmatische Dokumente der deutschen Sozialdemokratie, S. 249–281.

[18] Die Kalorienzahl pro Kopf der Bevölkerung war amtlich festgelegt worden. 1946 betrug sie in der US-Zone 1330 Kalorien, in der SBZ 1083 Kalorien, in der britischen Zone 1050 Kalorien und in der französischen 900 Kalorien. Vgl. Kleßmann, Doppelte Staatsgründung, S. 47 f.

[19] Nicht ermittelt.

noch darauf an, wie sich diese Leute verhalten. Es kommt nicht darauf an, wer die stärkste Partei ist, sondern auf die Not des Volkes.

Dr. Müller stellt fest, daß unsererseits keinerlei Ansprüche auf die Führung gestellt wurden.

Schumacher wollte den klaren Führungsanspruch festgestellt wissen.
Kaiser erklärte, daß diese Verhandlungen an andere Verhandlungen erinnern, daß schon einmal jemand sich nicht beteiligte an Verhandlungen, weil er die ganze Macht haben wollte.

Gesamteindruck: Es steht uns gegenüber ein Mann, der tatsächlich wie Hitler den totalen Führungsanspruch erhebt. Seine Haltung gründet sich darauf, daß er der Führer der stärksten Partei ist und daß die jetzigen Wahlen noch nicht das richtige Ergebnis darstellen. Es ist fraglich, ob er die 90 Prozent bekommt, die er sich in der Ostzone vorstellt.

Gesamtüberblick bei der SPD: Kaiser usw. der Auffassung, daß ein Teil der Leute nicht einverstanden ist mit Schumacher. Leber[20], Reuter[21] machen den Eindruck, daß sie nicht angenehm berührt waren über die Unterhaltung, aber sie werden sich ihm gegenüber nicht durchsetzen. Schumacher tritt in Konkurrenz zum nationalistischen Kommunismus.

Frage: Soll die Idee als solche weiter verfolgt werden?

Zwei Möglichkeiten: Einladen und ihm einen Platz freihalten, das könnte aber dazu führen, daß die Union auf diese Weise die SED fördert. 2. Möglichkeit: Die Union stellt für sich ein Notstandsprogramm auf.

Schumacher-Sozialisierung.

Dr. Müller [hat] bei Besprechungen in Berlin keine Zweifel gelassen, Sozialisierung abgelehnt aus mehrfachen Gründen.

Keiner der SED-Leute weiß bis heute, wer der Träger dieser Idee sein soll. Nach Auffassung Dr. Müllers nur Verlagerung privatkapitalistischen Monopols. Wir können die Wirtschaft nicht anlaufen lassen ohne amerikanische Kredite. Es kommt vielmehr darauf an, Substanz zu schaffen. Bei uns muß versucht werden, alle auftauchenden Probleme unter dem Gesichtspunkt des Lastenausgleichs zu sehen. Bezüglich Schumacher besteht die Meinung, daß er sich als Exponent der Labour-Party hier fühlt. Auch die Russen haben die gleiche Auffassung und sehen ihrerseits in Schumacher den Hauptgegner.

[20] Annedore Leber (1904–1968), Schneiderin und Verlegerin, Ehefrau des Reichstagsabgeordneten Julius Leber (SPD), seit 1927 SPD-Mitglied, nach dem Attentat vom 20. 7. 1944 in „Sippenhaft", seit Oktober 1945 Leiterin des Frauensekretariats und Mitglied des Zentralausschusses der SPD in der SBZ, vor der Zwangsfusion von SPD und KPD zur SED Rücktritt von allen Ämtern, 1946–1949 Lizenzträgerin der Berliner Tageszeitung Telegraf, dann Gründung eines eigenen Verlages, 1946–1950 Mitglied der Berliner Stadtverordnetenversammlung und 1963–1967 Mitglied des Abgeordnetenhauses (SPD).

[21] Ernst Reuter (1889–1953), seit 1912 SPD-Mitglied, 1915/16 Teilnahme am Ersten Weltkrieg, russische Kriegsgefangenschaft, als Kommissar der autonomen wolgadeutschen Republik an der „Oktoberrevolution" beteiligt, nach 1918 KPD-Funktionär, 1922 Parteiausschluß und Wiedereintritt in die SPD, 1931 Oberbürgermeister von Magdeburg, 1932/33 MdR (SPD), 1933 Verhaftung und KL-Haft, 1935 Emigration nach London, 1948–1953 Regierender Bürgermeister von Berlin und Mitglied des Parteivorstands der SPD.

Würzburg[22] – drei Themen besprochen:
1. Das Scheitern der nationalen Repräsentation.
2. Stellungnahme zur Ministerpräsidentenkonferenz.
3. Stellungnahme zur Entwicklung des Zweizonen-Wirtschaftsrates.

Zu 1: Man war sich darüber klar, daß Schumacher rein aus parteitaktischen Gründen gehandelt hat.

Zu 2: Man war sich ebenfalls darüber klar, daß die Ministerpräsidentenkonferenz ein kühner Schritt ist und unserer Unterstützung sicher sein muß, da durch diese Konferenz die Parteien ihrer eigentlichen Aufgabe nicht enthoben sind.

Zu 3: Vertrauliche Mitteilung von Dr. *Müller*: Von den Landtagen keine Doppelmandatschaft[23]. (Entscheidende Frage: Bricht Recht, das vom Zweizonen-Wirtschaftsrat gesprochen wird, Landesrecht?)

Dr. *Müller* berichtet, daß er von Zentrumsleuten zu einer Aussprache eingeladen war[24]. Er hat mit Adenauer darüber gesprochen. Im Gegensatz zu hier mit den Leuten der BVP ist dort die Schwierigkeit mit dem Zentrum[25]. Zentrum an sich nicht einheitlich. Bei der Besprechung gewann Dr. Müller den Eindruck, daß nicht sehr viel zu machen ist.

Große Schwierigkeit, Flüchtlingsfrage: Schleswig-Holstein auf sieben Ureinwohner sechs Flüchtlinge[26]. Steltzer[27] zieht sich aus der Politik zurück, steht im Gegensatz zu seinem Landesvorsitzenden[28]. Hinweis in diesem Zusammenhang auf Hundhammer „Das christliche Bayern".

[22] Am 2. 6. 1947 traf sich der Vorstand der Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU in Würzburg; im Anschluß daran fand am 2./3. 6. 1947 ebenfalls in Würzburg die 3. Tagung der Arbeitsgemeinschaft statt. Die Protokolle finden sich in: Unionsparteien, S. 110ff. und S. 113–121. Vgl. auch Union-Dienst Nr. 6 vom Juni 1947: „Arbeitstagung der Union in Würzburg".

[23] Die Proklamation Nr. 5 der amerikanischen Militärregierung (in: BGVBl. 1947, S. 127ff.), die am 10. 6. 1947 in Kraft trat und den Aufbau und die Aufgaben des bizonalen Wirtschaftsrats regelte, bestimmte im „Abkommen über die Neugestaltung der zweizonalen Wirtschaftsstellen" unter anderem, daß Landtagsabgeordnete „im Fall der Wahl zum Wirtschaftsrat ihr Landtagsmandat niederlegen" mußten. Mit der Interpretation dieser Proklamation befaßte sich ausführlich die am 15./16. 6. 1947 in Wiesbaden tagende Ministerpräsidentenkonferenz. Vgl. Akten zur Vorgeschichte der Bundesrepublik, Bd. 3, S. 131–150, hier insbesondere S. 132–142.

[24] Eine Besprechung zwischen Müller und Vertretern des Zentrums ist im Reisekalender des Ochsensepp für 1947 (ACSP, NL Müller J 1) nicht vermerkt.

[25] Vgl. dazu Schmidt, Zentrum oder CDU, und dies., Zentrumspartei oder Union – Zur Archäologie eines Parteienkonflikts nach 1945, in: Frese/Prinz (Hrsg.), Politische Zäsuren und gesellschaftlicher Wandel, S. 649–665.

[26] Zwar ist diese Angabe deutlich übertrieben, jedoch war der Anteil der Flüchtlinge und Vertriebenen an der Gesamtbevölkerung in Schleswig-Holstein weit größer als in allen anderen Ländern der drei westlichen Besatzungszonen. Das spiegelte auch die Volkszählung vom 1. 10. 1951 wider, die erstmals verläßliche Vergleichsdaten lieferte. Danach betrug der Anteil der Flüchtlinge und Vertriebenen bundesweit 16,8 Prozent, in Schleswig-Holstein 31,4 Prozent und in Bayern 20,9 Prozent. Vgl. Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland 1952, S. 30.

[27] Theodor Steltzer (1885–1967), ev., 1914–1918 Teilnahme am Ersten Weltkrieg, 1920–1933 Landrat von Rendsburg, 1933 kurzzeitig in Haft, 1939–1944 Teilnahme am Zweiten Weltkrieg, im Zusammenhang mit dem Attentat vom 20. 7. 1944 verhaftet und zum Tode verurteilt, bis 1945 in Haft, Mitbegründer der CDU, 1945–1947 Oberpräsident bzw. Ministerpräsident von Schleswig-Holstein, 1946/47 MdL (CDU).

[28] Carl Schröter (1887–1952), ev., Studienrat, 1925–1928 MdL (DVP) in Preußen, Mitbegründer der CDU in Schleswig-Holstein und 1946–1951 deren Landesvorsitzender, 1947–1950 MdL (CDU) und Vorsitzender der CDU-Fraktion, 1948/49 MdPR (CDU), 1949–1952 MdB (CDU).

Besonderes Ärgernis wegen der Nuntiatur[29]. Dr. Müller in Würzburg und Berlin von der Presse daraufhin angesprochen.

Schlußergebnis Würzburg: Aufgrund der Tatsache, daß englische Zone nicht vorhanden war, läßt man es nicht auf solche Beschlüsse ankommen, gegen die Adenauer hätte Stellung nehmen müssen. Es wurden vielmehr alle Beschlüsse darauf abgestellt, daß Adenauer noch zustimmen kann.

Haußleiter erklärt, die bayerischen Vertreter waren darauf bedacht, daß die Tendenzen des abwesenden Adenauer vertreten wurden. Dabei wurden wesentliche Dinge zurückgestellt.

Dr. *Müller* erklärt, daß Würzburg in voller Harmonie ausgegangen ist.

Zur Finanzfrage: H[außleiter] machte Kaiser den Vorschlag, die nächste Tagung der Arbeitsgemeinschaft in der französischen Zone abzuhalten[30]. Kaiser ging auf diesen Vorschlag ein.

Dr. *Müller* erklärt, daß die Schwierigkeiten in der französischen Zone zweifellos die größten sind[31].

Sedlmayr berichtet über die Absichten der Ministerpräsidenten bezüglich der Wirtschaftsfragen und über seine Wahrnehmungen während seines Aufenthaltes in Leipzig und Dresden[32].

Dr. *Müller* erklärt, daß er nicht sehr optimistisch sei für die Besprechungen der Ministerpräsidenten-Konferenz. Die Konferenz wird wahrscheinlich schon deshalb, weil sie öffentlich ist, ohne großen Erfolg sein.

Dr. *Müller* bittet, die Bemühungen in der Hinsicht, in der sie aufgenommen wurden, zu unterstützen und fortzusetzen.

Dr. *Müller* berichtet noch über seine Bemühungen wegen einer Parteipresse in Berlin[33]. Es war eine Zeitlang die Möglichkeit für zwei Zeitungen, die heute nicht mehr ganz wahrscheinlich ist. Genehmigungen liegen im Augenblick zwar vor,

[29] Gerüchte über die Errichtung einer bayerischen Nuntiatur kursierten bereits im Sommer 1946 (vgl. Michael von Faulhaber an Pius XII. vom 2. 8. 1946, in: Akten Kardinal Michael von Faulhabers, Bd. III, S. 192f.). Insbesondere Alois Hundhammer machte sich für die Schaffung einer Nuntiatur in München und einer bayerischen Gesandtschaft beim Vatikan stark. Die amerikanische Militärregierung und der Vatikan lehnten dies jedoch ab, „solange die Frage der Souveränität Deutschlands in seiner Gesamtheit nicht geklärt sei". BayHStA, StK 12114, Aktenvermerk Friedrich Glums vom 19. 6. 1947. Für den Hinweis auf dieses Dokument danken wir Rudolf Morsey.

[30] Ursprünglich war geplant gewesen, die nächste Vorstandssitzung der Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU unmittelbar nach der Münchner Ministerpräsidentenkonferenz abzuhalten. Da die Konferenz jedoch aufgrund des Auszugs der Ministerpräsidenten aus der SBZ scheiterte, fand die nächste Sitzung erst am 24./25. 7. 1947, und zwar in Frankfurt am Main statt. Vgl. Unionsparteien, S. 122–127.

[31] Müller bezog sich dabei wahrscheinlich auf die 1. Sitzung des Vorstands der Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU, die vom 13.–15. 3. 1947 in Berlin stattgefunden hatte. Eingangs der Sitzung wurden Berichte zur Lage der Union in den einzelnen Zonen erstattet, wobei Ulrich Steiner über die Situation in der französischen Zone berichtete. Vgl. ebenda, S. 58–94, hier insbesondere S. 66f.

[32] Nicht ermittelt.

[33] Der Ochsensepp hatte auf der Sitzung der Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU vom 13.–15. 3. 1947 in Berlin die Notwendigkeit betont, eine eigene Parteizeitung in der amerikanischen Besatzungszone ins Leben zu rufen. Vgl. Unionsparteien, S. 74. Auf der 3. Tagung der Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU am 2./3. 6. 1947 in Würzburg war auf Antrag von Hermann Katzenberger, dem Verlagsleiter der Neuen Zeit, beschlossen worden, eine parteioffiziöse Korrespondenz namens Union-Dienst ins Leben zu rufen. Vgl. ebenda, S. 119f.

dürfen aber nicht aktiviert werden, erst wenn die Papierknappheit behoben ist. Man hofft sicher auf Ende Juni.

Grasmann zur Finanzfrage: Erklärt, daß die Situation sehr schwierig ist, da man vor allem auf Mitgliederbeiträge angewiesen ist[34]. Grasmann hielt ein längeres Referat.

Liedig referiert über die Methode von Sammlung von Spenden.

Neuer Termin für geschäftsführenden Landesvorstand wurde vorgeschlagen auf 12. Juni 1947.

Dr. *Müller* erklärt abschließend, die Junge Union mache einen sehr guten Gesamteindruck, die Organisation sei mit am besten gediehen. Allerdings zu viel Akademiker, es wäre gut, mehr Arbeiterschaft und Landarbeiter zu haben. Die Kundgebungen wären durchwegs sehr gut gewesen.

Nr. 6a

Außerordentliche Sitzung des Landesvorstands der Christlich-Sozialen Union am 19. Juni 1947 in München

Tagesordnung[1]:
1. Vertreter der CSU im Frankfurter Wirtschaftsrat
2. Tagungen von Landesversammlung und Landesausschuß

Tagungsort: München, Paul-Heyse-Straße 2–4, Landesgeschäftsstelle

Anwesend[2]: Ankermüller, Arnold, Birkl, Donsberger, Ehard, Eichhorn, Gamperl, Geiger, Grasmann, Hahn, Haußleiter, Heubl, Horlacher, Hundhammer, Krehle, A. Lang, Martin, Meyer-Spreckels, J. Müller, A. Pfeiffer, Pflaum, Probst, Rindt, Rinke, Sattler, Sauer, Schmid, Schütz, Sedlmayr, Semler, Steber, Strathmann, Strauß, A. Sühler

Beginn: 19 Uhr 30

ACSP, NL Müller D 41

Der am 19. Juni 1947 in München zusammengetretene Landesvorstand der Union schlägt der Fraktion der Union vor, von den sechs zu wählenden Kandidaten zum

[34] In der Tat war die Bedeutung der Mitgliederbeiträge in der Frühphase der CSU relativ groß. Im Rechnungsjahr 1946 betrugen die Mitgliederbeiträge der Bezirks- und Kreisverbände 171000 RM. Angesichts eines Gesamtertrags von 463863,72 RM machten die Mitgliederbeiträge seinerzeit knapp 37 Prozent der Einnahmen der Partei aus. ACSP, NL Müller C 15, Deutsche Waren-Treuhand AG: Bericht über die Prüfung des Jahres-Abschlusses der CSU, Landesgeschäftsstelle München, zum 31. 12. 1946.

[1] Eine Tagesordnung liegt nicht vor; die beiden Punkte wurden anhand der hier abgedruckten Dokumente zu dieser Sitzung rekonstruiert. Die Einladung zu dieser Sitzung erging kurzfristig, wobei betont wurde, daß das „Erscheinen unbedingt erforderlich" sei. ACSP, LGF-LV 19. 6. 1947, Telegramm an alle auswärtigen Mitglieder des Landesvorstands.

[2] ACSP, LGF-LV 19. 6. 1947, Anwesenheitsliste zur Sitzung des Landesvorstands am 19. 6. 1947.

Wirtschaftsrat drei Vertreter nach ständischen Gesichtspunkten zu wählen[3]. (Mit 24 gegen drei Stimmen bei zwei Enthaltungen angenommen.)

Der am 19. Juni 1947 in München zusammengetretene Landesvorstand der Union lehnt die Entsendung eines Mitgliedes des Kabinetts in den Wirtschaftsrat ab. (Mit 17 gegen 12 bei zwei Enthaltungen angenommen.)

Der am 19. Juni 1947 in München zusammengetretene Landesvorstand der Union schlägt der Fraktion der Union vor, Herrn Dr. Semler an erster Stelle als Kandidaten für den Wirtschaftsrat aufzustellen mit Rücksicht auf die Interessen der Union. (Ohne Widerspruch angenommen.)

Es wurden vorgeschlagen:

Als Vertreter der Arbeiter: Karpf[4], falls Fernbach[5] nicht durchgeht, Schütz als Flüchtling und Arbeiter.

Als Vertreter des Handwerks: Flörl[6].

Weiterhin: Dr. Semler, Weinkamm, Fernbach, Dr. Seeling[7], (Oesterle), Kärcher[8], (Mayr-Fürth), Dr. Barbarino[9].

[3] Alois Hundhammer ließ Josef Müller am 12. 6. 1947 mitteilen, daß die CSU ihre Vertreter bis zum 23. 6. benennen müsse, da der Landtag die bayerischen Mitglieder des Wirtschaftsrats der Bizone einen Tag später bestimmen würde. „Man müsse sich wohl nächste Woche innerhalb der Partei darüber unterhalten" (ACSP, NL Müller D 41, Aktennotiz über einen Anruf Alois Hundhammers am 12. 6. 1947). Daraufhin wurde der Landesvorstand einberufen.

[4] Hugo Karpf (1895–1994), kath., Schneider und Gewerkschafter, 1915–1918 Teilnahme am Ersten Weltkrieg, 1922–1933 Sekretär des Verbands Christlicher Arbeitnehmer des Bekleidungsgewerbes, 1919 Mitbegründer der Christlich-Sozialen Partei (Bayerisches Zentrum), nach dem Regensburger Abkommen von 1927 Mitglied der BVP, 1932/33 MdR (BVP), nach 1933 entlassen, 1939–1945 zur Wehrmachtsverwaltung eingezogen, 1945 Mitbegründer der Gewerkschaften in Aschaffenburg, 1946 Mitglied des Vorstands der IG Textil und Bekleidung, 1957–1966 deren stellvertretender Vorsitzender, 1954–1960 Bundesarbeitsrichter in Kassel, 1945 Mitbegründer der CSU in Aschaffenburg und deren Vorsitzender, Stadtrat (CSU) in Aschaffenburg und Vorsitzender der CSU-Fraktion, 1946 MdVLV (CSU), 1947–1949 MdWR (CSU), 1949–1957 MdB (CSU), 1952–1957 als Schriftführer Mitglied des Präsidiums.

[5] Nicht ermittelt.

[6] Fritz Flörl (1883–1953), kath., Malermeister, Obermeister der Malerinnung München, 1947–1949 MdWR (CSU), 1949 erfolglose Kandidatur (CSU) für den Bundestag.

[7] Dr. Otto Seeling (1891–1955), ev., kaufmännischer Angestellter, Abitur auf dem zweiten Bildungsweg, Studium der Rechtswissenschaft und Nationalökonomie, 1919 Promotion zum Dr. rer. pol., anschließend Syndikus bei verschiedenen Wirtschaftsverbänden und Direktor einer Treuhandgesellschaft, 1922 in den Vorstand der Tafel-, Salin- und Spiegelglasfabriken AG berufen, 1932 Vereinigung der deutschen Tafelglasbetriebe zur DETAG unter seiner Führung, 1933 vom Reichswirtschaftsministerium mit der Führung der Fachgruppe Flachglasindustrie betraut und zum stellvertretenden Leiter der Wirtschaftsgruppe Glasindustrie ernannt, 1941 aller Ämter enthoben, 1945 zusammen mit anderen Wirtschaftsführern interniert, 1947/48 MdWR (CSU), 1949–1955 Präsident des LBI, Mitglied im Präsidium des BDI.

[8] Nicht ermittelt.

[9] Dr. Otto Barberino (1904–1999), 1924–1929 Studium der Staatswissenschaften und Promotion zum Dr. oec. publ., 1929–1940 im wissenschaftlichen Dienst des Statistischen Reichsamts, Teilnahme am Zweiten Weltkrieg und Kriegsgefangenschaft, seit 1946 Beamter im bayerischen Finanzministerium, 1958–1970 als Ministerialdirektor dessen Amtschef, 1971–1976 Bundesratsvertreter in der Länderarbeitsgruppe der Enquete-Kommission Verfassungsreform.

Nr. 6b

Auszug aus dem Protokoll der außerordentlichen Sitzung des Landesvorstands der Christlich-Sozialen Union am 19. Juni 1947[10] in München

ACSP, NL Müller C 24/6

Dr. *Müller*: Als Zeitpunkt für die Landesversammlung möchte ich die Schulferien vorschlagen, eine Unterbringung ist wohl nur in Eichstätt möglich. Ich schlage also Eichstätt vor. Kein Widerspruch[11].

Der Termin wird durch den [geschäftsführenden] Landesvorstand bestimmt. Kein Widerspruch. Eine Sitzung des Landesausschusses ist in nächster Zeit in Aussicht genommen; soll aber nicht zu früh stattfinden, bevor sich nicht die Verhandlungen mit der SPD irgendwie geklärt haben[12]. Als Ort käme vielleicht Würzburg in Frage, dann haben mir noch die Ingolstädter vorgeschlagen, die Sitzung dort abzuhalten, sonst bliebe noch München. Ich bitte, diese Auswahl dem [geschäftsführenden] Landesvorstand zu überlassen. Kein Widerspruch[13].

Nr. 7

Außerordentliche Sitzung des geschäftsführenden Landesvorstands der Christlich-Sozialen Union am 4. Juli 1947 in München

Besprechungspunkte[1]:
1. Vertreter der CSU im Wirtschaftsrat des Vereinigten Wirtschaftsgebiets
2. Fälle Haußleiter und Strathmann
3. Koalitionsverhandlungen zwischen CSU und SPD

Tagungsort: München, Gedonstraße 4, Kanzlei Dr. Josef Müller

Anwesend[2]: Grasmann, Horlacher, Liedig, Meyer-Spreckels, J. Müller, Sedlmayr

ACSP, NL Müller C 24/7

[10] Das Dokument ist auf den 18. 6. 1947 datiert; an diesem Tag läßt sich jedoch keine Sitzung nachweisen, wohl aber einen Tag später. Vermutlich liegt hier ein Irrtum vor.

[11] Die außerordentliche Landesversammlung der CSU fand am 30./31. 8. 1947 in Eichstätt statt. Das Protokoll ist abgedruckt in: Protokolle und Materialien, Bd. 2, S. 1061–1227.

[12] Gemeint sind Verhandlungen zwischen CSU und SPD über die Fortsetzung des seit Dezember 1946 bestehenden Regierungsbündnisses, dem auch die WAV angehörte und das an der Basis der beiden großen Parteien wenig populär war. Die Gespräche, die im Juli und August 1947 geführt wurden, führten jedoch zu keinem Ergebnis. Am 20. 9. 1947 trat die SPD aus der Koalition aus, und Hans Ehard bildete ein neues Kabinett, das ausschließlich von der CSU getragen wurde. Vgl. Gelberg, Einleitung zu: Kabinett Ehard I, S. LXXXII–XCII; Gelberg, Hans Ehard, S. 48 f., Fait, Anfänge der CSU, S. 188–203, sowie Mehringer, Waldemar von Knoeringen, S. 304–325.

[13] Die Sitzung des Landesausschusses fand erst am 3./4. 1. 1948 in Erlangen statt; das Protokoll findet sich in: Protokolle und Materialien, Bd. 2, S. 1229–1378.

[1] Rekonstruiert anhand des Protokolltextes.

[2] Laut Anwesenheitsliste im Protokoll. Die Anwesenheitsliste wurde anhand des Protokolltextes ergänzt.

Außerordentliche Sitzung ohne Tagesordnung.

Dr. *Müller* eröffnet die Sitzung mit der Erklärung, daß er dieses Gremium einberufen habe, um zu besprechen, welche Vertreter der Union an den Bizonalen Wirtschaftsrat nach Frankfurt entsandt werden sollen[3]. Coburg habe gegen die Aufstellung Fromm[4] Beschwerde eingelegt, dieser sei nicht Mitglied der CSU[5]. (Anklageschrift gegen Fromm wird vorgelegt[6].) Außerdem habe die Presse diese Sache bereits breitgetreten. *Horlacher* erklärt, die Wahl Fromms sei gegen seinen Wunsch vorgenommen worden. *Grasmann*, dies sei die Folge eines überstürzten Vorschlagsverfahrens. Dr. *Müller*, die Bauern hätten zuerst Böhm[7] vorgeschlagen, dann offiziell für die Bauern allein Fromm. So sei dieser gewählt worden. Gegen die Auffassung *Horlachers*, wie dieser sofort erklärt[8].

Dr. *Müller* stellt die Frage an Dr. Horlacher, wie die Sache nunmehr angepackt werden soll, ob er über die Bauern den Rücktritt Fromms veranlassen werde. *Horlacher* erklärt, vom Bauernverband werde nichts unternommen, es sei Sache der Fraktion, diese Sache wieder in Ordnung zu bringen. *Grasmann* wirft ein, daß in der Vorstandssitzung doch Niklas[9] vorgeschlagen worden sei. Ein richtiger Bauer könne doch das Amt Frankfurt nicht übernehmen. Dr. *Müller* teilt mit, Schwaben habe sofort Protest eingelegt, von dort werde Weinkamm vorgeschlagen. Dieser sei gleichzeitig auch Wirtschaftsjurist.

[3] Bayern stellte im Wirtschaftsrat der Bizone insgesamt zwölf Vertreter, von denen sechs auf die CSU entfielen, die mehr oder weniger einvernehmlich von Landesvorstand und Landtagsfraktion nominiert worden waren. Auf Vorschlag der CSU entsandte der Landtag bereits am 20. 6. 1947 Fritz Flörl, Kurt Fromm, Hugo Karpf, Alfons Loibl, Otto Seeling und Johannes Semler nach Frankfurt. Vgl. dazu Nr. 6a, Schlemmer, Aufbruch, S. 199, und Neue Zeitung vom 23. 6. 1947: „Die Wahlen zum Wirtschaftsrat".

[4] Kurt Wilhelm Fromm (1888–1953), ev., Landwirt und Ökonomierat, 1920–1924 MdL (Bayerische Mittelpartei), 1924–1930 MdR (DNVP), 1933 vorübergehend verhaftet, 1939–1944 Teilnahme am Zweiten Weltkrieg, 1947–1949 MdWR (CSU).

[5] ACSP, NL Müller C 209, CSU-Kreisverband Coburg an die Landesleitung der CSU vom 27. 6. 1947 und Willi Rosenwirth an Josef Müller vom 27. 6. 1947. Willi Rosenwirth, der 1. Vorsitzende des Kreisverbands Coburg, kritisierte, daß die Nominierung Fromms ohne Rücksprache mit dem Kreisverband erfolgt sei, ja daß der Kreisverband davon erst aus einem Bericht der in Coburg erscheinenden Neuen Presse erfahren habe. Zudem stehe Fromm, der nicht Mitglied der CSU sei, der Union „gänzlich ferne".

[6] ACSP, NL Müller C 209, Anklageschrift (Amtsgericht Coburg) gegen Kurt Fromm und andere vom 20. 11. 1946; Fromm wurden Verstöße gegen die Lebensmittelbewirtschaftung zur Last gelegt.

[7] Nicht ermittelt.

[8] Franz Liedig berichtete dagegen, Fromm sei von Michael Horlacher in dessen Funktion als Sprecher des BBV am 19. 6. 1947 im Landesvorstand und einen Tag später in der CSU-Fraktion für den Frankfurter Wirtschaftsrat vorgeschlagen worden. ACSP, NL Müller C 209, Franz Liedig an Josef Müller vom 1. 7. 1947; ein Protokoll der Fraktionssitzung am 20. 6. 1947 war im ACSP nicht aufzufinden.

[9] Dr. ing. Wilhelm Niklas (1887–1957), kath., Diplom-Landwirt, tierärztliche Approbation, 1915 Referent im bayerischen Innenministerium, seit 1916 verschiedene Funktionen im Bereich der Lebensmittelbewirtschaftung, 1919 Regierungsrat im Reichswirtschaftsministerium, 1920 Ministerialrat im Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft, 1925–1935 Abteilungsleiter im bayerischen Landwirtschaftsministerium, 1935 Versetzung in den Ruhestand und Bewirtschaftung seines Hofes bei Fischbachau, 1945 stellvertretender Leiter des bayerischen Landesamts für Ernährung und Landwirtschaft, seit Oktober 1945 Staatsrat im bayerischen Landwirtschaftsministerium, 1947–1955 ordentlicher Professor für Tierzucht an der Universität München, Mitbegründer der CSU und des BBV, 1949–1953 Mitglied des Landesvorstands der CSU, 1948/49 stellvertretender Direktor der Verwaltung für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten des Vereinigten Wirtschaftsgebiets, 1949–1953 Bundeslandwirtschaftsminister, 1951–1953 MdB (CSU).

Dr. *Müller* verliest das Schreiben Coburgs wegen Fromm[10].

Sedlmayr fragt nach dem Urteil gegen Fromm, Dr. *Müller* erklärt, bisher sei noch kein Verhandlungstermin gewesen.

Frage Dr. *Müller*: Soll im Auftrag des Landesvorstandes vom Landesgeschäftsführer an Herrn Fromm herangetreten werden?

Grasmann: Die Fraktion hat ihn dort doch vorgeschlagen, dann sollen die ihn auch wieder zurückpfeifen.

Horlacher wirft ein, daß dies in der Fraktion besprochen werden müsse.

Dr. *Müller* geht daraufhin zum nächsten Thema über:

Welche Belastungsprobe bedeutet der Fall Haußleiter für die Union[11]? „Sie kennen den Vorgang. Leider waren Ehard und ich an diesem Tag in Frankfurt beim Bizonalen Wirtschaftsrat[12]. Dieser Fall kann zu einem Unglück für die Union werden. In Franken bedeutet dieser Hinauswurf nach beiden Seiten eine sehr große Bewegung. Haußleiter steht zwar im Vordergrund, aber auch Strathmann ist sehr beliebt dort. Von Nürnberg war ein sehr namhafter katholischer Geistlicher[13] da, der eine Erklärung für die Union dort erwartet. Die katholischen Geistlichen Nürnbergs stehen einmütig auf der Seite Haußleiters. Für den Fall, daß es zur endgültigen Auseinandersetzung kommt, wird eine endgültig katholische Partei keinen Erfolg in Nürnberg haben. Im anderen Fall wird ein Wahlverlust nicht eintreten.

Was können wir andererseits tun zu einer Klärung, um wenigstens zunächst eine Klärung herbeizuführen. Was können wir tun, um nicht eine Atmosphäre zu schaffen, in welcher der Haß entscheidet. Nach meinem Empfinden ist der Land-

[10] Vgl. Anm. 5 zu diesem Dokument.

[11] Am 25. 6. 1947 hatte der bayerische Landtag auf Antrag des Wahlprüfungsausschusses beschlossen, die Wahl der CSU-Abgeordneten August Haußleiter und Hermann Strathmann, die beide vom Befreiungsgesetz nicht betroffen waren, für ungültig und ihre Mandate bis zur endgültigen Entscheidung des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs für ruhend zu erklären. Beide, so hieß es, seien nicht frei von nationalsozialistischem und militaristischem Gedankengut. Dieser Vorwurf wurde mit einer Reihe von Publikationen begründet, die Haußleiter und Strathmann vor 1945 verfaßt hatten. Brisant war die Entscheidung des Landtags deshalb, weil auch eine Reihe von CSU-Abgeordneten gegen ihre Fraktionskollegen gestimmt hatten (bei vier Enthaltungen votierten im Fall Haußleiter 83 Abgeordnete für den Antrag des Wahlprüfungsausschusses und nur 69 dagegen, im Fall Strathmann bei fünf Enthaltungen sogar 97 dafür und nur 49 dagegen), die zu den bekanntesten evangelischen Exponenten in Franken und zu den wichtigsten Gefolgsleuten Josef Müllers zählten. Daher lag zum einen der Verdacht nahe, daß die Vorwürfe gegen Haußleiter und Strathmann von den innerparteilichen Gegnern des Ochsensepp instrumentalisiert worden waren, zum anderen mußte die Entscheidung geradezu als Mißtrauensvotum gegen die fränkisch-protestantischen Teile der CSU erscheinen. Der Bayerische Verfassungsgerichtshof hob die Entscheidung des Landtags am 24. 9. 1947 auf, erklärte aber, daß Haußleiters Mandat bis zur rechtskräftigen Entscheidung einer Spruchkammer zu ruhen habe und daß Strathmann sein Mandat ungeachtet der Entscheidung des Landtags durch seine Entlassung als Professor an der Universität Erlangen durch die amerikanische Militärregierung bereits im April 1947 verloren habe, da damit dokumentiert worden sei, daß er nicht alle Ansprüche erfülle, die an einen Repräsentanten der neuen Demokratie gestellt werden müßten. Haußleiter kehrte 1948, Strathmann 1949 in den Landtag zurück. Vgl. Schlemmer, Aufbruch, S. 200ff.; Stenographischer Bericht über die 21. Sitzung des bayerischen Landtags am 25. 6. 1947, S. 601–649; ACSP, NL Müller B 41, BayHStA, NL Schwalber 5 und NL Ehard 1268.

[12] Müller war am Nachmittag des 23. 6. 1947 nach Frankfurt gereist und erst in der Nacht des 26. 6. 1947 wieder nach München zurückgekehrt. ACSP, NL Müller J 1, Reisen des Herrn Dr. Müller im Jahr 1947.

[13] Nicht ermittelt.

tag weit über seine Befugnisse hinausgegangen. Der Verfassungsgerichtshof wird wohl die materielle Seite der Entscheidung des Landtages nachprüfen müssen. Dabei wird zum mindesten von vorneherein festgestellt werden, daß der Landtag nicht befugt ist, das Ruhen des Mandates anzuordnen. Aber darüber hinaus ist die Frage die, ist der Landtag fähig, eine Entnazifizierungskammer darzustellen. Die gleiche Meinung wird von den maßgeblichen Teilen der Militärregierung vertreten[14]. Bei einem solchen Verfahren besteht die Gefahr, daß die Majorität jeweils die Minorität hinausstimmt. Das ist keine gerechte Behandlung eines solchen Falles, gleich, um wen es sich handelt. Es muß versucht werden, von uns aus die Initiative zu ergreifen. Ich bin mir mit Ehard völlig einig[15], auch im Hinblick auf weitere sich ergebende Möglichkeiten. Hundhammer, der bei jener Besprechung war, hat allerdings erklärt, der Landtag würde die gleiche Entscheidung treffen. Ehard hat Hundhammer um Aufklärung gebeten. Hundhammer hat darauf hingewiesen, daß Haußleiter bei der Pressekonferenz auf ein Protokoll des Landtages aus dem Jahre 1932 verwiesen habe[16].

Dr. *Müller* erklärt, wie der Text dieser Rede Hundhammers[17] nach seinem Wissen gelautet haben soll. Es sei nicht gerade eine Rede, die geeignet wäre, heute besonders herausgestellt zu werden.

Haußleiter fährt weiter[18], es handle sich nicht um eine Denunziation, denn das sei ja ein Landtagsbericht.

Frau Dr. *Meyer-Spreckels*: Das Gespräch Ehard – Haußleiter wurde unterbrochen durch Hundhammer. Haußleiter wurde durch die Angriffe von Hundhammer veranlaßt, vor Presseleuten diese Rede, die er bei sich trug, vorzulesen.

Dr. *Müller*: Hundhammer hat natürlich darüber nicht gesprochen, nach dem, was er im vergangenen Jahre sich geleistet hat.

Dr. *Liedig* gibt Bericht über das, was Haußleiter vor der Presse geäußert hat.

Dr. *Horlacher* erklärt, die Fraktion sei nicht in der Lage, Politik zu machen, auch die Leitung sei aber nicht in der Lage, gewissen Sachen Rechnung zu tragen. *Horlacher* erklärt weiter, er habe deutlich genug gesprochen in der Fraktion[19]. Er

[14] ACSP, NL Müller B 41, Richtlinien von OMGBY, gez. Albert C. Schweizer, für die Arbeit des Wahlprüfungsausschusses des bayerischen Landtags vom 1. 2. 1947.

[15] Zur Haltung Ehards vgl. den Artikel „Dr. Ehard vor der Presse" in der Neuen Zeitung vom 4. 7. 1947.

[16] Haußleiter bekräftigte seine Position in einem weit verbreiteten Brief, den er am 28. 6. 1947 an Josef Schwalber, den Berichterstatter des Wahlprüfungsausschusses, gerichtet hatte (BayHStA, NL Schwalber 5) und in dem es hieß, Hundhammer habe „einen neuen Selbstzerfleischungsprozess eingeleitet" und müsse „doch selbst damit rechnen, dass ihm eines Tages Reden vorgehalten werden, wie die, die er am 16. Dezember 1932 im Bayerischen Landtag gehalten hat". Zu den öffentlichen Auftritten Haußleiters nach seinem Ausschluß aus dem Landtag vgl. auch mehrere Dokumente im ACSP, NL Müller B 41.

[17] Hundhammer hatte während einer Landtagsdebatte über Unterstützungsleistungen für Fürsorgeempfänger (Stenographischer Bericht über die 14. Sitzung des bayerischen Landtags am 16. 12. 1932, S. 497ff., hier S. 498), auf einen Zwischenruf aus den Reihen der Nationalsozialisten geantwortet, warum solle „man nicht freundlich sein, wenn wir vielleicht einmal eine Koalitionsverhandlung miteinander führen"? Auf eine Ermahnung des Landtagspräsidenten, dies gehöre nicht zum Thema, hatte er erklärt: „Psychologische Freundschaft kann sich anbahnen."

[18] Hier gab Müller offensichtlich den Standpunkt Haußleiters wieder, der an dieser Sitzung nicht teilnahm.

[19] In den Sitzungsprotokollen der CSU-Landtagsfraktion im ACSP nicht zu ermitteln.

habe das Buch Haußleiters[20] gelesen und nichts besonders daran gefunden, obgleich er selbst ein solches Buch nicht geschrieben hätte. Sein Standpunkt sei der gewesen, daß der Fall Haußleiter nicht Veranlassung geben könne, Haußleiter aus der Fraktion auszuschließen. Er habe erwartet, daß sich Hundhammer diesem Standpunkt anschließe. Er sei bei dem Ergebnis Haußleiter selbst überrascht gewesen, er habe das nicht erwartet, aber der Fall ließe sich nach seiner Meinung reparieren. Er habe Ehard gebeten, den Verfassungsgerichtshof so rasch als möglich zu bilden. Die FDP habe nach politischen Gesichtspunkten entschieden. Im übrigen habe der Landtag drauf bestanden, daß der Landtag sich selbst reinigen müsse.

[...][21]

Horlacher: Die Angelegenheit muß beim Verfassungsgerichtshof repariert werden. Der Verfassungsgerichtshof muß entscheiden. Früher hat der Landtag souverän entschieden, wer in den Landtag einzieht. Strittig ist, ob der Abgeordnete sein Mandat behalten darf, bis der Verfassungsgerichtshof entschieden hat, oder ob das Mandat ruht. Der betreffende Abgeordnete ist immer noch formal Mitglied des Landtages. Der Landtag hat sich mit großer Mehrheit auf den Standpunkt gestellt, daß das Mandat ruhen soll.

Dr. *Müller*: Der Landtag ist keine Entnazifizierungsspruchkammer. Die Militärregierung wird selbst entscheiden.

Liedig verliest ein Schreiben der Militärregierung an den Wahlprüfungsausschuß vom 1. Februar 1947[22].

Horlacher: Die Herren wollen das bereinigen. Das geht nicht so, dann setze ich meinen Hut auf und gehe. Die Sache kann nur bereinigt werden, wenn die gesamte Vorstandschaft der CSU eine wohl begründete Darstellung an den Verfassungsgerichtshof gibt, daß sie die Entscheidung des Wahlprüfungsausschusses für eine Fehlentscheidung hält und daß die Partei sich mit all ihren Organen hinter Haußleiter stellen werde. Das Buch des Herrn Haußleiter ist so, daß es im wesentlichen ertragen werden kann. *Ich* hätte das Buch nicht geschrieben. Ich habe den Inhalt des Buches gelesen. Ich bin der schärfste Gegner jedes deutsch-nationalen Einflusses innerhalb unserer Partei. Auf diese Seite hin habe ich diesen Fall überprüft. Ich habe alle Bedenken übergangen und die Fraktion gebeten, sich für Haußleiter zu entscheiden. Der Verfassungsgerichtshof soll gebeten werden, möglichst bald zu entscheiden, und zwar darüber, ob das Mandat bis zur Entscheidung weitergehen oder ruhen soll, ferner ob der Wahlprüfungsausschuß des Landtages das Recht hat, eine solche Entscheidung zu treffen oder nicht.

Frau *Meyer-Spreckels*: Die Bestürzung in Franken war sehr groß[23]. Im Mittelpunkt der dortigen Erörterungen steht noch mehr als der Verlust der zwei Abge-

[20] Vgl. August Haußleiter, An der mittleren Ostfront. Ein deutsches Korps im Kampf gegen die Sowjets, hrsg. vom stellvertretenden Generalkommando des XIII. Armeekorps, Nürnberg 1942.

[21] Der zweite Teil des Protokolls liegt in zwei weitgehend identischen Textfassungen vor, von denen hier auf die zurückgegriffen wurde, die der wörtlichen Rede näherkommt. Vor dem folgenden Redebeitrag Michael Horlachers wurde im Protokoll handschriftlich vermerkt: „von Strauß übergeben, hat Protokoll geführt von hier an".

[22] Vgl. Anm. 14 zu diesem Dokument.

[23] Die Entscheidung des Landtags vom 25. 6. 1947, Haußleiter und Strathmann auszuschließen, hatte in Franken einen Sturm der Entrüstung ausgelöst; ACSP, NL Müller B 41, CSU-Kreisverband

ordneten der Rechtsstandpunkt. Nun sind zwei Kreise ohne Vertretung im Landtag[24]. Wir hängen sehr an den beiden evangelischen Abgeordneten. Es herrscht immer noch gute Disziplin bei den Versammlungen, die wir halten. Unser Standpunkt ist, daß ein Verfassungsbruch vorliegt, da ein Rechtsbruch sich ereignet hat. Wir stehen zur Union, aber wir verlangen eine baldige Säuberung der Union. Bis dahin haben wir das andere zurückgestellt.

Horlacher: Der Beschluß des Landesvorstandes kann nur zu Gunsten des Herrn Haußleiter, aber nicht zu Gunsten des Herrn Strathmann ergehen. Die Volksvertretung hat das Recht, solche Entscheidungen zu treffen.

Dr. *Müller*: Ich erbitte Ihre Zustimmung, Haußleiter zum politischen Generalsekretär der Union zu bestellen.

Staatssekretär *Sedlmayr*: Ist das notwendig und zweckmäßig, Haußleiter zum politischen Generalsekretär zu bestellen? Man kann es ja auch auf andere Weise machen, indem man z. B. eine Stellungnahme zum Fall Haußleiter abgibt.

Frau *Meyer-Spreckels*: Stellungnahmen sind Worte. Die Bestellung Haußleiters zum politischen Generalsekretär ist eine Tat. Worte haben wir genug gehört.

Horlacher: Ich schlage [einen] einstimmigen Beschluß der Vorstandschaft vor, in dem der Beschluß des Landtages als eine Fehlentscheidung erklärt und Haußleiter nach wie vor als Träger eines Mandates anerkannt wird.

Dr. *Müller*: Ich schlage vor, daß Haußleiter vorbehaltlich der Zustimmung der Landesversammlung sofort zum politischen Generalsekretär bestellt wird.

Sedlmayr: Ich schlage folgendes vor: Der Landesvorstand beschließt, der Landesvorstandschaft die Bestellung Haußleiters zum politischen Generalsekretär der Union vorzuschlagen.

Horlacher: Ich schlage einen Beschluß des Landesvorstandes vor, daß der Abgeordnete Haußleiter mit politischen Sonderaufgaben beauftragt wird, besonders in fränkischen Gebieten, ferner ein Beschluß der Landesvorstandschaft, daß die Entscheidung des Landtages über Haußleiter für eine Fehlentscheidung erklärt wird.

Ich schlage auch folgende Fassung vor: Der Landesvorstand hat beschlossen, in den Fällen Haußleiter und Strathmann angesichts der großen politischen Bedeutung so rasch wie möglich eine Entscheidung durch den Verfassungsgerichtshof herbeizuführen.

Dr. *Müller* erstattet Bericht über die Koalitionsverhandlungen mit der SPD[25], über den Sturz von Loritz[26], über die Tagung des Wirtschaftsrates[27] und über die weitere Parteiarbeit.

Erlangen an Josef Müller vom 30. 6. 1947, CSU-Bezirksverband Mittelfranken an Josef Müller vom 30. 6. 1947 und Elisabeth Meyer-Spreckels an Josef Müller vom 30. 6. 1947.

[24] Haußleiter vertrat die Stimmkreise Bayreuth-Stadt und Pegnitz, Strathmann die Stimmkreise Erlangen-Stadt und -Land sowie Ansbach-Stadt; vgl. Kock, Landtag, S. 427 und S. 489.

[25] Vgl. dazu Nr. 6b mit Anm. 12.

[26] Alfred Loritz (1902–1979), Rechtsanwalt, seit 1928 Mitglied der Reichspartei des deutschen Mittelstandes (Wirtschaftspartei), 1932 ausgeschlossen, nach 1933 Kontakte zu mehreren Widerstandsgruppen, 1939 Ausschluß aus der Anwaltskammer und Flucht in die Schweiz, 1946 Mitbegründer und Vorsitzender der WAV, 1946 MdVLV (WAV), 1946–1950 MdL (WAV), 1949–1953 MdB (bis 1951 WAV, anschließend fraktionslos), 1946/47 Staatsminister für Sonderaufgaben, 1959 Flucht nach Österreich. Als Leiter des Ministeriums, in dessen Kompetenzbereich die sensible

Dr. *Müller* schlägt vor, zwei Vertreter der Partei, drei Vertreter der Fraktion zu den Koalitionsverhandlungen beizuziehen.

[Erklärung für die Presse:]
Der Landesvorstand der Christlich-Sozialen Union in Bayern hat in einer außerordentlichen Sitzung am 4. Juli 1947 den Abgeordneten Haußleiter als den Verfasser des 30 Punkte-Programms der Union[28] und Mitglied des Landesvorstandes beauftragt, den Standpunkt der Christlich-Sozialen Union gegenüber den Landshuter Forderungen der SPD[29] darzustellen als Grundlage für die Stellungnahme, die bei den weiteren Verhandlungen mit der SPD und beteiligten Vertretern des Landesvorstandes eingenommen werden wird.[30]

Nr. 8

Sitzung des geschäftsführenden Landesvorstands der Christlich-Sozialen Union am 11. August 1947 in München

Tagesordnung[1]:
1. Pädagogischer Kongreß der CSU vom 13.–17. August 1947 in Rothenburg ob der Tauber
2. Fall Scharnagl
3. Interview Joseph Baumgartners am 26. Juli 1947
4. Tagesordnung für die außerordentliche Landesversammlung am 30./31. August 1947 in Eichstätt

Tagungsort: München, Gedonstraße 4, Kanzlei Dr. Josef Müller

Anwesend[2]: Haußleiter, J. Müller, Muhler, Strauß

Frage der Entnazifizierung fiel, war Loritz von Anfang an umstritten. Den Schlußpunkt unter eine Kette von Skandalen setzte die sogenannte „Kontrolldienst-Affäre": Loritz hatte einen privaten Wachdienst in den Internierungslagern ins Leben gerufen, der Merkmale einer politischen Polizei trug und dessen Personal in erster Linie aus WAV-Mitgliedern bestand. Damit verlor Loritz die Rückendeckung durch die amerikanische Militärregierung; gleichzeitig wurde seine Position durch eine Palastrevolution innerhalb der WAV geschwächt. Am 24. 6. 1947 wurde Loritz von Ministerpräsident Ehard entlassen. Vgl. Woller, Loritz-Partei, S. 50–62, und Niethammer, Mitläuferfabrik, S. 462–470.

27 Das Protokoll der 1. Vollversammlung des Zweizonen-Wirtschaftsrats am 25. 6. 1947 in Frankfurt am Main findet sich in: Wörtliche Berichte und Drucksachen des Wirtschaftsrates des Vereinigten Wirtschaftsgebietes, S. 1*–16*.

28 Die „30 Punkte der Union" vom 31. 10. 1946 sind abgedruckt in: Protokolle und Materialien, Bd. 3, S. 1734–1741.

29 Zur Landeskonferenz der SPD am 10./11. 5. 1947 in Landshut sowie den dort beschlossenen Forderungen hinsichtlich der Fortsetzungen der Regierungskoalition vgl. Mehringer, Waldemar von Knoeringen, S. 317–325, und Gelberg, Einleitung zu: Kabinett Ehard I, S. LXXXIIf. Die Forderungen der SPD finden sich in: BayHStA, NL Ehard 1343, Waldemar von Knoeringen an Hans Ehard vom 14. 5. 1947.

30 Die von Haußleiter ausgearbeiteten „Koalitionsbedingungen der CSU" finden sich im ACSP, NL Müller B 54, als Anlage zum Schreiben August Haußleiters an Josef Müller vom 7. 7. 1947.

1 Rekonstruiert anhand des Protokolltextes.

2 Laut Anwesenheitsliste im Protokoll.

Protokollführer: Franz Josef Strauß

Beginn: 17 Uhr

ACSP, LGF-LV

Die Beschlußfähigkeit wird festgestellt.

1. Der *Landesvorsitzende* erstattet Bericht über die Vorgeschichte des Pädagogischen Kongresses in Rothenburg[3]. An die Berichterstattung schließt sich eine Aussprache an. Es wird folgender Beschluß einstimmig gefaßt:

„Der Landesvorstand bittet das Mitglied des Landesvorstandes Herrn Dr. Emil Muhler als Vorsitzenden des Kulturpolitischen Ausschusses der Union, den Vorsitz der Rothenburger Tagung des Kulturpolitischen Ausschusses zu führen."

Der Kongreß soll Möglichkeit zu Aussprachen geben für alle Themen der Kulturpolitik im Rahmen des Programms der Christlich-Sozialen Union.

2. Der *Landesvorsitzende* erstattet Bericht über die Angelegenheit Karl Scharnagl und seine Mitgliedschaft im Bunde „Osiris"[4]. Es wird folgender Beschluß gefaßt:

„Der Landesvorstand beauftragt den Landesvorsitzenden, gemeinsam mit dem Mitglied des Landesvorstandes, Staatssekretär Sedlmayr, den Oberbürgermeister Scharnagl zu einer Stellungnahme zu veranlassen und ihm im Interesse der Union nahezulegen, rechtzeitig die notwendigen Konsequenzen zu ziehen."

Beschlußfassung erfolgt einstimmig.

3. Der *Landesvorsitzende*[5] berichtet über das Interview, das Staatsminister Dr. Baumgartner am 26. Juli 1947 einem Vertreter der DENA gewährt hat[6]. Der Landesvorstand beschließt:

„Das auf Antrag des Landesvorsitzenden einzuleitende Schiedsverfahren gegen Herrn Staatsminister Dr. Baumgartner wird wegen der Bedeutung der Sache und der Stellung der Beteiligten gemäß Paragraph 28 der Schiedsordnung der Union in erster Instanz vor das Landesschiedsgericht gebracht."

[3] Der pädagogische Kongreß der CSU fand vom 13. bis 17. August 1947 in Rothenburg ob der Tauber statt. Er war von Karl Köhler, dem Vorsitzenden des Kunstausschusses der CSU, und dem Pädagogen Leo Weismantel gemeinsam konzipiert worden. Angesichts des offenen Machtkampfs zwischen Müller und Hundhammer diente der Kongreß nicht zuletzt dem Ziel, insbesondere die Kulturpolitik Hundhammers anzugreifen. Vgl. dazu den Bericht „Keine ‚Pädagogische Steinzeit'" in der Neuen Zeitung vom 22. 8. 1947, und Schlemmer, Aufbruch, S. 209f.

[4] Oberbürgermeister Karl Scharnagl hatte an Veranstaltungen des Freikörperkulturbunds „Osiris" teilgenommen, bei denen in geschlossener Gesellschaft im Münchner Nordbad nackt gebadet wurde. Diese Freizeitbeschäftigung stieß nicht zuletzt bei Parteifreunden aus den Reihen der CSU auf Kritik, von denen Scharnagl sogar zum Rücktritt aufgefordert wurde. Vgl. dazu den Kommentar von Werner Friedmann („Scharnagl und die Pharisäer") in der Süddeutschen Zeitung vom 23. 8. 1947.

[5] In der Vorlage: „Landesvorstand".

[6] Baumgartner hatte seinem Ärger darüber, daß am 24. 7. 1947 nicht er, sondern Hans Schlange-Schöningen in Frankfurt zum Direktor für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten gewählt worden war, mit harten Worten Luft gemacht. Unter anderem erklärte er, diese Entscheidung sei „ein Werk des Totengräbers der CSU, Dr. Josef Müller". Neue Zeitung vom 28. 7. 1947: „Die Reaktion der Parteien"; vgl. auch Vossen, Joseph Baumgartner, S. 42–46, und Schlemmer, Aufbruch, S. 205f.

4. Als Tagesordnung für die außerordentliche Landesversammlung am 30. und 31. August 1947 in Eichstätt[7] wird beschlossen:

„1. Bericht über die Politik der Regierung durch den Ministerpräsidenten und Mitglieder der Staatsregierung.
Aussprache.
2. Bericht des Landesvorsitzenden über die Politik der Union.
Einzelreferate zu besonderen Problemen.
Aussprache."

Nr. 9

Sitzung des geschäftsführenden Landesvorstands der Christlich-Sozialen Union am 25. Februar 1948 in München

Tagesordnung[1]:
1. Organisatorisches
2. Angelegenheit Landesverband – Bezirksverband Oberbayern

Tagungsort: München, Paul-Heyse-Straße 2–4, Landesgeschäftsstelle der CSU

Anwesend[2]: Haußleiter, Meyer-Spreckels, J. Müller, Muhler, Röhrl, Schäffer, Schedl, Sedlmayr, Strauß

Beginn: 20 Uhr, Ende: 22 Uhr 09

ACSP, LGF-LV

Vor Beginn der Sitzung entsteht zwischen Dr. Schedl und Haußleiter einerseits und Staatssekretär Sedlmayr andererseits eine Debatte über die Einberufung der Landesvorstandschaft zu einer Sitzung am 28. Februar 1948 in Regensburg, acht Uhr (vor Beginn der Landesausschuß-Sitzung[3]).

Sedlmayr: Horlacher hat ganz entschieden gesagt: Jawohl, um acht Uhr früh findet die Sitzung statt. Ich habe darauf gesagt, dann muß ich am Freitag hinfahren, damit wir früh acht Uhr dort sind. Er hat darauf erwidert: Die meisten sind schon in der Frühe da, es geht tadellos, also kann die Sitzung um acht Uhr früh stattfinden. Ich habe geantwortet, ich bitte, sofort das Sekretariat zu veranlassen, daß entsprechend Quartier gemacht wird. (Widerspruch von Dr. Schedl.) Jetzt möchte ich bitten, mir zu sagen, ob ich das[4] gesagt habe oder nicht.

[7] Das Protokoll findet sich in: Protokolle und Materialien, Bd. 2, S. 1061–1227, die Tagesordnung auf S. 1061. Zur außerordentlichen Landesversammlung von 1947 in Eichstätt vgl. auch Schlemmer, Aufbruch, S. 204–214.

[1] Tagesordnungspunkt 1 wurde ergänzt anhand des Protokolltextes, Tagesordnungspunkt 2 nach dem Wortlaut der dem Protokoll vorangestellten Tagesordnung.

[2] Laut Anwesenheitsliste im Protokoll.

[3] Für den 28./29. 2. 1948 waren die Mitglieder des Landesausschusses nach Regensburg eingeladen worden. Das Protokoll in: Protokolle und Materialien, Bd. 2, S. 1533–1699.

[4] In der Vorlage: „jetzt"; dieses Wort ist allerdings durchgestrichen.

Dr. *Schedl*: Gerade das Quartiermachen ist mir völlig neu.

Sedlmayr: Dann haben Sie schlecht zugehört. Jedenfalls habe ich es gesagt, und zwar so deutlich wie jetzt auch.

Haußleiter: Zuerst haben sowohl Horlacher wie ich gesagt, es sei besser, wir sprächen uns heute. Das habe ich noch ganz genau in Erinnerung. Ich habe es so begründet, daß es sowieso ein Problem sei, vorher ein engeres Gremium einzuberufen, weil dann das erweiterte Gremium, in diesem Falle der Landesausschuß, warten muß. Ich habe in diesem Zusammenhang auf die Erfahrungen von Marktredwitz hingewiesen[5]. Darauf hat Horlacher gesagt: Gut, dann lassen wir es sein.

Sedlmayr: Wie ich weg war!

Haußleiter: Wie Du dabei warst!

Sedlmayr: Da war ich draußen. Bitte, ich weiß nichts davon, nicht die Silbe.

Haußleiter: Es war beschlossen, wir treffen uns nicht im geschäftsführenden Landesvorstand. Denn die Vorstandschaft tagen zu lassen, wenn der Landesausschuß tagt, wäre völlig zwecklos. Dann kann gleich das volle Gremium tagen.

Dr. *Schedl*: Ein Beschluß dieser Art, daß die Landesvorstandschaft Samstag um acht Uhr in Regensburg zusammentritt, ist nicht gefaßt worden.

Haußleiter: Wir hätten es sonst in dem Brief an den Herrn Staatsrat[6] zu dessen Kenntnis erwähnt und in ihn hineingeschrieben. Als wir beschlossen hatten, die Landesvorstandschaftssitzung nicht abzuhalten, haben wir es auch im Brief weggelassen. Denn der Brief ist geschrieben worden, nachdem beschlossen worden war, keine Landesvorstandschaftssitzung einzuberufen. Von mir aus gesehen ist der Fall ganz eindeutig.

Sedlmayr: Der Brief war schon fertig.

Frau *Meyer-Spreckels*: Man könnte es heute noch beschließen, wenn man es anders haben wollte und der Staatssekretär es für richtig hielte.

Haußleiter: Absolut! Wir können uns darüber unterhalten. Ich bin unter allen Umständen dagegen, weil es keinen Zweck hat, wenn das erweiterte Gremium sowieso anschließend tagt.

Sedlmayr: Ich weiß nichts anderes, als daß gesagt worden ist: In der Früh um acht Uhr. Kein Mensch war dagegen. Ich habe niemand gehört, der eine andere Meinung vertreten hat.

Haußleiter: Horlacher und ich haben jedenfalls ...

Sedlmayr: Ich habe noch gesagt, bevor ich weg bin, Herr Dr. Schedl, es wird veranlaßt, daß diese Einberufung der Landesvorstandschaft gleich erfolgt. Jawohl, haben Sie gesagt, es wird geschehen.

Dr. *Schedl*: Es ist festgelegt worden: Es wird veranlaßt, daß gestern abend Frau Dr. Meyer-Spreckels per Telegramm eingeladen wird. Davon ist ausdrücklich gesprochen worden.

Sedlmayr: Das andere ist ebenso ausdrücklich von mir gesprochen worden.

[5] Am 24. 1. 1948 hatte in Marktredwitz der Landesausschuß der CSU getagt. Diese Sitzung dauerte bis 15.33 Uhr. Direkt im Anschluß an diese Sitzung begann die Landesversammlung der CSU vom 24./25. 1. 1948. Die Protokolle finden sich in: Protokolle und Materialien, Bd. 2, S. 1379–1393 und S. 1395–1531.

[6] Gemeint ist das Schreiben an Fritz Schäffer vom 24. 2. 1948, dessen Text auch in dieser Sitzung verlesen wurde; vgl. S. 106.

Dr. *Schedl*: Nein, Herr Staatssekretär.

Sedlmayr: Niemals lasse ich mir das bieten, daß Sie das abstreiten, weil ich es ganz genau erklärt habe. Das wäre mir zu dumm.

Dr. *Schedl*: Ich stelle fest, daß Haußleiter auch Zeuge ist, daß ein Beschluß, daß die Landesvorstandschaft für Samstag acht Uhr in Regensburg einzuberufen ist, nicht gefaßt wurde. Ich bin anschließend an diese Sitzung ins Büro und habe noch bis spät in die Nacht gearbeitet. Ich habe genau gesagt, was heute als erstes zu tun ist. Ich hätte als erstes gesagt, wenn die Sitzung beschlossen worden wäre: Heute ist zunächst telegrafisch die Landesvorstandschaft zu der gestern beschlossenen Sitzung einzuladen.

Landesvorsitzender Dr. Müller übernimmt den Vorsitz. 20 Uhr 53

Vorsitzender: Ich darf unterbrechen. Wir wollen offiziell anfangen. Es fehlt Grasmann, er ist entschuldigt, weil er krank ist. Horlacher wurde nicht mehr erreicht. Er war gestern bei der Festsetzung der Sitzung anwesend. Dr. Muhler wird geholt, aber ist bisher noch nicht eingetroffen. Ich glaube, er kommt bestimmt. Über Horlacher kann ich nichts sagen.

Haußleiter: Dr. Muhler hat einen Vortrag. Er kann bis neun Uhr hier sein.

Vorsitzender: Soweit mir bekannt ist, ist der einzige Punkt die Behandlung der Angelegenheit Landesverband – Bezirksverband Oberbayern[7]. Ich wäre dankbar, wenn vielleicht irgendeiner der Herren rekapitulieren würde, was gestern besprochen wurde[8], weil ich mich nur rasch informiert habe.

Sedlmayr: Das geht am besten aus dem Schreiben hervor, das wir abgeschickt haben.

Vorsitzender: Hier ist das gestrige Schreiben an den Herrn Staatsrat. Ich darf es rasch überfliegen:

[7] Gemeint ist die sogenannte Rebellion des Bezirksverbands Oberbayern. Die Bezirksversammlung der oberbayerischen CSU hatte am 14. 2. 1948 Fritz Schäffer mit großer Mehrheit anstelle von Alois Hundhammer zum Vorsitzenden gewählt. Aufgepeitscht von einer flammenden Rede Schäffers, verabschiedete die Bezirksversammlung einen ultimativen Forderungskatalog, der drei „Mindestforderungen" enthielt: Erstens sollte die Parteisatzung geändert werden, damit „jede Sicherheit gegen ein persönliches Regiment innerhalb der Partei gegeben ist" – eine direkte Spitze gegen Parteichef Josef Müller. Die zweite geforderte Satzungsänderung zielte darauf ab, den Delegiertenschlüssel so zu modifizieren, daß „die Mitglieder und Wähler der Partei nach Zahl und Stärke zur Geltung kommen"; dies hätte den starken südbayerischen Kreis- und Bezirksverbänden auf Kosten der nordbayerischen wesentlich mehr Gewicht verliehen. Drittens forderte der Bezirksverband Oberbayern ein eigenes Mitteilungsblatt und verlangte, die Einstellung und Besoldung des Personals auf Kreis- und Bezirksebene selbst zu übernehmen. Solange die Verhandlungen über diese Forderungen zu keinem befriedigenden Ergebnis geführt hätten, erklärte sich der Bezirksverband nicht an Beschlüsse der übergeordneten Parteigremien und „insbesondere [an] Weisungen des 1. Landesvorsitzenden" gebunden. Zudem enthielt der Beschluß die kaum verhüllte Drohung, der Bezirksverband werde zur Bayernpartei übertreten, sollten seine Forderungen nicht erfüllt werden. Damit erreichten die Führungs- und Flügelkämpfe innerhalb der CSU eine neue Qualität. Müllers innerparteiliche Gegner wollten den Konflikt nun offen austragen. Hinzu kam bei Fritz Schäffer auch ein persönliches Motiv: Er sann auf Rache für seinen Sturz als bayerischer Ministerpräsident, für den er seine innerparteilichen Widersacher um den Ochsensepp verantwortlich machte. Vgl. Henzler, Fritz Schäffer, S. 236–254; Mintzel, Anatomie, S. 225–234, Schlemmer, Aufbruch, S. 219–229, sowie Fait, Einleitung zu: Protokolle und Materialien, Bd. 1, S. LXVI–LXXXIV.

[8] Ein Protokoll dieser Sitzung vom 24. 2. 1948 ist nicht überliefert.

„München, den 24. Februar 1948. Wir bestätigen den Empfang Ihres Schreibens vom 18. Februar 1948[9] und ebenso den Empfang des Protokolls über die Sitzung der Bezirksversammlung Oberbayern vom 14. Februar 1948[10].
Über die uns übermittelten Anträge des Bezirksverbands Oberbayern kann weder der Herr Landesvorsitzende noch der geschäftsführende Landesvorstand noch die Landesvorstandschaft Entscheidungen zur Sache treffen. Die Anträge des Bezirksverbandes Oberbayern erstreben eine Änderung der Beschlüsse des höchsten Parteiorgans, der Landesversammlung von Marktredwitz. Diese Beschlüsse können durch kein anderes Parteigremium abgeändert werden. In Marktredwitz erhielt der Landesausschuß den Auftrag und die Vollmacht, die Reform der Satzungen nach bestimmten Richtlinien im einzelnen auszuarbeiten[11].

Manche der Anregungen und Anträge des Bezirksverbandes Oberbayern decken sich mit den in Marktredwitz beschlossenen Richtlinien zur Satzungsänderung.

Sowohl der geschäftsführende Landesvorstand wie die Landesvorstandschaft könnten also nur über das weitere formale Vorgehen der Behandlung der Anträge des Bezirksverbandes Oberbayern Beschluß fassen. Nach Paragraph 53 ist die Beratung solcher dringenden Angelegenheiten Sache des geschäftsführenden Landesvorstandes, insbesondere dann, wenn es sich nur um Fragen der weiteren Prozedur handelt. Da also die Vorbereitung der Beschlußfassung in Landesausschuß und Landesversammlung Sache des geschäftsführenden Landesvorstandes ist und da eine Einberufung der Landesvorstandschaft angesichts der bereits erfolgten Einberufung des Landesausschusses als des nächsthöheren Organes als überholt erscheint, dürfen wir Ihnen nochmals eine Aussprache mit dem geschäftsführenden Landesvorstand vorschlagen, und zwar für Mittwoch, den 25. Februar 1948, abends acht Uhr, in der Landesgeschäftsstelle Paul-Heyse-Straße 2–4. Ein heute nicht anwesendes auswärtiges Mitglied des geschäftsführenden Vorstandes wird telegrafisch eingeladen. Eine kurzfristige Einladung der Landesvorstandschaft wäre unseren Parteifreunden deshalb schlecht zumutbar gewesen, weil diese nicht gleichzeitig in einer Woche an einer Landesvorstandschaftssitzung in München und an einer Landesausschuß-Sitzung in Regensburg teilzunehmen in der Lage sind.

Wir glauben, in der Aussprache zwischen Ihnen und dem Landesvorstand eine Möglichkeit zu finden, in demokratischer Weise Anregungen, Anträge und Wünsche des Bezirksverbandes Oberbayern vor den zuständigen Gremien der Partei vorzutragen und zu vertreten."

Dann darf ich wohl das Schreiben des Herrn Staatsrats Schäffer[12] bekanntgeben, soweit es nicht bekannt ist. (Die Teilnehmer der Sitzung erklären, daß sie das Schreiben kennen.) Dann brauche ich es nur für mich rasch zu lesen. (Dr. Muhler trifft ein, 21 Uhr.) Du (an Dr. Muhler gewendet) kennst das Schreiben von Herrn Staatsrat Schäffer. (Dr. *Muhler* bejaht.)

[9] BAK, NL Schäffer 23, Bl. 179f., Fritz Schäffer an die Landesvorstandschaft der CSU vom 18. 2. 1948.

[10] BAK, NL Schäffer 22, Bl. 1–48, Protokoll der Bezirksversammlung der CSU Oberbayern am 14. 2. 1948 in München.

[11] In Marktredwitz hatten die Delegierten der Landesversammlung am 24. 1. 1948 einen Kompromiß in zwei besonders strittigen Satzungsfragen gefunden: Erstens sollten dem Landesvorsitzenden zwei durch den Landesausschuß zu wählende Stellvertreter zur Seite gestellt werden, zweitens wurde der Delegiertenschlüssel leicht zugunsten der mitgliederstarken Verbände verändert. Vgl. Protokolle und Materialien, Bd. 2, S. 1423 f. und S. 1450. Parteichef Müller konnte damit gut leben, da diese Änderungen seine Machtbasis nicht wesentlich beeinträchtigten, während seine innerparteilichen Gegner ihre Ziele deutlich verfehlt hatten. Vgl. Schlemmer, Aufbruch, S. 224.

[12] Vgl. Anm. 9 zu diesem Dokument.

Haußleiter: Der Herr Geistliche Rat weiß auch, daß wir den Beschluß auf Einberufung der Landesvorstandschaft aufgehoben haben. (Dr. *Muhler* stimmt zu.)

Sedlmayr: Das muß in dem Augenblick gewesen sein, wo ich draußen die Sachen korrigiert habe. Mir ist davon nichts bekannt. Das ist vorher verabredet worden, weil ich es dem Dr. Schedl noch ausdrücklich gesagt habe. (Widerspruch und Unruhe)

Vorsitzender: Ich bitte um Ruhe. Darf ich weiterfahren? Ich halte es wohl für das Zweckmäßigste, wenn Herr Staatsrat Schäffer vielleicht zunächst einmal seinen Standpunkt entwickelt und wenn man dann in eine Diskussion eintritt. Ich glaube, das ist wohl der beste Modus.

Schäffer: Ich würde vorschlagen, daß wir uns heute über den Modus procedendi unterhalten. Ich habe zuerst vorgeschlagen gehabt, daß ich mit dem Herrn Landesvorsitzenden eine Aussprache habe[13]. Dazu ist es nicht gekommen. Ich habe gleichzeitig damals die Herren Bezirksvorsitzenden eingeladen[14]. Das ist, wenigstens zum überwiegenden Teil, daran gescheitert, daß unter diesen schon eine Vorbesprechung stattgefunden hat, in der beschlossen worden ist, in keine Besprechung mit mir einzutreten.

Ich habe dann seinerzeit auf das erste Schreiben des geschäftsführenden Landesvorstandes[15] hin den Vorschlag gemacht, die Sache der Landesvorstandschaft zu übertragen[16]. Nachdem ich nun dieses Schreiben erhalten habe und ich mich zu jeder vernünftigen Besprechung zur Verfügung stelle, bin ich heute hier und möchte jetzt den Vorschlag machen, daß man irgendein Gremium bestimmt. Nach meinem Dafürhalten wird nur die Landesvorstandschaft in Frage kommen. Sie ist an sich zu groß. Infolgedessen reicht es auch aus, wenn die Landesvorstandschaft die Sache vertreten läßt. Ich würde vorschlagen, daß man der Landesvorstandschaft vorschlägt, aus sich heraus eine kleinere Kommission möglichst rasch zu wählen. Mit ihr bin ich dann zu jeder Tages- und Nachtzeit bereit, mich zu unterhalten.

Vorsitzender: Die Herren haben gestern wahrscheinlich über diese Modalitäten schon diskutiert, und ich hielte es für zweckmäßig, wenn einer der Herren den Standpunkt entwickeln würde. Ich möchte meinen persönlichen Standpunkt jetzt etwas zurückhalten.

Haußleiter: Ich möchte meinen Standpunkt sagen, den ich auch gestern zum Ausdruck gebracht habe, Herr Staatsrat. Die Lage ist so: Die Bezirksversammlung Oberbayern hat Beschlüsse gefaßt, durch die sie sich de facto außerhalb des Landesverbandes der Christlich-Sozialen Union gestellt hat. Wenn wir sagten, wir müßten uns über den Modus procedendi unterhalten, so möchte ich persönlich – das ist kein Beschluß des Landesvorstandes – doch eine Frage stellen, die meine Parteifreunde an mich gerichtet haben. Es handelt sich um folgendes: Der Be-

[13] BAK, NL Schäffer 23, Bl. 203, Fritz Schäffer an Josef Müller vom 14. 2. 1948.
[14] BAK, NL Schäffer 23, Bl. 195, Rundschreiben Fritz Schäffers an die Vorsitzenden der CSU-Bezirksverbände vom 14. 2. 1948.
[15] BAK, NL Schäffer 23, Bl. 190f., geschäftsführender Landesvorstand der CSU an Fritz Schäffer vom 17. 2. 1948.
[16] Wie Anm. 9.

zirksverband Oberbayern steht durch die Beschlußfassung zu Punkt 2, erster Absatz de facto außerhalb der Satzung und außerhalb des Landesverbandes der Christlich-Sozialen Union. Meiner Ansicht nach ist eine Vertretung seines Standpunktes vor den satzungsgemäßen Gremien der Partei erst möglich, wenn er wieder auf dem Boden der Satzungen der Union steht. Er kann doch nicht gleichzeitig für sich z. B. Stimmrecht beantragen und verlangen und auf der anderen Seite erklären, daß er keine Beschlüsse des Landesvorstandes oder der Landesversammlung, der Landesleitung und des Landesausschusses für sich als bindend ansieht. Wir müssen also meiner Ansicht nach zuerst einmal die Frage klären, ob der Bezirksverband Oberbayern überhaupt bereit ist, sich wieder auf den Boden der demokratischen Satzungen der Union zu stellen und dann in deren Rahmen die Änderungen vorzuschlagen, wozu er ja jederzeit das Recht hat. Er kann sich aber nicht außerhalb der Statuten stellen und dann als einer, der außerhalb steht, die Änderung der Statuten beantragen. Das ist meiner Ansicht nach ein unmögliches Verfahren.

Für den Modus procedendi, Herr Staatsrat, nicht für die sachliche Diskussion scheint mir die weitere Klärung einer Vorfrage notwendig. Es ist hier von Mindestforderungen gesprochen worden, die der Bezirksverband Oberbayern stellt, Mindestforderungen, die ja weit über die Anträge hinausgehen, die bis jetzt vom Bezirksverband Oberbayern innerhalb der Gremien der Partei gestellt worden sind[17]. Ich verweise auf Abschnitt 1c. Ich möchte sagen, daß doch die Union zuerst einmal klären muß, ob sie unter diesen Verhältnissen überhaupt in die Diskussion von Mindestforderungen eintreten kann, die ja ohne Zweifel doch weitgehend auf ihre Auflösung hin gerichtet sind oder auf ihre Auflösung zielen. Denn wenn als Mindestforderung die gestellt ist, der Bezirksverband Oberbayern erhält eigenes Mitteilungsblatt mit eigener Redaktion und eigenen Finanzen, Einnahmen und Ausgaben, er stellt seine bezahlten Arbeitskräfte selbst an in Bezirk und Kreis, besoldet sie und entläßt sie, sie sind nur den Weisungen des Vorstandes der Parteiorganisation unterstellt, in deren Bezirk ihr Arbeitsgebiet liegt, der Bezirksverband verwaltet seine Einkünfte bis auf weiteres selbst, dann muß hier der Begriff der Mindestforderungen geklärt werden.

Wenn wir dies sehen, dann möchte ich sagen, wir müssen uns unterhalten, welches Gremium für die Behandlung so entscheidender Fragen zuständig ist. Sie haben die Landesvorstandschaft vorgeschlagen, ein Gremium, das meines Wissens aus etwa 45 Parteifreunden oder aus 50 (Dr. *Schedl*: 56!), 56 Parteifreunden besteht. Ich möchte darauf hinweisen, daß für eine so entscheidende Frage an sich nur entweder die Landesversammlung oder zu ihrer Vorklärung zur Bildung eines Vorausschusses der Landesausschuß in Frage kommen kann, wenn und soweit er von der Landesversammlung (?) beauftragt ist. Wir können nicht der Landesvorstandschaft die Aufgabe übergeben, die ausdrücklich von der Landesversamm-

[17] Vorschläge des Bezirksverbandes Oberbayern zur Satzungsänderung vom 23. 12. 1947, in: Protokolle und Materialien, Bd. 3, S. 1816–1824. Gefordert wurde hier u. a., anstelle eines Parteivorsitzenden ein mehrköpfiges Gremium an die Spitze der Partei zu stellen, die Mitgliederstärke der Parteigliederungen in den übergeordneten Gremien zu berücksichtigen, die Landesvorstandschaft zu verkleinern und auf den geschäftsführenden Landesvorstand zu verzichten, weil dieser kein demokratisch gewähltes Gremium sei.

lung als eine Aufgabe des Landesausschusses bestimmt worden ist. Darauf müssen wir aufmerksam machen, weil da bindende Beschlüsse der Landesversammlung vorliegen.

Hier möchte ich einem Einwand vor allem begegnen, damit wir auch da uns in der Klärung der Vorfragen einig sind. Diese Beschlüsse der Landesversammlung sind alle mit so überwiegender Mehrheit gefaßt worden, daß eine Änderung des Stimmrechts, wie sie Oberbayern verlangt, an den Entscheidungen der Landesversammlung selbst nichts ändern würde. Denn es sind dies alles Majoritäten von etwa 85 zu 15 oder 90 zu zehn Prozent. Selbst wenn es auf Majoritäten von 80 zu 20 Prozent hinausliefe, würden die von Oberbayern angestrebten Satzungsänderungen grundsätzlich nichts ändern.

Das schienen mir die Vorfragen zu sein. Aber die wichtigste scheint die zu sein, daß wir, um überhaupt Partei bleiben zu können, klären müssen, ob sich ein Bezirksverband außerhalb der Satzungen stellen und gleichzeitig alle Rechte beibehalten kann, die ihm die Satzung zubilligt, also z.B. das Stimmrecht in den Gremien der Partei, während er gleichzeitig erklärt, Beschlüsse der Partei nicht als bindend anzuerkennen.

Vorsitzender: Herr Staatsrat, vielleicht könnte man überlegen, welche Themen von dem Gremium behandelt werden sollten, das Sie nach Ihrer Meinung zur Behandlung wünschen.

Schäffer: Ich darf folgende Gedanken bzw. folgenden Vorschlag kurz sagen: Zur grundsätzlichen Regelung wird wahrscheinlich eine Landesversammlung notwendig sein. Es würde aber diese Landesversammlung wesentlich vorbereiten, wenn von einem anderen Gremium, also der Landesvorstandschaft, bestimmte Vorschläge, auf die man sich geeinigt hat, der Landesversammlung empfohlen werden. Deswegen geht mein Vorschlag darauf hinaus, zuerst den Versuch zu machen, ob man sich einigen kann und dann diese Einigungsformel der Landesversammlung vorzuschlagen. Dann ist die Sache wieder in Ordnung.

Haußleiter: Herr Staatsrat, eine Frage! Die Landesversammlung hat den Landesausschuß mit der Vorbereitung der Satzungen beauftragt. Weshalb wollen Sie ...

Vorsitzender: Mit der Durchführung der von der Landesversammlung für die Satzungen gefaßten Beschlüsse!

Haußleiter: Vor der letzten Landesversammlung war der Landesausschuß das Gremium, das die Vorbereitung der Vorschläge für die Landesversammlung behandelt hat. Weshalb wollen Sie nicht, daß der Landesausschuß diese Aufgabe, die er bisher ausgeführt hat und die ihm nun auch wieder ausdrücklich zugeschrieben worden ist, weiter erfüllt?

Schäffer: Wenn Sie den Beschluß von Oberbayern lesen, dann ist das erste, daß Verhandlungen über das künftige Verhältnis des Bezirksverbandes Oberbayern zur Landespartei geführt werden sollen. Ich glaube, das ist eine an sich genug wichtige Frage, um darüber eine Landesversammlung, das höchste demokratische Organ der Partei, entscheiden zu lassen.

Haußleiter: Die Landesversammlung?

Schäffer: Ja, aber sie muß vorbereitet sein, und deswegen halte ich es für notwendig, zur Vorbereitung der Landesversammlung ein Gremium zu bilden, das eine Einigung möglich macht.

Vorsitzender: Sie müssen nach meinem Empfinden, Herr Staatsrat, nur davon ausgehen, daß die Landesversammlung klare Beschlüsse gefaßt hat. Bitte, setzen Sie zum Vergleich, irgendein Bezirksverband draußen würde das gleiche unternehmen, was Oberbayern unternommen hat. Dann kämen Sie nie zur Arbeit der Partei, weil Sie von heute auf morgen fortwährend nur sehen müßten, wie Sie mit der Nichtanerkennung von Beschlüssen der Landesversammlung fertig werden. Die Landesversammlung hat doch die größte und höchste Autorität der Partei. Ihre Beschlüsse sind von jedem anzuerkennen. Wenn sich ein Bezirksverband außerhalb der Union stellt dadurch, daß er die Beschlüsse nicht anerkennt, dann ist das eine sehr weittragende politische Angelegenheit für die Landesversammlung. Aber dadurch kann die Partei als solche unter keinen Umständen durch irgendwelche Verhandlungen die Autorität der Beschlüsse der Landesversammlung aufgeben. Denn das würde Konsequenzen auslösen, die eine Partei in ihrer Arbeit und in ihrer Schlagkraft nach außen dauernd hemmen müßte.

Schäffer: Ich halte es für notwendig und ich hielt meinen Schritt für notwendig, um dafür zu sorgen, daß die Landesversammlung als höchstes Organ mit ihren Beschlüssen eine solche Autorität hat, daß ein solcher Schritt, wie ihn Oberbayern macht, nicht mehr notwendig wird. Deswegen halte ich es für notwendig, daß sich die Landesversammlung darüber klar wird, ob die Anregung Oberbayerns nach einer grundsätzlichen Änderung der Dinge berechtigt ist und auf welcher Basis diese Änderung erfolgen soll.

Vorsitzender: Über die Wünsche Oberbayerns[18] ist ja in der Landesversammlung abgestimmt worden, Herr Staatsrat. Da sind ja schon dementsprechende Anträge gestellt worden. Die Landesversammlung hat mit sehr starker Majorität diese Anträge abgelehnt[19], und da bleibt eben nichts weiter übrig, als den Beschluß anzuerkennen.

Haußleiter: Ich möchte dazu sagen: Oberbayern ist nicht der einzige Bezirksverband, der gegen die Beschlüsse von Marktredwitz Einspruch erhoben hat oder mit ihnen unzufrieden war. Gemeinsam mit Oberbayern haben z. B. Oberfranken und ein Teil von Mittelfranken gegen die Beschlüsse von Marktredwitz gestimmt, allerdings aus einem entgegengesetzten Grund, weil ihnen die Konzessionen zu weitgehend waren, die an Oberbayern gemacht worden sind.

Nun möchte ich sagen: Wir können doch nicht dazu übergehen, und ich habe meinen Freunden davon abgeraten, daß jede Minderheit, die überstimmt wird, nun deshalb, weil sie ihren Standpunkt für richtig hält – das ist das gute Recht der Minderheit –, sich in dieser Weise außerhalb der Satzungen stellt. Wenn das Vorgehen von Oberbayern Schule macht und wenn Oberbayern dadurch, daß es sich außerhalb der Satzungen stellt, eine Revision erzwingen will, dann werden wir, wenn die nächsten Beschlüsse anders ausfallen sollten, es erleben, daß andere Bezirksverbände es in der gleichen Weise machen. Herr Staatsrat, ich sehe

[18] Vorschläge des CSU-Bezirksverbandes Oberbayern zur Satzungsänderung vom 23. 12. 1947, in: Protokolle und Materialien, Bd. 2, S. 1816–1824.

[19] Vgl. das Protokoll der Landesversammlung der CSU in Marktredwitz am 24./25. 1. 1948, in: Protokolle und Materialien, Bd. 2, S. 1395–1531, hier insbesondere S. 1403–1452.

darin eine eminente Gefahr für die Ideen, die wir doch gemeinsam vertreten wollen.

Sedlmayr: Die Sache ist zweifelsohne gerade durch diesen Beschluß von Oberbayern sehr erschwert worden, der ja, wie mit Recht gesagt worden ist, praktisch bedeutet, daß sich der Bezirksverband Oberbayern bis auf weiteres an keine Beschlüsse der Parteiinstanzen als gebunden erklärt. Nicht wahr? Das ist eine für meine Begriffe unmögliche Situation. Das geht nicht.

Strauß: Daraus ginge eventuell hervor ...

Sedlmayr: Das geht nicht. Jetzt müssen wir die Sache irgendwie einrenken. Sie kann meines Erachtens dadurch eingerenkt werden, daß man über diesen Punkt vorläufig hinwegsieht und sagt: Wie können wir wieder auf den Boden der Satzung und des satzungsgemäßen Vorgehens kommen? Wir haben, ich glaube wenigstens, ich stelle das fest, den Bezirksverband Oberbayern trotz dieses Schrittes, den er hier getan hat, zur Landesausschuß-Sitzung eingeladen. Wir haben also diesen Beschluß in diesem Punkt sozusagen als nicht geschehen bezeichnet. Denn sonst hätten wir konsequenterweise gleich sagen müssen: Sie haben sich außerhalb der Partei gestellt, also haben wir mit Ihnen nichts mehr zu tun. Dann waren Sie auch nicht mehr zur Landesausschuß-Sitzung einzuladen. Das ist logisch. Wir haben aber diese Einladung an den Bezirksverband Oberbayern in der Annahme ergehen lassen, daß wir inzwischen durch Besprechungen wieder auf den Boden der Satzungen gelangen, daß also auch von Oberbayern aus darauf nicht weiter bestanden wird, sondern daß man sagt, wir wollen erst einen Weg suchen, auf dem wir satzungsgemäß die ganze Sache vorantreiben können. Wenn es uns also heute abend gelänge, daß wir sagen, es solle in dem und dem Gremium, das wir festsetzen können, das wieder aus der Welt geschafft werden, was in Oberbayern beschlossen worden ist, es soll also meinetwegen als nicht geschehen betrachtet werden, dann kann man sofort wieder richtig über die Sache reden und kann sagen: So, jetzt ist der Bezirksverband Oberbayern wieder da, er erscheint in der Landesausschuß-Sitzung, er erscheint für den Fall, daß wir noch vorher eine Landesvorstandschaftssitzung machen, mit seinen ordnungsgemäßen Vertretern in der Landesvorstandschaftssitzung, und dann können nun alle diese Sachen vom Bezirksverband Oberbayern aus zur Sprache gebracht und neu aufgerollt werden. Sie können dann an den Landesausschuß gebracht werden, der ja in Regensburg tagt. Der Landesausschuß kann dann darüber befinden, ob er einer künftig einzuberufenden Landesversammlung irgendwelche Vorschläge unterbreiten will und unterbreiten kann, die auf eine Revision des Beschlusses von Marktredwitz abzielen. Dann wird sich entscheiden, ob eine künftige außerordentliche Landesversammlung und in welchem Umfang sie dann diesen Vorschlägen entsprechen will. So wäre nach meinem Dafürhalten eine Möglichkeit geboten, die Sache wieder auf den satzungsgemäßen Boden zu bringen.

Vorsitzender: Darf ich vielleicht nur eines rektifizieren: Die Einladung zur Landesausschuß-Sitzung bedeutet nicht eine Anerkennung der Aufhebung des Status, der durch den Beschluß des Bezirksverbandes geschaffen ist. Denn der Vorstand als solcher könnte nicht darüber entscheiden. Darüber kann eventuell der Landesausschuß entscheiden, oder der Bezirksverband Oberbayern gibt eine Erklärung ab, die den alten Status wieder herstellt.

Sedlmayr: Das haben wir vorausgesetzt.

Vorsitzender: Wir selbst als Vorstand sind nicht imstande, das wäre auch nicht die Landesvorstandschaft, unsererseits Recht zu setzen. Der Landesausschuß ist auch nur imstande, Recht zu setzen, soweit er von der Landesversammlung ausdrücklich dazu ermächtigt ist.

Sedlmayr: Natürlich!

Dr. *Muhler*: Im wesentlichen hat Freund Sedlmayr schon das gesagt, was ich sagen wollte. Ich wollte nur noch darauf hinweisen – das war der Ausgangspunkt –, warum wir damals bei der Besprechung[20], ich glaube am Samstag oder wann es war, gesagt haben: Dadurch, daß sich der Bezirksverband Oberbayern außerhalb der Union stellt, bietet sich zunächst überhaupt keine Rechtsbasis mehr, weil er eben draußen steht. Deshalb haben wir gesagt, daß der Landesvorsitzende als solcher gar nichts machen kann, weil er auch an die Satzungen gebunden ist. Nachdem die Satzungen von Oberbayern nicht anerkannt werden, kann er nichts machen. Deshalb haben wir damals geschrieben – Sedlmayr und ich[21] – wir möchten trotzdem gern noch eine Möglichkeit bieten. Weil nun dieses Gremium hier noch am wenigsten offiziell und mit Verantwortung beladen ist, glaubten wir, man könnte hiermit sozusagen inoffiziell versuchen, einen Weg zu suchen. Der Weg scheint mir auch nur der zu sein, den Sedlmayr schon angedeutet hat.

Umgekehrt möchte ich sagen: Der normale Weg wäre gewesen, wenn der Bezirksverband Oberbayern seine Forderung an die Vorstandschaft, an den Landesausschuß geleitet hätte. Dann hätten wir in Regensburg darüber reden können. Eigentlich ist es so: Wenn in Regensburg die Frage aufgeworfen wird, ob die Vertreter von Oberbayern heute stimmberechtigt sind, ich weiß nicht, wie es hinausgeht. Die meisten werden erklären: Sie haben sich hinausgestellt, sie haben sich von vornherein als nicht an die Beschlüsse gebunden erklärt. Diese Frage muß deswegen aus dem Wege geräumt und geklärt werden.

Strauß: Im Anschluß an die Ausführungen Muhlers ergibt sich die Frage, ob im Falle neuer Beschlüsse des Landesausschusses und einer außerordentlichen Landesversammlung der Bezirksverband Oberbayern diese Beschlüsse überhaupt anerkennt oder ob er im Falle, daß neue Beschlüsse nicht seinem Willen oder seiner Mindestforderung entsprechen, dann wiederum erklären würde, daß er sich an diese Beschlüsse einer neuen Landesversammlung nicht gebunden fühlt, wodurch die Lage um kein Haar anders geworden wäre.

Sedlmayr: Es wäre sinnlos.

Haußleiter: Ich möchte auf einen anderen Punkt aufmerksam machen. Es gibt keine Kollektivmitglieder der Christlich-Sozialen Union, sondern nur Einzelmitglieder. Es kann also auch nicht ein Bezirksverband oder Kreisverband von sich aus den Austritt aus der Union beschließen, sondern das können nur Einzelmitglieder tun. Außerhalb der Satzung der Union stehen also nur diejenigen Mitglieder von Oberbayern, die sich durch Teilnahme an diesem Beschluß außerhalb der Satzung der Union gestellt haben. Nicht dagegen steht außerhalb der Satzungen

[20] Nicht ermittelt.
[21] Vgl. Anm. 15 zu diesem Dokument.

der Union das einzelne Mitglied der Christlich-Sozialen Union in Bayern, das bei diesen Beschlüssen nicht mitgewirkt hat. Wenn wir Oberbayern zum Landesausschuß eingeladen haben, so spielt dabei eine entscheidende Rolle, daß sich nicht die Masse der Mitglieder von Oberbayern außerhalb der Satzungen der Union gestellt hat, sondern nur ein bestimmter, eng begrenzter Kreis von Personen[22]. Das muß auch aus diesem Anlaß festgestellt werden. Ein Austritt aus der Union ist nur möglich durch Erklärung des Einzelmitgliedes, nicht aber durch den Beschluß irgendwelcher Gremien der Union für irgendwelche weiteren Bereiche der Union.

Vorsitzender: Ich glaube, Herr Staatsrat, wenn Sie die Struktur der Verfassung ansehen, so werden Sie feststellen, daß der Bezirksverband nur eine organisatorische Zwischenstufe mit ganz begrenzten Aufgaben ist. Ich weiß nicht – was Haußleiter gerade berührt hat –, ob nicht die Rechtsauffassung davon ausgehen muß, daß die untersten Gremien, die Kreisverbände, insoweit weitergehende Rechte hätten als der Bezirksverband. Das geht schon aus der damaligen Anweisung der Militärregierung für den Aufbau der Parteien hervor[23]. Sie ist die Grundlage für das demokratische Recht beim Aufbau einer Partei gewesen. Diese Weisungen der Militärregierung gingen davon aus, daß der einzelne Kreisverband wissen muß, ob er der Partei angehört oder nicht, nicht etwa der Bezirksverband. Insofern müßte jeder Kreisverband zur Rechtswirksamkeit diesen Beschluß fassen, so daß die Rechtskraft eingetreten ist, aber die Rechtsfolgen (?) nicht.

Schäffer: Mich interessiert nur die Frage, ob weiterverhandelt werden kann und wie weiterverhandelt werden soll. Der Sinn des Beschlusses von Oberbayern ist der, daß Oberbayern sagt: So, wie die Verhältnisse jetzt liegen, kann ich die berechtigten Wünsche nicht durchsetzen, wenn ich mich an den normalen Weg halte, ich will das Band mit der CSU nicht lösen, aber ich will eine innere Neuorganisation der CSU, die auch mir das natürliche Recht gibt, das ich beanspruche. Das ist der Sinn.

Haußleiter: Herr Staatsrat, verzeihen Sie, wenn ich eine Frage stelle. Wir müssen doch, wenn wir eine Partei sein wollen, irgendein Gremium der Partei als zuständig für die Entscheidung unserer Anregungen und Anträge ansehen. Wenn aber Oberbayern sagt, auf normalem Weg, d.h. auf dem durch die Satzung vorgeschriebenen Weg kann ich mein Ziel nicht erreichen, wer kann dann darüber Schiedsrichter sein, ob das Ziel, das der Bezirksverband Oberbayern verfolgt, das für die Partei richtige ist oder nicht? Das kann im Rahmen der Partei nur von der Mehrheit der Partei in den den Statuten entsprechenden Gremien entschieden werden. Eine andere Möglichkeit gibt es nicht. Wenn Sie heute sagen, wir können unser Ziel auf normalem Weg nicht erreichen, wer garantiert Ihnen, daß nicht morgen andere Bezirksverbände kommen, die ebenfalls sagen, unsere Ziele sind die allein berechtigten, wir sind allein die wahren Repräsentanten des innersten Willens der Union, wir können auf normalem Weg unser Ziel nicht erreichen, in-

[22] Von den 80 anwesenden Delegierten hatten 71 für und fünf gegen Schäffers Vorgehen gestimmt; vier Stimmen waren ungültig. BAK, NL Schäffer, Bl. 1–48 (hier Bl. 38), Protokoll der Bezirksversammlung der CSU Oberbayern am 14. 2. 1948 in München.

[23] Zur Lizenzierungspolitik der amerikanischen Militärregierung in Bayern, die bei Parteiorganisationen auf der Ebene von Stadt- und Landkreisen ansetzte, vgl. Woller, Loritz-Partei, S. 11–21.

folgedessen müssen wir uns außerhalb des Rahmens der Union stellen, um unser Ziel durchzusetzen.

Nur wenn wir diese Frage klären und wenn wir klären, welches Gremium und welche Beschlüsse Sie für bindend anerkennen, nur dann können wir überhaupt einen Weg zur Lösung dieser Probleme suchen. Wenn Sie aber, wie es hier geschieht, sämtliche Gremien der Union in ihrer Beschlußfassung als nicht bindend für Sie anerkennen, dann sind doch Verhandlungen vollkommen illusorisch, weil Sie bei jedem Beschluß, der gefaßt wird und der Ihrem Standpunkt nicht voll entspricht und Ihre Forderungen nicht voll anerkennt, sofort wieder erklären: Diese Beschlüsse sind für mich nicht bindend.

Auf der anderen Seite können Sie nicht erwarten oder es schiene mir jedenfalls eine Erwartung undemokratisch, daß etwa, sagen wir ruhig von den von Ihnen vorgeschlagenen Änderungen 75 Prozent sich dem nicht satzungsgemäß vertretenen Willen der Minderheit von 25 Prozent beugen. Das ist doch die Frage, vor der wir stehen, und da müssen wir Sie doch bitten, uns zu sagen: Ich füge mich in der und der Weise ein, ich werde meine Wünsche oder Anträge in der und der Weise vertreten, oder Sie müssen sagen: Entweder Ihr erkennt meine Mindestforderungen an – deshalb habe ich die Frage nach den Mindestforderungen gestellt –, oder ich scheide aus. Das sind die beiden Möglichkeiten, vor denen wir stehen. Entweder Sie überlassen es einer Beschlußfassung der Gremien oder Sie belassen[24] es bei einem Ultimatum der Minderheit an die Mehrheit der Partei.

Vorsitzender: Der Beschluß zum Ausscheiden könnte nur von der Mitgliederversammlung der Kreisverbände gefaßt werden, denn sie sind die Grundlage der Partei. Der Bezirksverband ist nur eine organisatorische Zwischenstufe.

Haußleiter: Das ist eine Alternative, Herr Staatsrat.

Sedlmayr: Es würde auch im Bezirksverband oder Kreisverband ganz genauso gehen, wenn eine Ortsgruppe draußen so verfahren würde, daß sie sagen würde, einen Beschluß des Kreisverbandes, der durch eine Mehrheit gefaßt worden ist, erkennen wir nicht an.

Vorsitzender: Die Ortsgruppe könnte es rein rechtlich gesehen. Sie könnte es beschließen, wenn die sämtlichen Mitglieder geladen sind und wenn sie statutenmäßig vorgehen. Genauso kann es der Kreisverband, aber schon nicht mehr der Bezirksverband. Der Bezirksverband ist nur die organisatorische Zwischenstufe.

Sedlmayr: Ich meine etwas ganz anderes.

Strauß: Er meint schon etwas Richtiges.

Sedlmayr: Wenn man den satzungsgemäßen Weg verläßt und nicht anerkennt, könnte ein Bezirksverein gegenüber der übergeordneten Instanz sagen: Beschlüsse, die hier gefaßt worden sind, anerkenne ich für meinen Teil nicht, sie existieren für mich nicht. Dann könnte eine Parteizusammenfassung nicht erfolgen, und jeder Bezirksverband könnte tun, [zu] was er Lust hat.

Strauß: Praktisch der Ortsverband!

Vorsitzender: Die Konsequenz hat sich ergeben in der Zeit Ihrer Abwesenheit[25], Herr Staatsrat, als sehr intensiv durchdachte Anregungen bei der Kandida-

[24] In der Vorlage irreführend: „überlassen".

[25] Am 24. 4. 1946 hatte die amerikanische Militärregierung für Bayern ein politisches Betätigungsver-

tenaufstellung zum letzten Landtag vorlagen[26]. Es sind da ziemlich weitgehende Dissonanzen aufgetreten, weil wir wollten, daß der Bezirksverband die Kandidaten aufstellt. Damals hat die Politische Abteilung den Standpunkt vertreten, der Bezirksverband solle die Kandidaten aufstellen können, wenn es in den Statuten vorgesehen ist. Es ist sogar in den Statuten vorgesehen gewesen. Damals hat sich Hoegner mit einigen unserer Leute an die Militärregierung gewandt, und die Rechtsabteilung hat verfügt, daß nur der Kreisverband die Kandidaten bestellen kann. Das zeigt ganz klar, der Kreisverband ist die entscheidende Instanz.

Haußleiter: Einen kollektiven Austritt kann der Kreisverband auch nicht beschließen, weil es nur einzelne Mitglieder gibt.

Schäffer: Er kann den Mitgliedern empfehlen, hier auszutreten und dort einzutreten.

Strauß: Der von Sedlmayr angedeutete Weg würde die völlige Anarchie bedeuten.

Sedlmayr: Jedem, der jemals einem Verein angehört hat, muß das geläufig sein. Darüber kann man sich grundsätzlich nicht in diesem Gremium unterhalten. Es ist eine pure Selbstverständlichkeit, daß sich jeder Angehörige eines Verbandes an die Satzungen zu halten hat. Das ist ganz klar. Hier handelt es sich bloß darum, über diesen toten Punkt, der durch diesen wie gesagt nach meiner Überzeugung unmöglichen Beschluß geschaffen worden ist, wiederum hinwegzukommen.

Vorsitzender: Das geht nur dadurch, daß der Beschluß aufgehoben ist. Dann ist die Voraussetzung geschaffen, weil wir sonst vor der Tatsache stehen, daß wir sagen müssen – ich will einmal den etwas scharfen Ausdruck gebrauchen –, es ist ein revolutionärer Vorgang und kein Rechtsvorgang. Keine Partei wird einen revolutionären Vorgang anerkennen, wenn ich jetzt einmal von einer rechtlichen Betrachtung ausgehe.

Haußleiter: Es gäbe noch die Möglichkeit, daß sich sämtliche Bezirksverbände die gleichen Vorrechte vorbehalten wie Oberbayern. Das würde die Auflösung der Christlich-Sozialen Union in Bayern bedeuten. Aber das ist eine Möglichkeit, mit der einige Bezirksverbände ...

Schäffer: Wenn die anderen Bezirksverbände auch ein eigenes Mitteilungsblatt fordern, ist die Christlich-Soziale Union deswegen noch nicht aufgelöst.

Sedlmayr: Das ist eine untergeordnete Frage. (Unruhe)

Haußleiter: Wenn jeder Bezirksverband erklärt, daß Beschlüsse der Partei und der Landesleitung nicht bindend sind, ist das die Auflösung der Partei.

Sedlmayr: Die Frage Mitteilungsblatt ist eine innerorganisatorische Frage.

Strauß: Über das Mitteilungsblatt würde niemand stolpern. Wir sind uns darüber im klaren, und darin ist der Beschluß von Oberbayern ja keine Satzungsverletzung gewesen, daß in Oberbayern hinsichtlich der politischen Propaganda andere Wege gegangen werden müssen wie z. B. in Ober- und Mittelfranken.

Sedlmayr: Jeder Bezirksverband kann ...

bot gegen Schäffer verhängt, das – unter bestimmten Bedingungen – erst mit Wirkung vom 21. 1. 1948 aufgehoben worden war. Vgl. Henzler, Fritz Schäffer, S. 190–228.

[26] Zur Kandidatenaufstellung für die Landtagswahl am 1. 12. 1946 vgl. die Debatte auf der Sitzung des Landesausschusses der CSU am 31. 10. 1946 in München, in: Protokolle und Materialien, Bd. 1, S. 684–697.

Haußleiter: Wir waren nur gehemmt durch die Beschlüsse der Mehrheit.

Vorsitzender: Man kann ruhig sagen, als die Verhandlungen um eine eigene Parteipresse gingen, habe ich immer wieder betont, daß wir zwei Zeitungen haben müßten, eine für Süd- und eine für Nordbayern, weil Nordbayern ganz andere Verhältnisse hat wie Südbayern, auch was die Haltung der Mitglieder betrifft. Die Mitglieder müssen aber auch anders angesprochen, die Werbung muß anders vollzogen werden, und die Geisteshaltung der Menschen ist eine andere.

Strauß: In Altbayern ist in geographischer Beziehung ein bestimmter Komplex vorhanden, der ohne Zweifel einer besonderen propagandistischen Berücksichtigung und auch Mentalität bedarf.

Sedlmayr: Das ist auch anderwärts so.

Strauß: Weil auch gefühlsmäßige Momente eine Rolle spielen.

Sedlmayr: Mit dem Mitteilungsblatt ginge es in Ordnung.

Haußleiter: Die Frage, die wir hier klären müssen, ist die, daß Sie sich entweder auf den Boden der Satzungen stellen oder erklären, hier sind Forderungen von mir, wenn sie nicht angenommen werden, so, wie sie vorliegen, werden wir uns aus der Union lösen. Das ist der Eindruck, den Ihre Forderungen von Anfang an gemacht haben. Wenn es so ist und wenn Sie so verfahren wollen, dann hat es keinen Zweck, die Gremien der Union zur Modifikation, zu Verhandlungen über Ihre Forderungen einzuschalten, weil wir dann, falls gegen Ihre Mindestforderungen entschieden würde, wir wieder genau auf demselben Status von heute wären. Sie würden wieder erklären: Da meine Forderungen nicht angenommen worden sind, gelten die Beschlüsse der Gremien der Partei für mich nicht und sind für mich nicht bindend.

Wir müssen also wissen, bevor wir überhaupt verfahren können, ob Sie Beschlüsse der Parteigremien für bindend halten, auch wenn Sie dabei in der Minderheit sind, oder ob Sie sie nur für bindend halten insofern, als sich die Parteigremien Ihrer Ansicht unterordnen. Das ist das Problem, das sich ergibt. Ich darf hier ein Beispiel sagen, das ich der Militärregierung gegenüber neulich öffentlich sehr deutlich bringen mußte. Ich habe ihr gesagt: Anscheinend gelten die Beschlüsse unserer Parlamente nur, wenn sie mit dem Willen der Militärregierung übereinstimmen und mit deren Befehlen identisch sind. Dann wären unsere Parlamente überflüssig. Das ist gar kein Zweifel. Das ist die Lage, in die wir durch die Restriktion der Freiheit, die im Augenblick vorgenommen wird, geraten sind.

In einem ähnlichen Zustand fühlen wir uns in unserem Verhältnis zu Oberbayern, wenn Oberbayern nur die Beschlüsse anerkennt, die seinem Willen entsprechen und die anderen nicht. Dann ist es völlig unmöglich oder zwecklos, die Parteigremien zu Verhandlungen einzuschalten, weil ja Verhandlungen nicht notwendig sind, wenn wir Ihre Mindestforderungen vorliegen haben. Sie können nur darüber abstimmen, ob ja oder nein, und damit ist der Fall für Sie erledigt.

Schäffer: Oberbayern will in die Satzungen, wenn ich so sagen darf, der Partei zurückkehren, möchte aber vorher durch Verhandlungen geklärt haben, ob seinen Forderungen, wenn ich sie so heißen[27] darf, Rechnung getragen wird.

[27] In der Vorlage durchgestrichen und handschriftlich durch „sagen" ersetzt; während „heißen" im Bayerischen auch „nennen" bedeuten kann, macht „sagen" keinen Sinn.

Haußleiter: Und wenn das nicht der Fall wäre, würde Oberbayern ...

Schäffer: Einen neuen Beschluß fassen!

Haußleiter: Und die Forderungen, für [sic!] die es für Oberbayern geht, sind die hier festgelegten Mindestforderungen 1a, b, und c.

Schäffer: Was ist 1c?

Haußleiter: Das ist die Forderung „eigenes Mitteilungsblatt, stellt seine bezahlten Arbeitskräfte selbst an in Bezirk und Kreisen, besoldet und entläßt sie, sie sind nur den Weisungen des Vorstandes der Parteiorganisation unterstellt, in deren Bezirk ihr Arbeitsgebiet liegt, der Bezirksverband verwaltet seine Einkünfte bis auf weiteres selbst".

Schäffer: „Bis auf weiteres" bedeutet „während der Zeit der Verhandlungen".

Haußleiter: Das ist eine Mindestforderung? Das ist nicht ganz deutlich.

Schäffer: „Bis auf weiteres" sagt deutlich „nur für die Zeit der Verhandlungen".

Haußleiter: Wenn ich es richtig verstehe, ist es so – das ist doch der beste Modus procedendi –, daß die Forderungen von Oberbayern, die im einzelnen vorläufige und definitive sind, ineinander überzugehen scheinen. Sie sind auch für uns nicht ganz verständlich dort, wo Sie persönliches Regiment erwähnen, weil wir versucht haben, unseren Modus procedendi mit dem Verfahren des Bezirksverbandes Oberbayern selbst zu vergleichen. Dabei sind wir zu der Überzeugung gekommen, daß man, wenn man das Verfahren von Oberbayern nicht als persönliches Regiment empfinden soll, gar nicht weiß, was persönliches Regiment ist. Wir müssen nun von Oberbayern die Forderungen präzisiert bekommen, ausführlich erläutert, genau erörtert, klar aufgegliedert, und zwar in Form von Satzungsanträgen.

Schäffer: Das bekommen Sie, wenn die Verhandlungen beginnen.

Haußleiter: Verhandlungen haben dann keinen Zweck, wenn Sie sagen, Sie erkennen nur die Beschlüsse an, die Ihren Forderungen entsprechen. Dann können wir uns Verhandlungen doch schwer denken. Es ist wesentlich einfacher, Sie übermitteln uns genau präzisiert Ihre Forderungen, und die zuständigen Gremien stimmen über diese Forderungen ab. Denn wenn es Mindestforderungen sind, die die Gremien anzuerkennen haben – sonst fassen sie neue Beschlüsse –, hat es keinen Zweck, über Ihre Mindestforderungen zu verhandeln, weil Sie ja von ihnen als Mindestforderungen gar nicht abgehen können, nachdem was Sie hier erklärt haben.

Strauß: Nachdem Formulierungen vielleicht Zwirnsfäden sind, über die man stolpert, wäre zu fragen, ob die präzisierten und genau erörterten Forderungen von Oberbayern dann definitiv und exakt umrissen als Mindestforderungen gelten, die zu einer Alternative führen, zu einem Entweder-Oder, oder ob sie als Material dem Ausschuß bezw. dem als zuständig erklärten Gremium zur Beratung und Beschlußfassung übergeben werden.

Vorsitzender: Wobei wir immer feststellen müssen, der Landesausschuß ist durch bestimmte klare Entscheidungen an bestimmte Richtlinien gebunden. Nur die Landesversammlung kann anders beschließen und niemand kann im Verhandlungswege da eine Festlegung treffen.

Strauß: Auf dem Verhandlungswege wäre es nur möglich, wenn das, was ich vorher Forderungen nannte, was hier vielleicht etwas übertrieben Mindestforde-

rung genannt ist, als Material bezeichnet wird, über das ein Gremium verhandelt. Eine Beschlußfassung kann diesem Gremium nicht zukommen, sondern nur der Landesversammlung, auch nicht dem Landesausschuß.

Wenn man sich darauf einigen könnte, daß diese Vorschläge, um dieses starke Wort Mindestforderungen abzuschwächen, als Material übergeben werden, aufgrund dessen der Landesversammlung Vorschläge oder bestimmte Beschlüsse unterbreitet werden, dann wäre dies ein Modus procedendi.

Sedlmayr: Das Entscheidende ist ja nur, ob wir durch die Besprechungen, die wir jetzt führen, dahin kommen, daß wir an die zuständigen Instanzen irgendeinen vertretbaren Vorschlag heranbringen. Wir haben das nicht zu entscheiden. Das hat letztlich selbstverständlich die Landesversammlung zu entscheiden.

Strauß: Für diesen Fall müssen wir dann noch eine gewisse Garantie dahingehend haben, daß die dann gefaßten Beschlüsse der Landesversammlung von allen Bezirksverbänden anerkannt werden.

Sedlmayr: Das ist richtig und das halte ich für eine solche Selbstverständlichkeit, daß man sonst überhaupt nicht weiß, warum man zusammensitzt. Wenn das nicht mehr der Fall wäre, was sollte man dann tun?

Vorsitzender: Wir sind uns einig, daß andere Bezirksverbände sagen werden: kommt nicht in Frage, sonst stellen wir auch dauernd Forderungen. Denn jeder Bezirksverband könnte dann ununterbrochen sagen, ich stelle Forderungen, statt Anträge zu stellen. Der Bezirksverband kann Anträge stellen, aber keine Forderungen.

Sedlmayr: Das kann er und muß darauf warten, ob wir sie in dieser Form, wie es hier vielleicht beabsichtigt ist, als Empfehlung an eine Instanz weitergeben oder nicht. Das ist eine prekäre Situation.

Vorsitzender: Ich glaube, daß gerade Forderungen, die mit Bedingungen verknüpft sind, schon von vornherein auf eine sehr starke Kritik stoßen.

Frau Dr. *Meyer-Spreckels*: Ich möchte fragen, wie kommt der Bezirksverband, der sich wie der Ihre außerhalb der Landesunion gestellt hat, dazu, ein Recht zu haben, Forderungen oder auch nur Anträge zu stellen. Ich möchte das doch einmal rechtlich beantwortet haben.

Sedlmayr: Diesen Punkt wollen wir gerade überbrücken.

Vorsitzender: Überbrücken läßt er sich nicht, wenn nicht der Bezirksverband seinerseits einen Entschluß gefaßt hat.

Strauß: Ich habe vorhin die Schwierigkeiten, die daraus entstehen können, angedeutet. Wenn also dann diese präzisierten Vorschläge genau erörtert sind und einem zu bestimmenden, lediglich beratenden und vorschlagenden Gremium als Material für weitere Vorträge übergeben werden, dann scheint mir, bevor das Ergebnis dieser Beratungen an die Landesversammlung kommt, ein Beschluß von Oberbayern notwendig, daß die Landesversammlung, die dann nach diesem Vorschlag zu treffenden Beschlüsse anerkennen wird, ganz gleich, wie sie ausfallen.

Haußleiter: Ich habe von vornherein gesagt, daß eine Verhandlung nur dann Sinn hat, wenn die Ergebnisse der Verhandlungen anerkannt werden.

Strauß: Das wollte ich damit sagen.

Haußleiter: Das heißt, wenn sich der Bezirksverband in den Rahmen der Satzungen der Union stellt.

Vorsitzender: Der Bezirksverband also seinen Entschluß wieder aufhebt und den Status [quo ante] herstellt.

Dr. *Muhler*: Punkt 2 muß fallen, sonst geht es nicht. Ich sehe keine Möglichkeit, solange der Punkt 2 besteht.

Strauß: Vorher muß ein Beschluß von Oberbayern erfolgen, daß die Beschlüsse einer Landesversammlung anerkannt werden, wenn es zu einer solchen kommt.

Haußleiter: Oberbayern muß sich auf den Boden der Satzungen stellen.

Vorsitzender: Eine weitergehende Verpflichtung – Strauß, was Du gesagt hast, kann man nicht sagen –, daß Oberbayern ausdrücklich erklärt, ich erkenne die Beschlüsse an wie sie gefaßt werden, besteht nicht. Die Möglichkeit der Anfechtung hat jeder. Ich will sagen, jedes zuständige Gremium kann es von sich aus tun. Aber es muß die Rechtsbasis wieder bestehen dadurch, daß der Beschluß aufgehoben ist.

Strauß: Die wäre dann wieder hergestellt, wenn dieser Beschluß aufgehoben ist.

Vorsitzender: Dann besteht eben das Recht, wie es für jeden besteht und immer bestanden hat und bestehen wird. Eine vorhergehende und vorausgegriffene Verpflichtung der ausdrücklichen Feststellung „aber wir [er]kennen jeden Beschluß an" wäre schon vom Standpunkt des Landesausschusses oder der Landesversammlung wieder ein Abweichen vom Usus gegenüber jedem einzelnen. Es gibt kein Sonderrecht und keine Sonderverpflichtungen in diesem Falle.

Strauß: Diese Sonderverpflichtung würde nur bedeuten, daß der Bezirksverband auf den Boden der Satzungen zurückgekehrt ist.

Vorsitzender: ... dadurch, daß dieser Beschluß aufgehoben wird in der Form, daß er sich außerhalb stellt. (Zuruf: Punkt 2!)

Dr. *Muhler*: Darum wollte ich mir die Frage erlauben: Schäffer, glaubst Du, daß es eine Möglichkeit gibt ...

Schäffer: Zusammenzukommen? Selbstverständlich!

Dr. *Muhler*: daß der Punkt 2 so geändert wird, daß überhaupt eine formale Behandlung der Dinge bei den zuständigen Gremien möglich ist? Solange der Punkt 2 besteht, sehe ich keine Möglichkeit einer formalen Behandlung.

Schäffer: Ich weiß nicht, ob die Herren sich für ermächtigt halten, heute einen definitiven Beschluß zu fassen. Ich muß Ihnen das überlassen. Soviel ich weiß, ist der Aufgabenbereich des geschäftsführenden Vorstandes von der Landesvorstandschaft gar nicht umrissen.

Sedlmayr: Es heißt, er hat dringliche Angelegenheiten zu erledigen. Man kann es weit fassen.

Schäffer: Dringliche Angelegenheiten zu erledigen! Ich betrachte es als dringliche Angelegenheit, wieder zusammenzukommen und deswegen zu verhandeln. Deswegen schlage ich vor, einen Weg zu suchen, wie man verhandeln kann. (*Sedlmayr*: Richtig!) Wenn die Herren raten, der Bezirksverband Oberbayern müsse zuerst seine Beschlüsse wieder aufgeben, bevor überhaupt verhandelt wird, muß man annehmen, daß die Verhandlungen abgelehnt sind. (Zuruf: Es geht wirklich nicht, schade!)

Haußleiter: Sie haben uns falsch verstanden.

Schäffer: Ich glaube, ziemlich klar verstanden zu haben.

Haußleiter: Ich habe nicht gesagt, daß Sie Ihre Forderungen aufgeben müssen,

sondern nur: wir können nur im Rahmen der Union verhandeln. Wenn sich der Bezirksverband selber durch eigenen Beschluß außerhalb des Rahmens der Union stellt – und das tut er, indem er Beschlüsse der Gremien der Union als nicht bindend erklärt –, ist es für uns unmöglich zu verhandeln. Infolgedessen muß sich der Bezirksverband wieder in den Rahmen der Union stellen. Dann besteht die Möglichkeit der Verhandlung. Wenn er es nicht tut, kann er anders verfahren.

Schäffer: Entschuldigen Sie, wenn ich unterbrechen darf. Dann besteht nicht die Möglichkeit der Verhandlung? Dann ist der Bezirksverband Oberbayern schlechthin den alten Majoritätsverhältnissen ausgeliefert.

Vorsitzender: Es sind die Statuten der Union anerkannt, und es kann nun nicht eine einzelne Organisation der Partei die Statuten der Union nicht anerkennen. Sonst kann sich die Union aufgeben, wenn jeder revolutionäres Recht dadurch schaffen kann, daß er sagt: Gut, Ihr könnt beschließen was Ihr wollt, ich kenne es nicht an.

Dr. *Muhler*: Ich glaube nicht, daß man das ohne weiteres sagen kann. Es wäre möglich, daß sich z.B. jetzt in Regensburg oder auf der kommenden Landesversammlung eine Mehrheit findet, die sagt: Gut, wir wollen es nicht zu einem Bruch kommen lassen in Oberbayern. Und infolgedessen können wir wenigstens in dem und dem Punkt vielleicht entgegenkommen.

Strauß: Wenn das bisherige Vorgehen kein übles Präjudiz schafft!

Dr. *Muhler*: Es handelt sich nur um Punkt 2. Darum habe ich ...

Vorsitzender: Ich sehe schon weitere Punkte, z.B. kann ein Bezirksverband nicht sagen, ich verwalte meine Einkünfte selbst. Wohin käme eine Partei, wenn jeder Bezirksverband sagt, ich verwalte meine Einkünfte selbst.

Dr. *Muhler*: Es wird darum verhandelt, ob wir diese Forderung oder wie man es nennen will, anerkennen oder nicht. Damit überhaupt verhandelt werden kann, muß zunächst wieder der Rahmen hergestellt sein, der jetzt eigentlich ausschlaggebend ist.

Vorsitzender: Darüber wird nicht verhandelt. Entweder ein Bezirksverband erkennt die Statuten an, dann kann er keine eigene Finanzgebarung haben ...

Dr. *Muhler*: Er kann den Antrag stellen, daß er sie bekommt.

Vorsitzender: Aber hier steht wörtlich: „Der Bezirksverband verwaltet seine Einkünfte bis auf weiteres selbst." Das kann er nicht beschließen, sonst können wir ja liquidieren.

Sedlmayr: Das ist über das Ziel hinausgeschossen.

Vorsitzender: Man kann kein revolutionäres Recht anerkennen.

Dr. *Muhler*: Darüber müßte gesprochen werden.

Vorsitzender: Beantragen kann er es ohne weiteres, aber es kann kein einzelner Bezirksverband sich gegen die Statuten stellen und sagen: Ich verwalte meine Finanzen von nun an selbst. Unter 1c steht es.

Sedlmayr: Über diesen Punkt müssen wir unter allen Umständen hinüberkommen.

Vorsitzender: Die Voraussetzung kann nur der Bezirksverband Oberbayern schaffen.

Schäffer: Da darf ich als Ergebnis zusammenfassen: Verhandlungen sind nicht möglich, solange der Bezirksverband Oberbayern seine Beschlüsse nicht ändert.

Haußleiter: Seine Beschlüsse in dem Punkte nicht ändert, in dem er sich selbst außerhalb der Satzungen der Christlich-Sozialen Union gestellt hat.

Schäffer: Also jene am 14. Februar 1948 gefaßten Beschlüsse.

Haußleiter: Nicht alle, Herr Staatsrat, sondern nur insoweit er sich dadurch selbst außerhalb der Statuten der Christlich-Sozialen Union gestellt hat.

Schäffer: Dann würde ich bitten: Machen es die Herren so und schicken Sie mir ein Schreiben, in dem Sie Ihren Standpunkt präzisieren.

Vorsitzender: Das dürfte sich empfehlen. Das können wir ohne weiteres machen.

Haußleiter: Das läßt sich gut machen.

Schäffer: Das wird das einfachste sein. Ich betone und bitte, das zu Protokoll zu nehmen: Der Bezirksverband Oberbayern wollte erreichen, daß er im Rahmen der CSU bleiben kann (*Haußleiter*: Zurückkehren, müßten Sie sagen!), also gut, daß er bleiben kann, zurückkehren kann, und hält es für notwendig, daß vorher mit einem Gremium der Partei Verhandlungen geführt werden, ob er mit der Erfüllung seiner Forderungen rechnen kann.

Vorsitzender: Dazu darf ich vielleicht dann auch erklären: Der Vorstand ist durch die Statuten gebunden und kann satzungswidrige (*Sedlmayr*: Erklärungen! Wir können nicht wissen, was die Landesversammlung beschließt.) Erklärungen, satzungswidriges Verhalten nicht seinerseits noch durch satzungswidriges Verhalten bestätigen.

Schäffer: Ich erkläre konkret dazu: Zweck der Verhandlungen ist, möglichst gemeinsame Vorschläge für eine Landesversammlung auszuarbeiten, die Aussicht haben, in der Landesversammlung angenommen zu werden und dadurch die CSU in ihrem alten Bestand wieder zu festigen. Das ist meine Auffassung.

Haußleiter: Können sie erklären, daß die Entscheidung einer solchen Landesversammlung auf jeden Fall auch für Oberbayern bindend wäre?

Schäffer: Auf jeden Fall, wenn Sie alle abgelehnt werden. Meine Herren, das kann ich für meine Mitglieder unmöglich erklären, weil ich ihnen nicht befehlen kann, in der CSU zu bleiben. Es ist selbstverständlich, daß jedes Mitglied, wenn es will, ausscheidet. Ich will doch meinen Mitgliedern empfehlen, in der CSU zu bleiben. Das will ich mit gutem Gewissen empfehlen. Denn, meine Herren, Sie wissen selber, wie die Situation ist, jetzt müssen die Leute gehalten werden.

Vorsitzender: Ich darf dann ausdrücklich noch darauf hinweisen, Herr Staatsrat, daß der einzelne Kreisverband die statutenmäßige Grundlage der Organisation ist und der Bezirksverband nur eine organisatorische Zwischenstufe der Union ist.

Schäffer: Der Kreisverband kann praktisch nicht das tun, daß er seinen Mitgliedern empfiehlt, zu bleiben oder nicht ...

Strauß: Ich glaube, wir gehen hier zu weit, wenn wir sagen, daß ein Bezirksverband oder Kreisverband oder Ortsverband das empfehlen kann. Das ist eine Gewissensentscheidung für jedes Mitglied, ob es nach Lage der Dinge weiter in der Partei verbleibt.

Vorsitzender: Da kommen wir an einen Punkt, die Auflösung. Die Auflösung kann der Bezirksverband nicht so beschließen, daß damit die Organisation aufgelöst ist, etwas anderes ist es, wenn es die Kreisverbände beschließen. Das ist der

Grundfall, möchte ich ruhig sagen, warum ich gesagt habe, der Bezirksverband ist eine organisatorische Zwischenstufe, während der Kreisverband eine Grundorganisation ist, die verschiedenartige weitgehende Beschlüsse fassen kann.

Strauß: Wobei bei einer Auflösung der Kreisverband der CSU in dem betreffenden Kreis als erloschen, als nicht existierend gilt.

Vorsitzender: Die Rechtsgrundlage ist durch die Militärregierung geschaffen worden. Die Kreisverbände mußten Antrag auf Aufnahme in die Union stellen. Das wurde im Einzelfalle sowohl von der Militärregierung wie von mir als Landesvorsitzenden genehmigt[28]. Infolgedessen kann auch der einzelne Kreisverband wieder ausscheiden mit den Rechtswirkungen, die durch Anweisung der Militärregierung gegeben sind, nicht aber der Bezirksverband.

Dr. *Muhler*: Er könnte nur den Kreisverbänden empfehlen, aus der CSU auszuscheiden.

Strauß: Da ist noch eine Fußangel drin. Denn wenn ein Kreisverband austreten will, dann[29] gibt es in diesem Kreise keinen Kreisverband der Union mehr.

Vorsitzender: Dann ist diese bisherige Organisation nicht mehr der Kreisverband der Union, dann hat die Union ihrerseits die Möglichkeit, jederzeit dort einen zu gründen, aber die bisherige Organisation kann sich dann nicht mehr Christlich-Soziale Union heißen. Denn dann müssen wieder die Statuten eingehalten werden für die Beschlußfassung.

Strauß: Das wollte ich festgestellt wissen.

Vorsitzender: Das ist das Regulativ, das von der Militärregierung bei der Genehmigung der Partei geschaffen worden ist. Dieses Recht ist die Basis des Aufbaues der Union, ergänzt dann durch die Statuten, die von der Militärregierung anerkannt sind. Denn auch die Statuten-Änderungen müssen neuerdings wieder anerkannt werden[30].

Haußleiter: Bis zur Entscheidung der Landesversammlung – das ist vielleicht noch eine Frage.

Vorsitzender: Ich glaube ja.

Haußleiter: Bis zur Entscheidung der Landesversammlung hat der Bezirksverband Oberbayern außerhalb der Statuten der Union zu verbleiben im Sinne seiner Entschlüsse?

Vorsitzender: Was die einzelnen Kreisverbände wiederum nicht bindet. Denn die Beschlüsse können nur die Kreisverbände fassen. An und für sich ist die Rechtswirkung natürlich im einzelnen sehr schwer zu entscheiden.

Strauß: Wenn der Bezirks- oder Kreisverband sich außerhalb der Union gestellt hat – wir wollen das Ganze zuspitzen –, gebe es praktisch keinen Bezirksverband

[28] Zunächst wurden politische Parteien von der amerikanischen Besatzungsmacht nur auf Kreisebene zugelassen, was den organisatorischen Aufbau der CSU auf Bezirks- und Landesebene anfangs behinderte. Im Laufe des Jahres 1946 leistete allerdings der Druck der Amerikaner zur Eingliederung der Kreisverbände in die Parteiorganisation indirekte Hilfestellung beim Ausbau der CSU zu einem geschlossenen Landesverband. Vgl. Mintzel, Anatomie, S. 121 ff., und Schlemmer, Aufbruch, S. 64 f.

[29] In der Vorlage „die".

[30] Am 24. 2. 1948 lockerte die Militärregierung die zuvor rigiden Bestimmungen im Hinblick auf die bestehenden Parteien erheblich, die nun Gliederungen auf Orts- und Kreisebene weitgehend unbehindert gründen konnten. Vgl. Woller, Loritz-Partei, S. 20 f.

Oberbayern der Union mehr oder besser, was Müller sagt, gebe es in diesem Falle z. B. keinen Kreisverband Aibling mehr.

Vorsitzender: Praktisch ist es so, die Kreisverbände sind noch in der Union und nur der Bezirksverband hat sich außerhalb der Statuten gestellt und ist für uns im Moment (Dr. *Muhler*: nicht existierend?) – das ist zuviel gesagt – außerhalb der Rechtssphäre, vorsichtig ausgedrückt.

Haußleiter: Die Frage, die ich für zweckmäßig hielte, ist die, ob der Herr Staatsrat, nachdem er nach den Beschlüssen die Vollmachten zu solchen Entscheidungen hat, erklärt, daß er bis zu einer für ihn annehmbaren Entscheidung einer Landesversammlung gedenkt, in diesem Status außerhalb der Statuten der Union zu verbleiben.

Schäffer: Ich denke, mich an die Beschlüsse meines Bezirksverbandes zu halten. Die Sache ist so: Ich habe selbst angeregt, binnen vier Wochen eine neue Bezirksversammlung einzuberufen. (Dr. *Muhler*: Du hast Vollmacht?) Dieser Schwebezustand – ich habe die Vollmacht zu verhandeln. Ich soll die Verhandlungen erreichen. Wenn ich die Verhandlungen nicht erreichen kann, muß ich dem Bezirksverband berichten, daß es mir nicht möglich war.

Haußleiter: Sie haben aber auch die Vollmacht, die Landesversammlung durch den Bezirksverband zu beschicken. Das hat nur Sinn, wenn Sie die Beschlüsse dieser Gremien auch anerkennen.

Schäffer: Ich würde sie in dem Augenblick beschicken, wo ich Aussicht habe, daß dem, was der Bezirksverband Oberbayern will, Rechnung getragen wird.

Sedlmayr: Was heißt Aussicht haben? Können wir denn im voraus wissen, wie sich ein Landesausschuß verhalten wird?

Schäffer: Man kann ungefähr im voraus wissen, wie sich eine Landesversammlung verhält.

Vorsitzender: Herr Staatsrat, darf ich die konkrete Frage stellen, werden Sie Ihrerseits am Landesausschuß teilnehmen und wird der Bezirksverband am Landesausschuß teilnehmen?

Schäffer: Die Bezirksvorstandschaft von Oberbayern habe ich für morgen zusammengerufen. Mit ihr werde ich diese Frage besprechen.

Vorsitzender: Rein informatorisch.

Schäffer: Ich muß das Ergebnis des heutigen Abends sehen, wobei die Frage aufgeworfen ist, ob ich überhaupt stimmberechtigt wäre.

Strauß: Rein formaliter, Herr Staatsrat! Ich habe neulich schon, als noch Dr. Hundhammer Vorsitzender des Bezirksverbandes war, darauf hingewiesen, daß ich Mitglied der Bezirksvorstandschaft nach Paragraph 37 der Satzung bin und leider bisher nicht eingeladen worden bin.

Schäffer: Ich habe gesagt, sämtliche Mitglieder sollen geladen werden. Ich weiß nicht, ob Sie Mitglied sind.

Strauß: Im Paragraphen 37 heißt es:

„Die Bezirksvorstandschaft besteht aus den im Bereich des Bezirksverbandes ansässigen Mitgliedern der Landesvorstandschaft."[31]

[31] Daneben gehörten dem Bezirksvorstand der Bezirksvorsitzende, mindestens sechs weitere Mitglieder, die im Bereich des Bezirksverbands gewählten Landtagsabgeordneten der CSU sowie der

Ich bin rechtmäßig gewähltes Mitglied der Landesvorstandschaft, bin durch den Landesausschuß gewählt, und fühle mich somit als Mitglied der Vorstandschaft. Ich bin leider nie eingeladen worden.

Röhrl: Es gibt eine gewählte Bezirksvorstandschaft und die ganz große, das sind etwa 30, 32 Mitglieder.

Strauß: Das müßte satzungsmäßig festliegen. Man kann nicht zwei verschiedene Bezirksvorstandschaften festlegen.

Röhrl: Es ist morgen keine Vorstandschaftssitzung, sondern eine Delegiertensitzung, zu der gastweise die Vorstandschaft eingeladen ist. Es sind die Landesausschußdelegierten.

Strauß: Ich habe es nur eingeworfen, weil Herr Staatsrat sagte: Ich habe die Bezirksvorstandschaft einberufen und Sie angewiesen, die Bezirksvorstandschaft einzuberufen. Ich will damit keinen Zwirnsfaden spannen.

Röhrl: Die Abgeordneten sind nicht eingeladen worden.

Strauß: Dann hängt dieses Gremium etwas in der Luft. Entweder oder! Ich bin nicht irgendein Mitglied, sondern ein sehr aktiver Kämpfer.

Vorsitzender: Meine Damen und Herren, ich möchte nicht abschließen, wenn noch ein Wunsch besteht.

Schäffer: Ich muß morgen verreisen. Ich möchte bitten, wenn ich die schriftliche Fixierung, die die Herren festlegen wollen, noch möglichst morgen erhalten könnte, bis morgen mittag.

Vorsitzender: Wann verreisen Sie?

Schäffer: Morgen nachmittag.

Vorsitzender: Morgen vormittag ist Fraktionssitzung, nachmittag Landtag. Wir werden versuchen, daß wir es bis morgen mittag fertigbringen. Wenn es nicht geht, wissen Sie, daß morgen Fraktionssitzung und Landtag ist. Ich glaube, wir können es schon so machen.

Haußleiter: Ich glaube, wir können es heute abend machen. Es sind einander sehr widersprechende Nachrichten über den Rundfunk und durch die Presse gelaufen[32]. Ich frage, ob wir gemeinsam eine ganz kurze Meldung über die heute abend stattgefundene Besprechung geben sollen, über die wir uns einigen, oder ob es nicht geschehen soll.

Schäffer: Ich würde bitten, daß wir beiderseits nichts in die Öffentlichkeit geben. Das wäre besser.

Haußleiter: Daß wir darüber einig sind: Die Presse weiß, daß die Besprechung heute stattfindet, Herr Staatsrat. Ich bin angerufen worden deshalb.

Schäffer: Ich würde vorschlagen, nichts in die Presse zu geben.

Sedlmayr: Ich auch! Es dient bloß dem Sensationsbedürfnis der Presse. Das brauchen wir nicht zu befriedigen.

Vorsitzende der Bezirkstagsfraktion bzw. (bei städtischen Bezirksverbänden) der Stadtratsfraktion der CSU an. Satzung der CSU vom 4. 10. 1946, in: Protokolle und Materialien, Bd. 3, 1783–1803, hier S. 1793.

[32] Die Rebellion des Bezirksverbands Oberbayern hatte in der Presse hohe Wellen geschlagen. So titelte der Südost-Kurier am 18. 2. 1948: „Der ‚Staatsstreich' Dr. Schäffers", die Neue Zeitung berichtete am 15. 2. 1948 über die „Neue Krise der CSU", und der Kurier sprach am 16. 2. 1948 von einer „Revolte in der CSU". Die Süddeutsche Zeitung meinte am 17. 2. 1948 gar, man stehe „Vor einer Wende der bayerischen Politik".

Vorsitzender: Dann darf ich Herrn Staatsrat vielleicht fragen, ob Sie noch irgendeine Feststellung zu treffen haben? Ich glaube nicht. Dann darf ich die Besprechung jetzt schließen.

Schluß der Sitzung: 22.09 Uhr

Nr. 10

Beschlüsse des geschäftsführenden Landesvorstands der Christlich-Sozialen Union am 8. März 1948

ACSP, NL Müller C 17[1]

Der Landesvorstand hat in seiner gestrigen Sitzung folgende Beschlüsse einstimmig gefaßt, die durch die Kreisverbände umgehend auch den Ortsverbänden umgehend bekanntzugeben sind:

I. Der Landesvorstand gibt zur Vorbereitung der Aufstellung der Kandidatenlisten für die Gemeinde- und Kreistagswahlen[2] folgende allgemeine Weisungen an alle Bezirks-, Kreis- und Ortsverbände:
Die Aufstellung der Kandidatenlisten für die bevorstehenden Gemeinde- und Kreistagswahlen ist umgehend vorzubereiten. Dabei sind folgende Gesichtspunkte zu berücksichtigen:

1. Angesichts des neuen Wahlrechtes[3] sind nur Persönlichkeiten als Kandidaten aufzustellen, deren christliche und soziale Haltung Gewähr bietet, daß sie das Programm der Union zur Durchführung bringen.
2. In Ausnahmefällen können auf den Listen der Union, wenn besondere Gründe vorliegen, auch Personen von Ansehen und Bedeutung, die nicht der Union angehören, aufgestellt werden. Personen, die einer anderen Partei angehören oder nahestehen, dürfen auf einer Liste der Union nicht nominiert werden.
3. Die Arbeitsgemeinschaft Union der Ausgewiesenen ist ermächtigt, im Bedarfsfall besondere Listen in Verbindung mit den Kandidatenlisten der Christlich-Sozialen Union in Bayern aufzustellen.

[1] Die hier abgedruckten Beschlüsse des geschäftsführenden Landesvorstands, über dessen Sitzung am 8. 3. 1948 kein Protokoll vorliegt, wurden den Bezirks- und Kreisverbänden bereits einen Tag später in einem von Otto Schedl gezeichneten Rundschreiben der Landesgeschäftsstelle mitgeteilt.

[2] Die Kommunalwahlen fanden am 25. 4. und 30. 5. 1948 statt und bescherten der CSU schwere, zum Teil erdrutschartige Verluste, die nicht zuletzt auf das erstmalige Auftreten der Bayernpartei zurückzuführen waren. Vgl. Schlemmer, Aufbruch, S. 229–241, und Balcar, Politik auf dem Land, S. 175 f.

[3] Das Gemeindewahlgesetz vom 27. 2. 1948 (BGVBl. 1948, S. 19–22) hatte den Wählern in Artikel 24 die Möglichkeit des Kumulierens und Panaschierens eröffnet und so die personale Komponente gestärkt. In Artikel 3 des Landkreiswahlgesetzes vom 27. 2. 1948 (BGVBl. 1948, S. 17 f.) wurden diese Prinzipien übernommen. Daher mußten die Parteien darauf bedacht sein, möglichst zugkräftige Kandidaten zu nominieren.

II. Damit die Schlagkraft der Union in keiner Weise gefährdet wird, gibt der Landesvorstand in Verfolgung der Regensburger Entscheidungen[4] folgende Erklärung ab:

1. Die satzungswidrigen Beschlüsse des Bezirksverbandes Oberbayern vom 14. Februar 1948[5] sind auf der nächsten Bezirksversammlung von Oberbayern zurückzunehmen[6].
2. Der Brief von Staatsrat a. D. Fritz Schäffer an Dr. Adenauer[7] ist wegen seiner parteischädigenden Wirkung zu widerrufen.
3. Die Angriffe auf die Gesamthaltung der Partei werden zurückgewiesen.
4. Die Aufrechterhaltung und Wiederholung persönlicher Anschuldigungen wird verurteilt.

III. Die nächste Landesausschuß-Sitzung findet am 1. und 2. April 1948[8] mit folgender Tagesordnung statt:

1. Referate über die Arbeit der Union
   a) Die soziale Neuordnung.
   b) Unsere Agrarpolitik
   c) Sozialwerk
   d) Industrie – Siedlungs- und Wohnungsbau
   e) Sofortprogramm für die Neubürger
2. Verschiedenes

[4] Der Landesausschuß der CSU hatte am 28. 1. 1948 einen Entschließungsantrag angenommen, der die Beschlüsse der Bezirksversammlung der oberbayerischen CSU vom 14. 2. 1948 als satzungswidrig und parteischädigend verurteilte; weiter hieß es darin, Fritz Schäffer habe sich durch sein Vorgehen „außerhalb der CSU in Bayern gestellt". Protokoll der Sitzung des Landesausschusses der CSU am 28./29. 2. 1948 in Regensburg, in: Protokolle und Materialien, Bd. 2, S. 1661.

[5] Vgl. Nr. 9 mit Anm. 7.

[6] Der CSU-Bezirksverband Oberbayern kam dieser Forderung jedoch nicht nach; er hielt weiterhin an den Beschlüssen vom 14. 2. 1948 fest und forderte nun die Einberufung einer außerordentlichen Landesversammlung, um die Lage zu klären. BAK, NL Schäffer 22, Bl. 292–358, Protokoll der Bezirksversammlung der CSU Oberbayern am 10. 3. 1948 in München. Vgl. auch Schlemmer, Aufbruch, S. 226, und Henzler, Fritz Schäffer, S. 249f. und S. 259f.

[7] BAK, NL Schäffer 23, Bl. 201, Fritz Schäffer an Konrad Adenauer vom 14. 2. 1948. Schäffer hatte Adenauer darin von den Beschlüssen in Kenntnis gesetzt, die die Bezirksversammlung der oberbayerischen CSU am 14. 2. 1948 gefaßt hatte. Weiter schrieb Schäffer: „Sollten daher in dieser Zeit Tagungen der Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU stattfinden oder sonstige politische Entscheidungen notwendig werden, an denen die CSU in Bayern als Einheit beteiligt ist, dann bitte ich, mich zu diesen Besprechungen für den Bezirksverband Oberbayern zuzubitten."

[8] Das Protokoll der Sitzung des Landesausschusses der CSU am 1./2. 4. 1948 in Ingolstadt findet sich im ACSP, NL Müller C 25/4.

Nr. 11

Sitzung des geschäftsführenden Landesvorstands der Christlich-Sozialen Union am 29. April 1948

Tagesordnung[1]:
1. Konflikt mit der FDP
2. Reise des Parteivorsitzenden nach Toulouse
3. Auseinandersetzung mit Fritz Schäffer
4. Kommunalwahlkampf in Bayern
5. Fragen der Parteiorganisation
6. Berufung eines weiteren Vorstandsmitglieds

Tagungsort: unbekannt

Anwesend[2]: Haußleiter, Horlacher, Liedig, Meyer-Spreckels, J. Müller, Schedl, Sedlmayr

ACSP, LGF-LV

1. *Haußleiter* gibt einen Brief des Landesvorsitzenden der FDP, Dr. Dehler, bekannt, in dem sich Dr. Dehler über das Unionsplakat gegen die FDP beklagt (siehe Anlage[3]). Anschließend gibt Haußleiter den Entwurf des von ihm vorgeschlagenen Gegenplakats bekannt. Dieses Gegenplakat wird einstimmig genehmigt[4].

2. Im Einverständnis mit dem Landesvorstand stellt der *Landesvorsitzende* fest, daß für die Zeit seiner Abwesenheit (Reise nach Frankreich, Teilnahme am Kongreß der MRP in Toulouse[5]) für den Fall, daß sich bei Entscheidungen die beiden Stellvertreter des Landesvorsitzenden nicht besprechen können, für Fragen im südlichen Bereich Dr. Horlacher, für Fragen im nördlichen Bereich Haußleiter zuständig ist.

3. Landesschatzmeister *Liedig* gibt die im Mitteilungsblatt der Union Nr. 8, Seite 2, veröffentlichte Erklärung von Staatsrat a. D. Fritz Schäffer bekannt (siehe Anlage 2)[6]. Im Zuge der Aussprache über diese Veröffentlichung bringt Landesschatzmeister *Liedig* folgenden Antrag ein:

„Von allen Veröffentlichungen, die unter dem Namen und der Lizenz der Christlich-Sozialen Union in Bayern erscheinen, ist vor Drucklegung der Bürstenabzug dem Stellvertreter des Landesvorsitzenden August Haußleiter vorzulegen und von ihm zu genehmigen."

[1] Rekonstruiert anhand des Protokolltextes.
[2] Laut Anwesenheitsliste im Protokoll; ergänzt anhand des Protokolltextes.
[3] Handschriftlich vermerkt: „fehlt".
[4] Nicht ermittelt.
[5] Die Unterlagen über Josef Müllers Reise zum Congrès National des Mouvement Républicain Populaire (MRP), der vom 6.–9. 5. 1948 in Toulouse stattfand, finden sich im ACSP, NL Müller A 51.
[6] In den Mitteilungen der Christlich-Sozialen Union Nr. 8 vom 17. 4. 1948, S. 2, findet sich lediglich ein Bericht über den Fortgang der Auseinandersetzung um Fritz Schäffer auf der Tagung des Landesausschusses der CSU am 1./2. 4. 1948 in Ingolstadt. Gemeint ist eventuell: Mitteilungen der Christlich-Sozialen Union Nr. 5 vom 6. 3. 1948, S. 3: „Staatsrat Schäffer stellt richtig". Schäffer versuchte hier, die parteioffizielle Darstellung der Bezirksversammlung der oberbayerischen CSU am 14. 2. 1948 zu korrigieren, die am 21. 2. 1948 in den Mitteilungen der Christlich-Sozialen Union (Nr. 4, S. 1 f.) veröffentlicht worden war.

Dieser Antrag wird einstimmig genehmigt.

4. Landesschatzmeister *Liedig* legt dem Landesvorstand ein SPD-Plakat vor, das in Holzkirchen öffentlich angeschlagen war (siehe Anlage 3)[7]. Auf Vorschlag des *Landesschatzmeisters* wird der Landesgeschäftsführer beauftragt, das Plakat im Auftrag des Landesvorstandes an das Landesschiedsgericht als Beweismaterial für das gegen Staatsrat a. D. Fritz Schäffer eingeleitete Schiedsverfahren wegen parteischädigenden Verhaltens weiterzuleiten[8].

5. Dr. *Horlacher* gibt bekannt, daß nach seinen Informationen Staatsrat Schäffer bei einer Holzkirchner Versammlung im Hinblick auf die Führung der Christlich-Sozialen Union in Bayern geäußert habe: „der Dreck schwimmt oben" und „diejenigen, die von ihren Auslandsbeziehungen sprechen, sollen erst einmal nachweisen, daß sie im Ausland waren"[9].

Der Landesgeschäftsführer wird beauftragt, den Sachverhalt soweit möglich zu überprüfen und ihn gegebenenfalls dem Landesschiedsgericht zur Kenntnis zu geben.

6. Der *Landesvorsitzende* teilt mit, daß für den Wahlkampf in Bayern[10] folgende Persönlichkeiten der CDU zur Verfügung stehen: Jakob Kaiser, Ernst Lemmer[11], Professor Dovifat[12], Tillmanns[13] und Blank[14]. Kaiser soll in München und in

[7] Als Anlage zum Protokoll dieser Sitzung findet sich eine Abschrift dieses Plakats mit der Überschrift: „Ereignisse der Woche – Dreck ist Trumpf! ‚Führer, wir folgen Dir!'". In diesem Plakat, das mit einem Aufruf endet, bei den bevorstehenden Kommunalwahlen für die SPD zu stimmen, werden Äußerungen verschiedener Unionspolitiker zitiert, darunter auch scharfe Angriffe von Fritz Schäffer und Anton Pfeiffer gegen die Parteiführung um Josef Müller.

[8] Der Bezirksverband Oberfranken hatte am 13. 3. 1948 beantragt, Fritz Schäffer und Anton Pfeiffer wegen parteischädigenden Verhaltens aus der CSU auszuschließen. Josef Müller hatte die Delegierten des Landesausschusses am 1./2. 4. 1948 in Ingolstadt von diesem auch vom Bezirksverband Mittelfranken unterstützten Schritt unterrichtet. Vgl. Henzler, Fritz Schäffer, S. 251 f. Die Akten des Schiedsgerichtsverfahrens gegen Schäffer finden sich im ACSP, LSG, Mappe Fritz Schäffer.

[9] Nicht ermittelt.

[10] Am 25. 4. 1948 waren in Bayern die meisten Stadt- und Gemeinderäte sowie die Kreistage neu gewählt worden. Die CSU hatte dabei herbe Niederlagen einstecken müssen; bei den Gemeindewahlen kam die CSU nur noch auf 28,3 Prozent der Stimmen (1946: 43,6 Prozent), bei den Kreistagswahlen auf 44,2 Prozent (1946: 67,9 Prozent). Die Wahlen in den kreisfreien Städten Bayerns, auf die sich die Ausführungen Müllers beziehen, waren für den 30. 5. 1948 angesetzt. Die CSU schnitt auch diesmal mit 20,4 Prozent der Stimmen wesentlich schlechter ab als 1946 (45,1 Prozent). Vgl. Schlemmer, Aufbruch, S. 231–240. Unterlagen zu den Kommunalwahlen des Jahres 1948 finden sich im ACSP, NL Müller B 126 und B 127.

[11] Ernst Lemmer (1898–1970), ev., Gewerkschafter und Politiker, 1922–1933 Generalsekretär des Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaftsrings, 1924–1932 und 1933 MdR (DDP/DStP), 1945–1947 stellvertretender Vorsitzender der CDU in der SBZ, 1946–1949 MdL (CDU) in Brandenburg, 1950–1969 MdA (CDU) in West-Berlin, 1952–1970 MdB (CDU), 1956/57 Bundespostminister, 1957–1962 Bundesminister für Gesamtdeutsche Fragen, 1964/65 Bundesminister für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte, 1961–1970 Vorsitzender der Exil-CDU.

[12] Dr. Emil Dovifat (1890–1969), kath., Journalist und Zeitungswissenschaftler, seit 1928 Professor für Zeitungswissenschaft und allgemeine Publizistik und Direktor des Instituts für Zeitungswissenschaft in Berlin, 1945 Mitbegründer der CDU in Berlin, 1948–1961 Professor und Direktor des Instituts für Publizistik an der FU Berlin, 1951–1968 wissenschaftlicher Leiter des Deutschen Instituts für Publizistische Bildungsarbeit in Düsseldorf.

[13] Dr. Robert Tillmanns (1896–1955), ev., Diplom-Volkswirt, bis 1933 Regierungsrat in der preußischen Unterrichtsverwaltung, 1946–1948 MdL (CDU) in Sachsen, 1949–1955 MdB (CDU), 1949–1952 stellvertretender Vorsitzender, 1952–1955 Vorsitzender des CDU-Landesverbands Berlin, 1953–1955 Bundesminister für besondere Aufgaben, 1954/55 Vorsitzender des EAK der CDU.

[14] Theodor Blank (1905–1972), kath., Ingenieur, 1930–1933 Sekretär im Zentralverband Christlicher

Augsburg sprechen. Kaiser und Lemmer werden eine Woche im Wahlkampf zum Rednereinsatz in Bayern sein. Der Schwerpunkt im Wahlkampf ist in Franken zu bilden.

Mit der Vorbereitung des Rednereinsatzes werden Landesschatzmeister Liedig und Dr. Dinkel[15] beauftragt.

7. Auf Anregung von Herrn *Haußleiter* wird die Frage der Organisation der Landesgeschäftsstelle besprochen[16]. Hierzu bringt der *Landesschatzmeister* folgenden Antrag ein:

„Die Landesgeschäftsstelle wird in der Weise zu einer Landesleitung umgebaut, daß die vier Hauptabteilungen Organisation, Presse, Propaganda und Werbung, Statistik und Finanzen und Landesgeschäftsführer gebildet werden. Die vier Hauptabteilungen unterstehen den Herren Dr. Dinkel, Haußleiter, Liedig und Dr. Schedl. Diese vier Hauptabteilungsleiter sind gleichberechtigt. Sie haben in täglichen oder zweitägigen Lagebesprechungen die Planungen aufeinander abzustimmen. Werden die Beschlüsse nicht einstimmig gefaßt, so ist die Entscheidung des Landesvorsitzenden anzurufen."

Der *Landesgeschäftsführer* nimmt gegen diesen Vorschlag Stellung. Staatssekretär *Sedlmayr* rät von einer raschen und in dem vorgeschlagenen Umfang weitgreifenden Umorganisation ab. Auf Vorschlag von *Haußleiter* und [des] *Landesvorsitzenden* läuft die Umstellung der Landesleitung mit sofortiger Wirkung bis zur Rückkehr des Landesvorsitzenden von seiner Reise an.

8. Es wird folgendes auf Antrag des *Landesvorsitzenden* einstimmig beschlossen:

„Nach der Rückkehr des Landesvorsitzenden findet eine Vorstandssitzung mit folgender Tagesordnung statt:
1. Bericht des Landesvorsitzenden über seine Reise nach Frankreich
2. Organisation der Landesgeschäftsstelle
3. Kommunalwahlen"

9. Auf Antrag des Stellvertreters des Landesvorsitzenden, *August Haußleiter*, wird folgender Beschluß einstimmig gefaßt:

„Es werden sieben Bezirkssekretäre Junge Union sofort angestellt. Die Verträge sind zeitlich befristet bis zur Währungsreform auszustellen."

10. Die Frage der Berufung eines weiteren Mitglieds für den Landesvorstand wird auf die nächste Sitzung des Landesvorstandes verschoben.

Anmerkung: Nach Punkt 5 entschuldigt sich der Stellvertreter des Landesvorsitzenden, Dr. *Horlacher*, für die weitere Dauer der Sitzung.

Fabrik- und Transportarbeiter, 1946/47 MdL (CDU) in Nordrhein-Westfalen, 1947–1949 MdWR (CDU), 1949–1972 MdB (CDU), 1950–1955 Sicherheitsbeauftragter des Bundeskanzlers, 1955/56 Bundesverteidigungsminister, 1957–1965 Bundesarbeitsminister.

[15] Dr. Oskar Dinkel, Organisationsleiter der CSU, schied am 1. 10. 1948 aus der Parteizentrale aus.

[16] Zum Aufbau der Landesgeschäftsstelle Anfang 1948 und zur organisatorischen bzw. finanziellen Lage der CSU vor der Währungsreform vgl. Schlemmer, Aufbruch, S. 242ff., und Mintzel, Anatomie, S. 151ff.

Nr. 12

Notiz über die Sitzung des geschäftsführenden Landesvorstands der Christlich-Sozialen Union am 22. Juni 1948

ACSP, NL Müller C 25/6

Der Landesvorstand der Christlich-Sozialen Union in Bayern befaßte sich in seiner Sitzung am Dienstag, den 22. Juni 1948, mit der für breite Schichten unseres Volkes durch die Währungsreform geschaffenen sozialen Notlage.

Er nahm insbesondere zur Lage der Flüchtlinge, der Arbeitslosen, der entlassenen Beamten und Angestellten Stellung. Besondere Fürsorge müsse den Frauen zukommen, deren Männer noch in Kriegsgefangenschaft, vermißt oder gefallen seien. Die CSU wird weiterhin alles tun, um das Studium und die Berufsausbildung unserer Jugend sicherzustellen, wobei dem Gesichtspunkt der Begabtenauslese die notwendige Sorgfalt zuzuwenden ist. Der Landesvorstand hat weiter die Verlegung der für den 26./27. Juni 1948 in Augsburg vorgesehenen Landesausschuß-Sitzung durch den Landesvorsitzenden genehmigt[1].

Nr. 13

Sitzung des Landesvorstands der Christlich-Sozialen Union am 17. Juli 1948 in Augsburg

Tagesordnung[1]:
1. Regierungs- und Parteipolitik
2. Parteifinanzen
3. Schiedsgerichtsverfahren gegen Fritz Schäffer und Anton Pfeiffer
4. Verschiedenes

Tagungsort: Augsburg, Mundingstraße, St. Antonio-Kasino

Anwesend[2]: Barth, Berger, Blum, Donsberger, Ehard, Euerl, J. Fischer, Gamperl, Geiger, Haunhorst, Haußleiter, Höhenberger, Horlacher, Köhler, Krehle, Kübler, von Kühlmann, Kurz, Lacherbauer, Lang-Brumann, Liedig, Mayr, Meyer-Spreckels, J. Müller, Pflaum, Probst, Rinke, Schefbeck, Schmid, Schütz, Sedlmayr, Strauß, Unertl

[1] Der Landesausschuß tagte schließlich am 17./18. 7. 1948 in Augsburg; das Protokoll dieser Tagung findet sich im ACSP, NL Müller C 25/7.

[1] Die Tagesordnung, die Josef Müller zu Beginn der Sitzung nochmals bekanntgab, war mit dem Einladungsschreiben am 7. 6. 1948 (ACSP, LGF-LV 17. 7. 1948) verschickt worden. Punkt 1 kam aus Zeitmangel und wegen der unmittelbar folgenden Zusammenkunft des Landesausschusses nicht zur Verhandlung, statt dessen wurde auf Wunsch Hugo Geigers der ursprünglich nicht vorgesehene Punkt Parteifinanzen auf die Tagesordnung gesetzt.

[2] ACSP, LGF-LV 17. 7. 1948, Anwesenheitsliste zur Sitzung des Landesvorstands am 17. 7. 1948. Aufgenommen wurden nur Personen, deren Anwesenheit durch Unterschrift oder durch Redebeiträge eindeutig nachgewiesen werden konnte; die Funktion der Häkchen und Kreuze in der Anwesenheitsliste ließ sich nicht klären.

Beginn: 10 Uhr 31, Ende: 11 Uhr 50

ACSP, LGF-LV

Die Sitzung wird um 10.31 Uhr durch den Landesvorsitzenden der Christlich-Sozialen Union in Bayern Dr. Josef Müller eröffnet.

Vorsitzender: Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Freunde!

Ich eröffne die Landesvorstandschaftssitzung[3] und heiße Sie herzlich willkommen. Ich bitte die Verzögerung zu entschuldigen, sie lag nicht an uns[4]. Ich hoffe, daß noch einige Freunde eintreffen werden. Wir müssen natürlich damit rechnen, daß diesmal ein Teil der Leute schon aus Geldmangel nicht kommen wird. Wir sind beschlußfähig, wie ich soeben festgestellt habe, und zwar ist gerade die Beschlußfähigkeit eingetreten. Die Landesvorstandschaft zählt 58 Mitglieder. Davon sind bis jetzt 32 erschienen, so daß die Stimmfähigkeit gegeben ist. Die Tagesordnung ist bekannt. Sie ist mit der Einladung hinausgegangen und lautet:

1. Regierungs- und Parteipolitik.
2. a) Beschlußfassung der Landesvorstandschaft gemäß Paragraph 28 der Landesschiedsordnung wegen Zuständigkeit des Landesschiedsgerichts in den anhängigen Schiedsverfahren gegen die Parteifreunde Staatsrat a.D. Fritz Schäffer und Staatsminister Anton Pfeiffer.
   b) Gutachtliche Stellungnahme der Landesvorstandschaft gemäß Paragraph 22 der Schiedsordnung zu den vor dem Landesschiedsgericht anhängigen Schiedsverfahren gegen die obengenannten Parteifreunde.
3. Verschiedenes.

Werden Einwendungen gegen die Tagesordnung erhoben?

Pflaum: Zur Geschäftsordnung! Ich glaube, daß es in der heutigen Situation, in der die Union und wir alle stehen, nicht das Richtige wäre, wenn wir diese ersten Punkte, die zur Verlesung gekommen sind, durchführen würden. Ich glaube, wir würden uns dadurch nur noch weiter verkleinern als es sowieso schon geschehen ist[5], wenn wir die Schiedsgerichtsangelegenheit[6] weiterführen.

Vorsitzender: Ich darf hier feststellen: Es handelt sich um die Genehmigung der Tagesordnung. Was Sie meinen, gehört zur Debatte über die einzelnen Punkte.

[3] Diese Sitzung des Landesvorstands sollte ursprünglich am 15. 6. 1948 in München stattfinden, mußte dann aber aufgrund von Terminschwierigkeiten des Ministerpräsidenten verschoben werden. Der Landesvorstand traf in Augsburg zusammen, wo am 17./18. 7. 1948 auch der Landesausschuß tagte. ACSP, LGF-LV 17. 7. 1948, Einladungsschreiben der Landesgeschäftsstelle, gez. Franz Liedig, vom 7. 6. 1948 und Telegramm der Landesgeschäftsstelle an die Mitglieder des Landesvorstands der CSU vom 12. 6. 1948.

[4] Die Sitzung hätte eigentlich bereits um 9.30 Uhr beginnen sollen; ACSP, LGF-LV 17. 7. 1948, Einladungsschreiben der Landesgeschäftsstelle, gez. Franz Liedig, vom 7. 7. 1948.

[5] Pflaum spielt hier auf die verheerenden Ergebnisse der Kommunalwahlen des Frühjahrs 1948 (vgl. Nr. 11 mit Anm. 10) und den nach der landesweiten Lizenzierung der Bayernpartei einsetzenden Exodus von CSU-Mitgliedern (vgl. Balcar, Politik auf dem Land, S. 175–178) an. Zudem machten sich bereits die Folgen der Währungsreform bemerkbar – schon eine Bemerkung Josef Müllers zu Beginn der Sitzung ging in diese Richtung –, die der Hauptgrund für einen dramatischen Mitgliederschwund war; im Juni 1948 zählte die Partei 85310 Mitglieder, im Mai 1949 waren es nur noch 69444. Vgl. Schlemmer, Aufbruch, S. 456.

[6] Vgl. Nr. 11 mit Anm. 8.

Ich stelle fest, Einwendungen gegen die Tagesordnung als solche werden nicht erhoben. Damit ist die Tagesordnung genehmigt.

Wir kommen zu Punkt 1 der Tagesordnung „Regierungs- und Parteipolitik". Ich glaube, angesichts der Tatsache, daß wir verspätet anfangen, darf ich diesen Punkt der Tagesordnung vielleicht zurückstellen, denn wir werden uns im Landesausschuß natürlich auch eingehend über Regierungs- und Parteipolitik unterhalten[7]. Ich glaube, wir brauchen keine Doppeldebatte durch[zu]führen. Auch glaube ich nicht, daß etwas hier zu behandeln sein würde, was im Landesausschuß nicht behandelt werden könnte. Oder werden hier irgendwelche Wünsche geäußert, daß Themen behandelt werden, die nicht vor dem Landesausschuß behandelt werden sollen?

Staatssekretär *Geiger*: Meine lieben Parteifreunde! Ich höre immer wieder in Kreisen, in denen man sich über die Union unterhält, daß Bedenken über die Finanzlage unserer Partei vorgebracht werden. Ich würde vorschlagen, daß wir in der heutigen Sitzung unter uns doch einmal einen kurzen Bericht über die Finanzlage der Partei entgegennehmen, damit wir genauestens darüber informiert sind.

Vorsitzender: Gut, ich glaube, das ist auch ein wichtiger Punkt, den wir hier behandeln sollten. Ich darf vielleicht Liedig bitten, zur Finanzlage der Partei kurz Stellung zu nehmen.

Liedig: Meine Damen und Herren! Die Finanzlage der Partei ist, glaube ich, noch in keinem Moment eine gute gewesen[8]. Sie ist jetzt in Auswirkung der Währungsreformgesetzgebung[9] eine äußerst kritische geworden. Als ich am 2. April in die Landesvorstandschaft gewählt wurde[10] und dann vom geschäftsführenden

[7] Die Tagesordnung der Augsburger Sitzung des Landesausschusses, die am 17. 7. 1948 um elf Uhr beginnen sollte, sah eine Reihe von Referaten zur politischen Lage, eine politische Aussprache sowie die Diskussion von Fragen des Wahlrechts, der Parteiorganisation und der Parteiarbeit vor. Das Protokoll der Sitzung und die Tagesordnung finden sich im ACSP, NL Müller C 25/7.

[8] Das lag nicht zuletzt daran, daß lange Zeit eine statuarische Regelung fehlte. Das Finanzstatut der CSU wurde erst am 3. 1. 1948 beschlossen und vom Landesausschuß rückwirkend zum 1. 1. 1947 in Kraft gesetzt (abgedruckt in: Protokolle und Materialien, Bd. 3, S. 1811–1815). Doch auch danach besserte sich die Finanzlage nicht, da die Zahlungsmoral alles andere als gut war und insbesondere aus dem mitgliederstarken Bezirksverband Oberbayern kaum Beiträge eingingen. Vgl. Schlemmer, Aufbruch, S. 242.

[9] Die Währungsreform in den westlichen Besatzungszonen wurde in vier Gesetzen geregelt. Die beiden ersten, das Emissions- und das Währungsgesetz, traten am 20. 6. 1948 in Kraft. Das Emissionsgesetz übertrug der im März 1948 geschaffenen Bank deutscher Länder das alleinige Recht, Banknoten und Münzen auszugeben. Mit dem Währungsgesetz wurde die Deutsche Mark eingeführt und zudem eine „Kopfquote" von 60 DM festgelegt, von denen zunächst pro Person 40 DM zur Auszahlung kamen; Unternehmen erhielten „Geschäftsbeträge" in Höhe von 60 DM je Arbeitnehmer, die öffentlichen Haushalte eine bescheidene Erstausstattung. Das Umstellungsgesetz vom 27. 6. 1948 regelte die Umwandlung von Bar- und Sparvermögen im Verhältnis von zehn zu eins, wobei die Hälfte des DM-Betrages zunächst auf einem Festkonto blockiert wurde; Schulden wurden im selben Verhältnis umgestellt. Ausgenommen waren lediglich regelmäßige Leistungen Löhne und Gehälter, Mieten, Renten und Steuern, die im Verhältnis eins zu eins umgestellt wurden. Das Festkontengesetz vom 4. 10. 1948 bestimmte schließlich, daß 70 Prozent der auf Festkonten gutgeschriebenen DM-Beträge gestrichen wurden, zehn Prozent einem Anlagekonto gutgeschrieben und nur 20 Prozent freigegeben wurden. Somit wurden größere Reichsmarkguthaben nicht im Verhältnis von zehn zu eins, sondern im Verhältnis von 100 zu 6,5 umgewandelt. Vgl. Christoph Buchheim, Die Errichtung der Bank deutscher Länder und die Währungsreform in Westdeutschland, in: Fünfzig Jahre Deutsche Mark, S. 91–138, hier S. 129ff., und Abelshauser, Wirtschaftsgeschichte, S. 120–130.

[10] Die Delegierten des Landesausschusses wählten am 2. 4. 1948 in Ingolstadt zehn Mitglieder des

Landesvorstand das Mandat des Landesschatzmeisters übertragen bekam, war die finanzielle Situation der Partei so, daß eine erhebliche Illiquidität bestand. Das Hauptaugenmerk war darauf zu richten, die hohen Rückstände, die buchmäßig an berechtigten Forderungen gegenüber den Parteiorganisationen im Lande rund 700000 RM[11] ausmachten, forciert einzutreiben[12], um wenigstens für den Stichtag X der bevorstehenden Währungsreform einigermaßen liquid zu sein und ohne Verbindlichkeit, ja nach Möglichkeit mit einem Guthaben in die Währungsreform hineinzugehen[13], um so mehr als damals und bis unmittelbar vor Bekanntwerden der Währungsreformgesetzgebung Informationen bekannt geworden waren, daß mit der Möglichkeit einer günstigeren Umrechnung von Parteivermögen und von Vermögen charitativer Verbände gerechnet werden könnte. Vorbild war bekanntlich die Tschechoslowakei gewesen mit ihrer Währungsumstellung, die diese Guthaben im Verhältnis 1:1 aufgewertet hat[14]. Inzwischen haben wir bei der Durchführung der Währungsreform in der Ostzone erlebt, daß dort ebenso verfahren wurde[15]. Es ist in der Zeit vom 2. April bis zum Stichtag der Währungsreform gelungen, nicht nur die Partei völlig schuldenfrei zu machen, sondern darüber hinaus mit einem Kassenbestand von über 160000 RM Landesparteivermögen in die Währungsreform hineinzugehen[16]. Dadurch war die Voraussetzung geschaffen, daß wir in der Lage waren, von der sogenannten Betriebsbeihilfe[17] Gebrauch zu machen, durch die wir überhaupt die ersten flüssigen Mittel für die Fortsetzung des Parteibetriebes auf Grund der Angestelltenzahl der Partei im ganzen Land bekamen, eine Summe, die praktisch etwas über fünf Prozent liegt und die wir dann auf Grund der Währungsgesetzgebung nach Vorlegen der Unbedenklichkeitserklärung des Finanzamtes für Körperschaftssteuern erhalten haben.

Die Bemühungen aller politischen Parteien nicht nur in Bayern, sondern im gesamten vereinigten Wirtschaftsgebiet, in Verhandlungen mit der Militärregierung

Landesvorstand neu; Franz Liedig bekam dabei mit 84 mit die meisten Stimmen. ACSP, NL Müller C 25/4, Sitzung des Landesausschusses der CSU am 1./2. 4. 1948 in Ingolstadt.

[11] In der Vorlage: „70000"; eine Null wurde handschriftlich hinzugefügt.

[12] Beispielsweise ACSP, LTF I, 15–12/4 und 5, Franz Liedig an Alois Hundhammer und nachrichtlich an den CSU-Kreisverband Ebersberg vom 14. 6. 1948.

[13] ACSP, NL Müller C 15, Rundschreiben Franz Liedigs an die Bezirks- und Kreisvorsitzenden sowie an die Bezirks- und Kreisgeschäftsführer vom 26. 6. 1948.

[14] Zur Währungsumstellung in der Tschechoslowakei am 1. 11. 1945 vgl. Půlpánová/Půlpán, Výročí měnové reformy v roce 1945.

[15] In der SBZ wurde die Währung am 23. 6. 1948 auf der Basis des Befehls Nr. 111 der SMAD umgestellt, wobei der Einschnitt hier weniger tief war. Der Umstellungssatz betrug zwar auch hier zehn zu eins, die „Kopfquote" lag mit 70 DM (Ost) jedoch etwas höher. Sparguthaben wurden gestaffelt umgestellt: bis 100 RM im Verhältnis eins zu eins, bis 1000 RM im Verhältnis fünf zu eins, bis 5000 RM im Verhältnis zehn zu eins. Altsparkonten aus der Zeit vor 1945 wurden generell im Verhältnis zehn zu eins umgestellt und in eine staatliche Zwangsanleihe umgewandelt. Laufende Konten öffentlicher Betriebe sowie die Guthaben der SMAD, der Parteien und der Zentralbehörden wurden hingegen im Verhältnis eins zu eins umgestellt. Vgl. Winkel, Wirtschaft im geteilten Deutschland, S. 58 f., und Abelshauser, Wirtschaftsgeschichte, S. 125 f., sowie Zschaler, Vergessene Währungsreform.

[16] IfZ-Archiv, RG 260, 13/149–3/3, Notiz John P. Bradfords „Complaint of the Political Parties" für Albert C. Schweizer vom 9. 7. 1948.

[17] Hierbei handelt es sich wahrscheinlich um die „in Deutscher Mark zahlbare Übergangsbeihilfe für geschäftliche Zwecke (Geschäftsbetrag)", die nach der Zahl der Mitarbeiter und der Höhe der Altgeldguthaben berechnet wurde. Vgl. Paragraph 17 des Gesetzes Nr. 61 zur Neuordnung des Geldwesens (Währungsgesetz), in: BGVBl. 1948, S. 211–215, hier S. 214.

und deutschen Stellen eine Hilfe für die Partei durchzusetzen[18], sei es in Form einer nachträglichen Korrektur des Aufwertungs- oder Umwertungssatzes, sei es in der Form einer Dotation, wie sie die öffentlichen Kassen bekommen haben, sei es in Form eines zu angemessenen Bedingungen gegebenen und nicht zu kurzfristigen Kredits – denn die Partei als solche kann naturgemäß niemals Solawechsel[19] oder so etwas ausstellen – sind bisher offiziell noch nicht zu einem positiven Ergebnis gekommen. Es sind gerade von unserer Partei der Militärregierung auf Ansuchen auch bestimmte Vorschläge ausgearbeitet worden, die die Billigung der übrigen Parteien in Bayern befunden haben, Vorschläge, die darauf hinausgehen[20], etwa, da eine Umwertung zu einem günstigeren Satz als äußerst unwahrscheinlich erklärt wurde, auf der Basis der durchschnittlichen Monatsaufwendungen der politischen Parteien in Bayern im letzten Vierteljahr vor der Währungsreform eine Dotation in Höhe von zwei Monatssätzen der durchschnittlichen Ausgaben vor der Währungsreform zu erhalten[21]. Ein anderer Vorschlag, der schon von der SPD Hannover als der Gesamtpartei in den Westzonen in den Vorbesprechungen in Frankfurt in die Debatte geworfen worden war, ist ebenfalls von uns als Eventualvorschlag aufgegriffen worden, nämlich daß den Parteien nicht auf der Umrechnung der tatsächlichen Ausgaben der Monate vorher, sondern auf einen sonstigen Umrechnungsschlüssel Beträge zur Verfügung gestellt werden sollten. Es ist zunächst davon die Rede gewesen, daß pro Kopf der Wählerstimmen bei den Landtagswahlen in den einzelnen Ländern der beiden Westzonen des Vereinigten Wirtschaftsgebietes den Parteien ein Kredit oder eine Dotation zugestanden werden sollte in Höhe von 15–20 Pfennig[22]. Inzwischen sind, wie mir mitgeteilt worden ist, von der SPD Hannover an die Landesverbände der SPD Mitteilungen hinausgegeben worden, daß die Verhandlungen zu einem positiven Ergebnis geführt hätten und daß pro Wählerstimme in den letzten Landtagswahlen fünf Pfennig in Form eines Kredits zur Verfügung gestellt werden sollen, ein Kredit, der mehrere Monate Laufzeit hat und zu günstigen Bedingungen – es ist davon die Rede, daß er zwischen drei bis vier Prozent verzinst werden soll – zur Verfügung gestellt werden soll[23].

[18] Zu den im folgenden genannten Vorschlägen vgl. auch ACSP, NL Müller C 15, Franz Liedig an den Generalsekretär der Arbeitsgemeinschaft von CDU und CSU, den Landesvorstand der CDU Hessen und den Landesvorstand der CDU Württemberg-Baden vom 29. 6. 1948.

[19] Ein Solawechsel oder auch Eigenwechsel ist das schriftliche Zahlungsversprechen des Schuldners, daß er gegen Vorlage der Wechselurkunde an einem bestimmten Termin eine bestimmte Summe an den Gläubiger zahlen wird.

[20] In der Vorlage: „hineinsgehen".

[21] Die Militärregierung lehnte es jedoch letztlich ab, den Parteien Sonderkonditionen in welcher Form auch immer zu gewähren, da sie keinen Präzedenzfall schaffen wollte. IfZ-Archiv RG 260, 10/130–3/1, Memorandum „Currency Reform Cripples Party Finances", undatiert. Für die Amerikaner hatte die Stabilität der neuen Währung eindeutig Vorrang vor den Nöten der Parteien. Vgl. Schlemmer, Aufbruch, S. 245.

[22] ACSP, NL Müller C 15, Aktennotiz Franz Liedigs „Parteienfinanzierung" vom 24. 6. 1948.

[23] Am 22. 7. 1948 erhielt die CSU auf Weisung des bayerischen Finanzministeriums einen Kredit von 79700 DM, der mit $3^1/_8$ Prozent verzinst wurde und im Lauf des Jahres 1949 zurückgezahlt werden sollte. Das Kreditvolumen richtete sich nach dem Ergebnis der Landtagswahl von 1946, wobei der CSU für jede Wählerstimme fünf Pfennig gutgeschrieben wurden. Die erste Rate von 39850 DM wurde bereits am 23. 7. 1948 ausbezahlt. IfZ-Archiv, RG 260, 13/150–3/1, Bayerische Staatsbank an die CSU-Landesgeschäftsstelle vom 26. 7. 1948. Auf die zweite Rate wartete die CSU allerdings vergebens, da die Bayerische Staatsbank nach einer Intervention der Finanzabteilung von

Unsere Bemühungen, beim Währungskommissar für Bayern, dem Herrn Staatssekretär Dr. Müller vom Finanzministerium eine authentische Auskunft zu bekommen, sind bisher gescheitert[24]. Er hat sich mit Frankfurt wiederholt in Verbindung gesetzt, um von Frankfurt eine Mitteilung zu bekommen, wieweit die Dinge dort stehen, aber auch von dort nach dem letzten Stande der mir zugänglich gewordenen Informationen noch keine endgültige Zusage, aber auch noch keine Absage erhalten. Wir können also im Augenblick nicht damit rechnen, daß wir irgendeine solche Hilfe bekommen werden. Die Bemühungen darum werden fortgesetzt.

Infolgedessen ist es unter allen Umständen notwendig gewesen, von der gegebenen Rechtslage und Sachlage, genau wie die übrigen Parteien auch, Gebrauch zu machen und grundsätzlich eine sofortige Einschränkung des gesamten Arbeitsapparates vorzunehmen. Wir haben schon gleich am 26. Juni ein Rundschreiben an die Herren Bezirks- und Kreisvorsitzenden und an die Kreisgeschäftsführer[25] draußen gegeben, worin wir auf die Möglichkeiten und Notwendigkeiten hingewiesen haben. Wir haben aus dem Betriebsmittelfond zunächst eine Kopfquote auf die Angestelltengehälter hinausgegeben. Besonders schwierig ist für die Partei, das trifft wieder für alle Parteien zu, die Bestimmung der Währungsreformgesetzgebung, daß die Junigehälter ex post in voller Höhe in D-Mark zu bezahlen sind. Wir sind praktisch am 1. Juli mit einer Vorbelastung von zwei vollen Monatsgehältern in jedem Falle belastet worden, auch wenn wir am 1. Juli allen hauptamtlich und nebenamtlich angestellten Kräften der Partei eine Kündigung ausgefertigt hätten[26]. Der geschäftsführende Landesvorstand hat sich mit dieser Frage mehrfach befaßt[27]. Es ist dann schließlich die Entscheidung dahin gefallen, daß angesichts der Unsicherheit, woher die Mittel kommen können, die zur Aufrechterhaltung des Apparates notwendig sind, zunächst einmal grundsätzlich allen vertraglich angestellten Kräften der Partei gekündigt wird[28]. Im Bereich der Landesgeschäftsstelle ist diese Kündigung für ein Drittel des Personals eine definitive auf Ende des Monats Juli. Im Bereich des Landes wird versucht werden, etwa die Hälfte der Kräfte zu neuen Vertragsbedingungen zu verpflichten[29]. Mehr wird auch bei optimistischer Einschätzung der zukünftigen wirtschaftlichen und finanziellen Aufbringungsmöglichkeiten der Partei vorerst nicht gegeben sein. Die aus-

OMGUS die Auszahlung verweigerte. ACSP, NL Müller C 14, Aktennotiz Richard Schachtners für Josef Müller vom 20. 8. 1948, und NL Müller C 15, Franz Liedig an Josef Müller vom 26. 10. 1948.

[24] ACSP, NL Müller C 14, Aktennotiz Richard Schachtners für Franz Liedig vom 13. 7. 1948.

[25] ACSP, NL Müller C 15, Rundschreiben Franz Liedigs an die Bezirks- und Kreisvorsitzenden sowie an die Bezirks- und Kreisgeschäftsführer vom 26. 6. 1948.

[26] Richard Schachtner bezifferte allein die aus dieser Bestimmung resultierenden Personalkosten auf 95 831,14 DM. ACSP, NL Müller C 14, Notiz „Errechnung des Geldbedarfs für die nächsten 2 Monate (Juli und August 1948)" der Abteilung Statistik und Finanzen der CSU-Landesgeschäftsstelle vom 1. 7. 1948.

[27] Die entsprechenden Protokolle fehlen sowohl im Nachlaß Müller als auch in den Akten der Landesleitung.

[28] Vgl. dazu Mintzel, Anatomie, S. 234.

[29] ACSP, NL Müller C 17, Notiz der Organisationsabteilung der Landesgeschäftsstelle, gez. Oskar Dinkel, bezüglich der „Kündigung der haupt- und nebenamtlichen Kräfte bei den Bezirks- und Kreisverbänden" vom 2. 7. 1948.

gesprochenen Kündigungen halten grundsätzlich – das ist selbstverständlich – die vertraglichen Rechtsansprüche aller Beteiligten bis Ende Juli 1948 aufrecht.

Eine schwierige Frage war nun, wie soll und kann in der Zwischenzeit praktisch gearbeitet werden. Da hat zunächst das Personal der Landesgeschäftsstelle eine sogenannte Notgemeinschaft[30] gebildet und erklärt: Wir sind alle miteinander, auch diejenigen, die also endgültig Ende Juli ausscheiden müssen, bereit, [uns] ohne Rücksicht auf die bisherige Höhe der Bezüge und nach einheitlichen Sätzen ein Kopfgeld geben zu lassen. Diese Sätze sind, man muß wohl wörtlich sagen, das Äußerste, was zumutbar ist. Es erhalten monatlich Ledige 75 DM, Verheiratete 85 DM, für jedes unterhaltsberechtigte Kind fünf DM[31]. Das ist das Äußerste, was jemand zugemutet werden kann, um so mehr, wenn noch nicht einmal sicher ist, daß diese Summe tatsächlich bis Ende des Monats in voller Höhe bezahlt werden kann. Wir haben inzwischen Teilzahlungen darauf geleistet, und ich hoffe, daß es durch andere Aktionen, die eingeleitet wurden, möglich ist, diese Sätze voll auszubezahlen, wobei der Rechtsanspruch auf das vertraglich Zustehende vorbehalten bleibt, und darüber hinaus diejenigen, die endgültig ausscheiden, bereits wenigstens mit einer größeren D-Markquote auf das Junigehalt, auf das nur eine Abzahlung von 40 DM pro Kopf geleistet worden ist, abfinden zu können.

Es ist klar, daß im Wege der normalen Parteifinanzierung durch Beiträge gar nicht daran gedacht werden kann, in den nächsten Tagen und Monaten das Sollaufkommen auf Grund der Mitgliederzahl und der jetzigen Beitragshöhe zu erreichen. Es wurden daher sofort Schritte unternommen, durch besondere Werbeaktionen Mittel zu beschaffen. Zwei, drei Möglichkeiten sind dabei aufgegriffen worden. Schon in dem Rundschreiben vom 26. bzw. 28. Juni[32] sind die Kreis- und Bezirksverbände aufgefordert worden, nach Möglichkeit aus ihrer örtlichen Lage heraus Überbrückungshilfen zu gewähren, die auf die Umlageverpflichtung der Landespartei angerechnet und abgerechnet werden. Bei einem Großteil der Kreisverbände ist das inzwischen praktisch schon in gewissem Umfang angelaufen. Denn es hat sich gezeigt, daß eine Reihe von Kreisverbänden über nicht unbeträchtliche Guthaben bei der Währungsumstellung verfügt haben und daraufhin auch jetzt die Konten in Anspruch nehmen konnten. Auch sind in manchen Gebieten schon sehr erhebliche Kleinwerbeaktionen mit Erfolg durchgeführt worden. Darüber hinaus haben die Arbeitsgemeinschaften, insbesondere die Arbeitsgemeinschaft für Handel, Handwerk, Gewerbe und Industrie, eine Finanzwerbung eingeleitet mit überstempelten, auf D-Mark umgestellten Bausteinen, eine Aktion, deren Ergebnis noch nicht abzuschätzen ist[33]. Die ersten Resultate sind

[30] Die Notgemeinschaft hatte sich die Aufgabe gestellt, „aus eigener Initiative unabhängig von den Massnahmen der Landesvorstandschaft Mittel zur Aufrechterhaltung der Parteiorganisation zu beschaffen und Massnahmen durchzuführen, die zu diesem Ziele führen". ACSP, NL Müller C 15, Aktennotiz Richard Schachtners über eine Besprechung mit Josef Müller am 2. 7. 1948.

[31] ACSP, NL Müller C 15, Aktennotiz Franz Liedigs vom 1. 7. 1948.

[32] ACSP, NL Müller C 15, Rundschreiben Franz Liedigs an die Bezirks- und Kreisvorsitzenden sowie an die Bezirks- und Kreisgeschäftsführer der CSU vom 26. 6. 1948.

[33] Die „Unions-Bausteine" waren fiktive Anteilsscheine an der Union ohne jeden Rechtstitel, die damit eingeworbenen Gelder also de facto reine Spenden. Im Rahmen einer Rundreise der Notgemeinschaft wurden für jeden hauptamtlichen Kreis- und Bezirksgeschäftsführer derartige „Bausteine" in der doppelten Höhe des jeweiligen Gehalts ausgegeben. Die Hälfte des auf diese Weise eingenommenen Geldes sollte zur Finanzierung der Gehälter der Geschäftsführer dienen. ACSP,

aber immerhin so, daß man annehmen darf, daß auf diesem Weg eine spürbare Erleichterung der kritischen Finanzlage der Partei eintritt[34].

Darüber hinaus ist ein gemeinsamer Aufruf des Herrn Ministerpräsidenten, des Herrn Parteivorsitzenden, des Herrn Landtagspräsidenten an alle Festbesoldeten der Partei hinausgegangen[35], daß sie freiwillig ein Notopfer für die Partei von ihren Bezügen, die sie weiter in D-Mark bekommen, stiften sollen. Das Ergebnis dieses Aufrufes kann ich noch nicht sagen.

Neben dieser Aktion ist von Mitgliedern der Landtagsfraktion in der Fraktion ein Antrag gestellt worden, daß jeder Abgeordnete außer der regulären Abgabe für die Fraktion und Partei eine einmalige Abgabe von 25 DM leisten soll und wovon 15 DM an die Landespartei abgeführt werden sollen. Von dieser Abführung an die Landespartei sind bisher 1000 DM eingegangen[36].

In einer Reihe von Vorschlägen, die aus dem Lande gekommen sind, ist immer wieder auch die Forderung erhoben worden, daß die Mitglieder der Staatsregierung zu einem einmaligen Opfer aufgefordert werden sollen[37]. Es ist dann nach Zustimmung durch den geschäftsführenden Landesvorstand unter dem 6. Juli ein Schreiben an die Mitglieder der Bayerischen Staatsregierung von mir als Landesschatzmeister im Auftrage ausgefertigt worden[38] mit einer Sammelliste, die beigefügt wurde. Die Mitglieder der Bayerischen Staatsregierung wurden gebeten, einen Prozentsatz ihres Einkommens für die Monate Juli und August der Parteiarbeit zur Verfügung zu stellen. Rund die Hälfte der Mitglieder der Bayerischen Staatsregierung hat bisher Spenden auf Grund dieses Aufrufes gezeichnet und geleistet. Der Durchschnitt liegt bei 70 DM. Es sind Spenden von 50 und 100 DM im Monat dabei, aber die Hälfte der Mitglieder der Staatsregierung war bisher teils trotz wiederholter Vorsprachen nicht zu erreichen, teils nicht zu bestimmen, diesem Notopfer praktisch zu entsprechen[39].

So ist die Lage, meine Damen und Herren. Die Verhandlungen über den Parteikredit werden hoffentlich in der nächsten Woche zu einer Entscheidung führen, denn von dieser Entscheidung hängt ja wesentlich ab, ob wir nicht gezwungen sind, in noch größerem Maße als wir vorgesehen hatten, Einschränkungen der Arbeit der Kräfte im Lande und bei der Landesgeschäftsstelle durchzuführen. Wenn wir als Partei weiter bestehen und einigermaßen arbeiten wollen, ist infolgedessen

NL Müller C 14, Reisebericht über die von der Notgemeinschaft durchgeführte Rundreise vom 19. 7. 1948. Zwischen dem 21. 6. und dem 20. 9. 1948 brachte der Verkauf von „Unions-Bausteinen" insgesamt 3659,20 DM in die Kasse der CSU. NL Müller C 14, Memorandum Richard Schachtners „Die Finanzen der Union nach der Währungsreform" vom 24. 9. 1948.

[34] Die verschiedenen Werbungs- und Sammlungsaktivitäten im Juni und Juli 1948 brachten immerhin rund 10000 DM ein. BayHStA, NL Ehard 1263, Rundschreiben „Unions-Finanzen" vom 23. 5. 1949.

[35] Nicht ermittelt.

[36] Am 30. 6. 1948 hatte die Landtagsfraktion eine einmalige Umlage von 25 DM je Mitglied beschlossen, von der zwei Fünftel an die Bezirksverbände und drei Fünftel an den Landesverband gehen sollten (ACSP, LTF-P, Protokoll der Fraktionssitzung am 30. 6. 1948). Bis zum 25. 8. 1948 hatten 94 der 103 CSU-Abgeordneten die 25 DM bezahlt. LTF, Mappe Sonderumlage.

[37] Beispielsweise ACSP, NL Müller C 13, Otto Schedl an Josef Müller vom 5. 7. 1948, und NL Müller C 223, Georg Gamperl an Josef Müller vom 5. 7. 1948.

[38] Nicht ermittelt.

[39] Die wiederholten Spendenaufrufe an die Adresse der Minister und Staatssekretäre zeitigten nicht die erhoffte Wirkung. Bis zum Mai 1949 spendeten die Regierungsmitglieder der CSU insgesamt nur 3090 DM. BayHAStA, NL Ehard 1263, Rundschreiben „Unions-Finanzen" vom 23. 5. 1949.

in der Zukunft eine intensive Finanzwerbung in Klein- und Kleinstbeträgen notwendig.

Ich möchte hier nur einmal eine Übersicht geben, wie die Lage in der RM-Zeit gewesen ist, damit man sie nicht zu optimistisch beurteilt. Ich habe eine Zusammenstellung der Verbindlichkeiten der einzelnen Kreisverbände der einzelnen Bezirke gegenüber der Landespartei auf Grund des Finanzstatuts, das in Erlangen beschlossen worden ist, gerechnet auf den 30. Juni 1948, aufgestellt. Wir haben den 30. Juni 1948 und nicht den Stichtag[40] als Berechnungsgrundlage genommen, weil nach dem Stichtag nach Ablauf der ersten Sperrwoche noch eine Reihe Überweisungen auf Postscheck- und Bankkonto gutgeschrieben wurden.

Die Gesamtsumme – weil gegenüber dem ersten noch das zweite Vierteljahr an Beiträgen fällig geworden war – der satzungs- und finanzstatutgemäß geschuldeten Zahlungen an die Landespartei aus allen Kreisverbänden des Landes beträgt per Juni 1948 616047,15 RM. Wie sich das im einzelnen auf die Bezirksverbände verteilt, ist vielleicht nicht in absoluten Zahlen, aber in Prozentzahlen bekanntzugeben, nicht ohne Interesse. Davon entfallen auf Oberbayern 28,4 Prozent, das ist mindestens das Doppelte jedes anderen Bezirksverbandes – und es ist der bei weitem schlechteste Bezirksverband –, auf München ein Prozent – es ist der beste hinsichtlich dessen, was der Kreis München noch von der Gesamtsumme schuldet. Ich glaube, wir müssen uns darüber klar sein, daß es schon in der Reichsmarkzeit mit größten Schwierigkeiten verbunden war, die Gelder hereinzubekommen. Wir haben damals zu dem auch uns sehr unerwünschten Mittel der Treibstoffzuteilung[41] im Verhältnis zu dem tatsächlichen Finanzaufkommen greifen müssen. Wenn wir also sehen, daß damals schon die Leistungen der einzelnen Bezirksverbände sehr unterschiedlich waren, so glaube ich, daß wir keinen Grund haben, optimistisch zu sein, daß es jetzt in den ersten Monaten der DM leichter sein wird, auch nur ein Minimum an Geld aufzubringen, wenn nicht alle Kräfte der Partei mit größter Intensität sich der Aufgabe der Finanzwerbung bis in Kleinstbeträge von zehn und 20 Pfennig hinein widmen werden[42].

Vorsitzender: Meine lieben Freunde! Sie haben den Überblick gehört; ich kalkuliere folgendermaßen: Wir werden kaum den Beitrag in der Höhe halten können wie bisher[43]. Es wäre verfehlt, heute schon einen Beschluß zu fassen, denn noch niemand kann einen Überblick über Preise und Löhne und Gehaltsniveau haben. Aber davon müssen wir ausgehen, daß sich die bisherige Höhe des Partei-

[40] Der Stichtag der Währungsreform in den drei Westzonen war der 20. 6. 1948.

[41] Die „Treibstoffprämie" diente der Landesleitung als sanftes Druckmittel, um die Bezirks- und Kreisverbände der CSU zur laufenden Abführung der Beitragsanteile als auch zur Tilgung ihrer Altschulden beim Landesverband zu bewegen. Im Gegenzug zu den Zahlungen, zu denen die Gliederungen satzungsgemäß ohnehin verpflichtet waren, sollten sie vom Landesschatzmeister Treibstoffmarken erhalten. Die Spritmenge richtete sich sowohl nach der Höhe der Summe der abgeführten Beiträge als auch nach der prozentualen Erfüllung der Zahlungsverpflichtungen gegenüber dem Landesverband. ACSP, NL Müller C 15, Rundschreiben Franz Liedigs an die Kreis- und Bezirksverbände der CSU vom 19. 4. 1948.

[42] Diese pessimistische Sicht der Dinge war durchaus berechtigt. Nach der Währungsreform stellten die Kreis- und Bezirksverbände die Beitragsleistungen an den Landesverband fast vollständig ein, was dazu führte, daß das Sollaufkommen der Einnahmen des Landesverbands nach der Währungsreform um 92,3 Prozent unterschritten wurde. ACSP, NL Müler C 14, Notiz Richard Schachtners „Die Finanzen der Union nach der Währungsreform" vom 24. 9. 1948.

[43] Der normale Beitragssatz belief sich vor der Währungsreform monatlich auf eine RM.

beitrages kaum mehr durchhalten läßt. Wir wären ferner nie zu einem ausgeglichenen Haushalt gekommen, das darf ich ruhig sagen, wenn es mir nicht gelungen wäre, bestimmte Mittel zu aktivieren. Wir hatten früher schon immer die Schwierigkeit, daß wir auf den Beitrag angewiesen waren. Ich sage Ihnen ehrlich, meine Erfahrung ist die, daß der arme Teufel am ehesten gezahlt hat (Zuruf: Leider ja!). Deswegen kalkuliere ich auch, daß, wenn die Löhne und Gehälter wieder einigermaßen gezahlt werden, wir von dort am ehesten wieder das Geld bekommen. Es hat sich gezeigt, daß die Flüchtlinge im allgemeinen sogar besser gezahlt haben als manche andere. Es waren keine hohen Summen, aber es hat sich summiert. Es hat sich auch gezeigt, daß die Arbeiter gezahlt haben. Ich rechne, daß das wiederkommt. Es kommt nur darauf an, die Zwischenzeit zu überbrücken. Ich kann ruhig sagen, ich habe sehr viele sorgenvolle Nächte darüber gehabt. Und was draußen zusammengequasselt und an Gerüchten durchgegeben worden ist von Leuten, die mitverantwortlich gewesen wären, daß die Partei finanziell gehalten wird, ging so weit, daß man nur sagen konnte: Dummheit oder Wahnsinn der Selbstvernichtung[44].

Wir haben im Rahmen des Möglichen alles unternommen. Es kommt mir heute wie ehedem darauf an, keine Mittel zu nehmen, die irgendwie politisch zweckgebunden sind. Denn unsere Partei als eine christliche und soziale Partei kann es sich nicht leisten, daß sie in Abhängigkeit gerät von irgendwelchen, ich möchte sagen, um das Kind beim Namen zu nennen, kapitalistischen Gruppen. Das wäre unmöglich. Wenn man das tun würde, ginge es vielleicht leichter. Ich habe aber Aktionen eingeleitet von Leuten, die uns nahestanden[45], und ich habe die berechtigte Hoffnung, daß wir wenigstens soviel haben, daß wir einigermaßen den Betrieb durchhalten können[46].

Daß unsere Angestellten so opferwillig waren, muß unter allen Umständen anerkannt werden. Ich möchte hoffen, daß das ein Vorbild für viele andere bis oben hinauf würde (Sehr richtig!). Denn die Leute arbeiten, trotzdem sie so wenig Mittel haben, mit aller Intensität. Ich habe sie gebeten, von vornherein damit zu rechnen, daß wir sie nicht durchhalten können, und sie sind uns trotzdem treu ge-

[44] Die schwierige Finanzsituation der CSU spielte auch in den parteiinternen Führungs- und Flügelkämpfen eine nicht unwichtige Rolle. Insbesondere Alois Hundhammer warf Josef Müller immer wieder vor, für die Misere verantwortlich zu sein und forderte Konsequenzen. Ihm kamen daher Gerüchte keineswegs ungelegen, die von einem Schuldenstand der Partei von mehr als 500000 DM wissen wollten. Zwar war diese Zahl viel zu hoch gegriffen, die Gerüchte trugen aber doch dazu bei, die Mitglieder der CSU zu verunsichern und die Stellung des Parteichefs zu schwächen. Vgl. Schlemmer, Aufbruch, S. 259.

[45] Eine dieser Aktionen war die Gründung des Wirtschaftsbeirats der Union, der aus dem wirtschaftspolitischen Ausschuß der CSU hervorging. Die Anfänge des Wirtschaftbeirats reichen in das Jahr 1947 zurück, seine Gründung als eingetragener Verein, als rechtlich selbständige Vereinigung außerhalb der CSU, erfolgte jedoch erst am 14. 6. 1948. Zu den einflußreichsten Initiatoren gehörten – neben Josef Müller und Max Grasmann – Hanns Seidel, Lorenz Sedlmayr und Franz Elsen, später auch Georg Haindl. Die großen Hoffnungen, die insbesondere Müller hinsichtlich der Finanzierung der CSU in den Wirtschaftsbeirat setzte, erfüllten sich jedoch nicht. Vgl. Mintzel, Anatomie, S. 212ff.; Josef Müller und der Wirtschaftsbeirat der Union. Interview mit Christa Müller, in: Partner im Dialog, S. 17ff., und Schlemmer, Aufbruch, S. 248.

[46] Der Optimismus Müllers erwies sich jedoch als unbegründet, da weder die staatlichen Kredite noch die eigenen Einnahmen der CSU in dem erhofften Ausmaß eingingen. Vgl. ebenda, S. 248f.

blieben. Ich habe deswegen auch, als ich in der Schweiz war[47], für unsere Leute gebeten. Es ist mir gelungen, aus privater Quelle, nicht von der Christlichen Nothilfe[48], Mittel zu bekommen, daß ich jedem der Leute ein Carepaket, ein Liebesgabenpaket übermitteln lassen konnte, um ihnen wenigstens zu zeigen, daß wir das tun, was wir können, um ihnen irgendwo zu helfen, wo eine praktische Hilfe möglich ist. Ich werde versuchen, diese Aktion fortzusetzen und noch einmal etwas herbeizuschaffen, damit unsere Leute auch da bei guter Arbeitsstimmung bleiben.

Kalkulieren können Sie im Augenblick so wenig, wie ich kalkulieren kann. Wir müssen nur damit rechnen, daß wir die Zeit überbrücken müssen, und wir müssen hoffen, daß wir vielleicht bis zum nächsten Zusammenkommen so weit sind, daß wir einigermaßen klarer sehen.

Werden noch weitere Auskünfte gewünscht?

Frau Dr. *Meyer-Spreckels*: Eine Frage, die im Lande aufgetaucht ist: Es wurde gesagt, die Leute, die die Kündigung nicht annehmen und sich bereit erklärten, die 75 DM zu bekommen und nachher nach zwei Monaten doch abgebaut werden, stehen sich schlechter. Es ging wenigstens nicht deutlich aus dem bisher Gesagten hervor, ob das so ist. Jedenfalls, wir haben es nicht klar verstanden.

Liedig: Es heißt ausdrücklich „unter Aufrechterhaltung ihrer vertraglich zustehenden Rechtsansprüche"!

Frau Dr. *Meyer-Spreckels*: Dann haben die Herren das mißverstanden.

Vorsitzender: Wir werden versuchen, unsere Leute durchzuhalten, soweit es irgendwie geht. Selbstverständlich muß gespart werden, wo irgendwie gespart werden kann. Das ist ein selbstverständliches Gebot. Ich habe den Leuten damals erklärt, entweder ihr beschränkt euch oder wir müssen noch mehr hinauswerfen. Und sie haben sich beschränkt. Das ist eine anzuerkennende Solidarität, die die Leute gezeigt haben, und deshalb sind wir verpflichtet, soweit es irgendwie geht, ihnen durchzuhelfen.

Es gibt noch eine Schwierigkeit. Wir waren gerade im Umbau der Räume Paul-Heyse-Str. 29, denn wir brauchen unter allen Umständen mehr Räume und wir müssen aus den Räumen, die wir jetzt haben, heraus. Wir stehen noch vor den letzten Arbeiten, vor dem Einfügen der Fensterrahmen usw. Wir müssen den Auftrag zunächst stornieren, weil wir erst die Mittel beschaffen müssen. Es ist damit zu rechnen, daß wir die Arbeiten in absehbarer Zeit doch durchführen können, denn wir müssen sie durchführen[49].

Ich rechne persönlich damit, daß uns jetzt das, was wir dauernd gewollt haben, als ein Kuckucksei mit neuen großen Sorgen gegeben wird, nämlich die Parteipresse. Solange es leicht möglich gewesen wäre, aus dem, was man in der „Rundschau"[50] angesammelt hatte, die Parteipresse hinzustellen, solange hat man die

[47] Josef Müller war vom 26. 6.–2. 7. 1948 in der Schweiz, um an einer Tagung der Christlichen Nothilfe teilzunehmen. ACSP, NL Müller J 1, Reisen des Herrn Dr. Müller im Jahr 1948.

[48] Die Christliche Nothilfe e.V. war im Mai 1946 von Johann Jakob Kindt-Kiefer und Joseph Wirth als „Hilfswerk für das hungernde Deutschland" in der Schweiz ins Leben gerufen worden und hatte sich zunächst hauptsächlich die Verteilung von Lebensmittelspenden zur Aufgabe gemacht.

[49] Vgl. Nr. 18.

[50] Gemeint ist die Bayerische Rundschau, die den Untertitel „Halbmonatsschrift der Christlich-So-

Genehmigung nicht bekommen. Im Augenblick scheint es, als ob die Parteipresse kommen wird[51]. Aber wir werden uns dann schwer anstrengen müssen, um die Parteipresse so zu finanzieren, daß sie nicht auch wieder in irgendeine Abhängigkeit von irgendeinem Geldgeber gerät. Aber auch aus den Gründen muß ich dafür sorgen, daß die Raumverhältnisse gebessert werden, sonst können wir nicht anfangen. Täuschen Sie sich aber nicht: Wenn draußen schon große Reden losgehen, sobald etwas von der Parteipresse gesagt wird, man könnte an jedem Ort eine Parteizeitung errichten, so möchte ich gleich dazu sagen: Das kommt bestimmt nicht in Frage, und selbst wenn uns mehr Zeitungen zugestanden würden, meine Damen und Herren, können wir heute nicht mehr als eine herstellen, rein materialmäßig und arbeitskraftmäßig. Aber ich versuche jedenfalls heute schon, so zu kalkulieren, daß man dann in diesem Augenblick, in dem die Möglichkeit gegeben wird, diese Zeitung auch hinstellen kann.

Donsberger: Durch uns sind eine größere Anzahl von Personen in gut bezahlte Staatsstellungen gekommen. Ich möchte anfragen, ob nicht auch an diese Personen herangetreten werden könnte. Ich stehe auf dem Standpunkt: Wer Posten durch uns erhalten hat, die gut dotiert sind, soll auch Entsprechendes leisten.

Vorsitzender: Es ist ein eigener Aufruf herausgegeben worden, der sich gerade an diese Leute gewandt hat, wobei man zu verstehen gegeben hat, daß man die Haltung dann entsprechend beachten wird und daß diejenigen, die da versagen (Zuruf: Die Landräte!) damit rechnen müssen, daß man auch in Zukunft dieses Versagen feststellen und daraus Konsequenzen ziehen wird. Denn es ist eigentlich eine Selbstverständlichkeit.

Kübler: Ich mache darauf aufmerksam, daß die finanzielle Sanierung unserer Partei stark beeinflußt wird von der Sanierung ihrer inneren Verhältnisse. Wenn es nicht gelingt, hier auch eine Bereinigung herbeizuführen (*Haußleiter*: Ausgezeichnet!), die unbedingt notwendig ist, dann dürfen Sie sich nicht wundern, wenn sehr viele Menschen, die bisher helfend an die Hand gegangen sind, wenn es galt, finanzielle Beihilfe zu leisten, den Glauben an uns verlieren und nicht mehr dabei sind, sondern beiseite stehen. Es liegt mir sehr am Herzen, daß nun unbedingt Mittel und Wege gesucht werden, um den inneren Zwist zu überbrücken und zu bereinigen und wieder in Ordnung zu bringen. (*Köhler*: Bereinigung, nicht Überbrückung!)

Es muß auch hinsichtlich der Beiträge eine Remedur geschaffen werden. Was Liedig vorschlägt, gibt ein schiefes Bild. Es kann ein Bezirksverband sehr gut stehen, der wenig Mitglieder hat, während einer, der viele Mitglieder hat und solche, die leistungsschwach sind, also auch viele Flüchtlinge, seinen Verpflichtungen nicht nachkommen kann. Wir werden für jeden Flüchtling mit dem vollen Beitrag belastet, ob er in der Lage ist, ihn zu bezahlen oder nicht. Ich und die Freunde können nicht dauernd für Hunderte von Menschen den Beitrag leisten. Es muß

zialen Union in Bayern" trug und seit Mai 1946 in einer Auflage von 80000 Exemplaren erschien. Vgl. Mintzel, Anatomie, S. 162.

[51] Nachdem die amerikanische Militärregierung bislang nur Mitteilungsblätter zugelassen, parteigebundene Tageszeitungen aber abgelehnt hatte, schien sich im Sommer 1948 ein Umschwung der amerikanischen Pressepolitik anzubahnen. BayHStA, NL Ehard 1268, Rundschreiben Franz Liedigs an alle Bezirks- und Kreisverbände sowie die Arbeitsgemeinschaften auf Landesebene vom 23. 7. 1948.

unbedingt differenziert werden. Es muß dem Flüchtling und Minderbemittelten die Möglichkeit gegeben sein, Mitglied zu sein, auch dann, wenn er nicht den vollen Beitrag leistet. Diese Frage muß unbedingt geklärt werden.

Liedig: Nach dem Finanzstatut Paragraph 7 ist es jederzeit möglich, daß der Ortsverband die Mitgliedsbeiträge für Leistungsschwache herabsetzt[52].

Kübler: Aber die Landesgeschäftsstelle verlangt den vollen Beitrag und belastet mich, wenn ich 1000 oder 2000 habe, mit sechs oder zehn DM.

Liedig: Darf ich dazu feststellen, daß ausgerechnet die Bezirksverbände, an der Spitze Niederbayern, die eine solche stärkere Vorbelastung haben, gerade auch diejenigen sind, die am besten zahlen. Es ist vielleicht doch von Wert, wenn ich die Prozentzahlen an geschuldeten Summen bekanntgebe: Oberbayern 28,4, Niederbayern 5,8, Oberpfalz 12,3, Oberfranken 7,5, Mittelfranken 11,6, Unterfranken 14, Schwaben 14,2, München 1, Nürnberg-Fürth 3,1, Augsburg 2,1. Die städtischen Bezirksverbände liegen naturgemäß prozentual viel schwächer, weil sie auch mitgliedsschwächer sind[53]. Gerade diese drei hier am meisten in Frage stehenden Bezirksverbände Niederbayern, Oberpfalz und Oberfranken liegen an der Spitze der großen Bezirksverbände, die ihren Verpflichtungen usw. im weitesten Maße nachgekommen sind.

Vorsitzender: Damit glaube ich, ist der Überblick gegeben.

Pflaum: Darf ich anregen, daß die Kreisverbände selbst dafür zu sorgen haben, daß sie ihre Geschäftsstelle finanzieren. Ich glaube, dadurch wird eine ganz wesentliche Entlastung der Landespartei eintreten.

Vorsitzender: Freund Pflaum, es ist das eine alte Frage[54]. Aber erfahrungsgemäß werden dort am meisten Mitglieder geworben, wo wir tüchtige Geschäftsführer haben. Die große Sorge war die Mitgliederwerbung. Hier ist daher ein Überblick unbedingt notwendig. Es ist etwas anderes, ob man nun alle Kreisgeschäftsführer draußen beläßt, ob man nicht einige Kreise zusammenfaßt; aber organisatorisch wird die Partei immer viel besser fundiert sein, wenn die Geschäftsführer zentral gesteuert werden. Das hat gar nichts zu tun mit Ihrer Politik draußen. Es kommt darauf an, daß die Organisation als solche immer funktioniert. Wir haben die Erfahrung gemacht: Wenn man es dem einzelnen Geschäftsführer überläßt, wird es viel schwieriger, und dann kommt vor allem in jeden einzelnen Ort bald der Krach hinein. Ich habe meine Erfahrungen gesammelt in bestimmten Gebieten. Es würde zu weit führen, heute auf diese Fragen einzugehen. Darf ich damit dieses Thema abschließen?

[52] In Paragraph 3 (nicht Paragraph 7) des Finanzstatuts der CSU hieß es in Satz 3, daß die Ortsvorstandschaften Beiträge „in besonderen Fällen auf Antrag herabsetzen, stunden oder erlassen" könnten. Allerdings mußten die Ortsverbände dennoch „die Beitragsanteile an den Kreis-, Bezirks- und Landesverband für jedes Mitglied auf der Basis des Jahresgrundbeitrages" abführen. Von dieser Grundlage abweichende Regelungen waren mit dem Kreis-, Bezirks- oder Landesverband zu vereinbaren. Vgl. Protokolle und Materialien, Bd. 3, S. 1811.

[53] Nach der Mitgliederstatistik der CSU vom Dezember 1947 verteilten sich die 82200 Mitglieder wie folgt auf die Bezirksverbände: Oberbayern 20871, München 2795, Niederbayern 11930, Oberpfalz 13037, Oberfranken 8298, Mittelfranken 3815, Unterfranken 9087, Schwaben 10648, Nürnberg-Fürth 1102, Augsburg 607. Vgl. Mintzel, Anatomie, S. 172.

[54] Diese Frage war vor allem deswegen so umstritten, weil der Einfluß des Ochsensepp in der CSU nicht zuletzt auf den von der Landesleitung eingestellten und besoldeten Bezirks- und Kreisgeschäftsführern beruhte. Zur innerparteilichen Debatte vgl. ebenda, S. 144–149.

Staatssekretär *Geiger*: Ich möchte noch eine Frage an Liedig richten. Er sagt, daß an dem Gesamtrückstand von 616000 RM Oberbayern beispielsweise mit 28,4 Prozent beteiligt sei. Auch für die anderen Bezirksverbände hat er die Zahlen genannt. Diese Zahlen, glaube ich, interessieren gar nicht so wie andere Zahlen (*Haußleiter*: Doch, sie sind sehr interessant!), besonders die Zahlen, mit welchem Prozentsatz beispielsweise Oberbayern im Verhältnis zu seinem eigenen Soll im Rückstand ist.

Liedig: Darüber kann ich gleich Aufschluß geben. Oberbayern steht an der Spitze mit 59,6 Prozent Rückstand seiner Verpflichtungen. Die Liste sieht weiter folgendermaßen aus: Niederbayern 16,9, Oberpfalz 39,8, Oberfranken 29,6, Mittelfranken 56,1, Unterfranken 42,4, Schwaben 48, München 7,6, Nürnberg-Fürth 54,4, Augsburg 7,5.

Staatssekretär *Geiger*: Das sind wesentlich andere Zahlen.

Haußleiter: Oberbayern führt auch da.

Vorsitzender: Liedig hat schon angedeutet, daß die Frage der gegenwärtigen Kreditierung der Parteien mit kurzen Worten so liegt: In der russischen Zone wurden, wie Sie wissen, die Parteien besser gestellt. Es wurde 1:1 aufgewertet, ebenso wie bei Gewerkschaften usw. Dadurch hätten bestimmte Gruppen geldmäßig auch bei uns sicher einen Vorsprung. Nun hat man sich den Kopf über die Kreditierung zerbrochen. Ich habe verhandelt, ich habe auch in Koblenz[55] die Gelegenheit wahrgenommen, mich mit dem SPD-Vorstand von Hannover darüber zu verständigen. Ich habe von Ollenhauer gehört, daß es in einem Großteil der Länder schon durchgeführt wird, daß die Parteien, die in den Landtagen vertreten sind, pro Wählerstimme fünf Pfennig bekommen als Kredit mit einer Lauffrist von sechs bis neun Monaten und $3^1/_8$ Prozent Verzinsung. Ich habe, wie ich jetzt in Frankfurt war[56], deswegen wieder vorgesprochen und habe gehört, das sei den Ländern überlassen. Ein Teil der Länder hat die Kredite schon gegeben. Bei uns habe ich verhandelt. Man hat rückgefragt. Man sagt, man habe noch keine Antwort bekommen. Ich habe gestern mit Staatssekretär Müller nochmals verhandelt. Grasmann kam von Frankfurt und sagte, er hätte gefragt und nichts erfahren. Mir wurde authentisch gesagt, daß die einzelnen Länder das Geld aus dem Dotationsfonds für die Parteien, die im Landtag jeweils vertreten sind, gegeben haben. Ich habe hier nicht nur für unsere Partei vorgesprochen, sondern gleichzeitig im Einvernehmen mit der SPD und mit den Demokraten. Ich hoffe, daß Bayern die gleiche Regelung treffen wird wie die anderen Länder, denn es wäre nicht zu verstehen, wenn man hier etwa eine Ausnahme machen würde. Das würde bedeuten, daß wir dann die Möglichkeit eines Kredites etwa um 80000 DM herum haben. Wie es kommen wird, kann ich noch nicht sagen.

[55] Vom 8.–10. 7. 1948 fand im Koblenzer Hotel Rittersturz eine Konferenz statt, auf der die Ministerpräsidenten der westdeutschen Länder über die „Frankfurter Dokumente" berieten. Neben den Ministerpräsidenten nahmen weitere Regierungsvertreter der Länder (unter ihnen Josef Müller für Bayern) sowie teilweise auch Vertreter der Parteien (darunter für die SPD Erich Ollenhauer und für die CDU Konrad Adenauer) an den Beratungen teil. Der Ochsensepp hatte hinter den Kulissen eine wichtige Rolle gespielt, um die gegensätzlichen Positionen auszubalancieren. Vgl. Parlamentarischer Rat – Akten und Protokolle, Bd. 1, S. XXXVIII ff.

[56] In Müllers Reisekalender für 1948 (ACSP, NL Müller J 1) ist für den 14.–16. 7. vermerkt: „Besprechung der CDU-Fraktion beim Wirtschaftsrat".

Darf ich damit das Thema abschließen? Dann ist Punkt 1 der Tagesordnung erledigt. Wir kommen zu Punkt 2a „Beschlußfassung der Landesvorstandschaft gemäß Paragraph 28 der Landesschiedsordnung wegen Zuständigkeit des Landesschiedsgerichts in dem anhängigen Verfahren gegen die Parteifreunde Staatsrat a.D. Fritz Schäffer und Staatsminister Anton Pfeiffer".

Ich schlage vor, diesen Punkt von vornherein in zwei Teile zu trennen, nämlich Verfahren Fritz Schäffer und Verfahren Dr. Anton Pfeiffer als etwas Selbständiges. Sie wissen, daß der Bezirksverband Oberfranken Ausschlußantrag gestellt hat gegen beide Parteifreunde. Ich glaube, gegen Pfeiffer ist auch einer gestellt (*Liedig*: Ja!), gegen beide Parteifreunde also. Ich bitte, die Satzungen zu verlesen.

Liedig: Nach Paragraph 28 der Schiedsordnung ist die Rechtslage folgende:

„Die Landesvorstandschaft [oder eine Bezirksvorstandschaft als Antragsteller] kann aus triftigen Gründen einen Fall [auch dann] in erster Instanz vor das ihr zugeordnete Schiedsgericht ziehen, wenn nach diesen Bestimmungen ein untergeordnetes Schiedsgericht zuständig wäre."[57]

Das ist der Fall, der hier gegeben ist. Der Bezirksverband Oberfranken hat mit Antrag vom 20. März 1948 das Landesschiedsgericht angerufen. Bevor das Landesschiedsgericht aber in Aktion treten kann, um entsprechend diesem Antrag ein Verfahren durchzuführen, bedarf es nach Paragraph 28 der Schiedsordnung eines Beschlusses der Landesvorstandschaft[58].

Vorsitzender: Es kann sich nicht darum handeln, daß hier etwa zur Frage Ausschluß Schäffer oder zu anderen Fragen beschlossen wird, sondern zur Zuständigkeit des Landesschiedsgerichts zur Entscheidung des Antrags. Dabei wurde, wie Sie aus der Presse gesehen haben, eingewandt, daß das Bezirksschiedsgericht Oberbayern zuständig sei[59]. Logischerweise wird man sagen müsse, daß in einem Fall, wo es sich um den Bezirksvorsitzenden handelt und wo der Bezirksverband selbst involviert ist, ein Bezirksschiedsgericht nicht zuständig sein kann. Wir müssen diesen Beschluß jetzt fassen. Deswegen stelle ich, damit das möglich ist, den formellen Antrag:

„Das Landesschiedsgericht ist zur Entscheidung über den Antrag des Bezirksverbandes Oberfranken auf Ausschluß des Parteifreundes Fritz Schäffer in erster Instanz zuständig."

Wird das Wort gewünscht?

Donsberger: Es wäre zunächst an den Bezirksverband Oberfranken die Frage zu stellen, ob unter Berücksichtigung der augenblicklichen Verhältnisse (Sehr richtig!) der Bezirksverband Oberfranken nicht bereit wäre, den seinerzeit gestell-

[57] Liedig verlas offenbar nicht den genauen Wortlaut von Paragraph 28 der Schiedsordnung der CSU vom 6. 12. 1946; das Zitat wurde daher ergänzt. Die Schiedsordnung ist abgedruckt in: Protokolle und Materialien 3, S. 1805–1810; das Zitat findet sich auf S. 1809.

[58] Auf diesen Standpunkt hatte sich auch das Landesschiedsgericht der CSU gestellt und sich daher für unzuständig erklärt. ACSP, LSG, Mappe Fritz Schäffer, Niederschrift über die 1. Arbeitssitzung des Landesschiedsgerichts am 10. 4. 1948.

[59] Die Bezirksversammlung der oberbayerischen CSU hatte schon am 8. 5. 1948 als Reaktion auf das von den Bezirksverbänden Ober- und Mittelfranken geforderte Parteiausschlußverfahren erklärt, hierfür sei bis auf weiteres das Bezirksschiedsgericht zuständig. BAK, NL Schäffer 24, Bl. 289f., Rundschreiben Fritz Schäffers an alle Vorsitzenden der CSU-Kreisverbände Oberbayerns vom 11. 5. 1948.

ten Antrag zurückzuziehen. Wenn das der Fall wäre, bräuchten wir uns mit diesem Fragenkomplex nicht zu befassen.

Barth: Darauf kann ich kurz antworten, daß wir am 19. Juni in der Vorstandschaft Oberfranken uns schlüssig geworden sind, diesen Antrag auf Ausschluß unbedingt aufrechtzuerhalten. Wenn es gewünscht wird und es nicht zuviel Zeit in Anspruch nimmt, nachdem die Zeit schon vorgeschritten ist, kann ich darauf noch näher eingehen. Aber diese Frage kann ich in dieser Hinsicht gleich beantworten.

Staatsekretär *Lacherbauer*: Es ist an sich ein gutes Recht, daß jedermann, der vor ein Gericht gestellt wird, vor seinem Richter gehört wird. (*Köhler*: Hier ist kein Gericht!) Es ist ein Gericht! Warum? Ist es bezweifelt worden? Gerichte aber sind von vornherein bestimmt und werden nicht ad hoc bestellt. Es würde an sich ein außerordentliches Mißtrauen gegenüber diesen Richtern bedeuten, wenn man ihnen die Befugnis, über einen Fall zu entscheiden, der ihnen nach der Satzung zukommt, entziehen wollte. Im übrigen bin ich der Auffassung, daß es auch möglich sein muß, daß jemand, der vor ein Schiedsgericht gestellt wird, auch eine Berufungsinstanz anrufen kann. Ich kann daher unter keinen Umständen einsehen, daß, wenn ein Parteifreund vor ein Gericht gestellt wird, er unter Umgehung der normalen Instanzen sofort vor das oberste Schiedsorgan als einziges und letztes Entscheidungsorgan gestellt wird.

Vorsitzender: Ich darf darauf hinweisen, daß es in der Schiedsordnung ausdrücklich vorgesehen ist und daß es seine guten Gründe hat, daß es vorgesehen ist.

Staatssekretär *Lacherbauer*: Weiß ich schon! Deshalb kann ich anderer Meinung sein.

Haußleiter: Meine lieben Freunde! Wir haben hier nicht das juristische Verfahren, sondern ein Schiedsgerichtsverfahren vor uns, das ausdrücklich in einer bestimmten Form festgelegt und ja von der Partei gebildet worden ist. Deshalb müssen wir hier eine Entscheidung treffen, die normalerweise überhaupt in keinem anderen Prozeß zu treffen ist, nämlich welche Instanz, welches Gericht zuständig ist. Da gibt es keine Parallele. Die Parallele, die der Parteifreund Lacherbauer anzieht, existiert in der Tat nicht.

Nun möchte ich meinen Standpunkt in diesem Fall ganz einfach sagen. 1. Das Verfahren vor dem Schiedsgericht kann in jedem Falle erhoben werden, in dem der Vorwurf parteischädigenden Verhaltens erhoben wird. Das bedeutet noch nicht, daß der Mann, gegen den es erhoben wird, verurteilt wird. Ich bin aber der Überzeugung, daß sehr vieles, was im Rahmen der Union an Mißstimmung auf verschiedenen Gebieten schwelt, dadurch zustande gekommen ist, daß wir immer klaren Entscheidungen und klärenden Untersuchungen dieser Probleme aus dem Wege gegangen sind. (Sehr richtig!) Wir haben immer etwas ganz Merkwürdiges getan, wir haben immer die Anklage schon für die Verurteilung genommen, und das ist etwas Falsches gewesen. Dadurch sind keinerlei Vorwürfe gegen irgend jemanden geklärt und entschieden worden. Sie haben weitergeschwelt, sie haben die Stimmung verdorben, und ich bin ganz der Meinung unseres Parteifreundes Kübler, die er hier geäußert hat. Da ist eine Klärung deshalb notwendig, weil in diesem trüben Dunkel der Bezichtigungen und der Vorwürfe die Existenz der Union unter allen Umständen gefährdet ist. Also müssen wir uns im klaren sein, daß wir unter allen Umständen Schiedsgerichtsverfahren in Zukunft durchführen

müssen um der Existenz der Union willen, wo Parteifreunde gegeneinander die schwersten Vorwürfe erheben.

Hier geht es also nur darum zu sagen, welche Instanz ist zuständig. Da möchte ich eines sagen: Es sind einmal die schwersten Vorwürfe erhoben worden nicht gegen irgendein anderes Mitglied der Union, sondern immerhin gegen den Landesvorsitzenden[60]. (*Köhler*: Ganz richtig!) Es ist dadurch die Union in einer Weise in Gefahr gebracht worden, die wir alle empfinden, und zwar nach zwei Richtungen hin. Ich wäge die Dinge ganz sorgfältig ab. Unsere oberbayerischen Parteifreunde waren durch die Rasanz, in der manches, was sie vielleicht dachten, überspitzt fixiert worden war, in eine sehr schwierige Lage gekommen. Sie konnten fast keinen Schritt mehr zurückgehen. Wir, die wir nicht zu Oberbayern gehören, sind in einer Weise vor die Wahl gestellt worden, uns einem Diktat zu beugen, zu kapitulieren oder aber unseren Standpunkt zur Geltung zu bringen, so daß wir ebenfalls in der gleichen schwierigen Lage waren wie unsere oberbayerischen Freunde. Der Fall hat die ganze Existenz der Partei von neuem gefährdet. Die Partei war im Zustande des inneren Zusammenwachsens. Da kam unser Parteifreund Schäffer. Ich bin nicht ungerecht, er war zwei Jahre draußen gestanden. Hätte er den Prozeß des inneren Wachstums, der organischen Entwicklung, des Zusammenwachsens miterlebt, hätte er niemals so gehandelt. Davon bin ich fest überzeugt. (Zuruf: Genauso!) Aber er hat es getan, und nun ist es eine Frage, die die Gesamtpartei angeht und schon aus diesem sachlichen Gesichtspunkt vor die oberste Instanz der Partei gehört. Dazu ist diese oberste Instanz der Partei da.

Ich möchte sagen, es gibt aber auch einen ganz nüchternen formalen Grund. Der Bezirksverbandsvorsitzende kann niemals vor das Schiedsgericht seines eigenen Bezirksverbandes kommen. Ich glaube, über dieses Problem brauchen wir gar nicht zu diskutieren. Ich persönlich bin der Überzeugung, daß, wenn der Parteifreund Schäffer hier wäre und wir ihn fragen würden, ob er ein solches Ausweichen will, daß dann hernach jeder sagt, er hat sich den leichtesten Weg gewählt, er wollte der Klärung der Untersuchung der Vorwürfe aus dem Weg gehen, indem er vor sein eigenes Schiedsgericht gegangen wäre, er sagen würde: Ich lehne das ab, ich lehne ab, mich dem Vorwurf auszusetzen, als hätte ich eine nicht übergeordnete, nicht objektive Instanz gewählt. Ich glaube, wir handeln schon deshalb in seinem besten Interesse, wenn wir ihn nicht dem Verdacht aussetzen, als wollte er vor sein immerhin im Rahmen seines Bezirksverbandes stehendes Schiedsgericht gehen. Diesem Verdacht dürfen wir den Parteifreund Schäffer unter keinen Umständen aussetzen. Deshalb würde ich schon aus diesem formalen Grund vorschlagen, daß wir unter allen Umständen hier für diesen Fall entscheiden, und in dieser Entscheidung ist nur das Landesschiedsgericht zuständig.

Vorsitzender: Zur Sache selbst sollten wir nicht diskutieren. Wir haben kein Plädoyer vor dem Landesschiedsgericht oder vor einer Partei des Schiedsgerichts zu halten, sondern nur über die Frage zu befinden: Landesschiedsgericht oder Be-

[60] Fritz Schäffer hatte sich im Zuge der Auseinandersetzungen zwischen dem Landesverband und dem Bezirksverband Oberbayern wiederholt zu heftigen persönlichen Attacken gegen Josef Müller hinreißen lassen, die von den anderen Parteien im Kommunalwahlkampf vom Frühjahr 1948 genüßlich ausgeschlachtet wurden. Vgl. Fait, Einleitung zu: Protokolle und Materialien, Bd. 1, S. LXXXII.

zirksschiedsgericht. Logisch versteht es sich, die Gründe sind entwickelt. Ich glaube, wir kommen nicht weiter, wenn wir zu lange diskutieren. Wenn nicht wesentliche Gesichtspunkte für die Frage des Verfahrens vorzubringen sind, würde ich vorschlagen, daß wir dazu abstimmen.

Ministerpräsident Dr. *Ehard*: Ich habe nur eine Frage: Ist Schäffer oder der Bezirksverband Oberbayern zu dieser Frage überhaupt gehört worden? Es schiene mir zweckmäßig, wenn man vorher diesem Bezirksverband wenigstens die Möglichkeit geben würde, sich zu äußern.

Vorsitzender: Die ganze Sache ist sogar schon in der Presse diskutiert worden, weil der Bezirksverband Oberbayern seinerseits in einer Bezirksversammlung vom soundsovielten dazu Stellung genommen hat[61].

Ministerpräsident Dr. *Ehard*: Jeder hat das Recht, daß man ihn fragt, wenn er betroffen ist.

Vorsitzender: Im Bezirksverband Oberbayern ist das Thema behandelt worden, es ist durch die Presse und durch den Rundfunk gegangen, weil der Bezirksverband erklärt hat ...

Ministerpräsident Dr. *Ehard*: Ich weiß es nicht. Ich meine, gerade wenn man ein Verfahren durchführt, sollte man ganz korrekt nicht einfach drauflosgehen. Natürlich muß es jetzt ...

Vorsitzender: Das ist geschehen. Der Bezirksverband Oberbayern hat sich damit bereits befaßt und dazu geäußert.

Ministerpräsident Dr. *Ehard*: Zu dieser Frage?

Vorsitzender: Zu dieser Frage der Zuständigkeit des Landesschiedsgerichts und hat sogar Beschlüsse an die Öffentlichkeit bekanntgegeben und hat mit Konsequenzen gedroht für den Fall, daß er vor das Landesschiedsgericht gestellt würde[62]. Und das, meine Damen und Herren, ist eine Situation, die nicht ewig gehen kann, die nicht ewig so weitergehen kann. Ich kann ruhig sagen, daß ein Teil unserer Parteifreunde sogar Vorwürfe deswegen macht, weil man die Frage nicht zur Entscheidung bringt. Ich habe aber persönlich den Eindruck gehabt, daß wir

[61] Der Bezirksverband Oberbayern hatte sich mehrfach mit dem Schiedsgerichtsverfahren gegen seinen Vorsitzenden befaßt: Das erstemal geschah dies auf der Bezirksversammlung am 8. 5. 1948 in München. Schäffer selbst vertrat dabei die Meinung, das Verfahren gegen ihn werde vor dem Bezirksschiedsgericht stattfinden (das Protokoll findet sich im BAK, NL Schäffer 24, Bl. 296–345). Eine weitere Bezirksversammlung, die am 11. 6. 1948 tagte, solidarisierte sich mit Schäffer und erklärte, daß sich alle Vorwürfe gegen den oberbayerischen Bezirksvorsitzenden auch gegen den gesamten Bezirksverband richteten, da dieser die Beschlüsse, auf die sich die Vorwürfe bezögen, gefaßt habe. Darüber hinaus lehnte die Bezirksversammlung das Ansinnen des Parteivorsitzenden Josef Müller rundheraus ab, das Verfahren gegen Schäffer dem Bezirksschiedsgericht zu entziehen und an das Landesschiedsgericht zu überweisen. NL Schäffer 24, Bl. 182f., Fritz Schäffer an die Landesvorstandschaft der CSU vom 12. 6. 1948.

[62] Der Beschluß, den die Versammlung des Bezirksverbands Oberbayern am 11. 6. 1948 gefällt hatte, lautete: „Sollte die Landesvorstandschaft den Antrag auf Ausschluss von Staatsrat Schäffer aus der Partei dem satzungsmässig (§ 26 der Schiedsordnung) zur Behandlung dieses Antrages zuständigen Bezirksschiedsgericht Oberbayern entziehen und auf Grund § 28 der Schiedsordnung an das Landesschiedsgericht (schon als 1. Instanz) ziehen, so betrachtet der Bezirksverband Oberbayern dies als Beschluss der Landesvorstandschaft, die sämtlichen Kreisverbände des Bezirksverbandes Oberbayern aus der *Union* auszuschliessen und zur Auflösung zu veranlassen." Ebenda; Hervorhebung im Original. Dazu auch IfZ-Archiv, ED 720/37, Rundschreiben des Bezirksverbands Oberbayern der CSU: „Verlauf der Bemühungen des Bezirksverbandes Oberbayern um eine innere Reform der CSU" vom 26. 7. 1948.

während der Gemeindewahlen keine Landesvorstandschaftssitzung haben konnten, die sich damit befaßt, weil jede Entscheidung, ganz gleichgültig, wie sie ausgefallen wäre, der Partei im Wahlkampf abträglich gewesen wäre. Deswegen habe ich diese Frage da nicht zur Entscheidung gebracht. Aber jetzt, nachdem die Wahlen vorbei sind, müssen wir in der Zwischenzeit bis zu den nächsten Wahlen wohl die Klärung und die Entscheidung herbeiführen.

Darf ich dann darüber abstimmen lassen? Dann würde ich vorschlagen, daß wir geheim abstimmen. Es erhebt sich kein Widerspruch? (*Haußleiter*: Warum geheim?) In einem solchen Fall, der von dieser Bedeutung ist, würde ich vorschlagen, daß wir geheim abstimmen oder, wenn es gewünscht wird, namentlich. (Zuruf: Geheim!) Ich halte geheim für besser als eine Abstimmung nur durch Handaufhebung. Darf ich bitten, die Stimmzettel zu verteilen und den Antrag nochmals zu verlesen.

Stenograph: Der Antrag lautet:

„Das Landesschiedsgericht ist zur Entscheidung über den Antrag des Bezirksverbandes Oberfranken auf Ausschluß des Parteifreundes Fritz Schäffer in erster Instanz zuständig."

Vorsitzender: Es wird abgestimmt mit Ja oder Nein. Wer für den Antrag ist, stimmt mit Ja, wer dagegen ist mit Nein.

Schefbeck: Zur Geschäftsordnung! Es heißt im Antrag „in erster Instanz zuständig"! Es ist nur eine Instanz?

Vorsitzender: Es ist die erste und letzte Instanz.

Haußleiter: „Das Landesschiedsgericht ... ist zuständig."

Vorsitzender: Der Antrag lautet, daß das „Landesschiedsgericht zuständig" ist. Wer sammelt ein? Es wird verlesen. Es wird nur, um es nochmals klarzustellen, mit Ja oder Nein gestimmt. Ich bitte, mit der Verlesung zu beginnen und einzusammeln. Es wird nach der Anwesenheitsliste verlesen. (Landesgeschäftsführer *Liedig* verliest die Namen der Mitglieder der Landesvorstandschaft, während die anwesenden Mitglieder bei Aufruf ihres Namens jeweils ihren Stimmzettel abgeben.) Die Abstimmung ist geschlossen. Es wird ausgezählt. Darf ich bitten, daß Haunhorst und Höhenberger das Auszählen besorgen!

Meine lieben Freunde! Ich würde zur Zeitersparnis vorschlagen, daß wir schon den zweiten Teil des Antrages behandeln, während ausgezählt wird, nämlich den Antrag, der unseren Parteifreund Staatsminister Dr. Anton Pfeiffer betrifft. Ich bitte um Ruhe! Ich würde Ihnen vorschlagen, da dieser Antrag – bitte, Barth, es geht den Antragsteller an – nicht von dieser grundsätzlichen Bedeutung ist wie der andere Antrag, diesen Antrag abzutrennen unter der Voraussetzung, daß auch der Antragsteller damit einverstanden ist, und den Antrag zunächst an den engeren Landesvorstand zur Behandlung und eventuellen Entscheidung zu verweisen. Ich möchte annehmen, daß hier noch aufklärende Aussprachen vor dem Vorstand zweckmäßig erscheinen würden.

Haußleiter: Mir scheint die Lage in diesem Falle unter folgendem Gesichtspunkt doch eine andere zu sein: Dr. Pfeiffer ist nicht in irgendeiner Weise Bezirksvorsitzender. Er hat keine Funktion im Bezirksverband Oberbayern. (Zuruf: Aber er gehört zur Regierung!) Er ist Mitglied der Regierung. Nur meine ich, es trifft das wesentliche Argument, das ich formal für den Staatsrat Schäffer gegeben

gesehen habe, auf Dr. Pfeiffer nicht zu. Er hat keinerlei Funktion im Bezirksverband Oberbayern. Deshalb kann er meiner Ansicht nach sehr gut vor das Bezirksverbandsschiedsgericht Oberbayern kommen (Staatsminister *Krehle*: Nein, er gehört vor das Bezirksschiedsgericht München, er ist Mitglied von München!) oder vor das Bezirksschiedsgericht München. Das ist meiner Ansicht nach in diesem Fall die angemessene Verfahrensweise, da er ja auch in diesem Bezirksverband München in keiner Weise irgendeine besondere Funktion hat, zu der er im Bezirksverband München gewählt worden wäre. Ich würde deshalb abweichend vom Vorschlag des Herrn Landesvorsitzenden doch folgendes Verfahren vorschlagen: Die Klage ist eingereicht. Ich weiß nicht, welches klärende Verfahren der engere Landesvorstand in diesem Falle zu betreiben hätte. Der engere Landesvorstand ist keine Instanz des Schiedsgerichts. Er kann also in diesem Falle in keiner Weise in irgendein laufendes Schiedsgerichtsverfahren eingreifen. Es kann aber im Falle Pfeiffer meiner Ansicht nach folgender Beschluß gefaßt werden: Der Fall Pfeiffer gehört vor das Bezirksschiedsgericht München, da Dr. Pfeiffer keinerlei Funktion im Bezirksverband München hat. Und ich würde infolgedessen vorschlagen, doch so zu verfahren.

Vorsitzender: Ich habe sehr wohl überlegt, und ich bitte folgendes zu bedenken: Meine lieben Freunde! Der Nachteil bei allen diesen Dingen ist, daß die Presse aus jeder Behandlung einen großen Wirbel macht. (*Haußleiter*: Das können wir nicht berücksichtigen!) Ich möchte sehen, daß wir möglichste Beruhigung hineinbringen, und ich wäre der Auffassung, daß da eine Voraussprache das Richtige wäre, wenn ich so sagen will. Es soll der Vorstand nicht etwa Schiedsgerichtsfunktionen versehen, er soll nicht einem Schiedsgericht die Entscheidung abnehmen, sondern er soll die Sache vorbehandeln, eventuell vorbereiten, und dann kann man so vorgehen, daß man an den Bezirksverband Oberfranken nochmals herantritt und sagen würde: Seid Ihr nicht mit der und der Behandlung des Antrags einverstanden? Wir wollen das Leben nicht sauerer machen als es an und für sich schon gemacht wird.

Karl Schmid: Ich möchte an die Antragsteller die Frage richten, ob sie nicht bereit sind, einen solchen Antrag zurückzuziehen, um in dieser Zeit die unnötige Beunruhigung dadurch zu verhindern.

Vorsitzender: Karl Schmid, im Moment ist es, glaube ich, das Gescheiteste zu sagen, der Vorstand soll sich damit befassen.

Barth: Diese eine Frage wurde, bevor Sie in die Landesvorstandschaftssitzung kamen, schon gestellt, und ich kann darauf nur erwidern: Am 19. Juni hat der Bezirksverband Oberfranken beschlossen, diese Anträge aufrechtzuerhalten. Daß wir mit Ungeduld darauf gewartet hatten, daß das Verfahren in Gang kommt, kann ich nur zusätzlich bemerken. Es wäre uns lieber gewesen, uns in Oberfranken – und wir sind zunächst für Oberfranken da –, diese Dinge wären vor den Wahlen bereinigt worden. Denn was sie uns während der Wahlen gekostet haben, darüber ist ja nicht viel zu sagen. Ich möchte hier nicht deutlicher werden. Wie das Verfahren im einzelnen durchgeführt werden soll, dafür habe ich natürlich keine Ermächtigung. Grundsätzlich muß ich aber hier im Namen des Bezirksverbandes zum Ausdruck bringen: Eine Klärung, eine Reinigung muß erfolgen. Denn wir können in unserem Wetterwinkel da droben nicht mit solchen Halbheiten zurückkommen.

Krehle: Nur einen Vorschlag! Ich glaube, wir machen die Sache so: Wir sind einverstanden, daß sich zunächst der engere Vorstand mit der Frage befaßt, daß aber für den Fall, daß eine Einigung nicht zustande kommt, das Bezirksschiedsgericht München zuständig ist.

Vorsitzender: Dann wären wir einverstanden. Wollen wir einen formellen Antrag fassen?

Kübler: Ich muß auf folgendes aufmerksam machen: Ich kann es nicht verstehen warum. Es handelt sich hier um einen glatten Antrag von Oberfranken, wobei für beide der gleiche Vorwurf erhoben wird. Daher für beide das gleiche Verfahren. Nun wird hier wieder differenziert. (*Haußleiter*: Völlig verschiedene Gründe!) Ich erkläre, Niederbayern steht auf dem Standpunkt und wir sind der Überzeugung, daß durch Schiedsgericht und Gerichtsspruch diese Sache nicht aus der Welt geschafft wird. Denn mag der Spruch so oder so ausfallen, er wird auf der einen oder anderen Seite wieder einen gewissen Reflex zurücklassen, der nicht zu der Bereinigung und Klärung führt, die notwendig ist. Wenn es jetzt in diesem Falle Pfeiffer möglich ist, die Sache durch eine Aussprache vor dem höchsten Gremium unserer Partei, also vor der Landesvorstandschaft selbst aus der Welt zu schaffen, hätte das auch im anderen Falle möglich sein müssen. Auf diesem Standpunkt steht Niederbayern. Ich mache Sie auf die Gefahren aufmerksam, die sich daraus ergeben. Mag sein, daß das Landesschiedsgericht sich dahin entscheidet, daß er ausgeschlossen wird. Ich mache Sie auch auf die Konsequenzen, die sich daraus für unsere Partei ergeben, aufmerksam.

Vorsitzender: Das ist Sache des Landesschiedsgerichts.

Dr. *Horlacher*: Wenn ich den Fall betrachte, so möchte ich nicht den Vorwurf hören, daß mit zweierlei Maß gemessen wird. Das muß zunächst ausdiskutiert werden. Für eine andere Behandlung des Falles Pfeiffer spricht die Tatsache, daß Pfeiffer vor dem versammelten Landesausschuß seine Vorwürfe zurückgenommen hat. Wie oft haben wir im Falle Schäffer darauf gewartet, daß er eine Erklärung abgibt, um die Verhältnisse zu erleichtern. Das ist hier nicht geschehen. Pfeiffer aber hat in aller Form diese Vorwürfe zurückgenommen, nachdem er sich einen Tag vorher in furchtbarer Weise vergaloppiert gehabt hatte[63]. Hier bestehen schon Unterschiede. Außerdem besteht der Unterschied darin, daß auf der anderen Seite eine ganze Reihe von Vorwürfen erhoben worden sind, die Pfeiffer nicht erhoben hat. Es sind hier Differenzierungen vorhanden. Unter diesem Gesichtspunkt ist es vielleicht gut, wenn sich die Vorstandschaft mit dieser Frage nochmals klärend beschäftigt.

Vorsitzender: Ich würde vorschlagen, nicht lange zu debattieren. Jeder hat ungefähr seinen Standpunkt. Der Antrag lautet jetzt ...

Pflaum: Ich wollte mich nur den Ausführungen von Herrn Kübler anschließen und feststellen, daß der Herr Schäffer in dieser Sitzung nicht eingeladen ist.

[63] Vor dem Landesausschuß der CSU am 28. 2. 1948 in Regensburg hatte Anton Pfeiffer abermals schwere Vorwürfe gegen den Führungsstil Josef Müllers erhoben, den er mit den Worten „Politbüro" und „Führer, wir folgen Dir" charakterisierte, was bei den Delegierten für große Empörung gesorgt hatte. Am folgenden Tag entschuldigte sich Pfeiffer vor dem Landesausschuß für diese Entgleisungen. Vgl. das Protokoll der Sitzung des Landesausschusses der CSU am 28./29. 2. 1948 in Regensburg, in: Protokolle und Materialien, Bd. 2, S. 1533–1699, hier S. 1630ff. und S. 1648f.

Vorsitzender: Das werde ich gleich klären lassen. Es wird das festgestellt. Wir sind während der Abstimmung. Ich bitte, das vorzubereiten. Wir brauchen keine Debatte mehr. Der Antrag lautet:

„Der Antrag Oberfranken auf Ausschluß des Parteifreundes Dr. Anton Pfeiffer wird dem Landesvorstand (Staatsminister *Krehle*: dem engeren!) – wir machen einen Unterschied zwischen Landesvorstand und Landesvorstandschaft – zur weiteren Vorbereitung (Staatsminister *Krehle*: Vorbereitung und eventuellen Bereinigung!) und eventuellen Bereinigung überwiesen. Im Falle [, daß] eine schiedsgerichtliche Entscheidung notwendig würde, ist das Schiedsgericht München in erster Instanz zuständig."

Staatssekretär *Lacherbauer*: Das braucht nicht beschlossen zu werden.

Vorsitzender: Das ist eine offene Frage. Der Antrag wurde an das Landesschiedsgericht gerichtet.

Staatssekretär *Lacherbauer*: Danke sehr schön für die Belehrung! Offenbar müssen manche Sachen ausgesprochen werden.

Vorsitzender: Es muß der Bezirksvorsitzende von Oberfranken erklären, ob er einverstanden ist.

Staatssekretär *Lacherbauer*: Die Sache ist durch Antrag rechtshängig geworden.

Vorsitzender: Wir verlieren aber zuviel Zeit.

Staatssekretär *Lacherbauer*: Ich bin nicht der Meinung, daß wir Zeit verlieren. Wenn sie der Meinung sind, daß wir Zeit verlieren, muß man die Sache einstellen. Aber es geht nicht. Der Antrag ist eingereicht und rechtshängig. Jetzt könnte höchstens die Frage entschieden werden – an sich zuständig ist kraft Schiedsordnung das Bezirksschiedsgericht –, ob statt [dem] Bezirksschiedsgericht das Landesschiedsgericht angerufen werden kann. Diese Frage ist offenbar nicht akut, und daher braucht kein Beschluß gefaßt zu werden. Im übrigen steht es dem Landesvorstand frei, jederzeit zu vermitteln.

Schefbeck: Ich würde den Antrag so fassen, daß der Landesvorsitzende beauftragt werden soll, gemäß Paragraph 28 zu prüfen, ob der Fall vor das Landesschiedsgericht oder vor das Schiedsgericht München zu kommen hat.

Staatsminister *Krehle*: Darüber hat nicht die Landesvorstandschaft zu entscheiden, sondern wir.

Schefbeck: Nein, die Landesvorstandschaft nur zur Vorbereitung für die nächste Landesvorstandschaftssitzung.

Vorsitzender: Meine Damen und Herren! Am gescheitesten ist es, wir lassen den alten Antrag. Der Teil zwei des Antrages ist eben dann eine Feststellung der Meinung der Landesvorstandschaft, des Landesvorstandes.

Haußleiter: Meine lieben Freunde! Im Falle Pfeiffer ist dadurch die Sache nicht voll geklärt, da Pfeiffer seine Vorwürfe in der Tat zurückgenommen hat. Das ist das Problem, das hier geklärt werden kann. Da kann man sagen: Die Frage, die unentschieden ist, ob damit der Fall bereinigt sein kann, ob er als bereinigt vom Bezirksverband Oberfranken erklärt werden kann, soll doch einmal der geschäftsführende Vorstand überprüfen. Wenn er dann zu einer positiven Erklärung kommt, daß der Fall durch die Erklärung Pfeiffer in Regensburg entschieden sei, wird Oberfranken seinerseits wahrscheinlich den Antrag zurückziehen. Kommt eine solche Klärung nicht zustande, dann geht die Sache den ordnungsgemäßen prozessualen Weg, der heißt in diesem Fall: Da Dr. Pfeiffer in seinem Bezirksver-

band in keiner Weise eine Funktion bekleidet, ist das Bezirksschiedsgericht des Bezirksverbandes München zuständig. So würden wir meiner Ansicht nach verfahren müssen. Ich schlage deshalb vor, folgendermaßen zu formulieren:

„Die Entscheidung, ob der Fall Pfeiffer vor das Schiedsgericht geht, soll ausgesetzt werden und soll noch einmal im Benehmen mit den Bezirksverband Oberfranken und im Benehmen mit Pfeiffer geklärt werden." (Zuruf: Das ist doch kein Antrag, sondern eine schöne politische Rede!)

Blum: Ich möchte bitten, ob der Antragsteller gefragt werden könnte, ob ihm bekannt war, daß Dr. Pfeiffer die Erklärung abgegeben hat?

Vorsitzender: Es ist das bereits droben in der Bezirksvorstandschaft Oberfranken behandelt worden. Deswegen wollte ich den Weg gehen – warum machen wir es schwerer –, daß wir im Vorstand die Sache besprechen, an den Bezirksverband herantreten und sagen: Bitte, entscheidet Euch; wenn nicht, kommt es vor das Bezirksschiedsgericht. Das ist der einfachste Weg. Warum wollen wir es kompliziert machen? Darf ich über meinen Antrag abstimmen lassen? Ich glaube, in diesem Falle ist[64] keine geheime Abstimmung notwendig. Darf ich bitten, durch Handaufhebung abzustimmen. Der Antrag braucht nicht mehr verlesen zu werden, er ist bekannt. Wer enthält sich? Sechs Enthaltungen. Wer ist für den Antrag? Das ist bei weitem die Majorität. Damit ist der Antrag angenommen.

Ich darf das Abstimmungsergebnis von vorhin bekanntgeben. Es wurden abgegeben 39 Stimmen, davon 26 mit ja, 13 mit nein. Damit ist der Antrag angenommen.

Jetzt haben wir die Beschlußfassung zu 2b der Tagesordnung „Gutachtliche Stellungnahme der Landesvorstandschaft gemäß Paragraph 22 der Schiedsordnung zu den vor dem Landesschiedsgericht anhängigen Schiedsverfahren gegen die obengenannten Parteifreunde".

Meine lieben Freunde, ich würde Ihnen vorschlagen, hier von der Erstellung eines Gutachtens abzusehen. Es muß wohl das Landesschiedsgericht ein Gutachten einholen. Aber die Landesvorstandschaft ist nicht verpflichtet, ein Gutachten abzugeben. (Staatsminister *Krehle*: Ist in diesem Fall sogar Partei!) In diesem Falle, wo soviel mitspielt, hielte ich es für angezeigt, zu erklären: Die Landesvorstandschaft sieht davon ab, ein Gutachten abzugeben.

Darf ich über diesen Antrag abstimmen lassen? Wer enthält sich? Eine Enthaltung! Wer ist gegen den Antrag? Eine [Stimme] dagegen. Damit ist dieser Antrag mit allen bei einer Enthaltung und gegen eine Stimme angenommen.

Damit ist dieser Punkt der Tagesordnung auch erledigt. Es kommt jetzt der Punkt „Verschiedenes". Ich glaube, daß hier keine Diskussion mehr gewünscht wird, zumal wir mit der Landesausschuß-Sitzung beginnen müssen. Darf ich annehmen, daß ich jetzt schließen darf? Dann danke ich recht herzlich und schließe die Sitzung der Landesvorstandschaft.

Schluß der Sitzung: 11.50 Uhr.

[64] In der Vorlage: „in".

Nr. 14

Sitzung des geschäftsführenden Landesvorstands der Christlich-Sozialen Union am 30. August 1948

Tagesordnung[1]:
1. Parteipresse
2. Fall Schäffer – Bezirksverband Oberbayern
3. Vertreter der Christlich-Sozialen Union im Ausland
4. Vervollständigung des geschäftsführenden Landesvorstands
5. Organisationsfragen der Partei
6. Finanzlage der Partei und weitere Maßnahmen

Tagungsort: unbekannt

Anwesend[2]: Haußleiter, Liedig, Mauerer, Meyer-Spreckels, J. Müller, Muhler, Sedlmayr

Protokollführer: Franz Liedig

ACSP, LGF-LV

1. *Parteipresse*

Der Lizenzträger des Parteiverlages, Herr *Mauerer*, gab einen Bericht über den derzeitigen Stand der Zulassungsfragen für Parteizeitungen. In einer z.T. lebhaften Aussprache, die in erster Linie von den Herren *Mauerer*, Dr. *Müller* und *Haußleiter* bestritten wurde, wurden alle Möglichkeiten erörtert. *Mauerer* wies vor allem darauf hin, daß es dringend erforderlich sei, daß seitens des Parteivorsitzenden möglichst gemeinsam mit den übrigen Vorsitzenden der politischen Parteien bei der Militärregierung raschestens geklärt würde, ob, in welchem Umfange und bis wann die Parteipresse zugelassen wird[3]. Der *Landesvorsitzende* erklärte hierzu, daß er noch heute eine Besprechung mit einem Herrn vom ICD bei OMGUS haben werde. Wenn eine weitere Verzögerung in der Pressefrage zu erwarten sei, müsse auf alle Fälle eine Parteikorrespondenz geschaffen werden.

Mauerer schlägt vor, daß, wenn eine Entscheidung über die Parteipresse nicht umgehend ergeht, die Parteiverlage[4] zusammentreten sollen, um eine Schließung der Verlage zu beschließen, da die jetzigen Auflagen nicht ausreichen, die Kosten zu decken. Unionsverlag schon jetzt in Schulden[5]. Die Eingänge reichen nur aus,

[1] Rekonstruiert anhand des Protokolltextes.
[2] Laut Anwesenheitsliste im Protokoll; ergänzt anhand des Protokolltextes.
[3] Die auf Landesebene zugelassenen bayerischen Parteien wandten sich am 8. 9. 1948 schriftlich mit der dringenden Bitte an die amerikanische Militärregierung (ACSP, NL Müller B 3), die wiederholt in Aussicht gestellte Lizenzierung von Tageszeitungen nun endlich vorzunehmen. Andernfalls sei der Fortbestand der parteieigenen Verlage ernstlich gefährdet.
[4] Im April 1946 hatten Josef Mauerer und Josef Müller die Lizenz zum Aufbau eines Parteiverlags erhalten, der die Schriften der CSU herausgeben sollte. Er firmierte zunächst als Verlag Bayerische Rundschau und trug damit denselben Namen wie die Halbmonatsschrift der Partei. Nachdem Ende 1946 die Schriftenreihe „Fragen der Zeit" ins Leben gerufen worden war, änderte man den Namen in Verlag Bayerische Union; 1948 wurde der Verlag abermals in Neue Münchner Verlags GmbH umbenannt. Der Verlag der CSU gab neben der Bayerischen Rundschau und der Schriftenreihe „Fragen der Zeit" auch die Mitteilungen der Christlich-Sozialen Union heraus; alle drei Organe wurden 1948 eingestellt. Vgl. Mintzel, Anatomie, S. 162ff.
[5] Allein vom 21. 6.–31. 7. 1948 war ein Verlust von 16897 DM aufgelaufen; zum 15. 12. 1948 beliefen

die Löhne und Gehälter zu zahlen, nicht aber die Sachunkosten. *Mauerer* kündigt an, daß er gegebenenfalls genötigt sei, dem gesamten Personal am 31. August vorsorglich zu kündigen.

Dr. *Müller* erklärte, daß ein Ingangbringen der Parteipresse gegenwärtig ohne zinslose, langfristige Kredite in Höhe von 150000 D-Mark nicht möglich sei. Eine Sammlung innerhalb der Mitglieder der Union hat wenig Sinn, da damit nur der Partei selbst die für Parteizwecke benötigten Mittel entzogen würden.

Haußleiter erörtert dann seine Idee bezüglich einer Parteikorrespondenz in Zusammenarbeit mit dem „Deutschland-Union-Dienst" Frankfurt[6].

In allgemeiner Aussprache wird man sich darüber klar, daß diese Korrespondenz keinesfalls nennenswerte Einnahmen bringen wird. Es bedarf noch sorgfältiger Prüfung auf Grund genauer Kalkulationsunterlagen, ob die Korrespondenz nicht sogar ein Zuschußunternehmen wird. Ihre politische Notwendigkeit wird allgemein anerkannt.

Der von Frau Dr. *Meyer-Spreckels* und den Herren *Haußleiter*, *Sedlmayr* und *Liedig* vertretene Standpunkt, möglichst bald die zu einem Presseausschuß aufgeforderten Vertreter der Bezirksverbände zusammenzurufen und mit ihnen die Gesamtlage zu besprechen, wurde zunächst von Dr. *Müller* als zwecklos abgelehnt. Nach längerer Erörterung wurde *beschlossen*:

„Es sollen zur Beratung der Pressefrage die Bezirksvorsitzenden und je ein weiterer Vertreter je Bezirksverband für Pressefragen zu einer Sitzung zusammengerufen werden, um sich über das Problem der Parteipresse auszusprechen und dabei in erster Linie die Forderungen und Wünsche aus dem Lande zu erfahren und zu diesen sachlich Stellung zu nehmen."

2. *Fall Schäffer – Bezirksverband Oberbayern*

Dr. *Müller* gibt eine Aktennotiz bekannt, wonach Staatsrat a.D. Schäffer und der 2. Vorsitzende des Bezirksverbandes Oberbayern, Franz Schäfer, eine Bezirksversammlung auf Mittwoch, den 15. September vormittags 10 Uhr, Hofbräuhaus München, einberufen haben[7].

Tagesordnung:

1. a) Stellungnahme zur Entscheidung des Landesschiedsgerichtes.
   b) Stellungnahme zur Wahl der Mitglieder des Parlamentarischen Rates.
2. Vorbereitung einer außerordentlichen Landesversammlung.

sich die Altschulden des Verlags auf 40704,91 DM. ACSP, NL Müller C 18, überschlägige Ergebnisrechnung vom 21. 6.–31. 7. 1948 und Informationen betreffend die Tätigkeit des Verlags der CSU, undatiert. Andere Schätzungen gingen sogar von einem deutlich höheren Betrag aus; vgl. Schlemmer, Aufbruch, S. 270.

[6] Der Deutschland-Union-Dienst (DUD) war der Rechtsnachfolger des Union-Diensts, der Anfang Juni 1947 von Bruno Dörpinghaus ins Leben gerufen worden war. Unter diesem Titel erschienen drei Ausgaben, die unterschiedliche Funktionen wahrnehmen sollten: Ausgabe A gab als tägliche Korrespondenz die Haltung der Union zu aktuellen politischen Fragen wieder und war zur Information der parteinahen Presse gedacht. Ausgabe B sollte ebenfalls täglich erscheinen, um die überparteiliche Presse zu informieren. Ausgabe C war als vertraulicher Informationsdienst für führende Parteimitglieder konzipiert. Anfang 1948 wurde der Union-Dienst in DUD umbenannt. Das Ziel, mit den Verkaufserlösen des DUD das Generalsekretariat der CDU zu finanzieren, wurde jedoch nicht erreicht. Vgl. Unionsparteien, S. XXIV ff.

[7] Die von Fritz Schäffer und Franz Schäfer gezeichnete Einladung vom 26. 8. 1948, die auch eine Tagesordnung enthält, die der hier wiedergegebenen im wesentlichen entspricht, findet sich im BAK, NL Schäffer 24, Bl. 40.

Liedig gab den Wortlaut des Beschlusses [...] des Landesschiedsgerichtes bekannt[8].

Sedlmayr stellt daraufhin fest, daß Schäffer demnach gar keine Bezirksversammlung einberufen könne und satzungswidrig verfahre. Ein Beschluß wurde nicht gefaßt.

Dr. *Müller* gab anschließend Beschlüsse der Bezirksversammlung Unterfranken dem Sinne nach bekannt:

„Unterfranken wünscht eine Landesversammlung, aber erst zur Vorbereitung des Wahlkampfes auf Grund der Beschlüsse von Bonn. Alle persönlichen Angelegenheiten sollen jedoch nicht auf der Landesversammlung, sondern vor dem Landesschiedsgericht ausgetragen werden. Staatsrat a.D. Schäffer wird aufgefordert, zur Verhandlung vor dem Landesschiedsgericht zu erscheinen."[9]

Dr. *Müller* teilt mit, daß Staatsrat a.D. Schäffer in Würzburg war in Erwartung, zur Bezirksversammlung geholt zu werden. Dies sei jedoch nicht geschehen.

Dr. *Müller* berichtete anschließend über die beiden Prozesse in Landshut[10] und Kempten[11]. In Landshut hat der Angeklagte Gaßner u.a. erklärt, er sei durch die Herren Schäffer und Hundhammer veranlaßt worden, die Vorwürfe gegen Dr. Müller zu erheben. Es sei ihm von diesem gesagt worden, daß er als Katholik die

[8] Am 25. 8. 1948 tagte das Landesschiedsgericht, um den Antrag des Bezirksverbands Oberfranken auf den Ausschluß von Fritz Schäffer aus der CSU zu verhandeln. Allerdings war weder Schäffer selbst noch ein Vertreter zu dieser Sitzung erschienen. Auf Antrag von Hanswolf Haunhorst, der den Bezirksverband Oberfranken vertrat, beschloß das Landesschiedsgericht, Schäffers Rechte als CSU-Mitglied bis zur Durchführung des Verfahrens ruhen zu lassen. Ein neuer Verhandlungstermin wurde auf den 16. 9. 1948 festgesetzt. ACSP, LSG, Mappe Fritz Schäffer, Niederschrift über die Sitzung des Landesschiedsgerichts am 25. 8. 1948.

[9] ACSP, NL Müller C 262, Entschließung des Bezirksverbands Unterfranken anläßlich der Bezirksversammlung am 28. 8. 1948 in Würzburg. Nachdem der Konfrontationskurs der oberbayerischen CSU bei der Parteiführung um Josef Müller auf entschiedenen Widerstand gestoßen war und Schäffer selbst vom Ausschluß aus der Partei bedroht war, versuchten die Rebellen vergeblich, eine Mehrheit für eine außerordentliche Landesversammlung zu organisieren, die laut Paragraph 46 der Satzung von mindestens fünf Bezirksverbänden beantragt werden mußte, um Bewegung in die verfahrene Situation zu bringen und dem Ausschluß Schäffers zuvorzukommen. Vgl. Henzler, Fritz Schäffer, S. 249f. und S. 259f.

[10] Alfons Gaßner, der Ende August 1947 aus der CSU ausgetreten und in den folgenden Monaten rasch zu einem führenden Vertreter der BP in Niederbayern aufgestiegen war, hatte Josef Müller am 18. 1. 1948 in Landshut öffentlich bezichtigt, „sich auf verwerfliche Art und mit Gewalt an die Spitze der CSU gesetzt" zu haben, „nachdem er Herrn Staatsrat Schäffer gestürzt" habe. Weiter führte er aus: „Das ist der Mann, der mit den Kommunisten paktiert und nach Berlin fährt, um von Oberst T[j]ulpanow in Karlshorst seine Befehle zu empfangen. Wer aber in Bayern mit den Kommunisten paktiert, den soll der Teufel holen." Ende August 1948 wurde Gaßner von einem Gericht in Landshut wegen übler Nachrede zu drei Monaten Gefängnis verurteilt. ACSP, LSG, Ordner Müller – Hundhammer 1952, Niederschrift über den Beleidigungsprozeß Staatsminister Dr. Müller – Gaßner in Landshut am 23. und 25. 8. 1948.

[11] Ebenfalls im August 1948 verhandelte das Schöffengericht beim Amtsgericht Kempten gegen den stellvertretenden BP-Vorsitzenden Anton Donhauser, der im Dezember 1947 in Kempten öffentlich erklärt hatte, „daß Dr. Müller häufig zum Befehlsempfang nach Karlshorst fahre" (Schwäbische Landeszeitung vom 23. 7. 1948: „Dr. Müllers Besuch in Karlshorst"). Fritz Schäffer sagte als Zeuge in diesem Beleidigungsprozeß aus und erklärte, es sei ihm bekannt, daß Müller Beziehungen zu den Kommunisten unterhalten und eigenmächtige Verhandlungen mit den Sowjets geführt habe, die er nicht als „besonders glücklich" empfunden habe. Was den Ausdruck „Befehlsempfang" angehe, so sei „doch bekannt, dass dieser Ausdruck häufig gebraucht" werde (BayHStA, NL Ehard 1540, Protokoll der Zeugenaussage Fritz Schäffers vor dem Schöffengericht beim Amtsgericht Kempten am 21. 7. 1948). Donhauser wurde schließlich wegen übler Nachrede zu einer Strafe von 2000 DM oder 50 Tagen Gefängnis verurteilt; vgl. Süddeutsche Zeitung vom 9. 12. 1948, S. 2.

Gewissenspflicht habe zu diesem Kampf. Über die Landshuter Verhandlung sei durch einen vereidigten Stenographen ein Protokoll aufgenommen worden. Dies werde dem Landesvorstand zur allenfallsigen weiteren Beschlußfassung noch vorgelegt.

Hundhammer habe inzwischen bei seiner kommissarischen Vernehmung im Rahmen des Kemptner Prozesses einen Rückzieher gemacht.

Gaßner sei an Dr. Müllers Rechtsbeistand, Dr. Lenz, herangetreten, um eine Vergleichsmöglichkeit zu erörtern. Müller erklärte hierzu, wenn Gaßner seine Vorwürfe öffentlich mit dem Ausdruck des Bedauerns zurücknimmt und in dieser Erklärung die wahren Urheber eindeutig klarstellt, sei ein Vergleich möglich.

Haußleiter erklärte, daß der persönliche Streitfall Dr. Müller/Dr. Schäffer und die Frage, ob dieser Streitfall beigelegt wäre, uninteressant sei verglichen mit der Tatsache, daß die Vorwürfe gegen Schäffer wegen parteischädigenden Verhaltens sich auf dessen Vorgehen in der Bezirksversammlung Oberbayern und seine weiteren öffentlichen Erklärungen gegen die Christlich-Soziale Union stützen. Seinerzeit hat der Landesvorstand beschlossen, daß Dr. Müller keine persönlichen Verhandlungen mit Staatsrat Schäffer führen soll, sondern nur der Landesvorstand als solcher[12]. Dr. Müller habe nun aber am Samstag in Würzburg erklärt, daß er ohne Unterrichtung des Landesvorstandes mit Schäffer verhandelt habe. Dies sei ein Verstoß gegen den Beschluß des Landesvorstandes.

Dr. *Müller* bestreitet, gegen diesen Beschluß verstoßen zu haben. Es habe eine einzige Besprechung zwischen ihm und Schäffer unmittelbar nach dessen Angriffen stattgefunden[13]. Die Besprechung sei aber ergebnislos geblieben.

Nach längerer, zum Teil sehr lebhafter Erörterung, bei denen *Haußleiter* auch noch Bezug nimmt auf die Nachtbesprechung bei Dr. Müller am Vorabend der Kandidatenwahl zum Parlamentarischen Rat[14], erklärt Dr. Josef *Müller* auf ausdrückliches Befragen: „Ich erkläre auf mein Ehrenwort, daß keinerlei Abmachung mit Schäffer im Sinne einer Verzögerung des Verfahrens oder ähnliches getroffen wurde." Er fügte bei, nach seiner subjektiven Überzeugung habe die damalige Aussprache klar erwiesen, daß eine sachliche Vereinigung mit Schäffer nicht möglich sei. Nach seiner Erörterung sei auf seinen (Dr. Müllers) Vorschlag hin seiner-

[12] In einem Schreiben des geschäftsführenden Landesvorstands der CSU an Fritz Schäffer vom 17. 2. 1948 hieß es: „Ihr an den Landesvorsitzenden gerichtetes Schreiben vom 14. Februar 1948 ist in der heutigen Sitzung des Landesvorstands vorgelegt worden. Die Ziffer 2. des Beschlusses der Bezirksversammlung Oberbayern am 14. Februar setzt bedauerlicherweise den Landesvorsitzenden außerstande, unmittelbar mit Ihnen Verhandlungen zu führen, da die Bezirksversammlung Oberbayern auf Ihren Antrag hin beschlossen hat, Weisungen und Erklärungen, die der Landesvorsitzende im Namen der Christlich-Sozialen Union in Bayern abgibt, nicht anzuerkennen." Protokolle und Materialen, Bd. 2, S. 1564.

[13] Nicht ermittelt.

[14] Die Landtagsfraktion befaßte sich am 24. 8. 1948 mit der Nominierung der CSU-Vertreter im Parlamentarischen Rat. Als dabei auch Schäffer vorgeschlagen wurde, kam es zum Eklat, und Müller verließ mit mehreren Gefolgsleuten die Sitzung. Die Fraktion beauftragte daraufhin Josef Fischer, Georg Meixner und Karl Schmid, mit Schäffer und Müller zu verhandeln. Mehrere Gesprächsrunden verliefen jedoch ergebnislos, so daß die CSU-Fraktion am 25. 8. schließlich davon absah, Schäffer zu nominieren, der keinerlei Bereitschaft hatte erkennen lassen, seine beleidigenden Äußerungen gegen den Parteivorsitzenden zu widerrufen. Der Landtag bestimmte die 13 bayerischen Vertreter, von denen die CSU acht stellte, in seiner Sitzung am 25. 8. 1948. ACSP, LTF-P, Protokolle der Fraktionssitzungen am 24. und 25. 8. 1948; vgl. auch Kock, Bayerns Weg, S. 285f., und Gelberg, Hans Ehard, S. 180–188.

zeit Vertraulichkeit dieser Besprechung vereinbart worden, da er (Dr. Müller) Schäffer binden wollte, nicht sofort wieder mit Presse-Erklärungen in die Öffentlichkeit zu gehen. Dr. *Müller* wiederholte dann nochmals auf ausdrückliches Befragen hin, daß keinerlei sonstigen Abmachungen zustande kamen und daß die in Frage kommende Besprechung vor der Landesausschuß-Sitzung in Regensburg[15] stattgefunden habe.

Haußleiter machte dann auf die inzwischen stark gestiegene Mißstimmung in Oberfranken aufmerksam, wo gerade diese Mitteilung Dr. Müllers in Würzburg sehr schädlich wirken könne. In Oberfranken frage man überhaupt, warum Dr. Müller nicht persönlich gegen Schäffer ein Schiedsgerichtsverfahren beantragt habe wegen der schweren ehrenrührigen Angriffe gegen Dr. Müller[16].

Sedlmayr berichtet dann über die Vorgänge in der Fraktion anläßlich der Kandidatenaufstellung für den Parlamentarischen Rat, soweit sie den Fall Schäffer betreffen[17]. Auf Grund der Gaßnerschen Aussage in Landshut müsse nun doch Hundhammer ebenfalls vor eine klare Entscheidung und Erklärung gestellt werden.

Dr. *Müller* erklärt zu dem ganzen Thema: Mein Ziel war zu verhindern, daß statt einer vielleicht jetzt irgendwo kommenden Absplitterung eine Spaltung der Partei eintritt[18]. Es waren ernsthafte Bestrebungen im Gange zur Gründung einer katholischen Partei eventuell durch Zusammenfassung mit der Bayernpartei oder als selbständige Partei. Jetzt habe er die feste Überzeugung, daß diese Gefahr nicht mehr gegeben sei. Er bezog sich dabei auch auf seine Romreise[19] und bat im übrigen, daß auch die evangelischen Parteifreunde für diese Reise Verständnis haben. Dies wurde ihm voll zugebilligt.

Haußleiter erklärte, daß die Reise nach Rom und auch die Aussprache im Vatikan gerade auch von seinen Freunden sehr begrüßt worden sei.

Haußleiter wandte sich nochmals gegen die Ausführungen Dr. Müllers in Würzburg, wo er (Müller) gesagt habe, daß er (Müller) von seiner Aussprache mit Schäffer auch seinen engsten Freunden nichts gesagt habe. Hierdurch käme nicht nur Dr. Müller selbst, sondern auch seine Freunde in ein schiefes Licht. Müller habe sich mit dieser Formulierung selbst den schlechtesten Dienst erwiesen.

Die Angelegenheit war damit erledigt.

[15] Die Sitzung des Landesausschusses in Regensburg fand am 28./29. 2. 1948 statt; das Protokoll findet sich in: Protokolle und Materialien, Bd. 2, S. 1533–1699.

[16] In einem Beleidigungsprozeß, den Josef Müller gegen Anton Donhauser angestrengt hatte, hatte Schäffer als Zeuge ausgesagt und dabei die Frage, ob er den Ochsensepp für einen „Befehlsempfänger" der SMAD halte, mit Ja beantwortet. Vgl. Schlemmer, Aufbruch, S. 227.

[17] ACSP, LTF-P, Protokolle der Fraktionssitzungen am 24. und 25. 8. 1948.

[18] Vor allem Fritz Schäffer hatte im Frühjahr und Sommer 1948 immer wieder mit der Bayernpartei geliebäugelt und gedroht, den Bezirksverband Oberbayern der CSU mehr oder weniger geschlossen in die Bayernpartei zu überführen. Vgl. Henzler, Fritz Schäffer, S. 255–262, und Unger, Bayernpartei, S. 150–154.

[19] Josef Müller war vom 25. 7.–4. 8. 1948 in Rom gewesen, um an einer Konferenz der Democrazia Cristiana teilzunehmen (ACSP, NL Müller J 1, Reisen des Herrn Dr. Müller im Jahr 1948). Dabei hatte er unter anderem mit dem italienischen Ministerpräsidenten Alcide De Gasperi über eine engere Zusammenarbeit zwischen den christlichen Parteien Europas gesprochen und war am 2. 8. von Papst Pius XII. empfangen worden. Vgl. Fränkischer Tag vom 4. 8. 1948: „Dr. Müller beim Papst" und vom 7. 8. 1948: „Dr. Müller aus Rom zurück".

Muhler ist der Auffassung, er (Müller) hätte schon wesentlich früher, nicht erst im Kemptner und Landshuter Prozeß, eine Aufklärung bezw. scharfe Stellungnahme gegen Schäffer herausgeben sollen.

Dr. *Müller* erklärt, er habe Herrn Dr. Käss[20] schon lange damit beauftragt.

3. *Vertreter der Christlich-Sozialen Union im Ausland*

Anläßlich einer an den Landesvorsitzenden ergangenen Einladung zu einer Jugendtagung der Österreichischen Volkspartei habe dieser bei der Militärregierung festgestellt, daß bereits durch Herrn Haunhorst entsprechende Ausreiseanträge gestellt seien, ohne daß der Landesvorsitzende oder ein anderes Mitglied des Landesvorstandes davon gewußt hätten.

Auf Antrag des *Landesvorsitzenden* wurde folgender Beschluß gefaßt:

„Die Entsendung von offiziellen Vertretern der Christlich-Sozialen Union in Bayern oder einer ihrer Arbeitsgemeinschaften zu ausländischen Parteitagungen oder sonstigen Zusammenkünften im Ausland bedarf der vorherigen Genehmigung des Landesvorstandes."

4. *Vervollständigung des geschäftsführenden Landesvorstandes*

Aus Anlaß vorstehender Beschlußfassung wies *Liedig* darauf hin, daß es dringend erwünscht sei, den geschäftsführenden Landesvorstand auf seine satzungsmäßige Zahl zu vervollständigen und insbesondere Vertreter der Jungen Union zu benennen[21]. Nach längerer Debatte wurde die Entscheidung hierüber durch den *Landesvorsitzenden* zurückgestellt mit dem Hinweis auf die derzeit innerhalb der Jungen Union im Gange befindlichen Bestrebungen von neuen Wahlen usw.

5. *Organisationsfragen der Partei*

Staatssekretär *Sedlmayr* verlas ein Schreiben vom 23. August mit Beilage von der Arbeitsgemeinschaft der Arbeitnehmer an den Herrn Landesvorsitzenden[22], das den übrigen Mitgliedern des Landesvorstandes nicht bekannt ist. In diesem Schreiben werden eine Reihe von Vorschlägen zur Parteiorganisation usw. gemacht. Eine eingehende Aussprache ist wegen Zeitmangel des Landesvorsitzenden nicht möglich.

Das dem Landesvorsitzenden vor Beginn der Sitzung übergebene Schreiben des Landesschatzmeisters vom 30. August 1948[23] wird auf Verlangen *Sedlmayrs* zur Debatte gestellt. *Liedig* erklärt, daß sein Entschluß unwiderruflich sei und er keinesfalls unter den gegenwärtigen Verhältnissen länger mit der Verantwortung der

[20] Friedrich Käss (1910–1984), kath., Jurist, 1937–1941 bei der Reichsbahnverwaltung, seit 1941 Teilnahme am Zweiten Weltkrieg bei der Feldeisenbahn (zuletzt Leutnant) und Kriegsgefangenschaft, 1945/46 Mitglied des Vorläufigen Landesausschusses der CSU, zeitweise in der CSU-Landesgeschäftsstelle tätig, seit 1949 als Referent im Bundesfinanzministerium vor allem mit Fragen des Lastenausgleichs befaßt, 1956–1975 Präsident des Bundesausgleichsamts.

[21] Hinsichtlich des geschäftsführenden Landesvorstands setzte Paragraph 53 der Satzung lediglich fest, daß dieses Gremium aus sieben vom Landesvorsitzenden zu ernennenden Mitgliedern des Landesvorstands bestehen sollte. Vgl. die Satzung der CSU vom 4. 10. 1946 mit den Abänderungsbeschlüssen vom 28./29. 2. 1948, abgedruckt in: Protokolle und Materialien, Bd. 3, S. 1783–1803, hier S. 1798.

[22] Dieses Schreiben ließ sich im ACSP, NL Müller, nicht ermitteln.

[23] Liedig kündigte in diesem Schreiben an, seine Tätigkeit in der Landesgeschäftsstelle der CSU „endgültig und unwiderruflich mit dem 31. August 1948 beenden" zu wollen. ACSP, NL Müller C 13, Franz Liedig an Josef Müller vom 30. 8. 1948. Franz Liedig trat schließlich am 23. 12. 1948 vom Amt des Landesschatzmeisters der CSU zurück; vgl. Nr. 18.

Landesgeschäftsstelle betraut bleiben wolle. Nach längerer Debatte wurde klargestellt, daß eine sofortige Beauftragung, möglichst eines Mitgliedes des Landesvorstandes, erfolgen soll. Dr. *Müller* schlägt darauf Landrat Strauß, Schongau, vor. Eine endgültige Entscheidung, ihn zum Generalsekretär der Partei zu berufen, ergeht nicht, da vor allem Staatssekretär *Sedlmayr* sich dagegen wendet und eine eingehende Aussprache wünscht[24]. *Haußleiter* weist darauf hin, daß ein hauptamtlicher Generalsekretär, oder wie auch immer man die Stelle bezeichnen wolle, notwendig sei, daß dieser aber auch dann die entsprechende Vollmacht und Autorität erhalten müsse.

Es gehe nicht an, daß der Landesvorsitzende, wie es bisher immer der Fall gewesen sei, dann von sich aus und über den Kopf des verantwortlichen Mannes der Landesgeschäftsstelle hinweg regiere und entscheide. Einmal an den Leiter der Landesgeschäftsstelle gegebene Entscheidungen dürften nicht nachher ohne dessen Unterrichtung desavouiert oder umgestoßen werden.

In diesem Zusammenhang wurde das Thema der aus der Wirtschaftslage notwendig gewordenen Kündigungen kurz behandelt und dabei ausdrücklich festgestellt, daß diese vom Landesvorstand verlangt und auch im Auftrag des Landesvorstandes ausgesprochen worden sind[25]. Dr. *Müller* verteidigt sich mit dem Hinweis, die Kündigungen seien im Auftrag des Landesvorsitzenden erfolgt, dagegen habe er sich gewehrt. *Liedig* widersprach nachdrücklichst und verlangt Beweise für die gegenteilige Behauptung Dr. Müllers. Beweise wurden nicht vorgelegt.

Nach weiterer heftiger Debatte entschied der *Landesvorsitzende* ohne Widerspruch, daß Landrat Strauß bis zur endgültigen Entscheidung mit der Führung der Geschäfte betraut werden solle[26].

6. *Finanzlage der Partei und weitere Maßnahmen*

Der *Landesschatzmeister* wies auf die bereits eingetretene hohe Verschuldung der Partei und die äußerst geringen Aussichten, in nächster Zeit über nennenswerte Eingänge verfügen zu können[27], hin und bat um Entscheidung, ob und welche Einsparungsmaßnahmen vom Landesvorstand für notwendig gehalten werden. Der *Landesvorsitzende* wünschte keine Entscheidung, ohne jedoch anzugeben, woher die Mittel zur Deckung der bisherigen und zwangsläufig zu erwartenden weiteren Schulden genommen werden sollen. Der *Landesschatzmeister* wies nochmals darauf hin, daß die jetzige Lage der Partei bereits völlige Konkursreife

[24] Zwar galt Franz Josef Strauß als hoffnungsvolles Nachwuchstalent, doch waren seine organisatorischen und administrativen Erfahrungen gering. Zudem war er durch sein Mandat im Frankfurter Wirtschaftsrat und seine Tätigkeit als Oberregierungsrat im Innenministerium bereits stark ausgelastet. Vgl. Krieger, Franz Josef Strauß, S. 24.

[25] Vgl. dazu Mintzel, Anatomie, S. 234, und ausführlich Schlemmer, Aufbruch, S. 242–260.

[26] Zwar konnte sich Müller in dieser Streitfrage letztlich durchsetzen, doch trat Strauß das Amt des Generalsekretärs der CSU erst im Dezember 1948 an. Vgl. ebenda, S. 263.

[27] Zwischen Mitte Juni und Mitte Dezember 1948 hatten sich in der Landesgeschäftsstelle der CSU Schulden in Höhe von 81 936,88 DM angehäuft, da die CSU auf der einen Seite ihren Verpflichtungen insbesondere gegenüber den Angestellten der Partei nachkommen mußte, auf der anderen Seite aber die Parteigliederungen ihre Verpflichtungen gegenüber dem Landesverband kaum mehr erfüllten. ACSP, NL Müller C 14, Bericht Richard Schachtners über die Finanzlage der Union vom 17. 12. 1948.

bedeutet und eine Entscheidung daher dringend notwendig sei. Trotz Hinweis auf den allenfallsigen Kündigungstermin (monatliche Kündigung) wurde vom *Landesvorsitzenden* die Entscheidung vertagt.

Da der *Landesvorsitzende* zu einer dringenden Besprechung abberufen wurde, wurde die Sitzung ohne formalen Beschuß beendet.

Nr. 15

Sitzung des geschäftsführenden Landesvorstands der Christlich-Sozialen Union am 8. Oktober 1948 in München

Tagungsort: München, Gedonstraße 4, Kanzlei Dr. Josef Müller

Anwesend[1]: Hammerschmidt, Haußleiter, Horlacher, Liedig, Mauerer, J. Müller, Sedlmayr

Protokollführer: Berger

Beginn: 10 Uhr 45, Ende: 13 Uhr 10

ACSP, LGF-LV

Die Sitzung war für 10 Uhr angesetzt, konnte aber erst 10.45 Uhr beginnen. Auf der Tagesordnung stand als einziger Punkt: Frage der *Parteipresse*.

Zuerst wurden einige allgemeine Fragen behandelt.

1. Es wurde festgestellt, daß die Anstellung des Herrn Ranft[2] als Landessekretär der Jungen Union zurückgestellt wird bis zur Entscheidung durch Herrn Strauß, dem neuen Generalsekretär.
2. Der Auftrag der Notgemeinschaft ist durch die aufgenommene Tätigkeit der Finanzkommission beendet[3]. Ihre weiteren Anträge werden an diese überwiesen. An alle Mitglieder der Finanzkommission werden die schriftlichen Ergebnisse versandt.

[1] Laut Anwesenheitsliste im Protokoll; Elisabeth Meyer-Spreckels, Emil Muhler und Franz Josef Strauß waren entschuldigt.

[2] Nicht ermittelt.

[3] Der Ständige Finanzausschuß der CSU war nach der Währungsreform eingesetzt worden, um einen Ausweg aus der Finanzkrise zu finden, und hatte am 28. 9. 1948 als Sofortmaßnahme vorgeschlagen, die Geschäftsführer in die Obhut der Kreis- und Bezirksverbände zu entlassen. Die Parteiführung akzeptierte diesen Vorschlag und übertrug die Besoldung der haupt- und nebenamtlichen Mitarbeiter rückwirkend zum 1. 7. 1948 den Bezirken und Kreisen. Im Gegenzug wurden die Zahlungsverpflichtungen der Kreisverbände an den Landesverband herabgesetzt. Anstatt 45 Pfennig pro Monat und Mitglied sollten nunmehr lediglich 20 Pfennig pro Monat und Mitglied abgeführt werden. Der Landesausschuß, der am 18./19. 12. 1948 in Forchheim tagte, billigte diesen Beschluß nachträglich. Vgl. Schlemmer, Aufbruch, S. 254f.; zur Notgemeinschaft vgl. Nr. 13 mit Anm. 30.

Dr. *Müller* stellte beim Eintreten in die eigentliche Tagesordnung fest, daß Herr Mauerer die Lizenz[4] zurückgegeben habe, und bat ihn um einen kurzen Bericht darüber.

Herr *Mauerer* legte dar, daß er schriftlich den Landesvorstand über seine Beweggründe zu seinem Schritt informiert habe[5]. Er habe um seine Entlassung gebeten und ebenso [darum,] die Lizenzniederlegung anzunehmen. Er war dazu gezwungen, weil die Militärregierung die Tageszeitung nicht genehmigt habe. Er habe keine weitere Möglichkeit gesehen, die Verantwortung weiterhin zu übernehmen. Er habe es nicht für möglich gehalten, mit der Wochenschrift die Situation bis zum Erscheinen der Tageszeitung zu überbrücken[6].

Herr *Hammerschmidt* gab dann auf Aufforderung durch den Vorsitzenden einen Überblick über die Besprechung bei Mister *Clark* bei der Militärregierung[7] und sagte, daß die Lizenzierung abhängig sei von der Arbeit der deutschen Landtage. Die Militärregierung werde von ihrem Recht der Lizenzierung Abstand nehmen, sobald das deutsche Pressegesetz geschaffen sei.

Dr. *Müller* stellte aber dem gegenüber, daß die Militärregierung weiter lizenziere und die ICD damit ihren Standpunkt durchgesetzt habe.

Herr *Hammerschmidt* führte weiter aus, daß bei wöchentlichem Erscheinen des Parteiorgans die Parteipresse aufhören müsse. Der Anfang könne erweitert werden, auch Anzeigen könne man bringen, auf alle Fälle müsse sie auf allen Gebieten erweitert werden. Mit der Tageszeitung könne sie nicht zu sehr in Konkurrenz treten. Über die Rentabilität legte Herr *Hammerschmidt* einen in der Anlage beiliegenden Plan[8] vor. Er sei dagegen, mit mehreren Parteipublikationen herauszukommen. Als Zeitungsverlag schlug er entweder Fackler oder Jost[9] vor. Auf Vorschlag von Dr. *Müller* wurde dann auch Haindl[10], Augsburg, in Betracht gezogen.

Als besondere Einnahmequelle wurde die Frage der Anzeigen behandelt, welche zur stärkeren Rentabilitierung teilweise mit Artikeln gekoppelt werden könnten. Im Hinblick auf die Anlaufzeit könne man nicht rechnen, innerhalb von sechs Wochen wesentliche Einnahmen zu erzielen. Für die Werbung warf er den Gedanken der Zehnerkolonnen ein. Auf alle Fälle müsse man dafür sorgen, daß das

[4] Josef Mauerer war neben Josef Müller zweiter Lizenzträger des Parteiverlags der CSU. ACSP, NL Müller B 4, OMGBY, Press Branch (Bernard B. McMahon) an Josef Müller und Josef Mauerer vom 9. 11. 1946.

[5] Mauerer begründete seinen Schritt zum einen mit der Weigerung der Militärregierung, Tageszeitungen politischer Parteien zu lizenzieren, was den Verlag in erhebliche finanzielle Schwierigkeiten gebracht habe, die er auf Dauer nicht überbrücken könne. Zum anderen verwies er auf die Gefahr, „dass bei einer späteren Lizenzierung der Tageszeitung die bisherige Selbständigkeit der Redaktion nicht in dem Masse aufrecht erhalten werden kann, wie ich es aus verlegerischen und journalistischen Gründen für erforderlich halte". ACSP, NL Müller C 19, Josef Mauerer an den Landesvorstand der CSU vom 28. 9. 1948. Mauerer schied am 15. 10. 1948 aus dem Verlag aus.

[6] Damit ist die geplante Wochenzeitung Der Gerade Weg gemeint; vgl. Schlemmer, Aufbruch, S. 269–279.

[7] James A. Clark (1898–1950), Juli 1947–1949 Direktor der Information Control Division/Information Services Division von OMGBY, danach bis 1950 Leiter der Abteilung für politische Angelegenheiten des US-Land Comissioners for Bavaria.

[8] Diese Anlage fehlt.

[9] Zu den Verlagen Fackler, Jost und Schlögl wurden keine Angaben ermittelt.

[10] Zur Haindl Papier GmbH, Augsburg, vgl. die Festschrift von Schütze, 150 Jahre Papier von Haindl; Georg Haindl gehörte zu den führenden Mitgliedern des Wirtschaftsbeirats der Union.

Parteiorgan im wesentlichen von den Mitgliedern gestützt würde. Grundsätzlich müsse man in Betracht ziehen, daß bei Herausgabe der Wochenschrift vom alten Verlag DM 15000 dringendste Schulden zu übernehmen seien[11], dazu benötige man noch einen dringenden Anlaufkredit von DM 17000. Alles in allem also 32000 DM für den Anlauf ohne Druck und Papierkredit.

Dr. *Müller* wies darauf hin, daß die Zeitung unbedingt durchgehalten werden müsse. Deshalb müsse man von den in der letzten Zeit eingegangenen Geldern für diesen Zweck Geld abziehen.

Haußleiter setzte sich aber dem entgegen und sagte, daß die Leute auf der Geschäftsstelle verhungern würden. Man könne aus dem letzten, wenigen eingegangenen Geld nicht auch noch einen Teil abziehen. Wenn das der Fall sei, so erkläre er, daß ab sofort seine Tätigkeit in der Landesgeschäftsstelle erledigt sei, denn es ginge nicht an, daß die hungernden Leute unter diesen Umständen weiterarbeiten würden.

Herr *Liedig* wies darauf hin, daß der Verlag seine Leute voll ausbezahle, die Partei aber seit Anfang der Währungsreform über keine nennenswerten Gelder verfüge. Mit 80 Mark sei eine Weiterarbeit für die Landesgeschäftsstelle untragbar. Man könne nicht alles Geld in dieses Presseunternehmen hereinstecken.

Herr *Hammerschmidt* führte an, daß der Verlag Schlögl einen wesentlichen Betrag angeboten habe. Er habe zuerst den Gedanken gehabt, daß er den Parteiverlag zu sich herüberziehen wollte. Inzwischen habe er aber erfahren, daß diese Bedenken nicht existieren würden, sondern es sich hier nur um eine Kreditaufnahme handelt.

Dr. *Müller* wollte demgegenüber das Risiko nicht auf sich nehmen. Er sei der einzige, der arbeite, um Geld hereinzubekommen. Er habe bisher schon Geld gesammelt. Er müsse ja auch für sein Büro arbeiten. Man dürfe nicht nur das Maul aufreißen.

Haußleiter wandte sich gegen die Wendung, daß Dr. Müller der einzige sei, der arbeite. Wir würden dadurch entkräften, daß die anderen nur das Maul aufreißen, daß wir die Arbeit niederlegen würden. Dr. Müller verkenne die Gründe der Gereiztheit. Die wenigen Mark, die durch die Spendensammlung hereingekommen seien, müßten auch den Leuten der Partei zugute kommen. Er halte es für unmöglich, diese armen Hunde, die noch auf ihr Juligehalt warten würden, über das Ohr zu hauen. Er könne nicht über diese Beträge verfügen. Durch Spenden allein würden wir diese 32000 Mark für den Parteiverlag auch nicht erhalten.

Dr. *Müller* blieb auf dem Standpunkt, es unbedingt durchzuhalten. Er würde sich weiter anstrengen, aber die DM 5000 der MAN müssen für diesen Zweck abgezweigt werden.

Haußleiter: Wenn das geschieht, ist ab heute meine Arbeit in der Landesgeschäftsstelle beendet. Er habe aber einen anderen Plan: In München sei niemand, welcher kreditiere. Ihm selbst liege die Zeitung sehr am Herzen. Er könne aber die Parteiarbeit nicht hängenlassen, nur auf Kosten der Partei. Beides müsse zusammenhalten, sowohl die Organisation der Partei wie auch die Wochenschrift. Er

[11] Zum 31. 10. 1948 bestanden Altschulden von insgesamt 49841,82 DM; BayHStA, NL Ehard 1269, Schulden-Aufstellung des Verlages Der Gerade Weg und Union-Flüchtlingsdienst, undatiert.

habe versucht, sich in die Frage der Kredite einzuschalten, ohne daß durch diese 32000 Mark die Organisation zerplatze. Er habe mit Geheimrat Kastl[12] verhandelt, welcher bereit sei, auf Grund der Planung die Sache zu kreditieren. Der Nachteil sei, daß die Redaktion in München sei, der Druck aber in Nürnberg. Dieser dürfte aber dadurch nur ein rein technischer Vorgang bleiben. Die Arbeit müsse in München getan werden. Die vorgesehene Druckerei sei für 1. November betriebsfertig vorgesehen, nach den bisherigen Erfahrungen würde es aber doch der 1. Dezember. Die Nürnberger seien aber auch bereit, die Sache dadurch zu überbrücken, daß sie im Lohndruck weiterarbeiten würden. Zwei Leute würden 20000 Mark bieten und einen Kredit von 15000 Mark vermitteln, aus dem einen Grund, weil sie eine andere Zeitung in Nürnberg haben wollten. Er halte es für sicher, daß sie unter denselben Bedingungen auch die Wochenschrift übernehmen würden.

Dr. *Müller* wandte sich dagegen und erklärte, daß er anderen Leuten keine Beteiligung an einer Parteizeitung einräumen könne.

Herr *Liedig* wies darauf hin, daß man zuerst an den Parteiapparat denken müsse, wenn man den Gesichtspunkt der kommenden Wahlen betrachte. Man müsse den Leuten erst einmal etwas geben. Man habe heute den 8. Oktober, während die Juligehälter noch nicht einmal bezahlt seien. Wir müssen die Bürgschaften haben, daß das Geld wirklich hereinkommt, andernfalls habe es gar keinen Zweck. Man müsse Barkredite aufnehmen, welche dann durch hereinkommende Spenden allmählich abgedeckt werden müßten.

Herr *Hammerschmidt* wies nochmals darauf hin, daß er einen zusätzlichen Kredit benötige, um den Verlag flott zu machen, welcher überschuldet sei.

Herr *Liedig* führte an, daß Barkredite zu erhalten seien, wenn sich einige Leute zusammentun würden, um einen gewissen Teil abzudecken. Diese sollten die persönliche Bürgschaft leisten. Er sei bereit, eine persönliche Haftung über 3000 Mark zu übernehmen bei einer Laufzeit bis April. Man würde sicher in Parteikreisen mehrere finden, so daß der Kreditbetrag ohne weiteres zu realisieren sei.

Haußleiter führte zudem noch an, daß die Nürnberger Geldbürger sicher von einer Beteiligung absehen würden, denn man müsse ja auch die Organisation unterbauen, um sie zu halten.

Dr. *Müller* riet Herrn Mauerer und Herrn Hammerschmidt, noch mal zu Geiger zu gehen, welcher einen nochmaligen Kredit zugesagt habe, denn es gäbe nur einen kleinen Kreis von Idealisten, die in der von Herrn Liedig vorgeschlagenen Weise arbeiten würden. Ihm selber könne man keine uferlose Haftung zumuten, und deswegen könne er auch keine weitere Haftung übernehmen.

Haußleiter stellte dann den Antrag: Ich stelle den Antrag, die der Union gestifteten 5000 Mark und das Ergebnis der Sammlung von München und Nürnberg für die Sanierung der Landesgeschäftsstelle der Christlich-Sozialen Union zur

[12] Ludwig Kastl (1878–1969), Jurist, Beamter in Deutsch-Südwestafrika und nach dem Ersten Weltkrieg im Reichsfinanzministerium, 1925–1933 geschäftsführendes Mitglied im Präsidium des Reichsverbands der Deutschen Industrie, 1929 deutscher Vertreter auf der Reparationssachverständigenkonferenz in Paris, 1933 Rückzug von allen Ämtern und Tätigkeit als Rechtsanwalt in Berlin, 1946/47 Präsident des bayerischen Wirtschaftsbeirats, Aufsichtsratsmitglied zahlreicher Großunternehmen, 1952 Mitglied der Delegation der Bundesrepublik für die Londoner Schuldenkonferenz.

Verfügung zu stellen. Da die Leute mit den bisherigen Bedingungen nicht mehr arbeiten könnten, müsse dieser Beschluß herbeigeführt werden.

In der Debatte führte Dr. *Müller* an, daß Herr Meyer[13], Augsburg, gesagt habe, er gäbe Haußleiter kein Geld, aber Dr. Müller könne es haben. Während *Haußleiter* ihm entgegen sagte, daß er zuerst bei Kastl war und dieser die 5000 Mark zugesagt erhalten habe. Der Antrag wurde dann einstimmig angenommen.

Dr. *Müller* gab zum Schluß noch den Auftrag, mit einer neuen Spendenliste an sämtliche Kabinettsmitglieder heranzutreten. Die Spendenliste sollte dann nach Beschluß dem Parteivorstand vorgelegt werden.

Die Sitzung schloß 13.10 Uhr.

Nr. 16

Sitzung des geschäftsführenden Landesvorstands der Christlich-Sozialen Union am 2. November 1948 in München

Tagesordnung[1]:
1. Pressefragen
2. Organisation und Finanzfragen

Tagungsort: München, Gedonstraße 4, Kanzlei Dr. Josef Müller

Anwesend[2]: Haußleiter, Horlacher, Liedig, J. Müller, Muhler, Schachtner, Sedlmayr

Beginn: 18 Uhr, Ende: 20 Uhr

ACSP, LGF-LV

Hauptbesprechungspunkt der Vorstandssitzung war die Verfassung des Vertragsentwurfes für den Herausgeber der neuen Wochenschrift der Union. Es wurde festgestellt, daß der Vertrag[3] von Herrn Strauß mit Herrn Hammerschmidt entworfen wurde, nachdem Herr Dr. Müller die Richtlinien genehmigt hatte.

[13] Otto Meyer (1882–1969), Diplom-Ingenieur, seit 1916 technischer Direktor, dann Mitglied des Vorstands bei den Rumpler-Werken, seit 1925 bei der Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg (MAN), 1933 in den Vorstand der MAN berufen, 1945 von der amerikanischen Besatzungsmacht inhaftiert, seit 1946 als Generaldirektor Vorstandsvorsitzender der MAN, Präsident der Arbeitgeberverbände in Bayern und Vorsitzender des Vereins der Bayerischen Metallindustrie, Mitglied des Präsidiums des LBI.

[1] So lautet die Tagesordnung, die dem Protokoll vorangestellt wurde; Punkt 2 wurde offensichtlich nicht oder nur am Rande behandelt.

[2] Laut Anwesenheitsliste im Protokoll.

[3] In dem zwischen Josef Müller und Helmut Hammerschmidt geschlossenen Vertrag vom 3. 11. 1948 (ACSP, NL Müller C 19) wurde dieser zum zweiten Lizenzträger des Verlags Bayerische Union bestimmt und zugleich zum Geschäftsführer des Verlags sowie zum verantwortlichen Redakteur des Geraden Wegs berufen. Er war berechtigt, die notwendigen Rechtsgeschäfte abzuwikkeln und Mitarbeiter anzustellen; Kündigungen mußten indes von Müller gegengezeichnet werden. Hammerschmidt sollte für seine Tätigkeit ein Gehalt von monatlich 1000 DM sowie einen Anteil am jährlichen Reingewinn des Verlags erhalten.

Über die Personen – Herrn Hammerschmidt und Herrn Gensert – wurde festgestellt, daß beide Personen Spezialisten für eine Wochenschrift seien.

Hammerschmidt sei von Geburt ein Bayer, Halbjude, wohne in Schongau. Er habe nicht die Lizenz für alle im Verlag erscheinenden Erzeugnisse erhalten. Im Vertrag sei niedergelegt, daß er die Politik in der Zeitung so durchzuführen habe, wie sie von den zuständigen Parteigremien beschlossen sei.

Dagegen sei Herr Gensert ein Problem[4]. Man müsse ihn aber vorläufig annehmen, um das Erscheinen der Wochenschrift zum 1. Dezember nicht zu gefährden.

Die Zeitung könne deswegen nur in Nürnberg erscheinen, weil nur dort der Druck und der Vierteljahres-Kredit sichergestellt seien. Eine Verzögerung duldet das Erscheinen der Wochenschrift nicht mehr, um die Partei nicht absinken zu lassen.

Die Frage, ob der Ministerpräsident oder Dr. Hundhammer wegen der Annahme oder Ablehnung der beiden Herausgeber gefragt worden sei[en], wurde von Dr. *Müller* verneint. Es wurde aber vom *Landesvorsitzenden* darauf hingewiesen, daß für die vertrauliche Korrespondenz Dr. Hundhammer um einen Redakteur befragt worden sei, welcher aber keinen stellen konnte.

Als Titel der Wochenschrift wurde „Der Gerade Weg"[5] vorgeschlagen. Dr. *Müller* nahm es auf sich, die Verhandlungen mit dem früheren Herausgeber des „Geraden Weges"[6] zu führen. Der andere vorgeschlagene Titel: „Das neue Bayern" wurde nicht in Erwägung gezogen[7].

Der *Landesvorsitzende* übernahm es auch, den Ministerpräsidenten über die Herausgabe der Wochenschrift und deren Herausgeber zu informieren. Diese Bedingung machten besonders Herr Geistlicher Rat *Muhler* und Herr Staatssekretär *Sedlmayr* geltend.

Nachdem Herr *Liedig* den Vertrag vorgelesen hatte, entspann sich eine kurze Diskussion zwischen diesem und Dr. *Horlacher* über die Zuständigkeit zur Zeichnung dieses Vertrages. Während Herr *Horlacher* darlegte, daß die gesamte Landesvorstandschaft nur dazu befugt sei, wies Herr *Liedig* darauf hin, daß auch nach

[4] In der Anlage zu einer Notiz für Alois Hundhammer vom 17. 11. 1948 (ACSP LTF I, 15–20/2) heißt es, Gensert sei NSDAP-Mitglied gewesen und habe vor 1945 u.a. als Leiter der Abteilung Zeitschriftendienst der Presseabteilung der Reichsregierung und als Chef vom Dienst des Deutschen Wochendienstes (streng vertrauliche Informationen für die deutsche Presse) fungiert. Einer Vormerkung aus dem Parteiverlag der CSU (NL Müller C 19) zufolge wurde Gensert 1944 unter dem Vorwurf des Hochverrats von der Gestapo verhaftet und floh im April 1945 während eines Transports. Vor allem Alois Hundhammer lehnte Gensert, aber auch Hammerschmidt und andere ehemalige Mitarbeiter des Echo der Woche ab, da diese seine politische Linie wiederholt kritisiert hätten und nicht aus Bayern stammten (BayHStA, NL Ehard 1285, Alois Hundhammer an Josef Müller vom 20. 11. 1948). Darüber hinaus erhob Hundhammer schwere Vorwürfe gegen Gensert wegen dessen Tätigkeit im Dritten Reich, wobei er auf einen Artikel vom 19. 5. 1944 mit stark antisemitischem Einschlag verwies (NL Ehard 1285, Alois Hundhammer an Hans Ehard vom 25. 11. 1948; in der Anlage findet sich eine Abschrift des Zeitschriftendiensts Nr. 263 vom 19. 5. 1944).

[5] Mit diesem Titel knüpfte man bewußt an das antinationalsozialistische Kampfblatt des überzeugten Katholiken Fritz Gerlich an, der 1934 von den Nationalsozialisten ermordet worden war. Vgl. hierzu allgemein Schäfer, Fritz Gerlich.

[6] Alleiniger Inhaber der Rechte des Naturrechtsverlags, der den Geraden Weg herausgegeben hatte, war Erich Fürst von Waldburg-Zeil. Müller versäumte es jedoch, sich vor dem Erscheinen der ersten Ausgabe mit ihm ins Benehmen zu setzen, was ihm einen geharnischten Protest des Fürsten eintrug. ACSP, NL Müller C 20, Erich Fürst von Waldburg-Zeil an Josef Müller vom 15. 12. 1948.

[7] Diesen Titel hatte August Haußleiter vorgeschlagen.

vorläufiger Annahme durch den Landesvorstand laut Vertrag die Landesvorstandschaft endbeschließend sei[8].

Nach dem Hinweis, daß in Paragraph 4 des Vertrages auch eine Bewährungsfrist für die Herausgeber vorgesehen sei[9], wurde der Vertrag zur Abstimmung vorgelegt und einstimmig in folgender Fassung angenommen:

„Dem Landesvorsitzenden wird die Zustimmung erteilt in seiner Eigenschaft als Lizenzträger, diesen Vertrag mit Herrn Hammerschmidt in der hier vorliegenden Form abzuschließen mit der Auflage, die Landesvorstandschaft möglichst bald einzuberufen, spätestens am 10. Dezember."

Herr Hammerschmidt soll den Auftrag erhalten, mit möglichst vielen der führenden Partei-Persönlichkeiten in Verbindung zu treten. Es wurde Kenntnis genommen von der Aufnahme des Kredits in der Höhe von zunächst DM 30000 laufend bis zu DM 50000. Die Partei wird bei den Einnahmen genauso beteiligt wie bei dem früheren Parteiblatt[10].

Nachdem noch beschlossen wurde, bei der nächsten Vorstandssitzung die Finanzfragen zu klären, wurde Herr Haußleiter mit der Prüfung der bisher aufgelaufenen[11] Baukosten beauftragt.

Um 20 Uhr wurde die Sitzung geschlossen.

[8] Dazu hieß es in Paragraph 6 des Vertrags zwischen Müller und Hammerschmidt vom 3. 11. 1948 (ACSP, NL Müller C 19): „Der vorstehende Vertrag erlangt durch den Beschluss des Landesvorstandes vorläufige Rechtsgültigkeit. Er bedarf der Zustimmung der Landesvorstandschaft, anderenfalls er 2 Monate, beginnend am 1. des Monats nach Ablehnung von Seiten der Landesvorstandschaft, gekündigt werden kann." Der Landesvorstand stimmte dem Vertrag am 18. 12. 1948 zu; vgl. hierzu Nr. 17.

[9] Paragraph 4, Satz 1 des Vertrags regelte die Kündigungsfrist, die drei Monate betragen sollte; von einer „Bewährungsfrist" ist nicht die Rede. ACSP, NL Müller C 19, Vertrag zwischen Josef Müller und Helmut Hammerschmidt vom 3. 11. 1948.

[10] Die CSU erhielt pro verkauftem Exemplar der Mitteilungen der CSU je 1,2 Pfennig und für jedes verkaufte Exemplar der Bayerischen Rundschau vier Pfennig. Auf diese Weise nahm die CSU 1946 158657 RM, 1947 139690 RM und im ersten Halbjahr 1948 55624 RM ein. Nach der Währungsreform erzielte der Verlag keine Gewinne mehr. Darüber hinaus stellte der Verlag der Partei diverse Informationsmaterialien wie den Unionsdienst, den Rednerdienst der CSU und den Pressespiegel unentgeltlich zur Verfügung. BayHStA, NL Ehard 1285, Bericht des Finanzamts München-Nord über eine Betriebsprüfung des Verlags Bayerische Rundschau vom 24. 5. 1949. Eine Abschrift des Vertrags zwischen der Landesgeschäftsstelle der CSU und dem Verlag Bayerische Rundschau vom 30. 6. 1946, der die Beteiligung der Partei an den Gewinnen des Verlags regelte, findet sich als Anlage 8 des Prüfberichts.

[11] In der Vorlage: „angelaufenen".

Nr. 17

Sitzung des Landesvorstands der Christlich-Sozialen Union am 18. Dezember 1948 in Forchheim

Tagesordnung[1]:
Pressefragen – „Der Gerade Weg"

Tagungsort: unbekannt

Anwesend[2]: Ankermüller, Barth, Donsberger, Ehard, Euerl, H. Fischer, J. Fischer, Gamperl, Haunhorst, Haußleiter, Horlacher, Hundhammer, Krehle, Liedig, Mayr, Meyer-Spreckels, J. Müller, Neumann, Rinke, Sattler, Schachtner, Schlögl, Schmid, Schmidt, Schütz, Schweiger, Sedlmayr, Seidel, Strauß, Unertl

ACSP, LGF-LV

1. Für die redaktionelle, politische und kaufmännische Überwachung der Wochenschrift der Christlich-Sozialen Union „Der Gerade Weg" wird ein Verwaltungsrat gebildet. Der Verwaltungsrat besteht aus mindestens fünf und höchstens sieben Mitgliedern.

   Der Antrag wird einstimmig angenommen.

2. Für den Verwaltungsrat benennt der Landesvorsitzende ein Mitglied (Geiger), der Landesvorstand ein Mitglied, die Landesvorstandschaft ein Mitglied, die Fraktion ein Mitglied. Das fünfte Mitglied wird gewählt. Dazu tritt noch ein sechstes, vom Fürsten Zeil[3] vorzuschlagendes Mitglied.

   Der Antrag wird einstimmig angenommen.

3. Zum Redaktionsstab tritt mindestens ein von der Landesvorstandschaft benanntes Mitglied.

   Der Antrag wird einstimmig angenommen.

4. Vorgeschlagen werden Piechl[4] und Osterhuber[5], wobei eine endgültige Entscheidung darüber, wer zum Redaktionsstab hinzutritt, nicht getroffen wird.

[1] Eine Einladung oder eine Tagesordnung liegen nicht vor; die hier protokollierten Beschlüsse beziehen sich alle auf die Parteipresse.

[2] ACSP, LGF-LV 18. 12. 1948, Anwesenheitsliste zur Sitzung des Landesvorstands am 18. 12. 1948 in Forchheim. Die Unterschrift Josef Müllers fehlt; in seinem Reisekalender für 1948 (ACSP, NL Müller J 1) findet sich jedoch der Eintrag „Forchheim – vom 17. 12.–20. 12. 1948", so daß anzunehmen ist, daß der Parteichef auch an der Sitzung des Landesvorstands teilgenommen hat.

[3] Maria Erich Reichserbtruchseß Fürst von Waldburg zu Zeil und Trauchburg (1899–1953), Großgrundbesitzer und Publizist, begründete die Wochenschrift Der Gerade Weg, aktiv im Widerstand gegen das NS-Regime, Mitglied des Zentralkomitees deutscher Katholiken und anderer katholischer Organisationen, seit April 1951 Eigentümer des Neuen Abendland Verlags.

[4] Josef Piechl (1889–1961), kath., Landwirt und Hopfenkaufmann, Teilnahme am Ersten Weltkrieg, 1928–1932 MdL (BBMB), 1932/33 MdR (Deutsche Bauernpartei), 1933 vorübergehend verhaftet, nach 1945 stellvertretender Präsident des BBV in Niederbayern, 1945–1961 Landrat von Mainburg, 1946 MdVLV (CSU), 1946–1961 MdL (CSU).

[5] Joseph Osterhuber (1876–1965), Studium der kath. Theologie, 1903–1905 Redakteur bei der Augsburger Postzeitung, 1905/06 Chefredakteur der Neuen Augsburger Zeitung, 1906–1933 Chefre-

Der Antrag wird ebenfalls einstimmig angenommen.

5. Die Verhandlungen führt der Landesvorstand.

   Der Antrag wird einstimmig angenommen.

6. Für Redaktionskonferenzen wird abbeordert [sic!] ein vom Landesvorstand bestelltes Mitglied. Als Namen werden genannt Frau Lang-Brumann, Lorenz Sedlmayr, Kübler, ein von der Jungen Union bestelltes Mitglied und ein Vertreter der Flüchtlingsunion.

   Der Antrag wird bei vier Enthaltungen angenommen.

7. Über die Frage der Zusammensetzung der Redaktionskonferenz wird noch einmal abgestimmt, wobei sich einstimmige Annahme bei sechs Enthaltungen ergibt.

8. Bei Neueinstellung von Redakteuren sind die Vertragsentwürfe vor Abschluß dem Verwaltungsrat vorzulegen[6]. Widerspricht der Verwaltungsrat, so ist die Entscheidung des Landesvorsitzenden einzuholen, der seine Entscheidung im Einvernehmen mit dem Verwaltungsrat trifft.

   Der Antrag wird mit zehn Stimmen gegen vier Stimmen bei sechs Enthaltungen angenommen.

9. Auf Antrag von Dr. *Hundhammer* wird über Antrag 8 noch einmal abgestimmt.

   Bei drei Enthaltungen wird dieser Zusatz zum Hauptvertrag einstimmig angenommen.

10. Der vorliegende zwischen Dr. Josef Müller als Lizenzträger des Verlages der Christlich-Sozialen Union und Herrn Helmut Hammerschmidt abgeschlossene Vertrag vom 3. November 1948[7] wird genehmigt.

    Der Antrag wird mit neun Stimmen bei sieben Stimmenthaltungen gegen fünf Stimmen angenommen.

11. Nach der Abstimmung gibt Dr. *Hundhammer* folgende Erklärung ab: Meine Herren! Sie haben den Antrag mit Mehrheit genehmigt. Damit ist ein Zustand geschaffen. Ich habe meinerseits gegen den Antrag so große Bedenken, daß ich

dakteur des Bayerischen Kurier, Mitglied des Landesvorstands der BVP, zweiter Vorsitzender des Münchner Journalisten- und Schriftstellervereins und des Landesverbands der Bayerischen Presse, 1945–1948 Geschäftsführer des Verbands der Berufsjournalisten in Bayern, 1948/49 Pressereferent des Bayerischen Bauernverbands.

[6] Dies bedeutete eine Änderung des zwischen Josef Müller und Helmut Hammerschmidt geschlossenen Vertrags, der in Paragraph 2 festgelegt hatte, daß Hammerschmidt berechtigt sein sollte, „nach Massgabe der wirtschaftlichen Verhältnisse des Verlages alle erforderlichen redaktionellen und verlegerischen Mitarbeiter, einschliesslich des Chefs vom Dienst des Parteiorgans, anzustellen". Nur die Verträge der Ressortleiter bedurften der Gegenzeichnung durch Josef Müller. ACSP, NL Müller C 19, Vertrag zwischen Josef Müller und Helmut Hammerschmidt vom 3. 11. 1948.

[7] Vgl. Nr. 16.

hier ausdrücklich erkläre, ich werde für die Konsequenzen, die sich aus dem Vertrag ergeben, meinerseits nicht eintreten können. Es gibt Situationen, bei denen man sagt: Wenn ein Mehrheitsbeschluß da ist, tritt man mit für die Konsequenzen ein. Aber das scheint mir in diesem Falle nicht möglich. Deshalb bitte ich, die Erklärung zu Protokoll zu nehmen. Ich lege das ausdrücklich fest[8].

Nr. 18

Sitzung des geschäftsführenden Landesvorstands der Christlich-Sozialen Union am 23. Dezember 1948

Tagesordnung[1]:
1. Pressefragen – „Der Gerade Weg"
2. Wirtschaftsbeirat der Union
3. Resolution über die Gewerbefreiheit
4. Fragen der Finanzen und der Parteiorganisation

Tagungsort: unbekannt

Anwesend[2]: Gensert, Haußleiter, Horlacher, Liedig, J. Müller, Muhler, Schachtner, Sedlmayr, Strauß

Protokollführer: Richard Schachtner

Beginn: 11 Uhr, Ende: 13 Uhr

ACSP, LGF-LV

Der *Landesvorsitzende* eröffnet die Vorstandssitzung und nimmt mit Zustimmung den Punkt der Tagesordnung *Pressefragen* vorweg. Dr. *Müller* referiert über die Aussprache mit dem Fürsten Waldburg-Zeil. Abgeordneter Neumann[3] hat die Vermittlung vorgenommen. Die Situation sei geklärt, auf Grund der Aussprache hat der Fürst einen Brief an die Süddena zur Veröffentlichung gegeben, in dem er bittet, von seinem ersten Schreiben keinen Gebrauch zu machen[4]. Die Vereinba-

[8] Zusammen mit anderen Abgeordneten war Hundhammer schon in der Sitzung der Landtagsfraktion am 14. 12. 1948 hart mit dem Geraden Weg ins Gericht gegangen; ACSP, LTF.

[1] Die Tagesordnungspunkte 1, 2 und 4 wurden – entsprechend dem tatsächlichen Diskussionsverlauf – der dem Protokoll vorangestellten Tagesordnung entnommen, Tagesordnungspunkt 3 anhand des Protokolltextes ergänzt.

[2] Laut Anwesenheitsliste im Protokoll, die anhand des Protokolltextes ergänzt wurde.

[3] Ferdinand Neumann war ein enger Vertrauter Josef Müllers und zudem der Bruder von Therese Neumann, die Fürst Waldburg-Zeil sehr verehrte.

[4] Fürst Waldburg-Zeil teilte darin mit, daß Josef Müller nunmehr berechtigt sei, für das Organ der CSU den Namen Der Gerade Weg zu verwenden, und bat darum, von seinem Schreiben vom 15. 12. 1948, in dem er schwere Vorwürfe gegen Müller erhoben hatte, „keinen Gebrauch zu machen". ACSP, NL Müller C 20, Erich Fürst von Waldburg-Zeil an die Süddena vom 22. 12. 1948.

rung zwischen dem Fürsten in Wahrung seiner Rechte und Dr. Müller als Lizenzträger des „Geraden Weges" enthält folgende Punkte[5]:

Fürst Waldburg-Zeil erklärt sich damit einverstanden, daß Dr. Müller ein Presseorgan unter dem Titel „Der Gerade Weg" erscheinen läßt.

Der Fürst hat das Recht, den Titel der Zeitung zu ändern, wenn er der Ansicht ist, daß der Inhalt nicht seiner Vorstellung entspricht. Scheidet Dr. Müller als Lizenzträger aus, hat Fürst Zeil das Recht, sofort den Titel zurückzuziehen. Der Fürst hat persönlich das Vertrauen zu Dr. Müller, daß seine Gestaltung den Intentionen eines kämpferischen Christentums entspricht. Es sollen mit dem Abgeordneten Kroll Verhandlungen aufgenommen werden, daß er in den Redaktionsstab eintritt. „Der Gerade Weg" soll keine einseitige Parteigeschichte sein. Für eine Tageszeitung darf nicht der Name „Der Gerade Weg" genommen werden[6].

Abgeordneter *Haußleiter* stellt fest, daß in der Berichterstattung durch das Fehlen der Berichte über die deutschen Parlamente eine Lücke besteht. Ihr soll viel mehr Raum gegeben werden. Sie muß exakt durchgeführt werden, da bis jetzt die Öffentlichkeit nichts darüber erfährt, was in den Parlamenten vorgeht. Für Bonn sollen Abgeordneter Kroll, für den Landtag Oberregierungsrat Strauß und Abgeordneter Piechl berichten.

Präsident *Horlacher* regt an, daß die Arbeiten im Länderratsausschuß und die Haltung der SPD in der Schulfrage[7] herausgestellt werden.

Oberregierungsrat *Strauß* berichtet von der Wirkung des „Geraden Weges" in seinem Schongauer Bereich und bittet, ihn auch zu einer christlichen Bauernzeitung zu machen.

Punkt: Wirtschaftsbeirat[8]

Abgeordneter *Haußleiter* berichtet von den bisherigen Versammlungen und Sammlungen, an deren Methode Kritik geübt worden sei. Der Wirtschaftsbeirat sei als Basis zu betrachten, da kein Industrieller etwas zahlt für eine Partei, dagegen würden durch die Organisation des Wirtschaftsbeirates für Beratung und Drucksachen als Wirtschaftsgutachten eher Mittel hereinzubekommen sein.

Herr Schwink[9] hätte die Arbeiten des Wirtschaftsbeirates zu büromäßig erledigt. Herr Fabrikbesitzer Haindl hätte gebeten, dem Wirtschaftsbeirat den Anschein der Unabhängigkeit zu geben. Dabei sollte jeder Überfluß nur in die Parteikasse fließen.

Dr. *Müller*: Ich habe mir vorgenommen, eine Unternehmerorganisation in der Union zu bilden, hierzu einige Unternehmer nach Kreisen zusammenzunehmen,

[5] ACSP, NL Müller C 20, Vereinbarung zwischen Erich Fürst von Waldburg-Zeil und Josef Müller vom 22. 12. 1948.

[6] Der Vertrag schloß dies nicht kategorisch aus. In Paragraph 5 hieß es: „Sollte für die Christlich-Soziale Union die Möglichkeit der Herausgabe einer Tageszeitung bestehen, wird Dr. Josef Müller Fürst Waldburg-Zeil von jeder sich daraus ergebenden Möglichkeit in Kenntnis setzen und Fürst Waldburg-Zeil die Möglichkeit der Wahrung seiner Interessen verschaffen." Ebenda.

[7] Im Bereich der Schulpolitik machte sich die SPD in erster Linie für die Einführung der christlichen Gemeinschaftsschule und der differenzierten Einheitsschule stark, während die CSU mit Kultusminister Alois Hundhammer an der Bekenntnisschule und am dreigliedrigen Schulsystem festhielt. Vgl. Müller, Schulpolitik in Bayern, S. 138–226.

[8] Vgl. Nr. 13 mit Anm. 45.

[9] Dr. Otto Schwink.

z. B. A.W. Schmidt für München, Emmert für Nürnberg, Weber[10] von Bamberg, eventuell Fernbach, und sie zu bitten, selbst praktisch anzufassen.

Abgeordneter *Haußleiter* berichtet von einer Besprechung[11] der Herren Emmert, Haindl und Seeling. Der Vorstand der CSU hält die Schaffung eines Wirtschaftsbeirates für notwendig und bittet die Herren Emmert, Woerner[12], Haindl und A.W. Schmidt, die Organisation und Erweiterung des Wirtschaftsbeirates aufgrund der von diesen Herren vorbereiteten Richtlinien weiterzuführen.

Oberregierungsrat *Strauß*: Soll der Wirtschaftsbeirat eine Organisation der Unternehmer sein? In welchem Verhältnis steht der Wirtschaftsbeirat zum wirtschaftspolitischen Ausschuß[13]?

Dr. *Müller*: Genauso wie die Arbeitsgemeinschaften soll er eine Interessenvertretung sein. In den wirtschaftspolitischen Ausschuß sollen die Abgeordneten der Arbeitsgemeinschaften kommen.

Haußleiter: Die Mitglieder des Wirtschaftsbeirates bitten darum, 1. den Wirtschaftsbeirat nicht zu einer reinen Arbeitgeber-Organisation zu machen, sonst könnten sie nicht mitmachen. 2. Der Wirtschaftsbeirat wird durch drei aus dem Wirtschaftsbeirat zu wählende Mitglieder im wirtschaftspolitischen Ausschuß vertreten sein. 3. Der Wirtschaftsbeirat soll, kann und darf nicht eine ähnliche Organisation der Partei sein wie die Union der Arbeitnehmer, der Flüchtlinge usw., weil es sonst unmöglich ist, Gäste für die Finanzierung zu gewinnen.

Horlacher: Im Wirtschaftsbeirat müssen auch die Landwirte vertreten sein. Ein repräsentatives Organ und kein politisches Organ[14]. Die Industriellen der BVP haben auch ein eigenes Blatt herausgebracht[15]. *Ein Wirtschaftspolitischer Club.*

Landesschatzmeister *Liedig* erwähnt, daß bereits in der ersten grundlegenden Besprechung in der Wohnung des Herrn Dr. Schwink zum Ausdruck kam, kein

[10] Zu Weber und Fernbach wurden keine weiteren Angaben ermittelt.

[11] An der Besprechung, die am 18. 11. 1948 stattfand, nahmen Heinrich Emmert, Ludwig Woerner, Otto Schwink und Georg Haindl teil. Die Aussprache ergab, daß der Wirtschaftsbeirat nicht als Arbeitsgemeinschaft der CSU, sondern als selbständig eingetragener Verein wirken sollte, um möglichst breite Kreise der Wirtschaft anzusprechen. Eine Gliederung in Wirtschaftszweige wurde einstweilen nicht für notwendig erachtet, wohl aber eine regionale Gliederung „ausgehend von den Mittelpunkten München, Augsburg, Nürnberg, Deggendorf, Bayreuth". Aus den eingehenden Beiträgen und Spenden sollte die CSU finanziell unterstützt werden. Als Gegenleistung sollte der Wirtschaftsbeirat „in allen wirtschaftlichen Fragen, mit denen sich die CSU befassen muß, gehört" werden, im wirtschafts- und sozialpolitischen Ausschuß der CSU vertreten sein und bei der Kandidatenaufstellung für den bayerischen Landtag sowie für den Frankfurter Wirtschaftsrat ein Vorschlagsrecht haben. ACSP, NL Müller C 79, Memorandum über die Sitzung vom 18. 11. 1948.

[12] Vermutlich ist hier der Diplom-Ingenieur Ludwig Woerner von der auf Verkehrswegebau spezialisierten Münchner Firma Sager & Woerner gemeint, dessen Name sich auch auf der Einladungsliste zur Gründung des Wirtschaftsbeirats findet. ACSP, NL Müller C 79.

[13] Vgl. Nr. 13 mit Anm. 45.

[14] Die Vorstellungen Michael Horlachers orientierten sich am Wirtschaftsbeirat der BVP, der am 1. 5. 1920 gegründet worden war und Untergliederungen für Landwirtschaft, Industrie, Handel und Bankwesen, Gewerbe, Arbeiter und freie Berufe besessen hatte. Der Wirtschaftsbeirat sollte die „Dachorganisation der in der BVP vertretenen Berufsgruppen" sein, tatsächlich erlangten jedoch die Vertreter von Industrie und Großhandel bald eine dominierende Stellung. Vgl. Schönhoven, BVP, S. 66 f.

[15] Das Organ des Wirtschaftsbeirats der BVP erschien im ersten Jahrgang 1926 unter dem Titel Korrespondenzblatt des Wirtschaftsbeirates der Bayerischen Volkspartei. Ab dem zweiten Jahrgang 1927 ging es in der Monatsschrift Der Deutsche Süden. Zeitschrift für alle Gebiete der Wirtschaft auf, das von Franz August Schmitt herausgegeben wurde.

Instrument der Partei zu bilden, weil es sonst nicht gelingt, alle Kreise mit zu einem Aussprachekreis zu bringen. Es soll eine autonome Einrichtung sein[16].

Haußleiter: Fabrikbesitzer Haindl soll als erster benannt werden.

Strauß: Regt an, die Nachfolgeschaft von Dr. Fink[17] zu erörtern.

Dr. *Müller* stellt diese Frage zurück. Er möchte die Erfolge des Wirtschaftsdirektors Dr. Erhard[18] für unsere Partei aktivieren.

Antrag des Abgeordneten *Haußleiter*: Der Vorstand der Partei stimmt der Schaffung des Wirtschaftsbeirates zu und beauftragt die Herren Haindl, Woerner, Emmert, A. W. Schmidt, Dr. Sedlmayr, Rothermel[19], Kuttner[20] und Karl Schmid gemäß den Vorschlägen aus der Sitzung vom 18. November 1948 den Aufbau dieses Wirtschaftsbeirates weiter fortzuführen.

Antrag einstimmig angenommen.

Dr. *Müller*: Die Forchheimer Resolution über die Gewerbefreiheit soll folgenden Zusatz erhalten: Den berechtigten Interessen der Verbraucher und vor allem auch der Flüchtlinge und des Nachwuchses muß gebührend Rechnung getragen werden[21].

Kein Widerspruch.

Herrn Gensert wird von Herrn Dr. *Müller* das Schreiben des Fürsten Waldburg-Zeil bekanntgegeben. Der Titel „Der Gerade Weg" wird demnach weitergeführt. Dies muß in der nächsten Nummer abgedruckt werden[22]. Wie soll der „Gerade

[16] Gemeint ist die Besprechung am 14. 6. 1948, auf der die Gründung des Wirtschaftsbeirats der Union beschlossen wurde. Sie fand in der Wohnung Otto Schwinks in der Wotanstr. 57 in München statt. An der Besprechung nahmen Franz Steffan, Ludwig Blum, Ludwig Woerner, Johann Rothirsch, Otto Ranz, Otto Hellmann, Franz Liedig, Hans Schwägerl, Georg Haindl, Otto Schwink und Josef Müller teil. ACSP, NL Müller C 79, Otto Schwink an Josef Müller vom 28. 6. 1948.

[17] Nicht ermittelt.

[18] Dr. Ludwig Erhard (1897–1977), ev., Wirtschaftswissenschaftler und Politiker, 1933–1942 Mitglied der Geschäftsführung des Instituts für Wirtschaftsbeobachtung, 1942 Gründung des Instituts für Industrieforschung, 1945/46 bayerischer Wirtschaftsminister, 1948/49 Direktor der Verwaltung der Wirtschaft des Vereinigten Wirtschaftsgebiets, 1949–1977 MdB für die CDU, 1949–1963 Bundeswirtschaftsminister, 1963–1966 Bundeskanzler, 1966/67 CDU-Vorsitzender.

[19] Dr. Fridolin Rothermel (1895–1955), kath., Landwirt, 1914–1918 Teilnahme am Ersten Weltkrieg, 1923–1934 Bürgermeister von Bayersried-Ursberg, 1932/33 MdL (BVP) und MdR (BVP), nach 1933 vorübergehend verhaftet, 1945 Bürgermeister von Bayersried-Ursberg und Leiter des Ernährungsamts in Krumbach, 1946–1955 Landrat von Krumbach, Mitbegründer des BBV und 1946–1955 dessen 1. Präsident, 1948 Mitglied des Präsidiums und 1954/55 Präsident des DBV, 1946 MdVLV (CSU), 1947–1955 MdS.

[20] Nicht ermittelt.

[21] Der Text der Resolution lautete: „Der Landesausschuss der CSU in Bayern gab am 18. 12. 1948 in Forchheim seiner übereinstimmenden Überzeugung Ausdruck, dass die Einführung der vollen Gewerbefreiheit im gegenwärtigen Stand der deutschen Wirtschaft *nicht* erfolgen kann. Die Gewerbefreiheit setzt freien Warenfluss, Behebung der Mangellage auf allen möglichen Gebieten der Güterversorgung und damit die Möglichkeit eines wirklichen wirtschaftlichen Wettbewerbs voraus. Der Landesausschuss hält nach wie vor, ausser der persönlichen Zuverlässigkeit, beim Handwerk die Ablegung des grossen Befähigungsnachweises und beim Handel die Feststellung der Sachkunde für unerlässlich notwendig. Berechtigten Interessen der Verbraucher, des Nachwuchses und der Flüchtlinge muss gebührend Rechnung getragen werden." ACSP, NL Müller C 25/12 (Hervorhebung im Original).

[22] Dies geschah in der nächsten Nummer; vgl. Der Gerade Weg vom 5. 1. 1949: „Offener Brief: Erich

Weg" noch weiter gestaltet werden? Für Frankfurt soll Herr Strauß, für Bonn Herr Kroll und für München Herr Haußleiter die Berichterstattung übernehmen und Herr Gensert sich mit diesen jeweils in Verbindung setzen.

Herr *Haußleiter* macht auf die Lücke aufmerksam, die noch über die Arbeit der Parlamente besteht und die zu schließen ist. Es muß in der Presse nachgeholt werden, daß die SPD die Schutzbestimmungen der Privatschulen ablehnte[23].

Herr *Gensert* bittet, die Landtagsprotokolle zur Einsicht zu erhalten.

Herr *Horlacher*: Jede Partei muß an Ort und Stelle die Protokolle einsehen. Offizielle Protokolle dürfen nicht aus der Hand gegeben werden.

Herr *Liedig* schlägt vor, im neuen Landtagsgebäude[24] ein Zimmer einzurichten, in dem die Protokolle aufliegen. Es muß ferner erreicht werden, daß ein Mitglied der Fraktion der Partei sagt, das waren die wesentlichen Gesichtspunkte, und dann sollen die Protokolle eingesehen werden.

Herr *Gensert*: Man soll die Ausschußprotokolle erhalten für die Presse, der Abgeordnete kann sie doch verlangen.

Herr *Liedig* schlägt vor, sich jeweils an die Stenographen zu halten.

Herr *Horlacher*: Die Protokolle können nicht herausgegeben werden. Nur wenn sie ein Abgeordneter selbst verlangt.

Herr *Gensert* wünscht die baldige Einberufung des in Aussicht genommenen Verwaltungsrates und erwartet, daß in diesem Jahre noch der Verwaltungsrat zusammentritt. Er möchte für wichtige Verwaltungsfragen Entscheidungen haben. Vor allem zur Überwindung finanzieller Schwierigkeiten. Für die Abonnentenwerbung sind pro Bezieher zwei DM erforderlich. Der Verwaltungsrat sollte diese Probleme lösen helfen. Auch das Redaktionelle muß gelöst werden. Wir sind noch unsicher in der Gestaltung. Wir müssen in den Redaktionssitzungen erfahren, ob unser Weg richtig ist. Wir bitten, den Streit endlich aus der Welt zu schaffen. Die „Süddeutsche" hat Verschärfung hineingetragen als sie meldete, südbayerische Kreise der Union seien dagegen[25].

Herr *Haußleiter*: Der Beschluß von Forchheim[26] liegt fest und kann sofort durchgeführt werden. Piechl, Osterhuber, Sedlmayr sind ab sofort regelmäßig zu den Redaktionsbesprechungen einzuladen. Einen Durchschlag soll der Herr Landesvorsitzende und einen der Herr Fraktionsvorsitzende bekommen.

Horlacher: Die Beschlüsse des Protokolls müssen möglichst bald durchgeführt werden.

Fürst von Waldburg zu Zeil an die Süddena, München vom 22. 12. 1948, betr.: Der Gerade Weg".

[23] Im Zusammenhang mit der von der Militärregierung im Sommer 1948 erzwungenen Einführung der Schulgeld- und Lehrmittelfreiheit an höheren Schulen bemühte sich die CSU um einen Ausgleich für die hiervon besonders betroffenen Schulen in privater – insbesondere kirchlicher – Trägerschaft, während die SPD für eine Gleichbehandlung aller höheren Schulen eintrat. Vgl. Stenographischer Bericht über die 95. Sitzung des bayerischen Landtags am 15. 12. 1948, S. 377–398, und Müller, Schulpolitik, S. 172–176.

[24] Am 11. 1. 1949 zog der bayerische Landtag, der zuvor in verschiedenen provisorischen Tagungsstätten zusammengetreten war, in das Münchner Maximilianeum ein; vgl. Kock, Landtag, S. 55 f.

[25] Vgl. Süddeutsche Zeitung vom 23. 12. 1943: „Der ‚gerade Weg' einst und jetzt".

[26] Vgl. Nr. 17.

Schachtner gibt einen Auszug aus dem für Forchheim vorgesehenen, aber nicht gehaltenen Finanzreferat[27].

Horlacher: Was soll nun geschehen?

Schachtner: Die Finanzmisere ist eine Folge der schlechten Unionsorganisation.

Liedig gibt Bericht über den Büroausbau in der Paul-Heyse-Straße. Bis zur Währungsreform sollen 28437 RM bezahlt worden sein. Nach einer vorläufigen Abrechnung des Architekten sind 48000 Mark Baukosten entstanden. Es werden die Gegensätze zur Kassenführung der Landesgeschäftsstelle aufgezeigt. Herr *Liedig* verliest sein an den Landesvorsitzenden gerichtetes Rücktrittsgesuch und berichtet von den eingegangenen Wechselverpflichtungen[28].

Herr Dr. *Müller* teilt mit, daß ihm niemals etwas von Wechselverpflichtungen gesagt wurde, die er nie gebilligt hätte. Vielmehr war er nach den Meldungen des Herrn Krieger[29] der Meinung, der Bau wäre im wesentlichen vor der Währungsumstellung fertiggestellt und bezahlt.

Schachtner: Zu den Beschwerden des Landesschatzmeisters über die Abteilung Statistik und Finanzen wird erwähnt, daß grundsätzliche Auffassungsunterschiede über das Amt des Schatzmeisters bestanden. Er war der Meinung, daß der Schatzmeister Geld bringen und nicht holen müßte. Außerdem wäre die primäre Aufgabe gewesen, die Gehaltsansprüche abzudecken, und nicht, Baukosten zu tragen. Die Union wäre sowieso in den Ruf eines harten Arbeitgebers gekommen. Die Gelder wären zum größten Teil von den Angestellten aufgebracht worden, während der Schatzmeister aus persönlicher Verärgerung nichts mehr unternahm. Die Ordnungsmäßigkeit des Hausbaues muß überprüft werden.

Haußleiter: Es müssen 1. die privaten Forderungen des Herrn Liedig an die Partei geregelt werden. Er muß sie ersetzt bekommen. 2. Die Wechselsache muß bereinigt werden. 3. Der Hausbau muß von einem Fachmann genau untersucht werden. 4. Die Rücktrittserklärung von Herrn Liedig wird entgegengenommen, und es muß ein Schatzmeister gewonnen werden, der bettelt.

Dr. *Müller*: Die endgültige Festlegung der Wahl wird zurückgestellt. Herrn

[27] Das auf den 17. 12. 1948 datierte, zehn Seiten umfassende Manuskript dieser Rede Richard Schachtners, die vor dem Landesausschuß hätte gehalten werden sollen, findet sich im ACSP, NL Müller C 14. Schachtner führte darin aus, daß die CSU bereits vor der Währungsreform nur mit allergrößten Mühen in der Lage gewesen sei, den Parteiapparat zu finanzieren. Die Währungsreform habe der CSU eine tiefe Finanzkrise gebracht, da seit diesem Zeitpunkt kaum mehr Beitragsleistungen von den Kreis- und Bezirksverbänden beim Landesverband eingingen. Seit der Währungsreform habe der Landesverband insgesamt 127000 DM eingenommen, von denen 42 Prozent aus dem Staatskredit an die CSU sowie aus der Umwandlung von Reichsmarkguthaben sowie knapp 32 Prozent aus Spenden stammten. Den Löwenanteil der Ausgaben des Landesverbands machten Personalkosten aus, die sich auf 93000 DM beliefen; für den Ausbau der Büroräume wurden nach der Währungsreform 7273 DM gezahlt. Darüber hinaus lasteten Zahlungsverpflichtungen von 81936,88 DM auf dem Landesverband, denen Beitragsrückstände in Höhe von 72070 DM gegenüberständen. Schachtner schloß mit einem flammenden Appell an die Beitragsmoral der Mitglieder und Gliederungen der Partei, ohne die die CSU finanziell nicht überleben könne.

[28] Im Zusammenhang mit dem Ausbau der Büroräume für die Landesgeschäftsstelle der CSU hatte Franz Liedig der mit dem Umbau beauftragten Firma Kapfhamer aus Holzkirchen einen persönlichen Wechsel über 1545 DM ausgestellt. ACSP, NL Müller C 12, Franz Liedig an Josef Müller vom 27. 12. 1948.

[29] Nicht ermittelt.

Liedig sind 1000 DM auf seine Wechselverpflichtung vor Weihnachten auszuzahlen[30]. Nächste Woche treten wir wieder zusammen.

Schluß: 13 Uhr.

Nr. 19a

Sitzung des Landesvorstands der Christlich-Sozialen Union am 12. März 1949 in München

Tagesordnung[1]:
1. Stellungnahme der Partei zur politischen Lage
2. Vorbereitung der Landesausschuß-Sitzung und Landesversammlung

Tagungsort: München, Maximilianeum, Sitzungssaal der CSU-Fraktion

Anwesend[2]: Ankermüller, Blum, Butterhof, Donsberger, Ehard, Eichhorn, Euerl, Fackler, F. Fischer, H. Fischer, J. Fischer, Frommknecht, Gamperl, Geiger, Greib, Haunhorst, Haußleiter, Hellmann, Hergenröder, Höhenberger, Horlacher, Hundhammer, Klughammer, Köhler, Kraus, Krehle, Kübler, von Kühlmann, Lang-Brumann, Mayr, Michel, J. Müller, Muhler, A. Pfeiffer, Plonner, Rinke, Sattler, F. Schäfer, Schefbeck, Schmid, Schütz, Sedlmayr, Semler, Strauß, A. Sühler, Unertl

Beginn: 11 Uhr

ACSP, LTF I, 15–20/41, Die politische Information. Vertrauliche Korrespondenz 9/10–49[3]

Der Sitzung ging eine durch den Bezirksvorsitzenden von Oberfranken, Anton Hergenröder, angeregte Besprechung der Bezirksvorsitzenden, die um neun Uhr im Büro des Bezirksvorsitzenden Oberbayern stattfand, voraus[4]. Nach eingehen-

[30] Noch am 23. 12. 1948 erhielt Franz Liedig von der Abteilung Statistik und Finanzen der Landesgeschäftsstelle der CSU 100 DM in bar sowie einen Barscheck in Höhe von 900 DM, dessen Einlösung das Postscheckamt jedoch verweigerte, da dieser Betrag auf dem Konto der CSU nicht vorhanden war. ACSP, NL Müller C 12, Franz Liedig an Josef Müller vom 27. 12. 1948. Die Landesgeschäftsstelle mußte daraufhin die Auszahlung der Gehälter sowie diverse Reisekostenabrechnungen zurückstellen, damit Liedig die ihm zustehende Summe erhalten konnte. NL Müller C 12, Richard Schachtner an Franz Liedig vom 29. 12. 1948.

[1] Diese „vorläufige Tagesordnung" wurde am 3. 3. 1949 in einem von Heinz Heggenreiner gezeichneten Einladungsschreiben (ACSP, LGF-LV 12. 3. 1949) bekanntgegeben.

[2] ACSP, LGF-LV 12. 3. 1949, Anwesenheitsliste zur Sitzung des Landesvorstands am 12. 3. 1949, ergänzt durch die maschinenschriftliche Liste im CSP, NL Müller C 26/2. Möglicherweise nahm als Arbeitnehmervertreter auch Sebastian Imhof an dieser Sitzung teil; in der maschinenschriftlichen Liste wird er als Vertreter von Heinrich Krehle geführt, in der Anwesenheitsliste fehlt jedoch seine Unterschrift.

[3] Ein offizielles Protokoll dieser Sitzung wurde „aus Geheimhaltungsgründen" nicht geführt, wie Josef Müller am 14. 4. 1949 an Anton Hergenröder schrieb (ACSP, NL Müller C 206). Die Politische Information, die ausführlich, wenn auch nicht wirklich neutral über die Sitzung des Landesvorstands am 12. 3. 1949 berichtete, erschien seit Oktober 1948 als „vertrauliche Korrespondenz" der Landesleitung; verantwortlich zeichnete August Haußleiter. ACSP, Z-LL, Rundschreiben August Haußleiters vom 5. 10. 1948.

[4] Zum Verlauf dieser Sitzung vgl. Schlemmer, Aufbruch, S. 303 f.

der Besprechung der Lage in der Union kamen die Bezirksvorsitzenden zu dem Entschluß, daß das Vertrauen der Mitglieder und Wähler entscheidend von der Besetzung der Parteispitze abhänge. Es wurde für zweckmäßig erachtet, im gegenwärtigen Augenblick die Spitze der Union umzubilden und die beiden sogenannten Flügelexponenten[5] zu bitten, einer sogenannten Führung der Mitte Platz zu machen. Der anwesende Bezirksvorsitzende von Oberbayern, Minister Dr. *Hundhammer*, gab anläßlich dieser Sitzung ausdrücklich die Erklärung ab, daß er nicht beabsichtige, sich an der Neubildung der Parteispitze in irgendeiner Form persönlich zu beteiligen.

Die Sitzung der Landesvorstandschaft begann mit einem durch den *Parteivorsitzenden* erstatteten Bericht über die finanzielle Lage der Partei sowie des „Geraden Weges"[6]. Dabei stellte sich heraus, daß trotz der außerordentlich angespannten Finanzlage der Union die Schulden durch die vorhandenen Außenstände mehr als gedeckt werden[7]. Gleichzeitig ging jedoch aus dem Bericht mit größter Klarheit hervor, daß die Bezirksverbände ihre Zahlungsverpflichtungen einerseits sehr unterschiedlich, andererseits im ganzen gesehen aber auch bei weitem nicht zur Genüge nachkommen[8]. So haben von den zu leistenden, auf Anregung der Ständigen Finanzkommission und Beschluß des Landesausschusses von Forchheim einstimmig auf Dpf. 20 pro Mitglied festgelegten Beitragsanteilen, die an den Landesverband abzuführen sind[9], Oberfranken mit Stichtag vom 1. März 1949 36,4 Prozent, Schwaben 12,8 Prozent, Unterfranken 8,8 Prozent, Niederbayern 8,2 Prozent, Mittelfranken acht Prozent und Oberbayern vier Prozent geleistet. Der Landesdurchschnitt der geleisteten Zahlungen beträgt 13 Prozent[10] (alle Zahlen beziehen sich auf die Zeit seit der Währungsreform).

[5] Gemeint sind Josef Müller und Alois Hundhammer.

[6] In den irrtümlich auf den 11. 3. 1949 datierten Stichpunkten aus der Landesvorstandssitzung (ACSP, NL Müller C 26/2) heißt es dazu: „Erklärung Blum, daß er selbst den Großhandel vertrete in München. Es stimme nicht, daß der Großhandel den Vertrieb des ‚Geraden Weges' ablehne." Zur Krise des Geraden Wegs vgl. Schlemmer, Aufbruch, S. 275–279.

[7] Die Beitragsrückstände der Kreisverbände betrugen für die Zeit zwischen Juni 1948 und März 1949 mehr als 112000 DM; die Zahlungsverpflichtungen der Landesgeschäftsstelle summierten sich bis zum 31. 5. 1949 auf mehr als 111000 DM. BayHStA, NL Ehard 1263, Rundschreiben „Unions-Finanzen" vom 23. 5. 1949, und NL Ehard 1528, Bericht Karl Sigmund Mayrs über die finanzielle und organisatorische Situation der Landesgeschäftsstelle nach dem Stand vom 31. 5. 1949.

[8] Die irrtümlich auf den 11. 3. 1949 datierten Stichpunkte aus der Landesvorstandssitzung (ACSP, NL Müller C 26/2) enthalten einen Antrag Karl Sigmund Mayrs, der aber nicht zur Abstimmung gestellt wurde: „1. Wie sind wir in der Lage, weitere Ausgaben einzusparen? 2. Wie tragen wir die Schulden ab? Mayr (Fürth) erklärt, das Unternehmen sei konkursreif, für diese Schulden sind alle verantwortlich."

[9] Auf der ersten Sitzung des Ständigen Finanzausschusses am 28. 9. 1948 war beschlossen worden, die Kreis- und Bezirksgeschäftsführer rückwirkend vom 1. 7. 1948 an von den Kreis- und Bezirksverbänden besolden zu lassen. Dafür sollte der monatliche Betrag, den die Kreisverbände pro Mitglied an die Landesleitung abführen mußten, auf 20 Pfennig gesenkt werden. ACSP, NL Müller C 14, Entwurf eines Rundschreibens der Landesleitung der CSU, Abteilung Statistik und Finanzen, an die Kreis- und Bezirksverbände vom 29. 9. 1948. Der Landesausschuß, der am 18./19. 12. 1948 in Forchheim tagte, billigte diesen Beschluß nachträglich. Vgl. Schlemmer, Aufbruch, S. 254 f.

[10] ACSP, NL Müller C 14, vertrauliche Notiz der Abteilung Statistik und Finanzen der Landesgeschäftsstelle über das Beitragsaufkommen vom 10. 3. 1949; die Bezirksverbände Oberbayern und München wurden zusammengefaßt. Das tatsächliche Beitragsaufkommen, so hieß es in dieser Notiz, entspreche nur 10,4 Prozent des Solls. Die Zahlen in dieser Notiz beziehen sich auf das zweite Halbjahr 1948.

Wie Staatssekretär *Sedlmayr* in der Diskussion ausführte, kann aufgrund des Finanzberichtes der Parteileitung selbst keinerlei Vorwurf gemacht werden, und man dürfe sich nicht wundern, daß die Lage so miserabel sei, wenn nur 13 Prozent der Beiträge bezahlt worden wären. Jeder, der in der Partei örtlich oder im Lande eine führende Position innehat, müsse sich für diese Lage mit verantwortlich machen[11]. Die *Bezirksvorsitzenden von Niederbayern und Oberfranken* führten aus, daß die Finanzlage ohne eine Behandlung der Frage der Parteiführung auf die Dauer nicht gelöst werden könne. Die Schulden der Partei müßten gemeinsam getragen werden[12]. *Anton Hergenröder*, der Bezirksvorsitzende von Oberfranken, fügte noch hinzu, man könne ihm und seinen Freunden auf keinen Fall vorwerfen, daß sie die Bayerische Volkspartei wollen. Er persönlich habe für derartige Pläne keinerlei Verständnis und sei sich darin auch mit allen anderen Bezirksvorsitzenden einig.

Der *Landesvorsitzende* betonte, daß die Frage der Parteiführung von der Landesversammlung entsprechend geregelt werden würde[13]. Diese solle seiner Ansicht nach Anfang Mai stattfinden, da auf jeden Fall das Ergebnis der Beratungen in Bonn[14] abgewartet werden müsse. Als Tagungsort schlug er einen Ort auf der Donaulinie vor und erwähnte, daß mit Straubing bereits Verhandlungen eingegangen worden seien, jedoch soll auf jeden Fall die Landesvorstandschaft innerhalb eines Monats noch einmal zusammentreten. Minister Dr. Dr. *Hundhammer* wünschte einen früheren Termin für die Landesversammlung, möglichst vor Ostern, jedoch erklärte auch der *Ministerpräsident*, daß dies nicht möglich sein werde, da man erst in 14 Tagen, drei Wochen, klar sehen werde, wenn die Bonner Arbeiten dem Ende entgegengehen. Landtagspräsident *Horlacher* ging dann auf einzelne, gegen die Parteiführung erhobene Vorwürfe ein, vor allem sei es einer, der immer wiederkehre, daß Dr. Müller zentralistisch eingestellt sei[15]. Es müsse jedoch als allgemein bekannt angesehen werden, daß Dr. Müller Ministerpräsident Ehard und Hundhammer in der Bonner Frage vollkommen freie Hand gelassen habe[16] und auch auf der Sitzung in Königstein mit ihnen in jedem Punkte übereingestimmt habe[17]. Der Hauptfehler, der von einer Reihe der Parteifreunde gemacht werde

[11] In den irrtümlich auf den 11. 3. 1949 datierten Stichpunkten aus der Landesvorstandssitzung (ACSP, NL Müller C 26/2) heißt es: „Sedlmayr erklärt, daß für die Schulden der Landesgeschäftsstelle die ganze Partei solidarisch haften würde."

[12] Die irrtümlich auf den 11. 3. 1949 datierten Stichpunkte aus der Landesvorstandssitzung (ACSP, NL Müller C 26/2) enthalten einen Antrag Anton Hergenröders, über den nicht abgestimmt wurde: „Die Landesvorstandschaft möge sich dazu entschließen, die Schuld der Landesgeschäftsstelle gemeinsam zu tragen; man könnte, wenn man ein Gremium schafft, auf die Bezirks- und Kreisverbände umgelegt, von diesen Schulden wegkommen."

[13] Josef Müller war von den Delegierten der Landesversammlung, die am 24./25. 1. 1948 in Marktredwitz getagt hatte, mit 348 von 447 Stimmen für 18 Monate im Amt bestätigt worden (Protokolle und Materialien, Bd. 2, S. 1498) und mußte sich daher spätestens im Juni 1949 zur Wiederwahl stellen.

[14] Zur politischen Linie der CSU in der Endphase der Beratungen über das Grundgesetz, die vor allem von Hans Ehard bestimmt wurde, vgl. Gelberg, Hans Ehard, S. 237–274.

[15] Zu diesen zählebigen Vorwürfen vgl. Hettler, Josef Müller, S. 319–328.

[16] Zur Arbeitsteilung zwischen Ehard und Müller vgl. Schlemmer, Aufbruch, S. 283.

[17] Hier ist unklar, von welcher Sitzung die Rede ist.

und durch den die Krise in der Union vor allem hervorgerufen worden sei, sei die passive Haltung gegen die Bayernpartei[18]. Er und seine Freunde würden auf keinen Fall einer Kursänderung in der CSU zustimmen, und es sei seiner Ansicht nach unzweckmäßig, wenn jemand, der bereits ein hohes Amt bekleide, auch noch gleichzeitig den Parteivorsitz übernehme[19].

Des weiteren machte Präsident *Horlacher* den Vorschlag, daß die Anwesenden zur Linderung der Finanznot einen Beitrag in Höhe von DM 100 an die Partei leisten sollten[20]. Landrat *Kübler*, der Bezirksvorsitzende von Niederbayern, appellierte im Anschluß an den Landesvorsitzenden, den Weg für eine „Führung der Mitte" frei zu machen. In seiner Antwort erklärte der *Landesvorsitzende*, man könne von ihm nicht erwarten, daß er dem finanziellen Terror weiche. Auch das Ergebnis der gerade stattgefundenen Sammlung zeige, daß ein Teil der Parteifreunde versuche, ihn durch Entzug der Geldmittel aktionsunfähig zu machen, und er sei nicht gewillt, sich durch solche Maßnahmen zum Rücktritt zwingen zu lassen. Die Parteifreunde Hundhammer und Geiger, die beide zugleich auch Bezirksvorsitzende seien, hätten sich geweigert, an der Spende teilzunehmen (Minister Dr. *Hundhammer* stellte richtig, nicht grundsätzlich abgelehnt) und das zeige ebenso wie die Haltung ihrer Bezirksverbände, wie man es ihm unmöglich machen wolle, den Parteiapparat weiter zu halten.

Abgeordneter *Haußleiter* betonte in seiner Rede, daß die Gegensätze in der Union in Wirklichkeit nicht personeller, sondern sachlicher Art seien. Ihm sei durch den früheren Bayernpartei-Oberbürgermeister von Würzburg[21] bekannt geworden, daß man im Bayerischen Klub[22] besprochen habe, die „Radikalen" der CSU und Bayernpartei müßten entfernt werden (auf der einen Seite Müller, auf der anderen Seite Lallinger[23]), dann könnten die beiden Parteien wieder gemeinsam vorgehen[24]. Wenn die CSU dadurch zu einer bürgerlichen Rechtspartei werde, werde sie nur die Loritz-Typen unterstützen.

[18] Zum schwierigen Verhältnis zwischen CSU und Bayernpartei 1948/49 vgl. Wolf, CSU und BP, S. 48–55 und S. 157–161, sowie Balcar, Politik auf dem Land, S. 175–184.

[19] Michael Horlacher spielte auf Überlegungen und Initiativen an, den in der gesamten Partei populären Ministerpräsidenten Hans Ehard als Kandidaten für das Amt des Landesvorsitzenden zu gewinnen. Vgl. dazu Schlemmer, Aufbruch, S. 308–314.

[20] Nach einem auf den 14. 3. 1949 datierten Einnahmebeleg (ACSP, LGF-LV 12. 3. 1949) spendeten Mitglieder des Landesvorstands insgesamt 600 DM.

[21] Dr. Karl Grünewald (1911–1976), Jurist, seit 1933 NSDAP-Mitglied, während des Zweiten Weltkriegs Beamter im „Generalgouvernement", nach 1945 BP-Mitglied, 1948/49 Oberbürgermeister von Würzburg, am 11. 2. 1949 von der amerikanischen Militärregierung aufgrund seiner Tätigkeit im „Generalgouvernement" und seiner Politik als Oberbürgermeister entlassen, am 6. 5. 1949 von der Hauptkammer Ansbach als Mitläufer eingestuft, 1952–1972 Landrat von Königshofen im Grabfeld, 1972–1976 Landrat von Bad Neustadt.

[22] Der 1933 verbotene Bayerische Club war Ende 1948 wiedergegründet worden und diente der „gesellschaftlichen Begegnung bayerisch gesinnter Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens". Kock, Bayerns Weg, S. 167.

[23] Ludwig Max Lallinger (1908–1992), Kriminalkommissar, Mitbegründer der BP, seit 1950 Vorsitzender der BP in München, 1950–1966 MdL (BP).

[24] Zu Überlegungen, eine bayerisch-konservative Sammlungspartei jenseits von CSU und Bayernpartei zu gründen, die Anfang 1949 wiederholt angestellt wurden, vgl. Kock, Bayerns Weg, S. 289–294.

Ministerpräsident Dr. *Ehard* kam in seiner Rede auf die mehrfachen, offenen und versteckten Andeutungen zu sprechen, die im bezug auf seine Person und den Parteivorsitzenden gefallen waren, und erklärte, er strebe nicht danach, Parteivorsitzender zu werden. Was wir brauchen, ist eine homogene Parteileitung. Ich habe mich stets bemüht, mit allen in der Partei zusammenzuarbeiten. Er sähe die Zukunft der Union so an, entweder habe sie soviel Kraft, daß sie die große Masse zusammenhält, dann ist unter Umständen eine Reorganisation denkbar, oder es hängt nur an einer Person oder auch an mehreren, dann ist alles andere zwecklos, dann wird aber auch bei den Bundes[tags]wahlen die SPD die Mehrheit bekommen. Was das bedeutet, wenn für vier Jahre die SPD im Bund regiert, den Präsidenten und den Bundeskanzler stellt, könne jeder selbst ermessen. Wenn wir in der Union nicht zu einem echten Zusammenspiel kommen, kann auch kein einzelner, und möge er noch soviel Ansehen genießen, die Sache retten. Wir brauchen in der Partei eine klare Linie, die durch einen Mann, den Generalsekretär, durchgehalten und durchgeführt wird.

Nach längeren Erwiderungen der Minister *Krehle* und *Ankermüller* auf die gegen ihre Ministerien erhobenen Vorwürfe, daß nämlich dort die Interessen der Union nicht entsprechend vertreten würden, wobei sie geltend machten, daß ein großer Teil der an die Ministerien herangetragenen Dinge lokal durch die Kreistage entschieden werden müßte und sie andererseits oft von draußen nicht die notwendige Unterstützung erhielten, wurde auf Antrag des Präsidenten *Horlacher* beschlossen, die Fraktion zu ersuchen, bezüglich der Wählbarkeit der Mitläufer im Landeswahlgesetz die Fassung des Regierungsentwurfes wieder herzustellen[25], demzufolge Mitläufer ohne weiteres wählbar sind[26]. Ferner wurde der Zeitpunkt der Landesversammlung auf Anfang Mai festgesetzt[27].

Bei aller zeitweiligen Schärfe der Diskussion kam bei allen Beteiligten der eindeutige und unmißverständliche Wille zum Ausdruck, unter allen Umständen und mit allen Mitteln die Einheit der Union zu erhalten und dann sie geschlossen und schlagkräftig in die kommenden Bundeswahlen hineinzuführen. Die Parteifreunde waren wohl ausnahmslos von dem ehrlichen Willen getragen, um der Sache der Union willen persönliche Gegensätze und Schwierigkeiten hintanzustellen. Zugleich zeigte aber der Finanzbericht, daß in dieser Hinsicht der Zusam-

[25] Der Regierungsentwurf lautete: „Nicht wählbar sind ausser den in Artikel 2 aufgeführten Personen: 1. Minderbelastete, 2. Personen, die Mitglieder der NSDAP oder einer ihrer Gliederungen (ausgenommen HJ und BdM) waren, so lange noch keine rechtskräftige Spruchkammerentscheidung gegen sie vorliegt." Im bayerischen Landtag hatten am 13. 1. 1949 nur 67 Abgeordnete für den Antrag der CSU gestimmt, die ursprüngliche Fassung des Regierungsentwurfs wiederherzustellen, jedoch 83 Abgeordnete dagegen; zehn hatten sich enthalten. ACSP, LTF I, 15–20/41, Die politische Information Nr. 3/49, S. 5ff. Hier findet sich auch eine namentliche Aufstellung über das Abstimmungsverhalten der Landtagsabgeordneten aller Fraktionen.

[26] Der Antrag (irrtümlich auf den 11. 3. 1949 datiert) lautete nach einer Notiz im ACSP, NL Müller C 26/2: „Die Landesvorstandschaft beschliesst, der Fraktion zu empfehlen, im Sinne des Regierungsentwurfes den Mitläufern das passive Wahlrecht nicht zu entziehen." Der Antrag wurde bei fünf Gegenstimmen angenommen.

[27] Der Antrag Josef Müllers (irrtümlich auf den 11. 3. 1949 datiert) lautete nach einer Notiz im ACSP, NL Müller C 26/2: „Die Landesversammlung findet statt nach Vorliegen des Bonner Ergebnisses, wenn möglich spätestens unmittelbar um die Zeit des 1. Mai 1949". Der Antrag wurde bei vier Gegenstimmen angenommen.

menhalt der Partei sehr zu wünschen übrig läßt und ein Wahlkampf mit so unzureichenden Mitteln fast undurchführbar wäre.

Nr. 19b

Presseerklärung über die Sitzung des Landesvorstands der Christlich-Sozialen Union am 12. März 1949 in München

ACSP, NL Müller C 26/2[28]

Die Landesvorstandschaft der Christlich-Sozialen Union in Bayern hat sich in der heutigen Sitzung mit der Gesamtlage der Politik der Partei und der Parteiorganisation befaßt. Es wurde beschlossen, die Landesversammlung abzuhalten, sobald ein abschließendes Urteil über das Bonner Verfassungswerk möglich ist, wenn möglich spätestens bis zum Beginn des Monats Mai. Die Landesversammlung wird die satzungsmäßige Wahl des Landesvorsitzenden vornehmen.

Die Aussprache zeigte deutlich den Willen aller Beteiligten, die Einheit der Christlich-Sozialen Union zu erhalten.

Die Landesvorstandschaft hat ferner beschlossen, der Fraktion der CSU im bayerischen Landtag zu empfehlen, daß der Landtag beschließen möge, dahin zu wirken, daß der Regierungsentwurf zum Landeswahlgesetz in der Frage des passiven Wahlrechts der Mitläufer wiederhergestellt wird.

Nr. 20a

Sitzung des geschäftsführenden Landesvorstands der Christlich-Sozialen Union am 5. Mai 1949

Tagesordnung[1]:
1. Vorbereitung der bevorstehenden Landesversammlung
2. Äußerungen von Alois Hundhammer und Joseph Baumgartner am 1. Mai 1949
3. Parteipresse – Probleme beim „Geraden Weg"

Tagungsort: unbekannt

Anwesend[2]: Haußleiter, Horlacher, Meyer-Spreckels, J. Müller, Muhler, Strauß

ACSP, NL Müller C 26/5

[28] Vgl. auch Münchner Merkur vom 14. 3. 1949: „Die Einheit der CSU zu erhalten ..." Das Dokument ist irrtümlich auf den 11. 3. 1949 datiert.

[1] Rekonstruiert anhand des Protokolltextes.
[2] Laut Anwesenheitsliste im Protokoll.

Den ersten Besprechungspunkt bildet die Festsetzung des Termines, des Tagungsortes und der Tagesordnung der nächsten Landesversammlung der CSU. Die Anwesenden stimmen darin überein, die Landesversammlung unmittelbar nach dem Abschluß der Bonner Verhandlungen stattfinden zu lassen und einigen sich darauf, sie in Straubing am 27., 28. und 29. Mai 1949 abzuhalten. Für die Organisation an Ort und Stelle sollen zu Absprachen mit den örtlichen Behörden und dem Kreisverband Straubing die Herren Oster[3] und Schwägerl[4] vorausentsandt werden. Der Landesausschuß soll erst nach der Landesversammlung einberufen werden. Die Einladung wird nach übereinstimmendem Beschluß sämtlichen Teilnehmern bereits am 6. Mai 1949 mit Unterschrift des Generalsekretärs von der Landesleitung aus übermittelt[5]. Die Tagesordnung wird wie folgt festgelegt:

1. Stellungnahme der CSU zum Bonner Grundgesetz
2. Aussprache über die Politik der CSU
3. Wahl des Landesvorsitzenden
4. Satzungsänderungen
5. Wahlvorbereitungen
6. Verschiedenes

Als Zusatz wird der Einladung beigefügt:

a) Die Aufforderung, auf der Landesversammlung zu behandelnde Anträge [im] voraus und rechtzeitig bei der Landesleitung einzureichen.
b) Der Hinweis darauf, daß eine Verschiebung der Landesversammlung nach rechtzeitiger vorheriger Benachrichtigung sowie entsprechender Presseankündigung nur in Frage kommt, falls das Abschlußergebnis der Bonner Verhandlungen zu dem angesetzten Termin noch nicht feststehen sollte.

Es folgt eine Aussprache über die politischen Ereignisse der letzten Wochen in Bayern und innerhalb der CSU. Sämtliche Anwesende sind sich darüber einig, daß eine separatistische Einstellung innerhalb der CSU, wie sie durch die Gleichzeitigkeit der Verlautbarungen Dr. Baumgartners und Dr. Hundhammers in Dachau für die Öffentlichkeit als gegeben erscheinen muß, aufs schärfste abzulehnen sei[6].

[3] Achim Oster (1914–1983), ev., Berufsoffizier, Sohn Hans Osters, 1946–1949 in der CSU-Landesgeschäftsstelle und beim Sozialen Helferring tätig, 1956 als Oberstleutnant in die Bundeswehr übernommen, 1957–1963 Militärattaché in Madrid, zuletzt 1971–1973 Generalmajor und Befehlshaber des Wehrbereichs IV.

[4] Vermutlich ist hier ein Mitarbeiter der Landesgeschäftsstelle gemeint, möglicherweise aber auch der CSU-Politiker Hans Schwägerl (1901–1973) aus Marktredwitz, wo am 24./25. 1. 1948 die letzte Landesversammlung der Partei stattgefunden hatte.

[5] Die Einladung, die Tagesordnung und andere Tagungsunterlagen zur Landesversammlung vom 27.–29. 5. 1949 in Straubing finden sich im ACSP, NL Müller C 26/5.

[6] Anläßlich einer Tagung der „Bayerischen Widerstandsbewegung" am 1. 5. 1949 hatte Alois Hundhammer auch zu den Bonner Verfassungsberatungen und zur Zukunft Bayerns Stellung genommen. Laut Presseberichten – ein Redemanuskript oder stenographische Aufzeichnungen liegen nicht vor – hatte er erklärt, es sei unmöglich, aus der augenblicklichen Situation heraus eine Verfassung zu machen, die Bayern auf Jahrhunderte binde. Falls das Grundgesetz in Bayern abgelehnt würde – Hundhammer dachte dabei an eine Volksabstimmung – „könnten entweder die Alliierten die Lage klären, oder aber der Bund würde zunächst ohne Bayern entstehen. Das sei durchaus möglich, da diesem vorläufig auch die Länder der Ostzone und die Westsektoren Berlins nicht angehören. Bayern bräuchte sich deshalb nicht abzuschließen, da die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den deutschen Stellen schon vorhanden gewesen seien, als man an einen Bund noch gar nicht dachte." Ob Hundhammer darüber hinaus auch zur Frage der Wiedereinführung der Monarchie Stellung nahm, ist umstritten. Tatsache ist jedoch, daß seine Äußerungen mit den Reden des Bay-

Dem dadurch hervorgerufenen Eindruck im deutschen und bayerischen Volk müsse sofort wirksam begegnet werden. Monarchistische Einstellung als persönliche Überzeugung steht zwar den Mitgliedern der CSU frei, ihre Betätigung im Zusammenhang mit separatistischen Bestrebungen könnte jedoch in keinem Falle innerhalb der CSU geduldet werden.

Im Zusammenhang damit wird eine von der Jungen Union ausgehende Anregung erörtert, wonach der Landesvorsitzende Dr. Müller auf einer gemeinsamen Großkundgebung der SPD, FDP und CSU als Redner gegen solche Bestrebungen und für ein einiges Deutschland sprechen soll. Der stellvertretende Landesvorsitzende *Haußleiter* spricht sich positiv für diese Idee aus. Die übrigen Mitglieder des Landesvorstandes geben jedoch der Ansicht Ausdruck, daß eine solche Beteiligung, abgesehen von der bisherigen Kampfstellung der SPD und FDP gegen die CSU, in ähnlicher Weise wie die Beteiligung des Ministers Hundhammer in Dachau als Zustimmung zum Separatismus, in Augsburg[7] als solche zum Zentralismus ausgelegt werden könnte. Es wird infolgedessen beschlossen, eine eigene Kundgebung der CSU mit dem Landesvorsitzenden Dr. Müller als Redner auf dem Platz vor der Frauenkirche in Nürnberg zu veranstalten[8] und allenfalls dem Abgeordneten Haußleiter die Beteiligung als Redner für die Deutsche Union[9]

ernpartei-Vorsitzenden Joseph Baumgartner und des CSU-Staatssekretärs Josef Schwalber in Verbindung gebracht wurden, die am selben Tag in Dachau ebenfalls gegen das Grundgesetz Stellung genommen und eine Volksabstimmung verlangt hatten; Baumgartner hatte überdies eine Grußadresse an Kronprinz Rupprecht von Wittelsbach gerichtet, dessen 80. Geburtstag unmittelbar bevorstand, und gefordert, das Volk müsse selbst bestimmen können, welche Staatsform es wolle. Das Echo, das Hundhammers Rede – oder besser die Berichterstattung darüber – auslöste, war enorm und hätte beinahe zu einer Regierungskrise geführt; auch in der CSU kam es zu neuen Spannungen. Ministerpräsident Ehard war um Schadensbegrenzung bemüht; es waren zwei außerordentliche Sitzungen des Ministerrats, eine Erklärung Hundhammers, in der er die Pressemeldungen über seine Ausführungen stark relativierte, und ein Communiqué der Staatsregierung nötig, um die Wogen einigermaßen zu glätten. Vgl. Gelberg, Hans Ehard, S. 262–265; Kock, Bayerns Weg, S. 319f., und Schlemmer, Aufbruch, S. 317–320, sowie Süddeutsche Zeitung vom 3. 5. 1949: „Bundesrepublik ohne Bayern?" (dort auch das Zitat), Eine Gegendarstellung von Franz Peter Weixler findet sich in der Tagespost (Augsburg): „Was Dr. Hundhammer tatsächlich gesagt hat", eine atmosphärisch dichte Schilderung in den Erinnerungen von Karl Köhler; IfZ-Archiv, MS 343/2, Bl. 214–224.

[7] Am 13. 5. 1949 berichtete die Schwäbische Landeszeitung unter der Überschrift „Dr. Dehler spricht in Augsburg", daß eine Kundgebung gegen separatistische Bestrebungen in Bayern, auf der laut Pressemeldungen Thomas Dehler, Waldemar von Knoeringen und Josef Müller sprechen sollten, in dieser Form nicht stattfinden werde. Sprechen werde am 18. 5. 1949 in Augsburg lediglich Thomas Dehler, Josef Müller habe seine Teilnahme aus Termingründen abgesagt. Die Veranstaltung mit Thomas Dehler fand wie angekündigt statt; der Vorsitzende der bayerischen FDP sprach sich dabei gegen den bayerischen Separatismus aus und kritisierte die Ablehnung des Grundgesetzes durch den Landtag. Vgl. Schwäbische Landeszeitung vom 20. 5. 1949: „Dr. Dehler sprach in Augsburg".

[8] Eine CSU-Kundgebung mit Josef Müller in Nürnberg zum Thema Monarchie und Föderalismus in Nürnberg ließ sich nicht ermitteln. Möglicherweise nahm der Parteivorsitzende auf der Bezirksversammlung der CSU von Nürnberg und Fürth dazu Stellung, an der er seinem Reisekalender für 1949 nach (ACSP, NL Müller J 1; 14./15. 5. 1949) teilgenommen hat. Dagegen sprach sich Landtagspräsident Michael Horlacher auf einer Kundgebung in Würzburg gegen Monarchie und Separatismus aus. Vgl. Nürnberger Nachrichten vom 18. 5. 1949: „Horlacher: ‚Franken gegen Monarchie'".

[9] August Haußleiter zählte zu den maßgeblichen Mitbegründern der Deutschen Union, einer vorgeblich überparteilichen Sammlungsbewegung „aller aktiven, aufbauwilligen Demokraten" zur „Vorbereitung einer demokratischen Revolution" (Süddeutsche Zeitung vom 25. 1. 1949: „Gründung einer ‚Deutschen Union'"); damit distanzierte er sich von seiner eigenen Partei. Vgl. auch Süddeutsche Zeitung vom 29. 1. 1949: „Haußleiter über die ‚Deutsche Union'"; Die Politische

freizustellen. Es wird dann beschlossen, der Presse und dem Rundfunk sofort anliegende Stellungnahme des Landesvorstandes zur politischen Lage in Bayern und zur Politik der CSU zu übermitteln.

Außerdem wurden während der Vorstandsitzung noch kurz Probleme der Zeitung „Gerader Weg" erörtert. Die dort ausgesprochenen Kündigungen sollen grundsätzlich aufrechterhalten werden mit Ausnahme des leitenden Redakteurs, Herrn Gensert, dessen Dienstverhältnis trotz Kündigung auf vorerst einen Monat bis zur endgültigen Klärung der Lage der Zeitung aufrechterhalten werden soll[10].

Nr. 20b

Presseerklärung über die Sitzung des geschäftsführenden Landesvorstands der Christlich-Sozialen Union am 5. Mai 1949

ACSP, NL Müller C 26/5

Der [geschäftsführende] Landesvorstand der CSU nimmt zur politischen Lage in Bayern folgendermaßen Stellung:

Der überwiegende Teil des bayerischen Volkes hat mit Empörung von separatistischen Umtrieben Kenntnis genommen. Er ist der Überzeugung, daß diese Umtriebe von gewissen Kreisen in einem für die bayerische und deutsche Geschichte entscheidenden Augenblick bewußt in Szene gesetzt worden sind. Der Landesvorstand verurteilt diese Umtriebe auf das allerschärfste. Sie schaden unserer bayerischen Heimat und gefährden die deutsche Not- und Schicksalsgemeinschaft. Eine von unverantwortlichen Kreisen betriebene Loslösung Bayerns von Deutschland kann nicht verglichen werden mit der derzeitigen gewaltsamen Trennung der zu Deutschland gehörigen ostdeutschen Gebiete.

Die Entscheidung der CSU zum Bonner Grundgesetz kann allein von der Landesversammlung getroffen werden. Sie wird dort auf dem Boden der weltanschaulichen Grundsätze und föderativen Ziele der CSU gefällt werden. Das *Endziel der Politik der CSU* bleibt nach wie vor *ein starkes Bayern in einem erneuerten Gesamtdeutschland* und ein *föderatives Gesamtdeutschland als Glied eines geeinten Europas.*

Information 4–49: „Gründungsversammlung der Deutschen Union in Braunschweig"; Stöss, Deutsche Gemeinschaft, S. 70–74.

[10] Zur Krise beim Geraden Weg vgl. Schlemmer, Aufbruch, S. 275–279; die letzte Nummer der Wochenzeitung war am 30. 4. 1949 erschienen, das monatliche Defizit hatte im März 1949 52000 DM betragen. Der geschäftsführende Landesvorstand hatte den Mitarbeitern von Redaktion und Verlag zum 30. 4. 1949 gekündigt. Josef Müller plante Anfang Mai jedoch offensichtlich, neben Hans-Hubert Gensert eine Reihe von weiteren Personen – bei grundsätzlicher Fortgeltung der Kündigung – für weitere vier Wochen und eventuell auch darüber hinaus zu beschäftigen. ACSP, NL Müller C 20, Aktennotiz Helmut Hammerschmidts und Hans-Hubert Genserts für Josef Müller vom 3. 5. 1949.

Nr. 21

Tagesordnung zur Besprechung des Landesvorsitzenden mit den Bezirksvorsitzenden der Christlich-Sozialen Union am 15. Juni 1949[1]

BayHStA, NL Ehard 1196

1. Kandidatenaufstellung[2]
   a) Mehrheitswahlkreise
   b) Landesergänzungsliste
   c) Flüchtlingswahlkreise
2. Wahlvorbereitungen[3]
   a) Broschüren
   b) Rednerdienst
   c) Rednereinsatz
   d) Plakate
   e) Flugblätter
   f) Sonstiges
3. Finanzierung[4]
   a) Finanzstatut
   b) Wahlfinanzierung im besonderen
4. Organisation der Partei
   a) Hauptamtliche oder ehrenamtliche Kreisgeschäftsführer
   b) Besuch sämtlicher Kreisverbände durch die Herren Bezirksvorsitzenden
5. Presse[5]
   a) Einstellung „Gerader Weg"
   b) Zehn-Pfennig-Blatt

[1] Ehard notierte auf der Tagesordnung zudem folgende Punkte: „Abgeordnete" sowie „Beamte – arbeiten" und „Vorstandssitzung am Freitag?". Im BayHStA, NL Ehard 1196, finden sich auch drei Blätter mit handschriftlichen, teils stenographischen Notizen, die sich der CSU-Vorsitzende offensichtlich vor oder während dieser Sitzung gemacht hat. Diese Aufzeichnungen sind ebenso unzusammenhängend wie fragmentarisch, so daß auf einen Abdruck des Dokuments verzichtet wurde. Wo die Notizen entschlüsselt und einem Tagesordnungspunkt zugeordnet werden konnten, sind diese in den Anmerkungen zu diesem Dokument wiedergegeben.

[2] Vgl. zum Zusammenhang Nr. 22, Nr. 23 und Nr. 24.

[3] In den Notizen Ehards finden sich folgende Stichpunkte: „Technische Wahldurchführung – Kandidatenaufstellung, Organisation – Geschäftsführer hauptamtlich, Beiträge, Wahlspendenverteilung, Wahlpropaganda – Landesleitung – Verbände, Rednerdienst, Redner-Material".

[4] Hier vermerkte Ehard in seinen Aufzeichnungen: „Landesschatzmeister – Wirtschaftsprüfer (Emmert?)".

[5] In den handschriftlichen Notizen Ehards über diese Zusammenkunft werden unter dem Stichwort „Presse" die Namen Sattelmair und Sedlmayr, die offensichtlich für ein Kuratorium vorgesehen waren, sowie die Namen Sedlmayr, Fleischmann und Piechl „für Redaktion" vermerkt. Weiter heißt es: „für finanzielle Dinge Kübler, Kapfinger, Semler".

6. Die politische Linie der Partei mit politischer Aussprache[6]
   a) Abgrenzung gegenüber der SPD
   b) Abgrenzung gegenüber der Bayernpartei
7. Abwehr [der] Angriffe anderer Parteien
   a) Kampf gegen Loritz, Bayernpartei, SPD
   b) Information über erfolgte Angriffe von seiten der Kreis- und Bezirksverbände
   c) Zustellung von Abwehrmaterial an die Kreisverbände
8. Vorbereitung Landesausschuß[7]
9. Verschiedenes

Nr. 22

Sitzung des geschäftsführenden Landesvorstands der Christlich-Sozialen Union am 17. Juni 1949

Tagesordnung[1]:
1. Organisation der Partei
2. Finanzierung der Partei
3. Parteipresse
4. Propagandamaterial für die Wahlen
5. Kandidatenaufstellung, im besonderen Landesliste
6. Wirtschafts- und sozialpolitische Leitsätze der Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU
7. Parteiabzeichen
8. Regelung des passiven Wahlrechts für die Beamten
9. Vorbereitung der Landesausschuß-Sitzung
10. Verschiedenes

Tagungsort: unbekannt

Anwesend[2]: Ehard, Haunhorst, Haußleiter, Horlacher, Meyer-Spreckels, J. Müller, Muhler, Strauß

Protokollführer: Heinz Heggenreiner

Beginn: 17 Uhr

ACSP, LGF-LV

[6] Hier heißt es in Ehards Notizen: „Wahlkampf – politische Richtlinie, Abgrenzung nach SPD und Bayernpartei, Auswertung der beiden Parteitage".

[7] Der Landesausschuß der CSU kam am 16. 7. 1949 in München zur Aufstellung der Landesergänzungsliste zusammen; vgl. Schlemmer, Aufbruch, S. 348 f.

[1] So lautet die Tagesordnung, die dem Protokoll vorangestellt wurde; die Punkte 1, 6 und 9 wurden offensichtlich nicht oder nur am Rande besprochen. Eine gleichlautende Tagesordnung findet sich auch im BayHStA, NL Ehard 1196.

[2] Laut Anwesenheitsliste im Protokoll, ergänzt anhand des Protokolltextes.

Als erster Punkt der Tagesordnung wird die *Finanzlage* der Partei und anschließend die der Landesgeschäftsstelle besprochen. Es wird festgestellt, daß die Beitragszahlungen nach wie vor spärlich sind[3] und ein Rundschreiben an die Bezirks- und Kreisverbände notwendig machen. Künftige Pauschalzahlungen dieser Verbände werden in Erwägung gezogen. Für den Mindestbeitrag von Dpf. 50 wird folgender Schlüssel festgesetzt: Landesleitung Dpf. 20, Bezirksverband Dpf. zehn, Rest Kreisverband. Bezüglich der Landesgeschäftsstelle wird festgestellt, daß bereits seit Monaten dort ernste Sparmaßnahmen durchgeführt wurden, daß das Personal nicht überbesetzt [ist], die Gehälter entsprechend [sind] und die Verbindlichkeiten, die sich hauptsächlich aus rückständigen Gehältern und Sozialbeiträgen zusammensetzen, nicht bedrohlich erscheinen.

Der Generalsekretär *Strauß* erklärt, daß zu geordneter Finanzierung der Partei zunächst reelle Mitgliederzahlenmeldungen der Kreis- und Bezirksverbände als Grundlage erreicht werden müssen[4]. Später ließe sich der Gedanke vierteljährlicher Pauschalzahlungen ernstlich in Erwägung ziehen. Geklärt müsse ferner die Frage werden, ob die Geschäftsführer künftig wieder von der Landesleitung oder, wie bisher, vom Kreisverband besoldet werden müssen. Die Wirkungen des letzten Rundschreibens an die Kreisverbände[5], betreffend Beitragsrückstände und Beitragszahlungen, müßten noch etwa 14 Tage abgewartet werden. Wenn dann nicht entsprechende Besserung eintrete, sei das Eingreifen der Bezirksvorsitzenden notwendig.

Minister Dr. *Müller* stellt fest, daß München und Oberbayern noch immer

[3] Die Beitragsrückstände der Kreisverbände gegenüber dem Landesverband, die vom Juli 1948 bis zum März 1949 aufgelaufen waren, betrugen 112000 DM. BayHStA, NL Ehard 1263, Rundschreiben „Unions-Finanzen" vom 23. 5. 1949; zum Teufelskreis aus Finanznot, Organisationsschwäche und Mitgliederschwund, in dem sich die CSU seit der Währungsreform befand, vgl. ausführlich Schlemmer, Aufbruch, S. 242–269.

[4] Daß die CSU nach dem Zusammenbruch des Parteiapparats keine verläßlichen Angaben über den Mitgliederstand mehr hatte, war nicht nur hinsichtlich der Finanzierung der Partei ein Problem. Die amerikanische Militärregierung hatte schon am 15. 12. 1948 „mit Befremden die ausserordentlich starke Diskrepanz zwischen den angegebenen Mitgliederzahlen und den tatsaechlichen Beitragsleistungen" konstatiert und die CSU aufgefordert, ihre Mitgliederzahlen zu berichtigen, weil „gerade im Hinblick auf die von uns geplante Beruecksichtigung der Mitgliederzahl in der Vertretung in den hoeheren Parteigremien bei unserem gegenwaertigen System keine Sicherheit gegen moegliche Faelschungen gegeben sei, da ein Verband ohne weiteres eine sehr hohe Mitgliederzahl angeben kann, die aufgrund seiner tatsaechlichen Leistung bisher nicht ueberprueft wurde". ACSP, NL Müller C 14, Aktenvermerk Hanswolf Haunhorsts vom 17. 12. 1948. Mitte Februar wurde die Landesgeschäftsstelle noch deutlicher: „Wir koennen es auch gegenueber der Militaerregierung nicht mehr verantworten, weiterhin fiktive Mitgliedermeldungen zu machen, die mit dem tatsaechlichen Beitragsaufkommen, das ja ebenfalls in unseren Monatsberichten enthalten ist, in keiner Weise uebereinstimmen." NL Müller C 15, Landesgeschäftsstelle der CSU an Josef Müller, Michael Horlacher, August Haußleiter und Franz Josef Strauß vom 16. 2. 1949.

[5] Strauß hatte sich in einem Rundschreiben an die 130 der insgesamt 176 Kreisverbände der CSU gewandt, die weniger als die Hälfte der fälligen Beiträge an den Landesverband abgeführt hatten. Strauß setzte die säumigen Zahler von dem Beschluß in Kenntnis, den der Landesausschuß der CSU am 19. 12. 1948 in Forchheim gefällt hatte, demzufolge „Verbände, die ihren Zahlungsverpflichtungen nicht nachkommen, in den Gremien der Union nicht vertreten sein können." Der Generalsekretär forderte die betreffenden Kreisverbände umgehend zur Zahlung von mindestens 100 DM auf, anderenfalls könne ihnen „bei der kommenden Landesversammlung das Stimmrecht nicht zugestanden werden". ACSP, NL Müller C 11, Rundschreiben von Generalsekretär Franz Josef Strauß an die Kreisverbände vom 6. 5. 1949.

keine Rückstände bezahlt haben, und schlägt vor, pro Mitglied eine DM[6] als Wahlfondsumlage anzufordern[7].

Zu Punkt 3, *Parteipresse*, wird festgestellt:
Bei der Zeitung „Gerader Weg" bestehen, schon nach vorläufiger Prüfung durch den Bezirksvorsitzenden von Mittelfranken, Sigmund Mayr, unhaltbare Verhältnisse. Die Redaktion sei zu umfangreich (nach wiederholter Personalreduzierung immer noch 16 Personen), die Verkaufsorganisation mehr als mangelhaft[8]. Die Verträge Gensert und Hammerschmidt laufen am 30. Juni 1949 ab[9]. Bis dahin wird die Schuldenlast des „Geraden Wegs" etwa DM 200 000 erreichen, wovon die Hälfte vordringlich zu decken ist, die andere Hälfte vermutlich gestundet werden kann. Die dringlichsten Schulden bestehen in Gehalts- und Honorarrückständen in Höhe von etwa DM 21 000 und etwa DM 60 000 Papierschulden. Das Verhalten der bisherigen Redakteure Gensert und Hammerschmidt wird als an Erpressung grenzend bezeichnet[10].

Der *Landesvorsitzende* stellt fest, daß der „Gerade Weg" liquidiert werden muß[11] und die Geldbeschaffung für die vordringlichen Schulden eventuell durch eine Sonderumlage der Partei zu erfolgen hat. Eine persönliche Verpflichtung wird vom *Landesvorsitzenden* keinesfalls übernommen. Als Ersatz für den „Geraden Weg" wird mit allgemeiner Zustimmung beschlossen, ein sogenanntes Zehn-Pfennig-Blatt mit ein- oder zweimaligem Erscheinen pro Woche zunächst für die Wahlperiode herauszugeben, das vielleicht später als Parteiorgan ausgebaut werden kann[12]. Die Vorfinanzierung kann nur aus dem Wahlfonds erfolgen. Als Lizenzträger wird Staatssekretär Sedlmayr vorgeschlagen. Mit einer Rentabilität ist innerhalb der ersten drei Monate nicht zu rechnen, so daß etwa DM 60 000[13] zunächst erforderlich sind. Der von den bisherigen Redakteuren Gensert und

[6] In der Vorlage: „DM 1".
[7] Dieser Vorschlag war jedoch von vornherein illusorisch, da es der CSU seinerzeit nicht einmal gelang, die normalen Mitgliederbeiträge einzutreiben. Vgl. Schlemmer, Aufbruch, S. 340f.
[8] Die verfehlte Werbe- und Vertriebsstrategie des Parteiverlags war einer der wesentlichen Gründe für das Scheitern des Geraden Wegs. Hammerschmidt und Gensert hatten aus Kostengründen auf Werbeaktionen verzichtet, da sie der irrigen Ansicht waren, die lange ersehnte Parteizeitung werde sich gleichsam von selbst verkaufen. Zudem setzte der Verlag beim Vertrieb auf die Mithilfe der Partei, die ein flächendeckendes Agenturnetz ersetzen sollte. Dieses Konzept war jedoch von vorneherein zum Scheitern verurteilt, da sich das organisatorische Korsett der CSU in den Kreisen und Bezirken seit der Währungsreform in einem rapiden Zerfallsprozeß befand und die Zeitung von nicht wenigen Kreisverbänden aus prinzipiellen Gründen abgelehnt wurde. Vgl. ebenda, S. 276ff.
[9] Beide Verträge finden sich im ACSP, NL Müller C 19.
[10] Hammerschmidt und Gensert drängten im Namen der Angestellten wiederholt auf eine Entscheidung der Landesleitung über die Zukunft der Zeitung und des Verlags, wobei sie mit rechtlichen Schritten drohten und durchblicken ließen, daß der Spiegel einen Artikel über die Situation des Parteiorgans vorbereite, dessen Veröffentlichung nicht zu verhindern sei, sollte die CSU nicht umgehend in ihrem Sinne entscheiden. BSB, NL Schwend 2, Vormerkung Karl Schwends für Hans Ehard vom 21. 6. 1949.
[11] Die letzte Nummer des Geraden Wegs war am 30. 4. 1949 erschienen, im Oktober wurden der Verlag und die Zeitung selbst liquidiert. Vgl. Schlemmer, Aufbruch, S. 279.
[12] Die Gründung einer neuen Parteizeitung war mittlerweile rechtlich kein Problem mehr, nachdem die Militärregierung mit der „General-Lizenz Nr. 3" vom 4. 5. 1949 den Lizenzierungszwang für alle Zeitungen, Zeitschriften und sonstigen Druckerzeugnisse in der amerikanischen Besatzungszone aufgehoben hatte. Vgl. Fischer, Parteien und Presse in Deutschland, S. 270.
[13] Ursprünglich: „600 000"; die letzte Ziffer wurde handschriftlich gestrichen.

Hammerschmidt auf Ersuchen der Landesleitung eingereichte Vorschlag für die Organisation dieses neuen Blattes sieht neuerdings eine 16köpfige Redaktion vor und ist deshalb undiskutabel[14]. Der Gesamtplan wurde bereits bei der Bezirksvorsitzenden-Tagung am 15. Juni[15] durch den Herrn Landesvorsitzenden vorgetragen und fand die allgemeine Zustimmung der damals Anwesenden.

Abgeordneter *Haußleiter* erklärt, daß ein längeres Erscheinen des Zehn-Pfennig-Blattes über die Wahlperiode hinaus von vornherein ins Auge gefaßt werden müsse, da nach den Bundes[tags]wahlen mit Landtagsauflösung zu rechnen sei. Die Zeitung müsse dann reines Parteiblatt, politisch auf Parteikampf eingestellt, werden und neben den allgemeinen Nachrichten vor allem der Berichterstattung über die Arbeit der Partei, der Regierung und des Landtags entsprechenden Raum geben. Als Redakteure werden Dr. Sattelmair[16] (z.Zt. „Neuer Tag", Weiden) und von Dr. *Müller* Studienrat Dr. Haider[17] vorgeschlagen. Zur endgültigen Organisation der Redaktion schlägt Dr. *Horlacher* einen Redakteur und zwei Mitarbeiter vor, denen die aktivste Mitarbeit der Abgeordneten zur Seite stehen müsse. Zur Beratung, vor allem in organisatorischen und geschäftlichen Angelegenheiten, schlägt Dr. *Müller* Direktor Heinrich[18] vom „Münchner Merkur", der Landesvorsitzende Dr. *Ehard* die Abgeordneten Pflaum und Kübler vor. Dr. *Muhler* weist darauf hin, daß Kurzartikel nötig seien, die die Bevölkerung wirklich liest[19].

Zu Punkt 4 und 5, *Wahlpropaganda* [und *Kandidatenaufstellung*], wurde durch den Generalsekretär Dr. *Strauß* über Abmachungen betreffend die Schaffung eines gemeinsamen Wahlfonds der CDU/CSU berichtet, von dem 16 Prozent der CSU zufließen sollen[20]. Ferner seien bei befreundeten Industriekreisen kleinere Spendensammlungen bis zu je DM 2000 vorgesehen, für die mit den zuständigen Regierungsstellen generell für alle Parteien geltende Abmachungen getroffen werden sollen. Im Zusammenhang damit ist die Einrichtung eines wirtschaftlichen

[14] Nicht ermittelt.

[15] Vgl. Nr. 21.

[16] Dr. Richard Sattelmair, Kunsthistoriker und Journalist, seit 1946 stellvertretender Chefredakteur (verantwortlich für die Ressorts Politik und Kultur) der in Weiden erscheinenden Zeitung Der neue Tag.

[17] Nicht ermittelt.

[18] Hans Heinrich (geb. 1894), Journalist und Verleger, Studium an der Landwirtschaftlichen Hochschule Hohenheim und der TH München, 1924/25 Geschäftsführer der BVP in der Pfalz, 1925–1930 Herausgeber der Zeitung Der Rheinpfälzer in Landau, 1930–1936 Vorstand der Verlagsanstalt Manz AG, 1933 verhaftet, Berufsverbot, 1939–1945 Gesellschafter und Geschäftsführer der Moosburger Käsewerk GmbH, seit November 1946 Lizenzträger und Verlagsleiter beim Münchner Mittag (seit 1948 Münchner Merkur), im August 1949 zum 2. Vorsitzenden der dpa gewählt, Gründung der Neuen Münchner Verlags GmbH, 1952 aus gesundheitlichen Gründen ausgeschieden.

[19] Aus diesen Überlegungen entstand schließlich das Wochenblatt CS-Union, das zwischen Juli 1949 und Mai 1950 erschien. Dieses Blatt galt als „offizielle Stimme der Partei, doch war es nach Inhalt und Darbietungsweise mehr auf die CSU-internen Kreise und die mit diesen sympathisierenden Gruppen beschränkt" (Fischer, Parteien und Presse in Deutschland, S. 159). Die CS-Union wurde im Juni 1950 durch den Bayern-Kurier ersetzt.

[20] Am 27. 5. 1949 trafen sich in Düsseldorf führende westdeutsche Industrielle, um über einen Wahlfonds zur Unterstützung der Parteien zu beraten, die die Wirtschaftspolitik Ludwig Erhards mittrugen. Über die Höhe dieses Fonds lassen sich keine genauen Angaben machen; in den Quellen ist von zwei oder vier Millionen DM die Rede. Von diesem Geld sollte die Union 65 Prozent erhalten, die FDP 25 und die Deutsche Partei zehn. Vgl. Wengst, CDU/CSU im Bundestagswahlkampf 1949, S. 48f.

Informationsdienstes für die Mitglieder des Wirtschaftsrates in Frankfurt vorgesehen.

Als Rednermaterial wird von der Versammlung vorgeschlagen, nachfolgende Veröffentlichungen außer dem sogenannten Zehn-Pfennig-Blatt herauszugeben: Broschüren, Diapositive mit Leitworten[21]: Ministerpräsident Dr. Ehard, Dr. Horlacher, ein Arbeitervertreter der CSU und ein Flüchtlingsvertreter der CSU, Plakate, Flugblätter, die zum Teil mit geänderter Aufschrift von der CDU übernommen werden können. Außerdem soll der vertrauliche Informationsdienst der Union unter der neuen Leitung der Abgeordneten Frau Fleischmann, München, neu gestaltet und ebenfalls als Rednergrundlage ausgebaut werden[22].

Zum *Wahlgesetz*[23] und zur *Vorbereitung der Wahlen* wird beschlossen, daß

1. Flüchtlingswahlkreise eingerichtet werden sollen[24],
2. die Wahlvorschläge der Partei zuerst innerhalb der Kreisverbände besprochen, dann bei den Bezirksversammlungen in geheimer Wahl festgelegt und vom Landesausschuß endgültig bestimmt werden sollen. Es wird darauf hingewiesen, daß bei der Kandidatenaufstellung durch Sonderregelung der amerikanischen Militärregierung betreffend die Ausschaltung aktiv tätiger Beamter die Nominierung der für den großen Rahmen von Bonn geeigneten Kandidaten wesentlich erschwert [wird][25]. Außerdem wird festgelegt, daß die künftigen CSU-Abgeordneten in Bonn zu eigenen Entschlüssen bei den Abstimmungen und zu dauernder Anwesenheit in Bonn sowie zu rednerischer Darlegung ihrer

[21] Der Vorschlag, auch Josef Müller besonders herauszustellen, fand keine Mehrheit. Daher forderte Elisabeth Meyer-Spreckels den Landesvorsitzenden am 18. 6. 1949 schriftlich auf (ACSP, NL Müller C 26/6), diese Entscheidung vor allem mit Rücksicht auf den Wahlkampf in Franken nochmals zu überdenken.

[22] Die Publikationstätigkeit der CSU im Bundestagswahlkampf von 1949 war beachtlich. Die CS-Union erschien zeitweise in einer Auflage von mehr als 40000 Exemplaren; der Informations- und Rednerdienst startete mit einer Auflage von 450 bzw. 350 Stück, die Nummern 3 bis 6 erschienen in einer Auflage von 2000 Exemplaren. IfZ-Archiv, RG 260, 13/150–1/8, Politischer Tätigkeitsbereicht der CSU für Juli 1949, und RG 260, 13/150–1/7, Politischer Tätigkeitsbericht der CSU für August 1949. Zu den Materialien für die Funktionsträger vgl. auch ACSP, LTF I, 15–20/2, Rundschreiben der CSU-Landesgeschäftsstelle vom 23. 7. 1949.

[23] Das Wahlgesetz zur Wahl des ersten deutschen Bundestags wurde auf der Konferenz der Ministerpräsidenten am 31. 5./1. 6. 1949 diskutiert und am 15. 6. 1949 beschlossen. Am 5. 8. 1949 wurde es nochmals novelliert. Vgl. Akten zur Vorgeschichte der Bundesrepublik, Bd. 5, S. 502–527 und S. 592–595. Das Wahlgesetz findet sich im BGBl. 1949, S. 21 und S. 25. Vgl. dazu auch die ausführliche Debatte auf der 3. Sitzung des Wahlrechts- und des Presse- und Propagandaausschusses der Arbeitsgemeinschaft von CDU und CSU am 19. 5. 1949, in: Unionsparteien, S. 560–628, hier S. 561–580.

[24] Der Ministerrat beschloß am 20. 6. 1949 die Einrichtung sogenannter Flüchtlingswahlkreise in Bayern. Von den insgesamt 47 bayerischen Bundeswahlkreisen sollten unter Zusammenfassung von Gebieten, die teilweise in verschiedenen Regierungsbezirken lagen, neun speziell für Flüchtlinge eingerichtet werden. Die amerikanische Militärregierung legte jedoch am 6. 7. 1949 ihr Veto gegen dieses Vorhaben ein, das damit gescheitert war. Vgl. die Protokolle der Sitzungen des Ministerrats am 20. 6. und 4. 7. 1949, in: Kabinett Ehard II – 1949, S. 166 f. und S. 191 f.

[25] Zunächst hatte die amerikanische Militärregierung im Gesetz Nr. 15 vom 18. 2. 1949 festgelegt, daß Beamte bereits vor der Übernahme der Kandidatur aus dem öffentlichen Dienst ausscheiden mußten. Gesetz Nr. 20 vom 2. 6. 1949 kam den deutschen Vorstellungen insofern entgegen, als Beamte erst nach der Annahme der Wahl aus dem Amt ausscheiden mußten. Die CSU war von dieser Bestimmung in besonderem Maße betroffen, war doch der Anteil von Bürgermeistern, Landräten und Ministerialbeamten, die für ein Bundestagsmandat in Frage kamen, in der bayerischen Unionspartei besonders hoch. Vgl. Unionsparteien, S. 573 Anm. 33 und Anm. 34, sowie Schlemmer, Aufbruch, S. 348.

Ansichten in der Lage sein müssen. Das Wahlgesetz wird in den Einzelheiten erörtert und beschlossen, die besonderen Bestimmungen[26] und entsprechenden Weisungen der Partei sofort an die Bezirksvorsitzenden hinausgehen zu lassen.

Der *Landesvorsitzende* weist ferner auf die Notwendigkeit klarer Abgrenzung gegenüber den beiden wichtigsten Gegnern, SPD und Bayernpartei, hin. Eine Fusion mit der Bayernpartei hält er für ausgeschlossen. Den vernünftigen Gruppen stehe es ohnehin frei, zur CSU zurückzukehren[27]. In jedem Fall wünsche er keinen persönlich gefärbten Wahlkampf, außer man werde vom Gegner dazu genötigt. Der Abgeordnete *Haußleiter* erklärt zu diesem Fragenkomplex, daß die Voraussetzung für einen erfolgreichen Kampf gegen die SPD und FDP in Nordbayern ein entschieden geführter Kampf gegen die Bayernpartei in Südbayern sei. Dabei wird festgestellt, daß ein *sachlicher* Kampf gegen die FDP auch bei besonderen Abmachungen[28] durchaus möglich sei.

Zur Frage des von der CDU vorgeschlagenen *Parteiabzeichens*[29] wird allgemein erklärt, daß seine Einführung zumindest noch jetzt inopportun erscheint.

Zum Schluß der Sitzung wird nach Besprechung der Gründe und persönlicher Einvernahme des bisherigen Leiters des Informationsdienstes, Herrn Haunhorst, die Lösung des Dienstvertrages mit ihm beschlossen.

[26] In der Vorlage: „Abstimmungen".

[27] Die Haltung, die die CSU im Bundestagswahlkampf von 1949 gegenüber der Bayernpartei einnehmen sollte, war parteiintern heiß umstritten. Während führende Vertreter der CSU in Franken einen harten Abgrenzungskurs forderten, traten die prononciert konservativ und radikal föderalistisch eingestellten Kreise um Alois Hundhammer für ein Bündnis mit der Bayernpartei ein. Vgl. Schlemmer, Aufbruch, S. 344, und Balcar, Politik auf dem Land, S. 182f.

[28] Vor allem Konrad Adenauer befürwortete Wahlbündnisse mit den kleineren bürgerlichen Parteien, insbesondere mit der FDP und der Deutschen Partei. Auch die CSU bemühte sich, in „Burgfriedensgesprächen" am 1. und 5. 7. 1949 in der Staatskanzlei mit den Liberalen zu einer Übereinkunft zu kommen, nach der die CSU in Ansbach und im Gegenzug die FDP in Erlangen auf die Aufstellung eigener Kandidaten verzichten sollte, um eine Zersplitterung des bürgerlichen Lagers zu vermeiden. Allerdings führten die Verhandlungen zu keinem Ergebnis. Vgl. Wengst, CDU/CSU im Bundestagswahlkampf 1949, S. 19–23.

[29] Die Frage des Parteiabzeichens der Union wurde auf der 3. Sitzung des Wahlrechts- und des Presse- und Propagandaausschusses der CDU/CSU-Arbeitsgemeinschaft am 19. 5. 1949 kontrovers diskutiert. Obwohl sich die Redner mehrheitlich kritisch äußerten, wurden nach Absprache mit Alois Zimmer und Konrad Adenauer 2000 Parteiabzeichen („Wahlkampfnadeln") von der Firma Hoffstätter aus Bonn geliefert, von denen ca. zehn Prozent den Aufdruck „CSU" trugen. Vgl. Unionsparteien, S. 617–621.

Nr. 23

Gemeinsame Sitzung des geschäftsführenden Landesvorstands der Christlich-Sozialen Union und des Wirtschaftsbeirats der Union am 28. Juni 1949

Tagesordnung[1]:
1. Politische Lage
2. Kandidatenaufstellung für die Bundestagswahl – Absprachen mit anderen Parteien
3. Parteifinanzen und Parteifinanzierung
4. Vorbereitung des Bundestagswahlkampfs
5. CSU und Bayernpartei
6. Parteipresse
7. Rücktritt von August Haußleiter als stellvertretender Landesvorsitzender

Tagungsort: unbekannt

Anwesend[2]: Ehard, Emmert, Fleischmann, Meyer-Spreckels, J. Müller, Muhler, Schachtner, Schwägerl, Strauß (geschäftsführender Landesvorstand); Ay von Dragoner, Berz, Blum, Fernbach, Heilmann, Heinrich, Noell, Schwink, Wallner (Wirtschaftsbeirat der Union)

Protokollführer: Heinz Heggenreiner

Beginn: 17 Uhr, Ende: 20 Uhr 30

ACSP, LGF-LV

Einleitend weist der *Landesvorsitzende* auf die Gefahren der neuen Bonner Bundesverfassung hin, die in ihrer Entwicklungsfähigkeit nach der Seite der von der SPD propagierten Sozialisierung und Zentralisierung hinneigt[3]. Der Bundesrat sei dagegen kein ausreichender Schutz und in vielen Fragen völlig ausgeschaltet. Die durch eine eventuelle sozialdemokratische Mehrheit bei den kommenden Wahlen geschaffenen Tatsachen seien für lange unwiderruflich. Es sei daher unbedingt notwendig, das Zustandekommen einer solchen Mehrheit im Bundestag zu verhindern. Die CDU/CSU muß mindestens ein gleichwertiger Block werden. Die CDU ohne die CSU kann dieses Ziel nicht erreichen. Wir stehen daher vor der Frage, ob es möglich sein wird, die antisozialistischen Gruppen in irgendeiner Form im Wahlkampf zusammenzufassen, wobei die Form eines stillschweigenden Wahlabkommens zur Zeit erörtert wird. Bei dem bestehenden Wahlgesetz könnten durch Zersplitterung der bürgerlichen Parteien relative kleine sozialistische Mehrheiten, vor allem in den fränkischen Wahlkreisen, zu sozialistischen Siegen führen[4].

[1] Rekonstruiert anhand des Protokolltextes.
[2] Laut Anwesenheitsliste im Protokoll.
[3] Zur Kritik der CSU am Grundgesetz vgl. ausführlich Kock, Bayerns Weg, S. 285–335, und – insbesondere zur Haltung Ehards – Gelberg, Hans Ehard, S. 256–274.
[4] Vgl. Lange, Entstehung des ersten Bundestagswahlgesetzes, und Wolfgang Benz, Das Ende der Besatzung, in: Eschenburg, Jahre der Besatzung, S. 522–525. Ähnliche Befürchtungen, wie sie Ehard hier zum Ausdruck brachte, plagten auch Konrad Adenauer, der deswegen die Vertreter der CSU eindringlich beschwor, die internen Differenzen zu begraben und geschlossen in den Bundestagswahlkampf zu ziehen. Vgl. 3. Sitzung des Wahlrechts- und des Presse- und Propagandaausschusses

Die ideologische und politische Abgrenzung gegenüber der Sozialdemokratie sei leicht in eindeutiger Weise durchzuführen, schwieriger sei sie gegenüber der Bayernpartei, und dieselben Schwierigkeiten bestünden deshalb auch für die von mancher Seite angeregten Wahlabkommen mit ihr[5]. In jedem Falle gelte es

a) sich ihr gegenüber abzusetzen von jeder Art von Separatismus, der die Isolierung von sämtlichen übrigen Parteien zur Folge hätte;
b) könne ein Abkommen nur mit einem Gegner geschlossen werden, auf dessen Wort man sich verlassen könne. Das bisherige Verhalten der Bayernpartei läßt ein solches Vertrauen nicht aufkommen[6].

I. Es werden daraufhin verschiedene Vorschläge erörtert, die Kandidaten-Aufstellung mit den übrigen nichtmarxistischen Parteien abzustimmen. Sie finden jedoch nicht die allgemeine Billigung des Vorstandes, worauf der Landesvorstand nach Vorschlag des *Landesvorsitzenden* beschließt, weder gegenüber der FDP noch gegenüber der Bayernpartei von sich aus eine Initiative dieser Art zu ergreifen, da Kompromisse für die CSU nur nachteilig werden können.

Bei dieser Gelegenheit werden[7] auch eine eventuelle Kandidatur des Staatsrates a. D. Dr. Schäffer für die CSU sowie die Mitläuferfrage diskutiert. Eine Kandidatur Schäffer wird allgemein aus verschiedenen Erwägungen abgelehnt[8]. In der Mitläuferfrage erklärte der *Landesvorsitzende*, daß vor den Wahlen nichts mehr an der gegenwärtigen Regelung zu ändern sei, trotzdem mehrere Herren des Wirtschaftsbeirates darauf hinweisen, daß sich der jetzige Zustand für die CSU insbesondere in Wirtschaftskreisen sehr nachteilig auswirkt[9].

der Arbeitsgemeinschaft von CDU und CSU am 19. 5. 1949, in: Unionsparteien, S. 560–628, hier S. 585–597.

[5] Vgl. dazu Nr. 22.

[6] Zu Ehards ablehnender Haltung gegenüber der Bayernpartei dürfte nicht zuletzt die Rede des frischgebackenen dritten Vorsitzenden, Hermann Etzel, auf der Landesversammlung der BP am 18./19. 6. 1949 in Passau beigetragen haben, die eine Reihe schwerster Vorwürfe gegen den Ministerpräsidenten enthielt. Etzel beschuldigte Ehard, den er als „politisch schwache[n] Mann" und „Anhänger des preußisch-deutschen Bundesstaates" diffamierte, „wesentlich dazu beigetragen" zu haben, daß mit dem Grundgesetz „das Fundament zu einem neuen Zentralismus gelegt werden konnte". Er sei „eine der verhängnisvollsten Figuren der neuesten bayerischen Geschichte" und müsse wegen Verfassungsbruchs vor dem bayerischen Staatsgerichtshof angeklagt werden. Stadtarchiv Bamberg, NL Etzel 17, Manuskript der Rede Hermann Etzels „Die geschichtliche Schuld der CSU und des Ministerpräsidenten Dr. Ehard" vor den Delegierten der Landesversammlung der BP am 18./19. 6. 1949 in Passau. Wie sehr Ehard von diesen Vorwürfen getroffen war, zeigte eine Rede am 17. 7. 1949 im Kongreßsaal des Deutschen Museums in München. ACSP, LTF I, 15–20/4.

[7] In der Vorlage: „wird".

[8] Ende Mai 1949 hatten die Wahlkreise Passau, Rosenheim/Aibling/Miesbach und Weilheim Fritz Schäffer die Kandidatur für den Bundestag angetragen. Trotz der ablehnenden Haltung des geschäftsführenden Landesvorstands wurde Schäffer schließlich im Bundeswahlkreis Passau für den Bundestag nominiert. Vgl. Henzler, Fritz Schäffer, S. 282–286.

[9] Mitläufer besaßen 1949 in Bayern kein passives Wahlrecht. Kandidaten für den Bundestag mußten nachweisen, „daß sie vom Befreiungsgesetz nicht betroffen oder durch rechtskräftige Spruchkammerentscheide entlastet" waren. Wer in den Genuß der Jugend-, Weihnachts- oder Heimkehreramnestie gekommen war, zählte dagegen zu den Betroffenen, außer die Spruchkammer hatte explizit festgestellt, daß dies nicht der Fall war. Paragraph 29, Absatz 2, Satz 1c der Verordnung der bayerischen Staatsregierung zur Wahl des ersten Bundestages vom 6. 7. 1949, in: BGVBl. 1949, S. 148–160, hier S. 152. Vom aktiven Wahlrecht ausgeschlossen blieben neben Personen, die entmündigt oder nicht im Besitz der bürgerlichen Ehrenrechte waren, auch alle, die in die Kategorien I und II des Befreiungsgesetzes fielen. Die in Gruppe III Eingestuften durften nur dann nicht wählen, wenn dies im Spruchkammerbescheid ausdrücklich festgelegt worden war. Ausgeschlossen

Anschließend wird auf den Hinweis von Dr. *Schwink* auf die Notwendigkeit der Beschaffung von Geldmitteln durch Spendensammlung vom *Landesvorsitzenden* die Finanzfrage der Partei angeschnitten. Er erklärt, daß die Schwierigkeiten bei der Landesleitung selbst verhältnismäßig leicht, jedoch nur schwer beim Verlag und beim „Geraden Weg" zu beheben seien[10]. Die Beitragsleistungen der Kreisverbände und der Bezirksverbände weisen einen noch nie dagewesenen Tiefstand auf. Sie betrugen im Monat Juni [...][11] Es sei unbedingt erforderlich, daß hier sofort eine Wandlung eintrete und außerdem eine Spendenaktion größeren Umfangs in Gang gesetzt werde. Die Wahl eines Landesschatzmeisters sei hierzu Voraussetzung.

Abgeordneter *Emmert* machte hierauf den Vorschlag: In jedem Bezirk einen Bezirksschatzmeister und außerdem für jeden Regierungsbezirk einen solchen des Wirtschaftsbeirates aufzustellen. Generalsekretär Dr. *Strauß* erklärt hierzu, daß die Parteileitung sich bisher bewußt der Sammlungstätigkeit enthalten hat, um eine Doppelbeanspruchung der Wirtschaft, die verstimmend wirken könnte, zu vermeiden. Es wird daraufhin vorgeschlagen: Zum Landesschatzmeister des Wirtschaftsbeirates den Abgeordneten Emmert zu ernennen. Außerdem werden[12] hierfür Herr Dr. von Kaufmann[13] und Herr Blum in Vorschlag gebracht. Als Landesschatzmeister der Partei wird Herr Schachtner bestimmt. Herr *Blum* regt ferner an, auch an die Arbeitsgemeinschaft für Handel und Gewerbe[14] im Sinne der Spendentätigkeit heranzutreten.

Anschließend gibt Dr. *Strauß* nochmals einen kurzen Bericht über die durch Dr. Erhard in Frankfurt geführten Wirtschaftsverhandlungen betreffend den Wahlfonds der nichtmarxistischen Partei[en][15]. Es wird ferner angeregt, auch die Industrie- und Handelskammer heranzuziehen und die eigenen Kräfte im Wirtschaftsministerium zu interessieren.

Anschließend wird auf Anfrage von Dr. *Schwink* vom *Landesvorsitzenden* bekanntgegeben, daß Rednermaterial zum Teil bereits an die Unterorganisation[en] geliefert, zum Teil in Druck und Vorbereitung gegeben sei. Der schon in der vorausgegangenen Vorstandssitzung und in der Sitzung der Bezirksvorsitzenden erörterte Auswahlmodus für die Kandidaten der Partei wird nochmals kurz bekanntgegeben und darauf hingewiesen und ein erläuterndes Rundschreiben des Generalsekretärs Strauß[16] an die Bezirks- und Kreisverbände über die von den Kandidaten einzugehenden Verpflichtungen verlesen.

waren darüber hinaus Personen, die von der Militärregierung verhaftet oder aus einflußreichen Positionen entfernt worden waren sowie Personen, die das Entnazifizierungsverfahren am Wahltag noch nicht durchlaufen hatten. Vgl. Erste Bundestagswahl in Bayern, S. 5.

[10] Mitte April 1949 betrug die Schuldenlast des Geraden Wegs rund 170000 DM. BayHStA, NL Ehard 1285, Bericht über die Betriebsprüfung beim Verlag Der Gerade Weg vom 24. 5. 1949.

[11] Hier sollten offensichtlich Angaben nachgetragen werden, was dann unterblieb.

[12] In der Vorlage: „wird".

[13] Nicht ermittelt.

[14] Die Arbeitsgemeinschaft für Handel und Gewerbe, die 1947 gegründet worden war, kam über bescheidene Anfänge nicht hinaus. Vgl. Mintzel, Anatomie, S. 202f.

[15] Vgl. Nr. 22 mit Anm. 20.

[16] BSB, NL Schwend 2, „Richtlinien für die Aufstellung von Kandidaten für den Bundestag" vom 29. 6. 1949; das Rundschreiben war von Hans Ehard gezeichnet.

II. Nach Erörterung der oben angeführten Probleme setzen die Mitglieder des Wirtchaftsbeirates die Sitzung in einem anderen Raum fort. Der geschäftsführende Vorstand der CSU tagt unter Vorsitz des Landesvorsitzenden Dr. Ehard allein weiter.

Es wird nochmals die Frage der von verschiedener Seite, vor allem vom Landesvorsitzenden der FDP Bayerns, Dr. Dehler, und vom Abgeordneten Haußleiter, CSU, an den Landesvorsitzenden herangetragenen Anregungen zu Wahlabkommen mit den nichtmarxistischen Parteien erörtert, mit dem Resultat, daß die Schritte Dr. Dehlers seiner eigenen Initiative überlassen bleiben und die Partei nach grundsätzlichen Ausführungen Dr. *Müllers* beschließt, von sich aus keinerlei Schritte in dieser Richtung zu unternehmen[17].

Anschließend wird nochmals die Abgrenzung gegenüber der Bayernpartei für die Wahlen erörtert. Generalsekretär Dr. *Strauß* berichtet über verschiedene Initiativen des stellvertretenden Bezirksvorsitzenden Oberbayerns, Ludwig R. Huber, im Sinne eines Wahlabkommens mit der Bayernpartei[18], die allgemein abgelehnt werden. Nach Ansicht des *Landesvorsitzenden* und der anwesenden Vorstandsmitglieder wird ferner eine Klärung der Stellung des Kultusministers Dr. Hundhammer zur Bayernpartei noch vor Beginn des Wahlkampfes für unbedingt erforderlich gehalten. Der *Landesvorsitzende* verliest zur Frage der Bayernpartei ein Schreiben des Herrn Bischofs von Passau[19], das sich für Zusammenarbeit zwischen CSU und Bayernpartei gegen die SPD während des Wahlkampfes einsetzt. Zum Schluß der Debatte wird nochmals allgemein festgestellt, daß die bereits erwähnten Vorschläge für die CSU keinerlei Vorteile, wohl aber erhebliche Nachteile bringen würden und aus sachlichen wie aus personellen und psychologischen Gründen abzulehnen seien.

Anschließend wird nochmals kurz die Kandidatenaufstellung und deren Auswahl besprochen, wobei sich neue Gesichtspunkte nur für die Auswahl der Flüchtlingskandidaten ergeben. Von Dr. *Müller* wird vorgeschlagen, Herrn Schwarz[20] von der Notgemeinschaft statt des bisher vorgesehenen Abgeordneten von Manteuffel in Mittelfranken kandidieren zu lassen. Er begründet den Vorschlag mit dem zu erwartenden Stimmengewinn der CSU aus den Kreisen der Notgemeinschaft und der nach seiner Ansicht geringeren Zugkraft der Persönlichkeit Manteuffel[21]. Die Vorschläge für die Kandidaten aus Flüchtlingskreisen sollen den

[17] Franz Josef Strauß bezeichnete in der Rückschau Konrad Adenauer, Anton Pfeiffer, Alois Hundhammer und Thomas Dehler als Befürworter oder gar Drahtzieher eines Wahlabkommens; ACSP, LG-P, Protokoll der Landesgruppensitzung am 7. 9. 1949.

[18] Bei der BP stießen derartige Initiativen ohnehin auf wenig Gegenliebe. Ihr Vorsitzender Joseph Baumgartner lehnte derartige Offerten sogar siegessicher mit den Worten ab, man könne sich nicht mit einer Leiche verheiraten. Vgl. Schlemmer, Aufbruch, S. 345.

[19] Dr. phil. Dr. theol. Simon Konrad Landersdorfer (1880–1971), katholischer Geistlicher (OSB), 1903 Priesterweihe, Studium der Theologie und der klassischen Philologie, 1920–1922 Professor an der römischen Benediktinerhochschule San Anselmo, 1922–1936 Abt des Benediktinerklosters Scheyern, 1936–1968 Bischof von Passau. Das von Ehard verlesene Schreiben wurde nicht ermittelt.

[20] Nicht ermittelt.

[21] Über die Besetzung der Landesliste entschied der Landesausschuß endgültig erst am 16. 7. 1949. Mit Hans Schütz, Walter Rinke und Baron Manteuffel erhielten zwei katholische und ein evangelischer Flüchtlingsvertreter die Listenplätze zwei, drei und vier. Damit versuchte die CSU, das

Gremien der UdA im Benehmen mit den Bezirksverbänden und der Landesleitung überlassen werden.

Zur Frage der Parteipresse erklärte der *Landesvorsitzende*, daß das geplante Mitteilungsblatt der CSU nur dann gestartet werden könne, wenn die Vorfinanzierung mit mindestens 20000 DM gesichert sei. Die Verhandlungen mit den bisher vorgesehenen Persönlichkeiten seien ohne Erfolg geblieben. Dr. Heider komme nicht mehr in Frage, Redakteur Sattelmair stellt zu hohe Ansprüche. Es wird erwogen, mit Herrn Haug[22] vom „Südost-Kurier" und mit Dr. Werner[23] (Garmisch) Fühlung zu nehmen. Ein endgültiger Beschluß hierüber wird nicht gefaßt.

Zum Schluß der Sitzung bringt der Herr *Landesvorsitzende* einen an ihn gerichteten, streng vertraulichen Brief des Abgeordneten Haußleiter zur Verlesung, in dem dieser die Gründe für seinen Rücktritt als stellvertretender Landesvorsitzender darlegt[24]. Der Herr *Landesvorsitzende* gibt seinem Bedauern über diesen Rücktritt Ausdruck, der ihn und die Partei in dem besonders schwierigen Moment der Übernahme seines Amtes als Landesvorsitzender und vor den entscheidenden Wahlen in große Schwierigkeiten versetze. Anschließend hieran verliest er sein eigenes Antwortschreiben an den Abgeordneten Haußleiter[25] und gibt seiner Mißbilligung über die Veröffentlichung des Briefes Haußleiter in der Presse[26] Ausdruck, deren Urheber nicht geklärt sind.

Frau Dr. *Meyer-Spreckels* legt dann im Auftrag des nicht mehr anwesenden Abgeordneten Haußleiter nochmals dessen Bedenken gegenüber der seit dem Rücktritt Dr. Müllers von ihm befürchteten einseitigen konfessionellen Bindung in der

Manko auszugleichen, daß sie in den Bundeswahlkreisen kaum Flüchtlingskandidaten nominiert hatte, um so der Konkurrenz des Wahlbündnisses aus WAV und Neubürgerbund zu begegnen. Vgl. Schlemmer, Aufbruch, S. 349.

[22] Heinrich Haug (1900–1981), Journalist, seit 1928 Chefredakteur des Öttinger und Burghauser Anzeigers, seit 1930 BVP-Mitglied, 1935 wegen politischer Unzuverlässigkeit entlassen, bis 1938 als Anzeigenleiter beim Verlag Geiselberger, 1939/40 Teilnahme am Zweiten Weltkrieg, 1940–1945 Leiter des Lohnbüros der VAW in Töging, 1945 Beteiligung am Aufstand der Freiheitsaktion Bayern in Altötting, Mitbegründer und Geschäftsführer des CSU-Kreisverbands Altötting, 1946/46 Stadtrat (CSU) in Altötting, seit September 1946 zweiter Lizenzträger, Mitherausgeber und Verlagsleiter des Südost-Kurier in Bad Reichenhall, 1949 aus dem Unternehmen ausgeschieden, dann Verlagsleiter und Chefredakteur beim wiedergegründeten Öttinger und Burghauser Anzeiger.

[23] Nicht ermittelt.

[24] Vgl. Schlemmer, Aufbruch, S. 337f. Gegenüber Ehard begründete Haußleiter seinen Schritt mit den Worten: „Ich bekenne mich zu den Zielen und Idealen, in deren Namen die Gründung der Christlich-Sozialen Union erfolgt ist. Als Stellvertreter des Parteivorsitzenden bin ich verpflichtet, Hüter dieses Programms und dieser Grundsätze zu sein. Wenn die Politik der Partei diese ihre Grundsätze verlässt, und wenn alle Versuche, sie wieder herzustellen, sich als unmöglich erweisen, wenn die neue Partei der Christlich-Sozialen Union sich wieder zurückverwandelt in die alte Partei der bayerischen Volkspartei, deren Mitglieder aufrechte Demokraten und Christen waren, deren Führung aber schon einmal völlig versagt hat, dann wäre es gegen meine Pflicht und gegen mein Gewissen, wenn ich die Öffentlichkeit über diese Entwicklung täuschen und eine verantwortliche Stellung in der Partei weiterhin behalten würde." BayHStA, NL Ehard 1519, August Haußleiter an Hans Ehard vom 22. 6. 1949.

[25] BayHStA, NL Ehard 1519, Hans Ehard an August Haußleiter vom 23. 6. 1949.

[26] Der Süddeutschen Zeitung war der Rücktritt Haußleiters am 25. 6. 1949 nur eine kurze Notiz wert („Haußleiter legt Parteiamt nieder"). Im gewöhnlich über die CSU-Interna gut informierten Südost-Kurier wurde der Brief Haußleiters an Ehard nicht veröffentlicht; unter der Überschrift „Haußleiter scheidet aus dem Amt" wurde am 25. 6. 1949 jedoch kurz daraus zitiert.

Parteipolitik dar und weist auf die in protestantischen Kreisen bestehende Beunruhigung hierüber hin[27]. Der *Landesvorsitzende* erklärt hierzu, daß er entschlossen sei, die von ihm angekündigte und in seiner Person verkörperte Linie der Mitte unter allen Umständen einzuhalten und insbesondere die kostbarste Errungenschaft der CSU, die Ausschaltung des konfessionellen Gegensatzes, unter allen Umständen zu erhalten.

Die Sitzung wird um 20.30 Uhr beendet.

Nr. 24

Notizen zur Tagung der Bezirksvorsitzenden der Christlich-Sozialen Union am 12. Juli 1949[1]

BayHStA, NL Ehard 1196

1. Anfertigung eines Musterprotokolls für die Kreisverbände durch Dr. Strauß[2].

2. Formblätter bei Fenneberg[3].

3. Wahlkreisleiter, Hinweis auf Vertrauensmann[4].

[27] Zu den Befürchtungen fränkisch-protestantischer Kreise, die CSU könne nach der Abwahl Josef Müllers – womöglich durch Fusion mit der Bayernpartei – wieder zu einer katholischen Partei nach dem Vorbild der BVP verkümmern, vgl. Schlemmer, Aufbruch, S. 335 f.

[1] Laut Verteiler ging je ein Exemplar dieser Notiz an Hans Ehard, Karl Schwend, Levin Freiherr von Gumppenberg und Franz Josef Strauß; die Notiz ist auf den 13. 7. 1949 datiert.

[2] Die Bundestagskandidaten in den Wahlkreisen mußten auf einer Parteiversammlung, zu der die Delegierten ordnungsgemäß einzuladen waren, in geheimer Wahl bestimmt werden. Eine Niederschrift über diese Versammlung war anschließend in beglaubigter Abschrift dem Wahlkreisleiter zu übergeben. Vgl. Paragraph 17 des Wahlgesetzes zum ersten Bundestag vom 15. 6. 1949, in: BGBl. 1949, S. 21–24, hier S. 23.

[3] Möglicherweise Dr. Hermann Feneberg (1903–1977), Jurist, 1930 große juristische Staatsprüfung und Eintritt in die bayerische Staatsverwaltung, Mitglied von Bayernwacht und Jungmannschaft der BVP, seit 1937 NSDAP-Mitglied, Teilnahme am Zweiten Weltkrieg, 1945 aus dem öffentlichen Dienst entlassen, 1946 zunächst als Mitläufer, dann 1950 als Entlasteter entnazifiziert, seit 1947 im bayerischen Innenministerium, zuletzt im Range eines Ministerialdirigenten, 1958–1968 Präsident des bayerischen Verwaltungsgerichtshofs, seit 1961 Honorarprofessor für Verwaltungsrecht an der TU München.

[4] In jedem bayerischen Bundeswahlkreis wurde vom Innenministerium ein Wahlkreisleiter und ein Stellvertreter bestellt. Die Wahlkreisleiter waren für die Prüfung der Wahlkreisvorschläge und die Ermittlung des Wahlergebnisses im jeweiligen Wahlkreis zuständig. Gleichzeitig standen sie dem Wahlkreisausschuß vor, dem je ein Vertrauensmann für jeden eingereichten Wahlvorschlag angehörte. Der Vertrauensmann war berechtigt, „die zur Ergänzung oder Berichtigung des Wahlvorschlags nötigen Verfügungen des Wahlkreisleiters oder Wahlkreisausschusses entgegenzunehmen und alle hiezu erforderlichen Erklärungen abzugeben." Paragraph 16 und Paragraph 29, Satz 3 der Verordnung der bayerischen Staatsregierung zur Wahl des ersten Bundestages vom 6. 7. 1949, in: BGVBl. 1949, S. 148–160, hier S. 151.

4. Durchführung der Kandidatenwahlen[5]:
   a) Oberbayern: noch nicht (Ingolstadt[6] fehlt noch) – kein Flüchtling;
   b) München: wählt am 14. dieses [Monats] – kein Flüchtling, dafür eine Frau[7];
   c) Oberpfalz: Kandidaten aufgestellt – kein Flüchtling (ein Flüchtling soll auf Landesliste[8]);
   d) Niederbayern: Kandidaten aufgestellt – kein Flüchtling; Wahl muß formell noch in Ordnung gebracht werden;
   e) Oberfranken: noch keine Kandidaten aufgestellt – wollen einen Flüchtling benennen und eine Frau[9];
   f) Mittelfranken: als Flüchtling soll Baron Manteuffel evtl. aufgestellt werden[10].
   g) Schwaben: fertig – zwei Flüchtlinge[11];
   h) Unterfranken: fertig – kein Flüchtling[12].

5. Kandidatenausgleich[13]?

6. Material gegen L liegt seit zwei Jahren bei Landesleitung laut Behauptung von Herrn Plonner (?) von der Wirtschafts-Union[14].

[5] Zur Kandidatenaufstellung der CSU für die Bundestagswahl von 1949 vgl. ausführlich Schlemmer, Aufbruch, S. 346–355; das folgende – soweit nicht anders belegt – nach ebenda.

[6] In Ingolstadt trat schließlich Hans Demmelmeier für die CSU an, der jedoch dem Kandidaten der Bayernpartei, Hermann Walter Aumer, unterlag.

[7] Im Wahlkreis München-Nord trat Charlotte Fleischmann für die CSU an.

[8] Die Besetzung der Landesliste wurde in der Sitzung des Landesausschusses am 16. 7. 1949 festgelegt.

[9] In Hof kandidierte Gerhard Wacher für die CSU, eine Frau war dagegen nicht unter den Direktkandidaten der CSU in Oberfranken.

[10] Baron Manteuffel wurde nicht als Wahlkreiskandidat nominiert, trat jedoch auf der Landesliste zur Wahl an. Dafür kandidierte in Nürnberg Elisabeth Meyer-Spreckels für die CSU, die jedoch keine realistische Chance hatte, das Mandat auch zu gewinnen.

[11] In Kempten kandidierte Karl Graf Spreti für die CSU, der jedoch als gebürtiger Niederbayer kein Flüchtling im eigentlichen Sinne war.

[12] Dafür kandidierte in Hammelburg mit Maria Probst eine Frau für die CSU.

[13] Bei der Aufstellung der Landesliste mußte die CSU gesellschaftliche Gruppen, die bei der Aufstellung der Wahlkreiskandidaten nur unzureichend berücksichtigt worden waren, zum Zuge kommen lassen.

[14] Der Buchstabe „L" steht vermutlich für Alfred Loritz, dessen Immunität der bayerische Landtag am 16. 3. 1949 aufgehoben hatte und gegen den Ende Juli, mitten im Bundestagswahlkampf, vor dem Landgericht München I verhandelt werden sollte. Durch die Weigerung, den Beginn des Prozesses zu verschieben, kam es zu einem massiven Konflikt zwischen der bayerischen Staatsregierung, der Landtagsmehrheit und den amerikanischen Besatzungsbehörden, die politische Motive hinter dem Verfahren vermuteten. Tatsächlich gibt es Indizien dafür, daß Justizminister Müller – gedeckt von Ministerpräsident Ehard – beabsichtigte, einen unliebsamen Konkurrenten auszuschalten, der durch die Allianz seiner WAV mit der Vertriebenenorganisation Neubürgerbund gefährlich geworden war. Vgl. Woller, Loritz-Partei, S. 105–123.

Nr. 25

Sitzung des geschäftsführenden Landesvorstands der Christlich-Sozialen Union am 3. Oktober 1949

Tagesordnung[1]:
1. Ergebnis der Bundestagswahl und Regierungsbildung in Bonn
2. Austritt August Haußleiters aus der CSU
3. Rücktritt von Elisabeth Meyer-Spreckels
4. Ernennung eines stellvertretenden Generalsekretärs
5. Parteiorganisation, Parteifinanzen und Parteipresse

Tagungsort: unbekannt

Anwesend[2]: Ehard, Euerl, Hundhammer, Mayr, Meyer-Spreckels, Muhler, Sedlmayr, Strauß

Protokollführer: Heinz Heggenreiner

ACSP, LGF-LV

Einleitend spricht der *Landesvorsitzende* über die Ergebnisse und den Verlauf der Wahlen[3] und die Notwendigkeit, die während der Wahl erzielte Neuaktivierung der Partei zu festigen. Er berührt Fragen der Reorganisation der Parteileitung und der Sanierung der Finanzen[4].

Anschließend erklärt er zum Fall Haußleiter, daß dessen Austritt durch keinerlei neue Ereignisse veranlaßt wurde und zweifellos auf tieferliegende Beweggründe als die angegebenen, unter Umständen auf die Absicht einer neuen Parteigründung[5], zurückzuführen sei. Der Briefwechsel zwischen dem Landesvorsitzenden und dem Abgeordneten Haußleiter kommt zur Verlesung[6].

Anschließend hieran nimmt der Abgeordnete *Euerl*, Nürnberg, das Wort zum Fall Haußleiter und gibt seinem Bedauern über hierdurch drohende konfessionelle Aufspaltung der Union zum Ausdruck.

Die auf Einladung erschienene Frau Dr. *Meyer-Spreckels* erklärt die Gründe ihres Rücktritts aus der Vorstandschaft[7] und betont dabei, daß nach ihrer Ansicht

[1] Rekonstruiert anhand des Protokolltextes auf der Basis einer Notiz vom 3. 10. 1949 (ACSP, LGF-GLV 3. 10. 1949).

[2] Erstellt anhand des Protokolltextes.

[3] In Bayern, wo die Wahlbeteiligung bei 81,1 Prozent lag, kam die CSU bei der Bundestagswahl vom 14. 8. 1949 auf 29,2 Prozent der Stimmen und behauptete sich damit zwar als stärkste politische Kraft im Land, mußte jedoch im Vergleich zur Landtagswahl von 1946 erdrutschartige Verluste hinnehmen. Die SPD erreichte 22,8 Prozent, die Bayernpartei 20,9 Prozent, die WAV 14,4 Prozent, die FDP 8,5 Prozent und die KPD 4,1 Prozent. Vgl. Erste Bundestagswahl in Bayern, S. 9ff., und Schlemmer, Aufbruch, S. 355–364.

[4] Vgl. hierzu allgemein ebenda, S. 431–440.

[5] Haußleiter zählte im Januar 1949 zu den Mitbegründern der überparteilichen Deutschen Union, die noch im selben Jahr in der Deutschen Gemeinschaft aufging, für die Haußleiter nach seinem Ausscheiden aus der CSU auch im Landtag saß. Zur DG vgl. Stöss, Deutsche Gemeinschaft.

[6] Haußleiter war am 20. 9. 1949 aus der CSU ausgetreten; vgl. hierzu auch Nr. 23. BayHStA, NL Ehard 1519, August Haußleiter an Hans Ehard vom 20. 9. 1949 und dessen Antwort vom 30. 9. 1949.

[7] Elisabeth Meyer-Spreckels hatte dem Landesvorsitzenden schon am 29. 8. 1949 mitgeteilt, aus der Parteiführung ausscheiden zu wollen. Mit diesem Schritt protestierte sie gegen die in ihren Augen

die Parteilinie einseitig nach der katholisch konfessionellen Seite abweicht, womit sie auch den Austritt Haußleiters erklärt. Sie betont, daß eine Verlagerung des Schwerpunktes der Partei durch das Ergebnis der Bundes[tags]wahlen nach Franken[8] stattgefunden habe, während gleichzeitig Franken, der protestantische Volksteil und die evangelischen Frauen, besonders bei Ernennung der Wahlmänner, vernachlässigt worden seien[9].

Der *Landesvorsitzende*, Abgeordneter *Karl Sigmund Mayr*, Abgeordneter *Euerl* und Minister Dr. *Hundhammer* bringen in ihren Entgegnungen zum Ausdruck, daß die von Frau Dr. Meyer-Spreckels angenommene, absichtliche Vernachlässigung nicht den Tatsachen entspricht, und widerlegen sie mit tatsächlichen Argumenten, die zum Teil auf Unterlagen des Landesamtes für Statistik beruhen. Auf Vorschlag des Abgeordneten *Karl Sigmund Mayr* wird beschlossen, den Antwortbrief des Landesvorsitzenden an den Abgeordneten Haußleiter entsprechend dessen eigenem Vorgehen sämtlichen Bezirks- und Kreisverbänden zuzuleiten.

Geistlicher Rat Dr. *Muhler* beleuchtet den Fall Haußleiter vom psychologischen Standpunkt aus, betont die Notwendigkeit öfterer und baldiger Einberufung der Parteigremien und engerer Fühlung zwischen Parteivorstand und Fraktion[10].

Anschließend erklärt Frau Dr. *Meyer-Spreckels* nochmals ihren Austritt aus dem geschäftsführenden Landesvorstand, wozu der Herr *Ministerpräsident* feststellt, daß für diesen Rücktritt keinerlei Notwendigkeit vorliege und daß er von der Parteileitung lebhaft bedauert werde.

Generalsekretär *Strauß* berichtet dann über die Vorgänge bei der Regierungsbildung in Bonn und die Schwierigkeiten bei der Vertretung der bayerischen Interessen[11]. Er erklärt, daß angesichts seiner dauernden Beanspruchung in Bonn die

untragbare „Ausschaltung des Landesvorstands" aus dem politischen Entscheidungsprozeß. ACSP, NL Müller C 242, Elisabeth Meyer-Spreckels an Hans Ehard vom 29. 8. 1949.

[8] Auch wenn diese Aussage übertrieben war (schließlich konnte die CSU den Landesdurchschnitt von 29,2 Prozent mit 44,9 Prozent nur in Unterfranken deutlich übertreffen, während sie in Mittel- und Oberfranken nicht über 24 bzw. 23,2 Prozent hinauskam), so war sie doch nicht ganz von der Hand zu weisen. Von den 24 CSU-Bundestagsabgeordneten, die alle direkt gewählt worden waren, stammten nämlich neun aus den fränkischen Regierungsbezirken, während sich in Ober- und Niederbayern nur drei hatten durchsetzen können, wo die Hochburgen der Bayernpartei lagen. Vgl. Erste Bundestagswahl in Bayern, S. 11f., und Schlemmer, Aufbruch, S. 355ff.

[9] An dieser Stelle ist nicht ganz klar, ob von der Kandidatenaufstellung für die Bundestagswahl oder von der Aufstellung der Delegierten für die Bundesversammlung die Rede ist, die am 12. 9. 1949 Theodor Heuss zum Bundespräsidenten gewählt hatten. Der Terminologie zum Trotz legt der Kontext ersteres nahe, wobei festzuhalten ist, daß sich – soweit feststellbar – unter den Kandidaten der CSU in den 47 Bundeswahlkreisen Bayerns nur sieben Protestanten befanden, von denen drei in Wahlkreisen antraten, in denen sie von vorneherein chancenlos waren. Auf den ersten 15 Plätzen der Landesliste befanden sich immerhin vier Protestanten, doch von den Listenkandidaten kam keiner zum Zuge. Vgl. ebenda, S. 350f.

[10] Nach dem Sturz Josef Müllers verloren vor allem der geschäftsführende Landesvorstand und der Landesausschuß als Organe der Führung und Willensbildung an Bedeutung, während in der Satzung nicht vorgesehene Instanzen wie die Konferenz der Bezirksvorsitzenden an Einfluß gewannen. Ehard hatte es bezeichnenderweise nicht für nötig gehalten, den Landesausschuß oder den Landesvorstand einzuberufen, um über das Ergebnis der Bundestagswahl und die Regierungsbildung zu beraten. Vgl. ebenda, S. 431.

[11] Die CSU-Abgeordneten in Bonn hatten sich gegen die Bildung einer eigenen Fraktion und für eine

Notwendigkeit bestehe, zunächst einen „politischen Stellvertreter" des Generalsekretärs zu ernennen, der später dieses Amt übernehmen könne. Er schlägt dafür Herrn Brunner vor. Der Vorschlag wird vom Herrn *Landesvorsitzenden* und von Minister Dr. *Hundhammer* unterstützt und angenommen.

Herr Minister Dr. *Hundhammer* spricht hierauf über die Gründung der Parteikorrespondenz und deren künftige Beziehungen zur Heimatpresse[12].

Staatssekretär Dr. *Sedlmayr* erstattet einen kurzen Bericht über die Entwicklung der Parteizeitung „Union"[13] und spricht dem bisherigen Chefredakteur Dr. Deuerlein unter Zustimmung aller Anwesenden den besonderen Dank für seine Leistungen aus.

Zum Schluß wird festgelegt, die wichtigsten Probleme: Reorganisation der Partei, Finanzierung der Partei und endgültige Gestaltung der Parteipresse durch kleinere Ausschüsse einer positiven Regelung zuzuführen sowie die Parteigremien sobald wie möglich einzuberufen.

Außerdem wird betont, daß eine Werbewelle unter Beteiligung aller prominenten Persönlichkeiten der Partei sofort in Gang gesetzt werden soll.

An die Presse wird nachfolgendes Kommuniqué herausgegeben:
„Am 3. Oktober 1949 trat der Landesvorstand der CSU in Bayern zusammen und befaßte sich eingehend mit parteiorganisatorischen Fragen und mit der gegenwärtigen politischen Lage in Bayern und Deutschland. Im besonderen wurde dem Landesvorsitzenden und der CSU-Fraktion im Bundestag in Bonn für ihre bisher verfolgte Politik Anerkennung und Vertrauen ausgesprochen. Ferner wurde der Dank für die tatkräftige Vertretung der bayerischen Interessen bei der Regierungsbildung in Bonn ausgesprochen und damit die Aufforderung verbunden, in gesamtdeutscher Verantwortung Bayern würdig und tatkräftig zu vertreten."

Fraktionsgemeinschaft mit der CDU entschieden, gründeten zugleich aber eine selbständige Landesgruppe, der Fritz Schäffer und Franz Josef Strauß vorstanden. Während die CSU am 7. 9. 1949 eine empfindliche Niederlage einstecken mußte, als nicht Hans Ehard, sondern der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Karl Arnold zum Präsidenten des Bundesrats gewählt wurde, konnte sie bei der Regierungsbildung eindeutige Erfolge verzeichnen. Als Konrad Adenauer am 15. 9. 1949 seine Koalitionsregierung aus CDU, CSU, FDP und DP präsentierte, gehörten dem Kabinett Fritz Schäffer als Finanzminister, Hans Schuberth als Postminister und Wilhelm Niklas als Landwirtschaftsminister an, darüber hinaus avancierte Hans Ritter von Lex zum Staatssekretär im Innenministerium. Vgl. ebenda, S. 381–387; Gelberg, Hans Ehard, S. 280–295.

[12] Die erste Nummer der CSU-Correspondenz, mit dem die CSU-Landtagsfraktion die Presse (und hier vor allem die CSU-nahe Heimatpresse) über ihre Arbeit informieren wollte, erschien am 5. 10. 1949; vgl. das Geleitwort Alois Hundhammers in: CSU-Correspondenz vom 5. 10. 1949.

[13] Vgl. Nr. 22 mit Anm. 19.

Nr. 26a

Vorschlag für die Besprechung des Landesvorsitzenden mit den Bezirksvorsitzenden der Christlich-Sozialen Union am 28. Oktober 1949 in München[1]

BayHStA, NL Ehard 1197

1. Kurzer Bericht über Bonn.
2. Politische und organisatorische Folgerungen aus Verlauf und Ergebnis der Bundestagswahl.
3. Verhältnis zu den übrigen Parteien in Bayern, insbesondere zur Bayernpartei. Überlegung hinsichtlich der Möglichkeit, die weitere Ausdehnung der WAV zu verhindern (Notgemeinschaft, Bund der Fliegergeschädigten, Heimkehrer, Arbeitslose usw.).
4. Überkonfessionelles Problem (Fall Haußleiter).
5. Soziale Frage im Zusammenhang mit „Koordinierungsbestrebungen" zur Ostregierung.
6. Arbeit der Union der Ausgewiesenen.
7. Arbeit des Wirtschaftsbeirates (berufsständischer Rat der Landesvorstandschaft?).
8. Ergänzung des geschäftsführenden Vorstands (Hereinnahme eines Gewerkschaftsvertreters!).
9. Mitteilung über getroffene Regelung hinsichtlich Generalsekretär und seiner Mitarbeiter.
10. Notwendigkeit der Reorganisation und Finanzierung der Partei (Schatzmeister, Beitragseintreibung mit eventueller Inkasso-Provision, Mitgliederwerbung).
11. Einflußnahme auf die Presse.
12. Reform der Satzung, Grundsatzprogramm (baldigste Herausgabe einer kürzesten nur wenige Sätze umfassenden Zusammenstellung der unumstößlichen Grundsätze der CSU).
13. Rechtzeitiger Beginn der Wahlvorbereitungen (Kandidatenauswahl).
14. Klärung des Verhältnisses Partei und Fraktion.
15. Engergestaltung der Beziehungen zwischen Abgeordneten und Wählern.
16. Einführung eines Regierungssprechers am Rundfunk.
17. Festlegung von Termin und Ort für die Einberufung der Landesvorstandschaft und des Landesausschusses.
18. Kurze Einzelreferate der Bezirksvorsitzenden über die Lage in ihren Verbänden.

Es handelt sich hier nicht um eine in den Satzungen vorgesehene Tagung, sondern lediglich um eine Vorbesprechung für die baldigst einzuberufende Tagung der Landesvorstandschaft und des Landesausschusses.

[1] Zur Sachkommentierung vgl. v.a. Nr. 26c. Ein ausführlicher Bericht über diese Zusammenkunft findet sich unter dem Titel „Klarer Weg der Union" in: CS-Union vom 5. 11. 1949; vgl. auch CSU-Correspondenz vom 29. 10. 1949, S. 1.

Nr. 26b

Notiz für den Landesvorsitzenden zur Besprechung mit den Bezirksvorsitzenden der Christlich-Sozialen Union am 28. Oktober 1949 in München[2]

BayHStA, NL Ehard 1197

1. *Winterarbeit der Partei*
In Aussicht genommen sind größere Versammlungen und Kundgebungen, in denen möglichst ein Mitglied der Staatsregierung spricht. Es soll z.B. für eine bestimmte Zeit in drei bis vier Kreisverbänden, die zusammenliegen, eine Versammlungswelle starten. Hierbei muß bei der Auswahl der Redner beachtet werden, ob es sich um Wahlkreise handelt, die einer starken Einflußnahme des evangelischen Volksteiles, der Bayernpartei usw. unterliegen.

2. [*Vorstände der Orts- und Kreisverbände*]
Bei den Vorstandswahlen der Kreisverbände und insbesondere der Ortsverbände muß unter allen Umständen darauf geachtet werden, daß nur Männer an die Spitze kommen, bei denen Mut und Aktivität gewährleistet sind[3]. Bei der Bundestagswahl hat es sich gezeigt, daß insbesondere einzelne Vorsitzende der Ortsverbände überhaupt nicht den Mut aufbrachten, eine Versammlung anzusetzen und wenn, dann ohne jede besondere propagandistische (Plakatierung) Vorbereitung.

3. [*Kreisgeschäftsführer*]
Es wäre zu erwägen, ob man nicht wieder hauptamtliche Kreisgeschäftsführer bestellen will. Da dies auch in erster Linie eine Finanzfrage ist, wäre zu überlegen, ob nicht mehrere Kreise zusammengefaßt und durch einen hauptamtlichen Geschäftsführer besetzt werden.

4. *Presseorgane der Union*
a) Die „Union" (Auflage ca. 9500)
b) Der Flüchtlingsdienst (Auflage ca. 10000)
c) Der Informationsdienst (Auflage ca. 500)
d) Die „CSU-Correspondenz"

Es ist geplant, den Flüchtlingsdienst in der „Union", die ab Dezember das Berliner Format erhalten soll, aufgehen und den Informationsdienst vollständig eingehen zu lassen, da dieser ohne weiteres entweder von der „Correspondenz" oder [durch] die „Union" ersetzt werden kann, abgesehen davon, daß der Informationsdienst laufend in großer Zahl abbestellt wird.

Von seiten des Wirtschaftsbeirates wurde angeregt, eine Wirtschafts-Korrespondenz, die 14-tägig erscheinen soll, ins Leben zu rufen. Man verspricht sich von dieser Korrespondenz, die auch wirtschaftlich interessierten Personen aus Handels- und Industriekreisen zugehen soll, einen nicht unerheblichen Beitrag zur Finanzierung der Partei.

[2] Das Dokument ist auf den 27. 10. 1949 datiert und von Josef Brunner als stellvertretendem Generalsekretär gezeichnet.
[3] In der Vorlage: „ist".

Nr. 26c

Besprechung des Landesvorsitzenden mit den Bezirksvorsitzenden der Christlich-Sozialen Union am 28. Oktober 1949 in München

Tagesordnung[4]:
1. Finanzierung und Reorganisation der Partei
2. Vorbereitung der Landtagswahl 1950

Tagungsort: unbekannt

Anwesend[5]: Brunner, Dengler, Ehard, Euerl, Fackler, J. Fischer, Fleischmann, Greib, Heggenreiner, Hellmann, Hergenröder, Höhenberger, Hundhammer, Klughammer, Kübler, Lang-Brumann, Manteuffel-Szoege, Mayr, Strauß

Protokollführer: Heinz Heggenreiner

BayHStA, NL Ehard 1196

Unter dem Vorsitz des Landesvorsitzenden, Herrn Ministerpräsidenten Dr. Hans Ehard, fand am 28. Oktober 1949 eine Zusammenkunft der Bezirksvorsitzenden der CSU in Bayern statt. Außer den Bezirksvorsitzenden und einem Teil der Bezirksgeschäftsführer nahmen an der Tagung für die Landesleitung Generalsekretär Franz Strauß, sein Stellvertreter Josef Brunner und der Landesgeschäftsführer Heinz Heggenreiner teil. Für die Union der Ausgewiesenen war Baron von Manteuffel, für die Union der Frauen Frau Thusnelda Lang-Brumann und für die Junge Union Herr Höhenberger erschienen.

Nach einleitenden Worten des *Vorsitzenden*, in denen er mit Befriedigung die während der Bundestagswahlen bewiesene innere Festigung und steigende Aktivität der Partei feststellte, erläuterte dieser die derzeitige Finanz- und Organisationslage der Partei[6].

Er erklärte, daß die Finanzierung der Gesamtpartei von der Landesleitung ausgehen müsse und, da sie durch das Beitragsaufkommen nicht getragen werden könne, nur durch nähere Fühlungnahme mit der Wirtschaft über den Wirtschaftsbeirat der CSU zu sichern sei. Jedenfalls sei die Klärung des Finanzproblems die Voraussetzung für einen Wahlerfolg bei den kommenden Landtagswahlen.

Zur Frage der Reorganisation bat der Vorsitzende, ihn über alle in den örtlichen Unterorganisationen auftretenden personellen Reibungen, insbesondere bei Parteiaustritten, sofort zu unterrichten.

Es spricht sodann der Bezirksvorsitzende [von] Oberbayern, Staatsminister Dr. Dr. *Hundhammer*. Er weist auf die Bedeutung der Bezirksvorsitzenden hin und hält hauptamtliche Geschäftsführer für die Bezirksverbände für unbedingt nötig. Er stimmt mit den Vorsitzenden darin überein, daß auch im Bezirksverband die

[4] Aus der Aktennotiz über die Tagung der Bezirksvorsitzenden am 28. 10. 1949 (BayHStA, NL Ehard 1196) übernommen.

[5] Erstellt anhand des Protokolltextes. Nach einer Notiz in der CSU-Correspondenz vom 29. 10. 1949, S. 1, waren zu dieser Zusammenkunft auch die Bezirksgeschäftsführer sowie Vertreter der Jungen Union und die Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft der Frauen eingeladen.

[6] Vgl. dazu Schlemmer, Aufbruch, S. 440.

Finanzierung nur auf der Grundlage von Spenden möglich sei. Anschließend erläutert er Zweck und Ziel der auf Initiative der Fraktion hin erfolgten Gründung der „Correspondenz der CSU“[7] und auf die Möglichkeit der Geldbeschaffung durch Herausgabe eines Taschenkalenders. Für die propagandistische Tätigkeit der Partei hält Herr Dr. *Hundhammer* die Aufklärung über die Leistungen der CSU für wichtiger und erfolgversprechender als die Polemik mit anderen Parteien[8].

Der *Vorsitzende* erklärt im Anschluß daran, daß, wenn auch die Gesamtfinanzierung der Landesleitung überlassen bleiben müßte, die Spendensammlung im eigenen Bereich den Bezirks- und Kreisverbänden unbenommen bleiben sollen. Abschließend spricht der *Landesvorsitzende* dem Personal der Landesleitung für dessen aufopfernde und selbstlose Tätigkeit während der schwierigsten Zeit der Partei seine besondere Anerkennung aus.

Der Bezirksvorsitzende Mittelfrankens, *Karl Sigmund Mayr*, spricht sodann über das besondere Problem Mittelfrankens, die Gefahr einer konfessionellen Aufspaltung der CSU[9], die durch den Austritt Haußleiters[10] zwar vorübergehend verschärft, aber keineswegs entscheidend beeinflußt worden sei. In Franken müßte das Vertrauen wieder hergestellt werden, das durch einen Artikel des evangelischen Kirchenblattes erschüttert worden sei, in dem festgestellt wurde, Protestanten hätten in der CSU keine Stätte mehr[11]. Er schlägt vor, noch im November drei bis vier Versammlungen mit vier bis fünf Rednern in Mittelfranken zu veranstalten. Man dürfe dies nicht wieder bis auf acht Wochen vor den Wahlen verschieben. In 23 Versammlungen während der Bundestagswahlen seien nur zweimal protestantische Geistliche anwesend gewesen. Der Teilnahmslosigkeit der evangelischen Kreise, deren Geistlichkeit weniger aktiv als die katholische sei, müßte durch rege Fühlungnahme vor allem mit der Geistlichkeit entgegengetreten werden.

Der *Vorsitzende* stimmt ihm hierin bei und erklärt, daß sich zu diesem Zweck vor allem die Abgeordneten zur Verfügung stellen müßten. Alle Abgeordnete des Land- und Bundestages müßten sich für Sprechstunden und Diskussionsabende innerhalb ihres Wahlkreises zur Verfügung stellen. Diese Einrichtungen müßten allen Wählern ohne Parteiunterschied offenstehen. Die Finanzierung habe durch die Zentrale zu geschehen.

Der Bezirksvorsitzende der Oberpfalz, Dr. *Dengler*, spricht sich für regelmäßige Wiederholung der Zusammenkünfte der Bezirksvorsitzenden aus und stimmt im übrigen den Vorschlägen Karl Sigmund Mayrs zu. Er geht dann auf die

[7] Vgl. Nr. 25 mit Anm. 12.

[8] Zur defensiven Haltung der CSU gegenüber der Bayernpartei in den Wahlkämpfen von 1949 und 1950 vgl. Balcar, Politik auf dem Land, S. 182ff.

[9] Zur Verschärfung der konfessionellen Gegensätze innerhalb der CSU nach der Wahl Hans Ehards zum Landesvorsitzenden vgl. Schlemmer, Aufbruch, S. 412ff.

[10] Zum Parteiaustritt August Haußleiters vgl. Nr. 23 und Nr. 25.

[11] Bereits im Vorfeld der Bundestagswahl war im Sonntagsblatt unter der Überschrift „Politische Aktivierung der Protestanten in Bayern“ ein Artikel erschienen, der mit dem als pro-katholisch kritisierten Kurs der CSU hart ins Gericht ging. Die dadurch ausgelöste Debatte wurde durch einen weiteren Artikel mit dem Titel „Brauchen wir eine evangelische Partei in Franken?“ im Evangelischen Gemeindeblatt Nürnberg weiter angefacht, der unüberhörbare Vorwürfe und Drohungen an die Adresse der CSU enthielt. Vgl. Renner, Nachkriegsprotestantismus, S. 55ff.

örtlichen Probleme, vor allem auf die während und nach den Bundestagswahlen aufgetretenen Differenzen im Wahlkreis Burglengenfeld-Roding[12] ein. Er erwähnt, daß die Herausgabe eines Kalenders in seinem Bezirk bereits erfolgt sei.

Der *Vorsitzende* erklärt, daß die Gliederung Kreisverband, Bezirksverband und Landesleitung nicht, wie dies im Falle Burglengenfeld-Roding versucht wurde, durchbrochen werden darf, und bittet, auftretende Differenzen nach Möglichkeit durch persönliche Aussprache zu bereinigen.

Im Gegensatz zu den Vorrednern erklärt der Bezirksvorsitzende [von] Oberfranken, Oberbürgermeister *Hergenröder*, daß die Parteiorganisation am besten nicht durch hauptamtliche Geschäftsführer, sondern nur durch ehrenamtliche Kräfte getragen werden solle. Die Lähmung der Partei sei durch die Finanzkrise erfolgt; deshalb nicht wieder einen teuren Parteiapparat. Die Beitragsforderung von einer DM sei zu hoch. Es sei besser, die Beiträge durch Spenden zu ersetzen, wobei die Mandatsträger der Partei einzuschalten seien. Die Abrechnung mit dem Mitgliederstand sei unzweckmäßig; es sei vorzuziehen, für jeden Bezirksverband einen festen, an die Landesgeschäftsstelle abzuführenden Etat festzusetzen, der durch Umlage auf die Bezirks- und Kreisverbände aufzubringen sei. Er spricht sich im allgemeinen für einen „föderativen Aufbau" der Partei aus. Der konfessionelle Gegensatz sei am besten durch häufige direkte Fühlungnahme zu überwinden, der den Bezirks- und Kreisverbänden möglichst viel Freiheit läßt.

Bezirksvorsitzender *Fischer*, Schwaben, spricht sich dagegen unbedingt für die Wiedereinführung eines Netzes hauptamtlicher Geschäftsführer aus. Parteiorgane und Parteiorganisation dürften nicht verwechselt werden. Zur Zeit bestünden nur Parteiorgane, aber keine Organisationen. Die CSU sei nur mehr eine Wählerorganisation, aber keine Partei mehr. Die Landesleitung müsse die Kräfte straff zusammenfassen. Die Kreisvorsitzenden wären zu passiv, die Ortsverbände fast nicht mehr vorhanden. Bemerkenswert sei, daß in den „schwärzesten Wahlkreisen" die schlechteste Organisation bestehe. Die Flüchtlinge seien zwar sehr aktiv, aber ohne Einfluß auf die Einheimischen. Bauern- und Mittelstand seien nicht notleidend, aber ohne Opferwillen: Geld sei da, aber die Einsicht fehle[13].

Die CSU müsse wieder ein ausgeprägteres Gesicht bekommen, zu allen Fragen ein entscheidendes Wort sprechen und sich klar gegen WAV und Bayernpartei abgrenzen. Das Gewicht der Massenorganisation[en] sei bisher auf unserer Seite nicht ausgenützt worden (Gewerkschaften, Kriegsversehrte usw.).

Das Verhältnis zu den Kirchen muß wieder enger gestaltet werden: Zahlreiche katholische Geistliche seien aktiv für die Bayernpartei tätig[14]. Wenn SPD und

[12] Dieser Sachverhalt ließ sich nicht eindeutig ermitteln. Möglicherweise wird hier auf Spannungen angespielt, die dadurch entstanden waren, daß nach einer Intervention Alois Hundhammers der im Bundeswahlkreis Burglengenfeld bereits nominierte Otto Schedl, ein Gefolgsmann Josef Müllers, durch den schließlich auch gewählten Karl Kahn ersetzt worden war. Vgl. Schlemmer, Aufbruch, S. 347 f.

[13] Zur mangelnden Beitragsdisziplin der CSU-Mitglieder vgl. Balcar, Politik auf dem Land, S. 224 ff.

[14] Obwohl in der Bayernpartei immer wieder deutliche antiklerikale Töne angeklungen waren, stand der niedere Klerus ihr zunächst durchaus wohlwollend gegenüber. Allerdings setzte mit der Bundestagswahl von 1949 ein Umschwung ein: Nun machten zahlreiche katholische Geistliche die Bayernpartei für die Schwächung des politischen Katholizismus und das Erstarken liberaler und linker Parteien im Freistaat verantwortlich. Seit diesem Zeitpunkt versuchte die katholische Kir-

NSDAP imstande gewesen seien, Riesenorganisationen aufzubauen, müsse die CSU wenigstens das Nötige schaffen können. Spendenaktionen seien mit der Landesleitung abzusprechen.

Der *Vorsitzende* äußerte hierzu, daß die Massenorganisationen, vor allem die Gewerkschaften, zum großen Teil unter der Leitung profilierter SPD-Leute stünden, die keinerlei Zurückhaltung übten. Sie identifizieren ihr Parteiprogramm einfach mit dem der Gewerkschaften. Demgegenüber verhielten [sich] unsere eigenen Leute übertrieben taktvoll und versuchen unter allen Umständen, einen überparteilichen Standpunkt festzuhalten[15]. Die übrigen Massenorganisationen, Kriegsversehrte usw. seien für politische Zwecke weniger geeignet, da sie nicht weltanschauliche, sondern persönliche Ziele vertreten.

Zur Frage der Parteigliederung stellt der *Vorsitzende* erneut fest, daß man mit ehrenamtlichen Kräften allein keine Partei organisieren könne. Zwischen zentralistischer und völlig aufgelöster Organisation müsse eine gesunde Mittellinie gefunden werden. Die berufsmäßigen Geschäftsführer müßten anständig bezahlt und in ihrer Arbeit von der Landesleitung zusammengefaßt werden. Auch für sie seien regelmäßige Zusammenkünfte vorzusehen. Die Zahl dieser Geschäftsführer sei noch festzulegen.

Anschließend erläutert Stadtrat *Fackler* Zweck und Ziele der Körperbeschädigtenverbände und fordert die Wiedereinrichtung eines Stabes tüchtiger Vertrauensleute[16], die die Aufklärungstätigkeit über die Arbeit der Regierung übernehmen können. Die Auszeichnung verdienter Parteimitglieder sei ein wertvolles Hilfsmittel zur Aktivierung der Partei.

Der Bezirksvorsitzende [von] Nürnberg, *Alfred Euerl*, stellt fest, daß bei den Bundestagswahlen in Nürnberg in allen Bezirken ein kleiner Zuwachs an CSU-Stimmen zu verzeichnen war[17], worin er eine Bestätigung der schon erwähnten Reaktivierung der Partei erblickt und daraus den Schluß zieht[18], daß bei entsprechender reger Tätigkeit bis zu den Landtagswahlen die Partei mit weiterem Rückgewinn verlorener Stimmen rechnen könne[19]. Man müßte jedoch dem Volke klare und festumrissene Ziele vorlegen und die Mitläuferfrage sofort bereinigen. Parteileitung und Fraktion müßten unbedingt zu dieser Frage eine eindeutige Stellungnahme geben. Auch die Frage der Preispolitik könnte für die Wahlen von Wichtigkeit sein[20]. Ausschließliche Bauernpolitik dürfte nicht getrieben werden. Au-

che, die Bayernpartei auf Wiedervereinigungskurs mit der CSU zu bringen. Vgl. Unger, Bayernpartei, S. 168ff., und zum Gesamtzusammenhang Grypa, Innerkirchliche Diskussion.

15 Zum engen Verhältnis zwischen Gewerkschaften und SPD vgl. Behr, Sozialdemokratie und Konservatismus, S. 89–93, und Lanig-Heese, Gewerkschaften in Bayern, S. 193–205; zur Rolle der christlich-katholischen Arbeitervertreter beim Aufbau der Gewerkschaften in Bayern vgl. Grypa, Katholische Arbeiterbewegung, S. 417–422, zu den spannungsreichen Beziehungen zwischen CSU und Gewerkschaften vgl. Mintzel, Geschichte der CSU, S. 253ff.

16 Damit knüpfte Fackler an die Geschichte der BVP an, die sich in großen Teilen Bayerns auf ein Netz von Vertrauensleuten gestützt hatte. Vgl. Schönhoven, BVP, S. 64.

17 In der Vorlage: „sind".

18 In der Vorlage: „zeigt".

19 Gegenüber den Stadtkreiswahlen im Frühjahr 1948, bei denen die CSU 13,7 Prozent der Stimmen erhalten hatte, konnte sie bei der Bundestagswahl im August 1949 mit 15,2 Prozent der Stimmen einen leichten Zuwachs verbuchen. Vgl. Erste Bundestagswahl in Bayern, S. 36.

20 Zwar war im Zuge der Währungsreform das bis dahin geltende Bewirtschaftungssystem weitgehend aufgehoben worden, die Preise für wichtige Güter, insbesondere für Lebensmittel und Ener-

ßerdem müßte die Partei den Mut zu entsprechender Personal[politik] haben, um ihren Einfluß auf allen Gebieten durchzusetzen. Herr Minister Dr. *Hundhammer* stimmte ihm hierbei zu.

Anschließend spricht der *Vorsitzende* noch einmal kurz über die Vorbereitung zu den [sic!] künftigen Landtagswahlen und weist darauf hin, daß das Ausspielen von Berufsgruppen bei der Kandidatennominierung unter allen Umständen vermieden werden müsse. In der Propaganda müsse die mittlere Regierungslinie eingehalten werden. Das Problem der Entnazifizierung müsse noch vor den Wahlen gelöst werden[21].

Dr. *Hellmann*, Schwaben, weist auf die in Augsburg von den SPD-Abgeordneten bereits eingerichteten Sprechstunden hin und fordert vermehrte Fühlungnahme der CSU-Abgeordneten mit der dortigen Bevölkerung. Er erklärt, die regelmäßigen Zusammenkünfte der Bezirksvorsitzenden für eine besonders erfreuliche Maßnahme.

Die Vorsitzende der Union der Frauen, Frau *Lang-Brumann*, weist auf die ungenügende Organisation der Leitung der Union der Frauen hin, die ebenfalls einer hauptamtlichen Kraft im Sekretariat bedürfe. Ohne diese sei keine hinreichende Aktivität möglich, und es bestehe die Gefahr, daß die Frauen sonst der Partei entgleiten würden[22]. Bei den letzten Wahlen sei für die Frauen die Parole ausgegeben worden: Bayernpartei oder CSU.

Der Bezirksvorsitzende von Unterfranken, *Karl Greib*, erläutert dann die Erfahrungen aus den letzten Bundestagswahlen. Als Illustration zu den Ausführungen des Vorsitzenden berichtet er darüber, daß die Bauernorganisation in Unterfranken eine kategorische Forderung auf zwei Kandidaten gestellt habe. Es habe deshalb sogar ein Mann aufgestellt werden müssen, der noch nie der Partei angehört habe.

Mit einiger Bitterkeit bemerkte dabei der *Landesvorsitzende*, daß jede Besprechung über die Aufstellung von Landeskandidaturen bisher sofort zu Indiskretionen und nachfolgendem Druck der Berufsorganisationen geführt habe.

Herr *Greib* fährt fort, Unterfranken habe unter 17 Landtagsabgeordneten, fünf Bundestagsabgeordneten zwanzig Landwirte. Im allgemeinen gehe aber von den

gieträger, wurden jedoch nach wie vor festgesetzt und avancierten dadurch vor allem im Vorfeld von Wahlen zu einem Politikum ersten Ranges. Vgl. Erker, Ernährungskrise und Nachkriegsgesellschaft, S. 341–364.

[21] Mit der Neufassung des Landeswahlgesetzes vom 27. 9. 1950 wurde der Ausschluß vom aktiven und passiven Wahlrecht im Zusammenhang mit der Entnazifizierung neu geregelt, wobei die Mitläufer nicht mehr betroffen waren. Vom aktiven Wahlrecht waren nur noch die Gruppen I (Hauptschuldige) und II (Belastete) ausgeschlossen sowie Minderbelastete, „denen durch rechtskräftige Spruchkammerentscheidungen das Stimmrecht aberkannt worden ist". Daneben genossen zahlreiche Amts- und Funktionsträger der NSDAP, ihrer Gliederungen und angeschlossenen Verbände sowie der Besatzungs- und Verfolgungsbürokratie kein passives Wahlrecht. Vgl. Artikel 2 und Artikel 37 des Landeswahlgesetzes vom 29. 3. 1949 in der Fassung vom 27. 9. 1950, in: BGVBl. 1950, S. 128–139, hier S. 128f., S. 131 und S. 139.

[22] Mintzel, Anatomie, S. 207, stellte mit Blick auf die Arbeitsgemeinschaft der Frauen in der CSU fest: „Ihre pathetischen christlichen Frauenappelle, die dann und wann zu hören waren, standen im grotesken Widerspruch zur Organisationswirklichkeit der FAG. Klischeehafte Vorstellungen vom ‚Wesen' und ‚Wirken' der Frau in der Politik einerseits und der von *Josef Müller* so trefflich bezeichnete *horror feminae* (*politicae*) unter den Männern der CSU andererseits prägten die politische Arbeit der Frauenarbeitsgemeinschaft, denaturierten sie oftmals zu Kaffeekränzchen-Veranstaltungen." Hervorhebungen im Original.

Abgeordneten nur sehr wenig aufbauende Kraft aus. Eine Ausnahme bildet die Bundestagsabgeordnete Frau Probst, die in ihrem Wahlkreis sogar 90 Prozent der Flüchtlingsstimmen für sich gewinnen konnte[23]. Ähnlich sei es bei dem Abgeordneten von Prittwitz[24]. Alle anderen Abgeordneten hielten keine Sprechtage.

Zur Finanzierung der Partei schlägt er die Verteilung von Spendenformularen für Beitragsverpflichtungen in gewisser Höhe vor. Hauptamtliche Bezirks- und Kreissekretäre wären unbedingt nötig. Kreisräte, Bürgermeister und Gemeinderäte müssen dafür sorgen, daß der kommunalpolitische Verein[25] ausgebaut werde, um den Einfluß der Partei zu sichern. Auch der Bezirksverband Unterfranken wird im Frühjahr einen Kalender mit Annoncen herausgeben. Hauptamtliche Kreisgeschäftsführer seien nicht notwendig. Sie zehrten das gesamte Beitragsaufkommen auf. Der Bezirksgeschäftsführer aber müßte erstklassig sein.

Der Bezirksvorsitzende [von] Niederbayern, Landrat *Kübler*, berichtet dann über die Lage in seinem Bezirk: Niederbayern sei früher der bestzahlende Bezirksverband gewesen, jetzt befinde er sich in Auflösung[26]. Dies sei die Folge der Kündigung der Kreisgeschäftsführer. Sie hätten ihre Kosten reichlich aufgebracht. Nach seiner Ansicht steht und fällt die Finanzierung und Organisation der Partei mit diesen hauptamtlichen Mitarbeitern, die anständig versorgt sein müssen.

Die Bayernpartei habe in Niederbayern zu demagogischen Methoden und zu unsauberer Untergrundarbeit gegriffen[27]. Gewählt wurde nach seiner Ansicht einfach ein weiß-blau angestrichener Klotz. Die Partei muß in Niederbayern neu organisiert werden. Ich bitte im November um den Besuch des Landesvorsitzenden. Die Satzungsreform sei raschestens durchzuführen[28]. Der Name CSU solle nicht mehr gebraucht werden. Diese drei Buchstaben seien zu unpersönlich. Man müsse betont von der Christlich-Sozialen Union sprechen. Die Unions-Zeitungen und die Versammlungen allein tun es nicht. Die Versammlungsbesucher seien immer dieselben. Nur vermehrte Aktivität aller Mitglieder könne helfen.

Die Leiterin der Parteikorrespondenz, Frau *Fleischmann*, spricht dann kurz über Zweck und Ziel der Korrespondenz und erwähnt, daß die einseitig sozialdemokratisch beeinflußten Gewerkschaftssendungen „Die Gewerkschaft ruft"[29] vom Sonntag mittag auf Montag verlegt worden seien. Sie schlägt vor, nach dem Muster der Militärregierung auch einen Sprecher der bayerischen Landesregierung einzuführen.

[23] Auf Maria Probst, die im Bundeswahlkreis Karlstadt kandidiert hatte, waren 50582 oder 54 Prozent der Stimmen entfallen. Vgl. Erste Bundestagswahl in Bayern, S. 30f.

[24] Friedrich Wilhelm von Prittwitz und Graffon war 1946 im Wahlkreis Würzburg-Stadt in den Landtag gewählt worden.

[25] Zur im Oktober 1948 gegründeten Kommunalpolitischen Vereinigung der CSU, deren Organisation jedoch noch in den Anfängen steckte, vgl. Mintzel, Anatomie, S. 214f.

[26] Zum desaströsen Zustand der Parteiorganisation im Bezirksverband Niederbayern vgl. Schlemmer, Aufbruch, S. 441f.

[27] Zum Bundestagswahlkampf der Bayernpartei von 1949, der unter dem Motto „Bayern den Bayern" stand, vgl. Balcar, Politik auf dem Land, S. 179–182.

[28] Zur Debatte um eine grundlegende Satzungsreform, die erst 1952 mit der Verabschiedung einer neuen Parteisatzung zum Abschluß kam, vgl. Schlemmer, Aufbruch, S. 446–456.

[29] Die wöchentliche Radiosendung „Die Gewerkschaft ruft" war von der „Arbeitsgemeinschaft freier Münchener Gewerkschaften" am 18. 4. 1946 ins Leben gerufen worden. Vgl. Lanig-Heese, Gewerkschaften in Bayern, S. 114.

Als Vertreter der Flüchtlinge spricht dann Baron von *Manteuffel*. Er erklärt, daß die Flüchtlinge zum großen Teil begriffen haben, daß die Regierung alles mögliche für sie getan hat. Die Einrichtung der Flüchtlingswahlkreise[30] sei allgemein anerkannt worden. Auf schwankende Elemente hat sich jedoch das Wahlergebnis mit seinem unglücklichen Wegfall der Listenmandate ungünstig ausgewirkt[31]. Da Graf Spreti[32] von den Flüchtlingen nicht als wirklicher Heimatvertriebener anerkannt werde, befände sich in der CSU-Fraktion in Bonn nur Hans Schütz als deren wirklicher Vertreter. Dies sei natürlich nicht Absicht, aber ein unglücklicher Zufall. Leider sei nach der Wahl keine Äußerung des Bedauerns durch die Parteileitung erfolgt. In Württemberg habe man durchgefallene Flüchtlingskandidaten wenigstens durch die Ernennung zu Wahlmännern[33] entschädigt. Jedenfalls dürfe man die Flüchtlinge nicht wegen des teilweise ungünstigen Wahlergebnisses in ihrem Sektor fallenlassen. Sie sind nur der Kern eines Heeres der Unzufriedenen. Der landsmannschaftliche Aufbau müsse sorgfältig gewahrt bleiben, die Jugend der Heimatvertriebenen, die bereits enger mit der neuen Heimat verwachsen sei, müsse erfaßt werden. Bei den Spitzen der bayerischen Verwaltung sei zweifellos guter Wille vorhanden, aber nicht bei den Unterorganen. Hier herrsche teilweise empörende Lieblosigkeit, die die Hauptquelle der Opposition gegen die CSU bilde. Nicht in den Großstädten, wo die SPD herrscht, liegt der Schwerpunkt des Flüchtlingsproblems, sondern auf dem Land. Wo, wie in Straubing, der Landrat[34] bei den Flüchtlingen beliebt sei, zeige dies sich auch im Wahlergebnis[35].

Der Bezirksvorsitzende [von] Unterfranken, *Greib*, äußert sich anschließend zum Problem der Gewerkschaften. Der Kampf um die Eingliederung der Arbeiter in die Gewerkschaften müsse von uns aktiv geführt werden. Wir müssen eigene Mitglieder in die Leitung bringen. Aber jeder Aktion stehen Kompetenzstreitigkeiten entgegen. So lehnen z.B. die konfessionellen Jugendvereine jede Teilnahme an der Parteipolitik ab.

Der *Landesvorsitzende* schlägt hierzu vor, vor diesen Vereinen durch kompetente Parteimitglieder Vorträge ohne parteipolitische Betonung halten zu lassen.

[30] Vgl. Nr. 22 mit Anm. 24.

[31] Die CSU hatte mehrere Flüchtlinge auf den vorderen Rängen der Landesliste plaziert, da sie jedoch nicht genügend Stimmen errungen hatte, um über die 24 direkt gewählten Abgeordneten hinaus weitere Abgeordnete nach Bonn zu entsenden, waren die Versuche der Landesleitung gescheitert, die Disparitäten der Kandidatenaufstellung in den Wahlkreisen über die Landesliste auszugleichen. Vgl. Schlemmer, Aufbruch, S. 348f. und S. 355.

[32] Karl Graf von Spreti (1907–1970), kath., Architekt, 1932–1935 Filmbildner und Hochbauarchitekt in München und 1935–1938 in Bombay, BVP-Mitglied, 1939–1945 Teilnahme am Zweiten Weltkrieg, seit 1946 Architekt in Lindau, 1949–1956 MdB (CSU), 1956 Eintritt in den diplomatischen Dienst, seit 1968 Botschafter in Guatemala, dort 1970 entführt und ermordet. Zwar war seine Familie nach Kriegsende aus Böhmen ausgewiesen worden, doch eigentlich stammte Graf Spreti aus Niederbayern. Vgl. Schlemmer, Aufbruch, S. 349.

[33] Gemeint sind wahrscheinlich die Delegierten der Länder zur Bundesversammlung, die von den Landtagen zu wählen waren.

[34] Karl Bickleder (1888–1958), kath., zunächst in landwirtschaftlichen Betrieben beschäftigt, 1909–1945 im bischöflichen Dienst Verwalter wirtschaftlicher Unternehmungen in Straubing, seit 1942 bischöflicher Wirtschaftsrat, 1919–1933 BVP-Mitglied und deren Vorsitzender in Straubing, 1933 MdR (BVP), 1933 vorübergehend verhaftet, Mitbegründer und 1945–1948 Vorsitzender der CSU in Straubing, 1945 Oberbürgermeister von Straubing, 1945–1958 Landrat in Straubing, 1946 MdVLV (CSU), 1946–1950 und 1954–1958 MdL (CSU).

[35] Im Bundeswahlkreis Straubing kam die CSU 1949 auf 31,8 Prozent, stärkste Kraft wurde jedoch die Bayernpartei mit 33,8 Prozent der Stimmen. Vgl. Erste Bundestagswahl in Bayern, S. 26f.

Absolute Ausschaltung der Parteipolitik aus den konfessionellen Vereinen sei jedoch falsch.

Der Bezirksvorsitzende [von] Oberbayern, Staatsminister Dr. *Hundhammer*, wendet sich dann gegen die von den verschiedensten Seiten erhobenen Angriffe gegen die Abgeordneten der Partei[36]. Wenn auch einzelne Abgeordnete tatsächlich nach der Wahl nichts mehr für die Partei getan haben, so dürfe man dies nicht verallgemeinern. Die Ausnahmefälle würden bei der nächsten Kandidatenaufstellung durch die Bezirksverbände revidiert werden. Man dürfe nicht vergessen, daß von den Abgeordneten 10000 DM aufgebracht worden seien, von denen auch das Landessekretariat einen Teil erhalten habe. Im Wahlkampf habe die Fraktion in der Versammlungstätigkeit große Opfer gebracht, auch er selbst habe sich in sehr erheblichem Maße für die Finanzierung der Wahl eingesetzt.

Der *Vorsitzende* stellt hierzu fest, daß mit der Summe von 350 DM, die als Beitragsgelder zur Verfügung standen, der Wahlkampf nicht hätte geführt werden können. Es sei ihm jedoch gelungen, ihn rechtzeitig und ausreichend zu finanzieren, so daß heute keine Wahlschulden vorhanden seien[37].

Minister Dr. *Hundhammer* äußerte sich dann noch über das Verhältnis zur Bayernpartei[38]. Die Werbekraft gegenüber dieser Partei bestehe nicht in der Polemik, sondern in dem Hinweis auf die Leistung. Der Föderalismus müsse betont werden. Die Ostpolitik Dr. Müllers[39] sei parteischädlich. Auch der Name CSU sei nicht populär genug. Die Wahlvorbereitungen müßten früh begonnen werden. Die Bayernpartei beginne schon jetzt. Die Kandidaten seien frühzeitig in den Vordergrund zu stellen. Dann seien die Aussichten günstig.

Es spricht dann der Generalsekretär *Franz Josef Strauß*: Politik, Organisation und Finanzen seien, wie alle bisherigen Ausführungen beweisen, nicht zu trennen. Die bayerischen Wahlen zum Bundestag seien nicht unter deutschen, sondern unter bayerischen Gesichtspunkten, nämlich als Kampfwahlen gegen die bayerische Regierung und deren Organe, geführt worden, statt unter gesamtdeutscher Verantwortung[40]. Nun begännen sich die Wahlerfolge anderer Parteien zu rächen: Die Vertreter der Bayernpartei binden sich bereits das Schamtuch für ihre Ausschaltung aus den Bonner Entscheidungen vor[41]. Er berichtet dann über groteske

[36] Zur parteiinternen Kritik an der Passivität vieler CSU-Mandatare im Bundestagswahlkampf von 1949 vgl. Balcar, Politik auf dem Land, S. 201.

[37] Den ersten Bundestagswahlkampf finanzierte die CSU in erster Linie aus Spendengeldern. Vom 1. 6. bis 31. 8. 1949 nahm die Landesgeschäftsstelle der CSU 190600 DM an Spenden ein, während im gleichen Zeitraum nur 4400 DM an Mitgliederbeiträgen in die Parteikasse flossen; von der Landtagsfraktion erhielt die Landesgeschäftsstelle in der heißen Phase des Wahlkampfs 4000 DM. BayHStA, NL Ehard 1196, Kassenbericht der CSU-Landesgeschäftsstelle für die Zeit vom 1. 6.–31. 8. 1949.

[38] Zum Verhältnis von CSU und Bayernpartei im Vorfeld der Landtagswahl von 1950 vgl. Schlemmer, Aufbruch, S. 367–370, und Wolf, CSU und BP, S. 155–178.

[39] Josef Müller hatte stets eine gesamtdeutsche Konzeption verfolgt und sich in diesem Rahmen – begleitet von neutralistischen Äußerungen – wiederholt für einen Dialog zwischen Ost und West stark gemacht (vgl. Schlemmer, Aufbruch, S. 407). Am selben Tag, als die Bezirksvorsitzenden der CSU zusammenkamen, also am 28. 10. 1949, waren in den Nürnberger Nachrichten auf der ersten Seite Josef Müllers Ansichten über eine „Ost-West-Koordinierung" zu lesen.

[40] Zum ersten Bundestagswahlkampf in Bayern und seinen Besonderheiten vgl. Schlemmer, Aufbruch, S. 342–345.

[41] Im August und September 1949 hatten führende Politiker der CSU die Aufnahme der Bayernpar-

Unwahrheiten, die gegen ihn und den Finanzminister Schäffer während des Wahlkampfes durch den Abgeordneten Donhauser[42] verbreitet worden seien[43].

Versammlungen anderer Parteien müßten von eigenen Vertretern besucht werden, um sofort Angriffe zu melden und rasche Erwiderung zu gewährleisten. „CSU-Correspondenz" und Unions-Zeitung seien hiefür besonders geeignete Instrumente. Bei der Bayernpartei zeigten sich bereits Zwistigkeiten, besonders in der Frage der Bekämpfung des Kommunismus und der Rechnungslegung des Generalsekretärs Falkner[44].

Zur Reorganisation der eigenen Partei hält auch er die Wiedereinführung hauptamtlicher Geschäftsführer für notwendig. Die besitzenden Schichten hätten auf sozialem Gebiet ihre Pflichten nicht begriffen, wie dies die katholische Kirche seit langem getan hat. Eine föderalistische Grundhaltung sei mit der Mithilfe der Besitzlosen möglich. Der Mittelstand halte leider die CSU für automatisch zu seinem Schutz verpflichtet. In den südbayerischen Mittelständen [sic!] herrscht die Bayernpartei.

Zur Frage der engeren Fühlungnahme zwischen Abgeordneten und Wählern könne er mitteilen, daß den Bundestagsabgeordneten monatlich 300 DM für ein Sekretariat genehmigt werden sollen[45], so daß durch diese Sekretariate die Verbindung genügend sichergestellt werden könne.

tei in die Bonner Koalition verhindert, obwohl Adenauer als designierter Bundeskanzler die BP ursprünglich mit ins Regierungsboot hatte holen wollen. Vgl. ebenda, S. 369f.

[42] Anton Donhauser (1913–1987), kath., Bauingenieur, seit 1938 bei der Reichsbahndirektion München, 1940–1944 bei der Bauinspektion der Reichsbahn in den besetzten osteuropäischen Staaten, Mitglied der Freiheitsaktion Bayern und im April 1945 in Abwesenheit zum Tode verurteilt, seit 1947 Landesgeschäftsführer und Generalsekretär des BRK, 1945–1947 CSU-Mitglied, 1947 Übertritt zur BP und 1948–1950 deren stellvertretender Vorsitzender, nach einem Schiedsgerichtsverfahren 1950 Übertritt zur BHKP, 1952 erneut CSU-Mitglied, 1949–1955 MdB (bis 1950 BP, 1950–1952 fraktionslos, 1952–1955 CSU), 1955 Verlust der Immunität, mehrere Strafverfahren und Verurteilungen, 1959 als Spion des MfS der DDR enttarnt.

[43] Der CSU-Generalsekretär zählte noch im November 1949 eine Reihe von Angriffen und Anschuldigungen auf, die Donhauser angeblich gegen ihn persönlich und Fritz Schäffer vorgebracht hatte. So habe Donhauser etwa in einer Versammlung in Schongau (wo Strauß für den Bundestag kandidierte) erklärt, „dass der Oberleutnant Strauss wahrscheinlich auch seine Soldaten ins Feuer gehetzt habe". IfZ-Archiv, ED 132/69, Franz Josef Strauß an Joseph Baumgartner vom 7. 11. 1949.

[44] Dr. Ernst Falkner (1909–1950) kath., Jura-, Geschichts- und Philosophiestudium in München und Freiburg i.Br., anschließend Journalist, seit 1932 BHKB-Mitglied, nach 1933 mehrfach verhaftet, seit 1938 Honorarkonsul der Dominikanischen Republik in Bayern, Teilnahme am Zweiten Weltkrieg, Kontakte zu Widerstandskreisen (Freiheitsaktion Bayern), 1945 Bürgermeister von Steinburg, Landrat von Bogen und kommissarischer Regierungspräsident von Niederbayern/Oberpfalz, im Oktober 1945 von der amerikanischen Militärregierung entlassen, 1946 Vorsitzender des CSU-Bezirksverbands Niederbayern, im Januar 1948 Übertritt zur BP, 1948–1950 Generalsekretär und Landesschatzmeister der BP, Mitbegründer des parteieigenen Bayernverlags und der Bayerischen Landeszeitung, 1949/50 MdB (BP) und bis zu seinem Unfalltod am 27. 10. 1950 Vorsitzender der BP-Fraktion im Bundestag. Zu den Auseinandersetzungen innerhalb der Bayernpartei, in denen Finanzfragen eine wesentliche Rolle spielten, vgl. Unger, Bayernpartei, S. 126–133, und Wolf, CSU und Bayernpartei, S. 157–165.

[45] Den Bundestagsabgeordneten stand nach dem Diätengesetz vom 31. 3. 1950 eine Unkostenpauschale von 100 DM zu, die gegen Einzelnachweise um weitere 200 DM erhöht werden konnte. Dieser Betrag reichte jedoch nicht, um für jeden Mandatar ein eigenes Sekretariat einzurichten, so daß sich unterschiedliche „Klassen" von Abgeordneten herausbildeten. Erst im Zuge der Parlamentsreform von 1969 erhielt jeder Bundestagsabgeordnete monatlich 1500 DM, um einen persönlichen Mitarbeiter anzustellen. Vgl. Datenhandbuch zur Geschichte des Bundestages, Bd. 3, S. 3198 und S. 3260.

Die nächsten Landtagswahlen würden den Höhepunkt der politischen Entscheidung in Bayern bringen. Nach der Prophezeiung Dr. Baumgartners werde die Bayernpartei die Mehrheit erhalten und die bisherigen Bundesgesetze dann für Bayern nicht anerkennen. Es läßt sich nicht leugnen, daß dabei auf die Hilfe Dr. Hundhammers spekuliert werde[46]. Nach seiner Ansicht müsse jedoch der für die ganze CSU verbindliche Standpunkt sein, weder Koalition noch Fusion sind mit der Bayernpartei zu erörtern.

Die Bundestagsfraktion der CSU sei bemerkenswert einig[47]. Es gäbe keine Gruppe Schäffer, Horlacher oder Strauß.

Die Äußerungen Dr. Müllers zur Ostpolitik werden abgelehnt. Übersteigerte Reaktionen Dr. Adenauers seien jedoch vermieden worden. Nach seiner Ansicht dürften in der Frage Ost-West Äußerungen leitender Parteimänner nur nach Kabinettsbeschluß erfolgen. Eine sogenannte Koordinierung werde abgelehnt. Jede solche Aktion sei zum Schaden für die CSU. Andererseits würde die Bayernpartei bei den Landtagswahlen den Untergang des auf dem bayerischen Staatsempfinden beruhenden Föderalismus bedeuten, der[48] durch die Übertreibungen der Bayernpartei kompromittiert werde. Die Bezirksvorsitzenden sollten sich die Verbreitung der Parteikorrespondenz und der Parteipresse besonders angelegen sein lassen.

Zur Geschäftsführerfrage äußert sich dann noch der Bezirksgeschäftsführer Schwaben, Herr *Alois*[49] *Klughammer*. Die Geschäftsführer seien unbedingt nötig. Ihre Wiedereinführung sei aber nur durch Vorfinanzierung zu lösen. Es sei auch nicht damit gedient, daß der Geschäftsführer lediglich Bürotechniker sei, er müsse mit der Politik vertraut sein und das Vertrauen der Bevölkerung besitzen.

Zum Schluß stellt der Landesvorsitzende, Ministerpräsident Dr. *Hans Ehard*, fest, daß die Anwesenden über die wichtigsten Fragen der Reorganisation der Partei und der Vorbereitungen für die Landtagswahlen im Jahre 1950 im großen und ganzen einig seien. Als Propagandarichtlinie sei nicht Polemik, sondern Aufzeigung der eigenen Leistungen auszugeben.

[46] Alois Hundhammer hatte nach der Abwahl Josef Müllers erklärt, eine Koalition mit der Bayernpartei sei nunmehr eher möglich als zuvor. Vgl. Schlemmer, Aufbruch, S. 335.

[47] Die für die CSU in diesen Tagen ungewöhnliche Geschlossenheit der Bonner Landesgruppe resultierte zunächst vor allem aus der Einsicht, ansonsten sowohl in der Unionsfraktion als auch im Bundestag jeden Einfluß zu verlieren. Zu dieser Wagenburg-Mentalität kam die Tatsache, daß sich in der Landesgruppe ein Führungszirkel um Schäffer und Strauß etablieren konnte, der durchsetzungsfähig genug war, um etwaige „Abweichler" wieder auf Linie zu bringen. Vgl. ebenda, S. 388f., und Weber, Föderalismus und Lobbyismus, in: Schlemmer/Woller (Hrsg.), Bayern im Bund, Bd. 3, S. 37–45.

[48] In der Vorlage: „die".

[49] In der Vorlage: „Hans".

Nr. 26d

Aktennotiz über die Besprechung des Landesvorsitzenden mit den Bezirksvorsitzenden der Christlich-Sozialen Union am 28. Oktober 1949 in München[50]

BayHStA, NL Ehard 1196

Die Tagung der Bezirksvorsitzenden am 28. Oktober 1949 war die erste seit der Bundestagswahl. Sie stand unter dem Motto: „Finanzierung und Reorganisation der Partei und Vorbereitung für die Landtagswahlen des Jahres 1950".

Zur Frage der Finanzierung der Partei wurde übereinstimmend festgestellt, daß das Beitragsaufkommen wieder gesteigert werden müsse, für die Finanzierung der Partei aber in keinem Falle ausreiche. Sie könne nur auf dem Wege der Spendenaktion und der engeren Fühlung mit den der Partei nahestehenden Wirtschaftskreisen realisiert werden. Diese Spendenaktionen müssen zwischen der Landesleitung, den Bezirks- und Kreisverbänden abgestimmt werden, dergestalt, daß Spenden für die Gesamtpartei nur von der Landesleitung erbeten werden, während die örtliche Spendensammlung den Bezirks- und Kreisverbänden für ihre Zwecke vorbehalten bleibt.

Ein finanzieller Erfolg ist jedoch nur bei enger Zusammenarbeit der Parteileitung mit dem Wirtschafts[bei]rat möglich, weshalb in nächster Zeit beabsichtigt ist, neue Mitglieder aus den Kreisverbänden zu sammeln und in den Landesvorstand eine leitende Persönlichkeit aus der Vorstandschaft des Wirtschaftsbeirates in beratender Funktion aufzunehmen.

Zur Frage der Reorganisation der Partei wurde mit großer Mehrheit festgestellt, daß nach erfolgter Vorfinanzierung die Wiedereinführung eines Netzes hauptamtlicher Bezirks- und Kreisgeschäftsführer die Voraussetzung für eine wirksame Leitung und Festigung des Parteiapparates sei. Es genüge, hierzu in jedem Bezirksverband einen tüchtigen Bezirksgeschäftsführer und etwa in jedem Bundeswahlkreis einen hauptamtlichen Kreisgeschäftsführer für die zum Bundestagswahlkreis zusammengeschlossenen Kreisverbände aufzustellen[51]. Bezirks- und Kreisgeschäftsführer müßten mit der Politik vertraut, mit der Bevölkerung in enger Fühlung und ausreichend bezahlt sein. Da bei dieser Regelung eine gewisse Beweglichkeit notwendig sei, sei es erwünscht, ihnen ein Kraftfahrzeug zur Verfügung zu stellen.

Die Versammlung war sich ferner darüber einig, daß die Steigerung des Beitragsaufkommens und die Verbreitung der Parteipresse in erster Linie von den Geschäftsführern abhängig sei, die – ähnlich wie die Bezirksvorsitzenden – von Zeit zu Zeit zur Aussprache zusammengerufen werden sollten.

Die Einrichtung monatlicher Besprechungen der Bezirksvorsitzenden mit dem Landesvorsitzenden wird allgemein begrüßt. Sie soll als ständige Einrichtung

[50] Die Aktennotiz datiert vom 11. 11. 1949 und wurde von Heinz Heggenreiner unterzeichnet.

[51] Die konsequente Umsetzung dieses Organisationsmodells wurde allerdings erst ab 1955 in Angriff genommen. Vgl. Mintzel, Anatomie, S. 309–313, und Balcar, Politik auf dem Land, S. 213–234.

übernommen werden. Bei Zusammentritt der obersten Parteigremien soll eine Neufassung der Parteistatuten und eine Reorganisation des geschäftsführenden Vorstandes zur Beschlußfassung vorgelegt werden.

Die Zielsetzung der Parteipresse, die gegenwärtig aus der Zeitung „Union", dem Informationsdienst der Landesleitung und der „Correspondenz der CSU", herausgegeben von der Landtagsfraktion, besteht, soll nach übereinstimmender Ansicht dahin festgelegt werden, daß sie ein wirksames Mittel zur Beeinflussung der öffentlichen Meinung im Sinne der Parteiziele und des Verständnisses für die Tätigkeit der von ihr gestellten Regierung bilden soll. Die Zeitung „Union" soll sobald wie möglich im Berliner Format erscheinen, eine Heimatbeilage und eine Flüchtlingsbeilage enthalten und allmählich nach Umfang und Inhalt zu einer Tageszeitung ausgestaltet werden. Der bisherige Flüchtlingsdienst und der Informationsdienst werden in ihr aufgehen.

Die Parteikorrespondenz soll in erster Linie der raschen Unterrichtung der Presse und der Beeinflussung der neuentstehenden Heimat- und Lokalzeitungen dienen. Für unsere Parteimitglieder soll sie in kurzer Fassung die jeweils wichtigen Informationen enthalten. Enge Zusammenarbeit zwischen Landesleitung und Fraktion und gleichmäßige Beteiligung beider Faktoren sind die Voraussetzung für den Erfolg. Durch Unterstützung der Bundestagsfraktion wird sie an Aktualität und Bedeutung gewinnen. Die Propagierung und Verbreitung dieser Parteiorgane soll durch finanzielle Prämierung der Bezirks- und Kreisgeschäftsführer gefördert werden. Mit positiven finanziellen Ergebnissen ist erst nach entsprechender Einführung zu rechnen. Die Herausgabe von Kalendern wird von verschiedenen Seiten angeregt und zum Teil bereits durchgeführt.

Zum Problem der Landtagswahlen wurde allgemein festgestellt, daß bereits bei den Bundestagswahlen eine überraschend starke Aktivität der Partei festgestellt werden konnte. Wenn jedoch bei diesen Wahlen verlorengegangene Stimmen zurückgewonnen werden sollen, muß die allgemeine Aktivität, besonders bei den Kreis- und Ortsvorsitzenden und den Mandatsträgern der Partei, noch erheblich gesteigert werden. Die Klagen über mangelnde Beteiligung dieser Stellen werden von fast sämtlichen Teilnehmern vorgebracht.

Eine Revision auf personellem Gebiet verbunden mit entsprechender Personalpolitik der Regierung wird allgemein als notwendig erachtet. Außerdem wird die Einrichtung von Sprechtagen durch die Bundestags- und Landtagsabgeordneten in ihren Wahlkreisen gefordert. Vermehrte Fühlungnahme mit den Kirchen zur Unterstützung unserer Ziele und zur Beseitigung konfessioneller Reibungen wird ebenfalls angeregt. Die Einrichtung eines Netzes von Vertrauensleuten und Belebung der kommunalpolitischen Vereine wird für notwendig gehalten.

Alle Anwesenden sind sich darüber einig, daß die Vorbereitungen für die Landtagswahlen sofort beginnen müssen. Die Auswahl der Kandidaten habe schon jetzt zu erfolgen.

Auf politischem Gebiet sei die Herausstellung klarer Richtlinien und eine ebenso klare Abgrenzung der Partei gegenüber der Bayernpartei und der WAV unbedingt erforderlich. Für die Propaganda soll weniger die Polemik gegenüber den anderen Parteien als die Aufklärung über die eigenen Leistungen maßgebend sein.

Es wird infolgedessen vorgeschlagen:

I. Zur Finanzierung der Partei:
   a) Berufung einer bedeutenden Wirtschaftspersönlichkeit in den geschäftsführenden Landesvorstand mit beratender Stimme.
   b) Erweiterung des Wirtschaftsbeirates der Union durch Heranziehung neuer Mitglieder aus den Kreisverbänden, eventuell durch Gründung von Kreisverbandsgruppen des Wirtschaftsbeirates.
   c) Laufende Unterrichtung des Wirtschaftsbeirates über die Absichten von Partei und Regierung.
   d) Laufende Unterrichtung der Parteileitung und der Regierung über Wünsche und Forderungen der Wirtschaft durch den Wirtschaftsbeirat.
   e) Abstimmung der Spendenaktionen der Partei mit dem Präsidium des Wirtschaftsbeirates.
   f) Steigerung der Beitragsleistung durch:
      1. Wiedereinführung eines berufsmäßigen Netzes von Bezirks- und Kreisgeschäftsführern,
      2. -----
      3. -----

II. Zur Reorganisation der Partei:
   a) Neufassung der Statuten.
   b) Reorganisation der obersten Parteigremien.
   c) Wiedereinführung eines Netzes hauptamtlicher Bezirks- und Kreisgeschäftsführer.
   d) Einrichtung monatlicher Besprechungen der Bezirksvorsitzenden mit dem Landesvorsitzenden.
   e) Einrichtung monatlicher Sprechtage der Bundestags- und Landtagsabgeordneten in ihren Wahlkreisen.
   f) Personelle Revision und Neuwahl der Bezirks- und Kreisvorstandschaften sowie der Ortsvorsitzenden.
   g) Einrichtung eines Netzes von Vertrauensleuten der Partei aus allen Berufen.
   h) Vermehrte Fühlungnahme mit der Geistlichkeit beider Konfessionen zur Förderung der Parteiziele und Beseitigung konfessioneller Reibungen.

III. Parteipresse

Nr. 27a

Besprechungsunterlage des Landesvorsitzenden für die Sitzung des geschäftsführenden Landesvorstands der Christlich-Sozialen Union am 5. Dezember 1949 in München

ACSP, LGF-LV[1]

[*Politische Lage*:]
Wichtige außenpolitische und innenpolitische Ereignisse haben sich seit der letzten Sitzung des geschäftsführenden Vorstands unserer Partei am 3. Oktober 1949 abgespielt[2]. Zu unserem Bedauern hat sich seither durch die Gründung des Oststaates die Kluft zwischen den beiden Zonen stetig erweitert[3]. Die immer deutlicher werdende einseitige Vorherrschaft der SED in der Ostzone erschwert eine an sich wünschenswerte Abstimmung der beiderseitigen Zoneninteressen in steigendem Maße. Die Bestrebungen des Noack[4]-Kreises sind nicht geeignet, den Gegensatz zu überbrücken, da sie die Erfahrungen aus der Entwicklung in der Tschechoslowakei und den übrigen Staaten des Ostblockes außer acht lassen[5]. Die Verschiebung der Wahlen läßt befürchten, daß bis zum festgesetzten Zeitpunkt im nächsten Jahr die Ost-CDU bis zu der gewünschten Bedeutungslosigkeit zerschlagen sein wird[6]. Es bleibt also nur übrig, den Güteraustausch auf möglichst breiter Grundlage zu begünstigen und dadurch die Bevölkerung der Ostzone indirekt zu unterstützen, ohne die sogenannte Ostregierung formal oder de facto anzuerkennen.

[1] Die Ausarbeitung trägt das Datum vom 3. 12. 1949 und wurde von Heinz Heggenreiner gezeichnet. Ein längerer Bericht über diese Sitzung findet sich unter dem Titel „Mitbestimmungsrecht und Einheit Deutschlands" in: CS-Union vom 10. 12. 1949.

[2] Vgl. Nr. 25.

[3] Am 7. 10. 1949 hatte sich in der SBZ die Deutsche Demokratische Republik konstituiert. Der Deutsche Volksrat hatte sich zur provisorischen Volkskammer erklärt und eine Verfassung angenommen. Der in den folgenden Tagen gebildeten Regierung der DDR gehörten zwar auch Mitglieder der CDU (Otto Nuschke) und der LDPD (Hermann Kastner) an, die wichtigsten Ressorts wurden jedoch mit SED-Funktionären besetzt. Vgl. Weber, DDR, S. 28–32.

[4] Dr. Ulrich Noack (1899–1974), ev., Studium der Geschichte in Berlin, München und Göttingen, 1925 Promotion, 1929 Habilitation, nach 1933 als Mitglied der Bekennenden Kirche trotz mehrerer Rufe aus politischen Gründen nicht zum Professor ernannt, 1938–1945 Dozent in Greifswald, nach dem 20. 7. 1944 vorübergehend verhaftet, 1945 Mitbegründer der CDU in Greifswald, 1946 Referent des hessischen Ministerpräsidenten Geiler, seit 1946 CSU-Mitglied, 1947–1964 Professor für Neuere politische Geschichte und Geistesgeschichte in Würzburg, 1948 Mitbegründer des Nauheimer Kreises, 1951 aus der CSU ausgeschlossen, 1956–1960 FDP-Mitglied.

[5] Der Nauheimer Kreis, der maßgeblich von den Ideen Noacks inspiriert war und unter seiner Leitung stand, trat publizistisch für die Neutralisierung Deutschlands und den Ausgleich mit der Sowjetunion ein, die Noack als Vorbedingung für die Wiederherstellung eines gesamtdeutschen Staates begriff. Vgl. Heinrich Euler, Ulrich Noack – Ein Leben aus freier Mitte, in: Leben aus freier Mitte, S. VII–XXXII, hier S. XXIII–XXX. Friedrich Wilhelm von Prittwitz-Gaffron und Franz Josef Strauß hatten sich bereits am 29. 10. 1949 in der CSU-Correspondenz von Noacks Thesen zur Neutralisierung Deutschlands distanziert.

[6] Die ersten Volkskammerwahlen wurden allen Protesten von CDU und LDPD zum Trotz erst im Oktober 1950 abgehalten und erfolgen auf der Basis von Einheitslisten einer Nationalen Front der Parteien und Massenorganisationen. Vgl. Weber, DDR, S. 31 f.

Das vom Bundeskanzler Dr. Adenauer in völliger Übereinstimmung mit der parlamentarischen Mehrheit vereinbarte Abkommen mit den Hochkommissaren[7] der Westmächte stellt einen ersten *außenpolitischen* Erfolg nicht nur unserer Partei, sondern der Bundesrepublik dar. Die heftige Opposition der SPD gegen dieses Abkommen bedient sich der Argumente und Ausdrücke, die bereits in der Weimarer Republik gegen die erfolgreiche Außenpolitik Stresemanns[8] vorgebracht wurden. Es ist erstaunlich, daß die SPD trotz ihrer traurigen Erfahrungen aus dieser Zeit sich nicht scheut, nun ihrerseits gegen eine Mehrheit der Mittelparteien die gleiche Rolle des Ultranationalismus zu spielen. Da sie jedoch außer ihrer Enttäuschung bei den eigenen Annäherungsversuchen an die englische Labour Party auch das Scheitern ihrer Sozialisierungspläne im Ruhrgebiet infolge der letzten Entwicklung befürchten muß[9], müssen wir wohl trotz der raschen Beilegung des persönlichen Konflikts Adenauer-Schumacher mit erbitterten Auseinandersetzungen mit der SPD in nächster Zeit rechnen, die mehr und mehr auf das Gebiet der Innenpolitik übergreifen werden.

Auf diesem Gebiet sind sie infolge der Entscheidung des Verfassungsgerichtshofes in der Wahlgesetzfrage auch mit der Bayernpartei zu erwarten[10]. Der Standpunkt der Christlich-Sozialen Union bleibt in dieser Frage unverändert: „Es liegt im Interesse der Stetigkeit der politischen Entwicklung, die Legislaturperiode des jetzigen Landtages voll auslaufen zu lassen."[11]

[7] Das Petersberger Abkommen vom 22. 11. 1949 zwischen der Bundesrepublik und den drei westlichen Besatzungsmächten beendete die Demontage von Industrieanlagen und sah die Wiederaufnahme von Handels- und Konsularbeziehungen sowie den Beitritt der Bundesrepublik zur Internationalen Ruhrbehörde vor. Während die Bundesregierung in diesem Abkommen einen wichtigen Schritt zur internationalen Gleichberechtigung sah, interpretierte es die Opposition als einen Sieg der französischen Hegemonialpolitik und warf Adenauer vor, das Parlament im Stile eines autoritären Monarchen umgangen zu haben. Kurt Schumacher verstieg sich im Bundestag sogar zu dem Vorwurf, Adenauer sei ein „Kanzler der Alliierten". Vgl. Schwarz, Ära Adenauer 1949–1957, S. 67ff.

[8] Dr. Gustav Stresemann (1878–1929), Politiker, seit 1907 MdR (zunächst Nationalliberale Partei), 1918 Gründer der DVP, 1923 Reichskanzler, 1923–1929 Reichsaußenminister, 1926 Verleihung des Friedensnobelpreises für seine Politik des Ausgleichs mit Frankreich und den Westmächten.

[9] Vgl. dazu Klotzbach, Staatspartei, S. 133–154.

[10] Diese Aussage dürfte sich auf die Anfechtung des am 26. 1. 1949 vom bayerischen Landtag verabschiedeten Landeswahlgesetzes durch die Fraktionen von SPD und FDP vor dem Bayerischen Verfassungsgerichtshof beziehen, wobei insbesondere drei Punkte moniert wurden: die Abweichung vom Grundsatz des Verhältniswahlrechts, die Bildung von Stimmkreisverbänden und die vorgeschriebene Mindestbeteiligung bei Volksentscheiden. Am 2. 12. 1949 verwarf der Bayerische Verfassungsgerichtshof die Klage gegen das sogenannte verbesserte Verhältniswahlrecht, gab den Beschwerdeführern jedoch hinsichtlich der Bestimmungen über das Volksbegehren recht. Vgl. Entscheidung des Bayerischen Verfassungsgerichtshofes betreffend die Meinungsverschiedenheiten zwischen der Minderheit und der Mehrheit des Bayerischen Landtags über die Verfassungsmäßigkeit des Bayerischen Landeswahlgesetzes vom 29. 3. 1949, in: BGVBl. 1950, S. 1–16, und Karl-Ulrich Gelberg, Einleitung zu: Kabinett Ehard II – 1947/48, S. CVIIIf., sowie Karl-Ulrich Gelberg, Einleitung zu: Kabinett Ehard II – 1949, S. LXXXIX.

[11] Wilhelm Hoegner hatte nach der Entscheidung des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 2. 12. 1949 die Auflösung des Landtags gefordert und für Januar 1950 einen entsprechenden Antrag im Landtagsplenum angekündigt. Aber wie schon nach der Niederlage der CSU bei der Bundestagswahl, als aus den Reihen der Opposition wiederholt Stimmen laut geworden waren, die auf eine Neuwahl des bayerischen Landtags drängten, da die absolute Mehrheit der Union offensichtlich nicht mehr dem Wählerwillen entspreche, erwies sich die CSU als geschlossen genug, um diesen Forderungen eine Absage zu erteilen. Vgl. CSU-Correspondenz vom 10. 12. 1949: „Um das Landeswahlgesetz", und Schlemmer, Aufbruch, S. 364.

Zu unserer Entscheidung in der Frage der Bundeshauptstadt ist festzustellen, daß sie aus drei wichtigen Gründen für Bonn erfolgt ist[12]: 1. Aus praktischen Erwägungen finanzieller Natur, die wir nicht näher zu erörtern brauchen, 2. aus Gründen der tatsächlich vorteilhafteren Unterbringung, 3. aus der Unmöglichkeit, der sozialdemokratischen Kampfparole für Frankfurt gegen die CDU zu folgen, obwohl uns Frankfurt aus geographischen und Traditionsgründen an sich willkommener gewesen wäre.

Reorganisation der Partei:
Es ist erfreulich festzustellen, daß die innere Festigung der Partei und ihre Aktivität seit den Bundestagswahlen fortschreitet. Das Bestreben der Landesleitung, durch Betonung der mittleren Linie die Spannung zwischen den Flügeln zu vermindern, war erfolgreich und hat seinen erfreulichsten Ausdruck in der Tatsache gefunden, daß die so lange üblichen Auseinandersetzungen über interne Parteiangelegenheiten in der Öffentlichkeit aufgehört haben. Im gleichen Maß steigt das Vertrauen zur Partei. Um diese Entwicklung im Sinne der Zusammenfassung aller Kräfte zu fördern, hat sich die Landesleitung entschlossen, anstelle einer sofortigen und überstürzten Änderung der Statuten die Basis des geschäftsführenden Vorstandes entsprechend den zu behandelnden Problemen von Fall zu Fall durch Beiziehung prominenter Persönlichkeiten zu verbreitern. Wir begrüßen bei der heutigen Sitzung als Gäste: Generalsekretär Strauß, Staatssekretär Sedlmayr, Landesschatzmeister Schachtner, Direktor Elsen (Generalsekretär des Wirtschaftsbeirates), Dr. von Prittwitz und Gaffron (Leiter des zwischenstaatlichen Ausschusses), Hugo Karpf (Gewerkschaftssekretär), Fritz Höhenberger (Junge Union), Karl Sigmund Mayr, Eva Schleip (Union der Frauen), Abgeordneter Euerl. Zu unserem Bedauern sind Dr. Horlacher, Dr. Muhler, Dr. Hundhammer [und] Dr. Müller am Erscheinen verhindert.

Ergänzend hiezu hat sich die am 28. Oktober 1949 stattgefundene erste Tagung der Bezirksvorsitzenden[13] als besonders nutzbringend erwiesen, da sie der Landesleitung einen Überblick über die Wünsche und Beschwerden, vor allem aber über die Stimmung der Gesamtmitgliederschaft vermittelt. Es ist selbstverständlich, daß damit kein in den Statuten nicht vorgesehenes neues Parteigremium geschaffen werden soll, da bei diesen Zusammenkünften keine Beschlüsse gefaßt werden können. Der Zweck ist also rein informativ. In demselben Sinne der inneren Festigung der Partei und der Demokratisierung der Parteiführung ist die in nächster Zeit beginnende Versammlungstätigkeit innerhalb der Bezirks- und Kreisverbände geplant. Die Form, in der sie sich abspielen soll, geht aus dem Rundschreiben hervor, das an die Bezirks- und Kreisverbände hinausgehen wird und das Ihnen nun zur Verlesung gebracht wird[14]:

[12] Am 3. 11. 1949 hatte sich der Bundestag mit 200 zu 176 Stimmen für Bonn als Regierungssitz entschieden, wobei auch die Landesgruppe für Bonn und gegen das von SPD und Bayernpartei favorisierte Frankfurt optiert hatte. Im Zusammenhang mit dem Abstimmungsergebnis erhob der Spiegel den Vorwurf, einige Abgeordnete (nicht zuletzt Vertreter der BP) hätten für ihr Votum zugunsten von Bonn Bestechungsgelder erhalten; der im Oktober 1950 eingesetzte parlamentarische Untersuchungsausschuß konnte diesen Vorwurf jedoch nicht erhärten. Vgl. Schwarz, Ära Adenauer 1949–1957, S. 48f., und Gelberg, Hans Ehard, S. 300–303.

[13] Vgl. Nr. 26a-d.

[14] Der Verfasser der „Besprechungsunterlage" verzichtete darauf, den Text dieses Dokuments in

„Die Erfahrungen aus dem Verlauf der Bundestagswahlen haben ergeben, daß die Wahlvorbereitungen nicht früh genug begonnen werden können. Den eigentlichen Wahlversammlungen muß jedoch eine innere Festigung der Partei und eine laufende Unterrichtung ihrer Mitglieder über alle wichtigen Probleme vorausgehen.
An einem Tag schlagartig gestartete Versammlungswellen können diesen Zweck nicht erfüllen. Sie erschöpfen für längere Zeit hinaus das Rednerpotential und die Aufnahmebereitschaft der Mitglieder. Außerdem bringen sie die Gefahr mit sich, daß dadurch unnötig früh die Aufmerksamkeit der anderen Parteien erregt und ein vorzeitiger allgemeiner Wahlkampf ausgelöst wird.
Die Landesleitung hat sich infolgedessen entschlossen, den obengenannten Zweck der allgemeinen Festigung und Reaktivierung der Partei durch die Veranstaltungen [sic!] von *Kreisversammlungen*, zunächst im engeren Kreise unserer eigenen Partei, nach dem Muster der am 30. Oktober 1949 in Würzburg stattgefundenen Versammlung, zu erreichen.
Diese Versammlungen sind nicht als öffentliche Werbeveranstaltungen gedacht. Sie sollen vielmehr unter dem Vorsitz des Kreisverbandsvorsitzenden mit der Kreisvorstandschaft, womöglich mit den für den Kreis zuständigen Bundes- und Landtagsabgeordneten, den Mandatsträgern der Partei, ferner den Landräten, Bürgermeistern, Kreisräten, Stadträten, Ortsvorsitzenden usw. durchgeführt werden.
Die Tagesordnung soll neben den Referaten über lokale Probleme, über die laufende Politik der Partei und der Aufklärung über ihre Leistungen jeweils das Referat eines von der Landesleitung zu stellenden prominenten Redners enthalten, an das sich eine allgemeine Aussprache und Diskussion anschließen kann.
Es ist erwünscht, daß zu diesem zweiten Teil der Veranstaltung als geladene Gäste prominente, der Partei nahestehende, Persönlichkeiten aus der Geistlichkeit beider Konfessionen, der Wirtschaft, der Beamtenschaft, den Gewerkschaften, der Jungen Union, den Frauenverbänden der Christlich-Sozialen Union usw. zugezogen werden.
Besondere Wünsche des betreffenden Kreisverbandes auf Zuteilung bestimmter Redern müssen durch den Bezirksverband der Landesleitung mindestens 14 Tage vor dem angegebenen Termin übermittelt werden. Um ferner der Landesleitung eine rechtzeitige Planung und einen Gesamtüberblick zu ermöglichen, werden die Bezirksverbände ersucht, für die Monate Januar, Februar und März einen Versammlungsplan einschließlich ihrer Rednerwünsche entsprechend den oben angeführten Richtlinien bis 20. Dezember 1949 einzureichen. Es wird gebeten, den Termin unter allen Umständen einzuhalten, da die Landesleitung in der Lage sein muß, die einzelnen Termine innerhalb der Kreis- und Bezirksverbände aufeinander abzustimmen und die Rednerzuteilung sicherzustellen."

Die nach diesen Richtlinien in Würzburg am 30. Oktober 1949 abgehaltene erste Versammlung[15] dieser Art hat gezeigt, daß sie ihren Zweck zu erfüllen voll geeignet ist. Erst wenn durch solche Veranstaltungen die Partei wieder genügend gekräftigt ist, wird es an der Zeit sein, zu großen öffentlichen Versammlungen überzugehen.

Die Ernennung eines politischen Stellvertreters für den durch seine Bundestätigkeit meist in Bonn gebundenen Generalsekretär Strauß[16] hat den Zweck, die Landesleitung beweglicher und ihren Kontakt mit den Bezirks- und Kreisverbänden enger zu gestalten, wie auch die regelmäßige Beiziehung der Fraktionsvorsit-

seine Ausarbeitung zu übernehmen. Das Rundschreiben der Landesgeschäftsstelle der CSU an alle Bezirksverbände vom 29. 11. 1949 zum Thema „Versammlungen", von dem hier die Rede ist, findet sich im BayHStA, NL Ehard 1196. Die hier abgedruckte „Besprechungsunterlage" wurde um den Text dieses Rundschreibens ergänzt.

[15] Nicht ermittelt.

[16] Zur Ernennung Brunners zum stellvertretenden Generalsekretär der CSU vgl. Nr. 25.

zenden im Bundestag und Landtag die engste Zusammenarbeit zwischen Fraktion und Partei garantieren wird.

Da jedoch kein Körper ohne Gerippe sich selbst tragen kann, wird es notwendig sein, zur Wiedererrichtung eines Netzes hauptamtlicher Bezirks- und Kreisgeschäftsführer überzugehen. Dieses Netz wird schon aus Gründen der Finanzierung verhältnismäßig weitmaschig sein müssen, so daß etwa drei bis vier kleinere und zwei bis drei größere Kreisverbände je einen hauptamtlichen Geschäftsführer haben sollen. Weil er bei seiner Tätigkeit beweglich sein muß und größere Entfernungen als bisher zu überwinden haben wird, wird er mit einem Fahrzeug ausgestattet werden müssen. Im übrigen weisen wir darauf hin, daß wir weit davon entfernt sind, in unserer Partei, die geradezu als „Demokratie in der Demokratie" gilt, eine Funktionärs-Hierarchie nach dem Muster der SPD zu züchten. Es gibt aber in jeder Organisation ein Mindestmaß an Stetigkeit, ohne das sie nicht bestehen kann. Die trüben Erfahrungen, die wir seit der durch die Währungsreform erzwungenen Entlassung des größten Teils der Kreisgeschäftsführer[17], besonders auf dem Gebiet des Beitragsaufkommens, gemacht haben, zeigen die Notwendigkeit dieser Maßnahme. Man kann sagen: Ohne hauptamtliche Geschäftsführer keine Beiträge und ohne Beiträge keine hauptamtlichen Geschäftsführer. Und damit kommen wir zur Frage der Finanzierung der Partei.

Finanzierung der Partei:

Die vorauszusehende „Schonzeit" der Bezirks- und Kreisverbände nach den überall notwendigen Ausgaben für die Bundestagswahlen müßte nun nach drei Monaten beendet sein. Trotzdem bewegt sich das Beitragsaufkommen aus sämtlichen Bezirks- und Kreisverbänden bei der Landesleitung zwischen monatlich 700 DM und 900 DM. Wir alle wissen, daß die Partei ihre mannigfaltigen Aufwendungen auch im günstigsten Falle niemals aus den Beiträgen bestreiten kann. Es muß jedoch möglich sein, wenigstens die örtlichen Bedürfnisse der Bezirks- und Kreisverbände, die Bezüge der wenigen Parteiangestellten sowie die laufenden Ausgaben aus diesem Beitragsaufkommen zu decken. Es müßte also der normale Etat der Partei durch die Beiträge getragen werden. Für die außerordentlichen Ausgaben der Partei, wie sie durch die Parteipresse, die notwendige Propaganda und die künftigen Landtagswahlen entstehen werden, muß an andere Finanzquellen gedacht werden. In diesem Sinne hat die Landesleitung eine Erweiterung und Aktivierung des Wirtschaftsbeirates der Christlich-Sozialen Union angestrebt und hofft, durch enge Zusammenarbeit mit den uns nahestehenden Wirtschaftskreisen ohne Preisgabe unserer Grundsätze die Opferwilligkeit dieser Kreise zu steigern. Wie notwendig diese Maßnahme ist, wird Ihnen der Finanzbericht unseres Parteigenossen Karl Sigmund Mayr klarlegen, der Ihnen zeigt, daß die Partei nicht nur für die laufenden und künftigen Ausgaben, sondern auch für die noch nicht bereinigten Rückstände einer sicheren finanziellen Grundlage bedarf.

Sowohl im Hinblick auf die Vergangenheit wie auf die Zukunft steht auf finanziellem Gebiet die Sorge um die Parteipresse an erster Stelle. Unserem Parteigenossen Staatssekretär Dr. Sedlmayr gebührt für seine Tätigkeit auf diesem Gebiet,

[17] Zum Zusammenbruch des Parteiapparats im Zuge der Währungsreform und den damit verbundenen finanziellen Problemen vgl. ausführlich Nr. 13.

die sich sowohl auf die Sanierung wie auf die Neuorganisation erstreckt hat, unser besonderer Dank. Durch seine Tätigkeit und die geschickte Redaktionsführung des nun leider ausscheidenden Redakteurs der „Union", Dr. Deuerlein, hat unsere mit bescheidensten Mitteln und in bescheidenster Form gestartete Wochenzeitung „Die Union" mit fast 9000 Abonnenten bereits einen Achtungserfolg erzielt. Wir erhoffen von der Mitarbeit unseres Parteigenossen Fackler, vor allem von seiner großen Erfahrung auf dem Gebiet der Werbetätigkeit, die weitere Verbreitung der Zeitung und damit die Möglichkeit, sie ab 1. Januar 1950 im Berliner Format erscheinen zu lassen. Der bisherige Informationsdienst ist durch sie und die Begründung der Parteikorrespondenz überflüssig geworden. Er wird eingestellt. Außerdem wird die Zeitung „Union" eine Flüchtlingsbeilage und eine Heimatbeilage, etwas später wohl auch eine Frauenbeilage erhalten. Der Vertrieb der Zeitung und der Korrespondenz wird mit dem Bezirks- und Kreisgeschäftsführernetz, soweit es noch besteht, schon jetzt gekoppelt werden. Für die Nachfolge Dr. Deuerleins sind zur Zeit drei Kandidaten vorhanden: der frühere Redakteur ...[18], Herr Gasteiger[19], der Korrespondent des DPD[20], Herr Grampp[21], und der derzeitige Redakteur des Feuilletons der „Süddeutschen Zeitung", Herr Dr. Mollier[22].

Ich gehe nun über zu dem wichtigsten Problem der nächsten Zukunft, den Vorbereitungen für die Landtagswahlen im nächsten Herbst.

Vorbereitungen für die Landtagswahlen 1950:
Es mag manchem von uns als verfrüht erscheinen, schon heute dieses Problem zu erörtern. Die Erfahrungen der Bundestagswahlen haben jedoch gezeigt, daß wir zwar mit äußerster Kraftanstrengung in der Lage waren, das Versäumte einigermaßen nachzuholen. Es wäre aber gefährlich, daraus den Schluß zu ziehen, daß wir dieses[23] Experiment ein zweites Mal wiederholen dürfen. Ein Aufsichberuhen-Lassen dieser Frage würde wahrscheinlich ein neuerliches Nachlassen der gerade hoffnungsvoll ansteigenden Aktivität unserer Mitglieder nach sich ziehen. Außerdem dürfen wir nicht wieder vor der Notwendigkeit stehen, im letzten Augenblick der Wählerschaft völlig unbekannte Kandidaten zu präsentieren, die zum Teil nicht einmal Parteimitglieder waren[24]. Ohne diese Notwendigkeit wäre bei den Bundestagswahlen wahrscheinlich manches Mandat der Bayernpartei abzuringen gewesen.

Heute wird sich niemand mehr darüber täuschen, daß der nächste Wahlkampf, abgesehen von den Großstädten München, Nürnberg und Augsburg, wo die SPD uns gegenübersteht, zu einer entscheidenden Auseinandersetzung mit der Bay-

[18] Hier wurde im Text eine Lücke gelassen, die nachträglich nicht geschlossen wurde.
[19] Nicht ermittelt.
[20] Handschriftlich darüber vermerkt: „DUD?".
[21] Nicht ermittelt.
[22] Dr. Hans Mollier (1895–1972), Studium der Kunstgeschichte und Kompositionslehre, Teilnahme am Ersten Weltkrieg, Mitglied des Freikorps Epp, danach Engagement für die DDP, 1923 Bankangestellter, 1924/25 Werbetätigkeit für den Piper-Verlag, 1927–1930 Feuilletonredakteur der München-Augsburger Abendzeitung, 1930 Korrespondent der Telegraphenunion in Rom, 1935 Presseattaché, ab 1948 Mitarbeiter des Feuilletons der Süddeutschen Zeitung unter dem Pseudonym Johann Lachner.
[23] Das ursprünglich folgende Wort „gefährliche" wurde handschriftlich gestrichen.
[24] Vgl. Nr. 26c.

ernpartei führen muß. Ihr gegenüber hat sich unsere Lage zweifellos verbessert. Die Divergenz zwischen ihrer Polemik und ihren propagandistischen Forderungen einerseits und ihrer Bedeutungslosigkeit, aber auch Nachgiebigkeit gegenüber der Bundesregierung andererseits, muß bei klarer Herausstellung selbst das einfachste Wählergemüt zu Zweifeln an der Aufrichtigkeit ihrer Überzeugung führen. Demagogische Anträge ins Blaue hinein, wenn sie auch noch so weiß-blau gefärbt sind, werden ihr auf die Dauer nicht über diese Zweigesichtigkeit hinweghelfen. Wir werden es infolgedessen nicht nötig haben, unsere Polemik durch persönliche Angriffe zu bestreiten. Der sachliche Hinweis auf unsere eigenen Leistungen und die absolute Sterilität der Bayernpartei in Bonn wird unser wichtigstes Argument bleiben.

Auch der SPD dürfte kaum ein Erfolg bei den kommenden Wahlen beschieden sein. Die mutige Haltung der Gewerkschaften in Nordrhein[25]-Westfalen bei den Demontage-Verhandlungen[26] beweist, daß die Arbeiterschaft nicht gewillt ist, in jedem Falle der SPD Folge zu leisten. Außerdem hat sie durch ihre nationalistischen Argumente sicher keinen Stimmenzuwachs aus wirklich nationalistischen Kreisen zu erwarten, wohl aber einen Stimmenverlust aus dem nicht geringen Kreis der Intelligenz, der nach 1945 ihre Abkehr von rein marxistischen Theorien und ihre Wandlung in eine linksdemokratische Partei, ähnlich der Labour-Party, erhofft hatte[27].

Für die WAV wird ähnliches gelten wie für die Bayernpartei. Wilde Demagogie während des Wahlkampfes, völlige Bedeutungslosigkeit in Bonn und zahmstes Verhalten gegenüber der Regierungsmehrheit können ihr die radikalen Elemente nur entfremden, die bisher die Masse ihrer Wähler gebildet haben. Es erscheint in diesem Zusammenhang bemerkenswert, daß die Beitritte zur UdA von seiten der Flüchtlinge in demselben Maße wieder zunehmen, als das Mißtrauen gegenüber dem Neubürgerbund und seinem Führer Goetzendorff[28] steigt.

Da unterdessen der Lizenzierungszwang für Parteien aufgehoben worden ist, müssen wir bis zu den Landtagswahlen zweifellos mit weiteren Splitterparteien rechnen[29]. Es ist jedoch nicht anzunehmen, daß sie bis dahin eine wesentliche Be-

[25] In der Vorlage: „Niederrhein".

[26] Während die SPD das Petersberger Abkommen, das die Demontagen wichtiger Industrieanlagen v.a. in Nordrhein-Westfalen beendete und den Beitritt der Bundesrepublik zur Internationalen Ruhrbehörde vorsah, strikt ablehnte, begrüßten die Gewerkschaften diesen Schritt. Vgl. Schneider, Kleine Geschichte der Gewerkschaften, S. 301 f.

[27] Zur Programmatik der SPD und zur betont nationalen Rhetorik Kurt Schumachers vgl. Lösche/Walter, SPD, S. 107–110.

[28] Günter Goetzendorff (1917–2000), Journalist, 1939–1945 Teilnahme am Zweiten Weltkrieg, Flucht aus Schlesien nach Bayern, 1946–1949 Redakteur der Neuen Presse in Passau, seit 1949 Chefredakteur der Wochenschrift Der Neubürger, Gründer des Neubürgerbunds und dessen Landesvorsitzender, 1948–1950 Präsident der Landesvertretung der Ausgewiesenen in Bayern, Stadtrat in Passau, 1950 Vorsitzender des Blocks der Heimatvertriebenen in Bayern, 1952 Mitbegründer der Nationalen Reichspartei, 1949–1953 MdB (1949/50 und 1953 WAV, 1950 Gast der DRP-Fraktion, 1951–1953 fraktionslos). Zum Wahlbündnis zwischen WAV und Neubürgerbund von 1949 vgl. Woller, Loritz-Partei, S. 116–125.

[29] Offiziell wurde die Lizenzierungspflicht für politische Parteien erst am 17. 3. 1950 von der Alliierten Hohen Kommission aufgehoben (vgl. ebenda, S. 21). Als unmittelbare Folge dieser Entscheidung konnten nun auch Flüchtlingsparteien zu den Wahlen antreten, deren Lizenzierung die Besatzungsbehörden zuvor stets abgelehnt hatten. Zur mit Abstand wichtigsten Flüchtlingspartei avancierte der BHE. Vgl. Neumann, Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten, S. 20–64.

deutung erreichen werden. Ob es unserem früheren Parteifreund Haußleiter, gelingen wird, einen größeren Kreis in seiner neuen Partei Deutsche Gemeinschaft um sich zu sammeln[30], erscheint zweifelhaft nach dem völligen Fehlschlag seiner Hoffnungen, bei seinem Ausscheiden einen wesentlichen Teil unserer protestantischen Wählerschaft mit sich zu reißen.

Der FDP werden im künftigen Wahlkampf durch ihre Beteiligung an der Koalition in Bonn auch in Bayern für die Propaganda entsprechende, bisher von ihr nur zu oft überschrittene Grenzen gesetzt sein[31].

Auch für die KPD steht trotz der anscheinend im Gang befindlichen Propaganda für die Gründung einer SED kaum ein wesentlicher Erfolg in Aussicht[32]. Dies zur Abgrenzung gegenüber unseren Gegnern.

Und nun zu den positiven Maßnahmen, die von uns schon heute eingeleitet werden können: Mit einer Überprüfung der bisherigen Vorstandschaften unserer Unterverbände, und zwar in Hinsicht auf ihre Aktivität und Eignung, müssen wir wohl schon jetzt beginnen. Wo Zwiespalt innerhalb der Partei die Tätigkeit lähmt oder wo Einzelpersönlichkeiten aus dem einen oder anderen Grund nicht mehr tragbar erscheinen, muß zu Neuwahlen geschritten werden. Wir müssen von allen Parteigenossen erwarten, daß sie die Interessen und Ideale der Gesamtpartei über die eigene Person stellen und Opfer bringen, sei es durch Übernahme eines Amtes oder durch Abgabe eines solchen. Dieser Grundsatz erstreckt sich auch auf unsere Abgeordneten. Maßgebend bei der Kandidatenaufstellung für die Wahlen muß die Erfolgsmöglichkeit sein. Die bisherigen Erfolge der Bayernpartei zwingen uns, in dieser Beziehung einen besonders scharfen Maßstab anzulegen. Ihrer demagogischen Berufung auf die weiß-blauen Farben können wir nur mit dem Gewicht der von uns aufgestellten Persönlichkeiten begegnen.

Der in diesen Tagen erfolgte, nicht mehr ganz überraschende Übertritt des Abgeordneten Allwein[33], Bad Tölz, muß uns eine Warnung sein, Persönlichkeiten, die seit längerer Zeit sich jeder aktiven Tätigkeit in der Partei enthalten, rechtzeitig auszumerzen, ehe sie imstande sind, der Partei weiteren Schaden zuzufügen.

Von allen prominenten Mitgliedern der Partei müssen wir fordern, daß sie sich, trotz ihrer Arbeitsbelastung in Regierungsämtern, sooft wie möglich an der Versammlungstätigkeit auch in kleineren und von der Landeszentrale weit entfernten Orten zur Verfügung stellen. Die Stärke unserer Partei liegt nicht in den großen Städten, sondern auf dem Land. Es darf nicht vorkommen, wie es bei der letzten

[30] Die Gründungsversammlung der Deutschen Gemeinschaft, deren Direktorium Haußleiter angehörte, hatte am 4. 12. 1949 in München stattgefunden. Vgl. Stöss, Deutsche Gemeinschaft, S. 75.

[31] Zur bayerischen FDP vgl. Hein, Milieupartei, S. 66–74, und Mauch, Bayerische FDP. Zu den mitunter harten Attacken auf die CSU vgl. Wengst, Thomas Dehler, S. 98–130.

[32] Zu den weitgehend fruchtlosen Mühen der KPD allgemein vgl. Kössler, Abschied von der Revolution, sowie mit Bezug auf Bayern Süß, Kumpel und Genossen, S. 48–57, und Balcar, Politik auf dem Land, S. 159ff.

[33] Max Allwein (1904–1977), Jurist, Teilnahme am Zweiten Weltkrieg, 1945 Notar in Bad Tölz, Mitbegründer und Vorsitzender der CSU in Bad Tölz, 1949 Übertritt zur BP, 1946 MdVLV (CSU), 1946–1950 MdL (bis 1949 CSU, dann FPV bzw. FFG). Allwein wurde in der BP jedoch keineswegs mit offenen Armen empfangen: Der zuständige Bezirksverband Bad Tölz lehnte es zunächst ab, ihn aufzunehmen, und die Landesleitung der Bayernpartei mußte seine Aufnahme gegen heftige Widerstände durchsetzen, „damit auch andere kommen können". Vgl. Unger, Bayernpartei, S. 159.

Versammlungswelle in Unterfranken der Fall war[34], daß von fünf Zusagen von Ministern und Staatssekretären nur eine einzige eingehalten wird.

Und zum Schluß darf ich Sie noch auf eines der wichtigsten Probleme hinweisen, durch das unser Wahlerfolg entscheidend beeinflußt werden kann: *das Mitläufer-Problem*[35].

Es ist eine unleugbare Schwäche unserer Partei, daß sie bis heute in dieser Frage zu keiner einheitlichen Haltung gelangt ist. Unterdessen haben sich FDP und Bayernpartei, ja sogar die SPD dieser wichtigen Sache bemächtigt, indem sie sich im positiven Sinne geäußert und entschieden haben. Wir werden die Bereinigung dieser Frage im Sinne der Wiedereingliederung der Mitläufer nicht verhindern können. Kein demokratischer Staat kann auf die Dauer Millionen von „Staatsbürgern minderen Rechts" beherbergen, ohne sich selbst ad absurdum zu führen. Es wird infolgedessen klüger sein, das Verdienst daran noch für uns zu buchen, solange wir über die absolute Mehrheit im Landtag verfügen.

Lassen Sie mich bei dieser Gelegenheit noch eine Bemerkung anknüpfen: Niemandem liegt eine diktatorische Haltung in der Parteiführung ferner als mir. Ich glaube, dies zu allen Zeiten und bei allen Gelegenheiten bewiesen zu haben. Es ist jedoch nicht möglich, dem Landesvorsitzenden das Recht zu bestreiten, zu wichtigen Fragen, die sofort entschieden werden müssen, im Namen der Gesamtpartei Stellung zu nehmen. Wenn ich vor den Wahlen einem Vertreter der Berufssoldaten gegenüber, ebenso wie die Vorsitzenden der übrigen Parteien, zur Pensionsfrage der Berufssoldaten[36] Stellung genommen habe und dabei sowohl aus juristischen Gründen wie im Sinne der christlichen Einstellung unserer Partei einen positiven Standpunkt eingenommen habe, so erscheint es merkwürdig, wenn ein Bezirksvorsitzender trotzdem in einer bekanntermaßen unter sozialdemokratischer Führung stehenden Zeitung eine lange Artikelserie veröffentlicht, in der er mit einer schon in der Form bedauerlichen Schärfe den gegenteiligen Standpunkt einnimmt[37]. Es soll selbstverständlich niemandem in der Partei das Recht auf die eigene Meinung bestritten werden. Es muß jedoch von verantwortlichen Persönlichkeiten der Partei, wie sie ein Bezirksvorsitzender darstellt, erwartet werden, daß sie die Landesleitung nicht in aller Öffentlichkeit bloßstellen, indem sie erklären, daß der Landesvorsitzende zu solcher Stellungnahme nicht berechtigt sei. Das Verhalten erscheint um so unbegreiflicher, als diese letztere Veröffentlichung erfolgte, nachdem der betreffende Bezirksvorsitzende das schriftliche Ersuchen um eine persönliche Aussprache mit mir verweigert hatte. Ich kann jedoch zu

[34] Für den 27. 11. 1949 hatte der CSU-Bezirksverband Unterfranken eine große Versammlungswelle angesetzt; insgesamt waren 42 Veranstaltungen in allen Landkreisen und den Städten Würzburg, Kitzingen und Bad Kissingen mit zum Teil prominenten Rednern geplant. Angekündigt waren z.B. Bundesfinanzminister Schäffer, die Staatsminister Ankermüller, Kraus und Seidel sowie Staatssekretär Sedlmayr. Vgl. CS-Union vom 26. 11. 1949: „Versammlungswelle in Unterfranken".

[35] Vgl. Nr. 26c mit Anm. 21.

[36] Vgl. dazu Georg Mayer, Soldaten ohne Armee. Berufssoldaten im Kampf um Standesehre und Versorgung, in: Broszat/Henke/Woller (Hrsg.), Von Stalingrad zur Währungsreform, S. 683–750.

[37] Zur Auseinandersetzung zwischen Ehard und dem Vorsitzenden des CSU-Bezirksverbands Oberpfalz Fritz Dengler vgl. das Material im BayHStA, NL Ehard 1214; hier findet sich unter anderem ein von Dengler gezeichneter Artikel in der Mittelbayerischen Zeitung vom 7. 11. 1949 mit dem Titel „Militärpensionen".

meiner Freude feststellen, daß dies der einzige Fall ist, in dem mir als Landesvorsitzendem bewußt persönliche Schwierigkeiten bereitet worden sind.

(Bei dieser Gelegenheit möchte ich auch eindeutig erklären, daß eine von demselben Bezirksvorsitzenden mir in den Mund gelegte Äußerung, wonach die Junge Union wegen ihrer häufig kritischen und oppositionellen Haltung aufgelöst werden würde, in keiner Weise den Tatsachen entspricht. Ich verweise vielmehr auf mein in der Presse bereits veröffentlichtes Schreiben an den Landestag der Jungen Union in Nürnberg[38], in dem es unter anderem heißt:

„Die vielfach und gerade bei unserer Jugend anzutreffende kritische und scheue Zurückhaltung vor dem Parteileben kann über die Tatsache nicht hinweghelfen, daß die politischen Parteien nun einmal ein unentbehrlicher Faktor für die Gestaltung des[39] demokratischen Lebens sind. Will sich eine von dem demokratischen Staatsgeiste beseelte Jugend dem Staate zuwenden, dann kann sie nicht an den Parteien vorbeigehen[40], sondern sie muß in die Partei hineingehen."

Dies ist gerade das Gegenteil von dem, was von dem genannten Bezirksvorsitzenden behauptet wurde[41].)

Nr. 27b

Sitzung des geschäftsführenden Landesvorstands der Christlich-Sozialen Union am 5. Dezember 1949 in München

Tagesordnung[42]:
1. Finanzfragen
2. Parteipresse
   a) Abwicklung der Zeitung „Der Gerade Weg"
   b) Finanz- und Organisationsfragen der Zeitung „Union", des Informationsdienstes und der Parteikorrespondenz
3. Organisationsfragen der Partei
4. Innen- und außenpolitische Fragen

Tagungsort: unbekannt

Anwesend[43]: Brunner, Deuerlein, Ehard, Elsen, Euerl, von Goss, Heggenreiner, Mayr, von Prittwitz-Gaffron, Schachtner, E. Schleip, Schwend, Sedlmayr, Strauß

[38] Der Landestag der JU fand am 3. 12. 1949 in Nürnberg statt (vgl. 50 Jahre JU Bayern, S. 147). Hans Ehard, der ursprünglich an dieser Versammlung hatte teilnehmen wollen, dann aber verhindert war, schickte eine auf den 2. 12. 1949 datierte Grußadresse (BSB, NL Schwend 2); eine Presseveröffentlichung wurde nicht nachgewiesen.

[39] In Ehards Grußadresse eigentlich: „eines".

[40] In Ehards Grußadresse zusätzlich: „und nicht an den Parteien herumgehen".

[41] Der letzte Abschnitt wurde handschriftlich eingeklammert.

[42] Laut Tagesordnung im Protokoll; Tagesordnungspunkt 4 wurde nach dem Entwurf einer Notiz über die Arbeit der CSU im Dezember 1949 (ACSP, LGF-GLV 5. 12. 1949) modifiziert.

[43] Laut Anwesenheitsliste im Protokoll. Zu dieser Sitzung eingeladen, aber verhindert, waren Alois Hundhammer, Hugo Karpf, Josef Müller, Emil Muhler und Fritz Schäffer.

Protokollführer: Heinz Heggenreiner

ACSP, LGF-LV[44]

Zur *Finanzierung* der Partei stellte der *Landesvorsitzende* einleitend fest, daß das Beitragsaufkommen nach wie vor sich zwischen 700 und 1000 DM monatlich bewege und infolgedessen zur Finanzierung der Partei in keiner Weise ausreiche. Die Landesleitung als solche sei im großen gesehen saniert und entschuldet. Die Gesamtfinanzlage der Partei leide jedoch nach wie vor unter den Folgen des Zusammenbruchs des „Geraden Weges"[45].

Im einzelnen wurde dann vor allem von Generalsekretär *Strauß* festgestellt, daß zwischen einem ordentlichen Etat und den zeitweiligen besonderen Bedürfnissen der Partei zu unterscheiden sei.

Aus den verschiedenen Vorschlägen der Anwesenden ging hervor, daß die laufenden Finanzbedürfnisse der Partei sich jährlich auf etwa 90000 DM beziffern[46]. Sie setzen sich zusammen aus dem Aufwand für Gehälter, Mieten, Kraftfahrzeuge, Bürobedarf, Presse, Telefon- und Telegraphengebühren sowie den in absehbarer Zeit zu erwartenden Ausgaben für die Spezialsekretariate der Jungen Union, der Union der Frauen und der protestantischen Wählerschaft. Zur Dekkung dieser Ausgaben wurde vorgeschlagen, die Abgeordnetenumlage auf DM 25 zu erhöhen, wovon zehn DM der Fraktionskasse verbleiben und 15 DM der Parteileitung überwiesen werden sollen. Dies scheint nach allgemeiner Ansicht der Höchstbetrag zu sein, der besonders den unbemittelten Landtagsabgeordneten zugemutet werden kann. Es wurde ferner vorgeschlagen, den Bundesministern und -staatssekretären der Partei eine Umlage von monatlich DM 200 und den [...] Bundestagsabgeordneten von insgesamt DM 500 für die Parteikasse aufzubürden. Unter diesen Voraussetzungen würden bei folgender Aufgliederung der Einnahmen monatlich etwa

	DM
von der Landtagsfraktion	1500
von den Landesministern und -staatssekretären	500
von den Bundestagsabgeordneten	500
von den Bundesministern und -staatssekretären	200
von den Mitgliedern des bayrischen Senats	300
und aus Pauschalbeiträgen der Bezirksverbände	4500
insgesamt:	7500

für die laufenden Ausgaben der Parteileitung zur Verfügung stehen. Es wurde von unserem Parteifreund *Karl Sigmund Mayr* ferner vorgeschlagen: Parteimitglieder, die durch den Einfluß unserer Organisation in gute Posten gebracht wurden, zu

[44] Das Protokoll ist handschriftlich als Entwurf gekennzeichnet. Im ACSP, LGF-GLV 5. 12. 1949, findet sich der Entwurf einer Notiz über die Arbeit der CSU im Dezember 1949, in der auch auf die Sitzung des geschäftsführenden Landesvorstands am 5. 12. 1949 Bezug genommen wird. Da die Notiz jedoch lediglich in einer Passage Informationen über Teilnehmer und Tagesordnung enthält, wurde darauf verzichtet, diese hier wiederzugeben.

[45] Vgl. Nr. 22 und Nr. 23.

[46] Vgl. hierzu und zum folgenden Schlemmer, Aufbruch, S. 470f.

einem Sonderbeitrag zu verpflichten, der vor allem dem künftigen Wahlfonds zugute kommen soll. Dieser Wahlfonds, der in erster Linie den außerordentlichen Etat der Partei darstellt, kann nach allgemeiner Ansicht nur auf dem Spendenwege aufgebracht werden, wobei von dem nun erweiterten Wirtschaftsbeirat tatkräftige Beihilfe erwartet wird.

Direktor *Elsen* vom Wirtschaftsbeirat der Christlich-Sozialen Union erwartet sich von einer Aktualisierung der Parteipresse und von einer direkten Realisation zwischen Beitragszahlung und Stimmenzahl der Unterverbände eine Erhöhung der Einnahmen, während der Landesschatzmeister *Schachtner* sich gegen die Pauschalisierung ausspricht.

Der Vorstand faßt den Beschluß, für die Finanzierung der Partei und die Festlegung des Etats einen Ausschuß, bestehend aus: 1. dem stellvertretenden Generalsekretär, Josef Brunner, 2. dem Generalsekretär des Wirtschaftsbeirates, Direktor Elsen, 3. dem Staatssekretär Dr. Sedlmayr und 4. dem Bezirksvorsitzenden Mittelfrankens, Karl Sigmund Mayr, einzusetzen.

Parteipresse:
Nach einem von Staatssekretär Dr. *Sedlmayr* gegebenen kurzen Überblick über die bisherige Entwicklung der Zeitung „Union", in dem er feststellt, daß die Auflage zur Zeit 7000 Exemplare beträgt und pro Nummer einen Zuschuß von 800 DM benötigt, wird beschlossen, trotz finanzieller Bedenken, die Zeitung ab 1. Januar 1950 im Berliner Format erscheinen zu lassen, ihr den bisherigen Unions-Flüchtlingsdienst als Beiblatt beizugeben und vor allem der durch das bisherige Format behinderten Inseratswerbung sowie dem Vertrieb besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden. Über die Wahl eines neuen Redakteurs wird noch kein Beschluß gefaßt und der bisherige Leiter der „Union", Dr. Deuerlein, ersucht, bis auf weiteres die Redaktion fortzuführen.

Der Vorstand faßt den Beschluß, für die Organisationsangelegenheiten der Parteipresse einen Ausschuß mit Staatssekretär Dr. Sedlmayr, dem stellvertretenden Generalsekretär Brunner und, für Vertriebsangelegenheiten, Stadtrat Fackler (München) zu bilden. Außerdem wird die spätere Zusammenlegung der Leitung der Parteikorrespondenz, des Informations- und Rednerdienstes und der „Union", die mit dem neuen Format einen ansprechenderen Titel erhalten soll, beschlossen.

Es folgt ein Referat des Bezirksvorsitzenden Mittelfrankens, *Karl Sigmund Mayr*, über seine Tätigkeit, die bisherigen Ergebnisse und die künftigen Maßnahmen bei der Liquidation der Zeitung „Gerader Weg". Von der ursprünglichen Schuldenlast von DM 189000 sind noch etwa 150000 DM abzudecken. Die Rechtslage, wonach, entsprechend einer Entscheidung des Finanzpräsidiums, „Der Gerade Weg" eine Unterorganisation der CSU ist[47], erschwert die Lösung der Angelegenheit, weil damit eine Haftung der Partei festgelegt ist. *Karl Sigmund*

[47] Als Ergebnis einer Betriebsprüfung beim Verlag Der Gerade Weg hielt das Finanzamt München-Nord im Mai 1949 fest, „dass er als Organ der Christlich-Sozialen Union anzusehen ist. Es handelt sich um einen Parteiverlag, welcher in vollem Umfang im Eigentum der Christlich-Sozialen Union steht." BayHStA, NL Ehard 1285, Bericht des Finanzamts München-Nord über eine Betriebsprüfung des Parteiverlags der CSU vom 24. 5. 1949.

Mayr schlägt vor, trotzdem den Gläubigern einen Vergleich von etwa 15 Prozent ihrer Forderungen anzubieten und vor allem Honorar-Forderungen abzustreichen. Wenn letzteres gelingt, sei vielleicht eine Quote von 25 Prozent erreichbar. Die Gesamtabwicklung, die vielleicht drei bis vier Monate in Anspruch nehmen wird, soll unter seiner verantwortlichen Leitung seinem juristischen Mitarbeiter, Rechtsanwalt Dr. Gutersohn[48], übergeben werden, der dafür monatlich mit 150 bis 200 DM zu entschädigen wäre. Voraussetzung für den Beginn der Abwicklung sei die Bereitstellung einer Summe von 25 000 DM[49].

Der Vorschlag wird angenommen, und Generalsekretär Strauß und Direktor Elsen [werden] mit der Schaffung der finanziellen Grundlage beauftragt.

Parteiorganisation:
Die Versammlung beschließt zunächst, die Landesvorstandschaft zum 17. Dezember 1949 nach München[50], den Landesausschuß zum 14./15. Januar 1950 nach Fürth[51] einzuberufen. Etwa zum 7. Januar 1950 sollen die Bezirksvorsitzenden nochmals zu einer Besprechung mit dem Landesvorsitzenden nach München eingeladen werden[52].

Die Neufassung der Satzungen soll zur Beschleunigung der Angelegenheit in die Hände eines juristischen Spezialisten gelegt werden, wofür mit allgemeiner Zustimmung Dr. Weinkamm (Augsburg) vorgesehen wird.

Es wird ferner beschlossen, entsprechend der Anregung von Frau Lang-Brumann ein Frauensekretariat und auf Antrag [von] Karl Sigmund Mayr ein Sekretariat für „besondere Angelegenheiten der protestantischen Parteimitglieder" bei der Landesleitung zu errichten.

Es wird gleichzeitig der Antrag angenommen, ständige Vertrauensleute der Flüchtlinge bei den Bezirksverbänden zu ernennen.

Zur Frage der rechtlichen Gleichberechtigung der Mitläufer wird beschlossen, die Fraktion zu ersuchen, den Mitläufern bei der Neubearbeitung des Landeswahlgesetzes das passive Wahlrecht zu gewähren.

Zur Neuorganisation und Erweiterung des Wirtschaftsbeirates werden von Direktor *Elsen* folgende Vorschläge und Forderungen vorgebracht: Doppelte Aufgliederung des Wirtschaftsbeirates a) nach Bundeswahlkreisen, b) nach Ausschüssen, die den Ausschüssen des Bundesparlaments entsprechen, c) Errichtung eines Koordinierungsausschusses, der die Fühlung mit dem Bundestag und Bundesrat hält, um dort die Wünsche des Wirtschaftsbeirates zu vertreten.

Die Versammlung billigt die Vorschläge und gibt dem Wunsche Ausdruck, daß der Wirtschaftsbeirat sie so schnell wie möglich verwirklichen soll, um zu praktischer Arbeit für die Partei zu gelangen.

[48] Nicht ermittelt.
[49] Eine schnelle Bereinigung des Finanzdesasters, das Der Gerade Weg verursacht hatte, gelang jedoch nicht. Noch im Januar 1955 schlugen die Verbindlichkeiten aus diesem gescheiterten Experiment mit 167 000 DM zu Buche. BayHStA, NL Ehard 1228, vorläufige Bilanz der Abwicklung des Verlags Der Gerade Weg vom 15. 1. 1955.
[50] Vgl. Nr. 28a–c.
[51] Das Protokoll dieser Sitzung findet sich bei den im ACSP verwahrten Akten der Landesleitung.
[52] Vgl. Nr. 29.

Es folgt eine kurze Aussprache über die internen Verhältnisse der Bezirksverbände Niederbayern und Oberpfalz. Die Regelung dieser Angelegenheiten, insbesondere des Konflikts zwischen dem Bezirksvorsitzenden der Oberpfalz und mehreren Kreisverbänden dieses Bezirksverbandes[53], soll durch persönliches Eingreifen des Landesvorsitzenden und des Generalsekretärs herbeigeführt werden.

Da von allen Teilnehmern der Versammlung auf die mangelhafte und unwürdige Unterbringung der Landesgeschäftsstelle hingewiesen wird, wird auf Anregung des stellvertretenden Generalsekretärs *Brunner* beschlossen, ihn selbst und Direktor Elsen mit der Regelung dieser Frage im Sinne einer baldigen Umquartierung zu beauftragen.

Zum Schluß wird der Abgeordnete von Prittwitz und Gaffron in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Ausschusses für zwischenstaatliche Beziehungen beauftragt, ein Referat auszuarbeiten, das geeignet ist, die Ost-West-Frage aus der Sphäre der Polemik in die der sachlichen Betrachtung überzuleiten[54].

Nr. 27c

Pressenotiz über die Sitzung des geschäftsführenden Landesvorstands der Christlich-Sozialen Union am 5. Dezember 1949 in München

ACSP, LGF-LV[55]

Am 5. Dezember 1949 fand in München unter dem Vorsitz des Landesvorsitzenden, Ministerpräsident Dr. Ehard, eine Tagung des geschäftsführenden Vorstandes der Christlich-Sozialen Union statt. Außer den ordentlichen Mitgliedern nahmen auf Einladung des Landesvorsitzenden der Bezirksvorsitzende Mittelfrankens, Karl Sigmund Mayr, der Bezirksvorsitzende [von] Nürnberg-Fürth, Abgeordneter Euerl, der Vorsitzende des Ausschusses für zwischenstaatliche Beziehungen, Abgeordneter von Prittwitz und Gaffron, das Mitglied des Evangelischen Frauenbundes, Frau Eva Schleip (Ansbach), und Direktor Elsen von der Bayerischen Staatsbank teil. Die Tagungsordnung befaßte sich vor allem mit der Finanzierung der Partei und der Organisation der Parteipresse sowie mit aktuellen innen- und außenpolitischen Problemen.

Im einzelnen wurde festgestellt, daß die Finanzgrundlage der Partei ausreichend gesichert sei. Für die Abwicklung der Verbindlichkeiten der Zeitung „Der Gerade Weg" wurde ein Liquidator bestellt. Es wurde ferner beschlossen, die Par-

[53] Zur Rebellion des Kreisverbands Roding gegen Fritz Dengler, den Vorsitzenden des CSU-Bezirksverbands Oberpfalz, vgl. das Material im BayHStA, NL Ehard 1214.

[54] ACSP, LTF I, 15–20/4, Referat des Landtagsabgeordneten Dr. Friedrich von Prittwitz und Gaffron „Deutschland und Europa" anläßlich der Landesausschuß-Sitzung der CSU in Fürth am 14./15. 1. 1950.

[55] Die Pressenotiz findet sich mit kleinen Abweichungen auch in: CSU-Correspondenz vom 6. 12. 1949, S. 1.

teizeitung „Union" in nächster Zeit im Berliner Format erscheinen zu lassen, sie anstelle des bisherigen Flüchtlingsdienstes mit einer Flüchtlingsbeilage zu versehen und die Leitung der drei Parteiorgane „Union", Parteikorrespondenz und Informationsdienst in einer Redaktion zusammenzufassen.

Als wichtigstes Problem der Innenpolitik wurde die Frage der politischen Gleichberechtigung der Mitläufer erörtert. Veranlassung hiezu war unter anderem eine Entschließung des Bezirksverbandes Nürnberg-Fürth auf dessen Generalversammlung am 4. Dezember 1949, „wonach die Fraktion der Christlich-Sozialen Union im bayerischen Landtag aufgefordert wird, den Mitläufern bei der Neubearbeitung des Landeswahlgesetzes das passive Wahlrecht zu gewähren"[56]. Der geschäftsführende Vorstand hat sich dieser Entschließung angeschlossen.

Abgeordneter von Prittwitz und Gaffron wurde beauftragt, auf Grund seiner außenpolitischen Erfahrung ein Referat über [die] Ost-West-Frage auszuarbeiten, das geeignet ist, dieses Problem aus der Sphäre der Polemik in die der sachlichen Betrachtung überzuleiten.

Es wurde ferner beschlossen, die Landesvorstandschaft [zum] 17. Dezember 1949 nach München, den Landesausschuß zum 14./15. Januar 1950 nach Fürth in Bayern einzuberufen.

Nr. 28a

Aktennotiz zur Sitzung des Landesvorstands der Christlich-Sozialen Union am 17. Dezember 1949 in München[1]

BayHStA, NL Ehard 1196[2]

1. *Finanzstatut der Partei*

Vor den Wahlen nur wenige 100 Mark Kassenbestand – Finanzierung durch Spenden – Soll-Aufkommen der Kreisverbände an die Landesleitung monatlich ca. DM 13000, Ist-Aufkommen monatlich ca. DM 1000[3].

Neue Finanzierungsmethoden: Kreisverbände sollen grundsätzlich Mitgliedsbeiträge erheben, jedoch nicht mehr Beitragsaufkommen nach Anzahl der Mitglieder an die Landesleitung leisten. Für jeden Kreis- und Bezirksverband soll ein fester Betrag festgesetzt werden, der monatlich an die Landesgeschäftsstelle abzu-

[56] Weitere Informationen zu dieser Versammlung wurden nicht ermittelt.

[1] Auf der Notiz finden sich mehrere, teils durchgestrichene handschriftliche Randbemerkungen Hans Ehards. Diese Stichpunkte lauten: „Gerader Weg", „Geschäftsführer", Landesschatzmeister!", „Wirtschaftsbeirat", „Bezirksvors. 7. 1. 50", „Presseangriff", „Dank Weihnachten", „Berufssoldaten", „Entnazifizierung", „Dank an Gesch.-Stelle". Eine Stelle ließ sich nicht zweifelsfrei entziffern.

[2] Ein Bericht über diese Sitzung findet sich unter dem Titel „Die CSU im Kommen" in: CS-Union vom 24. 12. 1949.

[3] Zur Finanzsituation der CSU vor der Bundestagswahl von 1949 vgl. Schlemmer, Aufbruch, S. 340f.

führen ist[4]. Den Kreisverbänden bleibt es dann überlassen, die Mitgliedsbeiträge gestaffelt (Arbeitslose usw., Patenschaften für einzelne Mitglieder) von den Mitgliedern einzuheben [sic!]. Ferner sollen Landtags- und Bundestagsabgeordnete pro Abgeordneter monatlich DM 25 und Mitglieder der Staats- und Bundesregierung monatlich 35 DM an die Landesleitung abführen[5]. Außerdem soll der Wirtschaftsbeirat zur Finanzierung beitragen (hierzu Kurzreferat von Direktor Elsen).

„Gerader Weg" – Abwickler Mayr – Gutersohn (Fürth)[6].

2. *Publikationsorgane der Partei*
Referat Staatsekretär Sedlmayr.
Wochenzeitung „Die Union": Vergrößerung auf Berliner Format unter Beibehaltung des Verkaufspreises von zehn Pfg., Einbau des Flüchtlingsdienstes und einer Frauenbeilage. Informationsdienst wird ab 31. Dezember 1949 eingestellt. „CSU-Correspondenz" bleibt. Angestrebt wird „Die Union" und [die „CSU-] Correspondenz" unter einen Chefredakteur zu vereinen. Jetzige Lösung: Redaktion Dr. Deuerlein, Gasteiger, Wittkowski[7] nur provisorisch, kein Vertrag abgeschlossen. „Union" soll im Zeitungshandel erscheinen, größere Werbung auch für Anzeigen. Ferner Titeländerung.

3. *Vorbereitung der Landesausschuß-Sitzung*
Termin 14./15. Januar 1950 – Ort: *Fürth*
Wahl der Stellvertreter:
1. Wiederwahl Dr. Horlachers
2. Nach Ausscheiden Haußleiters: Karl Sigmund Mayr, Fürth.

Landesausschuß-Sitzung soll sich in zwei Teile gliedern:
1. intern
2. öffentlich mit Presse.

4. *Politische Aussprache*
Es sollen nach Möglichkeit nur grundsätzliche Fragen erörtert werden. Bonn, Bundestag, Bundesrat (Bericht Dr. Ehard und Strauß).

Parteipolitisch: Austritt Haußleiter[8] – bisher ohne nennenswerte Rückwirkungen auf die Partei.

Andere Parteien Bayerns: Besondere Aktivität und Versammlungen in größerer Anzahl und Umfang im letzten Vierteljahr nicht festzustellen.

[5.] *Organisation der Partei*
Aktivierung muß systematisch betrieben werden. Hauptgewicht ist auf Kreis- und Ortsverbände zu legen. Verschiedene Kreisverbände und eine Anzahl Ortsverbände sind vollkommen inaktiv. Die Landesleitung betreibt die erste Aktion der Aktivierung in Niederbayern. Hier wie überall Millimeterarbeit. Kreisgeschäftsführerbesprechung am 26. November in Plattling[9], ständiges Büro des

[4] Diese Regelung trat allerdings erst im April 1951 in Kraft; vgl. ebenda, S. 468.
[5] Vgl. hierzu auch Nr. 27b.
[6] Handschriftlich ergänzt.
[7] Nicht ermittelt.
[8] Vgl. Nr. 25 und Nr. 27a.
[9] Nicht ermittelt.

Bundesministers Schäffer in Passau[10]. Zweite Aktion in Oberbayern, dritte in der Oberpfalz (Oberpfalz: Fall Dr. Dengler, Presseveröffentlichungen über Berufssoldatentum[11] schädlich). Dort auch große Unzufriedenheit bei einigen Kreisverbänden – sonst Dr. Dengler aktiv.

Hauptgewicht ist auf ein gut arbeitendes Funktionär-System zu legen. Wunsch der Kreisverbände: hauptamtliche Kreisgeschäftsführer, Zusammenfassung jedoch mehrerer Kreisgeschäftsstellen unter einen Geschäftsführer, hängt jedoch von der Finanzierung ab.

Versammlungswellen wie in Unterfranken nicht empfehlenswert[12]. Bewährt vier- bis sechswöchentliche Versammlungen der Ortsverbände, grundsätzliche Themen: Aufklärung über die Parteiarbeit und etwa achtwöchentliche Versammlungen der Kreis- und Bezirksverbände mit prominenten Rednern. Klagen über sehr häufige Absagen von prominenten Parteimitgliedern. Weiter empfehlenswert: Ständige Einrichtung von Sprechtagen der Abgeordneten, Bestellung von einer Art Vertrauensleuten (Wahlschöffen der Bayernpartei). Ferner Besprechung des Landesvorsitzenden in jedem Bezirksverband mit Landräten, Bürgermeistern usw. zwecks Demokratisierung der Parteiarbeit. Bewährt stattgefundene Besprechung [...] am 31. Oktober 1949 in Würzburg[13].

Einrichtung eines Frauensekretariats! Junge Union[14].

[6.] Verschiedenes

.....

[7.] *Satzungsänderung*

Satzungskommission soll neu organisiert werden unter Vorsitz Rechtsrat Weinkamm in Augsburg.

[10] Neben Fritz Schäffer in Passau hatte auch Franz Josef Strauß ein Sekretariat in Schongau eingerichtet. Die Bundes- und Landtagsabgeordneten für Bamberg, Emil Kemmer, Hans Ehard und Georg Meixner, unterhielten gemeinsam eine Geschäftsstelle in Bamberg. Hier lagen die Keimzellen für die seit 1955 systematisch ausgebaute Bundeswahlkreisorganisation der CSU. Vgl. Schlemmer, Aufbruch, S. 462f.

[11] Vgl. Nr. 27a.

[12] Vgl. Nr. 27a mit Anm. 34.

[13] Nicht ermittelt.

[14] Diese beiden Punkte wurden handschriftlich ergänzt.

Nr. 28b

Sitzung des Landesvorstands der Christlich-Sozialen Union am 17. Dezember 1949 in München

Tagesordnung[15]:
1. Parteifinanzen
2. Wirtschaftsbeirat der Union
3. Haltung der CSU zur Frage der Mitbestimmung
4. Parteipresse
5. Ernennung eines stellvertretenden Generalsekretärs
6. Vorbereitung der Sitzung des Landesausschusses

Tagungsort: München, Maximilianeum, Sitzungssaal der CSU-Fraktion

Anwesend[16]: Ankermüller, Butterhof, Dengler, Ehard, Elsen, Euerl, Fackler, J. Fischer, Frommknecht, Geiger, Greib, Hellmann, Hergenröder, Höhenberger, Hundhammer, Krehle, von Kühlmann, Kuhmann, Lang-Brumann, Lutz, Mayr, Meyer-Spreckels, Michel, H. Müller, Muhler, von Prittwitz-Gaffron, Rinke, Sattler, Schefbeck, E. Schleip, Schlögl, Schmid, Schmidt, Sedlmayr, Seidel, Strauß, Unertl

Beginn: 10 Uhr

Protokollführer: Heinz Heggenreiner

ACSP, LGF-LV

Die Vorstandschaft befaßt sich zunächst mit der Finanzierungsfrage der Partei. Es wird festgestellt, daß das Beitragsaufkommen der Partei ungenügend ist und die Bedürfnisse nicht deckt. Trotzdem ist es gelungen, die Landesgeschäftsstelle von Schulden zu befreien. Eine Belastung bildet noch die Abwicklung des „Geraden Wegs“[17].

Zu der von der Presse diskutierten sogenannten Affaire Schachtner wird festgestellt, daß der Vorschlag einer Wählersteuer von Herrn Schachtner lediglich als Privatmann gemacht wurde[18]. Die Partei hat eine solche niemals ernstlich diskutiert.

Es wird ferner vorgeschlagen, die Beitragszahlungen für die Landesleitung der CSU künftig pauschal durch die Bezirksverbände vornehmen zu lassen und – wenn irgend möglich – in jedem Bezirksverband zwei bis drei Kreisverbände

[15] Rekonstruiert anhand des Protokolltextes und des Einladungsschreibens zur Sitzung des Landesvorstands am 17. 12. 1949, gez. Josef Brunner, vom 9. 12. 1949 (ACSP, LGF-LV 17. 12. 1949); die mit der Einladung verschickte Tagesordnung lautete: 1. Finanzstatut der Partei; 2. Publikationsorgane der Partei; 3. Vorbereitung der Landesausschuß-Sitzung; 4. Politische Aussprache; 5. Verschiedenes.

[16] ACSP, LGF-LV 17. 12. 1949, Anwesenheitsliste zur Sitzung des Landesvorstands am 17. 12. 1949; zwei Unterschriften sind unleserlich.

[17] Vgl. Nr. 27b.

[18] Zur Behebung der finanziellen Misere der CSU hatte CSU-Landesschatzmeister Richard Schachtner den Vorschlag einer „Wählersteuer“ unterbreitet, der auf eine staatliche Parteienfinanzierung hinauslief. Nach heftigen Presseattacken mußte Schachtner von seinem Amt zurücktreten. Vgl. Schlemmer, Aufbruch, S. 469. Material hierzu findet sich – Zeitungsausschnitte eingeschlossen – im BayHStA, NL Ehard 1214.

unter einem hauptamtlichen Geschäftsführer zusammenzufassen. Es soll damit erreicht werden, daß einschließlich der von den Ministern, Bundestagsmitgliedern und Landtagsmitgliedern der Partei zu leistenden Beiträge, ein ordentlicher Etat mit festen Größen aufgestellt werden kann, während sich der außerordentliche Etat (Wahlfonds usw.) aus außerordentlichen Beiträgen und Spenden zusammenzusetzen hätte.

Es referiert anschließend der vorläufig beauftragte Landesschatzmeister, Direktor *Elsen*, über Organisation, Zweck und Tätigkeit des Wirtschaftsbeirates. Die Organisation soll in doppelter Form durchgeführt werden: 1. Regionale Aufgliederung, 2. Ausschuß-Gliederung. Zur Zeit umfaßt der Wirtschaftsbeirat rund 300 Mitglieder mit einem Jahresbeitrag von DM 20. Zweck des Beirats: Die Beziehung der Wirtschaft zur Partei und zum Parlament zu aktivieren und Wirtschaftsberatung für die Mitglieder durchzuführen. Ferner der Partei in Wirtschaftsfragen beratend zur Seite zu stehen. Eine Wirtschaftskorrespondenz der CSU soll gegründet werden.

Ministerialrat *Rinke* stellt zum Thema fest, daß Hauptzweck des Wirtschaftsbeirates sei, die Wirtschaft für die CSU zu gewinnen, finanzielle Unterstützung der Partei sei erst eine zweite Sorge.

Direktor *Elsen* vertritt die Ansicht, daß der wirtschaftspolitische Ausschuß der Partei bisher ungenügend funktioniert habe und ohne Schaden aufgelöst werden könne.

Direktor *A. W. Schmidt* beklagt die ungenügende Zusammenarbeit zwischen Partei und Fraktion, in deren Folge die Politik ohne die Partei gemacht werde.

Der *Landesvorsitzende* erklärt, daß die politischen Gremien und Ausschüsse der Partei nun sachliche Unterlagen bekommen sollen; zwischen Wirtschaftsbeirat und wirtschaftspolitischem Ausschuß sei enge Zusammenarbeit notwendig.

Anschließend wird Direktor Elsen mit der Führung der Geschäfte des Landesschatzmeisters beauftragt.

Karl Sigmund Mayr, Fürth, berichtet über seine bisherige Tätigkeit in der Abwicklung des „Geraden Wegs", die hauptsächlich in der Feststellung der tatsächlichen Schulden und der Außenstände bestanden hat.

Der Landesvorsitzende Ministerpräsident Dr. *Ehard* streift sodann die Frage des Mitbestimmungsrechtes der Arbeiter im Betrieb[19] und formuliert den Standpunkt der Partei wie folgt: Das Mitbestimmungsrecht darf nicht zum politischen Instrument der Gewerkschaften werden und die „kalte Sozialisierung" sowie die Tendenz zum Kollektivismus zur Folge haben. Also „kein Mitbestimmungsrecht der Gewerkschaften, wohl aber der Arbeiter".

Nach einer einstündigen Pause berichtet Staatssekretär *Sedlmayr* anschließend über die Entwicklung der Parteipresse und erwähnt die mangelnde Zahl[ungs]be-

[19] Zu den Auseinandersetzungen um die außerbetriebliche und betriebliche Mitbestimmung der Arbeitnehmer und Gewerkschaften vgl. Schwarz, Ära Adenauer 1949–1957, S. 127–130, und Schneider, Kleine Geschichte der Gewerkschaften, S. 270–282. Zur Umsetzung des Gesetzes über die Montanmitbestimmung, das der Bundestag schließlich am 10. 4. 1951 annahm, vgl. Süß, Kumpel und Genossen, S. 81–97.

reitschaft der Kreisverbände für die bezogenen Zeitungen. Der derzeitige Außenstand = 8000 DM.

Minister *Hundhammer* stellt zum Thema fest, daß das Unions-Blatt aus Propaganda-Gründen von den Versammlungsrednern immer wieder zitiert werden müsse. Als zeitliche Folge für die Umgestaltung der „Union" schlägt er aus seiner Erfahrung heraus vor: Zuerst neues Format und neuer Titel, dann Inseratensammlung. Zuerst Angebot, dann Nachfrage. Der Titel brauche nicht sogleich die Partei zu verraten. Das Studium der Inserate in der Gesamtpresse gebe merkwürdige Aufschlüsse über die Schwäche der bürgerlichen Wirtschaft gegenüber der sozialisierungsfreundlichen SPD und sogar der KPD.

Generalsekretär *Strauß* entwickelt dann kurz ein Organisationsprogramm für die neue Zeitung: Berliner Format, neuer Titel: „Bayern-Kurier"[20], Vertrieb a) durch Parteiapparat (Kreisverbände!), b) kaufmännischer Vertrieb (durch eigenen Vertriebsleiter!), Aktualisierung der Überschriften und des Inhaltes, Annoncenwerbung als Rentabilitätsgrundlage.

Der *Landesvorsitzende* hält für nötig, das Lokalkolorit zu betonen sowie eine Flüchtlingsbeilage anzufügen und durch sie den Flüchtlingsdienst zu ersetzen, ferner *keine* Preiserhöhung eintreten zu lassen. Außerdem empfiehlt er Rücksicht auf die uns nahestehende Presse, die nicht geschädigt werden soll.

Abgeordneter *Michel* schlägt Werbeprämien vor.

Die bisherigen Mitteilungen für Vertrauensleute kommen in Wegfall und werden nur im Bedarfsfalle, vor allem bei Wahlen, zeitweise wieder erscheinen.

Es wird ferner beschlossen, die endgültige Berufung eines stellvertretenden Generalsekretärs in der Person des Herrn Josef Brunner vorzunehmen[21], den Landesausschuß zum 14./15. Januar 1950 nach Fürth einzuberufen und die Einladungen hierzu sofort ergehen zu lassen.

Nr. 28c

Entwurf für eine Notiz über die Sitzung des Landesvorstands der Christlich-Sozialen Union am 17. Dezember 1949 in München

ACSP, LGF-LV

[...][22]

Die Tagung der Landesvorstandschaft am 17. Dezember 1949 in München befaßte sich hauptsächlich mit nachfolgenden Punkten: Mit dem Austritt des Abgeordne-

[20] Zum Bayern-Kurier, der erstmalig am 3. 6. 1950 erschien und dessen Titel an das BVP-Organ Bayerischer Kurier erinnerte, vgl. Mintzel, Anatomie, S. 165.

[21] Vgl. Nr. 25.

[22] Ausgelassen wurden die ersten beiden Abschnitte; der erste Abschnitt kennzeichnet den Gegenstand der Notiz, der zweite nimmt Bezug auf die Sitzung des geschäftsführenden Landesvorstands der CSU am 5. Dezember 1949; vgl. Nr. 27a–c.

ten Haußleiter und dessen voraussichtlicher neuer Parteigründung, wobei festzustellen war, daß die protestantische Wählerschaft entgegen den Erwartungen Haußleiters keinerlei Neigung zeigte, ihm hierbei zu folgen. Auch der Rücktritt der Frau Meyer-Spreckels aus dem Landesvorstand[23], der im Zusammenhang mit der Aktion Haußleiter gewertet werden muß, hat diese Haltung unserer protestantischen Wähler nicht beeinflussen können.

Bei der anschließenden Behandlung organisatorischer Fragen der Partei wurde die Berufung von Josef Brunner als Stellvertreter des durch seine Bundestagsarbeit meist in Bonn gebundenen Generalsekretärs Strauß gebilligt.

Zur weiteren Aktivierung der Parteiarbeit wurde beschlossen, organisatorische Änderungen im Sinne der Aktivierung, Finanzfragen und Fragen der Parteipresse in kleineren Ausschüssen einer raschen Lösung entgegenzuführen. Die Arbeit der Fraktion im Bundestag und Landtag fand die volle Zustimmung der Vorstandschaft. Eine Anregung, ein besonderes Frauensekretariat und ein Sekretariat für die Junge Union, verbunden mit regelmäßigen Sprechstunden, bei der Landesleitung zu bilden, wurde angenommen, Entscheidung hierüber erfolgt bei der Landesausschuß-Sitzung im Monat Januar.

[...][24]

Nr. 28d

Kommuniqué über die Sitzung des Landesvorstands der Christlich-Sozialen Union am 17. Dezember 1949 in München

CSU-Correspondenz vom 19. 12. 1949, S. 1

Unter dem Vorsitz von Ministerpräsident Dr. Hans Ehard erörterte die Landesvorstandschaft der CSU am 17. Dezember in München Organisationsfragen der Partei. Die Landesvorstandschaft beschloß die Einberufung des Landesausschusses der CSU für den 14./15. Januar 1950 nach Fürth. Für die Tagung des Landesausschusses sind u. a. Referate der Bundesminister Schäffer, Erhard und Niklas über Probleme der Finanz-, Wirtschafts- und Landwirtschaftspolitik vorgesehen. Bundestagsabgeordneter Strauß wird über Politik und Stellung der CSU in Bonn berichten, Botschafter a. D. von Prittwitz zum Thema „Deutschland und Europa" referieren. Der Landesausschuß wird ferner die satzungsmäßig notwendige Neuwahl von Mitgliedern der Landesvorstandschaft sowie die Neuwahl der stellvertretenden Landesvorsitzenden vornehmen. Auf der Sitzung der Landesvorstandschaft ist angeregt worden, einen der beiden Landesvorsitzenden-Stellvertreter aus den südbayerischen Bezirksverbänden zu nehmen. Die Landesvorstandschaft legte fest, daß sich der Landesausschuß auch mit Fragen beschäftigen soll, die im

[23] Vgl. Nr. 25.

[24] Die letzten beiden Abschnitte beschäftigen sich mit der Arbeit von Wirtschaftsbeirat und Partei nach dem 17. Dezember 1949.

Zusammenhang mit dem endgültigen Abschluß der Entnazifizierung stehen. Der Landesausschuß-Sitzung am 14./15. Januar wird am 7. Januar noch eine Besprechung der Bezirksvorsitzenden mit dem Landesvorsitzenden vorangehen[25].

Auf der Sitzung der Landesvorstandschaft wandten sich sowohl Ministerpräsident Dr. Ehard als auch Kultusminister Dr. Dr. Hundhammer gegen die von der Oppositionsseite betriebene Landtagsauflösung[26]. Ministerpräsident Dr. Ehard erklärte, die Tätigkeit von Regierung und Landtag dürfe im besonderen Hinblick auf die notwendige Einflußnahme auf die Bonner Arbeit nicht vorzeitig unterbrochen werden. Dr. Hundhammer verwies auf die Praxis ständiger Regierungskrisen in Frankreich[27]. Wir sollten uns hüten, in Bayern unter Mißbrauch der Verfassung Parallelen zu schaffen, die ebenfalls zur Krise der Demokratie führen müßten.

Staatsbankdirektor Elsen wurde zum Landesschatzmeister der CSU bestimmt.

Nr. 29a

Disposition für die Besprechung des Landesvorsitzenden mit den Bezirksvorsitzenden der Christlich-Sozialen Union am 7. Januar 1950[1]

BayHStA, NL Ehard 1214

Letzte Tagung der Bezirksvorsitzenden am 28. Oktober 1949[2]. Inzwischen haben an Organen der Partei getagt: geschäftsführender Vorstand am 5. Dezember 1949[3], Landesvorstandschaft am 17. Dezember 1949[4]. Wesentliche Beschlüsse dieser Organe sind:

1. Bestellung eines neuen kommissarischen Landesschatzmeisters Franz *Elsen* (Rücktritt Schachtners[5]).
2. Finanzierung der Partei: Mitglieder der Regierung – DM 35; Landtags- und Bundestagsabgeordnete – DM 25; Mitglieder-Beitragsaufkommen durch die Kreisverbände nicht mehr prozentual [aufgrund] ihres Beitragsbestandes, son-

[25] Vgl. Nr. 29a und b.

[26] Die SPD hatte wenige Tage zuvor angekündigt, einen Antrag auf eine Auflösung des Landtags einbringen zu wollen. Ehard und Hundhammer hatten solche Vorstöße daraufhin als ebenso schädlich wie aussichtslos zurückgewiesen. Vgl. Südost-Kurier vom 10. 12. 1949: „Landtag bis zum natürlichen Ende".

[27] Zur von häufigen Regierungskrisen begleiteten innenpolitischen Situation in der französischen IV. Republik vgl. Loth, Geschichte Frankreichs, S. 133–141.

[1] Das ungezeichnete Dokument ist irrtümlich auf den 7. Januar 1949 datiert.

[2] Vgl. Nr. 26a-d.

[3] Vgl. Nr. 27a-c.

[4] Vgl. Nr. 28a-c.

[5] Zu den Hintergründen des Rücktritts von Richard Schachtner als Landsschatzmeister vgl. Nr. 28b mit Anm. 18.

dern festen Betrag monatlich. Etat-Aufstellung in Vorbereitung, Beschluß erforderlich durch den Landesausschuß.
3. Vorbereitung eines neuen Satzungsentwurfes durch Parteifreund Rechtsrat Weinkamm.
4. Strauß als Generalsekretär und Brunner als stellvertretender Generalsekretär bestätigt.
5. Einberufung des Landesausschusses zum 14./15. Januar 1950 nach Fürth (siehe Einladung[6]).
6. Sekretariat der Jungen Union, monatlich DM 250. Frauensekretariat grundsätzlich beschlossen, wird in der Landesgeschäftsstelle eingerichtet; Zuschuß noch offen.
7. Publikationsorgane der Partei:
   a) Ifo [Informationsdienst] wird vorläufig eingestellt;
   b) Flüchtlingsdienst mit „Union" bereits vereinigt;
   c) Chefredakteur-Frage noch offen, vorläufig nur Provisorium unter Leitung von Dr. Deuerlein.
   d) Mitte Februar Herausgabe gedruckter Rednerrichtlinien, die enthalten: Leistungen der Staats- und Bundesregierung, grundsätzliche Fragen zur Sozial- und Wirtschaftspolitik und Abgrenzung gegenüber den anderen Parteien[7].
   e) Fertige Reden, abgestimmt für Bauern, Arbeiter, Mittelstand und Wirtschaft, die nichtprominenten Rednern aus den Kreis- und Ortsverbänden die Grundlage für Rede und Diskussion geben.

Ferner ist beabsichtigt ein Rednerkalender und allenfalls ein einheitliches Versammlungsplakat.

Kreis- und Ortsverbände sollen nunmehr vier- bis sechswöchentlich regelmäßige Versammlungen abhalten, deren Durchführung von den Bezirksverbänden organisiert werden muß.

Aktivierung des Wirtschaftsbeirates (evtl. Kurzreferat *Elsen*).

Die Bezirksvorsitzenden sollen nunmehr Berichte aus ihren Bezirksverbänden geben.

[6] Unterlagen zur Sitzung des Landesausschusses in Fürth finden sich im BayHStA, NL Ehard 1214; ein Protokoll der Tagung ist in den im ACSP verwahrten Akten der CSU-Landesleitung überliefert.

[7] Nicht ermittelt.

Nr. 29b

Bericht über die Besprechung des Landesvorsitzenden mit den Bezirksvorsitzenden der Christlich-Sozialen Union am 7. Januar 1950

CS-Union vom 14. 1. 1950, S. 1

[...][8]

Der Landesvorsitzende der CSU, Ministerpräsident Dr. Ehard, versammelte am vergangenen Samstag die Bezirksvorsitzenden der Partei, um mit ihnen laufende Arbeiten zu besprechen. Dr. Ehard berichtete zunächst über die auf fast allen Gebieten der Partei erfolgte starke Aktivierung, die zu einem politischen Optimismus für 1950 berechtige. Was die Finanzlage der Partei betrifft, so verdient die Antwort des kommissarischen Landesschatzmeisters, Direktor Franz Elsen, auf die Frage, ob die Finanzlage konsolidiert sei, Beachtung, daß der Ausdruck Konsolidierung zu wenig besage. Direktor Franz Elsen berichtete über die verstärkte Arbeit des Wirtschaftsbeirates, der in Fachkreisen außerordentliches Interesse entgegengebracht werde. Allein der Terminkalender des Wirtschaftsbeirates zeigt, mit welchem Ernst und mit welchem Verantwortungsbewußtsein die für uns lebenswichtigen wirtschaftlichen Fragen aufgegriffen und behandelt werden. Am Rande nur sei in diesem Zusammenhang die Bemerkung eines rheinischen Industriellen bei der letzten Veranstaltung des Wirtschaftsbeirates gegenüber Bundesfinanzminister Fritz Schäffer angeführt[9]: in Bayern erfahre man mehr und Neueres als in Bonn.

Das immer stärker werdende Interesse der jüngeren Generation an der politischen Arbeit der CSU zeigt, daß die Partei in der Lage ist, sich eine junge politische Mannschaft heranzuziehen, die mit der Begeisterung und der Entschiedenheit, mit der der größte Teil dieser jungen Freunde in der Zeit der Illegalität ihr Bekenntnis zu ihrem christlichen Glauben bekundeten, sich den politischen und sozialen Aufgaben zuwenden, die zu einer raschen Lösung drängen. Der Entschluß, ein Frauensekretariat zu bilden, wird der aufklärenden Werbung unter den Frauen wertvolle Unterstützung leisten. Daß diese parteiinterne Intensivierung vom Sommer 1949 bis heute erreicht wurde, verdankt die CSU in erster Linie ihrem Landesvorsitzenden, Ministerpräsident Dr. Hans Ehard, aber auch den Fraktionsvorsitzenden in Bonn und München und ihren Generalsekretären. Das Gespann Strauß – Brunner im Generalsekretariat der CSU hat sich seit Oktober 1949 als glücklich und erfolgreich erwiesen, so daß der Wunsch geäußert werden darf, unsere Freunde Strauß und Brunner möchten in diesem Jahr in gleicher Weise zusammenarbeiten und zusammenwirken.

[8] Der Bericht wird mit einigen Worten zum Jahreswechsel und Seitenhieben gegen die BP eröffnet, die nichts mit der Konferenz der Bezirksvorsitzenden zu tun haben und auf deren Wiedergabe daher verzichtet wird.

[9] Nicht ermittelt.

[...][10]
Ministerpräsident Dr. Ehard übte vor den Bezirksvorsitzenden am vergangenen Samstag scharfe Kritik an *den* Beamten, die statt Diener des Volkes dessen Sklavenhalter sind. Dr. Ehard führte dabei Beispiele von Beschwerden an, die er nachprüfen ließ und die zu Recht an ihn gerichtet waren. Er wandte sich deshalb in unmißverständlicher Weise an die Bezirksvorsitzenden mit der Aufforderung, in ihrem Gebiet, in ihrer Tätigkeit dafür Sorge zu tragen, daß jeder Antragsteller, jeder Frager zumindest eine anständige Antwort erhält, aus der er eine wohlwollende Einstellung gegenüber seinem Anliegen entnehmen kann. Das Volk in der Gesamtheit beurteilt eine Regierung nicht nach der vorbildlichen Haltung des Ministerpräsidenten, sondern nach der meist weniger vorbildlichen Haltung des Wohnungsbeamten, des Steuerinspektors und des Fürsorgebeamten. Wohl können die Wünsche und die Ersuchen, die an die Behörden herangetragen werden, nur zum kleinen Teil erfüllt werden, aber auch abschlägige Bescheide können anständig und in menschlicher Weise gegeben werden. Jeder von uns – das ist der Sinn des Appells Dr. Ehards – tue auf dem Platz, auf den er gestellt ist, seine Pflicht und sei seinen Mitmenschen gegenüber Mensch. Jeder, ob Minister oder Schreiber, ob Staatssekretär oder Arbeiter, der sich zur CSU bekennt, muß sich bewußt sein, daß die Unterlassungen und die Fehler, die er begeht, auf das Konto der CSU angerechnet werden. Gerade im kommenden Jahr der Entscheidung wird es notwendig sein, daß jeder von uns sich daran erinnert.
[...][11]

Nr. 30a

Sitzung des geschäftsführenden Landesvorstands der Christlich-Sozialen Union am 4. Februar 1950 in München

Tagesordnung[1]:
1. Politische Lage
2. Personalia
3. Sitzung des Landesausschusses am 14./15. Januar 1950 in Fürth
4. Vorbereitung der Landesversammlung
5. Finanzierung der Partei
6. Parteipresse
7. CSU und konfessionelle Organisationen

Tagungsort: unbekannt

[10] Es folgen allgemeine Ausführungen zur Konsolidierung der CSU nach der Wahl Ehards und zu politischen Gegnern wie Joseph Baumgartner und August Haußleiter.
[11] Der Artikel endet mit einem Ausblick auf die bevorstehende Sitzung des Landesausschusses der CSU am 14./15. 1. 1950 in Fürth.

[1] Rekonstruiert anhand des Protokolltextes und anhand des Textes von Nr. 30b. Ein Bericht über diese Sitzung findet sich unter dem Titel „Unsere Arbeit entscheidet" in: CS-Union vom 11. 1. 1950.

Anwesend[2]: Brunner, Ehard, Elsen, Euerl, von Goss, Heggenreiner, Hundhammer, Mayr, Muhler, von Prittwitz-Gaffron, Schwend, Sedlmayr

ACSP, LGF-LV

Ministerpräsident verweist auf die Notwendigkeit der Beendigung der Entnazifizierung[3]. In diesem Zusammenhang Frage, ob Verordnung 113 verfassungswidrig ist[4]. Schlägt vor, diesen Punkt aus dem ganzen Komplex herauszunehmen.

Schwierigkeiten hinsichtlich der Besetzung des Finanzministeriums[5]. In diesem Zusammenhang Hinweis auf die Interpellation über Neofaschismus (Radio-Übertragung), die höchst überflüssige, nachteilige Wirkungen hinsichtlich des Auslandes haben mußte. Schaffung einer unangenehmen Atmosphäre[6]. Kurz vor-

[2] Laut Anwesenheitsliste in Nr. 30b.

[3] Vgl. zu diesem 1949/50 viel diskutierten Thema ausführlich Niethammer, Mitläuferfabrik, S. 483–537. Das vorläufige Ende der Entnazifizierung wurde im Gesetz zum Abschluß der politischen Befreiung vom 27. 7. 1950 geregelt (vgl. BGVBl. 1950, S. 107f.). Bereits im März 1950 war das zuständige Ministerium für Sonderaufgaben aufgelöst worden. Endgültig abgeschlossen wurde die Entnazifizierung jedoch erst mit der Auflösung des Amts für politische Befreiung im Jahr 1960. Vgl. Lanzinner, Sternenbanner, S. 64.

[4] Gemeint ist die Verordnung Nr. 113 zur Regelung der Rechtsverhältnisse der vom Gesetz zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus betroffenen Beamten vom 29. 1. 1947, in: BGVBl. 1947, S. 82–85. Diese Verordnung erklärte das Beamtenverhältnis sowie die Besoldungs- und Pensionsansprüche der im Zuge der Entnazifizierung entlassenen Beamten für erloschen. Zudem regelte es die Modalitäten einer eventuellen Wiedereinstellung: Hauptschuldige und Belastete durften nicht wiedereingestellt werden, Minderbelastete nur im Angestelltenverhältnis und in untergeordneter Tätigkeit. Mitläufer und Entlastete konnten zwar grundsätzlich wiedereingestellt werden, mußten zuvor jedoch von ihrer früheren Behörde im Hinblick auf ihre fachliche und persönliche Eignung überprüft werden; zudem mußten die Militärregierung sowie das zuständige Staatsministerium zustimmen. Eine Reihe von Betroffenen hatte gegen diese Verordnung und andere Rechtsnormen, die die Stellung der Beamten im Zuge der Entnazifizierung betrafen, vor dem Bayerischen Verfassungsgerichtshof geklagt, der im Juli 1950 die Verordnung Nr. 113 für verfassungswidrig und damit ex tunc für nichtig erklärte. Vgl. Entscheidung des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs wegen Verfassungswidrigkeit des Art. 184 der bayerischen Verfassung, der Art. 162 und 165 des bayerischen Beamtengesetzes, der Verordnungen Nr. 113 vom 29. 1. 1947 und 14. 7. 1948 und der hiezu ergangenen Vollzugsbestimmungen, sowie der VO vom 17. 8. 1948, in: BGVBl. 1950, S. 97–106.

[5] Der CSU-Politiker Hans Kraus hatte Ehard am 29. 12. 1949 mündlich und am 3. 2. 1950 schriftlich darum gebeten, ihn von seinem Amt zu entbinden. Der Ministerpräsident entsprach dieser Bitte, und auch der Landtag billigte am 8. 2. 1950 Kraus' Entlassung aus dem Kabinett. Offiziell wurden als Begründung das fortgeschrittene Lebensalter des 70jährigen Ministers und seine angegriffene Gesundheit genannt. Hinter dem Rücktritt standen jedoch die Affäre um die Finanzierung des Wiederaufbaus des Stuttgarter Hotels „Royal" unter der Regie des staatlichen Hofbräuhauses und Vorwürfe, der Sohn des Ministers, Heribert Kraus, habe seine Stellung als zweiter Braumeister im Hofbräuhaus durch Patronage erhalten. Zudem war Kritik an der fiskalischen Finanzpolitik des Ministers laut geworden, die angeblich zu wenig Rücksicht auf die Belange der Wirtschaft genommen habe. Vgl. Gelberg, Einleitung zu: Kabinett Ehard II – 1949, S. XXXf. und S. 193f. (Protokoll der Sitzung des Ministerrats am 4. 7. 1949).

[6] Am 17. 1. 1950 hatte sich der bayerische Landtag mit neonazistischen Umtrieben im Freistaat (unter anderem mit öffentlichen Äußerungen des Landtagsabgeordneten Karl Meißner) beschäftigt. Während Wilhelm Hoegner für die SPD und Friedrich Wilhelm von Prittwitz und Gaffron für die CSU diese entschieden verurteilten, machte August Haußleiter gegen die Entnazifizierung Front. Vgl. Stenographischer Bericht über die 137. Sitzung des bayerischen Landtags am 17. 1. 1950, S. 445–461. Ehard hatte schon im Vorfeld dieser Sitzung in der CSU-Fraktion vor den negativen Folgen einer öffentlichkeitswirksamen Auseinandersetzung mit diesem Thema gewarnt und unerfreuliche Reaktionen vor allem aus den USA prophezeit. ACSP, LTF-P, Protokoll der Fraktionssitzung am 17. 1. 1950.

her Vorstoß von Friedmann[7] und Wallenberg[8] gegen Ringelmann. Intrige mittels „Südost-Kurier" (angeblich sei Ministerpräsident Kraus in den Rücken gefallen zusammen mit Schwend)[9]. Bezold[10] hat gegen Ringelmann Stellung genommen[11]. Hinweis, daß in Amerika wieder eine Welle des Mißtrauens gegen Deutschland bestünde (Renazifizierung auf der ganzen Linie, insbesondere in Bayern – katholische Donau-Monarchie usw.)[12]. *Ministerpräsident* teilt mit, daß er in diesem Zusammenhang dem amerikanischen Besucher eine Zusammenstellung gegeben habe über die Besetzung der Spitzenstellungen in Bayern, aus der ersichtlich sei, daß sich darunter überhaupt kein ehemaliger Pg. befand. Ein Frankfurter Korrespondent der „New York Times"[13] wurde hierbei als böser Geist erwähnt. Die Lösung des Finanzminister-Problems durch Übernahme dieses Ministeriums durch den Ministerpräsidenten hält dieser nicht für glücklich[14].

Als weitere wichtige Probleme wurden die Gemeindeordnung und die Ersetzung des Landtagspräsidenten[15] erwähnt.

7 Werner Friedmann (1909–1969), Journalist, 1929–1933 Redakteur der Süddeutschen Sonntagspost und der Münchner Neuesten Nachrichten, 1933 als Regimekritiker und sogenannter Halbjude verhaftet, 1934–1939 freiberuflicher Übersetzer, 1940–1945 Teilnahme am Zweiten Weltkrieg, 1945 Lokalredakteur der Süddeutschen Zeitung, 1945/46 Leiter des Informationsamts der bayerischen Staatskanzlei, Sachverständiger der bayerischen Staatsregierung für Informationswesen beim Länderrat, seit August 1946 Mitherausgeber der Süddeutschen Zeitung und 1951–1960 ihr Chefredakteur, Gründer und seit 1961 Chefredakteur der Abendzeitung. Friedmann hatte sich am 16. 1. 1950 in der Süddeutschen Zeitung („Um einen Ministerstuhl") gegen die Ernennung eines ehemaligen NSDAP-Mitglieds zum Minister ausgesprochen.

8 Hans Wallenberg (1907–1977), Journalist, vor 1933 Redakteur bei Blättern des Ullstein-Verlags, 1938 Emigration in die USA, 1942 Eintritt in die U.S. Army, 1945 gemeinsam mit Hans Habe Gründer der Allgemeinen Zeitung in Berlin, 1946/47 und 1949–1953 Herausgeber und Chefredakteur der Neuen Zeitung, seit 1959 im Springer-Verlag tätig, 1963/64 Chefredakteur der Welt.

9 Am 22. 11. 1949 hatte der Südost-Kurier unter dem Titel „Regierungsumbildung in Bayern noch vor den Wahlen?" berichtet, es sei kein Geheimnis, daß Ehard in der Politik seines Finanzministers, der auch von anderen Parteifreunden mit ironischer Skepsis betrachtet werde, eine Belastung für Regierung und CSU sehe.

10 Otto Bezold (1899–1984), Jurist, 1930 Staatsanwalt, 1932 Amtsgerichtsrat in München, vor 1933 parteilos, 1945 Oberlandesgerichtsrat, 1954 Senatspräsident beim Oberlandesgericht München, 1946–1966 und 1970–1974 MdL (FDP), 1954–1957 bayerischer Staatsminister für Wirtschaft und Verkehr, 1957/58 bayerischer Innenminister, 1962–1966 Vizepräsident des bayerischen Landtags.

11 Nicht ermittelt.

12 Zu den amerikanischen Vorbehalten gegen die Entwicklung in Bayern am Ende der Besatzungszeit vgl. Rupieper, Wurzeln, S. 37–60.

13 Nicht ermittelt.

14 Hans Ehard hatte nach dem Ausscheiden von Hans Kraus aus dem Kabinett zunächst Staatssekretär Ringelmann als neuen Finanzminister favorisiert. Dessen Berufung scheiterte jedoch sowohl am Widerstand aus der Landtagsfraktion gegen den parteilosen Finanzfachmann (ACSP, LTF-P, Protokoll der Fraktionssitzung am 17. 1. 1950) als auch an Presseangriffen wegen seiner politischen Vergangenheit (vgl. Bayerische Rundschau vom 21. 1. 1950: „PG. als Finanzminister"). Ringelmann hatte nämlich auch nach 1933 an verantwortlicher Stelle im bayerischen Finanzministerium gearbeitet und war 1939 in die NSDAP eingetreten. Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs wirkte er im Finanzministerium am Wiederaufbau der bayerischen Finanzverwaltung mit, wurde aber im April 1946 entlassen. Nachdem das Spruchkammerverfahren gegen ihn eingestellt worden war, genehmigte der Ministerrat im Oktober 1946 seine Wiedereinstellung im bayerischen Finanzministerium (vgl. Gelberg, Hans Ehard, S. 547f.). Letztlich führte Ehard das Finanzministerium bis zum Ende der Legislaturperiode im November 1950 kommissarisch.

15 Am 7. 2. 1950 legte Michael Horlacher sein Amt als Landtagspräsident nieder, da er im August 1949 in den Bundestag gewählt worden war. Zu seinem Nachfolger wählte der Landtag am 8. 2. 1950 mit 118 von 140 Stimmen den CSU-Abgeordneten Georg Stang, der dieses Amt bereits vor der nationalsozialistischen Machtübernahme in Bayern bekleidet hatte. Vgl. Stenographischer Bericht über die 142. Sitzung des bayerischen Landtags am 8. 2. 1950, S. 650–653.

Dr. *Muhler* hätte in Fürth eine stärkere Betonung des weltanschaulichen Gedankens gewünscht.

Ministerpräsident hält es für falsch, wenn bei den Jugendverbänden die politische Seite ganz zurückgedrängt werde. Das wichtigste sei, den eigenen Leuten Korsettstangen einzuziehen. Er werde bemüht sein um die baldige Herbeischaffung der Berichte über die Arbeit der einzelnen Ministerien, die als Redner-Unterlagen usw. verwendet werden sollen. Unsere Abgeordneten müßten sich mehr um ihre Bezirke annehmen.

Schwend teilt mit, daß Ministerialrat Wagenhöfer[16] (Finanzministerium) nicht nach Bonn geht.

Ministerpräsident spricht die Absicht aus, diesen Kreis des erweiterten geschäftsführenden Vorstands in regelmäßigen Abständen zusammenzurufen zwecks Aussprache über die politischen Schwierigkeiten. Anschließend gibt er nochmals einen Überblick über seine bisherigen Ausführungen, weil inzwischen Minister Hundhammer und Herr von Prittwitz eingetroffen sind.

Hundhammer schlägt vor, daß Ministerpräsident das Finanzministerium selbst übernehmen soll.

Karl Sigmund Mayr erklärt, daß er von Leuten überlaufen werde, die behaupten, wenn die Verordnung 113 nicht beseitigt werde, dann sei dies ein absolutes Plus für die Sozialdemokratie.

Ministerpräsident schlägt nochmals vor, Verordnung 113 aus dem Gesetz herauszulassen. Die Wiedereinstellung der Beamten solle einer neutralen Stelle übertragen werden, eventuell dem Kassationshof, also einer richterlichen Stelle.

Von Prittwitz weist auf die bestehende Divergenz bei der Behandlung der Überprüfung von Abgeordneten und Beamten hin.

Hundhammer schließt sich an und hält die Beseitigung dieser Divergenz für möglich, wenn die Verordnung 113 heraußen bleibt.

Ministerpräsident fragt nach Vorschlägen für den Posten des Landtagspräsidenten.

Hundhammer glaubt, daß Stang dies bis zum Herbst übernehmen sollte.

Elsen hat Bedenken, daß Stang gesundheitlich durchhalten werde, sowie hinsichtlich des Eindrucks dieser Ernennung auf die Jugend. Im übrigen müßte Stang in diesem Fall den Haushaltsausschuß niederlegen, ebenso den Landrat von Kaufbeuren.

Hundhammer glaubt, daß diese Bedenken nicht berechtigt sind. Für dieses Amt seien „reife Leute" nötig. Wo sind die „Jungen", die das Präsidium führen können? Wenn man sich nicht auf Stang einige, dann schlage er Dr. Winkler[17] vor.

[16] Carl Wagenhöfer (geb. 1910), Jurist und Diplomvolkswirt, seit 1937 NSDAP-Mitglied, 1937–1939 Regierungsrat und Etatreferent im bayerischen Finanzministerium, 1939–1945 Teilnahme am Zweiten Weltkrieg, 1945 und seit 1947 erneut im bayerischen Finanzministerium (seit 1950 Ministerialrat), 1952–1956 Staatsrat in Hamburg, 1956–1977 Präsident der Landeszentralbank Bayern. Fritz Schäffer hatte die Absicht, Wagenhöfer als Ministerialdirektor ins Bundesfinanzministerium zu holen.

[17] Dr. Martin Winkler (1885–1959), kath., Jura- und Nationalökonomiestudium in München und Erlangen, BVP-Mitglied, 1919–1933 Vorsitzender des Bezirkstags von Amberg und Gemeinderat in Schnaittenbach, 1933 aus allen politischen Ämtern entlassen und vorübergehend verhaftet, 1945–1958 Landrat von Amberg, 1946 MdVLV (CSU), 1946–1950 MdL (CSU).

Ministerpräsident fragt, wann und wo die nächste Landesversammlung abgehalten werden solle.

Karl Sigmund Mayr teilt mit, daß Kempten sich darum beworben habe.

Ministerpräsident beauftragt Herrn Heggenreiner, darauf bedacht zu sein, daß die Wahlen draußen bis Ende Februar durchgeführt seien. Ferner verweist er auf die Notwendigkeit, daß man sich rechtzeitig über die gewünschte Zusammensetzung der Vorstandschaft einig werden müsse.

Elsen schlägt vor, die Landesversammlung noch vor Pfingsten abzuhalten.

Ministerpräsident schließt sich an und wünscht vorher noch einmal die Einberufung des Landesausschusses.

Brunner kommt auf[18] Fürth zurück und sagt, daß die Tagung sich auch innerhalb der Partei sehr günstig ausgewirkt habe. Er teilt mit, daß die dort gehaltenen Referate in Druck gegeben werden könnten (5000 Exemplare, ca. 400 bis 500 DM)[19]. Diese Referate sollten als Material für die Vertrauensleute dienen und auch an sämtliche Pfarrämter beider Konfessionen verschickt werden.

Schwend schlägt vor, das Material in zwei Bände zu teilen.

Ministerpräsident hält die Zusammenfassung in einem Band für besser.

Elsen wünscht eine gute äußerliche Aufmachung (weiß-blau mit Staatswappen).

Brunner teilt mit, daß Besuch Ministerpräsident draußen im Land sich überall außerordentlich gut ausgewirkt habe[20]. Im übrigen aber sei das Bild, das sich draußen böte, nicht günstig, soweit er es selbst im Bayerischen Wald und in Niederbayern gesehen habe. Erfreulich sei, daß die Geistlichkeit wieder aktiver werde, geklagt werde immer wieder darüber, daß die Abgeordneten sich oft seit Jahren überhaupt nicht sehen ließen. Sehr gut habe sich auch der Presseempfang des Ministerpräsidenten ausgewirkt[21]. Die Leute draußen bräuchten keine großen Versammlungen, aber sie wollen häufig von Leuten besucht werden, mit denen man reden könne und die etwas verstünden. Die Abgeordneten müßten unbedingt ihre Sprechstunden abhalten.

Ferner nimmt er Stellung zur Finanzierung der Partei. In Fürth sei beschlossen worden, daß die Abgeordneten DM 25, die Minister DM 35 monatlich an die Landesgeschäftsstelle abführen sollten. Strauß habe mitgeteilt, daß man sich auch in Bonn darauf geeinigt habe, daß aber darüber hinaus die Bundesminister, wenn sie gleichzeitig Abgeordnete seien, DM 50 ab 1. Januar 1950 zahlen sollten. Der Ver-

[18] In der Vorlage offensichtlich sinnwidrig: „aus".

[19] Vgl. Die CSU nimmt Stellung – Ost-West-Problem. Deutsche Wirtschafts- und Finanzpolitik 1950. Bericht von der CSU-Landesausschußtagung in Fürth in Bay. am 14./15. Januar 1950, München o.J. (1950); die Broschüre enthält neben einführenden Worten Hans Ehards Auszüge aus dem Referat von Friedrich Wilhelm von Prittwitz und Gaffron „Das Ost-West-Problem" mit diesbezüglichen Diskussionsbeiträgen von Hans Ehard, Fritz Schäffer und Josef Müller sowie Auszüge aus den Reden von Wilhelm Niklas zur Landwirtschaftspolitik, Ludwig Erhards zur Liberalisierung des Außenhandels und Fritz Schäffers zum Thema „Arbeit und Obdach schaffen". Ein Exemplar findet sich im BayHStA, NL Ehard, 1214.

[20] Die Berichterstattung über die Staatsbesuche Hans Ehards im eigenen Land war durchwegs positiv; vgl. z.B. Bayerische Rundschau vom 31. 1. 1950: „Oberfranken ist kein bayerisches Hinterland". Vgl. auch Thomas Mergel, Staatlichkeit und Landesbewußtsein. Politische Symbole und Staatsrepräsentation in Bayern und Nordrhein-Westfalen 1945 bis 1975, in: Woller/Schlemmer (Hrsg.), Bayern im Bund, Bd. 3, S. 281–347, hier insbesondere S. 321 ff.

[21] Der Presseempfang des bayerischen Ministerpräsidenten hatte am 24. 1. 1950 im Prinz-Carl-Palais in München stattgefunden. Die Einladung findet sich im BayHStA, NL Ehard 568.

lag der Union benötige einen Zuschuß von DM 10000. Die bisherigen DM 40000 seien als Darlehen eingesetzt worden.

Sedlmayr: Der neue Titel der Zeitschrift soll „Bayerischer Kurier" sein, wenn der alte Verlag keine Urheberrechte geltend mache[22]. Heggenreiner hat mit dem Verlag bereits verhandelt.

Ministerpräsident hat hinsichtlich dieses Titels Hemmungen, weil es ein Aufwärmen bedeute.

Hundhammer wünscht auf jeden Fall den Titel „Bayerischer Kurier" unter Hinzufügung des Staatswappens.

Ministerpräsident beauftragt Heggenreiner mit der Durchführung der nötigen Maßnahmen hinsichtlich Eintragung usw.

Von Prittwitz: Ministerpräsident möchte in der ersten Nummer einleitende Worte schreiben, die eine Verwechslung mit der Tendenz des alten Blattes gleichen Namens ausschließen[23].

Schwend weist auf die Notwendigkeit hin, noch vor Umgestaltung den verantwortlichen Schriftleiter zu ernennen.

Elsen fordert, daß die Ausschüsse wieder in Tätigkeit treten sollten. Er erhebt die Frage nach dem Presse-Ausschuß. Ferner weist er darauf hin, daß der „Liebfrauen-Bote"[24] einen sehr guten Redakteur habe (Becker[25]?). Man solle mit Geiselberger[26] sprechen, ob er ihn freigebe.

Hundhammer teilt mit, daß die „Münchner Allgemeine" nicht mehr erscheint[27]. Man möge sich überlegen, ob dort ein geeigneter Mann frei wird. Deuerlein solle die Sache vorantreiben.

Ministerpräsident teilt mit, daß das Erscheinen im Großformat nunmehr beschlossen sei.

[22] Der Bayerische Kurier war bis 1933 das Organ der Münchner Parteileitung der BVP gewesen; vgl. Schönhoven, BVP, S. 85f.

[23] Um diesen Bedenken Rechnung zu tragen berichtete die CSU-Correspondenz am 7. 2. 1950, S. 2: „Der am Samstag in München tagende geschäftsführende Landesvorstand der CSU beschloß nach eingehender Aussprache, das bisherige Mitteilungsblatt der Partei in eine im Berliner Format erscheinende Wochenzeitung umzuwandeln. Als Titel wurde ‚Bayerischer Kurier' gewählt. Gegen die teilweise vorgebrachten Bedenken, daß damit in der Öffentlichkeit der Eindruck entstehe, man wolle die publizistische Tradition der Bayerischen Volkspartei im politischen Bereich fortsetzen, wurde vorgebracht, daß der Inhalt und die politische Linie, die die Zeitung einhalten wird, bestimmt, ob es sich um eine Fortsetzung des alten ‚Bayerischen Kurier' oder um eine Neugestaltung handelt. Nachdem die Redaktion voraussichtlich von den jungen und aktiven Kräften der Union getragen sein wird, sind diese Bedenken umso geringer. Der ‚Bayerische Kurier' wird am 1. April erscheinen."

[24] Der 1895 gegründete Altöttinger Liebfrauenbote ist ein katholisches Sonntagsblatt und informiert vorwiegend über das Geschehen am Wallfahrtsort, bringt regionale und überregionale kirchliche Nachrichten sowie Meditationen, Bildberichte und Erzählungen.

[25] Nicht ermittelt.

[26] Dr. Hans Geiselberger (1894–1957), kath., Druckereibesitzer, Studium der Volkswirtschaft und der Medizin in München und Würzburg, Teilnahme am Ersten Weltkrieg, Gesellschafter, später Besitzer der Druckerei Gebrüder Geiselberger, vor 1933 Mitglied der BVP und Sekretär der Reichstagsfraktion der BVP, nach 1933 vorübergehend verhaftet, 1945 von einem SS-Standgericht zum Tode verurteilt, Mitbegründer und seit März 1946 Vorsitzender der CSU im Landkreis Altötting, seit 1946 Mitglied des Vorstands des CSU-Bezirksverbands Oberbayern, Stadtrat (CSU) und Kreisrat (CSU) in Altötting.

[27] Die Münchner Allgemeine. Bayerische Wochenschrift für Politik, Kultur, Wirtschaft und Sport, die 1948 gegründet worden war, stellte Ende Februar 1951 ihr Erscheinen ein.

Hundhammer spricht für den Inhalt des bisherigen Blattes seine Anerkennung aus.

Brunner teilt mit, daß die CDU Hannover wegen der Gründung von Ausschüssen ehemaliger Berufssoldaten[28] die hiesige Stellungnahme erbeten habe. Seiner Meinung nach solle, wenn überhaupt, dies nur bei den Bezirksverbänden geschehen.

Ministerpräsident weist auf die sich daraus ergebenden Konsequenzen hin hinsichtlich der übrigen Interessengruppen.

Karl Sigmund Mayr bringt den Fall Dr. Rindt zur Sprache und dessen schwere Belastung[29]. Er schlägt vor, daß zwei oder drei Parteifreunde ihn besuchen sollen, um ihm vorzuschlagen, sein Mandat niederzulegen und aus der Partei auszutreten. Wenn er das nicht tut, muß ein Ehrenverfahren gegen ihn angestrengt werden. Gefahr für die Wahlen! (Gelder des Sozialen Helferrings leichtsinnig ausgegeben usw.)

Hundhammer hält den Vorschlag Mayr für richtig. Rindt habe noch eine private Firma „Soziales Bauwerk" aufgezogen, wodurch unerwünschte Vermengungen vorgekommen seien.

Ministerpräsident: Rindt habe sich in einer Hausangelegenheit auf den Ministerpräsidenten bezogen und dabei Behauptungen aufgestellt, die alle aus der Luft gegriffen seien[30].

Karl Sigmund Mayr: Rindt wird den Paragraphen 51 des Strafgesetzbuches für sich in Anspruch nehmen[31].

Hundhammer weist darauf hin, daß auch die Bayernpartei durch Donhauser im Helferring vertreten sei.

Von Prittwitz gibt bekannt, daß er aus dem Helferring ausgetreten sei, weil ihm die ganze Sache nicht sauber erschienen sei.

Hundhammer schlägt vor, für die Durchführung der von Mayr vorgeschlagenen Aktion bei Rindt Fischer (Augsburg) zu delegieren[32].

[28] Nicht ermittelt.

[29] Der 1948 gegründete Soziale Helferring in Bayern war ein überparteilicher, gemeinnütziger Verein, der sich insbesondere die Schaffung von Arbeitsplätzen für Heimatvertriebene und den sozialen Wohnungsbau auf seine Fahnen geschrieben hatte (vgl. Eugen Rindt, Der Weg der Union zur staatsbürgerlichen Selbsthilfe, in: Fragen der Zeit 5: Unsere soziale Revolution, München 1948, S. 11–16). Neben Eugen Rindt gehörten Politiker wie Anton Donhauser und Theodor Oberländer dem Vorstand des Sozialen Helferrings an, der für seine Projekte Darlehen vom bayerischen Finanzministerium in beträchtlicher Höhe erhielt – die Rede war von 300000 DM (ACSP, LTF-P, Protokoll der Fraktionssitzung am 14. 2. 1950) – und Ende 1949 in eine akute Krise geriet, nachdem sich der Verein beim Handel mit Brennholz verspekuliert hatte. Eine vom bayerischen Finanzministerium im Januar 1950 angeordnete Betriebsprüfung ergab bereits zum 31. 12. 1949 „eine Unterbilanz vom DM 94699,03" (BayHStA, NL Ehard 198, Theodor Oberländer an Walter Stain vom 18. 3. 1957). Daß aus der Affäre um den Sozialen Helferring auch eine Affäre Rindt wurde, lag vor allem daran, daß sich der im Januar 1949 aus dem öffentliche Dienst ausgeschiedene CSU-Politiker in akuten wirtschaftlichen Schwierigkeiten befand (NL Ehard 1269, Eugen Rindt an Levin Freiherr von Gumppenberg vom 25. 6. 1949, und BSB, NL Schwend 2, Eugen Rindt an Hans Ehard vom 17. 10. 1949) und undurchsichtige Transaktionen zwischen dem Sozialen Helferring und dem ebenfalls von ihm geführten Sozialen Bauwerk den Verdacht der Korruption aufkommen ließen.

[30] Nicht ermittelt.

[31] Paragraph 51 StGB regelt Unzurechnungsfähigkeit und verminderte Zurechnungsfähigkeit; vgl. Dreher/Maassen, Strafgesetzbuch, S. 71 f.

[32] Diesen Vorschlag hatte Hundhammer bereits in der Sitzung der CSU-Landtagsfraktion am 17. 1.

Elsen: Wir müssen versuchen, in den katholischen und evangelischen Jugendorganisationen Fuß zu fassen. In Griesbach hat er auf die Frage, warum die jungen Leute Bayernpartei gewählt hätten[33], die Antwort erhalten: „Weil der Bischof von Passau dies so wünschte." Ministerpräsident möge doch den Bischof Simon zur Rede stellen. Auch die katholischen Gesellenvereine lehnten es ab, uns sprechen zu lassen, wohingegen Donhauser, Bayernpartei, sprechen konnte.

Deuerlein: Anfang März würden die Gliederungsführer der katholischen und evangelischen Jugend zusammenkommen, voraussichtlich auch Bischof Döpfner[34].

Nr. 30b

Notiz über die Sitzung des geschäftsführenden Landesvorstands der Christlich-Sozialen Union am 4. Februar 1950 in München

ACSP, LGF-LV[35]

Als ordentliche Mitglieder des geschäftsführenden Landesvorstandes nahmen an der Sitzung teil: Dr. Hans Ehard, Landesvorsitzender und Ministerpräsident; Karl Sigmund Mayr, Stellvertreter des Landesvorsitzenden; Dr. Sedlmayr, Staatssekretär; Dr. Muhler Emil, Geistlicher Rat; Direktor Franz Elsen, Landesschatzmeister; Josef Brunner, stellvertretender Generalsekretär.

Auf Einladung des Landesvorsitzenden waren [hin]zugezogen: Dr. Alois Hundhammer, Kultusminister und Fraktionsvorsitzender im Landtag; Dr. von Prittwitz und Gaffron, Abgeordneter; Alfred Euerl, Abgeordneter. Es waren ferner anwesend: Heinz Heggenreiner, Landesgeschäftsführer, Dr. von Goss, persönlicher Referent des Landesvorsitzenden; Dr. Schwend, Ministerialrat.

1950 gemacht (ACSP, LTF). Letztlich war es jedoch Karl Sigmund Mayr, der Rindt im Namen des geschäftsführenden Landesvorstands am 8. 2. 1950 ultimativ aufforderte, aus der CSU auszutreten und sein Mandat niederzulegen; andernfalls würde ein Ausschlußverfahren gegen ihn angestrengt werden (BayHStA, NL Ehard 1270, zwei Schreiben von Eugen Rindt an Karl Sigmund Mayr vom 26. 4. 1950). Rindt schied tatsächlich noch 1950 aus der Partei und mit dem Ende der Legislaturperiode auch aus dem Landtag aus. Allerdings hatte die Affäre für ihn noch weitere Konsequenzen, denn Ende 1951 wurde er verhaftet und strafrechtlich belangt. ACSP, LTF II/1, 3-70/5, Zusammenstellung der BP-Landesgeschäftsstelle vom 4. 3. 1952: „Skandale unserer Gegner"; BayHStA, NL Ehard 198, Schriftwechsel zwischen Tilly Rindt und Hans Ehard 1958.

[33] Nicht ermittelt.

[34] Dr. Julius Döpfner (1913–1976), kath. Priester, 1939 Priesterweihe, bis 1945 Kaplan in Großwallstadt, Seelsorger in Schweinfurt und Präfekt im Kilianeum in Würzburg, 1946 Subregens des Würzburger Priesterseminars, 1948 Bischof von Würzburg, 1953 Beauftragter für die Seelsorge der Heimatvertriebenen, 1957 Bischof von Berlin, seit 1958 Kardinal, 1961 Erzbischof von München-Freising, Vorsitzender der deutschen Bischofskonferenz, 1974 Vertreter im Ständigen Rat der Römischen Priestersynode.

[35] Das auf den 14. 2. 1950 datierte Dokument ist von Heinz Heggenreiner gezeichnet und laut Verteiler neben dem Landesgeschäftsführer für Generalsekretär Strauß und seinen Stellvertreter Brunner bestimmt.

Auf der Tagesordnung standen Organisationsfragen der Zeitung „Union" und Besprechung der Ergebnisse der Landesausschuß-Tagung in Fürth vom 14./15. Januar 1950. Im Verlauf der Sitzung wurden außerdem besprochen: Die Gesetzgebung zur Beendigung der Entnazifizierung unter besonderer Berücksichtigung der Verordnung 113; der Fragenkomplex der Neubesetzung des Finanzministeriums; Fragen der Gemeindeordnung; Neubesetzung des Landtagspräsidiums; der voraussichtliche Tagungsort der nächsten Landesversammlung im Mai des Jahres (Kempten?); die Durchführung der Vorstandschaftswahlen in den Bezirks- und Kreisverbänden bis Ende Februar 1950 und die nochmalige Einberufung des Landesausschusses vor Abhaltung der Landesversammlung; die Ergebnisse des Landesausschusses in Fürth und die Auswertung und Drucklegung der dort gehaltenen wichtigen Referate als Rednermaterial; die günstige Auswirkung der Versammlungstätigkeit in der neuen Form der erweiterten Kreis- und Bezirksversammlungen; die Festsetzung der Parteiumlagen für Minister, Staatssekretäre und Abgeordnete des Bundes und des Landes; Finanzlage, Verbreitung und Vertrieb der Zeitung „Union" sowie die Vorbereitungen für ihre Umbenennung in „Bayerischer Kurier" und spätere Neubesetzung der Redaktion; Fall Rindt; Einflußnahme der Partei auf die katholischen und evangelischen Jugendorganisationen.

Nr. 31

Sitzung des geschäftsführenden Landesvorstands der Christlich-Sozialen Union am 6. März 1950 in München

Tagesordnung[1]:
1. Liquidierung der Zeitung „Der Gerade Weg"
2. Kritik des Abgeordneten Schefbeck an der Leitung des BBV
3. Konferenz der Landesvorsitzenden der CDU/CSU am 27. 2. 1950 in Königswinter
4. Affäre Rindt/Sozialer Helferring
5. Erörterung der Saarfrage

Tagungsort: München, Prinzregentenstraße 7, Staatskanzlei

Anwesend[2]: Brunner, Ehard, Elsen, Euerl, Heggenreiner, Horlacher, Hundhammer, Mayr, J. Müller, Muhler, von Prittwitz-Gaffron, Schefbeck, E. Schleip, Sedlmayr, Strauß

Protokollführer: Heinz Heggenreiner

[1] Erstellt anhand der dem Protokoll vorangestellten und um einige Stichworte erweiterten Tagesordnung; Punkt 2 wurde auf Initiative Michael Horlachers auf die Tageordnung gesetzt. Josef Brunners Einladungsschreiben vom 1. 3. 1950 (ACSP, LGF-GLV 6. 3. 1950) hatte nur die späteren Tagesordnungspunkte 1 und 3 vorgesehen. Eine kurze Notiz über diese Sitzung findet sich unter dem Titel „Geschäftsführender Landesvorstand der CSU tagte" in der CSU-Correspondenz vom 6. 3. 1950.

[2] Laut Anwesenheitsliste im Protokoll und ACSP, LGF-GLV 6. 3. 1950, Anwesenheitsliste zur Sitzung des geschäftsführenden Landesvorstands am 6. 3. 1950. Hundhammer, Müller, von Prittwitz und Gaffron, Euerl und Schefbeck waren auf Einladung des Landesvorsitzenden zugezogen worden, Brunner und Heggenreiner nahmen in ihrer Funktion als stellvertretender Generalsekretär und Landesgeschäftsführer an der Sitzung teil.

Beginn: 10 Uhr

ACSP, LGF-LV

Zu Punkt 1 wurde erklärt[3], daß alle Abwicklungsarbeiten, ohne Ausnahme, von Dr. Gutersohn im Benehmen mit dem stellvertretenden Landesvorsitzenden Karl Sigmund Mayr erledigt werden und jede Erörterung in der Öffentlichkeit zu vermeiden ist[4].

Zu Punkt 2 erklärt Dr. *Horlacher*, daß der Bauernverband überparteilich und eine Polemik mit ihm angesichts der gegenwärtigen Schwierigkeiten der Landwirtschaft für die Partei nachteilig sei[5].

Zu Punkt 3: Die von der CDU gewünschte engere Eingliederung der CSU in die CDU wird als inopportun betrachtet, ebenso die aus Nordrhein-Westfalen kommenden Anregungen für eine große Koalition[6]. Der Vorstand nimmt ferner den Bericht über die vorzeitige Bekanntgabe des Memorandums der Alliierten an die Bonner Regierung, über die in Königswinter geführte Diskussion über eine eventuelle Sicherheitsgarantie der Alliierten für die Bundesrepublik, über die wachsende Ost-West-Spannung und die durch unberechtigte Kritik unterer alliierter Stellen verursachten Schwierigkeiten entgegen.

Zu Punkt 4 wird festgestellt, daß eine endgültige Stellungnahme und disziplinarische Maßnahmen in der Angelegenheit Rindt erst nach Abschluß der amtlichen Erhebungen möglich sind[7].

Zu Punkt 5, der Saarfrage, schließt sich die gesamte Versammlung einstimmig der Ansicht des Herrn *Landesvorsitzenden* an, wonach die einseitige Lösung der Saarfrage durch Frankreich im deutschen und europäischen Interesse aufs schwerste zu bedauern sei, daß jedoch trotzdem der Eintritt Deutschlands in den Europarat nicht mit dieser Angelegenheit verknüpft wird und weitere Versuche, zu einer Einigung mit Frankreich zu gelangen, fortgesetzt werden sollten[8]. Der Vorstand bittet den Landesvorsitzenden, diese Ansicht auch im Bundesrat zu vertreten.

[3] In der Vorlage: „geklärt". Zu diesem Punkt referierte Karl Sigmund Mayr. Möglicherweise nahm Rechtsanwalt Gutersohn selbst an der Sitzung teil, da es in der dem Protokoll vorangestellten Tagesordnung heißt: „Referat des stellv. Landesvorsitzenden Karl Sigmund Mayr und des Spezialbeauftragten Rechtsanwalt Dr. Gutersohn über die Liquidierung der Zeitung Gerader Weg."

[4] Vgl. hierzu vor allem Nr. 27b.

[5] Otto Schefbeck hatte der Führung des BBV vorgeworfen, ihre Mitglieder seien zu „Propagandisten und Geschäftsreisenden der Bayernpartei" geworden. Joseph Baumgartner entgegnete, der BBV sei eher ein Machtinstrument der CSU. Bayerische Rundschau vom 2. 3. 1950: „Auflösung des Bauernverbandes gefordert".

[6] Karl Sigmund Mayr berichtet seinen Kollegen von der Konferenz der Landesvorsitzenden der CDU/CSU am 27. 2. 1950 in Königswinter, an der er für die CSU teilgenommen hatte. Vgl. hierzu und zum folgenden Unionsparteien, S. 689–694.

[7] Wieder hielt Karl Sigmund Mayr ein kurzes Referat über den Stand der Dinge. Zum Sachverhalt vgl. Nr. 30a mit Anm. 29.

[8] Am 3. 3. 1950 unterzeichneten der französische Außenminister Robert Schuman und der saarländische Ministerpräsident Johannes Hoffmann die Saar-Konventionen. Sie regelten den autonomen Status des Saarlands (das nicht zum Geltungsbereich des Grundgesetzes gehörte), die Wirtschaftsunion mit Frankreich sowie den Betrieb der Eisenbahnen und Kohlengruben. Im „Grubenpacht-

Nr. 32a

Disposition für die Besprechung des Landesvorsitzenden mit den Bezirksvorsitzenden der Christlich-Sozialen Union am 2. April 1950 in München

Tagungsort: München, Maximilianeum

BayHStA, NL Ehard 1198

1. Überblick über die politische Lage Bayern und Bonn. Besuch Dr. Adenauers keine hohe politische Angelegenheit, lediglich Einladung des Wirtschaftsbeirates[1]; selbstverständlich werden politische Probleme erörtert. Kombination betreffend Adenauer-Besuch in Presse und bei anderen Parteien falsch[2]. Weder Auflösung des Landtags noch Fusion mit Bayernpartei, noch Koalitionsgespräche.
   Saar-Problem, Eintritt in Europarat – Stellungnahme des bayerischen Ministerpräsidenten[3].

2. Organisation: Ergebnisse Landesausschuß-Sitzung Fürth ausgewertet. Zweimaliger Zusammentritt des geschäftsführenden Landesvorstandes; befaßte sich mit organisatorischen Fragen bezüglich der Wahl, Wahlpropaganda, Abwicklung des „Geraden Weges" (dort erneute Schwierigkeiten aufgetreten)[4].
   90 Prozent der Kreisverbände haben bereits ihre Vorstandswahlen durchgeführt. Laut Anweisung der Landesleitung sollten allen Wahlen bis 30. März 1950 abgeschlossen sein; alle Ergebnisse liegen jedoch noch nicht vor.

3. Wahlvorbereitung: Schriften – Material der Ministerien (Haushaltsreden, Tätig-

vertrag" erhielt Frankreich das Recht zugesprochen, die Kohlenbergwerke des Saarlands für 50 Jahre bzw. bis zum Abschluß eines Friedensvertrags auszubeuten. Obwohl das französische Vorgehen in Deutschland auf heftige Kritik von Regierung und Opposition stieß, beschloß der Bundestag am 15. 6. 1950 den Beitritt der Bundesrepublik zum Europarat, nachdem die Hohen Kommissare die Bundesregierung am 31. 3. 1950 aufgefordert hatten, assoziiertes Mitglied des Europarats zu werden. Vgl. Schwarz, Ära Adenauer 1949–1957, S. 88–94, und Herbst, Option für den Westen, S. 71–74.

[1] Der CSU-Vorsitzende versuchte offensichtlich, den Stellenwert dieses Besuches herunterzuspielen. Tatsächlich absolvierte der Bundeskanzler während seines Aufenthalts in München am 2./3. 4. 1950 ein umfangreiches Programm und konferierte unter anderem mit Ehard in der Staatskanzlei. Die CS-Union sprach am 8. 4. 1950 („Bundeskanzler Dr. Adenauer in München") gar davon, „der Besuch Dr. Adenauers" in München zähle „ohne Zweifel zu den glanzvollsten Veranstaltungen der CSU seit ihrem Bestehen".

[2] In der Presse wurde spekuliert, daß Adenauer eine Fusion von CSU und Bayernpartei forciere, um das Gewicht der Union insgesamt zu stärken. Darüber hinaus hieß es, der Bundeskanzler ziele darauf ab, die Länderregierungen in ihrer Zusammensetzung dem Bundeskabinett anzugleichen (vgl. Bayerische Rundschau vom 1. 4. 1950: „Wünscht der Bundeskanzler die Fusion CSU-BP?"). Adenauer dementierte jedoch Gerüchte, seine Reise in die bayerische Landeshauptstadt stehe mit angeblichen Koalitionsgesprächen zwischen CSU und BP in Zusammenhang. Vgl. Neue Zeitung vom 4. 4. 1950: „Adenauer legt seinen Standpunkt zur Lage der Bundesrepublik dar", und allgemein Gelberg, Hans Ehard, S. 345–348.

[3] Vgl. dazu Nr. 31 mit Anm. 8 und Gelberg, Hans Ehard, S. 318ff.

[4] Vgl. Nr. 30a und b sowie Nr. 31.

keitsberichte, z. B. Oberste Baubehörde, Sonderdenkschrift über Bayerischen Wald[5]) zum größten Teil vorhanden.
Redaktionsstab eingesetzt; Material wird zusammengefaßt in gedrängter propagandistischer Form, eine Art Flugheft[6].
Weiterhin in Vorbereitung Informationsdienst, vorläufig im kleineren Umfange, der vorerst monatlich erscheint.
Landesversammlung in Aussicht genommen [am] 10./11. Juni 1950 in Kempten[7].

4. Rednereinsatz: vororganisiert, von größeren Kundgebungen bis auf Einzelfälle vorläufig absehen. Geplant in jedem Bezirksverband eine Versammlung evtl. mit Landesvorsitzenden. Im Juni Großkundgebung mit Ministerpräsidenten im Bayerischen Wald (voraussichtlich Viechtach)[8].

5. Wirtschaftsbeirat: erhöhte Aktivität; haben [sic!] fast in allen größeren Städten Versammlungen veranstaltet und dort Unterorganisationen gebildet; vierwöchentliche Aussprachetage mit prominenten Wirtschaftspolitikern in München, anschließend Presseempfang.

6. Zeitung: neuer Titel: „Der Kurier", wenn nicht möglich, auf jeden Fall „Bayerischer Kurier"; Berliner Format, Erscheinen Anfang Mai[9], Redaktion mit einem verbundenen Presseamt der Partei vor der Lösung.

Nr. 32b

Bericht über die Besprechung des Landesvorsitzenden mit den Bezirksvorsitzenden der Christlich-Sozialen Union am 2. April 1950 in München

CSU-Correspondenz vom 3. 4. 1950, S. 1 f.

Grundsätzliche Haltung unverändert: Landesvorsitzender Dr. Ehard legte auf der Bezirksvorsitzendenkonferenz am 1. April[10] im Maximilianeum in München er-

[5] Vgl. Die wirtschaftliche und soziale Lage des Bayerischen und Böhmerwaldes nach dem Zweiten Weltkrieg. Bericht der Landesplanungsstelle im Bayerischen Staatsministerium für Wirtschaft, München 1949.

[6] Im Vorfeld der Landtagswahl erschienen Broschüren wie: Wir haben gearbeitet. 4 Jahre CSU-Regierung, hrsg. von der Christlich-Sozialen Union in Bayern, Deggendorf o.J. (1950), und CSU baut auf. Tatsachen und Zahlen über die Arbeit der bayerischen Staatsregierung, hrsg. von der Landesleitung der Christlich-Sozialen Union, Augsburg o.J. (1950).

[7] Die Landesversammlung fand am 17./18. 6. 1950 in Kempten statt. Das Protokoll findet sich bei den im ACSP verwahrten Akten der Landesleitung.

[8] Ministerpräsident Hans Ehard sprach am 25. 6. 1950 anläßlich eines Heimattages in Viechtach über die Situation des Bayerischen Waldes; vgl. CSU-Correspondenz vom 22. 6. 1950, S. 3, und vom 28. 6. 1950, S. 3 f., sowie Bayern-Kurier vom 1. 7. 1950: „Der Bayerische Wald wird nicht vergessen".

[9] Der Bayern-Kurier erschien erstmals am 3. 6. 1950.

[10] Nr. 32a ist auf den 2. 4. 1950 datiert; die Diskrepanz in der Datierung ließ sich nicht auflösen.

neut die grundsätzliche Haltung der CSU dar: „Es ist ein keiner Weise eine Änderung eingetreten, wir grenzen uns sachlich absolut klar nach der linken wie nach der rechte Seite ab." Zu den verschiedenen Zeitungsartikeln über eine eventuelle Verschmelzung CSU/Bayernpartei erklärte Dr. Ehard, mit diesen Dingen nicht das Geringste zu tun zu haben; auch sei nie eine Besprechung in dieser Richtung erfolgt. „Wir distanzieren uns" – erklärte der Landesvorsitzende – „von diesem politischen Unsinn: Die Haltung der Bayernpartei zum Grundgesetz, zur Bonner Regierung, überhaupt zur Frage des Bundesstaates ist eine solche Utopie, daß man darüber nicht reden kann. Ja diese Leute glauben selber nicht an den Unsinn, daß ein isoliertes Bayern überall in Europa etwa selbständige Verträge abschließen könnte."

Übereinkunft auf anständige Form der Wahlkampfführung wird angestrebt: Dr. Ehard erklärte weiter, daß der Versuch gemacht werde, mit den demokratischen Parteien einmal zusammenzukommen und zu besprechen, ob man den Wahlkampf bei aller Schärfe der sachlichen Auseinandersetzung nicht wenigstens allseits in *anständiger* Form führen könne. Daneben schiene wichtig eine geschlossene Reaktion aller demokratischen Parteien gegen solche verantwortungslose Auswüchse, wie sie etwa in der Agitation eines Loritz zu Tage träten.

Schattenseite der Demokratie: Zu den Erklärungen des WAV-Vorsitzenden Loritz, der zur Verwischung des schlechten Eindrucks der Goetzendorff-Affäre[11] nunmehr behauptet, auch Dr. Ehard habe mit Goetzendorff verhandelt[12], erklärte Dr. Ehard: „An dieser Loritz-Behauptung ist kein Wort wahr! Goetzendorff kam zu mir als Präsident des Notparlaments und verlangte 20000 Mark, was von mir wiederholt abgelehnt wurde[13]. Das waren meine ganzen Verhandlungen mit Goetzendorff." Über das Verhalten des Abgeordneten Loritz in Bonn berichteten die auf der Konferenz anwesenden Bundestagsabgeordneten interessante Einzelheiten: Loritz habe Goetzendorff und dessen schmutzige Diätenmanipulationen so lange als nur möglich gedeckt, ja er habe sogar für den Fall, daß sein Fraktionsmitglied Goetzendorff angezeigt werde, mit einer Gegenanzeige gegen einen Abgeordneten einer anderen Fraktion gedroht; die Anzeige sei selbstverständlich trotzdem erfolgt, erst dann sei Loritz in verständlichem Eifer selber gegen Goetzendorff vorgegangen.

[11] Am 29. 3. 1950 hatte der Bundestag die Immunität des auf der Liste der WAV gewählten Abgeordneten Goetzendorff aufgehoben. Dem Vertriebenenpolitiker wurde vorgeworfen, sich in der NS-Zeit der Denunziation und nach seiner Wahl in den Bundestag der Spesenritterei schuldig gemacht zu haben. Die Süddeutsche Zeitung hatte am 29. 3. 1950 berichtet, Goetzendorff habe in nur dreieinhalb Monaten „bei der Bundestagskasse 21000 DM an Autospesen und Tagegeldern abgehoben". Vgl. auch CSU-Correspondenz vom 3. 4. 1950: „Dunkle Erscheinungen".

[12] Vgl. Ehards Dementi in: Süddeutsche Zeitung vom 6./7. 4. 1950, S. 2. Loritz hatte auch andere Politiker mit Goetzendorff in Verbindung gebracht und etwa behauptet, Thomas Dehler habe im Vorfeld der ersten Bundestagswahl über eine Kooperation zwischen der FDP und dem Neubürgerbund verhandelt. Die FDP bestritt dies. Vgl. Süddeutsche Zeitung vom 3. 4. 1950, S. 2.

[13] Das sogenannte Notparlament hatte sich im Dezember 1948 unter dem Vorsitz von Günter Goetzendorff als „Landesvertretung der Ausgewiesenen in Bayern" konstituiert, wurde aber im Gegensatz zum von den Parteien beschickten „Hauptausschuß der Flüchtlinge und Ausgewiesenen in Bayern" von der Staatsregierung nicht als Kooperationspartner anerkannt. Auch Hans Ehard hatte sich skeptisch geäußert. Vgl. Gelberg, Einleitung zu: Kabinett Ehard II – 1947/48, S. XCIVf., sowie S. 797ff. (Protokoll der Sitzung des Ministerrats am 22. 12. 1948); zur finanziellen Dimension des Problems vgl. Bauer, Flüchtlinge, S. 294–299.

Im weiteren Verlauf der Konferenz wies der Landesvorsitzende der CSU den vom Landesschatzmeister einer anderen Partei erneut aufgeworfenen Vorschlag, aus Haushaltsmitteln des Staates den Parteien Wahlgelder zur Verfügung zu stellen[14], als völlig indiskutabel zurück. Der Hauptteil der Konferenz galt der Beratung organisatorischer Fragen und der Entgegennahme der politischen und organisatorischen Berichte der Bezirksvorsitzenden, die sämtlich erschienen waren.

Nr. 33

Disposition für die Sitzung des geschäftsführenden Landesvorstands der Christlich-Sozialen Union am 5. Mai 1950 in München

BayHStA, NL Ehard 1198

1. Neuorganisation der Redaktion der „Union" ab 1. Mai; Einstellung des neuen Chefredakteurs Dr. Scheidt[1], monatlich DM 500; mit Dr. Scheidt zusammen evtl. Änderung des Redaktionsstabes[2].
   Unionszeitung ab 1. Juni „Bayern-Kurier".
   Bisher Zuschuß an den Verlag „Union" von Juli 1949 bis April 1950 DM 45000. Nunmehr sofortiger neuer Zuschuß DM 4000 für Druckerei Vitalowitz[3] und DM 2000 für laufende Ausgaben und Gehälter.
2. Bundestagsnachwahl Kulmbach (Bericht Brunner)[4].

[14] Der Schatzmeister der Bayernpartei, Wilhelm Schmidhuber, hatte vorgeschlagen, alle im Bundestag vertretenen Parteien mit staatlichen Mitteln in einer Höhe von 50 Pfennig pro Wähler jährlich zu unterstützen, um ihre Unabhängigkeit zu sichern und Korruption vorzubeugen. Vgl. Süddeutsche Zeitung vom 30. 3. 1950: „Staatssubventionen für Parteien". Ein ähnlicher Vorschlag hatte im Dezember 1949 Richard Schachtner sein Amt als Landesschatzmeister der CSU gekostet; vgl. Nr. 28b mit Anm. 18.

[1] Nicht ermittelt.

[2] Scheidt trat jedoch nach außen nicht in Erscheinung. Im Impressum der ersten Nummer des Bayern-Kurier vom 3. 6. 1950 fungierte Lorenz Sedlmayr als Herausgeber und Franz Josef Strauß als Chefredakteur. Die vierte Nummer vom 24. 6. 1950 nennt dagegen Lorenz Sedlmayr und Franz Josef Strauß als Herausgeber und Leo M. Bensch als verantwortlichen Redakteur. Dieser bekam im Juli 1950 mit Michael Karl (vgl. das Impressum vom 29. 7. 1950) einen für den Anzeigenteil verantwortlichen Mitarbeiter zur Seite gestellt. Die Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben des Bayern-Kurier zwischen Juni und Dezember 1950 (BayHStA, NL Ehard 1286) nennt als Mitglieder der Redaktion: Dr. Scheidt (Chefredakteur), Leo Bensch, Josef Reitinger und Josef Wittkowski (Vertriebenenseite).

[3] Hergestellt wurde der Bayern-Kurier bei der Münchner Druckerei Hermann Vitalowitz & Co.

[4] Die Nachwahl im Bundeswahlkreis Kulmbach am 14. 5. 1950 war erforderlich, nachdem der 1949 gewählte Bundestagsabgeordnete Friedrich Schönauer (SPD) am 2. 4. 1950 verstorben war. Um die Vorherrschaft der SPD zu brechen, hatten sich CSU, Bayernpartei und FDP auf Johannes Semler (CSU), den ehemaligen Direktor der Verwaltung für Wirtschaft des Vereinigten Wirtschaftsgebiets, als gemeinsamen Kandidaten verständigt. Trotz vielfältiger Reibereien zwischen CSU und Bayernpartei sowie der organisatorischen Schwäche der CSU im Wahlkreis Kulmbach konnte sich Semler schließlich durchsetzen und zog in den Bundestag ein. BSB, NL Schwend 2, Josef Brunner: Bericht über die Nachwahl zum Bundestag im Wahlkreis Kulmbach vom 18. 5. 1950.

3. Fall Meinzolt[5].
4. Landesversammlung: Festsetzung des Termins durch die Landesvorstandschaft, Vorbereitung aber schon jetzt; Termin vorgeschlagen 10./11. Juni oder 17./18. Juni in Kempten[6].
   Landesvorstandschaft: Termin[7]?
   Landesausschuß: Termin? Ort[8]?
5. Landtagswahl 1950: Kandidatenaufstellung?
6. Mitläuferfrage: Verabschiedung des Gesetzes im Landtag[9]?
7. Verschiedenes.

Nr. 34

Sitzung des geschäftsführenden Landesvorstands der Christlich-Sozialen Union am 5. Juni 1950 in München

Tagesordnung[1]:
1. Vorbereitung der Landesversammlung
2. Aktuelle politische Probleme
3. Satzungsreform
4. Parteifinanzen und Parteiorganisation
5. Neuwahl der stellvertretenden Landesvorsitzenden
6. Parteipresse

Tagungsort: München, Prinzregentenstraße 7, Staatskanzlei

[5] Dr. Hans Meinzolt (1887–1967), ev., Jurist, Teilnahme am Ersten Weltkrieg, 1920–1930 Regierungs- bzw. Oberregierungsrat im bayerischen Kultusministerium, 1930–1932 Landrat in Kirchheimbolanden (Pfalz), 1933–1945 Oberkirchenrat und Vizepräsident des Evangelisch-Lutherischen Landeskirchenamts in München, 1934 vorübergehend entlassen, Teilnahme am Zweiten Weltkrieg, nach 1945 an leitender Stelle im bayerischen Kultusministerium, im Sommer 1945 zum Staatsrat ernannt, 1945/46 und 1954–1957 Staatssekretär im bayerischen Kultusministerium, 1947–1959 Präsident der Landessynode der Evangelisch-Lutherischen Kirche Bayerns, seit 1948 Honorarprofessor an der TH München. Am 30. 3. 1950 hatte Meinzolt nach heftigen Konflikten mit Kultusminister Alois Hundhammer den Wunsch geäußert, aus dem Kultusministerium auszuscheiden und das Amt des Präsidenten beim Bayerischen Verwaltungsgerichtshof zu übernehmen, was in protestantischen Kreisen, die eine Mißachtung evangelischer Interessen befürchteten, Besorgnis hervorrief. Ministerpräsident Ehard erklärte daraufhin am 11. 5. 1950 öffentlich, daß Meinzolts Wunsch „mit konfessionellen Gründen nichts zu tun hat" und daß „das Verhältnis des Herrn Staatsrat Meinzolt zum verantwortlichen Leiter des Kultusministeriums nicht etwa durch grundsätzliche Meinungsverschiedenheiten in der Schulpolitik beeinträchtigt" sei. Die Erklärung Ehards ist abgedruckt in: CSU-Correspondenz vom 11. 5. 1950, S. 4f. Vgl. dazu Müller, Schulpolitik, S. 281ff. Weiteres Material zum „Fall Meinzolt" findet sich im BayHStA, NL Ehard 1530.

[6] Vgl. Nr. 32a mit Anm. 7.

[7] Der Landesvorstand tagte am 9. 6. 1950 in München; vgl. Nr. 35.

[8] Die Sitzung des Landesausschusses fand am 10. 6. 1950 in München statt. Das Protokoll findet sich bei den im ACSP verwahrten Akten der Landesleitung.

[9] Vgl. dazu Nr. 26c mit Anm. 21.

[1] Rekonstruiert anhand des Protokolltextes auf der Basis des von Josef Brunner gezeichneten Einladungsschreibens vom 31. 5. 1950 (ACSP, LGF-GLV 5. 6. 1950), in dem als Tagesordnung vorgesehen war: 1. Vorbereitung der Sitzungen: Landesvorstandschaft, Landesausschuß und Landesversammlung; 2. Neuer Satzungsentwurf; 3. Verhältnis der CSU zu anderen Parteien; 4. Wohnungsbau; 5. Abschluß der Entnazifizierung.

Anwesend[2]: Brunner, Ehard, Euerl, Heggenreiner, Höhenberger, Horlacher, Hundhammer, Mayr, Muhler, E. Schleip, Sedlmayr, Strauß, Weinkamm

Protokollführer: Heinz Heggenreiner

Beginn: 16 Uhr

ACSP, LGF-LV

Der geschäftsführende Vorstand befaßt sich zunächst mit der Gestaltung der Landesversammlung in Kempten am 17./18. Juni 1950[3]. Es wird beschlossen, die Vertreter der christlichen Schwesterparteien Österreichs, der Schweiz, Italiens, Frankreichs, Belgiens und Hollands zu dieser Tagung einzuladen. Außerdem sollen – neben den als stimmberechtigte Mitglieder anwesenden CSU-Bundesministern – Bundeskanzler Dr. Adenauer sowie die Bundesminister der CDU Heinemann[4], Erhard, Lukaschek[5] und Storch[6] (Jakob Kaiser) eingeladen werden. Außerdem wird vorgesehen, daß zu den bereits festgelegten Referaten noch folgende Referate treten sollen:

1. Ein Referat über Parteiorganisation (stellvertretender Generalsekretär Brunner).
2. Ein Referat über Wohnungsbau vom wirtschaftlichen Gesichtspunkt aus gesehen (Wirtschaftsminister Dr. Seidel).
3. Je ein Referat über die Politik der CSU im Bundestag und im Landtag.

Für das Wohnungsbau-Referat wird es als wünschenswert bezeichnet, daß Korreferenten mit praktischen Erfahrungen im Anschluß daran kurz zu Wort kommen. Dr. *Horlacher* regt außerdem an, das Referat mit einer entsprechenden Resolution

[2] Laut Anwesenheitsliste im Protokoll, ergänzt anhand des Protokolltextes. Nach dem auf der Einladung vom 31. 5. 1950 (ACSP, LGF-GLV 5. 6. 1950) vermerkten Verteiler waren überdies eingeladen: Willi Ankermüller, Franz Elsen, Josef Müller, Friedrich Wilhelm von Prittwitz-Gaffron und Hanns Seidel.

[3] Das Protokoll dieses Parteitags findet sich bei den im ACSP verwahrten Akten der Landesleitung.

[4] Gustav Heinemann (1899–1976), ev., nach Studium der Rechtswissenschaft, Volkswirtschaft und Geschichte Promotion zum Dr. rer. pol. und Dr. jur. seit 1926 Rechtsanwalt in Essen, 1936–1949 Bergwerksdirektor der Rheinischen Stahlwerke, seit 1934 Mitglied der Bekennenden Kirche, 1945–1949 Oberbürgermeister von Essen, 1947–1950 MdL (CDU) in Nordhrein-Westfalen, 1947/48 Justizminister in Nordhrein-Westfalen, 1949/50 Bundesinnenminister, 1950 Rücktritt wegen Differenzen mit Adenauer in der Wiederbewaffnungsfrage, 1949–1955 Präses der Synode der EKD, 1952–1957 führendes Mitglied der GVP, 1957 zur SPD übergetreten, 1957–1969 MdB (SPD), 1966–1969 Bundesjustizminister, 1969–1974 Bundespräsident.

[5] Dr. Hans Lukaschek (1885–1960), kath., Jurist, 1916–1919 Bürgermeister, 1919 Landrat von Rybnik (Oberschlesien), 1927–1929 Erster Bürgermeister bzw. Oberbürgermeister von Hindenburg (Oberschlesien), 1929–1933 Oberpräsident von Oberschlesien und Regierungspräsident von Oppeln, 1933–1944 Rechtsanwalt in Breslau, Kontakte zum „Kreisauer Kreis", im Juli 1944 verhaftet, aber im April 1945 vom „Volksgerichtshof" freigesprochen, 1945 Mitbegründer der CDU in Thüringen, 1947/48 Amtsgerichtsrat in Königstein im Taunus, 1948/49 Vizepräsident des Obergerichts des Vereinigten Wirtschaftsgebiets, 1949–1953 Bundesminister für Angelegenheiten der Vertriebenen.

[6] Anton Storch (1892–1975), kath., Tischler und Gewerkschaftsfunktionär, 1920–1933 hauptamtlicher Angestellter des Zentralverbands Christlicher Holzarbeiter, 1931–1933 Vorsitzender des Dachverbands der christlichen Gewerkschaften für die Provinz Hannover, 1933 aus allen Ämtern entlassen, bis 1939 Versicherungsvertreter, 1939–1945 bei der Feuerschutzpolizei Hannover dienstverpflichtet, Mitbegründer der CDU in Hannover, 1946–1948 Leiter der sozialpolitischen Abteilung des DGB in der britischen Zone, 1947/48 MdWR (CDU), 1948/49 Direktor der Verwaltung für Arbeit des Vereinigten Wirtschaftsgebiets, 1949–1965 MdB (CDU), 1949–1957 Bundesarbeitsminister, 1958–1965 MdEP (CDU).

abzuschließen. Ein weiteres Referat über die Ausführungsbestimmungen zum neuen Landtagswahlgesetz[7] und die Technik der Kandidatenaufstellung soll von Ministerialrat Dr. Feneberg des Innenministeriums, ein Referat über das Arbeitslosenproblem[8] von Staatsminister Krehle übernommen werden. (Das Mitbestimmungsrecht[9] soll bei diesem Referat womöglich nicht offiziell behandelt werden.) Die Referate über Wohnungsbau und Landtagswahlgesetz sollen der internen Sitzung vorbehalten bleiben[10].

Als Themen für die Diskussion in der internen Sitzung werden ferner von fast allen Anwesenden die Regelung der Mitläuferfrage ([Verordnung Nr.] 113 und passives Wahlrecht[11]), ein kurzer Überblick über den Stand der Satzungsreform (ohne Diskussion in extenso), die Finanzlage der Partei und der derzeitige Stand der Parteipresse sowie die Neufassung des Statuts der Arbeitsgemeinschaft CSU/CDU mit klarer Stellungnahme für die weitere Eigenständigkeit der CSU als Landes*partei* vorgeschlagen[12].

Für die öffentliche Sitzung wird außerdem je ein weltanschaulich betontes Referat über Kirche und Politik des protestantischen Pfarrers Kreußel (Dinkelsbühl) und des Geistlichen Rats Senator Dr. Muhler beschlossen. Mit der Abstimmung dieser beiden Referate wird der stellvertretende Landesvorsitzende Karl Sigmund Mayr beauftragt. Ein weiteres Referat über die Lage der Landwirtschaft, das von Minister Niklas persönlich oder von Dr. Horlacher übernommen werden soll, soll von diesem mit dem Bundesminister für Landwirtschaft, Niklas, vereinbart werden.

Bei Festlegung der obengenannten Referate werden nachfolgende besondere Gesichtspunkte zur Sprache gebracht:

1. Wohnungsbau: *Karl Sigmund Mayr* weist auf die Versuche im Nürnberger Sektor mit dem Bruchteilseigentum[13] und den besonderen Wert der Selbsthilfe

[7] Auf der Grundlage des Landeswahlgesetzes vom 29. 3. 1949 in der Fassung vom 27. 9. 1950 (in: BGVBl. 1950, S. 128–139), erließ das bayerische Innenministerium die Wahlordnung vom 27. 9. 1950 (in: ebenda, S. 139–158), mit der die Durchführung der Landtagswahlen, Volksbegehren und Volksentscheide geregelt wurde.

[8] Im Februar 1950 hatte die Arbeitslosigkeit in Bayern mit 524806 betroffenen Arbeitern und Angestellten ihren Höhepunkt erreicht. Vgl. Statistisches Jahrbuch für Bayern 24 (1952), S. 89, und allgemein Lanzinner, Sternenbanner, S. 242ff.

[9] Vgl. Nr. 28b mit Anm. 19.

[10] Am 17. 6. 1950 referierten in nichtöffentlicher Sitzung Hans Ehard (Rechenschaftsbericht des Parteivorsitzenden), Josef Brunner (Lage von Parteiorganisation und -apparat), Lorenz Sedlmayr (Parteipresse), Alois Hundhammer (Arbeit der Landtagsfraktion) und Franz Josef Strauß (Arbeit der Landesgruppe). In öffentlicher Sitzung referierten am 17. 6. nachmittags und am 18. 6. Hans Ehard (zur politischen Lage), Michael Horlacher und Wilhelm Niklas (Landwirtschaft und Agrarpolitik), Alfons Kreußel und Emil Muhler (Kirche und Politik), Hanns Seidel (Wirtschaft und Arbeitsmarkt), Fritz Schäffer (Finanzpolitik), Karl Graf Spreti und Dr. Koch (Wohnungsbau).

[11] Zur Verordnung Nr. 113 vgl. Nr. 30a mit Anm. 4, zur Neuregelung des passiven Wahlrechts für ehemalige Nationalsozialisten vgl. Nr. 26c mit Anm. 21.

[12] Im Zuge der Konstituierung der CDU auf Bundesebene, die erst im Laufe des Jahres 1950 erfolgte, war wiederholt auch die Eingliederung der CSU in die CDU ventiliert worden, die jedoch insbesondere nach den ersten Erfolgen der Bayernpartei 1948 und dem Sturz Josef Müllers im Mai 1949 illusorisch geworden war. Vgl. Kaff, Einleitung zu: Unionsparteien, XVIff., und Mintzel, Geschichte der CSU, S. 92f.

[13] Hier handelt es sich um ein Modell der Eigentumsbildung in der Form des Miteigentums an größeren Wohnhäusern. Dr. Koch referierte vor der Landesversammlung der CSU am 18. 6. 1950 in Kempten über die Nürnberger Erfahrungen und die Lösungsansätze, die man hier auf dem Feld

hin. Generalsekretär *Brunner* berichtet über bürokratische Schwierigkeiten bei der Obersten Baubehörde sowie über den Verdacht der SPD-Sabotage im Wohnungsbau, besonders in den Großstädten mit SPD-Verwaltung[14].

2. Landtagswahlen und neues Landtagswahlgesetz: Die Bereinigung der Verordnung Nr. 113[15] noch vor den Landtagswahlen und die Abstimmung des Gesetzes zur Beendigung der Denazifizierung[16] auf das erstere werden allgemein als dringend notwendig für den Erfolg der Wahlen bezeichnet.

Frau *Eva Schleip* weist in demselben Zusammenhang auf die Behinderung der Kandidatenaufstellung auch bei Stadtratswahlen usw. hin, die durch die ungeklärte Stellung der Mitläufer entsteht.

Parteifreund *Weinkamm* referiert sodann kurz über den Stand der Satzungsreform[17], die auf der Grundlage der Kreisversammlungen aufgebaut werden müsse, und weist auf die Schwierigkeiten hin, die bei der Zusammenfassung zweier Kreisverbände zu einem Wahlkreis für die Kandidatenaufstellung zu den Landtagswahlen durch die Möglichkeit der Majorisierung des einen Kreisverbandes entstehen.

Staatsminister Dr. *Hundhammer* hält die Beibehaltung des organisatorischen Aufbaues Ortsverband, Kreisverband mit dem letztlich entscheidenden Bezirksverband für notwendig und schlägt vor, den bisherigen Bearbeiter der Satzungsreform, Dr. *Ammann*[18], zuzuziehen.

Auf Vorschlag des *Landesvorsitzenden* wird dann beschlossen, den Entwurf an den vom Landesausschuß gewählten Ausschuß zur endgültigen Erledigung zu übergeben[19].

Zum Finanzstatut wird wiederum die Frage des Pauschalsystems erörtert[20]. Generalsekretär *Strauß* erklärt, daß Pauschalen für alle Verbände an sich wünschens-

des Wohnungsbaus entwickelt hatte. ACSP, LGF-LVers, Landesversammlung der CSU am 17./18. 6. 1950 in Kempten.

[14] Es ist unklar, worauf genau Brunner hier anspielte.

[15] In der Vorlage irrtümlich „§ 113".

[16] Gesetz zum Abschluß der politischen Befreiung vom 27. 7. 1950, in: BGVBl. 1950, S. 107f. Hinsichtlich der Beamten hieß es in Paragraph 3, Abs. 3: „Bei der Berufung in ein öffentliches Amt, bei der Einstellung in den öffentlichen Dienst und bei der Zulassung zu einem zulassungspflichtigen Beruf ist die frühere Verbindung des Bewerbers mit dem Nationalsozialismus im Rahmen des pflichtgemäßen Ermessens entsprechend zu berücksichtigen."

[17] Otto Weinkamm hatte im Mai 1950 einen Satzungsentwurf vorgelegt, der jedoch nicht auf der Landesversammlung am 17./18. 6. 1950 in Kempten diskutiert wurde. Vgl. Schlemmer, Aufbruch, S. 448f. Der Entwurf findet sich im BayHStA, NL Ehard 1192, Anlage zum Schreiben von Otto Weinkamm an Hans Ehard vom 22. 5. 1950.

[18] Dr.-Ing. Franz Xaver Amman (geb. 1903), kath., 1922–1927 Studium an der TH München, 1929–1934 Assistent, BVP-Mitglied, 1934–1945 Tätigkeit in der Industrie, seit 1946 bei der Bayernwerk AG, seit 1954 Mitglied des Vorstands der Heizkraft AG München, 1959 Direktor bei den städtischen Elektrizitätswerken München, 1962–1968 Direktor des Fernheiznetzes der städtischen Elektrizitätswerke München, seit 1946 CSU-Mitglied, 1952–1978 Gemeinderat (CSU) in Gräfelfing, 1950 Kandidat (CSU) für den bayerischen Landtag. Ammann war so etwas wie der Satzungsexperte der oberbayerischen CSU und hatten den Bezirksverband wiederholt vertreten; vgl. Schlemmer, Aufbruch, S. 447 und S. 449f.

[19] Trotz dieses Beschlusses kamen die Bemühungen um eine Satzungsreform im Sommer 1950 praktisch zum Erliegen. Zum Abschluß gebracht wurden sie erst im Juli 1952 auf der Landesversammlung der CSU in Regensburg, allerdings auf der Basis eines neuen Entwurfs von Max Gerstl. Vgl. ebenda, S. 450ff.

[20] Vgl. Nr. 28a.

wert seien, wogegen der Einwurf erfolgt, daß der Landesverband dann unter Umständen die letzten direkten Einnahmen aus den noch zahlenden Kreisverbänden verlieren könnte.

Zur Organisation der Partei stellt Generalsekretär *Strauß* fest, daß bei den Orts- und Kreisvorsitzenden eine starke Überalterung herrsche. Verjüngung und Radikalisierung im guten Sinne seien der Partei notwendig. Eine Diätenerhöhung für Landtagsabgeordnete[21] soll unter gewissen Bedingungen beantragt werden. Die Hauptbedingung sei die Errichtung eines eigenen Sekretariats im Wahlkreis, das unter Umständen mit einem Kreisverband zusammengelegt werden könne. In jedem Falle müsse von den Abgeordneten erhöhte Aktivität verlangt werden. Der Wirtschaftsbeirat zeige sich als wirksamstes Propagandamittel und stärke das Prestige. Die CSU-Minister sollten der Wirtschaft gegenüber Entgegenkommen zeigen. Das gleiche gelte für Personal- und Haushaltsfragen. Unsere Parteifunktionäre und die von uns gestellten Landräte müssen auf konkrete Erfolge gegenüber der eigenen Regierung hinweisen können.

Zur Neuwahl der Vorstandschaft wird beschlossen, die Wahl der Stellvertreter durch den nächsten Landesausschuß vornehmen zu lassen[22], um die Einigkeit der Landesversammlung nicht durch Personalfragen zu gefährden.

Staatssekretär *Sedlmayr* berichtet zum Schluß über den Stand der Parteipresse. Er weist auf die Notwendigkeit hin, die Außenstände beizutreiben, berichtet über die Berufung des neuen Chefredakteurs Dr. Scheidt und die Neugestaltung des Blattes unter dem Titel „Bayern-Kurier". Das Blatt soll normal sechs Seiten umfassen und kostet pro Ausgabe 1800 DM. Die Honorare sollen sich zwischen 60 und 75 DM halten. Für die Annoncenwerbung wurde der Vertrag mit Stadtrat Fackler gekündigt[23], dagegen den Kreisverbänden für die Inseratenwerbung 25 Prozent Prämie zugesichert. Der Normal-Etat des Blattes würde bei 20000 Festabonnenten und 1000 DM Inseraten-Einnahme pro Nummer bei einem Preis von 10 Pf. aus den eigenen Einnahmen gedeckt werden können.

Generalsekretär *Strauß* fordert, daß alle Bundes- und Länderminister [sic!] wichtige Nachrichten der Zeitung zuleiten und daß bei einer Inseratenprüfung der SPD/KPD- und BP-Blätter für die dort inserierten Firmen entsprechende Folgerungen gezogen werden.

[21] Art und Umfang der Diäten waren im Gesetz über die Aufwandsentschädigung der Abgeordneten des bayerischen Landtags vom 29. 12. 1949 (in: BGVBl. 1950, S. 31 f.) geregelt worden. Danach erhielten die Landtagsabgeordneten einen monatlichen Grundbetrag von 350 DM. Hinzu kam ein Sitzungsgeld, das pro Tag 30 DM bzw. 20 DM für Mandatare mit Wohnsitz in München betrug. Vgl. auch Kock, Landtag, S. 69.

[22] Der Landesausschuß trat am 10. 6. 1950 zusammen. Bezüglich der beiden stellvertretenden Landesvorsitzenden Michael Horlacher und Karl Sigmund Mayr wurde in dieser Sitzung beschlossen, „die Bestätigung bzw. Neuwahl der beiden *Stellvertreter des Landesvorsitzenden* erst beim nächsten Landesausschuss nach den Landtagswahlen vorzunehmen". ACSP, LGF-LA, Sitzung des Landesausschusses der CSU am 10. 6. 1950 in München; Hervorhebungen in der Vorlage.

[23] Nicht ermittelt.

Nr. 35a

Disposition für die Sitzung des Landesvorstands der Christlich-Sozialen Union am 9. Juni 1950 in München

BayHStA, NL Ehard 1222

1. Landesversammlung zerfällt in interne und öffentliche Sitzung. Interne Sitzung siehe Tagesordnung[1]; für öffentliche Sitzung sind folgende Referate vorgesehen:
   1. Ministerpräsident Dr. Ehard
   2. Bundesminister Schäffer – Bundespolitik
   3. Weltanschauliche Referate – Pfarrer Kreußel und Geistlicher Rat Dr. Muhler
   4. Landwirtschaft – Bundesminister Niklas und Dr. Horlacher
   5. Wohnungsbau – Dr. Seidel, Spreti, Direktor Steffan (Vereinsbank), Minister Dr. Ankermüller (alles Kurzreferate mit Aussprache). Schwere Vorwürfe wegen zu langsamem Fließen der Mittel und zu großer bürokratischer Verwaltung.
   6. Landeswahlgesetz, Vorbereitung der Kandidatenaufstellung – Referat Dr. Feneberg[2] (Innenministerium) ca. 20 Minuten
   7. Entnazifizierung

   Eingeladen zur Landesversammlung sind Bundeskanzler Dr. Adenauer, sämtliche CDU-Bundesminister und Vertreter der christlichen Parteien von Österreich, Schweiz, Frankreich, Italien, Holland und Belgien.
2. Finanzierung der Partei
   Bericht Brunner bezw. Elsen – Beitrag-Pauschalerhebung bei den Bezirksverbänden fraglich.

Nr. 35b

Sitzung des Landesvorstands der Christlich-Sozialen Union am 9. Juni 1950 in München

Tagesordnung[3]:
1. Vorbereitung der Landesversammlung und der Landesausschuß-Sitzung
2. Finanzierung der Partei
3. Vorbereitung der Landtagswahl
4. Satzungen der Partei
5. Aussprache

[1] Vgl. Nr. 34 mit Anm. 10.
[2] Im Exemplar aus den Akten der Landesleitung (ACSP, LGF-LV 9. 6. 1950) handschriftlich gestrichen und durch „Schefbeck" ersetzt.
[3] ACSP, LGF-LV 9. 6. 1950, Einladungsschreiben, gez. Josef Brunner, vom 1. 6. 1950; diese Tagesordnung wurde auch dem Protokoll vorangestellt.

Tagungsort: München, Maximilianeum, Sitzungssaal der CSU-Fraktion

Anwesend[4]: Blum, Brunner, Butterhof, Ehard, Eichhorn, Elsen, Fackler, J. Fischer, Gerstl, Greib, von Haniel-Niethammer, Herrmann, Horlacher, Imhof, Krehle, von Kühlmann, Lang-Brumann, Mayr, Meyer-Spreckels, H. Müller, Muhler, Poschinger von Frauenau, von Prittwitz-Gaffron, Rinke, F. Schäfer, K. Schäfer, Schlögl, Schütz, Sedlmayr, Seidel, Strauß, A. Sühler, G. Sühler

Protokollführer: Heinz Heggenreiner

Beginn: 17 Uhr, Ende: 19 Uhr 45

ACSP, LGF-LV[5]

Zu Punkt 1, Vorbereitung des Landesausschusses[6] und der Landesversammlung[7], wird grundsätzlich beschlossen, die Landesversammlung in Kempten am 17. und 18. Juni in eine interne Tagung am 17. Juni 1950, Beginn 10.30 Uhr, und eine öffentliche Tagung am 18. Juni 1950, Beginn zehn Uhr vormittags, einzuteilen.

Die *nichtöffentliche* Tagung soll den Bericht des Landesvorsitzenden, [den Bericht] der Fraktionsvorsitzenden im Bundestag und Landtag, [den] Geschäftsbericht der Landesleitung, [den] Geschäftsbericht des Landesschatzmeisters und die *Wahl des Landesvorsitzenden* sowie eine *Aussprache* umfassen.

Die *öffentliche Tagung* wird ausgefüllt mit politischen Referaten und einer Aussprache über deren Inhalt. Das Programm hiefür enthält eine programmatische Rede des Ministerpräsidenten in seiner Eigenschaft als Landesvorsitzender, ein Referat des Bundesministers Schäffer über Bundespolitik, zwei weltanschauliche Referate des protestantischen Pfarrers Kreußel und des Senators Geistlicher Rat Dr. Muhler, ein Referat über Landwirtschaft des Bundesministers Niklas und des stellvertretenden Landesvorsitzenden Dr. Horlacher, ein Referat des bayerischen Wirtschaftsministers Dr. Seidel über Wohnungsbau unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten (Arbeitsbeschaffung, Finanzierung usw.), verbunden mit einem Referat des Direktors Steffan über Finanzierung, ein Referat über das Landeswahlgesetz und die Beendigung der Entnazifizierung, eventuell gehalten von Schefbeck, MdL, (Korreferent: eventuell Ministerialrat Dr. Feneberg, Innenministerium).

Auf die Notwendigkeit getrennter Fassung der Referate und die Steuerung der Diskussion durch Fachleute in den einzelnen Gebieten wird besonders hingewiesen. Der *Landesvorsitzende* und die Anwesenden gehen darin einig, die Referate nach Möglichkeit nicht von verantwortlichen Ministern, sondern von Parteifachleuten halten zu lassen, während die Minister hierzu Stellung nehmen sollen.

Als prominente Gäste sind vorgesehen: Bundeskanzler Dr. Adenauer, die dem Bundeskabinett angehörenden Minister der CSU und CDU, Vertreter der christlichen Parteien Österreichs, Italiens, der Schweiz, Frankreichs, Belgiens und Hol-

[4] ACSP, LGF-LV 9. 6. 1950, Anwesenheitsliste zur Sitzung des Landesvorstands am 9. 6. 1950; eine Unterschrift ist unleserlich. Ergänzt anhand des Protokolltextes.

[5] Berichte über diese Sitzung finden sich in: Bayern-Kurier vom 17. 6. 1950: „Aus der Christlich-Sozialen Union", und CSU-Correspondenz vom 12. 6. 1950, S. 2.

[6] Der Landesausschuß trat am 10. 6. 1950 in München zusammen; ein Protokoll findet sich im ACSP, LGF-LA.

[7] Vgl. Nr. 34.

lands (eine Einladung an das Saargebiet wird für inopportun gehalten), Vertreter des amerikanischen Landeskommissariats für Bayern, die Konsuln und Missionschefs folgender ausländischer Regierungen: Österreich, Schweiz, Italien, Frankreich, Belgien, Holland, England und USA.

Zu Punkt 2 – Finanzierung der Partei:
Der *Landesvorsitzende* erklärt einleitend, daß bis jetzt noch keine Änderung des Finanzstatuts vorgenommen worden ist. Es stehe jedoch fest, daß die Mitgliederbeiträge trotz der Geringfügigkeit der eingehenden Beträge schon aus moralischen Gründen beibehalten werden müssen. Eine Änderung des bisherigen Zahlungssystems durch Pauschalzahlungen der Bezirksverbände werde in Erwägung gezogen. Zur Zeit werde die Partei durch die Beiträge der Fraktionsmitglieder der CSU, der Kabinettsmitglieder und durch Spenden finanziert[8]. Verschiedene Vorschläge, den Parteibeitrag mit einem Pflichtabonnement der Parteizeitung „Bayern-Kurier" zu verbinden, hält der *Landesvorsitzende* trotz erheblicher Vorteile für kaum durchführbar[9].

Er schlägt sodann vor, einen Finanzausschuß zu bilden, der die Aufgabe haben würde, dem Landesvorsitzenden und dem geschäftsführenden Landesvorstand für direkt eingezahlte Spenden Entlastung zu erteilen. Der Antrag wird angenommen (Formulierung siehe Anlage). Für diesen Ausschuß werden vorläufig folgende Persönlichkeiten einstimmig vorgeschlagen: Karl Sigmund Mayr (Fürth), Greib (Unterfranken), Herrmann (Oberpfalz), von Haniel (Niederbayern), Josef Fischer (Schwaben). Die endgültige Entscheidung bleibt dem Landesausschuß vorbehalten[10].

Der Landesschatzmeister *Elsen* und Generalsekretär *Strauß* referieren dann kurz über die gegenwärtige Finanzlage der Partei. Es wird festgestellt, daß, abgesehen von der nicht direkt mit der Parteileitung verbundenen Liquidierung des „Geraden Wegs" und dem von der Staatsbank sämtlichen Parteien gewährten Wählerstimmen-Kredit[11], die Partei seit der Landesversammlung in Straubing praktisch keine Schulden mehr habe.

Generalsekretär *Brunner* regt an, im Einvernehmen mit SPD und FDP die Streichung dieses Kredits zu beantragen, wie dies in Nordrhein-Westfalen bereits geschehen sein soll.

Staatssekretär *Müller* des Finanzministeriums stellt zunächst Stundung auf drei Monate in Aussicht.

Staatssekretär *Sedlmayr* berichtet über die Entwicklung des „Bayern-Kurier". Die Zahlungseingänge für die Zeitung betragen zur Zeit 2500 DM bis 2800 DM pro Monat. Die Kosten für die wöchentliche Auflage von 20000 Stück betragen etwa 3022 DM. Annoncen werden erst durch die Neuwerbung und auf Grund des

[8] Zur Finanzierung der CSU in der Ära Ehard vgl. Schlemmer, Aufbruch, S. 463–474.

[9] Dieser Vorschlag wurde immer wieder diskutiert, scheiterte aber noch 1955 an innerparteilichen Widerständen, als er von Friedrich Zimmermann aufgegriffen wurde. Vgl. Mintzel, Anatomie, S. 340.

[10] Der Landesausschuß bestellte schließlich folgende Mitglieder für den sogenannten Spendenentlastungsausschuß: Franz Elsen, Josef Fischer, Fritz von Haniel-Niethammer, Hans Herrmann, Karl Sigmund Mayr, Hans Schwägerl, Direktor Steffan. ACSP, LGF-LA, Sitzung des Landesausschusses der CSU am 10. 6. 1950 in München.

[11] Vgl. Nr. 13 mit Anm. 23.

neuen Formats des Blattes zu erwarten sein. Da bis jetzt nur 8000 Abnehmer vorhanden sind, wird von der Annoncenwerbung auf die Dauer die Finanzierung abhängen. Staatssekretär *Sedlmayr* beklagt das mangelnde Interesse verschiedener Kreisverbände und vieler Mandatsträger, die Lieferungen der Zeitungen einfach ablehnen.

Der *Landesvorsitzende* erklärt es für unbedingt notwendig, angesichts der mangelnden Objektivität der Presse und der bevorstehenden Wahlen die eigene Zeitung durchzuhalten, sie mit Nachrichten aus erster Hand zu versorgen und polemischer zu gestalten.

Unter den verschiedenen Vorschlägen für die Werbung wird vorgeschlagen, auf die Mandatsträger und die Parteiorganisation energisch zum Bezug einzuwirken, in jeder Versammlung sich auf das Blatt zu beziehen und den Bezirksverbänden 25 bis 30 Prozent Rabatt für die Abonnentenwerbung zu gewähren. Schließlich wird ein Antrag *Fackler* angenommen, das Abonnement des „Bayern-Kurier" für Parteimitglieder [für] obligatorisch zu erklären (Wortlaut siehe Anlage). Redaktionstechnisch wird beschlossen, Dr. Scheidt sofort zum Chefredakteur zu bestellen und ihn zugleich statt des Generalsekretärs Strauß für den Inhalt verantwortlich zeichnen zu lassen, um allenfalls aus der Rechtslage hervorgehende Schwierigkeiten zu vermeiden. Generalsekretär Strauß wird zum Mitherausgeber bestellt[12].

Zu Punkt 3 – Vorbereitung der Landtagswahlen:
Fast alle Redner stimmen mit dem *Landesvorsitzenden* und Generalsekretär *Strauß* darin überein, daß die innere Kräftigung und Aktivierung der Partei in den nächsten Monaten die erste und dringlichste Voraussetzung für einen Erfolg bei den kommenden Landtagswahlen darstellt, daß den verantwortungslosen Parolen der radikalen Parteien und deren Angriffen mit der Berufung auf die eigene Arbeit und Leistung begegnet werden müsse und daß Persönlichkeiten, die sich bisher durch mangelnde Opferbereitschaft als Mandatsträger der Partei nicht bewährt haben, durch geeignete aktive Persönlichkeiten ersetzt werden müssen. Überalterung physischer und psychischer Natur, die sich in der Partei geltend macht, müsse beseitigt werden. Vor allem bei den Abgeordneten müsse hierbei ein strenger Maßstab angelegt werden. Aktivität, persönlicher Einfluß im Wahlkreis, Mut zur Verteidigung der abendländischen Kultur und zum offenen Bekenntnis für die Ideale der Partei seien die notwendigen Kriterien bei der Kandidatenaufstellung. Auch die Kirchen sollten zur Stellungnahme veranlaßt werden.

Im Zusammenhang mit der Kandidatenaufstellung berührt *Karl Sigmund Mayr* (Fürth), den Fall Rindt[13] und die Notwendigkeit rechtzeitiger Säuberung der Partei von unehrenhaften Elementen unter gleichzeitigem und allgemein gebilligtem Hinweis auf die zwingende Pflicht, einen Schlußstrich unter die Entnazifizierung zu ziehen[14], der so rechtzeitig erfolgen müsse, daß es nicht mehr als Wahlmanöver mißdeutet werden könne.

[12] Vgl. Nr. 33 mit Anm. 2.
[13] Vgl. Nr. 30a.
[14] Vgl. ebenda mit Anm. 3 und Anm. 4.

Zu Punkt 4 – Satzungen der Partei, wird festgestellt, daß der bisher mit der Satzungsreform beauftragte Satzungsausschuß infolge seiner oft gewechselten Zusammensetzung und der Schwierigkeit des Zusammenrufens der örtlich getrennten Mitglieder die Reform nur wenig gefördert habe. Der deshalb vom Landesvorsitzenden mit der Bearbeitung eines Gesamtvorschlages für die Satzungsreform beauftragte Parteifreund Weinkamm (Augsburg) wird nun den Gesamtentwurf diesem Satzungsausschuß vorlegen. Der *Landesvorsitzende* hofft, auf diesem Wege zu einem raschen Abschluß der Reform zu kommen[15]. Die Angelegenheit auf der Landesversammlung bereits in extenso zu behandeln, erscheint jedoch unter diesen Umständen unzutunlich [sic!]. In jedem Fall ist größte Beschleunigung nötig, um in die neue Satzung bereits klare Anweisungen für die Kandidatenaufstellung entsprechend dem neuen Landtagswahlgesetz[16] und dem Gesetz zur Beendigung der Denazifizierung[17] einbauen zu können[18].

Bezirksvorsitzender [von] Unterfranken, *Greib*, weist auf die Dringlichkeit der Aufgabe gerade unter dem Gesichtspunkt der bevorstehenden Kandidatenaufstellung hin.

Zu Punkt 5 – Aussprache:
In der Aussprache wird die Anfrage der Frau *Meyer-Spreckels* auf die Stellung der Partei zu der soeben durchgeführten Vereinigung der CDU-Landesverbände als Reichspartei[19] vom *Landesvorsitzenden* dahingehend beantwortet, daß eine Aufgabe der Selbständigkeit der CSU unter keinen Umständen stattfinden werde. Dagegen müsse die Zusammenarbeit mit dieser Partei in der bisherigen Form besonders gepflegt werden.

Der Vorschlag des *Landesvorsitzenden*, zur Vermeidung aller Reibungen auf der Landesversammlung nur die Wahl des ersten Landesvorsitzenden vorzunehmen und die Wahl der beiden Stellvertreter auf die erste Landesausschuß-Tagung nach der Landesversammlung zu verlegen, wird allgemein gebilligt[20].

Eine weitere Anfrage der Frau *Meyer-Spreckels* betreffend Stellungnahme der Partei zu den Forderungen der Besatzungsgeschädigten wird vom *Landesvorsitzenden* mit dem Hinweis auf die Notwendigkeit, bei der schwierigen Finanzlage des Bundes und der Länder die Ansprüche der verschiedenen Gruppen nach der Dringlichkeit zu befriedigen, von Generalsekretär *Strauß* mit der Feststellung, daß die Entschädigung der Besatzungsgeschädigten nicht Bundessache sei, beantwortet.

Mit dem nochmaligen Hinweis auf die unbedingt zu wahrende Einigkeit auf der Landesversammlung in Kempten, besonders angesichts der Krise in der BP[21],

[15] Vgl. Schlemmer, Aufbruch, S. 446–450, und Nr. 34.
[16] Vgl. Landeswahlgesetz vom 29. 3. 1949, in: BGVBl. 1949, S. 69–77, und Landeswahlordnung vom 27. 9. 1950, in: BGVBl. 1950, S. 139–158.
[17] Gesetz zum Abschluß der politischen Befreiung vom 27. 7. 1950, in: BGVBl. 1950, S. 107f.
[18] Die Reform der Satzung der CSU wurde jedoch erst im Juli 1952 verabschiedet. Zum Problem der Satzungsreform vgl. Schlemmer, Aufbruch, S. 446–456.
[19] Vgl. Nr. 34 mit Anm. 12.
[20] Vgl. ebenda mit Anm. 22. Die Delegierten der in Kempten tagenden Landesversammlung bestätigten Ehard am 17. 6. 1950 mit 442 von 452 Stimmen im Amt des CSU-Vorsitzenden; ACSP, LGF-LVers, Landesversammlung der CSU am 17./18. 6. 1950 in Kempten.
[21] Auf der Sitzung des Landesauschusses der BP am 7. 5. 1950 waren die innerparteilichen Konflikte

dem sich Generalsekretär *Strauß* und Dr. *Horlacher* wärmstens anschließen, beschließt der stellvertretende Landesvorsitzende *Karl Sigmund Mayr* in Vertretung des abberufenen Ministerpräsidenten um 19.45 Uhr die Sitzung.

Nr. 35c

Am 9. Juni 1950 beschlossene Anträge des Landesvorstands der Christlich-Sozialen Union an den Landesausschuß

ACSP, LGF-LV[22]

Die Landesvorstandschaft hat in ihrer Tagung vom 9. Juni 1950 beschlossen, folgende Anträge zu stellen:

1. Der Landesausschuß möge einen Entlastungsausschuß von etwa fünf Personen bestimmen, der Verwaltung und Verwendung von Spendengeldern, die dem Landesvorstand oder dem geschäftsführenden Landesvorstand auf direktem Wege zugehen, kontrolliert und dem Landesvorsitzenden sowie dem geschäftsführenden Landesvorstand Entlastung erteilt. Für diesen Ausschuß werden nachfolgende Persönlichkeiten vorgeschlagen: Karl Sigmund Mayr (Fürth), stellvertretender Landesvorsitzender und Bezirksvorsitzender Mittelfranken; Bürgermeister Herrmann (Regensburg), Bezirksvorsitzender Oberpfalz; Freiherr von Haniel-Niethammer, Bezirksvorsitzender Niederbayern; Josef Fischer (Augsburg), Bezirksvorsitzender Schwaben[23].
2. Antrag: Der derzeit geschäftsführende Redakteur des „Bayern-Kurier", Dr. Scheidt, wird zum Chefredakteur bestellt und zeichnet verantwortlich für den Inhalt der Zeitung. (Generalsekretär Strauß übernimmt gemeinsam mit Staatssekretär Sedlmayr die Kontrolle der Gestaltung und Geschäftsführung der Zeitung[24].)
3. Antrag: Der Bezug der Parteizeitung „Bayern-Kurier" wird für alle Parteimitglieder als obligatorisch erklärt. Der Bezugspreis wird auf Dpf. 15 festgesetzt.

[4. Antrag[25]:] Der Landesausschuß bestätigt die bei seiner letzten Tagung in Fürth am 14./15. Januar [1950] gewählten Stellvertreter des Landesvorsitzenden, Karl Sigmund Mayr (Fürth) und Dr. Horlacher, in ihrem Amt. Die Neuwahl der stellvertretenden Landesvorsitzenden erfolgt in der nächsten Tagung des Landesausschusses nach der Landesversammlung.

offen zum Ausbruch gelangt, was dazu führte, daß die Partei mehr mit sich selbst als mit den politischen Gegnern beschäftigt war. Vgl. Unger, Bayernpartei, S. 46f. und S. 154–160.

[22] Die Notiz ist auf den 10. 6. 1950 datiert; für die Richtigkeit zeichnete Heinz Heggenreiner.

[23] Im Exemplar Hans Ehards (BayHStA, NL Ehard 1222) zusätzlich handschriftlich vermerkt: „5. Elsen".

[24] Im Exemplar Hans Ehards unter diesem Punkt handschriftlich vermerkt: „Gerstl, Fackler, Imhof".

[25] Dieser Antrag findet sich auf einem auf den 9. 6. 1950 datierten gesonderten Blatt (ASCP, LGF-LV 9. 6. 1950); für die Richtigkeit zeichnete erneut Heinz Heggenreiner.

Nr. 36

Sitzung des geschäftsführenden Landesvorstands der Christlich-Sozialen Union am 25. Juli 1950 in München

Tagesordnung[1]:
1. Vergleich in der Mietangelegenheit Paul-Heyse-Straße 29
2. Affäre Rindt/Sozialer Helferring
3. Übertritt des Landtagsabgeordneten Alfred Noske zur CSU
4. Parteipresse
5. Verhandlungen mit dem Oppositionsflügel der Bayernpartei

Tagungsort: München, Prinzregentenstraße 7, Staatskanzlei

Anwesend[2]: Brunner, Ehard, Elsen, Euerl, Heggenreiner, Höhenberger, Hundhammer, Mayr, Muhler, Schäffer, E. Schleip, Sedlmayr, Strauß, ferner: Rindt

Protokollführer: Heinz Heggenreiner

Beginn: 15 Uhr

ACSP, LGF-LV

Der Landesvorsitzende, Ministerpräsident Dr. *Ehard*, eröffnet die Sitzung und schlägt zunächst die Erörterung der geschäftlichen Angelegenheiten der Partei vor.

Als erster Besprechungsgegenstand wird die Mietangelegenheit der Landesleitung in der Paul-Heyse-Str. 29 erörtert und der mit dem Hausbesitzer, Herrn Reichstein, unter Vorbehalt der Genehmigung des geschäftsführenden Landesvorstandes abgeschlossene Vergleich gebilligt. Der Vergleich bestimmt, daß die Landesleitung für rückständige Miete und Anwaltskosten an Herrn Reichstein 2500 DM + 330,44 DM bezahlt, wofür Herr Reichstein auf die aus dem Mietvertrag resultierende Verpflichtung, das Dachgeschoß seines Hauses auszubauen, verzichtet und dem Rücktritt von der Miete dieses Dachgeschosses ab 1. August 1950 zustimmt. Die Zustimmung des Vorstandes zu dieser Abmachung erfolgt, nachdem der mit der Rechtsvertretung der Landesgeschäftsstelle beauftragte Rechtsanwalt Schwaiger als Sachverständiger den Vergleich als günstig empfohlen und einen Prozeß als aussichtslos bezeichnet hat[3].

[1] Rekonstruiert anhand des Protokolltextes und der Tagesordnung in der von Josef Brunner gezeichneten Einladung vom 12. 7. 1950 (ACSP, LGF-GLV 5. 6. 1950), die vier Punkte vorsah: 1. Finanzierung der Partei, 2. Verlag Bayern-Kurier, 3. Liquidation des Verlags Der Gerade Weg, 4. Aufstellung von Kandidaten für die Landtagswahl in den Kreisverbänden.

[2] Laut Anwesenheitsliste im Protokoll. In dieser Liste wird Fritz Schäffer als anwesend geführt; auf der Anwesenheitsliste (ACSP, LGF-GLV 5. 6. 1950), auf der die Teilnehmer ihre Anwesenheit durch Unterschrift bestätigten, wurde Schäffer jedoch wie Horlacher als entschuldigt geführt. Bei der Besprechung von Tagesordnungspunkt 2 waren Eugen Rindt und mehrere andere, namentlich nicht genannte Personen anwesend.

[3] Zu diesem Punkt wurden wie zu den Herren Reichstein und Schwaiger keine weiteren Angaben ermittelt.

Als zweiter Verhandlungsgegenstand folgt eine Erörterung des Falles Rindt[4], bei der der Abgeordnete Dr. Rindt, Vorstand des Sozialen Helferrings in Augsburg und des später von ihm gegründeten Sozialen Bauwerks, und mehrere Beteiligte selbst anwesend sind.

Nachdem die im Fall Rindt unmittelbar Beteiligten den Saal verlassen haben, gibt der *Landesvorsitzende* bekannt, daß der Abgeordnete Noske ihm seine Absicht bekundet habe, aus der Freien Vereinigung auszutreten und der CSU beizutreten[5].

Es wird sodann Geschäfts- und Redaktionsführung des „Bayern-Kuriers" zur Erörterung gestellt. Die finanzielle Lage des „Bayern-Kuriers" stellt sich dabei nach dem Bericht des Staatssekretärs *Sedlmayr* wie folgt dar: Der „Bayern-Kurier" war zuletzt belastet mit 13000 DM Druckschulden. Davon wurden 7500 DM bezahlt. Er hatte keinerlei Anlaufskapital.

Die vom *Landesvorsitzenden* an den Landesschatzmeister, Bankdirektor Elsen, gerichtete Frage, ob der Landesschatzmeister in der Lage sei, die hiefür nötigen Mittel zu beschaffen, kann von diesem zur Zeit noch nicht endgültig beantwortet werden.

Staatssekretär *Sedlmayr* berichtet sodann über die Bildung eines Werbeausschusses für den „Bayern-Kurier" und über den Beschluß des Direktoriums, mit Wirkung vom 1. September 1950 den Bezugspreis von 10 D-Pfennig auf 15 D-Pfennig zu steigern. Die derzeitige Abonnentenzahl wird von ihm mit[6] 9500 angegeben. Falls sie auf dieser Höhe erhalten bleibt, kann die Hälfte der Gestehungskosten der Zeitung gedeckt werden, von der jede Nummer, einschließlich aller Nebenkosten wie Gehälter, Honorare, Mieten usw., DM 2400 kostet. Wenn die Zeitung aus dem Dauerdefizit und dem Stadium des Zuschußbetriebes (DM 1200 pro Nummer) herausgehoben werden soll, sei die Inseratenwerbung von entscheidender Bedeutung. Hierzu seien nicht nur Kollektivverträge, sondern auch Einzelverträge wünschenswert. Vor allem aber müsse man laufende Inserate bekommen. Der Vertrieb der Zeitung funktioniere noch nicht einwandfrei. Man hoffe aber, daß die Händler bei höherem Preis mit ihrem erhöhten Prozentgewinn auch größeres Interesse zeigen werden. Man werde ferner versuchen, Werber mit Gewinnbeteiligung (50 Pfennig pro Vierteljahresabonnement) aufzustellen.

Kultusminister Dr. *Hundhammer* richtet dann an die Redaktion die Bitte, den „Bayern-Kurier" nun mehr als politisches Blatt zu gestalten.

Zum Schluß gibt Bundestagsabgeordneter Generalsekretär *Strauß* noch einen Überblick über den derzeitigen Stand der Verhandlungen mit dem Oppositionsflügel der Bayernpartei[7].

Der Landesvorsitzende, Ministerpräsident Dr. *Ehard*, beschließt die Sitzung.

[4] Vgl. Nr. 30a mit Anm. 29.

[5] Der gebürtige Schlesier Alfred Noske hatte 1946 ein Landtagsmandat für die WAV erobert. Nach Konflikten mit Alfred Loritz schied er aus der WAV-Fraktion aus und schloß sich vorübergehend dem Deutschen Block an. Danach war er zeitweise fraktionslos, um später der Freien Fraktionsgemeinschaft bzw. der Freien Parlamentarischen Vereinigung beizutreten.

[6] In der Vorlage: „auf".

[7] Die Flügelkämpfe in der Bayernpartei, die nach der Bundestagswahl vom August 1949 an Schärfe

Nr. 37

Bericht über die Besprechung des Landesvorsitzenden mit den Bezirksvorsitzenden der Christlich-Sozialen Union am 26. Juli 1950 in München

CSU-Correspondenz vom 27. 7. 1950, S. 1–4[1]

Akute Kriegsgefahr besteht nicht, not tut, sich gegen den kalten Krieg zu rüsten. Drei bedeutende Forderungen Dr. Ehards: Landesvorsitzender Dr. Ehard nahm anläßlich der Landestagung der CSU-Bezirksvorsitzenden am 26. Juli 1950 in München[2] zu einer Reihe aktueller außen- und innenpolitischer Fragen in eindrucksvollen Ausführungen Stellung:

„Es wird heute soviel vom Krieg geredet – sagte Dr. Ehard – aber man kann sich nicht darauf abstellen, was Irlmaier[3] oder ähnliche Leute sagen. Tatsache ist vielmehr, daß eine akute Kriegsgefahr nicht besteht. Gewiß, es mögen starke Verbände im nahen Osten stehen, irgendwelche Bewegungen eines Aufmarsches jedoch oder überhaupt einer Vorbereitung sind bis zur Stunde nicht beobachtet worden. Dazu kommt, daß die Angst vor der Atombombe ständig wächst; das ist erfreulich, denn dadurch wird es immer mehr zur Gewißheit, daß diese Waffe – ähnlich wie das Gas im letzten Krieg – nicht angewendet werden wird.

Dieser beruhigenden Tatsache gegenüber steht aber eine andere, sehr akute Gefahr: der kalte Krieg, der sicher in irgendeiner Form sehr aktiviert werden wird und von dem größte Schwierigkeiten drohen. Hier müßten nach meiner persönlichen Auffassung von Deutschland aus eine Reihe von Initiativen ergriffen werden. Falsch wäre es freilich, ein Geschrei nach Aufrüstung zu erheben, das würde nur die Kriegsgefahr vergrößern. Ich meine etwas anderes und nenne ein Beispiel: Die Russen könnten plötzlich Hunderttausende von Menschen aus der Ostzone zu uns abschieben. Was machen wir dann, um beim Auffangen eine Katastrophe zu vermeiden? Ich meine, daß man eine Organisation wie das *Rote Kreuz*, das überparteilich und überkonfessionell ist und im Bedarfsfall auf eine große internationale Unterstützung[4] rechnen kann, sehr sorgfältig ausbauen müßte.

zunahmen, wurden von der CSU nach Kräften gefördert, um die lästige Konkurrenz im eigenen Lager auszuschalten. Fritz Schäffer und Franz Josef Strauß ließen dem gemäßigten Flügel um Anton Donhauser finanzielle Zuwendungen zukommen, um sie in die Lage zu versetzen, eine Palastrevolution gegen Parteichef Joseph Baumgartner anzuzetteln. Jedoch wurden Donhauser und andere führende Vertreter der BP, die für einen Verständigungskurs mit der CSU eingetreten waren, noch im Laufe des Jahres 1950 selbst aus der Partei gedrängt. Vgl. Vossen, Joseph Baumgartner, S. 94–108; Schlemmer, Aufbruch, S. 367–370, und Wolf, CSU und BP, S. 160–166. Vgl. auch Nr. 38.

[1] Ein gekürzter Bericht über diese Tagung findet sich unter dem Titel „Scharfes Dementi Dr. Ehards über Koalitionsgespräche" in: Bayern-Kurier vom 5. 8. 1950.

[2] Diese Tagung war ursprünglich für den 22. 7. 1950 geplant gewesen, mußte jedoch wegen Terminschwierigkeiten des Landesvorsitzenden auf Mittwoch, den 26. 7. 1950 verlegt werden. Vgl. CSU-Correspondenz vom 20. 7. 1950, S. 4.

[3] Vermutlich spielte Ehard hier auf die Visionen des oberbayerischen Rutengängers und angeblichen Hellsehers Alois Irlmaier (1894–1959) an, der einen dritten Weltkrieg prophezeit hatte.

[4] In der Vorlage: „Stützung".

Weiter halte ich für nötig eine vernünftige *Vorratspolitik*: Ich betrachte es als Unsinn, daß man im Augenblick Organisationen wie z.B. die Organisation Steffen[5] zerschlägt, nur weil ein paar Geschäftsleute einige Mark mehr umsetzen wollen. Wir brauchen eine richtige dezentralisierte Lagerhaltung; was dies einmal bei plötzlich eintretenden Transportschwierigkeiten oder auch bei Streiks bedeuten kann, ist klar."

Ein weiterer wichtiger Punkt – erklärte der CSU-Landesvorsitzende – sei die *Polizeifrage*[6]. Eine Bundespolizei als solche sei sinnlos, nötig sei es vielmehr, die Länderpolizeien in Ordnung zu bringen und dann eine Querverbindung durch das Bundesgebiet – auch im Sinn einer Vereinheitlichung der Ausrüstung – zu schaffen.

Scharfes Dementi Dr. Ehards zu den Pressemeldungen über Koalitionsgespräche. Landtagswahl voraussichtlich am 26. November: „Es ist von keiner Seite – erklärte Dr. Ehard gegenüber den jüngsten Sensationsmeldungen der BLZ[7] – irgendeine offizielle Besprechung wegen einer künftigen Koalition geführt worden und es wird auch keine geführt, weil es unsinnig wäre. Alle Meldungen, die darüber in die Welt gesetzt werden, sind absolut frei erfunden."

Bezüglich der Gerüchte über Wahlabkommen der Mittelparteien für die Landtagswahl[8] führte Dr. Ehard aus, daß die CSU die Möglichkeit solcher Wahlabkommen gegenüber Leuten, mit denen man überhaupt verhandeln könne, gern ins Auge fasse, sich darauf aber nicht verlasse. Die CSU sei sich ihrer eigenen Kraft durchaus bewußt.

In diesem Zusammenhang ging Dr. Ehard kurz auf die Bayernpartei ein und erklärte, daß diese in der Form, wie sie heute auftrete, ein völliger Unsinn sei; eine Partei, die vorgebe, die Interessen Bayerns durchsetzen zu wollen, könne nicht ausgesprochen die Partei als ihren einzigen Gegner bezeichnen, die in Vergangenheit und Gegenwart tatsächlich die bayerischen Belange gewahrt habe[9].

[5] Die Dienststelle des Beauftragten für die Lagerversorgung – allgemein nach ihrem Leiter Kurt Steffen nur kurz Organisation Steffen genannt – war unter der Aufsicht des bayerischen Landwirtschaftsministeriums für die Versorgung der Flüchtlingslager mit Lebensmitteln zuständig. 1950 wurde die Dienststelle in einen kaufmännisch geführten Staatsbetrieb, die Bayerische Lagerversorgung, überführt und 1954 privatisiert. Vgl. Kabinett Ehard II – 1949, S. 202 mit Anm. 18.

[6] Zu Ehards Position in der Polizeifrage 1950/51 vgl. ausführlich Gelberg, Hans Ehard, S. 324–333.

[7] Die Bayerische Landeszeitung, das Parteiorgan der BP, hatte am 22. 7. 1950 unter der Überschrift „Koalition des Hasses gegen die BP" einen groß aufgemachten Artikel über angebliche Geheimverhandlungen zwischen CSU und SPD zur Bildung einer großen Koalition nach der bevorstehenden Landtagswahl veröffentlicht. Der Impuls zu diesen Verhandlungen sei von der Staatskanzlei ausgegangen, der eigentliche Drahtzieher sei aber Josef Müller, dem es gelungen sei, den Ministerpräsidenten auf seine Seite zu ziehen. Grund dafür sei vermutlich „die an pathologischen Haß grenzende Abneigung Ehards gegen die Bayernpartei und deren führenden Männern [sic!]".

[8] Nach der erfolgreichen Kooperation bei der Nachwahl im Bundeswahlkreis Kulmbach im April 1950, wo sich der von einer Allianz bürgerlicher Parteien unterstützte CSU-Politiker Johannes Semler hatte durchsetzen können, wurden immer wieder Gerüchte über Wahlabkommen nach diesem Muster für die kommende Landtagswahl laut. Vgl. Nr. 33 mit Anm. 4.

[9] Ehard reagierte wohl darauf, daß die Bayernpartei nach der Ausschaltung des Donhauser-Flügels mit einer deutlichen Stoßrichtung gegen die CSU in den Landtagswahlkampf zog (vgl. Unger, Bayernpartei, S. 160). In einer Resolution führender BP-Politiker vom 9. 7. 1950 hieß es etwa: „Den bevorstehenden Landtags-Wahlkampf wird die Bayern-Partei völlig unabhängig nach allen Seiten hin führen. Sie stellt fest, daß die CSU-Regierung und der CSU-Landtag sich als unfähig oder nicht willens erwiesen hat, die Probleme des bayerischen Staates und die Lebensinteressen des bayerischen Volkes nachdrücklich und nachhaltig zu lösen und zu wahren. Unter der Herrschaft der

In kurzen Ausführungen über die SPD erklärte Dr. Ehard: „Die Sozialdemokratie steht in einem völligen Umbildungsprozeß. Auch in ihrem Lager wird erkannt, daß der Marxismus geradlinig zum Staatsabsolutismus und zur Diktatur führen muß. Auch das sozialistische Postulat nach „Planung" braucht zur Verwirklichung irgendwie die Diktatur. Andererseits geben sozialdemokratische Persönlichkeiten heute zu, daß sie gar keine Marxisten mehr seien[10]; daß die SPD überhaupt noch so zusammenhält, verdankt sie ihrer Oppositionsstellung, die sie im Negativen zusammenschließt."

Auf die praktische Frage des Termins der nächsten Landtagswahl eingehend bezeichnete Dr. Ehard den 26. November als den geeignetsten Zeitpunkt. Auf keinen Fall solle die Wahl vor dem 19. November angesetzt werden[11].

Dr. Ehard schloß seine mit herzlichem Beifall aufgenommenen grundsätzlichen Ausführungen wie folgt: „Die CSU hat in den schweren Jahren der gegenwärtigen Wahlperiode stets ihre grundsätzliche Linie durchzuhalten versucht und es ist ihr trotz allem gelungen. Sie wird diese grundsätzliche Linie angesichts der kommenden Landtagswahl, die unser aller Schicksal auf weitere vier Jahre gestaltet, unvermindert klar und deutlich herausstellen – auch in Bezug auf die Aufstellung der neuen Kandidaten."

Dr. Hundhammer zur Frage der Doppelmandate: Staatsminister Dr. Hundhammer unterstrich als Vorsitzender des Bezirksverbandes Oberbayern diese Ausführungen des Landesvorsitzenden mit besonderem Nachdruck: „Das Entscheidende ist, daß die geistige Führung bei der CSU verbleibt."

Zu der in der Konferenz aufgeworfenen Streitfrage der Doppelmandate (z.B. Landrat und Abgeordneter) erklärte Dr. Hundhammer, es gäbe im Landtag Landräte, die ihre Parlamentsarbeit schlechthin vorbildlich erfüllten, während andere durch ihre Landratstätigkeit für die Landtagsarbeit völlig ausfielen[12]. Ohne in ein Extrem zu verfallen, bezeichnete er es als wünschenswert, die Zahl dieser Persönlichkeiten nicht zu sehr anwachsen zu lassen; am besten werde dort, wo dieses Mal eine völlige Neuaufstellung vorzunehmen sei, dieses Moment entsprechend berücksichtigt.

CSU-Diktatur hat Bayern immer mehr an staatlichem Gewicht, an staatlicher Unabhängigkeit und Selbständigkeit verloren. [...] Mit einer derartigen Partei wie der CSU irgendwie gemeinsame Sache zu machen, widerspricht der Würde und Ehre der Bayernpartei und den Lebensinteressen des bayerischen Volkes." Tages-Anzeiger vom 12. 7. 1950: „Die Kampfansage der Bayernpartei an die CSU".

[10] Zur programmatischen Entwicklung der bayerischen Sozialdemokratie zum demokratischen Sozialismus, die eng mit den Namen Waldemar von Knoeringen und Rudolf Zorn verbunden ist, vgl. Hildegard Kronawitter, Rudolf Zorn und sein Beitrag zum marktwirtschaftlichen Denken in der SPD, und Rainer J. Ostermann, Waldemar von Knoeringen und der demokratische Sozialismus, in: Mehringer (Hrsg.), Klassenbewegung, S. 248–260 und S. 261–275.

[11] Die Landtagswahl wurde tatsächlich auf den 26. 11. 1950 terminiert; vgl. Karl-Ulrich Gelberg, Vom Kriegsende bis zum Ausgang der Ära Goppel (1945–1978), in: Handbuch der bayerischen Geschichte, Bd. IV/1, S. 635–956, hier S. 803.

[12] Die Landräte, die in der CSU-Landtagsfraktion eine nicht zu unerschätzende Rolle spielten (vgl. Schlemmer, Aufbruch, S. 162f.), blieben auch 1950 wählbar (vgl. Landeswahlgesetzes vom 29. 3. 1949 in der Fassung vom 27. 9. 1950, in: BGVBl. 1950, S. 128–139, hier S. 131). Ein Mandat im bayerischen Landtag wurde erst 1966 für inkompatibel mit dem Amt eines Landrats bzw. berufsmäßigen Bürgermeisters oder Stadtrats erklärt. Vgl. Hansjörg Dürr, Soziale Strukturen des Bayerischen Landtags. Aspekte der Soziologie parlamentarischer Mandatsträger, in: Bocklet (Hrsg.), Regierungssystem, Bd. 1, S. 211–393, hier S. 263f.

Erneute Änderung des Landeswahlgesetzes? In einem Referat zum Wahlgesetz anläßlich der Bezirksvorsitzendentagung äußerte Landtagsabgeordneter Schefbeck, daß eine neue Klage beim Verfassungsgerichtshof gegen die Bestimmung des Paragraph 40, Absatz 4, daß zur Aufstellung der Wahlkreisliste in $^3/_4$ der Stimmkreise Kandidaten vorhanden sein müßten[13], anhängig sei und daß die Möglichkeit bestehe, daß diese Bestimmung tatsächlich als der Struktur des Landeswahlgesetzes widersprechend verworfen werde.

Die Bestimmung des Paragraph 40, Absatz 1, daß ein Kandidat im eigenen Stimmkreis nicht auf der Wahlkreisliste stehen darf[14], erregte teilweise lebhaften Widerspruch. Dr. Ehard bezeichnete diese Bestimmung als „logischen Fehler", Bezirksvorsitzender Hergenröder/Bamberg als Beschränkung der Wahlfreiheit. Die Grundlinie des Landeswahlgesetzes, stärkere Durchsetzung der Persönlichkeitswahl im Rahmen des verbesserten Verhältniswahlrechts, wurde von der Versammlung einmütig bejaht.

Enthüllungen über die Hintermänner der Flüchtlingspartei: Dr. Rinke (UdA) machte vor dem Forum der bayerischen CSU-Bezirksvorsitzenden interessante Enthüllungen über gewisse Hintermänner und Drahtzieher der neuen Flüchtlingspartei:

„Tatsache ist" – führte er aus –, „daß der schärfste Kampf gegen den Bundesfinanzminister und für die eigene separate Flüchtlingspartei[15] von einer bestimmten Clique im Vertriebenenministerium, an der Spitze der Pressechef[16], geführt wird. Lukaschek weiß davon nichts. Diese Clique bedient sich zu ihrer Agitation offizieller Rundschreiben, die vom Vertriebenenministerium aus an die unpolitischen Organisationen der Landsmannschaften verteilt werden."

Dr. Rinke, der die unverzügliche Einleitung von Schritten auf Abstellung solcher politischer Quertreibereien forderte, unterbreitete der Bezirksvorsitzendenkonferenz abschließend konkrete Vorschläge über die Aufstellung von Heimatvertriebenen-Kandidaten für die kommende bayerische Landtagswahl.

[13] Dieser Absatz lautete: „Politische Parteien und sonstige Wählergruppen, die nicht mindestens in drei Viertel der Stimmkreise oder Stimmkreisverbände eines Wahlkreises Stimmkreisbewerber zur Wahl stellen, können keine Wahlkreisliste aufstellen." Landeswahlgesetz vom 29. 3. 1949 in der Fassung vom 27. 9. 1950, in: BGVBl. 1950, S. 128–139, S. 132.

[14] Dieser Absatz lautete: „Die Wahlkreisliste enthält die sämtlichen Stimmkreisbewerber eines Wahlkreisvorschlages. Im eigenen Stimmkreis oder Stimmkreisverband kann der Stimmkreisbewerber auf der Wahlkreisliste nicht zur Wahl gestellt werden." Ebenda.

[15] Zur Gründung des BHE, die sich im Laufe des Jahres 1950 vollzog, vgl. Neumann, Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten, S. 20–64, zu Bayern vgl. insbesondere S. 46–58.

[16] Nicht ermittelt.

Nr. 38

Sitzung des geschäftsführenden Landesvorstands der Christlich-Sozialen Union am 29. August 1950 in München

Tagesordnung[1]:
1. Beendigung der Entnazifizierung
2. Politische Lage in Bayern und Verhältnis der CSU zu anderen Parteien
3. Vorbereitung der bevorstehenden Landtagswahl und mögliche Wahlabkommen
4. Verhandlungen mit dem Oppositionsflügel der Bayernpartei

Tagungsort: München, Prinzregentenstraße 7, Staatskanzlei

Anwesend[2]: Brunner, Ehard, Elsen, Euerl, Heggenreiner, Höhenberger, Horlacher, Mayr, Muhler, E. Schleip, Sedlmayr, Seidel, Strauß

Protokollführer: Heinz Heggenreiner

ACSP, LGF-LV

Der Landesvorsitzende, Ministerpräsident Dr. *Ehard*, eröffnet die Sitzung mit dem Hinweis auf die wichtigen politischen Entscheidungen, die die Partei nunmehr auf Grund der bevorstehenden Landtagswahlen zu treffen hat.

Die Bezirksvorsitzenden *Karl Sigmund Mayr* (Mittelfranken) und *Alfred Euerl* (Nürnberg-Fürth) bringen dann kurz die Frage der Mitläufer zur Erörterung und weisen auf die Gefahr zu rigoroser Handhabung des bekannten „Katalogs"[3] von Camille Sachs[4] sowie des Ermessensparagraphen bei der Wiedereinstellung ehemaliger Mitglieder der NSDAP[5], besonders im Bereich des Kultusministeriums,

[1] Rekonstruiert anhand des Protokolltextes. Die Sitzung war für 17 Uhr angesetzt, allerdings hatte Franz Josef Strauß in seinem Einladungsschreiben vom 25. 8. 1950 (ACSP, LGF-GLV 29. 8. 1950) darauf hingewiesen, daß es zu einer Verschiebung der Sitzung „um 1–2 Stunden" kommen könne. Zugleich hatte er um „vollzähliges und sicheres Erscheinen" gebeten, da „eine besonders wichtige politische Frage zu besprechen" sei.

[2] Laut Anwesenheitsliste im Protokoll und ACSP, LGF-GLV 5. 6. 1950, Anwesenheitsliste zur Sitzung des geschäftsführenden Landesvorstands am 29. 8. 1950.

[3] Das Gesetz zum Abschluß der politischen Befreiung vom 27. 7. 1950 (in: BGVBl. 1950, S. 107f.) enthielt als Anlage eine Liste, die gemäß Artikel 37, Abs. 2 des Landeswahlgesetzes bestimmte Personen vom passiven Wahlrecht ausschloß. Dazu zählten Angehörige der Gestapo und des SD, Parteileiter bis hinab zu den Ortsgruppenleitern, die Reichstags- und Landtagsabgeordneten der NSDAP, die Landesbauernführer, die Offiziere bzw. Führer von SS, SA und RAD, die Amtsträger der Arbeitsfront, die Inhaber des NS-Blutordens und des Goldenen Parteiabzeichens, die Reichsminister, Staatsminister, Staatssekretäre und Reichsstatthalter nach dem 9. 3. 1933, hohe NS-Wirtschaftsfunktionäre sowie die Richter, Staatsanwälte und Beisitzer des Volksgerichtshofs. Vgl. auch Niethammer, Mitläuferfabrik, S. 515ff., und Nr. 26c mit Anm. 21.

[4] Camille Sachs (1880–1959), israel., später ev., Jurist, seit 1910 Staatsanwalt und Richter in Aschaffenburg und Nürnberg, am 1. 10. 1933 Entlassung aufgrund des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums, danach Maurer und Hilfsarbeiter, 1945 Wiedereinstellung als Landgerichtsrat und Präsident des Landgerichts Nürnberg-Fürth, Stadtrat (SPD) in Nürnberg, Vorsitzender der Spruchkammer Nürnberg V und bis 1947 Vorsitzender der Berufungskammer Nürnberg, 1947 Staatssekretär im bayerischen Staatsministerium für Sonderaufgaben, 1948 dort Ministerialdirektor und 1949/50 mit der Führung der Geschäfte des Ressorts betraut.

[5] Vgl. Nr. 34 mit Anm. 16.

hin. Es hätten sich krasse Fälle von Härte ereignet, die sich bei den Wahlen in schwerwiegender Weise gegen die Partei auswirken können.

Eine Anregung des Staatssekretärs *Sedlmayr* zu direkter Aussprache über diese Angelegenheit zwischen dem Herrn Ministerpräsidenten und dem Herrn Kultusminister wird allgemein gebilligt, da Staatsminister Dr. Hundhammer nicht anwesend ist.

Der *Ministerpräsident* weist sodann darauf hin, daß die Entwicklung in der Bayernpartei im Zusammenhang mit dem neugegründeten Heimat- und Königsbund[6] unter Vorsitz von Herrn Lebsche[7] sowie das Auftreten des Bundes der Heimatvertriebenen und Entrechteten[8] eine neue Situation geschaffen haben. Er erläutert sodann die Ergebnisse der bisherigen Besprechungen und Verhandlungen mit dem Donhauser-Flügel der BP und mit der FDP und die Möglichkeiten für eventuelle Wahlabkommen mit ihren Vor- und Nachteilen[9].

Der stellvertretende Landesvorsitzende *Karl Sigmund Mayr* (Fürth) stellt den Antrag, die Landesvorstandschaft zur Beschlußfassung über die zur Diskussion stehenden Wahlbündnisse bzw. -abkommen einzuberufen. Der Antrag wird angenommen.

Außerdem hält der *Landesvorsitzende* die möglichst baldige Einberufung des Landesausschusses zum selben Zweck für notwendig.

Generalsekretär *Franz Strauß* hält anschließend noch ein ausführliches Referat über das Ergebnis der von ihm geführten Vorbesprechungen mit der Gruppe Donhauser[10].

Da alle Teilnehmer sich über die Gefahren der Verschärfung des Kalten Krieges im kommenden Winter sowie einer Koalition der Bayernpartei mit der SPD einig sind, beschließt der geschäftsführende Landesvorstand, die erweiterte Vorstand-

[6] Der Bayerische Heimat- und Königsbund war im Dezember 1949 von Anton Berr, einem BP-Mitglied, gegründet worden. Da es gegen Berr jedoch politische wie persönliche Vorbehalte aus den Reihen der Monarchisten und des Hauses Wittelsbach gab, hoben Franz Freiherr von Redwitz und Baron Erwein von Aretin im Februar 1950 einen konkurrierenden Bayerischen Heimat- und Königsbund aus der Taufe. Im Juli 1950 – und hierauf bezieht sich die Äußerung Ehards – konstituierte sich unter der Führung von Max Lebsche die 1946 von der amerikanischen Militärregierung zunächst lizenzierte, dann verbotene Bayerische Heimat- und Königspartei als politischer Arm der monarchistischen Bewegung neu. Vgl. Konrad Maria Färber, Bayern wieder ein Königreich? Die monarchistische Bewegung in Bayern nach dem Zweiten Weltkrieg, in: Benz (Hrsg.), Neuanfang in Bayern, S. 163–182, hier S. 176ff. Zu Ehards „persönlich emotionslose[r] Haltung zur Monarchie" vgl. Gelberg, Hans Ehard, S. 313ff.

[7] Dr. Max Lebsche (1886–1957), kath., Studium der Medizin und Promotion zum Dr. med., 1928 Direktor der chirurgischen Poliklinik der Universität München, nach Habilitation Privatdozent bzw. außerordentlicher Professor an der Universität München, 1930 Gründung der Maria-Theresia-Klinik in München, seit 1919 BVP-Mitglied, 1936 vom Universitätsdienst suspendiert, 1946 Chefarzt des Caritas-Krankenhauses in München-Fürstenried, 1947 ordentlicher Professor an der Universität München, seit 1951 erneut leitender Chirurg an der Maria-Theresia-Klinik, im Oktober 1945 Mitbegründer und Vorsitzender der BHKP, 1949 Neugründung der BHKP und bis 1957 deren Vorsitzender.

[8] Vgl. Nr. 37 mit Anm. 15.

[9] Vgl. Nr. 39.

[10] Vgl. Nr. 36 mit Anm. 7.

schaft und den Landesausschuß zum 10. September 1950 nach München einzuberufen[11].

Tagesordnung: 1. Besprechung politischer Entscheidungen im Zusammenhang mit der Vorbereitung der Landtagswahlen.
2. Verschiedenes.

An die Presse wird folgende Verlautbarung herausgegeben:
Vertreter verschiedener Parteien traten auf Anregung der CSU heute zusammen, um die Form des Wahlkampfes eingehend zu erörtern. Ein Abkommen wurde nicht geschlossen. Es wurde ferner besprochen, welche Möglichkeiten bestehen, die Besprechungen auch auf andere Parteien auszudehnen, um nach Möglichkeit häßliche Formen des Wahlkampfes zu vermeiden[12].

Nr. 39

Sitzung des Landesvorstands der Christlich-Sozialen Union am 12. September 1950 in München

Tagesordnung[1]:
1. Bericht des Landesvorsitzenden
2. Wahlabkommen für die Landtagswahl
3. Politische Aussprache
4. Verschiedenes

Tagungsort: München, Maximilianeum, Sitzungssaal der CSU-Fraktion

[11] Der Sitzung des Landesvorstands wurde kurzfristig auf den 12. 9. 1950 verschoben (vgl. Nr. 39), die vorgesehene Sitzung des Landesausschusses, der zuletzt am 10. 6. 1950 getagt hatte, fiel aus. ACSP, LTF I, 15–20/0, undatiertes Rundschreiben der CSU-Fraktionsgeschäftsstelle, gez. Wilhelm Röhrl, an alle Mitglieder von Landtagsfraktion und Landesvorstand.

[12] Die Süddeutsche Zeitung berichtete daraufhin unter dem Titel „Besprechungen über ‚fairen' Wahlkampf" in ihrer Ausgabe vom 31. 8. 1950: „Auf einer Besprechung in der bayerischen Staatskanzlei erörterten, wie die Landesleitung der CSU bekanntgab, Vertreter ‚verschiedener Parteien' unter dem Vorsitz des bayerischen Ministerpräsidenten und Landesvorsitzenden der CSU, Dr. Hans Ehard, eingehend die Form des künftigen Wahlkampfes. Ein Abkommen wurde nicht geschlossen. Der Landesgeschäftsführer der CSU, Heggenreiner, erklärte der SZ, die Besprechungen stell[t]en einen Versuch dar, den Wahlkampf bei den ‚staatserhaltenden Parteien' nicht ausarten zu lassen, weil davon letzten Endes nur die umstürzlerischen Kräfte im Lande profitieren würden. Die Namen der an den Besprechungen beteiligten Parteien sollen vorläufig nicht genannt werden. Bayernpartei und SPD nahmen an den Erörterungen in der Staatskanzlei, wie sie der SZ offiziell erklärten, nicht teil." Die Geheimniskrämerei um diese Besprechungen und die Tatsache, daß weder die SPD noch die Führung der BP um Joseph Baumgartner eingeladen wurden, legten Spekulationen nahe, daß es dabei nicht nur um die Führung des Wahlkampfes, sondern auch um wichtigere Fragen wie strategische Allianzen für die bevorstehende Landtagswahl und eventuell sogar darüber hinaus gegangen sei. Vgl. Süddeutsche Zeitung vom 16./17. 9. 1950: „... und wer geht mit wem?"

[1] Rekonstruiert anhand des Protokolltextes. In Josef Brunners Schreiben vom 30. 8. 1950 (ACSP, LGF-LV 12. 9. 1950), in dem zunächst für den 10. September, 9 Uhr, eingeladen worden war, war folgende Tagesordnung enthalten: 1. Besprechung politischer Entscheidungen im Zusammenhang mit der Vorbereitung der Landtagswahlen, 2. Verschiedenes.

Anwesend[2]: Ankermüller, Blum, Butterhof, Eberhard, Ehard, Elsen, Euerl, Fackler, J. Fischer, Geiger, Gerstl, Greib, von Haniel-Niethammer, Herrmann, Höhenberger, Hundhammer, Imhof, Junker, Kaifer, Krehle, von Kühlmann, Lang-Brumann, Leukert, Mayr, Michel, J. Müller, P. Pfeiffer, Poschinger von Frauenau, Rinke, Sattler, F. Schäfer, K. Schäfer, Schäffer, Schmid, Schmidt, Schwalber, Seidel, Stang, Strauß, Stücklen, Unertl

Protokollführer: Heinz Heggenreiner

ACSP, LGF-LV[3]

Der Landesvorsitzende, Ministerpräsident Dr. *Ehard*, leitete die Tagung mit einem allgemeinen Hinweis auf die Tagesordnung und der besonderen Bitte an die Tagungsteilnehmer um streng vertrauliche Behandlung der Besprechung ein. Zugleich gibt er einen kurzen Überblick über das neue Wahlgesetz und die hiedurch [sic!] hervorgerufenen einschneidenden Veränderungen, wodurch vor allem kein Stimmenverlust mehr eintritt[4]. Er mahnt ferner zu sorgfältigster Auswahl der Kandidaten, deren Persönlichkeit gerade bei dem natürlichen Verlust an Wählerstimmen, den eine Regierungspartei nach fünfjähriger Alleinverantwortung[5] zu erwarten hat, von entscheidender Bedeutung werden kann. Sie müssen völlig einwandfrei, rednerisch und organisatorisch gewandt und im Sinne der Parteilinie absolut zuverlässig sein.

Er geht dann zum Hauptbesprechungspunkt der Tagung über, den Möglichkeiten für Wahlbündnisse, und gibt einen Überblick über die möglichen Kombinationen. Als Partner eines solchen Wahlbündnisses führt er die FDP, die HKP und die Gruppe Oberländer[6] des BHE an. Er beleuchtet sodann die Vor- und Nachteile von Wahlabkommen; auf der einen Seite als Vorteil eine gewisse Geschlossenheit der Front gegen den immer drohender werdenden Kalten Krieg, auf der an-

[2] ACSP, LGF-LV 12. 9. 1950, Anwesenheitsliste zur Sitzung des Landesvorstands am 12. 9. 1950. Geladen waren auch die Bezirksvorsitzenden, die nicht dem Landesvorstand angehörten.

[3] Zu dieser Sitzung vgl. auch die Berichte in: CSU-Correspondenz vom 12. 9. 1950: „Die CSU-Landesvorstandschaft tagte", und Bayern-Kurier vom 16. 9. 1950: „Keine Koalition auf Landesbasis".

[4] Zur Neuregelung des Wahlverfahrens und der Berechnung des Wahlergebnisses, die durch das Landeswahlgesetz in der Fassung vom 27. 9. 1950 (in: BGVBl. 1950, S. 128–139) festgelegt wurde, vgl. Wahl zum Bayerischen Landtag 1950, S. 5f.

[5] Hier übertrieb der Parteivorsitzende etwas. Die CSU stellte erst seit dem 20. 9. 1947 alleine die bayerische Staatsregierung. Zuvor war Ehard Ministerpräsident einer Koalitionsregierung aus CSU, SPD und WAV gewesen. Vgl. Gelberg, Einleitung zu: Kabinett Ehard I, S. LXXXII–XCII, und Gelberg, Einleitung zu: Kabinett Ehard II – 1947/48, S. XXIV–XXXI.

[6] Theodor Oberländer (1905–1998), ev., Agrarwissenschaftler und Hochschullehrer, 1923 Beteiligung am Hitler-Putsch, 1929 Promotion zum Dr. agr. in Berlin, 1933 zum Dr. rer. pol. in Königsberg, seit 1933 NSDAP-Mitglied, Leiter Landesverbands Ostpreußen des Vereins für das Deutschtum im Ausland, 1934–1937 Führer des Bundes Deutscher Osten, 1933–1937 Gauamtsleiter der NSDAP in Ostpreußen, seit 1940 ordentlicher Professor an der Deutschen Universität in Prag, Teilnahme am Zweiten Weltkrieg und bis 1946 amerikanische Kriegsgefangenschaft, Osteuropa-Experte für die Alliierten, 1948 Eintritt in die FDP, 1950 Übertritt zum BHE, 1950–1953 Landesvorsitzender des BHE und MdL (GB/BHE) in Bayern, 1950 Staatssekretär für das Flüchtlingswesen, 1954/55 Bundesvorsitzender des GB/BHE, nach Übertritt zur CDU 1958–1964 Vorsitzender des Landesverbands Oder-Neiße, 1953–1961 und 1963–1965 MdB (1953–1955 GB/BHE, seit 1956 CDU), 1953–1960 Bundesminister für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte. Am 3. 5. 1960 mußte Oberländer aufgrund massiven öffentlichen Drucks zurücktreten, nachdem er in einem Schauprozeß in der DDR wegen seiner mutmaßlichen Beteiligung an der Erschießung von Juden in Lemberg in Abwesenheit zu lebenslangem Zuchthaus verurteilt worden war und die Bonner Staatsanwaltschaft – letzten Endes ergebnislos – wegen des gleichen Vorwurfs gegen ihn ermittelte. Vgl. Wachs, Fall Oberländer.

deren Seite der Nachteil verlorener Wahlkreisstimmen, überspitzter Forderungen der Gegenseite, besonders der Gruppe Donhauser[7], und Verwaschenheit des ideologischen und sachlichen Programms einer solchen Wahlgemeinschaft. Betreffs der FDP sei festzustellen, daß kulturpolitische Unterschiede entscheidender Art bestehen[8]. Beim BHE sei die Leitung gut, die Mitglieder nicht klar in ihrer Gesinnung und Abgleiten in radikale Strömungen jederzeit möglich. Bei der HKP und Gruppe Donhauser wirke die einseitige monarchistische Bindung erschwerend. Im übrigen bringe ein Wahlblock die Gefahr mit sich, zukünftige Koalitionen vorweg zu nehmen. Der *Landesvorsitzende* spricht sich deshalb klar gegen ein globales Wahlabkommen aus. Regionale Abkommen, beschränkt auf einige Regierungsbezirke, könnten in Erwägung gezogen werden, ebenso örtliche Stimmkreisabkommen. Letztere Möglichkeit sei vielleicht vorzuziehen.

Abgeordneter *Michel* ist gegen Wahlabkommen, dagegen für interne Vereinbarungen mit HKP.

Generalsekretär *Strauß* nimmt sodann zur Gesamtlage Stellung. Größere und wesentlichere Fragen als bei den Bundestagswahlen stünden bei den nächsten Landtagswahlen auf dem Spiele. Die öffentliche Meinung habe die Maßstäbe verloren und sei anfällig für Demagogen, während die Aufklärungsmöglichkeiten der Regierung geringer seien, als sie in der Weimarer Republik waren.

Er schildert sodann den Verlauf seiner Verhandlungsaktion mit der Gruppe Donhauser. In der Bayernpartei spiele sich eine Scheidung der Geister zwischen Separatisten und Föderalisten ab. Der vernünftige Teil, die Föderalisten, müsse zu uns zurückgeholt werden. Der frühere Wählerprozentsatz der BVP müsse nach dem Rückschlag in der Bundestagswahl wieder erreicht werden, wenn die CSU der bestimmende Faktor in Bayern bleiben soll[9]. Der Zerfall der Bayernpartei sei

[7] Der Bundestagsabgeordnete und stellvertretende BP-Vorsitzende Donhauser war bereits seit Februar 1950 eine zentrale Figur in dem komplexen Ränkespiel um die Einigung des zerstrittenen christlich-bürgerlichen Lagers in Bayern, das entweder auf eine Spaltung der BP oder auf eine Entmachtung der Parteiführung um Joseph Baumgartner, die als ein wesentliches Hindernis für eine Annäherung von CSU und BP angesehen wurde, hinausgelaufen wäre. Donhauser verlor jedoch den innerparteilichen Machtkampf (nicht zuletzt aufgrund widersprüchlicher Signale aus der CSU), trat Anfang September 1950 aus der BP aus und schloß sich der BHKP an. Verhandlungen zwischen der Gruppe Donhauser, der BHKP, der FDP, Gruppierungen aus dem Lager der Vertriebenen und der CSU zur Bildung einer strategischen Allianz für die Landtagswahl sollten sowohl die SPD als auch die BP Baumgartners isolieren und die Basis für eine künftige Koalition legen. Daß aus diesem Plan letztlich nichts wurde, hatte mit der Schwäche Donhausers und der BHKP ebenso zu tun wie mit schwer überbrückbaren Differenzen zwischen CSU und FDP. Zudem war Ehard nicht wirklich von diesem Projekt überzeugt, zumal immer wieder Gerüchte laut geworden waren, eine „bürgerlich-christliche Einheitsfront" sei unter seiner Führung nicht möglich. Zu den Flügelkämpfen in der BP und der Rolle der CSU vgl. Vossen, Joseph Baumgartner, S. 94–108, zu den Verhandlungen hinter den Kulissen vgl. die entsprechenden Artikel in der Süddeutschen Zeitung vom 6. 9., 12. 9., 13. 9. und 19. 9. 1950.

[8] Die Geister schieden sich vor allem in der Auseinandersetzung um die Bekenntnis- oder Gemeinschaftsschule, auch die Frage der Lehrerbildung war umstritten. Mit der hitzigen Debatte um das Schulorganisationsgesetz vom 8. 8. 1950 hatte sich diese Kluft nochmals vertieft. Vgl. Müller, Schulpolitik, S. 190–226.

[9] Die BVP hatten bei den Landtagswahlen der Weimarer Republik Stimmenanteile zwischen 39,4 Prozent (1920) und 32,6 Prozent (1932) erhalten (vgl. Schönhoven, BVP, S. 80). Die CSU war bei der ersten Bundestagswahl im August 1949 mit 29,2 Prozent der Stimmen hinter diesen Ergebnissen zurückgeblieben, vor der Landtagswahl im November 1950 hoffte man aber in führenden Krei-

im vollen Gange. Der Eintritt der Gruppe Donhauser in die HKP sei nur eine Zwischenlösung. Diese werde höchstens zehn Prozent der Stimmen erreichen[10]. Sollten die Verhandlungen mit Donhauser scheitern, so bestehe die Gefahr, daß die SPD, wie schon bei den Bundestagswahlen, aus der Stimmenzersplitterung Gewinn zieht.

Die *Bezirksvorsitzenden [von] Mittelfranken und Schwaben* äußern sich sodann zu den Möglichkeiten für regionale Abkommen. Der *Bezirksvorsitzende [von] Mittelfranken* hält sie für seinen Bereich für absolut notwendig, *Kaifer* (Schwaben) lehnt sie ab.

Der Präsident der Handwerkskammer, Abgeordneter *Karl Schmid*, zweifelt daran, daß bei den neuen Parteien die Parteidisziplin stark genug ist, um solche Abkommen zu garantieren, gibt aber zu, daß je nach der Lage örtliche Abkommen von Vorteil sein können.

Wirtschaftsminister *Seidel* gibt der Ansicht Ausdruck, daß keinerlei Grund zu Pessimismus für die Aussichten bei der Partei für die kommenden Wahlen besteht. Der Wirtschaftsbeirat habe sich sehr bewährt, eine gefährliche Lage bestehe dagegen zur Zeit bei der mittelständischen Wirtschaft, die nicht immer glücklich behandelt worden sei. Im Arbeiterbereich stehe die Masse unter dem Einfluß anderer Parteien. Im allgemeinen hält der *Minister* weder [einen] Wahlblock noch regionale Abkommen für praktisch, [eine] örtliche Einigung über die Aufstellung anderer Kandidaten jedoch für möglich, wenn diese als CSU-Kandidaten auftreten. Größte Vorsicht sei geboten.

Bundesminister *Schäffer* erklärt, daß die CSU unter eigenem Namen und unter eigener Flagge kämpfen sollte. Er lehnt [ein] globales Abkommen ab und will regionale Abkommen nur für Ausnahmefälle gelten lassen. Die Ausgewiesenen hätten zu 80 Prozent WAV gewählt. Die Vernünftigen seien für uns, die anderen seien für keine Regierungspartei zu gewinnen. Opfer an die Gruppe Oberländer bedeuteten ein sehr unsicheres Risiko. Die FDP arbeitet planmäßig auf konfessionelle Zersplitterung hin[11] und sei eine reine Interessentenpartei. Daß die Spaltung in der Bayernpartei deutlich in Erscheinung trete, bedeute bereits einen großen Erfolg. Leider sei Donhauser eine unentschlossene Natur. Örtliche Abkommen mit BP- und HKP-Kandidaten in Ober- und Niederbayern sollten nur unter Übernahme dieser Kandidaten auf die CSU-Listen erfolgen.

Minister *Hundhammer* stimmt diesen Ausführungen zu.

Minister *Schäffer* gibt dann noch einen kurzen Ausblick über die Politik gegenüber dem Osten. Die Wahlparole der Umsturzparteien werde in der Herabsetzung unserer Leistungen bestehen. Wenn der Osten einen Angriff vorhabe, werde er jetzt Unruhen hervorrufen mit der Begründung, er könne die „Niederknüppelung der Arbeiter" nicht mehr mit ansehen; also sozialer Friede, keine Lohn-

sen der CSU, zumindest wieder 32 bis 34 Prozent der Stimmen gewinnen zu können. Vgl. Süddeutsche Zeitung vom 16./17. 9. 1950: „... und wer geht mit wem?"

[10] Die BHKP erhielt in der Landtagswahl von 1950 lediglich 71089 Stimmen, was 0,8 Prozent der abgegebenen Stimmen entsprach. Vgl. Wahl zum Bayerischen Landtag 1950, S. 9.

[11] Zur Rolle der FDP als Partei des protestantischen Besitzmittelstandes vgl. Alf Mintzel, Strategie und Organisation. Sozio-strukturelle Schwächen von SPD und FDP in Bayern, in: Immerfall u.a., Parteien in Bayern, S. 103–176, hier S. 161–168.

kämpfe. Unser eigenes Propagandamaterial müsse einst und jetzt gegenüberstellen und aggressiv gegen Demagogen wie Loritz, gegen Separatisten und Radikalisten [sic!] gestaltet sein. Die Wirtschaftsbelebung werde fortschreiten, Pessimismus sei nicht am Platze.

Demgegenüber macht *Karl Sigmund Mayr* geltend, daß die Preise im Steigen seien und der soziale Friede damit gefährdet werde. Die amerikanischen Massenkäufe verteuerten die Weltmarktpreise[12].

Bundesminister *Schäffer* hält Regierungseingriffe in die Preis- und Lohnbildung für möglich.

Dr. *Rinke* spricht sich gegen alle Abmachungen mit den verschiedenen BHE-Verbänden aus, weist auf die besonders hohen Leistungen für die Heimatvertriebenen in Bayern und die darin liegenden Unterschiede zu Schleswig-Holstein hin[13] und fordert sieben Stimmkreise für die Heimatvertriebenen.

Der Bezirksvorsitzende Niederbayern, *von Haniel*, wird auf sein Ersuchen ermächtigt, Verhandlungen über örtliche Wahlabkommen in Niederbayern zu führen.

Landrat *Eberhard* (Oberfranken) mahnt nach den Kulmbacher Erfahrungen[14] zur Vorsicht, hält für Oberfranken höchstens örtliche Stimmkreisabkommen für möglich. Mit der FDP könne man weder den katholischen noch den protestantischen Wählern ein Wahlbündnis zumuten. Die CSU habe bei den Landtagswahlen 49 Sitze zu erwarten[15]. Es handle sich also darum, aus der Wahlkreisliste noch möglichst viel Kapital zu schlagen, also keine unnötigen Verzichte. General Engelbrecht[16], Haußleiter und Loritz werden in Oberfranken die Unzufriedenen an sich ziehen.

Landesschatzmeister *Elsen* weist darauf hin, daß der Gedanke eines globalen Wahlabkommens von kirchlicher und Wirtschaftsseite an die Partei herangetragen worden sei[17]. In jedem Falle sei eine breitere Front notwendig. Donhauser müsse aus Gründen der politischen Anständigkeit berücksichtigt werden.

Greib (Unterfranken) weist auf Schwierigkeiten der Bezirksverbände bei der Kandidatenaufstellung hin, da die Stimmkreise bestrebt seien, jede Einmischung des Bezirksverbandes abzulehnen. Unterfranken sei der beste Bezirksverband.

[12] Am 18. 8. 1950 hatte die SPD mit einer von Waldemar von Knoeringen vorgetragenen Interpellation im bayerischen Landtag gegen die Preissteigerung insbesondere bei Lebensmitteln protestiert und eine Zulage für sozial Schwache gefordert. In seiner Antwort hatte Josef Müller für die Teuerungswelle vor allem den Anstieg der Weltmarktpreise im Zuge des Korea-Krieges verantwortlich gemacht, jedoch eine Teuerungszulage abgelehnt. Vgl. Stenographischer Bericht über die 175. Sitzung des bayerischen Landtags am 18. 8. 1950, S. 774–783.

[13] Für Bayern vgl. den Überblick bei Lanzinner, Sternenbanner, S. 266–288, für Schleswig-Holstein vgl. Edding, Eingliederung.

[14] Eberhard spielte hier auf die Bundestagsnachwahl in Kulmbach von 1950 an. Vgl. Nr. 33 mit Anm. 4.

[15] Die CSU errang bei der Landtagswahl insgesamt 64 Sitze, darunter befanden sich 46 direkt gewählte Stimmkreisbewerber. Vgl. Wahl zum Bayerischen Landtag 1950, S. 9.

[16] Nicht ermittelt.

[17] Die Einigung des zersplitterten (christlich-)bürgerlichen Lagers war sowohl das erklärte Ziel des einflußreichen Landesverbands der Bayerischen Industrie als auch führender Exponenten der katholischen Kirche im Freistaat. Vgl. Eva Moser, Unternehmer in Bayern. Der Landesverband der Bayerischen Industrie und sein Präsidium 1948 bis 1978, in: Schlemmer/Woller (Hrsg.), Bayern im Bund, Bd. 2, S. 25–86, hier S. 49, und Unger, Bayernpartei, S. 168ff.

Wahlabkommen bei der Geringfügigkeit der übrigen Parteien seien deshalb unnötig.

Euerl (Mittelfranken) und die Frauenvertreterin, Frau *Lang-Brumann*, schließen sich der letzteren Ansicht an. Frau *Lang-Brumann* verlangt außerdem größere Berücksichtigung der Frauen bei der Kandidatenaufstellung.

Minister *Hundhammer* faßt die Lage wie folgt zusammen: Kein globales Abkommen, UdA ist die Flüchtlingsorganisation der CSU. Die anderen dürfen von uns nicht salonfähig gemacht werden. Auch dem [sic!] HKP gegenüber sei Zurückhaltung zu wahren. Schwerpunkt für uns liege in der Auswahl der Persönlichkeiten. Keine Zugeständnisse an die Oppositionsparteien, die Bleiklötze bedeuten würden. Vor allem in München soll den Heimatvertriebenen ein Stimmkreis gegeben werden. Nicht zu viele Frauen aufstellen, um die Stimmen nicht zu zersplittern. Im ganzen erwarte er bessere Ergebnisse als bei der Bundestagswahl.

Es folgt noch eine kurze Erörterung schwieriger Kandidatenaufstellungen, vor allem in den Fällen Kübler[18], Eder[19], Lenz[20] und Krauß[21].

[18] Konrad Kübler gehörte zu den prominentesten CSU-Politikern Niederbayerns und war als Vizepräsident des bayerischen Landtags auch überregional bekannt. Im Laufe des Jahres 1950 wurde er jedoch in eine Reihe von Konflikten verwickelt, die ihn schließlich seine Parteiämter kosteten und auch wirtschaftlich zu ruinieren drohten. Damit war er aber eine Belastung für die CSU geworden. Im März 1950 hatte der Bayerische Verwaltungsgerichtshof die Kreistagswahl in Landau an der Isar von 1948 aufgrund eines Einspruchs der BP, deren Wahlvorschlag seinerzeit wegen Formfehlern abgelehnt worden war, für ungültig erklärt. Vor der Neuwahl des Kreistags am 4. 6. 1950 kam es zu scharfen Auseinandersetzungen zwischen den Spitzenkandidaten der BP und Kübler, der zudem die Unterstützung einflußreicher Parteifreunde vor Ort verlor und in seinem Landauer Volksblatt eine erbitterte Privatfehde mit der konkurrierenden Passauer Neuen Presse ausfocht. Zudem wurden Vorwürfe gegen Kübler, er habe sich durch die Plünderung von Care-Paketen bereichert, strafrechtlich verfolgt. Die Neuwahl des Kreistags endete mit einer Niederlage der CSU und einem Sieg der BP, deren Kandidat vom Kreistag gegen den Amtsinhaber Kübler zum neuen Landrat gewählt wurde. Kübler wurde zwar am 26. 8. 1950 in einer Kreisversammlung der Landauer CSU noch als Stimmkreiskandidat für die bevorstehende Landtagswahl nominiert (vgl. Landauer Volksblatt vom 28. 8. 1950, S. 3), allerdings trat am 26. 11. 1950 nicht er, der für seine Ausschaltung nicht zuletzt den stellvertretenden Generalsekretär seiner eigenen Partei, Josef Brunner, verantwortlich machte, im Stimmkreis Landau an der Isar – Vilshofen für die CSU an, sondern der Bankdirektor Ludwig Ramelsberger aus Vilshofen. Zeitungsausschnitte und Briefe zum „Fall Kübler" finden sich im ACSP, LTF II/1, 5–11 und 15–12/2, im BayHStA, NL Ehard 197 und 1271, sowie in der BSB, NL Schwend 2; im Landauer Volksblatt sind zwischen März und Juli 1950 so viele diesbezügliche Artikel erschienen, daß auf Einzelnachweise verzichtet wurde.

[19] Hans Eder (1880–1966), kath., Schneider und Landwirt in Cham, Vorsitzender der Bezirksbauernkammer Cham, seit 1929 ehrenamtlicher Vorstand des Chamer-Heimat-Zeitungs-Vereins und ehrenamtlicher Redakteur der Chamer Heimatzeitung, 1928–1932 MdR (BBMB/Deutsche Bauernpartei), nach 1945 Vorsitzender des BBV im Landkreis Cham, Mitglied des Vorstands des BBV Oberpfalz und des erweiterten Landesvorstands, 1946–1954 MdL (CSU). Eder kandidierte aller Widerstände gegen seine Person zum Trotz im Stimmkreis Oberpfalz Nr. 3 (vgl. Bayerischer Staatsanzeiger vom 23. 11. 1950, S. 3).

[20] Dr.-Ing. Karl Lenz (1892–1960), kath., Studium der Land- und Volkswirtschaft in München, Teilnahme am Ersten Weltkrieg, 1922 Promotion, bis 1939 Landwirtschaftsdirektor, 1924–1933 MdL (BVP), 1939–1945 Teilnahme am Zweiten Weltkrieg, 1945 von den Amerikanern als Landrat von Laufen eingesetzt, 1946 seines Postens enthoben, dann Oberregierungsrat bei der Siedlungsbehörde, seit 1948 Landrat von Memmingen, 1946 Kandidat für die VLV (CSU), 1950–1954 MdL (CSU). Offensichtlich gab es in der Memminger CSU Widerstände gegen Lenz, der zwar im Allgäu geboren, aber erst nach 1945 nach Memmingen gekommen war. Ein Teil der Parteifreunde, so die Lokalpresse, setze sich „für einen Kandidaten aus der engeren Heimat und aus den christlichen Kreisen des bäuerlichen und gewerblichen Mittelstandes ein". Der schließlich gefundene Kompromiß bestand offensichtlich darin, daß Lenz als Kandidat im Stimmkreis Memmingen nominiert wurde, mit dem Memminger Malermeister und CSU-Kreisvorsitzenden Ludwig Leichtle aber ein

Der stellvertretende Generalsekretär *Brunner* schlägt vor, die Stellung der Landesleitung künftig dadurch zu stärken, daß die Landesvorstandschaft für solche Fälle ihre Vollmacht auf den geschäftsführenden Vorstand überträgt.

Der Bundesminister *Schäffer* erörtert dann das gegen ihn im Bundestag eingebrachte Mißtrauensvotum[22].

Die Landesvorstandschaft faßt folgende Resolution: (Vertrauensvotum für Schäffer)

„Die Landesvorstandschaft spricht ihre Entrüstung darüber aus, daß die Bayernpartei im Deutschen Bundestag einen Mißtrauensantrag gegen Bundesfinanzminister Schäffer gestellt hat. Sie stellt fest, daß die Bayernpartei das Recht verloren hat, sich als föderalistisch zu bezeichnen, nachdem sie zusammen mit den Gegnern des föderalistischen Staatsgedankens einen bayerischen Finanzminister als Bundesminister stürzen will. Damit haben sich Separatisten und Zentralisten zu einem Zweckbündnis gegen Bayern zusammengeschlossen. Die CSU fordert den bayerischen Wähler auf, darauf bei der kommenden Landtagswahl die gebührende Antwort zu geben."[23]

Generalsekretär *Strauß* weist nochmals auf die Bedeutung eventueller Wahlabkommen hin, da die Aufsplitterung der bürgerlichen Mitte zwischen Bayernpartei, HKP und CSU zu Mandatsverlusten an die SPD und neu auftretende radikalistische [sic!] Parteien führen könne.

Der Landesvorsitzende Ministerpräsident Dr. *Ehard* faßt das Ergebnis der Beratungen in folgenden Punkten zusammen:

1. Ein globales Wahlabkommen wird einstimmig abgelehnt.
2. Für regionale Abkommen scheiden Schwaben, Unterfranken und die Oberpfalz aus.
3. Für Oberbayern, Niederbayern und Mittelfranken werden regionale Abkommen freigegeben, jedoch nur unter Übernahme eventueller Bayernparteikandidaten auf unsere Wahlkreislisten.

Kandidat der konkurrierenden Fraktion auf der Wahlkreisliste für Schwaben antrat. Vgl. Memminger Zeitung vom 11. 9. und 5. 10. 1950: „CSU-Kandidat noch nicht nominiert" (hier auch das Zitat) und „Kandidaten der CSU bestimmt".

[21] Möglicherweise ist hier der Bürgermeister von Rimpar und Landtagsabgeordnete Engelbert Kaus (1901–1974) gemeint. Dieser kandidierte 1950 erfolgreich im unterfränkischen Stimmkreisverband Nr. 11 (Landkreis Würzburg und Marktheidenfeld). Vgl. Bayerischer Staatsanzeiger vom 23. 11. 1950, S. 5.

[22] Zwar kennt das Grundgesetz nur das konstruktive Mißtrauensvotum gegen den Bundeskanzler, doch wurden seit 1950 immer wieder Mißtrauensvoten bzw. Entlassungsaufforderungen gegen einzelne Minister eingebracht. Am 21. 9. 1950 beantragte die Bayernpartei im Bundestag offiziell die Entlassung von Finanzminister Fritz Schäffer, nachdem sie diesen Schritt bereits im Juli 1950 angekündigt hatte. Der Antrag wurde jedoch von der Tagesordnung des Bundestags abgesetzt und schließlich mit Schreiben der Bayernpartei vom 14. 6. 1951 zurückgezogen. Vgl. Datenhandbuch zur Geschichte des Bundestages, Bd. 1, S. 1250, und Henzler, Fritz Schäffer, S. 376f.

[23] Eingefügt aus: CSU-Correspondenz vom 12. 9. 1950, S. 2. Noch am selben Tag erhielten die Bundestagsfraktionen von DP, FDP und CDU/CSU folgende Nachricht (ACSP, LGF-LV 12. 9. 1950): „Landesvorstandschaft der CSU legt entschiedenen Wert auf Besetzung des Bundesfinanzministeriums durch einen Vertrauensmann des föderativen Deutschlands. Sie erwartet einmütige Stellungnahme der sämtlichen Koalitionsparteien gegen das von der BP eingebrachte Mißtrauensvotum." Als Reaktion auf den Mißtrauensantrag sprachen verschiedene Gliederungen und Gremien der CSU dem Bundesfinanzminister demonstrativ das Vertrauen aus, u.a. der CSU-Bezirksverband Niederbayern am 17. 9. 1950. Vgl. CSU-Correspondenz vom 18. 9. 1950.

4. Eventuelle Stimmkreisabkommen durch direkte Vereinbarungen mit Donhauser allgemein gebilligt. Der Presse wird mitgeteilt, daß kein genereller Wahlblock gebildet wird[24].

Nr. 40

Bericht über die Sitzung des geschäftsführenden Landesvorstands der Christlich-Sozialen Union am 26. Januar 1951[1]

CSU-Correspondenz vom 1. 2. 1951, S. 2

Nächster CSU-Landesausschuß in Würzburg: Der geschäftsführende Landesvorstand der CSU hat soeben Ort und Zeitpunkt für die nächste Tagung des Landesausschusses der CSU festgelegt. Der Landesausschuß der CSU wird erstmals in Unterfranken, und zwar in der Stadt Würzburg tagen; als Termin ist der 14. und 15. April vorgesehen[2].

Neben der großen politischen Aussprache werden die Wahl der beiden Stellvertreter des Landesvorsitzenden und die Satzungsreform[3] die Hauptpunkte der Tagesordnung sein.

[24] Am 13. 9. 1950 berichtete die Süddeutsche Zeitung unter der Überschrift „Kein bürgerlicher Wahlblock": „In einer gemeinsamen Konferenz des CSU-Landesvorstandes und der CSU-Bezirksvorsitzenden wurde beschlossen, ein Wahlbündnis zwischen den sogenannten bürgerlichen Parteien *auf Landesbasis* abzulehnen. Dieser Beschluß kam vor allem zustande, nachdem die CSU keine Basis für eine Zusammenarbeit mit den als ‚separatistisch' bezeichneten Kreisen der Bayernpartei sieht. Angesichts der weltpolitischen Situation will die jetzige Regierungspartei jedoch keine Möglichkeit unversucht lassen, ein Zusammengehen der ‚staatserhaltenden Parteien' herbeizuführen. Es gilt daher als sehr wahrscheinlich, daß zwischen der CSU, der FDP und der Königspartei örtliche Wahlbündnisse und somit eine Aufstellung gemeinsamer Kandidaten in verschiedenen Wahlbezirken erfolgen werden." Hervorhebungen im Original.

[1] Nach der Anwesenheitsliste zu dieser Sitzung (ACSP, LGF-GLV 26. 1. 1951), über die kein Protokoll vorliegt, nahmen teil: Bensch, Ehard, Elsen, von Haniel-Niethammer, Hundhammer, Mayr, Scheidt, Sedlmayr. Eine Einladung mit Tagesordnung konnte nicht ermittelt werden.

[2] Der Landesausschuß trat tatsächlich am 14./15. 4. 1951 in Würzburg zusammen. Als Tagesordnung war für den 14.4. vorgesehen (ACSP, LGF-LA 14./15. 4. 1951): 1. Überblick des Landesvorsitzenden über die Arbeit der Partei seit der letzten Sitzung des Landesausschusses, 2. Berichte von Generalsekretär Strauß und Landesschatzmeister Elsen, 3. Entlastung des Landesvorstands und Neuwahlen, 4. Vorbereitung der Kommunalwahl, 5. Politisches Referat Hans Ehards, 6. Aussprache; am 15.4. sollten behandelt werden: 7. Referat Fritz Schäffers (Bundespolitik), 8. Referat Josef Schwalbers (Kulturpolitik), 9. Anträge und Aussprache. Ein fragmentarisches Protokoll sowie das Manuskript der Rede Schwalbers finden sich bei den im ACSP verwahrten Akten der Landesleitung, das Manuskript der Rede Ehards findet sich im Bestand LTF II/1, 15–12/3.

[3] Zur Satzungsreform vgl. Nr. 34; auf der mit der Einladung vom 3. 4. 1951 (gez. Josef Brunner) verschickten Tagesordnung (ACSP, LGF-LA 14./15. 4. 1951) fehlt dieser Punkt.

Nr. 41

Bericht über die Sitzung des geschäftsführenden Landesvorstands der Christlich-Sozialen Union am 20. März 1951[1]

Bayern-Kurier vom 24. 3. 1951, S. 4

Der geschäftsführende Landesvorstand der Christlich-Sozialen Union trat am 20. März unter dem Vorsitz des Landesvorsitzenden, Herrn Ministerpräsidenten Dr. Ehard, zusammen und besprach vorwiegend organisatorische Fragen der Partei, insbesondere auch die Vorbereitung der Tagung des Landesausschusses am 14. und 15. April in Würzburg[2]. Der Landesausschuß wird sich vorwiegend mit politischen Problemen, insbesondere mit kulturellen Fragen und Wirtschaftspolitik, beschäftigen. Die für den 13. April nach Würzburg einberufene Landesvorstandschaft wird sich mit der politischen Vorbereitung der Gemeindewahlen befassen[3].

Nr. 42a

Sitzung des Landesvorstands der Christlich-Sozialen Union am 13. April 1951 in Würzburg

Tagesordnung[1]:
1. Organisation und Finanzen
   a) Umorganisation und Finanzierung des „Bayern-Kurier"
   b) Finanzierung der Partei
2. Festsetzung von Zeit und Ort der Landesversammlung 1951
3. Beratung über die Grundzüge einer neuen Satzung
4. Vorbereitung der Gemeindewahlen
5. Anträge und Aussprache

Tagungsort: Würzburg, Gaststätte „Schwarzer Walfisch"

Anwesend[2]: Brunner, Butterhof, Dengler, Ehard, Elsen, J. Fischer, Greib, von Haniel-Niethammer, Hellmann, Heubl, Höhenberger, Horlacher, Hundhammer, Junker, Lang-Brumann, Mayr, Nerreter, P. Pfeiffer, Poschinger von Frauenau, von Prittwitz-Gaffron, Rinke, K. Schäfer, Schlögl, Strauß, Stücklen, Weigel

Beginn: 17 Uhr

BayHStA, NL Ehard 1223

[1] Nach der Anwesenheitsliste zu dieser Sitzung (ACSP, LGF-GLV 20. 3. 1951), die um 15 Uhr begann, nahmen teil: Brunner, Ehard, Höhenberger, Mayr, Muhler, Sedlmayr und Strauß. Eine Einladung mit Tagesordnung konnte ebensowenig ermittelt werden wie ein Protokoll.
[2] Vgl. Nr. 40 mit Anm. 2.
[3] Vgl. Nr. 42a–c.

[1] Die Tagesordnung wurde auf der Basis des von Josef Brunner gezeichneten Einladungsschreibens vom 3. 4. 1951 erstellt; ACSP, LGF-LV 13. 4. 1951.
[2] ACSP, LGF-LV 13. 4. 1951, Anwesenheitsliste zur Sitzung des Landesvorstands am 13. 4. 1951.

Der Tagung des Landesausschusses in Würzburg[3] ging die satzungsmäßig vorgeschriebene Sitzung der Landesvorstandschaft am Freitag, den 13. April 1951 in Würzburg voraus. Sie beschäftigte sich in vierstündiger Beratung mit der Tagesordnung des Landesausschusses und mit einer sehr ernsten und verantwortungsbewußten Diskussion über die Frage der Annäherung zwischen CSU und Bayernpartei[4]. Der Landesvorsitzende Dr. *Ehard* unterrichtete dabei die Landesvorstandschaft, daß ihn Dr. Joseph Baumgartner, der Landesvorsitzende der Bayernpartei, mit einem kurzen Anschreiben[5] von der von der Landesleitung der Bayernpartei gefaßten Entschließung über die Sammlung der christlich-föderalistischen Kräfte unterrichtet hat[6]. Die Redner der Diskussion, darunter Dr. *Hundhammer* und *Franz Strauß*, haben dem Landesvorsitzenden in der Absicht beigestimmt, von Seiten der CSU aus nichts unversucht zu lassen, um nicht nur den guten Willen, sondern auch die praktische Bereitschaft zu beweisen, zu einer Verständigung mit den Kreisen der Bayernpartei zu kommen, die eine solche Verständigung begrüßen und anstreben. Es wurde beschlossen, durch ein Redaktionskollegium, das aus Karl Sigmund Mayr, Dr. Hundhammer, Dr. Nerreter und Franz Strauß gebildet wurde, den Entwurf einer Entschließung vorzubereiten, dessen Annahme dem Landesausschuß empfohlen werden sollte[7].

[3] Vgl. Nr. 40 mit Anm. 2.

[4] Diese Frage war vor allem durch die Gründung der Bayerischen Volksaktion im Januar 1951 wieder aktuell geworden. Offiziell trat der Verleger und Journalist Josef Held als Initiator dieser „Arbeits- und Gesinnungsgemeinschaft christlich-konservativer Kräfte" (Gelberg, Hans Ehard, S. 359) auf, die als Plattform für die Annäherung von CSU und BP dienen sollte. Als eigentliche Drahtzieher galten jedoch Fritz Schäffer und Alois Hundhammer, die versuchten, auf diese Weise eine strategische Alternative zur seit Dezember 1950 in Bayern regierenden großen Koalition aus CSU und SPD zu etablieren. Dem Unternehmen war jedoch nicht zuletzt aufgrund der reservierten Haltung Hans Ehards kein Erfolg beschieden. Vgl. Schlemmer, Aufbruch, S. 379ff.

[5] IfZ-Archiv, ED 132/69, Joseph Baumgartner an Hans Ehard vom 9. 4. 1951.

[6] Diese Entschließung des Landesausschusses der Bayernpartei vom 31. 3. 1951 (IfZ-Archiv, ED 132/69), die Baumgartner als „Wende in der bayerischen Politik" (Süddeutsche Zeitung vom 2. 4. 1951) bezeichnet hatte, lautete: „Die wirtschaftliche, soziale und politische Lage spitzt sich in besorgniserregender Weise zu. Die Lebenshaltung der Bevölkerung verschlechtert sich von Tag zu Tag. Alle Stände und Wirtschaftszweige sehen sich ständig steigernden [sic!] Schwierigkeiten gegenüber. In Bayern haben die politischen Verhältnisse durch das Koalitionsexperiment eine besondere Erschwerung erfahren. Die letzten Reste staatlicher Hoheit des Landes sind durch den neuerdings aufgebrochenen Zentralismus bedroht. Die Früchte jahrhundertelanger Kulturarbeit sind in Gefahr. Angesichts dieser Lage ist die Verständigung und Zusammenfassung aller christlichen und antimarxistischen Kräfte des bayerischen Volkes das Gebot der Stunde. Die Bayernpartei ruft hiermit diese Kräfte auf, sich mit ihr im gemeinsamen Gespräch und in gemeinsamer Arbeit zur Erreichung dieses Zieles zusammenzufinden. Der Landesausschuß ermächtigt die Landesleitung, die hierzu erforderlichen Verhandlungen zu führen." Alois Hundhammers CSU-Bezirksverband Oberbayern hatte am selben Tag eine ähnlich lautende Entschließung angenommen. Vgl. Gelberg, Hans Ehard, S. 359.

[7] Der in Würzburg tagende Landesausschuß der CSU nahm am 14. 4. 1951 folgende Entschließung (IfZ-Archiv, ED 132/69) an: „Die Christlich-Soziale Union ist seit ihrer Gründung im Wiederaufbau unseres bayerischen Staates und unseres deutschen Vaterlandes unermüdlich tätig. Sie hat jede Verantwortung und jede Arbeit auf sich genommen, um Frieden, und Wohlfahrt in schwerster Zeit für unser Volk wieder herzustellen. Getreu ihren Grundsätzen und den bei ihrer Gründung verfolgten Zielen hält die Christlich-Soziale Union es für notwendig, dass die christlichen und föderalistischen Kräfte beider Konfessionen *aller* Schichten und Stände, Altbürger *und* Neubürger in Bayern zum Wohle unserer bayerischen Heimat und zum weiteren Aufbau unseres deutschen Vaterlandes eng zusammenarbeiten. Um diesem Ziele näher zu kommen, empfiehlt der Landesausschuss, bei den kommenden Gemeindewahlen eine Verständigung all dieser genannten Kreise anzustreben. Die Bezirksvorsitzenden werden ermächtigt, hierzu ihre Hilfe zur Verfügung zu stellen. Der Landesausschuss billigt die Ausführungen des Landesvorsitzenden über die von der Christ-

Zur Ordnung der Parteifinanzen nahm die Landesvorstandschaft den Vorschlag an, daß bis zur Neuordnung des Finanzstatuts die in gemeinsamer Absprache festgelegten Umlagen von den Bezirksverbänden zu entrichten sind[8]. Landesvorsitzender Dr. *Ehard* und Generalsekretär *Brunner* wiesen auf die permanenten Schwierigkeiten der Parteifinanzierung hin, vergrößert durch die für die Landesleitung bestehende Aufgabe heute bereits an einen für die Gemeindewahlen erforderlichen Wahlfonds zu denken. Generalsekretär *Brunner* und Landesschatzmeister *Elsen* teilten der Landesvorstandschaft mit, daß die Partei keine größeren laufenden Verpflichtungen hat[9].

Karl Sigmund Mayr berichtete über die fortschreitende Liquidation des Komplexes „Der Gerade Weg", der noch immer im Stadium der Abwicklung sei[10]. Die durch den „Bayern-Kurier" entstehenden Unkosten sind bis 1. April 1950 beglichen.

[...][11]

Nr. 42b

Notiz zur Sitzung des Landesvorstands der Christlich-Sozialen Union am 13. April 1951 in Würzburg

BayHStA, NL Ehard 1215

Punkt 1 der Tagesordnung:

a) Der „Bayern-Kurier" ist, wie seine Vorgänger, trotz sparsamer wirtschaftlicher Gebarung ein Zuschußunternehmen (monatlich etwa 3500 DM)[12]. Umorganisation deshalb erforderlich. Verlegung des Verlages in die Räume der Landesleitung. Personaleinsparung usw. Sonderbericht Brunner.

b) Finanzierung der Partei: Beitragseingang (von Kreisverbänden) monatlich etwa DM 500 statt etwa DM 11000. Daher Finanzierung der Partei praktisch nur

lich-Sozialen Union in diesen Fragen einzunehmende Haltung." Die Entschließung findet sich auch in: CSU-Correspondenz vom 16. 4. 1951.

[8] Der Bezirksverband Oberbayern sollte monatlich 200 DM aufbringen, die Bezirksverbände München, Niederbayern, Schwaben, Mittelfranken, Oberfranken und Unterfranken je 150 DM und die Bezirksverbände Oberpfalz, Nürnberg-Fürth und Augsburg je 100 DM, so daß dem Landesverband monatlich 1400 DM zufließen sollten. Allerdings konnten oder wollten einige Bezirksverbände selbst diesen niedrigen Zahlungsverpflichtungen in der Folgezeit nicht nachkommen. Vgl. Schlemmer, Aufbruch, S. 468 f.

[9] Nach einer „Erläuterung zur Vermögensübersicht zum 31. 3. 1951" (BayHStA, NL Ehard 1215) betrugen die Verbindlichkeiten der Landesgeschäftsstelle rund 53600 DM, wovon jedoch mehr als 43300 DM auf den Staatskredit vom Sommer 1948 einschließlich Zinsen entfielen.

[10] Zur Abwicklung der Parteizeitung Der Gerade Weg vgl. Schlemmer, Aufbruch, S. 279; weiteres Material dazu findet sich im BayHStA, NL Ehard 1285.

[11] Es folgt ein Bericht über die Sitzung des Landesausschusses in Würzburg am 14./15. 4. 1951.

[12] Eine detaillierte Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben des Bayern-Kurier zwischen Juni und Dezember 1950 findet sich im BayHStA, NL Ehard 1286; danach hatte der Bayern-Kurier in diesen sieben Monaten Zuwendungen der CSU-Landesleitung in einer Höhe von 20000 DM erhalten.

durch Spenden möglich[13]. Änderung erforderlich. Vorläufig laut Beschluß des geschäftsführenden Vorstandes ab 1. April 1951 monatliche Beitragszahlung von DM 100 bis DM 150 je Bezirksverband unter Entbindung der Kreisverbände mit Zahlungen an den Landesverband.

Nr. 42c

Bericht über die Sitzung des Landesvorstands der Christlich-Sozialen Union am 13. April 1951 in Würzburg

CSU-Correspondenz vom 16. 4. 1951, S. 2f.

Aus den Beratungen der Landesvorstandschaft: Im Zusammenhang mit der Landesausschuß-Tagung in Würzburg trat auch die fünfzigköpfige Landesvorstandschaft der CSU zu einer eingehenden Beratung aktueller politischer und organisatorischer Fragen in geschlossener Sitzung zusammen. CSU-Landesvorsitzender Dr. Ehard unterstrich den bereits vom Bezirksverband Oberbayern in der bekannten Resolution vom 31. März eingenommenen Standpunkt[14] und empfahl, zunächst für die Gemeindewahlen den unteren Organisationen der CSU nahezulegen, je nach den örtlichen Verhältnissen eine Zusammenfassung der christlichen Wähler aller Schichten zu versuchen. Vor weitergehenderen Verhandlungen mit der Bayernpartei müsse allerdings vorher noch ganz eindeutig der Standpunkt dieser Partei einmal gegenüber den Heimatverwiesenen[15] und andererseits gegenüber dem Bund und dem Grundgesetz geklärt werden.

Die CSU-Landesvorstandschaft befaßte sich ferner mit Fragen der Satzungsreform: Es wurde angeregt, die parteiinternen Wahlen künftig nicht mehr jährlich sondern alle zwei Jahre durchzuführen; weiter wurde beschlossen, den der CSU angehörenden Landtagspräsidenten als Mitglied der Landesvorstandschaft in die Parteisatzung aufzunehmen[16].

[13] Im Wahljahr 1950 nahm die Landesgeschäftsstelle 165437,95 DM an Spenden ein, 1951 dagegen nur 53420,82 DM; vgl. Schlemmer, Aufbruch, S. 469.

[14] Die Bezirksversammlung der oberbayerischen CSU hatte einstimmig eine von Alois Hundhammer formulierte Entschließung angenommen, in der eine „Zusammenfassung der christlich und föderalistisch gesinnten Kräfte aller Schichten und Stände" gefordert und die Parteiführung ersucht worden war, diesem Ziel mit Blick auf die Kommunalwahlen die nötige Aufmerksamkeit zu schenken. Vgl. Süddeutsche Zeitung vom 2. 4. 1951: „Baumgartner: Wende in der bayerischen Politik".

[15] Diese Aussage dürfte sich vor allem auf einen Zwischenfall beziehen, der sich am 13. 12. 1950 im Bundestag ereignet hatte. Im Zuge einer Debatte über einen Gesetzentwurf zur Umsiedlung von Heimatvertriebenen hatte sich der BP-Vorsitzende Baumgartner zu dem Zwischenruf hinreißen lassen „Das gibt es ja in keinem Kulturstaat der Welt, daß Leute mitwählen die nicht hingehören" und war wegen dieser „Beleidigung aller Flüchtlinge Westdeutschlands" zur Ordnung gerufen worden. Eine kleine Koalition aus CSU, BP und BHE war damit obsolet geworden. Vgl. Schlemmer, Aufbruch, S. 374f.

[16] Von dieser Regelung profitierte zunächst Georg Stang, der jedoch bereits im Mai 1951 starb, dann sein Nachfolger Alois Hundhammer, der seit der Landtagswahl im November 1950 nicht mehr in der nun von CSU und SPD gebildeten Regierung vertreten war.

Als Ort für die große Landesversammlung 1951 wurde auf Vorschlag Dr. Hundhammers einstimmig Bad Reichenhall festgelegt, als Termin der 16./17. Juni 1951 beschlossen. Als Tagungsort für 1952 soll dann Rothenburg ob der Tauber in Betracht gezogen werden[17].

Scharfe Kritik übte die CSU-Landesvorstandschaft an den eklatanten Verletzungen der politischen Neutralität in der Gewerkschaft insbesondere durch die letzten Rundfunkreden des Gewerkschaftssekretärs Wönner[18].

Nr. 43

Bericht über die Konferenz der Bezirksvorsitzenden der Christlich-Sozialen Union am 11. Juni 1951 in München

CSU-Correspondenz vom 11. 6. 1951, S. 5

Vertrauensvotum für Schäffer: Die Bezirksvorsitzenden der CSU traten am 11. Juni in München zu einer Arbeitstagung zusammen. Scharf zurückgewiesen wurden in der Konferenz die von der Bundestagsfraktion der SPD im Zusammenhang mit dem Bonner Untersuchungsausschuß gegen den Bundesfinanzminister erhobenen Vorwürfe, die als Mißbrauch und Entstellung des Ausschußergebnisses bezeichnet wurden[1]. Diese Angriffe bedeuteten in dem Zeitpunkt, in dem Minister Schäffer sich mit aller Kraft um die Senkung der Besatzungskosten bemühe[2], eine Schwächung der Stellung Schäffers als Verhandlungsführer gegenüber den Alliierten. Ein Mann, der alle Kraft aufwende, dem Volk Ausgaben zu ersparen, verdiene auch dessen Vertrauen. Bezüglich des Termins der Gemeindewahlen vertraten die Bezirksvorsitzenden einstimmig den Standpunkt, den auch bereits

[17] Die Landesversammlung der CSU fand am 23./24. 6. 1951 in Bad Reichenhall statt, 1952 tagten die Delegierten am 5./6. 7. 1952 in Regensburg. In Rothenburg ob der Tauber trat dagegen im Januar 1954 der Landesausschuß zusammen.

[18] Max Wönner (1896–1960), Gewerkschafter und Politiker, Schlosserlehre, Mitglied der SPD und des DMV, nach 1933 vorübergehend verhaftet, bis 1939 Handelsvertreter, anschließend Teilnahme am Zweiten Weltkrieg, 1945 Generalsekretär des Bayerischen Gewerkschaftsbundes, nach der Gründung des DGB hauptamtliches Mitglied des Landesbezirksvorstands Bayern, 1955–1958 Landesvorsitzender des DGB in Bayern, 1949–1953 MdB (SPD).

[1] Fritz Schäffer war im Zuge der Ermittlungen des sogenannten Spiegelausschusses des Bundestags unter Beschuß geraten, der nach Berichten im Nachrichtenmagazin Der Spiegel über Zahlungen an Bundestagsabgeordnete im Vorfeld der geheimen Abstimmung über den Sitz der Bundeshauptstadt eingerichtet worden war. Schäffer wurde in diesem Zusammenhang immer wieder als zentrale Figur in einer Affäre um Bestechung und Korruption genannt, und obwohl die Ausschußmehrheit keine belastenden Elemente gegen den Finanzminister erkennen konnte, forderte die SPD den Bundestag im Juni 1951 auf, die Vermittlung „konspirativer Gelder" durch Schäffer zu „mißbilligen". Die KPD brachte gar den Antrag ein, Schäffer den Rücktritt und die Niederlegung seines Mandats zu empfehlen. Beide Anträge wurden abgelehnt. Vgl. Unger, Bayernpartei, S. 130f., und den Artikel „Gesetze eingebracht" in: Der Spiegel vom 13. 6. 1951.

[2] Als im März 1951 der neue Besatzungsetat in einer Höhe von 6,6 Milliarden DM vorgelegt wurde, machte sich Schäffer zum wortgewaltigen Sprecher derer, die eine signifikante Senkung der Besatzungskosten forderten. Vgl. Henzler, Fritz Schäffer, S. 405–408.

die CSU-Landtagsfraktion äußerte[3], nämlich erst nach Verabschiedung der neuen Gemeindeordnung[4] im kommenden Frühjahr die gesamten Kommunalwahlen durchzuführen[5].

Nr. 44

Bericht über die Sitzung des geschäftsführenden Landesvorstands der Christlich-Sozialen Union am 24. August 1951 in München

CSU-Correspondenz vom 27. 8. 1951, S. 4[1]

Warnung des CSU-Landesvorstandes vor den Wanderpredigern des Rechtsradikalismus: Der Landesvorstand der CSU befaßte sich auf seiner letzten Sitzung u.a. mit der Gefahr des Rechtsradikalismus. Es wurde vereinbart, die Kreisverbände der CSU zu aufmerksamster Beobachtung des Auftretens von neonazistischen Kreisen anzuhalten und regelmäßige Berichte über jegliche politische Tätigkeit rechtsradikaler Elemente einzufordern[2].

Bezüglich der Nachwahl in Lichtenfels/Staffelstein wurde endgültig festgelegt, daß die Aufstellung des CSU-Kandidaten am 1. September stattfinden wird[3]. An der Versammlung werden auch der CSU-Bezirksvorsitzende [Anton Hergenröder] und sein Stellvertreter[4], Fraktionsvorsitzender Prälat Meixner, MdB Kemmer[5] und amtierender Generalsekretär Brunner teilnehmen.

[3] Die CSU-Landtagsfraktion hatte sich in ihrer Sitzung am 6. 6. 1951 (ACSP, LTF) „einstimmig und geschlossen" für eine Verschiebung der Kommunalwahlen auf das Frühjahr 1952 ausgesprochen, und zwar sowohl aus sachlichen als auch aus parteitaktischen Erwägungen heraus.

[4] Zur Neufassung der Gemeindeordnung vgl. Nr. 48b.

[5] Die Kommunalwahlen fanden schließlich am 30. 3. 1952 statt.

[1] Nach der Anwesenheitsliste (ACSP, LGF-GLV 24. 8. 1951) nahmen folgende Personen an dieser Sitzung teil, die um 15 Uhr begann: Brunner, Dechant, Eberhard, Ehard, Elsen, Hergenröder, Klughammer, Kreußel, Mayr, Meixner, G. Müller, E. Schleip, Strauß, Weberpals.

[2] Dieser Beschluß des geschäftsführenden Landesvorstands hing vermutlich nicht zuletzt mit den beunruhigenden Erfolgen der SRP zusammen (vgl. Horst W. Schmollinger, Die Sozialistische Reichspartei, in: Stöss (Hrsg.), Parteien-Handbuch, Bd. 4, S. 2274–2336, hier insbesondere S. 2275–2279 und S. 2309–2313). In diesem Sinne erschien etwa am 17. 9. 1951 in der CSU-Correspondenz ein Artikel mit dem Titel „Fazit des ‚Remer-Fischzuges'", in dem über Versuche der SRP, in Bayern Fuß zu fassen, und über Aktivitäten von Otto Ernst Remer und Fritz Dorls berichtet wurde.

[3] Der Tod des Landtagsabgeordneten Julian Wittmann am 17. 8. 1951 machte eine Nachwahl im Stimmkreis Lichtenfels – Staffelstein erforderlich, den der CSU-Politiker im November 1950 gewonnen hatte. Die CSU nominierte den Landrat des Kreises Lichtenfels, Dr. Max Jüngling, der bei der Nachwahl Ende September 1951 auch erfolgreich war. Die CSU konnte dabei ihr Ergebnis von 1950 vor allem auf Kosten der Bayernpartei verbessern und sah darin nicht nur eine Bestätigung ihrer Politik, sondern auch eine Quittung des Wählers für den „Verrat der Bayernpartei an der christlichen nichtsozialistischen Front". CSU-Correspondenz vom 24. 9. 1951: „Die oberfränkische Nachwahl: Triumph der Union".

[4] Als Stellvertreter Hergenröders fungierten Rudolf Eberhard und Josef Kastner; IfZ-Archiv, ED 720/45, Rundschreiben 1/51 des CSU-Bezirksverbands Oberfranken vom 23. 4. 1951.

[5] Emil Kemmer (1914–1965), kath., Schlosser und Verbandsfunktionär, Teilnahme am Zweiten Weltkrieg, seit 1946 Diözesanleiter der katholischen Jugend und der Katholischen Jungen Mannschaft in Bamberg, Mitbegründer der Jungen Union in Bamberg, 1949–1964 MdB (CSU), 1964/65 Landrat in Bamberg.

Nr. 45

Notizen zur Sitzung des geschäftsführenden Landesvorstands der Christlich-Sozialen Union am 15. Oktober 1951 in München

Tagungsort: München, Prinzregentenstraße 7, Staatskanzlei

Anwesend[1]: Brunner, Ehard, Höhenberger, Hundhammer, Kreußel, Mayr, E. Schleip, Sedlmayr, Strauß

Beginn: 15 Uhr

ACSP, LGF-LV

1. Gesamtdeutsche Wahlen
Dr. Ehard – Bekanntgabe der bayerischen Staatsregierung[2]
Aussprache
Hundhammer, Strauß, Dr. Horlacher [...] außenpolitische Lage – Zustimmung, Kreußel
Neonazismus[3], Reaktion des Auslandes
(Nachwahl Lichtenfels – Staffelstein[4])
Kritik an Schäffer – Steuer[politik], insbesondere Aufwandsteuer usw.[5]
Erweiterte Vorstandssitzung 29. Oktober 1951, 9 Uhr 30, nachmittags Teilnahme an [gemeinsamer Sitzung] Bundestags- und Landtagsfraktion[6]
Finanzierung Lichtenfels

[1] ACSP, LGF-GLV 15. 10. 1951, Anwesenheitsliste zur Sitzung des geschäftsführenden Landesvorstands am 15. 10. 1951. Möglicherweise hat auch Michael Horlacher an der Sitzung teilgenommen; auf der Anwesenheitsliste fehlt seine Unterschrift, in der hier wiedergegebenen handschriftlichen Notiz taucht sein Name jedoch unter dem Punkt „Aussprache" auf. Die Einladung Josef Brunners zu dieser Sitzung vom 8. 10. 1951 enthält keine Tagesordnung.

[2] Während im Sommer 1951 immer intensiver über den Verteidigungsbeitrag Westdeutschlands verhandelt wurde, appellierte die Volkskammer der DDR am 15. 9. 1951 in Abstimmung mit der Sowjetunion an den Bundestag, Repräsentanten beider Teile Deutschlands gemeinsam über die Abhaltung freier gesamtdeutscher Wahlen und über den beschleunigten Abschluß eines Friedensvertrages beraten zu lassen. Dieses in den folgenden Wochen mehrfach präzisierte und modifizierte Angebot löste sowohl in der Bundesrepublik als auch auf der diplomatischen Ebene intensive Debatten aus. Vgl. Schwarz, Ära Adenauer 1949–1957, S. 150f. Die Erklärung der bayerischen Staatsregierung ist abgedruckt in: Bayerische Staatszeitung vom 20. 10. 1951: „Östliche Einheit wäre ein Irrweg"; hier hieß es unter anderem: „Die Bayer. Staatsregierung unterstützt die Bemühungen der Bundesregierung, die Möglichkeiten eines ehrlichen Ost-West-Gesprächs ernsthaft zu klären, das die Einheit und Freiheit Deutschlands mit unverrückbarem Sinn im Auge hat und dem Ziele der Integrierung einer freien europäischen Gemeinschaft dient. Eine Wiedervereinigung des getrennten Deutschland durch die Abhaltung gesamtdeutscher Wahlen nach dem vom Bundestag gutgeheißenen Vorschlag darf aber niemals über eine Nationalversammlung erstrebt werden, der gesetzgebende, regierungsbildende und kontrollierende Befugnisse eingeräumt werden, bevor eine neue gesamtdeutsche Verfassung vorhanden ist, die zustandezubringen die alleinige Aufgabe einer solchen Nationalversammlung sein könnte. Jegliche darüber hinausgehende Vorschläge wie die unmittelbare Bildung einer provisorischen Regierung müssen als verfassungswidrig aufs schärfste zurückgewiesen werden."

[3] Vgl. Nr. 44 mit Anm. 2.

[4] Vgl. Nr. 44 mit Anm. 3.

[5] Vgl. Nr. 46a und b.

[6] Diese Sitzungen fanden schließlich am 30. und 31. 10. 1951 statt; vgl. Nr. 46a mit Anm. 2.

Hergenröder
CDU-Parteitag[7] – Strauß, Dr. Hundhammer, Meixner

Nr. 46a

Gemeinsame Sitzung der Landtagsfraktion, der Landesgruppe und des geschäftsführenden Landesvorstands der Christlich-Sozialen Union am 31. Oktober 1951 in München

Tagesordnung[1]:
1. Hohenfels
2. Steuerprobleme (Aufwand-, Autobahn-, Warenhaussteuer)
3. Berücksichtigung der bayerischen Interessen bezüglich Bundes- und Ländervermögen
4. Frage der Rückgabe ehemaliger jüdischer Vermögen
5. Tariferhöhungen der Bundesbahn
6. Elektrifizierung der Strecke Nürnberg – Frankfurt
7. Lastenausgleich
8. Mitbestimmungsrecht und Neuordnung der Eigentumsrechte in der Eisen- und Kohlenindustrie
9. Erhöhung der Arbeitslosenversicherungssätze
10. Teuerungszulagen für Pensionisten (Artikel 131)
11. Frage der freien Holzpreise
12. Frage der Altmietenerhöhung
13. Klärung der technischen Zusammenarbeit, insbesondere der laufenden Unterrichtung der Landtagsfraktion und der „CSU-Correspondenz" über die in Bonn geleistete Arbeit

Tagungsort: München, Maximilianeum, Saal III

Protokollführer: Wilhelm Röhrl

Beginn: 10 Uhr, Ende: 17 Uhr 55

ACSP, LTF-P

[7] Der zweite Bundesparteitag der CDU fand vom 18.–21. 10. 1951 in Karlsruhe statt; vgl. Kleinmann, Geschichte der CDU, S. 150–153.

[1] Diese Liste verschickte Georg Meixner am 25. 10. 1951 (ACSP, LTF-P, Anlage zum Protokoll der gemeinsamen Sitzung des geschäftsführenden Landesvorstands, der Landtagsfraktion und der Landesgruppe am 31. 10. 1951) mit der Bemerkung, hier handle es sich um die Besprechungspunkte der Landtagsfraktion, wohingegen aus Bonn noch keine Vorschläge eingegangen seien. Eine Anwesenheitsliste ist nicht überliefert. Eine Rekonstruktion aus dem Protokolltext macht aufgrund der zahlreichen Teilnehmer – insgesamt waren wohl rund 100 Personen eingeladen – keinen Sinn.

Koordinierungsausschuß vom 31. Oktober (Nachmittagssitzung)[2]

Aussprache über Steuerprobleme:

Bankdirektor *Steffan* (Wirtschaftsbeirat): Der Etatausgleich ist notwendig[3], die Erhöhung der Umsatzsteuer wäre im Frühjahr möglich gewesen, jetzt bin ich nicht mehr dafür. Unverständlich ist der Wegfall der Warenhaussteuer[4]. Notwendig wäre im übrigen eine strengere Durchkämmung der Unterstützungsempfänger, besonders in der Arbeitslosenunterstützung. Das Loch von 300 Millionen, das die Aufwandsteuer[5] stopfen soll, könnte wohl auch anders gestopft werden. Die Porzellan- und die optische Industrie spüren die Aufwandsteuer sehr bitter, auch im Hinblick auf den Export. Mindestens müßte die Aufwandsteuer so konstruiert werden, daß sie nicht bei der Berechnung der ausländischen Einfuhrabgaben hinzugeschlagen wird. Bayern mit seiner arbeitsintensiven Industrie ist hier überhaupt im Hintertreffen. Der Katalog muß so ausgesucht werden, daß er nicht nur die bayerische Industrie trifft, sondern möglichst weit streut; ich denke eben mehr an eine Luxussteuer. Die Autobahnsteuer ist noch erträglicher als die Aufwandsteuer, hier wird der Transitverkehr mit erfaßt und das Problem Schiene – Straße einer Lösung näher gebracht.

Dr. *Ehard* macht Mitteilung von dem großen Bahnunglück bei Mirskofen[6].

[2] Der erweiterte geschäftsführende Landesvorstand hatte bereits am 30. 10. 1951 über „aktuelle Steuer- und finanzpolitische Fragen" beraten (ACSP, LGF-GLV 30. 10. 1951, Einladung, gez. Josef Brunner, vom 25. 10. 1951; Süddeutsche Zeitung vom 2. 11. 1951: „Gegen eine Bundesfinanzverwaltung"). Ein Protokoll dieser Sitzung, zu der auch Bundesfinanzminister Schäffer und der bayerische Staatssekretär Ringelmann eingeladen waren, ist nicht überliefert. Der gemeinsamen Sitzung des geschäftsführenden Landesvorstands, der Landtagsfraktion und der Landesgruppe ging am Morgen des 31. Oktober eine Sitzung der Landtagsfraktion voraus, deren Protokoll hier nicht wiedergegeben wurde. Die Sitzung endete um zehn Uhr, anschließend sollte die gemeinsame Sitzung der drei Gremien beginnen. Allerdings findet sich lediglich das Protokoll der Nachmittagssitzung. Ein Protokoll der Vormittagssitzung ist nicht überliefert, daher wurde auf den als Nr. 46b abgedruckten Bericht in der CSU-Correspondenz zurückgegriffen.

[3] Der Bundesfinanzminister sah sich im zweiten Halbjahr 1951 mit so großen Finanzierungslücken im Bundeshaushalt konfrontiert, daß die Verabschiedung eines Nachtragshaushalts zum Ausgleich des Etats unumgänglich war. Schäffer machte dafür vor allem die Folgen des Korea-Krieges verantwortlich. Vgl. Protokoll der Kabinettssitzung am 9. 10. 1951, in: Kabinettsprotokolle der Bundesregierung 1951, S. 680ff.

[4] Diese Sondersteuer für Großbetriebe des Einzelhandels war im Deutschen Reich 1899 zuerst in Bayern eingeführt worden. 1919 verbot es der Gesetzgeber Ländern und Gemeinden, diese Steuer zu erheben. Zulässig war seitdem nur noch eine Sonderbelastung der Warenhäuser im Rahmen der Gewerbesteuer und der Umsatzsteuer; letztere wurde 1951 aufgehoben. Vgl. dazu allgemein Spiekermann, Warenhaussteuer in Deutschland.

[5] Mit der bereits seit mehreren Monaten diskutierten Aufwandsteuer sollten bestimmte Warengruppen besonders besteuert werden. Damit verfolgte Schäffer drei Ziele: die Einnahmen des Staates zu steigern, den Konsum zu dämpfen und so in Zeiten der durch die Korea-Krise verschärften Güterknappheit inflationäre Tendenzen zu vermeiden. Der Bundesrat hatte sich – Bayern eingeschlossen – am 5. 10. 1951 gegen die Aufwandsteuer ausgesprochen (vgl. Bayerische Staatszeitung vom 13. 10. 1951: „Bahntarife, Aufwandsteuer, Spesenverordnung"). Auch im Bundestag wurde die entsprechende Vorlage der Bundesregierung von Abgeordneten aller Parteien kritisiert, so daß das Gesetz über die Aufwandsteuer schließlich nicht zustande kam. Vgl. Protokolle der Kabinettssitzungen am 3. 7., 7. 9., 9. 10. und 12. 10. 1951, in: Kabinettsprotokolle der Bundesregierung 1951, S. 506, S. 634, S. 680ff. und S. 696f.

[6] In der Nähe des Bahnhofs Mirskofen auf der Strecke Landshut–Regensburg fuhr ein Transport mit amerikanischen Soldaten auf einen Bauzug der Bundesbahn. Dabei kamen ein Amerikaner und ein Deutscher ums Leben, mehrere Männer wurden zum Teil lebensgefährlich verletzt. Vgl. Süddeutsche Zeitung vom 2. 11. 1951: „Eisenbahnunglück bei Landshut".

Dr. *Seidel*: Die Frage ist, ist es die Aufwandsteuer mit einem Aufkommen von 300 Millionen wert, daß Schäffer weitgehende Konsequenzen zieht. Fest steht, daß unsere Steuerlast insgesamt von keinem Land in Europa und Übersee erreicht wird. Das Realeinkommen bei uns ist wesentlich unter dem europäischen Niveau. Ich habe heute Shuster[7] gefragt, ob sich die öffentliche Meinung in Amerika so sehr um die Aufwandsteuer kümmert. Er sagt, es kommt nur darauf an, wie hoch der Deutsche überhaupt mit Steuern belastet ist. Ich glaube, daß es Schäffer durchaus möglich ist, die Sachverständigen zu überzeugen, daß es auf die Aufwandsteuer nicht ankommt. Beim Katalog wird Bayern als typisches Veredelungsland immer der Leidtragende sein. Das mit 300 Millionen geschätzte Aufkommen wird vom Ifo-Institut übrigens anders geschätzt; allein schon acht Warengruppen ergeben nach den Umsatzsteuerziffern 350 Millionen, einen Umsatzrückgang als Folge der Aufwandsteuer würde also besonders hart das bayerische Finanzministerium spüren. So sehr wir den Bundesfinanzminister schätzen, das Interesse des Landes können wir nicht preisgeben. Gegen die Autobahngebühr werde ich keinen Einwand erheben.

Dr. *Semler*: Man muß dem Bund das an Mitteln[8] zubilligen, was er braucht. Man darf nicht zu eng auf das Reservoir der Länder bestehen. Schlüssig werden müssen wir uns, bis zu welcher Grenze die Belastung durch die Besatzungskosten überhaupt gehen darf. Alle Positionen, die nicht echter Verteidigungsbeitrag sind, müssen weitgehend verschwinden.

Semler anerkennt in weiteren Ausführungen die besonderen Verdienste Schäffers neben Ehard[9], wendet sich aber gegen die Aufwandsteuer. Bei der Autobahnsteuer bittet *Semler* das Argument der Ausländererfassung sehr mit Vorbehalt zu gebrauchen, auf dem Weg internationaler Verhandlungen könne wahrscheinlich mehr erreicht werden. Wenn hier etwas erfolgen müsse, dann sei besser eine Erhöhung des Benzinpreises.

Strauß: Eine positive Behandlung dieser Steuern müssen wir davon abhängig machen, daß FDP und DP sich ebenfalls darauf festlegen, diese Probleme im positiven Sinn zu beraten. Die Partner dürfen uns nicht hängen lassen und selber den parteipolitischen Profit einstecken wollen. Im übrigen müssen wir uns vor jeder Steuer hüten, die arbeitsplatzzerstörend wirkt. Bei der Autobahnsteuer habe ich das Bedenken, daß der Gelegenheitsverkehr sehr leidet und auch ein Teil des verschuldeten Kraftverkehrsgewerbes (Lastzüge) sehr betroffen wird. Straßenabnützung und Unfallgefahren werden sich erhöhen. Sonst läßt sich aber über diese Gebühr reden.

Bodensteiner verlangt von Schäffer die Behauptung zu belegen, daß das Bonner Parlament sehr gebefreudig ist. Er tritt weiter für eine echte Luxussteuer in Form einer Übergewinn-Steuer ein. Die Autobahngebühr werde zu einer weiteren Benachteiligung der bayerischen Grenzgebiete führen, eine Erhöhung des Benzinpreises sei besser.

[7] George N. Shuster (1894–1977), Hochschullehrer (Anglistik) und katholischer Publizist, 1940–1960 Präsident des Hunter College in New York, 1950–1952 US-Landeskommissar für Bayern.
[8] Handschriftlich korrigiert; ursprünglich „das Mehr zubilligen".
[9] So im Protokoll; hier könnte aber auch Ludwig Erhard gemeint sein.

Schäffer: An die Stelle der Warenhaussteuer ist die Zusatzumsatzsteuer getreten, beide Steuern zusammen wären nicht vertretbar gewesen. Sie können aber im Bundestag ruhig den Antrag auf Einführung der Warenhaussteuer stellen.

Meixner verliest zwischendurch ein Schreiben über die finanzielle Beteiligung der Gewerkschaften an den Kaufhöfen[10].

Schäffer: Zum Steuerproblem überhaupt wäre zu sagen, daß es mit einem Durchkämmen allein nicht getan ist. Die Ausgabefreudigkeit ist überdies nicht nur beim Bundestag, sondern auch beim Bundesrat sehr groß. An dem Tag, wo der Verteidigungsbeitrag zustande kommt, darf es Besatzungskosten überhaupt nicht mehr geben, ich kann eine Freiheit nur verteidigen, wenn ich sie habe. Für überflüssig erklären kann ich die Aufwands- und Autobahnsteuer von meinem Gewissen her nicht, ich brauche diese Steuern zur Abgleichung des Haushalts. Die weitere Umsatzsteuererhöhung wird wohl von niemand politisch vertreten.

Zur politischen Seite: Wenn ein Wechsel im Kabinett eintritt, so wird das Vertrauen zur deutschen Währung einen kleinen Stoß erhalten. Das Ziel, für das wir Opfer bringen müssen, ist die Ruhe in der Preis- und Lohnbewegung und das Vertrauen des Volkes in die Währung. Allein soll die CSU freilich nicht die Last tragen und ich bitte Sie, etwa folgende Entschließung anzunehmen:

„Die Landesgruppe der CSU wird ersucht, möglichst bald eine klare Entscheidung der anderen Fraktionen der Koalition hinsichtlich der Maßnahmen zu erreichen, die zur Abgleichung des Bundeshaushalts und zur Sicherung der Währung erforderlich sind. Weiter wird die Landesgruppe der CSU beauftragt, unter allen Umständen den Bestrebungen auf Einrichtung einer Bundesfinanzverwaltung entgegenzutreten."

Abstimmung: Der erste Teil der Resolution wird mit allen Stimmen, der zweite Teil der Resolution mit allen Stimmen gegen die Stimme des stellvertretenden CSU Landesvorsitzenden Karl Sigmund Mayr angenommen.

Karl Sigmund Mayr stellt sodann Antrag, dem Bundesfinanzminister Schäffer das Vertrauen auszusprechen.

Der Antrag findet einstimmige Zustimmung.

Lastenausgleich:

Schütz referiert über den gegenwärtigen Stand der Beratungen in Bonn[11]; grundsätzlich dürfe der Lastenausgleich zwei Dinge nicht tun: Erstens die Währung zerstören und zweitens die Produktion verkleinern. Das seien die Grenzen, was davor liege, werde nicht erspart bleiben. Der soziale Sockel werde bei 700 Millionen liegen, reichlich eine Milliarde verblieben für die Hauptentschädigung. Der Hausrat solle nicht in die Hauptentschädigung kommen.

Eberhard: Ich frage: Wird die Kriegsschadenrente die gleiche Höhe erreichen wie die Unterhaltshilfe und müssen die Bezirksfürsorgeverbände den Ausgleich decken? Ich bezweifle, ob die Feststellungsämter mit den eidesstattlichen Erklärungen fertig werden.

[10] Nicht ermittelt.

[11] Der seit März 1950 vorbereitete Gesetzgebungsprozeß war mit der Verabschiedung der Kabinettsvorlage im Dezember 1950 zwar in seine entscheidende Phase getreten, doch es verging das gesamte Jahr 1951, bis dieser mit Parteien, Interessenvertretern und Besatzungsmächten abgestimmt war. Vgl. Henzler, Fritz Schäffer, S. 337–349; vgl. allgemein Erker (Hrsg.), Rechnung für Hitlers Krieg.

Schütz: Die Kriegsschadenrente soll als Ausgang die Unterhaltshilfe haben. Verrentung aus der Hauptentschädigung ist möglich. Im Bundestag gibt es vor allem drei Meinungsverschiedenheiten: Soll das land- und forstwirtschaftliche Vermögen der öffentlichen Hand belastet werden? Soll die Vermögenssteuer als Ländersteuer in den Lastenausgleich hineinkommen? Wie soll der modus vivendi der Kostentragung sein?

Hettrich fragt, welcher Termin in der Landwirtschaft für die Festlegung des Einheitswertes festgesetzt wird.

Schütz: Ausgangspunkt ist der jetzt geltende Einheitswert. Nach menschlichem Ermessen wird der Lastenausgleich noch dieses Jahr fertig[12].

Steffan: Ist sicher gestellt, daß die Umstellungsgrundschulden in der Hauptmasse für die Aufwertung reserviert bleiben?

Schütz: Das ist noch nicht entschieden. Die Länder wollen nicht auf die Gelder für den Wohnungsbau verzichten.

Nächster Sitzungstermin:

Meixner schlägt als Termin für die nächste gemeinsame Sitzung Mittwoch, den 28. November vor[13].

Strauß schlägt vor, daß Einzelfragen unter Abstellung von Bundestagsabgeordneten auch zwischendurch hier in der Landtagsfraktion behandelt werden sollen.

Meixner schließt die Sitzung um 17.55 Uhr.

Nr. 46b

Bericht über die gemeinsame Sitzung der Landtagsfraktion, der Landesgruppe und des geschäftsführenden Landesvorstands der Christlich-Sozialen Union am 31. Oktober 1951 in München

CSU-Correspondenz vom 1. 11. 1951, S. 1

Unter dem gemeinsamen Vorsitz von Fraktionsvorsitzendem Meixner und Landesgruppenobmann Strauß berieten am 31. Oktober in München die CSU-Abgeordneten des Bundestages und des Landtages wirtschafts- und finanzpolitische Probleme des Landes Bayern und des Bundes.

Einleitend wurde das Problem der Hohenfelser Evakuierung erörtert[14]. Die Landtagsfraktion erhob erneut die unabdingbare Forderung, den betroffenen

[12] Diese Annahme erwies sich als zu optimistisch; das Lastenausgleichsgesetz trat erst am 14. 8. 1952 in Kraft; zu Inhalt und Bestimmungen vgl. Schulze-Brackmann/Meilicke/Georgi, Lastenausgleichsgesetz.

[13] Die Koordinierungssitzung am 28. 11. 1951 (ACSP, LTF) fand statt, aber offenbar ohne die Führungsgremien der Partei hinzuzuziehen.

[14] In Hohenfels (Oberpfalz) hatte die Wehrmacht zwischen 1938 und 1940 einen ca. 10200 ha großen Truppenübungsplatz angelegt und dabei 60 Ortschaften geräumt. Nach 1945 wurde das Gelände zunächst wieder zivil genutzt, bis die amerikanischen Streitkräfte im Sommer 1951 Anspruch auf

Bauern unter allen Umständen wieder zu *ertragsgleichen* Höfen zu verhelfen. Eine großzügige Darlehensgewährung sei unerläßlich[15]. Der Bundesfinanzminister gab die Erklärung ab, daß der Bund für die Hohenfelser Evakuierung insgesamt etwa 30 Millionen aufwenden werde. Minister Schäffer erkannte für den Bund ausdrücklich die Verpflichtung an, den betroffenen Hohenfelser Bauern ihre Höfe zu einem Index von 2,5 abzukaufen und ihnen bei der Erwerbung eines neuen Anwesens, das teurer zu stehen komme, entsprechende Darlehen zu gewähren. Auch die Gewährung einer Übergangshilfe gestand der Bundesfinanzminister im Fall der Bedürftigkeit ausdrücklich zu.

Im Mittelpunkt der Tagesordnung stand ein großes Referat von Bundesminister Schäffer über „Haushalt und Steuern", in dessen Rahmen er erneut die Notwendigkeit der Aufwandsteuer sowie der Autobahnbenutzungsgebühr darlegte. Wörtlich sagte Schäffer: „Wenn der Bundesfinanzminister nachgibt, d. h. wenn er von der Aufwandsteuer abrückt und auf die Umsatzsteuererhöhung ausweicht, dann kann man ihm mit Recht sagen: Du bist dem Druck gewisser interessierter Kreise gewichen und hast wieder einmal den kleinen Mann belastet! Das macht der Bundesfinanzminister nicht!"

Die lebhafte Diskussion beider Fraktionen zu diesem Steuerproblem wurde durch einstimmige Annahme der folgenden Entschießung abgeschlossen: „Die Landesgruppe der CSU im Bundestag wird ersucht, möglichst bald eine klare Entscheidung der anderen Fraktionen der Koalition hinsichtlich der Maßnahmen zu erreichen, die zur Abgleichung des Bundeshaushalts und zur Sicherung der Währung erforderlich sind."

In einer weiteren Entschließung wurde die Landesgruppe der CSU im Bundestag beauftragt, allen Bestrebungen auf Errichtung einer Bundesfinanzverwaltung schärfstens entgegenzutreten. Schließlich sprach die Versammlung dem Bundesfinanzminister Fritz Schäffer einstimmig das Vertrauen aus.

den Truppenübungsplatz erhoben und sogar dessen Erweiterung nach Westen forderten. Durch die Remilitarisierung und Erweiterung des Geländes mußten rund 800 Familien umgesiedelt werden, wobei Finanzminister Schäffer für den Bund weitgehende Hilfen zusagte. Vgl. Bayerische Staatszeitung vom 13. 10. 1950: „Die Hohenfelser werden untergebracht"; Süddeutsche Zeitung vom 16. 8. und 2. 11. 1951: „Hohenfels – das geringere Uebel" und „Gegen eine Bundesfinanzverwaltung"; IfZ-Archiv, ED 120/369, Protokolle der Sitzungen des bayerischen Ministerrats am 9. 8., 13. 8., 21. 8. und 28. 8. 1951.

[15] In der CSU-Fraktion wurde am 8. 8. 1951 kontrovers über die mit der Remilitarisierung des Truppenübungsplatzes Hohenfels und der Umsiedlung der betroffenen Familien verbundenen Probleme diskutiert (ACSP, LTF). Der Landtag befaßte sich wiederholt mit diesem Themenkomplex, wobei die CSU insbesondere die Interessen der Bauern vertrat, die ihre Höfe aufgeben mußten. Vgl. Stenographische Berichte über die 36., 40., 42., 43., 44., 48. und 53. Sitzung des bayerischen Landtags am 4. 9., 25. 9., 27. 9., 28. 9., 16. 10., 6. 11. und 22. 11. 1951, S. 60f., S. 219, S. 227, S. 296–301, S. 389ff., S. 397, S. 573f. und S. 807.

Nr. 47

Besprechung des Landesvorsitzenden mit den Bezirksvorsitzenden der Christlich-Sozialen Union am 7. Januar 1952[1]

BayHStA, NL Ehard 1200

Landesvorsitzender Dr. *Ehard* gab kurzen Überblick über die Gemeindeordnung[2]. Bezüglich der Gemeindewahl selbst verwies er auf die Würzburger Entschließung[3]. Anschließend gab er den Brief Dr. Besolds[4] an Brunner bekannt[5]. Hauptpunkt dieses Briefes ist der Vorschlag einer gemeinsamen Besprechung zwischen der Landesleitung der BP und der Landesvorstandschaft zwecks Aufstellung eines Generalplans. Dr. *Ehard* erklärte, daß ein Generalplan bezüglich der Gemeindewahl gar nicht möglich sei und ein solcher auch den Würzburger Beschlüssen entgegenstehe. Diese Beschlüsse sehen ausdrücklich nur Wahlabsprachen zwischen den örtlichen Parteigremien vor. Sämtliche Bezirksvorsitzenden (einschließlich Oberbayern) erklärten sich gegen die von Dr. Besold vorgeschlagene Besprechung und die Aufstellung eines Generalplans mit der BP. Die Bezirksverbände halten die Würzburger Beschlüsse für ausreichend. Auch wurde ausdrücklich betont, daß der Name CSU nur in besonderen Fällen bei einer Listenverbindung aufgegeben werden soll und hierzu vorher die Entscheidung des zuständigen Bezirksverbandes und der Landesleitung einzuholen sei[6].

Dr. *Ehard* gab ferner die von der Landesleitung entworfenen Richtlinien zu den Gemeindewahlen und zum Wahlkampf bekannt[7] und machte hierzu noch folgende Vorschläge:

[1] Das Ergebnisprotokoll ist ungezeichnet und auf den 10. 1. datiert, wobei irrtümlich das Jahr 1951 angegeben wurde. Eine kurze Notiz über diese Sitzung findet sich in: CSU-Correspondenz vom 7. 1. 1952, S. 6.

[2] Zur Neufassung der bayerischen Gemeindeordnung vgl. Nr. 48b.

[3] Zur Erklärung, die der Landesausschuß der CSU am 14. 4. 1951 in Würzburg angenommen hatte, vgl. Nr. 42a mit Anm. 7. Zum Ausgang der Kommunalwahlen vom 30. 3. 1952, bei denen die CSU erneut eine herbe Schlappe hinnehmen mußte, vgl. Balcar, Politik auf dem Land, S. 193 ff.

[4] Dr. Anton Besold (1904–1991), kath., Rechtsanwalt, 1941–1945 Teilnahme am Zweiten Weltkrieg (zuletzt Leutnant), nach Kriegsende zunächst Mitglied der BHKP, nach deren Verbot BP-Mitglied, Vorsitzender des BP-Bezirks Freising-Stadt, 1950–1953 Generalsekretär, 1953 Landesvorsitzender der BP, im Januar 1954 Austritt aus der BP, seit Juni 1955 CSU-Mitglied, 1955–1961 Mitglied des Landesvorstands der CSU, 1961–1967 stellvertretender Vorsitzender des CSU-Bezirksverbands München, 1948/49 Stadtrat (BP) in München, 1949–1953 und 1957–1969 MdB (bis 1953 BP, dann CSU), seit 1957 Vorstandsmitglied der Deutschen Bundespost, 1959–1963 stellvertretender Präsident, seit 1963 Präsident der Bayerischen Einigung e.V.

[5] ACSP, NL Besold 86, Anton Besold an Josef Brunner vom 3. 1. 1952. Besold hatte vorgeschlagen, auf der Basis der Richtlinien für die Gemeindewahlen, die die Landesleitung der Bayernpartei am 28. 11. 1951 aufgestellt hatte, einen „Generalplan für ganz Bayern" zu erstellen, um Auseinandersetzungen zwischen den christlichen Parteien im Wahlkampf zu vermeiden. Besold bat Brunner, diese Anregung dem Landesvorstand der CSU zu unterbreiten. Vgl. dazu auch Main-Post vom 12. 1. 1951: „Bayernpartei sucht vergeblich Anschluß".

[6] Vgl. Balcar, Politik auf dem Land, S. 198 ff.

[7] Die Richtlinien der CSU-Landesleitung für die Gemeindewahlen sahen vor, daß die CSU bei den Kreistagswahlen sowie in den größeren Städten mit eigenem Namen und eigenen Wahllisten antreten sollte, während CSU-Kandidaten in kleineren Gemeinden auch auf „unpolitischen Listen" kandidieren konnten. Zudem wurden Listenverbindungen mit der Bayernpartei, der FDP und „mit den der CSU weltanschaulich nahestehenden unpolitischen Gruppen" empfohlen, um das Potential

1. Unsere Landräte, Bürgermeister, Kreistagsmitglieder und Gemeinderäte sollen einen Rechenschaftsbericht über ihre Fraktion an die Bezirksverbände und an die Landesleitung zwecks Materialsammlung geben.
2. In Vertrauensmännerversammlungen soll Aufklärung über die neue Gemeindeordnung erfolgen (eine Informationsschrift über die Gemeindeordnung[8] gibt in Kürze die Landesleitung heraus).
3. Über die Kandidatenaufstellung sollen die Bezirksverbände und die Landesleitung benachrichtigt werden. Bei der Kandidatenaufstellung sollen die Berufsstände, die Frauen, die Jugend und die Flüchtlinge berücksichtigt werden.
4. Für den örtlichen Rednereinsatz sollen vor allem die Kommunalpolitiker herangezogen werden.

Sämtliche Bezirksverbände, insbesondere die von Niederbayern und Oberbayern, schlugen vor, daß die Landesleitung Weisungen für die Gemeindewahl herausgeben soll. Propagandaschriften über Landes- und Bundespolitik sollen zentral von der Landesleitung herausgegeben werden.

Im zweiten Teil der Bezirksvorsitzenden-Konferenz erfolgte die Beratung des Satzungsentwurfes[9].

Anmerkung: Die CSU hat bereits im April 1951 in der Würzburger Resolution Listenverbindung[en] mit anderen politischen Gruppen vorgeschlagen. Die BP dagegen kam zu einem solchen Entschluß erst im November 1951. In der ganzen Zeit hat sie irgendwelche Wahlabkommen (Bundes- und Landtagsnachwahlen sowie Gemeindenachwahlen) bezw. ein Zusammengehen mit der CSU verhindert[10].

Siehe besonders Bundestagsnachwahl Nürnberg-Fürth[11], in der die örtliche BP einem Wahlbündnis zustimmte, die Landesleitung der BP jedoch diesen Beschluß wieder aufhob. Die BP beteiligte sich also nicht an diesem Bündnis.

Im Landkreis Kötzting: Offizieller Vorschlag im Juli 1951, gemeinsame Liste mit der BP. Landesleitung der BP verhinderte ein Zustandekommen des Beschlusses. Der damalige Bezirksvorsitzende der BP, Abgeordneter Volkholz[12], drohte

der „nichtsozialistischen Wählerschaft" auszuschöpfen. Hinsichtlich der Kadidatenaufstellung sollte darauf geachtet werden, daß „alle Berufsschichten in vernünftigem Verhältnis vertreten sind", wobei insbesondere Frauen, jüngere Kandidaten und Vertreter der christlichen Arbeitnehmerschaft berücksichtigt werden sollten. CSU-Correspondenz vom 31. 1. 1952, S. 1 f.

[8] ACSP, LTF II/1, 15–20/41, Rednerdienst Nr. 1 für Gemeindewahlkampf 1952 vom 14. 2. 1952 (Anlage zum Rundschreiben der Landesleitung vom 15. 2. 1952).

[9] Zur Satzungsreform des Jahres 1952 vgl. Schlemmer, Aufbruch, S. 446–456.

[10] Das galt für die Bundestagsnachwahl im Bundeswahlkreis Donauwörth und für die Landtagsnachwahl im Stimmkreis Markt Oberdorf-Füssen, die beide im Mai 1951 stattfanden. Die Bayernpartei entschied sich mit der Begründung zur Aufstellung eigener Kandidaten, sie habe bereits bei der Bundestagsnachwahl in Kulmbach im Jahr zuvor verzichtet und forderte ihrerseits die CSU auf, nun die Kandidaten der Bayernpartei zu unterstützen, was Ehard jedoch mit der Begründung ablehnte, daß die CSU in beiden Wahlkreisen die mit Abstand stärkste Partei sei. In beiden Fällen konnten sich die CSU-Kandidaten relativ klar durchsetzen. Vgl. Unger, Bayernpartei, S. 165 f.

[11] Am 21. 10. 1951 verstarb der 1949 im Bundeswahlkreis Nürnberg-Fürth für die SPD in den Bundestag gewählte Willy Fischer. Obwohl FDP, CSU und Bayernpartei einen gemeinsamen Kandidaten unterstützten, konnte sich der von der SPD aufgestellte Johann-Adam Segitz mit 52,8 Prozent der Stimmen klar durchsetzen. Vgl. Datenhandbuch zur Geschichte des Bundestages, Bd. 1, S. 294.

[12] Ludwig Volkholz (1919–1994), Förster, nach 1945 Revierförster in Watzlsteg (Niederbayern), seit 1947 BP-Mitglied, 1949–1953 MdB (BP), 1950–1954 MdL (bis 1953 BP, dann fraktionslos), 1952 verhaftet und 1954 wegen Anstiftung zum Meineid zu zehn Monaten Gefängnis verurteilt, 1953

öffentlich, jedes Mitglied der BP auszuschließen, wenn es mit dem Gesindel der CSU verhandle[13].

Im Landkreis Weilheim: Zwischen der örtlichen CSU und BP kam bereits eine Art Abkommen für die Gemeindewahl zustande. Auf Weisung der Landesleitung der BP zog die örtliche BP ihren Beschluß wieder zurück[14].

Nr. 48a

Rede Hans Ehards in der Sitzung des Landesvorstands der Christlich-Sozialen Union am 12. Januar 1952 in München

BayHStA, NL Ehard 1200[1]

Neujahrswünsche persönlich und für unsere politische Arbeit. Zu gemeinsamer vertrauensvoller Arbeit zusammenschließen. Meinungen in demokratischer und fairer Weise abgleichen. Keine persönlichen Feindschaften, gütlicher Ausgleich, wenn nötig, auch eine gewisse *Parteidisziplin* wahren, *Bekenntnis* zu unseren Grundsätzen. Kraft und *Gottes Segen* für dieses unser Vorhaben!

Zweck unserer Tagung in erster Linie: *Politische Betrachtung zu den Gemeindewahlen, Aufstellung von Richtlinien.* Man könnte versucht sein, zur Jahreswende einen Überblick über die Leistungen des letzten Jahres zu geben, aber

Ausschluß aus der Landtagsfraktion und aus der BP, 1958–1964 Bürgermeister von Voggendorf, zwischenzeitlich FDP-Mitglied, 1967 Wiedereintritt in die BP und stellvertretender Landesvorsitzender, 1975–1988 Vorsitzender der Christlichen Bayerischen Volkspartei, 1988 Rückkehr zur BP.

[13] Zu den Auseinandersetzungen im BP-Bezirksverband Kötzting und zu den anhaltenden Querelen um ein Wahlbündnis von CSU und BP für die Kommunalwahl vgl. Eichmüller, Ludwig Volkholz, S. 96–99.

[14] Mitte Mai 1951 hatten die Kreisvorsitzenden Anton Uebelhör (CSU) und Josef Nerbl (Bayernpartei) folgende gemeinsame Erklärung abgegeben: „Die Vertreter der Christlich-Sozialen Union und der Bayernpartei des Kreises Weilheim sind sich einig darüber, dass jede gegenseitige Bekämpfung sofort und absolut einzustellen ist und dass sie bei den kommenden Kommunalwahlen zusammengehen, um eine möglichst breite Plattform zu bilden, wobei eine Erweiterung derselben wünschenswert und anzustreben ist. Die örtlichen Organe werden dringendst ersucht, sich an diese Richtlinien zu halten." CSU-Correspondenz vom 28. 5. 1951, S. 5. Mitte Juni 1951 beschloß jedoch eine BP-Versammlung in Weilheim, auf der auch der Landtagsabgeordnete Martin Gärtner sprach, dieses Abkommen aufzukündigen. Vgl. CSU-Correspondenz vom 18. 6. 1951, S. 6, und Bayern-Kurier vom 23. 6. 1951: „Sand in die Augen der Wähler".

[1] Bei diesem Dokument handelt es sich um eine elf Seiten umfassende, handschriftlich paginierte Notizen Ehards für seine Ausführungen auf der Sitzung des Landesvorstands am 12. 1. 1952. Die Landesgeschäftsstelle der CSU hatte am 28. 12. 1951 in einem Rundschreiben an die Mitglieder des Landesvorstands zu dieser Sitzung eingeladen. Auf der Tagesordnung standen drei Punkte: 1. Politische Aussprache, 2. Gemeindeordnung – Gemeindewahl (Kurzreferat Staatssekretär Dr. Nerreter), 3. Verschiedenes. Laut Anwesenheitsliste nahmen an der Sitzung teil: Butterhof, Eberhard, Ehard, Elsen, J. Fischer, Gerstl, Greib, Haindl, von Haniel-Niethammer, Hellmann, Hergenröder, Herrmann, Horlacher, Hundhammer, Junker, Krehle, Mayr, Meixner, J. Müller, Muhler, Nerreter, Nickles, Noske, Poschinger von Frauenau, F. Schäfer, K. Schäfer, Schäffer, E. Schleip, Schmidt, Schubert, Schuberth, Schwalber, Seidel, Strauß, Stücklen, Thiele, Weigel, Zehner, Zillibiller. Das Einladungsschreiben und die Anwesenheitsliste finden sich in: ACSP, LGF-LV 12. 1. 1952.

üblicherweise soll das um die Zeit der Jahresversammlung ausführlich geschehen, außerdem hört man erfahrungsgemäß nicht gerne heute, was geleistet wurde, sondern man spricht lieber von dem, was noch nicht geschehen konnte oder nicht so gelungen ist, wie gewünscht.

Gemeindewahlen werden Gelegenheit zu allgemeiner politischen Aussprache geben. Gemeindeordnung vom Landtag kürzlich beschlossen[2]. Gemeindewahlen [am] 30. März 1952. Wie stellen wir uns? Gehen wir allein und selbständig oder verbünden wir uns mit anderen?

Landesausschuß Würzburg vom 15. April 1951: Entschließung[3]. Damals viel gesprochen von Zusammenschluß CSU/BP und von globalen Absprachen – *Bayerische Volksaktion*[4]. Damals eingehende Aussprache und Verweisung auf Abmachungen für Gemeindewahlen, zugleich als Versuch, die Spaltung von unten her zu überwinden. Von oben kann sie führungsgemäß nicht überwunden werden.

Inzwischen einige sehr eindeutige Erfahrungen: Zwei Bundestagsnachwahlen, zwei Landtagsnachwahlen, einige Gemeindewahlen. Keine Unterstützung durch BP! Bei Landtagsnachwahl in *Fürth*[5] wollten die örtlichen Gruppen der BP ein Wahlbündnis mit CSU und FDP eingehen, die Landesleitung der BP hat diese Zusammenarbeit ihren örtlichen Stellen ausdrücklich verboten. Auf Grund der Würzburger Beschlüsse wurde bereits im Juli vorigen Jahres in Kötzting an die BP herangetreten wegen Gemeindewahl, zuerst örtlich eingelassen, dann durch Landesleitung abgebrochen, Begründung: Mit dem Gesindel der CSU könnte man kein Abkommen treffen[6]. Dasselbe im August letzten Jahres in *Weilheim*[7]; dort war schon ein Abkommen fixiert, es wurde auf Anordnung der Landesleitung widerrufen. Die Unterhändler der BP wurden sogar mit Ausschluß aus der Partei bedroht. Namen könnten genannt werden.

[Die] *Würzburger Beschlüsse* hatte ich der BP mitgeteilt [am] 16. April [1951][8], Antwort keine! In der Zwischenzeit mehrere Briefe mit Protesten, z.B. gegen Brunner, weil er die Wähler der BP aufgefordert hat, das nächste Mal wieder CSU zu wählen[9].

[2] Am 21. 12. 1951 hatte der Landtag die neue bayerische Gemeindeordnung verabschiedet, über die zuvor auch im Ministerrat lange gerungen worden war. Bei der Abstimmung kam es zu einem Eklat, der die Koalition zu gefährden drohte. Der Gesetzentwurf wurde nämlich von einer kurzlebigen Allianz aus CSU und Bayernpartei verabschiedet, während sich die SPD aus Protest gegen die Streichung von Elementen der direkten Demokratie der Stimme enthielt. Vgl. Stenographischer Bericht über die 62. Sitzung des bayerischen Landtags am 21. 12. 1951, S. 1164–1195. Die Erläuterungen in diesem Dokument beziehen sich, soweit nicht anders gekennzeichnet, auf: Bayerische Gemeindeordnung vom 25. 1. 1952, in: BGVBl. 1952, S. 19–32. Vgl. dazu auch allgemein Helmreich, Gemeindeordnung.

[3] Vgl. Nr. 42a mit Anm. 7.

[4] Vgl. Nr. 42a mit Anm. 4.

[5] Vgl. Nr. 47 mit Anm. 11.

[6] Vgl. Nr. 47 mit Anm. 13.

[7] Vgl. Nr. 47 mit Anm. 14.

[8] IfZ-Archiv, ED 132/69, Hans Ehard an Joseph Baumgartner vom 16. 4. 1951.

[9] Josef Brunner hatte nach einer Notiz in der Süddeutschen Zeitung vom 7. 11. 1951 in Landshut erklärt, man müsse die „Einigung des bürgerlichen Lagers" zur Not „auch gegen den Willen der Leitung der BP" erreichen, und zwar „mit den Wählern dieser Partei". Joseph Baumgartners Protestschreiben an Hans Ehard vom 7. 11. 1951 und dessen Antwort vom 13. 11. 1951 finden sich im IfZ-Archiv, ED 132/69.

Austritt Landshuter Stadträte[10]. Abg. Fink[11]! Zentrum und [...][12]. Gegen mich persönlich.

Zur Frage eines Wahlbündnisses für Gemeindewahlen erhielt ich erst wieder einen Auftrag am 22. Dezember 1951[13], einen Tag nach Annahme der Gemeindeordnung. Dann Brief Baumgartner an das Generalsekretariat CSU am 29. Dezember 1951[14], dann Brief vom 2. Januar 1952 [von] Besold[15].

Richtlinien der CSU[16]: Wie in Würzburg

1. CSU tritt grundsätzlich als Partei auf und stellt eigene Listen auf gegenüber anderen Parteien.
2. Wo es die örtlichen Verhältnisse erfordern oder wünschenswert erscheinen lassen, können die örtlichen Parteiinstanzen, denen die Kandidatenaufstellung obliegt, mit anderen politischen Gruppen oder Parteien eine Listenverbindung oder Listengemeinschaft vereinbaren, Benachrichtigung der Bezirksverbände und der Landesleitung[17].
3. Sollte in besonderen Ausnahmefällen bei Vereinbarungen nach Nr. 2 der Name CSU gar nicht in Erscheinung treten, dann über Kreis- bzw. Bezirksverbände Entscheidung der Landesleitung einholen.
4. Absprachen mit anderen Parteien oder politischen Gruppen auf *Landesebene nicht* – weder erwünscht noch technisch möglich. Auch kein Generalplan.

Kandidaten-Aufstellung: Berücksichtigung der berufsständigen Gliederung der Bevölkerung, außerdem Frauen, Jugend, Heimatvertriebene.

Technische Einzelheiten: Werden noch mit Bezirksvorsitzenden und Geschäftsführern von hier aus besprochen. Wesentliche Änderungen des Gemeindewahlgesetzes sind nicht zu erwarten.

Material für Wahlkampf: Örtliches Geschehen und Leistungen, Rechenschaftsberichte seit 1948. Soweit Leistungen und Vorkommnisse überörtliche Bedeutung haben – Mitteilung an Landesleitung zwecks Weitergabe für Information im größeren Rahmen. Möglichst keine *persönlichen* Angriffe! Aber Vorbereitung zur Erwiderung. Material gegen Andere zum Gegenangriff bereithalten. Nie beschimp-

[10] Wenige Tage vor Weihnachten 1951 hatte sich die BP-Fraktion im Landshuter Stadtrat aufgelöst. Bürgermeister Matthäus Huber und fünf Stadträte hatten mit der Begründung ihren Austritt aus der BP erklärt, sie hätten Bedenken gegen den Kurs der BP und seien in der Vergangenheit bei wichtigen Entscheidungen von der Landshuter Parteileitung übergangen worden. Vgl. Straubinger Neue Presse vom 22. 12. 1951: „Austritte aus der Bayernpartei".

[11] Vermutlich Dr. Conrad Fink (1900–1981), Studium in München und Marburg, vor 1933 BVP-Mitglied, 1937–1945 von der Gestapo observiert, 1946 zunächst Flüchtlingskommissar, dann Landrat in Pfarrkirchen, 1946 CSU-Mitglied, 1948 Übertritt zur BP, 1949–1953 MdB (bis 1952 BP, dann CSU). Fink hatte die BP verlassen und war am 5. 1. 1952 zur CSU-Landesgruppe im Bundestag übergewechselt.

[12] Möglicherweise „Wohleb". Die Zusammenhänge, auf die Ehard hier anspielt, sind unklar.

[13] Da für das letzte Quartal des Jahres 1951 so gut wie keine Protokolle der Führungsgremien der CSU überliefert sind, ließ sich die Entscheidungsfindung in dieser Frage nicht im einzelnen nachvollziehen. Im Nachlaß Ehard fand sich kein Hinweis auf den erwähnten Auftrag an den Landesvorsitzenden, wegen eines Wahlbündnisses Gespräche zu führen.

[14] Nicht ermittelt.

[15] Vermutlich gemeint: ACSP, NL Besold 86, Anton Besold an Josef Brunner vom 3. 1. 1952; vgl. auch Nr. 47 mit Anm. 5.

[16] Zu den Richtlinien der CSU für die Kommunalwahlen von 1952 vgl. auch Nr. 47 mit Anm. 7. Vgl. auch CSU-Correspondenz vom 14. 1. 1952, S. 3.

[17] Am Rande dieses Absatzes vermerkte Ehard: „namentlich Bürgermeister!"

fen, aber sachlich durchaus scharf! Möglich: Landes- und Bundespolitik, Wirtschaftsfragen u.ä. Hierzu Material von der Landesleitung zusammengestellt.

Durchführung des Wahlkampfes: Bei den *Bezirksverbänden*; *Landesleitung*: Koordinierung und Information.

Redner: In erster Linie Kommunalpolitiker, Abgeordnete in ihren Bezirken. Weitere Vermittlung durch Landesleitung.

Finanzierung?

Nr. 48b

Referat Paul Nerreters über „Die neue Gemeindeordnung" in der Sitzung des Landesvorstands der Christlich-Sozialen Union am 12. Januar 1952 in München

ACSP, LGF-LV

Verehrter Herr Landesvorsitzender, liebe Parteifreunde!

Ich glaube, ich kann es mir ersparen, in diesem Kreis über die Bedeutung der Gemeindeordnung zu sprechen. In den Beratungen wurde zum Ausdruck gebracht, die Gemeindeordnung sei nach der Verfassung das wichtigste Gesetz. Mit dieser Feststellung ist wohl alles gesagt. Nun haben Sie gewünscht, daß ich ein Kurzreferat halte. Ich bin dazu gerne bereit und auch bestrebt, Ihrem Wunsche nach Kürze zu entsprechen. Aber es sind einige Schwierigkeiten dabei zu überwinden. Einmal handelt es sich um eine sehr große Anzahl von Einzelfragen. Daß man irgendwelche davon, die von – wenn auch nur einiger – Bedeutung sind, dem Grundsatz der Kürze opfert, halte ich nicht für richtig. Denn es sind, wie ich weiß, in diesem Kreis einzelne Parteifreunde, die auf ganz spezielle Fragen eingestellt sind und eine Stellungnahme dazu erwarten – ich denke da an unseren lieben Parteifreund Gerstl, dem eine ganz bestimmte Frage am Herzen liegt. Ich darf auch nicht riskieren, daß eine Enttäuschung entsteht, wenn mein Referat nun hinausgeht und ich gerade die oder jene Frage übergangen habe, die örtlich von Bedeutung ist.

Ich habe, um die Verhandlungen auch in der Fraktion konzentrieren zu helfen, zu Beginn der Beratungen alle Fragen zusammengestellt, die uns am Herzen liegen. Es waren damals ungefähr 14 Fragen[18]. Ich gebe aber zu, diese Aufstellung könnte durchaus noch ergänzt werden.

Ein zusammenfassendes Referat begegnet einer weiteren Schwierigkeit: Die Lösung der einzelnen Fragen wurde während der Beratungen des Entwurfs gewechselt. Wenn man eine sehr gründliche Darstellung geben wollte, wäre es daher notwendig, bei den wichtigsten Fragen zu sagen: Wie lautete der Ministerialentwurf? Wie lautete das dazu erstellte Senatsgutachten? Wie lautete dann der Regie-

[18] Vgl. CSU-Correspondenz vom 6. 9. 1951, S. 1 f.

rungsentwurf? Was hat der Rechts- und Verfassungsausschuß in der ersten Lesung, was in der zweiten Lesung gesagt? Wie ist im Plenum beschlossen worden? Welche Einwendungen hat nunmehr der Senat erhoben? In der gestrigen Plenarsitzung des Senats wurden nicht weniger als 34 Einwendungen diskutiert[19]. Das alles müßte bei einem Referat eigentlich irgendwie zur Sprache kommen[20]. Ich werde versuchen, es mit einzubauen und trotzdem nicht zu sehr in die Breite zu kommen.

Ich darf einige Fragen vorwegnehmen, die zwar auch von Wichtigkeit, aber nicht von zentraler politischer Bedeutung sind, um so voraus eine kleine Aufräumungsarbeit zu leisten. Es lag uns zum Beispiel am Herzen, die Frage zu klären, unter welchen Voraussetzungen Gemeinden aufgelöst oder Gemeindeteile umgegliedert werden können. Das ist für uns deswegen von Bedeutung, weil wir überall am Rande der Städte Kollisionen bemerken, zwischen den Städten, die einem natürlichen Ausdehnungsbedürfnis folgen und den Interessen der angrenzenden, meist noch überwiegend bäuerlichen Gemeinden, die sich nicht ohne weiteres einverleiben lassen wollen. Unser Bestreben ging dahin, eine Umgliederung von Gemeinden oder Gemeindeteilen ohne die Zustimmung der Mehrheit der Bevölkerung des Umgliederungsgebietes zu verhindern. Damit sind wir nicht durchgedrungen. Wir haben aber immerhin eine Reihe von Voraussetzungen einbauen können, die die Umgliederung gegen den Willen der Mehrheit der Bevölkerung des Umgliederungsgebiets erschweren[21].

Eine weitere Frage, die am Rande liegt, aber kirchlichen Stellen sehr am Herzen liegt, ist die Möglichkeit, daß eine Gemeinde durch Gemeindesatzung einen Benutzungszwang für bestimmte Einrichtungen festsetzt. Das Erzbischöfliche Ordinariat München hat darauf hingewiesen – wir haben übrigens auch selbst daran gedacht: Wenn eine Gemeinde durch Gemeindesatzung zum Beispiel einen Benutzungszwang zu Gunsten eines gemeindlichen Friedhofs verfügt, kann sie einen kirchlichen Friedhof, der im gleichen Gemeindegebiet liegt, lahmlegen. In diesem Falle sind wir mit unserer Forderung vollständig durchgedrungen. Es wurde festgelegt, daß sich die Satzungsbefugnis nicht gegen kirchliche Einrichtungen auswirken darf[22].

[19] Vgl. Stenographischer Bericht über die 2. Sitzung des bayerischen Senats am 11. 1. 1952, S. 10–52.

[20] Zum Gang der parlamentarischen Beratungen vgl. Bayerische Staatszeitung vom 1. 9. 1951, S. 5, 15. 9. 1951, S. 4, 29. 9. 1951, S. 4, 20. 10. 1951, S. 5, 27. 10. 1951, S. 4, 3. 11. 1951, S. 5, 1. 12. 1951, S. 5, 8. 12. 1951, S. 4, 22. 12. 1951, S. 4, und 29. 12. 1951, S. 5.

[21] Die Frage der Auflösung und Umgliederung von Gemeinden wurde in den Artikeln 11 bis 14 geregelt. Artikel 11, Abs. 1 sprach den Gemeinden zwar ein Bestandsrecht zu; Auflösungen oder Umgemeindungen waren jedoch mit Zustimmung der Mehrheit der Bürger der betroffenen Gemeinde und des Gemeinderats jederzeit möglich. Artikel 11, Abs. 3 bis 5 ermöglichten – „wenn das öffentliche Wohl es erfordert" – auch Auflösungen und Umgemeindungen gegen den Willen der Betroffenen durch eine Rechtsverordnung der Staatsregierung, die der Zustimmung des Landtags bedurfte. In diesem Fall mußte zwar eine Abstimmung der Bürger des Umgemeindungsgebiets angeordnet werden, deren Ergebnis für die Staatsregierung jedoch nicht bindend war. Vgl. Helmreich, Gemeindeordnung, S. 13–17.

[22] Artikel 24 ermächtigte die Gemeinden, ihre Bürger per Satzung zur Nutzung bestimmter öffentlicher Einrichtungen wie Kanalisation, Straßenreinigung, Wasserleitungen und ähnlichem zu verpflichten. Artikel 24, Abs. 3, Satz 3 legte jedoch fest, daß eine solche Nutzungsverpflichtung „nicht zum Nachteil von Einrichtungen der Kirchen, anerkannter Religionsgemeinschaften oder weltanschaulicher Gemeinschaften verfügt werden" dürfe, wenn „deren Bestrebungen den allgemein geltenden Gesetzen nicht widersprechen" und wenn „diese Einrichtungen unmittelbar religiösen

Ein Fragenkomplex, der auch in den Versammlungen draußen sehr eingehend diskutiert wurde, betrifft die Wählbarkeit von Gemeindebeamten und -angestellten zum Gemeinderat. Es wurde der Grundsatz der Unvereinbarkeit von Ämtern vorgetragen. Man sagte: Jemand kann nicht auf der einen Seite Beamter oder Angestellter einer Gemeinde sein und damit der Allgemeinheit dienen, auf der anderen Seite aber im Gemeinderat sitzen und – wenn ich es kurz und vulgär sagen darf – anschaffen. (Sehr richtig!) Wir müssen aber berücksichtigen, daß auch in unseren Reihen die Meinungen immer geteilt waren, und zwar auch draußen in den Versammlungen. Es wird Sie interessieren, daß der Senat in seiner gestrigen Plenarsitzung auch in dieser Richtung Einwendungen gegen die Gemeindeordnung erhoben und damit eine erneute Abstimmung über diese Frage im Landtag veranlaßt hat. Ich glaube allerdings nicht, daß der Landtag die Wählbarkeit von Gemeindebeamten und -angestellten ausschließen wird[23]. (Sehr bedauerlich!) – Es ist eine offene Frage; aber bei den Mehrheitsverhältnissen im Landtag habe ich diese Vermutung.

Eine weitere Frage, die gerade unserem Freund Gerstl sehr am Herzen liegt, ist die Frage der berufsmäßigen Gemeinderatsmitglieder. Sie werden wahrscheinlich schon wissen, daß der Senat gestern die Einrichtung berufsmäßiger Gemeinderatsmitglieder – entsprechend dem Wunsch dieser Beamten – gefordert hat. Auch darüber wird sich der Landtag noch schlüssig werden müssen[24].

Zu den Fragen, die gleichsam am Rande liegen, gehört noch eine weitere Frage, nämlich die der offenen Abstimmung im Gemeinderat. Wir versuchten – entsprechend einer Empfehlung des Senats – in die Gemeindeordnung eine Bestimmung zu bringen, daß in bestimmten Einzelfällen von einer offenen Abstimmung abgesehen werden kann. Wir hatten uns das sehr gründlich überlegt. Gerade in ländlichen Gemeinden – bei den großstädtischen Verhältnissen macht es weniger aus – kann jemand in sehr ernste Gewissensnot gebracht werden, wenn er seine Meinung offen sagen und dabei gleichzeitig riskieren muß, wegen des Bekenntnisses seiner Meinung nachher, sagen wir einmal, geschäftliche Nachteile zu erleiden. Wir sind nicht durchgedrungen[25]. Der Landtag hat beschlossen, die offene Abstimmung in jedem Fall zu fordern. Wir haben einen kleinen Ersatz dadurch geschaffen, daß wir die Möglichkeit der Stimmenthaltung vorgesehen haben. Das ist in dem vom Landtag beschlossenen Gesetz geschehen. Dagegen hat nun der Senat Einwendungen erhoben. Er will die Möglichkeit der Stimmenthaltung nicht zulassen[26].

oder weltanschaulichen Zwecken dienen". Wenn kirchliche Friedhöfe vorhanden waren, durften die Gemeinden also keine Zwangsverpflichtung zur Benutzung eines gemeindlichen Friedhofs erlassen. Vgl. ebenda, S. 29–32.

[23] Nach Artikel 30, Abs. 4 waren nur die Beamten und Angestellten der zuständigen Rechtsaufsichtsbehörde von der Mitgliedschaft im Gemeinderat ausgeschlossen; für Beamte und Angestellte der Gemeinde galt dies nicht.

[24] Artikel 40 ermöglichte die Wahl von berufsmäßigen Gemeinderatsmitgliedern, allerdings nur in Gemeinden mit mehr als 10000 Einwohnern. Ihre Besoldung wurde in Artikel 41 geregelt. Vgl. Helmreich, Gemeindeordnung, S. 52ff.

[25] Artikel 51, Abs. 1 bestimmte, daß alle Beschlüsse des Gemeinderats in offener Abstimmung zu fassen waren.

[26] Artikel 48, Abs. 1 legte fest, daß sich kein Gemeinderatsmitglied der Stimme enthalten durfte.

Das letzte – was unseren Freund Dr. Horlacher interessieren wird – betrifft die Beteiligung der Gemeinden an wirtschaftlichen Unternehmen. Nach dem Regierungsentwurf dürfen sich die Gemeinden nicht an wirtschaftlichen Unternehmungen beteiligen, die eine unbegrenzte Haftungspflicht vorsehen. Der Sinn dieser Bestimmung liegt auf der Hand. Wir bekamen aber Einwendungen aus bäuerlichen Gemeinden, sie würden dadurch verhindert, Mitglieder der Raiffeisendarlehenskassen zu werden. Wir haben dieser Einwendung Rechnung getragen. Es ist eine Bestimmung eingebaut worden, daß die Rechtsaufsichtsbehörde im Einzelfall Befreiung gewähren kann[27]. Diese Befreiung wird sich vor allem zugunsten der Mitgliedschaft von ländlichen Gemeinden bei Raiffeisendarlehenskassen auswirken.

Nun komme ich zu den wichtigen Problemen, von denen eine Gruppe unter den nachgerade schon abgegriffenen Schlagworten „unmittelbare : repräsentative Demokratie" zusammengefaßt werden kann. Es sind die drei Fragen: Soll der erste Bürgermeister in den großen Gemeinden – darüber, wo die Grenze liegt, bestanden auch verschiedene Meinungen – unmittelbar vom Volk oder vom Gemeinderat gewählt werden[28]? Mit dieser Frage hängt eng eine andere zusammen; man muß sie aber aus gesetzestechnischen Gründen in einem Atemzug mit der Wahl des Bürgermeisters durch das Volk oder den Gemeinderat behandeln. Es ist die Frage, ehrenamtlicher oder berufsmäßiger erster Bürgermeister[29]. Die zweite Frage im Komplex „unmittelbare : repräsentative Demokratie" ist die Frage der Möglichkeit einer Abberufung des ersten Bürgermeisters, des Gemeinderats oder beider Organe vor Ablauf der Wahlzeit[30]. Die dritte und letzte Frage ist die des Sachentscheids der Gemeindebürger[31] – bei der es zu dramatischen Verhandlungen gekommen ist.

Ich behandle zunächst die ersten beiden Fragen. Im Ministerialentwurf war vorgesehen, den ersten Bürgermeister in allen Gemeinden, bis herauf zur Landeshauptstadt, durch das Volk zu wählen[32]. Dagegen hatte ich und habe ich auch heute noch Bedenken. Ich hätte eine andere Lösung lieber gesehen. Man könnte darüber reden, ob die Grenze zwischen kleinen und großen Gemeinden bei 10000 Einwohnern – wie sie die Gemeindeordnung von 1927 hatte und auch das ur-

[27] Nach Artikel 77 konnten sich Gemeinden unter bestimmten Voraussetzungen an wirtschaftlichen Unternehmen beteiligen, wobei die Haftung der Gemeinden auf einen bestimmten Betrag begrenzt sein mußte; in begründeten Fällen sollten die Rechtsaufsichtsbehörden Ausnahmen zulassen.

[28] Nach Artikel 17 wählten die Gemeindebürger nicht nur den Gemeinderat, sondern „mit der Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen" auch den 1. Bürgermeister bzw. in kreisfreien Städten den Oberbürgermeister.

[29] Die Entscheidung, ob der 1. Bürgermeister haupt- oder ehrenamtlich tätig sein sollte, lag nach Artikel 34, Abs. 1 beim Gemeinderat. Lediglich in Gemeinden mit mehr als 20000 Einwohnern (Artikel 34, Abs. 4) sollte einer der Bürgermeister hauptamtlich tätig sein.

[30] Eine vorzeitige Abberufung von Bürgermeister und Gemeinderat war in der bayerischen Gemeindeordnung von 1952 nicht vorgesehen.

[31] Der Sachentscheid durch Gemeindebürger war in der bayerischen Gemeindeordnung von 1952 nicht vorgesehen. Als Element direkter Demokratie dienten lediglich Bürgerversammlungen, die nach Artikel 18 mindestens einmal im Jahr vom Bürgermeister einzuberufen waren. Diese Versammlungen konnten zwar keine rechtsverbindlichen Beschlüsse fassen, aber Empfehlungen aussprechen, mit denen sich der Gemeinderat innerhalb einer Frist von drei Monaten befassen mußte; vgl. Artikel 18, Abs. 3.

[32] Nicht ermittelt.

sprüngliche Senatsgutachten vorsah[33] – oder bei 20000 Einwohnern liegen soll – wie man es im Ministerrat beschlossen hatte[34], um eine Brücke zu bauen. Die Volkswahl des ersten Bürgermeisters begegnet in großen Städten nach meinem Dafürhalten einem zweifachen Bedenken. Wir müssen davon absehen, daß es sich nur um die Wiederwahl eines schon bekannten Bürgermeisters handelt, sondern uns die Situation vergegenwärtigen, die entsteht, wenn im Augenblick überhaupt kein geeigneter Kandidat da ist. Wir haben zur Zeit in Bayern große Städte, in denen diese Lage gegeben ist. Es ist einfacher – das war jedenfalls meine Überzeugung und ist es auch heute noch –, daß ein Stadtrat einen geeigneten Bewerber heraussucht, als die Gesamtheit der Bevölkerung. Denn der Stadtrat hat in Verwaltungsfragen die entsprechende Erfahrung. Er kann sehr viel leichter den wirklichen Fachmann vom reinen Blender unterscheiden, als dies in großen Volksversammlungen etwa möglich ist. Zum zweiten – es gibt noch viel mehr Argumente, auf die ich aber nicht alle eingehen kann – ist immer zu beachten: Haben wir die Wahl durch den Stadtrat, so besteht die Möglichkeit eines Ausgleichs zwischen der stärksten und zweitstärksten Fraktion. Man kann – und das ist zum Beispiel in München der Fall gewesen[35] – sagen: Wir sind zwar die stärkere Fraktion, aber wir wollen unsere Stärke nicht im Wege einer Kampfabstimmung dokumentieren, weil das die Zusammenarbeit für die Zukunft schon mit einer Hypothek belasten würde, sondern folgende Regelung vorschlagen: Nehmen wir den ersten Bürgermeister, dann kriegt ihr den zweiten. Auf diese Weise kommt eine Zusammenarbeit zustande, die etwa der Zusammenarbeit in einer Koalitionsregierung entspricht, wo die eine Partei den Minister und die andere den Staatssekretär stellt. Die zweitstärkste Partei kann immerhin noch den Finger am Puls der Geschäfte haben, kann sich informieren und in manchen Dingen korrigierend eingreifen. Diese Möglichkeit entfällt, wenn der erste Bürgermeister vom Volk gewählt wird. Denn dann sagt die stärkste Stadtratsfraktion: Wie das Volk gewählt hat, geht uns nichts an; wir beanspruchen den zweiten Bürgermeister. – Aber es hat sich nicht durchsetzen lassen. Die Volkswahl des ersten Bürgermeisters hat auch in unseren Reihen sehr viele Anhänger gehabt. So war es von vornherein klar, daß wir mit der Wahl durch den Gemeinderat nicht durchkommen. Wir mußten aber wenigstens eine Gefahr bannen, die gedroht hatte. Es bestand nämlich die Gefahr, für die Volkswahl die relative Mehrheit vorzusehen. Wäre das geschehen, so hätten wir wahrscheinlich unsere Hoffnung begraben können, irgendwo noch einen ersten

[33] Darin hatte es unter Artikel 16, Abs. 1, im Rückgriff auf einen Gesetzentwurf vom September 1950 geheißen: „Die wahlberechtigten Gemeindeeinwohner (Gemeindebürger) wählen den Gemeinderat, in den Gemeinden bis zu 10000 Einwohnern auch den ersten Bürgermeister." Anlage 357 (Gutachtliche Stellungnahme zum Entwurf der bayerischen Staatsregierung für eine Gemeindeordnung für den Freistaat Bayern vom 10. 5. 1951) zu den Stenographischen Berichten des bayerischen Senats, 2. Tagungsperiode 1950/51, S. 95–106. Auch das Gemeindewahlgesetz vom 27. 2. 1948 hatte die Direktwahl des 1. Bürgermeisters nur in Gemeinden mit weniger als 10000 Einwohnern vorgesehen. Helmreich, Gemeindeordnung, S. 19.

[34] In Artikel 17, Abs. 1 des Regierungsentwurfs der bayerischen Gemeindeordnung vom 2. 8. 1951 (Beilage Nr. 1140 zu den Stenographischen Berichten des bayerischen Landtags für die Wahlperiode 1950–1954) hieß es: „Die Gemeindebürger wählen den Gemeinderat, in Gemeinden mit bis zu 20000 Einwohnern auch den ersten Bürgermeister."

[35] In München wirkten Thomas Wimmer (SPD) von 1948 bis 1960 als Oberbürgermeister und Walther von Miller (CSU) von 1949 bis 1956 als 2. Bürgermeister.

Bürgermeister zu bekommen. Denn bei der Geschlossenheit der SPD ist zu erwarten, daß sie überall die relative Mehrheit hat, auch dort, wo sie nicht über die absolute Mehrheit verfügt. Wir haben diese Gefahr gebannt und konnten im Landtag eine einheitliche Linie bekommen. Es wurde beschlossen, daß der erste Bürgermeister mit der Mehrheit der abgegebenen Stimmen gewählt wird.

Die Frage, ehrenamtlicher oder berufsmäßiger Bürgermeister, ist, wie ich sagte, gesetzestechnisch sehr eng mit der Frage der Wahl des ersten Bürgermeisters durch den Stadtrat oder durch die Bevölkerung gekoppelt. Wäre die Wahl durch den Stadtrat vorgesehen, so hätte es gar keine Schwierigkeit bedeutet, daß der Stadtrat in einer der Wahl vorangehenden Abstimmung beschlossen hätte, ob er nun einen berufsmäßigen oder ehrenamtlichen ersten Bürgermeister haben will. Eine Abstimmung durch das Volk, wie es die stilreine Durchführung des Instituts erfordert hätte, konnte man natürlich nicht vorsehen. Man hat nun vorgesehen, daß der Stadtrat ein Jahr – so ist die letzte Festlegung; die weniger glücklichen vorangehenden Versuche erwähne ich nicht – vor der Bürgermeisterwahl beschließt, ob das Volk bei der Neuwahl einen ehrenamtlichen oder hauptberuflichen ersten Bürgermeister wählen soll[36]. Auch diese Bestimmung wird, wie ich befürchte, in der Praxis da und dort Schwierigkeiten bereiten. Unterstellen wir einmal, der Stadtrat meint, ein ehrenamtlicher erster Bürgermeister wäre aus diesen oder jenen Gründen günstiger; nun rückt der Wahltermin heran und es ergibt sich: Weit und breit ist keine geeignete Persönlichkeit vorhanden. Alle verfügbaren können das Amt nur berufsmäßig wahrnehmen. Wir mußten und müssen unter allen Umständen darauf dringen, daß die Unterschiede, wenn sie schon im Gesetz gemacht werden, auch in der Praxis wirklich beachtet werden. Wir dürfen keinesfalls Regelungen zulassen, bei denen ein sogenannter ehrenamtlicher Bürgermeister Aufwandsentschädigungen bekommt, die das normale Gehalt eines berufsmäßigen Bürgermeisters erreichen oder gar – wie in einigen Fällen – übersteigen. Wir haben daher in das Gesetz eine Bestimmung gebracht, die vorsieht, daß ein Rahmen festgesetzt wird, innerhalb dessen sich die Aufwandsentschädigung des ehrenamtlichen ersten Bürgermeisters zu bewegen hat[37]. Die Gefahr, daß ein ehrenamtlicher Bürgermeister durch eine ihm ergebene Stadtratsmehrheit das Prinzip der Ehrenamtlichkeit de facto durchbricht, ist gebannt.

Eine weitere Frage – wiederum im Fragenkomplex „unmittelbare : repräsentative Demokratie" – ist die vorzeitige Abberufung des ersten Bürgermeisters, des Gemeinderats oder beider. Bei dieser Frage kann ich mich sehr kurz fassen. Denn eigentlich sehr zu meiner Überraschung hat auch ein erheblicher Teil der sozialdemokratischen Fraktion gegen diese Möglichkeit Stellung genommen. Wir hatten deshalb Bedenken, weil ein Bürgermeister gerade in kleineren ländlichen Verhältnissen den Mut haben muß, irgendwann auch einmal unpopulär zu sein – sagen wir, wenn es sich darum handelt, ein Werk des Fortschritts zu fördern, eine Wasserleitung zu bauen oder ähnliches. Wenn man der öffentlichen Meinung, die zu-

[36] Diese Bestimmung war in Artikel 34, Abs. 1 enthalten.

[37] Nach Artikel 35, Abs. 1 hatten ehrenamtlich tätige Bürgermeister Anspruch auf eine angemessene Aufwandsentschädigung, deren Höhe vom Gemeinderat festgesetzt wurde; sie sollte sich jedoch nach den Richtlinien des Gesetzes über die Besoldung und Versorgung der Bürgermeister richten.

nächst gegen solche Dinge gerichtet ist, weil sie Geld kosten[38], das scharfe Mittel in die Hand gibt, den Bürgermeister und Gemeinderat vorzeitig abzuberufen, würde sich das für manche Werke des Fortschritts als großes Hindernis erweisen. Wir können es begrüßen, daß die Möglichkeit einer vorzeitigen Abberufung des ersten Bürgermeisters und des Gemeinderats entfallen ist. Ich möchte auch sagen: Der Wegfall der vorzeitigen Abberufung hat einen sehr gesunden pädagogischen Grundton. Denn ich habe das Gefühl, daß sich bei uns vielfach die Leute bei Wahlen der Bedeutung einer Wahl noch nicht bewußt sind. Sie geben die Stimme aus irgendwelchen Augenblickserwägungen und -stimmungen heraus ab. Wir müssen sie dazu erziehen: Wenn Du gewählt hast, hast Du Männer gewählt, die vier Jahre ihr Amt innehaben.

Wichtige Fragen, in denen es zu ausgesprochenen Kampfabstimmungen gekommen ist, sind die Fragen des Ortschaftsvermögens, der Gemeindenutzungsrechte und der wirtschaftlichen Betätigung der Gemeinden. Ich betone das deswegen, daß es zu Kampfabstimmungen gekommen ist, weil nach außen hin vielfach der Anschein entstanden ist, als ob einzig und allein der Sachentscheid der Gemeindebürger den Brennpunkt des Kampfes gebildet hätte.

Über die Verhandlungen zum Ortschaftsvermögen möchte ich ganz kurz referieren. Es ist den Parteifreunden bekannt, daß bis zum Jahre 1935 in Bayern eine große Anzahl Ortschaften – rund 43700 – mit eigenem Vermögen bestanden hat. Die deutsche Gemeindeordnung von 1935[39] und die bayerische Angleichungsverordnung[40] dazu hat diese eigenen Vermögen der Ortschaften mit einem Federstrich beseitigt und sie in das Vermögen der politischen Gemeinden übergeführt. Diese Regelung hat unsere bäuerliche Bevölkerung bis jetzt niemals, soweit ich es feststellen konnte, als berechtigt anerkannt. Man hat sie immer als nationalsozialistisches Unrecht bezeichnet. Ich glaube, wenn wir in unserer Gemeindeordnung den derzeitigen Zustand unverändert gelassen hätten oder schweigend an dieser Frage vorübergegangen wären, hätten wir draußen weitgehend Enttäuschung ausgelöst. Gesetzestechnisch war das Problem nicht einfach anzugreifen, und zwar deshalb: Wir konnten nicht zu den über 7000 Gemeinden, die wir in Bayern haben[41], über 43000 neue Rechtssubjekte wieder entstehen lassen. Die Mittellösung, die wir gefunden haben, bietet unserer bäuerlichen Bevölkerung das Höchstmaß dessen, was sie billigerweise erwarten konnte. Wir haben das Ortschaftsvermögen der politischen Gemeinde de jure belassen, den Gemeinden aber eine Zweckbindung in der Weise auferlegt, daß das Ortschaftsvermögen als Sondervermögen gesondert zu verwalten ist und seine Erträgnisse vorzugsweise für die Bedürfnisse des Ortschaftsgebiets zu verwenden sind[42]. Ich war nicht überrascht, daß der Senat gestern diese Regelung angriff und die Streichung dieser Bestimmungen for-

[38] Vgl. dazu Jaromír Balcar, Die Kosten der Erschließung. Kommunale Infrastrukturpolitik auf dem Land und ihre Folgen für die Gemeinden (1948–1972), in: Münkel (Hrsg.), Abschied vom Agrarland, S. 249–277.

[39] Die Deutsche Gemeindeordnung vom 30. 1. 1935, in: RGBl. I 1935, S. 49–64.

[40] Überleitungsverordnung zur Deutschen Gemeindeordnung vom 30. 3. 1935, in: BGVBl. 1935, S. 179.

[41] Zum 1. 1. 1952 bestanden in Bayern 7094 politische Gemeinden; dazu kamen noch 29 Gemeinden im Landkreis Lindau; vgl. Statistisches Jahrbuch für Bayern 24 (1952), S. 1.

[42] Dies wurde in den Artikeln 66 und 67 geregelt.

derte. Das ist deswegen verständlich, weil im Senat Herr Senator Thoma[43], der Vorsitzende des Landgemeindenverbandes, wortführend war und bei den Landgemeinden offensichtlich das Bestreben besteht, die Beute von 1935 nicht mehr aus den Händen zu lassen. Aber wir müssen abwarten, wie die Abstimmung im Landtag ausfällt. An der Beibehaltung des Ortschaftsvermögens nicht interessiert ist die FDP, der BHE und die Freie Demokratische Partei [sic!]. Es wird in dieser Frage höchstwahrscheinlich zu einer neuen Kampfabstimmung kommen. Mit welchem Ergebnis, kann ich nicht vorhersagen.

Ähnlich gelagert sind die Fragen, die mit den Gemeindenutzungsrechten[44] zusammenhängen. Ich möchte mich nicht in Details verlieren, sondern im großen sagen: Unsere Fraktion war bemüht, die Gemeindenutzungsrechte zu wahren, und zwar aus der Erkenntnis heraus, daß es sich dabei um einen Bestandteil des bäuerlichen Vermögens – genauso wie etwa bei Grund und Boden oder Fahrnisbesitz – handelt. Wir haben einmal die Gemeindenutzungsrechte anerkannt. Wir haben darüber hinaus gesagt, daß sie gegen den Willen der Beteiligten nur abgelöst werden können, wenn ein dringendes öffentliches Bedürfnis besteht. Wir haben eine Entschädigung bis zum Fünfundzwanzigfachen des Jahresertrags gefordert und durchgesetzt und – das war eine umstrittene Frage – zuletzt noch hineingebracht, daß diese Entschädigung tunlichst in Grundbesitz gewährt werden muß[45].

Ein Fragenkomplex ganz anderer Art, bei dem es auch zu Kampfabstimmungen gekommen ist, waren die Fragen der wirtschaftlichen Betätigung der Gemeinden[46]. Sie betreffen die Großstädte. Wir waren verpflichtet, in erster Linie die Rechte der gewerblich tätigen Bevölkerung zu wahren. Es hat sich bei großen Städten mehr und mehr die Versuchung eingestellt, sagen wir einmal, Versorgungsbetriebe in der Weise auszudehnen, daß man die Bevölkerung auch mit Gegenständen und Waren versieht, die im freien Handel zu haben sind. Ein markantes Beispiel: Die Beratungsstelle des Elektrizitätswerks geht dazu über, nicht nur Glühbirnen, sondern auch ganze Beleuchtungsanlagen, Bügeleisen und sonstige elektrische Geräte zu verkaufen. Ich will nur ein Beispiel nennen, ich könnte sehr viel andere anführen. Die Bestimmung des Entwurfs, daß die städtischen Betriebe dieser Art nicht zu einer Aufsaugung oder Beeinträchtigung der gewerblichen Betriebe führen dürften, hatte mehr platonischen Charakter. Sie wirkt im Augenblick als Beruhigungspille. Aber ich hatte die Befürchtung, daß man wahrscheinlich bei einer Klage vor dem Verwaltungsgericht diesen Tatbestand sehr schwer nachweisen könnte. Umkämpft war die Bestimmung, die wir wieder hineingebracht haben – sie stammt aus der deutschen Gemeindeordnung von 1935 und

[43] Ludwig Thoma (1890–1972), Verwaltungsbeamter, 1912–1917 beim Stadtrat München, 1917/18 in Penzberg, 1918–1933 Geschäftsführer des Verbands der Landgemeinden Bayerns, 1936–1945 in der Versicherungswirtschaft tätig, 1946–1948 Kreisdirektor des BBV in Niederbayern, 1948 Mitbegründer und geschäftsführendes Vorstandsmitglied des Verbands der Landgemeinden Bayerns (seit 1954 Bayerischer Gemeindetag), 1959 Versetzung in den Ruhestand, 1950–1966 1. Vorsitzender des Bayerischen Gemeindetags und Vizepräsident des Deutschen Gemeindetags, 1947–1971 MdS.

[44] Die Gemeindenutzungsrechte wurden in den Artikeln 68 bis 71 geregelt.

[45] Die Bestimmungen zur Ablösung und Aufhebung der Gemeindenutzungsrechte waren in Artikel 70 enthalten.

[46] Die wirtschaftliche Tätigkeit der Gemeinden wurde in den Artikeln 75 bis 81 geregelt.

war auch im Senatsgutachten enthalten –, daß die Gemeinden sich dort nicht wirtschaftlich betätigen dürfen, wo der Bedarf durch private wirtschaftliche Tätigkeit ebensogut gedeckt wird oder gedeckt werden kann[47]. Der Senat hat jetzt erneut einen Vorstoß unternommen, diese Begrenzung wieder zu Fall zu bringen. Ich habe aber gehört, daß er gestern nachmittag – die Abstimmungen sind übrigens etwas dramatisch verlaufen – abgelehnt wurde[48]. Es ist also bei der Fassung verblieben, wie sie im Landtag, und zwar mit unseren Stimmen, den Stimmen der Bayernpartei und der Freien Demokratischen Partei, beschlossen wurde.

Nun komme ich zum Schluß zu dem Markantesten, dem Sachentscheid der Gemeindebürger. Es wurde vieles dafür und Gewichtiges dagegen gesagt. Ich habe gestern noch einmal die ganzen Argumente in der Senatsdebatte gehört. Das Hauptargument dafür ist: Wir wollen die Leute zur Mitarbeit erziehen. Ihm wurde entgegengehalten: Das kann ein sehr kostspieliges Lehrgeld werden. Daß Gemeindeversammlungen gehalten werden, ist eine Selbstverständlichkeit. In diesen Gemeindeversammlungen können alle Anliegen der Gemeindebürger besprochen werden. Wir haben auch eine Bestimmung in der Gemeindeordnung, daß der Gemeinderat verpflichtet ist, sich innerhalb einer gewissen Frist mit den Beschlüssen der Gemeindeversammlungen zu befassen[49]. Insoweit, möchte ich sagen, ist also den Erfordernissen der Demokratie und der Heranziehung der Gemeindebürger zur Verwaltungsarbeit in der Gemeinde schon Rechnung getragen. Darüber hinauszugehen, erschien uns bedenklich, und zwar deshalb: Die Verantwortung des Gemeinderats wäre völlig durchbrochen worden, wenn man den Gemeindebürgern eingeräumt hätte, irgendwelche Verwaltungsmaßnahmen in der Gemeinde mit bindender Wirkung zu beschließen. Einige Argumente wurden schrittweise durch immer wieder erneute Fassung des Entwurfs ausgeräumt. Es war eingewandt worden, daß die Bestimmung, wie sie ursprünglich im Ministerial- und Regierungsentwurf stand, zu einer Flucht des Gemeinderats aus der Verantwortung hätte verhelfen können. Danach wäre nämlich der Gemeinderat in der Lage gewesen, einen Volksentscheid zu veranlassen[50]. Und das hätte vielleicht dazu geführt, daß ihrer Sache nicht ganz sichere Gemeinderatsmitglieder, die die Verantwortung scheuten, bei allen unangenehmen Dingen sagten: Wir wollen davon absehen; appellieren wir an die Gemeindebürger! Diese Möglichkeit ist schon durch eine Neufassung der Bestimmung in der ersten Lesung des Rechts- und Verfassungsausschusses ausgeschlossen worden. Etwas Weiteres war die Befürchtung, daß die negativen Sachentscheide überhandnehmen könnten, daß nicht etwas geschehen soll oder muß, sondern etwas nicht geschehen soll. Ebenso wie bei der vorzeitigen Abberufung des Bürgermeisters und Gemeinderats hätten auf

[47] Das schrieb Artikel 75, Abs. 1 vor.

[48] Vgl. Stenographischer Bericht über die 2. Sitzung des bayerischen Senats am 11. 1. 1952, S. 47–51.

[49] Artikel 18, Abs. 3 verpflichtete den Gemeinderat, sich binnen dreier Monate mit den Empfehlungen einer Bürgerversammlung zu befassen.

[50] In Artikel 19, Abs. 1 des Regierungsentwurfs der bayerischen Gemeindeordnung vom 2. 8. 1951 (Beilage Nr. 1140 zu den Stenographischen Berichten des bayerischen Landtags für die Wahlperiode 1950–1954) hieß es: „Wichtige Gemeindeangelegenheiten sind der Entscheidung der Gemeindebürger zu unterstellen (Gemeindeentscheid), wenn der Gemeinderat dies mit Zweidrittelmehrheit beschließt oder ein Viertel der Gemeindebürger dies schriftlich beantragt (Gemeindebegehren)."

diese Weise manche Werke des Fortschritts vereitelt werden können. Der letzte Kompromißvorschlag von Knoeringen[51] und Dr. Keller[52] und ihrer Fraktionen sah vor, daß ein negativer Sachentscheid nicht zulässig sein sollte. Aber eine Schwierigkeit war bis zuletzt nicht behoben, und zwar der unverkennbare Widerspruch zwischen dem Absatz 1 und Absatz 2. In Absatz 1 wurde den Gemeindebürgern ein Sachentscheid in allen wichtigen Selbstverwaltungsfragen zuerkannt. In Absatz 2 hieß es aber: In Fragen des Haushalts und der Abgaben dürft ihr nichts sagen[53]. Ich will nicht boshaft sein; sonst würde ich sagen: Hier ist die Vertrauenslinie in einer bemerkenswerten Weise abgebrochen. Der frühere Herr Reichsminister Dr. Geßler[54] hat gestern im Senat – das hat er mir im stillen verraten – sogar mit gutem Grund den Antrag gestellt: Wenn schon Sachentscheid, dann unbegrenzt; denn ich sehe nicht ein, warum plötzlich den Gemeindebürgern irgend etwas nicht mehr zuzutrauen ist. Eine sachliche Bedeutung hätte der Gemeindeentscheid mit dieser Einschränkung nur noch dann haben können, wenn man ihn so ausgelegt hätte, daß der Gemeinderat dann im nächsten Haushaltsjahr verpflichtet wäre, die Ausgaben einzusetzen, die durch die von den Bürgern beschlossenen Maßnahmen entstehen. Das war die Auslegung des Herrn Innenministers [Wilhelm Hoegner]. Da wäre nun eine ungeheure Gefahr entstanden; dann wäre der Gemeinderat gebunden gewesen. Stellen Sie sich bitte vor, wie sich eine solche Bestimmung in der Praxis ausgewirkt hätte. Der Gemeinderat hat ohnehin – wer in Gemeinderäten mitarbeitet, weiß es – nur in einem beschränkten Bereich überhaupt die Möglichkeit, nach eigenem Ermessen zu verfahren. Ein großer Teil der Gemeindeausgaben ist durch Pflichten der Gemeinde festgelegt[55]. Nur ein begrenzter Teil der vorhandenen Mittel kann noch nach dem Ermessen verwendet werden: Bauen wir lieber zuerst ein Schulhaus oder eine Straße? Wenn nun gerade in diesem entscheidenden Punkt die Gemeindebürger die Initiative an sich gerissen hätten, wäre beim Gemeinderat eine völlige Lethargie entstanden. Denn er

[51] Waldemar von Knoeringen (1906–1971), zunächst Krankenkassenbeamter, dann Bibliothekar im Volksbüchereiwesen, seit 1926 SPD-Mitglied, Funktionär der SDAJ und Mitglied des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold, 1933 Emigration, seit 1939 in Großbritannien, 1946 MdVLV (SPD), 1946–1970 MdL (SPD), 1946–1962 stellvertretender Vorsitzender bzw. Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion, 1949–1951 MdB (SPD), 1947–1963 Landesvorsitzender der bayerischen SPD, 1958–1962 stellvertretender Parteivorsitzender der SPD.

[52] Dr. Winfried Keller (1918–1991), Jurist, 1939 Promotion in Prag, 1940–1943 Teilnahme am Zweiten Weltkrieg, 1946 Vertreibung aus Trautenau (Tschechoslowakei), seit 1948 in der bayerischen Justizverwaltung, Mitglied zahlreicher Vertriebenenorganisationen, 1950 Mitbegründer des BHE, Mitglied des Landesdirektoriums und des Bundesvorstands des BHE, 1950–1953 und 1958–1962 MdL (BHE), 1950–1952 Vorsitzender der BHE-Fraktion, 1952–1957 MdB (1952 als Nachrücker fraktionslos, dann GB/BHE).

[53] Vgl. Stenographischer Bericht über die 62. Sitzung des bayerischen Landtags am 21. 12. 1951, S. 1172–1181. Nach dem von Waldemar von Knoeringen vorgebrachten Änderungsantrag (ebenda, S. 1172 f.) sollten Verfügungen über das gemeindliche Grundstockvermögen, die Haushaltssatzung und Angelegenheiten, die in der laufenden Wahlperiode bereits Gegenstand eines Gemeindeentscheids waren, nicht dem Gemeindeentscheid unterliegen.

[54] Dr. Otto Geßler (1875–1955), Jurist, 1903 Eintritt in die bayerische Justizverwaltung, 1910–1913 1. Bürgermeister von Regensburg, 1913–1918 Oberbürgermeister von Nürnberg, 1920–1924 MdR (DDP), 1919 Reichsminister für Wiederaufbau, 1920–1928 Reichswehrminister, 1944/45 in Haft, August 1945 Leiter der bayerischen Staatskanzlei, 1950–1955 MdS und Präsident des bayerischen Senats.

[55] Vgl. Balcar, Politik auf dem Land, S. 458–464.

hätte gesagt: Wo wir wirklich unseren Einfluß ausüben könnten, können wir ihn nicht ausüben. Uns ist die Kompetenz aus der Hand genommen.

Ich möchte noch etwas einschalten: Ich gehöre nicht zu denen, die von den Gemeindebürgern alle guten Gedanken erwarten. Viele Argumente für den Sachentscheid gehen dahin: Wir wollen das Volk fragen. Es wird uns schon sagen, wie es richtig ist. Ich glaube, daß die öffentliche Meinung bewußt durch Presse, Rundfunk, Flüsterpropaganda, Parteibefehle und ähnliche Dinge beeinflußt wird. Die unverfälschte vox populi werden wir in der Praxis wohl nicht ohne weiteres zu hören bekommen.

Der Sachentscheid ist gefallen, und zwar unter etwas dramatischen Umständen[56]. Es fragt sich, ob es zu dieser Zuspitzung hätte kommen müssen. Die Zuspitzung wurde durch mehrere Vorgänge ausgelöst. Einmal: Die Freie Demokratische Partei hatte einen Kompromißvorschlag gemacht, man soll den fakultativen Sachentscheid zulassen[57]. Das wäre ein Sachentscheid gewesen, der zwar im Gesetze nicht für alle Gemeinden vorgesehen gewesen wäre; es sollte aber den einzelnen Gemeinden unbenommen bleiben, von sich aus in ihrer Gemeindesatzung einen solchen Sachentscheid zu verankern. Das sah sehr schön aus. Man könnte sagen: Wenn Ihr ihn selber haben wollt, haben wir nichts dagegen. Wir hätten aber, wenn man die Dinge wiederum praktisch betrachtet, folgendes erreicht: Wir hätten uns selbst unserer Verantwortung in der Gesetzgebung entzogen, und der ganze Druck, der zugunsten des Sachentscheids im Landtag auf die Fraktionen, vor allem unsere Fraktion, ausgeübt wurde, wäre in den Gemeinderäten auf die entsprechenden Fraktionen, und zwar gerade wiederum unsere Leute ausgeübt worden. Und diese hätten ihn vielfach aus rein örtlichen Rücksichten – wahrscheinlich gegen ihre innere Meinung – zulassen müssen. Die sachlichen Bedenken hätten genauso bestanden. Aber der Widerstand wäre wahrscheinlich nicht mehr so durchzuhalten gewesen. Die Sozialdemokratische Partei hat, Freund Junker weiß es, diesen fakultativen Sachentscheid zunächst abgelehnt, während wir in diesem Stadium der Beratungen bereit waren, ihn zuzugestehen. Aber es war sehr gut, daß er abgelehnt wurde. Denn auf diese Weise ist der Sachentscheid im ganzen gefallen.

Eine besondere Rolle – das möchte ich sagen – hat bei all diesen Verhandlungen der BHE gespielt. Der BHE war bis kurz vor der Abstimmung im Plenum noch einhellig gegen den Sachentscheid. Er hatte im Rechts- und Verfassungsausschuß in der zweiten Lesung einstimmig dagegen gestimmt. Leitende Herren des BHE hatten mir immer wieder versichert, wir sehen die Gefahr, wir wollen den Sachentscheid unter keinen Umständen; unsere Fraktion wird geschlossen dagegen stimmen. Am maßgebenden Tag, dem 21., in der Frühe, habe ich plötzlich den Antrag von Knoeringen und Dr. Keller und Fraktionen bekommen, in dem der Sachentscheid gemeinsam gefordert wurde. Als ich einen Herrn des

[56] Der Sachentscheid auf Gemeindeebene wurde letztlich mit 94 zu 87 Stimmen bei sechs Enthaltungen abgelehnt; mit Nein hatten vor allem die Abgeordneten von CSU und Bayernpartei gestimmt, mit Ja die Vertreter von SPD, BHE und FDP. Vgl. Stenographischer Bericht über die 62. Sitzung des bayerischen Landtags am 21. 12. 1951, S. 1181.

[57] Vgl. ebenda, S. 1173.

BHE fragte: Wie verträgt sich das mit den bisherigen Erklärungen, die ich von Ihnen habe, hat er mir schmunzelnd erwidert: Nun, wir haben in der Zwischenzeit ein sehr gutes Geschäft mit der SPD gemacht. Diese Tatsache hat bei uns natürlich entsprechend gewirkt. Wenn dann in der letzten Auseinandersetzung Verschärfungen eingetreten sind, so sind sie in erster Linie darauf zurückzuführen. Ich habe neulich auch dem Herrn Innenminister in einer sehr freundschaftlich verlaufenen Aussprache gesagt: Wenn wir die Sache mit Sentiment betrieben, so hat sich das nicht so sehr gegen die Sozialdemokratische Fraktion, als vielmehr gegen den ganz auffallenden Umfall des BHE gerichtet. Ich bin der Auffassung, es hätte auch in der Frage des Sachentscheids nicht zu dieser Zuspitzung zu kommen brauchen, wie sie sich tatsächlich eingestellt hat. Man hätte sie vielleicht vorher schon irgendwie verhindern können. Aber wenn sich schon einmal so etwas ereignet hat, dann ist es gut, nicht zu glauben, daß das nur Zufall war. Man muß den tieferen Grund sehen.

Wann haben wir uns in diesem Jahr in Kampfabstimmungen mit der SPD befunden? Einmal bei der Wiedereinführung der Todesstrafe[58], dann beim körperlichen Züchtigungsrecht[59] und hier beim Sachentscheid der Gemeindebürger. Ich habe darüber nachgedacht. Zunächst sieht es so aus, als ob diese Dinge gar nichts miteinander zu tun hätten. Trotzdem, wenn ich meine persönliche Meinung sagen darf: Sie rühren an Grundsätzliches heran, weil die Christlich-Soziale Union in allen Fällen darauf bedacht ist, die natürlichen Autoritäten zu stärken, die natürlichen Autoritäten des Elternhauses, der Kirche, der Schule und des Staates – hier die natürliche Autorität des Gemeinderats. So wenig wir uns dessen im entscheidenden Augenblick bewußt waren, tatsächlich ist etwas Grundsätzliches angerührt. Ich bin der Auffassung, daß die Koalition, wie wir sie heute haben[60], die einzig mögliche Regierungsform für uns ist. Es wäre ein großes Unglück, wenn wir etwa mit einer Rechtsgruppierung gegen die SPD regieren würden, genauso, wie ich höre, daß es von maßgebenden Herren der SPD nicht als glücklich und erstrebenswert bezeichnet wird, etwa gegen die CSU zu regieren. Wir sind nun einmal zwei gleich starke Parteien[61], die aber bisher einen ganz verschiedenen Weg gegangen sind. Dessen müssen wir uns bewußt sein: Der Weg der SPD beginnt bei

[58] Am 21. 6. 1951 hatte der bayerische Landtag mit 90 gegen 72 Stimmen bei sechs Enthaltungen einen Antrag des BP-Abgeordneten Hans Seibert gebilligt, in dem die Staatsregierung aufgefordert wurde, sich in Bonn für die Wiedereinführung der Todesstrafe bei Mord einzusetzen. Für den Antrag hatten die meisten Abgeordneten der CSU sowie die Bayernpartei und der BHE gestimmt. Vgl. Stenographischer Bericht über die 55. Sitzung des bayerischen Landtags am 11. 12. 1951, S. 909–917.

[59] Am 11. 12. 1951 hatte der bayerische Landtag mit 95 zu 90 Stimmen ein Verbot körperlicher Züchtigung in den Volksschulen abgelehnt, wobei die Abgeordneten von CSU und BP gegen das Züchtigungsverbot eingetreten waren, die Vertreter von SPD, FDP, DG und BHE jedoch dafür. Vgl. Stenographischer Bericht über die 55. Sitzung des bayerischen Landtags am 11. 12. 1951, S. 862–883.

[60] In Bayern regierte eine Koalition von CSU und SPD, die auch vom BHE unterstützt wurde.

[61] Bei der Landtagswahl von 1950 hatte die CSU 27,4, die SPD 28 Prozent der Stimmen erhalten. Die CSU stellte dennoch aufgrund von Überhangmandaten mit 64 Abgeordneten die stärkste Fraktion vor der SPD, die mit 63 Abgeordneten im bayerischen Landtag vertreten war. Ritter/Niehuss, Wahlen in Deutschland, S. 146.

Marx[62] und Lassalle[63], geht über Bebel[64] und das Erfurter Programm[65]. Der Weg der CSU beginnt etwa bei Wilhelm Emmanuel Ketteler[66] und – wenn ich ihm einen evangelischen Vorkämpfer an die Seite setzen darf – Wichern[67], geht weiter über Windthorst[68] und Naumann[69] und endet bei der Encyclica Rerum Novarum[70]. Wir haben verschiedenes Gedankengut und müssen uns der Verschiedenheit dieses Gedankenguts bewußt sein. Wir geraten dann nämlich nicht in die Gefahr, an die Koalition Überforderungen zu stellen, die zwangsläufig zu Enttäuschungen führen. In Fragen üblicher Bedeutung werden wir uns immer aussprechen können. In der Regierung zusammenzuarbeiten, halte ich für eine Selbstverständlichkeit. Denn in einem kleinen Staat wie Bayern kann man es sich nicht leisten, etwa immer einen Wechsel zwischen Regierungs- und Oppositionspartei nach englischem Muster eintreten zu lassen. Das würde nach vier Jahren – oder auch in kürzerem Abstand – eine zu starke Erschütterung des ganzen Staatsgefüges mit sich bringen. Es ist viel besser, wenn man sich in der praktischen Verwaltungsarbeit auf Schritt und Tritt korrigiert, kontrolliert und immer wieder die richtige Mittellinie findet. Es wird aber trotz allen guten Willens nie ganz zu vermeiden sein, daß man in grundsätzlichen Fragen verschiedener Meinung ist. Dieser Tatsache muß man sich beiderseits mit Gelassenheit bewußt sein. (Beifall)

[62] Karl Marx (1818–1883), Nationalökonom und sozialistischer Theoretiker, Begründer des wissenschaftlichen Marxismus.

[63] Ferdinand Lassalle (1825–1864), Philosoph und Politiker, 1863 Gründer des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins (ADAV).

[64] August Bebel (1840–1913), Mitbegründer und Führer der deutschen Sozialdemokratie, gründete 1869 mit Wilhelm Liebknecht die Sozialistische Deutsche Arbeiterpartei, die 1875 mit dem ADAV zur SPD verschmolz, 1867–1881 und 1883–1913 MdR (SPD), 1881–1890 MdL in Sachsen (SPD).

[65] Vgl. Programm der SPD, beschlossen auf dem Parteitag in Erfurt 1891, in: Programmatische Dokumente der deutschen Sozialdemokratie, S. 185–189.

[66] Wilhelm Emmanuel Freiherr von Ketteler (1811–1877), kath. Priester, Bischof von Mainz, 1848/49 Mitglied der Nationalversammlung in der Frankfurter Paulskirche, trat vehement für die Lösung der sozialen Frage ein, nach der Gründung des wilhelminischen Kaiserreichs 1871/72 MdR (Zentrum).

[67] Johann Hinrich Wichern (1808–1881), ev., Theologe, Gründer der „Inneren Mission".

[68] Ludwig Windthorst (1812–1891), kath., Rechtsanwalt, 1849–1856 Vorsitzender der Regierungspartei in der 2. Hannoverschen Kammer, 1851–1853 und 1862–1865 Justizminister des Königreichs Hannover, seit 1867 Mitglied des preußischen Abgeordnetenhauses und des Reichstags im Norddeutschen Bund, führender Politiker des Zentrums, seit 1871 MdR (Zentrum).

[69] Friedrich Naumann (1860–1919), ev., Theologe und Politiker, 1907–1918 MdR (Fortschrittliche Volkspartei), 1918 Mitbegründer der DDP, 1919 MdVNV.

[70] Mit der am 15. 5. 1891 verkündeten Enzyklika „Rerum Novarum" verwarf Papst Leo XIII. die Forderung des marxistischen Sozialismus nach Vergesellschaftung der Produktionsmittel und erteilte jeder Form des Klassenkampfs eine Absage. Gleichzeitig erinnerte er jedoch die Staaten an ihre Pflicht, die Lebensgrundlagen der Menschen zu sichern, und machte sich für die katholische Arbeitnehmerbewegung stark. Dieser Aufruf zur christlichen Sozialreform wurde zum Ausgangspunkt der christlichen Soziallehre.

Nr. 49

Gemeinsame Sitzung der Landtagsfraktion, der Landesgruppe und des Landesvorstands der Christlich-Sozialen Union am 28. Januar 1952 in München

Tagesordnung[1]:
1. Verteidigungsbeitrag der Bundesrepublik und Pariser Verträge
2. Berücksichtigung Bayerns bei der Vergabe öffentlicher Aufträge
3. Landarbeiterfrage
4. Wiedergutmachung
5. Verwaltungsrat der Bundesbahn
6. Reichsvermögen und Bundesvermögen
7. Bundesgrenzschutz und Polizeihoheit der Länder

Tagungsort: München, Maximilianeum, Sitzungssaal der CSU-Fraktion

Anwesend[2]: Butterhof, Demmelmeier, Ehard, Elsen, Geiger, Göttler, Haindl, von Haniel-Niethammer, Herrmann, Hundhammer, Karl, Kleindinst, Kremer, Lang-Brumann, Meixner, Muhler, von Prittwitz-Gaffron, Probst, Ringelmann, F. Schäfer, E. Schleip, Seidel, Semler, Solleder, Strauß

Protokollführer: Wilhelm Röhrl

Beginn: 11 Uhr, Ende: 17 Uhr

ACSP, LTF-P

[Vormittagssitzung] *Meixner* eröffnet die Sitzung um elf Uhr.

Frage des deutschen Verteidigungsbeitrages:
Meixner äußert einleitend, daß diese Frage gegenwärtig geradezu zu einer Krise zu führen scheine.

Strauß: Durch den Gang der Ereignisse in Bonn und Paris ist diese Frage rascher als erwartet in das akute Stadium getreten[3]. Am 7. und 8. Februar sollte dar-

[1] Erstellt anhand des Protokolltextes. Josef Brunner ließ die Mitglieder des Landesvorstands in seinem Einladungsschreiben vom 24. 1. 1952 (ACSP, LGF-LV vom 28. 1. 1952) wissen, Franz Josef Strauß habe um diese Sitzung gebeten, um vor einer Debatte im Bundestag die Haltung der CSU zur Frage des westdeutschen Verteidigungsbeitrags und zu den Pariser Verträgen zu klären. Die von Georg Meixner gezeichnete Einladung zu dieser Sitzung vom 24. 1. 1952 (LTF, II/1 15–14) sah insgesamt zwölf Tagesordnungspunkte vor. Über die aufgeführten waren das: Verhältnis zur CDU, bayerisches Verkehrsministerium, Lastenausgleich, parteipolitische Lage in Bayern, Elektrifizierung der Eisenbahnstrecke Nürnberg-Frankfurt.

[2] Die anwesenden Mitglieder des Landesvorstands ließen sich anhand einer Anwesenheitsliste ermitteln (ACSP, LGF-LV vom 28. 1. 1952; die Namen von vier Gästen sind unleserlich), die anwesenden Mitglieder der Landesgruppe und der Landtagsfraktion sowie die Gäste dagegen nur anhand des Protokolltextes. Insgesamt müssen etwa 100 Personen an dieser Sitzung teilgenommen haben. Die Landtagsabgeordneten Josef Donsberger, Heinrich Junker, Klement Ortloph und Max Zillibiller waren entschuldigt.

[3] Der Ausbruch des Korea-Kriegs am 25. 6. 1950 machte die Frage eines westdeutschen Verteidigungsbeitrags, die zuvor hinter den Kulissen bereits ventiliert worden war, plötzlich akut. Insbesondere die USA drängten auf eine rasche Aufnahme der Bundesrepublik in die NATO. Der französische Ministerpräsident René Pleven hatte dagegen am 24. 10. 1950 die Gründung einer Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG) vorgeschlagen – eine integrierte europäische Armee mit westdeutschen Kontingenten. Adenauer, der bereits am 29. 8. 1950 in zwei Memoranden die

über im Bundestag eine Art Generalaussprache sein, möglicherweise wird nach dem französischen Schritt an der Saar die Debatte jetzt aber verschoben[4]. Auf jeden[5] Fall ist zu vermeiden, daß bei einer solchen Generaldebatte die einzelnen Fraktionen und Gruppen ihre Meinung über den Verteidigungsbeitrag festlegen müssen, wenn auch das Ja bzw. Nein an Bedingungen und Begründungen gebunden werden wird. Die Entscheidung der CSU, die von ihr daran geknüpften Bedingungen und die gegebene Begründung wird für die Zukunft unserer Partei eine äußerst große Rolle spielen.

Zum französischen Schritt an der Saar: Es wird uns dadurch sehr erschwert, den Vertrag abzuschließen mit einem Partner, der, kaum daß der Schuman-Plan[6] angenommen ist, einen Schritt tut, der gar nicht vom Geist abendländischer Solidarität zeugt und der nicht auf Ausgleich und Versöhnung zwischen Deutschland und Frankreich hinzielt.

Zu den scharfen Formulierungen des CSU-Gesprächs mit dem Kanzler[7]: Wir

grundsätzliche Bereitschaft der Bundesrepublik, einen Verteidigungsbeitrag zu leisten, signalisiert und dafür im Gegenzug die Aufhebung des Besatzungsstatuts gefordert hatte, zeigte sich verhandlungsbereit, obwohl die EVG-Lösung die Bundesrepublik eindeutig diskriminierte. Auch hier lief das Kalkül des Kanzlers darauf hinaus, über einen – innenpolitisch überaus umstrittenen – Wehrbeitrag mehr Souveränität der Bundesrepublik zu erlangen. Nach zähen Verhandlungen wurde am 26. 5. 1952 in Bonn der Deutschland- oder auch Generalvertrag unterzeichnet, einen Tag später in Paris der EVG-Vertrag. Beide Verträge traten jedoch nie in Kraft; sie scheiterten am 30. 8. 1954 am Nein der französischen Nationalversammlung. Vgl. Herbst, Option für den Westen, S. 87–105, und Schwarz, Ära Adenauer 1949–1957, S. 135–166.

[4] Am 25. 1. 1952 war Gilbert Granval, der zuvor als französischer Hochkommissar des Saarlandes gewirkt hatte, zum französischen Botschafter ernannt worden, was einen Schritt in Richtung der völkerrechtlichen Anerkennung des Saarlandes darstellte und daher in der Bundesrepublik einen Proteststurm entfesselte (vgl. Hans-Erich Volkmann, Die innenpolitische Dimension Adenauerscher Sicherheitspolitik in der EVG-Phase, in: Anfänge westdeutscher Sicherheitspolitik, Bd. 2, S. 235–604, hier S. 305–308). Die Bundestagsdebatte über den Wehrbeitrag der Bundesrepublik, in der Franz Josef Strauß mit einem flammenden Plädoyer für einen westdeutschen Verteidigungsbeitrag schlagartig zu einem der Star-Redner der Unionsfraktion aufstieg, fand wie geplant am 7./8. 2. 1952 statt. Sie endete mit einer Entschließung für den westdeutschen Verteidigungsbeitrag, die der Bundestag mit den Stimmen der Regierungskoalition gegen die Stimmen der Opposition verabschiedete. Vgl. Stenographische Berichte über die 190. und 191. Sitzung des Bundestags am 7. und 8. 2. 1952, S. 8095–8243; die Rede, die Strauß am 7. 2. 1952 hielt, ist ebenda, S. 8118–8128, nachzulesen.

[5] In der Vorlage irrtümlich „keinen".

[6] Robert Schuman (1886–1963), französischer Politiker, 1919–1940 Abgeordneter der französischen Nationalversammlung, 1944 Mitbegründer des Mouvement Républicain Populaire, 1946–1962 Abgeordneter, 1946/47 Finanzminister, 1947/48 Ministerpräsident, 1948–1952 Außenminister, 1955/56 Justizminister, 1958–1960 Präsident des Europäischen Parlaments. Der Schuman-Plan, den der französische Außenminister am 9. 5. 1950 der Öffentlichkeit vorgestellt hatte, veränderte die außenpolitische Landschaft Westeuropas grundlegend, da er den entscheidenden Durchbruch zur deutsch-französischen Verständigung und zur europäischen Integration brachte. Sein Kerngedanke war, die gesamte Kohle- und Stahlproduktion Deutschlands und Frankreichs einer supranationalen Behörde zu unterstellen, die für den Beitritt weiterer Staaten offen sein sollte. Damit war zum einen dem französischen Sicherheitsbedürfnis gedient, zum anderen lag dieser Vorschlag im Interesse der Bundesrepublik, die nur ein Jahr nach ihrer Gründung als gleichberechtigter Partner akzeptiert wurde und die auf diesem Weg die alliierten Eingriffsrechte in die Schwerindustrie, die im Ruhrstatut von 1948 festgelegt worden waren, ablösen konnte. Der Vertrag über die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) wurde am 18. 4. 1951 unterzeichnet und am 11. 1. 1952 ratifiziert. Vgl. Bührer, Ruhrstahl und Europa, S. 165–215, und Herbst, Option für den Westen, S. 74–86.

[7] Für die CSU nahmen Franz Josef Strauß und Max Solleder an diesem Gespräch teil. Vgl. CSU-Correspondenz vom 28. 1. 1952, S. 6f. Die Kritik der CSU richtete sich vor allem gegen die zurückhaltende Informationspolitik des Kanzlers hinsichtlich der EVG-Verhandlungen. Adenauer hatte

müssen mit Sorge beobachten, daß immer mehr der Eindruck verstärkt wird, daß ein schicksalhaftes Vertragswerk praktisch hinter verschlossenen Türen abgeschlossen wird, ohne daß die politisch Verantwortlichen auf den Inhalt des Vertrags Einfluß nehmen könnten. Wir sagten zum Kanzler: Wir stehen positiv zu dem Vertrag, aber wir müssen die einzelnen Bestimmungen des Generalvertrages, des Sicherheitsvertrages und der Annex-Verträge vorher kennen. Ohne uns kann die Regierung hier nicht etwas paraphieren. Die Verantwortung eines Nein, wenn man dann nur noch ja oder nein sagen kann, wäre untragbar groß.

Randfragen: Randfragen spielen in diese Entscheidung sehr mit hinein. Die Situation wird z. B. nicht erleichtert dadurch, daß die Alliierten in den Generalvertrag oder in einen Zusatzvertrag die Bestimmung aufnehmen wollen, daß Alliierte, die nach dem 20. Juni 1948 lastenausgleichpflichtig wurden, für sechs Jahre vom Lastenausgleich befreit werden sollen. Es kommt u. a. dazu die Aufrechterhaltung diffamierender Bestimmungen über Kohle- und Stahlentflechtung sowie weitere Schwierigkeiten, die bis hinein in die Frage der Gewerbefreiheit reichen.

Zur Sicherheitsfrage im besonderen: Zum Gedanken der europäischen Verteidigung müssen wir uns grundsätzlich positiv stellen. Stalin[8] steht so lange nicht mit dem Dolch an der Tür Europas, als für ihn das Risiko eines Dritten Weltkrieges besteht. Sollte Europa aber von Amerika aus dem Verteidigungsbereich abgeschrieben werden, so wird der Abzug der Amerikaner zwangsläufig dazu führen, daß bei uns in absehbarer Zeit die Macht von Stalin in die Hand genommen werden wird. Italien hat 30 Prozent Kommunisten, Frankreich 25 Prozent, andere Länder stehen isoliert, dieses Europa würde nach Abzug der Amerikaner nie zu einer organisierten gemeinsamen Verteidigung kommen. In Frankreich und Italien würden die Kommunisten starken Auftrieb bekommen, und bei uns würde das Auftreten gegen die Kommunisten immer leiser und die Spenden dafür immer größer. Aus einem Chaos heraus würde eines Tages die Rote Armee „zu Hilfe gerufen werden".

Die europäische Verteidigung muß in der Zeit organisiert sein, so lange die Amerikaner noch da sind. Sie sind es schätzungsweise noch zwei bis drei Jahre. Und sie werden mit Luftstreitkräften und ihren Garantien auch noch weiter da bleiben, wenn es in bezug auf Einigung und Verteidigung einen sichtbaren Schritt vorwärts geht. In Amerika haben wir heute ein Anwachsen der Republikanischen Partei. Erweist sich Europa als unfähig zum Zusammenschluß, so werden diese Amerikaner Kontinentaleuropa abschreiben[9].

zwar immer wieder einzelne Parlamentarier und auch den Auswärtigen Ausschuß des Bundesrats grob über den Stand der Verhandlungen informiert, jedoch weder dem Parlament noch einzelnen Ausschüssen schriftliche Unterlagen zugänglich gemacht. Vgl. Schwarz, Ära Adenauer 1949–1957, S. 161, und Volkmann, Dimension, in: Anfänge westdeutscher Sicherheitspolitik, Bd. 2, S. 309. Zeitgleich startete Hans Ehard eine breit angelegte Kampagne zur institutionellen Aufwertung des Auswärtigen Ausschusses des Bundesrats. Vgl. Gelberg, Hans Ehard, S. 418–423.

[8] Josef W. Stalin (1879–1953), georgischer Berufsrevolutionär und sowjetischer Staatsmann, seit 1922 Generalsekretär des Zentralkomitees der KPdSU und seit 1924 Nachfolger Lenins in zentralen Staats- und Parteiämtern.

[9] Im Herbst 1952 standen in den USA Präsidentschaftswahlen an. In Europa wurde der Stimmungsumschwung zugunsten der Republikaner allgemein mit Sorge beobachtet, da es innerhalb dieser Partei deutliche neo-isolationistische Tendenzen gab, die vor allem von Senator Robert A. Taft, einem aussichtsreichen Bewerber um die Präsidentschaft, verkörpert wurden. Die Angst vor einem

Ein Nein zum Wehrbeitrag aus pazifistischen oder auch aus weltanschaulichen Gründen wäre außerordentlich verhängnisvoll. Ein Ja ohne ganz bestimmte Voraussetzungen aber nicht weniger! Wir müssen erstens die volle Gleichberechtigung haben. Wenn der Verteidigungsvertrag im Inhalt gegen Lebensrechte unseres Volkes verstößt, kommen wir damit nicht durch. Die Schuman-Plan-Mehrheit bekommen wir nicht mehr[10]. Die zweite Garantie muß sein: Wir dürfen den Krieg nicht auf deutschem Boden haben. In diesem Zusammenhang müssen wir die Forderung erheben, daß deutsche Truppen nie außerhalb Europas eingesetzt werden dürfen. Unser drittes Verlangen: Das Wie des Wehrbeitrages darf nicht militaristisch sein, sondern es muß sich auf dem Boden unserer Weltanschauung und der Demokratie vollziehen. Wenn wir mit unseren Stimmen als die Hauptverantwortlichen den Wehrbeitrag einführen müssen, dann müssen wir auch dafür sorgen, daß keine Fortsetzung der Tradition der Willensbeugung und des preußischen Kasernenhofgeistes weiterleben kann. Der Mensch muß auch als Soldat Bürger sein und so behandelt werden[11]. Dazu müssen wir wissen, wer die 45 Generale, wer die Obersten und Hauptleute sein werden und nach welchen Grundsätzen das Unteroffizierskorps aufgestellt werden wird. Mit dem, was in der Vergangenheit schlecht war, muß rücksichtslos gebrochen werden. Wir müssen von der Bundesregierung auch die personalpolitischen Garantien bekommen, daß für die leitenden Positionen ein unserem Bevölkerungsanteil entsprechender Prozentsatz genommen werden wird, nicht die Generale, die hier kapituliert haben und 1947 in Bayern aus den Lagern entlassen worden sind, und auch nicht unbedingt die aus dem Generalsaquarium am Tegernsee, wo gute und schlechte dabei sind. Die aus Bayern rekrutierten Truppeneinheiten müssen nach landsmannschaftlichen Gesichtspunkten zusammengestellt werden, und an ihre Spitze müssen Männer kommen, die unser politisches Vertrauen haben[12].

Meixner fragt, ob für die Beschlußfassung im Bundestag einfache oder qualifizierte Mehrheit oder ein Volksentscheid notwendig ist.

Dr. *Ehard*: Den Inhalt des Sicherheitsvertrages und des Generalvertrages und seiner Annexe kenne ich bis heute auch nicht. Man muß so taktieren: Verteidigungsbeitrag grundsätzlich ja, aber keine Blankovollmacht, sondern erst Aufklärung über den Inhalt. Überspitzte Eile ist hier falsch am Platz. Die Forderung auf Mitgliedschaft im Atlantikpakt muß losgelöst von der Frage eines Generalvertrages betrachtet werden. Wir müssen überlegen: Wir wählen auf Grund gesamtdeutscher Wahlen eine Nationalversammlung, die nicht nur das Recht und die Pflicht

möglichen Rückzug der Amerikaner aus Europa wurde so im Frühjahr 1952 zu einem wichtigen Katalysator der Kompromißbereitschaft zwischen Bonn und Paris in der Frage der EVG. Vgl. Schwarz, Ära Adenauer 1949–1957, S. 156 f., und Adenauer, Erinnerungen 1945–1953, S. 405–413.

[10] Der Bundestag entschied am 11. 1. 1952 über den Vertrag zur Gründung der EGKS, wobei neben den Regierungsparteien CDU, CSU, FDP und DP auch die aus Zentrum und Bayernpartei bestehende Föderalistische Union für das entsprechende Gesetz stimmte. Vgl. Stenographischer Bericht der 184. Sitzung des Bundestags am 11. 1. 1952, S. 7792–7836.

[11] Zur Abkehr von den preußisch-deutschen Militärtraditionen bei Konzeption und Aufstellung der Bundeswehr vgl. Hans-Jürgen Rautenberg, Zur Standortbestimmung für künftige deutsche Streitkräfte, in: Anfänge westdeutscher Sicherheitspolitik, Bd. 1, S. 739–879, insbesondere S. 811–863.

[12] Zur landsmannschaftlichen Zusammensetzung und politischen Haltung der Offiziere der Bundeswehr in der Anfangszeit vgl. Georg Meyer, Zur inneren Entwicklung der Bundeswehr bis 1960/61, in: Anfänge westdeutscher Sicherheitspolitik, Bd. 3, S. 851–1162, hier S. 881 ff.

hat, [eine] Verfassung zu machen, sondern die von vornherein das Recht haben wird, eine Regierung zu bilden, Gesetze zu machen und alle Kontrollen auszuüben[13]. Glauben Sie, daß die Russen ihre Taktik ändern werden? Plötzlich flammt irgendwo eine Streikbewegung auf, oder es wird etwas inszeniert, und wir sind ein Satellitenstaat. Das, was wir im Westen in der Hand haben, können wir nicht aus der Hand geben, bevor wir wissen, was an seine Stelle tritt. In einer solchen Frage kann man nicht gegen den Großteil eines Volkes vorgehen, eine Verständigung mit der Opposition muß gegeben sein, vorher müssen wir uns doppelt sichern, damit wir nicht unter die Räder kommen.

Dr. *Semler*: Es kommt dazu die Frage der Reparationen. Sie ist leider unlösbar verbunden mit der Anerkennung der deutschen Auslandsschulden[14]. Wir hatten zwei Bedingungen gestellt. Daß das deutsche Auslandsvermögen angemessene Berücksichtigung finden möge und daß über die Frage der Höhe und der Abdekkung der deutschen Schulden eine internationale Schuldenkonferenz einberufen werden soll, auf der Deutschland voll gleichberechtigt sein muß. Dieser Notenwechsel fand statt, ist aber noch nicht ratifiziert. Der entscheidende Punkt ist, ob mit der Anerkennung dieser Auslandsschulden endgültig die deutschen Leistungen für die Zukunft fixiert sein sollen. Wir wissen nicht, ob wir im künftigen Friedensvertrag wieder Reparationen zahlen werden. Fest steht, daß in den zwanziger Jahren Hitler sich am Dawes[15]-Young-Plan[16] geradezu emporgerankt hat. Wir heute sind ehrliche Schuldner, aber wir müssen selbst genau im Rahmen der Gesamtverpflichtungen die Schulden berechnen können. Die Lehre daraus: In dem jetzigen Stadium müssen wir uns hineindrängen in die Konzeption der Bundesregierung, und zwar möglichst nicht mit einer kleinen Regierungsmehrheit, sondern, wenn es geht, zusammen mit der Opposition. So setzen wir die Bedingungen durch, ohne die ein vorbehaltloses Ja zum Verteidigungsvertrag nicht möglich ist.

[13] Am 15. 9. 1951, am Vorabend der EVG-Verhandlungen, hatte die Volkskammer der DDR auf Vorschlag von Ministerpräsidenten Otto Grotewohl eine gesamtdeutsche Initiative gestartet. Der Appell an den Bundestag enthielt das Angebot, Vertreter Ost- und Westdeutschlands zu Beratungen über „die Abhaltung freier gesamtdeutscher Wahlen mit dem Ziel der Bildung eines einheitlichen, demokratischen und friedlichen Deutschland" sowie „die Beschleunigung des Abschlusses eines Friedensvertrages mit Deutschland" zusammentreten zu lassen. Vgl. Volkmann, Dimension, in: Anfänge westdeutscher Sicherheitspolitik, Bd. 2, S. 297ff., und Schwarz, Ära Adenauer 1949–1957, S. 150f.

[14] Zur Debatte um die deutschen Auslandsschulden, die schließlich zum am 27. 2. 1953 unterzeichneten Londoner Schuldenabkommen führte, vgl. Rombeck-Jaschinski, Londoner Schuldenabkommen.

[15] Charles G. Dawes (1865–1951), amerikanischer Bankier und Politiker, Teilnahme am Ersten Weltkrieg im Stab von General Pershing, Ende 1923 Vorsitzender des Sachverständigenausschusses zur Prüfung der deutschen Zahlungsfähigkeit, der den nach ihm benannten „Dawes-Plan" erarbeitete, 1924–1929 Vizepräsident der USA, 1929–1932 Botschafter in London, 1932 Leiter der Finance Reconstruction Corporation.

[16] Owen D. Young (1874–1962), amerikanischer Jurist und Finanzmagnat, 1922–1939 und 1942–1944 Vorstandsvorsitzender von General Electric Co. 1929 war Young als Vorsitzender des neuen Sachverständigenkomitees für Reparationsfragen maßgeblich verantwortlich für die Neuregelung der Reparationsfrage durch den nach ihm benannten „Young-Plan". Der „Dawes-Plan" von 1924 und der „Young-Plan" von 1929 regelten die Modalitäten der Reparationszahlungen, zu denen das Deutsche Reich aufgrund des Versailler Vertrags verpflichtet war. Insbesondere der „Young-Plan" diente der radikalen Rechten als Munition in ihrem Kampf gegen Republik und Demokratie. Vgl. allgemein Ritschl, Deutschlands Krise.

Elsen: Die Verteidigungsfrage hat eine Bundes- und eine Landesseite. Wichtig ist auch zu wissen, daß Bonn und das Ruhrgebiet sehr eng beisammen liegen und daß wir eine zu enge Verbindung zwischen industriellen Interessen und militärischem Denken verhindern müssen. Auch in den Grenzgebieten muß soziale Beruhigung geschaffen [werden].

Meixner: Ich fasse zusammen: Ein Nein ist nicht zu verantworten. Das Wie aber muß vollständig klar sein. Wir müssen genaue Kenntnisse haben von allen Verträgen, und wir müssen Zeit haben, sie in den Gremien der Partei durchzustudieren. Übereile ist nicht angebracht. Voraussetzung muß sein die volle politische [und] militärische Gleichberechtigung, keine Wiederkehr des preußischen Militärgeistes, die Sicherung dafür, daß ein Neuaufbau der neuen Wehrmacht sich nach neuen Gesichtspunkten, die unserer christlichen Weltanschauung entsprechen, durchgeführt wird, und schließlich die volle Klarstellung der Finanzierung; was für Kosten entstehen Deutschland für die Besatzungstruppen, für die eigenen Truppen, und wie steht es mit den Auslandsschulden? Strauß und Dr. Solleder haben unser Vertrauen, wir bitten die vorgetragenen Gesichtspunkte bei den weiteren Verhandlungen zu berücksichtigen.

Von Haniel: Wir werden nicht darum herumkommen, an dem Geist unserer alten Armeen anzuknüpfen; es muß das nur in der richtigen Weise geschehen, mit einer totalen Diffamierung des preußischen Soldatengeistes können wir es aber nicht machen.

Von Prittwitz: Es kann so nicht weitergehen, daß wichtigste Fragen paraphiert werden, ohne daß die Parlamente eingeschaltet sind. Ich frage, ob nicht der Bundesratsausschuß für Auswärtige Angelegenheiten eine Initiative ergreift, um eine rechtzeitige Informierung durch den Kanzler sicherzustellen.

Göttler schlägt vor, die Dienstzeit kürzer zu gestalten.

Dr. *Kleindinst* betont in seinem Diskussionsbeitrag u.a., daß die Frage der Volksabstimmung im Grundgesetz nicht enthalten ist und deshalb nicht in Betracht kommen kann.

Karl kritisiert die Bonner Praxis als eine demokratische Pleite; wenn das nicht aufhöre, müsse er zur Opposition gehen.

Frau *Lang-Brumann* fordert eine verstärkte Frauenaufklärung.

Strauß unterbreitet der Fraktion einen Vorschlag auf eine Resolution, der zusammen mit Frau Dr. *Probst* noch redaktionell überarbeitet wird. Die Resolution hat folgenden Wortlaut:

„Die Christlich-Soziale Union ist sich in der Entscheidung über den deutschen Verteidigungsbeitrag ihrer Verantwortung für das deutsche Volk und für die europäische Sicherheit bewußt. Sie ist grundsätzlich bereit, in dieser Frage eine klare Entscheidung zu treffen. Bevor die CSU aber diese Entscheidung treffen kann, hält sie es für notwendig, von dem Inhalt des Generalvertrages, des Sicherheitsvertrages und der zusätzlichen Verträge vor ihrer Paraphierung Kenntnis zu nehmen und diese Verträge vom Standpunkt der deutschen Lebensinteressen und Lebensnotwendigkeiten zu überprüfen. Die Beratung dieser echten Schicksalsfrage für Deutschland und Europa und die Entscheidung darüber kann nur durch die Gesamtpartei erfolgen. In dieser Beratung müssen die Verträge vom Standpunkt der tatsächlichen politisch-militärischen Gleichberechtigung und Gleichstellung Deutschlands mit allen Konsequenzen, vom Standpunkt der echten Sicherheit für Deutschland und unter Berücksichtigung der durch Krieg und Nachkriegsmaßnahmen geschwächten wirtschaftlichen und finan-

ziellen Leistungsfähigkeit unseres Volkes sowie unter Berücksichtigung der sozialen Verpflichtungen unseres Volkes geprüft werden. Außerdem muß eine bindende Garantie dafür gegeben werden, daß der Aufbau eines eventuellen deutschen Verteidigungsbeitrages im Geiste des demokratischen Rechtsstaates in voller Achtung der Menschenwürde und im Einklang mit dem föderativen Aufbau unseres Staatswesens erfolgt. Deshalb wird die Bundestagsgruppe der CSU ersucht, dem Herrn Bundeskanzler zu erklären, daß die CSU eine positive Entscheidung nur dann treffen kann, wenn ihr die Möglichkeit gegeben wird, diese Verträge vor der Paraphierung zu überprüfen, und wenn die Gewähr gegeben ist, daß die Endfassung den oben genannten Richtlinien entspricht. Landesvorstandschaft und Landtagsfraktion der CSU sprechen der Bundestagsgruppe der CSU für den in dieser Frage bisher eingenommenen Standpunkt ihr Vertrauen aus und fordern sie auf, nach dieser Entschließung in Bonn zu handeln."

Die Fraktion nimmt mit allen Stimmen die Resolution an.
Ende der Vormittagssitzung.

[Nachmittagssitzung] *Vergebung öffentlicher Aufträge* (Berücksichtigung Bayerns):
Dr. *Solleder* fordert eine bessere Beobachtung der Auftragslenkung des Bundes. Bisher seien in Bayern nur zehn Millionen aus Aufträgen herausgeholt worden. Andere Länder hätten wesentlich mehr erreicht, und das trotz der guten Arbeit der beiden bayerischen Mittelsmänner[17]. Der Umfang der öffentlichen Aufträge werde in naher Zukunft stark zunehmen und Reichtum und Armut innerhalb des Bundesgebietes noch klarer zum Ausdruck bringen. Das bayerische Wirtschaftsministerium solle einen Schlüssel ausarbeiten, wie Bayern berücksichtigt werden soll.

Geiger: Der Posten für den Mittelsmann der bayerischen Industrie in Bonn, Dr. Sottong[18], muß über Reisezuschüsse und Umsatzprozentanteile wesentlich aktiviert werden.

Dr. *Semler*: Im Zusammenhang mit der Aufrüstung ist vorgesehen, daß die Kosten der Europa-Armee wahrscheinlich nach einem bestimmten Schlüssel auf die Länder verteilt werden[19]. Schon aus Transfergründen wird der größte Teil im Land selber ausgegeben werden müssen. Im übrigen aber erfolgt die Vergebung nach vorhandenen Kapazitäten und günstigsten Standorten, also übernational. Die deutschen Aufträge sollen nun nicht durch die Dienststelle Blank[20] vergeben werden. Bayern könnte gerade mit seiner optischen Industrie besondere Chancen haben. Die Klärung darüber, welche Sonderleistungen Bayern besonders günstig beisteuern könnte, soll nun rasch hier von Bayern aus herbeigeführt werden, damit wir unsere Ansprüche möglichst direkt in Paris anmelden können.

[17] Vgl. dazu Weber, Föderalismus und Lobbyismus, in: Schlemmer/Woller (Hrsg.), Bayern im Bund, Bd. 3, S. 23–116.

[18] In der Vorlage „Sotom". Karl-Heinz Sottong fungierte als Leiter der Außenstelle des LBI in Bonn.

[19] Vgl. dazu Lutz Köllner/Hans Erich Volkmann, Finanzwissenschaftliche, finanzwirtschaftliche und finanzpolitische Aspekte eines deutschen Beitrags zur EVG, in: Anfänge westdeutscher Sicherheitspolitik, Bd. 2, S. 757–873.

[20] Am 27. 10. 1950 hatte Adenauer Theodor Blank (CDU) zum „Beauftragten des Bundeskanzlers für die mit der Vermehrung der Alliierten Truppen zusammenhängenden Fragen" ernannt. Tatsächlich war die „Dienststelle Blank" als Vorläufer des Bundesverteidigungsministeriums mit den Vorbereitungen für einen westdeutschen Wehrbeitrag betraut. Vgl. Klaus Gotto, Theodor Blank, in: Kanzler und Minister, S. 136–142.

Haindl vom Wirtschaftsbeirat wendet sich dagegen, daß dem Dr. Sottong in Bonn Prozentanteile gegeben werden. Die Wirtschaft müsse sich selber rühren.

Solleder empfiehlt abschließend die Bildung eines kleinen Ausschusses, der im Benehmen mit dem Wirtschaftsministerium die Entwicklung der Auftragspolitik des Bundes beobachtet.

Landarbeiterfrage:

Stücklen bittet die Unterlagen, die im bayerischen Landtag bereits ausgearbeitet sind, der CSU-Landesgruppe in Bonn zur Verfügung zu stellen.

Demmelmeier referiert kurz über die Arbeit seines Ausschusses[21].

Jüdische Wiedergutmachungsansprüche[22]:

Meixner verliest eine Resolution der CSU Hammelburg[23].

Dr. *Ringelmann*: Es ist zu unterscheiden zwischen den Rückerstattungsansprüchen, die unmittelbar von denen geltend gemacht werden, denen der Besitz früher gehört hat; hier können wir uns nicht einmischen, es sind das Verfahren, die nach dem Rückerstattungsgesetz[24] abgewickelt werden müssen. Das Schlimme dabei ist, daß der Kaufpreis beim Notar nicht deponiert werden mußte, dann aber vom Reich eingezogen wurde. Der alte Besitzer verlangt nun den vollen Kaufpreis nochmals. Die Frage ist, wer für diesen seinerzeit vom Käufer bereits bezahlten Betrag aufkommt. Wir haben mit dem Bund eine Einigung erzielt, daß wir für den Bund verhandeln. Die Frage der Zahlung aber muß noch ausgetragen werden. Besonders schwierig wird das Problem durch den Ersatz der Nutzungen, wo die Verträge sehr hoch sein können. Hier haben wir mit dem Ernährungsministerium vereinbart, daß ein Fonds bereitgestellt wird, um so die schlimmste Härte zu beseitigen. Eine andere Gruppe von Rückerstattungsansprüchen umfaßt die Fälle, wo sich die JRSO eingeschaltet hat, der frühere Eigentümer also gestorben ist

[21] Hans Demmelmeier gehörte dem Ausschuß für Ernährung und Landwirtschaft des bayerischen Landtags an und leitete den Unterausschuß Landarbeiterfragen.

[22] Der Begriff der „Wiedergutmachung" für die Opfer nationalsozialistischen Unrechts verklammert eine Reihe unterschiedlicher staatlicher Handlungsfelder. Darunter fallen insbesondere die Rückerstattung von geraubtem Eigentum und die materielle Entschädigung personenbezogener Schäden. Die erste Phase der Wiedergutmachung erfolgte, angestoßen von den Alliierten, auf Länderebene, während die Federführung in der zweiten Phase beim Bund lag. Allerdings kamen nicht alle Opfer des Nationalsozialismus in den Genuß von Wiedergutmachungsleistungen; ausgeschlossen blieb insbesondere das Millionenheer der ausländischen Zwangsarbeiter. Im Zentrum standen eindeutig die jüdischen Opfer; Eigentum, das ihnen im Zuge der „Arisierung" geraubt worden war, sollte zurückerstattet werden; wenn die Eigentümer und ihre Erben im Zuge der nationalsozialistischen Vernichtungspolitik umgekommen waren, gingen ihre Ansprüche auf die Jewish Restitution Successor Organization (JRSO) über. Vgl. Hockerts, Wiedergutmachung in Deutschland; Goschler, Wiedergutmachung; Goschler/Lillteicher (Hrsg.), „Arisierung" und Restitution; Gelberg, Vom Kriegsende, in: Handbuch der bayerischen Geschichte, Bd. IV/1, S. 733 ff.

[23] Die Resolution des CSU-Kreisverbands lautete: „Mit grosser Sorge stehen viele Menschen unseres Landes, die ehemals jüdischen Besitz gekauft haben, den Rückerstattungsansprüchen gegenüber. Sie, die nichts mit einer Judenverfolgung und dergleichen Dingen zu tun gehabt haben, sollen nun allein für den den jüdischen Mitbürgern zugefügten Schaden mit ihrem Vermögen einstehen. Es würde das für viele den totalen wirtschaftlichen Ruin bedeuten." Daher forderte man die CDU/CSU-Fraktion im Bundestag auf, „alles zu tun, um diese Angelegenheit einer gerechten und für beide Teile tragbaren Lösung entgegen zu führen. Die Masse der Bedrohten kann eine Wiedergutmachungsaktion, wenn sie ungerechtfertigt auf Kosten des kleinen Mannes erfolgen würde, einfach nicht verstehen." Abgedruckt in: CSU-Correspondenz vom 27. 12. 1951, S. 5.

[24] Gesetz Nr. 59 zur Rückerstattung feststellbarer Vermögensgegenstände, in: BGVBl. 1947, S. 221–242.

oder keinen Anspruch mehr erhebt. Die JRSO will eine Pauschalentschädigung, ursprünglich verlangte sie 50 Millionen. Wir haben bereits auf 25 Millionen heruntergehandelt, 20 Millionen würden wir vertreten. Wir warten jedoch außerdem die Antwort des Hohen Kommissars ab, ob die JRSO überhaupt voll anerkannt wird. Decken wollen wir die Pauschalentschädigung durch Staatsschuldverschreibungen. Die JRSO wäre einverstanden, wenn wir 30 Prozent Diskont übernähmen. Darauf können wir aber nicht eingehen; die letzte Entscheidung ist noch nicht gefallen. Wenn mit Zustimmung des Landtages in einiger Zeit die Entschädigungen an den Staat abgetreten sein werden, dann hat es der Staat selbst in der Hand, in Härtefällen entweder zu verzichten oder doch langfristige Rückzahlungen zu ermöglichen.

Meixner: Wir bitten, diese Angelegenheit so rasch als möglich zur Entscheidung zu bringen.

Verwaltungsrat der Bundesbahn:
Solleder bittet, von Bayern aus einen gewichtigen Fachmann zu entsenden. Es werde der Name Dr. Seidel genannt, doch habe er Bedenken, ob der Wirtschaftsminister nicht vielfach abwesend sein werde.

Dr. *Seidel*: Ich habe im Kabinett Dr. Haindl vorgeschlagen. Der Ministerpräsident hat lediglich für den Fall, daß andere Länder Minister entsenden, mich vorgeschlagen. Da nun der Südweststaat den Minister Renner[25] nominiert hat, hat Brunner[26] mich benannt, eigentlich entgegen der Weisung des Kabinetts. Wenn ich benannt bleibe, dann werde ich für meine Person das Amt nicht annehmen und den Dr. Haindl schicken. Es ist hier etwas Taktik dabei, die sich aus den Koalitionsverhältnissen ergibt.

Frage Reichsvermögen und Bundesvermögen[27]:
Dr. *Ringelmann*: Bei den Beteiligungen des Reiches müssen wir die VIAG und die Industrieverwaltungsgesellschaft unterscheiden. Wir haben den Anspruch ange-

[25] Viktor Renner (1899–1969), Jurist, SPD-Mitglied, 1945 Oberbürgermeister und Landrat von Tübingen, 1946 Staatssekretär des Inneren in der provisorischen Regierung von Württemberg-Hohenzollern, 1947 Innenminister, 1947–1964 MdL (SPD) in Württemberg-Hohenzollern bzw. Baden-Württemberg, 1952/53 Justizminister von Baden-Württemberg, 1956–1960 Innenminister von Baden-Württemberg.

[26] Heinrich Brunner (geb. 1888), 1929 Reichsbahnoberrat, 1936 aufgrund der Nürnberger Rassegesetze in den Ruhestand versetzt, seit Mai 1945 bei der Reichbahndirektion München, im Juni 1946 zum Direktor des Transportwesens in Bayern ernannt, seit September 1945 Ministerialrat im bayerischen Wirtschaftsministerium, seit November 1947 als Ministerialdirigent Abteilungsleiter im bayerischen Verkehrsministerium, seit Dezember 1950 mit der Führung der Geschäfte des Ministeriums beauftragt, 1952 zum Ministerialdirektor befördert.

[27] Durch das Gesetz vom 21. 7. 1951 (BGBl. I, S. 467) und die Verordnung vom 26. 7. 1951 (BGBl. I, S. 471) wurde ehemaliges Reichsvermögen in Bundesvermögen überführt, dessen Verwaltung in die Zuständigkeit des Bundesfinanzministeriums fiel. Davon waren auch die bayerischen Werke der ehemaligen Montan-Union betroffen, die zuvor dem bayerischen Landesamt für Vermögensverwaltung unterstanden hatten. An seine Stelle trat nun die neu geschaffene Industrieverwaltungsgesellschaft mit Hauptsitz in Bonn, in deren aus 20 Personen bestehenden Aufsichtsrat der Freistaat allein durch Richard Ringelmann vertreten war (vgl. CSU-Correspondenz vom 25. 2. 1952, S. 3 f.). Um den bayerischen Einfluß zu wahren, forderte die Landtagsfraktion der CSU die „alsbaldige echte Beteiligung Bayerns am Kapital der Verwaltungsgesellschaften". Bis dies erreicht sei, verlangte sie, Veräußerungserlöse aus bayerischem Montanvermögen wieder in Bayern anzulegen und bei Baumaßnahmen im Freistaat „nur bayerische Firmen zum Zuge kommen" zu lassen. CSU-Correspondenz vom 13. 3. 1952, S. 2.

meldet, in allen in Bayern befindlichen Gesellschaften wenigstens mit einer Sperrminorität beteiligt zu werden. Wir müssen zu einer reinlichen Scheidung der Verwaltung der Länderangelegenheiten und der Bundesfinanzangelegenheiten kommen. Führen wir das nicht durch, so kommt es eines Tages zu einer Bundesfinanzverwaltung nach dem alten Reichsmuster: Unsere Angelegenheiten werden notleidend, und die artfremden Geschäfte werden uns aufgehalst.

Bundesgrenzschutz und Landespolizeihoheit[28]:
Ehard: Der Bundesgrenzschutz sollte nach dem Willen des Bundesinnenministers[29] auch die Paßkontrolle übernehmen. Wir haben aber ein Interesse daran, diese in der Hand zu behalten. Wir wollen, daß der bayerische Landesgrenzschutz hier als Beauftragter des Bundes arbeitet. Dies wird uns voraussichtlich gelingen.

Prälat *Meixner* schließt die gemeinsame Sitzung um 17 Uhr.

Nr. 50a

Bericht über die Sitzung des Landesvorstands der Christlich-Sozialen Union am 5. April 1952 in München

Tagesordnung[1]:
1. Ergebnisse der Gemeindewahlen
2. Bundesanteil an der Einkommen- und Körperschaftsteuer
3. Gemeinsame Tagung von Landesvorstand, Landtagsfraktion und Landesgruppe

Tagungsort: München, Maximilianeum, Saal III

Anwesend[2]: Butterhof, Ehard, Elsen, Gerstl, Greib, Hellmann, Herrmann, Höhenberger, Horlacher, Junker, Klughammer, C. Lang, Lang-Brumann, Mayr, Meixner, J. Müller, Muhler, Poschinger von Frauenau, F. Schäfer, K. Schäfer, Schäffer, E. Schleip, Schmidt, Schubert, Stücklen, Thiele, Weigel

CSU-Correspondenz vom 7. 4. 1952, S. 4f.

[28] Vgl. Gelberg, Hans Ehard, S. 324–333.

[29] Dr. Robert Lehr (1883–1956), ev., Jurist und Verwaltungsbeamter, 1924–1933 Oberbürgermeister von Düsseldorf, seit 1929 DNVP-Mitglied, 1933 mehrere Monate in Haft, bis 1945 Privatmann in Düsseldorf und Kontakte zum interkonfessionellen Widerstandskreis um Karl Arnold, 1945 von der britischen Militärregierung zum Oberpräsidenten der Nordrhein-Provinz eingesetzt, Mitbegründer der CDU in Düsseldorf, 1946–1950 MdL (CDU) in Nordrhein-Westfalen, 1948/49 MdPR (CDU), 1949–1953 MdB (CDU), 1950–1953 Bundesinnenminister.

[1] Rekonstruiert anhand des Protokolltextes. Nach der veröffentlichten Ankündigung (vgl. CSU-Correspondenz vom 20. 3. 1952, S. 4) waren zwei Tagesordnungspunkte vorgesehen: Die Aussprache über die Gemeindewahlen sowie die Resolution des CSU-Bezirksverbands Oberbayern gegen die Majorisierung der christlichen Arbeitnehmerschaft durch den DGB. Das von Josef Brunner gezeichnete Einladungsschreiben vom 27. 3. 1952 (ACSP, LGF-LV 5. 4. 1952) hatte drei Tagesordnungspunkte genannt: 1. Aussprache über die Ergebnisse der Gemeindewahlen und aktuelle politische Fragen, 2. Resolution des Bezirksverbandes Oberbayern betr. Majorisierung eines Großteils der christlichen Arbeitnehmerschaft durch den Beschluß des DGB München vom 10. 2. 1952, 3. Verschiedenes.

[2] ACSP, LGF-LV 5. 4. 1952, Anwesenheitsliste zur Sitzung der Landesvorstandschaft am 5. 4. 1952 in München.

Die CSU-Landesvorstandschaft beschäftigte sich in ihrer letzten Sitzung vom 5. April zunächst mit dem Ausgang der Gemeindewahlen in Bayern[3]. Die Sprecher der Bezirksverbände konnten von einem Anwachsen der CSU-Stimmen und der CSU-Vertreter in den Stadt- und Gemeindeparlamenten berichten.

In allen Städten, aber auch in den größeren Gemeinden wurde die Gefahr einer Verminderung der CSU-Stimmen durch Abwanderung der Wähler zu den sogenannten freien Listen erfolgreich abgewehrt. Obwohl die endgültigen Ergebnisse teilweise noch nicht bekannt sind, kann die CSU – unter Berücksichtigung der besonderen Gegebenheiten bei Gemeindewahlen – nicht nur von einer Behauptung, sondern darüber hinaus von einem Anwachsen ihrer Stimmen sprechen. Es bedarf keiner Begründung, daß in den bisher ermittelten 14 von Hundert der abgegebenen gültigen Stimmen für freie Listen ein sehr großer Wähleranteil sich befindet, der bei Bundestags- und Landtagswahlen seine Stimme der CSU gibt[4]. Dieser erfreulichen Tatsache steht der Umstand gegenüber, daß in vielen Städten und Gemeinden die Bayernpartei über die Hälfte der bei früheren Wahlen erhaltenen Stimmen verlor. Die rückläufige Entwicklung der BP, die bereits bei den Landtagswahlen 1950 hinter dem von ihr selbst erwarteten Ergebnis weit zurückblieb, ist augenscheinlich. Sie kann nur von dem übersehen werden, der sie übersehen will. Die CSU-Landesvorstandschaft brachte ihre Entschlossenheit zum Ausdruck, vor allem in jenen Gebieten, in denen die CSU-Stimmen hinter dem möglichen Ergebnis zurückblieben, ihre politische Aufklärungsarbeit zu intensivieren.

Bundesfinanzminister Schäffer begründete vor seinen Parteifreunden erneut die Notwendigkeit des von ihm beanspruchten vierzigprozentigen Bundesanteils an der Einkommen- und Körperschaftsteuer[5]. Er verwies auf das zu erwartende erhöhte Steueraufkommen, das nach seiner Ansicht die Länder in die Lage versetze, den Bund für seine erhöhten Ausgaben in der von ihm beantragten Höhe an dem Aufkommen der ihnen zustehenden Einkommen- und Körperschaftsteuer zu beteiligen.

Ministerpräsident Dr. Ehard begründete die von der bayerischen Staatsregierung und von der CSU-Fraktion in der Aussprache über die im bayerischen Landtag eingebrachte Interpellation eingenommene Haltung[6]. Er betonte noch

[3] Hier war man offensichtlich bemüht, dem enttäuschenden Wahlausgang positive Seiten abzugewinnen. In den kreisfreien Städten waren am 30. 3. 1952 36,6 Prozent der Stimmen auf die SPD entfallen, 21,5 Prozent auf die CSU, 8,3 Prozent auf die BP, 6,6 Prozent auf die FDP und 5,0 Prozent auf den BHE; in den Landkreisen hatte dagegen die CSU mit 28,7 Prozent der Stimmen ihre Spitzenstellung behaupten können, und zwar vor der SPD (21,1, Prozent), dem BHE (12,1 Prozent), der BP (11,4 Prozent) und der FDP 2,3 (Prozent). Vgl. Statistisches Jahrbuch für Bayern 24 (1952), S. 450. Zu den Kommunalwahlen des Jahres 1952 unter besonderer Berücksichtigung von CSU und Bayernpartei vgl. auch Balcar, Politik auf dem Land, S. 193 ff., und Unger, Bayernpartei, S. 96–99.

[4] Nach dem vorläufigen Endergebnis der Stadt- und Landkreiswahlen ermittelte das Statistische Landesamt 16,0 Prozent der Stimmen für sonstige Parteien und Wählergruppen, unter denen sich v.a. un- bzw. überparteiliche Bürgerlisten verbargen. 1948 waren nur 5,4 Prozent der Stimmen auf sonstige Parteien und Wählergruppen entfallen. Vgl. Statistisches Jahrbuch für Bayern 24 (1952), S. 450.

[5] Vgl. dazu Gelberg, Hans Ehard, S. 398–410, und Schlemmer, Aufbruch, S. 396–400.

[6] Die Fraktionen von CSU, SPD und Bayernpartei hatten am 5. 3. 1952 eine Interpellation (Beilage Nr. 2396 zu den Stenographischen Berichten des bayerischen Landtags für die Wahlperiode 1950–1954) an die Staatsregierung gerichtet und angefragt, ob die Staatsregierung bereit sei, der Forderung nach einer Erhöhung des Bundesanteils an der Einkommen- und Körperschaftsteuer zu entsprechen und welche Schritte geplant seien, um negative Auswirkungen auf den bayerischen Staats-

einmal, daß die CSU und die bayerische Staatsregierung sich nicht weigern würden, dem Bund zu geben, was der Bund zur Durchführung seiner Aufgaben benötigt. Notwendig seien aber größte Sparsamkeit in der Bundesverwaltung sowie verschiedentliche Abstriche im Bundeshaushalt. Eine abschließende Stellungnahme wurde nicht gegeben. Auf einer gemeinsamen Tagung von CSU-Landesvorstandschaft, CSU-Landtagsfraktion und CSU-Landesgruppe im Bundestag soll noch im Laufe des April die Frage des Bundesanteils an der Einkommen- und Körperschaftsteuer diskutiert werden[7]. Diese gemeinsame Tagung wird sich auch mit Fragen des Wehrbeitrages, die am Vorabend des Abschlusses des Generalvertrages erneut in den Mittelpunkt der öffentlichen Diskussion rücken werden, sowie mit der Resolution der CSU-Oberbayern gegen gewerkschaftliche Majorisierungsbestrebungen beschäftigen[8].

Nr. 50b

Entschließung des Landesvorstands der Christlich-Sozialen Union vom 5. April 1952

ACSP, LGF-LV

Die Landesvorstandschaft der CSU billigt das Verhalten des Landesvorsitzenden, Ministerpräsident Dr. Ehard, und stimmt der von der Landtagsfraktion heute gefaßten Entschließung[9] zu.

haushalt zu verhindern. Ministerpräsident Ehard erklärte in seiner Stellungnahme, die Staatsregierung verfolge das Ziel, den Finanzbedarf des Bundes gegen die vordringlichen Aufgaben der Länder abzuwägen. Vgl. Stenographischer Bericht über die 80. Sitzung des bayerischen Landtags am 2. 4. 1952, S. 1855 f.; zur großen Aussprache darüber vgl. Stenographischer Bericht über die 81. Sitzung des bayerischen Landtags am 3. 4. 1952, S. 1906–1926.

[7] Vgl. Nr. 51a und c.

[8] Die Resolution des CSU-Bezirksverbands Oberbayern vom 16. 2. 1952 lautete: „Die Bayerischen Gewerkschaften haben mit ihrer Münchner Entschliessung zur Frage des Verteidigungsbeitrages vom 10. 2. in die Staatspolitik Einfluss zu nehmen versucht. Ein Gremium von 100 Delegierten, die für 900000 Menschen zu sprechen angaben, hat mit dieser Stellungnahme viele Andersdenkende in ihrer Ansicht vergewaltigt. Diese Majorisierung christlicher Arbeitnehmer bedarf dringend einer Stellungnahme der Landesvorstandschaft der CSU sowie unverzüglicher Massnahmen, die eine Änderung dieses Zustandes herbeiführen, unter Umständen auch in der Weise, dass eine Trennung der christlichen Gruppen vom DGB wieder in die Wege geleitet wird." ACSP, LGF-LV 5. 4. 1952.

[9] Diese Entschließung zur Affäre Auerbach und zur Verstrickung Josef Müllers findet sich in der CSU-Correspondenz vom 7. 4. 1952, S. 3, und im BayHStA, NL Ehard 1108. Die CSU-Landtagsfraktion hatte die Entschließung am 5. 4. 1952 in einer Sondersitzung (das Protokoll findet sich im ACSP, LTF) gegen die Stimme Hundhammers angenommen. Danach habe die Überprüfung der Vorfälle keinen Anlaß für Müllers Rücktritt zutage gefördert. Müller habe 20000 DM aus Privatmitteln Ohrensteins erhalten, nicht aus Mitteln des Landesentschädigungsamts; von diesem Betrag habe Müller 15000 DM zurückgezahlt, nachdem gegen Ohrenstein Anklage erhoben worden sei. Die Behauptung, daß Müller 40000 DM aus Mitten der sogenannten Sammelstelle erhalten habe, habe sich als unrichtig erwiesen. Zum Zusammenhang vgl. Nr. 51a.

Nr. 51a

Gemeinsame Sitzung der Landtagsfraktion, der Landesgruppe und des Landesvorstands der Christlich-Sozialen Union am 21. April 1952 in München

Tagesordnung[1]:
1. Inanspruchnahme von 40 Prozent der Einkommen- und Körperschaftsteuer durch den Bund
2. Josef Müller und die Affäre Auerbach
3. Verschiedenes
4. Außenpolitisches Referat (Franz Josef Strauß)
5. Reform von Paragraph 48 des Ehegesetzes
6. Lastenausgleich

Tagungsort: München, Maximilianeum, Sitzungssaal der CSU-Fraktion

Anwesend[2]: Brunner, Ehard, Fuchs, von Fürstenberg, Gerstl, von Haniel-Niethammer, Herrmann, Horlacher, Hundhammer, Junker, Karl, Klughammer, Kreußel, Lacherbauer, C. Lang, Lang-Brumann, Limmer, Meixner, J. Müller, Nerreter, Nickles, Noske, Piechl, Poschinger von Frauenau, Ringelmann, K. Schäfer, Schäffer, E. Schleip, Schmidt, Schuberth, Strauß

Protokollführer: Wilhelm Röhrl

Beginn: 10 Uhr 45, Ende: 17 Uhr 50

ACSP, LTF-P

[Vormittagssitzung] *Meixner* eröffnet um 10.45 Uhr. Entschuldigt [sind] Frau Zehner, MdB Kahn[3].

Inanspruchnahme von 40 Prozent der Einkommensteuer der Länder durch den Bund[4]:

[1] Erstellt anhand des Protokolltextes und des von Josef Brunner gezeichneten Einladungsschreibens vom 15. 4. 1952 (ACSP, LGF-LV vom 21. 4. 1952). Punkt 2 war zunächst nicht vorgesehen, dafür entfiel der ursprüngliche Tagesordnungspunkt 5 (Regelung und Verteilung öffentlicher Aufträge); der Punkt Verschiedenes, der in der mit dem Einladungsschreiben verschickten Tagesordnung noch an sechster und letzter Stelle rangierte, wurde vorgezogen.

[2] Die anwesenden Mitglieder des Landesvorstands ließen sich anhand einer Anwesenheitsliste ermitteln (ACSP, LGF-LV vom 21. 4. 1952), die anwesenden Mitglieder der Landesgruppe und der Landtagsfraktion sowie die Gäste dagegen nur anhand des Protokolltextes. Insgesamt müssen etwa 100 Personen an dieser Sitzung teilgenommen haben.

[3] Karl Kahn (1900–1966), kath., Studium der Geschichte und Volkswirtschaft in München, 1921–1924 Vorsitzender des Jungbayern-Ringes (BVP), seit 1926 als Redakteur in Bayern tätig, bis 1940 Referent in Wirtschaftsverbänden, dann Teilnahme am Zweiten Weltkrieg und bis 1946 britisch/amerikanische Kriegsgefangenschaft, Geschäftsführer der CSU-Kreisverbände Regensburg-Stadt und -Land, seit 1947 Geschäftsführer des CSU-Bezirksverbands Oberpfalz, 1949–1957 MdB (CSU).

[4] Die Verteilung der Einkommen- und Körperschaftsteuer war einer der wichtigsten finanzpolitischen Zankäpfel zwischen Bund und Ländern. Für das Rechnungsjahr 1951/52 hatte Schäffer einen Bundesanteil von 27 Prozent durchsetzen können, eine endgültige Regelung stand jedoch noch aus. Im Februar 1952 verkündete Schäffer seine Forderung nach Erhöhung des Bundesanteils auf 40 Prozent, was auf erbitterten Widerstand der Länder, allen voran des bayerischen Finanzministers Friedrich Zietsch (SPD), stieß. Auch innerhalb der CSU war der Vorstoß Schäffers umstritten. Um

Meixner verliest die einschlägige Korrespondenz von Schäffer und Strauß[5]. Er betont, daß die Fraktion die Mahnung, keine Scherben anzurichten, befolgt habe; um so ernster müsse die Materie jetzt diskutiert werden.

MdB *von Fürstenberg* erstattet ein Kurzreferat und betont, daß die Landesgruppe einmütig für die 40 Prozent stimmen werde[6].

Schäffer: Ich bitte um absolut vertrauliche Behandlung. Seit meinem Urlaub sind neue katastrophale Dinge eingetreten. Ich hatte mir für 1952 das Ziel gesetzt, mit dem Verteidigungsbeitrag nicht über die alten Besatzungskosten hinauszugehen[7]. Das wäre bei gutem Willen ohne weiteres zu erreichen. Der Verteidigungsbeitrag sollte sich auf 850 Millionen monatlich erstrecken. Im vergangenen Jahr hatten wir einen Durchschnitt von 300 bis etwa 600 Millionen monatlich. Im Monat März aber wurden nun auf einmal 1500 Millionen an Besatzungskosten angefordert, das wirft sämtliche Haushaltsberechnungen über den Haufen. Was ich menschlich und politisch tun kann, habe ich bereits getan, wie das Spiel in dieser Woche endet, kann ich freilich nicht voraussagen. Im Bundeshaushalt ist es ganz anders als in den Länderhaushalten, es kann jeden Tag eine Katastrophe erfolgen. Aus der Tatsache, daß wir ein besiegtes Volk sind und die Besatzungskosten diktiert erhalten und daß die Soziallasten sprunghaft steigen, ergibt sich eben eine ganz andere Situation.

Zu den 40 Prozent: Wir haben das System der Interessenquoten seinerzeit auf den speziellen Wunsch Bayerns hin geändert, und das war gut. Die ethische Verpflichtung der Länder geht nun dahin, daß sie dem Bund geben, was um der Allgemeinheit willen notwendig ist. Wenn man aber sagt, der Bund solle beispielsweise nichts mehr für den Wohnungsbau ausgeben, so wäre das der Selbstmord für die steuerschwachen Länder. Die Situation ist so, daß den 1,4 Milliarden Ausgaben, die den Bund allein angehen, 16,7 Milliarden Ausgaben gegenüberstehen, die der Bund als Vertreter der Gesamtheit der Länder macht. Die Sozialleistungen bleiben um etwa 400 Millionen hinter dem Sollvoranschlag zurück, das kommt davon, daß gewisse Gesetze, die der Bund beschlossen hat und die in der Länderverwaltung durchgeführt werden müssen, wegen der verwaltungstechnischen Schwierigkeiten in der Durchführung Verzögerungen erlitten haben. So wurden die Anträge bei den Teuerungszulagen[8] (Rentner) höchstens zu 50 Prozent behan-

die Partei auf seine Linie zu zwingen, hatte Schäffer am 3. 4. 1952 mit seinem sofortigen Rücktritt gedroht, sollte die CSU seine Pläne ablehnen. Am 18. 7. 1952 stimmte der Bundesrat mit den Stimmen Bayerns schließlich einem Kompromiß zu, der den Bundesanteil auf 37 Prozent erhöhte. Für diesen Kompromiß votierte auch die Mehrheit der CSU-Landtagsfraktion. Vgl. Gelberg, Hans Ehard, S. 398–417; Henzler, Fritz Schäffer, S. 350–363, sowie Weber, Föderalismus und Lobbyismus, in: Schlemmer/Woller (Hrsg.), Bayern im Bund, Bd. 3, S. 67 f.

[5] Am 3. 4. 1952 hatte Schäffer in gleichlautenden Telegrammen an Adenauer, Strauß und Ehard mit Rücktritt gedroht, sollte die CSU seine finanzpolitischen Pläne ablehnen. Vgl. Henzler, Fritz Schäffer, S. 357 f.

[6] Darauf hatte sich die Landesgruppe bereits Mitte Februar 1952 festgelegt. ACSP, LG-P, Protokoll der Landesgruppensitzung am 19. 2. 1952.

[7] Zum Streit um die Besatzungskosten und die Kosten eines Verteidigungsbeitrags der Bundesrepublik im Rahmen der EVG vgl. Henzler, Fritz Schäffer, S. 399–420.

[8] Nach dem Teuerungszulagengesetz vom 10. 8. 1951 (vgl. BGBl. I 1951, S. 507 ff.) und dem Soforthilfeanpassungsgesetz vom 4. 12. 1951 (vgl. BGBl. I 1951, S. 934 f.) sollten die Bezieher von Renten und Fürsorgeleistungen „in Anpassung an die veränderten wirtschaftlichen Verhältnisse" monatliche Teuerungszuschläge aus Bundesmitteln erhalten.

delt, das ist für den Bundesfinanzminister eine große Sorge, weil er ja alle Nachzahlungen übernehmen muß. Von Hamburg und Nordrhein-Westfalen wurde bereits vorgeschlagen, der Bund solle verzichten, seinen Fehlbetrag im nächsten Jahr abdecken, er könne dafür von diesen beiden Ländern Anleihen bekommen. So viel Überschuß gibt es also schon in den einzelnen Ländern, die 40 Prozent abführen wollen sie aber nicht.

Die Gesamtsumme der Mehrausgaben gegenüber dem Soll beläuft sich auf zwangsweise 2636 Millionen DM, einschließlich der weiteren Ausgaben auf 3162 Millionen DM. Ich muß das nun kaschieren, indem ich das, was in den ordentlichen Haushalt hineingehört, in den außerordentlichen hineinnehme, so habe ich wenigstens das Gesicht gewahrt. Ich lege jetzt den zweiten Nachtragshaushalt vor, ich kann das beim Kabinett aber nur mit einem enormen Fehlbetrag. Ich überlasse es somit Kabinett und Parlament, wie diese den Fehlbetrag abdecken wollen. Das ganze Reden über den ordentlichen und außerordentlichen Etat hilft im übrigen nichts, wenn ich kurzfristige Verschuldigungen von 1500 Millionen DM auf dem Geldmarkt machen und verantworten muß. Ich ermahne die Freunde im bayerischen Landtag: Ihr könnt den Bund nicht zu einer Zeit verlassen, wo einer Euerer Parteifreunde die Finanzpolitik des Bundes leitet in der Absicht, gerade seiner steuerschwachen Heimat zu dienen. Ihr solltet allmählich merken, daß gewisse Länder wieder eine Hegemonie im Bund errichten wollen. Daß sich die steuerstarken Länder gegen die 40 Prozent wehren, müßt Ihr kapieren. Daß sich die steuerschwachen Länder dagegen wenden, ist freilich unverständlich. Bayern braucht den Bund als Ausgleichsmoment gegenüber den finanzstarken Ländern.

Meine These: Ich darf den Verteidigungsbeitrag nicht deshalb verweigern, weil ich mit den Ländern nicht streiten will. Ich muß die 8800 Millionen einsetzen und muß die sozialen Leistungen auf Grund der jetzigen Gesetzgebung decken. Ich kann nicht einfach deshalb neue Steuern erheben, weil die Steuerverteilung zwischen Bund und Ländern eine unglückliche ist. Die Umsatzsteuer könnte ich auch nur dann erhöhen, wenn gleichzeitig die Einkommensteuer in den unteren Stufen sehr stark ermäßigt würde. Außerdem darf ich nicht zu nahe an die Grenze der monetären Gefahr kommen. Die Einnahmen der Länder und deren Verbesserung beruhen auf Bundesgesetzgebung. Ich will den Gesetzentwurf spätestens in der ersten Maiwoche haben. Der Bundestag wird den Vermittlungsausschuß angehen. April und Mai sind noch Einkommensteuermonate ohne Vierteljahreszahlung. Der Juni bringt bereits die Vierteljahreszahlung. Wenn hier die 40 Prozent verloren gehen, sind sie unwiederbringlich. Ich bitte, die Bundestagsabgeordneten zu ermächtigen, dem Gesetzentwurf zuzustimmen. Ich halte die 40 Prozent für lebensnotwendig, bin dabei aber bereit, mit den Ländern zu reden.

Strauß: Ich wollte verhindern, daß die Bundestagsfraktion mit Ja stimmt, während die Landtagsfraktion an einer Interpellation beteiligt ist, deren Sinn ein Nein ist[9]. Wenn die Bundestagsfraktion Nein sagt, ist der Rücktritt des Finanzministers unvermeidlich. Sachlich müssen wir uns im klaren sein, daß diese Frage nicht isoliert gesehen werden kann, etwa als Auseinandersetzung zwischen Bayern und Bund. Diese Frage ist ein Bestandteil der gesamten Regierungspolitik. Hier

[9] Vgl. Nr. 50 mit Anm. 6.

schlägt der Lastenausgleich sowie der Verteidigungsbeitrag herein. Die einzige Lösungsmöglichkeit ist, daß Landtagsfraktion und Landesvorstandschaft ihr Einverständnis geben, [damit] die Bundestagsabgeordneten nächste Woche dem Gesetzentwurf Schäffer im Bundestag zustimmen können. Anschließend beschäftigt sich der Bundesrat mit dem Gesetz. Vermieden werden muß, daß ein Riß in unserer Partei aufscheint, etwa so, daß wir in Bonn nicht als die guten Föderalisten erscheinen. Unsere Gesamtpolitik muß entweder durchgeführt werden zu einem sicheren Erfolg, oder wir brechen ab, und die SPD bekommt recht.

Dr. *Ringelmann*: Der Bundesfinanzminister glaubt, daß schlechthin die Länder für die Fehlbeträge des Bundes aufzukommen haben; die Länder müssen hier konkret mindestens 1,3 Milliarden DM hineinstecken. In diesem Jahr sollen wir mit einem Schlag 200 Millionen mehr zahlen, es geht das an unseren Lebensnerv. Ich habe Zietsch[10] dafür gewonnen, daß wir zunächst 32 Prozent zahlen und es dann der Entwicklung überlassen, was weiter kommt. Wir wissen ja noch gar nicht, wie es mit dem Verteidigungsbeitrag wird. Sicher, wir dürfen den Bundesfinanzminister nicht im Stich lassen, und wir werden auch hier einen Weg finden. Im Vermittlungsausschuß wird ein Vorschlag zustande kommen, mit dem Schäffer sehr zufrieden sein kann.

Schäffer: Wenn der Gesetzentwurf abgelehnt wird, fällt die Regierung. Die Annahme des Gesetzes ist doch die Voraussetzung dafür, daß die Materie überhaupt in den Vermittlungsausschuß kommt.

Meixner: Wir können von der Landtagsfraktion her nicht eine Blankovollmacht auf einen 40 Prozent-Anteil geben, wenn dann der Vermittlungsausschuß den Anteil etwa auf 35 Prozent herabdrückt.

Dr. *Lacherbauer* betont, die Landtagsfraktion müsse die Frage erwägen, ob nicht ein Abänderungsantrag auf 35 Prozent eingebracht werden soll. Man könne nicht auf der einen Seite die Zustimmung zu den 40 Prozent erteilen und auf der anderen Seite den Ministerpräsidenten beauftragen, im Bundesrat dagegen zu sein.

Dr. *Horlacher*: Unter keinen Umständen darf ein Beschluß veröffentlicht werden, daß die beiden Fraktionen für 40 Prozent sind.

Hundhammer: Ich habe schwerste Bedenken gegen eine formelle Ermächtigung auf 40 Prozent, ich könnte auch einem solchen Beschluß nicht zustimmen.

Strauß: Ein Abänderungsvorschlag, wie Lacherbauer ihn vorschlägt, ist leider unmöglich.

Meixner: Die Fraktion nimmt also folgenden Standpunkt ein: Die Fraktion hat das Problem des 40 Prozent-Anteils erörtert und ist sich über die große Bedeutung dieser Frage im klaren. Die Fraktion ist damit einverstanden, dem Bund die Mittel zu geben, die er unbedingt braucht. Voraussetzung muß jedoch die Möglichkeit der Überprüfung dieser Notwendigkeiten durch die Länder sein.

Abstimmung: Dieser Standpunkt wird von den beiden Fraktionen und der Landesvorstandschaft bei fünf Gegenstimmen [und] bei fünf Enthaltungen gebilligt.

[10] Friedrich Zietsch (1903–1976), 1921–1924 Bankbeamter, 1924–1932 Verbandsgeschäftsführer in Selb, seit 1925 SPD-Mitglied, nach 1933 Kaufmann, 1941–1945 Teilnahme am Zweiten Weltkrieg, 1946 MdVLV (SPD), 1946–1966 MdL (SPD), 1951–1957 bayerischer Finanzminister.

Abgabe einer Erklärung durch Dr. Hundhammer:
Meixner: Ich bin unendlich traurig, daß ein solcher Punkt Gegenstand unserer Beratungen in diesem Kreis sein muß, aber wir müssen die Aussprache führen[11]. Ich appelliere an alle Fraktionskollegen um Mäßigung und Sachlichkeit. Nicht unabsehbares Unheil, sondern Besserung und Heilung soll die Debatte bringen in diesen Dingen, die uns in der Vergangenheit schon so schwer bedrückt haben.

Dr. *Hundhammer*: Daß ich nachträglich den Fraktionsvorsitzenden gebeten habe, diesen Punkt zur Beratung zu nehmen, hat seinen Grund darin, daß ich die Unterlagen erst spät bekommen habe. Es soll jetzt darüber gesprochen werden, weil die Angelegenheit auch Ihnen sehr wichtig erscheinen wird und Sie darüber informiert sein sollen. In der Aussprache vom 5. April[12] hatte ich mich nur mit ein

[11] Gemeint ist eine Spendenaffäre um Josef Müller, die im Zusammenhang mit dem Auerbach-Skandal (vgl. Anm. 73 zu diesem Dokument) stand und für großes Aufsehen sorgte. Den Stein ins Rollen brachten ehemalige Mitarbeiter Philipp Auerbachs, die sich nach dessen Verhaftung nach Israel abgesetzt hatten und von dort aus eidesstattliche Erklärungen an den Anwalt Auerbachs, Joseph Panholzer, abgaben. Danach sollte Josef Müller von Markus Seibald 40000 DM aus Mitteln des Landesentschädigungsamts bzw. der sogenannten Sammelstelle (vgl. Anm. 41 zu diesem Dokument) erhalten haben. Am 9. 1. 1952 setzte Panholzer Ministerpräsident Ehard von diesem Vorwurf in Kenntnis und sandte wenig später Kopien der eidesstattlichen Erklärungen an eine Reihe namhafter Politiker, darunter Fritz Schäffer und Thomas Dehler. Am 31. 1. 1952 konfrontierte Ehard den Justizminister mit den Anschuldigungen; Müller bestritt diese, räumte jedoch ein, von Landesrabbiner Aaron Ohrenstein zwischen Februar und Juli 1950 einen Betrag von rund 20000 DM erhalten zu haben, von denen er im November 1951, als gegen Ohrenstein im Zusammenhang mit dem Skandal um das Landesentschädigungsamt Anklage erhoben worden war, 15000 DM zurückbezahlt habe – die restlichen 5000 seien für karitative Zwecke verwendet worden. Für die Widersacher Müllers innerhalb und außerhalb der CSU waren diese Vorwürfe ein willkommenes Instrument, um den Ochsensepp endgültig auszuschalten. So forderte Alois Hundhammer bereits am 20. 2. 1952 den Rücktritt Müllers, blieb jedoch damit im Vorstand der Landtagsfraktion und im Landesvorstand allein. Nachdem Anton Besold die Vorwürfe gegen Müller in einer Wahlversammlung der Bayernpartei am 27. 3. 1952 an die Öffentlichkeit gebracht hatte, gab Hundhammer am 4. 4. 1952 auf einer Pressekonferenz eine sehr einseitige Darstellung des Sachverhalts und erhob nun erstmals öffentlich die Forderung nach dem Rücktritt des Justizministers – und das, obwohl der begründete Verdacht bestand, daß das Belastungsmaterial gegen Müller erkauft worden war, obwohl Müller umgehend eine einstweilige Verfügung gegen die Äußerungen Besolds erwirkt und obwohl der Vorstand der Landtagsfraktion wie auch der Landesvorstand zuvor eine vertrauliche Behandlung der Angelegenheit beschlossen hatten. Während Hundhammer in der CSU-Fraktion isoliert blieb, übernahmen die Bayernpartei und die FDP in einer gemeinsamen Interpellation die Rücktrittsforderung des Landtagspräsidenten. In einer überaus hitzigen Debatte am 7./8. 5. 1952, in der weder Hans Ehard noch Josef Müller eine gute Figur machten, wies die Landtagsmehrheit die Interpellation zurück und beauftragte den Auerbach-Untersuchungsausschuß mit der Klärung der Spendenaffäre. Der Untersuchungsausschuß, der sich mit dieser Angelegenheit in vier Sitzungen zwischen dem 23. und dem 27. 5. 1952 befaßte, konnte jedoch die entscheidenden Fragen, wieviel Geld Müller von Ohrenstein tatsächlich erhalten hatte, woher diese Mittel stammten und wofür sie verwendet wurden, ebenfalls nicht klären, weil Müller und seine Sekretärin Anna Haaser in diesen Punkten die Aussage verweigerten und der Justizminister nicht in der Lage bzw. nicht bereit war, die einschlägigen Unterlagen herauszugeben. Wegen unberechtigter Zeugnisverweigerung verhängte der Ausschußvorsitzende eine Ordnungsstrafe von 500 DM gegen den bayerischen Justizminister. Nach diesen unerhörten Vorgängen, die in der Öffentlichkeit einen fatalen Eindruck hinterließen, war Müller nicht mehr zu halten; am 23. 5. 1952 forderte ihn der Ministerpräsident auf, sein Amt zur Verfügung zu stellen, drei Tage später trat Müller als Justizminister zurück und spielte seither politisch kaum mehr eine Rolle. Vgl. Schlemmer, Aufbruch, S. 408ff. Die wissenschaftliche Aufarbeitung dieser Affäre ist nach wie vor ein Desiderat der Forschung. Umfangreiches Material dazu findet sich in: BayHStA, NL Ehard 1106–1109, und ACSP, LTF II, Mappe Konflikt Müller-Hundhammer, LTF II/1, 15–12/1, und LSG, Ordner Müller-Hundhammer 1952.

[12] Die CSU-Landtagsfraktion hatte am 5. 4. 1952 in einer Sondersitzung über die Affäre Müller/Auerbach beraten und gegen die Stimme Hundhammers eine für den Justizminister günstige Ent-

paar kurzen Bemerkungen geäußert. In der Zwischenzeit sind mir Dinge bekannt geworden, die ich damals zwar vermutete, aber nicht schwarz auf weiß in Händen hatte. Sie werden das Bild vom 5. April auf Grund dieser Dinge heute korrigieren. Der Ministerpräsident hat damals seine Stellungnahme hier und bei den Verlautbarungen der Öffentlichkeit gegenüber wie folgt zusammengefaßt[13]:

„1. Ich habe bereits Anfang des Jahres von den Beschuldigungen Kenntnis erhalten. 2. Ich habe daraufhin sofort eine Klärung der Angelegenheit eingeleitet und die erforderlichen Maßnahmen getroffen; die Klärung ist noch nicht völlig abgeschlossen. 3. Es wurde eindeutig festgestellt, daß die Behauptung von Weißmann[14], daß die Mittel aus der Sammelstelle[15] stammen, nicht den Tatsachen entspricht; vielmehr hat sich der Verdacht gefestigt, daß diese Behauptung erkauft wurde, und zwar von Leuten, die in dieses Verfahren verwickelt und die flüchtig sind; die Beweisdokumente befinden sich in meinen Händen."

Dieser Standpunkt ist in einem Flugblatt der Münchner CSU[16] wiederholt worden. Diese Voraussetzungen sind außerdem – neben einem falschen Bericht über die Besold-Versammlung in München[17] – in dem Gerichtsurteil gegen Besold[18] als Grundlage hergenommen worden. Der Wortlaut der Unterlagen des Herrn Ministerpräsidenten ist in dem Weißbuch der Staatskanzlei[19] publiziert, und zwar im Anhang der Beilage 11. (Dr. *Hundhammer* verliest den Text im Wortlaut[20].)

schließung angenommen. Vgl. Nr. 50b und Münchner Merkur vom 7. 4. 1952: „CSU sieht keinen Grund für Rücktritt Dr. Müllers", sowie Süddeutsche Zeitung vom 8. 4. 1952: „Im Dschungel der bayerischen Politik".

13 Der Text der Stellungnahme Ehards vom 28. 3. 1952, die Hundhammer im folgenden wörtlich wiedergab, findet sich in: BayHStA, NL Ehard 1108; vgl. auch den Vermerk Hans Ehards vom 1. 4. 1952 im selben Faszikel.

14 Juda Weißmann, seit 1. 4. 1948 Vorsitzender der Revisionskommission beim Zentralkomitee der befreiten Juden in der US-Zone, 1950 kurzzeitig Mitarbeiter der sogenannten Sammelstelle.

15 Vgl. Anm. 24 zu diesem Dokument.

16 Das Flugblatt mit dem Titel „Ein Oberbürgermeisterkandidat weniger!", für das Franz Sackmann verantwortlich zeichnete, war am 29. 3. 1952 in einer Auflage von 50000 Stück in München verteilt worden. Darin hieß es u. a., Besold habe sich durch seine Aussagen „zum Wortführer bezahlter, ins Ausland geflüchteter krimineller Elemente" und „zum Sachwalter krimineller Verleumder gemacht". BayHStA, NL Ehard 1693, Rechtsanwalt Richard Polt an Hans Ehard vom 5. 5. 1952.

17 Besold wiederholte in einer Rede am 27. 3. 1952 – kurz vor den Kommunalwahlen in Bayern – im Münchner Salvatorkeller die von Weißmann und Seibald erhobenen Anschuldigungen gegen den Justizminister, dieser habe von Seibald aus Mitteln der „Sammelstelle" 40000 DM erhalten. Zudem warf Besold Müller vor, manipulativ in den Auerbach-Prozeß eingegriffen zu haben, und forderte daher mit den Worten „Müller muß fallen, damit Bayern leben kann" den Rücktritt des Justizministers. Darüber hinaus richtete Besold scharfe Angriffe gegen den Ministerpräsidenten, der in dieser Affäre viel früher hätte durchgreifen müssen. Auszüge aus dieser Rede finden sich in: BayHStA, NL Ehard 1108.

18 Besold wurde die Behauptung untersagt, Müller habe 40000 DM von Seibald erhalten, die aus dem Erlös der „Sammelstelle" stammten. BayHStA, NL Ehard 1108, Einstweilige Verfügung des Landgerichts München I gegen Anton Besold vom 28. 3. 1952.

19 Dabei handelt es sich um eine zwölfseitige hektographierte Zusammenstellung des Presse- und Informationsamts der bayerischen Staatskanzlei vom 8. 4. 1952, der als Anlage 13 Dokumente in Abschrift beigefügt wurden. Das „Weißbuch" gibt im wesentlichen den Standpunkt Ehards in der Spendenaffäre um Josef Müller sowie in den daraus resultierenden parteiinternen Auseinandersetzungen wieder. Ein Exemplar findet sich in: ACSP, LTF II/1, 15–12/1.

20 Das Dokument, das Ehard als Beweis dafür ansah, daß die Erklärungen Weißmanns gefälscht seien, war ein von Seibald in polnischer Sprache verfaßter Begleitbrief an Baruch Graubard, den dieser an die Staatsanwaltschaft weiterleitete, die wiederum den Ministerpräsidenten informierte. In diesem Begleitschreiben hieß es: „Die eidesstattliche Erklärung macht hier für Entgelt ein Herr Weissmann. Bezahlt haben ihn die Herrn Ingster und Vogel." ACSP, LTF II/1, 15–12/1, Beglaubigte Abschrift des Briefes von Joseph Panholzer an Markus Seibald vom 20. 2. 1952 mit Vermerk von Staatsanwalt Hölper vom 27. 3. 1952, und die Aussagen Graubards in: BayHStA, NL Ehard

Ich erinnere mich, wie diese Bekanntgabe hier eingeschlagen hat. Ich muß Ihnen heute sagen, diese Erklärung ist eine *Fälschung*. Hier ist der Name Graubard[21] zu erwähnen, der dieses Schreiben in Händen hatte. Die Einzelheiten der Fälschung werden im Gerichtssaal geklärt werden. Seibald[22] hat unterm 3. April eine eidesstattliche Erklärung abgegeben, die hier im Original vor mir liegt, ohne daß ich sie verlangt hätte. Diese Erklärung lautet[23]:

„Ich, der Unterfertigte, Dr. Markus Seibald, Inhaber der Deutschen Kennkarte No. B XXVIII-33881, ausgestellt in München am 1. Oktober 1946, wohnhaft in Haifa, Ilanot 19, erkläre hiermit – nachdem ich über die Folgen einer falschen oder fahrlässig falschen eidesstattlichen Versicherung belehrt und zur Angabe der reinen Wahrheit ermahnt wurde – an Eides statt wie folgt: Im ‚Münchner Merkur' vom 29. März 1952 erschien eine Notiz, daß die CSU ein Flugblatt verbreitet, in welchem es unter anderem heißt: ‚Unter anderem hat der von Dr. Besold zitierte Dr. Markus Seibald in einer schriftlichen Erklärung festgestellt, daß es sich um eine verleumderische Behauptung handelt und erklärt, daß Weißmann, bestochen ... diese bestellte, schmutzige Arbeit gegen ‚Belohnung' geliefert habe.'[24] Ich erkläre hiermit an Eides statt, daß ich diese Erklärung nie abgegeben und eine solche Behauptung nie aufgestellt habe. *Urkund* dessen meine eigenhändige Unterschrift: gez. Dr. Markus Seibald."

Die Unterschrift ist notariell beglaubigt. Außerdem habe ich selber die Unterschrift mit den in München noch vorliegenden Unterschriften verglichen. Eine beglaubigte Abschrift habe ich dem Herrn Ministerpräsidenten bereits übergeben, mit dem stellvertretenden Ministerpräsidenten habe ich schon am Samstag im Theater gesprochen.

Die von Dr. Müller gemachten Mitteilungen hatte der Ministerpräsident seinerzeit als richtig hingenommen. Aber nicht die Erklärung des Juda Weißmann ist eine bestellte schmutzige Arbeit, sondern die ihnen bekanntgegebene und dem Gericht vorgehaltene angebliche Äußerung des Herrn Seibald ist eine Fälschung. Es hätte schon auffallen müssen, daß diese angebliche Erklärung nur auf einer Briefabschrift vorliegt. Über diesen Vorgang hinaus ist von München aus versucht worden, Weißmann zur Zurückziehung seiner vor dem Notar abgegebenen Erklärung zu bringen und ihn zur Abgabe einer den Tatsachen nicht entsprechenden falschen Erklärung zu veranlassen, aber nicht von Herrn Ingster[25], sondern von Herrn Ohrenstein[26]. Ich habe hier die Fotokopie von zwei Briefen, die Ohren-

1107, Protokoll der 24. Sitzung des Untersuchungsausschusses zur Prüfung der Vorgänge im Landesentschädigungsamt am 21. 5. 1952 und der 25. Sitzung des Untersuchungsausschusses zur Prüfung der Vorgänge im Landesentschädigungsamt am 23. 5. 1952.

21 Baruch Graubard (geb. 1900 in Galizien), jüdischer Theologe, Direktor des Hebräischen Gymnasiums in München, im Auerbach-Untersuchungsausschuß als Zeuge vernommen und als Sachverständiger für die Überprüfung von Übersetzungen aus dem Hebräischen herangezogen.

22 Dr. Markus Seibald (geb. 1901 in Sambor/Polen), isr., Kaufmann, Leiter der „Sammelstelle" beim Landesentschädigungsamt, die für den Aufkauf von Feststellungsbescheiden auswanderungswilliger jüdischer DPs zuständig war (vgl. Anm. 41 zu diesem Dokument). Im Zusammenhang mit dem Auerbach-Skandal wurde gegen Seibald wegen Betrugs, Untreue, Unterschlagung und Urkundenfälschung ermittelt; am 27. 2. 1952 erging Haftbefehl, doch hatte sich Seibald zu diesem Zeitpunkt bereits nach Israel abgesetzt.

23 Die eidesstattliche Versicherung Seibalds findet sich in: BayHStA, NL Ehard 1108.

24 Im Münchner Merkur vom 29./30. 3. 1952 nicht ermittelt.

25 Israel Ingster (geb. 1916 in Bensburg), Leiter der Auswanderungsabteilung im Landesentschädigungsamt. Am 10. 10. 1951 erließ das Landgericht München Haftbefehl gegen Ingster, der sich der Verhaftung jedoch durch Flucht nach Israel entzog.

26 Dr. Aaron Ohrenstein (geb. 1909), 1928 Studium der jüdischen Theologie in Breslau, Januar 1935

stein in dieser Sache nach Palästina geschrieben hat. Die Empörung dort unten über die Machenschaften, die von München aus versucht werden, ist schon so groß, daß man dort an die Öffentlichkeit geht. Die Briefe Ohrensteins an Weißmann liegen im Augenblick noch in einer nicht beglaubigten Übersetzung vor, auf Ihren Wunsch lese ich vor:
Erster Brief[27]:

„Lieber Weißmann! Ich beantworte erst heute Ihren Brief, da ich vorher Ihre Erklärung[28] sehen wollte. Diese habe ich erst heute bekommen und kann daher zu Ihren Fragen Stellung nehmen. Allgemein halte ich [sic!], daß Sie sich in diese Sache nicht hineinmischen brauchen. Ihre Erklärung – soweit sie Ihre Person betrifft – verstehe ich. Der andere Teil ist nicht nur unwichtig für Sie, sondern schädlich für andere. Was wollten Sie damit? Sie schreiben doch selbst, daß Sie niemandem schaden wollten, um so mehr hätten Sie früher anfragen sollen. Sie haben mir doch *nicht einmal* die Erklärung zugesandt, die Sie gegeben haben, und ich mußte mir dieselbe erst auf schrecklichen Umwegen besorgen. Der Schlußeffekt solcher Sachen ist doch gewöhnlich so, daß man nur das auffängt, was jemandem paßt, alles andere läßt sogar der Verteidiger Auerbachs[29] unbeachtet – das interessiert ihn nicht.

Rabbinerprüfung in Breslau, Mai 1935 Promotion zum Dr. phil. in Prag, danach Ruf als Prediger und Lehrer an eine jüdische Gemeinde in Berlin, am 30. 10. 1938 Ausweisung nach Polen, danach Direktor eines Waisenhauses in der Nähe von Warschau, 1939 Flucht nach Tarnopol, im August 1941 nach Ermordung der Eltern durch die SS Einweisung in ein Zwangsarbeitslager, 1943 Flucht und Untergrund, Herbst 1945 Auswanderung nach Deutschland, 1947 Ernennung zum Landesrabbiner, am 14. 8. 1952 Verurteilung im Auerbach-Prozeß zu einem Jahr Gefängnis und einer Geldstrafe von 10000 DM durch das Landgericht München I. Der Bundesgerichtshof hob das Urteil im Strafmaß am 9. 7. 1954 auf und verwies es an das Landgericht München I, das am 21. 12. 1954 das Strafmaß auf ein Jahr Gefängnis festsetzte. Nach einer erfolglosen weiteren Revision beim Bundesgerichtshof legte Ohrenstein Verfassungsbeschwerde beim Bundesverfassungsgericht ein, das am 16. 2. 1956 das Urteil wegen Verletzung des Grundgesetzes aufhob und an das Landgericht Augsburg verwies, das Ohrenstein am 15. 1. 1957 zu einer Gefängnisstrafe von neun Monaten verurteilte und die Strafe zur Bewährung aussetzte.

27 Dieser Brief wurde auch während der Vernehmung Ohrensteins vor dem Untersuchungsausschuß des Landtags verlesen. BayHStA, NL Ehard 1107, Protokoll der 23. Sitzung des Untersuchungsausschusses zur Prüfung der Vorgänge im Landesentschädigungsamt am 20. 5. 1952.

28 Durch diese Erklärung, tatsächlich ein Brief Juda Weißmanns an das Landgericht München I vom 7. 12. 1951 (BayHStA, NL Ehard 1108), wurde Müller in den Strudel der Affäre Auerbach hineingerissen. Weißmann – gegen den im Zusammenhang mit den Unregelmäßigkeiten beim Landesentschädigungsamt ein Haftbefehl vorlag und der sich in Israel aufhielt – dementierte darin zunächst seine angebliche Flucht sowie jede Beteiligung an etwaigen Ungesetzlichkeiten; anschließend behauptete er, „dass die Sekretärin des Herrn Justizministers Dr. Joseph Müller namens Anni in dessen Auftrag in der Wohnung des Dr. Seibald einige Male gewesen ist und dort Geldbeträge von 40000 D-Mark in Raten in Empfang genommen hat. Diese Beträge stammten von der Differenz, die die sogenannte ‚Sammelstelle' verdient hatte, mit denen ich persönlich jedoch nichts zu tun hatte." Weißmann erklärte sich bereit, diese Aussage zu beeiden.

29 Auerbach wurde von Joseph Klibansky und Dr. Joseph Panholzer verteidigt. Die Spendenaffäre um Josef Müller stellte nur eine von zahlreichen Facetten des sogenannten Auerbach-Skandals – einem der größten Politskandale im Nachkriegsbayern und in der frühen Bundesrepublik – dar. Massive Kritik an der Amtsführung Philipp Auerbachs, des Präsidenten des Bayerischen Landesentschädigungsamts für rassisch, religiös und politisch Verfolgte, hatte bereits der Oberste Bayerische Rechnungshof in einem umfassenden Prüfungsbericht vom 7. 7. 1950 erhoben. Am 26. 2. 1951 wurde das Landesentschädigungsamt von der Münchner Stadtpolizei besetzt, am 9. 3. 1951 wurde Auerbach seines Postens enthoben und am 10. 3. 1951 wegen des Verdachts des Betrugs und der Urkundenfälschung verhaftet. Während sich die Erstellung der Anklageschrift hinauszögerte, da laufend neue Verdachtsmomente hinzukamen, setzte der bayerische Landtag am 25. 4. 1951 auf Antrag der BP einen Untersuchungsausschuß ein, der insbesondere klären sollte, ob übergeordnete Behörden ihre Dienstaufsichtspflicht gegenüber dem Landesentschädigungsamt verletzt hatten; bis in den Januar 1954 fanden insgesamt 31 Sitzungen statt. Der Prozeß gegen Auerbach, zwei enge Mitarbeiter im Landesentschädigungsamt sowie den Landesrabbiner Aaron Ohrenstein, gegen den die Staatsanwaltschaft im November 1951 ebenfalls Anklage erhoben hatte, begann am

Von mir wissen Sie doch ganz genau, daß ich bin wie Lehm beim Töpfer in ihren Händen. Also was macht man jetzt? Mein Rat ist, die ganze Sache zu widerrufen – ich meine, was die Angelegenheit der Gelder anbelangt.
Sie können schreiben, daß Sie sich überzeugt haben, daß es auf falschen Informationen beruht; denn in der Wirklichkeit war es nicht so, und Sie können damit nur sich heraushalten. Sogar Seibald könnte eine solche Erklärung nicht abgeben, denn das hat mit der ‚Sammelstelle' nichts zu tun. Daher hören Sie auf meinen Rat und tun Sie das, was richtig ist. Es ist nicht alles richtig, was der ‚Jüngste'[30] Ihnen erzählt.
Übrigens, ihr Interesse in der Sache liegt ganz anders[31]. Ich hoffe, daß Sie mich verstanden haben und begrüße Sie bestens Ihr"

Zweiter Brief (Umschlag mit Poststempel 15. Februar 1952)[32]:

„Lieber Weißmann! Zwei Tage, bevor ich Ihr Telegramm[33] erhielt, habe ich Ihnen ausführlich geschrieben. Die Ursache meines Wartens habe ich Ihnen mitgeteilt, ich habe von Ihrer Erklärung nichts gewußt und mußte mir dieselbe mit verschiedenen Mitteln besorgen. Sie haben zwar erklärt, daß Sie mich angefragt hatten, aber erst nach allen Vorkommnissen. Ihre Erklärung gaben Sie am 7. Dezember ab, und am 25. Januar schrieben Sie mir[34], und dabei

18. 4. 1952. Auerbach wurden Unterschlagung, Erpressung, Untreue, Betrug, Bestechung, Meineid und das unbefugte Führen eines akademischen Grades zur Last gelegt. Es waren jedoch nicht die schweren Vorwürfe, die dem Prozeß ein ungeheures öffentliches Interesse sicherten, sondern vielmehr die Umstände, unter denen er stattfand: Erstens stand mit Auerbach ein jüdischer Angeklagter vor einem deutschen Gericht, und er traf dort auf Richter und Staatsanwälte mit einschlägiger Vergangenheit aus der NS-Zeit, was wiederholt Anlaß für heftige Zusammenstöße zwischen Staatsanwaltschaft und Verteidigung bot. Hinzu kamen antisemitische Äußerungen, die vor allem im Ausland sehr genau registriert wurden. Zweitens befanden sich unter den 101 Zeugen, die während der Verhandlungen vernommen wurden, auch der bayerische Ministerpräsident Hans Ehard und sein Stellvertreter, Innenminister Wilhelm Hoegner, sowie zahlreiche weitere hochrangige Politiker und Spitzenbeamte. Drittens lastete auf dem Verfahren von Anfang an der Verdacht der politischen Beeinflussung, wozu nicht zuletzt die Stellungnahmen des Justizministers Josef Müller beitrugen, der eine rasche Verurteilung Auerbachs forderte. Am 14. 8. 1952 verurteilte die Große Strafkammer des Landgerichts München I Auerbach zu zweieinhalb Jahren Gefängnis und 2700 DM Geldstrafe; da ihm jedoch einige der schwerwiegendsten Anklagepunkte nicht nachgewiesen werden konnten, wurde das Urteil allgemein als sehr hart aufgefaßt. Am Tag nach der Urteilsverkündung nahm sich Auerbach, der bis zuletzt seine Unschuld beteuert hatte, in seiner Zelle das Leben. Vgl. Goschler, Fall Auerbach, in: Herbst/Goschler (Hrsg.), Wiedergutmachung in der Bundesrepublik Deutschland, S. 77–98, Kraushaar, Affäre Auerbach; Ludyga, Philipp Auerbach, S. 105–131; Winstel, Verhandelte Gerechtigkeit, S. 148ff. Einen Quellenüberblick gibt Gerhard Fürmetz, Neue Einblicke in die Praxis der frühen Wiedergutmachung in Bayern: Die Auerbach-Korrespondenz im Bayerischen Hauptstaatsarchiv und die Akten des Strafprozesses gegen die Führung des Landesentschädigungsamtes von 1952, in: Zeitenblicke 3 (2004), Nr. 2 [13. 09. 2004], URL: http://zeitenblicke.historicum.net/2004/02/fuermetz/index.html.

30 Bei dieser Formulierung handelt es sich nach Aussage von Baruch Graubard um ein Kryptogramm in polnischer Sprache; gemeint ist der Name „Ingster". BayHStA, NL Ehard 1107, Protokoll der 25. Sitzung des Untersuchungsausschusses zur Prüfung der Vorgänge im Landesentschädigungsamt am 23. 5. 1952.

31 In der Übersetzung dieses Briefes durch Baruch Graubard, die ansonsten mit der vorliegenden Fassung weitgehend übereinstimmt, lautet dieser Satz: „Übrigens das Interesse jener an der Sache ist ein anderes." BayHStA, NL Ehard 1107, Protokoll der 25. Sitzung des Untersuchungsausschusses zur Prüfung der Vorgänge im Landesentschädigungsamt am 23. 5. 1952.

32 Auch dieser Brief wurde während der Vernehmung Ohrensteins vor dem Untersuchungsausschuß des Landtags verlesen. BayHStA, NL Ehard 1107, Protokoll der 23. Sitzung des Untersuchungsausschusses zur Prüfung der Vorgänge im Landesentschädigungsamt am 20. 5. 1952.

33 Nicht ermittelt.

34 Nicht ermittelt.

war das für mich etwas ganz Neues[35], da ich von Ihrer Erklärung nichts wußte. Erst Rosow[36] sagte es mir, und dann habe ich mir die Erklärung besorgt.
Auch Ihr Telegramm ist für mich unverständlich. Erstens die Worte: ‚Es ist mir eine Pflicht auszusagen'[37]. Welche Pflichten haben Sie gegenüber der ‚Bande'[38], um ihr zu helfen und mir zu schaden? Von München aus ist mir so etwas nicht bekannt gewesen. Vielleicht haben Sie doch Pflichten – dann bitte ich Sie um Entschuldigung. Überhaupt ist der ‚Große'[39] der erste gewesen, der dummes Zeug geredet hat, wie gewöhnlich, um Leidensgenossen zu haben[40]. Deshalb ist Ihre Zuneigung zu ihnen unverständlich. Aber Liebe kann man nicht erwerben, ich will das auch nicht. Ich frage nur nach der Logik.
Zweitens schreiben Sie: ‚Ich werde eine Erklärung nach meinem Wissen abgeben.' Welche Informationen haben Sie? Oder können Sie haben? Nachdem Sie mit der ganzen Sache nichts zu tun hatten. Und ich habe mich mit Leid und Pein wenigstens aus der Sache des Aufkaufes von Feststellungsbescheiden[41] zunächst herausgedreht, da wollen Sie eine neue Suppe ko-

[35] In der Übersetzung von Baruch Graubard lautet dieser Satz: „und dabei war das für mich ein strenges Geheimnis". BayHStA, NL Ehard 1107, Protokoll der 25. Sitzung des Untersuchungsausschusses zur Prüfung der Vorgänge im Landesentschädigungsamt am 23. 5. 1952.

[36] Nicht ermittelt.

[37] Baruch Graubards Übersetzung lautete: „Meine Pflicht ist zu antworten." BayHStA, NL Ehard 1107, Protokoll der 25. Sitzung des Untersuchungsausschusses zur Prüfung der Vorgänge im Landesentschädigungsamt am 23. 5. 1952.

[38] Nach Aussage Ohrensteins handelt es sich bei dem Wort „Bande" um einen Übersetzungsfehler; Ohrenstein habe den hebräischen Ausdruck für „Gesellschaft" oder „Kollegium" gebraucht. BayHStA, NL Ehard 1107, Protokoll der 23. Sitzung des Untersuchungsausschusses zur Prüfung der Vorgänge im Landesentschädigungsamt am 20. 5. 1952. Baruch Graubard verwendete in seiner Übersetzung den Begriff „Gesellschaft". NL Ehard 1107, Protokoll der 25. Sitzung des Untersuchungsausschusses zur Prüfung der Vorgänge im Landesentschädigungsamt am 23. 5. 1952.

[39] Nach Aussage Ohrensteins war damit Philipp Auerbach gemeint. BayHStA, NL Ehard 1107, Protokoll der 23. Sitzung des Untersuchungsausschusses zur Prüfung der Vorgänge im Landesentschädigungsamt am 20. 5. 1952.

[40] Die Übersetzung von Baruch Graubard lautet: „In Wirklichkeit war doch der Dicke, der erste, der Dummheiten, wie gewöhnlich, gesprochen hat, um sich ‚Kameraden im Unglück zu verschaffen'." BayHStA, NL Ehard 1107, Protokoll der 25. Sitzung des Untersuchungsausschusses zur Prüfung der Vorgänge im Landesentschädigungsamt am 23. 5. 1952.

[41] Per Feststellungsbescheid wurde die Höhe der Haftentschädigung nach dem Entschädigungsgesetz vom 12. 8. 1949 (BGVBl. 1949, S. 195–204), die für jeden vollen Monat Haft unter dem NS-Regime 150 DM betrug, festgelegt. Die Auszahlung der Haftentschädigung erfolgte in zwei Raten: Die erste wurde bis zu einem Höchstbetrag von 3000 DM mit der Ausstellung des Feststellungsbescheids in bar ausbezahlt, die zweite erst 1953/54. Die meisten Entschädigungsberechtigten waren jedoch jüdische DPs, die in Lagern lebten und so schnell wie möglich auswandern wollten; daher versuchten sie häufig, die zweite Rate der ihnen zustehenden Haftentschädigung – als einen später vom Freistaat einzulösenden Wechsel – an Geschäftsleute zu verkaufen, wofür eine Genehmigung des Landesentschädigungsamts notwendig war. Da der Aufkauf sich als sehr lukrativ erwies, weil der Käufer aufgrund der Zwangslage des Verkäufers in der Regel nur einen Bruchteil der nominellen Entschädigungssumme auszahlen mußten, entstand umgehend ein schwunghafter Handel mit den Feststellungsbescheiden. Im Juli 1950 versuchte das Finanzministerium per Erlaß, die schlimmsten Auswüchse des Handels mit Feststellungsbescheiden zu unterbinden und diesen in geordnete Bahnen zu lenken. Zu diesem Zweck wurde am 7. 11. 1950 die sogenannte Sammelstelle bei der Aktiengesellschaft für Industrieverwaltung in München gegründet, die Feststellungsbescheide im Wert von bis zu fünf Millionen DM zu einem Kurs von 47 Prozent aufkaufen sollte, die der Freistaat nach zwei Jahren zu einem Kurswert von 62 Prozent abzulösen versprach. Das Geld wurde von einem Bankenkonsortium bereitgestellt, dem die Bayerische Staatsbank, die Bayerische Gemeindebank, die Bayerische Hypotheken- und Wechselbank, die Bayerische Vereinsbank und das Bankhaus Seiler & Co. angehörten. Von dieser Regelung profitierten nicht nur die beteiligten Banken, die satte Gewinne einstrichen, sondern insbesondere der Fiskus, der knapp 40 Prozent der Entschädigungssumme einsparte; zudem hoffte man, damit die Ausreise jüdischer DPs zu beschleunigen. BayHStA, NL Ehard 1105, Hans Ehard an das Bayerische Landesentschädigungsamt vom 19. 7. 1950, und Vereinbarung zwischen dem bayerischen Staatsministerium der Finanzen und der Aktiengesellschaft für Industrieverwaltung vom 7. 11. 1950. Vgl. dazu Winstel, Verhandelte Gerechtigkeit, S. 321-333.

chen[42]. Außer(dem) stimmt es zeitlich nicht überein, denn das liegt früher zurück, und das wäre eine falsche eidesstattliche Erklärung.
Also, wie Sie sehen, hätten Sie vorher anfragen müssen, aber viel früher – das heißt, bevor Sie einen Brief an Panholzer[43] losgelassen haben unter dem Einfluß einer gewissen Person, die dabei nur eine bezahlte ist.
Lieber Weißmann, ziehen Sie Ihre Erklärung mit der Begründung zurück, daß Sie schlecht informiert waren. Soll Panholzer kein Feuer mit fremden Händen schüren! Es genügt, um zu verstehen! Ich grüße Sie und bitte, mir hierüber zu berichten. Grüße für Ihre Familie Ihr"

Mitte Februar war dem Herrn Ministerpräsidenten gesagt worden, die Erklärungen von Weißmann seien falsch. Diese Hoffnung hat sich aufgebaut auf den zwei Briefen, die ich jetzt verlesen habe.

Nach diesen Eröffnungen werden Sie nicht mehr erstaunt sein, wenn ich Ihnen von zwei weiteren Aktenstücken Kenntnis gebe:
Erste eidesstattliche Erklärung von Weißmann vom 8. April 1952[44]:

„Ich nehme Bezug auf die Pressenotizen in ‚Münchner Merkur'[45] und ‚Süddeutscher Zeitung' vom 29. März 1952[46] und erkläre an Eides statt, daß sie nicht der Wahrheit entsprechen. Die Erklärung, wonach Dr. Josef Müller 40000 D-Mark von Dr. Seibald genommen hat, habe ich nach bestem Wissen und Gewissen abgegeben und wiederhole sie hiermit ausdrücklichst. Es hat mich niemand dazu veranlaßt, geschweige denn bestochen, daß ich diese Erklärung abgebe. Sämtliche Behauptungen, die sich auf eine sogenannte Erklärung Dr. Seibalds stützen, sind hinreichend durch die beigefügte Erklärung des Obengenannten widerlegt.
Herr Dr. Josef Müller hat die 40000 D-Mark wirklich genommen. Ich habe bereits in München davon Kenntnis gehabt, und zwar sagten es mir Dr. Ohrenstein und Frau Seibald[47]. Herr Dr. Seibald selbst wiederholte mir gegenüber diese Angaben hier in Tel Aviv mit dem Bemerken, er könne dies nicht selbst erklären vor einem Notaren [sic!], da er eine mögliche Schädigung Dr. Ohrensteins vermeiden möchte. Diese Worte sagte Dr. Seibald in Zeugengegenwart; diese sind bereit, dies jederzeit zu beeiden.
Dieses Geld wurde meines Wissens ohne Quittungsleistung seitens der ‚Anni'[48], der Sekretärin Dr. Josef Müllers, ausgezahlt. Frau Seibald sagte mir, daß die ‚Anni' mehrmals im Wagen vor ihre Wohnung in München, Jagdstr. 17, vorgefahren kam, um diese Gelder in Empfang zu nehmen[49]. Ich kann dagegen nichts darüber berichten, ob diese Gelder durch die Bücher

[42] Die Übersetzung Baruch Graubards lautet: „Ich habe wenigstens unter Leiden und Schmerzen von der Sache Aufkauf von Feststellungsbescheiden' mich zeitlich herausgedreht, wollen Sie einen Brei einrühren?" BayHStA, NL Ehard 1107, Protokoll der 25. Sitzung des Untersuchungsausschusses zur Prüfung der Vorgänge im Landesentschädigungsamt am 23. 5. 1952.
[43] Dr. Joseph Panholzer (1895–1973), kath., Rechtsanwalt, Teilnahme am Ersten Weltkrieg, nach 1918 Vorstandsmitglied des „Friedensbundes deutscher Katholiken", seit 1924 Rechtsanwalt in München, nach politischer Verfolgung im Dritten Reich 1939 Flucht nach Frankreich, später Mitglied in der Resistance, 1945 Rückkehr nach München, zunächst CSU-Mitglied, dann Übertritt zur BP, 1954–1957 Staatssekretär im bayerischen Finanzministerium, 1958–1966 MdL (BP), 1959 BP-Vorsitzender, 1967 Vorsitzender der Bayerischen Staatspartei. Das Schreiben Juda Weißmanns an Joseph Panholzer vom 15. 2. 1952 findet sich in: ACSP, LTF II/1, 15–12/1.
[44] Diese Erklärung findet sich in: BayHStA, NL Ehard 1108.
[45] Vgl. Münchner Merkur vom 29./20. 3. 1952: „Behauptungen über Dr. Müller erkauft".
[46] Am 29./30. 3. 1952 hatte die Süddeutsche Zeitung unter dem Titel „Besolds Attacke gegen Josef Müller" unter anderem die Stellungnahme Ehards wiedergegeben, wonach „diese außerordentlich diskriminierende Behauptung Juda Weissmanns erkauft ist, und zwar von Leuten, die in dieses Verfahren verwickelt und deswegen flüchtig sind. Die Beweisdokumente hierfür sind sichergestellt und befinden sich in meinen Händen."
[47] Nicht ermittelt.
[48] Anna Haaser (geb. 1920), seit 1937 als Sekretärin Josef Müllers in dessen Münchner Anwaltskanzlei tätig.
[49] Anna Haaser selbst sagte vor dem Auerbach-Untersuchungsausschuß aus, daß sie nur ein einziges

der Sammelstelle gingen, da ich als Außenseiter keinen Einblick in deren Geschäftsbücher hatte.
gez. Juda Weißmann"

Zweiter Brief von Weißmann vom 8. April 1952 an Dr. Panholzer[50]:

„Sehr geehrter Herr Dr. Panholzer! In der Anlage erhalten Sie in erster Reihe eine von mir unterzeichnete eidesstattliche Erklärung, die die Pressenotizen über eine ‚Bestechung' betrifft, und zugleich Angaben über den Geldempfang durch Dr. Josef Müller enthält. Ich hoffe, Ihnen und der Wahrheit damit gedient zu haben. Außerdem erhalten Sie ein Dementi Dr. Seibalds[51], der erklärt, daß er niemals eine solche Erklärung abgegeben hat. Somit dürfte der Beweis, den Herr Dr. Ehard in Händen hat, als glatte Fälschung leicht zu entlarven sein, und ich glaube, daß Sie die Sache mit Herrn Dr. Bezold[52] eventuell zusammen richtig durchführen. Als weiteren Beweis füge ich die Photokopien von zwei Briefen, die ich von Dr. Ohrenstein erhielt, bei. Sie werden nach Übersetzung – eventuell durch Herrn Dr. Klibansky[53] – daraus leicht entnehmen, daß auch Dr. Ohrenstein diese Tatsache bestätigt und außerdem versucht, mich zur Zurückziehung meiner Aussagen zu bewegen.
Ich bitte Sie, sehr geehrter Herr Rechtsanwalt, mich als Ihren Mandanten zu betrachten, und übergebe Ihnen hiermit die Vollmacht zur Prozeßführung. Sollte eine separate Vollmacht notwendig sein, so bitte ich Sie um Zusendung eines Formulars, das ich Ihnen unterzeichnen soll.
Ich war seit 1. April 1948 Vorsitzender der Revisionskommission beim Zentralkomitee der befreiten Juden in der US-Zone mit dem Sitz in München. Seit dieser Zeit kam dauernd Oberrabbiner Dr. Ohrenstein im Namen des Dr. Josef Müller in das Zentralkomitee und gab mehrmals Versprechen für Geldzuwendungen für das Budget des ZK, falls dieses ihm helfen sollte, Dr. Auerbach zu stürzen. Er sagte ausdrücklich, daß dies das Ziel des Dr. Josef Müller ist. Das ZK war damit schon prinzipiell nicht einverstanden, und außerdem wollte es von deutschen Stellen und a conto der Wiedergutmachung keine Geldzuwendungen annehmen, zumal die amerikanischen Wohlfahrtsstellen wie AJDC das ZK materiell unterstützten.
Ende 1949 habe ich die Liebesgabenverteilung aufgehoben, Dr. Ohrenstein hat mit Wissen des Dr. Josef Müller bei den Liebesgaben mitgewirkt[54]. Es ist durchaus möglich, daß ein Teil des Geldes an Dr. Müller für dessen Mitwissen um die Liebesgaben stammt. Für diese Auf-

Mal Geld bei Seibald abgeholt habe, der das Geld im Auftrag Ohrensteins bereitgestellt habe. Der zuvor befragte Ohrenstein hatte sich in gleicher Weise geäußert. BayHStA, NL Ehard 1107, Protokoll der 23. Sitzung des Untersuchungsausschusses zur Prüfung der Vorgänge im Landesentschädigungsamt am 20. 5. 1952.

[50] Das Schreiben findet sich in: BayHStA, NL Ehard 1108. Auch dieser Brief wurde auszugsweise während der Vernehmung Ohrensteins vor dem Untersuchungsausschuß des Landtags verlesen. BayHStA, NL Ehard 1107, Protokoll der 23. Sitzung des Untersuchungsausschusses zur Prüfung der Vorgänge im Landesentschädigungsamt am 20. 5. 1952.

[51] Die eidesstattliche Versicherung Seibalds findet sich in: BayHStA, NL Ehard 1108.

[52] Wahrscheinlich ist Anton Besold gemeint.

[53] Josef Klibansky (1902–1957), nach Jurastudium Rechtsanwalt in Frankfurt am Main, mußte seine Praxis 1933 jedoch aus politischen Gründen aufgeben, danach Leiter einer Regenmantelfabrik in Aschaffenburg, schließlich Emigration in die Schweiz und nach Frankreich, dort mehrfach verhaftet. Nach 1945 wieder als Rechtsanwalt tätig, vertrat insbesondere die Interessen jüdischer Verfolgter in Wiedergutmachungsprozessen, 1952 erhob er als zweiter Verteidiger Philipp Auerbachs nach dessen Selbstmord schwere Vorwürfe gegen das beteiligte Justizpersonal. Im Oktober 1952 wurde gegen Klibansky und vier andere ehemalige Mitarbeiter der in Konkurs gegangenen „Jüdischen Industrie- und Handelsbank Frankfurt" vor dem Landgericht Frankfurt ein Verfahren wegen Untreue, Konkurs- und Devisenvergehen eröffnet, das mit der Verurteilung Klibanskys zu 18 Monaten Gefängnis und 18500 DM Geldstrafe endete. Den Schuldspruch wegen wiederholter Untreue hob der Bundesgerichtshof im Januar 1956 jedoch wieder auf.

[54] Nach dem Protokoll der 23. Sitzung des Untersuchungsausschusses zur Prüfung der Vorgänge im Landesentschädigungsamt am 20. 5. 1952 (BayHStA, NL Ehard 1107) lautet diese Passage: „Dr. Ohrenstein hat mich wissen lassen, dass Dr. Josef Müller bei den Liebesgaben mitwirkte."

hebung habe ich ein Dankschreiben des Israelischen Konsulates[55], auch geschah es mit Wissen und Mitarbeit des AJDC-Direktors Mr. Haber[56].
Im Laufe des Jahres 1950 hat Dr. Ohrenstein in seiner Eigenschaft als Rabbiner die Feststellungsbescheide für die Auszahlung der zweiten Rate in Stuttgart bestätigt, und zwar durch eidesstattliche Vernehmung. Das tat er auch im Falle der fraglichen 111 DPs[57]. Es ist mir aus einem Besuch in der Wohnung des Dr. Ohrenstein erinnerlich, daß Fräulein Baron[58], seine Privatsekretärin, die eidesstattlichen Erklärungen und sämtliche Unterlagen dieser 111 angefertigt hat. Ich selbst habe mit diesen 111 nichts zu tun gehabt und auch nicht einmal sie von Dr. Ohrenstein ins LEA hingetragen. Ich habe Herrn Ingster hier aufgesucht, und dieser dementiert es entschieden, diese Unterlagen überhaupt – also erst recht nicht von mir – empfangen zu haben.
Es ist wahr, daß ich eine kurze Zeit durch Dr. Ohrenstein für die Sammelstelle engagiert war. Es geschah Ende 1950, als Dr. Seibald zu einem kurzen Besuch nach England fuhr. Ich habe dabei keinen persönlichen oder materiellen Vorteil gehabt. Herr Dr. Ohrenstein kann es bestimmt bestätigen, wenn er die Wahrheit sagen sollte.
Die 111 Unterlagen – wie ich nachher erfuhr – hat Dr. Ohrenstein von Herrn Izaak Kohn[59], München, Zirlerstr. 16, Tel. 74812, zum größten Teil bekommen. Den Rest gab ihm jemand aus dem DP-Lager Föhrenwald. Nach Schließung des LE-Amtes fand die Sitzung in der Wohnung des Dr. Ohrenstein statt, über welche ich Ihnen in meinem Schreiben vom 15. Februar 1952 schrieb[60]. Über den erlassenen Haftbefehl am 27. Februar 1951[61] wußte ich

[55] Nicht ermittelt.

[56] Samuel L. Haber (1903–1984), Wirtschaftswissenschaftler und Mitarbeiter jüdischer Hilfsorganisationen, 1911 Auswanderung in die USA, 1925–1935 Wirtschaftswissenschaftler an der University of Wisconsin, 1935–1943 als Wirtschaftswissenschaftler und Statistiker für die US-Regierung tätig, 1943–1946 U.S. Army (zuletzt Major), 1947–1954 Direktor des American Jewish Joint Distribution Committee für Deutschland, 1954–1957 Leiter des JDC in Marokko, 1957 Leiter des JDC in Polen, 1958–1964 stellvertretender Generaldirektor der JDCs in Europa, 1964–1967 stellvertretender Vorsitzender des Vorstands der JDCs in New York, 1967 Ernennung zum stellvertretenden Vorsitzenden der JDCs.

[57] Es handelte sich dabei um 111 jüdische DPs, die sich angeblich im Lager Wildflecken aufhielten und die Feststellungsbescheide von württembergischen Behörden über Leistungen zur Haftentschädigung nach dem Entschädigungsgesetz besaßen. Auerbach hatte den zuständigen Beamten in Stuttgart am 27. 12. 1950 seine Amtshilfe angeboten, in dem er sich bereiterklärte, mit den 111 Personen Abfindungsvergleiche über die zweite Rate der ihnen zustehenden Entschädigung zu schließen und ihnen 60 Prozent des Nennwerts auszuzahlen. Nachdem die württembergischen Behörden zugesagt hatten, dem Freistaat die entstehenden Auslagen zu ersetzen, übermittelte Auerbach am 4. 1. 1951 die 111 Feststellungsbescheide und erklärte, die Abfindungsvergleiche seien von Israel Ingster geschlossen und die Beträge ausbezahlt worden. Daher forderte Auerbach 251460 DM – 111 DM Gebühren, 1665 DM sollten als Spende an Auerbachs Privatkonto gehen und 249684 DM auf das Konto von Aaron Ohrenstein. Es stellte sich jedoch heraus, daß die Feststellungsbescheide aufgrund gefälschter Unterlagen erschlichen worden und auch die übrigen von Auerbach übersandten Unterlagen – Abfindungsvergleiche, Quittungen sowie die von Ohrenstein beglaubigten eidesstattlichen Erklärungen über die Haftdauer – gefälscht waren und daß die 111 Personen, die sich angeblich im Lager Wildflecken aufhielten, gar nicht existierten. Die Münchner Staatsanwaltschaft erblickte in dieser Aktion einen schweren Betrugsversuch und bezeichnete Auerbach aufgrund von aufgezeichneten Telephongesprächen als „Organisator der ganzen Angelegenheit". StA München, Staatsanwaltschaften 29238/1, Anlage zum Haftbefehl gegen Philipp Auerbach vom 9. 3. 1951 wegen Verdunkelungs- und Fluchtgefahr, und Neue Zeitung vom 31. 3. 1951: „Staatsanwalt gibt Gründe für Verhaftung Auerbachs bekannt". Dieser Vorwurf, der den Auerbach-Skandal ins Rollen brachte, war eine der schwersten Anschuldigungen, die gegen den Präsidenten des Landesentschädigungsamts erhoben wurden. Das Landgericht München I sprach Auerbach jedoch in diesem Anklagepunkt frei. Ludyga, Philipp Auerbach, S. 128.

[58] Nach Auskunft Henryk Ingsters handelte es sich um eine Baronin oder Baroneß von Lange oder von Langen aus Tutzing. StA München, Staatsanwaltschaften 29241/9, Aktenvermerk Inspektor Kremhelmers vom 5. 2. 1953.

[59] Nicht ermittelt.

[60] Weißmann berichtete in diesem Brief von einem Treffen in der Wohnung Ohrensteins am 17. oder 18. 1. 1951, wobei der Justizminister angeblich gesagt habe, daß er die Aktion gegen das Landes-

nichts, zumal, wie aus meinem Schreiben vom 7. Dezember 1951 ersichtlich, ich erst am 18. März 1951 Deutschland verlassen habe.
Sehr geehrter Herr Dr.! Falls Sie irgendeine Erklärung vor einem Notar noch von mir brauchen, die ich in meinen bisherigen Schreiben aufgeführt habe, so bitte ich Sie, mir eine entsprechende Formulierung einzusenden, damit Sie auch wirklich das von mir bekommen, was Ihnen dienlich sein kann.
Rufen Sie – wenn sie es für richtig finden – Herrn Dr. Ohrenstein und warnen Sie ihn, daß er nur die reine Wahrheit spricht!
Ich grüße Sie Ihr gez. Weißmann"

Aus diesen Dokumenten gewinnen Sie jetzt ein korrigiertes Bild. Ich frage übrigens nebenbei, warum hat man Fräulein Anni Haaser nie vernommen darüber, ob sie das Geld bei Seibald abgeholt hat[62].

Es gibt ein Wort, das heißt: Wer die Wahrheit kennt und nennet sie nicht, der ist fürwahr ein erbärmlicher Wicht. Ich führe nicht einen Kampf, weil ich Müller persönlich ablehne. Mir wäre es lieb, wenn an seiner Amtsführung keine Kritik zu üben wäre. Ich führe keinen persönlichen Machtkampf, ich will weder Justizminister werden noch CSU-Vorsitzender in München. Aber wo es um Wahrheit und Recht geht, kann man sich nicht hinter Mehrheitsbeschlüssen verstecken. Es sind Vorwürfe erhoben worden, weil ich die Sache an die Öffentlichkeit gebracht habe[63]. An die Öffentlichkeit sind die Dinge durch die Anwälte Auerbachs gebracht worden, ohne daß diese mich befragt haben[64]. Wenn aber diese Dinge an mich als den Landtagspräsidenten herankommen und auch die Schriftstücke, die ich verlesen habe, so sind sie herangekommen, ohne daß ich einen Buchstaben geschrieben und ohne daß ich ein Wort gesprochen habe im Sinn einer Anregung oder Bitte, daß solche Dinge gebracht oder erforscht werden sollen. Wenn sie aber

entschädigungsamt „abblasen" würde, wenn Auerbach freiwillig aus dem Amt ausscheide. Paul Moeller, Legal Adviser des U.S. Land Commissioners, der an dieser Sitzung ebenfalls teilgenommen hatte, bestritt jedoch schriftlich, daß Müller sich so geäußert habe. Süddeutsche Zeitung vom 8. 4. 1952: „Im Dschungel der bayerischen Politik".

[61] Der Haftbefehl gegen Markus Seibald, dem im Zusammenhang mit dem Aufkauf von Feststellungsbescheiden Betrug, Unterschlagung, Untreue und Urkundenfälschung vorgeworfen wurde, findet sich in: StA München, Staatsanwaltschaften 29242/34.

[62] Anna Haaser wurde darüber eingehend vor dem Auerbach-Untersuchungsausschuß befragt. Sie räumte ein, im Auftrag Müllers mehrfach bei Ohrenstein und einmal auch bei Seibald Geld in Empfang genommen zu haben, weigerte sich jedoch standhaft, ohne das Kontobuch, in das sie die Beträge genau eingetragen hatte, Angaben über die ungefähre Höhe des Gesamtbetrags zu machen. BayHStA, NL Ehard 1107, Protokoll der 23., 24. und 25. Sitzung des Untersuchungsausschusses zur Prüfung der Vorgänge im Landesentschädigungsamt vom 20., 21. und 23. 5. 1952.

[63] Hundhammer wurde für sein Verhalten in der Affäre um Josef Müller parteiintern heftig kritisiert. So bedauerte beispielsweise der CSU-Kreisverband Landshut in einer am 8. 4. 1952 gefaßten Resolution „auf das Lebhafteste diese Schädigung des Ansehens unserer Union in der Öffentlichkeit". Zugleich wurde Hundhammer aufgefordert, „sich in Zukunft an die Satzung und an die Schiedsordnung" zu halten. ACSP, LSG, Ordner Müller-Hundhammer 1952, CSU-Kreisverband Landshut an Hans Ehard vom 9. 4. 1952.

[64] Am 2. 4. 1952 hatte Rechtsanwalt Klibansky in einer Pressekonferenz erklärt, daß die Verteidigung Auerbachs den Richter Dr. Mulzer wegen Befangenheit ablehne und als Begründung die angebliche Äußerung des Justizministers kolportiert, er habe in Mulzer „den richtigen Mann für Auerbach" gefunden. Zudem unterrichtete Klibansky die Presse von der Spende Ohrensteins an Müller. Als Zeugen benannte er in beiden Fällen Alois Hundhammer. BayHStA, NL Ehard 1108, Justizpressestelle beim Oberlandesgericht München an das bayerische Staatsministerium für Justiz vom 3. 4. 1952.

kommen, dann kann der Landtagspräsident dazu nicht schweigen. Ich habe diese Gewissensauffassung.

Ich habe noch ein Wort zu sagen an jene Parteifreunde, die mir Vorwürfe machen, warum ich sie nicht früher informiert habe. Ich habe die Informierung der Fraktionskollegen für notwendig gehalten. Ich habe die Dinge dem Ministerpräsidenten und dem Fraktionsvorsitzenden gegeben. Beide Herren waren für Beschränkung des befaßten Kreises[65]. Nachdem aber ohne mein Wissen und ohne meinen Willen diese Dinge bekannt gemacht worden sind und man mich angegriffen hat in der geschehenen Form, darf ich als Mann, der auf seine Ehre Wert legt, auch an die Öffentlichkeit gehen.

Noch ein Wort zu meinem persönlichen Verhältnis zum Ministerpräsidenten: Es wird die Meinung vertreten, daß ich mit dieser Geschichte nicht der Sauberkeit in Rechtspflege und Staat dienen, sondern die Koalition in die Luft sprengen wollte[66]. Das war der Grund, warum ich am Samstag abend im Theater Hoegner und Knoeringen angesprochen habe, denn die SPD vor allem vertritt die Meinung, ich wolle die Koalition hochgehen lassen. Ich habe beiden Herren reinen Wein über die wirkliche Sachlage eingeschenkt. Ich habe beiden Herren gesagt, Sie kennen meinen Standpunkt: wenn eine Regierung gebildet ist, muß man sie arbeiten lassen, so soll auch diese Regierung ihre vier Jahre arbeiten.

Ich möchte in der Fraktion keinen Zweifel lassen, wie ich über den ganzen Komplex denke. Ich glaube, wer in solchen Dingen irgendwo mit an der Verantwortung trägt, der tut falsch, es vertuschen zu wollen, er tut richtig, dazu beizutragen, daß die Dinge bereinigt werden. Vor der Öffentlichkeit wird das Renommee des Staates dann nicht leiden, wenn in einer solchen Sache der klare Eindruck entsteht: Was nicht korrekt ist, wollen wir selbst beseitigen. Es wäre schlechter, wenn die Dinge so in die Öffentlichkeit kommen und man dann sagt, hat von denen oben sich denn niemand bemüht, Ordnung in die Dinge zu bringen.

Dr. *Ehard*: Das Schlußergebnis der letzten Besprechung war: Ich kann einen Entschluß nur treffen auf Grund eines Tatbestandes, wie er mir *im Augenblick* vorliegt[67]. Es ist eine merkwürdige Spitze, wenn man sagt, daß verantwortliche Personen nichts vertuschen sollen. Auf Grund des damaligen Tatbestandes war es nicht möglich, eine andere Stellungnahme einzunehmen.

Ich habe bereits in meinem Brief vom 22. Februar an Hundhammer[68] diesen gebeten, er möchte mir, wenn er noch etwas zur Aufklärung der Sache beitragen kann, doch Mitteilung machen. Er hat erklärt, er habe nichts weiter. Nun hat er doch eine ganze Reihe von Sachen. Ich habe heute früh Hoegner aufgesucht und von diesem erfahren, daß Hundhammer neues Material dem Hoegner und dem Knoeringen am Samstag im Residenztheater mitgeteilt hat. Auf diese Weise höre ich, daß etwas Neues vorliegt. Das Material selbst habe ich erst jetzt bekommen.

[65] BayHStA, NL Ehard 1108, Hans Ehard an Alois Hundhammer vom 22. 2. 1952 und vom 15. 3. 1952.

[66] Dies vermutete beispielsweise die Süddeutschen Zeitung vom 8. 4. 1952: „Im Dschungel der bayerischen Politik".

[67] So äußerte sich Ehard auf der Sitzung der CSU-Landtagsfraktion am 5. 4. 1952; ACSP, LTF-P.

[68] BayHStA, NL Ehard 1108.

Von Tel Aviv stammt übrigens noch eine weitere Nachricht, nämlich daß auch der Dr. Ehard 50000 DM bekommen hat[69]. Vielleicht kommt das auch noch als Material. Im übrigen: Das ganze Material stammt aus der Verteidigung Klibansky-Panholzer-Auerbach. Was haben diese Leute für ein Ziel? Den Justizminister unmöglich zu machen! Ich frage, ist der Landtagspräsident in den Kreis der Verteidiger Auerbachs getreten?

Was ist der Beweiswert dieser jüdischen Unterlagen? Es wird behauptet, das Begleitschreiben sei gefälscht. Woher weiß Hundhammer das? Die Originalunterschrift befindet sich bei den Prozeßakten. Die Staatsanwaltschaft hat verglichen und die Richtigkeit bestätigt. Auch Graubard ist bereit, durch Eid zu bestätigen, daß die Unterschrift stimmt[70].

Eine Frage, die mich sehr interessiert, ist auch heute nicht beantwortet worden, und es ist sehr charakteristisch, daß Weißmann erklärt, Seibald möchte die Erklärung nicht abgeben über diese Gelder, weil er eine Schädigung des Ohrenstein vermeiden möchte. Also ist die Erklärung Seibalds auch heute noch nicht vorhanden. Ob Weißmann überhaupt ein Deutscher war, ist sehr zweifelhaft. Es wird behauptet, er habe einen falschen deutschen Paß gehabt, und es wird weiter behauptet, er sei schon bei der sowjetischen GPU eingesetzt gewesen.

Weiter habe ich einen Weißmann-Brief[71], darin sagt er, er habe zuerst keine eidesstattliche Versicherung abgegeben, es sei das nur ein Brief gegen Dr. Müller gewesen. Weiter fragt in diesem Brief der Weißmann den Ohrenstein, warum er sich denn für den Ochsenkarren einsetzt, es sei wichtiger, die Sache Auerbach zu vertreten, der andere sei ein Deutscher, an dem er (Weißmann) verpflichtet sei, Rache zu nehmen. Ohrenstein solle doch Müller beeinflussen, sein Verfahren niederzuschlagen, dann werde er nie mehr etwas gegen Müller sagen. Schließlich verlangt Weißmann in diesem Schreiben von Ohrenstein DM 10000. Das sind die Quellen, aus denen die Verteidigung schöpft.

Ich muß also erst die Wahrheit wissen und darf nicht deshalb, weil mich der Haß verblendet, ein einseitiges Material zugunsten eines anderen auswerten. Wenn Müller etwas Unsauberes gemacht hat, dann soll er dafür gerade stehen, eine solche Wäsche macht man zunächst aber unter sich aus. Man macht es vor einem Schiedsgericht und nicht vor der Presse. Jetzt muß einmal Fraktur geredet werden, sonst kommt eine Bereinigung nie zustande. Ich habe mich ja lang bemüht, in dieser Partei eine Konsolidierung herbeizuführen. Es hat keine Streitigkeiten gegeben. Jetzt flammt auf einmal dieser Auerbach-Prozeß auf, und die Ver-

[69] Schon 1951 waren Gerüchte in Umlauf gewesen, Ehard habe von der Jüdischen Aufbaubank in Frankfurt Geld erhalten, Auerbach habe Ehards Sohn zum Studium verholfen und seiner Frau wertvolle Geschenke gemacht. Der Ministerpräsident hatte alle gegen ihn erhobenen Vorwürfe energisch bestritten. StA München, Staatsanwaltschaften 29244/4, Niederschrift über die Vernehmung von Dr. Hans Ehard vor dem Untersuchungsrichter beim Landgericht München I vom 14. 8. 1951. Vgl. auch Stenographischer Bericht über die 84. Sitzung des bayerischen Landtags vom 7. 5. 1952, S. 2010ff.

[70] So äußerte sich Graubard auch bei seiner Befragung vor dem Untersuchungsausschuß. BayHStA, NL Ehard 1107, Protokoll der 25. Sitzung des Untersuchungsausschusses zur Prüfung der Vorgänge im Landesentschädigungsamt am 23. 5. 1952.

[71] Eine Übersetzung des auf polnisch verfaßten Schreibens Juda Weißmanns an Aaron Ohrenstein vom 5. 3. 1952 findet sich in: ACSP, LSG, Ordner Müller-Hundhammer 1952, Josef Müller an das Landesschiedsgericht der CSU vom 16. 6. 1952, Anlage 12.

teidiger suchen nach der politischen Stinkbombe. Hundhammer hat bei der Pressekonferenz[72] eine Erklärung abgegeben, die in der Wirkung gelautet hat: Ich, der Mann mit der weißen Weste, habe diese Schweinerei aufgegriffen, und ich habe das dem Ministerpräsidenten mitgeteilt, und der Ministerpräsident hat versagt. In Wirklichkeit hat Hundhammer die Sache mit dem Ohrenstein-Geld von mir und Müller erfahren[73]. Wenn Müller nichts gesagt hätte, wüßten wir heute noch nichts. (Zwischenruf *Hundhammer*: Das ist ein Irrtum.) Man hat sich zunächst auf die Sache Weißmann konzentriert und sich darauf gestützt, das hätte Müller erledigt. Dann hieß es, das sei nicht richtig, und man hat sich auf die Ohrenstein-Gelder gestützt. Dann kam der Eindruck, auch das sei nicht richtig, so kommt man wieder auf die Landesentschädigungsamtssache zurück und versucht seitens der Verteidigung mit aller Gewalt den Beweis zu führen, daß Müller der große Schweinehund ist. Man entfacht damit eine feindselige Stimmung gegen Bayern überhaupt. Müller müßte den letzten Rest seines Verstandes verloren haben, wenn er ausgerechnet aus den Geldern von Auerbach eine Mark genommen hätte. Müller ist mit Auerbach spinnefeind seit Jahr und Tag[74]. Es kann behauptet werden, was immer, aber es muß untersucht werden. Man darf nicht einseitig einer Behauptung glauben, weil sie einem in den Kram paßt. Ich wäre persönlich der Meinung, daß Müller während des Auerbach-Prozesses sich in den Hintergrund stellen sollte und daß Hundhammer sich in dieser Sache aber auch mehr zurückhalten sollte, auf keinen Fall den Hilfsboten der Verteidigung Auerbachs machen sollte. Ich bitte im Interesse des Ansehens der Partei und der Demokratie, diese Methoden fallenzulassen. Diese Giftmischerei kann man nicht vor der Öffentlichkeit breittreten. Ich bin bereit, jede Möglichkeit auszuschöpfen, um Aufklärung zu schaffen. Hundhammer sagt, man hat das Fräulein Haaser noch nicht vernommen. Ich werde mich davor hüten! Die ganze Gesellschaft sagt dann nämlich, ich hätte sie beeinflussen wollen. Ohrenstein ist im übrigen bereit, auch vor das Parteischiedsgericht zu kommen, das kann dann die Haaser auch machen.

Die Briefe von Ohrenstein sind übrigens durch Fragezettel veranlaßt worden, die an Weißmann nach Tel Aviv gegangen sind. Dieser hat die Zettel wieder an Ohrenstein gegeben, sie stammten von Panholzer[75].

[72] Im Rahmen einer Pressekonferenz übergab Landtagspräsident Alois Hundhammer am 4. 4. 1952 der Presse seine Schreiben vom 21. 2. 1952 und vom 25. 2. 1952 an den Ministerpräsidenten und forderte den Rücktritt Müllers als Justizminister. Die Antwortschreiben Ehards ließ Hundhammer dagegen unerwähnt. Vgl. Münchner Merkur vom 5./6. 4. 1952: „Hundhammer fordert Rücktritt Müllers", und Süddeutsche Zeitung vom 8. 4. 1952: „Im Dschungel der bayerischen Politik".

[73] Müller hatte Ehard am 31. 1. 1952 unterrichtet, daß er von Ohrenstein 3639,40 DM für Wahlzwecke und 15960 DM für einzelne Abgeordnete, für die Wahlbezirksarbeit und für karitative Zwecke erhalten habe; von diesen insgesamt rund 20000 DM habe er im November 1951 15000 DM zurückgezahlt. Gleichzeitig bestritt Müller, 40000 DM aus Mitteln der „Sammelstelle" erhalten zu haben. Am 5. 2. 1952 setzte Ehard den Landtagspräsidenten davon in Kenntnis. ACSP, LTF-P, Protokoll der Fraktionssitzung am 5. 4. 1952; vgl. auch Süddeutsche Zeitung vom 8. 4. 1952: „Im Dschungel der bayerischen Politik".

[74] Auf seine langjährige erklärte Gegnerschaft zu Auerbach hatte Müller auch in seiner Aussage vor dem Untersuchungsausschuß des Landtags hingewiesen. BayHStA, NL Ehard 1107, 16. Sitzung des Untersuchungsausschusses zur Prüfung der Vorgänge im Landesentschädigungsamt am 11. 1. 1952.

[75] Nicht ermittelt.

Eine Klärung innerhalb der Partei muß nun vorgenommen werden. Ich schlage vor, dazu ein besonderes Gremium zusammenzustellen. So geht es nicht, daß man sagt, Weißmann ist der Kronzeuge. Man kann sich zu Müller stellen, wie man will, wenn man sich nicht von Haß seinen Blick blenden läßt, ist es im schlimmsten Fall so: Wem glaube ich mehr, den Leuten, die die Rache gegen die Deutschen züchten, oder einem Parteifreund? Bis zum Beweis des Gegenteils glaube ich dem Parteifreund. Ich bedauere, daß Hundhammer das Opfer dieser Informationen in dieser Form ist, und ich bitte ihn, von seiner starken Abneigung gegen Müller wegzugehen und objektiv zu urteilen. Das ist besser, als jetzt der Presse wieder alles mögliche zu erklären und stolz darauf zu sein, daß man der allein recht denkende Mann ist. Andere, wenn sie auch nicht auf dieser hohen sittlichen Ebene stehen, haben auch etwas von einer Ehre im Leib.

Dr. *Hundhammer*: Ich habe meinen Standpunkt ruhig dargelegt, Sie mögen daraus ersehen, daß ich hier nicht von dem Eifer erfüllt bin, der mir zugesprochen wird. Man sagt, ich sei in den Kreis der Verteidiger Auerbachs eingetreten, das ist nicht der Fall. (Zwischenruf: Landeskriminalamt!) Ja, mir gehen Leute auf Schritt und Tritt nach und warten auf mich vor Anwaltsbüros mit der Filmkamera[76]. Ich habe die Personalien eines solchen Mannes jetzt festgestellt, er stammt aus der Heimat von Dr. Müller.

Zu den Anwälten Auerbachs: Man kann Kritik üben, aber man darf nicht die Arbeit eines Anwaltes und die Verteidigung überhaupt von vorneherein zu einem unsauberen Geschäft erklären. (Lebhafte Zwischenrufe.)

Der Ministerpräsident sagt, er habe das neue Material von Dr. Hoegner erfahren: Der Ministerpräsident war nicht im Theater. Im übrigen, in solchen Fragen, die eine solche staatspolitische Bedeutung haben, kann man nicht von mir verlangen, daß für mich die Partei über dem Staat steht. Auf der anderen Seite habe ich bei der Pressekonferenz mit jeder Spur es vermieden, den Ministerpräsidenten hereinzuziehen. (Zwischenruf *Ehard*: Dann hat die Presse falsch verstanden! *Hundhammer*: Die Presse versteht manches falsch, ich erinnere mich an eine Auskunft von Helmesperger[77], der sagte, der Ministerpräsident habe auf einer Pressekonferenz auf die Frage, ob Hundhammer wieder Kultusminister werde, geäußert, ich hoffe nicht!) Um was es mir geht, ist die absolute Klarheit in der Führung des Staates.

Strauß: Hundhammer hat heute eine Erklärung von Weißmann verlesen, vor mir liegt der Artikel: „Im Dschungel der bayerischen Politik"[78]. Da steht drin, daß nach Weißmann die 40000 DM aus der Sammelstelle stammen. Nun aber erklärt

[76] Beim Verlassen der Kanzlei des Rechtsanwalts Berthold, in der Hundhammer von Hermann Lemmer und Hans Limmer Näheres über die Verwicklung von Franz Josef Strauß in ein Schokoladengeschäft (vgl. Anm. 83 zu diesem Dokument) in Erfahrung bringen wollte, war der Landtagspräsident von einem Journalisten gefilmt worden. BayHStA, NL Ehard 1108, Fritz Josef Berthold an Alois Hundhammer vom 23. 4. 1952, und Süddeutsche Zeitung vom 14. 5. 1952: „Stimmungsbild aus dem Dschungel".

[77] Nicht ermittelt.

[78] Der Artikel, der einen detaillierten chronologischen Abriß der Affäre brachte, beruhte auf umfassenden Informationen des Presseamts der bayerischen Staatsregierung vom 7. 4. 1952 und erschien in der Süddeutschen Zeitung vom 8. 4. 1952.

Weißmann, daß er über die Sammelstelle überhaupt nichts aussagen kann. Dieser Mann ist doch ein Unterweltgangster.

Wenn man die Geschichte der BP studiert, so muß man feststellen, daß wir auf dem besten Weg sind, das gleiche Schicksal zu erleiden. Den Vorteil werden haben die Nazis und die SPD, die solche Dinge unter sich ausmacht.

Die Hundhammer-Erklärung heute ist unvollständig. Die Angaben wußten wir schon gestern, so suchen uns diese Kreise, in Verwirrung zu stürzen.

Ich verweise nun auf eine Notiz in der „Frankfurter Allgemeinen", wo es heißt, Hundhammer plane jetzt einen Generalangriff gegen Strauß[79]. In dem Dienst „Informationen aus erster Hand" steht weiter, daß ich Hundhammer in ungewöhnlicher Weise provoziert hätte[80]. Ich weiß schon lange, daß die Methode des Sammelns von Material in Konservenbüchsen eingerissen ist und endlich einmal aufhören muß (Lebhafte Zwischenrufe: *Hundhammer*: Gegen wen geht das denn?) Ich habe am Mittwoch vor Ostern ein Gespräch mit einem Mann einer Presseagentur gehabt, der sagte mir, daß Hundhammer dem Ohrenstein gesagt habe, daß man jetzt auch gegen den Strauß losgehen könne im Zusammenhang mit dem Juden Lemmer[81] (*Hundhammer* widerspricht schärfstens). Ich habe dann die „Frankfurter Allgemeine" angerufen, und man hat mir gesagt, der Gewährsmann könne mir nicht genannt werden, doch sei die Richtigkeit von zwei weiteren hohen CSU-Leuten bestätigt worden. Ich bin dann noch angerufen worden, daß unser junger Parteifreund Ludwig Huber[82] ein gleiches in der Staatskanzlei geäußert habe. Weiter wird mir aus der Konferenz der DPA-Betriebsräte bestätigt, daß nun der Angriff gegen Strauß beginne, da Müller sowieso erledigt sei. Auch Strauß sei in einen Geldempfang verwickelt aus einer Lagerangelegenheit, wobei er das Geld nicht angeführt habe.

Ich bin gewiß kein blind ergebener Schüler von Dr. Müller. Ich bitte nun aber um eine Auskunft: Am Freitag ist Dr. Limmer nach München gerufen worden und hat hier in einer bestimmten Sache Auskunft gegeben. Ich bitte, mir nun zu sagen, was dahintersteckt, und bitte, dem hier anwesenden Dr. Limmer das Wort zu erteilen.

Dr. *Limmer*: Die fragliche Sache Lemmer[83] ist mir bekannt, weil ich Fraktions-

[79] In der Frankfurter Allgemeinen Zeitung war am 12. 4. 1952 unter der Überschrift „Die Position Hundhammers geschwächt" zu lesen: „Wie weiter bekannt wird, soll Dr. Hundhammer nachdem sein Plan für die Wiederherstellung einer gemeinsamen Front der beiden christlichen Parteien am Ausgang der Gemeindewahlen gescheitert sei, nunmehr zunächst in seiner eigenen Partei seine Widersacher ausräumen wollen. Das sei zwar am Fall Dr. Müller fürs erste mißlungen, doch trage sich Hundhammer jetzt mit dem Plan eines Generalangriffs gegen den Generalsekretär der Christlich-Sozialen Union, den Bundestagsabgeordneten Strauß, der übrigens in zunehmendem Maße ein gutes Verhältnis besonders zu den jüngeren Bischöfen verwirklicht habe."

[80] Nicht ermittelt.

[81] Hermann Lemmer, Mitarbeiter des Süddeutschen Handelskontors, Mitglied der CSU.

[82] Dr. Ludwig Huber (1928–2003), kath., 1945 Mitbegründer der CSU in München, 1946–1959 Vorsitzender der JU in Oberbayern, seit 1958 Mitglied des Landesvorstands, seit 1963 auch des geschäftsführenden Landesvorstands der CSU, 1963–1970 stellvertretender CSU-Vorsitzender, 1958–1977 MdL (CSU), 1962–1972 Vorsitzender der CSU-Landtagsfraktion, 1964–1970 bayerischer Kultusminister, 1972–1977 bayerischer Finanzminister, 1974–1977 stellvertretender bayerischer Ministerpräsident, 1977–1988 Präsident der Bayerischen Landesbank.

[83] Dabei ging es um die Einfuhr von 13 Millionen Tafeln Schokolade im Wert von fünf Millionen DM aus amerikanischen PX-Beständen. Der Ankauf wurde von Markus Seibald finanziert, die Einfuhr vom Süddeutschen Handelskontor abgewickelt. Um die Einfuhrgenehmigung vom Bundesland-

sekretär in Bonn war. Lemmer kam im Januar 1951 zu mir und sagte, er wende sich an Strauß in einer Schokoladensache, Strauß solle helfen, daß seine beanstandete Schokolade freigegeben werde. Ich sagte dem Herrn Lemmer, sprechen Sie doch mit Strauß selber. Wir gingen dann zusammen zum Plenarsaal. Strauß wurde geholt, und er erklärte, was geht das mich an, wenn es im Interesse Bayerns ist, dann ist Rattenhuber[84] zuständig, ich habe keine Zeit. Ich habe dann den Lemmer noch ins Innenministerium und ins Landwirtschaftsministerium begleitet. Lemmer hat es dann über Rattenhuber versucht und hat mir später mitgeteilt, daß ein Teilerfolg zu verzeichnen war. Ich hörte dann, daß bei Rattenhuber Gelder für die Partei deponiert seien. In der Karwoche werde ich jetzt von Lemmer angerufen, der sagte, er sei antelephoniert worden, daß er Rede und Antwort stehen solle, wieviel Geld an Strauß gegeben worden sei. Am Mittwoch vor Ostern kam ein Eilbrief des Rechtsanwalts Berthold[85] bei Lemmer an:

„Kannst Du dich noch erinnern, daß dem Strauß für das Schokoladengeschäft Geld gegeben wurde, wieviel war es und an wen wurde es gegeben? Ich will diese Tatsache nicht gegen Strauß benutzen, ich bin selber Mitglied des Wirtschaftsbeirates der Union. Es kann dagegen sein, daß ich von Dr. Ehard demnächst über die Angelegenheit gefragt werde, und ich möchte keine falschen Angaben machen. Ich frage deshalb, ob es richtig ist, daß dem Fraktionsbüro der CSU 7000 DM gegeben wurden?"

Wir haben darauf geschrieben, Berthold solle uns doch seinen interessierten Hintermann nennen, dem wollten wir schon eine wahrheitsgemäße Erklärung abgeben. Ich fuhr dann nach München, und dort kommt im Bahnhof Lemmer auf mich zu und sagt mir, ich solle mit ihm zu Berthold gehen. Bei Berthold fragte ich sofort, in wessen Auftrag er denn handle. Er gackste zuerst mit dem Namen Dr. Ehard herum und sagte dann, Dr. Hundhammer habe gewisse Interessen, die

wirtschaftsministerium zu erlangen, hatte sich Hermann Lemmer an Ernst Rattenhuber, den bayerischen Bevollmächtigten beim Bund, gewandt und diesem, gewissermaßen als Provision, eine Spende an die CSU in Höhe von 6000 DM in Aussicht gestellt. Da der Gewinn aus dem Schokoladengeschäft jedoch geringer als erwartet ausfiel, wurde dieser Betrag auf 5000 DM reduziert, die Rattenhuber an Hans Ehard weiterleitete, der diesen Betrag für die Liquidation des Geraden Wegs verwendete. BayHStA, NL Ehard 1108, Vermerk über den 24. Verhandlungstag des Auerbach-Prozesses vom 29. 5. 1952, und Der Spiegel vom 7. 5. 1952: „Parteifinanzierung – den Fußtritt geben", sowie Süddeutsche Zeitung vom 12. 5. 1952: „Im Dschungel der bayerischen Politik".

[84] Ernst Rattenhuber (1887–1951), kath., Diplomlandwirt, Teilnahme am Ersten Weltkrieg, nach Kriegsende Krongutverwalter für Prinz Franz von Bayern, 1939 landwirtschaftlicher Berater im Wehrkreis XIII und ab 1944 im Wehrkreis VII, Kontakte zum militärischen Widerstand gegen den Nationalsozialismus und Beteiligung am militärischen Umsturzversuch nach dem Attentat vom 20. 7. 1944, vor dem Volksgerichtshof wegen defätistischer Äußerungen angeklagt, doch das Verfahren verzögerte sich bis Kriegsende, 1945 Mitwirkung beim Wiederaufbau der genossenschaftlichen Milchversorgung Münchens, Mai bis September 1945 von den amerikanischen Militärbehörden ernannter Leiter des Landesamts für Ernährung und Landwirtschaft, bis September 1945 de facto im Range eines Kabinettsmitglieds, im Juli 1945 zum Staatsrat ernannt, Mitbegründer des BBV und der CSU, 1949 MdWR (CSU), 1949–1951 Bevollmächtigter Bayerns beim Bund.

[85] Fritz Josef Berthold (1909–1981), Rechtsanwalt, nach 1939 zunächst im „Generalgouvernement", dann freiwillig bei der Wehrmacht, ab 1943 in Frankreich stationiert, Kontakte zur Résistance, seit 1945 Rechtsanwalt in München, als Rechtsvertreter von Fritz Schäffer für die Aufhebung des politischen Betätigungsverbots seines Mandanten tätig, als Rechtsvertreter von Joseph Baumgartner bei der Militärregierung Fürsprecher für die Lizenzierung der BP auf Landesebene, 1959 im Zusammenhang mit der „Spielbankenaffäre" verhaftet, 1963 rehabilitiert und vom Freistaat Bayern finanziell entschädigt. Im Zusammenhang mit der „Schokoladensache" war Berthold als Rechtsvertreter einer Firma von Markus Seibald tätig.

Wahrheit zu erfahren. Ich verlangte den Namen des Gewährsmannes. Berthold rief darauf das Präsidium des Landtags an: „Herr Präsident, können Sie sich frei machen?" Wir sind dann um 14.30 Uhr wiedergekommen, Dr. Hundhammer wartete bereits zusammen mit Berthold. Ich habe sofort die schriftliche Versicherung verlangt, daß ich nicht in einen Prozeß verwickelt werde. Dr. Hundhammer hat das schriftlich bestätigt:

„Ich bestätige den Herren Limmer und Lemmer, daß die zu erstattenden Mitteilungen über die mit dem Schokoladengeschäft zusammenhängenden Tatsachen nur parteiintern verwendet werden."

Lemmer hat daraufhin dem Dr. Hundhammer erklärt:

„Auf die schriftliche Anfrage von Rechtsanwalt Berthold vom 7. April, ob Strauß für das damalige Schokoladengeschäft Geld erhalten habe, erkläre ich an Eides statt, daß das nicht der Fall war. Jede Behauptung, daß Strauß Geld bekommen habe, ist unrichtig."

Ich habe bei diesen Vorgängen gemerkt, daß es nicht um die Sauberkeit ging, sondern um eine Intrige. Hier handelt es sich zudem um die Angelegenheit eines Toten (Staatsrat Rattenhuber). 5000 DM wurden Rattenhuber ausgehändigt, 5000 DM hat dieser an die Partei abgeführt. Ich sehe nicht ein, warum wir diese Sache breittreten sollen.

Strauß: Diese Geschichte macht es einem unmöglich, aus sauberen Quellen noch Spenden entgegennehmen zu können. Berthold schrieb übrigens an Seibald, ob ich nicht auch dort Geld bekommen habe[86]. Das sind Zusammenhänge! Berthold sollte seinerzeit für das Schokoladengeschäft die Provision bekommen, und nun sucht er Material über mich in der gleichen Angelegenheit. Und das ist der Rechtsanwalt von Hundhammer. Wir wollen einmal unsere Ruhe haben von diesem Dreck in unserer Partei, daß man entweder im Sog von Hundhammer und Müller oder von Juden in solche Drecksgeschichten gezogen wird. In der Sache Lemmer/Limmer will ich eine schiedsgerichtliche Untersuchung haben.

Meixner: Jeder, der diese Debatte gehört hat, ist in seinem Innersten verletzt und angewidert. Sind wir denn in der Christlich-Sozialen Union? Für mich ist die Frage, kann ich denn da überhaupt noch weitermachen im politischen Leben?

Ich schlage vor, hier in der Fraktion in dieser Form nicht mehr weiter zu verfahren, denn wir bewegen uns tatsächlich in einem Dschungel. Ich beantrage, daß ein Parteischiedsgericht aufgestellt wird, dem sich die beiden Herren und auch die von weiteren Sachen Berührten verpflichten zu unterstellen. Ich halte es für absolut unmöglich, daß solche parteiinternen Dinge an die Öffentlichkeit getragen werden. Der Landtagspräsident täusche sich darüber nicht, die Reaktion im Land draußen ist verheerend für die Partei und für ihn persönlich. Ich sage das nicht leichthin, von allen Seiten kommt nur Empörung und Entrüstung. Die Sache soll also vors Schiedsgericht, und bis dahin hat jeder zu schweigen.

Piechl revidiert seine Abstimmungshaltung von Nein zum Ja.

Von Haniel: Meine Bitte geht dahin, daß Hundhammer eine Pressekonferenz unter allen Umständen abbläst.

[86] Das Schreiben Bertholds an Seibald wurde nicht ermittelt.

Dr. *Hundhammer*: Mit einem geeigneten Ausschuß, also dem Landesschiedsgericht, bin ich durchaus einverstanden. Noch ein paar aufklärende Bemerkungen: An mich als Landtagspräsidenten ist offiziell die Weingeschichte[87] herangetragen worden, ich hätte daran Nutzen gezogen. Daraufhin habe ich die Sache einem Anwalt gegeben, daß Klage gegen den Briefschreiber gestellt wird. Es sind drei Komplexe von unkorrekten Geschäften, ein Weinimport, ein Zigarettenimport[88] und das Schokoladengeschäft. Ich halte es nicht für richtig, daß für die Beschaffung der Importerlaubnis (Ohrenstein – Seibald – Rothof[89]) für die CSU über Rattenhuber 5000 DM genommen wurden.

Dr. *Ehard*: Vor Ostern hat Rechtsanwalt Berthold mich sprechen wollen. Ich habe gesagt, wir können das doch nach Ostern machen. Einen Auftrag habe ich dem Berthold natürlich nicht gegeben, das zu behaupten ist Wahnsinn.

Dr. *Müller*: In der Nacht von Freitag auf Samstag wurde in der Gedonstraße bei mir ein Einbruch versucht. Das vervollständigt das Bild des Dschungels. Wenn hier geredet wird von einem Streit Hundhammer/Müller, so sage ich, bisher ist das nur einseitig. Ich habe noch nicht reagiert und werde es auch nicht tun. So blöd bin ich schließlich nicht, daß ich aus der Sammelstelle Geld beziehe und dann den Prozeß gegen die Sammelstelle anlaufen lasse. Wegen Fräulein Haaser bemerke ich, daß sie sofort unter Druck genommen wurde, als ich von der Gestapo verhaftet wurde. Ich überlasse es Hundhammer, sie jetzt wieder vor das Gericht zu ziehen. Wenn der Prozeß vorbei ist, dann kann es freilich sein, daß gekämpft wird.

Strauß: Das ganze unwürdige Schauspiel wäre der CSU erspart geblieben, wenn der Auerbach-Prozeß nicht gekommen wäre. Hundhammer hat sich eben ausgedrückt, als ob die CSU an drei unlauteren Geschäften beteiligt gewesen wäre. Von den zwei Weingeschäften hat das eine Aretin[90] und das andere Haußleiter und

[87] Im November 1948 hatte Josef Plonner eine auf die Landesleitung der CSU ausgestellte Geschenklizenz zur Einfuhr von 900 Hektolitern Südtiroler Weins, die von der Südtiroler Volkspartei stammten, erwirkt; die Lizenz war namens der CSU von August Haußleiter unterzeichnet worden, die Einfuhr wurde von der Firma Eutermoser aus Rosenheim abgewickelt, der die CSU durch ihren Schatzmeister Franz Liedig und durch Plonner Rechnungen und Quittungen über insgesamt 526023,30 DM ausstellte. Aus diesem Betrag flossen der CSU-Landesleitung 60521,15 DM als Provision zu, die dem Flügel um Josef Müller und August Haußleiter zugute kam. Am 30. 4. 1949 distanzierte sich der Landesvorstand der CSU jedoch von diesem und anderen Weingeschäften (ACSP, LSG, Ordner Eutermoser-Plonner, Aktenvermerk Dr. Ardelts vom 5. 5. 1964 und Auszug aus dem Bericht des Betriebsprüfers Oberinspektor Löw vom 25. 3. 1953; die im folgenden zitierten Dokumente finden sich ebenda). Im Mai 1954 erging Haftbefehl gegen Plonner und August Eutermoser. Das Landgericht Traunstein verhängte gegen Plonner am 22. 6. 1960 schließlich wegen zweier in Mittäterschaft begangener fortgesetzter Devisenvergehen eine Gefängnisstrafe von sieben Monaten (Staatssekretär Hartinger an Franz Sackmann vom 16. 9. 1963). Plonner, der stets betonte, den Gesamterlös komplett an die CSU-Landesleitung abgeführt und keinen Pfennig selbst erhalten zu haben, sah sich als Opfer einer innerparteilichen Intrige des Hundhammer-Flügels gegen den Müller-Flügel der CSU (Josef Plonner an Franz Josef Strauß vom 10. 5. 1964 und Josef Plonner an Anton Jaumann vom 10. 5. 1964). Plonner, der durch die hohen Gerichtskosten und Steuernachforderungen finanziell ruiniert war, ging es freilich weniger um seine juristische Rehabilitierung, sondern vielmehr um die Minderung der ärgsten persönlichen Finanznöte. Im Oktober 1964 stellte die CSU Plonner schließlich „ohne Anerkennung der Rechtsverpflichtung" 10000 DM zur Verfügung (Anton Jaumann an Josef Plonner vom 1. 10. 1964).

[88] Nicht ermittelt.

[89] Wahrscheinlich ist jedoch Hugo Roßkath gemeint, dessen Firma Roskath & Co. in das Geschäft um den Import amerikanischer Schokolade involviert war. BayHStA, NL Ehard 1108, Aktenvermerk über den 24. Verhandlungstag im Auerbach-Prozeß vom 29. 5. 1952.

[90] Dabei ging es um die Einfuhr von 2000 Hektoliter Wein aus Südtirol durch Anton von Aretin, der

Plonner gemacht. Von einem Zigarrengeschäft ist mir nichts bekannt, soll es doch Hundhammer der Landesleitung mitteilen. Bei dem Schokoladengeschäft habe ich nicht einmal zur Lizenzerteilung mitgeholfen. Ich frage, wie soll man nun verhandeln für die Finanzierung der Bundestagswahl[91]? Dann, wenn einmal einer Pech gehabt hat, wäre es doch unsere Aufgabe, dem Parteifreund aus seiner Schlappe herauszuhelfen. Mich hat es schwer befremdet, daß Hundhammer dem Limmer eine Erklärung übergibt, er würde das Material gegen mich nur parteiintern verwenden. Ich für meine Person verbitte es mir, daß ich kontrolliert werde. Wir werden jetzt im Bundestag in massivster Weise beschossen werden, stehen wir unser Programm nicht durch, dann ist eine ganze politische Richtung zerstört. Es ist kein Zweifel, daß wir in der Verteidigungsdebatte in einer Weise die SPD zurückgewiesen haben und in der Öffentlichkeit eine Initialzündung erreichen konnten. Seit zehn Tagen muß ich nun hinterherschleichen, welcher Dreck gegen mich in meinem Rücken zusammengetragen wird.

Dr. *Hundhammer*: Strauß hat über das Problem weit hinausgegriffen. Es wäre notwendig gewesen, daß Sie auch noch mich gehört hätten. Es wird noch Zeit sein darüber zu reden.

Meixner: Die Angelegenheit Dr. Müller/Dr. Hundhammer/Strauß soll zunächst einmal dadurch in Ordnung gebracht werden (*Strauß*: Ich protestiere gegen diesen Ausdruck), daß sie vor das Parteischiedsgericht gestellt wird. Alle Beteiligten verpflichten sich, vorher in der Öffentlichkeit Erklärungen nicht abzugeben und in Sitzungen und Konferenzen diese Fragen nicht zu behandeln.

Die Fraktion stimmt einstimmig zu[92].

Dr. *Hundhammer*: Eine kurze Erklärung: Wir haben im Landtag ohnedies eine Interpellation: Bei dieser Gelegenheit müssen Sie sprechen, daran kommen Sie nicht vorbei, auch wenn man von sich aus die Materie nicht an die Presse bringt.

Meixner: Den Redner wird dann eben die CSU-Fraktion bestellen, und dieser Redner wird eine überlegte klare Erklärung abgeben, und sonst wird von der Fraktion niemand Stellung nehmen.

Schäffer: Wegen des Weingeschäftes bitte ich, sich kein Kopfzerbrechen zu machen, das ist ordnungsgemäß erledigt.

Ehard: Ich halte es für notwendig, daß dieses Schiedsgericht möglichst schnell tagt.

offiziell als Meßwein deklariert war. Vgl. Passauer Neue Presse vom 12. 11. 1956: „Der Name Aretin hatte als Bürgschaft genügt", und Straubinger Tagblatt vom 10. 11. 1956: „Es ging diesmal um 2000 Hektoliter Wein".

[91] Noch deutlicher wurde Strauß diesbezüglich in einem Schreiben an den Landesschatzmeister der CSU, Franz Elsen. Die Vernehmung Müllers im Auerbach-Untersuchungsausschuß des Landtags habe sich sehr negativ auf die Bereitschaft von Wirtschaftsvertretern ausgewirkt, der CSU Spenden zukommen zu lassen, da sie befürchteten, daß derartige Spenden zum Gegenstand parteiinterner Auseinandersetzungen werden und so an die Öffentlichkeit kommen könnten. BayHStA, NL Ehard 1108, Franz Josef Strauß an Franz Elsen vom 13. 8. 1952.

[92] Das Landesschiedsgericht, das in dieser Angelegenheit am 7. 6. 1952 und am 1. 7. 1952 tagte, mißbilligte in seinem Urteil sowohl die Annahme von Spenden durch Josef Müller als auch das Verhalten Alois Hundhammers als „Verstoß gegen die Parteidisziplin" und sprach beiden eine Verwarnung nach Paragraph 9b der Schiedsordnung der CSU aus. ACSP, LSG, Ordner Müller-Hundhammer 1952, Schiedsspruch des Landesschiedsgerichts der CSU im Streitfall Dr. Hundhammer/Dr. Müller vom 1. 7. 1952.

Brunner empfiehlt, daß das Landesschiedsgericht mit Beisitzern aus der Fraktionsvorstandschaft vergrößert wird.

Dr. *Horlacher*: Der Öffentlichkeit gegenüber ist zu erklären, daß die Fraktion nach wie vor das größte Interesse daran hat, daß der Auerbach-Prozeß so rasch wie möglich zu Ende geführt wird.

Ende der Vormittagssitzung (Koordinierungssitzung) vom 21. April 1952

[Nachmittagssitzung] *Einladung Wiltonpark*:
Die Fraktion benennt Elsen und von Haniel.

Schreiben Stock[93] *betreffs Staatsvereinfachung*[94]:

Meixner: Wir lehnen eine Staatsvereinfachung in diesem Ausmaß ab.

Karl bezeichnet je eine Kreisregierung in München und Nürnberg als genügend. Kleine Landkreise hätten keine Berechtigung mehr.

Junker bezeichnet es als völlig falsch, die Mittelinstanzen aufzugeben; die Entscheidungen müßten mehr von den Ministerien weggenommen und an die Mittelinstanzen gegeben werden.

Meixner: Da das Schreiben ein Privatschreiben ist, wird es die Fraktion nicht beantworten.

Schreiben Schachtner betreffs Bekanntgabe des Wahlergebnisses durch das Innenministerium[95]:
Die Fraktion vertritt die Auffassung, daß das Schreiben vertraulich behandelt und zum Gegenstand einer Koalitionsbesprechung gemacht werden soll.

Außenpolitisches Referat von Strauß:
Strauß gibt einleitend einen Überblick über die beiden Moskauer Noten[96]: Moskau verlangt nicht weniger als die volle Neutralisierung Deutschlands.

Unsere Einstellung in Bonn ist ein Nein zu jeder Neutralisierung, ein Nein zum Angebot einer deutschen Nationalarmee und ein Nein zur Oder/Neiße-Grenze.

[93] Jean Stock (1893–1965), Buchdruckermeister, 1911 Eintritt in den freigewerkschaftlichen Buchdruckerverband und in die SPD, Teilnahme am Ersten Weltkrieg, 1917 Übertritt zur USPD, 1918 Arbeitersekretär der freien Gewerkschaften, 1920–1924 MdL (SPD bzw. USPD), 1922–1933 Geschäftsführer der Aschaffenburger Volkszeitung, 1933 Gründung einer eigenen Druckerei, nach 1933 mehrfach vorübergehend verhaftet, 1945 Oberbürgermeister und Landrat von Aschaffenburg und Alzenau, im Dezember 1945 zum Regierungspräsidenten von Unterfranken ernannt, 1946 MdVLV (SPD), 1946–1962 MdL (SPD), 1946–1950 Vorsitzender und 1950–1958 stellvertretender Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion, 1948/49 MdPR (SPD).

[94] Stock hatte in einem Schreiben an die Fraktionsvorsitzenden von CSU, Bayernpartei, BHE und FDP vorgeschlagen, erstens die Bezirksregierungen aufzuheben und zweitens den kreisfreien Städten und Landkreisen, die zu Einheiten von mindestens 80000 bis 100000 Einwohnern zusammengelegt werden sollten, mehr Befugnisse zu geben. Die CSU-Fraktion lehnte diese Vorschläge ab. Vgl. CSU-Correspondenz vom 3. 4. 1952, S. 1, und ACSP, LTF-P, Protokoll der Fraktionssitzung am 2. 4. 1952.

[95] Nicht ermittelt.

[96] Gemeint sind die Stalin-Note vom 10. 3. 1952, in der Moskau Verhandlungen über den Abschluß eines Friedensvertrags mit Deutschland, die Schaffung eines neutralisierten gesamtdeutschen Staates in den Grenzen des Potsdamer Abkommens und die Bildung eigenständiger deutscher Streitkräfte vorschlug, sowie die zweite sowjetische Note vom 9. 4. 1952, die das Angebot insbesondere im Hinblick auf gesamtdeutsche Wahlen ergänzte. Die Bewertung der sowjetischen Notenoffensive ist in der Historiographie bis heute umstritten. Zum Stand der Debatte vgl. Zarusky (Hrsg.), Stalin-Note; der Text der ersten sowjetischen Note findet sich ebenda, S. 197–200.

Zum Angebot einer gesamtdeutschen Wahl sagen wir ein bedingtes Ja, und zwar verlangen wir die Schaffung der Voraussetzungen für wirklich freie Wahlen. Wir sagen auch Ja zu einer echten Friedensbereitschaft, die man von uns verlangt.

Zur Neutralisierung: Unser Nein zu diesem Punkt geht nicht zurück auf amerikanische Wünsche, sondern es kommt aus der Erkenntnis, daß ein neutralisiertes Deutschland bei dem herrschenden Druck aus dem Osten sich nicht erhalten kann. Die Neutralisierung Deutschlands bedeutet die Zersplitterung Europas, und das bedeutet, daß der Amerikaner auf weite Sicht seine Politik ändern muß.

Eine deutsche Nationalarmee hätte die Aufgabe, die deutsche Neutralität sowohl gegenüber dem Osten wie dem Westen zu schützen, auch im Fall eines Dritten Weltkrieges. Diese Nationalarmee kann ihre Waffen aber von keiner der beiden Seiten beziehen, selber könnten wir natürlich auch keine moderne Streitmacht hinstellen. Unser Nein schließlich zur Oder/Neiße-Grenze brauche ich nicht zu begründen, das ergibt sich von selbst.

Die SPD sagt: Zuerst deutsche Einheit und dann europäische Einheit. Wir sagen dagegen: Zuerst europäische Einigung und dann deutsche Einheit. Moskau wird deutsche Wahlen nur zulassen, wenn es dafür die Neutralisierung erhält. Auch Moskau will den Dritten Weltkrieg nicht wegen des damit verbundenen Risikos des totalen Verlustes. Moskau wird aber immer dort zulangen, wo das militärische Risiko offensichtlich nicht zu einem Dritten Weltkrieg führt. Moskau ist bereit zu verhandeln, aber nur mit denen, die stark sind. Deshalb müssen wir zuerst Europa schaffen, dieses abwehrstark machen und dann mit Moskau weiter verhandeln.

Das Neue an der Moskauer Antwortnote ist, daß man sich jetzt auf die Kontrolle freier Wahlen in Deutschland einläßt, allerdings die UN-Kommission umgeht.

Die praktische Frage ist heute: Sollen wir stillstehen mit den Westverhandlungen und erst die große Ost-Karte ausspielen, oder sollen wir auf Moskau und seine Angebote keine Rücksicht nehmen?

Die SPD befindet sich heute offensichtlich in einer großen Kurve: Sie tritt jetzt ein für ein Kurztreten bei den Westverhandlungen und für ein genaues Prüfen der Moskauer Note. Es wird offenbar, daß es zwischen der Neutralisierung Deutschlands und dem Westkurs keinen freien Spielraum mehr gibt, dieser Spielraum geht der SPD jetzt verloren. Man muß heute zur Moskauer Note entweder ja oder nein sagen. Die SPD spielt so immer mehr ins Lager der Neutralisierung hinüber.

Freilich, die Uneinigkeit im westlichen Lager ist groß und der Generalvertrag ist gefährdet. Wir aber treten dafür ein, den Westkurs zu stärken bis wir selbst die Kraft haben, an die schwebenden Fragen in Europa heranzugehen. Diese Entscheidung ist die Entscheidung mit der größten Tragweite, sie wird das Leben dieser Generation, das Gesicht des Kontinents und die Zukunft unseres Volkes in maßgebendster Weise beeinflussen. Diese Entscheidung wird letztlich nicht getroffen von Amerikanern oder Russen, wir müssen sie selbst fällen. Man kann uns unseren Kurs nicht aufzwingen, wir müssen nach unserem eigenen Gewissen entscheiden. Diese Entscheidung birgt nach beiden Seiten große Risikos [sic!] in sich, aber Politik ohne Risikos [sic!] gibt es nicht mehr. Die Lösung, dem Osten den Finger zu geben und die Einigung Europas zu verhindern, würde das Risiko auf unabsehbare Zeit nur vergrößern und verewigen: Deshalb sind wir für die Eini-

gung Europas unter der Voraussetzung der Freiheit und Gleichberechtigung für Deutschland.

Es folgt eine kurze Aussprache. Abschließend stellt *Strauß* fest, daß die KPD heute der SPD den Köder hinhält, bei Herstellung eines einigen Deutschlands werde die SPD die stärkste Partei werden. Dieser Köder sei durchsichtig genug.

Reform Paragraph 48 Ehegesetz[97]:
Strauß: Es handelt sich hier um eine Bundesangelegenheit, die Landtagsfraktion sollte im Benehmen mit der Landesgruppe für Bonn einen Antrag ausarbeiten statt hier in Bayern die Staatsregierung zu ersuchen. Ich halte es als den besseren Weg, Einzeländerungen nicht in Form von Einzelinitiativen herbeizuführen, sondern das ganze Familienrecht zu reformieren.

Meixner: Dr. Fischer[98] könnte seinen Antrag allenfalls zurückziehen, tut er es nicht, dann läuft die Angelegenheit eben weiter.

Lastenausgleich:
MdB *Fuchs* spricht zur Abgabeseite, zur Freigrenze sowie zum Sonderproblem der Befreiung der öffentlichen Hand vom Lastenausgleich.

Nach einer ganz kurzen Diskussion schließt Prälat *Meixner* um 17.50 Uhr die Koordinierungssitzung.

Nr. 51b

Kurzprotokoll über die gemeinsame Sitzung der Landtagsfraktion, der Landesgruppe und des Landesvorstands der Christlich-Sozialen Union am 21. April 1952 in München

ACSP, LGF-LV

1. Die CSU-Abgeordneten und Mitglieder der Landesvorstandschaft nahmen eine Erklärung von Landtagspräsident Dr. Hundhammer zu den gegen Justizminister Dr. Müller erhobenen Vorwürfen entgegen. Das neue vorgelegte Material gab der Fraktion keinen Anlaß, den am 5. April eingenommenen Standpunkt zu ändern. Nach wie vor erhoben die Abgeordneten einmütig die Forderung auf rascheste Durchführung des Auerbach-Prozesses und auf die gerichtliche Klärung aller damit in Zusammenhang stehenden Fragen. Die anwesenden Mitglieder der Landesvorstandschaft erklärten hiezu einmütig ihr Einverständnis.

[97] Der CSU-Abgeordnete Karl Fischer hatte im bayerischen Landtag einen Antrag auf Veränderung von Paragraph 48 des Ehegesetzes eingebracht, der die Ehescheidung erschweren sollte. Vgl. CSU-Correspondenz vom 3. 3. 1952, S. 1 ff. (dort auch der Wortlaut des Antrags und eine ausführliche Begründung), und vom 3. 4. 1952, S. 2.

[98] Dr. Karl Fischer (1904–1976), Jurist, Studium der Rechts- und Staatswissenschaften in München und Erlangen, anschließend Rechtsanwalt, vor 1933 politisch in der BVP aktiv, 1933 kurzzeitig in Schutzhaft, 1940 Eintritt in die staatliche Justizverwaltung (seit 1944 Amtsgerichtsrat), 1942–1945 Teilnahme am Zweiten Weltkrieg, seit 1948 Stadtrat in Regensburg (CSU), Vorsitzender des CSU-Kreisverbands Regensburg, 1950–1954 und 1958–1962 MdL (CSU).

2. Auf Vorschlag des Fraktionsvorsitzenden, Prälat Dr. Meixner, wurde folgender Beschluß gefaßt: Die Angelegenheit Dr. Hundhammer/Dr. Müller und Strauß, die in der letzten Zeit die Öffentlichkeit so sehr beschäftigt hat, soll zunächst einmal dadurch in Ordnung gebracht werden, daß sie dem Landesschiedsgericht der Partei übergeben, dort genauestens untersucht und zur Klärung und Entscheidung gebracht wird. Bis zur Durchführung dieses Parteischiedsgerichtsverfahrens verpflichten sich alle Beteiligten, in der Öffentlichkeit keine Erklärungen abzugeben.

Nr. 51c

Bericht über die gemeinsame Sitzung der Landtagsfraktion, der Landesgruppe und des Landesvorstands der Christlich-Sozialen Union am 21. April 1952 in München

CSU-Correspondenz vom 21. 4. 1952, S. 5

Die heute in gemeinsamer Sitzung mit der Landesvorstandschaft in München tagenden Landtags- und Bundestagsabgeordneten der CSU beschäftigten sich eingehend mit dem Problem der angestrebten Inanspruchnahme von 40 Prozent der Einkommensteuer der Länder durch den Bund. Die Ausführungen von Bundesfinanzminister Fritz Schäffer und CSU-Landes[gruppen]obmann Franz Strauß ließen die ganze Bedeutung und Tragweite dieser Frage im gesamtpolitischen Zusammenhang – nicht zuletzt auch mit Lastenausgleich und Verteidigungsbeitrag – klar erkennen. In einer abschließenden Abstimmung brachte die Versammlung ihre Bereitwilligkeit zum Ausdruck, dem Bund die unbedingt notwendigen finanziellen Mittel zur Verfügung zu stellen. Voraussetzung müsse jedoch die Möglichkeit der Überprüfung dieser Notwendigkeiten durch die Länder sein.

Ferner nahmen die CSU-Abgeordneten eine Erklärung von Landtagspräsident Dr. Hundhammer zu den gegen Justizminister Dr. Müller erhobenen Vorwürfen entgegen. Das neue vorgelegte Material gab der Fraktion keinen Anlaß, den am 5. April eingenommenen Standpunkt zu ändern. Nach wie vor erhoben die Abgeordneten einmütig die Forderung auf rascheste Durchführung des Auerbach-Prozesses und auf die gerichtliche Klärung aller damit in Zusammenhang stehenden Fragen. Die anwesenden Mitglieder der Landesvorstandschaft erklärten hiezu einmütig ihr Einverständnis.

Nr. 52a

Rede Hans Ehards in der Sitzung des Landesvorstands der Christlich-Sozialen Union am 24. Mai 1952 in München

BayHStA, NL Ehard 1201[1]

Das *Ansehen der CSU* in und außerhalb Bayerns ist derzeit *schwer angeschlagen*. Lesen Sie die Zeitungen und hören Sie die Bevölkerung! [Geld zu erhalten ist häufig schwer. Haltung der Industrie. Finanz[ierung] der BP][2] Es kommt dazu: Wenn in Bayern etwas passiert, was gar nicht schicklich, dann ist die Menge überglücklich: In Bayern selbst wird es wirklich aufgebläht und außerhalb maßlos übertrieben. *Gegensatz anderswo*: z. B. Stuttgart – Frankfurt! Über allen Gipfeln ist Ruh[3]! [◆]

Und wir haben diesmal *selbst dafür gesorgt*, den Wirbel möglichst zu verstärken. Wenn *wir* aber CSU bleiben und uns erhalten und durchsetzen wollen, *müssen* wir[4] *den Mut haben*, das zu erkennen und *Abhilfe* zu suchen. Eines ist sicher: Wir können die *Krise nicht überwinden, wenn wir gar nichts tun* und warten, bis wir nicht mehr Herr unserer freien Entschlüsse sind. *Bevor man sich entschließt*, muß man versuchen, die *Situation klar zu erkennen*. [◆]

Heutige Situation auf Regierungsebene: Sie werden mir zugeben müssen: Ich habe mich bis zur äußerst möglichen Grenze vor ein Kabinettsmitglied und vor einen Parteifreund gestellt. Als die Sache mit den Vorwürfen des Juda Weißmann[5] bekannt wurde, habe ich mich sofort bemüht, den Sachverhalt aufzuklären, aber gleichzeitig zu verhüten, daß die Sache entstellt und politisch propa- [◆] gandistisch in der Öffentlichkeit herumgezogen wurde. Damals vor den Gemeindewahlen, aber auch zum Nachteil der CSU und Bayerns.

Auch heute noch meine Überzeugung: *Die Sache Ohrenstein hätte man geräuschloser und besser liquidieren können*. Es waren aber Kräfte am Werk, die das Gegenteil wollten. Die *Verteidigung* erfuhr davon, Besold erfuhr davon und damit kam die Lawine ins Rollen, noch kurz vor den Wahlen[6]. [◆]

Da keiner meinen Standpunkt im Fraktionsvorstand, in den Sitzungen der Fraktionen des Landtags und des Bundestags, in der Landesvorstandschaft: Ich habe mich stets bemüht, den Tatbestand nüchtern und sachlich zu beurteilen, und habe mich bemüht und andere darum gebeten, den Sachverhalt weiter aufzuklären. *Ich wurde dafür angegriffen und die Dinge kamen doch*: Zunächst an den Untersuchungsausschuß und dann an die Öffentlichkeit, [◆] diesmal durch Parteifreunde[7]!

[1] Das Manuskript besteht aus 48 handschriftlichen, nicht paginierten, losen Blättern. Die ursprüngliche Reihenfolge ist daher nicht mit Sicherheit zu rekonstruieren. Wegen dieser Unsicherheit wurde hier der Wechsel der handschriftlichen Seiten mit dem Symbol ◆ angezeigt.
[2] Nachträglich von Ehard gestrichen.
[3] Anspielung auf das Gedicht „Wanderers Nachtlied" von Johann Wolfgang Goethe.
[4] Nachträglich von Ehard gestrichen: „uns".
[5] Vgl. Nr. 51a.
[6] Vgl. Nr. 51a mit Anm. 17.
[7] Vgl. Nr. 51a mit Anm. 72.

Nun habe ich mich hingestellt und die Interpellation[8] über mich ergehen lassen und wurde angegriffen und heruntergerissen. Schließlich ging die Sache im Grunde gar nicht mehr gegen Müller, sondern gegen den Ministerpräsidenten und ich mußte beinahe mit einem Mißtrauensvotum gegen mich rechnen. Sogar einige von unseren Freunden haben sich nur schweren Her- [◆] zens dazu entschlossen, den Antrag der Opposition abzulehnen[9]. Ich danke ihnen dafür und darf das wohl als einen Vertrauensbeweis für mich auslegen.

Müller wurde gebeten in *Urlaub* zu gehen, er sagte zu, tat es nicht und hielt dann die *unglückliche Rede vom 8. Mai*[10]. Ich hatte ihm wirklich mit äußerster Mühe eine politische Plattform geschaffen, er hätte das Haus für sich gewinnen können, er hat aber alles verdorben. Dann die Geschichte mit dem *Landesverrat*[11]. Eine immerhin [◆] recht empfindliche Sache. Es gelang mir, auch das noch einmal zurecht zu biegen[12], obwohl ja schließlich ich weder für die viel zu weit ausgedehnten und viel zu häufigen Erzählungen Müllers überhaupt[13] noch für seine intimen Mitteilungen an Baumgartner etwas konnte.

Trotz allem: Es wäre vielleicht sogar in der Folge noch gelungen, folgendes zu erreichen: Man läßt den Auerbach-Ausschuß und -Prozeß ab- [◆] laufen, Müller bleibt unterdessen in Urlaub und tritt dann von seinem Posten als Justizminister selber zurück: Das wäre ein guter Abgang gewesen. Und nun kamen die *Vorgänge*

[8] Beilage 2566 (Interpellation der Bayernpartei und der FDP betr. Amtsenthebung des Justizministers) zu den Stenographischen Berichten des bayerischen Landtags für die Wahlperiode 1950–1954. Die Plenardebatte am 7. und 8. 5. 1952, die sich an diese Interpellation anschloß, bezeichnete Ottmar Katz in seinem Kommentar für den Bayerischen Rundfunk am 10. 5. 1952 als „eine der peinlichsten Debatten [...], die im Maximilianeum zu hören waren und zu hören sein werden". Eine Abschrift des Manuskripts findet sich in: BayHStA, NL Ehard 1108.

[9] Otto Bezold hatte im Rahmen der Plenardebatte am 7. 5. 1952 nach Paragraph 43, Abs. 4 der Geschäftsordnung beantragt, der Landtag möge beschließen, daß die Antwort des Ministerpräsidenten auf die Interpellation von Bayernpartei und FDP nicht der Auffassung des Landtags entspreche. Der Landtag lehnte diesen Antrag am 8. 5. 1952 jedoch ab. Vgl. Stenographischer Bericht über die 84. und 85. Sitzung des bayerischen Landtags am 7. und 8. 5. 1952, S. 2026 und S. 2030.

[10] In der Landtagsdebatte am 7./8. 5. 1952 hatte Müller lange geschwiegen. Als er ganz zum Schluß doch noch das Wort ergriff, bedankte er sich zunächst beim Ministerpräsidenten für dessen Rückhalt und beim Landtag für das ihm indirekt ausgesprochene Vertrauen. Danach ging er auf Äußerungen von Everhard Bungartz (FDP) ein, der den Justizminister zuvor wegen der Führung des Auerbach-Prozesses kritisiert hatte; dies sei aufgrund des negativen Presseechos schädlich für den Außenhandel der Bundesrepublik. Müller bestritt diese negativen Folgen und warf Bungartz vor, vor und nach 1945 gute Geschäfte gemacht zu haben, während andere – wie er – vom NS-Regime verfolgt worden seien. Der Zwischenruf Joseph Baumgartners, ein Regimegegner wäre nicht Abwehroffizier geworden, mit dem der BP-Chef auf die engen Verbindungen Müllers zu Admiral Canaris anspielte, ließ die Situation eskalieren: Begleitet von tumultartigen Szenen versuchte Müller nun seinerseits, Baumgartner durch die Bekanntgabe vertraulicher Telephonate zu diskreditieren. Vgl. Stenographischer Bericht über die 85. Sitzung des bayerischen Landtags am 8. 5. 1952, S. 2039–2042.

[11] Als Reaktion auf Müllers Versuch, ihn durch Informationen über vertrauliche Telephongespräche bloßzustellen, berichtete Baumgartner dem Landtagsplenum Details über die Widerstandstätigkeit des Ochsensepp: Mit dem Vorwurf konfrontiert, er habe das Datum der deutschen Westoffensive vom 10. 5. 1940 an die Alliierten verraten, habe Müller ihm mitgeteilt, er habe das Datum nicht weitergegeben, die Westmächte jedoch von dem unmittelbar bevorstehenden Einmarsch unterrichtet. Vgl. ebenda, S. 2042.

[12] In der Vorlage: „bringen".

[13] Nachträglich von Ehard durchgestrichen: „u. seine".

in den Ausschuß[14]. So geht es nicht, namentlich dann nicht, wenn die politische Atmosphäre ohnehin so außerordentlich gespannt ist!

Wenn ich nun einigermaßen sicher sein könnte, daß demnächst neue Schwierigkeiten kommen! [◆]

Und nun versetzen Sie sich in meine Lage! Ich kann mich nicht noch einmal im Landtag einer Interpellation aussetzen und werde es nicht tun. Man kann mir in dieser Sache vielleicht den einen Vorwurf machen, daß ich zu lange mit einer Entscheidung gewartet habe. Ich halte das für richtig, daß ich gewartet habe. Jetzt aber geht die Sache gegen den Ministerpräsidenten mit all den möglichen politischen Folgen. [◆] Augenblicklich haben wir noch freie Hand, demnächst nicht mehr! Wenn es aber zu spät ist: Entweder wir geben im letzten Augenblick dem politischen Druck nach oder wir haben eine Regierungskrise, eine Koalitionskrise und stehen womöglich in einigen Wochen vor Landtagsneuwahlen. Deren Ergebnis ist klar! Geld bekommen wir [als] CSU für diese Wahlen sicher nicht. Von dem Ansehen Bayerns will ich dabei nicht reden. [◆]

Frage: kann man wegen *einer* Person unter diesen Umständen so etwas verantworten? Ich bin der Auffassung: nein! Einzige Lösungsmöglichkeit: Müller tritt aus eigenem Entschluß zurück noch vor dem nächsten Zusammentritt des Landtags, und zwar weil eine politische Lage entstanden ist, die eine notwendige vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen Parlament und Justizminister unmöglich macht. Ich habe um den Rücktritt gebeten[15]. [◆]

Damit nur die Lösung auf der Regierungsebene! Was tut die Partei? Hier hat die Sache leider zwei Seiten! Ich wäre der Meinung – wie schon beschlossen – Landesschiedsgericht soll klären[16] und dann erst sollte man sich über diesen Teil wieder unterhalten. Das können wir wirklich unter uns ausmachen! Und zwar sachlich und ohne jede Gehässigkeit! [◆]

Lage der *CSU*: *ernste Krise*! Wenn Krise nicht zu überwinden, würde sie sich zu einer Regierungs- und Koalitionskrise und darüber hinaus zu einer bayerischen Krise überhaupt auswachsen. Wir reden viel von der Notwendigkeit einer *„bürgerlichen" Front* gegen eine „sozialistische" Front (schlechte Unterscheidung!), einer Sammlung aller *christlichen Kräfte* gegen die materialistische Richtung unserer Zeit und gegen den Massenwahn ebenso wie gegen Diktatur und Terror. [◆] Dabei scheinen sich die christlichen und „bürgerlichen" Kräfte *in voller Auflösung* zu befinden: *Hier einige Gründe*:

a) *Fortschreitende Zersplitterung*; Gründe: besondere Eigenschaft der Deutschen zur Rechthaberei überhaupt. Geltungsbedürfnis einiger redegewandter Funktionäre oder solcher, die es werden wollen, in *Bayern* kommt dazu die Anfälligkeit, auf bestimmte geschickt und hemmungslos angelegte Propaganda hereinzufallen (siehe z. B. Loritz und seine Wirkung in und außerhalb Bayerns); aber auch *mangelnde Disziplin und Zusammengehörigkeitsbewußtsein gerade in sogenannten bürgerlichen Kreisen*; [◆]

[14] Der Untersuchungsausschuß befaßte sich in vier Sitzungen zwischen dem 23. und dem 27. 5. 1952 mit den Geldzahlungen an Josef Müller. Die Protokolle finden sich in: BayHStA, NL Ehard 1107.

[15] BayHStA, NL Ehard 1108, Hans Ehard an Josef Müller vom 23. 5. 1952.

[16] Vgl. Nr. 51a mit Anm. 92.

b) *eine starke geistige Verwirrung in Folge des Krieges, der Nazi-Zeit und der Nachkriegszeitwirrnisse* (bei den sogenannten bürgerlichen Gruppen besonders sichtbar, weil hier der Materialismus als Zeitkrankheit trotz Betonung „christlicher" Grundsätze ebenso hervortritt wie anderwärts);

c) *starkes Anwachsen rechtsradikaler Bestrebungen und Wiederauftauchen alter Nazi* in bedenklicher Verbindung mit kommunistischen (russischen) Untergrundbewegungen. (Ruf nach dem starken Mann, [◆] allzu schnelles Vergessen des vergangenen Unheils durch die Nazi, aber auch schwere Belastung der Demokratie durch die Notwendigkeit, den schwersten Zusammenbruch unserer Geschichte zu liquidieren);

d) *Schließlich etwas was, vermeidbar* – *Selbstzerfleischung*: Vorbild: BP (Spiegelaffaire[17]). Bei der CSU herrscht manchmal die Meinung, man müßte sich der BP um jeden Preis an den Hals werfen, es scheint fast, als wollte man[18] – um der BP zu gefallen – [◆] auch ihren parteipolitischen Methoden nacheifern, um bei den Wählern das gleiche Ansehen zu erringen.

Und die *Gegner freuen sich*, denn sie wissen – besser als wir! –: *Fällt die CSU*, dann ist es *aus mit der „christlichen Front"* in Bayern, keine andere Gruppe – schon gar nicht die BP! – kann[19] dann noch oder dann wieder die christlichen Kräfte mit Aussicht auf Erfolg zusammenfassen. Denn gerade der Gedanke der [◆] Union ist das Einmalige, für Deutschland geradezu Revolutionäre. Wenn die Union nicht durchhält, wenn sie nicht als der Kristallisationspunkt, als das Sammelbecken für die wirklich christlichen Kräfte erhalten werden kann, dann geht es in Bayern und darüber hinaus in Deutschland mit den sogenannten *Weltanschauungs-Parteien* zu Ende, dann werden die Parteien politische Zweckverbände, und der Wähler wechselt je nach Zeit und Umständen Richtung und Farbe; dann also einfach entweder Regierungspartei oder Opposition – [◆] Spiel der demokratischen Kräfte – sonst nichts mehr. *Die Weltanschauung spielt sich außerhalb ab.*

Von Bayern aus gesehen, kann noch etwas anderes passieren. Man wendet diesem Gezänke den Rücken, will aber den Unionsgedanken nicht preisgeben und gründet [die] CDU, mit Geld [?] zur Einheitspartei. Dann haben wir wahrscheinlich statt zwei drei sogenannte christliche Parteien. [◆]

Dabei aber drängende Arbeit in großer Fülle vorhanden: *Bundestagsneuwahlen* im nächsten Jahr. Vorbereitung parteipolitisch! Man sage nicht, das ginge nicht. Siehe Gemeinde- und Kreistagswahlen. Viele haben gebangt, manche geunkt und verschiedene nach der BP geschielt und gemeint, man müßte sich [ihr] um jeden Preis an den Hals werfen. Man muß sein Gesicht wahren, sich auf seine Grundsätze besinnen und sich auch seiner inneren Kraft bewußt sein. Dann wird man den anderen impo- [◆] nieren, Anziehungskraft auf Gleichgesinnte ausüben und die Wähler überzeugen.

Zur Wahl gehört Geld, namentlich wenn man so kapitalkräftige Antikapitalisten zum Gegner hat. Jetzt, unter den augenblicklich trostlosen [...][20] gibt uns kei-

[17] Vgl. Nr. 43 mit Anm. 1.
[18] Von Ehard durchgestrichen: „sich".
[19] Von Ehard durchgestrichen: „jetzt".
[20] Ein Wort unleserlich.

ner Geld. Und doch wäre es an sich günstig. Deutsche Partei! Vorgänge im Untersuchungsausschuß. (Geldaufteilung!)[21]

In der großen Politik aber kann inzwischen allerhand passieren und [◆] es wäre so viel zu tun! Deutschlandvertrag, Verteidigungsgemeinschaft. Lastenausgleich, Betriebsverfassungsgesetz, Steuer- und Finanzierungssorgen, Gesamtdeutsche Fragen. Soziale und politische Spannungen zeichnen sich bedrohlich bei uns ab, Radikalismus wächst nach beiden Seiten, Bedrohung und kalter Krieg vom Osten. Darüber mehr [von] Strauß! [◆]

Wir hätten *aber auch bei uns in Bayern genug zu tun* und wir müßten uns daran halten, das Ansehen Bayerns nicht ganz zu verwirtschaften[22]. [◆]

Ich will versuchen zu zeigen, wie ich sie sehe. Bitte *ohne Voreingenommenheit* und ohne Spitze, auch *ohne jeden Vorwurf* und ohne jede Gegnerschaft. Die *Krise wird allgemein als Krise um den Justizminister Dr. Josef Müller* bezeichnet, wobei als *Gegenspieler Dr. Hundhammer genannt* wird. Für uns [ist es] gerade wegen dieser beiden Namen, die als Gegenpole innerhalb der Partei gewertet werden, auch besonders schwierig. Es ist eine *Krise auf der Regierungsebene und auf der Partei-Ebene*! [◆]

Betrachten wir die Dinge zunächst einzeln. Dabei ist *uneingeschränkte Offenheit* Voraussetzung. Vor allem müßte es (wenigstens unter Parteifreunden) *ein Ende* damit haben, daß *einer gegen den anderen „Material" sammelt* und bereitlegt, um im geeigneten Augenblick damit loszuschießen – gegen den einen losschießt, bei anderen außerhalb es mit dem Mantel der christlichen Nächstenliebe zudeckt – je nach politischem Bedarf. Das gilt ganz allgemein und für [◆] alle bayerischen Gebiete, es gilt besonders für die Prominenten der Partei, jetzt und künftig.

Der *sichtbare Ausgangspunkt der Krise* ist der *Auerbach-Prozeß*[23] in seiner Vorbereitung und seinem Verlauf. Müller wurde zu Beginn zu betont als Auerbach-Töter gefeiert. Das war von Anfang an eine ungute Sache; denn die politische, geradezu per- [◆] sönliche Gegnerschaft Müllers zu Auerbach war zu sehr bekannt. Nun haben – und mußten wohl – von Anfang an zahlreiche Besprechungen des Justizmin[isters] mit den Staatsanwälten stattgefunden und niemand wird heute die Öffentlichkeit mehr davon überzeugen können[24], daß der Justizminister bei diesen Besprechungen nicht einen gewissen *politischen Einfluß* nehmen konnte[25]. Völlige Ausschaltung des Generalstaatsanwalts. *Müller selbst* hat diesen Eindruck *verstärkt* durch seine verschiedenen Mitteilungen (Hausberichte) an [◆] die Öffentlichkeit[26].

Dazu kam in den ersten langen Monaten *noch ein Zweites*: die Staatsanwaltschaft führte sichtbar das Verfahren mit *einer deutlichen Richtung gegen die Re-*

[21] Die Zusammenhänge, auf die Ehard hier anspielt, sind unklar.
[22] Diese Seite ist nur halb beschrieben. Der Anschluß ließ sich nicht zweifelsfrei klären.
[23] Vgl. Nr. 51a mit Anm. 29.
[24] Von Ehard durchgestrichen: „sein".
[25] Die Protokolle dieser Besprechungen finden sich in: StA München, Staatsanwaltschaften 29245/15.
[26] Beispielsweise BayHStA, NL Ehard 1105, Bericht des Justizministeriums zu den Vorgängen im Landesentschädigungsamt vom 25. 4. 1951.

gierung, zum mindesten gegen das *Finanzministerium*, im besonderen gegen Ringelmann. Es gibt manche, die dahinter eine ganz bestimmte politische Absicht vermuten. Es fehlte nicht an ziemlich kühnen Entdeckungen und dunklen Andeutungen. Ich habe dieses Verfahren für [◆] sehr unglücklich gehalten: Einmal weil es allen gerichtlichen Gepflogenheiten widersprach und dann, weil dadurch die Sache nicht mehr kriminell blieb, sondern eine sehr [...][27] politische Note bekam – ob beabsichtigt oder nicht, ist gleich.

Ich habe gewarnt und bin deshalb öffentlich *monatelang* immer wieder *angegriffen* worden mit der Behauptung, ich wolle verschleiern und vertuschen, wohl weil ich selber daran interessiert sei oder etwas zu fürchten hätte[28]. [◆] Erst die Zeit und die Entwicklung haben mir recht gegeben, von der Justizseite her fand ich damals keine Unterstützung, nicht einmal eine klare Bestätigung, daß ich den Prozeß wirklich in keiner Weise beeinflußt habe.

Es kam weiter dazu das vielfach kritisierte Vorgehen der *Polizei*[29] unter Führung des ebenfalls politisch gewerteten Polizei-Vizepräsidenten[30]. Die *Verhaftung Auerbachs* und die endlos *lange Untersuchungshaft*[31]. Je länger diese Haft wurde, desto spärlicher flossen auf einmal die „Berichte". [◆] Endlose Dauer der Voruntersuchung, immer wieder neue Verzögerung (neue Komplexe!). Dann der unglückliche, leicht zu vermeidende *Streit über die Vernehmung Auerbachs durch den Untersuchungsausschuß*[32] – deshalb wohl auch Haftfortdauer. Das brachte die Regierung in eine ganz schiefe Lage und der[33] Regierungschef ist gezwungen, etwas [...][34] und Angriffen des Parlaments entgegenzutreten – gegen seine [◆] eigene[35] Einsicht. Ich habe angeregt, die Staatsanwaltschaft solle doch – damals ganz ungefährlich! – die *Aufhebung des Haftbefehls* beantragen. Das Gegenteil ist geschehen. Mit der Haftentlassung wäre der ganze Streit vermieden worden.

Dann der *Wechsel in der Person des Vorsitzenden*[36]! Gewiß... Aber als dieser

[27] Ein Wort unleserlich.

[28] Beispielsweise Bayern-Dienst vom 10. 4. 1952: „Fragen der Bayern-Partei immer noch nicht beantwortet" und vom 7. 5. 1952: „Wie lange noch, Herr Ministerpräsident?"

[29] In der Nacht vom 26. auf den 27. 2. 1951 hatte die Münchner Stadtpolizei das Landesentschädigungsamt überfallartig besetzt und das Gebäude vollständig abgeriegelt, was die weitere Durchführung des Entschädigungsgesetzes in Bayern für geraume Zeit auf Eis legte. Dies führte zu zahlreichen Protesten. Vgl. Goschler, Fall Auerbach, in: Herbst/Goschler (Hrsg.), Wiedergutmachung in der Bundesrepublik Deutschland, S. 96.

[30] Gemeint ist wahrscheinlich der Münchner Polizeivizepräsident Dr. Ludwig Weitmann, der wegen der schleppenden Ermittlungsarbeit kritisiert worden war. Vgl. Nürnberger Nachrichten vom 21. 3. 1951: „Auerbachs Verteidiger will ‚auspacken'".

[31] Auerbach war am 10. 3. 1951 verhaftet worden. Obwohl seine Verteidiger das Gericht mit Anträgen bombardierten, den Haftbefehl außer Vollzug zu setzen, da weder Flucht- noch Verdunkelungsgefahr bestehe und der Gesundheitszustand Auerbachs kritisch sei, wurde Auerbach erst am 3. 6. 1952 aus der Untersuchungshaft entlassen. Vgl. Ludyga, Philipp Auerbach, S. 116–124.

[32] Der Untersuchungsausschuß des bayerischen Landtags hatte beantragt, Auerbach als Zeugen vernehmen zu dürfen. Der Untersuchungsrichter lehnte diesen Antrag jedoch ab, um die Voruntersuchung nicht zu beeinträchtigen. StA München, Staatsanwaltschaften 29238/1, Karl Fischer an Landgerichtsrat Amann vom 17. 10. 1951 und Beschluß des Untersuchungsrichters am Landgericht München I, Amann, vom 15. 11. 1951.

[33] Ehard hatte hier am Rande notiert: „*Landtag*".

[34] Ein Wort unleserlich.

[35] Von Ehard durchgestrichen: „bessere".

[36] Im Januar 1951 war Landgerichtsrat Dr. Glück durch Dr. Mulzer ersetzt worden. Zeitgleich trat auch ein Wechsel in der Staatsanwaltschaft ein: Anstelle von Oberstaatsanwalt Wieland vertrat nun Senatspräsident Dr. Hartmann die Anklage im Auerbach-Prozeß. Der hervorragend informierte

Wechsel vorgenommen wurde, wußte jedermann, daß der neu zu bestimmende Vorsitzende der ersten Strafkammer [des Landgerichts] München I der Vorsitzende des Auerbach-Prozesses sein muß. Ob der Justizminister darauf Einfluß genommen hat oder nicht. Und [◆] mußte sich denn der Justizminister gleich wieder auf das politische Gebiet begeben, in dem er sagte: Mulzer ist schon der richtige Mann[37]. Wie kann man der großen Masse klarmachen, daß der Justizminister oder die Regierung nicht doch...

Beginn des Prozesses ausgerechnet an jüdischen Feiertagen[38]! Der Prozeß selbst zeigte noch lange bei [sic!] Beginn nur allzu deutlich die Spuren und die Richtung seiner Vorbereitung. Es ist offenbar besser geworden. Was wird herauskommen? Ein politisches Gewitter hat er gebracht; ob sonst recht viel, bleibt abzuwarten. [◆]

Diese leider allzu politische Atmosphäre und das Verfahren gegen Auerbach *hat der Verteidigung* geradezu den Weg gewiesen, namentlich dieser besonderen Art der Verteidigung. Sie war offenbar bestrebt, den Prozeß durch eine *politische Bombe platzen* zu lassen, möglichst ehe er begann. Die Bemühungen hierfür liefen *offenbar* schon lange.

Und nun begann ein neues Trauerspiel: Sie wissen: Juda Weißmann – Dr. Seibald – Sammelstelle LEA – [◆] Ohrenstein. Zuerst das eine, dann das andere und wider zurück zum ersten. Leider ist es der Verteidigung gelungen, *Hundhammer* sehr geschickt für ihre Zwecke einzuschalten.

Und nun stand[39] die Sache so: Müller – selbst angegeben – hat von Ohrenstein etwa von Ende 1949 bis etwa Mitte 1950 insgesamt DM 20000 erhalten und hat im November 1951 (Anklageschrift[40]!) 15000 DM zurückgegeben. [◆] Sie werden immer wieder lesen und von Gegnern hören: *die CSU hat das Geld erhalten*, niemand wird Ihnen das Gegenteil glauben. *Die CSU hat nichts erhalten.*

Die Sache hat schwere politische Angriffspunkte: Noch nicht so sehr wegen der Anklage auch gegen Ohrenstein im Auerbach-Prozeß. *Aber offene Fragen*: Wo hatte Ohrenstein das Geld her? Ist er so reich, daß er 20000 DM à fond perdu

Journalist Max Kolmsperger erblickte in diesem personellen Revirement einen der bemerkenswertesten Vorgänge im Verfahren gegen Philipp Auerbach. BayHStA, NL Ehard 1107, Protokoll der 24. Sitzung des Untersuchungsausschusses zur Prüfung der Vorgänge im Landesentschädigungsamt am 21. 5. 1952. Der Justizminister betonte dagegen, es habe sich um einen turnusmäßigen Wechsel gehandelt. NL Ehard 1108, Aktenvermerk Josef Müllers zur eidesstattlichen Versicherung Joseph Panholzers vom 31. 3. 1952.

37 Am 27. 3. 1952 hatte Joseph Panholzer seinen Ablehnungsantrag gegen Landgerichtsdirektor Dr. Mulzer unter anderem damit begründet, der Justizminister habe gegenüber Alois Hundhammer geäußert, Mulzer sei „der rechte Mann" für den Prozeß gegen Auerbach. Müller erklärte dagegen, diese Äußerung sei aus dem Zusammenhang gerissen worden; er habe Hundhammer in einem Telephonat lediglich die fachlichen Vorzüge Mulzers geschildert. BayHStA, NL Ehard 1108, Eidesstattliche Versicherung Joseph Panholzers vom 27. 3. 1952 und Aktenvermerk Josef Müllers zur eidesstattlichen Versicherung Joseph Panholzers vom 31. 3. 1952.

38 Da der Prozeßbeginn auf die beiden letzten Tage des jüdischen Pessachfestes fiel, hatte Auerbachs Verteidiger Joseph Klibansky am 14. 4. 1952 wegen Verletzung der Religionsfreiheit Verfassungsbeschwerde beim Bundesverfassungsgericht eingelegt. Ohne die Entscheidung aus Karlsruhe abzuwarten, beschloß das Gericht daraufhin nach Verlesen des Eröffnungsbeschlusses, den Beginn der Hauptverhandlung auf den 18. 4. 1952 zu vertagen. Vgl. Ludyga, Philipp Auerbach, S. 123.

39 Von Ehard durchgestrichen: „steht".

40 Gemeint ist die Anklageerhebung gegen Aaron Ohrenstein am 17. 11. 1951.

weggeben kann[41]. Welches Interesse hatte Ohrenstein und handelte er absolut altruistisch? [◆] Noch nicht einmal eine Quittung wurde gegeben. Und woher kamen auf einmal DM 15000 Zurückzahlung? Auch ohne Gegengabe?

Wenn ein einzelner Mann für seine persönliche Zwecke und zu seiner persönlichen Verwendung Geld bekommt, dann mag das eine persönliche Vertrauens- oder ähnliche Sache sein. So große Summen werden im allgemeinen an eine Person nur gegeben für eine bestimmte Richtung, sprich *Partei*. Es ist eine ungute Sache, wenn solche Beträge zwar der [◆] Partei zu Lasten geschrieben werden, aber völlig an der Partei vorbei fließen und von einzelnen für ihre privat-politischen Zwecke verwendet werden. Solche Beträge, für Parteizwecke gegeben, müßten unbedingt[42] in einer Parteiorganisation eindeutig ausgewiesen werden. Warum halten sich andere an diesen Grundsatz! [◆]

Sie wissen, wie das mit den Veröffentlichungen hin- und hergegangen ist. *Hundhammer* verlangte den Rücktritt Müllers auch in einer öffentlichen Pressekonferenz[43]. Damit kam der Stein ins Rollen und dann trat die Opposition auf den Plan.

Interpellation[44]! Landtagssitzung am 7. und 8. Mai 1952. Abstimmung: Mit Mühe zu erreichen, daß nicht plötzlich ein Mißtrauensvotum gegen *mich* herauskam. *Müller* wurde nahegelegt, in *Urlaub* zu gehen, um Untersuchungsausschuß und Auerbach-Prozeß abrollen zu lassen. [◆] Er erklärte sich dazu bereit, nimmt seine Bereitschaft wieder zurück, ist schließlich doch bereit.

Und dann kam die *unglückliche Rede vom 8. Mai 1952*[45]: In dem Augenblick, in dem gerade mit Mühe die Interpellation überstanden war, werden neue Giftpfeile gespitzt und deutliche Andeutungen gemacht (jüdisches Geschäft zur Arisierung zugeteilt – im Dritten Reich kein Haus gebaut usw.[46]), Angriffe gegen Baumgartner und dessen Gegenangriffe[47]! Statt eines sehr wohl möglichen, [◆] jedenfalls gut vorbereiteten politischen Erfolgs alles oder mindestens sehr viel politisch verdorben.

Und dazu hatten wir eine neue besonders empfindliche politische Beunruhigung: völlig unmotivierter Vorwurf Baumgartners: *Landesverrat*[48]. Wie kann man

[41] Aaron Ohrenstein erklärte vor dem Auerbach-Untersuchungsausschuß, er habe Müller aus persönlicher Freundschaft zwischen Ende 1949 und Mitte 1950 in kleineren und größeren Teilbeträgen insgesamt zwischen 20000 und 25000 DM zukommen lassen. Es habe zwar keinen Darlehensvertrag gegeben, nicht einmal Quittungen seien ausgestellt worden, doch sei Ohrenstein stets von einer Rückzahlung des Geldes ausgegangen. Ohrenstein erklärte weiter, er habe das Geld über einen Kredit bei der Bayerischen Vereinsbank besorgt; da er in der Lage gewesen sei, umfangreiche Mittel aus Polen in die Bundesrepublik zu transferieren, sei er entsprechend vermögend und kreditwürdig. BayHStA, NL Ehard 1107, Protokoll der 23. Sitzung des Untersuchungsausschusses zur Prüfung der Vorgänge im Landesentschädigungsamt am 20. 5. 1952.

[42] Von Ehard durchgestrichen: „für".

[43] Vgl. Nr. 51a mit Anm. 72.

[44] Vgl. Anm. 8. An dieser Stelle hatte Ehard an den Rand der Seite notiert: „*Von da an neuer Bericht*".

[45] Vgl. Anm. 10.

[46] Müller hatte in seiner umstrittenen Rede unter anderem gesagt, ihm hätte „die Gauleitung bestimmt nicht ein jüdisches Geschäft zur Arisierung zugeteilt" und er habe sich weder vor noch nach 1945 den Bau eines Hauses leisten können, da er alle ihm zur Verfügung stehenden Mittel für politische und karitative Zwecke aufgewandt habe. Vgl. Stenographischer Bericht über die 85. Sitzung des bayerischen Landtags am 8. 5. 1952, S 2039–2042.

[47] Vgl. die Anm. 10 und 11.

[48] Vgl. Anm. 11.

sich nur nach all dem vergangenen mit Baumgartner in ein so intimes persönliches Gespräch einlassen?!

[Widerstandsbewegung in allen Ehren und Achtung! Aber bei diesen heiklen militärischen Dingen, an denen das Leben so vieler eigener Leute hängt – [◆] wo ist da die Grenze, an der der Kampf gegen Hitler und sein Regime zugleich ein tausendfaches Unheil für unschuldige eigene Volksgenossen bringen mußte. (Weniger zu reden wäre jedenfalls besser gewesen.) Das Urteil unserer heutigen Zeit aber ist je nach der Einstellung sehr heftig und für den politisch beteiligten Zuhörer nicht behaglich. [...][49] Aber nun wird die Debatte nicht mehr aufhören. Und wer weiß, was für Schüsse dabei noch abgefeuert werden?!][50] [◆]

Dieser Vorwurf löste *ein Schreiben des BHE* an mich vom 9. Mai 1952[51] aus: Verlangen des Rücktritts Müllers (Ich selbst habe zuerst in der Presse davon erfahren, weil ich damals in Bonn war.)

Koalitionsbesprechung am Montag, 12. Mai abends nach mehrfachen Einzelbesprechungen im Laufe des Tages: BHE will nur eigene Erklärungen Müllers gelten lassen als Beweis – deshalb [wurde] Müller selber gehört... Darauf nimmt BHE den Vorwurf des Landesverrats zurück[52]. [◆] Die *SPD* hat es abgelehnt, sich mit diesem Vorwurf weiter zu befassen, aber erklärt, Müller sei *politisch* nicht mehr tragbar wegen seines Verhaltens im Landtag und wegen der dauernden Beunruhigung, die durch ihn entsteht und das Ansehen und die Autorität der Regierung erschüttert. Alle vier Wochen etwas anderes. *BHE* nimmt denselben Standpunkt ein. *CSU-Fraktion*: Müller soll in Urlaub bleiben und sich jeder Amtstätigkeit enthalten, Auerbach-Untersuchungsausschuß abwarten, dann erst eine Entscheidung treffen, außer wenn sich vorher eine andere Situation ergeben sollte. [◆] *Die Koalitionsparteien traten dem bei.*

Stimmung im Landtag: Von der CSU abgesehen ist alles der Meinung, daß Müller durch sein eigenes Verhalten politisch untragbar geworden ist. [Eine] Änderung dieser Auffassung ist nicht zu erwarten[53].

[49] Eckige Klammer ohne Inhalt.
[50] Ehard hatte den gesamten Absatz nachträglich gestrichen.
[51] BayHStA, NL Ehard 1108, Johannes Strosche an Hans Ehard vom 9. 5. 1952.
[52] ACSP, LTF-P, Protokoll der Fraktionssitzung am 14. 5. 1952.
[53] Mit den Worten „Und ich muß sagen" leitete Ehard einen neuen Absatz ein, den er jedoch nicht weiterführte. Der begonnene Satz wurde durchgestrichen. Es folgen unter der Überschrift „Und nun die Vorgänge im [...] Auerbach-Untersuchungsausschuß, stichpunktartige, teils stenographische Notizen Ehards: „Protokolle! Presse! Berichte der Mitglieder der CSU! Also vertuschen (Haniel). Das soll der Untersuchungsausschuß machen. [...] Untersuchungsausschuß. DP. Bezirksvorsitzende, Bezirksverband, Landesversammlung. Antrag gegen einen Parteifreund. Streitigkeiten unter Parteifreunden".

Nr. 52b

Sitzung des Landesvorstands der Christlich-Sozialen Union am 24. Mai 1952 in München

Tagesordnung[54]:
1. Josef Müller und die Affäre Auerbach
2. Vorbereitung der Landesversammlung und der Sitzung des Landesausschusses

Tagungsort: München, Maximilianeum, Saal III

Anwesend[55]: Butterhof, Eberhard, Ehard, Elsen, Euerl, J. Fischer, Gerstl, Greib, von Haniel-Niethammer, Hergenröder, Herrmann, Hundhammer, Klughammer, Krehle, Kreußel, Kurz, Lang-Brumann, Mayr, Meixner, Muhler, Nerreter, Nickles, Poschinger von Frauenau, von Prittwitz-Gaffron, Sackmann, K. Schäfer, E. Schleip, J. Schleip, Schlögl, Schubert, Schwend, Strauß, Stücklen, Thiele, Weigel, Zehner

Beginn: 10 Uhr 15

ACSP, LGF-LV

Der Landesvorsitzende Dr. *Ehard* eröffnete die Sitzung. In längerer Ausführung wies er auf die gegenwärtige Auseinandersetzung zwischen Dr. Hundhammer und Dr. Müller hin[56]. Das Echo sei nach allen Seiten hin ein äußerst ungünstiges. Er appellierte erneut an die Sammlung der christlichen Kräfte und wies auf die Gefahr hin, falls so weitergefahren würde wie bisher, daß mit einer Gründung einer CDU in Bayern und dem Anwachsen von politischen Rechtsparteien und Gruppen zu rechnen sei.

Weiter schilderte er den bisherigen Ablauf des Auerbach-Prozesses[57], der auch zum Teil einen Angriff auf den Ministerpräsidenten zeigte, der keinen Schutz durch das Justizministerium erhalten habe. Außerdem gab er einen ausführlichen Bericht über die Interpellation mit der anschließenden Debatte im Landtag[58]. Weiter gab er ein Schreiben bekannt, das er an den Justizminister gerichtet hat mit der Aufforderung, sein Amt als Justizminister zur Verfügung zu stellen, da eine vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen ihm und dem Landtag nicht mehr möglich sei[59]. Dr. *Ehard* kritisierte den Auerbach-Ausschuß bezüglich der Vernehmung des Justizministers.

In der Diskussion sprach Dr. *von Haniel* insbesondere in seiner Eigenschaft als Mitglied des Auerbach-Ausschusses.

[54] Erstellt anhand des Protokolltextes. Josef Brunners Einladungsschreiben vom 14. 5. 1952 (ACSP, LGF-LV 24. 5. 1952) hatte drei Tagesordnungspunkte vorgesehen: 1. Besprechung parteiinterner und politischer Fragen, 2. Festlegung von Ort und Zeit der Landesversammlung 1952, 3. Verschiedenes.

[55] ACSP, LGF-LV 24. 5. 1952, Anwesenheitsliste zur Sitzung des Landesvorstands am 24. 5. 1952; die Unterschriften von drei Sitzungsteilnehmern sind unleserlich.

[56] Die Rede Ehards wird in Dokument 52a wiedergegeben. Zur Auseinandersetzung zwischen Alois Hundhammer und Josef Müller vgl. Nr. 51a.

[57] Vgl. Nr. 51a mit Anm. 29.

[58] Vgl. Nr. 52a.

[59] BayHStA, NL Ehard 1108, Hans Ehard an Josef Müller vom 23. 5. 1952.

Strauß verlangte in seiner Diskussionsrede eine Regelung des Spendenwesens in der Partei.

Greib (Würzburg) wies darauf hin, daß von den damaligen acht Teilnehmern an den vertraulichen Besprechungen in Sachen Müller die verlangten eidesstattlichen Erklärungen abgegeben werden sollen, daß keiner von ihnen an die Öffentlichkeit Nachrichten gegeben hat[60]. Ferner brachte er einen Beschluß der Bezirksversammlung Unterfranken zur Kenntnis, der folgendermaßen lautete:

„1. Beschleunigte Durchführung des Schiedsgerichtsverfahrens,
2. Dr. Müller möge von seinem Amt als Justizminister zurücktreten,
3. Dr. Hundhammer und Dr. Müller mögen sich wenigstens vorübergehend von ihren Parteiämtern zurückziehen."

Von allen Rednern wurde sowohl das Verhalten Dr. Müllers als auch Dr. Hundhammers einer scharfen Kritik unterzogen.

Anschließend an die Diskussion sprach *Strauß* über die politische Situation in Bonn.

Dr. *Ehard* faßte die Besprechung zusammen mit folgendem Ergebnis:

1. Das Protokoll des Auerbach-Ausschusses muß hinsichtlich der Vernehmung Dr. Müllers (im Protokoll war die Vernehmung Dr. Müllers zu seinen Ungunsten nicht richtig dargestellt) berichtigt werden.
2. Die Angelegenheit Dr. Müller in seiner Eigenschaft als Justizminister ist durch den Brief an ihn vorläufig als erledigt zu betrachten.
3. Die Angelegenheit Dr. Müller/Dr. Hundhammer ist parteiintern und wird vom Landesschiedsgericht geklärt[61].
4. Die Bezirksverbände München und Oberbayern sollen vorerst über ihre Vorsitzenden selbst entscheiden, dann soll eventuell die Vorstandschaft nochmals mit der Angelegenheit befaßt werden[62].

Weiter betonte Dr. *Ehard*, daß das Materialsammeln gegen Parteifreunde, mit dem Zweck zur gegebenen Zeit den Betreffenden abzuschießen, endgültig ein Ende haben müsse. (Lebhafte Zustimmung der Anwesenden.) Dr. *Ehard* stellte den Antrag auf Abstimmung, daß sein Verhalten in der Sache Dr. Müller/Dr. Hundhammer von der Landesvorstandschaft gebilligt wird.

Abstimmung: Einstimmig ja.

[60] Am 20. 2. 1952 hatte Ehard den Vorstand der Landtagsfraktion in Anwesenheit von Alois Hundhammer und Karl Fischer, dem Vorsitzenden des Auerbach-Untersuchungsausschusses, über die Vorwürfe gegen Josef Müller unterrichtet. Müller bestritt auch vor diesem Gremium, 40000 DM aus Mitteln des Landesentschädigungsamts oder der sogenannten Sammelstelle erhalten zu haben, räumte aber ein, vom Landesrabbiner Aaron Ohrenstein im Jahr 1950 rund 20000 DM erhalten zu haben, von denen er im November 1951 15000 DM zurückgezahlt habe. Joseph Panholzer, der Anwalt Auerbachs, war „von einem Ohrenzeugen und Teilnehmer" dieser Sitzung über die vertraulichen Ausführungen Müllers und Ehards informiert worden. Süddeutsche Zeitung vom 8. 4. 1952: „Im Dschungel der bayerischen Politik", und BayHStA, NL Ehard 1108, Eidesstattliche Versicherung Joseph Panholzers vom 27. 3. 1952.

[61] Vgl. Nr. 51a mit Anm. 92.

[62] Josef Müller blieb trotz aller Turbulenzen Vorsitzender des Bezirksverbands München, und auch Alois Hundhammer führte weiterhin den Bezirksverband Oberbayern.

Weiter stellte Dr. *Ehard* zur Abstimmung: Das Schiedsgericht soll möglichst schnell parteiintern die Angelegenheit klären, die Betroffenen nunmehr hören und ferner feststellen, wie Dr. Müller die Gelder von Ohrenstein verwandt hat[63].

Auf den Einwurf von Pfarrer *Kreußel*, bei dieser Gelegenheit auch die Angelegenheit „Gerader Weg" zu klären[64], vertrat Dr. *Ehard* den Standpunkt, daß dies gesondert behandelt werden soll.

Das Schiedsgericht soll ferner klären, ob es notwendig ist, daß ein Antrag eines Parteifreundes oder eines Gremiums der Partei gegen einen der Beteiligten zu stellen ist, da der Vorsitzende des Landesschiedsgerichtes, Dr. *Schleip*, der Auffassung ist, daß hier ein besonderer Antrag gemäß der Schiedsordnung vorliegen muß.

Abstimmung: Einstimmig ja.

Weiter hat die Landesvorstandschaft beschlossen, die diesjährige Landesversammlung am 5. und 6. Juli abzuhalten. Ein Ort hierzu wurde nicht festgelegt. Die Landesleitung soll nach Prüfung einen Ort in Nordbayern bestimmen. Anschließend an die Landesversammlung soll der Landesausschuß zusammentreten, auf dem dann, wenn die Satzungen inzwischen angenommen sind, die Stellvertreter des Landesvorsitzenden gewählt werden. Die Landesvorstandschaft war ferner der Auffassung, daß auf der Landesversammlung die Satzungen ohne Debatte angenommen werden sollen[65].

Nr. 52c

Bericht über die Sitzung des Landesvorstands der Christlich-Sozialen Union am 24. Mai 1952 in München

CSU-Correspondenz vom 26. 5. 1952, S. 4

Vor der Landesvorstandschaft der CSU referierte am vergangenen Wochenende MdB Franz Strauß über die großen politischen Zeitprobleme: Strauß kündigte an, daß die Wochen und Monate von der Unterzeichnung bis zur Ratifizierung des Deutschlandvertrages, womit etwa zum 1. November zu rechnen sei[66], randvoll

[63] Eine vom Bezirksverband München eingesetzte Kommission kam nach eingehender Prüfung zu dem Ergebnis, daß Müller die von Ohrenstein bezogenen Mittel „ausschliesslich für Parteigeschäfte oder soziale Zwecke" verwendet habe. ACSP, LSG, Ordner Müller-Hundhammer 1952, Prüfungsbericht der Schatzmeister des CSU-Bezirksverbands München vom 27. 6. 1952.

[64] Zur Liquidation des Parteiorgans Der Gerade Weg vgl. Schlemmer, Aufbruch, S. 279; weiteres Material dazu findet sich im BayHStA, NL Ehard 1285.

[65] Die Landesversammlung der CSU fand am 5./6. 7. 1952 in Regensburg statt; das Protokoll findet sich in den im ACSP verwahrten Akten der Landesleitung. Die Sitzung des Landesausschusses fand am 25./26. 10. 1952 in Dinkelsbühl statt. Zur Satzungsreform vgl. Schlemmer, Aufbruch, S. 451–456.

[66] Ende April 1952 waren der General- bzw. Deutschlandvertrag und der EVG-Vertrag, die ein Junktim verband, unterschriftsreif. Der Deutschlandvertrag wurde am 26. 5. 1952 in Bonn, der EVG-Vertrag einen Tag später in Paris unterzeichnet. Zu den mit der Paraphierung verbundenen Konflikten in der Bonner Koalition und zu den harten Auseinandersetzungen zwischen Regierung und

angefüllt sein würden mit politischen Geschehnissen, zumal diese Periode in das Vorfeld der Bundestagswahl falle[67]. Man müsse darauf gefaßt sein, daß der Osten mit einem wahren Nerven-Furioso aufwarten werde. Höchst überflüssig komme ausgerechnet zum gegenwärtigen Zeitpunkt der DGB mit seinen Kampfansagen und Streikdrohungen[68], womit dem Osten eine, wenn auch ungewollte, so doch äußerst gefährliche Waffenhilfe zuteil werde. In die gleiche Kerbe – so erklärte Strauß unter lebhafter Zustimmung der Versammlung – haue heute die SPD mit dem Wahnsinnswort ihres Parteivorsitzenden, „wer dem Deutschlandvertrag zustimme, höre auf, ein Deutscher zu sein"[69]. Der CSU-Generalsekretär forderte, der drohenden Einheitsfront aller dämonischen Elemente des Ostens die absolute Geschlossenheit der Union als der christlichen Weltanschauungspartei gegenüberzustellen: „Die kommenden eineinhalb Jahre werden für uns alle Frontjahre sein!"

CSU-Landesvorsitzender Dr. Ehard gab in einem einstündigen Bericht über die Angelegenheit Dr. Müller bekannt, daß er bereits vor Beginn der Vorstandssitzung den Justizminister schriftlich gebeten habe zu erwägen, von sich aus sein Ministeramt zur Verfügung zu stellen, weil keine Möglichkeit zu einer weiteren vertrauensvollen Zusammenarbeit mit dem Parlament gegeben sei. Die CSU-Landesvorstandschaft stellte sich einmütig hinter diesen Schritt. Die Landesvorstandschaft ersuchte ferner das Landesschiedsgericht, in den Divergenzen zwischen Parteifreunden raschestens eine Klärung herbeizuführen. Bezüglich eines Nachfolgers im Amt des Justizministers äußerte Dr. Ehard, daß an einen parteilosen Fachminister nicht zu denken sei[70].

Als Termin der nächsten Landesversammlung wurde Samstag, der 5. und Sonntag, der 6. Juli bestimmt. Am 4. Juli werden bereits Landesvorstandschaft[71] und bezw. Landesausschuß tagen. Der Ort der Tagung steht noch nicht fest, auf jeden Fall wird die Landesversammlung in Nordbayern abgehalten. Der erste Tag der

Opposition vgl. ausführlich Volkmann, Innenpolitische Dimension, in: Anfänge westdeutscher Sicherheitspolitik, Bd. 2, S. 308–330.

67 Der zweite deutsche Bundestag wurde am 6. 9. 1953 gewählt.

68 Vor allem in Hessen und in Bayern, wo im Februar 1952 ein außerordentlicher Landesbezirkskongreß des DGB gewerkschaftliche Maßnahmen gegen die Wiederbewaffnung beschlossen hatte, machten die Gewerkschaften Front gegen die Sicherheitspolitik der Bundesregierung. Zur Rolle der Gewerkschaften vgl. Volkmann, Innenpolitische Dimension, in: Anfänge westdeutscher Sicherheitspolitik, Bd. 2, S. 556–569.

69 Wie die Presse berichtete, hatte Kurt Schumacher in einem Interview mit einer ausländischen Nachrichtenagentur erklärt: „Wer diesem Generalvertrag zustimmt, hört auf, ein Deutscher zu sein." Vertreter der Bundesregierung, allen voran Konrad Adenauer, reagierten empört. Südost-Kurier vom 24. 5. 1952: „Heftige Auseinandersetzung Schumacher – Adenauer".

70 Ehard schlug schließlich den Augsburger CSU-Politiker Otto Weinkamm als Nachfolger Müllers vor, der jedoch nicht dem Landtag angehörte. Die CSU-Fraktion, die mit Carl Lacherbauer einen Kandidaten aus ihren Reihen favorisierte, reagierte enttäuscht. Nichtsdestotrotz wurde Weinkamm am 5. 6. 1952 zum Justizminister ernannt. Dabei kam es zum Eklat, als ca. zehn Abgeordnete der CSU unter der Führung Heinrich Junkers den Sitzungssaal vor der Abstimmung verließen. ACSP, LTF-P, Protokoll der Fraktionssitzung am 4. 6. 1952; vgl. auch Südost-Kurier vom 6. 6. 1952: „Keine Zeit für politischen Hader".

71 Ein Protokoll dieser Sitzung fehlt in den Akten der Landesleitung und ließ sich auch im Nachlaß Ehard nicht ermitteln. Nach der von Josef Brunner am 23. 6. 1952 versandten Einladung (ACSP, LGF-LV 4. 7. 1952) war für die Sitzung des Landesvorstands folgende Tagesordnung vorgesehen: 1. Vorbereitung der Landesversammlung, 2. Politische Aussprache, 3. Festsetzung von Zeit und Ort der nächsten Landesausschuß-Sitzung, 4. Verschiedenes.

Versammlung wird ausschließlich der Aussprache über Parteiangelegenheiten sowie über die Reform der Satzung dienen, für die öffentlichen Sitzungen des zweiten Tages sind Referate mehrerer führender Politiker der Union vorgesehen.

Nr. 53

Bericht über die Sitzung des Landesvorstands der Christlich-Sozialen Union am 29. Dezember 1952

Bayern-Kurier vom 10. 1. 1953, S. 1

Interne Vorbereitungen auf die Bundestagswahlen [...] Nach einer eingehenden Besprechung in einer Sitzung des Landesvorstandes wurde der bisherige stellvertretende Generalsekretär Josef Brunner zum Nachfolger des lange Jahre in dieser Position mit besten Erfolgen arbeitenden MdB Franz Josef Strauß ernannt[1]. Gleichzeitig wurde zum kommissarischen Leiter der Landesgeschäftsstelle Alois Engelhard bestellt. Dieser Wechsel wurde notwendig, nachdem der bisherige Generalsekretär Franz Josef Strauß in Dinkelsbühl in Würdigung seiner Verdienste um die CSU zum stellvertretenden Landesvorsitzenden gewählt wurde[2]. Außerdem soll der durch seine vielseitige politische Arbeit überaus beanspruchte Strauß entlastet werden. Strauß wird weiterhin trotz seiner Überbeanspruchung seine allseits bekannte Arbeitskraft, seine Erfahrung und vor allem seine Fähigkeiten uneingeschränkt in den Dienst der CSU stellen. Er wird weiterhin mit Rat und Tat der Landesleitung zur Verfügung stehen und die großen Fragen im Einvernehmen mit Generalsekretär Brunner entscheiden.
[...]

[1] Vgl. Kurier vom 30. 12. 1952: „Neuer CSU-Generalsekretär".
[2] Die Sitzung des Landesausschusses der CSU hatte am 25./26. 10. 1952 in Dinkelsbühl stattgefunden. Ein Protokoll dieser Tagung findet sich bei den im ACSP verwahrten Akten der Landesleitung nicht; überliefert sind lediglich die Manuskripte des Rechenschaftsberichts des Landesvorsitzenden und seiner politischen Grundsatzrede.

Nr. 54

Gemeinsame Sitzung der Landtagsfraktion, der Landesgruppe und des Landesvorstands der Christlich-Sozialen Union am 14. Januar 1953 in München

Tagesordnung[1]:
1. Bundesanteil an der Einkommen- und Körperschaftsteuer
2. Außenpolitische Verträge
3. Bundeswahlgesetz
4. Bundesvertriebenen- und Baulandbeschaffungsgesetz

Tagungsort: München, Maximilianeum, Saal III

Anwesend[2]: Donsberger, Drachsler, Eberhard, Ehard, Elsen, J. Fischer, von Franckenstein, Gerstl, Haisch, Hellmann, Horlacher, Jaeger, Kaifer, Kremer, Lacherbauer, Lang-Brumann, Leukert, Maurer, Mayr, Meixner, J. Müller, Nerreter, Nickles, Ringelmann, Rinke, Schachtner, F. Schäfer, K. Schäfer, Schäffer, Schedl, Schmidt, Schubert, Schwend, Seidel, Strauß, Thiele, Trettenbach, Wagner, Wieninger

Protokollführer: Wilhelm Röhrl

Beginn: 10 Uhr 15, Ende: 18 Uhr 15

ACSP, LTF-P

Entschuldigt sind von der Landtagsfraktion Dr. Hundhammer, Schmid, Eder und Göttler.
Meixner eröffnete um 10.15 Uhr und stellt die Vertraulichkeit der Beratungen ausdrücklich fest.

[1] Rekonstruiert anhand des Protokolltextes. Die Einladung Georg Meixners an die Mitglieder der Landtagsfraktion und die der CSU angehörenden Mitglieder der Staatsregierung vom 29. 12. 1952 (ACSP, LTF II/2 6–45; die im folgenden zitierten Dokumente finden sich ebenda) hatte drei Tagesordnungspunkte vorgesehen: 1. Die politische Situation im Bund, insbesondere die Frage der Ratifizierung der Verträge (Referat des Herrn Landesgruppenobmanns), 2. Bundes- und Länderfinanzen, insbesondere das Problem der vom Bundesfinanzminister geforderten Erhöhung des Bundesanteils an der Einkommensteuer (Referat des Herrn Bundesfinanzministers), 3. Problemkreis „Unternehmertätigkeit des Staates". Die von Franz Josef Strauß gezeichnete Einladung an die Mitglieder der Landesgruppe vom 31. 12. 1952 sowie die von Josef Brunner an die Mitglieder des Landesvorstands versandte Einladung vom 8. 1. 1953 hatten vier Tagesordnungspunkte aufgeführt: 1. Bundesanteil an der Einkommen- und Körperschaftsteuer – Referent Bundesfinanzminister Schäffer, 2. Die weitere Behandlung der außenpolitischen Verträge – Referent Franz Josef Strauß MdB, 3. Bundestagswahlgesetz, Referent Jaeger MdB, 4. Verschiedenes. Die undatierte und nicht namentlich gekennzeichnete „endgültige Tagesordnung" hatte fünf Punkte genannt: 1. Bundesanteil an der Einkommen- und Körperschaftsteuer – Referent Bundesfinanzminister Schäffer, 2. Die weitere Behandlung der außenpolitischen Verträge – Referent Landesgruppenobmann Strauß MdB, 3. Bundestagswahlgesetz – Referent Dr. Jaeger MdB, 4. Problemkreis „Unternehmertätigkeit des Staates", 5. Verschiedenes. Nachträglich wurde hier vermerkt, daß der Landtagsabgeordnete Andreas Haisch „die Behandlung des Problemkreises ‚Bundesvertriebenengesetz' als vordringlich beantragt" hatte.

[2] Erstellt anhand einer fragmentarischen, 21 Namen umfassenden Anwesenheitsliste (ACSP, LTF II/2 6–45) und des Protokolltextes; insgesamt müssen mehr als 100 Personen zu dieser Sitzung eingeladen gewesen sein.

Bundesanteil an der Einkommensteuer:
Schäffer: Liebe Freunde, ich hoffe, daß die Pressenotiz, „entschiedene Ablehnung“[3] dem Verlauf der gestrigen Sitzung nicht entspricht, weil ich sonst vom Standpunkt der Freundschaft aus etwas gekränkt wäre; wir wollten doch heute die Dinge sachlich erörtern, ohne daß gestern eine Festlegung hätte erfolgen dürfen[4]. Wir müssen uns als Parteifreunde untereinander aussprechen. Hier ist eine Bewährungsprobe, ob wir überhaupt Politik zu machen verstehen. Angriffe gegen die Bundespolitik werden von anderen Parteien sehr leicht gegen die CSU gestartet mit der Behauptung, die CSU trägt zwei Gesichter. Darauf ist in Wahlzeiten besonders zu achten. Zu einem festen Beschluß besteht heute gar nicht die Möglichkeit, weil ich noch nicht sagen kann, wie die Dinge definitiv laufen. Ich kann heute nur einen Rat geben, was ich tun würde, wenn ich allein von Bayern aus die Dinge zu betrachten hätte.

Heute beträgt der Bundesetat rund 25 Milliarden[5], er hat sich in kurzem um rund 100 Prozent gesteigert, davon 20 Prozent auf Besatzungskosten und außenpolitische Verpflichtungen, 80 Prozent auf Soziallasten. Daß es gelungen ist, die Ordnungen [sic!] aufrecht zu erhalten, ist eine Leistung. Heute ist mit dem Haushalt untrennbar die Frage des Bundesanteils verknüpft, man kann da keinen Stein herausbrechen, es ist das eine Zwangssituation. Wenn man bei Ihnen von Einsparungen spricht, dann müssen Sie mir aber auch sagen, wo das möglich sein soll. Der Bundesrat hat nicht bestreiten können, daß die Einnahmen des Bundes tatsächlich nicht höher angesetzt werden können als sie es sind. Was der Bundesrat an den Ausgaben gestrichen hat, sind lächerlich kleine Posten, die kaum an die 20 Millionen herangehen[6].

Zur Vermeidung der 44 Prozent wurde nun vom Bundesrat vorgeschlagen, der Bund möge die Verbrauchs- und Verkehrssteuern erhöhen; man könnte das vom Länderstandpunkt vielleicht begrüßen, eine politische Partei jedoch kann die Umsatzsteuererhöhung heute unter keinen Umständen vertreten. Ein anderer Vorschlag des Bundesrates war, aus dem ordentlichen Haushalt 700 Millionen herauszunehmen und in den außerordentlichen zu übertragen und zwar alle Verzinsungs- und Tilgungsverpflichtungen für Auslandsschulden. Im Bundestag jedoch wird kein Abgeordneter diesen Vorschlag übernehmen, weil das Verpflichtungen sind, die 30 Jahre laufen. So könnte keine Währungspolitik aufrechterhalten werden. Die beiden Vorschläge des Bundesrates sind also unmöglich. Die Frage ist, was ist die wirkliche materielle Bedeutung des ganzen Problems: Die Länder sagen, sie sind an der Grenze ihrer Leistungsfähigkeit angelangt, Nordrhein-West-

[3] Nicht ermittelt.
[4] Nach den Auseinandersetzungen des Jahres 1952 (vgl. Nr. 50a und Nr. 51a) hatte Fritz Schäffer bereits im Dezember die Forderung erhoben, den Bundesanteil an der Einkommen- und Körperschaftsteuer für das Jahr 1953 von 37 auf 44 Prozent zu erhöhen. In den Ländern stieß dies auf entschiedene Ablehnung, und insbesondere in Bayern stand man den Plänen Schäffers ablehnend gegenüber. Am 13. 1. 1953 hatten sich der Fraktionsvorstand und die CSU-Landtagsfraktion damit beschäftigt und dabei harsche Kritik am Vorgehen Schäffers geübt. Die Protokolle beider Sitzungen finden sich in: ACSP, LTF; zum Gesamtzusammenhang vgl. Henzler, Fritz Schäffer, S. 360ff.
[5] In der Vorlage „Millionen“.
[6] Vgl. Stenographischer Bericht über die 98. Sitzung des Bundesrats am 18./19. 12. 1952, S. 601–604. Zum folgenden vgl. ebenda, S. 591–604.

falen z. B. mit Unrecht, andere Länder mit Recht. Das Aufkommen in Bayern betrug 1952 1595,9 Millionen. Bayern bleiben davon 63 Prozent, das sind 1005,4 Millionen. Wenn die Regelung wie bisher bleibt, dann hat Bayern 1953 ein Aufkommen von 1739 Millionen, wovon es 974 Millionen behalten würde. Die Frage ist, ob wir die bayerische Situation verbessern können. Ein Vorschlag wäre, durch eine Klausel Bayern die notwendigen 30 Millionen zu sichern. In diesem Zusammenhang schlägt der niedersächsische Finanzminister[7] vor, jedem Land ein Minimum für seine Aufwendungen zu garantieren und erst für das Darüber hinaus Gehende den Bundesanteil zu berechnen. Dieser Vorschlag findet im Bundesrat keine Mehrheit. Eine weitere Möglichkeit wäre, wenn der Bund bestimmte Beträge des Aufkommens als Schuldzuschüsse für überlastete Länder wieder zur Verfügung stellen würde. Bayern könnte so 47 Millionen erhalten. Auch bei 44 Prozent also würde Bayern auf diesem Weg 15 Millionen mehr haben als 1952. Diese Möglichkeit sollte unter uns in einem kleinen Gremium noch genau beraten werden.

Zur Situation im Bundeshaushalt: Die Steigerung der Ausgaben macht 2300 Millionen aus, die der Einnahmen nur 540 Millionen, wobei die 44 Prozent schon berechnet sind. Die Differenz von 1780 Millionen muß also durch Zusammenstreichung ziemlich erbarmungslos bereinigt werden. Weiter muß ich Leistungen an die Sozialversicherungsanstalten machen durch die Hingabe von Schuldverschreibungen. Insgesamt handelt es sich einschließlich des außerordentlichen Haushalts um über 3000 Millionen, wir müssen hier überlegen, welche währungspolitischen Rückwirkungen das haben kann. Andererseits sprechen wir trotzdem von Einkommensteuersenkung. Wir haben 1950 die neuen Stufensätze der Einkommensteuer geschaffen in einer Zeit, wo die Kaufkraft der Einkommen größer war. Außerdem brauchen wir unbedingt eine Vereinfachung des Steuersystems. Ich schlage vor, die Steuervergünstigungen stufenweise abzubauen, einzelne sofort, einzelne (7c + 7d) langsam[8]. Das meiste wollen wir zum Dezember 1954 grundsätzlich aufheben, dafür aber eine Tarifsenkung einführen. Die Währungspolitik darf nicht gefährdet werden. Um dieses Risiko tragen zu können, muß ich ganz bestimmt wissen, daß im Parlament durch Zusatzanträge nicht eine Verdoppelung der Ausgaben entsteht. Ich muß weiter sicher sein, daß weitere Haushaltverschlechterungen (Subventionen, Senkung der Kaffeesteuer[9] etc.) nicht kommen. Die Entscheidung wird in den nächsten Wochen fallen. Diese Senkung hat Rückwirkungen auf den Bundesanteil, der dann gesenkt werden kann, über 40 Prozent würde er nicht mehr hinausgehen. Ich bin der Meinung, daß, wenn dem Bundesrat eine Senkung der Einkommensteuer und Verminderung des Bundesanteils auf 40 Prozent vor[ge]schlagen wird, sich im Bundesrat dafür eine Mehrheit

[7] Alfred Kubel (1909–1999), SPD-Politiker, 1946–1975 MdL (SPD) in Niedersachsen, seit 1946 wiederholt Wirtschaftsminister, 1948–1950 Arbeitsminister, 1951–1955 und 1965–1970 Finanzminister, 1959–1965 Landwirtschaftsminister, 1970–1976 Ministerpräsident von Niedersachsen.

[8] Zu den Steuerreformplänen Schäffers vgl. Henzler, Fritz Schäffer, S. 474–490.

[9] Die Senkung der Steuern auf Tee und Kaffee, die schließlich gegen den Widerstand Schäffers beschlossen wurde, erfolgte nicht zuletzt im Hinblick auf den Bundestagswahlkampf. Vgl. die Beratungen des Bundeskabinetts vom 16. 1., 23. 1., 3. 3., 31. 3., 20. 5., 2. 6., 9. 6., 16. 6. und 4. 8. 1953 in: Kabinettsprotokolle der Bundesregierung 1953, S. 109 f., S. 129 f., S. 199 f., S. 249, S. 304 f., S. 324 f., S. 338 f., S. 346 f. und S. 420 f., sowie Henzler, Fritz Schäffer, S. 459.

findet. Ihre Form würde eine Erhöhung der Freigrenze für Steuerklasse 2 + 3 sowie eine Senkung aller Tarife bringen. Den Ausfall berechne ich mit einer Milliarde, er geht letztlich zu Lasten des Bundes. Insgesamt gesehen darf für Bayern kein Ausfall entstehen. Wir von der CSU müssen in diesem ganzen Problemkreis eine geschlossene Haltung einnehmen. Wir dürfen uns nicht spalten. Die CSU muß eine wirklich positive und nicht bloß eine negative Politik treiben.

Diskussion:
Dr. *Seidel* fragt, ob entsprechend Artikel 106[10] die Verteilungssumme aus anderen Steuern oder aus dem Bundesanteil genommen wird.

Schäffer antwortet, sie werde aus dem Bundesanteil genommen, Bayern würde in diesem Fall 47,1 Millionen erhalten. Die Ausgleichsfunktion des Bundes dürfe nicht übersehen werden, nur so könnten die sozialen Leistungen der Länder gleichheitlich [sic!] gehalten werden.

Dr. *Ringelmann*: Die Anteilserhöhung um sieben Prozent macht für Bayern 7 x 16 Millionen aus. Schäffer will uns das versüßen, indem er unser Aufkommen stark überschätzt. Unsere grundsätzliche Differenz liegt darin, daß meiner Meinung nach im Grundgesetz keine Bestimmung ist, die besagt, daß Mehrungen an Steuern, die die Länder haben, zwangsläufig dem Bund zufallen. Alle Stufen leiden heute unterm Gesetz des zunehmenden Ausgabenbedarfs. Dazu kommt, daß auch noch die Einkommensteuer gesenkt werden soll. Beim Bund macht ein Prozent etwa 115 Millionen, insgesamt also 450 Millionen aus. Auf der anderen Seite beziffert Schäffer die gesamte Einbuße mit einer Milliarde, den Unterschied müßten also die Länder tragen. Ich bin dankbar, daß uns die Gnade erwiesen wird, daß auch wir im Gremium mitarbeiten dürfen. Im ordentlichen Haushalt des Bundes sind eine Reihe von Posten, die vermögensverstärkend sind. Man bezeichnet mich immer als den Staatssozialisten[11], Schäffer könnte diesen Ehrentitel aber in erhöhtem Maße in Anspruch nehmen. Die VIAG allein hat mehr Kapital als der bayerische Staat in allen Beteiligungen etc. Daß heute rund ein Viertel der Einnahmen des Bundes aus dem Länderanteil bestehen, kann zwei Ursachen haben: Entweder haben die Väter des Grundgesetzes die Etatgröße noch nicht übersehen oder die Entwicklung ist in der Zwischenzeit Wege gegangen, die nicht im Sinne des Grundgesetzes sind. Ich glaube, das letztere ist der Fall. Der Bund drängt sich mit seinen Zuschüssen immer mehr in die Länder ein, errichtet Bundesämter und fordert schließlich einen Unterbau. Im Grundgesetz steht nicht, daß die Länder vom Bund in beliebiger Höhe herangezogen werden können. Die steigende Heranziehung von 25 auf 44 Prozent ist nicht nur eine ungeheuere finanzielle Belastung, sondern sie weckt bei uns Anzeichen eines allmählichen Sinkens des bayerischen Finanzverwaltungsschiffes. Es ist noch nicht zu spät. Der Bund sollte alle die Auf-

[10] Artikel 106, Abs. 4 des Grundgesetzes legte fest, daß der Bund bestimmten Ländern Zuschüsse aus denjenigen Steuermitteln gewähren konnte, die den Ländern zuflossen. Damit sollten die Leistungsfähigkeit steuerschwacher Länder gesichert und unterschiedliche Ausgabenbelastungen unter den Ländern ausgeglichen werden.

[11] Ringelmann wurde vor allem deshalb als Vertreter einer staatskapitalistischen oder staatssozialistischen Politik kritisiert, weil er den Erwerb von Industriebbeteiligungen durch den Freistaat befürwortet hatte. Vgl. Moser, Unternehmer in Bayern, in: Schlemmer/Woller (Hrsg.), Bayern im Bund, Bd. 2, S. 48f.

gaben abstoßen, für die er gar nicht zuständig ist. Ferner leidet unsere Finanzpolitik auch an der Koppelung von Bundes- und Ländermitteln. Auf die Dauer ist es unhaltbar, daß der Bund so große Anteile in die Hand bekommt, weil dadurch im Bundesfinanzministerium die Vorstellung entsteht, daß anstelle der Länderfinanzverwaltung die Bundesfinanzverwaltung treten müsse, vor allem wenn der Anteil einmal auf 50 Prozent geklettert sein wird. Es müßte möglich sein, einen Posten für werbende Ausgaben in den außerordentlichen Haushalt des Bundes hineinzunehmen, so wäre der Weg zur Steuersenkung erleichtert. Ein Lebensstandardsockel von 100 Mark pro Kopf sollte frei von Steuer sein, neuerdings hat Niedersachsen 115 Mark beantragt[12], vielleicht kann man mit Teilstücken dieses Planes eine Regelung dahin erzielen, daß künftig die leistungsschwachen Länder besser berücksichtigt werden. Diese Staffelung ist notwendig.

Schäffer: Den Ehrentitel Staatssozialist lehne ich ab, weil ich die kritisierten Erwerbungen nicht aus Steuermitteln mache. Die VIAG ist nur eine Erbschaft, auf die ich keinen Wert lege. Übel nehme ich, daß Ringelmann meint, die CSU-Politiker in Bonn dächten nur mehr an den Bund. Bei den Zuschüssen des Bundes an die Länder liegt die Initiative fast immer beim Bundesrat. Unsere Abgeordneten in Bonn sind tatsächlich gegen dieses System. Ich rege an, Bayern möge im Benehmen mit dem Bundesfinanzministerium einen konkreten Vorschlag machen. Nach meiner Überzeugung muß der Artikel 107[13] angewendet werden. Wenn auf die Gefahr einer Bundesfinanzverwaltung hingewiesen wird, so sage ich, ohne Schäffer und ohne die CSU in Bonn wäre diese heute schon da. Die Mehrheit der Länder ist dafür bereit. Landtagsfraktion und Staatsregierung sollen heute zwei oder drei Mitglieder bestimmen, die mit uns in Bonn das Finanzproblem durchgehen und auch die politische Taktik für das weitere Vorgehen besprechen.

Dr. *Lacherbauer*: Die gleichen Sorgen, die den Bundesfinanzminister bewegen, bewegen auch uns in Bayern. Nur daß wir in Bayern den Ausgleich auf der Ausgabenseite suchen müssen, während die Bundesausgabenkürzungen minimal sind.

Elsen: Ich stelle die Tendenz fest, daß wir politisch immer mehr in die Verhältnisse von Weimar hineinschlittern. Die Forderung auf 44 Prozent wurde in die Öffentlichkeit getragen, ohne daß sie mit uns besprochen war[14]. Auch sehen wir das immer stärkere Bestreben der Bundesfinanzverwaltung, sich in den Ländern einen Unterbau zu schaffen. Fest steht, daß SPD und BP sich den Argumenten des Bundesfinanzministers verschließen werden. Wir müssen also allein gerade stehen. Erfahren müßten wir, was eigentlich prozentual vom Bund an jedes einzelne Land gegeben wurde. Tatsache ist, daß wir bis heute keinen endgültigen Finanzausgleich haben. Je höher der Bundesanteil jetzt klettert, um so schwieriger wird unsere Position beim endgültigen Ausgleich.

[12] Nicht ermittelt.

[13] Artikel 107 des Grundgesetzes bestimmte, daß die endgültige Verteilung derjenigen Steuern, die der konkurrierenden Gesetzgebung unterlagen, zwischen Bund und Ländern bis zum 31. 12. 1952 geregelt werden sollte, wobei „jedem Teil ein gesetzlicher Anspruch auf bestimmte Steuern oder Steueranteile entsprechend seinen Aufgaben einzuräumen" war.

[14] Vgl. Henzler, Fritz Schäffer, S. 360.

Dr. *Nerreter* verweist auf die Etatberatungen des Innenministeriums, wo erneut 93 Millionen gestrichen werden sollen, und das bei Zugrundelegung des alten Anteiles von 37 Prozent.

Eberhard: Schäffer will heute keine Zustimmung zu den 44 Prozent, er geht den Kompromißweg über die vorgeschlagene Kommission; diese hätte schon vor einem Vierteljahr zusammentreten sollen. Was die Auswirkungen der Bundespolitik anlangt, so wird der Wähler in Bayern in erster Linie das[15] nächste sehen und das ist die Landespolitik. Wir sind eine bayerische Landespartei und müssen entscheidendes Gewicht auf die Verhältnisse in Bayern selbst legen. Zum Vorschlag, daß nach Artikel 106/4 vom Bund 47 Millionen an Bayern gegeben werden sollen, meine ich, daß die reichen Länder das rundweg ablehnen werden. Mit diesem Vorschlag bin ich nicht zum Zuge gekommen. Was Nerreter über die Etatkürzungen angedeutet hat, ist für den Ausgang der Wahlen entscheidend. Die bayerische Landespolitik beeinflußt den Wähler maßgebend, und dafür sind wir verantwortlich.

Karl S. Mayr: Vor viereinhalb Jahren wurde im Parlamentarischen Rat das vorausgesagt, was Ringelmann heute konstatiert hat. Vor der Entscheidung hier muß bedacht werden, daß bei einer Ablehnung die allgemein erwartete Steuerreform nicht durchgeführt werden kann. Ich empfehle der Anteilserhöhung zuzustimmen, schon um die Landesfinanzverwaltung zu erhalten.

Donsberger äußert, wenn man die tatsächlich geleisteten Zahlungen des Bundes mit dem Etat vergleiche, so zeigten sich ziemliche Reserven[16]. Im übrigen tue endlich eine endgültige Regelung not. Mit den Zuwendungen über den Art. 106/4 von Jahr zu Jahr dürfte sich die CSU nicht abfinden.

Mittagspause

Nachmittagssitzung (Koordinierungssitzung vom 14. Januar1953)

Strauß: Die CSU wird die Landespartei bleiben. Die Verantwortung besteht aber nicht nur dem Land gegenüber. Wir müssen die Bundesverantwortung nicht nur dem Schein nach, sondern im Ernst bejahen. Die Entscheidung heuer hängt davon ab, ob die vier Jahre Bonn am Ende eine gescheiterte Politik ausweisen oder ein konkretes Ergebnis. Die Beratungen des vorgeschlagenen Gremiums sind notwendig. Aufgabe der Beratungen wird es sein, die Berechnungsgrundlage zu klären, damit dem Land wie dem Bund das wirklich Notwendige gegeben werden kann. Die Obstruktionspolitik der SPD-Länderminister hat bestimmt nicht den Zweck, die Eigenstaatlichkeit der Länder aufrecht zu erhalten. Eine Ablehnung in unserer Gesamthaltung ginge auf Kosten der ganzen Partei. Wir müssen in Bund und Land die gleiche Sprache sprechen.

Dr. *Ehard*: Ich begrüße die Kommission. Im übrigen habe ich davon, daß der Bund 44 Prozent will, erst aus der Presse erfahren. Seinerzeit hatte ich mich für die Erhöhung auf 37 Prozent eingesetzt und bin hernach angepöbelt worden. Man ist im Bundestag bei einzelnen Stellen von einer mimosenhaften Empfindlichkeit. Angeblich soll ich jetzt in Bonn Koalitionsbesprechungen gegen die Politik Ade-

[15] In der Vorlage „des".
[16] Vgl. dazu allgemein Henzler, Fritz Schäffer, S. 453 f.

nauers anbahnen[17]. Ich habe kein Interesse nach Bonn zu gehen; ich habe hier eine Aufgabe, wenn ich die noch zwei Jahre erfüllen kann, bin ich zufrieden. Es wird künstlich eine Atmosphäre des Mißtrauens geschaffen. Wenn ich für die Politik Adenauers eintrete, dann tue ich das aus Überzeugung, leicht wird es einem freilich nicht gemacht.

Dr. *Ringelmann*: Man muß uns behilflich sein in der Auseinandersetzung der Länder untereinander. Bei einem einheitlichen Hundertsatz werden die schwachen Länder durch einen 44-prozentigen Anteil viel zu hart besteuert.

Dr. *Schedl*: Mich wundert, daß Schäffer von den Bundesbeteiligungen als Belastung spricht. Ich schlage vor, dann doch die Luitpoldhütte[18] an Bayern zu geben, so hätten wir einen schönen Beweis des guten Willens.

Strauß: Ehard sagte, er dürfe den Buckel hinhalten und hernach nehme man auf ihn doch keine Rücksicht. Er meinte damit die Versuche des Kanzlers, mit der BP Fühlung zu nehmen[19]. Ehard ist darüber mit Recht verstimmt. Wir in Bonn haben uns das Geschäftemachen mit der BP auf das schärfste verbeten.

Schäffer: Es ist dringend notwendig, daß die CSU in Länder [sic!] und Bund mehr voneinander weiß. Die Kommission soll heute gebildet werden.

Meixner: Wir anerkennen sowohl den guten Willen des Finanzministers, Bayern finanziell zu helfen, wie wir die großen Erfolge begrüßen, die der Bundesfinanzminister mit der Aufrechterhaltung der Stabilität der Währung hat. Es gibt Verstimmungen zwischen Bonn und München, und wir sind dankbar, daß Schäffer in so enge Fühlungnahme mit uns tritt. Bezüglich der Zustimmung zur Anteilserhöhung werden wir in eine äußerst schwierige Situation kommen, da SPD und BP dagegen sein werden. Die genannten Besprechungen mit der BP haben meines Wissens ernstlich gar nicht stattgefunden.

Bestellung der Kommission: Die Fraktion bestimmt Abgeordneten Lacherbauer (Federführung), Abgeordneten Eberhard und Abg. Elsen. Ort und Zeit sollen noch vereinbart werden[20].

Außenpolitische Verträge[21]:

Strauß: Für den heurigen Wahlerfolg spielt das Gelingen der Verträge eine außer-

[17] Solche Spekulationen, Ehard ziele auf eine Ablösung der kleinen Koalition in Bonn durch eine wie in Bayern durch Union und SPD getragene Regierung, hörte man trotz prompter Dementis immer wieder. Vgl. Die Zeit vom 31. 12. 1952: „Ehard gegen Adenauer", oder Neue Zeitung vom 5. 4. 1953: „Ehard weist politische Spekulationen um seine Person als Legenden zurück".

[18] Die Luitpoldhütte bei Amberg war 1883 als Hochofenwerk gegründet und 1911 durch eine Gießerei erweitert worden. 1937 wurde die Luitpoldhütte als Göring Werk in die Reichswerke AG eingegliedert, 1945 in die Berg- und Hüttenbetriebs AG. 1952 erfolgte die Umgründung in die Luitpoldhütte AG, an der die bundeseigene Salzgitter AG zu 74 Prozent und der Freistaat Bayern zu 26 Prozent beteiligt waren. Vgl. die Broschüre: 100 Jahre Luitpoldhütte Amberg.

[19] Zu den Versuchen Adenauers, mit der Bayernpartei Fühlung zu nehmen, um die eigene Basis zu verbreitern und die CSU unter Druck zu setzen, vgl. Gelberg, Hans Ehard, S. 453–458, und Köhler, Adenauer, S. 800f.

[20] Obwohl Schäffer von seiner Forderung nach einem Bundesanteil von 44 Prozent für 1953 abrückte und sich mit 40 Prozent zufriedengeben wollte, blieben die Länder hart. Der Bundesrat rief einstimmig, also mit den Stimmen Bayerns, den Vermittlungsausschuß an und akzeptierte schließlich – wieder mit den Stimmen Bayerns – einen Kompromiß, der dem Bund einen Anteil von 38 Prozent an der Einkommen- und Körperschaftsteuer zusprach. Vgl. Gelberg, Hans Ehard, S. 410.

[21] Zur Debatte um die Ratifizierung des EVG-Vertrags und des Generalvertrags vgl. Herbst, Option für den Westen, S. 87–105. Vgl. auch Nr. 49.

ordentliche Rolle. Das Hin und Her zwischen Bonn und Karlsruhe hat das Vertrauen zur Bundesregierung gewiß nicht gefestigt. Die beiden Verträge stehen zeitlich und sachlich in engem Zusammenhang, kein Vertrag kann ohne den anderen in Kraft treten. Beim EVG Vertrag liegen zwei Ziele zugrunde: einmal die Frage der europäischen Sicherheit einschließlich der Sicherheit Westdeutschlands. Dem soll die integrierte Europa-Armee dienen. Das zweite Ziel ist die Schaffung einer politischen Europagemeinschaft. Der Deutschlandvertrag ist bisher ratifiziert von [den] USA und Großbritannien; aus steht noch Frankreich und Deutschland. Beim EVG-Vertrag sind die stärksten Hindernisse politischer Art bei den Franzosen; wenn in Frankreich und Deutschland ratifiziert ist, dann gibt es in Belgien, Holland, Luxemburg und Italien keine besonderen Schwierigkeiten mehr. Das Problem der Sicherheit könnte auch anders als durch eine integrierte Armee gelöst werden, nämlich durch eine deutsche Nationalarmee im Rahmen des Atlantikpaktes. Wir aber wollen durch die Integrierung einen weiteren Beitrag zu einer freien politischen Europagemeinschaft. Der Deutschlandvertrag ergab sich naturgemäß daraus, daß Deutschland aus dem Zustand des Besatzungsstatus herausgeführt werden mußte hinein in eine echte Partnerschaft. Der EVG-Vertrag nahm seinen Ausgang von unseren Gesprächen mit den Amerikanern nach Ausbruch des Korea-Krieges. Im Februar 1951 hat Pleven[22] den Vorschlag einer integrierten Armee gemacht, jedoch ohne deutsche Gleichberechtigung[23]. Bei den außenpolitischen Verträgen handelt es sich um ein echtes Zustimmungsgesetz. Die versuchte Teilung ist eine Wahnsinnsidee[24].

Zur Anrufung des Bundesverfassungsgerichtes durch die Opposition: 144 Abgeordnete haben die Feststellungsklage eingereicht, ein sogenanntes Normenkontrollverfahren beantragt[25]. Die Absicht war, ein Urteil des Gerichtes dahin zu erhalten, daß die Verträge verfassungswidrig seien. Es gäbe auch eine andere Möglichkeit, nämlich festzustellen, daß die einfache Mehrheit des Bundestages nicht das Recht hat, die Verträge anzunehmen. Die Opposition wählte das Normenkontrollverfahren, weil dieses vom ersten Senat behandelt werden muß, während

[22] René Pleven (1901–1993), französischer Politiker, 1944–1946 Finanzminister, 1949/50 und 1952–1954 Verteidigungsminister, 1950/51 und 1951/52 Ministerpräsident, 1958 Außenminister, 1969–1973 Justizminister. Plevens Vorschlag zur Bildung einer integrierten westeuropäischen Armee stammte vom 24. 10. 1950.

[23] Der geplante EVG-Vertrag enthielt zwei für die Bundesrepublik diskriminierende Bestimmungen: Erstens sollte die Bundesrepublik als einziger Partner innerhalb der EVG nicht gleichzeitig Mitglied der NATO sein, und zweitens sollte die Bundesrepublik keine militärischen Kontingente außerhalb der EVG unterhalten dürfen, also keine Nationalarmee besitzen. Vgl. Herbst, Option für den Westen, S. 88.

[24] Aufgrund der Mehrheitsverhältnisse war die Frage, ob die Gesetze zur Ratifizierung der Zustimmung durch den Bundesrat bedurften oder nicht, für die Bundesregierung von zentraler Bedeutung. Erst nach langen Auseinandersetzungen war die Länderkammer schließlich bereit, eine „Teilung der Verträge in nicht zustimmungspflichtige Hauptabkommen und zustimmungspflichtige Nebenverträge von nachgeordneter Bedeutung zu akzeptieren", wie sie von der Bundesergierung vertreten worden war. Schwarz, Ära Adenauer 1949–1957, S. 179. Zur Debatte im Bundesrat unter besonderer Berücksichtigung der bayerischen Position vgl. Gelberg, Hans Ehard, S. 423–448.

[25] Die Bundestagsfraktion der SPD hatte schon am 31. 1. 1952 einen Antrag auf eine vorbeugende Normenkontrolle des EVG-Vertrags durch das Bundesverfassungsgericht gestellt. Diese Klage blieb ohne Erfolg, da das Bundesverfassungsgericht eine Normenkontrolle vor Abschluß des Gesetzgebungsverfahrens ablehnte. Zur Rolle des Bundesverfassungsgerichts, das sich von allen Seiten Pressionen und Politisierungsversuchen ausgesetzt sah, vgl. Schwarz, Ära Adenauer 1949–1957, S. 170–177.

Zuständigkeitsfragen an den zweiten Senat gehen[26]. Nun stand die Regierung vor der Frage, wenn der Bundestag ratifiziert, so kann die SPD vor dem ersten Senat klagen und eine Feststellung der Verfassungswidrigkeit ist zu befürchten. Um ein Gegengewicht zu schaffen, hat der Bundespräsident[27] ein Gutachten angefordert, ob die Verträge mit der Verfassung im Einklang stehen. In Karlsruhe wurde dann beschlossen, daß das Gutachten nach innen bindend ist, also beide Senate bindet. Das wurde von uns als Rechtsbruch bezeichnet, denn ein Gutachten muß unverbindlich sein. Unter dem Eindruck dieser Entwicklung hat der Bundespräsident sein Ersuchen um ein Gutachten zurückgezogen, weil er ein Gutachten und nicht ein Urteil haben wollte. Die erste Klage der SPD ist also abgewiesen, der Gutachtenantrag zurückgezogen. Jetzt ist nur noch eine zweite Klage (eigene) von uns selbst zu entscheiden[28]. Mit der Aussetzung der dritten Lesung müssen wir nunmehr das Ergebnis dieser unserer Klage abwarten: Entweder die Klage wird angenommen oder nicht. Wenn nicht, dann ist die Sache zunächst einfach. Wir können die dritte Lesung durchführen und die Verträge dem Bundesrat geben. Dieser kann entweder ratifizieren oder den Versuch machen, sich eine Rechtsauslegung zu holen. Wenn der Bundesrat ratifiziert, kommt freilich die Klage der SPD wieder und die Sache geht vor den ersten Senat. Es besteht ferner die Möglichkeit, daß Bundestag und Bundesrat und Bundesregierung zusammen ihrerseits nochmals ein Gutachten anfordern. Wir wollen das nicht haben, weil sonst die Verwirrung in der Öffentlichkeit noch größer wird. Wird unsere Klage aber angenommen, dann gibt es zwei Möglichkeiten: Entweder wir können ratifizieren, dann ist es gut, oder aber der zweite Senat entscheidet auf „verfassungswidrig". Wir müssen eben dann in einen entsprechend scharfen Wahlkampf eintreten. Es gäbe außerdem noch einen Ausweg, nämlich, daß das Gericht sagt, diese Verträge[29] unterliegen nicht der Verfassungsgerichtsbarkeit. Das würde uns den Weg freigeben, fünf bis sechs Richter stehen bereits auf diesem Standpunkt.

Zu den Folgen der Angelegenheit: Wir müssen seitens der USA mit zwei Auswirkungen rechnen: mit einem verstärkten Druck auf Frankreich und Deutschland und mit der Kürzung der Auslandshilfen. Wenn die Verträge scheitern, ist die Frage, ob nun verhandelt wird auf der Basis einer Nationalarmee oder ob sich die USA auf die Randverteidigung Europas beschränke. Diese Entscheidung fällt in den nächsten sechs Monaten. Denken wir daran, daß eine engstirnige Haltung Frankreichs und Deutschlands den Amerikaner als Steuerzahler wie als Elternteil[30] dazu zwingen wird, Konsequenzen zu ziehen. Die USA haben bereits riesige

[26] Im ersten Senat, in dem Hermann Höpker Aschoff (FDP) den Vorsitz führte, neigten sieben Richter zur SPD und zwei zur Union, während im zweiten Senat unter Rudolf Katz (SPD) sieben Richter zur Union und zwei zur SPD tendierten. Daher galt der erste Senat als „rot", der zweite Senat als „schwarz". Vgl. ebenda, S. 171 f.

[27] Dr. Theodor Heuss (1884–1963), Volkswirt und Journalist, 1924–1928, 1930–1932 und 1933 MdR (DDP/StP), 1946–1949 MdL (DVP/FDP) in Württemberg-Baden, 1948/49 MdPR (FDP), 1949–1959 Bundespräsident.

[28] Am 6. 12. 1952 hatten 201 Abgeordnete der Koalitionsfraktionen eine Organklage gegen 128 SPD-Abgeordnete beim Bundesverfassungsgericht eingereicht, die darauf abzielte, feststellen zu lassen, daß zur Ratifizierung der Verträge eine einfache Mehrheit im Bundestag ausreichend sei. Vgl. Schwarz, Ära Adenauer 1959–1957, S. 175 f.

[29] In der Vorlage „Beträge".

[30] Schwer lesbar; in der Vorlage radiert und handschriftlich verbessert.

Summen bei uns investiert, ohne daß noch eine Gegenleistung erfolgte. Wir müssen die Wähler überzeugen, daß sie zu uns halten müssen, damit wir unsere Politik der Verantwortung, nicht des Parteivorteils fortsetzen können. Die SPD zeigt, daß sie selber keinen konkreten Weg weiß. Vor einem Jahr hat die SPD ihre Klage eingereicht, jetzt hat sie Fachleute beauftragt, über die Sicherheit Deutschlands ein Memorandum auszuarbeiten. Warum hat die SPD den Weg zur Verteidigung der Sicherheit denn vor einem Jahr torpediert?

Meixner: Um eines Parteivorteils willen treibt die SPD ein frivoles Spiel mit dem Schicksal der Nation.

Dr. *Ehard*: Im Bundesrat ist noch nichts verbaut. Daß Ministerpräsident Maier die Sache aufs Eis legen will, ist verständlich. Nein kann er nicht sagen, Ja möchte er nicht sagen[31].

Dr. *Ehard* äußert sich dann zu dem Fragenkomplex Bundesverfassungsgericht. Notwendig sei raschestmöglich das Abhalten der dritten Lesung, [um] die politische Entscheidung herbeizuführen, dann liege die Verantwortung beim Bundesverfassungsgericht. Wenn es mit dem Bundesverfassungsgericht schief gehe, dann müsse das deutsche Volk so viel Verstand aufbringen, daß es sich auf breiter politischer Basis einige, möge das nun eine Koalition werden oder nicht. Gelingt das nicht, dann habe das deutsche Volk das Schicksal, das es verdient. Die Amerikaner sind nicht auf Deutschland, auch nicht so sehr auf Europa angewiesen. Die Russen aber werden sich sichern [sic!] und das Ruhrgebiet zerschlagen. Noch vor einem halben Jahr hätte Stalin sich nicht träumen lassen, daß man heute so die Hasen in die Küche treibt.

Dr. *Horlacher* äußert, die SPD benutze eine außenpolitische Lebensfrage, um innenpolitisch zur Macht zu kommen.

Dr. *Horlacher* bedauert, daß die Anteilserhöhung auf 44 Prozent und andere schwerwiegende Probleme noch vor dem Wahlkampf angepackt werden müßten.

Bundestagswahlgesetz[32]

Dr. *Jaeger* berichtet, der Termin liege verfassungsmäßig zwischen dem 7. Juni und dem 6. September[33]. Vor Mai könne das neue Wahlgesetz auf keinen Fall kommen. Dr. *Jaeger* gibt sodann einen Überblick über die verschiedenen Änderungswünsche der Partei zum Bundestagswahlgesetz.

Eberhard äußert, wenn das Gesetz nicht vor Mai komme, könne nicht vor September gewählt werden.

Horlacher wendet sich scharf gegen eine Erhöhung der Abgeordnetenzahl[34], die Bevölkerung sei mit Recht dagegen. Mit der Bundestagswahl müssen zugleich auch die Vertreter in das Europaparlament gewählt werden.

[31] Reinhold Maier, seit April 1952 Ministerpräsident des neugeschaffenen Landes Baden-Württemberg, führte eine Koalition aus DVP/FDP, SPD und dem BHE. Als Bundesratspräsident in einer Schlüsselposition, trat er aus koalitionstechnischen Rücksichten und politischen Überzeugungen gegen die von der Bundesregierung gewünschte schnelle Ratifizierung der Westverträge ein. Vgl. Matz, Reinhold Maier, S. 398–420.

[32] Zur Diskussion der Jahre 1952/53 vgl. Jesse, Wahlrecht, S. 98–103.

[33] Die Bundestagswahl fand schließlich am 6. 9. 1953 statt.

[34] Die Zahl der Abgeordneten stieg auf 484, von denen die eine Hälfte in Bundeswahlkreisen direkt, die andere über Landeslisten gewählt wurde. Vgl. Ritter/Niehuss, Wahlen in Deutschland, S. 64 f.

Bundesvertriebenen- und Baulandbeschaffungsgesetz
Haisch warnt vor der Annahme des Bundesvertriebenengesetzes[35], die nachgeborenen einheimischen Bauernkinder dürften nicht hinausgestellt werden. Auch das Baulandbeschaffungsgesetz[36] weist starke Mängel auf[37].

Dr. *Schubert* äußert, an eine Verabschiedung des Bundesvertriebenengesetzes sei noch gar nicht zu denken, es liege alles noch im Stadium der Beratungen.

Haisch erklärt, die unerfreulichen Probleme seien von den Heimatvertriebenen aufgezogen und aufgetischt worden und nicht von der Union.

Franckenstein bedauert, daß man sich in der Landesgruppe so wenig mit dem Baulandbeschaffungsgesetz befaßt.

Meixner schließt die Sitzung um 18.15 Uhr.

Nr. 55

Sitzung des Landesvorstands der Christlich-Sozialen Union am 30. April 1953 in München[1]

BayHStA, NL Ehard 1203

Die Sitzung der Landesvorstandschaft vom 30. April 1953 in München beschließt:
1. Den Geschäftsordnungen der Arbeitsgemeinschaften der *Arbeitnehmergruppe*, der *Beamtenvereinigung*, der *Kommunalpolitischen Vereinigung* und der *Mittelstandsgruppe* wird die *Zustimmung erteilt*[2], da dieselben in ihren einzelnen

[35] Das Bundesvertriebenengesetz vom 19. 5. 1953 (vgl. BGBl. 1953 I, S. 201–221) vereinheitlichte die unterschiedlichen Rechtsvorschriften, die bis dahin in Bund und Ländern im Hinblick auf die „Neubürger" bestanden hatten. Vgl. Kabinettsprotokolle der Bundesregierung 1953, S. 34 ff.

[36] Das Baulandbeschaffungsgesetz vom 3. 8. 1953 (vgl. BGBl. 1953 I, S. 720–730) sah unter bestimmten Voraussetzungen die Beschlagnahme von privatem Grundbesitz für Bauzwecke, an denen die öffentliche Hand ein besonderes Interesse hatte, vor. Vgl. dazu auch CSU-Correspondenz vom 29. 1. 1953, S. 1 f.

[37] Zur Kritik von Haisch vgl. auch CSU-Correspondenz vom 19. 1. 1953, S. 3 f.

[1] Die Tagesordnung, die Josef Brunner am 21. 4. 1953 an die Mitglieder des Landesvorstands versandte (BayHStA, NL Ehard 1203), sah für die Sitzung am 30.4. um 11 Uhr in Saal III des Münchner Maximilianeums folgende Tagesordnung vor: 1. Bericht des Landesvorsitzenden über die politische Lage, 2. Festsetzung von Zeit und Ort der Landesversammlung 1953, 3. Genehmigung der Geschäftsordnungen der Arbeitsgemeinschaften nach § 54, Abs. 1 unserer Satzung (Arbeitnehmer, Beamtenvereinigung, Frauen, Mittelstandsgruppe und Junge Union), 4. Wahl des geschäftsführenden Vorstands nach § 51 unserer Satzung, 5. Aussprache, 6. Verschiedenes. Außer dem hier abgedruckten Beschlußprotokoll zu Tagesordnungspunkt 3 findet sich keine Mitschrift über diese Sitzung. Nach einer Notiz in der CSU-Correspondenz vom 5. 5. 1953, S. 4, waren folgende Personen in den geschäftsführenden Landesvorstand gewählt worden: Michael Horlacher, Alois Hundhammer, Heinrich Krehle, Alfons Kreußel, Georg Meixner, Emil Muhler, Wilhelm August Schmidt. Als Termin für die nächste Sitzung des Landesvorstands hatte man den 12. 6. 1953, als Termin für die nächste Landesversammlung den 13./14. 6. 1953 ins Auge gefaßt; Tagungsort sollte Augsburg sein.

[2] Ein kurzer, wenn auch lückenhafter Überblick über die Arbeitsgemeinschaften der CSU findet sich bei Mintzel, Anatomie, S. 437–461; zu den drei wichtigsten Arbeitsgemeinschaften, der KPV, der JU und der Frauen-Union vgl. Wilbers, KPV der CDU/CSU; 50 Jahre Junge Union; 50 Jahre Frauen-Union in Bayern.

Bestimmungen dem Paragraph 54 der Union-Satzung vom 5. Juli 1952[3] entsprechen.

2. Die *Geschäftsordnung der Arbeitsgemeinschaft der Frauen* wird ebenfalls *gebilligt* und gleichzeitig der Frauengruppe *die Genehmigung erteilt*, die Bezeichnungen Vorsitzende und Vorstandschaft zu führen, da die für die Arbeitsgemeinschaft in Paragraph 54 der Union-Satzung vorgesehenen Bezeichnungen sinnwidrig wären.
   Um jede Verwechslung mit den Organisationsstufen der Union zu vermeiden, ist bei den Organen der Arbeitsgemeinschaft der Frauen jeweils das Wörtchen „gruppen" einzuschalten. Es muß also z. B. lauten: Orts*gruppen*vorstandschaft, Kreis*gruppen*vorstandschaft, Bezirks*gruppen*vorstandschaft und Landes*gruppen*vorstandschaft. Diese Auflage ist an allen in Frage kommenden Stellen der GO erfüllt.

3. Die *Geschäftsordnung der Arbeitsgemeinschaft Junge Union* wird *mit der Auflage genehmigt*, daß die Terminologie des Paragraphen 54 der Union-Satzung in die GO eingebaut wird. Es sind u. a. zu *ändern*: *Vorsitzender in Obmann* (Landesobmann, Bezirksobmann, Kreisobmann und Ortsobmann: stellvertretender Landesobmann usw.); *Vorstandschaft in Obmannschaft* (Landesobmannschaft, Bezirksobmannschaft, Kreisobmannschaft und Ortsobmannschaft); *Verband in Gruppe* (Ortsgruppe, Bezirksgruppe, Kreisgruppe usw.); *Versammlung in Gruppenversammlung* (Orts*gruppen*versammlung, Kreis*gruppen*versammlung, Bezirks*gruppen*versammlung und Landes*gruppen*versammlung; es wird empfohlen, letztere *Vertreterversammlung* zu benennen [sic!]); *Ausschuß in Gruppenausschuß* (Orts*gruppen*ausschuß, Kreis*gruppen*ausschuß, Bezirks*gruppen*ausschuß und Landes*gruppen*ausschuß; es wird empfohlen, den letzteren *Hauptausschuß* zu benennen [sic!]) und *Kreisräte in Kreisbeiräte* (Paragraph 9, Zeile 7).
   Außer einigen redaktionellen Änderungen ist eine Klärung der Frage der automatischen Mitgliedschaft der CSU-Mitglieder unter 40 Jahren bei der AG Junge Union zu klären, da diese Auffassung im Widerspruch zu Paragraph 54, Zeile 3 der Union-Satzung [steht].
   Die so geänderte Geschäftsordnung gilt als endgültig genehmigt, wenn der nach Ziffer 6 dieses Beschlusses gebildete Satzungsausschuß seine Zustimmung erteilt.

4. Die *Geschäftsordnung der Arbeitsgemeinschaft Union der Ausgewiesenen* wird *mit der Auflage genehmigt*, daß die Terminologie des Paragraphen 54 der Union-Satzung in die GO eingebaut wird. Es sind u. a. zu ändern: *Vorstandschaft in Obmannschaft* (Landesobmannschaft, Bezirksobmannschaft, Kreisobmannschaft); *Verband in Gruppe* (Ortsgruppe, Kreisgruppe, Bezirksgruppe, Landesgruppe); *Versammlung in Gruppenversammlung* (Orts*gruppen*versammlung, Kreis*gruppen*versammlung, Bezirks*gruppen*versammlung, Landes-

[3] Die Satzung der CSU vom Juli 1952, die die 1948 reformierte Satzung aus dem Jahr 1946 ablöste, ist im Anhang dieser Edition abgedruckt.

*gruppen*versammlung; es wird empfohlen, letztere Vertreterversammlung zu benennen [sic!]) und *Amtswalter in Amtsträger oder Delegierte* (Paragraph 12). Neben einigen redaktionellen Änderungen ist noch nötig, daß eine Klärung der in Paragraph 15 und Paragraph 17 vorgesehenen finanziellen Verpflichtungen der Union gegenüber der UdA erfolgt.
Die so geänderte Geschäftsordnung gilt als endgültig genehmigt, wenn der nach Ziffer 6 dieses Beschlusses gebildete Satzungsausschuß seine Zustimmung erteilt.

5. Insoweit eine der fünf endgültig genehmigten und der zwei unter Auflagen genehmigten Geschäftsordnungen noch nicht von den Landesgruppenversammlungen bzw. Vertreterversammlungen der Arbeitsgemeinschaften genehmigt sind, ist diese Zustimmung noch nachzuholen. Von der Genehmigung durch diese Gremien ist der Landesvorstandschaft Kenntnis zu geben. Änderungen an den heute genehmigten Geschäftsordnungen sind erst dann gültig, wenn sie von der Landesvorstandschaft gebilligt werden. Ausgenommen davon sind nur die in Ziffer 3 und 4 dieses Beschlusses aufgeführten Einzelfälle.

6. Zur Regelung aller bei der Anwendung der Satzung der Union vom 5. Juli 1952 und der genehmigten Geschäftsordnungen der Arbeitsgemeinschaften auftretenden Zweifels- und Streitfälle wird ein *Satzungsausschuß* eingesetzt. Zusammensetzung und Tätigkeit regelt Paragraph 55 der Union-Satzung. Der Vorsitzende wird kommissarisch bestellt. Seine Wahl ist bei der nächsten Landesausschuß-Sitzung nachzuholen (Paragraph 47 d)[4].
Alle von diesem Ausschuß gefällten Entscheidungen bedürfen der Gegenzeichnung durch den Landesvorsitzenden. Damit erlangen sie erst Rechtskraft. Sie gelten dann gleichzeitig als *Durchführungsbestimmungen* und sind den Organen der Union mittels Rundschreiben zuzuleiten.

Nr. 56

Bericht über die Sitzung des geschäftsführenden Landesvorstands der Christlich-Sozialen Union am 12. September 1953

Bayern-Kurier vom 19. 9. 1953, S. 1

CSU für vorverlegte Landtagswahl. Unbillige Forderung der Bayernpartei – Sie will keine Konsequenzen ziehen [...] Der geschäftsführende Vorstand der CSU, der sich mit dieser Frage befaßte, trat für eine Vorverlegung der im November 1954 fälligen Landtagswahlen ein und lehnte die in dieser Frage weit vorgeprellte

[4] Da bis zur Landesversammlung am 13./14. 6. 1953 in Augsburg keine Sitzung des Landesausschusses mehr stattfand, setzten die Delegierten des Parteitags eine Satzungskommission ein, zu deren Vorsitzenden Max Gerstl berufen wurde. ACSP, LGF-LA, Protokoll der Sitzung des Landesausschusses am 16./17. 1. 1954 in Rothenburg ob der Tauber.

Meinung des Bezirksvorsitzenden Dr. Josef Müller einstimmig ab. Die Erklärung der CSU-Vorstandschaft lautet:

„Der geschäftsführende Vorstand der CSU hat in seiner Sitzung am 12. September 1953 im vollen Umfang den Aufruf, den der Landesvorsitzende Dr. Hans Ehard in seiner Rundfunkrede an die Bayernpartei gerichtet hat[1], gebilligt. Der Vorstand der CSU wiederholt diesen Aufruf an die willigen Kräfte der Bayernpartei mit der Aufforderung, in Zukunft die Arbeit für Bayern und Deutschland in der CSU gemeinsam zu leisten. Die Ausführungen des Bezirksvorsitzenden von München, Dr. Josef Müller, wurden von der Vorstandschaft als seine Privatmeinung zur Kenntnis genommen und einstimmig abgelehnt, weil sie zu den politischen Notwendigkeiten in Bayern in Widerspruch stehen."

Dr. Josef Müller trat bekanntlich für die Regierungsauflösung ein und setze sich in der Frage CSU – Bayernpartei in heftigen Widerspruch zur Ansicht des größten Teiles der CSU[2]. Jene Kräfte, welche eine Umbildung der Regierung zum jetzigen Zeitpunkt anstreben und gar eine Koalition mit der jetzt im Landtag vorhandenen BP-Stärke ausrechnen, müssen überlegen, daß nicht nur die Wahlniederlage der SPD, sondern vor allem auch die Wahlniederlage der Bayernpartei zu Neuwahlen Veranlassung geben.

Die jetzige Mandatsstärke der BP entspricht in keiner Weise mehr der „weißblauen politischen Realität". Im Hinblick auf diese Wandlung kann man bei bestem Willen auch kein Verständnis für die neuen Bedingungen aufbringen, welche die BP für den Fall einer Fraktionsgemeinschaft mit der CSU stellt. Nicht die CSU oder ihr Landesvorsitzender Dr. Hans Ehard haben aus den Wahlen Konsequenzen zu ziehen, sondern die BP[3]. Bei der außerordentlichen Fraktionssitzung der BP, in der z.T. sehr unberechtigte Forderungen erhoben wurden[4], waren etwa

[1] Der Text der Rundfunkansprache Ehards ist abgedruckt in: Bayern-Kurier vom 19. 9. 1953: „Ehards Appell an die BP". Der Ministerpräsident hatte erklärt, Bayerns Stellung im Bund habe sich durch den Sieg der CSU bei der Bundestagswahl am 6. 9. 1953 nicht unwesentlich verstärkt. Die Bayernpartei sei dagegen auf dem absteigenden Ast; sie solle daher Konsequenzen ziehen und den Weg der CSU gehen, „deren Tor für alle offensteht, die bereit sind, eine Episode der bayerischen Parteigeschichte zu überwinden".

[2] Josef Müller hatte auf einer Bezirksversammlung der Münchner CSU erklärt, man müsse aus dem Ergebnis der Bundestagswahl in absehbarer Zeit Konsequenzen ziehen, die Staatsregierung umbilden und angesichts der für die Union günstigen, für die SPD aber ungünstigen Umstände den Landtag vorzeitig auflösen und schon vor November 1954 Neuwahlen ausschreiben. Zugleich sprach sich Müller scharf gegen das Werben um Mitglieder und Mandatsträger der BP aus den eigenen Reihen aus. „Ich glaube nicht, daß Gottes Segen auf uns ruhen würde, wenn wir zu Leichenfledderern werden", wurde Müller in der Presse zitiert. Man müsse der Bayernpartei im Gegenteil in ihrer gegenwärtigen Krise um Bayerns willen beistehen. Dachauer Anzeiger vom 12. 9. 1953: „Dr. Müller fordert Neuwahlen in Bayern".

[3] Im Zuge der hitzigen Debatte nach der Niederlage der Bayernpartei bei der Bundestagswahl am 6. 9. 1953 gab es vor allem in der BP-Landtagsfraktion Stimmen, die die Meinung vertraten, es sei das beste, wenn sich die BP-Fraktion „korporativ der CSU im Bayerischen Landtag anschließen würde". Das größte Hindernis für einen solchen Schritt sei freilich der Ministerpräsident und CSU-Vorsitzende Hans Ehard, der nach wie vor an der Koalition mit der SPD festhalte. Münchner Merkur vom 11. 9. 1953: „Bayernpartei rückt näher zur CSU".

[4] Am 14. 9. 1953 fand eine außerordentliche Sitzung der BP-Landtagsfraktion statt. Nach einem Bericht der Münchner Abendzeitung vom 15. 9. 1953 („Bayernpartei für Fraktionsgemeinschaft mit CSU") sei dabei folgendes erklärt worden: „Die Bayernpartei ist grundsätzlich bereit, mit der CSU im bayerischen Landtag eine Fraktionsgemeinschaft einzugehen. Voraussetzung sei allerdings, daß die CSU ihre Koalition mit der SPD aufgebe und ‚Ministerpräsident Dr. Hans Ehard aus dem Wahlergebnis die Konsequenzen zieht, denn seine Politik der großen Koalition mit der SPD hat kläglichen Schiffbruch erlitten'."

zehn BP-Abgeordnete gar nicht erschienen. Wo also, so fragen wir, ist heute noch eine klare Linie der BP zu sehen?

Nr. 57

Bericht über die Sitzung des Landesvorstands der Christlich-Sozialen Union am 3. Oktober 1953 in München

Tagesordnung[1]:
1. Aussprache über die politische Lage
2. Verschiedenes

Tagungsort: München, Maximilianeum, Saal III

Beginn: 10 Uhr

CSU-Correspondenz vom 6. 10. 1953, S. 2f.

Wer sich von der Landesvorstandschafts-Sitzung der CSU am vergangenen Samstag eine nähere Erörterung des jüngsten Bayernpartei-Kraches[2] erwartete, mußte enttäuscht werden. Die Vorstandschaft ging, nachdem der Landesvorsitzende Ministerpräsident Dr. Ehard in seinem Bericht kurz auf die letzten Vorkommnisse in der BP eingegangen war, über die Bayernpartei-Frage hinweg zur Tagesordnung über. Die wesentlichen Sätze Dr. Ehards hießen im Wortlaut: „Wir bleiben dabei: Die Tore stehen offen. Wer kommen will, kann kommen ... Die verständigen Kräfte werden auf Dauer bei der Bayernpartei nicht bleiben können."

Im Rahmen eines Ausblicks auf die künftige Arbeit nahm die Sorge der CSU um die Sicherung des deutschen Föderalismus einen breiten Raum ein. Die CSU bleibt in diesem Zusammenhang auf einer Zusicherung der CDU bestehen, daß kein verfassungsänderndes Gesetz im Bundestag ohne Zustimmung der CSU angenommen wird[3]. Im Hinblick auf Pläne über die Errichtung einer sogenannten fakultativen Bundesfinanzverwaltung erklärte Ministerpräsident Dr. Ehard wörtlich: „Die Bundesfinanzverwaltung muß von uns bekämpft werden, auch in der Form der Freiwilligkeit."[4]

Bundesfinanzminister Fritz Schäffer und Bundespostminister Dr. Schuberth sollen nach dem Willen der CSU-Landesvorstandschaft unter allen Umständen in

[1] Tagesordnung und Tagungsort nach: BayHStA, NL Ehard 1204, Einladungsschreiben Josef Brunners an die Mitglieder des CSU-Landesvorstands vom 17. 9. und 23. 9. 1953. Eine Anwesenheitsliste liegt nicht vor.

[2] Anfang Oktober 1953 war Ludwig Max Lallinger und mit ihm der Kreisverband München aus Protest gegen den Landesvorsitzenden Anton Besold und dessen moderaten Kurs gegenüber der CSU aus der Bayernpartei ausgetreten. Vgl. Unger, Bayernpartei, S. 37.

[3] Der CSU gelang es, diese Forderung durchzusetzen. Zur Erneuerung der Fraktionsgemeinschaft von CDU und CSU nach der Bundestagswahl 1953 vgl. Schlemmer, Aufbruch, S. 392f.

[4] Zu den nicht zuletzt von Fritz Schäffer angestellten Überlegungen der freiwilligen Übertragung der Landesfinanzverwaltung an den Bund und der Ablehnung dieser Initiative durch Ehard vgl. Gelberg, Hans Ehard, S. 479f.

ihren bisherigen Ämtern wieder dem neuen Bundeskabinett angehören, Schäffer nach Möglichkeit zugleich als Vizekanzler. Die Vorstandschaft stellte sich dabei eindeutig hinter die finanzpolitischen Grundsatzforderungen Schäffers[5]. Das Bundeslandwirtschaftsministerium, das Professor Niklas aus Gesundheitsrücksichten nicht mehr übernehmen kann, soll nach Auffassung der CSU bei einem süddeutschen politischen Fachmann bleiben, auf jeden Fall aber muß Bayern als dem größten deutschen Agrarland auch weiterhin ein wesentlicher Einfluß auf die Landwirtschaftspolitik eingeräumt werden[6]. Der Vorsitzende der CSU-Landesgruppe in Bonn, stellvertretender CSU-Landesvorsitzender Franz J. Strauß, ist von der CSU als weiteres Kabinettsmitglied in Aussicht genommen. Über diese Forderungen bestand in der CSU-Landesvorstandschaft volle Einmütigkeit. Die Position, welche die CSU durch den Wahlausgang gewonnen hat[7], läßt ihre Ansprüche sachlich eindeutig gerechtfertigt erscheinen[8].

Dagegen müssen die von der FDP in Bonn angemeldeten Wünsche als geradezu grotesk erscheinen. Das Wahlergebnis vom 6. September hat wahrlich alles andere zum Ausdruck gebracht als einen Auftrag der Wählerschaft, die Position der FDP im Bundeskabinett zu zementieren oder gar zu verstärken[9]. Gerade in Bayern haben breite Wählerkreise, die bisher FDP wählten, sich von dieser Partei abgewandt und CSU gewählt[10]. Die maßlosen Forderungen der FDP in Bonn müssen demnach als ein Versuch erscheinen, im Bundeskabinett ein Zerrbild des Wählerwillens zu schaffen. Die FDP scheint offenbar nicht wahrhaben zu wollen, daß die CSU Bayerns mehr Abgeordnete in den Bundestag entsenden konnte als die FDP aus der ganzen Bundesrepublik. Die CSU ist nun – um Mißverständnisse auszuschließen – durchaus damit einverstanden, daß die FDP weiterhin an der Regierung teilnimmt. Maßlose Forderungen der FDP, die etwa dahin gehen, im Bundeskabinett eine stärkere Position als die CSU zu erlangen, müssen aber mit aller Entschiedenheit zurückgewiesen werden. Die Drohung der FDP mit einem Übergang zur Opposition kann dabei als weiter nichts erscheinen als eine Reklame mit dem eigenen politischen Harakiri. Bei den betonten Gegensätzlichkeiten zwischen FDP und SPD auf außenpolitischem, wirtschafts- und sozialpolitischem

[5] Schäffer hatte Adenauer bereits am 11. 9. 1953 einen finanzpolitischen Forderungskatalog übermittelt, von dem er seinen erneuten Eintritt ins Bundeskabinett abhängig machte. Vgl. Henzler, Fritz Schäffer, S. 468 f.

[6] Mit dieser Forderung konnte sich die CSU nicht durchsetzen. Landwirtschaftsminister wurde der Sauerländer Heinrich Lübke (CDU), Staatssekretär blieb der Niedersachse Theodor Sonnemann (DP). Vgl. Morsey, Heinrich Lübke, S. 214–219.

[7] Bei der Bundestagswahl vom 6. 9. 1953 hatte die CSU 8,8 Prozent der Stimmen und 52 Mandate erzielt. Sie rangierte damit hinter der CDU (36,4 Prozent und 191 Mandate) und der SPD (28,8 Prozent und 151 Mandate), aber vor der FDP (9,5 Prozent und 48 Mandate) und dem BHE (5,9 Prozent und 27 Mandate). Die Bayernpartei war an den Sperrklauseln des Wahlgesetzes gescheitert. Vgl. Ritter/Niehuss, Wahlen in Deutschland, S. 100.

[8] Zu den Forderungen der CSU nach der Bundestagswahl von 1953 vgl. Köhler, Adenauer, S. 797 ff.

[9] Die Unionsparteien verfügten im Bundestag über die absolute Mehrheit der Mandate. Adenauer strebte jedoch eine Koalition mit der DP, der FDP und dem BHE an, um auch Verfassungsänderungen mit der nötigen Zweidrittelmehrheit durchsetzen zu können. Damit war die Position der FDP besser, als sie auf dem Papier aussah, zumal Adenauer die Liberalen auch als Gegengewicht gegen die CSU zu instrumentalisieren gedachte. Vgl. Köhler, Adenauer, S. 787 ff., und Gelberg, Hans Ehard, S. 477.

[10] In der Tat gelangen der CSU 1953 gerade in evangelischen Regionen, die zuvor zu den Hochburgen der FDP gehört hatten, beachtliche Wahlerfolge. Vgl. Balcar, Politik auf dem Land, S. 203 ff.

Gebiet würde die FDP den Weg in die Opposition aller Wahrscheinlichkeit nach mit der eigenen Existenz bezahlen müssen. Darüber sollte man sich auch in der FDP keinen Illusionen hingeben!

Das bayerische Wahlresultat[11] bleibt klar: Zerstörung der SPD-Hoffnungen, demonstrative Abwendung von der Bayernpartei und Schwächung der FDP gerade in überwiegend evangelischen Gebieten[12]. Die bayerische und die deutsche Position der CSU ist fester denn je. Darnach wird man sich in Bayern richten müssen, und das bedeutet für Deutschland, daß die Stellung der CSU als zweitstärkster Koalitionspartner nicht übergangen werden kann.

Nr. 58a

Sitzung des geschäftsführenden Landesvorstands der Christlich-Sozialen Union am 24. Oktober 1953 in München[1]

Tagesordnung[2]:
1. Bildung der neuen Bundesregierung
2. Fall Schuberth/Mayr

Tagungsort: München, Prinzregentenstraße 7, Staatskanzlei

Anwesend[3]: Brunner, Deuerlein, Eberhard, Ehard, Elsen, Geiger, Krehle, Kreußel, Mayr, Meixner, Muhler, Nerreter, Schäffer, Schmidt, Schwend, Seidel, Strauß

Beginn: 10 Uhr 35

ACSP, LGF-LV

Dr. *Ehard* begrüßt die anwesenden Herren und dankt für [ihr] Erscheinen. Er beglückwünscht die beiden Bundesminister [Fritz Schäffer und Franz Josef Strauß] zu ihrer Ernennung[4].

[11] In Bayern hatte die CSU 47,9 Prozent der Stimmen erzielt, die SPD 23,3 Prozent, die BP 9,2 Prozent, der BHE 8,2 Prozent und die FDP lediglich 6,2 Prozent. Vgl. Zweite Bundestagswahl in Bayern, S. 12*.

[12] 1949 hatte die FDP in Gemeinden mit einem evangelischen Bevölkerungsanteil von über 75 Prozent über 22 Prozent der Stimmen erhalten; 1953 sank ihr Anteil in diesen Gemeinden auf rund 15 Prozent ab. Vgl. Erste Bundestagswahl in Bayern, S. 12, und Zweite Bundestagswahl in Bayern, S. 16* f.

[1] Das Protokoll ist irrtümlich auf den 24. 9. 1953 datiert. Im von Josef Brunner gezeichneten Einladungsschreiben (BayHStA, NL Ehard 1529) war die Sitzung jedoch auf den 24. 10. 1953 festgesetzt worden. Zur Datierung vgl. auch den Rechenschaftsbericht Hans Ehards während der Sitzung des Landesausschusses der CSU am 16./17. 1. 1954 in Rothenburg ob der Tauber; ACSP, LGF-LA, und Kabinettsprotokolle der Bundesregierung 1953, S. 25 Anm. 136.

[2] Rekonstruiert anhand des Protokolltextes.

[3] Laut Anwesenheitsliste im Protokoll; entschuldigt waren Otto von Feury, Michael Horlacher und Alois Hundhammer.

[4] Fritz Schäffer war am 20. 10. 1953 erneut zum Finanzminister, Franz Josef Strauß zum Minister für besondere Aufgaben ernannt worden; vgl. Schwarz, Ära Adenauer 1949–1957, S. 198.

Ich halte es für notwendig, daß wir uns über die derzeitige Situation (die durch die Regierungsbildung entstanden ist) unterhalten[5]. Außerdem müssen wir darüber beschließen, ob und wann gegebenenfalls der Landesausschuß oder die Landesvorstandschaft einberufen werden soll. Zunächst möchte ich einen Überblick über die Vorgänge vor der Regierungsbildung geben, so wie ich sie sehe, ohne aber vorerst dazu Stellung zu nehmen oder meine persönliche Meinung darüber zu äußern.

In folgendem gibt Dr. *Ehard* einen Überblick, wie sich die Ereignisse abgespielt haben[6]: Ich bin dreimal beim Kanzler gewesen, habe ihm eingehend geschrieben und ihm mehrere Male ausführlich telegrafiert. Ich habe auch versucht, ihn telefonisch zu erreichen, was mir aber im Gegensatz zu manchen anderen nicht gelungen ist. Unsere Forderungen bei der Regierungsbildung wurden sogar aus dem Bundeskanzleramt als außerordentlich maßvoll bezeichnet. Von Anfang an haben wir keine festen Ansprüche auf Ministerien gestellt, mit Ausnahme des Finanzministeriums für Freund Schäffer. Die Sache Postministerium für Schuberth war von vornherein fraglich[7]. Wir haben gefordert, so viele Sitze wie die FDP zu erhalten. Gegen ein uferlos ausgedehntes Kabinett wehrten wir uns von Anfang an. Unsere Meinung und unsere Wünsche gingen dahin, ein Sitz für die DP, ein Sitz für den BHE und zwei Sitze für die FDP, dann wollten auch wir uns mit zwei Sitzen im Kabinett zufriedengeben. Wir hätten also praktisch auf einen Sitz verzichtet, da wir ja in der vorigen Regierung drei Verwaltungsministerien innehatten, nämlich Finanzen, Landwirtschaft und Post. Die FDP hat auf ganzer Linie gesiegt, sie hat drei Ressortminister, einen für besondere Aufgaben, außerdem, was nicht zu vergessen ist, stellt die FDP den Vizekanzler und den Bundespräsidenten[8]. Auffal-

[5] Vgl. auch Nr. 56, Nr. 57 und Nr. 59a-d. Die Bildung des zweiten Kabinetts Adenauer hatte sich trotz des deutlichen Wahlsiegs der Union als ungewöhnlich schwierig erwiesen. Um die Forderungen der Koalitionsparteien FDP, DP und BHE erfüllen und die unterschiedlichen Strömungen austarieren zu können, vergrößerte Adenauer das Kabinett um vier Minister ohne Geschäftsbereich und um das neu geschaffene Familienministerium. Obwohl die CSU mit ihren 52 Mandaten die zweitstärkste Kraft in dieser Koalition bildete, mußte sie eine Reihe schmerzlicher Niederlagen hinnehmen: So gelang es der bayerischen Unionspartei nicht, die Erweiterung des Kabinetts zu verhindern, zum Vizekanzler wurde nicht Fritz Schäffer, sondern Franz Blücher (FDP) bestellt, und auch im Streit um die Besetzung des Justizministeriums setzte sich schließlich die FDP durch. Da sich Adenauer keine verbindliche Zusage zur Besetzung des noch zu schaffenden Verteidigungsministeriums mit einem Exponenten der CSU entlocken ließ und das Postministerium zunächst unbesetzt blieb, stellte die CSU zunächst mit Schäffer und Strauß wie die DP und der BHE nur zwei Bundesminister, die FDP dagegen vier. Vgl. Köhler, Adenauer, S. 787–805.

[6] Zur Regierungsbildung aus der Sicht Hans Ehards und der CSU vgl. Gelberg, Hans Ehard, S. 476–484, und Henzler, Fritz Schäffer, S. 467–474.

[7] Die Besetzung des Bundespostministeriums war bei der Regierungsbildung von 1953 besonders umstritten. Die CSU wollte abermals den Katholiken Hans Schuberth mit diesem Ressort betraut sehen, was Adenauer – wahrscheinlich vor allem mit Blick auf die konfessionelle Zusammensetzung des Kabinetts – ablehnte. Um einen Keil in die CSU-Führung zu treiben, brachte der Kanzler seinerseits seinen Vertrauten Karl Sigmund Mayr, den stellvertretenden evangelischen Landesvorsitzenden der CSU, für diesen Posten ins Gespräch, der Adenauers Angebot annahm, ohne seine Partei davon in Kenntnis zu setzen. Landesvorstand und Landesgruppe der CSU, die sich durch dieses Vorgehen überspielt sahen, zwangen Mayr jedoch, das Angebot Adenauers abzulehnen. Daher blieb das Bundespostministerium zunächst vakant, ehe es am 10. 12. 1953 mit dem parteilosen evangelischen Manager Siegfried Balke besetzt wurde. Balke stand der CSU zwar nahe, wurde aber erst im Januar 1954 Mitglied. Vgl. Gelberg, Hans Ehard, S. 479ff., und Köhler, Adenauer, S. 797–805.

[8] Als Bundespräsident amtierte Theodor Heuss (FDP), das Amt des Vizekanzlers im zweiten Kabi-

lend war, daß wir von vornherein nicht empfangen worden sind im Gegensatz zu den anderen kleineren Koalitionsparteien.

In der Sache Schuberth haben wir folgenden Standpunkt eingenommen: Wenn wir das Postministerium besetzen, kann der Minister nur Schuberth heißen. Wenn er aber nicht Schuberth heißt, dann verlangen wir ein anderes Ministerium. Wir haben deshalb auch das Justizministerium verlangt. Dies war auch bis Samstag abend umstritten. Für dieses Ministerium haben wir vorgeschlagen Weinkauff[9] und Dr. Nerreter.

In Sache Schuberth sind nun die verschiedensten Einwendungen von seiten des Kanzlers gemacht worden, die aber alle sich als mehr oder weniger unbegründet herausstellten. Der Kanzler sagte zuerst, wir bräuchten einen evangelischen Vertreter, später hat er mir gegenüber erklärt, Schuberth habe sein Ministerium total vernachlässigt, die roten Gewerkschaften hätten dort das Heft in der Hand. Ich erwiderte dem Kanzler hierauf, ich hätte bisher immer gehört, daß Schuberth ein guter Fachmann sei, daß er im Ausland einen außerordentlich guten Ruf besäße und daß ich das mit dem Ministerium das erste Mal hörte. Dann ist behauptet worden, Schuberth hätte sich hinter die Amerikaner gesteckt, um wieder Postminister werden zu können, weiterhin hätte sich Siemens hinter den Kanzler gesteckt, daß Schuberth nicht mehr wiederkommt. Siemens weist letztere Behauptung mit Entrüstung zurück. Man sieht also, daß offensichtlich nur ein Grund gesucht wurde, Schuberth abzuservieren.

Am Samstag ist die Sache so gestanden: Postministerium für Schäfer[10] (FDP), so daß das Justizministerium uns vorbehalten war. Wir hatten Weinkauff und Nerreter vorgeschlagen, beides evangelische Vertreter. Parteifreund Strauß hat noch mal einen Brief an den Kanzler geschrieben in dieser Angelegenheit[11]. Am Sonntag abend ruft mich Parteifreund Karl Sigmund Mayr an, der Kanzler habe ihm das Postministerium angeboten, er würde, wenn er das Postministerium nicht bekommen würde, den stellvertretenden Landesvorsitzenden und seine anderen Parteiämter niederlegen. Mich wunderte dies um so mehr, als ich unter dem ... einen Brief von Karl Sigmund Mayr erhalten hatte, in dem er sich klar für Schuberth ausspricht[12]. Außerdem hast Du, Freund Mayr, Dich ja auch bei der seinerzeitigen Vorstandschaftssitzung klar und eindeutig für Schuberth ausgesprochen[13].

nett Adenauer bekleidete der Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Franz Blücher (FDP). Daneben gehörten Fritz Neumayer als Bundesjustizminister, Victor-Emanuel Preusker als Bundesminister für Wohnungsbau und Hermann Schäfer als Bundesminister für besondere Aufgaben dem Kabinett an. Vgl. Datenhandbuch zur Geschichte des Bundestages, Bd. 1, S. 1032f.

[9] Dr. h.c. Hermann K. A. Weinkauff (1894–1981), ev., Jurist, seit 1926 Reichsanwalt am Reichsgericht Leipzig, seit 1937 Reichsgerichtsrat, 1945 Automatic Arrest, 1946–1949 Landgerichtspräsident in Bamberg, 1949 Oberlandgerichtspräsident, Mitglied des bayerischen Verfassungsgerichtshofs, 1950–1960 Präsident des Bundesgerichtshofs in Karlsruhe.

[10] Dr. Hermann Schäfer (1892–1956), Journalist und Verbandsfunktionär, seit 1920 DDP-Mitglied, 1946 stellvertretender FDP-Landesvorsitzender in Hamburg, 1947 stellvertretender Vorsitzender der FDP in der britischen Besatzungszone, 1948/49 MdPR (FDP), 1949–1957 MdB (FDP), 1949–1951 und 1952/53 Vorsitzender der FDP-Bundestagsfraktion, 1950–1955 stellvertretender FDP-Vorsitzender, 1953–1956 Bundesminister für besondere Aufgaben, 1956/57 Leiter der Dienststelle für Mittelstandsfragen, 1956 Austritt aus der FDP, Mitbegründer und stellvertretender Vorsitzender der FVP, 1961 Wiedereintritt in die FDP.

[11] Nicht ermittelt.

[12] Dieser Brief wurde weder im BayHStA, NL Ehard, noch im ACSP, NL Mayr, ermittelt.

[13] Vermutlich nahm Ehard auf die Sitzung des Landesvorstands am 3. 10. 1953 Bezug, über die je-

Dr. *Ehard* verliest [den] Brief von Karl Sigmund Mayr.

Dann habe ich einen Brief vom Bundeskanzler bekommen mit Abdruck eines Briefes an Strauß[14]. U.a. Inhalt des Briefes: Ich erhielt heute ein Telegramm von Herrn Mayr, aus dem hervorgeht, daß er das Postministerium gerne annimmt. Am Montag mittag habe ich durch Anruf von Strauß und Schäffer gehört, der Kanzler habe gesagt, daß Freund Mayr das Postministerium annehmen will.

Dr. *Ehard* verliest Telegrammtext von Karl Sigmund Mayr: „Ich bin bereit, Ihrem Ruf zu folgen. Vorsicht vor Dr. Paul Nerreter, er ist schwierig usw."[15]

Ich habe vorgestern wieder ein Telegramm von Freund Mayr[16] erhalten, in dem es heißt: Ich bin bereit, dem Ruf des Kanzlers Folge zu leisten, wenn die CSU zustimmt. In einem weiteren Brief schreibt Freund Mayr[17]: (Absage, daß er zur Vorstandsitzung nicht kommt.) Es war unmöglich und völlig unberechtigt, es so hinzustellen, als wolle man von der CSU unter allen Umständen einen evangelischen Postminister; wenn das Postministerium besetzt wird, dann nur mit Schuberth. (Hinweis auf die Landesvorstandschaftssitzung und den in ihr einstimmig gefaßten Beschluß, nur Schuberth als Bundespostminister vorzuschlagen.) Es wurde von vorneherein klargelegt, daß, wenn nicht Schuberth das Postministerium erhält, wir Anspruch auf ein anderes Ministerium erheben. Für das Justizministerium haben wir von uns aus nur evangelische Kandidaten vorgeschlagen. Am Sonntag abend bin ich von der neuen Situation völlig überrascht worden. Nun muß ich aber bitten, die Situation mit äußerster Ruhe genau zu überlegen. Sie wissen alle von mir, daß ich kein Mensch bin, der mit dem Kopf durch die Wand geht. Sei es nun, die Fraktionsgemeinschaft zu lösen[18], oder wegen Schuberth in Bonn Krach zu schlagen. Ich bin der Meinung, daß man darüber die Landesvorstandschaft oder sogar den Landesausschuß hören müßte. Doch darüber können wir später noch beschließen.

Allgemeine Diskussion ob Vorstandschaft oder Ausschuß. Zwischenfrage, welches Gremium zuständig sei.

Brunner: Laut Satzung ist für wichtige politische Fragen der Landesausschuß zuständig.

Schäffer: In erster Linie muß hier die rein sachliche Frage zur Debatte stehen. Adenauer hat seine Politik nur mit Hilfe der CSU machen können und letzten Endes auch mit seinem Finanzminister. Nur um der Sache willen habe ich zur Sache

doch kein Protokoll vorliegt. Zu den wichtigsten Besprechungspunkten vgl. die unter Nr. 57 abgedruckte Notiz aus der CSU-Correspondenz.

[14] BayHStA, NL Ehard 1529, Konrad Adenauer an Hans Ehard und Konrad Adenauer an Franz Josef Strauß vom 18. 10. 1953.

[15] Es handelte sich dabei um ein Telegramm Mayrs an Konrad Adenauer vom 22. 10. 1953. Der Text lautete: „Sehr verehrter Herr Bundeskanzler! Ich bin bereit, Ihrem Ruf zu folgen. – Vorsicht vor Dr. Paul Nerreter. Er ist schwierig. Dr. Ehard und Dr. Högner [sic!] wollen ihn aus Bayern loshaben. Dr. Thomas Dehler ist ihm trotz mancher Bedenken vorzuziehen. Herzliche Grüße! Ihr Karl Sigmund Mayr." BayHStA, NL Ehard 1529.

[16] BayHStA, NL Ehard 1529, Telegramm Karl Sigmund Mayrs an Hans Ehard vom 22. 10. 1953.

[17] BayHStA, NL Ehard 1529, Karl Sigmund Mayr an Hans Ehard vom 22. 10. 1953.

[18] Zur Drohung der CSU, die Fraktionsgemeinschaft mit der CDU zu lösen, vgl. Köhler, Adenauer, S. 803.

gestanden, ich bin seinerzeit für die Fraktionsgemeinschaft eingetreten[19], habe aber nie Zweifel darüber gelassen, daß wir in Bayern eine eigene Partei haben, daß die bayerische Bevölkerung von uns verlangt, daß politische Entscheidungen für Bayern in München und nicht in Bonn fallen. Wir haben in Bayern in manchen Dingen eine andere Haltung einzunehmen, der Föderalismus ist hier keine politische, sondern eine Volksfrage. Adenauer sieht ungern eine Landespartei. Wenn ich die Entwicklung seit dem 6. September betrachte, so wird mir Angst. Unsere Stellung in Bonn wird viel schwerer sein, als sie bisher war. Wir hatten der CDU Stärke gegeben. Heute ist die Situation so, daß sie zur Mehrheit die CSU nicht mehr brauchen. Die Folgerung bei mir ist die:

1. Wir dürfen uns nicht im Gedanken wiegen, daß die Fraktionsgemeinschaft unbedingt aufrechterhalten werden muß, einmal muß eine Grenze sein. Wir werden dazu kommen müssen, daß wir als Landesgruppe viel mehr zusammenwirken. In der gemeinsamen Fraktion ist eine wirkliche Meinungsbildung nicht mehr möglich, weil sie viel zu groß ist[20]. Die Landesgruppe wird das Gremium sein, in dem die Leute wirklichen Meinungsaustausch haben, in dem es eine wirkliche Meinungsbildung gibt. Ich halte es für unbedingt notwendig, daß die Landesgruppe ein möglichst starkes, geschlossenes Eigenleben behält. Im Kabinett entscheidet die Mehrheit. Der BHE mit zwei [Ministern], die FDP mit vier, die Richtung Erhard-Schröder[21] und dann noch die DP stehen gegen uns, also eine reine Mehrheit für die zentralistischen Belange. Es ist eine Tradition, daß alle Mitglieder des Kabinetts für einen Mehrheitsbeschluß des Kabinetts auch nach außen eintreten, selbst wenn sie persönlich gegen diesen Beschluß gestimmt hatten. Das kann für uns unter Umständen dazu führen, daß wir einen zentralistischen Gedanken unseren Wählern hier klarmachen sollen, den wir selbst mit gutem Gewissen nicht vertreten könnten. Es würde uns in einem solche Fall nichts anderes übrigbleiben, als eben das Kabinett zu verlassen.

Wir wollen heute aber nicht auseinandergehen, ohne zu einem Entschluß zu kommen. Wir hatten nicht die Pression ausgeübt wie die FDP. Noch am Montag haben wir mit München telefoniert, ob es nicht klüger sei, wenn wir beide nicht ins Kabinett gingen. Sagen wir es doch offen, mich hat der Kanzler nicht genommen, weil ich bei der CSU bin, sondern weil er mich braucht.

2. Der Kanzler meint, er könne tun, was er will, die anderen folgen nach. Mein Anliegen ist, daß unsere Partei in Bonn den föderalistischen Gedanken vertreten

[19] Tatsächlich war Schäffer der wichtigste Fürsprecher des Landesgruppenmodells gewesen. Im Rahmen einer ersten Besprechung der frischgebackenen CSU-Bundestagsabgeordneten am 19. 8. 1949 war Schäffer dafür eingetreten, eine eigene CSU-Fraktion zu bilden, die jedoch eine Fraktionsgemeinschaft mit der CDU eingehen sollte. Vgl. Henzler, Fritz Schäffer, S. 290ff., und Schlemmer, Aufbruch, S. 383f.

[20] Die Unionsfraktion im Bundestag bestand aus 243 Abgeordneten, von denen 52 der CSU angehörten; vgl. Helge Heidemeyer, Einleitung zu: CDU/CSU-Fraktion 1953–1957, 1. Halbbd., S. XIII–XC, hier S. XIIIf.

[21] Dr. Gerhard Schröder (1910–1989), ev., Jurist, seit 1933 NSDAP-Mitglied, 1941 Austritt aus der NSDAP und Kontakte zur Bekennenden Kirche, 1947 Niederlassung als Rechtsanwalt und Abteilungsleiter in der Treuhandverwaltung für die Eisen- und Stahlindustrie, Mitbegründer der CDU, seit 1955 Vorsitzender des EAK der CDU, 1949–1980 MdB (CDU), 1953–1961 Bundesinnenminister, 1961–1966 Bundesaußenminister, 1966–1969 Bundesverteidigungsminister, 1969 Kandidat für das Amt des Bundespräsidenten.

muß, daß wir als Vertreter von Mehrheitsbeschlüssen des Kabinetts, die in Bayern nicht gutgeheißen werden können, uns hier nicht blamieren. Wir sind[22] 1949 die Fraktionsgemeinschaft eingegangen, aber nur unter der Voraussetzung, daß unser Charakter als selbstständige Partei bewahrt bleibt. Hier beginnt die Grenze, wo wir uns zu einem inneren Entschluß durchringen müssen, ob wir uns freimachen von der inneren Angst, wir müßten alles schlucken, selbst wenn die Partei in Scherben geht. Wir müssen von der Parteileitung sprechen und der Landesgruppe den Rücken stärken. Für uns ist es doch klar, daß wir in jedem Fall für unser Programm eintreten müssen. Als Vertreter im Kabinett können wir doch nicht für eine Finanzverwaltung oder zum Beispiel [eine] Landeszentralbank stimmen[23]. Die Mehrheit stimmt aber hierfür. Ich soll nun diese Mehrheitsbeschlüsse in Bayern, dem bayerischen Wähler gegenüber vertreten. Es handelt sich hierbei doch um grundsätzlich föderative Fragen.

Jetzt möchte ich über die Regierungsbildung selbst reden: Zum ersten Male hörte ich von den Plänen der Ressortministerien in der gemeinsamen CDU/CSU-Fraktionssitzung[24]. Mit Schrecken hörte ich davon, daß man neue Ministerien bilden will. Ich warnte einmal aus Sparsamkeitsgründen davor, und zum anderen gab ich zu bedenken, daß mit den anderen Ministerien nur Schwierigkeiten entstehen würden. Nachdem sich der Kanzler aber nun schon festgelegt hatte, machte ich einen Gegenvorschlag: Die Verwaltungsministerien zu belassen und für jede Fraktion einen sogenannten Verbindungsminister [zu benennen]. Nur das Familienministerium wurde gegründet. Ich möchte sagen, daß wir in der Öffentlichkeit festlegen, daß wir gegen [eine] Vermehrung der Ministerien sind und auch gegen das Familienministerium. Wir haben im letzten Kabinett drei Sitze gehabt. Auf den Vizekanzler habe ich keinen Wert gelegt. Nachdem wir aber bei 23 Abgeordneten[25] drei Kabinettssitze hatten, so müßten jetzt ja mindestens diese drei Sitze bleiben. Wir haben bei den Verhandlungen zur Regierungsbildung keine Schwierigkeiten gemacht, wie der Kanzler sagt. Was mich interessiert, ist das Mehrheitsverhältnis im Kabinett.

Nun zur Frage Postministerium – Schuberth. Was mir unangenehm ist, ist, daß in jeder Besprechung gegen Schuberth ein neuer Vorwand gebracht worden ist, warum Schuberth nicht mehr tragbar sei. Das erste war die Konfession, das zweite war die Schuld Schuberths am Einfluß der Gewerkschaften und der Roten in der[26] Postverwaltung. Dies ist völlig unbegründet, Schuberth hat einen roten Saustall von seinem Vorgänger[27] der CDU übernommen, unter ihm ist die Situation be-

[22] In der Vorlage: „haben".

[23] Die Auseinandersetzung um ein zentralistisches oder föderalistisches Modell für die Regelung des Notenbankwesens und die Stellung der Landeszentralbanken schwelte seit 1951. Vgl. zur Position Bayerns und der CSU Gelberg, Hans Ehard, S. 411–417.

[24] Vgl. das Protokoll der Fraktionssitzung am 8. 10. 1953, in: CDU/CSU-Fraktion 1953–1957, 1. Halbbd., S. 9–12.

[25] Die CSU entsandte 1949 24 Abgeordnete in den Bundestag; vgl. Ritter/Niehuss, Wahlen in Deutschland, S. 100.

[26] In der Vorlage: „im".

[27] Da Schuberth vor seiner Berufung zum Bundesminister für das Fernmeldewesen von 1947 bis 1949 bereits als Direktor der Verwaltung für das Post- und Fernmeldewesen im Frankfurter Wirtschaftsrat gewirkt hatte, kann sich diese Äußerung Schäffers nur auf Christian Blank (CDU) beziehen, der vom 13. 12. 1946 bis zum 21. 8. 1947 als Vorsitzender des Verwaltungsrats für das Post-

stimmt nicht schlechter geworden. Außerdem hat die Postgewerkschaft eine Erklärung herausgegeben, sie habe kein Interesse an Schuberths Bleiben[28]. Der dritte Vorwurf war, daß die Amerikaner für Schuberth eingetreten sind. Ich würde nun dafür eintreten, daß wir [die] Vorwände zur Abberufung Schuberths zurückweisen. Ich halte es aber für ausgeschlossen, daß wir den Kanzler jetzt noch für Schuberth gewinnen können. Politisch halte ich es für unmöglich, daß wir aus dem Kabinett austreten. Ich habe Schuberth vorgeschlagen, er möge schon aus Stolz dem Kanzler gegenüber auf den „Anspruch" auf sein [Ministerium] verzichten, er solle sich aber entschieden gegen die gemachten Vorwürfe wenden und Klarstellung verlangen. Ich bin gerne bereit, mich für einen evangelischen Postminister einzusetzen, aber ich lehne eine dahingehenden Forderung seitens des Kanzlers ab.

Zur Frage Verteidigungsministerium möchte ich folgendes sagen[29]:

Dr. *Ehard*: Wenn Schuberth erklärt, er nimmt nicht an, dann hat sich der Landesausschuß über die Frage (der Neubenennung eines Postministers) zu unterhalten. Wir wollen aber jetzt dieses Thema verlassen und versuchen, zu einem Ergebnis zu kommen. Wir wollen versuchen, eine Empfehlung auszuarbeiten, die wir dann dem Landesausschuß vorschlagen können.

Dr. *Ehard* verliest die von Schäffer entworfene Entschließung[30], die an die Landesgruppe gerichtet sein soll. Zum Punkt 1 wird Zustimmung erzielt. Über Punkt 2, in dem Schuberth das Vertrauen ausgesprochen werden soll, wird diskutiert.

Schäffer: Ich will mit diesem Satz Schuberth eine goldene Brücke bauen. Ich habe Schuberth auch empfohlen, dem Kanzler einen Brief zu schreiben, in dem er auf den „Anspruch" unter den vorliegenden Umständen verzichtet und eine klare Äußerung vom Kanzler verlangt, was eigentlich gegen ihn vorliegt bzw. eine Begründung.

Dr. *Ehard* verliest weiter (i.S. Familienministerium und Vielzahl der Ministerien überhaupt). Hierzu wird von *Strauß* folgende Änderung vorgeschlagen:

„Die CSU hält eine Förderung des Familiengedankens in der gesamten Bundespolitik für unerläßlich. Sie hält aber die Errichtung eines eigenen Bundesministeriums für Familienfragen für unzweckmäßig und befürchtet außerdem, daß dadurch in die Kompetenzen der Länder neuerdings eingegriffen wird und unnötig Reibungen geschaffen werden."

Änderung Punkt Verteidigungsministerium: „festzuhalten, denn dies war die Voraussetzung für den Eintritt unserer Freunde in das Kabinett".

Hierbei wurde über die Forderung, daß Schäffer das Rücktrittsrecht eingeräumt werden soll, keine klare Einigung unter den Herren erzielt.

Zu Punkt III: Redaktionelle Änderung:

„Die Parteileitung hat davon Kenntnis genommen, daß [der Bundesfinanzminister seinen Eintritt in das Kabinett] von einem Schreiben des Herrn Bundeskanzlers an die Koalitions-

und Fernmeldewesen des amerikanischen und britischen Besatzungsgebiets fungiert hatte; sein Stellvertreter war Willy Steinkopf (SPD). Vgl. Handbuch politischer Institutionen und Organisationen, S. 184.

[28] Nicht ermittelt.

[29] Die folgenden Ausführungen Fritz Schäffers wurden offensichtlich nicht protokolliert.

[30] Die redigierte Version der Entschließung findet sich als Nr. 58b in dieser Edition.

parteien [abhängig machte, in dem er den Koalitionsparteien mitteilte, daß Kabinett und Koalitionsparteien an die verfassungsrechtlichen Grundsätze über die Abgleichung des Haushalts] sich gebunden betrachten müssen."[31]

Nr. 58b

Entschließung des geschäftsführenden Landesvorstands an die CSU-Landesgruppe in Bonn[32]

ACSP, LGF

I.

1. Die Landesgruppe der CSU im Deutschen Bundestag wird ersucht, die besonderen Aufgaben, die der bayerischen CSU gestellt sind, in engster und innerer Geschlossenheit im Deutschen Bundestag zu vertreten. Dies gilt insbesondere hinsichtlich des föderativen Programms der bayerischen CSU.
2. Die Landesparteileitung hat mit Befriedigung davon Kenntnis genommen, daß die Landesgruppe der CSU als Voraussetzung dafür, daß die Fraktionsgemeinschaft mit der CDU aufrechterhalten wird, verlangt hat, daß verfassungsändernde Gesetze, die den föderativen Gedanken des Grundgesetzes berühren, auch von der CDU nur dann angenommen werden, wenn die Landesgruppe der CSU dem zustimmt. Die Parteileitung der CSU fordert die Landesgruppe der CSU im Deutschen Bundestag auf, hieran unter allen Umständen festzuhalten. Dies gilt auch hinsichtlich verfassungsändernder Anträge auf zwangsweise Einführung einer Bundesfinanzverwaltung.
3. Die Parteileitung der CSU fordert die Landesgruppe der CSU ferner auf, auch bei der kommenden Gesetzgebung über die Bundesnotenbank an der dezentralen Lösung (sogenannter Entwurf Schäffer) unter allen Umständen festzuhalten[33]. Es geht hierbei um die grundsätzliche verfassungsrechtliche Frage, ob die Bundesgesetzgebung das Recht hat, Landesbehörden – sei es mit Zustimmung, sei es ohne Zustimmung des Bundesrats – aufzuheben. Auch diese Frage berührt den grundsätzlichen Gedanken des föderativen Aufbaues des Bundes und berührt damit die Frage der Fraktionsgemeinschaft CDU/CSU.

[31] Der Text des Protokolls ist an dieser Stelle lückenhaft und durch stenographische Stichpunkte nur unzureichend ergänzt; daher wurden zum besseren Verständnis Teile des ersten Satzes von Punkt III der folgenden Entschließung, über den an dieser Stelle beraten wurde, eingefügt.

[32] Auguste Niedermair, die Sekretärin von Generalsekretär Josef Brunner, übersandte Hans Ehard den Text der redaktionell nochmals leicht überarbeiteten Entschließung drei Tage nach der Sitzung. ACSP, LGF-GLV 24. 10. 1953, Auguste Niedermair an Hans Ehard vom 27. 10. 1953; ein Entwurf mit handschriftlichen, z.T. stenographischen Notizen Hans Ehards findet sich in: BayHStA, NL Ehard 1205.

[33] Einem von Schäffer verfochtenen dezentralen Modell, das sich schließlich durchsetzen konnte, stand ein zentralistischer Gesetzentwurf aus dem Bundeswirtschaftsministerium gegenüber; vgl. Gelberg, Hans Ehard, S. 413–416.

II.

1. Die Parteileitung der CSU stellt mit Befriedigung fest, daß sich die Landesgruppe der CSU grundsätzlich gegen eine Vermehrung von Verwaltungsministerien im Bund ausgesprochen hat. Sie bedauert, daß den Wünschen der FDP und anderer Koalitionsparteien auf eine unangemessene zahlenmäßige Vertretung im Bundeskabinett stattgegeben wurde.
2. Sie stellt mit Bedauern fest, daß die Vorwände, unter denen die Wiederernennung unseres Freundes Schuberth als Bundesminister für Post- und Fernmeldewesen abgelehnt worden ist, immer wieder wechselnd waren, und sie stellt fest, daß keiner dieser Vorwände bisher sachlich begründet werden konnte. Sie spricht Freund Schuberth ihr uneingeschränktes Vertrauen aus.
3. Die CSU hält eine Förderung des Familiengedankens in der gesamten Bundespolitik für unerläßlich. Sie hält aber die Errichtung eines eigenen Bundesministeriums für Familienfragen für unzweckmäßig und befürchtet außerdem, daß dadurch in die Kompetenzen der Länder neuerdings eingegriffen wird und unnötige Reibungen geschaffen werden.
4. Sie nimmt davon Kenntnis, daß den Unterhändlern der CSU die Zusicherung gegeben worden ist, daß ein Parlamentarier aus den Reihen der CSU im Falle der Errichtung eines Verteidigungsministeriums dort mit Kabinettsrang (Sitz und Stimme im Kabinett) an erster oder zweiter Stelle berufen wird. Sie fordert ihre Freunde in der Landesgruppe der CSU und im Kabinett auf, hieran unter allen Umständen festzuhalten, denn dies war die Voraussetzung für den Eintritt unserer Freunde in das Kabinett[34].

III.

Die Parteileitung der CSU hat davon Kenntnis genommen, daß der Bundesfinanzminister seinen Eintritt in das Kabinett von einem Schreiben des Herrn Bundeskanzlers abhängig machte, in dem er den Koalitionsparteien mitteilte, daß Kabinett und Koalitionsparteien an die verfassungsrechtlichen Grundsätze über die Abgleichung des Haushalts und den Schutz dieser Abgleichung des Haushalts (Artikel 110 und Artikel 113 Grundgesetz) sich gebunden betrachten müssen[35]. Die Parteileitung der CSU hat von der Erklärung des Bundesfinanzministers Kenntnis genommen, daß er nur unter dieser Voraussetzung sein Amt glaubt führen zu können. Sie stellt ihm den Entschluß für die Weiterführung seines Amtes

[34] Das Bundesverteidigungsministerium wurde erst am 7. 6. 1955 geschaffen und mit Theodor Blank besetzt, da Adenauer Irritationen auf diesem sensiblen Gebiet vor der Ratifizierung des EVG-Vertrags vermeiden wollte. Dennoch versuchte die CSU schon bei der Regierungsbildung im Herbst 1953, den Kanzler auf einen Kandidaten aus den eigenen Reihen (d.h. auf Franz Josef Strauß) festzulegen. Einen ersten Vorstoß unternahm Ehard am 1. 10. 1953, ein weiterer von Schäffer erfolgte am 19. 10. 1953. Nach Abschluß der Regierungsbildung erklärte Adenauer jedoch, sich in dieser Frage nicht festlegen zu wollen und verwies auf die großen Verdienste, die sich Blank im Hinblick auf den westdeutschen Verteidigungsbeitrag bereits erworben habe. Somit hatte diese Entschließung, als sie schließlich Anfang November 1953 veröffentlicht wurde, in diesem Punkt nur noch deklamatorischen Charakter. Vgl. Volkmann, Innenpolitische Dimension, in: Anfänge westdeutscher Sicherheitspolitik, Bd. 2, S. 429–432.

[35] Diese Forderung hatte Schäffer Adenauer zuvor bereits schriftlich unterbreitet. BAK, NL Schäffer 36, Bl. 14–18, Fritz Schäffer an Konrad Adenauer vom 11. 9. 1953. Zu den Forderungen Schäffers vgl. Henzler, Fritz Schäffer, S. 468f.

frei, insbesondere auch für den Fall, daß eine Koalitionspartei sich an die im Schreiben des Herrn Bundeskanzlers festgelegten Grundsätze nicht halten sollte.

IV.

Diese Beschlüsse sind vorerst nicht zur Veröffentlichung bestimmt. Sie sind aber der Fraktionsvorstandschaft der CDU zur Kenntnis zu bringen und dem Landesvorstand der CSU zur Beratung und Entscheidung vorzulegen.

Nr. 58c

Bericht über die Sitzung des geschäftsführenden Landesvorstands der Christlich-Sozialen Union am 24. Oktober 1953 in München

CSU-Correspondenz vom 27. 10. 1953, S. 3

Der erweiterte geschäftsführende Landesvorstand der Christlich-Sozialen Union trat unter Vorsitz von Ministerpräsident Dr. Hans Ehard am letzten Wochenende in München zusammen. Mit sehr herzlichen Worten brachte der Landesvorsitzende der CSU den beiden CSU-Bundesministern Fritz Schäffer und Franz Josef Strauß seine und der Partei aufrichtige Glückwünsche entgegen. Dr. Ehard referierte über die Vorgänge bei der Regierungsbildung, vor allem über die Ereignisse um die Person von Dr. Hans Schuberth. Er gab zu erkennen, daß die CSU keine Veranlassung habe, nach der bisherigen Behandlung Dr. Schuberths von ihrem bisher eingenommenen Standpunkt abzurücken. Er brachte vor seinen Parteifreunden und vor der Presse sein lebhaftes Bedauern darüber zum Ausdruck, daß die maßvollen und überlegten Forderungen der CSU nicht in dem gewünschten Maße Berücksichtigung gefunden hätten. Bundesfinanzminister Fritz Schäffer ergänzte aus seiner Sicht die Ausführungen des Landesvorsitzenden und verwies mit sehr eindringlichen Worten auf die Situation im Bundeskabinett, in dem Vertreter zentralistischer Auffassungen die Mehrheit hätten. Schäffer hielt es in diesem Zusammenhang für notwendig, in der CSU Überlegungen anzustellen und Vorkehrungen zu treffen, daß zentralistische Tendenzen zurückgedrängt werden können. Der Bundesminister für Sonderaufgaben Franz Josef Strauß gab in Ergänzung der Ausführungen Ehards und Schäffers eine Darstellung der Verhandlungsmethode und des Verhandlungsverlaufs. Strauß vertrat bekanntlich bei der Regierungsbildung die CSU-Landesgruppe. Der stellvertretende Vorsitzende der Christlich-Sozialen Union, Karl Sigmund Mayr, gab seinen Parteifreunden gegenüber Auskunft über die mit seiner Person in Zusammenhang gebrachten Pressemeldungen, -erklärungen und -vermutungen. In der Aussprache traten die Mitglieder des geschäftsführenden Landesvorstandes der Auffassung Dr. Ehards bei, daß in der Angelegenheit Dr. Schuberth keine für die CSU neue Situation eingetreten sei. Eine für Dr. Schuberth akzeptable, seine persönliche Ehre in vollem Umfang wahrende Lösung erwarte die CSU als Selbstverständlichkeit.

Die Mitglieder des geschäftsführenden Vorstandes kamen überein, der am 7. November zusammentretenden Landesvorstandschaft eine *Empfehlung* vorzulegen, in der die politischen Leitbilder der CSU für die kommenden Fragen der Bundespolitik festgelegt sind. Diese Empfehlung soll der Zaun der Abwehr gegenüber einem möglichen Vordringen des Zentralismus in der Bundespolitik sein. In dieser Empfehlung sieht der geschäftsführende Landesvorstand aber auch einen Wegweiser für die Arbeit der CSU-Bundesminister und der CSU-Landesgruppe in Bonn. Die Frage der Zusammenarbeit zwischen CDU und CSU in einer Fraktionsgemeinschaft wurde zwar erörtert, doch nicht entschieden. Der Landesvorstandschaft wurde die Möglichkeit eingeräumt, hierüber im Zusammenwirken mit der CSU-Landesgruppe zu befinden. Fragen der bayerischen Landespolitik wurden ebenfalls erörtert, konnten jedoch angesichts der Gegebenheiten nicht einer Entscheidung zugeführt werden. Die Mitglieder des geschäftsführenden Landesvorstandes waren einmütig in der Überzeugung, ihre Verbundenheit mit der Fraktion der CDU zu vereinen mit der unlösbaren Verpflichtung zur Wahrnehmung der bayerischen Interessen in Bundestag und Bundesregierung.

Nr. 59a

Vormerkung für den Landesvorsitzenden der Christlich-Sozialen Union für die Sitzung des Landesvorstands am 7. November 1953 in München

BayHStA, NL Ehard 1205

1. Fall Mayr[1]

Unterlagen sind vorgelegt. Zwei Aufsätze im „Spiegel"[2]; Veröffentlichung bei „Kolmsperger"[3]; Erklärungen Mayrs im „roten Dienst" von dpa[4].

Mayr erklärt, daß der Aufsatz, für den er das Material zur Verfügung gestellt hat, durch den ersten Aufsatz verursacht worden sei. Dieser Aufsatz sei von seinen Gegnern in der CSU und in der Staatskanzlei inhibiert worden.

Klärung der Frage, ob Mayr durch den Bundeskanzler aufgefordert worden ist oder aus eigenem [Antrieb] sein Angebot gemacht hat. Klärung des Falles Mayr.

[1] Handschriftlich vor Punkt 1 eingefügt: „Fall Schuberth, der jetzt zu einem Fall Mayr wird." Als Anlage zu dieser Vormerkung findet sich ein Blatt mit handschriftlichen Notizen Hans Ehards zur Sitzung des Landesvorstands am 7. 11. 1953: „Aufgaben der Union[.] Erreichter Ausgleich unter den Konfessionen[.] Erfolg am 6. Sept. Erneuter Streit unter konfess. Gesichtspunkten; Fall Mayr ist kein Streit um einen evangel. Minister, sondern ein persönlicher Streit um den Ministerposten."

[2] Vgl. Der Spiegel vom 28. 10. 1953: „Staub zum Wirbeln", und vom 4. 11. 1953: „Elf sind genug".

[3] Vgl. Nr. 59b mit Anm. 29.

[4] Vgl. Nr. 59b mit Anm. 30.

2. Bundespostministerium[5]
Haltung des Bundeskanzlers.
Haltung der CSU-Landesgruppe.
Haltung der CSU-Landesvorstandschaft.

3. Beteiligung der CSU bei der Regierungsbildung
CSU zwei, FDP vier, DP zwei, BHE zwei Minister.
Abgeordnete im Bundestag haben: CSU 52, FDP 48, DP 15, BHE 27.
Die Forderung der CSU um die Beteiligung bei der Besetzung des Verteidigungsministeriums.
Erläuterung der Erklärung „Ich habe eine Wut"[6].
Gegensätze zu den Ausführungen Jaegers[7]?

Für die CSU bestand die Notwendigkeit, in Bonn die bayerischen Interessen zu vertreten. Die Vorwürfe der SPD und der Bayernpartei, die aus den Vorgängen in Bonn Kapital schlagen wollen, beweisen es. Die Bayernpartei wirft heute der CSU vor, die bayerischen Interessen in Bonn verraten[8] zu haben. Zur gleichen Zeit befinden sich Abgesandte der Bayernpartei im Palais Schaumburg, um dem Bundeskanzler ihre Loyalität zu versichern.

4. Unsere sachlichen Empfehlungen für die Arbeit in Bonn (Ausarbeitung Schäffer)

5. Winterarbeit der CSU im Hinblick auf die Landtagswahlen 1954

6. Der Fall Schier[9]
Ernennung Stains[10].

[5] Vgl. zum Themenkomplex Regierungsbildung Nr. 56, Nr. 57 und Nr. 58a–c.

[6] Nach Abschluß der Regierungsbildung hatte Ehard auf einer Pressekonferenz – für seine Verhältnisse ungewohnt temperamentvoll – erklärt, die CSU sei „in die Ecke gestellt" worden. Auf Nachfrage sagte der bayerische Ministerpräsident, „er fühle sich nicht gedemütigt, aber er habe eine Wut". Daß Ehard dabei auch die Fraktionsgemeinschaft mit der CDU in Frage stellte, war jedoch lediglich „Theaterdonner". Vgl. Gelberg, Hans Ehard, S. 483.

[7] Der neue Bundestagsvizepräsident Richard Jaeger hatte in einer Rundfunkrede die Aufhebung der obligatorischen Zivilehe gefordert, was auf den entschiedenen Widerstand in liberalen Kreisen gestoßen war. Vgl. Neue Zürcher Zeitung vom 21. 10. 1953: „Das zweite Kabinett Adenauer", und Köhler, Adenauer, S. 795.

[8] In der Vorlage: „vertreten"; diese Formulierung ergibt jedoch keinen Sinn.

[9] Dr. Herbert Schier (1897–1960), Rechtsanwalt und selbständiger Kaufmann, 1918 Mitbegründer der DNSAP und zeitweilig Stadtrat von Reichenberg, später Ausschluß aus der Partei, seit 1947 in Regensburg ansässig, 1950–1960 MdL (GB/BHE). – Am 28. 10. 1953 hatte die Landtagsfraktion des BHE Schier als Staatssekretär für die Angelegenheiten der Heimatvertriebenen nominiert (BayHStA, NL Ehard 1542b, Erich Simmel an Hans Ehard vom 28. 10. 1953), seine Ernennung wurde jedoch wegen angeblicher Kontakte zu tschechoslowakischen Stellen und seiner politischen Haltung abgelehnt (vgl. Abendzeitung vom 31. 10. 1953: „Der Fall Schier"). Schier erklärte schließlich auf einer Pressekonferenz am 10. 11. 1953 (BayHStA, NL Ehard 1542b, Aktenvermerk über die Pressekonferenz Dr. Schiers am 10. 11. 1953) den Verzicht auf seine Kandidatur.

[10] Walter Stain (geb. 1916), Kaufmann, aktiv in der sudetendeutschen Jugendbewegung, 1939–1945 Teilnahme am Zweiten Weltkrieg, 1947 Flüchtlingsvertrauensmann und Kreisrat im Landkreis Kitzingen, 1950–1962 MdL (GB/BHE), 1953/54 Staatssekretär im bayerischen Innenministerium, 1954–1962 bayerischer Arbeitsminister, 1957/58 auch stellvertretender Ministerpräsident. – Am 25. 11. 1953 wurde Stain zum Nachfolger Theodor Oberländers ernannt, der nach Bonn wechselte.

7. Verhältnis zur Bayernpartei
Gerüchte über Globalabkommen für den Bundestagswahlkampf. Ziel der CSU, den bisherigen Weg unbeirrt fortzusetzen, um möglichst stark aus den Landtagswahlen hervorzugehen. Gleichzeitig Unterhändler im Palais Schaumburg[11].

8. Gründung der CDU

Nr. 59b

Sitzung des Landesvorstands der Christlich-Sozialen Union am 7. November 1953 in München

Tagesordnung[12]:
1. Besprechung über die Lage der Regierungsbildung in Bonn
2. Fall Schuberth/Mayr
3. Wehrministerium

Tagungsort: München, Maximilianeum, Saal III

Anwesend[13]: Arnold, Bachmann, Bauereisen, Brunner, Donsberger, Ehard, Elsen, von Feury, J. Fischer, Gallmeier, Geiger, Gerstl, Greib, Hergenröder, Herrmann, Höhenberger, Hundhammer, Jaeger, Junker, Klughammer, Krehle, Kremer, Kreußel, Küßwetter, Kurz, Maul, Maurer, Mayr, Meixner, G. Müller, J. Müller, W. Müller, Muhler, Nerreter, Nickles, Pirkl, Probst, Rinke, Röhrl, F. Schäfer, K. Schäfer, Schäffer, E. Schleip, Schmid, Schmidt, Schubert, Schuberth, Sedlmayr, Spörl, Sproß, Strauß, Stücklen, Thiele, Trettenbach, Wacher, Wagner, Wieninger, Zehner, Zipfel

Beginn: 9 Uhr 40

ACSP, LGF-LV[14]

Ehard eröffnet um 9 Uhr 40 die Sitzung. Begrüßt. Wünsche. Wünscht, daß die Besprechung im Geiste der christlichen Liebe vor sich geht. Wir haben lang in der Union gekämpft, um uns einigen zu können. Auch konfessionelle Spannungen waren vorhanden. Verständnis der Katholiken für die Lage der Evangelischen. Mißtrauen der Evangelischen gegen die Katholiken beseitigen. Die Spannungen haben wir beseitigt. Der Weg für ein einiges Vorgehen ist frei. Wir sind durch die Wahl vom 6. September nicht über alle Berge weg. Die Schwierigkeiten im Bund

[11] Der letzte Satz wurde handschriftlich eingefügt.
[12] Das Rundschreiben, mit dem Josef Brunner die Mitglieder des Landesvorstands am 27. 10. 1953 zur Sitzung einlud, hatte nur zwei Tagesordnungspunkte vorgesehen: 1. Besprechung über die Lage der Regierungsbildung in Bonn und 2. Verschiedenes. Der Tagesordungspunkt „Fall Schuberth/Mayr" wurde dem Protokoll entmommen.
[13] ACSP, LGF-LV 7. 11. 1953, Anwesenheitsliste zur Sitzung des Landesvorstands am 7. 11. 1953. Michael Horlacher, Albert Kaifer, Claus Müller, Alois Schlögl, Karl Schwend und Paul Strenkert waren entschuldigt; bei Georg Bachmann und Andreas Kurz fehlen die Unterschriften bzw. der Vermerk „anwesend"; da die Namen jedoch abgehakt wurden, haben beide vermutlich an der Sitzung teilgenommen und wurden deshalb als anwesend geführt.
[14] Das Protokoll liegt nur in Form eines zum Teil stichwortartigen Stenogramms vor, das von Alois Schmidmeier transkribiert wurde.

sind größer, als man im Allgemeinen denkt. Unsere föderativen Forderungen, unsere Stärke im Bundestag ist gleichzeitig unsere Schwäche. Wir müssen nämlich auch daran denken, daß wir bayerische Politik machen müssen. Es taucht nun wieder eine gewisse konfessionelle Spitze auf. Dagegen wehre ich mich heftig. Sie werden mich nie so heftig sehen. Ich werde mich[15], wenn sie unberechtigt sind, mit aller Gewalt dagegen wehren. Ich werde mich dafür einsetzen, daß Mißtrauen durch eine brüderlich offene Aussprache ausgeglichen [wird].

Betreff nächste Landtagswahl dann. Ich habe immer den Standpunkt eingenommen, vor der Wahl eine Koalition zementieren zu wollen, es ist unklug, Voraussagen über den Ausgang einer Wahl zu machen. Wir müßten uns darauf einstellen, daß wir mit etwa 80 Mandaten in den Landtag einziehen[16], aber keine Koalition bestimmen werden können. Zunächst die eigene Partei stärken.

Über die Regierungsbildung wird ein törichtes Zeug geredet. Harmlose Bemerkungen werden zu einer furchtbaren Affäre. Außerdem bin ich der Auffassung, daß alles, was in Bonn geschehen ist, nicht negativ ist. Es gibt auch positive Seiten. Die Meinungen hierüber sind sehr geteilt. Zuschriften von der einen und der anderen Seite. Jawohl wir unterstützen die Bundesregierung, wir unterstützen den Kanzler und die Regierung auch künftig. Wir müssen uns aber Selbstständigkeit des Urteils bewahren.

Vorgänge in der Bundesregierung, das, was uns von Anfang an nicht gefallen hat. Das ist die überstarke Besetzung der Bundesministerien mit Exponenten der FDP, drei Ressorts, ein Minister [für besondere Aufgaben], der Vizepräsident[17], namentlich ja Dehler[18], hat in der Fraktion eine große Rolle gespielt, und noch der Bundespräsident. Es ist kein Verhältnis vier zu zwei. Man hat sich im Bundeskanzleramt allmählich in den Gedanken hineingelebt, daß die CSU ein Kreisverband der CDU sei. Nun macht die BP bereits Propaganda, die CSU hat bei der Regierungsbildung nichts erreicht[19]. Sie flehen darum, unterstützt zu werden in Bonn.

Der Fall Schuberth, Bundespostministerium. Wir haben uns bisher in drei Sitzungen mit dem Fall Schuberth befaßt. Wir haben immer den gleichen Standpunkt eingenommen. Wenn das Postministerium besetzt werden soll, dann nur mit Schuberth. Will der Kanzler Schuberth nicht, so müssen wir ein anderes Ministerium bekommen. Wir haben das Justizministerium versprochen bekommen. Die Sache Postministerium hat keinen konfessionellen Hintergrund. Dieser Beschluß wurde bis zum Samstag den 17. Oktober durchgehalten. Anruf Strauß, Sache Justizminister geht schief. Strauß hat noch einen langen Brief mit mir abgesprochen an den Kanzler geschrieben[20], ist in der Form absolut korrekt, in der Sache völlig klar. Am Sonntag, [den] 18. abends werde ich von Karl Sigmund Mayr angerufen, er sei vor 20 Minuten vom Kanzler persönlich angerufen [worden]. Der habe ge-

[15] In der Vorlage irrtümlich: „sie".
[16] Bei der Landtagswahl von 1954 wurde die CSU mit 38 Prozent zur stärksten Partei; sie errang 83 Mandate, darunter 68 Direktmandate. Vgl. Ritter/Niehuss, Wahlen in Deutschland, S. 174.
[17] Vermutlich gemeint: Vizekanzler.
[18] Zur Rolle Dehlers bei der Regierungsbildung von 1953 vgl. Wengst, Thomas Dehler, S. 229–234.
[19] Vgl. etwa Bayern-Dienst vom 26. 10. 1953: „Katzenjammer bei Ehard's", und vom 30. 11. 1953: „Die CSU in der Ecke".
[20] Nicht ermittelt.

fragt, ob er das Postministerium übernehmen wolle; ich war darüber erstaunt. Ich habe auf Schuberth verwiesen, außerdem Justizministerium. Karl Sigmund Mayr fühlt sich sehr verletzt, würde Ämter niederlegen. Ich antworte, ich könne den Entschluß der Vorstandschaft nicht zurücknehmen. Der Fall Schuberth ist bis jetzt noch nicht ausgestanden. Das war am Sonntagabend.

Ich habe Strauß und Schäffer angerufen. Am Montag habe ich beide verständigt. Beide sind zu dem Kanzler gegangen und haben ihm die Sache erzählt. Dann Telefongespräch von Strauß an mich. Er habe den Mayr angerufen, aber Mayr habe vorher telegraphiert[21]. Kanzler hat Telegrammtext nicht hereingegeben[22]. Karl Sigmund Mayr schreibt mir nun[23], er sei am nächsten Tag noch mal vom Kanzler angerufen worden. Er habe das Angebot eines Postministeriums zurück[gewie]sen. Zwei Tage darauf bekomme ich Telegramm von M[ayr] – sei bereit. *Ehard* verliest Telegrammtext von Mayr[24].

Kanzler habe zum ersten Mal von Mayr gehört durch dessen Telegramm vorher. Habe sich nicht an Mayr gewandt. Es kann natürlich aus dem Amt gekommen sein. Ich glaube unserem Freund Mayr.

Im Laufe der letzten Tage ist folgendes vorgekommen. Als[25] ich bei Kanzler war und ihm in allem Ernst, Ehrfurcht und Bescheidenheit gesagt, bei uns in Bayern ist die Situation. Ich weiß jetzt, daß die Informationen von unserem Freund Mayr sind. Er sagt selber, daß er mit dem Kanzler enge Beziehung hat[26]. Er sagt selbst, daß er oft beim Kanzler beratend war. Bei der letzten Sitzung geschäftsführende Sitzung einberufen. Diese Personenfragen wollte ich in einem möglichst kleinen Kreis behalten. Ich habe gebeten, das absolut vertraulich zu behandeln. Wir haben die persönlich unangenehmen Dinge schon als revidiert [zu] betrachten. Dieser Versuch ist gescheitert, meine Bitte, vertraulich zu behandeln. Wenn Sie wissen wollen, was in der Sitzung war, brauchen Sie nur den „Spiegel" lesen. Karl Sigmund Mayr sagt, diese Information an den „Spiegel" vom 4. November[27], also Wiedergabe des Gesprächs des geschäftsführenden Vorstands, sei notwendig gewesen, weil am 28. Oktober schon im „Spiegel" ein Artikel[28] gestanden sei.

[21] Der Text des Telegramms von Mayr an Adenauer vom 18. 10. 1953 findet sich in: BayHStA, NL Ehard 1529, Karl Sigmund Mayr an Hans Ehard vom 22. 10. 1953.

[22] Konrad Adenauer hatte Franz Josef Strauß mitgeteilt, daß er das Telegramm Mayrs nicht ohne dessen Zustimmung herausgeben wolle. Jedoch habe Adenauer Strauß das Telegramm ja vorgelesen, so daß er „davon Gebrauch machen" könne. BayHStA, NL Ehard 1529, Aktenvermerk vom 22. 10. 1953.

[23] BayHStA, NL Ehard, Karl Sigmund Mayr an Hans Ehard vom 19. 10. 1953.

[24] BayHStA, NL Ehard 1529, Telegramm Karl Sigmund Mayrs an Hans Ehard vom 22. 10. 1953.

[25] In der Vorlage „wenn".

[26] Die engen Beziehungen zwischen Konrad Adenauer und Karl Sigmund Mayr bestanden bereits seit längerem. Schon in der dritten Sitzung des Wahlrechts- und des Presse- und Propagandaausschusses der Arbeitsgemeinschaft von CDU und CSU am 19. 5. 1949 in Königswinter hatte Adenauer Mayr als „eine meiner Hauptinformationsquellen über die ganzen Dinge in Bayern" bezeichnet (Unionsparteien, S. 596). Auch später hatte Mayr auf Aufforderung Adenauers wiederholt ausführliche vertrauliche Berichte über die politische Lage in Bayern und der CSU geliefert. ACSP, NL Mayr, Mappe Adenauer, Karl Sigmund Mayr an Konrad Adenauer vom 31. 3. 1950 und vom 15. 11. 1951. Vgl. dazu auch Köhler, Adenauer, S. 802.

[27] Vgl. Der Spiegel vom 4. 11. 1953: „Elf sind genug".

[28] Unter der Überschrift „Staub zum Wirbeln" hatte der Spiegel am 28. 10. 1953 einen langen Artikel zur Regierungsbildung in Bonn veröffentlicht, der sich insbesondere mit den Verhandlungen über die Besetzung des Bundespostministeriums befaßte.

Wenn man diesen Artikel anschaut, weiß man, daß es aus dem Informationsdienst von Kolmsperger [stammt][29]. Karl Sigmund Mayr hat bereits am 19. Oktober in dem roten Informationsheft einen Artikel [...][30] mit konfessionellem Hintergrund genommen. Darüber bin ich sehr böse. Aus dieser Zeit habe ich noch einen Brief von Mayr vom 17. an Freund Schlögl[31]. Der dachte nicht daran, Schuberth Konkurrenz zu machen. Ich bin der Meinung, daß wir Fall Schuberth revidieren müssen, Fall Mayr klären. Ich habe bei letztem Gespräch mit Kanzler erfahren, der sagt, er lehnt Schuberth ab. Hat auch Bestrebungen gemacht, nicht über die CSU, einen Ministervorschlag zu bekommen.

1. Schuberth ausgeschlossen, wir sollen anderen vorschlagen. Ich habe gebeten, aber unser Standpunkt, wenn Post dann Schuberth, ich wüßte nicht, warum er Seebohm[32] wieder genommen hat. Ich habe ihn um folgendes gebeten, er möchte Schuberth noch einmal [...][33] empfangen.

2. gefragt ob er eine bestimmte Person als Postminister vorgenommen hat oder einen wünscht. Habe sich nicht festgelegt. Ob er beabsichtigt, über den Kopf der Partei hinweg einen zu benennen, er verspricht das nicht zu tun. Er wüßte ja, daß heute Sitzung ist und er dann über die Landesgruppe Vorschlag bekomme.

Also müssen wir die sachliche Frage klären, der Fall Schuberth muß geklärt werden. Ich weiß seit langem, daß der Kanzler Schuberth nicht will, aus welchen Gründen weiß ich nicht. 1. wegen evang. 2. dann, Schuberth sei kein Verwaltungsbeamter, Ministerium sei nicht in Ordnung. Wir müssen die Sache in einer Form revidieren. Wenn Sie einverstanden sind, möchte ich Schuberth bitten.

Schuberth: Das ist ein gemeines Satyrspiel, das in aller Offenheit.

Ehard bittet noch einmal, bitten, daß nicht jedes Wort im „Spiegel" zu lesen.

Schuberth: Kanzler hat mich äußerst liebenswürdig empfangen. Ich habe ihm gesagt, daß ich auf den Postminister verzichte. Ich verlange nur einen guten Abgang. Kanzler sagt, das sei ihm klar. Er besinne sich schon seit einigen Tagen, wie der Abgang sei. Ich sei völlig integer. Er hat alle Vorwürfe gerichtet. Zweite Bedingung, daß meine Partei mich offiziell zurückzieht. Das bin ich meiner Ehre schuldig. Ich bin bereit, den nächsten Mann, heiße er, wie er möge, im Amt einzuführen. Ich habe Nerreter vorgeschlagen.

Das meine Bedingungen. Ich bin in der Lage, Bedingungen zu stellen. Wenn Nerreter ablehnt, habe ich einen anderen Vorschlag, der vielleicht geeignet wäre,

[29] Vgl. Aus erster Hand. Exclusiv-Informationen aus Politik, Wirtschaft, Kultur, hrsg. von Max Kolmsperger, Nr. 324 vom 27. 10. 1953. In diesem Bericht wurde ausgiebig aus der Sitzung des geschäftsführenden Landesvorstands der CSU am 24. 10. 1953 zitiert. Ein Exemplar findet sich in: BayHStA, NL Ehard 1529.

[30] Ein Wort unleserlich. Vgl. dpa-Information 1539 vom 19. 10. 1953; ein Exemplar findet sich in: BayHStA, NL Ehard 1529.

[31] BayHStA, NL Ehard 1529, Karl Sigmund Mayr an Alois Schlögl vom 17. 10. 1953. Mayr schilderte darin aus seiner Sicht den Verlauf der Regierungsbildung in Bonn und bat Schlögl, Schuberth davon in Kenntnis zu setzen. Mayr hatte Ehard seinen Brief an Schlögl zur Kenntnisnahme zugesandt. BayHStA, NL Ehard 1529, Karl Sigmund Mayr an Hans Ehard vom 17. 10. 1953.

[32] Dr.-Ing. Hans-Christoph Seebohm (1903–1967), leitender Angestellter in der Industrie, 1946–1950 Vorsitzender der Wirtschaftsvereinigung Erdölgewinnung in der britischen Zone, 1947 Präsident der Handelskammer Braunschweig, seit 1945 DP-Mitglied, 1946–1951 MdL (DP) in Niedersachsen, 1946/47 Aufbau- und Arbeitsminister in Niedersachsen, 1948/49 MdPR (DP), 1949–1967 MdB (DP, seit 1960 CDU), 1949–1966 Bundesverkehrsminister.

[33] Im Stenogramm steht an dieser Stelle zweimal „noch einmal".

alles in ein ruhiges Fahrwasser. Er möge mich im Augenblick belassen. Im nächsten Frühjahr würde ich aus gesundheitlichen Gründen zurücktreten.

Dann fand auch wieder eine Besprechung mit dem Kanzler statt in Gegenwart vom Globke[34]. Auch wieder liebenswürdiger Empfang. Ja, aber als Verwaltungsmann. Herr von Brentano[35], worin äußert sich meine mangelhafte Verwaltungsführung. Gewerkschaft. Das habe ich vorgefunden. Ich habe auch ein Schreiben des Herrn [...][36], daß ihnen das Mitbestimmungsrecht eingeräumt worden ist. In der zweiten Besprechung bestätigte er mir, daß ich ihn überzeugen konnte. Ich werde den Posten nicht besetzen, ehe ich nicht mit Ihnen darüber gesprochen habe. Ich habe ihm dann geschrieben[37], er möchte mir sagen, was los sei. Auf 19. war Besprechung festgesetzt. Anruf, Besprechung sei nicht nötig. Am Dienstag wurde ich gebeten, im dunklen zu kommen. Ich mußte auf Klärung dringen. Mir wurde nahegelegt, ich möchte doch resignieren. Dazu habe ich zunächst keinen Grund, solange die Partei hinter mir steht. Jetzt hängt mir die Geschichte zum Hals heraus. Meine Partei soll mich zurückziehen.

Ehard: Übergangsstadium halte ich für unmöglich. 1. Ehrenerklärung für Schuberth auch in der Landesgruppe können wir in jeder Form abgeben. 2. Nachfolger.

Strauß: Zu der Frage Postministerium und zu dem Verhalten einige Worte sagen. Wenn wir an Schuberth festgehalten haben, 1. unbestrittene sachliche Leistung und die Tatsache, daß uns über seine Person niemals Negatives, sondern nur Positives bekannt wäre. 2. formeller Grund. Landesgruppe und Vorstandschaft eindeutig an Schuberth festgehalten. Wir haben im Fall Schuberth konsequent gehandelt. Wir wollten vom Kanzler hören, welche Gründe gegen Schuberth vorliegen. Es waren dauernd wechselnde Gründe. Was uns so betroffen hat, daß der Kanzler mit der Ehre unseres Parteifreundes Schuberth sehr großzügig umgegangen ist.

Äußerung des Kanzlers bei Fraktionssitzung gegen Schuberth[38]. Mayr erklärt sich bereit, mit Schuberth zu reden über die Bemerkungen, die über ihn gefallen sind. (Strauß hat hierfür plädiert). Man kann weder Ehard noch Schäffer noch Landesgruppe Vorwurf machen, daß wir [an] Schuberth nicht bis zur letzten Konsequenz festgehalten haben. Wir müssen, wenn wir nicht Vasallen des Kanzlers sein wollen, an unserem [sic!] daß wir natürlich seinen Zorn erregen.

Vorwürfe wegen Festhalten oder Nichtfesthalten an Schuberth. Ich sage meine Meinung hier offen, Du bist an die Grenze Deiner Selbstachtung gekommen, in-

[34] Dr. Hans Globke (1898–1973), kath., Jurist, seit 1932 Ministerialbeamter im Reichsinnenministerium, Mitverfasser eines Kommentars zu den Nürnberger Rassegesetzen, 1949 ins Bundeskanzleramt berufen, 1953–1963 Staatssekretär und Leiter des Bundeskanzleramts.

[35] Dr. Heinrich von Brentano (1904–1964), kath., Jurist, Mitbegründer der CDU in Hessen, 1946–1949 MdL (CDU) in Hessen, 1947–1949 Vorsitzender des Verfassungsausschusses der Arbeitsgemeinschaft von CDU/CSU, 1948/49 MdPR (CDU), 1949–1964 MdB (CDU), 1949–1955 und 1961–1964 Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, 1955–1961 Bundesaußenminister.

[36] Der Name ist im Stenogramm nicht einwandfrei zu identifizieren.

[37] Nicht ermittelt.

[38] Adenauer hatte wörtlich erklärt: „Verlangen Sie nicht von mir, daß ich vor einem so großen Kreis meine Gründe darlege. In einem kleineren Kreis bin ich gern bereit, das zu tun." Protokoll der Fraktionssitzung am 20. 10. 1953, in: CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag 1953–1957, 1. Halbbd., S. 20–23.

dem Du an Deinem Amt festhältst. Wenn der Kanzler einen Mann wählt, ihn will, können wir nichts dagegen machen. Wir können aus dem Kabinett austreten oder aus der Koalition. Ich hielte es für politisches Harakiri, wenn wir in die Opposition gehen würden. Die politischen Möglichkeiten, die wir dem Kanzler gegenüber haben, sind sehr gering. Die Verantwortung hat er allein. Wenn mich nun der Kanzler unter diesen Verhältnissen partout nicht will, sage ich auch so nein. Ich bin nicht der Meinung, daß Schuberth das Recht hat, Bedingungen zu stellen. Du hast voll Recht, Deine volle Rehabilitierung zu verlangen. In der Fraktion hast Du 100 Prozent ihre Unterstützung.

Schuberth: Es ist unrichtig, ich klage nicht. Der Bundeskanzler hat mir in Gegenwart von Globke gesagt, er würde mit mir noch mal sprechen, ehe er den Posten besetzt.

Schäffer: Die Haltung der CSU. Sie hat an Schuberth aus dem Grund festgehalten, weil gegen ihn immer wieder [...][39] Vorwürfe erhoben worden sind. Solange nicht volle Klärung zugunsten Schuberth erreicht ist. Seine Haltung war das Anstandsgefühl.

2. Im letzten Gespräch hat Kanzler Schuberth erklärt, daß er keinerlei Vorwürfe erheben kann. Wir erklären der Öffentlichkeit, wir haben festgehalten wegen Vorwürfen. Nun hat der Kanzler selbst erklärt, daß er keine Vorwürfe erheben kann.

3.[40] Ich bedauere an der ständigen Taktik des Kanzlers, daß er sich meistens nicht über offizielle Personen, sondern immer über Zwischenträger erkundigt. Wenn er Ohrenbläsern mehr traut, so ist dies ein Fehler, für den er selbst zu büßen hat. Die CSU ist eine eigene Partei und muß es bleiben. Die SPD will eine eigene Landesgruppe in Bonn aufmachen.

1. Vorschlag. Wir stellen eine Unehrlichkeit gegen uns fest, weil und solange diese Vorwürfe nicht geklärt worden sind. Kanzler hat Erklärung abgegeben, daß keine Vorwürfe erhoben werden können, 2. wir müssen feststellen, daß Schuberth erklärt hat dem Kanzler, daß er nicht mehr will. Dann können wir sagen, ob die CSU den Postministerposten besetzen will. Ich würde sagen, daß wir im Einverständnis mit Schuberth einen Mann benennen. Ich würde unseren Freund Nerreter bitten, den Posten anzunehmen, aber ich muß ihm sagen, daß es mit einem großen Opfer verbunden ist. Wir brauchen im Kabinett einen Mann, der politisch denkt, und wir brauchen auch einen Mann, der im Kabinett die bayerischen Interessen selbstständig vertritt. Wenn die FDP nicht will, soll sie aus der Koalition hinaus.

1. Entschließung an die Öffentlichkeit, die feststellt, daß alle Vorwürfe vom Kanzler zurückgenommen sind, 2. daß Schuberth zurückgenommen hat, 3. so lange mußten wir an Schuberth festhalten. Jetzt haben wir Weg frei politisch zu handeln. Jetzt wollen gerade in der Stunde in anderen Parteien. Ich schlage ihn nicht vor bei den evang. [sic!].

Nerreter: Nachdem ich von Freund Schäffer angesprochen worden bin, wird jeder erwarten, daß ich Erklärung abgebe. Ich habe von Anfang an Nein gesagt. Ich sage auch jetzt Nein und werde weiter Nein sagen. Ich habe drei Gründe. Ich

[39] Ein Wort unleserlich; eventuell „wechselnd".
[40] Im Stenogramm „2.".

weiß nicht, aus welchen Gründen er unseren Freund Schuberth nicht haben will. Ich weiß nicht, ob ich das, was er will, mitbringe. Dann konfessionellen Proporz. Ich kann es nicht verhindern, daß Berechnungen des konfessionellen Proporzes angestellt werden. Ich kann bei einer solchen Sache nicht mitmachen aus meinem Gewissen heraus. Dann kommt noch, Schuberth ist Fachmann, ich bin es nicht. Es verstößt gegen meine Selbstachtung, von dessen Dingen ich nichts verstehe [sic!]. Ich kann doch nicht Gehalt einstecken und nichts leisten. Man kann mir nicht vorwerfen, daß ich nicht gegen die Parteidisziplin gehalten hätte. Justizminister hätte ich auf Zureden meiner Freunde genommen. Dies ist zu Ende gegangen, es ist abgelehnt worden. Schön, sie bekommt einen sehr [...][41] als Bundesjustizminister nicht gut genug, als Postminister langt es gerade noch.

Ehard: Ich möchte zunächst Vorschlag Schäffer diskutieren. 1. Ehrenerklärung für Schuberth, der erklärt hat, er will nicht mehr. 2. Weg frei [für] einen neuen Vorschlag. [Keine Einwände][42]. [Über] die Person wollen wir noch nicht reden.

Gallmeier: Ich bedauere den Vorschlag Schäffer, daß Schuberth nicht mehr kommt. Hinweise auf Wahlkasse. Gemeinsame Presseverlautbarung. Genaue Formulierung der Erklärung.

Ehard: Darüber werden wir uns sofort einig sein. Noch mal wie die Erklärung aussehen soll. Kommission Strauß, Hundhammer, Schäffer, Schuberth und Nerreter.

Karl Sigmund Mayr: Es sei auch mir gestattet, etwas länger zu reden als sonst. Seit 1946 bin ich im Amt der CSU. Die anwesenden fränkischen Parteifreunde werden mir bestätigen, daß meine Tätigkeit dazu beigetragen hat, die konfessionellen Unterschiede zu vertreiben. Ich glaube bis heute noch an den Unionsgedanken. Meine evangelischen Freunde und ich wollen alles tun, diese Spannungen zu vermeiden. Ich muß aber beanstanden, daß der Herr Landesvorsitzende fünfmal versprochen hat Aussprache mit evangelischen Freunden und diese Versprechung [sic!] nicht gehalten hat. Es haben Aussprachen dieserhalb stattgefunden, die mich sehr enttäuscht haben. Wir müssen den evangelischen Kreisen dazu etwas sagen können. Wir müssen dies wünschen. Ich bitte noch mal offiziell diese Besprechung festzulegen, noch in diesem Jahr.

2. Ich sei Zuträger nach Bonn, ich bin meinen Parteifreunden in den Rücken gefallen. Daß Bonn Bundeshauptstadt ist, ist mit mein Verdienst. Daher neigt vielleicht eben gerade [sic!]. Gerade als Franke sehe ich die Dinge anders wie meine altbayerischen Freunde, daß ich mit Herrn Globke eine scharfe Auseinandersetzung hatte wegen BP. Ich kann für mich in Anspruch nehmen. Besprechung in Augsburg[43]. Schäffer hat aber gesagt, ich sei mit dem Kanzler zu sehr vertraut. Ich bin doch kein so schwächliches Mannsbild. Wer mir das unterschiebt, [dem] muß ich sagen, daß der mich nicht kennt.

Ich habe bereits erklärt, ich gehe nicht in den Bundestag. Um so lobenswerter war, wie nach der Wahl mir Franz Strauß sagt, „Du bist genannt worden für den Bundespostminister“[44]. Ich war sehr überrascht und habe ungläubig den Kopf

[41] Hier weist das Stenogramm eine Lücke auf, die nicht ergänzt worden ist.
[42] Im Stenogramm gestrichen.
[43] Nicht ermittelt.
[44] Das Gespräch zwischen Mayr und Strauß fand am 3. 10. 1953 nach der Sitzung des geschäftsfüh-

geschüttelt. Ein Parteifreund sagte mir wieder, der Kanzler habe meinen Namen genannt. In [der] Presse sah ich dann meinen Namen. Ich werde es peinlich vermeiden, nach Bonn oder München in eigener Sache etwas zu tun.

Mich hat befremdet, daß es niemand für nötig gehalten hat, mich nach dem Woher zu fragen. Von evangelischer Seite ist kein Vorschlag nach Bonn gegangen. Durch die Zeitung gehört von Erklärung Strauß, Schweizer Zeitung[45]. Wenn meine Partei es nicht für nötig hält, mit dem stellvertretenden Landesvorsitzenden auch nur ein Wort zu sprechen. Ich habe ein klein wenig Vertrauen verdient seit 1950. Bekannter CSU-Postmann[46]. Kanzler hält an Ihnen fest. Noch einer bestätigt: Kanzler Vorrang Mayr. Ich bekomme einen katholischen Staatssekretär, es sind ausgezeichnete Referenten vorhanden. Kanzler wolle ein evangelisches Gesicht haben. Am Samstag erreicht mich die Nachricht, [daß] ich vom Palais Schaumburg gesucht würde. Man wollte mich als Postminister. (Verweigert Auskunft, wer Anrufer war). Ich habe dann erklärt, ich bin bereit[47].

„Spiegel" Nr. 44[48], ich hatte Treuegelöbnis, hatte ich mich angeboten als Postminister, hatte mich beim Kanzler beschwert, wie ich von Parteifreunden behandelt würde.

Kanzleranruf[49], ich danke für Ihr Telegramm. Ich würde mich sehr freuen, wenn Sie Postminister würden. Ich empfehle Ihnen, mit Ihren Freunden zu verhandeln. Sie müssen aber energisch sein. Man kann in Bayern nur was erreichen, wenn man Krach macht. Nerreter kam nicht in Frage unter Beaufsichtigung des Staatssekretärs Dr. Strauß[50]. Um Rat gefragt. Manteuffel war sehr offen. Sie würden als bayerischer Politiker keine frohe Stunde mehr haben.

Kanzler [erkundigte sich][51], was ich erreicht hätte. Ich sagte ihm [...][52] Kanzler, geben Sie nicht auf, sprechen Sie mit Schäffer und Strauß. Ich habe Schäffer und Strauß angerufen. Schäffer sagte mir seine Gründe[53]. Strauß rief mich an. Ich

renden Landesvorstands in München statt. BayHStA, NL Ehard 1529, Aufzeichnungen des Karl Sigmund Mayr, stellvertretender Landesvorsitzender der CSU in Bayern, undatiert.

45 Vgl. Neue Zürcher Zeitung vom 21. 10. 1953: „Das zweite Kabinett Adenauer"; BayHStA, NL Ehard 1529, Aktenvermerk Ernst Deuerleins vom 10. 11. 1953.

46 Nicht ermittelt.

47 Dies telegraphierte Mayr an Adenauer am 18. 10. 1953. BayHStA, NL Ehard 1529, Aufzeichnungen des Karl Sigmund Mayr, stellvertretender Landesvorsitzender der CSU in Bayern, undatiert.

48 Vgl. Der Spiegel vom 28. 10. 1953: „Staub zum Wirbeln".

49 Das Telephonat fand am 18. 10. 1953 um 19.15 Uhr statt. Vgl. 8-Uhr-Blatt, Spätausgabe, vom 20. 10. 1953: „Ich habe dem Kanzler abgesagt...", und BayHStA, NL Ehard 1529, Aufzeichnungen des Karl Sigmund Mayr, stellvertretender Landesvorsitzender der CSU in Bayern, undatiert.

50 Dr. Walter Strauß (1900–1976), Jurist, 1948/49 Leiter des Rechtsamts des Vereinigten Wirtschaftsgebiets und MdPR (CDU), 1949–1962 Staatssekretär im Bundesjustizministerium. – Adenauer hatte Franz Josef Strauß bereits am 18. 10. 1953 geschrieben, daß er die Ernennung Nerreters zum Bundesjustizminister mit Rücksicht auf Walter Strauß ablehne, weil dieser dies als „unverdiente Zurücksetzung empfinden" müsse. Konrad Adenauer an Franz Josef Strauß vom 18. 10. 1953, abgedruckt in: Adenauer Briefe 1953–1955, S. 28.

51 Das zweite Telephonat zwischen Adenauer und Mayr fand am 19. 10. 1953 um 9.45 Uhr statt. Vgl. 8-Uhr-Blatt, Spätausgabe, vom 20. 10. 1953: „Ich habe dem Kanzler abgesagt...", und BayHStA, NL Ehard 1529, Aufzeichnungen des Karl Sigmund Mayr, stellvertretender Landesvorsitzender der CSU in Bayern, undatiert.

52 Ein Wort unleserlich.

53 Schäffer begründete seine ablehnende Haltung am 19. 10. 1953 mit dem Argument, daß bereits elf Protestanten im Kabinett vertreten seien. BayHStA, NL Ehard 1529, Aufzeichnungen des Karl Sigmund Mayr, stellvertretender Landesvorsitzender der CSU in Bayern, undatiert.

schätze sein Temperament, seine Gaben und Befähigung. Man kann nicht so brutal mit einem umgehen. Ich habe eine sachliche Begründung erwartet. Hier haben meine Freunde auch etwas versäumt. Strauß' Worte waren so heftig[54], daß ich mich zwei Stunden einschloß, ruhig zu überlegen. Ich kam zu dem Ergebnis, daß ich verzichten und nicht annehmen wolle. Frau Arenz[55] nahm auf, was ich zu sagen hatte. Mit der Schlußbemerkung, ich bitte den Herrn Kanzler von meiner Berufung absehen zu wollen.

Zwei Stunden später kam Telegramm von Ehard[56]. Nun bin ich weiterhin unterrichtet worden, ich sei weiter vorgesehen. Der Kanzler werde aufgrund des Grundsatzes. Dann habe ich telegrafiert[57], ich sei bereit, wenn meine Partei zustimmt. Ich habe gestern erklären lassen, daß ich nicht wünsche, Minister zu werden[58].

Sie sehen, daß hier ein Mensch allein gestanden ist, der erwartet hat, von Parteifreunden angesprochen zu werden. Wie ich entmündigt und abgewürgt worden bin, hat mich zutiefst verletzt. Die CSU kann nicht behaupten, ich habe ihr das Justizministerium mit meinem Telegramm verdorben.

Mir mißfällt, daß der Bundskanzler mich einfach totschweigt. Man kann einfach den evangelischen stellvertretenden Vorsitzenden nicht immer übergehen. Ich hänge an der Union aus innerer Begeisterung, aber dieser kann man auch einmal verlustig gehen. Vorgestern Brief von Kanzler, daß ich sein ganzes Vertrauen habe[59].

Ehard: Ich habe nicht das Vergnügen, daß ich Brief vom Kanzler bekomme mit uneingeschränktem Vertrauen. Ich sehe zunächst einmal nicht recht ein, warum sich Mayr zurückgesetzt fühlt. Warum hat der Kanzler nur mit Mayr gesprochen, mit mir hat er nicht gesprochen. Dem Kanzleramt ist meine private Nummer genau bekannt, wenn man wissen wollte, wie ich mich oder die Partei sich dazu stellt. Merkwürdig, das Palais Schaumburg hat angerufen. *Ehard* entgegnet auf die Vorwürfe, Mayr von wegen nicht empfangen. Sache Zietsch[60]. Ich bin der Meinung, diese Sache muß ausgefochten werden.

[54] Strauß soll unter anderem gesagt haben: „Wenn Du den Ruf Dr. Adenauers annimmst, dann kannst Du die CSU allein im Kabinett vertreten. Schäffer und ich werden nicht in das Kabinett gehen, und wir werden verlangen, dass der Landesausschuss die Zusammenarbeit mit der CDU-Fraktion und dem Herrn Bundeskanzler noch einmal überprüft." BayHStA, NL Ehard 1529, Aufzeichnungen des Karl Sigmund Mayr, stellvertretender Landesvorsitzender der CSU in Bayern, undatiert.

[55] In der Vorlage „Ahrens". Elisabeth Arenz (1912–1987), 1948/49 erste Sekretärin der CDU/CSU-Fraktion im Parlamentarischen Rat, 1949–1973 Tätigkeit im Bundeskanzleramt, bis 1958 im Vorzimmer Konrad Adenauers.

[56] Das Original war im NL Ehard nicht aufzufinden. Der Wortlaut des Telegramms von Hans Ehard an Karl Sigmund Mayr vom 19. 10. 1953 findet sich in: BayHStA, NL Ehard 1529, Aufzeichnungen des Karl Sigmund Mayr, stellvertretender Landesvorsitzender der CSU in Bayern, undatiert.

[57] BayHStA, NL Ehard 1529, Telegramm Karl Sigmund Mayrs an Hans Ehard vom 22. 10. 1953.

[58] Dies teilte Mayr CSU-Generalsekretär Josef Brunner telephonisch mit. BayHStA, NL Ehard 1529, Aktenvermerk Josef Brunners über ein Telephonat mit Karl Sigmund Mayr vom 6. 11. 1953.

[59] Nicht ermittelt.

[60] Wahrscheinlich sind damit Äußerungen des bayerischen Finanzministers gemeint, der sich über finanzielle Benachteiligungen Bayerns durch den Bund aufgrund einer ungerechten Wirtschaftspolitik der Bonner Koalition beklagt hatte. Vgl. Bayern-Kurier vom 31. 10. 1953: „Föderalistische Taktik?" und vom 7. 11. 1953: „Von Benachteiligung Bayerns kann keine Rede sein!"

Strauß: Franken – Altbayern. Trotz Grundgesetz 1. Bekenntnis zur Mitarbeit an gesamtdeutscher Politik. 2. Innerhalb der CSU vom 1. September 1949 an die Treue dem Kanzler versprochen haben [sic!], und das wollen wir auch in Zukunft so halten. Die Arbeit der letzten vier Jahre der CSU in Bonn und in Bayern hat[61] eine gemeinsame Linie in Festhalten am Bundesgedanken und auf der andern Seite Föderalismus. Name Mayr von Dr. Krone[62] der CDU als Postminister genannt. War erstaunt, daß Vorschlag aus CDU-Kreisen kommt. Wenn wir überhaupt einen Beschluß fassen, müssen wir ihn vertreten. Wir machen uns ja selbst lächerlich. Stellungnahme in der Schweizer Zeitung. Ich kann nur sagen, daß das vollendeter Blödsinn ist. Ich habe nie Derartiges erklärt.

Karl Sigmund Mayr: Ich nehme das zur Kenntnis.

Strauß: Von Dir habe ich in Bonn weiter nichts gehört. Wir haben in Bonn weiter unser Pferdchen Schuberth geritten. Ein dpa-Mann[63] zur Rede gestellt sagt, so wenig ist an der Sache dran.

Wer war Anrufer? Am Montag teiltest du mir zu einem wesentlichen Punkt. Du riefst mich an. Wir haben schwierige Aufgabe zu lösen, 80 oder 90 Prozent der bayerischen Wähler [...][64] Vorwurf, daß CSU zu schwach Bayern in Bonn zu vertreten.

Wir stehen hier vor einem ernsten politischen Problem. Es geht darum, daß das Prinzip des Föderalismus von uns als zweckmäßig erwiesen und auch als unentbehrlich erwiesen werden kann. Wir müssen um dieses Prinzip kämpfen. Wenn wir diesen Kampf verlieren, eines Tages wird eine gesamtdeutsche Verfassung gemacht. Du bist uns in gefährlicher Weise dazwischengekommen, nämlich mit Thomas Dehler[65]. Unserem Motiv, einen christlichen Justizminister zu haben.

14 Uhr 20 eröffnet Ehard die Sitzung wieder

Karl Sigmund Mayr: Ich habe die Ausführungen unseres Freundes Strauß gehört. Schade, daß ich diese nicht zwei Wochen, nicht vorher gehört habe. Konnte mich davon überzeugen, daß diese Haltung richtig ist. Ich habe aus einem gewissen Zorn heraus gehandelt. Ich war mir darüber im Klaren, daß es nicht richtig war. Ich bekenne, daß ich zu einem falschen Mittel gegriffen [habe]. Ich bitte Sie um Entschuldigung. Lassen Sie den stellvertretenden Landesvorsitzenden nicht allein.

Sch.: Ich möchte meine Freude über seine Erklärung zum Ausdruck bringen. Ich würde vorschlagen, daß wir eine Entschließung fassen: 1., daß der Zwischenfall mit Mayr als beigelegt betrachtet werden kann. 2. Einmischung von draußen,

[61] Im Stenogramm „haben".

[62] Dr. Heinrich Krone (1895–1989), kath., Lehrer, seit 1922 stellvertretender Geschäftsführer des Zentrums in Berlin, 1929 Vorsitzender der Windthorstbunde, 1925–1933 MdR (Zentrum), nach dem 20. 7. 1944 kurzzeitig verhaftet, 1945 Mitbegründer der CDU in Berlin, seit 1947 stellvertretender Vorsitzender des CDU-Landesverbands Berlin, 1949–1969 MdB (CDU), 1951–1955 parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Fraktion, 1955–1961 Fraktionsvorsitzender der CDU/CSU im Bundestag, 1958–1964 stellvertretender CDU-Vorsitzender, 1961–1966 Bundesminister für besondere Aufgaben, seit 1964 auch Vorsitzender des Bundesverteidigungsrats.

[63] Nicht ermittelt.

[64] Zwei Wörter unleserlich.

[65] Thomas Dehler wurde im zweiten Kabinett Adenauer nicht wieder zum Justizminister berufen. Zeitweilig hatte man sich in der CSU Hoffnung gemacht, diesen Posten – gewissermaßen als Kompensation für das Bundespostministerium – besetzen zu können. Vgl. Köhler, Adenauer, S. 797ff.

wir verpflichten uns, daß das in Zukunft über den Landesvorsitzenden gemacht wird.

Hundhammer spricht dagegen, nicht mehr als notwendig auf die Pauke hauen.

Strauß verliest Entschließung von Schäffer und Strauß.

Ehard: Darf ich fragen, ob zu dieser Entschließung – wir müssen um der deutschen Sache willen einen bündischen Aufbau haben. Von Mittelfranken stellt [er] mit Befriedigung fest, daß die CSU im Bund fest steht. Hinsichtlich Konfession möchte ich sagen, daß wir dankbar sind, daß die Wahlen so gut gegangen ist.

Karl Schmid: Ich meine, was verhindert werden soll, daß diese Entschließung eine Selbstverständlichkeit ist.

Ehard: Ich würde vorschlagen, daß wir intern das beschließen. Gerade der Fall Mayr ist ein Fall, der zeigt, wie wichtig es ist, daß Entscheidungen über die Parteiorgane gefällt werden, Einzelfragen an die Parteiorgane weitergeben.

Strauß: Der Grund liegt tiefer. Das Wesentliche ist, daß wir die Gewähr haben, daß unser Freund Mayr trotz seiner abweichenden Meinung uns die Gewähr gibt, daß er nach Bonn keine Berichte mehr gibt, die nicht dem Landesvorsitzenden zur Kenntnis gebracht werden. Politisch kann sich der Kanzler auf uns völlig verlassen. Der Kanzler hat von Dir, Mayr, Bericht verlangt. Das heißt aber nicht, was in Bonn gespielt wird. Es muß ein neues Vertrauensverhältnis geschaffen werden.

Karl Sigmund Mayr: Ich werde Erklärungen nach Bonn, solange ich ein Ehrenamt habe, nicht mehr machen[66].

Entschließung: Die CSU hat an der Person Schuberths als Bundes[minister] für Post und [Fernmeldewesen] festgehalten, gerade weil gegen ihn immer wieder wechselnde und immer wieder[67] [als unbegründet erwiesene Einwendungen erhoben wurden]. In einer Aussprache zwischen Herrn[68] [Bundeskanzler Adenauer und Herrn Postminister Schuberth am 5. November hat Herr Bundeskanzler Adenauer erklärt, daß er keinerlei Vorwürfe gegen Postminister Schuberth erheben könne].

Ehard: Kein Widerspruch, dann darf ich annehmen, daß einstimmig angenommen wird. Mayr hat erklärt, daß er sich im Rahmen der Partei halten will und so weiter. Nun wurde vorgeschlagen: 1. Der Fall Mayr ist nunmehr nach dieser Erklärung erledigt. 2. Alles, was an jemanden herangetragen wird und was die Partei angeht, soll nicht im Einzelgespräch, sondern über die Vorstandschaft, Fraktion oder das zuständige Gremium besprochen werden. Nun wurde aber gesagt, ob diese zweite Entschließung noch gefaßt werden soll.

Probst: Auch veröffentlichen.

[66] BayHStA, NL Ehard 1529, Erklärung Karl Sigmund Mayrs vom 7. 11. 1953; vgl. Köhler, Adenauer, S. 804 f.

[67] Leerstelle im Stenogramm; der Satz wurde aus der Erklärung vervollständigt, die am 14. 11. 1953 im Bayern-Kurier veröffentlicht wurde; vgl. Nr. 59d.

[68] Leerstelle im Stenogramm; der Satz wurde aus der Erklärung vervollständigt, die am 14. 11. 1953 im Bayern-Kurier veröffentlicht wurde.

Maul: In Wirklichkeit ist dieser Beschluß eine Selbstverständlichkeit. Jedes Parteimitglied muß sich bewußt sein, daß alles vorerst an die Partei herangetragen wird. Lieber würde ich die Satzung dahingehend ändern.

Küßwetter: Es hat sich durch Erklärung Mayr einiges geändert. Auch die Frage Ehlers[69] wäre zu klären.

Ehard: Mayr hat ausdrücklich erklärt, daß er in Parteifragen nicht mehr ohne Partei handelt. Es kann in jeder Partei mal eine Fehlzündung passieren. Ich meine, wir sollten eine allgemeine Entschlußfassung nicht hinausgeben, denn es ist ja eine Selbstverständlichkeit. Das ist auch nicht beabsichtigt. Es wäre [gut], einen Fingerzeig nach Bonn zu geben. Wir können dann aber eine andere Form wählen. Man muß dem Kanzler sehr genau sagen. Diese allgemeine Erklärung würde durch einen Brief an den Kanzler ersetzt werden. Ich gebe anheim, über Folgendes zu reden: 1. Der Fall Mayr ist durch die Verpflichtungen und Erklärungen erledigt. Ein Vertrauen wieder herzustellen, wenn die Taten zeigen, daß sie den Worten folgen. Probst Entschließung geschrieben.

Ehard verliest die Entschließung der geschäftsführenden Vorstandssitzung[70]. Ich werde von Brentano mitteilen, daß diese Entschließung von der Vorstandschaft gutgeheißen wurde[71]. Punkt II Schuberth entfällt. Siehe anliegende eigene Entschließung. Punkt IV, Sache Wehrministerium. Wenn es Brentano mitgeteilt wird, müßten wir es beibehalten.

Ehard erklärt sich über Grund dieses Absatzes. Süddeutscher Einfluß auf Verteidigungsministerium[72]. Wir müssen einen politischen Mann drin haben. Wir wollen Blank ja keinesfalls verdrängen. Punkt, ob Schäffer von seinem Posten ohne Weiteres zurücktreten kann.

Strauß: Mein lieber Fritz, Du hast völlige Freiheit in der Androhung deines Rücktritts. Stelle dir die Lage vor, der Kanzler überstimmt deinen Einspruch. Du bietest deinen Rücktritt an.

Strauß erläutert die Formel eines Rücktritts Schäffers. Dein definitiver Entschluß zum Rücktritt sollte nicht ohne Einvernehmen mit der Vorstandschaft gefaßt werden.

Schäffer: Letzter Satz soll heißen: Sie bittet ihn, vor einem endgültigen Entschluß mit Vorstandschaft und Landesgruppe in Verbindung zu treten.

Probst: Ersten Teil der Entschließung veröffentlichen.

Ehard: Ich kann diese Entschließung also dem Kanzler mitteilen. Ich würde eine Entschließung nicht veröffentlichen. Ich würde sagen, die Landesvorstandschaft hat sich mit den bisherigen Maßnahmen der Landesgruppe eingehend be-

[69] Dr. Hermann Ehlers (1904–1954), ev., Jurist, 1931 Eintritt in die Justizverwaltung, 1931–1933 DNVP-Mitglied, 1933 CSVD Mitglied, seit 1934 rechtskundiges Mitglied der Bekennenden Kirche, zeitweise in Haft und aus dem Justizdienst entlassen, 1940–1945 Teilnahme am Zweiten Weltkrieg, 1945 Oberkirchenrat, seit 1946 CDU-Mitglied, 1949–1954 MdB (CDU), 1950–1954 Bundestagspräsident.

[70] Vgl. Nr. 58b.

[71] BayHStA, NL Ehard 1529, Hans Ehard an Heinrich von Brentano vom 11. 11. 1953. Ehard hatte Brentano bereits am 27. 10. 1953 über die Beschlüsse des geschäftsführenden Landesvorstands informiert und dabei darauf hingewiesen, daß diese dem Landesvorstand am 7. 11. 1953 zur Beschlußfassung vorgelegt würden. NL Ehard 1529, Hans Ehard an Heinrich von Brentano vom 27. 10. 1953.

[72] Vgl. Nr. 58a mit Anm. 5.

faßt. Bei der Regierungsbildung auch in der Frage des jetzigen und künftigen Verhältnisses zur CDU sind [die getroffenen Maßnahmen] von der Landesvorstandschaft einstimmig gebilligt worden. 1. Diese Entschließung wird von mir dem Brentano mitgeteilt werden. 2. Was sagen wir der Presse a) Entschließung wegen Schuberth, b) wenn ein Communique gemacht wird. Strauß, Schäffer, Dr. Probst machen Presseerklärung.

Ich habe noch zwei Punkte, 1. Vorschlag Bundespostminister, 2. Landesausschuß wann und wo. (Zurufe) Erste Januarhälfte in Rothenburg ob der Tauber[73].

Presseerklärung[74]
Die Landesvorstandschaft der CSU hat sich in der Sitzung vom 7. November 1953 mit allen den Fragen beschäftigt, die sich im Zusammenhang mit der Regierungsbildung in Bonn ergeben haben. Sie hat eine Entschließung gefaßt, die dem Vorsitzenden der Fraktion der CDU durch den Herrn 1. Landesvorsitzenden übersandt werden wird. In dieser Entschließung betont die Landesvorstandschaft der CSU den Charakter der CSU als einer eigenen Partei, als einer eigenen bayerischen Partei. Sie betont insbesondere, daß es Aufgabe der Landesgruppe der CSU ist, das föderative Gedankengut der Partei im Bundestag zu vertreten und innerhalb der Fraktionsgemeinschaft CDU/CSU hierfür einzutreten.

Unter den besonderen Tagesfragen wird betont, daß die CSU auch in der Frage der Bundesfinanzverwaltung an der Regelung des Grundgesetzes festhalten müsse[75]; sie betont weiterhin, daß auch der Frage des künftigen Bundesnotenbankgesetzes eine grundsätzliche Bedeutung zukomme insofern, als es sich hierbei um eine grundsätzliche Frage handelt, ob es dem Bundesgesetzgeber zusteht, Landesbehörden aus eigener Machtvollkommenheit aufzuheben oder nicht[76].

Die Landesvorstandschaft der CSU hat das Verhalten der Landesgruppe der CSU im Bundestag in der Frage der Regierungsbildung gebilligt. Sie hat es insbesondere begrüßt, daß die Landesgruppe der CSU dafür eingetreten ist, daß eine Vermehrung von Verwaltungsposten im Bund unterbleiben soll. Sie hat es bedauert, daß der FDP und anderen, kleineren Parteien eine zahlenmäßige Vertretung im Kabinett gegeben worden ist, die den wirklichen Verhältnissen nicht entspricht und die zu der großen Zahl der Bundesministerien geführt hat. So sehr die CSU eine Förderung des Familiengedankens in der gesamten Bundespolitik für unerläßlich hält, so starke Bedenken hat sie gegen die Errichtung eines eigenen Bun-

[73] Die Sitzung des Landesausschusses fand am 16./17. 1. 1954 in Rothenburg ob der Tauber statt. Das Protokoll findet sich in den Akten der Landesleitung, die im ACSP verwahrt werden.

[74] Im Stenogramm wurde der Text der Presseerklärung durchgestrichen.

[75] Artikel 107 des Grundgesetzes hatte den Gesetzgeber verpflichtet, bis zum 31. 12. 1952 die Steuerverteilung zwischen Bund und Ländern zu regeln. Vgl. Henzler, Fritz Schäffer, S. 491.

[76] Die Arbeiten an einem Bundesbankengesetz, zu dem der Gesetzgeber nach Artikel 88 des Grundgesetzes verpflichtet worden war, waren im Sommer 1953 aufgrund großer Meinungsverschiedenheiten vorübergehend eingestellt worden. Umstritten waren insbesondere ihr organisatorischer Aufbau, das Maß ihrer Unabhängigkeit von der Bundesregierung und ihre Rechtsform. Auch um die für Bayern und die CSU besonders wichtige Rolle der Landeszentralbanken wurde gerungen. Der Bundestag verabschiedete das Gesetz über die Deutsche Bundesbank schließlich erst am 4. 7. 1957, der Bundesrat stimmte am 19. 7. 1957 zu, so daß es am 1. 8. 1957 in Kraft treten konnte. Vgl. Klaus Stern, Die Notenbank im Staatsgefüge, in: Fünfzig Jahre Deutsche Mark, S. 141–198, hier S. 149f.

desministeriums für Familienfragen[77], zumal dadurch auch unnötige Reibungen geschaffen zu werden drohen und Eingriffe in die Zuständigkeiten der Länder veranlaßt werden können.

Sie hat dem Bundesfinanzminister die volle Unterstützung in seinem Bestreben versprochen, unter allen Umständen die finanzielle Ordnung aufrechtzuerhalten und jeden Ansatz für eine inflationäre Entwicklung zu verhindern. Sie hat sich dafür ausgesprochen, daß die Grundsätze über die Abgleichung des Haushalts, wie sie in Artikel 110 und 113 Grundgesetz festgelegt sind, aufrechterhalten werden müssen[78]. Sie hat die Schritte, die er hierfür für notwendig hält, gebilligt.

Nr. 59c

Bericht über die Sitzung des Landesvorstands der Christlich-Sozialen Union am 7. November 1953 in München

CSU-Correspondenz vom 10. 11. 1953, S. 2

Bundesfinanzminister Schäffer bezeichnete am vergangenen Wochenende vor der CSU-Landesvorstandschaft die Finanzlage des Bundes als sehr ernst. Man stehe in Bonn tatsächlich vor der Entscheidung, ob die alte Finanzpolitik mit der Abgleichung des Haushaltes durchgehalten werden solle oder ob man den Weg der sogenannten „zyklischen Inflation", den die Wirtschaftspresse in der letzten Zeit sehr empfehle, einschlagen solle. Der Bundesfinanzminister werde jedoch unabdingbar zu seinem dem Volke gegebenen Versprechen stehen, keinen inflationistischen Weg, nenne er sich wie er wolle, zu betreten. Die Parole für den Bund müsse lauten: Von jetzt ab möglichst keine neuen Projekte und Ausgaben mehr! Dafür müsse das Aufgebaute jetzt kritisch geprüft und dann endgültig gesichert werden.

Die CSU-Landesvorstandschaft sagte Schäffer die volle Unterstützung in seinem Bestreben zu, unter allen Umständen die finanzielle Ordnung aufrecht zu erhalten und jeden Ansatz für eine inflationäre Entwicklung zu verhindern; die Grundsätze über die Abgleichung des Haushaltes, wie sie Artikel 110 und 113 des Grundgesetzes festlegen, müßten aufrecht erhalten werden. Gleichzeitig wurde von der CSU-Vorstandschaft im Hinblick auf das schwebende Bundesnotenbank-Problem mit Nachdruck betont, daß der Bundesgesetzgeber kein Recht habe, Landesbehörden aus eigener Machtvollkommenheit aufzulösen.

[77] Zur Gründung des Bundesfamilienministeriums vgl. Kuller, Familienpolitik im föderativen Sozialstaat, S. 83–86.

[78] Artikel 110, Abs. 1 des Grundgesetzes legte fest, daß der Bundeshaushalt in Einnahmen und Ausgaben ausgeglichen sein mußte. Nach Artikel 113 bedürfen Gesetze, welche die im Bundeshaushalt vorgesehenen Ausgaben vergrößern oder die Einnahmen vermindern, der Zustimmung der Bundesregierung.

CSU Landesvorsitzender Dr. Ehard sprach vor dem gleichen Gremium zur bayerischen Situation: „Unsere Aufgabe geht dahin, durch unsere Arbeit dafür zu sorgen, daß wir im nächsten Jahr nicht nur als stärkste Fraktion, sondern auch mit einer wirklich eindeutigen Mehrheit ins bayerische Parlament einziehen." Es gebe nichts törichteres als jetzt vor der Wahl auch nur den Gedanken zu fassen, eine Koalition in dieser oder jener Richtung zementieren oder vorausbestimmen zu wollen; es komme jetzt einzig darauf an, die Union in Bayern noch stärker zu machen.

Die Landesvorstandschaft hat als Ort für die große Landesausschußsitzung der CSU, die im Januar 1954 abgehalten wird, Rothenburg o.T. bestimmt und damit eine besondere Verbundenheit mit den CSU-Mitgliedern und Wählern Mittelfrankens zum Ausdruck gebracht.

Nr. 59d

Bericht über die Sitzung des Landesvorstands der Christlich-Sozialen Union am 7. November 1953 in München

Bayern-Kurier vom 14. 11. 1953, S. 1 f.

Innere Stärke der CSU. Offene Aussprache über alle Probleme im Geiste der Union. Die Sitzung der CSU-Landesvorstandschaft am vergangenen Samstag hat in den Kreis- und Bezirksverbänden ein überaus befriedigendes Echo hervorgerufen. Aus Mitgliederversammlungen kann man entnehmen, daß die im Geiste der Union geführte offene Aussprache über alle schwebenden Probleme große Anerkennung und Befriedigung gefunden hat.

Bei der Sitzung der erweiterten CSU-Landesvorstandschaft wurden vor allem die Vorgänge um die Regierungsbildung und das Verhältnis München – Bonn eingehend erörtert. Landesvorsitzender Ministerpräsident Dr. Hans Ehard betonte eingangs, daß er in Zukunft gegen alle konfessionellen Spitzen scharf vorgehen werde und appellierte an die Delegierten, die Aussprache im wahren Geiste der Union durchzuführen. Die heutige politische Situation stelle uns die Aufgabe, in erster Linie alles daranzusetzen, *die eigene Partei weiter zu stärken.* Die Parole für die CSU in der nächsten Zukunft sei daher, die „Was-kostet-die-Welt"-Stimmung abzulegen und auf breiter Ebene die Organisation der Partei zu festigen, damit die CSU im nächsten Jahr aus dem Landtagswahlkampf nicht nur als stärkste Fraktion, sondern mit einer wirklich überzeugenden Mehrheit ins bayerische Parlament einziehen könne. Dr. Ehard wandte sich dagegen, heute schon über eine Koalitionsmöglichkeit in dieser oder jener Richtung zu sprechen.

Zur Frage der Verärgerung über die Vorgänge bei der Bonner Regierungsbildung sagte Ehard, daß die CSU vor allem an der stärkeren Besetzung des Bundeskabinetts durch die FDP Anstoß genommen habe. Sie bedaure, daß der FDP und

anderen kleinen Parteien im Kabinett eine zahlenmäßige Vertretung zugestanden worden ist, die den wirklichen Verhältnissen nicht entspricht und zu der großen Zahl der Bundesministerien geführt hat. Aus dieser Verärgerung der CSU über die Erweiterung des Kabinetts und die zu starke Berücksichtigung anderer Parteien auf Kosten der CSU heraus dürfe aber die Bayernpartei heute nicht den Versuch machen, Kapital zu schlagen. Bayern sei trotz allem bei der Kabinettsbildung mit Abstand stärker hervorgegangen als andere Länder der Bundesrepublik. Der Löwenanteil fiel Nordrhein-Westfalen zu, während viele andere Länder wie Hessen, Württemberg-Baden, Rheinland-Pfalz gar keine Minister gestellt hätten.

In der Frage der Besetzung des Postministeriums konnte die CSU-Landesvorstandschaft noch keinen Kandidaten benennen. Der bisherige Bundespostminister Dr. Hans Schuberth hat bei dieser Sitzung offiziell auf seine eventuelle Wiederberufung verzichtet. Die Landesvorstandschaft hat in der Frage Schuberth nachstehende Erklärung abgegeben:

„1. Die CSU hat an der Person Schuberths als Bundesminister für das Post- und Fernmeldewesen festgehalten, gerade weil gegen ihn immer wieder wechselnde und immer wieder als unbegründet erwiesene Einwendungen erhoben wurden.
2. In einer persönlichen Unterredung zwischen Herrn Bundeskanzler Adenauer und Herrn Postminister Schuberth am 5. November hat Herr Bundeskanzler Adenauer erklärt, daß er keinerlei Vorwürfe gegen Postminister Schuberth erheben könne. Damit hat der Bundeskanzler selbst alle Vermutungen, daß konkrete Gründe gegen Schuberths Wiederernennung vorlägen, widerlegt.
3. Nach dieser eindeutigen Erklärung des Herrn Bundeskanzlers hat Minister Schuberth dem Herrn Bundeskanzler seinerseits eröffnet, daß er keinen Wert mehr auf seine Wiederberufung lege.
4. Die CSU spricht ausdrücklich ihrem Freunde Schuberth ihr volles Vertrauen und ihren Dank für sein erfolgreiches Wirken aus. So sehr sie bedauert, daß Schuberth nicht mehr das Amt des Postministers übernehmen will, so ist sie doch um der allgemeinen politischen Lage und ihrer Verantwortung willen bereit, durch ihre Landesgruppe dem Herrn Bundeskanzler im Einvernehmen mit dem Herrn Landesvorsitzenden einen Vorschlag für einen Nachfolger Schuberths zu machen."

Bei der Aussprache über den Fall Schuberth wandte sich Bundesminister Franz Josef Strauß scharf gegen die Methodik, welche im Falle Schuberth Anwendung gefunden hat. Was heute Schuberth passiert sei, könne morgen auch einem anderen widerfahren. Auch Bundesfinanzminister Schäffer erklärte sich solidarisch mit Schuberth und wandte sich dagegen, daß über den Kopf des Landesvorsitzenden hinweg aus CSU-Kreisen Informationen über bayerische Fragen nach Bonn gegeben wurden. Die CSU – so betonten Strauß und Schäffer – trete zu jeder Zeit für volle Unterstützung des Bundeskanzlers ein, erlaube sich aber auch jederzeit, den Charakter der eigenen bayerischen Partei zu behaupten.

Staatssekretär Dr. Nerreter lehnte auch während der Landesvorstandschaftssitzung das Angebot der Übernahme des Postministeriums in einer längeren Erklärung ab.

Über das Verhalten des stellvertretenden Landesvorsitzenden Karl Sigmund Mayr wurde eine längere und von gegenseitiger Verantwortung getragene Aussprache geführt. Bundesminister Franz Josef Strauß unterzog den Fall Mayr einer sachlichen Untersuchung, von Bonn und München aus gesehen. Er fand für seine

„*Diagnose*" selbst von Karl Sigmund Mayr volle Zustimmung. Im Verlauf der Sitzung konnten die Unklarheiten über den Fall Mayr beseitigt werden.

In einer der Presse übergebenen Entschließung[79] betont die Landesvorstandschaft erneut den Charakter der CSU als einer eigenen bayerischen Partei. Sie bekräftigt insbesondere, daß es Aufgabe der CSU-Landesgruppe ist, das föderative Gedankengut der Partei in Bonn zu verfechten und innerhalb der Fraktionsgemeinschaft CDU/CSU hierfür einzutreten.

Weiter wird in der Stellungnahme zu wichtigen Tagesproblemen akzentuiert, daß die CSU in der Frage der Bundesfinanzverwaltung an der Regelung des Grundgesetzes festhält; sie betont weiterhin, daß auch der Frage des künftigen Bundesnotenbankgesetzes eine grundsätzliche Bedeutung zukomme, insofern als es nämlich hierbei um den Grundsatz geht, ob es dem Bundesgesetzgeber zusteht, Landesbehörden aus eigener Machtvollkommenheit aufzuheben oder nicht. Die Landesvorstandschaft der CSU hat das Verhalten der Landesgruppe der CSU gebilligt, die dafür eingetreten ist, daß eine Vermehrung von Verwaltungsministerien im Bund unterbleiben solle. So sehr die CSU eine Förderung des Familiengedankens in der gesamten Bundesrepublik für unerläßlich halte, so starke Bedenken habe sie gegen die Errichtung eines eigenen Bundesministeriums für Familienfragen, zumal dadurch auch unnötige Reibungen drohen und Eingriffe in die Zuständigkeit der Länder befürchtet werden müssen. Sie hat ferner dem Bundesfinanzminister ihre volle Unterstützung in seinem Bestreben zugesagt, unter allen Umständen die finanzielle Ordnung aufrecht zu erhalten und jeden Ansatz zu einer inflationistischen Entwicklung zu verhindern.

Die große Sitzung des Landesausschusses wurde für Januar 1954 in Rothenburg o.T. festgelegt.

[79] Eine Zusammenfassung dieser Entschließung (vgl. Nr. 59b) sowie Auszüge aus der Erklärung des Landesvorstands zum Fall Schuberth brachte die Süddeutsche Zeitung am 9. 11. 1953 unter dem Titel: „CSU kann noch keinen Postminister vorschlagen".

Nr. 60a

Sitzung des Landesvorstands der Christlich-Sozialen Union am 15. Januar 1954 in Rothenburg ob der Tauber

Tagesordnung[1]:
1. Besetzung von Parteigremien und Satzungsfragen
2. Ministerpräsidentenkonferenz in München
3. Haltung gegenüber der Bayernpartei

Tagungsort: Rothenburg ob der Tauber, Hotel „Goldener Hirsch"

Beginn: 18 Uhr 40

ACSP, LGF-LV[2]

Ehard: Landesschatzmeister – Stellvertreter, Weiß[3] als Kassenprüfer. Ehard stellt fest, daß Abgeordneter Dr. Weiß nach Paragraph 49 i [der Satzung] geprüfter ehrenamtlicher Revisor [ist]. Nach Paragraph 47 k zwei Kassenprüfer. Wir haben Steffan, der andere war Rattenhuber.

Hundhammer: Wie ist es mit Ortloph[4] zweiter Kassenprüfer[5]?

Besetzung Landesschiedsgericht Dr. Hans Bencker[6] (nicht Bernhard Burges) Fräulein Ulrich Wilhelmine[7].

Arbeitsgemeinschaften – Satzungsfragen

Gerstl: Haben bereits fünf Geschäftsordnungen [am] 30. April 1953 genehmigt im letzten Landesausschuß[8]. UdV hat sich ausdrücklich Einverstanden erklärt. Dito JU.

[1] Rekonstruiert anhand des Protokolltextes. Das Rundschreiben, mit dem Josef Brunner die Mitglieder des Landesvorstands am 4. 1. 1954 über den vorgesehenen Ablauf der Sitzung informierte (ACSP, LGF-LV 15. 1. 1954), enthielt zwei Tagesordnungspunkte: 1. Vorbereitung der Landesausschuß-Sitzung, 2. Verschiedenes und Aussprache. Eine Anwesenheitsliste ließ sich nicht ermitteln. Von den ca. 60 Personen, die eingeladen waren, nahmen mit Sicherheit nur Josef Brunner, Hans Ehard, Max Gerstl, Karl Greib, Alois Hundhammer, Fritz Pirkl, Hanns Seidel, Karl Schubert, Michael Sterzer und Gerhard Wacher an dieser Sitzung teil.

[2] Das Protokoll liegt nur in Form eines zum Teil stichwortartigen Stenogramms vor, das von Alois Schmidmeier transkribiert wurde.

[3] Dr. Franz Weiß (1900–1979), Studium der Wirtschafts- und Staatswissenschaften, dann Syndikus einer Münchner Bank, 1926–1933 Leiter der Rechtsabteilung und Stellvertreter des Verwaltungsdirektors beim Bayerischen Rundfunk, 1933 aus politischen Gründen entlassen, anschließend in der freien Wirtschaft und als Steuerberater tätig, 1946–1949 geschäftsführender Präsident des Beirats im bayerischen Wirtschaftsministerium, 1947–1950 MdS, 1950–1954 MdL (bis 1953 BP, dann CSU).

[4] Klement Ortloph (1890–1973), kath., 1914–1918 Teilnahme am Ersten Weltkrieg, nach Kriegsende Bezirksackerbaumeister in Ingolstadt und Verwalter der Güter Holzen und Nannhofen, seit 1920 Mitglied der Bezirksbauernkammer Ingolstadt, 1924–1933 Bezirksgeschäftsführer des Bayerischen Bauern- und Mittelstandsbundes, Chefredakteur der Regensburger Allgemeinen Zeitung, seit 1933 freiberuflicher Steuer- und Wirtschaftsberater, Mitbegründer der CSU, 1946 Vorsitzender des CSU-Bezirksverbands Oberpfalz, 1946 MdVLV (CSU), 1946–1958 MdL (CSU).

[5] Die hier aufgeführten Personalentscheidungen wurden sämtlich in der folgenden Tagung des Landesausschusses bestätigt. ACSP, LGF-LA, Protokoll der Sitzung des Landesausschusses der CSU am 16./17. 1. 1954 in Rothenburg ob der Tauber.

[6] Nicht ermittelt.

[7] Wilhelmine Ulrich (geb. 1911), Hausverwalterin in München.

[8] Vgl. Nr. 55. Gerstl bezog sich hier auf die Sitzung des Landesvorstands am 30. 4. 1953 in München.

Paragraph 51 geschäftsführender Vorstand: sieben bereits gewählte Mitglieder. Dazu sollen noch kommen Vorsitzender, Stellvertreter, Schriftführer, Schatzmeister und Generalsekretär. Auch dieser Kreis soll noch erweitert werden. Der Landesvorsitzende kann auch die Bezirksvorsitzenden und Geschäftsführer hinzuziehen[9]. Außerdem sollen noch einzelne Leute aus der Vorstandschaft zugeladen werden können. Die dem Landesausschuß Vorgeschlagenen sollen gelten bis von der Landesversammlung genehmigt wird. Geschäftsführender Vorstand: Hundhammer, Horlacher, Krehle, Kreußel, Meixner, Muhler und Schmidt.

Pirkl: Landesobmann der Arbeitsgemeinschaften.

Ehard: Nein, der Kreis wird zu groß.

Bildung Ausschuß Kriegsopfer und Heimkehrer. Vorsitzender Dr. Zöller[10] und Frau Dr. Probst. Wahl muß vom Ausschuß bestätigt werden[11].

Arbeitsausschuß Oder – Neiße in der CSU. Prof. Stadtmüller[12] als Vorsitzender müßte bestätigt werden[13].

Delegiertenschlüssel[14]: Letzte Bundestagswahl soll maßgebend sein. Kreisverband = Stimmkreisverband.

Greib ist für Grundlegung der Zahlen von der letzten Landtagswahl.

Ehard: 1. Delegierte sollen aufgestellt werden. 2. 30 Delegierte. 3. letzte Landtags- oder Bundestagswahl. Wir können morgen vorschlagen die letzte Bundestagswahl. Paragraph 21 f. 4. Stimmverhältnis nach der letzten Bundestagswahl September 1953.

Brunner: Stimmübertragung. Nur an einen Delegierten des betreffenden Gremiums. Paragraph 66, 1 ist so aufzufassen. Zu 21 f.

Ehard: Ein Wort zu der geplanten Ministerpräsidentenkonferenz[15]. Diese ist aus den Reihen der Regierungschefs angeregt worden. Wenn jetzt die neue Bundesregierung zusammentritt, werden sich gewisse Eingriffe auf den föderalistischen Aufbau zeigen. Man wird sich mit dieser Frage beschäftigen müssen. Vereinba-

[9] In der Vorlage: „hinzugezogen werden".

[10] Dr. Zöller, Jurist, Landesgerichtsrat, Mitglied des Landesvorstands des VdK.

[11] Auch gegen diese Personalvorschläge erhob der Landesausschuß keine Einwände. ACSP, LGF-LA, Protokoll der Sitzung des Landesausschusses der CSU am 16./17. 1. 1954 in Rothenburg ob der Tauber.

[12] Dr. Georg Stadtmüller (1909–1985), kath., Historiker und Philologe, 1934 Assistent in Breslau, 1935–1938 Abteilungsleiter am Breslauer Osteuropa-Institut, 1938 außerordentlicher Professor für Geschichte und Kultur Südosteuropas in Leipzig, zugleich Leiter des Osteuropa-Instituts, 1942 Dolmetscher bei der Wehrmacht, 1945/46 Kriegsgefangenschaft, dann Lehrer für Geschichte und Latein, 1950 Honorarprofessor für vergleichende Geschichtsforschung, 1955 außerordentlicher Professor und seit 1958 Ordinarius für Geschichte Ost- und Südosteuropas in München, 1960–1963 Direktor des Münchner Osteuropa-Instituts, 1960–1965 Herausgeber der Jahrbücher für Geschichte Osteuropas, 1957–1965 Mitglied des Landesvorstands der CSU.

[13] Stadtmüller übernahm dieses Amt mit Billigung des Landesausschusses von Walter Rinke. ACSP, LGF-LA, Protokoll der Sitzung des Landesausschusses der CSU am 16./17. 1. 1954 in Rothenburg ob der Tauber.

[14] Gemeint ist der Delegiertenschlüssel zur Kandidatenaufstellung (Paragraph 21 f der Satzung der CSU von 1952) für die Landtagswahl von 1954. Der Landesausschuß entschloß sich mit großer Mehrheit, dem Delegiertenschlüssel die Ergebnisse der Bundestagswahl vom September 1953 zugrunde zu legen. ACSP, LGF-LA, Protokoll der Sitzung des Landesausschusses der CSU am 16./17. 1. 1954 in Rothenburg ob der Tauber.

[15] Die Ministerpräsidentenkonferenz, die der Popularisierung des föderalistischen Prinzips dienen und die Vorreiterrolle Bayerns in dieser Hinsicht abermals dokumentieren sollte, fand am 6. 2. 1954 in München statt. Vgl. Gelberg, Hans Ehard, S. 489–504.

rung der Länder, Beschwerden auszuräumen, zum Beispiel um Schulfragen. Man sollte sich über verschiedene Dinge unterhalten, ohne vorerst Anweisung zu geben. Es ist auch ganz gut, wenn man sich über die Sorgen unterhält. Es sollen keine Ressortminister geladen werden. Ich habe auch abgelehnt, Hellwege[16] einzuladen. Wir wollen auch dem Bundesrat keine Konkurrenz machen. Aussprache über Föderalismus in der Praxis. Bei Besprechungen mit den einzelnen Herren habe ich große Resonanz bemerkt.

Seidel: Ich halte diese Konferenz für außerordentlich wichtig. Wir stehen gegen überregionale Verwaltungsakte. Es gibt eine Reihe von Fällen, wo wir zwei Seelen in unserer Brust haben. Praktisches Beispiel. Kapitalverkehrsgesetz ist am Ende des vorigen Jahres abgelaufen. Die Genehmigung von Schuldverschreibungen auf Namen und Inhaber nach Paragraph 795 BGB erfolgen muß. Gesetzentwurf der Bundesregierung soll [Paragraph] 795 [BGB] ändern und Wirtschaftsministerium des Bundes Zuständigkeit übertragen[17]. Hier wird es notwendig sein, die Notwendigkeit einer schnellen Reaktion, daß vernünftige Vereinbarung zustande kommt. Enge Zusammenarbeit zwischen den Ländern.

Ehard: Deswegen habe ich mich auch mit Arnold[18], Altmeier[19], Maier [verständigt], warum diese Konferenz nach München kommt, daß man sichtbar nach Bayern. Außerdem war ich der Erste, der den Versuch gemacht hat – zu der Aussprache morgen.

Sterzer: Zwei ehemalige BP-Abgeordnete haben erklärt, daß noch zwei weitere herüberkommen[20]. Es soll auf diese Leute zugekommen werden. Wir müssen

[16] Heinrich Hellwege (1908–1991), ev., Kaufmann, 1928 Eintritt in die Deutsch-Hannoversche Partei, seit 1937 Mitglied der Bekennenden Kirche, 1939–1945 Teilnahme am Zweiten Weltkrieg, 1945 Mitbegründer und erster Vorsitzender der Niedersächsischen Landespartei (später DP), 1947–1952 und 1955–1963 MdL (DP, seit 1961 CDU) in Niedersachsen, 1949–1955 MdB (DP), 1949–1955 Bundesminister für Angelegenheiten des Bundesrats, 1955–1959 niedersächsischer Ministerpräsident.

[17] Paragraph 795 BGB regelt die staatliche Genehmigung von im Inland ausgestellten Schuldverschreibungen. Nach dem Gesetz über die staatliche Genehmigung von Inhaber- und Orderschuldverschreibungen vom 26. 6. 1954 (vgl. BGBl. 1954 I, S. 147 f.) mußten Schuldverschreibungen vom Bundeswirtschaftsministerium genehmigt werden. Das zuvor geltende Kapitalverkehrsgesetz vom 15. 12. 1952 (vgl. BGBl. 1952 I, S. 801 ff.), das am 31. 12. 1953 ausgelaufen war, hatte die Genehmigung den Zentralbehörden im Sitzland des Antragstellers übertragen. Vgl. Palandt – Bürgerliches Gesetzbuch, S. 764 f.

[18] Karl Arnold (1901–1958), kath., Schuhmacher und Gewerkschaftsfunktionär, 1924 Sekretär der Christlichen Gewerkschaften in Düsseldorf und 1928 deren Vorsitzender, nach 1933 Kontakte zu Widerstandskreisen, 1944 Verhaftung durch die Gestapo, 1945 Mitbegründer und Vorsitzender der CDU in Düsseldorf, 1946–1958 MdL (CDU) in Nordrhein-Westfalen, 1946/47 Oberbürgermeister von Düsseldorf, 1947–1956 Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen, 1949 Bundesratspräsident, 1957/58 MdB (CDU), Vorsitzender der CDA.

[19] Peter Altmeier (1899–1977), kath., Kaufmann, 1945 Mitbegründer der CDU, 1947–1966 Vorsitzender der CDU in Rheinland-Pfalz, 1946/47 Regierungspräsident von Montabaur, 1946–1971 MdL (CDU) in Rheinland-Pfalz, 1947–1969 Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz.

[20] Die Schlappe der BP und der gleichzeitige Erfolg der CSU bei der Bundestagswahl von 1953 löste eine regelrechte Abwanderungswelle aus, in deren Zuge BP-Funktionäre auf allen Ebenen zur CSU übertraten. Diese Entwicklung kam dem Konzept der CSU, die Bayernpartei aufzureiben und aufzusaugen, entgegen. Vgl. Unger, Bayernpartei, S. 167 f., und Balcar, Politik auf dem Land, S. 208. Zur Strategie der CSU vgl. ausführlich Wolf, CSU und BP, S. 179–204. Bereits Mitte November 1953 hatten die ehemaligen BP-Abgeordneten Egid Saukel, Michael Lanzinger, Dr. Ludwig Schönecker, Dr. Hans Raß, Emil Mergler und Johann Höllerer einen Antrag auf Aufnahme in

nach außen den Eindruck schaffen, daß diese Leute als Freunde bei uns aufgenommen werden und gleichberechtigt sind.

Ehard: Ich habe allen gesagt, daß sie gleichberechtigt behandelt werden. Ich habe von allen gehört, daß sie über die angenehme Atmosphäre überrascht waren.

Wacher: Wahlabkommen Zehn-Prozent-Klausel, damit man die BP nicht in den Sattel hebt[21].

Ehard: Wir wollen nicht von vornherein sagen, nein, das machen wir nicht.

Schubert: Merk[22] hat ausdrücklich unterstrichen, daß die BP heute nicht mehr die Bedeutung hat, die sie einmal gehabt hat. Sie sei auch heute noch ein politischer Faktor.

Ehard: Persönliche Bemerkung. Baumgartner hat behauptet, daß ich seit 20 Jahren exkommuniziert sei[23].

Nr. 60b

Beschlußvorlage des Vorsitzenden des Satzungsausschusses, Max Gerstl, für die Sitzung des Landesvorstands der Christlich-Sozialen Union am 15. Januar 1954 in Rothenburg ob der Tauber

ACSP, LGF-LV[24]

Dazu wären folgende zwei Beschlüsse zu fassen:

1. Die Geschäftsordnung der „Jungen Union" gilt als genehmigt, wenn den am 7. Dezember 1953 der „Jungen Union" durch den Vorsitzenden des Satzungsausschusses überreichten Einwendungen nachgekommen ist und die Angleichung an die Terminologie des Paragraphen 54 der Satzung vollzogen ist. Diese Änderungen sind dem Vorsitzenden des Satzungsausschusses zu bestätigen bzw. ein geändertes Formular der Geschäftsordnung in Vorlage zu bringen.

die CSU-Fraktion gestellt. ACSP, LTF II/2, 6–41, Schreiben der genannten Abgeordneten an die Fraktion der CSU im bayerischen Landtag vom 16. 11. 1953.

[21] Wahlvorschläge, die nicht mindestens in einem der Wahlkreise (Regierungsbezirke) mehr als zehn Prozent der abgegebenen Stimmen erreichten, erhielten keine Mandate im Landtag. Vgl. Artikel 57, Abs. 3 des Gesetzes Nr. 45 betreffend den Volksentscheid über die bayerische Verfassung und die Wahl des bayerischen Landtags vom 3. 10. 1946, in: BGVBl. 1946, S. 309–315, hier S. 313. Auch die späteren Fassungen des Landeswahlgesetzes behielten diese Bestimmung bei; vgl. Landeswahlgesetz in der Fassung vom 27. 9. 1950, in: BGVBl. 1950, S. 128–139.

[22] So langschriftlich im Stenogramm; gemeint ist hier möglicherweise Dr. rer. pol. Hans Merkt (1915–1991), kath., Ministerialrat, 1945 Referent im bayerischen Kultusministerium, 1958–1974 MdL (CSU), 1967/68 Mitglied des Landesvorstands der CSU.

[23] Diese Bemerkung wurde im Stenogramm durchgestrichen. Baumgartner hatte den Vorwurf, Ehard sei seit 20 Jahren aus der katholischen Kirche ausgeschlossen und exkommuniziert, zwischen Ende November 1953 und Mitte Januar 1954 wiederholt erhoben. Der BP-Vorsitzende reagierte damit auf die Äußerungen Ehards, der in einer Rede am 28. 11. 1953 in Weiden angeblich den „antiklerikalen und antikirchlichen Kurs" der Bayernpartei kritisiert hatte. BSB, NL Schwend 24, Aktenvermerk (gez. Schindler) vom 28. 1. 1954.

[24] Maschinenschriftliche Anlage zum Stenogramm der Sitzung des Landesvorstands am 15. 1. 1954.

2. Die Geschäftsordnung der „Union der Vertriebenen" gilt als genehmigt, wenn die am 11. Januar 1954 durch den Vorsitzenden der Satzungskommission überreichten Einwände berücksichtigt und die Angleichung an die Terminologie des Paragraphen 54 vollzogen ist. Diese Änderungen sind dem Vorsitzenden des Satzungsausschusses zu bestätigen bzw. ein geändertes Formular der Geschäftsordnung in Vorlage zu bringen.

Anmerkung: Einschlägig für diese beiden Beschlüsse ist Paragraph 54 Ziffer 1 (S. 23 der Unions-Satzung[25]).

Nr. 61a

Bericht über die gemeinsame Sitzung des geschäftsführenden Landesvorstands, der Bezirksvorsitzenden und Bezirksgeschäftsführer sowie der Landesobmänner der Arbeitsgemeinschaften der Christlich-Sozialen Union am 10. April 1954 in München

CSU-Correspondenz vom 13. 4. 1954, 2f.

Der geschäftsführende Landesvorstand der CSU, der am vergangenen Wochenende zusammen mit den CSU-Bezirksvorsitzenden, Bezirksgeschäftsführern und den Landesobmännern der Arbeitsgemeinschaften im Maximilianeum in München tagte, befaßte sich mit Fragen der Wahlvorbereitung und Kandidatenaufstellung[1] sowie mit verschiedenen aktuellen Problemen der Wirtschaftspolitik und der Frage des Straßenbaus in Bayern.

Auch gegenüber dem von gegnerischer Seite gegen die CSU vorgetragenen kulturpolitischen Kampf mit Schlagwörtern wie „Konfessionalisierung" und „Klerikalisierung" wurde Stellung genommen[2], und zwar erklärte der CSU-Landesvorsitzende Ministerpräsident Dr. Ehard, es werde hier unter Umständen einmal eine „grobklotzige Antwort" notwendig: Kein Mensch in der CSU wünsche eine Konfessionalisierung oder Klerikalisierung, genauso wenig übrigens die Kirchen selber. Wozu die CSU dagegen sich bekenne, das sei die Aufgabe, christliche Grund-

[25] Die Satzung der CSU von 1952 ist im Anhang dieser Edition abgedruckt.

[1] BayHStA, NL Ehard 1206, Rundschreiben Josef Brunners an die Bezirksvorsitzenden der CSU vom 23. 3. 1954 betr. Landtagswahl 1954: Richtlinien für die Kandidatenaufstellung.

[2] Hier warf bereits der Landtagswahlkampf seine Schatten voraus, in dem schul- und kulturpolitische Themen (Konfessionsschule, nach Konfessionen getrennte Lehrerbildung) eine wichtige Rolle spielten. Obwohl Hans Ehard und einflußreiche Sprecher der Bonner Landesgruppe wie Franz Josef Strauß davor warnten, sich auf Maximalpositionen zu versteifen, ließen Alois Hundhammer und Georg Meixner kaum eine Gelegenheit aus, ihr katholisch-konservatives Credo zu verkünden. Die SPD, aber auch die FDP grenzten sich scharf von derartigen Stellungnahmen ab und versuchten ihrerseits, die CSU als einseitig konfessionell gebundene, katholische, ja klerikale Partei zu stigmatisieren. Zum politischen Klima in Bayern vor der Landtagswahl im November 1954 vgl. Bretschneider, Viererkoalition, S. 1000–1012; zu den Differenzen in der CSU vgl. Schlemmer, Aufbruch, S. 400–404.

sätze im öffentlichen Leben durchzusetzen und in dieser Zielsetzung wisse sie sich auch mit den Kirchen absolut einig.

Einmütigkeit bestand ferner darüber, daß in Bälde der Landesausschuß zur Neuwahl des einen stellvertretenden Landesvorsitzenden zusammentreten soll und daß diese Sitzung in einer oberfränkischen Stadt abgehalten wird[3]. Außerdem wird frühzeitig vor der Landtagswahl auch die große Landesversammlung einberufen werden und zwar in einer Stadt Niederbayerns. Wie Bezirksvorsitzender Dr. von Haniel unserem Korrespondenten gegenüber äußerte, wird er Landshut als Tagungsort in Vorschlag bringen[4].

Nr. 61b

Bericht über die gemeinsame Sitzung des geschäftsführenden Landesvorstands, der Bezirksvorsitzenden und Bezirksgeschäftsführer sowie der Landesobmänner der Arbeitsgemeinschaften der Christlich-Sozialen Union am 10. April 1954 in München

Bayern-Kurier vom 17. 4. 1954, S. 2

CSU berät Landtagswahlen. Die Persönlichkeit steht im Vordergrund. Der geschäftsführende Landesvorstand des CSU beschäftigte sich in einer internen Tagung mit wichtigen Fragen der Wahlvorbereitung und Kandidatenaufstellung für die kommenden Landtagswahlen. Zu dieser Tagung waren die Bezirksvorsitzenden, die Bezirksgeschäftsführer und die Landesobmänner der Arbeitsgemeinschaften geladen. Die Tagung diente der Koordinierung aller in diesem Zusammenhange aufgetretenen Wünsche. Landesvorsitzender und Ministerpräsident Dr. Hans Ehard betonte, daß der bevorstehende Wahlkampf einer der schärfsten und entscheidendsten aller bisherigen Wahlkämpfe werde. Bei der Aufstellung der Kandidaten müsse die Frage der Persönlichkeit im Vordergrund stehen. Er verwies dabei auf die schon wiederholt zum Ausdruck gebrachte Notwendigkeit der Qualitätssteigerung in der Politik. Es dürfe nicht die erste Frage sein, *welcher* Kandidat nominiert werde, sondern *ob* er die *absoluten* Qualitäten mitbringe, um auch den Wahlkampf für die CSU zu gewinnen. Der CSU nütze nur ein Kandidat, der aus dem Wahlkampf siegreich hervorgehe. Bei der Aufstellung der Kandidaten müsse sich zeigen, daß die CSU eine wirkliche Union sei. Es müßten also alle Stände, Schichten und Berufe berücksichtigt werden. In diesem Wahlkampf, so

[3] Die Sitzung des Landesausschusses der CSU fand schließlich in Landshut statt. Dabei wurde der oberfränkische Protestant Rudolf Eberhard als Nachfolger von Karl Sigmund Mayr zum stellvertretenden CSU-Vorsitzenden gewählt, der sich in einer Kampfabstimmung mit 72 zu 64 Stimmen gegen Paul Nerreter durchsetzte. ACSP, LGF-LA, Sitzung des Landesausschusses der CSU am 3. 7. 1954 in Landshut.

[4] Die Landesversammlung der CSU fand am 9./10. 10. 1954 in Nürnberg statt. Das Protokoll findet sich bei den Akten der Landesleitung, die im ACSP verwahrt werden.

sagte Ehard, werde die CSU die Zielscheibe der Angriffe aller anderen Parteien sein. Daher sei es notwendig, daß man sich in den eigenen Reihen völlig einig sei. Die Aufstellung der Kandidaten dürfe also keine Gegensätze erzeugen, sondern müsse im Zeichen der Union gelöst werden.

Ehard wies darauf hin, daß der Wahlkampf in einigen Bezirksverbänden mit besonderer Sorgfalt vorbereitet und durchgeführt werden muß. Es müßten also Schwerpunkte geschaffen werden.

Ehard nahm vor allem Stellung gegen die von gegnerischer Seite gegen die CSU vorgetragenen kulturkämpferischen Schlagworte, wie Konfessionalisierung und Klerikalisierung. Wenn die Gegner so fortfahren, so werde einmal eine „grobklotzige Antwort" nötig sein. Kein Mensch in der CSU wolle eine Konfessionalisierung, das wollten nicht einmal die Kirchen selbst. Die verantwortlichen Politiker der CSU streben nichts anderes an, als das Lebensrecht des Christentums zu garantieren. Die CSU bekenne sich zu den christlichen Grundsätzen im öffentlichen Leben und setze alles daran, um diese Grundsätze zur Geltung zu bringen.

Bei dieser Tagung wurde Einmütigkeit darüber erzielt, daß in Bälde der Landesausschuß zur Neuwahl des stellvertretenden Vorsitzenden zusammentreten solle und daß diese Sitzung in einer oberfränkischen Stadt abgehalten werde. Außerdem werde frühzeitig vor der Landtagswahl auch die große Landesversammlung einberufen werden, und zwar dieses Mal in einer Stadt Niederbayerns. Wie wir erfahren, ist dabei an Landshut gedacht.

Nr. 62

Sitzung des Landesvorstands der Christlich-Sozialen Union am 2. Juli 1954 in Landshut

Tagesordnung[1]:
1. Vorbereitung der Sitzung des Landesausschusses
2. Landtagswahlkampf
3. Referat von Dr. Bruno Heck zur Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen

Tagungsort: Landshut, Altstadt 52/53, Hotel Dräxlmair

Anwesend[2]: Ehard, J. Fischer, Greib, von Haniel-Niethammer, Heck, Hergenröder, Höhenberger, Horlacher, Hundhammer, Klughammer, Krehle, Küßwetter, Leukert, J. Müller, Nerreter, Rinke, Sackmann, Schachtner, K. Schäfer, Schubert, Seidel, Strauß, Wieninger, Zehner, Zillibiller, Zipfel

[1] Rekonstruiert anhand des Protokolltextes. Das Rundschreiben, mit dem Josef Brunner die Mitglieder des Landesvorstands und des Landesausschusses am 16. 6. 1954 über den vorgesehenen Ablauf der Sitzungen informiert hatte (ACSP, LGF-LV 2. 7. 1954), enthielt folgende Tagesordnungspunkte: 1. Vorbereitung der Landesausschuß-Sitzung, 2. Landtagswahlkampf, 3. Verschiedenes.

[2] Erstellt anhand des Protokolltextes; eine Anwesenheitsliste ließ sich nicht ermitteln. Insgesamt dürften zwischen 50 und 60 Personen zu dieser Sitzung eingeladen gewesen sein.

Beginn: 19 Uhr

ACSP, LGF-LV[3]

Ehard (nach Begrüßung): Gemäß Tagesordnung haben wir über die Tagesordnung der morgigen Landesausschuß-Sitzung zu beraten[4]. Da haben wir 1. Wahl eines weiteren stellvertretenden Landesvorsitzenden[5]. Hierzu erbitte ich Vorschläge von Bezirksverbänden bzw. von einzelnen Delegierten. 2. müssen wir über den Delegiertenschlüssel zur Bezirkstagswahl beraten, das kann dann morgen mit einer einfachen Beschlußfassung gemacht werden. 3. soll Raum gegeben werden für eine ausführliche Diskussion. Soll die Tagesordnung gebilligt werden oder kommen Ergänzungsanträge in einer bestimmten Richtung. Am Sonntag vormittag werden wir von Freund Strauß und unserem Landtagsfraktionsvorsitzenden Prälat Meixner etwas hören.

Inzwischen darf ich Herrn Bundesgeschäftsführer der CDU, Dr. Bruno Heck, in unserem Kreis begrüßen, der uns über die Wahlen in Nordrhein-Westfalen erzählen wird.

Zunächst einmal wollen wir uns über die Wahl des stellvertretenden Landesvorsitzenden unterhalten.

Strauß: Ich selbst möchte keinen Vorschlag einbringen. Als Beitrag zu dieser an sich nicht von allzu großer Bedeutung seienden Wahl möchte ich aber doch folgendes sagen: Ich erlaube mir den Vorschlag, daß morgen, wenn irgend möglich auch heute über die eine oder andere Person nicht diskutiert wird. Beide in Frage kommenden Parteifreunde[6] sind Männer von verdienter Mitarbeit, es ist weder über den einen noch [über] den anderen etwas besonderes auszuführen.

Zur Bedeutung dieser Wahl ist nur ein Punkt anzuführen, der sich aus der Entwicklung der letzten Monate im ganzen Bundesgebiet gezeigt hat. Der 6. September 1953 hat wie ein Donnerschlag bei unseren Gegnern, aber auch bei einigen Koalitionsparteien gewirkt. Man ist nun auf den Gedanken gekommen, die Einigung beider Konfessionen ist das Ziel der Gegner, hier könnte leicht Mißtrauen und Zwietracht gesät werden. Der 6. September hatte bewiesen, daß das Mißtrauen bestimmter evangelischer Wählerkreise beseitigt war. Über die Angriffsrichtung brauchen wir uns hier nicht unterhalten. FDP in Nordrhein-Westfalen. Oberländer stößt vor. Ich sehe die Aufgabe des evangelischen stellvertretenden Landesvorsitzenden, der nach den selbstverständlichen Paritätsgrundsätzen gewählt werden soll, in seinem Kampf gegen [...][7]

Küßwetter: Ich bin nicht in der glücklichen Lage. Beschluß Bezirksverband Mittelfranken[8]. Ich glaube aber sagen zu können, daß Parteifreund Nerreter von

[3] Das Protokoll liegt, von der ersten (irrtümlich auf den 3. 7. 1954 datierten) Seite abgesehen, nur in Form eines – zum Teil stichwortartigen – Stenogramms vor, das von Alois Schmidmeier transkribiert wurde.

[4] Die Sitzung des Landesausschusses der CSU am 3./4. 7. 1954 fand in Landshut statt. Das Protokoll findet sich in den Akten der Landesleitung, die im ACSP verwahrt werden.

[5] Vgl. Nr. 61a mit Anm. 3.

[6] Rudolf Eberhard und Paul Nerreter.

[7] Hier endet das langschriftliche Manuskript.

[8] Nicht ermittelt.

verschiedensten Stimmkreisen heiß begehrt worden ist als Stimmkreiskandidat, daß es für Mittelfranken selbstverständlich ist, daß Nerreter vorgeschlagen wird. Große Mehrheit für Nerreter. Fast alle Landtags- und Bundestagsabgeordneten. Entwicklung seit Kabinettsbildung in Bonn. Mittelfranken in dieser Frage besondere Bedeutung. Ich schlage Dr. Nerreter vor.

Ehard: 1. Es werden normal zwei Vorschläge gemacht. 2. Es wird über die Personen nicht diskutiert. Es wird also morgen Vorschlag gemacht und dann wird abgestimmt.

Was unser Freund Strauß gesagt hat, möchte ich besonders unterstreichen. Gewählte Kandidaten sollten besonders Aufgabe haben, alle [...][9], Unrichtigkeiten und Hetzereien aufgreifen und versuchen auszugleichen. Es gibt auch da oder dort lokale oder persönliche Unstimmigkeiten auf konfessioneller Ebene. Überhaupt viele Dinge bereinigen. Das wäre eine gute Sache. Über die brauchen wir uns morgen auch nicht weiter unterhalten. Ich habe gern auch den Bericht ihrer Lage.

Müller: Ich würde vorschlagen, daß Küßwetter nur Vorschlag von Mittelfranken und nicht vom Evangelischen Arbeitskreis gemacht [wird][10].

Ehard: Also Vorschlag Hergenröder und Küßwetter, und dann wird abgestimmt.

Ehard: [Delegierten-]Schlüssel zu den Bezirkstagswahlen[11]. Derselbe Wahlmodus wie [bei den] Landtagswahlen. Es wäre zweckmäßig, [Delegierten-]Schlüssel genauso auf[zu]stellen wie für Landtagswahlen. Es wäre zweckmäßig, wenn wir Wahlmänner – die für Landtagswahl Aufgestellten – auch für Bezirkstagswahl aufstellen. Es ist sehr praktisch. Also Richtlinien werden auch auf Bezirkstagswahlen ausgedehnt: Wahlmänner für Landtagswahl auch für Aufstellung Bezirkstagsabgeordnete[12].

Ehard: [Bei der] Kandidatenaufstellung [haben wir] verschiedene Erfahrungen gemacht. Einige Stimmkreise plötzlich bewährte Abgeordnete einfach nicht mehr aufgestellt worden. Kein Mensch weiß warum. Die Landesleitung hat sich nicht hineingemischt. Wenn aber Fehlzündung, dann werden uns Vorwürfe gemacht. Es wird immer geklagt, [daß] nicht genug evangelische [Kandidaten], nicht genug Frauen, nicht genug Heimatvertriebene usw. [aufgestellt werden]. Man sollte sich darüber unterhalten, ob hier gewisser Ausgleich möglich ist.

Hundhammer: In der Mehrzahl der Stimmkreise [ist die] Aufstellung erfolgt. Bisherige Abgeordnete sind bis auf einen Fall bereits aufgestellt. Letzterer Fall

[9] Ein Wort unleserlich.

[10] Zur schwierigen Lage der evangelischen Christen in der CSU und den anhaltenden konfessionellen Spannungen, die 1952 zur Gründung eines Evangelischen Arbeitskreises geführt hatten, vgl. Schlemmer, Aufbruch, S. 412–431.

[11] Am 28. 11. 1954 sollte nicht nur der bayerische Landtag neu gewählt werden. Die Wahlberechtigten waren erstmals auch dazu aufgefordert, demokratische Vertretungen in den sieben Regierungsbezirken – die Bezirkstage – zu wählen. Wie bei der Landtagswahl hatten die Wählerinnen und Wähler je zwei Stimmen zu vergeben; eine für einen Direkt-, die zweite für einen Listenkandidaten. Vgl. Bayerische Staatszeitung vom 20. 11. 1954: „Jeder hat vier Stimmen abzugeben".

[12] Der Landesausschuß folgte am nächsten Tag diesem Vorschlag Ehards und faßte folgenden Beschluß: „Als Schlüssel werden 30 Delegierte aufgestellt und gleichzeitig die bereits aufgestellten Wahlmänner bevollmächtigt, die Aufstellung der Kandidaten [für die Bezirkstage] vorzunehmen." ACSP, LGF-LA, Sitzung des Landesausschusses der CSU am 3. 7. 1954 in Landshut.

[ist] noch in Diskussion. In den Bezirken, wo wir bisher noch keinen Abgeordneten haben, zum Teil noch offen. Garmisch: Bürgermeister Neuner[13] von Mittenwald, Berufsstand: Landwirtschaft, Mittelstand vertreten. Ich werde in Oberbayern bemüht sein, einen Arbeitnehmervertreter herauszustellen.

Müller: Wir meinen, daß dem Andrang der Bewerber der Mandate – 28 Bewerber gezeigt. Zum Teil vorgeschlagen, zum Teil selbst Absicht gehabt. Wir haben vorbesprochen und sind weitgehend in der Vorstandschaft einig. Wir gehen davon aus, wir stellen auf jeden [Fall] zwei evangelische Kandidaten in München [auf]. Wir kommen zu einem Wahlabkommen mit [dem] Münchner Block[14], Freund Winkler [wurde] vorgeschlagen, Winkler [ist] gleichzeitig Mittelstandsvertreter. Wahlabkommen mit BP[15]. Kann ihr nicht zumuten, [daß] sie sechs Wahlkreise hergibt und auf die Weise zehn Prozent gefährdet[16]. Für uns kommt es darauf an klarzustellen: Kampf in München gegen SPD klar herausstellen. Infolgedessen werden wir auch mit anderen Gruppen vereinbaren, daß wir uns gegenseitig nicht angreifen. Mit FDP Einigung nicht klar. Schwierigkeit liegt auch bei uns bei Arbeitnehmervertretern. Ich weiß im Augenblick noch nicht, ob Arbeitnehmer [...][17]. Sonst darf ich feststellen, wir haben Vorbesprechung gehabt. [Es hat] sich einwandfrei ergeben, daß Bezirksverband Oberbayern und München sich einig sind und daß nur da und dort kleine Korrekturen angebracht sind.

Hundhammer: Frauenfrage. Frau Zehner in bisherigem Stimmkreis wieder aufgestellt und [auf der] Bezirksliste, und wir werden uns auf diese Kandidatin konzentrieren[18]. Keine Bäuerin gegen Frau Zehner. Oberbayern und München auf Zehner konzentrieren. Das Problem ist die Frage des Austritts eines Kandidaten von BP zu uns[19]. Ich möchte sagen, daß ich die Sache fördere.

[13] Johann Neuner (1914–1991), Landwirt und Geschäftsführer, zunächst Mitarbeit im landwirtschaftlichen Betrieb der Eltern, 1930–1936 Bauhilfsarbeiter, 1936–1942 Wehrdienst und Teilnahme am Zweiten Weltkrieg, schwerkriegsbeschädigt, 1945–1952 Bürgermeister von Mittenwald, Kreisrat (CSU) in Garmisch-Partenkirchen, zweiter Geschäftsführer der Berglift GmbH Mittenwald, 1954–1966 MdL (CSU).

[14] Der Münchner Block, eine Wählerinitiative des bürgerlichen Besitzmittelstands, hatte bei der Kommunalwahl 1952 drei Sitze im Münchner Stadtrat erringen können.

[15] Wie schon 1952 und 1953 gab es auch im Vorfeld der Landtagswahl 1954 Überlegungen für Wahlabkommen zwischen CSU und BP in beiden Parteien. Allerdings verschärften sich die Auseinandersetzungen so sehr, daß an eine erfolgversprechende Kooperation bei Kandidatenaufstellung und Wahlorganisation nicht mehr zu denken war. Vgl. Bayern-Dienst vom 26. 5. 1954: „Wahlabsprachen oder nicht?“ und vom 11. 6. 1954: „Kein Paktieren mit anderen Parteien“, sowie allgemein Wolf, CSU und BP, S. 182ff.

[16] Josef Müller spielt hier auf das bayerische Landeswahlgesetz an, das eine Sperrklausel von zehn Prozent auf Wahlkreisebene vorsah.

[17] Drei Wörter unleserlich.

[18] Zita Zehner kandidierte im Stimmkreisverband Nr. 2 (München-Stadt) und trat dort gegen Waldemar von Knoeringen an. Auf der Wahlkreisliste der CSU für Oberbayern rangierte sie hinter Alois Hundhammer und Josef Müller auf dem dritten Platz. Vgl. Bayerischer Staatsanzeiger vom 24. 11. 1954, S. 4.

[19] Gemeint ist wahrscheinlich Hans Eisenmann, der 1950 für die Bayernpartei im Stimmkreis Pfaffenhofen in den Landtag gewählt worden war. Am 25. 7. 1954 trat Eisenmann zur CSU über, die ihn als Kandidaten im Stimmkreis Pfaffenhofen nominierte. Gleichzeitig mit seinem Übertritt zur CSU lösten sich die BP-Bezirksverbände Pfaffenhofen und Schrobenhausen auf und erklärten ihre Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit der CSU. Die Erklärungen Eisenmanns und der Bayernpartei-Bezirksverbände Pfaffenhofen und Schrobenhausen sind abgedruckt in: CSU-Correspondenz vom 27. 7. 1954, S. 6f.

Von Haniel-Niethammer: In elf Stimmkreisen Kandidaten aufgestellt. Zwölfter Stimmkreis ist noch schwierig – Landshut. Was Liste betrifft: Bezirksvorsitzender [Fritz von Haniel-Niethammer] an erster Stelle, zweiter Platz Heimatvertriebener oder JU[20]. Problem wird sich aber leicht nicht lösen lassen.

Zipfel: Zehn Kandidaten zu wählen, acht davon gewählt. Zählt sie auf. Das ist ein Mittelständler, ein Vertreter der Landwirtschaft, sechs Beamte und Angestellte. [Über die] Bezirksliste [haben wir uns] noch keine Gedanken gemacht.

Hergenröder: Bekannte Abgeordnete [wurden] in ihren Stimmkreisen bereits aufgestellt. Zählt aufgestellte Kandidaten auf. Zählt eine Menge evangelische Kandidaten auf. [In] Oberfranken bisherige Abgeordnete alle einstimmig aufgestellt, sechs davon evangelisch. Schwierigkeit macht Aufstellung einer Frau; [das] ist sehr schwierig. Von zwölf Stimmkreisen drei Heimatvertriebene. Ob [eine] Frau auf [die] Bezirksliste [kommt,] ist noch fraglich[21]. Ich persönlich würde mich sehr freuen, wenn [eine] Frau aufgestellt würde auf [der] Liste. Bezirksliste ist eigentlich offen.

Mittelfranken, *Küßwetter*: Bisherige Abgeordnete aufgestellt. Bachmann, Franckenstein, Schmidramsl[22], Meier[23], Mack[24]. Noch nicht aufgestellt [wurden Kandidaten] in vier weiteren Stimmkreisen, die sich sehr heftig bewerben um Dr. Nerreter. Für Erlangen Dr. Schönecker[25], ausgetreten von BP. Es ist die Frage, wenn zahlenmäßig geringe Kreisverbände Fragen dieser Tragweite entscheiden sollen. [In] Lauf/Hersbruck [ist es] möglich, Heimatvertriebene aufzustellen, wenn sich diese selbst einigen könnten[26]. Frau Nägelsbach[27] ist, glaube ich, aufgestellt. Bezirksliste: noch nicht entschieden.

Karl Schäfer: [In Nürnberg und Fürth sind] vier Kandidaten zu stellen und [im Stimmkreis Nürnberg-]Land einer. Absprache [der] Vorstandschaft geht dahin,

[20] Hinter von Haniel-Niethammer wurden schließlich auf dem Wahlvorschlag der CSU für den Wahlkreis Niederbayern Hans Drachsler von der Jungen Union und auf dem dritten Platz Karl Schubert für die Union der Vertriebenen nominiert. Vgl. Bayerischer Staatsanzeiger vom 24. 11. 1954, S. 4a.

[21] Aufgestellt wurde schließlich auf den hinteren Plätzen der Wahlkreisliste die Hausfrau Berta Karnbaum aus Forchheim. Vgl. Bayerischer Staatsanzeiger vom 24. 11. 1954, S. 6.

[22] Hanns-Martin Schmidramsl (1917–1991), kath., Studium der Geschichte, Philosophie und Pädagogik, 1940–1945 Teilname am Zweiten Weltkrieg, schwerkriegsbeschädigt, ab 1946 Jugend- und Familienarbeit im Bistum Eichstätt, 1954 Kreisvorsitzender des VdK im Kreis Eichstätt, 1950–1974 MdL (CSU).

[23] Heinrich Meier (1898–1972), ev., Verwaltungsangestellter, Mitbegründer der CSU, 1946–1966 Kreisrat (CSU) in Schwabach, seit 1952 stellvertretender Landrat von Schwabach, seit 1953 Bezirksrat (CSU) für Mittelfranken, 1953–1965 Vorsitzender des CSU-Kreisverbands Schwabach, 1954–1958 und 1961/62 MdL (CSU).

[24] Georg Mack (1899–1973), ev., nach dem Ersten Weltkrieg Übernahme des elterlichen Hofes und Gründung eines landwirtschaftlichen Lagerhauses, nach 1933 für die evangelische Kirche engagiert und vorübergehend verhaftet, seit 1945 Bürgermeister und stellvertretender Landrat von Ansbach, Kreisrat (CSU) in Ansbach und Bezirksrat (CSU) für Mittel- und Oberfranken, Mitbegründer der CSU im Raum Ansbach, 1946 MdVLV (CSU), 1946–1970 MdL (CSU), Vizepräsident des bayerischen Gemeindetags.

[25] Dr. Ludwig Schönecker (1905–1988), seit 1932 Rechtsanwalt in Ansbach, 1935–1945 Kreisjägermeister in Ansbach, seit 1950 Stadtrat in Ansbach, 1950–1954 MdL (zunächst BP, dann CSU).

[26] In diesem Stimmkreis kandidierte schließlich Alois Kremer.

[27] Elisabeth Nägelsbach (1894–1984), ev., Fürsorgerin, seit 1923 Referentin für Jugendfürsorge der Inneren Mission in Bayern und Vorsitzende des Landesverbands Evangelischer Arbeiterinnen-Vereine Bayerns, 1948–1955 Stadträtin (CSU) in Nürnberg, 1954–1966 MdL (CSU).

drei evangelische, zwei katholische Kandidaten. [Stimmkreis Nürnberg-]Land: evangelischer Bauer und Binder[28], Stadt [Stimmkreise in Nürnberg und Fürth]: drei Arbeitnehmer und eine Frau. Flüchtlinge werden bei uns nicht kommen.

Greib: Wir haben neun Stimmkreise bisher besetzt. Schweinfurt und Aschaffenburg. Schweinfurter Mandat sehr umstritten. Wir müssen taktisch überlegen, wer aufgestellt [wird]. Arbeitnehmerschaft schlägt Arbeitnehmer vor. Derartige Überlegung [sind] notwendig für Schweinfurt. Sehr stark dort FDP. Evangelische Freunde einfangen. Mandat hängt von Aufstellung ab[29]. Aschaffenburg: Goppel[30], dürfte gewählt werden. Kommt darauf an, was SPD macht. Im Allgemeinen kann man sagen: vier Akademiker, daneben haben wir fünf Landwirte. Frage Ausgleich innerhalb der Berufsstände innerhalb der Liste. Heimatvertriebene sollen an erste Stelle [der] Bezirksliste. Wir haben zwei aufgetrieben. BP-Abgeordneter [...][31] soll auch auf Liste. Wenn kein Arbeitnehmer in Schweinfurt kommt, muß auch ein solcher auf [die] Liste. Handwerk ist sehr stark, verlangen unter allen Umständen auch [einen] Platz[32]. [Die] Liste wird überaus schwierig sein, abgesehen von Frauen und mehr. Es ist schwer, wenn bisherige Abgeordnete restlos gewählt werden. [Über den] Bezirk läßt sich vielleicht dies ausgleichen. Freund Huber[33] hat versucht, [in] Hammelburg [als] Kandidat unterzukommen.

Höhenberger zählt einzelne Landkreise, Kaufbeuren offen, zählt einzelne Kreise auf. Baumeister[34] kommt wahrscheinlich nicht mehr. Kaufbeuren absolut offen. Kempten: Strenkert klar. Füssen: Dr. Haisch. Neuburg[35]. Memmingen: Soenning[36] und Vidal[37]. Soenning wird durchkommen. In Schwaben [sind wir] also so ziemlich durch. Vier fehlen. Augsburg-Land, Friedberg, Kaufbeuren und

[28] Leonhard Binder (geb. 1889), Landwirt in Langenzenn.

[29] Im unterfränkischen Stimmkreisverband Nr. 9 (Schweinfurt-Stadt und -Land) kandidierte schließlich erfolgreich der evangelische Diplom-Landwirt und Molkereiangestellte Erich Rosa. Vgl. Bayerischer Staatsanzeiger vom 24. 11. 1954, S. 7.

[30] Dr. h.c. Alfons Goppel (1905–1991), kath., Jurist, 1932 Rechtsanwalt in Regensburg, 1934 Staatsanwalt am Landgericht Kaiserslautern, 1938 Amtsgerichtsrat in Aschaffenburg, 1939–1945 Teilnahme am Zweiten Weltkrieg, 1946 Rechtsrat der Stadt Aschaffenburg, 1952 Stadtrat (CSU) und Bürgermeister in Aschaffenburg, 1954–1978 MdL (CSU), 1958–1962 bayerischer Innenminister, 1962–1978 bayerischer Ministerpräsident.

[31] Der Name ist im Protokoll unleserlich.

[32] Hinter Hanns Seidel, Franz Brosch und Emil Mergler wurde Philipp Schrepfer, der Präsident der Handwerkskammer Würzburg, auf den vierten Platz des Wahlvorschlags der unterfränkischen CSU gesetzt; auf dem sechsten Platz stand mit Elfriede Siegel die einzige Frau. Vgl. Bayerischer Staatsanzeiger vom 24. 11. 1954, S. 7.

[33] Nicht ermittelt. Im Stimmkreis Hammelburg/Karlstadt/Brückenau hielt die CSU an ihrem Kandidaten Philipp Hettrich fest, der das Mandat bereits 1950 errungen hatte. Vgl. Kock, Landtag, S. 430.

[34] Leonhard Baumeister (1904–1972), Landwirt, seit 1945 CSU-Mitglied, 1946 MdVLV (CSU), 1946–1954 MdL (CSU).

[35] Im schwäbischen Stimmkreisverband Nr. 13 (Neuburg an der Donau-Stadt und -Land) kandidierte Landrat Wilhelm Gaßner. Vgl. Bayerischer Staatsanzeiger vom 24. 11. 1954, S. 8.

[36] Dr. Rudolf Soenning (1904–1980), Augenarzt, Teilnahme am Zweiten Weltkrieg als Stabsarzt, nach 1945 Augenarzt in Memmingen, Vorstandsmitglied der bayerischen Landesärztekammer, 1954 Vorsitzender des bayerischen Landesgesundheitsrats, 1950–1970 MdL (bis 1952 FDP, dann CSU).

[37] Konstantin Vidal (1900–1990), Landwirt, 1926–1933 und nach 1945 Bürgermeister von Oberelchingen, 1946–1950 MdL (CSU).

Lindau[38]. Wir bemühen uns, auch standesmäßig durchzukommen. Strenkert Arbeitnehmer, Soenning freier Beruf. Zwei Minister[39]. Die bäuerlichen Vertreter kommen gut weg. Andere Bezirksverbände geben uns Empfehlungen.

Fischer: Ist noch nicht ersichtlich, zwei Kandidaten Augsburg.

Ehard verliest Brief der FDP Augsburg an einen Pfarrer[40].

Ehard: Ich hätte gern die Vorsitzenden der Arbeitsgemeinschaften zur Frage der Kandidatenaufstellung gehört.

Krehle: Wir hoffen, daß da und dort noch ein Arbeitnehmer zum Zug kommt.

Zehner: Die Frauen haben bei der letzten Landesversammlung sehr bedauert, daß in den Stimmkreisen keine Frauen aufgestellt werden. Letzte Wahl einige Stimmkreise gehabt. Ich bin in Bayern [die] einzige Frau. Ziemlich aussichtslos, da Knoeringen Gegenkandidat. Ich höre bei jetzigen [...][41], daß man mit [der] Aufstellung von Frauen sehr lau vorgeht. Ich möchte bitten, daß in jedem Bezirk eine Frau an aussichtsreiche Stelle kommt.

Schubert: [Mit den] bisherigen Aufstellungen sind wir etwas ungünstig dran. Bitte an diejenigen, die noch offene Stimmkreise haben. Insgesamt kann man berichten: auf Landesbasis 17 Stimmkreise, ob [es] nicht möglich [wäre,] ein oder zwei Stimmkreise noch zu erhalten, Endauseinandersetzung mit BHE. Es wäre wünschenswert, in Stimmkreisen und auf Wahlkreislisten die Heimatvertriebenen in Erscheinung treten zu lassen, [um] interessierte Gruppen in Bayern des BHE zu gewinnen.

Rinke: Es handelt sich hier nicht um Frage der Vertriebenen allein, ob BHE Fangschuß bekommen soll oder nicht. Sei es Listen- oder Stimmkreise, BHE dies Mal das letzte Mal. Nordrhein-Westfalen: 70 Prozent mehr als in Bundestagswahl[42].

Sackmann: Als Obmann JU. Nach letztem Bundestagswahlkampf ist JU sehr gelobt [worden]. Bei Kandidatenaufstellung zeigt sich, daß alles dagegen mit alten[43] Methoden angegangen worden ist. (Schimpft ihr nur) JU als Kandidat aufgestellt. Niederbayern: Drachsler auf Liste. In München zwei oder drei Kandidaten vielleicht kommen. Hof: Birkl. Wir wollen beweisen, daß wir in aussichtslosen Kreisen kämpfen; bayerisches Parlament Blutauffrischung vertragen könnte. Wir haben gelernt, sich für Kreti und Pleti hinzustellen in Wahlversammlungen, und

[38] Hier kandidierten Josef Helmschrott, Fritz Höhenberger, Josef Ernst Fürst Fugger von Glött und Otto Weinkamm. Vgl. Bayerischer Staatsanzeiger vom 24. 11. 1954, S. 8.

[39] Justizminister Otto Weinkamm kandidierte im Stimmkreisverband Nr. 10 (Lindau-Stadt und -Land), Landwirtschaftsminister Alois Schlögl im Stimmkreisverband Nr. 7 (Günzburg-Stadt und -Land, Krumbach). Vgl. Bayerischer Staatsanzeiger vom 24. 11. 1954, S. 8.

[40] Der FDP-Kreisverband Augsburg-Stadt hatte im Juni 1954 einen von Gerhard Harm und Heinrich Richter unterzeichneten Rundbrief an evangelische Pfarrer versandt, in dem es hieß, „dass die Belange des evangelischen Volksteils in der CSU nicht gewahrt sein können, da diese Partei das wahre Christentum letzten Endes doch nur im Katholizismus sieht und ihr der Begriff von der Freiheit eines Christenmenschen fremd ist und bleiben wird". Daher sei eine „einseitige Stellungnahme für die CSU seitens der evangelischen Kirche, ihrer Organe, ihrer Diener [...] für unzählige ihrer Mitglieder eine schwere Belastung". Abgedruckt in: CSU-Correspondenz vom 13. 7. 1954, S. 4f.

[41] Ein Wort unleserlich.

[42] Bei der Bundestagswahl von 1953 hatte der BHE in Nordrhein-Westfalen 2,7 Prozent der Stimmen erhalten, bei der Landtagswahl am 27. 6. 1954 kam der BHE in Nordrhein-Westfalen auf 4,6 Prozent. Vgl. Ritter/Niehuss, Wahlen in Deutschland, S. 91 und S. 142.

[43] Im Stenogramm irrtümlich „allen".

härter wird geschossen. Nur den Freunden Unterstützung. Bisher auch uns echtes Verständnis.

Zillibiller: Gegen Vorwürfe Sackmann. Berechtigt, daß Sackmann[44] [...][45]

Wieninger: Mittelstandsgruppe [hat] im Mai dieses Jahres an Bezirksvorsitzende Bitte gerichtet, bei Aufstellung der Kandidaten in der Optik Mittelstand zu nehmen und [...][46] zum Zuge kommt. Wir haben nur eine Antwort bekommen, andere Bezirksverbände haben [uns] keiner Antwort gewürdigt. Ich möchte bitten, daß in Wahlkreisen, wo Kandidatenaufstellungen noch nicht vollzogen sind, Mittelstand mehr als bisher zum Zug kommt. Elf Prozent der Wähler kommen aus Handwerk. Mittelstand stellt 30 bis 35 Prozent der Wähler. Mittelstand geht nicht zur Wahl, wie Nordrhein-Westfalen gezeigt hat. Nicht zur Wahl geht, wenn nicht genügend Mittelständler aufgestellt sind. Mittelstand wird unter Umständen noch schlechter vertreten sein als im letzten Landtag. Wahlbeteiligung sehr schlecht. Unsere eigene Schuld.

Horlacher: Bitte, [daß] im fränkischen Gebiet auch Bauern gezählt werden. Bauern auch Mittelständler.

Ehard: Zusammenfassend, ganz befriedigt ist keine Gruppe. Einzelne Wünsche lassen sich vielleicht da oder dort noch ausgleichen. Anderen Gedanken hervorheben. Ob Kandidat nun dieser oder jener Gruppe angehört, nicht viel wichtiger als die Person [...][47] Vorwurf, ich Vertriebener, ich Handwerker usw. Manches läßt sich in einer Person vereinigen [und] bei Restaufstellung noch berücksichtigen.

Müller: Diese Debatte ist ein Nachtarocken. Aufstellung im Gang. Eine Lehre [ist] zu ziehen. Einmal sich wieder erinnern, daß die Vorstandschaft die Möglichkeit gewinnt, für jeden Bezirksverband einen zu nominieren nach Gesichtspunkt der Arbeitsfähigkeit des Parlaments[48].

Seidel: Es gibt in CSU weder Kapitäne noch Proletarier. Wir sind eine Mittelstandspartei in einem Wort. Charakter der Partei im Wahlkampf entsprechend herausstellen.

Ehard: [Ein] Wort zu Fragen einer möglichen Korrektur in Änderungsgesetz. In Artikel 39 [heißt es], der Landesvorstand einer Partei kann gegen Wahl des Bewerbers Einspruch erheben[49]. Die dann wiederholte Abstimmung ist endgültig. Diese Bestimmung sieht so aus, als könnte man etwas machen. Es werden bestimmt eine Reihe von Leuten sich an mich wenden und werden verlangen, daß man von diesem Einspruchsrecht Gebrauch macht. Meistens [ist] nach langen De-

[44] Hier weist das stenographische Protokoll eine Lücke auf, die später nicht durch einen Nachtrag gefüllt wurde.

[45] Im Stenogramm wurde „Wieninger" wieder gestrichen; ein Wort unleserlich.

[46] Ein Wort unleserlich.

[47] Vier Wörter unleserlich.

[48] Mit einer ähnlichen Forderung war Josef Müller als Parteivorsitzender bereits Ende 1946 bei der Aufstellung der Kandidaten für die erste Landtagswahl nach dem Krieg an den Machtinteressen der innerparteilichen Opposition gescheitert. Vgl. Schlemmer, Aufbruch, S. 149 f.

[49] Die Neufassung von Artikel 39, Abs. 4 des Landeswahlgesetzes lautete: „Der Landesvorstand einer Partei oder ein anderes in der Parteisatzung hierfür vorgesehenes Organ kann gegen die Wahl des Bewerbers Einspruch erheben. Die auf einen solchen Einspruch wiederholte Abstimmung der Mitglieder- oder Delegiertenversammlung ist endgültig." Zweites Gesetz zur Änderung des Landeswahlgesetzes vom 11. 8. 1954, in: BGVBl. 1954, S. 173–177, hier S. 175.

batten Kandidat tatsächlich nominiert worden. Zu berichten aus Sitzungen, soll man hier Gebrauch machen. Selbstverständlich, wenn Aufstellung nach Form nicht richtig ist. Soll man, wenn alter Kandidat nicht mehr aufgestellt ist, sondern mit großer Mehrheit ein anderer, Einspruch erheben. Es ist kaum zu machen. Wer soll das machen? Es könnte nur die Landesvorstandschaft sein. Das ist ein zweischneidiges Schwert. Man könnte [das] formell dem geschäftsführenden Landesvorstand übertragen. Ich muß immer wieder sagen, ich verspreche mir sehr wenig davon.

Horlacher: Bitte kein Eingeschnapptsein. Zum Beispiel 14 zu 15 kann doch vorkommen, daß das nachprüfbar ist. Vielleicht Gelegenheit nehmen, [um] Rücksprache zu nehmen.

Müller: Ich halte [es] für unmöglich, daß Landesvorstandschaft solche Beschlüsse fassen kann. Dieses Recht soll auf den Bezirksverband übertragen werden.

Ehard: Rechtlich halte ich dies für absolut möglich. Vorstandschaft kann gewisse Aufgaben dem geschäftsführenden Vorstand übertragen.

Nerreter: Ich würde es für Recht halten, zweifelhafte Entscheidungen in der Form [dem] geschäftsführenden Vorstand zu geben, das Recht.

Greib: Ich möchte davor warnen. Bestimmte Wahltermine [sind] einzuhalten. Kurz vor Bezirksversammlung gegen Kandidaten. Auf Listen noch zu machen. [Im] letzten Moment entscheidet Vorstandschaft. Zeit zu lang. Das ist nicht zu schaffen. Als Bezirksverband [ist] für Aufstellung der Kandidaten Sorge zu tragen. Innerhalb des Bezirksverbandes funktionieren wir doch. Letzte Entscheidung uns nicht abnehmen.

Ehard: Wir können der Bezirksvorstandschaft das nicht übertragen, Befugnis geben. Landesvorstandschaft kann an geschäftsführenden [Landesvorstand] übertragen, einzelnen Bezirksverbänden nicht. Befürchtung wegen Fristen habe ich nicht.

Küßwetter: Nur an geschäftsführenden Vorstand. Wenn solche Härtefälle vorkommen, braucht man [eine] Richtlinie, Instanz Bezirksverband so weit und wie weit.

Ehard: Ich schlage vor, Landesvorstandschaft, Artikel 39, Abs. 4, Einspruch dem geschäftsführenden [Landesvorstand] zu übertragen. Wer dagegen? Also Mehrheit ist dafür. Ich kann Sie versichern, geschäftsführender [Landesvorstand] macht [davon] nicht Gebrauch. Es müßte ein besonderer Fall sein.

Ehard: Zur Tagesordnung, [ob] im Rahmen der Diskussion noch ein anderes Thema gewünscht wird.

Seidel: Anregung, etwas problematisch. Wir besitzen Grundsatzprogramm, und es erweist sich, daß in der politischen Welt gewisse Dinge von Fall zu Fall anders behandelt werden müssen. Die Angelsachsen haben ein Grundsatzprogramm und ein Aktionsprogramm. Die SPD hat in Regensburg ein sozialpolitisches und kulturpolitisches Programm erarbeitet[50]. Ob wir etwas Ähnliches tun wollen.

[50] Die bayerische SPD hatte auf einer außerordentlichen Landeskonferenz am 26./27. 6. 1954 in Regensburg neben „Grundsätzen für ein Landeswahlprogramm der SPD" ein kulturpolitisches und

Frage ist, ob nicht morgen ein Antrag gestellt werden könnte, daß eine Kommission sich mit der Gestaltung eines solchen Programms beschäftigt. Nachteil etwa Wahlparolen und [...][51] Formen. Das bedeutet eine gewisse Festlegung, oder es muß so elastisch sein, daß nur deklamatorische Erklärungen enthalten sind. 1. Fall, daß nach der Wahl Koalitionsschwierigkeiten.

Ehard: Versuch machen. In Tagesordnung einbauen in Form eines größeren Diskussionsbeitrages.

Horlacher: Nichts Erhebliches daraus machen.

Müller: Ich halte es für ausgeschlossen, morgen darüber zu diskutieren. SPD hat heute guten Grund dafür, eine Sache heute aufzustellen. Wir würden da eine Schwäche zeigen. Das haben wir nicht notwendig. Wir brauchen keine Plattform für Wahlkampf. Es ist wichtiger wie der Wahlkampf als solcher, den Wahlkampf vorzubereiten. Redner sollen alle gleich instruiert sein. Im Wahlkampf im Wesentlichen Wirtschafts- und Sozialpolitik.

Klughammer: Heute auf etwas hinweisen. Morgen im Landesausschuß sollte beschlossen werden, daß bis zur nächsten Landesversammlung ein Finanzstatut geschaffen werden soll. [Ob] Delegierte Beiträge zahlen, kann heute nicht festgestellt werden. Bei 80 Prozent der Kreisverbände könnte ich wirklich Anfechtungen durchführen, weil kein [...][52] gegeben ist. Es ist dringend notwendig, damit echter Mitgliedsnachweis geschaffen wird[53].

Sackmann: Linie finden, wie Wahlkampf geführt wird. Grundsatzprogramm, wenn man das heute liest, manche Punkte nicht mehr gangbar. Ich hielte es für gut, wenn wir unmittelbar nach der Wahl mit einem Programm hinaustreten. Wähler will hören, was CSU getan hat, und auch, was die CSU zu tun gedenkt.

Strauß: Zwei Punkte. 1. Frage, die heute noch nicht angerührt ist, aber bei der Aktion in Mittelfranken eventuell Wahlabsprachen mit anderen Parteien. Mittelfranken-Abkommen nicht unbedenklich. BP stellt überhaupt keinen [Kandidaten] auf, aber CSU [hat] sich verpflichtet, ihre Wähler zu bitten, dem Bezirkslistenkandidaten [die Stimme] zu geben. Also hier sollte mindestens Zustimmung der Vorstandschaft des Bezirkes. Beschluß als Empfehlung an den Landesausschuß für morgen, [daß] örtliche Wahlabsprachen der Zustimmung der Bezirksvorstandschaft und Versammlung bedürfen.

2. Noch lange nicht abgeschlossen [ist die] Frage der Wahlparolen, Ausführungen von Dr. Heck, der einiges über Vorbereitung der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen sprechen wird. Fragen der Wahlparolen in Landtagswahl nicht leicht. Es wäre das Richtige föderalistisch. An sich müßten Landtagswahlen mit Schwerpunkt Landespolitik geführt werden. Wahlparole in Bayern ist aber ohne Zweifel von Bundespolitik nicht zu trennen. Die Entwicklung in der Außenpolitik auch für Wahlergebnisse in Bayern von wesentlicher Bedeutung für Bayern.

ein sozialpolitisches Wahlprogramm verabschiedet. Abgedruckt in: Sozialdemokratische Presse-Korrespondenz (SPD-Landesverband Bayern) vom 29. 6. 1954.

[51] Ein Wort unleserlich.

[52] Ein Wort unleserlich.

[53] Zu den eng miteinander verwobenen Problemkreisen Mitgliederstatistik und Beitragsabführung vgl. Schlemmer, Aufbruch, S. 456–474, und Balcar, Politik auf dem Land, S. 213–226.

Der Ausschuß ist keine Arbeitsgemeinschaft als technischer Ausschuß. Es ist Aufgabe zu klären, was zu tun ist. Erreichbare wirtschaftliche und sozialpolitisch erreichbare Ziele aufzeigen, nicht Wasser in den Wein gießen. Aufgezeigte Ziele als Wille der Partei gelten, wenn allein Regierungs[...][54] bestimmen.

Wir sollen morgen, die Landesleitung, einbringen, Vorstand beauftragen, diese Kommission zusammenzusetzen, diese Vorschläge im einzelnen auszuarbeiten, um in Landesversammlung beschließen zu lassen als Unterlage, mit der wir in Wahlkampf marschieren. Das hat Seidel gemeint.

Heck: Die Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen sind in Pressereaktionen ausgewertet. Wenn man das liest, Eindruck, daß dieser Wahlkampf nur Sieger hinterlassen hat mit Ausnahme BHE[55]. Man muß sehen, wo Schlüsselpunkte, um Wahl[aus]gang verständlich zu machen, Prozentsätze der Wähler, die uns bei Bundestagswahl gewählt haben, und eigentlich unsere Stammwählerschaft. 14 Prozent weniger [Wahlbeteiligung] als [bei der] Bundestagswahl. Insofern sind wir Verlierer, weil [es] nicht gelungen [ist], diese 14 Prozent zur Wahl zu bringen. Ursache ist viel gesucht worden. Verschiedene Gründe lassen sich anführen. Wir sind mit Wahlanalyse noch nicht zu Ende. [1.] Man sollte vermeiden, noch einmal eine Wahl an den [...][56] zu legen. Äußerst ungünstig.

2. Denn es ist sehr beeinträchtigend, das letzte Wochen[ende] mit Fußballweltmeisterschaft in der Schweiz[57]. Sensationsbedürfnis der Menge.

Es hat sich als nicht richtig erwiesen, einen Landtagswahlkampf in Mundparolen zu führen. Bevölkerung nimmt das nicht so ganz ab. Sich klar, Landtagswahl [ist etwas] anderes als Bundestag. Bei Umfragen festgestellt, was politisch besonders interessiert, im allgemeinen Bundespolitik, wenn auch im einzelnen nicht verstanden. Viele Dinge, die im Landtag über die Bühne gehen, [sind] verhältnismäßig uninteressant.

Nordrhein fast ausschließlich zwischen CDU und FDP. Diese Tatsache, die in Bonn regieren. Bundestagswahlkampf gemeinsam, [FDP] in sehr scharfer Form in Landtagswahl gegen uns, hat ein Teil der Wähler nicht verstanden.

3. Was wir bis jetzt feststellen konnten: Verluste in evangelischen Gebieten wesentlich stärker als in katholischen Gebieten. Evangelische Wählerschaft [hat die] CDU nicht gewählt.

Des weiteren noch erwähnenswert: Kandidatenaufstellung. Es ist in Köln von Leuten, die die Verhältnisse kennen, die geringe Wahlbeteiligung (50 bis 60 Prozent) auf zwei Dinge zurückzuführen: [daß] 1. Kardinal keinen deutlichen Wahl-

[54] Unleserlich.

[55] Bei der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen am 27. 6. 1954 erhielt die CDU 41,3 Prozent, die SPD 34,5 Prozent, die FDP 11,5 Prozent, der BHE 4,6 Prozent und das Zentrum 4,0 Prozent der Stimmen; die Wahlbeteiligung betrug 72,6 Prozent. Bei der Bundestagswahl von 1953, als die Wahlbeteiligung 86 Prozent betragen hatte, hatte die CDU 48,9 Prozent, die SPD 31,9 Prozent, die FDP 8,5 Prozent sowie BHE und Zentrum jeweils 2,7 Prozent erreicht. Vgl. Ritter/Niehuss, Wahlen in Deutschland, S. 142 und S. 91.

[56] Ein Wort unleserlich.

[57] Vom 16. 6. bis zum 4. 7. 1954 fand in der Schweiz die Fußballweltmeisterschaft statt. Am 27. 6. 1954, dem Wahlsonntag, traf die deutsche Nationalmannschaft im Viertelfinale in Genf auf Jugoslawien. Das Team von Sepp Herberger gewann 2:0 und sicherte sich eine Woche darauf im Finale gegen Ungarn den WM-Titel. Vgl. Raithel, Fußballweltmeisterschaft 1954, S. 35–38.

aufruf erlassen habe, und 2. in Köln sehr ungeeignete Kandidaten aufgestellt [worden] seien. Hierzu muß man sagen, im allgemeinen wird die Partei gewählt, aber es ist zu bedenken, daß mit guter Kandidatenaufstellung einige tausend Wählerstimmen geholt werden können, mit guten Kandidaten an Wahlbeteiligung geholt werden. SPD ist von 14 Prozent Nichtwählern weniger betroffen als CDU. Drei Monate vor der Wahl demoskopische Umfrage: FDP elf Prozent, BHE unter oder über fünf Prozent.

Zur Vorbereitung der Wahl: Zunächst einmal Wahlergebnisse [der] Bundestagswahl sorgfältig analysiert. Wir sind von den sozialen Angaben und Daten ausgegangen und haben dann Ergebnis noch neben [...][58] von Stimmbezirken haben. Zum Beispiel wie die konfessionellen Verhältnisse in einem Land sich [auf die] Parteien wahrscheinlich auswirkt. Interessante Möglichkeit dazu evangelische wie katholische Konfession auswirkt.

Demoskopische Frage Beurteilung einer Situation: Ist Geld für Plakate und Flugblätter hinausgeworfen. Exakt feststellen, wie sieht es denn nun aus. Es gibt auch in Bayern ein [...][59], es ist aber schwer effektiv zu sagen, wie es wirklich ist. Es wird verschiedene Fragen in Bayern geben, Situation dieselbe, nicht aber einheitlich zu beurteilen. Frage nach Konfession, nach soziologischer Seite. Vorbereitung der Wahl unbedingt notwendig, Erfahrung auf Bundesebene ist.

Unterschied von Bundestagswahl zu Landtagswahl ist nicht so groß wie es scheint. Drei Monate vor Wahl [ist der] BHE [im] ostwestfälischen Raum überraschend angewachsen. Rührige Tätigkeit des Herrn Oberländer vor der Wahl[60]. In den meisten [...][61]. Auch in Bayern gibt es Räume, in denen der BHE mehr zu Hause ist, landwirtschaftliches Gebiet, in vielen Räumen, den meisten nicht. Sie sind die Räume, dann des eigentlichen Oberländer. (Frage *Strauß*: Hauptvorwürfe und Hauptwünsche) Auch Frage gestellt, um welche Dinge. Außenpolitik, Berliner Konferenz[62], oberster Wunsch auch bei Landesregierung außenpolitische Themen, Wiedervereinigung. Nach drei, fünf Wochen später spielte [diese] Frage nur noch untergeordnete Rolle. Wohnungsbau, dann kamen Dinge noch, zweiter Punkt, [...][63] im Ruhrgebiet Feierschichten. Das ist etwas, was eine Reizwirkung hat wie Schwarzer Mann auf Kinder. Vordringende Probleme: Arbeitsbeschaffung. Auch Montanunion sehr schlecht beurteilt, Fragen liegen der Öffentlichkeit nicht besonders im Ohr. Den größten Kredit bei der Bevölkerung hat, wer vielen in einer Repräsentation klar hierzu Stellung nimmt, beeinflußt Menge in günstigem Sinne. Antworten wenn Regierungsbezirke Bayerns verschieden.

Wirksamkeit von Parolen, Propaganda überhaupt. Habe mich dagegen gewehrt, aufgrund [des] intensiv geführten Wahlkampfes seien Ergebnis gekommen.

[58] Zwei Wörter unleserlich.
[59] Zwei Wörter unleserlich.
[60] Der intensive Wahlkampf, mit dem sich Oberländer – seinerzeit Landesvorsitzender des BHE – in Nordrhein-Westfalen als Alleinvertreter der Interessen der Heimatvertriebenen zu profilieren versuchte, war schon von Hermann A. Eplée, dem Vorsitzenden des CDU-Landesverbands Oder-Neiße, am 26. 4. 1954 im Bundesvorstand der CDU kritisiert worden. Vgl. Protokolle des CDU-Bundesvorstands 1953–1957, S. 180ff.
[61] Vier Wörter unleserlich.
[62] Möglicherweise ist hier die Außenministerkonferenz der Vier Mächte über Deutschland gemeint, die vom 25. 1.–18. 2. 1954 in Berlin stattgefunden hatte.
[63] Ein Wort unleserlich.

Ich glaube nicht, daß man schlechte Politik mit guter Propaganda wettmachen kann. Die Menge reagiert nicht so schnell außer [auf eine] ganz große Sache. Frage der Souveränität. Acht Wochen vorher.

Strauß: EVG spielt Rolle[64].

Heck: Ich glaube nicht mehr. Gut besucht waren Kundgebungen von Kanzler und Herrn Erhard, Persönlichkeiten. Alles übrige war miserabel. Wenn Filme vorgeführt wurden, war Beteiligung wesentlich höher.

Schachtner: Fragt an, wer die Umfragen durchgeführt hat.

Heck: Das mit EMNID durchgeführt haben. Betont, daß zwei Umfragen. Eine Zweitausender, die Zehntausend, und eine Tausend, die Sechstausend kostet. Betont, daß zwei Umfragen notwendig, um Kontrolle zu haben.

Ehard: Ich danke Ihnen ganz herzlich für diese Ausführungen. Für uns von besonderer Bedeutung. In normalen [...][65] Ihre Erfahrungen auswerten.

Leukert: Wie hat sich der DGB in Nordrhein-Westfalen verhalten?

Heck: DGB hat aus Bundestagswahl Lehre gezogen.

Nr. 63

Sitzung des geschäftsführenden Landesvorstands der Christlich-Sozialen Union am 6. August 1954 in München

Tagesordnung[1]:
Einsprüche gegen die Aufstellung von Kandidaten für die bevorstehende Landtagswahl nach Artikel 39, Absatz 4 des Landeswahlgesetzes

Tagungsort: München, Maximilianeum

Anwesend[2]: Brunner, Eberhard, Ehard, von Feury, Hundhammer, Krehle, Meixner, Schmidt

Protokollführerin: Auguste Niedermair

Beginn: 11 Uhr 30

ACSP, LGF-LV

Dr. *Ehard*: Wir sind heute zusammengekommen, um über einige Einsprüche nach dem Landeswahlgesetz Artikel 39, Absatz 4 zu entscheiden. Die Landesvorstandschaft hat in ihrer Sitzung vom 2. Juli 1954 in Landshut beschlossen, dieses Ent-

[64] Der Landtagswahlkampf wurde überschattet von der Debatte über die Ratifizierung der EVG-Verträge durch Frankreich. Die Nationalversammlung in Paris sprach sich jedoch Ende August 1954 dagegen aus, das Projekt war damit gescheitert. Vgl. Schwarz, Adenauer 1949–1957, S. 221–229.

[65] Ein Wort unleserlich.

[1] Rekonstruiert anhand des Protokolltextes.

[2] Laut Anwesenheitsliste im Protokoll. Nach einer maschinenschriftlichen Anwesenheitsliste zu dieser Sitzung (BayHStA, NL Ehard 1208) waren Michael Horlacher, Hugo Geiger, Alfons Kreußel, Emil Muhler und Franz Josef Strauß verreist.

scheidungsrecht dem geschäftsführenden Vorstand zu überlassen[3]. Heute haben wir über drei verschiedene Fälle zu beraten:

Vorwegnehmen kann ich den Fall Kerber[4] (Stimmkreis Kaufbeuren-Mindelheim); hier liegt ein ganz klarer Formfehler vor. Die Delegiertenversammlung zur Aufstellung des Kandidaten war nicht fristgerecht eingeladen worden. Wir müssen also wohl gegen diese Aufstellung Einspruch erheben, aber ausdrücklich nur wegen des Formfehlers, nicht etwa wegen des Kandidaten, ihn können wir nicht qualifizieren. Die Delegiertenversammlung des Stimmkreisverbandes Kaufbeuren-Mindelheim muß also neu zusammentreten und noch mal wählen[5].

Diesen Ausführungen wird einstimmig zugestimmt.

Dr. *Ehard*: Als nächsten Fall: Thanbichler[6] (Stimmkreisverband Berchtesgaden-Bad Reichenhall-Laufen)[7]. Hier ist die Sache etwas schwieriger, der Fall liegt folgendermaßen: Die Delegiertenversammlung wurde am 17. Juli in Freilassing abgehalten. Es war Thanbichler mitgeteilt worden, daß die Kandidatenbewerber bei der Aufstellungsverhandlung nicht anwesend sein sollten. Thanbichler hat sich an diese Vereinbarung gehalten. Der Bewerber Aigner[8] war aber mit Herrn Engelhard dort gewesen. Aigner sagt aus, er wäre nicht hingefahren, wenn man nicht den Wunsch auf sein Erscheinen ausgesprochen hätte.

Brunner: Mir wurden, vor allem von der Fraktion, die heftigsten Vorwürfe gemacht, da man annahm, Engelhard sei im Auftrag der Landesleitung nach Reichenhall gesandt worden und die Landesleitung habe das Aufstellungsergebnis dadurch in unfairer Weise beeinflußt. Engelhard ist aber gegen meine Anordnung dorthin gefahren.

Dr. *Ehard*: Es ist also zu überlegen, ob die Wahl dort wiederholt werden muß.

Dr. *Hundhammer*: Beim Fall Thanbichler habe ich Bedenken. Es wird behauptet, der Gegenkandidat habe Gelegenheit gehabt, entgegen einem Beschluß vor der Delegiertenversammlung zu sprechen. Diese Entscheidung, nämlich welcher Kandidat sich vorstellen soll, steht aber meines Erachtens allein dem betreffenden

[3] Vgl. Nr. 62 mit Anm. 49.

[4] Ferdinand Kerber (1909–1979), Landwirt, 1939/40 Teilnahme am Zweiten Weltkrieg, nach Kriegsende Obmann des BBV und Kreisrat in Kaufbeuren, MdL 1950–1954 (bis August 1954 CSU, dann BP).

[5] Aufgestellt wurde im schwäbischen Stimmkreisverband Nr. 8 (Kaufbeuren-Stadt und -Land, Mindelheim) schließlich Josef Ernst Fürst Fugger von Glött. Ferdinand Kerber trat im Zuge der Querelen um die Kandidatenaufstellung Anfang August 1954 zur Bayernpartei über, für die er sich im schwäbischen Stimmkreisverband Nr. 7 (Günzburg-Stadt und -Land, Krumbach) erfolglos um ein Mandat im Landtag bewarb. Vgl. Bayerischer Staatsanzeiger vom 24. 11. 1954, S. 8, und Bayern-Dienst vom 10. 8. 1954: „Abgeordneter Kerber aus der CSU ausgetreten".

[6] Johann Thanbichler (1892–1962), Landwirt, 1914–1918 Teilnahme am Ersten Weltkrieg, seit 1918 BVP-Mitglied, 1928 Mitorganisator des Bayerischen Heimatschutzes, nach 1933 vorübergehend verhaftet, seit 1945 CSU-Mitglied, seit 1948 Kreisrat (CSU) in Bad Reichenhall, 1950–1958 MdL (CSU).

[7] BayHStA, NL Ehard 1681, Aktenvermerk Josef Brunners („Kandidatenaufstellung im Stimmkreisverband Laufen – Bad Reichenhall – Berchtesgaden") vom 19. 7. 1954.

[8] Dr. Heinrich Aigner (1924–1988), kath., nach Teilnahme am Zweiten Weltkrieg Studium der Rechtswissenschaften in Erlangen, 1954 Eintritt in das bayerische Landwirtschaftsministerium, Tätigkeit für die Oberste Siedlungsbehörde für Oberbayern, Kreisvorsitzender der JU in Amberg-Stadt, 1952 zum Landessekretär der JU in Bayern bestellt, 1955–1959 Landesvorsitzender der JU in Bayern, 1957–1980 MdB (CSU).

Gremium zu. Wenn die ihn zugelassen haben, so ist dies Sache der Vertrauensleute-Versammlung. Wenn sie Thanbichler nicht sehen wollten, so mag der Grund hierfür darin liegen, daß sie ihn ja schon zur Genüge kannten. In diesem Fall sehe ich keinen formellen Verstoß. Thanbichler hat zweimal nicht das Vertrauen der Wahlmänner gefunden, es ist falsch, wenn jemand versucht, es ein drittes Mal versuchen zu müssen [sic!]. Ich bin nicht für einen Einspruch.

Brunner: Strauß ist heute verhindert, an der Sitzung teilzunehmen. Er hat mich gebeten, hier seinen Standpunkt zu vertreten. Strauß unterstützt einen Einspruch, vor allem deswegen, weil sowohl der Bezirksverband als auch die Landesleitung sich nicht einmischen sollten und wollten. Durch das unberechtigte Erscheinen des Herrn Engelhard sei aber das Aufstellungsergebnis zweifelsohne beeinflußt worden.

Von Feury: Eine dritte Wahl ist außerordentlich unerfreulich. Was mich an der Sache ärgert, ist, daß ein Mann der Landesleitung hinunterfährt, alle Leute beeinflußt und für seinen Freund spricht, was immerhin doch als Meinung der Landesleitung angesehen wurde. Ich selbst war einmal mit Thanbichler unten und habe mit den Reichenhallern gesprochen. Die Laufener waren größtenteils für ihn. Die Berchtesgadener sind immer gegen Thanbichler. Der Vertreter der Landesleitung sollte einen stärksten Anpfiff bekommen. Ich bin doch der Meinung, daß man eine dritte Wahl fordern sollte, damit auch dann der endgültige Kandidat mit einer günstigeren Stimmenzahl abschneiden kann.

Mir ist noch etwas unklar, ich sehe hinter das Techtelmechtel Schlögl – Aigner nicht ganz. Meine Ansicht ist hier, entweder Angestellter im Landwirtschaftsministerium oder Kandidat. Ich bin schon immer für die JU eingetreten, ich weiß aber nicht, ob es richtig ist, einen so jungen Menschen an einen solch schwierigen Platz zu stellen. Was ist, wenn Aigner bei der Wahl durchfällt?

Dr. *Ehard*: Ergänzend muß ich noch hinzufügen, daß von den Ortsverbänden Saaldorf, Surheim, Freilassing, Ainring, Leobendorf sowie den Bürgermeistern der Gemeinden Saaldorf, Surheim, Weildorf, Leobendorf und Heining ein offizieller Einspruch gegen die Kandidatenaufstellung vorliegt[9].

Dr. *Hundhammer*: Zu den Ausführungen des Freundes von Feury: Man sagt, Aigner habe sehr stark für sich gearbeitet, Thanbichler hat mehr für sich geworben. Es ist doch so: Die Leute haben zweimal gewählt, sie wurden bereits zweimal zur Aufstellung zusammengerufen. Dazu kommt noch, daß vorher drei oder vier Besprechungen stattgefunden haben. Man macht doch die Leute überdrüssig, sie werden zu einer dritten Wahl einfach nicht mehr kommen. Wenn sie sich schon zweimal gegen Thanbichler entschieden haben, so hört es einfach auf. Ich würde einen Einspruch und damit einen dritten Wahlgang für unglücklich halten.

Dr. *Ehard*: Man könnte den Leuten ja auch anheimgeben: Es liegt hier kein formaler Verstoß vor, was machen wir also?

Meixner: Könnte man nicht einen Zwischenweg wählen? Den Vertrauensmännern anheimgeben, sie nicht zwingen. Thanbichler ist z.Zt. außerordentlich erbost, und er scheint dort unten eine große Propaganda anlaufen zu lassen. Wenn nun aber die BP kommt und einen guten Bauern aufstellt, besteht für uns in Hin-

[9] Nicht ermittelt.

blick auf das Wahlergebnis eine große Gefahr. Ich würde es den Vertrauensmännern anheimgeben, die Sache nochmals zu überprüfen, ob noch mal gewählt werden soll.

Brunner: Damit kommt in der Praxis nichts heraus.

Dr. *Ehard*: Wie sieht es denn aus, wer ist für und wer gegen einen Einspruch? Für den Einspruch, bitte die Hand zu erheben: Vier stimmen für einen Einspruch (Anmerkung: Hierzu kommt noch die Stimme von Strauß, die durch Brunner zu vertreten war). Gegenprobe: Zwei. (Anmerkung: W.A. Schmidt hatte die Besprechung schon früher verlassen, es waren also insgesamt bei der Abstimmung sieben Herren anwesend).

Meixner: Es ist sicher, daß die Sache nicht ganz in Ordnung war. Wir wollen unter uns ganz offen sprechen. Es war nicht fair, daß die Landesleitung auf den Plan getreten ist. Thanbichler fühlt sich mit Recht benachteiligt. Er führt vor allem ins Feld, daß Laufen durch die Wahlscheine voraussichtlich der stimmenstärkste Kreis sei[10].

Dr. *Ehard*: Wir haben noch einen dritten Fall zu besprechen, und zwar Stimmkreisverband Parsberg-Riedenburg (Oberpfalz): Ortloph. Hier ist die Kandidatenaufstellung formell restlos in Ordnung. Die Person des aufgestellten Kandidaten, Parteifreund Eichinger[11], ist in keiner Wiese angreifbar. Umstände und Verlauf aber der Kandidatenaufstellung, vor allem die Auswirkungen bei der Wahl, da Ortloph nicht mehr zum Zuge kam, sind zu bedenken[12].

Kurze Absprache über den Fall, es besteht Einigkeit darüber, daß man den zuständigen Kreisverbänden lediglich anheimgibt zu beraten, ob die Wahl wiederholt werden solle oder nicht[13].

[10] Nach dem Einspruch des geschäftsführenden Landesvorstands wurde die Wahlmännerversammlung erneut einberufen. Am 20. 9. 1954 nominierten die 30 Delegierten der CSU für den oberbayerischen Stimmkreisverband Nr. 12 (Berchtesgaden, Bad Reichenhall, Laufen) schließlich Johann Thanbichler. Vgl. Südost-Kurier vom 24. 9. 1954: „J. Thanbichler wieder CSU-Kandidat".

[11] August Eichinger aus Riedenburg, beschäftigt bei der Krankenkasse Parsberg.

[12] Am 28. 6. 1954 hatte die Delegiertenversammlung der CSU im Stimmkreis Parsberg/Riedenburg August Eichinger als Landtagskandidat nominiert. Die Entscheidung, den bisherigen Abgeordneten Klement Ortloph nicht mehr aufzustellen, stieß bei der Bevölkerung insbesondere im Landkreis Parsberg auf Unverständnis und rief auch in der CSU-Landtagsfraktion Unmut hervor. In der Presse wurde daraufhin berichtet, Ehard wolle „alles versuchen, damit die Kandidatenwahl von den örtlichen CSU-Gremien wiederholt wird". Der Grund für diese Unruhe war nicht zuletzt die Befürchtung, Ortloph könne dem Werben anderer Parteien erliegen und die CSU verlassen. Vgl. Parsberg-Hemauer Umschau vom 14. 7. 1954: „Was geht bei der CSU vor?", und Südost-Kurier vom 6. 8. 1954: „Dr. Ehard will intervenieren".

[13] Die Kandidatenaufstellung wurde wiederholt und diesmal Klement Ortloph als Bewerber für ein Landtagsmandat im oberpfälzischen Stimmkreisverband Nr. 7 (Riedenburg und Parsberg) nominiert. Vgl. Bayerischer Staatsanzeiger vom 24. 11. 1954, S. 4b.

Nr. 64

Besprechung des Landesvorsitzenden mit den Vorsitzenden der Bezirksverbände und den Bezirksgeschäftsführern der Christlich-Sozialen Union am 13. September 1954

Tagesordnung[1]:
1. Kandidatenaufstellung für die Landtagswahl
2. Organisation des Landtagswahlkampfs
3. Wahlkampffinanzierung
4. Rednereinsatz im Wahlkampf

Anwesend[2]: Berberich, Brunner, Ehard, Engelhard, Fackler, J. Fischer, von Haniel-Niethammer, Hergenröder, Herrmann, Höhenberger, Hundhammer, Kremer, J. Müller, Pflüger, Röhrl, K. Schäfer, Schubert, Weigl, Zipfel

ACSP, LGF-LV[3]

H[undhammer] (in Vertretung Dr. Ehard) erteilt Brunner das Wort.

Brunner: Ungefähr 90 [Prozent] der Stimmkreiskandidaten aufgestellt. Wunsch für heute, zu berichten über die ungefähre Zusammensetzung der Wahlkreislisten. Nicht namensmäßig, berufsspartenmäßig[4].

Müller: Für Oberbayern. In den Stimmkreisen Regelung gefunden mit Ausnahme eines Arbeitnehmervertreters, den auf Landesliste [sic!] bringen. In München [bin] ich erster Kandidat im Stimmkreis. Krumm[5] gilt gleichzeitig als Heimatvertriebener. Könnte mehr Stimmen bringen in München. Stand: einigermaßen zu Rande gekommen. Die Reihenfolge steht noch nicht fest. Zwischen den beiden Bezirksverbänden wird in gutem Einvernehmen [die Aufstellung der Liste] zustande kommen. Wahrscheinlich 1. Oberbayern, 2. München, 3. eine Frau[6]. Ob dann die übrigen sofort alphabetisch kommen werden, dieses Problem wird nicht der Bezirksverband entscheiden.

Fackler: München schließt sich dem an.

Brunner weist auf Frauen hin. Optisch ist es gut, wenn mehrere Frauen aufgestellt werden. Haben wir drei Frauen, sehe ich schwarz, haben wir eine, können sich die Stimmen auf diese konzentrieren.

H[undhammer]: Ich habe in Oberbayern keine weitere Frau genommen. Ich muß mich berichtigen. Von Weilheim ist ein Bergmann Fischer[7] für Wahlkreisliste genommen [worden].

[1] Rekonstruiert anhand des Protokolltextes.
[2] Erstellt nach der Anwesenheitsliste im Protokoll (ein Name unleserlich) und anhand des Protokolltextes.
[3] Das Protokoll liegt nur in Form eines – zum Teil stichwortartigen – Stenogramms vor, das von Alois Schmidmeier transkribiert wurde.
[4] Vgl. hierzu auch Nr. 62 und Nr. 63.
[5] Arthur Krumm (geb. 1908), Diakon, Leiter der Außenstelle München der Inneren Mission.
[6] Auf dem ersten Platz der CSU-Wahlkreisliste für Oberbayern kandidierte der Vorsitzende des Bezirksverbands Oberbayern, Alois Hundhammer, es folgten sein Münchner Kollege Josef Müller und Zita Zehner. Vgl. Bayerischer Staatsanzeiger vom 24. 11. 1954, S. 4.
[7] Josef Fischer (geb. 1904), Bergmann in Penzberg.

Von Haniel-Niethammer: In Niederbayern haben wir erweiterte Sitzung gehabt. Wir haben bezüglich der Liste Vorschläge gemacht, und zwar an 1. Stelle Bezirksvorsitzender, 2. Vertreter der JU, 3. Stelle Heimatvertriebener[8]. Obwohl ich bekannt gegeben habe, gegen BHE Heimatvertriebenen aufzustellen, auch Empfehlung der Landesleitung, diese Entscheidung wird in der Bezirksversammlung fallen. Vierte Stelle Arbeitnehmer [...][9], 5. Frau Rothemund[10], 6. Stelle (Gewerbe) Herr Schefbeck[11]. Evangelischer [Kandidat] ist in Niederbayern unmöglich. Wir haben in ganz Niederbayern keinen Evangelischen, der in Erscheinung tritt.

Oberpfalz, *Herrmann*: Stimmkreiskandidaten, einer ist noch sehr heftig umkämpft. Das ist Cham (Eder)[12]. Es hat sich ziemliche Gegnerschaft gebildet. [Zur Aufstellung der] Wahlkreisliste für 2. Oktober Bezirksversammlung angesetzt. Vorher wird die Vorstandschaft sich mit der Aufstellung befassen. Es wird bei uns so sein, bei uns allen eine Unmenge von Ansprüchen.

Hundhammer[13]:

Hergenröder: Stimmkreiskandidaten sind aufgestellt. Wegen Wahlkreisliste treten wir noch zusammen. Durch den Wegfall der Überhangmandate[14] wehre ich mich dagegen, alle Wünsche zu erfüllen.

Hundhammer: Auf den Bezirkslisten muß nicht immer überhaupt nur einer durchkommen.

Oberfranken: Stimmkreisaufstellung [ist] bis auf Münchberg vollzogen.

Mittelfranken: Die Bezirksversammlung wird einberufen, die über Wahlkreisliste zu entscheiden hat. Erste Stelle auf Liste wird Staatssekretär Nerreter einnehmen. Über weitere Aufstellung der Liste herrschen verschiedene Auffassungen. Es wird ABC[15] vertreten. Gesichtspunkt Katholik auf 2. Stelle, dafür dann [Karl] Schäfer vorgesehen. Die Parität der konfessionellen Zugehörigkeit ist bei Stimmkreiskandidaten gewahrt. Neun evangelisch, vier katholisch[16]. Von den neun Evangelischen haben vier sichere Stimmkreise. Bei den Katholiken nur ein siche-

[8] Die Wahlkreisliste der niederbayerischen CSU sah schließlich auf den ersten zehn Plätzen folgendermaßen aus: Fritz von Haniel-Niethammer, Hans Drachsler, Karl Schubert, Karl Seidl, Maria-Magdalena Rothemund, Fritz Schefbeck, Hermann Böhler, Adalbert Kraus, Andreas Leierseder, Leopold Lerch. Vgl. Bayerischer Staatsanzeiger vom 24. 11. 1954, S. 4a.

[9] Der Name ist unleserlich.

[10] Maria-Magdalena Rothemund (geb. 1894), Hausfrau aus Landshut.

[11] Fritz Schefbeck (geb. 1902), Bäcker- und Konditormeister aus Straubing.

[12] Die Kandidatur Hans Eders war schon im Vorfeld der Landtagswahl von 1950 nicht unumstritten gewesen. Bei der Aufstellung der Stimmkreisbewerber für die Landtagswahl am 28. 11. 1954 konnte sich im oberpfälzischen Stimmkreisverband Nr. 3 (Cham, Neunburg vorm Wald, Waldmünchen) Heinrich Eiber gegen Eder durchsetzen. Vgl. Nr. 39 und Bayerischer Staatsanzeiger vom 24. 11. 1954, S. 4b.

[13] Der Redebeitrag Hundhammers wurde nicht protokolliert.

[14] Im August 1954 hatte der bayerische Landtag eine Änderung von Artikel 50, Abs. 2 des Landeswahlgesetzes beschlossen, durch die die Überhangmandate entfielen. Die CSU, die gegen diese Änderung gestimmt hatte, klagte aufgrund einer Entschließung des Bezirksverbands Schwaben dagegen vor dem bayerischen Verfassungsgerichtshof. Vgl. CSU-Correspondenz vom 24. 8. 1954, S. 3, vom 27. 8. 1954, S. 1f., und vom 5. 10. 1954, S. 1ff., sowie Bayern-Kurier vom 28. 8. 1954: „Schlag gegen die Persönlichkeitswahl" und vom 9. 10. 1954: „CSU klagt gegen Wahlgesetzbestimmung".

[15] D.h. die alphabetische Reihung der Kandidaten; dieses Prinzip kam bei der Wahlkreisliste der mittelfränkischen CSU schließlich erst ab dem sechsten Listenplatz zum Tragen; vgl. Bayerischer Staatsanzeiger vom 24. 11. 1954, S. 6.

[16] In der Vorlage irrtümlich: „evang."

rer Stimmkreis. Nach Berufsständen können wir nichts machen, das ist bei uns schwer. Die ersten drei und dann ABC.

Unterfranken, *Berberich*: Bezirksvorstandschaft hat sich unlängst mit Liste befaßt. In Würzburg die Kandidatur Greib. Die Aufstellung [erfolgt] am 20. September. Schwierig ist die Sache noch in Schweinfurt[17]. Fünf Bauern, drei Akademiker. Wir haben noch keinen Arbeitnehmer, noch keinen Evangelischen. Schweinfurt evangelischer Arbeitnehmer. Liste sieht dann aus endgültig am 2. Oktober. 16. Oktober Bezirksversammlung. 1. Seidel[18], 2. Heimatvertriebener, 3. Handwerker: Schrepfer[19], 4. Mergler[20], 5. Arbeitnehmer: Bernd Boecker[21], 6. Frau, 7. Forstmeister Dr. Raunecker[22]. Evangelischer Arbeitnehmer oder Dr. Spiess[23] kommt.

Brunner: Ein Evangelischer muß kommen.

Schwaben, *Höhenberger*: Stimmkreisaufstellung ist vollzogen, in unseren Stimmkreisen drei Arbeitnehmer, sechs Bauern in direkten Stimmkreisen. [Auf die] Liste müssen wir eine Frau und einen Heimatvertriebenen bringen. Als dritter müßte ein Handwerker kommen. 2. Oktober Bezirksversammlung. Evangelischer [Kandidat]: Lutz[24].

Augsburg, *Fischer*: Übermorgen entscheidende Sitzung, die zu einem 1. Vorschlag kommen soll. Kandidaten der Stimmkreise stehen noch nicht fest.

Hundhammer: Bezüglich der Einhaltung der Termine sehe ich, daß die Arbeit fortgeschritten ist. Unterlagen rechtzeitig einreichen.

Sch.: Wie macht München und Oberbayern?

Hundhammer: Bezirksversammlung wird gemeinsam abgehalten bei einer fixen Zahl von Stimmen von etwa 30 (Oberbayern 20, München zehn). Wir würden es nicht darauf abstellen, durch Abstimmungen eine Entscheidung herbeizuführen. Abstimmung formal notwendige Abstimmung. Vorher wird das besprochen.

Unterhaltung über [den] Wahlmodus bei Städten.

[17] Vgl. Nr. 62.

[18] Die Wahlkreisliste der unterfränkischen CSU sah schließlich auf den ersten zehn Plätzen folgendermaßen aus: Hanns Seidel, Franz Brosch, Emil Mergler, Philipp Schrepfer, Bernhard Boecker, Elfriede Siegel, Marko Dyga, Helmut Raunecker, Georg Feyrer, Ernst Dieterich. Vgl. Bayerischer Staatsanzeiger vom 24. 11. 1954, S. 7.

[19] Philipp Schrepfer (geb. 1906), Kunstschmiedemeister, 1931 Gründung einer Kunstschmiede in Würzburg, Präsident der Handwerkskammer Unterfranken.

[20] Emil Mergler (1897–1967), Landwirt, Teilnahme am Ersten Weltkrieg, 1925 Übernahme des elterlichen Hofs, Bürgermeister von Sulzheim, Kreis- und Bezirksrat, führend im landwirtschaftlichen Verbands- und Genossenschaftswesen tätig, 1950–1967 MdL (bis 1953 BP, dann CSU).

[21] Bernhard Boecker (1887–1971), kath., Schneider, vor 1933 Vorsitzender des Christlichen Bekleidungsarbeiterverbands und Mitglied des Zentrums, in der NS-Zeit vorübergehend arbeitslos und wiederholt verhaftet, 1945 Mitbegründer der CSU in Aschaffenburg, öffentlicher Kläger bei der Spruchkammer Aschaffenburg, später leitender Sachbearbeiter beim Landesarbeitsamt Nürnberg, seit 1946 Arbeitsgerichtsrat bei den Arbeitsgerichten Würzburg und Aschaffenburg.

[22] Dr. Helmut Raunecker (geb. 1913), Forstmeister aus Rimpar.

[23] Dr. Heinrich Spiess, Vorsitzender des CSU-Kreisverbands Schweinfurt-Stadt.

[24] Hermann Lutz (1892–1959), ev., nach Teilnahme am Ersten Weltkrieg seit 1919 Kaufmann und Landwirt in Oettingen, 1919/20 und 1918–1932 MdL (BBB), seit 1945 Bürgermeister von Oettingen, Bezirksobmann des BBV, 1949–1958 MdL (CSU), 1950–1959 Vorsitzender des CSU-Kreisverbands Nördlingen.

B.: Etwas erschreckt hat mich unser Freund Haniel, beunruhigende Momente. Der Landesausschuß hat Wahlmodus bestimmt[25]. Sie [sic!] hat nichts über die Wahllisten gesagt. Keine Anfechtung.

Von Haniel-Niethammer: Ich habe mich mit Feneberg unterhalten. Ich legte Wert darauf, daß ich keine Panne bekäme bei Bezirksversammlung. Es ist nun so, daß zwei Wahlgänge notwendig sind. Erster bestimmt, wer überhaupt auf die Liste kommt, der zweite Reihenfolge auf der Liste[26]. Das Zweite kann mit Zuruf gemacht werden. Im folgenden die Frage der Doppel- und Dreifachmandatare wird aufgerollt. Nur eine Stimme. Unsere Satzung sagt, jeder kann bis zu drei Stimmen haben[27], aber das Wahlgesetz sagt etwas anderes[28]. Feneberg ist der Ansicht, daß jeder nur eine Stimme ausüben kann.

Längere Unterhaltung über Satzung.

[...][29]: Soll Frage klären. Das muß man sicher wissen.

Das Thema, was hier zu Ziffer 1 der Tagesordnung noch zu erörtern ist, Bericht über Beanstandungen bei Kandidatenaufstellung.

Dann Plakate, 15 Entwürfe. Man hat sich auf vier Plakate geeinigt. Sind zur Zeit im Druck, werden am 1. Oktober ausgeliefert mit Sperrfristen. Kandidatenplakate. Mögen diese selber entscheiden, da sie selber zahlen müssen. Flugblätter, die grundsätzlichen sind im Entwurf, aktuell von Fall zu Fall. Papier für Flugblätter und Plakate ist zu 70 Prozent bezahlt und sichergestellt. Angefordert sind [sic!].

Ehard: Landesversammlung[30]. Fünf Sätze Referate der Regierungsmitglieder werden [...][31] nicht [...][32] proklamieren.

Formulierung der Diskussion bei der Landesversammlung innerhalb der nächsten 14 Tage[33].

Ehard: Schwierigkeiten bei Kandidatenaufstellungen schlimmer wie der ganze Wahlkampf. Woran liegt das.

Hundhammer: Wesentliche Beanstandungen.

Ehard: Wenn Formfehler, dann kommt die Beanstandung zu Recht. Wir können meines Erachtens nicht, wenn nicht ein handfester Grund gegen eine Person vorhanden ist, können wir nicht sagen, der gefällt uns nicht, wählt einen anderen. Nur bei Formfehlern. Dr. *Ehard* zitiert die drei Fälle Aigner, Mindelheim, Ort-

[25] Vgl. Nr. 60a.
[26] Im Stenogramm wurden an dieser Stelle die Worte „reinen Listenkandidaten" durchgestrichen.
[27] Vgl. dazu Paragraph 66, Abs. 1 der im Anhang abgedruckten Satzung der CSU von 1952.
[28] Das Landeswahlgesetz regelte sowohl die Aufstellung der Stimmkreiskandidaten (Paragraph 39) als auch der Wahlkreisliste (Paragraph 40). In beiden Paragraphen waren jedoch keine Regelungen über die Stimmenzahl der einzelnen Delegierten enthalten. Vgl. Zweites Gesetz zur Änderung des Landeswahlgesetzes vom 11. 8. 1954, in: BGVBl. 1954, S. 173–177, hier S. 175.
[29] Der Name ist unleserlich.
[30] Die Landesversammlung der CSU fand am 9./10. 10. 1954 in Nürnberg statt. Das Protokoll findet sich bei den im ACSP verwahrten Akten der Landesleitung.
[31] Zwei Wörter unleserlich.
[32] Ein Wort unleserlich.
[33] An dieser Stelle folgen zwei von Ehard diktierte Briefe, die dort irrtümlich hineingeraten sein dürften und die im Stenogramm wieder gestrichen wurden; auf ihren Abdruck wurde verzichtet.

loph[34]. Was gibt es noch für andere Fälle: [...][35], Sterzer hat es nun besondere Schwierigkeiten gegeben[36]. Mißstimmungen.

Höhenberger: Zitiert Sache Augsburg-Land mit Helmschrott[37].

Ehard: Ich bitte die Bezirksvorsitzenden, in diesen Fällen ausgleichend einzugreifen und die Sache zu klären. Wo [gibt es] noch solche Fälle?

Herrmann: 1. Amberg – Raß[38] aufgestellt Amberg-Land. Dann [...][39] Cham ist sehr schwierig – Eder.

Von Haniel-Niethammer: Noch eine formelle Sache. Stimmübertragung bei den Delegierten. Habe auch mit Feneberg gesprochen. Stimmübertragung nur möglich, Rothenburg, Landesvorstandschaft[40].

Zipfel: Kann ein Mitglied, das von Haus aus drei Stimmen hat, noch weitere Übertragung annehmen.

[Beschluß]: Stimmübertragung können nur drei Stimmen sein. Wird noch mal hinausgegeben. *Abwesenheit.*

Ehard: Was haben wir noch.

Brunner: In Niederbayern wird stark Frau Hauser[41] unterstützt. Oberpfalz wird Rieger[42] propagiert.

Hundhammer: Frage der Wahlfinanzierung. Mittel über Volkswirtschaftliche Gesellschaft[43]. Wichtig wäre doch eine Verteilung auf die Bezirksverbände. Ich

[34] Zu den Fällen Aigner, Kerber und Ortloph vgl. Nr. 63.

[35] Unleserlich.

[36] Michael Sterzer war 1950 über die oberbayerische Wahlkreisliste der CSU in den Landtag gewählt worden. 1954 erhielt er weder einen vorderen Listenplatz noch einen Stimmkreis. Für seinen Heimatstimmkreis – den oberbayerischen Stimmkreisverband Nr. 25 (Starnberg, Wolfratshausen) – hatte die CSU Kultusminister Josef Schwalber nominiert. Vgl. Bayerischer Staatsanzeiger vom 24. 11. 1954, S. 4.

[37] Josef Helmschrott (geb. 1915), Studium der Geschichte und Philosophie in Dillingen und München, 1938–1946 Wehrdienst, Teilnahme am Zweiten Weltkrieg und amerikanische Kriegsgefangenschaft, seit 1946 hauptamtlicher Bürgermeister von Gersthofen, seit 1947 CSU-Mitglied, seit 1948 Kreisrat (CSU) in Augsburg, seit 1951 Vorsitzender des CSU-Kreisverbands Augsburg-Land, 1954–1974 MdL (CSU).

[38] Dr. Hans Raß (1911–1997), Jurastudium in München und Erlangen, 1939 Assessor, 1941 Regierungsrat, Teilnahme am Zweiten Weltkrieg, nach Entlassung aus englischer Kriegsgefangenschaft zunächst Hilfsarbeiter, seit 1948 Rechtsanwalt in Amberg, 1950–1970 MdL (bis 1953 BP, dann CSU), 1954–1965 Vorsitzender des CSU-Kreisverbands Amberg-Stadt, 1958–1972 Landrat von Amberg, dann Landrat von Amberg-Sulzbach.

[39] Ein Wort unleserlich.

[40] Vgl. Nr. 60a.

[41] Nicht ermittelt.

[42] Nicht ermittelt.

[43] Die Volkswirtschaftliche Gesellschaft e.V. war bereits 1946 in Hamburg gegründet worden. Im Oktober 1951 stiegen die Spitzenverbände der bayerischen Unternehmer in die Gesellschaft ein, um diese für die eigene Öffentlichkeitsarbeit zu nutzen. Im Mai 1952 trennten sich mit der Gründung der Volkswirtschaftlichen Gesellschaft in Bayern, die als Berufsverband ins Leben gerufen worden war, die Wege jedoch wieder. Den Vorsitz der neugegründeten Institution übernahm Siegfried Balke, der gleichzeitig Präsidiumsmitglied des Landesverbands der Bayerischen Industrie war. Die Volkswirtschaftliche Gesellschaft Bayern diente zum einen der Öffentlichkeitsarbeit der bayerischen Unternehmer, zum anderen aber auch als Sammelstelle für Spenden an bürgerliche Parteien. Bereits im Bundestagswahlkampf von 1953 erhielten CSU, FDP und BHE über die Volkswirtschaftliche Gesellschaft Bayern finanzielle Unterstützung aus dem Unternehmerlager in großem Stil. Im Wahljahr 1954 vermittelte die Volkswirtschaftliche Gesellschaft der CSU Spenden in Höhe von 167000 DM. Vgl. Moser, Unternehmer in Bayern, in: Schlemmer/Woller (Hrsg.), Bayern im Bund, Bd. 3, S. 52–55, und Schlemmer, Aufbruch, S. 473.

möchte sagen, daß wir mit früheren Regelungen nicht sehr glücklich waren. Mittel nicht nur in der Landesleitung.

Ehard: Zunächst haben wir heftigsten Kampf, überhaupt beteiligt zu werden. Es werden keine einzelnen Verteilungen vorgenommen werden. Wir wollen folgendermaßen verfahren. Davon geht ab, was wir zentral bezahlen müssen. Papier haben wir bereits. Das andere muß auf Bezirksverband verteilt werden.

Brunner: Ich begrüße dies. Dann ist die Landesleitung die Anforderungen von einzelnen Kandidaten und Kreisverbänden los. Es sind die Bezirksverbände verantwortlich.

Röhrl bittet, daß die Größe der Bezirksverbände berücksichtigt wird. Bei Bundestagswahlen. Bei einer zweiten Verteilung Schlüssel.

Hundhammer: Ich habe für Oberbayern bei Volkswirtschaftlicher Gesellschaft geworben und zugesagt bekommen.

Ehard: Ich bin der Meinung, dies in der geschäftsführenden Vorstandschaft abzusprechen, wenn wir wissen, was wir haben.

Ehard: Vorsichtig sein. Die Volkswirtschaftliche Gesellschaft wird uns diese Hundertbeträge aufrechnen.

Ehard: Ich werde mal mit Balke und Schmidt noch mal reden.

Schäfer: Möglichkeit Mittel der Handelskammer. Verteilung der Mittel nicht nur Größe. Ist auch schwierig. Kosten sind in der Stadt größer.

Berberich: Rednereinsatz wieder über München. Prominente nur über München. Da [ist] durch persönlichen Kontakt oft mehr zu erreichen.

Ehard: Ich würde es schon für richtig halten, daß die einzelnen Stimmkreise sollten vernünftig dosieren und direkt ein paar Prominente anfordern. Wir können bei der Landesleitung die Leute, die sich zur Verfügung gestellt haben, verteilen. Die Prominenz muß dorthin gebracht werden, wo es wirklich nötig ist.

Brunner: Hierzu folgendes. Die Redner der CDU im Abkommen getroffen, daß alle nur über uns angefordert und verteilt werden. Wir haben von unseren Herren verlangt, daß sie zehn Versammlungen übernehmen. Die einzelnen Stimmkreisverbände haben wir aufgefordert, ihre Rednerwünsche zu nennen. Wie weit wir die Prominenz dann verteilen können, restlos befriedigend den Rednereinsatz mit der Prominenz zu machen ist ausgeschlossen. Hochwassermittel.

Ehard: Wenn sich Parteifreunde vom Hochwasser[44] her in besonders schwieriger Lage befinden, bei mir anfordern.

Weigl: Rednereinsatz. Ich habe Verständnis dafür, daß Rednereinsatz nicht immer ganz klappt. Bisserl ein Durcheinander.

Ehard: Wir werden versuchen, daß möglichst schnell eine Rednerliste gemacht wird.

E: [Am] 30. Juli haben wir an die Abgeordneten geschrieben. Termine von Bundestagsabgeordneten können noch nicht genannt werden, da die Sitzungstermine

[44] Die große Hochwasserkatastrophe, die insbesondere Teile Ober- und Niederbayerns im Sommer 1954 heimsuchte, wurde im Zuge des Landtagswahlkampfs zu parteipolitischen Zwecken instrumentalisiert. Die Bayernpartei warf der Staatsregierung unter der Führung der CSU Versagen vor, da die rechtzeitige Fertigstellung des Sylvensteinspeichers das Unheil hätte verhindern können. Die bayerische Staatsregierung stellte den Betroffenen eine finanzielle Soforthilfe in Höhe von 15 Millionen DM zur Verfügung. Vgl. CSU-Correspondenz vom 20. 7. 1954, S. 1 f., und vom 12. 11. 1954, S. 3.

im Bundestag noch nicht klar sind. Auswärtige Wahlhilfe. CDU mit technischen Mitteln. Fahrzeuge mit Filmgerät, Lautsprecheranlage.

Ehard: Rednergeschichte Unsegen, daß wir sie in der Zeit zurecht bringen.

Berberich: Nur für Versammlung Bundeskanzler in Würzburg. Würzburg-Land, Marktheidenfeld usw.

Brunner: Unsere Wahlvorbereitungen. Eine Schrift haben wir hinausgegeben. Reden von Altötting[45]. Zweitens bei der Landwirtschaft: die große Lohnbewegung[46]. Fertiggestellt ist eine Schrift grundsätzlicher Art. Rechenschaftsbericht der CSU[47]. Zur Zeit in Fertigung außenpolitische [sic!][48]. Parteianzeigen werden am 1. Oktober fertig.

Nr. 65

Sitzung des geschäftsführenden Landesvorstands der Christlich-Sozialen Union am 24. September 1954 in München

Tagesordnung[1]:
1. Einsprüche gegen die Aufstellung von Kandidaten für die bevorstehende Landtagswahl nach Artikel 39, Absatz 4 des Landeswahlgesetzes
2. Fall Lenz/Metex

Tagungsort: München, Maximilianeum

Anwesend[2]: Brunner, Eberhard, Ehard, Euerl, von Feury, Hundhammer, Klughammer, Krehle, Schwend

Beginn: 9 Uhr 30

ACSP, LGF-LV[3]

Ehard [zur Tagesordnung]: 1. Einspruch oder Nachprüfung Dinkelsbühl-Feuchtwangen, 2. Sache Lenz[4].

[45] Vgl. Informations- und Rednerdienst Nr. 4/1954: Vor der Landtagswahl, hrsg. vom Generalsekretariat der CSU, München 1954. Ein Exemplar dieser Broschüre findet sich in: BSB, NL Schwend 12.

[46] Vgl. Informations- und Rednerdienst Nr. 5/1954: Die große Lohnbewegung, hrsg. vom Generalsekretariat der CSU, München 1954. Ein Exemplar dieser Broschüre findet sich in: ACSP, Z-LL.

[47] Vgl. Informations- und Rednerdienst Nr. 6/1954: Vier Jahre Regierungsarbeit. Ein Programm und seine Erfüllung, hrsg. vom Generalsekretariat der CSU, München 1954. Ein Exemplar dieser Broschüre, die allerdings erst Anfang Oktober 1954 erschien, findet sich in: BSB, NL Schwend 12.

[48] Vgl. Informations- und Rednerdienst Nr. 7/1954: Was für Deutschland auf dem Spiele stand: Die Außenpolitik der Bundesregierung, hrsg. vom Generalsekretariat der CSU, München 1954. Ein Exemplar dieser Broschüre findet sich in: ACSP, Z-LL.

[1] Rekonstruiert anhand des Protokolltextes.

[2] ACSP, LGF-GLV 24. 9. 1954, Anwesenheitsliste zur Sitzung des geschäftsführenden Landesvorstands am 24. 9. 1954; ergänzt anhand des Protokolltextes. Hugo Geiger, Michael Horlacher, Alfons Kreußel, Emil Muhler und Franz Josef Strauß waren entschuldigt, auch Georg Meixner und August Wilhelm Schmidt fehlten.

[3] Das Protokoll liegt nur in Form eines – zum Teil stichwortartigen – Stenogramms vor, das von Alois Schmidmeier mit Unterstützung von Renate Bihl transkribiert wurde.

[4] Zur Metex-Affäre vgl. ausführlich Nr. 66.

Ich kann folgendes sagen: Ich habe vom Konkursverwalter[5], der uns nicht gut gesonnen zu sein scheint, Brief von einem Scheck[6] und Abschrift eines Briefes an die Staatsbank[7]. Das Geld sollte mir gegeben werden. Ich habe leider keine Ahnung, was los ist. Karl Sigmund Mayr soll in dieser Sache tätig gewesen sein. Dieser schrieb mir folgenden Brief[8]:

Darauf habe ich dem Karl Sigmund Mayr mitgeteilt. Am 27. März 1953 hat mir Karl Sigmund [Mayr] geschrieben[9] (Rechnung Bayern-Kurier etc.); Schreiben von Lazari[10] [vom] 8. März 1952 an Karl Sigmund Mayr[11]. Es wurde festgestellt, daß der Betrag an die Landesleitung ging. Wurde dann zurückbezahlt. Fraktionsvorstand hat angeregt, die Aufstellung des Lenz möge überprüft werden. Bitte, was sollen wir machen?

Von Feury: Mit Ringelmann gesprochen, daß Lenz mit Lazari zu Ringelmann gekommen sei. Ringelmann sagte, er könnte sich nicht einschalten. Die haben [...] Krach gehabt. Man muß es doch der Kreisversammlung überlassen.

Ehard: Einspruch oder noch mal überprüfen lassen.

Eberhard: Lenz kann sich auf den Standpunkt stellen. Habe mit Vorgängen für die Metex neue Situation beeinflussen könnte [...]

Schwend: Um der Delegiertenversammlung Möglichkeit zu geben, noch mal zu überprüfen, legt der geschäftsführende Vorstand Einspruch ein. Um der Delegiertenversammlung [wegen der[12]] gegen den Abgeordneten Lenz [erhobenen Vorwürfe] die Möglichkeit zu geben, ihren Entschluß noch einmal zu überprüfen, legt die geschäftsführende Vorstandschaft Einspruch ein nach [Artikel] 39, Absatz [4] Landeswahlgesetz.

[5] Georg-Wilhelm Mayer (geb. 1914), Rechtsanwalt in Memmingen, CSU-Mitglied, nach dem Zusammenbruch der Metex GmbH 1953 als Konkursverwalter eingesetzt.

[6] BayHStA, NL Ehard 1266, Georg-Wilhelm Mayer an Hans Ehard vom 12. 3. 1953. Der Scheck der Firma Metex vom 12. 5. 1952 war, nach wiederholter schriftlicher Nachfrage durch Karl Sigmund Mayr, an den Wirtschaftsbeirat der Union ausgestellt worden, dort jedoch nie angekommen, weil Karl Lenz ihn direkt in die Landesgeschäftsstelle der CSU gebracht hatte, wo er am 19. 5. 1952 eingelöst wurde. Nach dem Konkurs der Metex zahlte die Landesleitung der CSU das Geld auf Aufforderung des Konkursverwalters zurück. NL Ehard 1266, Hans Ehard an Karl Sigmund Mayr vom 21. 3. 1953 und dessen Antwort vom 27. 3. 1953.

[7] Der Brief lautete: „Wir mussten heute den Scheck Nr. 10573 über DM 1000,– an den Wirtschaftsbeirat der Christlich-Sozialen Union, München, ausstellen, weil Herr Landrat Dr. Lenz diesen Scheck dem Ministerpräsidenten von Bayern zur Verfügung stellen musste. Wir hatten uns zu dieser Zahlung verpflichtet, für den Fall, dass das Steuerverfahren unserer Firma zu einem günstigen Abschluss gebracht wird und uns dadurch eine erhebliche Steuernachzahlung erspart bleibt. Dies ist nunmehr geschehen, und wir konnten uns dieser Zahlungsverpflichtung leider nicht entziehen. Wir bitten Sie höflichst, den Scheck bei Vorkommen prompt einzulösen und zeichnen hochachtungsvoll gez. Lazari." BayHStA, NL Ehard 1266, Gerhard Lazari an die Bayerische Staatsbank vom 12. 5. 1952.

[8] An dieser Stelle enthalten die stenographischen Notizen keine weiteren Angaben.

[9] BayHStA, NL Ehard 1266, Karl Sigmund Mayer an Hans Ehard vom 27. 3. 1953.

[10] Gerhard Lazari (geb. 1903), Unternehmer, 1929 Konkurs der von ihm geleiteten landwirtschaftlichen Maschinenfabrik in Schlesien, seit 1932 NSDAP-Mitglied, nach 1933 bei der DAF in Berlin tätig, zunächst als Sachbearbeiter für Haus- und Grundbesitz, 1938 Fachgruppenleiter in der Reichsleitung der DAF und enger Mitarbeiter von Robert Ley, 1941 „Arisierung" einer jüdischen Tuchfabrik in Brünn, gab sich nach 1945 als Verfolgter des NS-Regimes aus, 1947 Gründer und Mitgesellschafter der Firma Memminger Textilwerke für Streichgarn-, Spinnerei- und Weberei-GmbH.

[11] BayHStA, NL Ehard 1266, Gerhard Lazari an Karl Sigmund Mayr vom 8. 3. 1952.

[12] In den stenographischen Notizen: „die in Anbetracht".

Ehard: Dinkelsbühl-Feuchtwangen[13]. Zunächst einmal allgemein. Wilhelm Bachmann[14] soll noch mal aufgestellt werden. Es wurde gewählt zwischen Küßwetter und Landrat Keim[15]. 15 [zu 15 Stimmen]. Losentscheid für Keim. Küßwetter hatte vorher an die Beteiligten Briefe geschrieben, daß er nicht sich aufstellen lasse. Rundschreiben vom Kreisverband Dinkelsbühl für Dienstag, den 28. September [...] der 15 Wahlmänner. Außerdem habe ich zwei Briefe bekommen. 1. „Fränkische Landeszeitung", Herrn Schmitz, 2. Hopf[en?]meier[16]; [der erste] wendet sich gegen Landrat Keim – Versammlungen Heinemann, Wessel[17] besucht etc., [der zweite] Losentscheid, wenn möglich wiederholen lassen (zu junges Parteimitglied, nicht mit unserem Gedankengut verankert). Wir können natürlich den Keim nicht qualifizieren; Sohn eines evangelischen Pfarrers, er ist Landrat. Ich habe Bachmann auch gesagt, das sei nicht richtig gewesen. Ich habe auch mit Nerreter noch mal über die Formalien gesprochen.

Eberhard: Nerreter und Keim kennen sich. Ich sage zu der ganzen Geschichte kein Wort, daß man jetzt feststellt, daß alles nicht richtig [sei]. Brief von Küßwetter an Kreisversammlung[18]. Keim ist Idealist, Besserwisser, schimpft seit vier Jahren übel über die Fraktion; der gibt [vor], alles besser zu wissen. Der Ausgang ist ausgesprochen unglücklich. Politisch gesehen könnte man die Sache [behandeln als] Einspruch ohne Begründung.

Euerl: Er ist erst kurz bei uns Mitglied. Wir könnten folgendes machen: Es wird behauptet, es seien formelle Mängel bei der Aufstellung geschehen, und es wird außerdem gesagt, der aufgestellte Kandidat sei sehr kurz [...]; man hätte nicht das nötige Vertrauen.

[13] Im mittelfränkischen Stimmkreisverband Nr. 5 (Dinkelsbühl, Feuchtwangen) kam es zu einer erbitterten Auseinandersetzung um die Kandidatenaufstellung, die sich bis November 1954 hinzog und den CSU-Kreisverband Feuchtwangen in eine tiefe Krise stürzte. Hoffnung auf das Mandat machten sich neben dem 1950 gewählten Abgeordneten Wilhelm Bachmann auch Paul Keim und der Vorsitzende des CSU-Bezirksverbands Mittelfranken, Hans Küßwetter, wobei es an der Parteibasis auch starke Sympathien für den Gedanken gab, Staatssekretär Paul Nerreter für eine Kandidatur zu gewinnen. Nachdem sich dieser jedoch für einen anderen Stimmkreis entschieden hatte, kam es zu einer Kampfabstimmung zwischen Keim und Küßwetter, wobei sich 15 Wahlmänner für Keim und 15 für Küßwetter ausgesprochen hatten. Der für diesen Fall vorgesehene Losentscheid fiel zugunsten von Keim aus, der damit als Kandidat nominiert war. Der geschäftsführende Landesvorstand erhob jedoch Einspruch und erzwang so eine erneute Entscheidung der Wahlmänner, die sich für Wilhelm Bachmann aussprachen, nachdem Keim verzichtet hatte. Im Oktober und November 1954 trat eine Reihe führender Vertreter der CSU im Landkreis Feuchtwangen – darunter auch Paul Keim – aus der Partei aus. Vgl. BSB, NL Schwend 22, FDP-Pressedienst vom 12. 11. 1954, S. 1–4, und Nr. 67.

[14] Wilhelm Bachmann (1895–1969), ev., Landwirt, Teilnahme am Ersten und Zweiten Weltkrieg, 1925–1933 Mitglied der Kreisbauernkammer, seit 1945 Bürgermeister von Röckingen und Kreisrat (CSU) in Dinkelsbühl, 1950–1966 MdL (CSU).

[15] Paul Keim (geb. 1912), ev., Jurist und Verwaltungsbeamter, 1948–1970 Landrat von Feuchtwangen, seit 1951 CSU-Mitglied, im November 1954 aus der CSU ausgetreten und FDP-Mitglied.

[16] Diese beiden Briefe ließen sich im BayHStA, Nachlaß Ehard, nicht ermitteln.

[17] Helene Wessel (1898–1969), kath., Politikerin, 1915–1928 Parteisekretärin des Zentrums, 1923–1928 und 1933–1945 Fürsorgerin, 1928–1933 MdL (Zentrum) in Preußen, 1945 Mitglied des Parteivorstands des Zentrums, 1946–1950 MdL (Zentrum) in Nordrhein-Westfalen, 1948/49 MdPR (Zentrum), 1949–1952 Bundesvorsitzende des Zentrums, 1949–1952 MdB (Zentrum), 1952 Austritt aus dem Zentrum und Mitbegründerin der Gesamtdeutschen Volkspartei, 1957 Übertritt zur SPD, 1957–1969 MdB (SPD).

[18] Nicht ermittelt.

Eberhard: Geschäftsführender Vorstand [ist zuständig]; Bezeichnung im Gesetz: politische Regelung[19].

Ehard: [...] in dem Kreis der Wunsch nach einer Wiederholung. Küßwetter bemüht gewesen, [...] Bachmann vorzuschlagen.

Ehard: Einspruch eingelegt. Der geschäftsführende [Landesvorstand] ist zu der Einlegung berechtigt[20]. Das Gesetz sieht die Notwendigkeit einer Begründung des Einspruchs nicht vor.

[Um] 10 Uhr 30 kommt Hundhammer.

Ehard gibt Überblick über bisher besprochenes. Fall Lenz und Fall Küßwetter. Verliest auch noch mal Brief von Mühlfenzl[21].

Und [stellvertretender] Landesvorsitzender *Eberhard* legt auch seine Gedanken noch mal klar. Federführender Kreisverband: Geschäftsführender Vorstand beschlossen hat, Einspruch einzulegen. Eine Begründung dieses Einspruchs ist nicht notwendig. In Rücksicht darauf, daß gewisse Dinge geklärt [?] werden sollten.

Brunner[22]: Vorher mit den beiden Kreisvorsitzenden sprechen.

Hundhammer: Nein!

Ehard: Notwendig, noch einmal Möglichkeit einer Neu[wahl?] vorzunehmen.

Brunner: Eichinger ist zurückgetreten. Wir stellen anheim, das zu überprüfen[23].

Ehard: Neulich kam Abordnung. Neuer Vorschlag. Was ist mit Ortloph? Soll nicht mehr kommen.

Brunner: Eichinger ist abgeschossen worden.

Hundhammer: Lazari schreibt an Lenz; unmittelbar sind drei Mitglieder dieses Ausschusses und haben mich ersucht einen Betrag; dieser Brief an eine Bank gerichtet. Ihm dann Vorhaltungen gemacht. Er hat Schreiben des Abgeordneten beigelegt. Nicht die CSU ist in dieser Sache schuldiger Teil. Von der BP wird dies so aufgefaßt. Der BP muß man mit Nachdruck sagen, daß bei ihr schon schlimmere Sachen vorgekommen sind. Brief Baumgartner an Volkswirtschaftliche Gesellschaft[24].

Ehard: Weder ich, noch Landesleitung, noch Wirtschaftsbeirat, noch Karl Sigmund Mayr haben sich je in dieses Steuerstrafverfahren eingemischt. Solange sich ein Landrat einsetzt, darf aber keine 500 Mark verlangen[25].

[19] Zum Einspruchsrecht der Parteiführung nach dem Landeswahlgesetz vgl. Nr. 60a.

[20] In den stenographischen Notizen: „zuständig". Im mittelfränkischen Stimmkreisverband Nr. 5 (Dinkelsbühl, Feuchtwangen) kandierte schließlich Wilhelm Bachmann für die CSU. Vgl. Bayerischer Staatsanzeiger vom 24. 11. 1954, S. 6.

[21] Im BayHStA, NL Ehard, nicht ermittelt.

[22] Der Name „Brunner" ließ sich nicht mit letzter Sicherheit verifizieren.

[23] Vgl. Nr. 63.

[24] Im Sommer 1954 hatte sich Baumgartner wiederholt an führende Persönlichkeiten der Volkswirtschaftlichen Gesellschaft, unter anderem an deren Vorsitzenden Wilhelm August Schmidt, gewandt, um Wahlspenden für die Bayernpartei einzuwerben. Diese Korrespondenz findet sich in: IfZ-Archiv, ED 132/58.

[25] Am 17. 11. 1951 hatte Karl Lenz von Gerhard Lazari einen Scheck über 500 DM erhalten. ACSP, LSG, Ordner Dr. Lenz-Metex, Entscheidung des Landesschiedsgerichts im Schiedsverfahren gegen Karl Lenz, undatiert (16. 10. 1954).

Hundhammer: Andere Bitte, in der Partei zu überprüfen. Ein Prüfungsbericht, zwei Prüfungsberichte und Geschäftszahlen kann ich ohne weiteres vorlegen. Es muß Klarheit geschaffen werden.

Ehard: Dazu brauche ich größere Sitzung, und es müssen alle Personen beisammen sein. Wegen Verteilung und anderer Geschichten möchten mir[26]

Brunner: Einfluß Wahlmänner; in Riedenburg – Parsberg noch mal gewählt werden.

Klughammer: Gestern beschlossen haben, Wahlmänner noch mal einzuberufen.

Von Feury: Wellhausen[27] schoß bei Sitzung der Bayerischen Vereinsbank, schießt ständig gegen Schäffer. Schäffer hat wieder seinen Rückzug verlangt. Wißt Ihr davon etwas?

Ehard: Daß eine Besprechung mit CDU-Leuten am nächsten Donnerstag mit Schäffer zusammen ist. Hat zugesagt zu kommen. Schäffer ist so schwierig, der läßt keinen gelten. Pferdmenges[28] hat sich auch gegen ihn gestellt.

Nr. 66

Sitzung des Landesvorstands der Christlich-Sozialen Union am 8. Oktober 1954 in Nürnberg

Tagesordnung[1]:

1. Vorbereitung der Landesversammlung
   a) Antrag auf Änderung von Paragraph 51 der Satzung
   b) Aktionsprogramm der CSU und andere Materialien für den Landtagswahlkampf
2. Einsprüche gegen die Aufstellung von Kandidaten für die bevorstehende Landtagswahl nach Artikel 39, Absatz 4 des Landeswahlgesetzes
3. Antrag des Kreisverbands Weiden auf Änderung der Satzung
4. Antrag auf Umwandlung des Arbeitsausschusses für Sowjetzonenflüchtlinge in eine Arbeitsgemeinschaft
5. Fall Lenz/Metex

[26] Hier brechen Ehards Ausführungen ab.

[27] Dr. Hans Wellhausen (1894–1964), ev., Jurist, seit 1923 Regierungsrat im Bremer Senat, 1926 Eintritt in die MAN, 1927 deren Prokurist und 1931–1959 Vorstandsmitglied und Direktor, 1952–1959 Präsident des Verwaltungsrats der Deutschen Bundesbahn, Mitglied der bayerischen Landessynode der EKD, 1948/49 MdWR (FDP), 1949–1957 MdB (bis 1956 FDP, dann CSU).

[28] Robert Pferdmenges (1880–1962), ev., Bankier, 1916 Eintritt in den A. Schaaffhausenschen Bankverein, dort 1919 Vorstandsvorsitzender, 1931 finanzpolitischer Berater von Reichskanzler Heinrich Brüning und stellvertretender Vorsitzender im Aufsichtsrat der Dresdner Bank, 1931/32 Mitglied im Generalrat und im Zentralausschuß der Reichsbank, seit 1931 persönlich haftender Gesellschafter der Kölner Privatbank Sal. Oppenheim jr. & Cie., die mit Zustimmung der Familie Oppenheim von 1938 bis 1947 als Pferdmenges & Co. firmierte und so dem Zugriff der Nationalsozialisten entzogen wurde, 1944 Verhaftung und Hausarrest bis Kriegsende, 1945 Mitbegründer der CDU in Köln, 1947–1949 MdWR (CDU), 1950–1962 MdB (CDU).

[1] Rekonstruiert auf der Basis des als Inhaltsverzeichnis gestalteten Deckblatts des Protokolls; Tagesordnungspunkt 3 wurde anhand des Protokolltextes ergänzt. Das Rundschreiben, mit dem Josef Brunner die Mitglieder des Landesvorstands am 4. 10. 1954 über den vorgesehenen Ablauf der Sitzung informierte (BayHStA, NL Ehard 1228), hatte nur zwei Tagesordnungspunkte vorgesehen: 1. Vorbesprechung der Landesversammlung und 2. Aussprache, Verschiedenes.

6. Vorgehen gegen Bestrebungen zur Ausweitung des Bundesministeriums für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte
7. Finanzielle Fragen

Tagungsort: Nürnberg, Frauentorgraben 29, Hotel „Deutscher Hof"

Anwesend[2]: Brunner, Eberhard, Ehard, Elsen, von Haniel-Niethammer, Hergenröder, Höhenberger, Hundhammer, Junker, von Lex, Maul, Meixner, J. Müller, Rinke, Sackmann, Schachtner, K. Schäfer, Schubert, Seidel, Strauß, Thiele, Wacher, Zehner, Zipfel

Beginn: 19 Uhr, Ende 22 Uhr

ACSP, LGF-LV

Besprechung der Tagesordnung der Landesversammlung[3]:
Der *Landesvorsitzende* teilt mit, er werde nach der Begrüßung durch den Bürgermeister einen kurzen Überblick über die Zeit seit der letzten Landesversammlung geben und dann einen *Antrag auf Änderung des Paragraphen 51 der Satzung* vorlegen, der schon von der Landesversammlung in Augsburg 1953 angeregt und vom Landesausschuß in Rothenburg beschlossen worden sei[4]. Dabei handle es sich um den geschäftsführenden Vorstand, seine Zusammensetzung und Tätigkeit. Der Paragraph 51 sei etwas mißverständlich oder unvollständig. In der praktischen Anwendung sei er bisher schon etwas anders gehandhabt worden. Der Landesausschuß in Rothenburg habe beschlossen, bereits nach der vorgeschlagenen Satzungsänderung zu verfahren. Paragraph 51 erhalte danach folgende Fassung:

„1. Zur Entlastung der Landesvorstandschaft, zur Vereinfachung des Geschäftsbetriebes und zur Beratung dringender Angelegenheiten wird ein geschäftsführender Landesvorstand gebildet. Art und Umfang der Aufgaben des geschäftsführenden Landesvorstandes bestimmt die Landesvorstandschaft.
2. Diesem geschäftsführenden Landesvorstand gehören an:
   a) der Landesvorsitzende, seine beiden Stellvertreter, der Landesschriftführer, der Landesschatzmeister und der Generalsekretär,
   b) sieben weitere Mitglieder, welche aus der Mitte der Landesvorstandschaft gewählt werden.
3. Zur Beratung und Beschlußfassung über organisatorische Fragen – Parteiorganisation, Werbearbeit, Vorbereitung und Durchführung der Wahlen usw. – kann der Landesvorsitzende auch die Bezirksvorsitzenden und die Bezirksgeschäftsführer zuziehen. In diesem Fall haben die Bezirksvorsitzenden Stimmrecht."

Es habe sich wiederholt als notwendig erwiesen, zu den Sitzungen des geschäftsführenden Vorstands die Bezirksvorsitzenden, unter Umständen auch die Bezirksgeschäftsführer hinzuzuziehen, namentlich wenn es sich um Wahlvorberei-

[2] Erstellt anhand des Protokolltextes. Eine Anwesenheitsliste ließ sich nicht ermitteln, daher konnten nur die Personen aufgeführt werden, die sich laut Protokoll während der Sitzung zu Wort meldeten. Die Identifikation einiger Vorstandsmitglieder war schwierig. Ob neben Karl Schäfer (Nürnberg) auch Franz Schäfer (Ingolstadt) an dieser Sitzung teilnahm, ist unklar. Hinter dem Vorstandsmitglied „Macher" aus Oberfranken müßte sich Gerhard Wacher verbergen; die Schreibweise dieses Namens wurde stillschweigend korrigiert.

[3] Die Landesversammlung der CSU fand am 9./10. 10. 1954 in Nürnberg statt. Das Protokoll findet sich bei den im ACSP verwahrten Akten der Landesleitung.

[4] Hierzu und zum folgenden ACSP, LGF-LA, Sitzung des Landesausschusses am 16./17. 1. 1954 in Rothenburg ob der Tauber.

tungen und ähnliche Dinge handle. Das sei eine Übung, die praktisch seit Jahren bestehe. Es könnte aber eines Tages beanstandet werden, weshalb das in die Satzung aufgenommen werden sollte. Zweifelhaft sei immer gewesen, wie es sich mit dem Stimmrecht verhalte.

„4. Dem Landesvorsitzenden steht ferner das Recht zu, in politischen und organisatorischen Fragen einzelne Mitglieder der Landesvorstandschaft zu den Sitzungen des geschäftsführenden Vorstands zu laden, wenn deren Teilnahme bei der Beratung der zu behandelnden Fragen von besonderer Bedeutung ist. Diese Teilnehmer an den Sitzungen des geschäftsführenden Vorstandes haben nur beratende Stimme.

5. Der geschäftsführende Landesvorstand wird nach Bedarf vom Landesvorsitzenden mit einer Frist von mindestens zwei Tagen einberufen. Der geschäftsführende Vorstand muß einberufen werden, wenn dies von mindestens einem Drittel der Mitglieder unter Angabe der Gründe beim Landesvorsitzenden beantragt wird. In besonders dringenden Fällen kann der Vorsitzende die Einberufungszeit herabsetzen."

Abschließend stellt der Landesvorsitzende fest, zusätzlich zu dieser Änderung des Paragraphen 51 der Satzung sei der Beschluß des Landesausschusses in Rothenburg zu genehmigen, daß bis zur Landesversammlung – also bis zum morgigen Tag – so verfahren werde.

Der *Landesvorsitzende* gibt dann bekannt, wie der *Ablauf der Landesversammlung* im weiteren gedacht sei (siehe Tagesordnung). Als Grundlage für den kommenden Landtagswahlkampf werde der Landesversammlung ein *Aktionsprogramm der CSU* vorgelegt werden[5], das folgendermaßen entstanden sei: Man habe eine Reihe von Parteifreunden, insbesondere Kabinettsmitglieder, gebeten, ihre Gedanken über die künftige Arbeit der CSU mitzuteilen, weil man auf dem Standpunkt stehe, der Wahlkampf müsse materiell nach zwei Seiten geführt werden: 1. Was ist bisher geschehen? – gewissermaßen als Rechtfertigung und Widerlegung der Behauptung, es sei nichts geschehen. 2. müsse der Wahlkampf in die Zukunft gerichtet sein und gesagt werden, welche besonderen Ziele angestrebt werden. Man habe versucht, die einzelnen Denkschriften so zusammenzufassen, daß die verschiedenen Gebiete in Schlagworten dargestellt werden: Allgemeine Staatspolitik, Kulturpolitik, Wirtschaftspolitik, Finanzpolitik, Sozialpolitik, Landwirtschaftspolitik, Innere Verwaltung, Rechtspflege. In seinem eigenen Gesamtreferat werde er die einzelnen Fragen anklingen lassen, aber es sei eine gewisse Ergänzung durch die betreffenden Sachbearbeiter notwendig. Diesem Zweck dienten die Kurzreferate, die gewissermaßen eine Erläuterung des Aktionsprogramms sein sollen.

Zum Aktionsprogramm komme eine Zusammenfassung des in den letzten vier Jahren Geleisteten im Anschluß an die Regierungserklärung von 1951[6]. In einer weiteren Arbeit seien nach einer Darstellung der Gesamtentwicklung die einzelnen Gebiete behandelt, zum Teil mit Bildern und Statistiken[7], wobei man die einzelnen Teile getrennt verwenden könne. Ferner solle eine Wahlzeitung sowie der

[5] Das Aktionsprogramm der CSU für die Landtagswahl von 1954 findet sich im Anhang.

[6] Vgl. Informations- und Rednerdienst Nr. 6/1954: Vier Jahre Regierungsarbeit. Ein Programm und seine Erfüllung, hrsg. vom Generalsekretariat der CSU, München 1954. Ein Exemplar dieser Broschüre findet sich in: BSB, NL Schwend 12.

[7] Vgl. Informations- und Rednerdienst Nr. 4/1954: Vor der Landtagswahl, hrsg. vom Generalsekretariat der CSU, München 1954. Ein Exemplar dieser Broschüre findet sich in: ACSP, Z-LL.

Tätigkeitsbericht der Landtagsfraktion[8] herausgebracht und eine Musterrede entworfen werden.

Dr. *Müller* hält es für notwendig, den Leuten etwas an die Hand zu geben, womit ihnen die Arbeit erleichtert werde, nachdem sie zum großen Teil ehrenamtlich tätig seien. Einen Rechenschaftsbericht brächten sie bestimmt nicht an; dagegen sei es wichtig, ihnen unter dem Gesichtspunkt etwas vorzulegen: Wie verteidige ich die CSU, und wie greife ich andere Parteien an?

Der *Landesvorsitzende* hält dem entgegen, zuerst müsse das Material vorliegen. Eine Anleitung dafür zu geben, was während des Wahlkampfes zu sagen sei, sei Aufgabe des „Bayern-Kuriers" und der Informationsbriefe.

Dr. *Seidel* fügt hinzu, an dem von Dr. Müller Gesagten sei richtig, daß man zusätzlich polemisches Material brauche. Man dürfe sich aber nicht täuschen: Die Bevölkerung liebe es nicht, wenn allzu sehr polemisiert wird; sie wolle handfeste Tatsachen hören, und zwar in einer Form dargebracht, die sie verstehe. Er nehme an, daß daneben polemisches Material vorbereitet werde, das den einzelnen in die Lage versetze, Angriffe, die gegen die CSU sicher kommen werden, in einer allgemeinverständlichen Form zurückzuweisen.

Direktor *Maul* äußert gegenüber dem Aktionsprogramm die Befürchtung, die anderen Parteien könnten alle Punkte, die vergessen wurden, ausschlachten. In einem Aktionsprogramm könne man nicht alles erfassen, was erfaßt werden müßte.

Der *Landesvorsitzende* räumt ein, daß man niemals ein Aktionsprogramm aufstellen könne, das bis zum letzten I-Punkt alles bringe, was für die Zukunft angestrebt werde. Diese Gefahr müsse man hinnehmen. Das Wesentliche sei, daß das Wichtigste zusammengefaßt wird.

Dr. *Rinke* regt an, nach dem Vorbild des Pressedienstes, wie ihn das Industrieinstitut in Köln herausgibt[9], Kurznachrichten kostenlos allen Zeitungen zugehen zu lassen.

Der *Landesvorsitzende* erklärt dazu, man habe versucht, das finanziell zu stärken. Außerdem kämen die Informationsbriefe heraus. Jeden Tag solche Nachrichten herauszugeben, sei unmöglich. Man müsse berücksichtigen, daß viele Leute ehrenamtlich tätig seien. Wollte man das Aktionsprogramm im einzelnen diskutieren, so käme man nicht zu einem Ende. Im übrigen enthalte es nichts, was für die CSU neu sei.

Thiele begrüßt das Aktionsprogramm unter Hinweis darauf, man rufe seit Jahren nach etwas Derartigem. Wer es verwerten könne, solle es verwerten. Es werde im Hinblick auf die bayerische Politik etwas dargeboten, was sich der Großteil nicht so zu Gemüte führen könnte wie die Münchner Freunde.

Hergenröder spricht sich für die Herausgabe eines Aktionsprogramms aus, auch wenn daran Kritik geübt werde. Es käme ihm sonst vor, wie wenn ein Kaufmann seine Preisliste nicht veröffentlichen wollte, damit die Konkurrenz nicht an seinen Preisen kritisieren könne. Den Mut, ein Aktionsprogramm herauszugeben,

[8] Vgl. Die CSU-Fraktion berichtet (1950–1954), hrsg. von der Fraktion der CSU im bayerischen Landtag, München 1954. Ein Exemplar findet sich in: IfZ-Archiv, Dn 042.

[9] Das Deutsche Industrieinstitut, das am 17. 1. 1951 gegründet worden war, gab neben einer Reihe weiterer Publikationen den wöchentlich erscheinenden „Unternehmerbrief" sowie den zweimal pro Woche erscheinenden „Schnelldienst" heraus. Vgl. Fünfzehn Jahre Deutsches Industrieinstitut.

müsse man auf jeden Fall haben. Er habe so viel Vertrauen in die Landesvorstandschaft, daß man sich an die Richtlinien gehalten habe, die jedem einzelnen aus der Arbeit der letzten Jahre bekannt seien.

Wacher drückt sein Erstaunen darüber aus, daß das Aktionsprogramm heute vorgelegt werde und man sich dahinterstellen solle.

Der *Landesvorsitzende* hält dem entgegen, es solle kein neues Parteiprogramm aufgestellt werden. Das Aktionsprogramm halte sich absolut im Rahmen des bestehenden Parteiprogramms und seiner Grundsätze[10]. Im Laufe der Jahre habe sich gezeigt, daß man etwas unterteilen müsse, um es den Leuten näherzubringen.

Von Haniel-Niethammer spricht sich für die Möglichkeit aus, bei Vorwürfen, Zweifelsfragen und Angriffen gegen die CSU die Landesleitung um Auskunft zu ersuchen, z.B. auf die Frage: Ist es wahr, daß Frau John[11] die volle Pension bekommt? Wie läßt es sich rechtfertigen?

Schäfer erinnert daran, daß man zur Bundestagswahl eine Menge Material gehabt habe; aber es sei unmöglich gewesen, alles durchzuarbeiten. Man müsse mehr Stoff dafür bekommen, um in der Diskussion den Leuten entgegentreten zu können. Er denke etwa an die Grundsätze der SPD in ihrem Schulprogramm[12]: Das Recht des Kindes muß gegen das Recht des Staates verteidigt werden. Mit der Gemeinschaftsschule solle die Vermischung der beiden Konfessionen erreicht werden. Es sollte wie bei der Bundestagswahl ein SPD-Spiegel herausgebracht werden. Ausgezeichnet sei z.B. der Wahlkampfdienst vom September mit Verlautbarungen über den Streik[13] gewesen. Derartige Hinweise sollte man für jede Sparte bereit haben. In der Diskussion könne man dem Gegner nicht mit allgemeinen Worten entgegentreten, sondern man müsse sagen können: Carlo Schmid[14], von Knoeringen usw. haben gesagt... Der Bekanntgabe von Unterlagen müßte also größtes Augenmerk geschenkt werden.

Der *Landesvorsitzende* verweist darauf, dem werde in den Informationsbriefen in gedrängter Form Rechnung getragen.

Generalsekretär *Brunner* teilt mit, außer dem bereits bekanntgegebenen Material komme der Rechenschaftsbericht der Staatsregierung[15] in etwas abgewandel-

[10] Gemeint ist das Grundsatzprogramm der Christlich-Sozialen Union in Bayern vom 31. 10. 1946, abgedruckt in: Protokolle und Materialien, Bd. 3, S. 1723–1728.

[11] Lucinde John. Zur Affäre um den Präsidenten des Bundesamts für Verfassungsschutz, Otto John, der am 20. 7. 1954 unter mysteriösen Umständen in die DDR übersiedelt war und am 12. 12. 1955 in die Bundesrepublik zurückkehrte, vgl. Stöver, Fall Otto John.

[12] Gemeint ist das von der außerordentlichen Landeskonferenz der SPD am 26./27. 6. 1954 verabschiedete kulturpolitische Wahlprogramm der SPD, das elf Grundsätze zur Schulpolitik enthielt. Abgedruckt in: Sozialdemokratische Presse-Korrespondenz des SPD-Landesverbands Bayern Nr. 627 vom 29. 6. 1954.

[13] Vgl. Informations- und Rednerdienst Nr. 5/1954: Die große Lohnbewegung, hrsg. vom Generalsekretariat der CSU, München 1954. Ein Exemplar dieser Broschüre findet sich in: ACSP, Z-LL.

[14] Dr. Carlo Schmid (1896–1979), Jurist und Hochschullehrer, 1931 Landgerichtsrat, 1929 Habilitation in Tübingen, 1940 Kriegsverwaltungsrat in Lille, 1946 Ordinarius für Völkerrecht in Tübingen, 1953 Ordinarius für Politikwissenschaft in Frankfurt am Main, seit 1946 SPD-Mitglied, 1946–1952 MdL (SPD) in Württemberg-Hohenzollern, dort auch hohe Regierungsämter, 1948/49 MdPR (SPD), 1949–1972 MdB (SPD), 1949–1966 und 1969–1972 Bundestagsvizepräsident, 1966–1969 Bundesminister für Angelegenheiten des Bundesrats und der Länder.

[15] Vgl. Bayern 1950–1954. Ein Arbeitsbericht der bayerischen Staatsregierung, hrsg. vom Presse- und Informationsamt der Bayerischen Staatskanzlei, München o.J. (1954). Ein Exemplar findet sich in: IfZ-Archiv, Dl.

ter, gedrängter Form heraus. Im Anschluß an den grundsätzlichen Informationsdienst folgten nur aktuelle Informationsbriefe. Dazu komme der Parteispiegel, an dem schon seit längerer Zeit gearbeitet werde. Darin werde alles Bemerkenswerte, was der Gegner in Versammlungen und Presse erklärt hat, widerlegt. Der Parteispiegel sei bereits im Manuskript fertig und gehe in den nächsten Tagen in Druck.

Was die Angriffe betrifft, die draußen von den Gegnern erfolgen, so erfahre man sie meistens nicht, weil die Kreis- und Ortsverbände versagten. Er habe die Kreisverbände gebeten, jeden Donnerstag die im Kreisverband angesetzten CSU-Versammlungen, die von einem auswärtigen Redner oder einem Abgeordneten durchgeführt werden, zu melden. Man erlebe aber, daß der Rundfunk ein halbes Dutzend Versammlungen anderer Parteien durchsagt, während von der CSU oft nur ein Drittel der Versammlungen zu hören sei, weil die Meldungen nicht an die Landesleitung gegeben werden. Sämtliche Kreisverbände würden auch gebeten, interessante Presseauszüge oder Notizen über Versammlungen anderer Parteien sowie Angriffe gegen die CSU und deren Persönlichkeiten zu übersenden. Es sei beabsichtigt, entweder sofort dagegen Stellung zu nehmen oder die gegnerischen Auslassungen im „Informations- und Rednerdienst" zu verwerten. Er bitte, auf die Ortsverbände einzuwirken, daß das auch geschieht. Die Landesleitung habe eine eigene Stelle eingerichtet, die in wenigen Tagen Behauptungen der Gegner dementiert oder richtigstellt.

Zehner bringt vor, von der Frauenarbeitsgemeinschaft sei beabsichtigt, ein eigenes Blatt mit Anleitung für die Wahl herauszugeben, wenn dafür von der Partei Mittel zur Verfügung gestellt würden. Bei der letzten Wahl seien viele Stimmen verlorengegangen, weil zum Teil nicht, zum Teil falsch gewählt wurde.

Der *Landesvorsitzende* hält es nicht für notwendig, ein eigenes Flugblatt herauszugeben, weil eine Wahlzeitung mit einem Muster für den Wahlvorgang in der letzten Woche vor der Wahl erscheinen werde. Er beschließt die Diskussion über dieses Thema mit der ausdrücklichen Bitte, wenn von den Gegnern [un]sachliche Behauptungen aufgestellt [werden] oder persönliche Angriffe erfolgen und wenn Zweifel auftauchen, in kürzester Form die Landesleitung davon zu verständigen.

Junker bezieht sich darauf, eine große Zahl von Teilnehmern an den Parteitagungen hätte es bisher immer unangenehm empfunden, daß die Diskussion, weil sie am Schluß stand, zu kurz gekommen sei. Daher schlage er vor zu überlegen, ob man nicht nach jedem Kurzreferat, eine, wenn auch beschränkte, Diskussion einschalten solle, damit die Leute mit dem Bewußtsein in den Wahlkampf hinausgehen können, daß sie auf der Landesversammlung etwas zu sagen haben.

Der *Landesvorsitzende* verweist auf die schlechten Erfahrungen, die man bei einem Landesausschuß mit dem Versuch gemacht habe, alles auf die Diskussion abzustellen[16]. Die Kurzreferate sollten nur Anregungen und einen Anstoß geben. Es wäre nicht zweckmäßig zu erörtern, ob beim Aktionsprogramm Nr. 12 nicht Nr. 10 werden soll oder ob statt eines Punktes ein Strichpunkt gesetzt werden

[16] Ehard spielte hier auf die erst wenige Wochen zurückliegende Sitzung des Landesausschusses in Landshut an, als nach zwei Grundsatzreden die Diskussion so rasch zum Erliegen kam, daß sich Franz Josef Strauß gezwungen sah, ein längeres Referat mehr oder weniger aus dem Stegreif zu halten, um die Zeit zu überbrücken. ACSP, LGF-LA, Sitzung des Landesausschusses am 3. 7. 1954 in Landshut.

müßte. Er sei aber damit einverstanden, nach mehreren Kurzreferaten eine Diskussion einzuschalten.

Generalsekretär *Brunner* hält es für sehr gefährlich, vor einer Wahl eine breite Diskussion zu führen. Die Diskussion müßte sich auf das jeweilige Referat beschränken. Die Presse sehe aber nicht, was geleistet worden sei von den Ministern, Abgeordneten usw. Sie durchsuche nicht die Schreibstuben der Parteien, sondern die Abortanlagen. Wenn Kremplhuber nichts zu sagen habe, aber einen Angriff starte, werde daraus eine Schlagzeile gemacht.

Einsprüche gegen die Aufstellung von Bewerbern für die Landtagswahl nach Artikel 39, Absatz 4 des Landeswahlgesetzes:
Der *Landesvorsitzende* erinnert daran, der Landesausschuß habe die Möglichkeit nach Artikel 39, Absatz 4 des Landeswahlgesetzes, daß vom Landesvorstand einer Partei gegen die Aufstellung eines Bewerbers Einspruch eingelegt werden kann, auf den geschäftsführenden Vorstand übertragen[17]. Der geschäftsführende Vorstand sei in verschiedenen Fällen angegangen worden, Einspruch einzulegen. Durch den Einspruch werde die Wahl, die stattgefunden hat, aufgehoben. In einer Neuwahl, die stattfinden müsse, könne derselbe oder ein anderer Bewerber gewählt werden. Wenn diese Neuwahl stattgefunden hat, sei die Sache erledigt und könne die Partei nicht mehr eingreifen. Einer Begründung bedürfe der Einspruch nicht. Der geschäftsführende Vorstand habe sich auf den Standpunkt gestellt, man müsse die Einlegung von Einsprüchen auf ein Minimum beschränken; denn man könne nicht Einspruch einlegen bloß deshalb, weil einem das Gesicht eines Bewerbers nicht gefällt. In erster Linie müsse geprüft werden, ob die formellen Voraussetzungen in Ordnung seien, weil sonst Wahlanfechtungen kämen. Wenn Fehler gemacht wurden, sei durch einen Einspruch die Möglichkeit zu eröffnen, eine Überprüfung vorzunehmen, damit Wahlanfechtungen ausgeschlossen werden. Außerdem könne aus ganz besonderen politischen Gründen Einspruch eingelegt werden.

Einspruch sei eingelegt worden von *Laufen-Reichenhall-Berchtesgaden*. Dieser Fall sei bereits *erledigt*. Die Neuwahl habe stattgefunden, und die Sache sei in Ordnung. Im Fall *Kaufbeuren-Mindelheim* sei nachgewiesen worden, daß die Ladungen nicht frist- und formgerecht erfolgt seien. Die Sache sei in der Zwischenzeit *erledigt* worden. Im Falle *Feuchtwangen-Dinkelsbühl* habe es sich um ein ziemliches Durcheinander gehandelt, das mit einer Losentscheidung geendet habe. Es sei Einspruch eingelegt worden, um die Möglichkeit einer Nachprüfung zu geben. Der Fall sei in der Zwischenzeit *erledigt* und formell in Ordnung.

Dann habe man Einspruch eingelegt in der Sache *Dr. Lenz, Memmingen-Stadt und -Land*. Hier sei kein Formfehler vorgekommen, aber mit Rücksicht auf die Metex-Angelegenheit und alles, was in diesem Zusammenhang behauptet worden sei, habe es der Landesvorstand für notwendig gehalten, aus politischen Gründen die Wahl aufzuheben, um die Möglichkeit zu geben, eine Neuwahl vorzunehmen. Die Neuwahl habe entgegen den Mitteilungen in der Presse[18] nicht stattgefunden.

[17] Vgl. zu diesem Themenkomplex Nr. 62, Nr. 63, Nr. 64 und Nr. 65.
[18] So hatte etwa der Regensburger Tages-Anzeiger am 6. 10. 1954 („Neuer Kreditskandal in Bayern am Horizont?") berichtet, der CSU-Kreisverband Memmingen habe Lenz mit knapper Mehrheit als Kandidaten für die Landtagswahl bestätigt.

Dr. Lenz sei also in Memmingen zur Zeit nicht aufgestellt. Dr. Lenz habe selbst beantragt, daß ein Schiedsverfahren gegen ihn durchgeführt wird. Das Verfahren sei zur Zeit eingeleitet. Der Vorsitzende des Schiedsgerichts, Landgerichtspräsident Dr. Schleip, habe mitgeteilt, daß er den Termin zur Verhandlung auf Samstag, den 16. Oktober, anberaumt habe. Das zur Verfügung stehenden Material habe er bereits bekommen, so daß die Möglichkeit bestehe, vom Standpunkt der Partei eine Nachprüfung dessen vorzunehmen, was geschehen sei. Man werde versuchen, das Schiedsverfahren so rechtzeitig durchzuführen, daß dann die Neuwahl stattfinden kann.

Im Falle *Riedenburg-Parsberg* sei kein Einspruch eingelegt, aber aus verschiedenen Gründen angeregt worden, eine Überprüfung vorzunehmen. Die Sache sei in der Zwischenzeit *erledigt*.

Einspruch sei eingelegt worden im Stimmkreis *Cham-Waldmünchen-Neunburg vorm Wald*. Hier streite man sich: hie Eder hie Eiber[19]. Soweit er aus den Unterlagen ersehe, sei Eiber ordnungsgemäß gewählt. Man könne nicht sagen, daß formell irgendein Fehler gemacht worden sei. Eder kämpfe dagegen an. Er habe verschiedene Bundesgenossen, unter anderem Parteifreund Horlacher, der schreibe, man solle den verdienten Mann unter allen Umständen wieder aufstellen[20]; die Landesleitung solle alles dazu tun, um eine Neuwahl vornehmen zu können, damit Eder wieder gewählt werde. Er sehe dazu keine rechte Möglichkeit. Man könne die Angelegenheit, die erst vorgelegt worden sei, gleich behandeln; er müsse sie nicht an den geschäftsführenden Vorstand geben. Beide Seiten seien bei ihm gewesen. Er habe, wie immer in solchen Fällen, betont, die Praxis der Landesvorstandschaft sei die, daß nur dann, wenn Vorgänge vorliegen, aus denen sich ergibt, daß Formfehler gemacht wurden, oder wenn sich eine faustdicke politische Situation herausgebildet hat wie in Memmingen, Einspruch eingelegt werde.

Zipfel stellt den Sachverhalt dar: Im Stimmkreis *Cham-Waldmünchen-Neunburg vorm Wald* stehe zur Debatte der Bewerber Eder, der bisherige Abgeordnete, 74 Jahre, und der Bewerber Eiber, ebenfalls Bauer, 39 Jahre. Der Kreisverband habe nach Wahl der zuständigen Wahlmänner die Wahlmännerkonferenz einberufen. Gegen die Aufstellung der Wahlmänner in der Kreisversammlung sei Einspruch eingelegt worden, weil Eder keine Mitgliederkartei geführt [hat] und keine Beiträge an den Bezirksverband bzw. die Landesleitung ablieferte. Man habe niemals feststellen können, wie viele Mitglieder dem Kreisverband angehören. Weiterhin sei angeblich die Frist der Einladung nicht eingehalten worden. Auf der anderen Seite sei die Aufstellung der Wahlmänner angefochten worden, weil die in dem Bezirk wohnenden Abgeordneten, der Landtagsabgeordnete Eder und der Bundestagsabgeordnete Niederalt[21] nicht eingeladen wurden, außerdem das

[19] Heinrich Eiber (geb. 1915), kath., Landwirt, 1940–1945 Teilnahme am Zweiten Weltkrieg und russische Kriegsgefangenschaft, Mitbegründer der CSU und des BBV im Landkreis Waldmünchen, 1949–1956 Bürgermeister von Hocha, Kreisrat (CSU) in Waldmünchen, seit 1961 Präsident des BBV in der Oberpfalz, 1954–1966 MdL (CSU), 1970–1981 MdS, 1964–1972 Landrat in Waldmünchen.

[20] Im BayHStA, NL Ehard, nicht ermittelt.

[21] Alois Niederalt (1911–2004), kath., Jurist und Verwaltungsbeamter, 1939 zunächst Assessor, später Regierungsrat beim Landratsamt Wolfratshausen, seit 1940 Leiter der Landratsaußenstelle in Bad Reichenhall, 1942–1945 Teilnahme am Zweiten Weltkrieg und amerikanische Kriegsgefangen-

Kreisvorstandsmitglied Eiber. Er habe die Delegierten in der Wahlmännerkonferenz auf die Einsprüche aufmerksam gemacht und erklärt, sie sollten die Aufstellung des Kandidaten zurückstellen. Im Namen des Bezirksvorsitzenden, Oberbürgermeister Herrmann von Regensburg, der in Genesungsurlaub war, habe er, Zipfel, gehandelt und die beiden Kreisvorsitzenden, Abgeordneter Eder von Cham und Herrn Rötzer[22] von Waldmünchen gebeten, im Interesse der Unanfechtbarkeit der Kandidatenaufstellung die Wahl zu revidieren. Daraufhin habe der Kreisvorsitzende von Cham, Eder, neue Ortsverbände gegründet und neue Delegierte einberufen. Dasselbe hätten die Waldmünchner getan; sie hätten wieder eine Kreisversammlung einberufen und neue Wahlmänner aufgestellt, was von der Eder-Richtung angefochten wurde, und zwar mit der Begründung, daß bei dieser Kreisversammlung plötzlich die Protokolle über die Gründung von acht neuen Ortsverbänden vorgelegt wurden. In dieser Kreisversammlung, bei der er den Vorsitz führte, habe er gefragt, ob in diesem Fall die Delegierten der neugegründeten Ortsverbände in der Kreisversammlung, die bestimmt war, die Wahlmänner aufzustellen, stimmberechtigt seien. Er habe sich seinerzeit, anfangs Juli, auf den Standpunkt gestellt, daß sich die fristgemäße Ladung ausschließlich auf den Einladenden auswirkt, d.h., wenn der Einladende oder federführende Kreisvorsitzende eine Frist übersieht oder die Mitglieder nicht satzungsgemäß einlädt, sei das nur in der Richtung gegen diesen auszuwerten, den Delegierten zur Kreisversammlung stehe es aber frei, auf die Einladung zu verzichten.

Der *Landesvorsitzende* fügt hinzu, wenn die Delegierten einverstanden seien, gehe die Sache glatt; wenn aber jemand Einspruch erhebt und verlangt, daß die Frist eingehalten wird, wäre es ein Fehler.

Zipfel fährt fort, er habe dann abstimmen lassen. Daraufhin sei Eder abgezogen und habe verlangt, daß nochmals eine Versammlung einberufen werde. Das sei auch geschehen. Bei der dritten Aufstellung der Wahlmänner seien nun Leute gewählt worden, die – er könne das nicht entscheiden – ausschließlich gegen Eder waren. Jedenfalls habe der Kreisvorsitzende Rötzer von Waldmünchen zur Wahlmännerkonferenz einladen müssen, bei der er, Zipfel, wieder den Vorsitz geführt habe. Von seiten eines Delegierten von Cham sei sofort ein Einspruch gekommen, für Cham gelte die erste Aufstellung, nämlich Eder; die zweite Aufstellung sei hinfällig. In der Wahlmännerkonferenz sei dann Eiber mit 16 zu 14 Stimmen gewählt worden. Er wisse nicht, was dagegen zu unternehmen sei; es sei vollkommen satzungsgemäß gehandelt worden.

Dr. *Hundhammer* ist der Ansicht, nach der dritten Einberufung zur Wahl der Wahlmänner und nach der formell korrekten Durchführung der Wahl des Kandidaten bestehe kein Grund, die Wahl anzufechten. Soweit ihm die Einwände vorgetragen worden seien, seien sie kein Anlaß, seitens der Landesvorstandschaft eine Wiederwahl herbeizuführen.

schaft, 1947 Regierungsrat in Laufen und Traunstein, 1949 in der bayerischen Staatskanzlei, Oberregierungsrat beim Bevollmächtigten Bayerns in Bonn, später Regierungsdirektor und Vertreter des Bevollmächtigten Bayerns, 1953–1969 MdB (CSU), 1961/62 stellvertretender Vorsitzender der CSU-Landesgruppe, 1962–1966 Bundesminister für Angelegenheiten des Bundesrates und der Länder.

[22] Josef Rötzer, Schneidermeister in Rötz, Vorsitzender des CSU-Kreisverbands Waldmünchen.

Dazu komme die sachliche Seite. Die Landesvorstandschaft könnte auch ohne formalen Grund und ohne Begründung eine Wiederholung der Wahl vorschlagen. Im Kreis der Landesvorstandschaft möchte er offen sagen, daß er es nicht für schlecht halte, wenn an die Stelle des Abgeordneten Eder ein anderer Kandidat kommt. Er halte es für falsch, aus Freundschaft für einen alten Fraktionskollegen alles zu vertuschen. Er spreche sich dafür aus zu erklären, ein sachlicher Grund, eine Wiederholung der Wahl zu empfehlen, sei nicht zu ersehen; die Landesvorstandschaft unternimmt nichts in dieser Richtung.

Zipfel sieht eine Gefahr insofern, als bei einer Vertrauensmännerkonferenz in Cham ihm sowie Oberbürgermeister Herrmann gedroht wurde, wenn nicht in irgendeiner Form Änderung geschaffen werde, könnte man auf Grund des Landeswahlgesetzes mit 500 Unterschriften operieren[23].

Der *Landesvorsitzende* hält dem entgegen, die Gefahr, daß plötzlich ein Außenseiter auftaucht, könne überall bestehen. Man könne nicht deshalb einen Einspruch einlegen, weil man nicht wisse, ob nicht ein dritter Bewerber kommt. Er sehe keinen formell und politisch durchschlagenden Grund, einen Einspruch einzulegen.

Schachtner macht darauf aufmerksam, es könnte sein, daß der Wahlkreisleiter von der Oberpfalz den Wahlvorschlag der CSU beanstande.

Dr. *Hundhammer* empfiehlt daraufhin, daß Schachtner mit Zipfel die formelle Seite prüft.

„Es wird kein formell und politisch durchschlagender Grund gesehen, einen Einspruch einzulegen. Die formelle Seite soll von Schachtner in Verbindung mit Zipfel geprüft werden."

Der *Landesvorsitzende* geht dann über zum Fall *Reichenhall-Berchtesgaden* und erklärt dazu, es sei zweifelhaft gewesen, ob ein Formfehler vorliegt. Der geschäftsführende Vorstand habe sich für die Einlegung eines Einspruchs ausgesprochen, damit man die Wahl wiederholen könne. Die Sache sei *erledigt*.

Weiter gibt der *Landesvorsitzende* bekannt, der *Kreisverband Weiden* möchte eine *Satzungsänderung* beantragen[24]. Die Delegiertenversammlung, die den Kandidaten aufstellt, richte sich in ihren Befugnissen nach der Satzung, und die Delegierten, die nach der Satzung gewählt werden, hätten für ihre Person die Befugnisse, die ihnen das Landeswahlgesetz zuweist. Jeder habe also eine Stimme, nicht mehrere Stimmen, wenn es sich etwa um einen Abgeordneten handelt. Die Frage habe man an das Innenministerium gegeben. Das Antwortschreiben des Innenministeriums[25] sei an alle Bezirksverbände geschickt worden, so daß man sich überall im klaren sei, wo ein Zweifel auftrat. Einer Satzungsänderung bedürfe es nicht, weil die Angelegenheit im Landeswahlgesetz geregelt sei.

Schachtner äußert die Meinung, das Innenministerium sollte sich nicht auch noch um die Satzung kümmern. Die Frage sei bereits in der Wahlordnung regle-

[23] Nach Artikel 38, Abs. 4, Satz 4 des Landeswahlgesetzes mußte jeder Wahlkreisvorschlag „von wenigstens 500 Stimmberechtigten des Wahlkreises unterzeichnet sein". Zitiert nach: Feneberg, Landeswahlgesetz, S. 44.

[24] Nicht ermittelt.

[25] Nicht ermittelt.

mentiert[26]. Er garantiere dafür, daß in anderen Parteien Delegierte mit mehreren Stimmen gestimmt hätten.

Der *Landesvorsitzende* betont, man habe das Innenministerium ausdrücklich um eine authentische Auslegung gebeten, damit nicht hinterher Beanstandungen kämen. Gegenüber der Feststellung von Junker, es sei unmöglich, daß das Innenministerium gefragt wird, wie die Satzung auszulegen ist, erklärt der *Landesvorsitzende*, so sei niemals gefragt worden, sondern es sei gefragt worden, welche Möglichkeiten die Delegierten haben und ob man ihnen nach dem Landeswahlgesetz ein einfaches oder doppeltes Stimmrecht geben dürfe.

Eberhard stellt unter Hinweis auf Artikel 40, Absatz 2 des Landeswahlgesetzes[27] fest, es gebe zwei Arten von Delegierten, mittelbar und unmittelbar gewählte. Die durch die Kreisverbände unmittelbar gewählten Delegierten zur Bezirksversammlung könnten vor längerer Zeit dazu gewählt sein, nicht gerade zu diesem Zweck, sie würden aber einberufen zur Aufstellung der Wahlkreisliste. Bei den mittelbar gewählten Delegierten könne es sich nur um die zur Landesversammlung und zur Bezirksversammlung gewählten handeln, nicht aber um die automatischen Mandatsträger wie Abgeordnete usw.

Auf Zweifelsfragen erklärt der *Landesvorsitzende*, Akklamation sei möglich. *Junker* stellt fest, die Geheimhaltung sei gewährleistet, wenn über die Liste mit Ja oder Nein abgestimmt wird.

Der *Landesvorsitzende* unterbreitet dann den *Antrag des Vorsitzenden des Arbeitsausschusses für Sowjetzonenflüchtlinge*[28] *auf Umwandlung des Arbeitsausschusses in eine Arbeitsgemeinschaft*. Er weist darauf hin, der Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft müsse durch den Landesausschuß gewählt werden, dem daher der Antrag bei der nächsten Sitzung vorzulegen sei. Ferner sei die Satzung zu berücksichtigen.

Dr. *Rinke* bezeichnet den Antrag als vollkommen überflüssig.

Es besteht Einverständnis mit folgender Erledigung:

„Zuständig ist der Landesausschuß. Die Landesvorstandschaft hat sich mit der Frage befaßt, ist aber der Meinung, daß der Antrag unnötig ist, man könnte mit der Angelegenheit einen Unterausschuß des Flüchtlingsausschusses beauftragen. Der Antrag wird bis zur nächsten Landesausschuß-Sitzung zurückgestellt. Dem Antragsteller wird es überlassen, ob er seinen Antrag aufrechterhält oder zurückzieht."

[26] Zur Aufstellung der Wahlkreislisten und der dazu befugten Delegiertenversammlungen vgl. Feneberg, Landeswahlgesetz, S. 51f.

[27] Artikel 40, Abs. 2 des Landeswahlgesetzes lautete: „In einer Versammlung der von den Mitgliedern der politischen Parteien oder sonstigen Wählergruppen zu diesem Zweck unmittelbar oder mittelbar gewählten Delegierten des Wahlkreises werden die Vorschläge für die Stimmkreise oder Stimmkreisverbände zu einem Wahlvorschlag für den Wahlkreis zusammengestellt." Zitiert nach: Feneberg, Landeswahlgesetz, S. 51.

[28] Anton Miller (1899–1988), kath., Teilnahme am Ersten Weltkrieg, 1919 Rückkehr aus der Kriegsgefangenschaft, danach Angestellter eines landwirtschaftlichen Verbands, 1925 Gründung einer eigenen Firma, seit 1945 CDU-Mitglied in der SBZ und Vorsitzender des Wohnungs- und Siedlungsausschusses im Landesverband Sachsen-Anhalt, 1946–1949 MdL (CDU) in Sachsen-Anhalt, 1947–1949 Fraktionsvorsitzender der CDU, 1948/49 Vizepräsident des Landtags, 1949 Flucht nach Bayern und Eintritt in die CSU, Landesobmann des Arbeitskreises der Sowjetzonenflüchtlinge, 1953–1957 MdB (CSU).

Im folgenden kommt es zu einer Erörterung der *Angelegenheit Dr. Lenz*[29]: *Höhenberger* weist auf die Schwierigkeit hin, daß am 16. Oktober die Bezirksversammlung Schwaben stattfindet, aber kein Kandidat vorhanden sei, da die Angelegenheit Dr. Lenz erst geklärt werde.

Dr. *Hundhammer* ist der Meinung, man könne den Schwierigkeiten aus dem Weg kommen, wenn man Dr. Lenz dazu bringe, auf seine Kandidatur zu verzichten. Andernfalls müßte man prüfen, ob man in Memmingen eine Kandidatenaufstellung vorher gegen seinen Willen erreiche, was er nicht für möglich halte.

Im Falle Dr. Lenz halte er sein Verhalten, soweit es die finanzielle Seite betrifft, für nicht so ehrenrührig, daß er etwa im Untersuchungsausschuß des Landtags[30]

[29] Die Firma Memminger Textilwerk für Streichgarn-, Spinnerei- und Weberei-GmbH (Metex) war von Gerhard Lazari (vgl. Nr. 65 mit Anm. 10) am 25. 9. 1947 gegründet und am 30. 11. 1948 ins Handelsregister eingetragen worden. Durch Vorspiegelung falscher Tatsachen und unwahre Angaben war es Lazari gelungen, staatliche Kredite von insgesamt knapp einer Million DM für die Metex zu erhalten (vgl. Anm. 47 zu diesem Dokument). 1950 beantragte Lazari Staatsbürgschaften für einen Flüchtlingsproduktivkredit von 140000 DM und einen Wiederaufbaukredit von 300000 DM, die er bereits 1948 erhalten hatte. Der Kreditausschuß des Landtags lehnte dies am 22. 11. 1950 zunächst ab, stimmte dem Gesuch Lazaris am 7. 12. 1950 aber dann doch zu. Allerdings war die Steuerfahndung bereits 1949 auf die Metex aufmerksam geworden und leitete Untersuchungen ein, die am 18. 5. 1951 zu einem Unterwerfungsverfahren führten, in dem Lazari Steuernachzahlungen von 100000 DM und eine Geldstrafe von 30000 DM akzeptierte. Die Oberfinanzdirektion München verweigerte jedoch zunächst die Genehmigung zu dieser Absprache, die Lazari ein öffentliches Steuerstrafverfahren erspart hätte; erst nach einer Intervention mehrerer Politiker und nochmaliger Aktenprüfung wurde die Genehmigung erteilt. Am 21. 3. 1953 meldete die Metex Konkurs an. Was diese Affäre im Landtagswahlkampf von 1954 zu einem Politikum ersten Ranges machte, war die Tatsache, daß Lazari zwischen 1950 und 1952 der CSU 1500 DM, der SPD 700 DM und der FDP 500 DM gespendet hatte, die nach dem Konkurs der Firma Metex zurückgezahlt werden mußten. Dieser Umstand warf die Frage auf, ob Politiker dieser Parteien Lazari als Gegenleistung bei der Kreditgewährung und bei der Niederschlagung des gegen ihn anhängigen Steuerstrafverfahrens unterstützt hatten. Tatsächlich hatten sich der Memminger Landrat und CSU-Abgeordnete Karl Lenz sowie der SPD-Abgeordnete Max Drechsel für die Kreditbewillligung stark gemacht. Auch hatte Lenz ebenso wie die Abgeordneten Rudolf Soenning (seinerzeit FDP) und Alfred Frenzel (SPD) im Januar 1952 bei Richard Ringelmann im Finanzministerium interveniert, um die Zustimmung der Oberfinanzdirektion zum Unterwerfungsverfahren im Fall Metex zu erwirken. Als deswegen in der Öffentlichkeit schwere Vorwürfe gegen Lenz laut wurden, beantragte der Memminger Landrat am 12. 10. 1954 ein Schiedsverfahren gegen sich selbst. Das Landesschiedsgericht der CSU kam in einem Eilverfahren am 16. 10. 1954 zu dem Ergebnis, daß Lenz in der Angelegenheit Metex weder unehrenhaft noch parteischädigend gehandelt habe, erteilte ihm jedoch einen Verweis wegen der Vermittlung von Spenden an andere Parteien. Auch ein Untersuchungsausschuß des Landtags, den die Bayernpartei am 8. 10. 1954 beantragt hatte (vgl. Anm. 30 zu diesem Dokument), konnte keinen Zusammenhang zwischen den Spenden Lazaris und dem Einsatz verschiedener Politiker für die Firma Metex nachweisen. Dennoch war Lenz als Landtagskandidat der CSU nicht mehr haltbar. Vgl. Protokoll der 227. Sitzung des bayerischen Landtags am 23. 11. 1954, S. 2469–2486. Umfangreiches Material findet sich im ACSP, LSG, Ordner Dr. Lenz-Metex, sowie im BayHStA, NL Ehard 1239 und 1266.

[30] Die Bayernpartei hatte die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses beantragt, der klären sollte, ob „die Nachforderung von Steuern gegenüber der Firma Metex durch Intervention von Abgeordneten verhindert" worden sei und ob „Abgeordnete, die bei der Begutachtung von Kreditanträgen der Metex mitgewirkt haben, von der Metex vorher oder nachher für sich oder ihre Partei Vergütungen erhalten" hätten. Die CSU stimmte der Einsetzung eines Untersuchungsausschusses allerdings nur unter der Bedingung zu, daß dieser sich nicht nur mit der Metex-Affäre, sondern auch mit der Kreditaffäre Dumpe befassen sollte. Daraufhin beantragte die Bayernpartei, den Ausschuß auch mit der Untersuchung des Kreditfalls Lang zu beauftragen. Auf Antrag der CSU beschloß der Landtag, den Ältestenrat mit der Untersuchung der Kreditaffären zu betrauen; damit war die Öffentlichkeit von den Verhandlungen ausgeschlossen. Stenographischer Bericht über die 222. Sitzung des bayerischen Landtags am 8. 10. 1954, S. 2294f. und S. 2310–2313; vgl. auch Süddeutsche Zeitung vom 9./10. 10. 1954: „Gewitterstimmung im Landtag um den Metex-Skandal" und vom 12. 10. 1954: „Kredit-Skandal hinter verschlossenen Türen".

so schwer unter die Räder kommen könnte, daß er als Abgeordneter nicht mehr möglich wäre. Trotzdem halte er es im Interesse der Partei für dringend erwünscht, daß er nicht mehr als Kandidat kommt.

Dr. Lenz habe er wegen seiner derben und polternden Art hingenommen, wie er geschnitzt ist. Was ihn in den Augen der Landtagsfraktion schwer erträglich mache, sei das Verhältnis mit der Sängerin Ingeborg Weiß[31]. In dieser Frage müsse man in der Fraktion einen besonders strengen Maßstab anlegen[32]. Wenn in einer anderen Fraktion so etwas vorkomme, lächle man darüber und nehme es hin, wenn aber in der CSU so etwas vorkommt, müsse man in den eigenen Reihen sehr streng sein. Man könne sich nicht als christliche Partei hinstellen, wenn man eine zu laxe Auffassung habe. Man solle nicht dem „Simplicissimus" Stoff für seine Karikaturen liefern. Außerdem sei zu bedenken, daß die anderen Parteien, die Gegner der CSU und die übrigen Bürger im Staat, die in ihrem Kreis derartige Dinge hinnehmen, die Partei der Christlich-Sozialen Union mit besonders kritischen Augen beurteilen und sagen: Da schaut euch doch die Heuchler an.

Die Landesvorstandschaft sollte sich dahin einigen, zum Ausdruck zu bringen – unabhängig vom Ergebnis des Untersuchungsausschusses und des Ehrengerichts der Partei –, im Interesse der Stoßkraft bei der Wahl werde es begrüßt, daß Dr. Lenz auf seine Kandidatur verzichtet. Das wolle er nicht publiziert wissen, man könne aber die zurückhaltende Haltung durchklingen lassen, wie man es bei der CSU Oberbayern getan habe. Dem Bürgermeister von Memmingen[33] und dem Parteivorsitzenden des Bezirks Memmingen[34] gegenüber habe er schon erklärt: Wenn sich in Memmingen 80 Prozent der Vertrauensleute für Dr. Lenz entscheiden, sei es vielleicht der Partei im ganzen möglich, die Kandidatur vor der Öffentlichkeit zu verteidigen. Wenn Lenz aber mit einer geringeren Mehrheit gewählt wird, sei es nicht möglich, diese Kandidatur als plausibel vor dem Volk zu vertreten. Nach dem Abstimmungsergebnis in der Kreisversammlung[35] habe man erklärt, die Kandidatenaufstellung bleibe eine offene Frage und werde erst erfolgen, wenn das Ehrengericht entschieden hat.

Dr. *Seidel* erklärt, soweit er die Dinge richtig sehe, habe die Bevölkerung an der CSU im Falle Dr. Lenz auszusetzen, daß sie nicht das gleiche Verfahren geübt

[31] Die Sängerin Ingeborg Weiß war zeitweise am Münchner Gärtnerplatztheater engagiert. Karl Lenz gab vor dem Landesschiedsgericht an, er kenne die Familie seit langem und habe Ingeborg Weiß lediglich dabei unterstützt, ein Engagement zu finden. ACSP, LSG, Ordner Dr. Lenz-Metex, Entscheidung des Landesschiedsgerichts der CSU im Verfahren gegen Karl Lenz nach der Verhandlung vom 16. 10. 1954

[32] In der Vorlage: „annehmen".

[33] Dr. Heinrich Berndl (1887–1973), kath., Verwaltungsjurist, seit 1926 Rechtsrat der Stadt Memmingen, 1931–1945 Bürgermeister von Memmingen, vor 1933 BVP-Mitglied, im Mai 1933 Eintritt in die NSDAP, 1945 von den Amerikanern des Amtes enthoben und verhaftet, 1952–1966 als Kandidat der CSU und der Freien Wähler Oberbürgermeister von Memmingen.

[34] Josef Imbiel (geb. 1899), Oberinspektor, Vorsitzender des CSU-Kreisverbands Memmingen-Land.

[35] Eine Versammlung des CSU-Kreisverbands Memmingen hatte am 2. 10. 1954 Karl Lenz in geheimer Abstimmung mit 33 zu 25 Stimmen das Vertrauen ausgesprochen; eine endgültige Entscheidung über die Aufstellung des Landtagskandidaten sollte allerdings erst nach Abschluß des Schiedsgerichtsverfahrens gegen Lenz getroffen werden. BayHStA, NL Ehard 1266, Josef Imbiel an Hans Ehard vom 5. 10. 1954. Ein ausführliches Protokoll der Kreisversammlung am 2. 10. 1954 findet sich als Anlage zu diesem Schreiben. Vgl. auch Main-Post vom 4. 10. 1954: „CSU-Kreisversammlung vertraut Dr. Lenz".

habe wie die SPD[36], nämlich Dr. Lenz rasch aus der Fraktion auszuschalten. Dazu sei man nicht in der Lage gewesen, weil die CSU offenbar andere Satzungsbestimmungen habe wie die SPD. Die Antwort auf die Einstellung eines großen Teils der Bevölkerung habe Eberhard im Landtag in einer ausgezeichneten Weise gegeben[37]. So müsse man es den Leuten draußen erklären: Die CSU sei eine Partei mit einer festgefügten Satzung, und was nach den satzungsmäßigen Bestimmungen möglich war, sei geschehen.

Ob Dr. Lenz mit der Sängerin Weiß ein Verhältnis habe, wisse er nicht. Es sei sehr schnell ein solches Urteil gefällt. Es handle sich um Dinge, die sehr schlecht beweisbar sind. Möglich sei, daß Dr. Lenz trotz seiner Poltrigkeit den Kavalier gespielt hat und daß er über das, was der Takt ihm für sein Alter gebot, im Umgang mit der Sängerin Weiß etwas hinausgegangen ist. (Heiterkeit)

Aber es könne nicht übersehen werden, und da sei er unmittelbar Beteiligter, daß sich Dr. Lenz in der Metex-Angelegenheit mit einer Massivität eingesetzt hat, die schwer zu charakterisieren sei. Er sei so massiv in seinem Ministerium aufgetreten, daß die Beamten schutzsuchend zum Minister gekommen seien. Gegenüber Drechsel[38] und dem in der Versenkung verschwundenen Frenzel[39] habe er allerdings mindestens das für sich, daß er als Landrat für einen Betrieb tätig geworden ist, der in seinem Landkreis ansässig ist. Der Fall Frenzel sei völlig untergegangen. Er habe 500 DM kassiert und ein Jahr in der Tasche gehabt; erst dann habe er das Geld, das er nicht an die Parteikasse der SPD abgeliefert habe, zurück-

[36] Am 29. 9. 1954 hatte die SPD-Landtagsfraktion den Abgeordneten Max Drechsel wegen seiner Verwicklung in die Metex-Affäre ausgeschlossen. Drechsel hatte als Mitglied des Kreditprüfungsausschusses des Landtags 1950 für die Übernahme einer Staatsbürgschaft zugunsten der Firma Metex votiert, obwohl der damalige Oberbürgermeister Lorenz Riedmiller (SPD) ernste Bedenken vorgebracht hatte. Bei einer Besichtigung der Firma Metex durch den Kreditprüfungsausschuß hatte Drechsel 200 DM für den Wahlfonds der SPD in Empfang genommen, das Geld jedoch nicht an die Partei abgeführt. Vgl. Sozialdemokratische Presse-Korrespondenz des SPD-Landesverbands Bayern Nr. 656 vom 30. 9. 1954 und Nr. 659 vom 7. 10. 1954.

[37] Vgl. Stenographischer Bericht über die 222. Sitzung des bayerischen Landtags am 8. 10. 1954, S. 2304ff.

[38] Max Drechsel (1900–1960), Wirtschaftsredakteur, 1918/19 Militärdienst, dann Leiter der SPD-Jugendorganisation in Hof, 1928 Arbeitersekretär beim ADGB und Tätigkeit als Rechtsberater, 1933 vorübergehend verhaftet, Teilnahme am Zweiten Weltkrieg, seit 1946 Verlagssekretär, dann Schriftleiter des Wirtschaftsteils der Mittelbayerischen Zeitung, 1946–1954 MdL (SPD), wegen Verwicklung in die Metex-Affäre am 29. 9. 1954 aus der SPD-Fraktion ausgeschlossen.

[39] Alfred Frenzel (1899–1968), Glasschmelzer, 1921 Eintritt in die Kommunistische Partei der Tschechoslowakei, ab 1930 Filialleiter des Konsumvereins „Vorwärts", wegen finanzieller Unregelmäßigkeiten entlassen und aus der Partei ausgeschlossen, 1934 Übertritt zur DSAP, 1938 Emigration nach England, seit 1946 in Bayern, Kreisrat (SPD) in Schwabmünchen und stellvertretender Vorsitzender des SPD-Bezirks Südbayern, 1950–1953 MdL (SPD), 1953–1960 MdB (SPD), im Oktober 1960 wegen Verdacht auf vollendeten Landesverrat verhaftet und im April 1961 vom Bundesgerichtshof wegen Spionagetätigkeit für den Geheimdienst der ČSSR zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt, im Dezember 1966 von Bundespräsident Lübke begnadigt und im Austausch gegen Häftlinge aus der DDR in die Tschechoslowakei abgeschoben. – In die Metex-Affäre war Frenzel insofern verwickelt, als er von der Firma Metex 500 DM für ein Inserat erhalten hatte; als jedoch kein Text eintraf und Frenzel von den Finanzproblemen der Metex erfuhr, zahlte er das Geld unaufgefordert an den Konkursverwalter zurück. Daher sah die SPD-Landtagsfraktion seinerzeit keinen Grund, ihn auszuschließen. Vgl. Sozialdemokratische Presse-Korrespondenz des SPD-Landesverbands Bayern Nr. 656 vom 30. 9. 1954, sowie Tages-Anzeiger (Regensburg) vom 30. 9. 1954: „Erste Folge des Metex-Skandals", und Passauer Neue Presse vom 2. 10. 1954: „SPD-Fraktion greift im ‚Metex'-Skandal durch".

geschickt[40]. Haußleiter habe im Landtag etwas Richtiges gesagt: Man dürfe unter keinen Umständen dahin kommen, daß es heißt: Haust du meinen Metex, haue ich deinen Dumpe[41]; und der andere sagt: haust du meinen Dumpe, hau ich deinen Meier[42]!

Wenn man aus dem Fall Metex bei den Wahlen keine Einbuße erleiden wolle, müsse man den Standpunkt der Partei sehr klar herausstellen, und er wüßte nicht, wie es besser dargestellt werden könnte, als es heute früh Eberhard im Landtag getan habe.

Meixner führt an, Dr. Lenz habe ihm gegenüber zum Ausdruck gebracht, er wolle von sich aus zurücktreten, weil ihm die Angriffe gegen ihn eine Kandidatur unmöglich machten. Er wolle das aber erst tun, nachdem ihm das Schiedsgericht bzw. Ehrengericht bestätigt habe, daß er in seinem Verhalten nicht angreifbar sei. Man könne also in Schwaben damit rechnen, daß Dr. Lenz nicht mehr ernsthaft als Kandidat in Frage gezogen werden will.

Ein *Mitglied der Vorstandschaft* bezieht sich auf Äußerungen, wonach die Junge Union auf der Landesversammlung einen Vorstoß in der Angelegenheit Lenz zu machen beabsichtige[43]. Er fürchte, es wäre für die Presse ein gefundenes Fressen, wenn die delikate Angelegenheit öffentlich breitgetreten würde. Man [solle] es der Parteiführung überlassen, eine Klärung herbeizuführen.

Meixner warnt die Junge Union, einen solchen Vorstoß zu machen, weil das in der Öffentlichkeit, insbesondere in der Presse, sicher falsch ausgelegt würde und nicht zum Vorteil der Union wäre.

Sackmann verweist auf den vor etwa 14 Tagen in der „Süddeutschen Zeitung" erschienenen Artikel über die Angelegenheit Metex[44]. Der Journalist[45], der für den Artikel verantwortlich zeichne, stelle auch den Rednerdienst für die CSU zusam-

[40] BayHStA, NL Ehard 1266, Karl Lenz an Hans Ehard vom 25. 9. 1954; vgl. auch Memminger Zeitung vom 5. 9. 1954: „Sparkassen-Erklärung zu den Lazari-Lenz-Schecks".

[41] Vgl. Stenographischer Bericht über die 222. Sitzung des bayerischen Landtags am 8. 10. 1954, S. 2298. Vgl. auch Straubinger Tagblatt vom 9. 10. 1954: „Ältestenrat wird Kreditskandale untersuchen", und Passauer Neue Presse vom 9. 10. 1954: „Haust Du meinen Metex, hau ich Deinen Dumpe". Der Fabrikant Dumpe wurde beschuldigt, mit Unterstützung von Hans Seibert, der seit 1950 die Bayernpartei im bayerischen Landtag vertrat, staatliche Kredite in Höhe von drei Millionen DM erschlichen zu haben. Seibert wurde vorgeworfen, als Gegenleistung rund 10000 DM in Raten erhalten zu haben. Der Ältestenrat konnte zwar nicht klären, ob Seibert von Dumpe tatsächlich Geld herhalten hatte, weil sich die beiden eidesstattlichen Aussagen in diesem Punkt widersprachen; er stellte jedoch fest, daß Seibert an der Kreditvergabe an Dumpe nicht mitgewirkt habe. Vgl. Stenographischer Bericht über die 227. Sitzung des bayerischen Landtags am 8. 10. 1954, S. 2476.

[42] Es ist unklar, worauf Seidel hier anspielt. Möglicherweise ist Karl Sigmund Mayr gemeint, der sich dazu gezwungen gesehen hatte, Angriffe zurückzuweisen, er habe sich in Erwartung von Spenden seinerzeit als stellvertretender CSU-Vorsitzender für die Metex eingesetzt. Vgl. Südost-Kurier vom 29. 9. 1954: „Untersuchung des Falles ‚Metex' gefordert".

[43] Auf der Landesversammlung wies Franz Sackmann im Namen der Jungen Union allgemein auf das Fehlverhalten einzelner Abgeordneter hin, ohne jedoch Namen zu nennen. Um diese Mißstände zu beseitigen, forderte Sackmann eine Änderung der Satzung der CSU, um schwarze Schafe leichter ausschließen zu können, sowie eine Reform der Parteienfinanzierung. ACSP, LGF-LVers, Landesversammlung der CSU am 9./10. 10. 1954 in Nürnberg.

[44] Vgl. Süddeutsche Zeitung vom 25./26. 9.1954: „Herr Landrat Lenz trat ins Fettnäpfchen".

[45] Hans Wüst, Journalist, Mitarbeiter der Süddeutschen Zeitung, dann Pressereferent der CSU-Landesleitung und Chefredakteur des Bayern-Kurier. Wüst mußte im Juni 1960 seinen Dienst bei der CSU quittieren, weil die Staatsanwaltschaft gegen ihn ein Ermittlungsverfahren wegen Kuppelei eröffnet hatte. Vgl. Mintzel, Anatomie, S. 626 Anm. 40.

men. Nachdem er von der „Süddeutschen Zeitung" den Auftrag bekommen hatte, habe er versucht, verschiedene Herren der Landesleitung zu erreichen und habe ihm gegenüber telefonisch erklärt, er sei angesichts dieser Lage in einem Gewissenskonflikt. Darauf habe er, Sackmann, vorgeschlagen, in den Artikel hereinzunehmen, soweit bekannt sei, würde der geschäftsführende Vorstand der Partei ein Untersuchungsverfahren einleiten; wahrscheinlich bestünde die Möglichkeit, daß Dr. Lenz zum Rücktritt gezwungen wird. Es liege in seiner Hand, den Artikel so zu formulieren, daß es für den Leser erkennbar sei, daß die CSU das Notwendige getan habe. Daraufhin habe der Journalist gefragt, was denn geschehe, wenn sie nichts tue. Er habe erwidert, wenn weder vom Schiedsgericht noch von der Landesvorstandschaft etwas geschehen sollte, würde die Junge Union im Interesse der Sauberkeit in Nürnberg einen Vorstoß unternehmen. Inzwischen habe das Schiedsgericht die Arbeit aufgenommen, so daß von seiten der Jungen Union nicht direkt eine Veranlassung bestehe einzugreifen.

Der *Landesvorsitzende* legt zunächst dar, was in der Angelegenheit Lenz geschehen sei: Der geschäftsführende Vorstand habe Einspruch eingelegt mit der Wirkung, daß die Aufstellung als Kandidat gegenstandslos sei[46]. Die Neuaufstellung des Bewerbers sei noch nicht geschehen. Zweitens sei das Schiedsgerichtsverfahren eingeleitet. Außerdem habe sich die Fraktion durch ihren Vorsitzenden mit der Sache befaßt.

Der Tatbestand gruppiere sich in verschiedene Dinge. Erstens handle es sich um die Kreditaffäre. Lenz habe sich in massiver Form als Landrat dafür eingesetzt, daß die Firma Metex Wiederaufbaukredite und vor allem Kredite von der Staatsbank bekommt. Ohne Zweifel seien die Kredite sehr hoch[47]. Es könnte unangenehm sein, wenn entgegengehalten wird: Die Firma Metex, die pleite gemacht hat und bei der das Geld für persönliche Zwecke zum Fenster hinausgeworfen wurde, hat Kredite in dieser Höhe bekommen. (*Junker*: Die staatsverbürgten Kredite sind nicht sehr hoch!) Die Öffentlichkeit werde keinen Unterschied machen; der eine oder andere werde sagen: Wenn ich einen Kredit von 5000 oder 10000 DM für meinen Handwerksbetrieb brauche, bekomme ich ihn nicht.

Daraus, daß sich Lenz so heftig für die Kredite eingesetzt habe, könne man ihm einen Vorwurf machen, aber aus der Partei könne man ihn deshalb nicht ausschließen; sonst müßte man andere auch ausschließen, die sich für eine Sache eingesetzt haben, die sich hinterher als Fehlzündung erwiesen haben.

Zweitens habe sich Lenz auch für ein Unterwerfungsverfahren stark gemacht, das im Zusammenhang mit einem Steuerstrafverfahren in Gang gesetzt worden

[46] Vgl. Nr. 65. Generalsekretär Brunner informierte den Kreisverband Memmingen umgehend von dieser Entscheidung; ACSP, LSG, Ordner Dr. Lenz-Metex, Josef Brunner an Ludwig Leichtle vom 24. 9. 1954.

[47] Im Oktober 1948 hatte Lazari bereits einen Flüchtlingsproduktivkredit von 140000 DM erhalten. Im Januar 1952 hatte Lazari die Erhöhung des bisherigen Betriebsmittelkredits von 110000 DM auf 500000 DM beantragt. Anderen Angaben zufolge, hatte Lazari neben dem Flüchtlingsproduktivkredit von 140000 DM noch einen mittelfristigen Kredit aus dem Arbeitsbeschaffungsprogramm des Bundes von 300000 DM erhalten und den Betriebsmittelkredit von 110000 DM auf 900000 DM überzogen; für die Bayerische Staatsbank bedeutete das Verluste von rund 900000 DM. BayHStA, NL Ehard 1266, Anklageschrift der Staatsanwaltschaft Memmingen gegen Gerhard Lazari und andere vom 26. 7. 1954; vgl. auch Süddeutsche Zeitung vom 25./26. 9. 1954: „Herr Landrat Lenz trat ins Fettnäpfchen".

sei. Lenz sei mit Lazari im Finanzministerium gewesen. Die Unterredung habe damit geendet, daß Ringelmann gesagt habe, er sei nicht zuständig, und ihn schließlich hinausgeworfen hat. Ob man Lenz daraus einen Vorwurf machen kann, sei eine andere Frage. Es gebe auch andere Abgeordnete, die sich sehr massiv für etwas einsetzen.

Drittens werde behauptet, im Zusammenhang mit der Kreditgewährung hätten verschiedene Leute kleine Douceurs oder Trinkgelder erhalten. Lenz sage, er habe 500 DM bekommen, die er dem Kreis gegeben habe. Er weigere sich, sie zurückzuzahlen, weil die Frist für die Anfechtung von einem Jahr, von der Konkurseröffnung an rückwärts gerechnet, schon abgelaufen sei. Das sei ein Standpunkt, der parteipolitisch unmöglich sei. Es werde auch behauptet, Lenz hätte auch persönlich etwas bekommen, z. B. Stoffe[48]. Wieweit das gehe, müsse man erst feststellen. (Dr. *Hundhammer*: Wie kommt Lazari dazu, der Ingeborg Weiß Geschenke zu machen?) Die kritische Sache seien die Spenden, die im Zusammenhang mit der Kreditgewährung oder der Vermittlung im Steuerstrafverfahren gemacht worden sind. Man wisse nur, daß die Partei 1000 DM bekommen hat und daß 500 DM, die Lenz erhalten hat, an die Kasse in Memmingen gegangen seien.

Über die Parteispende von 1000 DM könne er folgendes sagen: Er habe am 12. März 1953 vom Konkursverwalter einen Brief bekommen, in dem es heiße: Es sei ein Scheck über 1000 DM an den Wirtschaftsbeirat gegeben worden; das sei eine Schenkung, die auf Grund der Konkursordnung angefochten werde[49]. Dem Brief sei die Abschrift eines Briefes von Lazari vom 12. Mai 1952 an die Staatsbankstelle in Memmingen beigelegen, worin dieser schreibt: Man habe einen Scheck über 1000 DM ausfüllen müssen und bitte darum, daß dieser auch bezahlt wird; denn auf Anweisung von Dr. Lenz seien wegen des Steuerstrafverfahrens 1000 DM an den Ministerpräsidenten abzuliefern[50]. Erkundigungen hätten ergeben, daß der Wirtschaftsbeirat nichts bekommen hat. Es habe sich herausgestellt, daß der Scheck beim Generalsekretär eingegangen ist und eingelöst wurde.

Daraufhin habe er dem Konkursverwalter geschrieben[51], ihm sei bisher von einem Steuerstrafverfahren gegen die Firma Metex nichts bekannt; er wisse auch nicht, wer sich dafür einsetzt. Der Wirtschaftsbeirat wisse auch von der Sache nichts und habe auch kein Geld bekommen. Der Scheck sei beim Generalsekretär eingegangen, der ihn eingelöst habe. Dieser sein Brief vom 21. März 1953 habe ein merkwürdiges Schicksal gehabt. Er sei in keiner der Veröffentlichungen erschienen. Daraufhin habe er den Konkursverwalter in einem Schreiben aufmerksam gemacht, daß von einem Brief nirgends etwas stehe[52]. Das Geld habe er sofort zurückgeschickt. Darauf habe der Konkursverwalter geschrieben, diesen Brief habe

[48] In der Presse wurde etwa kolportiert, Lenz habe noch im Dezember 1952, knapp zwei Monate vor Konkurseröffnung, 6,5 m Stoff von der Metex erhalten. Der Beschuldigte erklärte jedoch, er habe den Stoff an Bedürftige verschenkt. Vgl. Südost-Kurier vom 6. 10. 1954: „Nachdrückliche Befürwortung durch Dr. Lenz", und Straubinger Tagblatt vom 29. 9. 1954: „Rechtfertigungsversuche im ‚Metex'-Skandal".

[49] BayHStA, NL Ehard 1266, Rechtsanwalt Georg-Wilhelm Mayer an Hans Ehard vom 12. 3. 1953. Vgl. hierzu und zum folgenden N. 65 mit Anm. 6 und Anm. 7.

[50] BayHStA, NL Ehard 1266, Gerhard Lazari an die Bayerische Staatsbank vom 12. 5. 1952.

[51] BayHStA, NL Ehard 1266, Hans Ehard an Georg-Wilhelm Mayer vom 21. 3. 1953.

[52] BayHStA, NL Ehard 1266, Hans Ehard an Georg-Wilhelm Mayer vom 25. 9. 1954.

er mit der Korrespondenz mit Lenz, Frenzel usw. zu einem persönlichen Handakt gelegt und die Handakten und Notizen habe er an die Staatsanwaltschaft gegeben. Erst am 27. September 1954 sei der Handakt plötzlich vom Gericht dem Konkursverwalter auf den Tisch gelegt worden[53].

Als er im März 1953 den Brief des Konkursverwalters bekommen habe und er sich daraufhin an Dr. Lenz wandte, habe dieser ihn an Sigmund Mayr verwiesen. Auf seine Bitte um Auskunft[54] habe Mayr am 27. März 1953 etwa geschrieben[55], er sei im Oktober 1951 beim Verlassen der Fraktionssitzung von Emmert angesprochen worden, der ihm den Geschäftsführer der Firma Metex vorgestellt und erklärt habe, Lazari, der eine ausgezeichnete Firma habe, wolle eine Spende von 1000 DM geben. Mayr habe, wie er ihm mitteile, erklärt, er wolle Lazari einen Brief schreiben. Daraufhin habe Mayr einen Brief und eine Rechnung für Inserate geschickt. Als keine Antwort kam, habe Mayr geschrieben: Wollen Sie auf Ihrem Angebot beharren oder nicht?, worauf wieder keine Antwort gekommen sei. Auf ein nochmaliges Schreiben sei dann am 8. März 1952 ein Brief an Mayr gekommen[56], in dem Lazari auf das Strafverfahren Bezug nimmt und sich über das Finanzministerium beschwert, insbesondere, daß Ringelmann die Sache nicht vorwärtstreibe. Er habe deshalb die 1000 DM nicht zahlen können. Dr. Ringelmann sei schuld, daß die Sache nicht im Unterwerfungsverfahren erledigt worden sei. Der Betrieb sei ausgezeichnet, er habe soundso viel Umsätze usw. Daraufhin habe Mayr nichts mehr getan. Mayr habe keine Beratung in der Steuersache ausgeübt, ebenso niemand von der Landesleitung und niemand vom Wirtschaftsbeirat. Wie das Unterwerfungsverfahren im einzelnen gelaufen sei, sei ihm nicht bekannt.

Die Spenden im Zusammenhang mit der Kreditgewährung und [dem] Steuerstrafverfahren seien eine sehr unbequeme Sache, die aufgeklärt werden müsse. Was das persönliche Verhalten von Lenz betrifft, so scheine er sich mit Ingeborg Weiß sehr gern gezeigt zu haben. Was im einzelnen dran sei, wisse er nicht. Die 1000 DM, die an die Landesleitung gingen, seien zurückgezahlt. Lenz habe die 500 DM nicht zurückgezahlt. Was mit den zweiten 500 DM sei, von denen die Rede sei, wisse er nicht[57].

Elsen kritisiert, daß die Anklageschrift nach Mitteilung des Landtagspräsidenten [Alois Hundhammer] drei Monate vor Verhandlungsbeginn auf Weisung des Staatssekretärs im Justizministerium[58] an die Presse gegeben wurde. Diese Sache müsse unter allen Umständen untersucht und geklärt werden. Von seiten des Kabinetts seien die entsprechenden Konsequenzen zu ziehen. Ferner sei das Verhalten des Konkursverwalters zu prüfen, der Material an die Journalisten abgegeben habe. Innerhalb der Fraktion und des Kabinetts sei auch das Verhalten des Finanz-

[53] BayHStA, NL Ehard 1266, Georg-Wilhelm Mayer an Hans Ehard vom 27. 9. 1954.
[54] BayHStA, NL Ehard 1266, Hans Ehard an Karl Sigmund Mayr vom 21. 3. 1953.
[55] BayHStA, NL Ehard 1266, Karl Sigmund Mayr an Hans Ehard vom 27. 3. 1953.
[56] BayHStA, NL Ehard 1266, Gerhard Lazari an Karl Sigmund Mayr vom 8. 3. 1952.
[57] Zu diesem Verwirrspiel vgl. Süddeutsche Zeitung vom 29. 9. 1954: „Vom Memminger Kredit-Skandal".
[58] Dr. Fritz Koch (1896–1967), 1924–1945 Rechtsanwalt in Würzburg und Aschaffenburg, Teilnahme am Zweiten Weltkrieg, 1946 Landgerichtspräsident in Aschaffenburg, seit 1947 Richter am bayerischen Verfassungsgerichtshof, zeitweise Stadtrat in Aschaffenburg (SPD), 1950–1954 Staatssekretär im bayerischen Justizministerium, Mitglied der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Akademiker.

ministers [Friedrich Zietsch] zu überprüfen, der sich gegenüber den Angriffen von Dr. Sturm[59] im Landtag nicht vor die Staatsbank stellte[60], ebensowenig, wie er sich bei der Filmbürgschaftsdebatte vor seinen Staatssekretär gestellt habe[61].

Der *Landesvorsitzende* stellt klar, die Frage sei nicht so zu stellen, ob die Anklageschrift monatelang vor der Verhandlung herausgegeben wurde. Wenn die Anklageschrift eingereicht ist, sei damit Anklage erhoben. Bei einer Besprechung im Kabinett habe er den Justizminister [Otto Weinkamm] ausdrücklich um Auskunft gebeten[62]. Er sei einigermaßen schockiert, daß der Justizminister nicht in erster Linie den Ministerpräsidenten informiert. Der Konkursverwalter schreibe, er habe nichts hinausgegeben, sondern sei erst von den Presseleuten angesprochen worden, die ihm auch die Anklageschrift vorgelegt hätten[63].

Erst müsse man das Verhalten von Dr. Lenz bei der Kreditgewährung klären und die Tatbestände klarstellen, weil niemand eine richtige Vorstellung habe. Sich einzusetzen, werde bereits im Landtag als Sünde wider den Heiligen Geist angesehen. Dann sei zu klären, ob Lenz mittelbar oder unmittelbar Vorteile dafür bekommen habe, daß er sich für die Kredite und im Steuerstrafverfahren eingesetzt hat, und ob er etwa Dinge weitergegeben hat, um sich irgendwo beliebt zu machen. Man könne nur abwarten, bis das Schiedsverfahren durchgeführt ist.

Sackmann weist darauf hin, die Bestimmung in der alten Satzung, daß jemand erst dann aufgefordert werden könne, seine Ämter niederzulegen, wenn das

[59] Dr. Wilhelm Sturm (1889–1957), Bankdirektor, 1909–1920 Berufsoffizier in der bayerischen Armee, 1922 Promotion, dann Eintritt in die Würzburger Filiale der Dresdner Bank und Aufstieg zum Direktor verschiedener Filialen, vor 1933 BVP- und BHKB-Mitglied, 1945 Wirtschaftsbeauftragter für den Bezirk Bamberg-Stadt und -Land, 1948–1951 Direktor der Bamberger Filiale der Bayerischen Bank für Handel und Industrie, seit 1948 Mitglied der BP und 1949 deren Vorsitzender im Bezirk Bamberg, 1950–1957 MdL (BP).

[60] In seiner Begründung des Antrags der Bayernpartei auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses in der Metex-Affäre hatte Sturm die Bayerische Staatsbank wegen ihres Kreditgebarens und ihrer Personalpolitik kritisiert. Vgl. Stenographischer Bericht über die 222. Sitzung des bayerischen Landtags am 8. 10. 1954, S. 2294 f., und Süddeutsche Zeitung vom 9./10. 10. 1954: „Gewitterstimmung im Landtag um den Metex-Skandal".

[61] 1950 und 1951 hatte der Freistaat die Bürgschaft für Kredite in Höhe von über 23 Millionen DM für die Produktion von Filmen übernommen und dabei einen Verlust von knapp 18 Millionen DM erlitten. Am 8. 5. 1953 war auf Antrag der Bayernpartei ein Untersuchungsausschuß eingerichtet worden, der in 45 Sitzungen prüfte, inwieweit die enormen Verluste durch vorsätzliches oder fahrlässiges Verhalten staatlicher Stellen entstanden waren. Der Bericht des Untersuchungsausschusses erhob schwere Vorwürfe – u. a. Nichtbeachtung des Parlaments und Verstöße gegen die bayerische Verfassung – gegen Richard Ringelmann, der seinerzeit als Ministerialdirektor im Finanzministerium für die Filmfinanzierung mitverantwortlich gewesen war. Als daraufhin kaum verklausulierte Rücktrittsforderungen an die Adresse Ringelmanns laut wurden, nahm Zietsch seinen Staatssekretär gegen den Vorwurf in Schutz, er habe gegen die Verfassung verstoßen, lehnte zugleich aber jede Verantwortung für Mißstände ab, die aus der Zeit vor seiner Tätigkeit als Minister stammten. Vgl. Stenographischer Bericht über die 221. Sitzung des bayerischen Landtags am 7. 10. 1954, S. 2256–2291, und Nürnberger Nachrichten vom 8. 10. 1954: „Skandal über Skandal vor dem Landtag".

[62] Das Protokoll der Ministerratssitzung am 28. 9. 1954, als sich das Kabinett ausführlich mit der Metex-Affäre befaßte, vermerkt dazu nichts. In der Ministerratssitzung am 12. 10. 1954 kam es zu einem Disput zwischen Ehard, Weinkamm und Koch über die Pressearbeit des Justizministeriums und die Veröffentlichung der Anklageschrift gegen Lazari. IfZ-Archiv, ED 120/381 und 382.

[63] Das Justizministerium hatte die Anklageschrift gegen Gerhard Lazari und andere vom 26. 7. 1954 am 2. 9. 1954 an die Staatskanzlei weitergeleitet. Die Staatskanzlei erhielt die Anklageschrift nochmals am 8. 10. 1954 zugesandt. BayHStA, NL Ehard 1266, bayerisches Justizministerium an Hans Ehard vom 2. 9. 1954, Anlage: Anklageschrift der Staatsanwaltschaft Memmingen gegen Gerhard Lazari, Gertrud Lazari und Franz Krones vom 26. 7. 1954 und Ministerbüro des bayerischen Justizministers an die bayerische Staatskanzlei vom 8. 10. 1954.

Schiedsgericht das Urteil gefällt hat[64], habe zur Folge, daß man in den vergangenen Jahren keinen Ausschluß aus der Partei erlebt habe. In der neuen Satzung sei die Möglichkeit gegeben, jemand bis zur Klärung im Schiedsverfahren zur Niederlegung der Ämter aufzufordern[65].

Eberhard wirft ein, Dr. Lenz habe keine Ämter.

Dr. *Müller* betont, im großen und ganzen sei der Standpunkt des Justizministeriums immer durchgehalten worden, die Anklageschrift erst kurz vor der Hauptverhandlung der Presse zu übergeben, damit nicht inzwischen der Betreffende zur Sau gemacht wird und hernach sehen kann, wie er wieder einigermaßen herauskommt. Man habe sich auf den Standpunkt gestellt, daß nur dann eine Ausnahme gemacht werden kann, wenn der Landtag eine Auskunft über ein Verfahren verlangt.

Was die Satzungsbestimmung betrifft, daß erst ein Ehrengericht sprechen müsse, so gehe das auf die Amerikaner zurück, denen die Satzungen vorgelegt werden mußten.

Nach seinem Empfinden gehe es zu weit, derartige Dinge vor einer Landesversammlung zu erörtern. Man tue dem Betreffenden Unrecht. Die Partei werde darunter leiden, wenn sich der Kameradschaftsbegriff nicht stärker durchsetzen kann. Das Ehrengericht müsse so rasch wie möglich zusammentreten, um die Frage zu klären, ob Lenz persönlich etwas bekommen hat. Es könne dabei feststellen, im Gegensatz zu Drechsel habe Dr. Lenz nicht an der Entscheidung mitgewirkt.

In der Frage der Parteifinanzierung sei gegenüber Angriffen zu betonen, daß man, solange kein Parteifinanzierungsgesetz besteht[66], keiner Partei verwehren könne, Spenden hereinzunehmen, weil jede Partei darauf angewiesen sei[67].

Festzustellen sei, daß Ringelmann nach der Liste nicht Mitglied der CSU sei. Er bitte, das endgültig klarzustellen. Er sehe nicht ein, warum man zuläßt, daß Ringelmann in der Presse als Mitglied der CSU erscheine[68]. Man könne ihn als Fachstaatssekretär bezeichnen.

Der *Landesvorsitzende* schlägt folgende Feststellung vor:

„Die Partei kann gegen Staatssekretär Dr. Ringelmann nichts unternehmen, weil er nicht Mitglied der CSU ist."

[64] Nach Paragraph 9 der Schiedsordnung der CSU vom 6. 12. 1946 (abgedruckt in: Protokolle und Materialien, Bd. 3, S. 1805–1810, hier S. 1806) konnten die Schiedsgerichte der Partei das „Ruhen aller oder einzelner Rechte aus Mitgliedschaft oder Ämtern für eine gewisse Frist" beschließen.

[65] Hier ist der Bezug nicht eindeutig. Während nach der Satzung von 1946 für den Ausschluß eines Mitglieds ein Schiedsgerichtsverfahren notwenig war, sah die Satzung von 1952 die Möglichkeit vor, ein Mitglied durch einen mit Zwei-Drittel-Mehrheit gefaßten Beschluß des Kreisvorstands auszuschließen. Vgl. Satzung der CSU vom 4. 10. 1946, in: Protokolle und Materialien, Bd. 3, S. 1783–1803, hier S. 1785, und die im Anhang zu dieser Edition abgedruckte Satzung der CSU von 1952.

[66] Das bereits im Grundgesetz angekündigte Parteiengesetz wurde erst 1967 verabschiedet, nachdem das Bundesverfassungsgericht ein Jahr zuvor die 1959 eingeführte staatliche Parteienfinanzierung für verfassungswidrig erklärt hatte. Vgl. von Alemann, Parteiensystem der Bundesrepublik Deutschland, S. 86f.

[67] Zur Abhängigkeit der CSU von Spenden vgl. Schlemmer, Aufbruch, S. 471ff.

[68] Beispielsweise Münchner Merkur vom 30. 9. 1952: „Zietsch äußert sich zur Metex-Affäre".

Dr. *Müller* führt weiter an, der Verteidiger von Lazari[69] habe ihm gegenüber geäußert, Lenz komme nicht tiefer hinein, aber die Staatsbank stünde im Verfahren nicht besonders gut da. Es könne noch irgendwelche Veränderungen geben.

Dr. *Hundhammer* führt zur Frage der Anklageschrift an, die Presse habe durch einen ihrer Leute die Anklageschrift verlangt, nachdem sie fertiggestellt war. Der Vorzimmermann von Ringelmann[70] habe es nicht auf sich nehmen wollen, sie abzugeben. Daraufhin habe Staatssekretär Dr. Koch entschieden, daß die Anklageschrift dem Pressemann[71] vorgelegt wird. Damit habe die Presse den Anfang des Fadens in der Hand gehabt. Die Presseleute hätten dann den Konkursverwalter, der Mitglied der Vertrauensleuteversammlung in Memmingen sei, mit konkreten Fragen bestürmt, worauf dieser sich zu gewissen Dingen geäußert habe. Die Presseleute hätten sich dann auch an eine Reihe von Leuten gewandt, die vom Konkurs als Gläubiger betroffen oder in anderer Weise berührt seien. Zu kritisieren sei, daß der Staatssekretär im Justizministerium die Anklageschrift, von der anzunehmen war, daß sie als Instrument gegen die CSU benützt wird, herausgegeben habe.

Bundesminister *Strauß* erinnert daran, Lenz habe ein eigenes Presseorgan aufgezogen und sei im Kampf um die Leitung des Organs mit der ungekrönten Macht in Bayern, der Lizenzpresse – „Schwäbische Landeszeitung", „Münchner Merkur" usw. –, in Konflikt geraten. Man habe einen Eingriff in die Rechte der 1945er befürchtet. Dem sei Lenz zum Opfer gefallen.

Was Lenz getan hat, sei in Dutzenden von Fällen schon vorgekommen, ohne daß es das Licht der Öffentlichkeit erreicht hat oder Aufsehen erregte. Natürlich spiele auch der herannahende Wahltermin eine Rolle. Von den Staatsgeldern, die sich die Sozialdemokraten aus einem noch nicht durchgesetzten Wiedergutmachungsverfahren in Hessen haben genehmigen lassen, spreche niemand[72].

Der Konkursverwalter sei keine solche anima candida, als die er hingestellt wird. Er sei ortseingesessen; sein Schwiegervater, ein Maler, habe von Lenz einen abschlägigen Bescheid erhalten, als er ein Haus in Ottobeuren ausmalen lassen wollte[73]. Seit dieser Zeit bestehe zwischen dem Konkursverwalter und Lenz eine tödliche Feindschaft, die sich bei dieser Gelegenheit auswirke. Der Konkursverwalter sei Mitglied der CSU, die CSU beabsichtige aber, wenn die ganze Angelegenheit abgeschlossen ist, ein Verfahren gegen ihn mit dem Ziel des Parteiausschlusses einzuleiten[74]; denn er habe bei der Sitzung vom vergangenen Samstag[75],

[69] Nicht ermittelt.
[70] Nicht ermittelt.
[71] Nicht ermittelt.
[72] Angeblich hatte die SPD im Rahmen eines noch nicht abgeschlossenen Wiedergutmachungsprozesses in Hessen einen Vorschuß von 200 000 DM erhalten. ACSP, LGF-LVers, Landesversammlung der CSU am 9./10. 10. 1954 in Nürnberg.
[73] Nicht ermittelt.
[74] Am 8. 11. 1954 und am 7. 12. 1955 stellte Lenz beim Bezirksverband Schwaben Anträge auf Parteiausschluß gegen Georg-Wilhelm Mayer; diesen Anträgen schlossen sich am 3. 1. 1956 Karl Sigmund Mayr und am 19. 1. 1956 Heinrich Emmert an. Das Bezirksschiedsgericht Schwaben der CSU verwarf diese Anträge jedoch am 25. 2. 1956 als unbegründet. ACSP, LSG, Ordner Dr. Lenz-Metex, Niederschrift über die Sitzung des Bezirksschiedsgerichts Schwaben der CSU vom 25. 2. 1956 und Entscheidung des Bezirksschiedsgerichts Schwaben der CSU im Schiedsverfahren gegen Georg-Wilhelm Mayer, undatiert (25. 2. 1956).
[75] Vermutlich kam es während der turbulenten Kreisversammlung der Memminger CSU am 2. 10.

bei der es zu einem heftigen Zusammenstoß zwischen Lücker[76] und Mayer[77] kam, unter anderem behauptet, alle Abgeordneten seien korrupt; man könne sich an Hand des Metex-Falles ungefähr ausrechnen, was jedes Mitglied des Kreditprüfungsausschusses des Landtags erhalten hätte. Das gehe an eine Million pro Kopf. Diese Äußerung sei vor einem größeren Kreis getan worden. Man sollte keinen Wert legen auf einen sogenannten Parteifreund, der saudumme, nicht dramatische Einzelfälle dramatisiert und die Sauberkeit zahlreicher Geldgeber und das Ansehen nicht mit Glücksgütern gesegneter Abgeordneter in den Dreck zieht, um seine persönliche Ottobeurer Feindschaft auszutragen.

Lenz habe sich beim ansässigen Gewerbe, im Gegensatz zu den Arbeitern, Feindschaft geschaffen, indem er den Metex-Betrieb und den Hirsch-Konzern[78] mit 2000 Beschäftigten großgezogen hat. Der Konkursverwalter sei der Exponent des einheimischen Gewerbes, das sich darüber ärgere. Er wolle Lenz nicht rechtfertigen, aber das Ausmaß dessen, was geschehen sei, sei geringfügig. Davon sollte man nicht viel Aufsehen machen, weil vier Wochen später eine andere Sau durchs Dorf getrieben wird.

Das Schiedsgericht sollte erreichen, daß Lenz die Kandidatur für die CSU nicht ermöglicht wird, aber mit einer Ehrenerklärung, daß er sich persönlich nicht bereichert hat und daß man ihm, um die Sauberkeit vor der Öffentlichkeit zu wahren und jeden Verdachtsgrund auszuschalten, für dieses Mal auferlegt habe, nicht für die CSU zu kandidieren. Man habe keinen Grund, die zahlreichen Landräte, die manchmal komplizierte Touren drehen um eines Betriebs willen[79], nicht aus persönlichen Gründen, und die Geldgeber auf der anderen Seite abzuschrecken, indem man aus der Sache einen Riesentamtam macht mit einem Ergebnis, das einem Harakiri gleichkommt. Die SPD würde sich ins Fäustchen lachen, daß sich die Bürgerlichen den Strick um den Hals drehen. Man solle die Sache bereinigen; dann werde im November nicht mehr viel zu hören sein.

Vorgehen gegen Bestrebungen auf Ausweitung des Bundesvertriebenenministeriums:

Dr. *Rinke* teilt mit, es stehe gegen Finanzminister Schäffer eine Aktion bevor, gegen die die CSU geschlossen auftreten müsse. Bundesminister Dr. Oberländer gehe darauf aus, das Vertriebenenministerium und damit seine Partei auszuweiten.

1954 zu dieser Auseinandersetzung. Ein ausführliches Protokoll findet sich im BayHStA, NL Ehard 1266.

[76] Hans August Lücker (geb. 1915), kath., 1939–1945 Teilnahme am Zweiten Weltkrieg, 1945/46 Leiter des Ernährungsamts Erding/Freising, 1947–1949 Direktor der Landesbauernkammer in München, stellvertretender Generalsekretär des BBV, seit 1947 Mitglied der CSU und des Wirtschaftsbeirats der Union, 1953–1980 MdB (CSU), 1958–1979 MdEP (CSU). – Lücker vertrat seit 1953 den Wahlkreis Memmingen im Bundestag und war auf diese Weise von der Affäre Metex/Lenz betroffen.

[77] In der Vorlage: „Mayr". Vermutlich ist hier aber nicht Karl Sigmund Mayr, sondern Georg-Wilhelm Mayer gemeint, der als Mitglied der Memminger CSU wie Hans August Lücker an der Kreisversammlung am 2. 10. 1954 teilgenommen hat.

[78] Die zum Mischkonzern Georg Hirsch gehörende Gummiwarenfabrik Metzeler & Co. AG errichtete in Memmingen eine Fabrik, wobei das gesamte Investitionsvolumen auf 30 Millionen DM geschätzt wurde. ACSP, LSG, Ordner Dr. Lenz-Metex, Central-Geschäftsstelle Georg Hirsch (gez. Diederich) an Karl Lenz, undatiert.

[79] Zum unkonventionellen Vorgehen der Landräte bei der Industrieansiedlung, das sich mitunter hart am Rande der Legalität bewegte, vgl. Balcar, Politik auf dem Land, S. 442–451.

Schon bei der Übertragung der Abteilung der Kriegssachgeschädigten vom Innenministerium auf das Vertriebenenministerium[80] seien nur parteitaktische Gründe maßgebend gewesen. Oberländer wolle aus dem BHE die größte nichtsozialistische Sozialpartei machen. Als weitere Aktionen in diesem Sinn zeichne sich ab, daß Oberländer die Ausgabenseite des Lastenausgleichs, die populäre Seite, in die Hand bekommen will, während die unpopuläre Seite, die Rolle des Büttels, bei Schäffer bleiben soll. Außerdem strebe Oberländer die Oberaufsicht über die Lastenausgleichsbank[81] an, die heute eine der größten Banken des Bundesgebiets sei. Offenbar habe der Bundeskanzler bei der Koalitionsbildung irgend etwas abgesprochen etwa in der Form: Darüber läßt sich reden, was Oberländer als bare Münze genommen habe. Angesichts dieser Bestrebungen komme es darauf an, Dr. Adenauer vor die Alternative zu stellen: Willst du den BHE oder die CSU? Für Schäffer würde es eine Stärkung bedeuten, wenn sich die Vorstandschaft hinter die Landesgruppe in Bonn stelle.

Bundesminister *Strauß* stellt mit Bedauern fest, daß Oberländer drauf und dran sei, durch die Koalitionsabmachungen, die zum Teil hinter dem Rücken der CSU vor sich gegangen seien, eine größere Machtposition zu erlangen, als er sie im kleineren Rahmen in Bayern gehabt habe[82]. Nachdem Oberländer die Zuständigkeit für die Fliegergeschädigten erlangt habe – Schröder, Blank und er hätten dagegen gestimmt[83] –, wolle er nunmehr mit der Sachaufsicht über den Lastenausgleich erreichen, daß Schäffer als Büttel von den Zahlungspflichtigen das Geld hereinholt, während er als feiner Maxe das Geld ausgebe. Der Zweck sei sehr einfach zu durchschauen. Oberländer wisse, daß es sich beim Lastenausgleich um ein Unternehmen auf lange Frist handle. Ihm gehe es darum zu erreichen, daß jeder, der von seinem Amt etwas bekommt, auch seine Partei wählt. Diese Forderung durchzusetzen, bedürfe es einer Änderung des Gesetzes. Ferner strebe Oberländer die Dienstaufsicht über die Lastenausgleichsbank an, und zwar durch Änderung des Gesetzes über die Errichtung der Lastenausgleichsbank.

[80] Oberländer hatte am 1. 12. 1953 per Kabinettsvorlage gefordert, die Zuständigkeit für die Kriegssachgeschädigten vom Bundesinnen- auf das Bundesvertriebenenministerium zu übertragen und war damit auf erbitterten Widerstand von Franz Josef Strauß getroffen (vgl. das Protokoll der Kabinettssitzung am 18. 12. 1953, in: Kabinettsprotokolle der Bundesregierung 1953, S. 574ff.). In der Abstimmung am 29. 1. 1954 hatte das Kabinett dem Wunsch Oberländers nach lebhafter Debatte mehrheitlich entsprochen. Die Änderungen waren zum 1. 4. 1954 wirksam geworden (vgl. das Protokoll der Kabinettssitzung am 29. 1. 1954, in: Kabinettsprotokolle der Bundesregierung 1954, S. 45–48). Ein ähnliches Revirement fand in Bayern nach Bildung der Viererkoalition statt, als eine Reihe von Abteilungen des Innenministeriums, darunter die Abteilung II/4 (Angelegenheiten der bayerischen Hauptfürsorgestelle und soziale Fürsorge der Kriegsbeschädigten) an das von Walter Stain (BHE) geleitete Arbeitsministerium übergingen, was die CSU scharf kritisierte. Vgl. CSU-Correspondenz vom 6. 1. 1955, S. 1f.

[81] Nach Paragraph 13 des Gesetzes über die Lastenausgleichsbank vom 28. 10. 1954 (vgl. BGBl. 1954 I, S. 293–296) oblag die Aufsicht über die Lastenausgleichsbank der Bundesregierung, die diese an einen Bundesminister übertragen konnte. Der Streit um die Aufsicht über die Lastenausgleichsbank, der seit November 1953 schwelte, endete im November 1954 mit einem Sieg Oberländers, nachdem der Bundesvertriebenenminister sein Verbleiben im Kabinett auch von dieser Entscheidung abhängig gemacht hatte. Vgl. Einleitung zu: Kabinettsprotokolle der Bundesregierung 1954, S. XXXIIIf.

[82] Theodor Oberländer hatte vom 18. 12. 1950 bis zum 24. 11. 1953 als Staatsekretär für das Flüchtlingswesen dem bayerischen Ministerrat angehört.

[83] Vgl. Anm. 80 zu diesem Dokument.

Dabei berufe sich Oberländer auf ein Versprechen des Bundeskanzlers. Die Fraktion habe Dr. Adenauer zu der Frage gestellt [sic!], er habe aber ausweichend geantwortet[84]. Leider habe man seinerzeit die Änderung des Grundgesetzes im Hinblick auf die Wehrverfassung nicht in uno actu durchgeführt, sondern nur, soweit es notwendig war, um ohne Schwierigkeiten durchzukommen. Er fürchte, daß es angesichts des inneren Zustands des BHE und der FDP schwerer werde, die Zweidrittelmehrheit für die noch notwendige Grundgesetzänderung zu bekommen[85].

Er ersuche die Landesvorstandschaft, die Landesgruppe in Bonn zu beauftragen, dagegen anzugehen, daß die Sachaufsicht über die Ausgabenseite des Lastenausgleichs und die Dienstaufsicht über die Lastenausgleichsbank in die Kompetenz des Bundesvertriebenenministers überführt werden.

Dr. *Schubert* führt an, Oberländer verlange auch die personelle Umbesetzung im Bundesausgleichsamt, und zwar solle der derzeitige Präsident [Friedrich Käss] durch Kather[86] ersetzt werden. Festzustellen sei, daß der Lastenausgleich nicht ausschließlich eine Angelegenheit der Vertriebenen sei, sondern ebensosehr die Einheimischen betrifft. Es sei schlechterdings unmöglich, eine so wichtige Domäne einer so einseitig gebundenen Interessengruppe wie dem BHE ausschließlich in die Hand zu geben. Oberländer berufe sich auf verbindliche Versprechen des Bundeskanzlers und auf Zusagen der Fraktionsvorsitzenden der Koalitionsparteien[87]. (*Strauß*: Das letzte ist absolut unwahr!) Der Bundeskanzler habe aber erklärt, er habe bei den Verhandlungen über die Koalitionsbildung lediglich eine Unterstützung der Anträge des BHE, die er in dieser Richtung stellen wird, zugesagt.

Oberländer komme nun die außenpolitische Situation zugute, wie er ja immer solche Augenblicke benutzt, um machtpolitisch vorzupreschen. Das weitere Verbleiben in der Regierung und damit die für die Unterzeichnung des Londoner Abkommens[88] erforderliche Zweidrittelmehrheit mache der BHE von der Erfüllung der angeblichen Versprechen abhängig. Er möchte die Forderung untersteichen,

[84] Vgl. Protokoll der Sitzung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion am 25. 5. 1954, in: CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag 1953–1957, 1. Halbbd., S. 146f.

[85] Damit war die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht gemeint.

[86] Dr. Linus Kather (1893–1983), nach Teilnahme am Ersten Weltkrieg Rechtsanwalt und Notar in Königsberg, 1930–1932 Stadtverordneter (Zentrum) in Königsberg, nach 1945 Rechtsanwalt in Hamburg, 1951–1958 Vorsitzender des Zentralverbandes der Vertriebenen Deutschen bzw. des Bundes der vertriebenen Deutschen, Mitbegründer der CDU in Hamburg, 1946–1949 Mitglied der Hamburger Bürgerschaft (CDU), 1954 Übertritt zum BHE, bis 1960 stellvertretender Bundesvorsitzender des GB/BHE, 1961 Austritt aus dem GB/BHE, später NPD-Mitglied, 1949–1957 MdB (bis 1954 CDU, dann GB/BHE).

[87] Heinrich von Brentano (CDU/CSU), Hans-Joachim Merkatz (DP), Thomas Dehler (FDP) und Horst Haasler (GB/BHE).

[88] Nachdem die EVG in der französischen Nationalversammlung gescheitert war, hatten vom 28. 9.–3. 10. 1954 auf einer Neun-Mächte-Konferenz in London Verhandlungen über die Einbindung der Bundesrepublik in die westliche Sicherheitsallianz stattgefunden. Die Erklärungen Anthony Edens, die britische Rhein-Armee in Deutschland zu belassen, und Konrad Adenauers, die den einseitigen Verzicht der Bundesrepublik auf ABC-Waffen zusicherte, ermöglichten einen Kompromiß, der schließlich im Rahmen der Pariser Verträge zur Aufnahme der Bundesrepublik in die WEU und in die NATO führte. Vgl. Bruno Thoß, Der Beitritt der Bundesrepublik Deutschland zur WEU und NATO im Spannungsfeld von Blockbildung und Entspannung (1954–1956), in: Anfänge westeutscher Sicherheitspolitik, Bd. 3, S. 1–234, hier S. 32–50.

daß Kather unter keinen Umständen Präsident des Bundesausgleichsamts werden kann.

Der *Landesvorsitzende* empfiehlt, der Anregung von Strauß Rechnung zu tragen. Auf die Person von Kather könne man allerdings nicht abstellen.

„Die Landesgruppe der CSU in Bonn wird ersucht, dagegen anzugehen, daß die Sachaufsicht über die Ausgabenseite des Lastenausgleichs und die Dienstaufsicht über die Lastenausgleichsbank in die Kompetenz des Bundesvertriebenenministers überführt werden."

Finanzielle Fragen:

Bundesminister *Strauß* bringt ein finanzielles Problem zur Sprache, bei dem es sich um die Sekretariate der Abgeordneten sowie um die Frage handelt, ob die Abgeordneten aus ihren Spesen an die nicht besetzten Wahlkreise oder an die Parteihierarchie (Kreis, Bezirk, Landesverband) zahlen sollen[89]. Die Landesgruppe der CSU sei bei der von ihr getroffenen Regelung davon ausgegangen, daß die fünf von den 47 bayerischen Wahlkreisen, die nicht in unmittelbarer Wahl von der CSU erobert wurden, auch betreut werden sollen. Man habe es so gehalten, daß Wacher den Wahlkreis Hof und Stiller[90] die beiden Nürnberger Wahlkreise als Stimmkreisabgeordnete übernehmen und damit als Landeslistenabgeordnete ausscheiden. Die nicht besetzten zwei Wahlkreise, der sehr schwierige Wahlkreis Bayreuth und der nicht minder schwierige Wahlkreis Coburg, würden in der Weise berücksichtigt, daß die von den Landeslistenabgeordneten monatlich abgelieferten Beträge von 250 DM – 250 mal 8 = 2000 DM – an die beiden Kreise aufgeteilt werden, wenn dabei auch Reserven zurückgehalten werden. Die Hälfte bekomme Bayreuth, das Wacher übernimmt, der dafür einen Geschäftsführer eingesetzt hat, die andere Hälfte Coburg, wo Kemmer[91] das Patronat ausübt.

Er habe dieses Verfahren für richtig gehalten, um den schwer kämpfenden oberfränkischen Freunden eine Entlastung zukommen zu lassen. Er sei allerdings der Meinung, daß die Frage, woher die Landeslistenabgeordneten kommen, hinsichtlich der Ablieferung der Gelder, nicht die erste Rolle spielen soll; denn sonst würden in Zukunft die Landeslistenabgeordneten von der Parteiorganisation vom Gesichtspunkt erleichterter Finanzierung anstatt von der Streuung der Kandidaturen aus behandelt. Wenn die Partei anderer Meinung ist, müßten die eingegangenen Verpflichtungen abgewickelt werden, bis man das Verfahren ändern könnte, auf das[92] sich durch einen beinahe einstimmigen Beschluß die Landesgruppe geeinigt habe[93].

[89] Seit Januar 1950 zahlten die Bundestagsabgeordneten der CSU monatlich 25 DM an die Landesgeschäftsstelle, die Bundesminister 35 DM bzw. 50 DM, wenn sie zugleich Abgeordnete waren. Damit leisteten sie einen beachtlichen Beitrag zur Finanzierung des Parteiapparats. Vgl. Schlemmer, Aufbruch, S. 470f.

[90] Georg Stiller (1907–1992), ev., Bäckermeister und Kaufmann, 1939–1945 Teilnahme am Zweiten Weltkrieg, Vorsitzender des Grund- und Hausbesitzervereins Nürnberg, stellvertretender Vorsitzender des Landesverbands bayerischer Haus- und Grundbesitzer und Mitglied des Hauptausschusses des Zentralverbands deutscher Haus- und Grundbesitzer, seit 1946 CSU-Mitglied, 1958–1968 Mitglied des Landesvorstands der CSU, 1949–1953 Stadtrat (CSU) in Nürnberg, 1953–1969 MdB (CSU), seit 1963 stellvertretender Vorsitzender der CSU-Landesgruppe.

[91] In der Vorlage: „Kammer?".

[92] In der Vorlage: „zu dem".

[93] Im Protokoll der Landesgruppensitzung am 2. 12. 1953 (ACSP, LG-P) heißt es: „Die Landesgruppe beschließt bei zwei Gegenstimmen und zwei Enthaltungen, daß Abg. Stiller den Wahlkreis

Dr. *Müller* spricht sich dagegen aus, indem er die Frage aufwirft, woher sich die Bezirksverbände, die im wesentlichen die Arbeit tragen, finanzieren sollen. Man müsse dazu kommen, daß die ordentlichen Ausgaben durch ordentliche Einnahmen gedeckt werden und daß das, was durch Spenden hereinkommt, für die Breitenarbeit verwendet wird. Er sei für eine vernünftige Finanzpolitik, bei der aufgeschlüsselt sei, was die Landesleitung, die Bezirksverbände und die Kreisverbände bekommen. Nur dann könne man eine ordentliche Parteiarbeit leisten. Die Arbeit müsse unten geleistet werden.

Wenn, besonders in Nürnberg, Propagandafilme angekündigt werden, so sei festzustellen, daß die Leute, wenn sie ins Kino gehen, nicht ins Parteikino gehen. Anders sei es auf dem Land. Der Großstädter gehe nach Schlagzeilen.

Wacher ist der Meinung, daß dort die Gelder am besten eingesetzt seien, wo gefährdete Kreise betreut werden. Das Wahlkreisbüro Bayreuth, das er betreue, funktioniere gut. Niemand wolle, daß die unbesetzten Kreise abgeschrieben werden.

Von Lex führt an, es sei ein erheblicher Widerstand bei den Bundestagsabgeordneten aufgetreten, Gelder an den Bezirksverband abzuführen mit der Begründung, daß die Landtagsabgeordneten an den Bezirksverband nichts abliefern[94]. Das habe ihm wenigstens der Geschäftsführer des Bezirksverbands München [Heinrich Pflüger] berichtet. Er empfehle, daß nach der Neuwahl des Landtags durch den geschäftsführenden Vorstand der Union vorgeschlagen wird, was die Bundestagsabgeordneten und was die Landtagsabgeordneten abzuführen haben. Um den Zankapfel aus der Welt zu schaffen, sollte man die Angelegenheit im erweiterten Vorstand besprechen. Er halte es für notwendig, eine gleichmäßige Belastung der Mandatsträger im Bundestag und Landtag herbeizuführen.

Bundesminister *Strauß* ist damit einverstanden, daß der geschäftsführende Vorstand mit den Bezirksvorsitzenden die Angelegenheit bespricht. Er kämpfe nicht um einen persönlichen Vorteil, sondern nur darum, daß den Stimmkreisen, die bei der Bundestagswahl stiefmütterlich weggekommen sind, ein Lastenausgleich gewährt wird. Er habe den Eindruck, daß die Faulheit mancher Geschäftsführer durch das Rupfen der Abgeordneten, die sich zufällig an einem Platz häufen, ausgeglichen werden soll.

Schäfer ist der Meinung, wenn ein Abgeordneter in der Großstadt Nürnberg ein Büro unterhalte, nütze es der Partei wenig. Das beschränke sich auf Beratung und Gesuchschreiben, aber eine politische Arbeit, wie sie in der Großstadt Nürnberg mit ihrer sozialistischen Mehrheit notwendig ist, erreiche man damit nicht. Wenn die Beträge zur Verfügung gestellt werden, habe man Mittel für einen ordentlichen Etat, um die politische Arbeit leisten zu können. Er schließe sich daher dem Standpunkt von Dr. Müller an, daß der Abgeordnete die Parteiorganisation unterstützen muß.

Nürnberg-Fürth und Abg. Wacher den Wahlkreis Hof übertragen erhalten und damit wie Wahlkreis-Abgeordnete behandelt werden. Die übrigen 8 Listenabgeordneten zahlen ab 1. Januar 1954 monatlich DM 250 zur Errichtung besonderer Wahlkreisbüros in den beiden Wahlkreisen Bayreuth und Coburg."

[94] Im März 1950 hatten sich die Landtagsabgeordneten der CSU bereit erklärt, der Landesgeschäftsstelle jeweils 15 DM monatlich zur Verfügung zu stellen, die Mitglieder der Staatsregierung gaben monatlich 35 DM. Vgl. Schlemmer, Aufbruch, S. 470.

Der *Landesvorsitzende* schlägt vor, daß die Frage vom geschäftsführenden Vorstand unter Zuziehung der Bezirksvorsitzenden behandelt wird. (Dr. *Müller*: Der Bezirksvorsitzenden und Kassierer!)

„Die strittige finanzielle Frage wird vom geschäftsführenden Vorstand unter Zuziehung der Bezirksvorsitzenden und Kassierer behandelt."

Schluß der Sitzung: 22 Uhr

Nr. 67

Sitzung des geschäftsführenden Landesvorstands der Christlich-Sozialen Union am 6. November 1954 in München

Tagesordnung[1]:
1. Kandidatenaufstellung für die Landtagswahl
2. Finanzierung des Wahlkampfs

Tagungsort: München, Prinzregentenstraße 7, Staatskanzlei

Anwesend[2]: Eberhard, Ehard, von Feury, Geiger, Horlacher, Hundhammer, Krehle, Kreußel, Lechmann, Meixner, Muhler, Schachtner, Schmidt, Schwend, Strauß

Beginn: 10 Uhr 30

ACSP, LGF-LV[3]

Ehard: [...][4] Wahlkreis, daß Landesvorstandschaft Einspruch abgelehnt hat, daß Kremer in Schnaittach als Kandidat aufgestellt wurde[5]. Persönliche Anwürfe gegen Kremer. Brief von Schnaittach[6]. Dekan Dr. [Schnapp aus] Bühl[7] zieht mit ihm herum und stützt ihn. Ich glaube, kann man zu den Akten legen.

[1] Rekonstruiert anhand des Protokolltextes. Das Einladungsschreiben Heinz Lechmanns zu dieser Sitzung vom 28. 10. 1954 (BayHStA, NL Ehard 1210) enthält keine Tagesordnung.
[2] Erstellt anhand der Anwesenheitsliste im Protokoll.
[3] Das Protokoll liegt nur in Form eines – zum Teil stichwortartigen – Stenogramms vor, das von Alois Schmidmeier transkribiert wurde.
[4] Ein Wort unleserlich.
[5] Vgl. zu diesem Themenkomplex Nr. 62, Nr. 63, Nr. 64, Nr. 65 und Nr. 66.
[6] Der undatierte, mit „Zahlreiche alte CSU-ler aus Schnaittach" gezeichnete Brief an Hans Ehard findet sich in: BayHStA, NL Ehard 1210. Darin heißt es, Kremer habe zwar zunächst katholische Theologie studiert, sei danach jedoch als RAD-Führer stark antikirchlich eingestellt gewesen, was ihn in weiten Teilen der örtlichen Bevölkerung verhaßt gemacht habe. Zudem habe er familiäre Probleme und habe sich bei der Kandidatenaufstellung nur dank der Unterstützung durch Dekan Schnapp sowie mittels nicht näher bezeichneter Versprechungen an die Adresse der Delegierten durchsetzen können. Sollte die Kandidatur Kremers bestehen bleiben, wurde unverhohlen mit Wahlboykott gedroht.
[7] Nicht ermittelt.

Hilfeschrei aus Niederbayern. Dr. Schubert, Rednerprominenz hatte zunächst zugesagt und dann abgesagt.

Ehard: Dr. Lenz. Verliest Entscheidung in Sachen Dr. Lenz[8]. Wir haben wegen Lenz Einspruch eingelegt gegen Kandidatenaufstellung, so daß Neuwahl sein mußte. Vorher hat Lenz mit mir und Meixner gesprochen. Der will nicht mehr kandidieren. Erst Schiedsverfahren zur Ehrenrettung. Bei dem Schiedsverfahren hat er ausdrücklich erklärt, nicht mehr zu kandidieren[9]. Er ist dann auch nicht mehr aufgestellt worden. Er hat sich aber zur Wahl gestellt. Lenz hat nicht verzichtet[10].

In Niederbayern ist alles konzentriert. Da kommt alles zusammen von SPD, BHE und BP. Von uns haben drei Prominente zugesagt, und zwei, Strauß und Schäffer, abgesagt. Noch Prominenz zum Sprechen hinbringen. Was ich im übrigen beobachte in Mittelfranken größte Sorge hatte, scheint sich Sache wieder zu beruhigen.

Kreußel: Keim und Schäfer sind beide zur FDP übergetreten[11].

Ehard: Na, dann sind sie nicht mehr wert. Nerreter hat mir eben am Telefon gesagt, daß Leute von der FDP zu uns übergetreten sind.

Kreußel: Es ist jetzt kein Vorsitzender und kein Geschäftsführer dort.

Schmidt: Ist jemand bei uns dafür da, der solche Schwierigkeiten an Ort und Stelle löst. Regt von zentraler Stelle aus Überbrückung der Schwierigkeiten [an]. Dr. Lechmann sitzt gezwungenermaßen im Büro[12]. Brunner ist in [...][13].

Ehard: Strauß soll in Straubing sprechen. Es treten alle Parteien auf. Lechmann soll mit Schäffer reden. Wegen Niederbayern.

Geiger: Über Finanzierung dieser Landtagswahl. In Bundestagswahl haben wir als Landesleitung 224 000 DM[14] bekommen von der Volkswirtschaftlichen Gesellschaft[15]. Von diesen haben wir 20 000 DM an die Bezirksverbände hinausgegeben,

[8] Vgl. Nr. 66.

[9] Karl Lenz hatte während der mündlichen Verhandlung wiederholt erklärt, er werde nicht mehr kandidieren, sobald das Landesschiedsgericht seine Ehre wiederhergestellt habe. Wegen der ausgesprochenen Verwarnung bedeutete das Urteil für Lenz jedoch nur einen Freispruch zweiter Klasse. ACSP, LSG, Ordner Dr. Lenz-Metex, Niederschrift über die Sitzung des Landesschiedsgerichts der CSU am 16. 10. 1954 und Entscheidung des Landesschiedsgerichts im Schiedsverfahren gegen Karl Lenz, undatiert (16. 10. 1954).

[10] ACSP, LSG, Ordner Dr. Lenz-Metex, Karl Lenz an Hans Ehard vom 29. 10. 1954.

[11] Nachdem der Vorsitzende des CSU-Kreisverbands Feuchtwangen, Bäckermeister Heinrich Heumann aus Herriden, schon im Oktober 1954 sein Amt niedergelegt hatte, traten Anfang November Landrat Paul Keim, der den Kreisverband nach Heumanns Rücktritt kommissarisch führte, und Kreisgeschäftsführer Otto Schäfer aus der CSU aus und schlossen sich der FDP an. Der Grund für diese Krise im CSU-Kreisverband Feuchtwangen war der Konflikt um die Aufstellung des Stimmkreiskandidaten für den Landtag, der nach einem Einspruch des geschäftsführenden Landesvorstands letztlich zugunsten des amtierenden Mandatsträgers Wilhelm Bachmann entschieden wurde. Vgl. Nr. 65 mit Anm. 13, Südost-Kurier vom 9. 11. 1954: „Aus der CSU ausgetreten", und BSB, NL Schwend 22, FDP-Pressedienst vom 12. 11. 1954, S. 1–4.

[12] Josef Brunner wurde am 25. 10. 1954 nach finanziellen Unregelmäßigkeiten in der Landesleitung von seinen Aufgaben als Generalsekretär entbunden (BSB, NL Schwend 15, Hans Ehard an Josef Brunner vom 25. 10. 1954). Heinz Lechmann, der Generalsekretär des Wirtschaftsbeirats der Union, fungierte als kommissarischer CSU-Generalsekretär und koordinierte auch die letzte Phase des Landtagswahlkampfs. Vgl. Schlemmer, Aufbruch, S. 437.

[13] An dieser Stelle scheint das Stenogramm nicht fortgesetzt worden zu sein.

[14] Hier und im folgenden stillschweigend ergänzt.

[15] Vgl. Nr. 64 mit Anm. 43.

an jeden 2000 Mark. Per Saldo für Landesleitung 204 000 DM. Wir waren sparsam. Wir sind von der CDU unterstützt worden. Die meisten Plakate wurden von der CDU geliefert, haben wir umsonst [erhalten]. Auch von anderen Kreisen der Wirtschaft, des Handels haben wir Wahlspenden bekommen. Aus Defizit herausgekommen.

Wie bei Landtagswahl. Zwei Gründe. Mittel der Volkswirtschaftlichen Gesellschaft fließen nicht mehr so wie bisher. Die Wirtschaft hat für Landtagswahl nicht das Interesse und gibt weniger. Dazu kommt, daß einige Herren in der Wirtschaft sehr deutlich gegen die CSU eingestellt sind, sehr offen und deutlich.

2. Wir werden nicht in dem Umfang oder gar keine Unterstützung durch CDU für Wahlplakate und Flugblätter [erhalten].

3. Die Volkswirtschaftliche Gesellschaft hat in ziemlich großem Umfang – wir wissen nicht in welchem – bei Bundestagswahl an die 300 000 DM an Kandidaten und Bezirksverbände finanziert. Fällt jetzt weg. Die Situation jetzt etwas schwieriger. In den letzten Tagen noch mal genaue Zusammenfassung. Voranschläge und Rechnungen 247 000 DM, davon sind bisher bezahlt rund 125 000 DM, offen noch 125 000 DM. Hauptposten: Plakate – Film – Parteienanzeigen – demoskopische Umfrage – Flugblätter und anderes usw. Kassenbestand rund 15 000 DM. Es stehen noch einige Beträge in Aussicht. Ich habe heute 23 000 DM abliefern können. Auch von Volkswirtschaftlicher Gesellschaft werden wir hoffentlich auch noch was bekommen. An Spenden sind bisher eingegangen. Es sind noch einige Aussichten, was zu bekommen. Wenn es uns gelingt, den Kostenvoranschlag nicht wesentlich zu überschreiten, werden wir ohne Verschuldung über den Wahlkampf kommen. Aber Sparsamkeit.

Versagen der Bezirksverbände. Sie zahlen keine Beiträge. Es wird wiederholt gemahnt. Ich habe mich persönlich mit den Vorsitzenden besprochen. Stand Bezirksverbände: Auf dem laufenden Niederbayern, Oberpfalz und Oberfranken. Unterfranken: acht Monate – 1200 DM; Augsburg: neun Monate – 900 DM (Bei Augsburg noch Rechnung tragen die letzte Landesversammlung, wo Adenauer dort sprach[16], hat viel gekostet. Augsburg noch Teil der Unkosten zu ersetzen. Aus diesem Rückstand Beitrag erlassen.); Mittelfranken: zehn Monate – 1500 DM; Schwaben: 13 Monate – 1500 DM; Oberbayern: 13 Monate; München: 18 Monate; Nürnberg: 18 Monate; [Beitragsrückstände gesamt:] 11 150 DM

Der Rückstand fehlt in laufender Finanzierung. Jetzt entsteht die Frage, was die Landesleitung den Bezirksverbänden zur Verfügung stellen [kann]. Nach jetzigem Standpunkt nicht möglich. Wenn nicht von Volkswirtschaftlicher Gesellschaft noch größerer Betrag kommt, in welchem Umfang weiß ich nicht, habe auch keine große Hoffnung.

Strauß: Bemerkungen. Bei Bundestagswahl 60 Prozent unmittelbar örtliche Ausgaben, 40 Prozent Landesleitung. Jetzt bei der Landtagswahl fließen natürlich die Gelder der Wirtschaft geringer. 1. Interesse an Landesregierung nicht so groß. 2. antiklerikal und evangelisch (das deutsch-nationale, liberale Bürgertum).

[16] Die Landesversammlung der CSU hatte am 13./14. 6. 1953 in Augsburg stattgefunden; Höhepunkt der Veranstaltung war eine Großkundgebung mit Konrad Adenauer. Vgl. Nürnberger Nachrichten vom 15. 6. 1953: „Dr. Ehard wurde zum 5. Male gewählt".

Kreußel: Wir vom Evangelischen Arbeitskreis können nicht eingreifen, da wir die Mittel nicht haben.

Strauß: In vielen Gegenden wird von eigenen evangelischen [...][17] nicht anerkannt. Leute von Industrie- und Handelskammer Nürnberg an Haußleiter 100000 Mark geben. Bezirksverbände: Muster der Propagandamaterialien wurden von den Bezirksverbänden bestellt und dann möglicherweise auch bezahlt. Wenn die Bezirks- und Kreisverbände fragen, was wir von der Landesleitung bekommen, müssen sie natürlich Plakate, Flugblätter, Filme usw. berücksichtigen. Wenn man übersehen könnte, was noch an Spenden eingeht, könnten wir uns auf Verteilung einigen.

Ehard: Natürlich müssen wir wissen, was eingeht.

Hundhammer: Bis September bezahlt, strittige vier Monate. Finanzierungsfragen in anderen Dingen. Es kommt nicht darauf an, was Gelder überwiesen werden. Trotzdem würde ich es für richtig halten, auch in tragbarem Maß finanziell zu helfen. Ich muß darauf zurückkommen, es ist nicht das Gleiche, wenn Stadt Nürnberg das Gleiche bekommt wie Oberbayern.

Ehard: Stadt Nürnberg wesentlich schwieriger.

Hundhammer: Zu den Ausgaben, Geldverwendung. Es ist doch, glaube ich, notwendig, die Zweckmäßigkeit zu prüfen. 20000 DM für Meinungserforschung halte ich nicht für zweckmäßig. Setzen Sie den Betrag ins Verhältnis zum Rednerdienst. Man soll auch versuchen, noch einiges an Spenden zu bekommen. Sorgfalt über Disposition von Geldern.

Ehard: Verteilung an Bezirksverbände würde ich vorschlagen. Der geschäftsführende Vorstand ist einverstanden, daß Bezirksverbände etwas bekommen, aber wir müssen abwarten, was wir noch bekommen. Mehr wie 2000 DM wird nicht gehen.

Geiger: Zu Erläuterungen Hundhammer einschließlich Oktober 1200 DM. Oberbayern zahlt monatlich 200 DM. Bitte berücksichtigen.

Ehard: Oberbayern hat ja auch viel mehr Möglichkeiten. Oberbayern hat ja viele Leute. Nürnberger Kreis ist ja klein.

Geiger: Auch Beiträge sind ja nicht entsprechend. Auch dieser Streit mit Oberbayern muß hier geschlichtet werden.

Hundhammer: Ich weigere mich, das nachzuzahlen.

Geiger: Oberbayern stellt sich auf den Standpunkt, daß alle gleich.

Es wird über Spenden von Volkswirtschaftlicher Gesellschaft gesprochen.

Lechmann: Zusammenarbeit Wirtschaftsbeirat und gewerbliche Wirtschaft. Wir haben große Möglichkeiten, wenn wir steuermäßig gleiche Möglichkeiten hätten wie Volkswirtschaftliche Gesellschaft[18].

[17] Zwei Wörter unleserlich.

[18] Die bayerischen Unternehmerverbände hatten bei ihrem Einstieg in die Volkswirtschaftliche Gesellschaft bereits mit dem Gedanken gespielt, sie aus steuerlichen Gründen als Fördergesellschaft zu nutzen. Die Volkswirtschaftliche Gesellschaft Bayern war als Berufsverband ins Vereinsregister eingetragen worden, „um die bei gemeinnützigen Einrichtungen üblichen Steuerrevisionen zu umgehen". Vgl. Moser, Unternehmer in Bayern, in: Schlemmer/Woller (Hrsg.), Bayern im Bund, Bd. 2. S. 52f.

Ehard: Man sollte doch Versuch machen, an die Bezirksverbände was hinauszugeben. Aber darauf aufmerksam machen, daß Plakate usw. auch die und die Beträge kosten. Wenn wir also Geld hereinbekommen, dann müssen wir klar beachten, daß gewisse Beträge gezahlt werden und Rest hinausgeben.

Schmidt: Einkommen 100000 DM Volkswirtschaftliche Gesellschaft, 50000 DM Großgrundbesitzer, 10000 DM Wirtschaftsbeirat.

Strauß: Schlüssel wie Beitragsaufkommen. 30000 DM im Durchschnitt. 20000 DM – 100 DM – 150 DM – 200 DM.

Ehard: Auch gefährdete Gebiete besonders berücksichtigen. 10000 DM.

Nr. 68a

Rede Hans Ehards in der Sitzung des geschäftsführenden Landesvorstands der Christlich-Sozialen Union am 8. Januar 1955 in München

BayHStA, NL Ehard 1228[1]

1. Abrechnung!
2. Finanzierung der Partei
3. Organisation der Landesleitung und der Finanzierung
4. Organisation der Opposition
   a) Fraktion des Landtags: notwendig, für jeden Ausschuß ein, für große Ausschüsse vielleicht zwei verantwortliche Leiter und Berichterstatter für die Fraktion aufzustellen; außerdem [ist] je ein Verbindungsmann zu den einzelnen Ministerien aufzustellen; eine Koordinierungsstelle für Bundestagsfraktion (ständig!);
   b) Bundestagsfraktion: ständige Koordinierungsstelle mit Landtagsfraktion;
   c) ständige Verbindung von Landtags- und Bundestagskoordinierung mit Parteileitung.

   Ein geeigneter Leiter der Oppositionstätigkeit, der auch unter Umständen selbst im Landtag spricht oder andere dazu veranlaßt.
5. Anstellung eines Generalsekretärs [nach] Paragraph 49 c durch Landesvorstandschaft[2]
6. Unterbringung von Brunner
7. Noch stärkere Aktivierung und Verbindung mit Wirtschaftsbeirat
8. *Landesvorsitzender*: Landtagspräsident und Oppositionsführer vertragen sich nicht!

[1] Hierbei handelt es sich um zwölf handschriftliche Seiten mit Notizen Ehards für seine Rede, mit der er die Sitzung des geschäftsführenden Landesvorstands eröffnete. Zur Sachkommentierung vgl. Nr. 68b.

[2] In Paragraph 49 der im Anhang abgedruckten Satzung der CSU vom Juli 1952 hieß es: „Zu den Aufgaben der Landesvorstandschaft gehören insbesondere: [...] c) Anstellung des Generalsekretärs".

Persönliche Bemerkungen:
Pressemitteilungen noch vor dem Landesausschuß am Samstag, den 18. Dezember 1954, „Münchner Merkur"[3], auch in anderen Zeitungen, die uns übrigens nahestehen. Ich weiß, daß seit längerer Zeit Bestrebungen im Gang sind. Es haben mich auch verschiedene Leute der Fraktion nicht als Landtagspräsident gewählt. Es war beabsichtigt, mich als Ministerpräsident zwar aufzustellen, aber mit Hilfe der BP durchfallen zu lassen. Ich weiß, daß nicht viele [aus] unserer Fraktion dieses Spiel mitmachen wollten[4].

Man hat mir übel genommen die Koalition mit der SPD, hat aber vergessen, daß Baumgartner und das Wahlergebnis 1950 die Ursache waren. Das Wahlergebnis 1954 hat mir recht gegeben.

Auch von Bonn her – Palais Schaumburg – hat man dauernd gegen mich unterminiert. Merkwürdige Verbindungen zwischen dort und hier!

Schon vor den Neuwahlen immer wieder: nie mehr wieder mit der SPD aus unseren Kreisen – alles auf die BP gesetzt. Unausrottbarer Irrtum von der christlichen Bruderpartei!

Ich [wurde] immer wieder beschuldigt, ich sei allein daran schuld. Siehe Nachwahlen! Gemeindewahlen! [...][5] Passau!

Industrie: Brief Seeling[6]! Dann kamen sie zu mir und beschwerten sich über Hoegner (Streik), dann forderten sie unter allen Umständen eine bürgerliche Koalition gegen SPD und erklärten, die BP sei durchaus sicher, sie würden schon zur rechten Zeit eingreifen.

Bauernverband erklärte andererseits: keinesfalls Baumgartner als Landwirtschaftsminister, Rothermel würde sofort zurücktreten.

Nach der Regierungsbildung: Dehler gratuliert Hoegner, er sei mit dieser Koalition sehr zufrieden. Industrie [...][7]: Sehr einverstanden, die Freunde (natürlich FDP) würden in allem unterstützen. Bauernverband ist still, Kanzler schickt mir eine gedruckte Neujahrskarte!

Fraktion war [sich] ihrer Sache *zu* sicher: zuerst Beschluß Koalition mit BP und BHE und sogleich Pressemitteilungen wegen der Kulturpolitik[8].

[3] Vgl. Münchner Merkur vom 17. 12. 1954: „Nachfolger für Ehard gesucht".
[4] Vgl. Gelberg, Hand Ehard, S. 523.
[5] Zwei Abkürzungen unverständlich.
[6] Otto Seeling hatte sein Amt als Präsident des LBI zwar im Mai 1954 aus gesundheitlichen Gründen niedergelegt, blieb aber im Rahmen seiner Möglichkeiten aktiv. Den von Ehard angesprochenen Brief, der selbst nicht ermittelt werden konnte, hatte Seeling anscheinend am 8. 7. 1954 an den Geschäftsführer des LBI und BHE-Bundestagsabgeordneten Reinhold F. Bender geschrieben, der einen Tag später Abschriften an die Mitglieder der Volkswirtschaftlichen Gesellschaft verschickte. Allerdings blieb das brisante Schreiben nicht vertraulich, sondern wurde sowohl in der CSU als auch bei gut informierten Journalisten bekannt. Näheres auch in Nr. 68b, S. 480ff. Wir danken der Leiterin des Bayerischen Wirtschaftsarchivs, Dr. Eva Moser, für diese Informationen.
[7] Ein Wort unleserlich.
[8] Mit dieser Kritik stand Ehard nicht allein. So schrieb etwa Carl Nützel („Schlaf der Gerechten") am 9. 12. 1954 im Münchner Merkur: „Dagegen bewies die CSU, daß sie von den dramaturgischen Regeln der politischen Bühne keine Ahnung hat. Sie ließ ihre Unterhändler bereits in der ersten Szene nach der Wahl recht geizig und unsympathisch erscheinen. Kaum lag das Wahlergebnis vor, da erklärten CSU-Sprecher, daß diesmal mit den kulturpolitischen Forderungen der Union Ernst gemacht werden müsse; sie sprachen in einem Ton, der keinen Zweifel daran lassen konnte, daß für die CSU die Zeit der Kompromisse vorbei sei."

Dann stundenlange Debatten darüber, daß Baumgartner nicht Landwirtschaftsminister und nicht Innenminister und daß BP nicht den stellvertretenden Ministerpräsidenten haben soll. Sicher alles sofort weitergegeben, und die anderen Parteien, insbesondere SPD und FDP, haben sofort die Folgerungen daraus gezogen.

Presse – Rundfunk – „Bayern-Kurier": Baumgartner lobt im Rundfunk Müller und Nerreter und behauptet, ich hätte hinten herum mit SPD verhandelt[9].

9. *Landtagsauflösung*: Durch Mehrheitsbeschluß seiner gesetzlichen Mitgliederzahl selbst auflösen (103 Stimmen). Auf Antrag von einer Million wahlberechtigter Staatsbürger kann der Landtag durch Volksentscheid abberufen werden (Artikel 18 bayerische Verfassung[10]). Wenn also eine Million den Antrag stellen, dann muß ein Volksentscheid über die Abberufung des Landtags herbeigeführt werden. Dann ist zur Abberufung des Landtags durch Volksentscheid die Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen erforderlich (Artikel 80 und 91 des Gesetzes über Volksentscheid[11]). Die Neuwahl des Landtags findet dann spätestens am sechsten Sonntag nach der Auflösung oder Abberufung statt. Die Kosten der Herstellung der Eintragungslisten und deren Versendung an die Gemeindebehörden fallen dem Antragsteller, die Kosten der Feststellung des Ergebnisses des Volksbegehrens der Staatskasse, die übrigen Kosten den Gemeindebehörden zur Last (Artikel 90 Volksbegehren).

[10.] *Geschäftsführender Vorstand*: Zusammensetzung – Paragraph 51[12]: sieben Mitglieder zu wählen aus der Landesvorstandschaft, dazu die engere Vorstandschaft bestehend aus den drei Vorsitzenden, den Schriftführern, dem Schatzmeister und Generalsekretär.

[9] Joseph Baumgartner hatte im Bayerischen Rundfunk in der Sendereihe „Politik aus erster Hand" am 5. 1. 1955 (IfZ-Archiv, ED 132/120) ausgeführt: „Erfreulicherweise haben erhebliche Teile der CSU selbst unter den Wortführern Paul Nerreter, Josef Müller und unter namhaften Vertretern der jungen Union die Gründe für das Scherbengericht in der CSU richtig erkannt." Weiter hatte er ausgeführt: „Wahr ist, daß ich wußte, daß die CSU in den gleichen Tagen hinter dem Rücken der Bayernpartei schon wieder mit der SPD verhandelte und eine Koalition bilden wollte, sogar unter Zurückstellung der Lehrerbildung."

[10] Artikel 18 der bayerischen Verfassung lautet: „1. Der Landtag kann sich vor Ablauf seiner Wahldauer durch Mehrheitsbeschluß seiner gesetzlichen Mitgliederzahl selbst auflösen. 2. Er kann im Falle des Artikels 44, Abs. 5 vom Landtagspräsidenten aufgelöst werden. 3. Er kann auf Antrag von einer Million wahlberechtigter Staatsbürger durch Volksentscheid abberufen werden. 4. Die Neuwahl des Landtags findet spätestens am sechsten Sonntag nach Auflösung oder Abberufung statt."

[11] Vgl. Gesetz über Landtagswahl, Volksbegehren und Volksentscheid (Landeswahlgesetz) vom 11. 8. 1954, in: BGVBl. 1954, S. 177–186, die im folgenden angesprochenen Artikel finden sich auf S. 186.

[12] Vgl. Nr. 69, S. 496.

Nr. 68b

Sitzung des geschäftsführenden Landesvorstands der Christlich-Sozialen Union am 8. Januar 1955 in München

Tagesordnung[13]:
1. Bericht des Landesvorsitzenden
2. Politische Aussprache
3. Außenpolitisches Referat (Franz Josef Strauß)
4. Person des künftigen Landesvorsitzenden
5. Person des künftigen Generalsekretärs oder Landesgeschäftsführers
6. Parteiorganisation und Parteifinanzen

Tagungsort: München, Briennerstraße 1/3, Geschäftsstelle des Wirtschaftsbeirats der Union

Anwesend[14]: Eberhard, Ehard, Elsen, von Feury, Geiger, Horlacher, Hundhammer, Krehle, Kreußel, Lechmann, Meixner, Muhler, Schmidt, Schwend, Seidel, Strauß

Protokollführerin: Auguste Niedermair

Beginn: 10 Uhr 30, Ende: 15 Uhr

ACSP, LGF-LV

Ehard: Eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Er weist auf die veränderten Verhältnisse hin[15], es würde sich in der Zukunft manches umgestalten müssen. Viel, was bisher z. B. durch die Staatskanzlei erledigt worden sei, müsse man jetzt selber tun[16]. Es solle in der Reihenfolge der Tagesordnung besprochen werden: Der letzte Landesausschuß hat [eine] außerordentlich[e] Landesversammlung beschlossen[17]. Freitag, den 21. Januar, Landesvorstandschaft[18], Samstag, den 22. Januar, Landesversammlung[19], und Sonntag, den 23. Januar, Landesausschuß[20]. Diese Anordnung wegen der fälligen Wahlen. Zählt die fälligen Wahlen auf.

[13] Rekonstruiert anhand des Protokolltextes. Die von Franz Josef Strauß gezeichnete Einladung vom 30. 12. 1954 hatte fünf Tagesordnungspunkte vorgesehen: 1. Finanzierung und Organisation der Partei, Referenten: MdB Hugo Geiger, Dr. Lechmann und Dr. Zimmermann, 2. Oppositionsprogramm der CSU, Referent: Dr. Hanns Seidel MdL, 3. Aussprache zur politischen Situation, 4. Diskussion zur Wahl des Landesvorsitzenden, 5. Verschiedenes.

[14] Erstellt nach der Anwesenheitsliste im Protokoll und ACSP, LGF-GLV 8. 1. 1955, Anwesenheitsliste zur Sitzung des geschäftsführenden Landesvorstands am 8. 1. 1955.

[15] Obwohl die CSU bei der Landtagswahl am 28. 11. 1954 beachtliche Stimmengewinne verbucht hatte und mit 83 Mandaten zur stärksten Partei im Landtag geworden war, fand sie sich – nachdem führende CSU-Exponenten die potentiellen Koalitionspartner mit kulturpolitischen Maximalforderungen vergrault hatten – im Dezember 1954 überraschend auf den Oppositionsbänken im Landtag wieder. SPD, Bayernpartei, BHE und FDP bildeten unter Ministerpräsident Wilhelm Hoegner am 14. 12. 1954 die sogenannte Viererkoalition. Architekt dieses Bündnisses, dessen einigendes Band primär in der Gegnerschaft zur CSU bestand, war der SPD-Politiker Waldemar von Knoeringen. Vgl. Bretschneider, Viererkoalition, sowie Taubenberger, Licht übers Land.

[16] Zum stillen Verfassungswandel in der Ära Ehard und zur Rolle der Staatskanzlei vgl. Schlemmer, Aufbruch, S. 431–437.

[17] ACSP, LGF-LA, Sitzung des Landesausschusses der CSU am 18. 12. 1954 in München.

[18] Vgl. Nr. 70.

[19] ACSP, LGF-LVers, Landesversammlung der CSU am 22. 1. 1955 in München.

[20] Die Sitzung des Landesausschusses fand ebenfalls am 22. 1. 1955 in München statt. Das Protokoll findet sich bei den im ACSP verwahrten Akten der Landesleitung.

Heute seien zu besprechen: Abrechnung des verflossenen Jahres, die künftige Finanzierung der Partei, Organisation der Landesleitung, Opposition muß organisiert werden: Innerhalb der Landtagsfraktion solle man [zu]mindest für jeden wichtigen Ausschuß einen verantwortlichen Mann aufstellen, Verbindungsleute zu den einzelnen Ministerien, wir brauchen notwendig eine ständige Koordinierung zwischen Bundestags- und Landtagsfraktion – notwendiger denn bisher – und zwischen der Parteileitung. Dies ist das wichtigste, damit in allen Äußerungen usw. Übereinstimmung herrscht, damit auch nichts übersehen wird. Weiterhin sei ein geeigneter Leiter der Oppositionstätigkeit im Landtag notwendig, der das Ganze überblickt, der selbst im Landtag spricht[21]. Außerdem sei zu überlegen, was man mit der Frage des Generalsekretärs macht, dessen Anstellung sei Sache der Landesvorstandschaft, man könne aber erst dann endgültig entscheiden, wenn der neue Landesvorsitzende gewählt sei.

Notwendig sei auch eine weitere Aktivierung des Wirtschaftsbeirates, vor allem, da sich die Wirtschaft während der letzten Ereignisse zum Teil etwas sehr zwiespältig benommen habe[22].

Außerdem müsse man sich unterhalten, wer den Landesvorsitz übernehmen solle und wie die neue Landesvorstandschaft aussehen solle. Weiterhin müßte durch eine gemeinsame Koordinierungsstelle eine ständige Verbindung zu Presse und Funk geschaffen werden – Frage des „Bayern-Kurier“[23] und der „Unions-Correspondenz“ –, daß nicht jeder für sich arbeitet und dadurch verschiedene Äußerungen vorkommen. Vorschlag, man möge sich zuerst über die politische Situation unterhalten.

Ehard: Als Landtagspräsident[24] sei er der Meinung, nicht gleichzeitig der Führer der Oppositionspartei sein zu können, noch dazu einer sehr starken Oppositionspartei. Der Vorsitzende dieser Partei müsse die Möglichkeit haben, ungehindert vorgehen und sich äußern zu können. Der Landtagspräsident habe aber die Aufgabe, das Ansehen des Parlaments – soweit es überhaupt möglich sei – zu wahren, vielleicht aber auch die Fäden zu den[25] einzelnen Parteien nicht abreißen zu lassen. Auf diese Ansicht habe er schon hingewiesen und gebeten, deshalb einen anderen Landesvorsitzenden zu wählen[26]. In der Öffentlichkeit würde er nie zu seinem Rücktritt eine andere Erklärung abgeben. In diesem Kreise aber wolle

[21] Die CSU-Landtagsfraktion hatte am 13. 12. 1954 beschlossen, Hanns Seidel zum Sprecher der Opposition zu wählen. Fraktionsvorsitzender blieb Georg Meixner, dessen Autorität nach dem Debakel der gescheiterten Regierungsbildung jedoch angeschlagen war. Vgl. Groß, Hanns Seidel, S. 122.

[22] Vgl. dazu die weiteren Ausführungen Ehards und Schmidts im Verlauf dieser Sitzung.

[23] Vor dem Landesausschuß hatte Ehard die Arbeit der Parteipresse heftig kritisiert: „Mit dem Bayern-Kurier locken wir keinen Hund vom Ofen. [...] Ich bin selten im Leben so enttäuscht gewesen wie über diese Dinge.“ ACSP, LGF-LA, Sitzung des Landesausschusses der CSU am 18. 12. 1954 in München.

[24] Am 13. 12. 1954 war Hans Ehard mit 157 von 170 gültigen Stimmen zum Präsidenten des bayerischen Landtags gewählt worden und hatte damit die Nachfolge Alois Hundhammers angetreten. Vgl. Gelberg, Hans Ehard, S. 522f.

[25] In der Vorlage: „der“.

[26] ACSP, LGF-LA, Sitzung des Landesausschusses der CSU am 18. 12. 1954 in München. Mintzel, Anatomie, S. 285f., ist der Auffassung, der wahre Grund für Ehards Rücktritt sei die in der Partei weitverbreitete Ansicht gewesen, der Parteivorsitzende trage die Hauptverantwortung für die gescheiterte Regierungsbildung.

er wenigstens einmal seine persönliche Meinung zu den Vorgängen sagen. Es seien doch sehr merkwürdige Methoden gebraucht worden, und man müsse sich von diesen entfernen. Wenn jemand abgeschossen werden solle, dann kämen als erstes Äußerungen in der Presse.

Am 18. Dezember war Landesausschuß-Sitzung. Ich hatte bereits vorher verschiedentlich erklärt, daß ich nicht mehr Landesvorsitzender sein wolle. Ich muß sagen, es hat mich sehr stark schockiert, daß man diese Landesausschuß-Sitzung nicht abwarten konnte, daß nicht nur im „Münchner Merkur"[27], sondern auch – wie ich erst nachträglich erfahren habe – in uns nahestehenden Blättern stand, daß ich abtreten will[28]. Ich weiß, daß schon seit längerer Zeit Bestrebungen im Gange waren, mich abzuservieren, und zwar in München sowohl als auch in Bonn. Ich könnte sogar Namen nennen[29]. Auch verschiedene Leute unserer Fraktion haben den Versuch gemacht, für den Fall, daß die BP in die Koalition mit uns geht, mich nicht mehr als Ministerpräsidenten zu wählen. Man könne mich zwar nicht ganz übergehen, aber ich sollte innerhalb der Fraktion nicht mehr gewählt werden. Ein Großteil der Fraktion hat nicht mitgemacht. Einige haben mich, wie sich erwiesen hat, ja auch nicht als Landtagspräsidenten gewählt. Ich weiß, daß auch Abmachungen mit der BP getroffen worden waren für den Fall, daß ich als Ministerpräsident vorgeschlagen würde, mich nicht zu wählen. Auch mit dem BHE wurden derartige Abmachungen getroffen. Auf diese Weise hätte die Mehrheit für mich als Ministerpräsidenten nicht zustande kommen sollen. Ich weiß auch, daß man von Bonn aus den Ehard immer gerne weg gesehen hätte.

Ich habe dem Herrn Bundeskanzler immer wieder alle Schwierigkeiten aus dem Weg geräumt. Vielleicht machen es die jetzigen Regierungsmitglieder besser. Das Wahlergebnis[30] hat mir jedenfalls Recht gegeben und hat bestätigt, daß es nicht unrichtig war, was geschehen ist, was auch unter damaligen Verhältnissen gar nicht anders möglich war zu tun. Es bestehen sehr merkwürdige Verbindungen zwischen Bonn und München in diesen Dingen.

Seidel: Sind das maßgebende Leute unserer Partei?

Strauß: Verlangt konkretere Angaben.

Ehard: Nun, das Palais Schaumburg, der Kanzler selbst nicht, er versteht es ja in solchen Dingen immer, sich im Hintergrund zu halten, aber er hat Leute für so was.

Schon vor den Wahlen sei immer davon geredet worden, nie mehr mit der SPD, unmittelbar nach den Wahlen sei geschrieen worden, jetzt Schluß, nie mehr mit der SPD[31]. Es herrschte immer noch der unausrottbare Irrtum, die BP sei eine christliche Bruderpartei, von der man annehmen müßte, daß sie durch dick

[27] Vgl. Nr. 68a mit Anm. 3.

[28] Schon am 15. 7. 1954 hatte die Wochenzeitung Christ und Welt unter dem Titel: „Ein Ministerpräsident gesucht. Wer wird Bayerns kommender Mann? Wirtschaftsminister Seidel tritt in den Vordergrund" über einen möglichen Nachfolger spekuliert.

[29] Gemeint sind in erster Linie Fritz Schäffer, Alois Hundhammer und Konrad Adenauer. Vgl. hierzu und zum folgenden Gelberg, Hans Ehard, S. 522ff.

[30] Bei der Landtagswahl vom 28. 11. 1954 kam die CSU auf 38 Prozent der Stimmen, was einen Zugewinn von 10,6 Prozentpunkten gegenüber der Wahl von 1950 bedeutete; die SPD kam auf 28,1 Prozent, die FDP auf 7,2 Prozent, der BHE auf 10,2 Prozent und die BP auf 13,2 Prozent. Vgl. Ritter/Niehuss, Wahlen in Deutschland, S. 174.

[31] Vgl. dazu Bretschneider, Viererkoalition, S. 1013f.

und dünn mit uns ginge. In Wirklichkeit sei die BP eine Partei wie jede andere, der man eben trauen oder nicht trauen könne. Bei der SPD habe man immer gewußt, an was man sei. Bei der BP wisse man es jetzt ja auch, aber nur im negativen Sinne.

Auch die Industrie habe sich sehr merkwürdig benommen. Ein maßgebender Mann der Industrie habe schon lange vor den Wahlen einen Brief geschrieben, man möge doch die schwarzen Brüder nicht unterstützen, man solle sie aus dem Sattel heben[32]. Außerdem, wie die Wahlen nähergerückt seien („Ich sage hier viel zu wenig, ich könnte über diese Vorgänge noch viel mehr sagen"), sei die Industrie zu ihm gekommen. Man hätte sich bitter über Hoegner beklagt, er müßte wegen des Streiks[33] z. B. weg, er solle nicht wieder erscheinen. Man habe eine bürgerliche Koalition gegen die SPD verlangt, und man habe erklärt, der BP sei man sich völlig sicher, man habe bei dieser genügend Einfluß, die Industrie werde zur rechten Zeit eingreifen. Auch der Bauernverband sei zu ihm gekommen, wenn etwa Baumgartner das Landwirtschaftsministerium übernehmen würde, würde am nächsten Tag der Präsident des Bauernverbandes zurücktreten. Man wisse ja, was gestern geschehen sei[34]. Dehler habe ihn, Dr. Ehard, bei jeder Gelegenheit angegriffen. Baumgartner habe erklärt, er, Ehard, sei 20 Jahre aus der Kirche ausgeschlossen gewesen[35], in Schwaben sei erklärt worden, er sei geschieden, lasse Frau und Kinder im Elend verkommen. Er sei aber demnächst 39 Jahre verheiratet. Man habe über ihn noch mehr solcher Geschichten erzählt. Noch in meiner Zeit als Ministerpräsident sind zwei Strafanträge gegen mich von Dehler gestellt worden[36]. [Das] Justizministerium erklärte, [die] Sache falle unter [die] Amnestie. Nach den Wahlen bekam ich von Dehler ein sehr herzlich gehaltenes Glückwunschtelegramm zum Landtagspräsidenten[37].

Eine Reihe von Leuten, die vor der Wahl bei ihm gewesen seien, man möge mit der SPD nicht mehr in Koalition gehen, haben nach der Regierungsbildung Hoegner Telegramme geschickt, man sei mit dieser Koalition sehr zufrieden usw., man wolle diese Regierung unterstützen.

[32] Vgl. Nr. 68a mit Anm. 6.

[33] Im August 1954 hatten über 250000 Beschäftigte der bayerischen Metallindustrie für höhere Löhne gestreikt, wobei es wiederholt zu massiven Auseinandersetzungen zwischen den Streikenden und der Polizei gekommen war. Auch in der CSU waren in diesem Zusammenhang schwere Vorwürfe gegen Innenminister Hoegner laut geworden, der sich durch seine zu konziliante Art gegenüber den Gewerkschaften als unfähig erwiesen habe. Bundestagsvizepräsident Richard Jaeger forderte deswegen auf der Landesversammlung am 9. 10. 1954 sogar, die Koalition mit der SPD zu beenden. Vgl. Groß, Hanns Seidel, S. 117; zum Gesamtzusammenhang vgl. Schmidt, Streik der bayerischen Metallindustrie.

[34] Das Präsidium des BBV hatte eine Reihe von Wünschen und Forderungen an die Staatsregierung herangetragen und dabei auch dem „Wunsch nach einer ‚positiven Zusammenarbeit' mit der neuen Vier-Parteien-Regierung" Ausdruck gegeben (Süddeutsche Zeitung vom 8./9. 1. 1955: „Bayerischer Bauernverband drängt auf Landwirtschaftsabgabe"). In der CSU-Correspondenz vom 12. 1. 1955, S. 1 f., wurde nach den ersten Annäherungsversuchen zwischen dem BBV und dem zweiten Kabinett Hoegner bereits die Frage nach der parteipolitischen Neutralität des BBV aufgeworfen und zugleich vor einer „Gleichschaltung des Bauernverbandes" gewarnt.

[35] Vgl. Nr. 60a mit Anm. 23.

[36] Im Bundestagswahlkampf von 1953 hatte Hans Ehard auf einer Einkehrtagung der CSU-Fraktion in Neuendettelsau Thomas Dehler einen „hemmungslosen Kampf" gegen die Union „und gegen alles, was christlich ist", vorgeworfen. Daraufhin stellte Dehler am 12. 8. 1953 Strafantrag gegen den Ministerpräsidenten. Vgl. Wengst, Thomas Dehler, S. 227 f.

[37] Nicht ermittelt

Noch eines, die Fraktion hat sich ja auch sehr geschickt benommen. Man habe am Dienstag stundenlang darüber diskutiert, ob man Baumgartner das Innen- oder das Landwirtschaftsministerium überlassen dürfe, und dann hat man noch erklärt, es sei ganz klar, man verhandle nur mit BP und BHE und würde dann die kulturpolitischen Forderungen durchsetzen[38]. Die anderen sagten dann natürlich: „Na ja, dann schön!"

Noch etwas, am Dienstag, den 11. Januar, sei in der Staatskanzlei der Diplomatenempfang. Er sei als Landtagspräsident dazu eingeladen. Er habe Hoegner einen Brief geschrieben[39], sich für Einladung bedankt, aber abgesagt, er habe seine beiden Vizepräsidenten[40] gebeten, dort zu erscheinen, er würde Hoegner, wenn er Wert darauf lege, gerne erklären, warum er nicht kommen wolle. Hoegner habe dann angerufen, ob wir sie nun auch gesellschaftlich boykottieren wollten. Ich sagte, daran sei gar nicht zu denken, es müsse aber eine Sprachregelung gefunden werden; z. B. Baumgartner schimpfe nur über das, was er in der Regierung übernehmen habe müssen, spreche von Korruption usw., ich hätte in einer geradezu beleidigenden arroganten Art die Verhandlungen geführt, ich hätte alles verpatzt usw.[41] Dies alles seien Gründe, die ihn veranlaßten, den Parteivorsitz niederzulegen. Man möge ihm nun sagen, daß er als Landtagspräsident um des Postens willen zum Empfang gehen solle. Das gleiche, nämlich eine anständige Haltung, müsse er aber zuvor auch von Baumgartner und Hoegner verlangen. Er habe sich immer vor seine Regierungsmitglieder gestellt. Hoegner habe in der Zwischenzeit im Kabinett diese Angelegenheit erwähnt, verschiedene hätten ihm, Ehard, Recht gegeben[42]. Hoegner hätte eine Aussprache zwischen Baumgartner und Ehard vermittelt, Baumgartner habe sich aber bis zur Stunde noch nicht gemeldet, obwohl Ehard sich bereit erklärt hätte, diesen zu empfangen, wie er als Landtagspräsident bereit sei, jedes Mitglied des Hauses zu empfangen.

Einmal, meine Herren, nehmen Sie es mir bitte nicht übel, mußte ich diese ganzen Dinge aussprechen. Nach außen werde ich die wahren Gründe meines Rücktritts nie erwähnen, mag die Presse dazu schreiben, was sie will.

[38] ACSP, LTF-P, Protokoll der Fraktionssitzung am 7. 12. 1954.

[39] Nicht ermittelt.

[40] Georg Bantele (1893–1961), Studium der Philosophie und Psychologie, nach Teilnahme am Ersten Weltkrieg Lehrer, seit 1934 aktiver Offizier, 1940 Kommandeur der „Lehrgänge Chef des Transportwesens" in Berlin, 1942 Beförderung zum Oberst, wegen Verbindung zu den Attentätern des 20. 7. 1944 degradiert, 1945 britische Kriegsgefangenschaft und Leiter eines Erziehungslagers für jugendliche Kriegsgefangene, nach Entlassung Gründung eines Immobilienbüros, 1950–1961 MdL (BP), 1954–1958 Vizepräsident des bayerischen Landtags, seit 1952 2. Bürgermeister von Bayreuth. – Georg Hagen (1887–1958), vor 1933 Lehrer in Kulmbach, Vorsitzender der Kulmbacher SPD, Stadtrat (SPD) in Kulmbach, 1932/33 MdL (SPD), nach 1933 mehrfach verhaftet und aus dem Schuldienst ausgeschlossen, Generalagent der Allianz-Versicherungs AG, seit 1945 Oberbürgermeister von Kulmbach, 1946 MdVLV (SPD), 1946–1958 MdL (SPD) und Vizepräsident des bayerischen Landtags.

[41] Vgl. etwa Bayern-Dienst vom 20. 12. 1954, S. 1–5, oder IfZ-Archiv, ED 132/120, Rede Joseph Baumgartners in der Sendereihe „Politik aus erster Hand" im Bayerischen Rundfunk am 5. 1. 1955. Aus Protest gegen diese Rede sagte auch der Erzbischof von München und Freising, Josef Kardinal Wendel, seine Teilnahme an einem für den 11. 1. 1955 angesetzten Empfang der bayerischen Staatsregierung ab. ED 120/175, Josef Kardinal Wendel an Wilhelm Hoegner vom 8. 1. 1955.

[42] In den Protokollen des bayerischen Ministerrats zwischen dem 15. 12. 1954 und dem 11. 1. 1955 nicht ermittelt; IfZ-Archiv, ED 120/382 und 383.

Dr. *Ehard* gibt für die Herren Prälat Meixner und Eberhard, die erst um ca. 11.30 Uhr erschienen, nochmals kurzen Überblick über das bisher Gesagte.

Von Feury: Nachdem unser Parteivorsitzender aus seinem Herzen keine Mördergrube gemacht hat, möchte ich als der vielleicht in diesem Kreise am wenigsten Bedeutende einige Worte sagen. Ich möchte in unser aller Namen und bestimmt auch im Namen des größten Teiles unserer Partei, Dir meinem lieben Freund Ehard, ein paar ganz besonders herzliche Worte des Dankes sagen für die Arbeit, die Du physisch und vor allem mit ganzem Herzen und mit Deinem Verstand für unsere Partei, für unser Bayernland und noch weit darüber hinaus für unser ganzes deutsches Vaterland geleistet hast. Ich möchte diesen Dank mit einem Wunsch verbinden, nämlich das, was an Dich jetzt herankommt, nicht allzu ernst zu nehmen. Der[43] Augenblick, in dem man eine Schlacht für den Moment verloren hat, ist auch der, in dem man besonders viel einstecken muß, wo man dies aber auch besonders stark empfindet.

Ich sage hier auch einmal ein ganz offenes Wort. Was mir die Arbeit in der CSU so leidvoll macht, ist, daß wir in der CSU auf einer Art Hutschaukel sitzen, wo Du, mein lieber Freund Ehard, immer der Block in der Mitte warst, um immer wieder auszugleichen. Aus der letzten Zeit haben wir gelernt, daß wir ein fester Block sein müßten, der felsenfest untermauert ist. Es sollte jeder die innere Überzeugung haben, daß unsere Partei, [die] die einzig mögliche ist, die Festigkeit in Führung und Menschlichkeit bekommt. Aber vielleicht kommen wir aus der Opposition heraus zu dieser Erkenntnis, wenn vielleicht auch manches persönliches Opfer gebracht werden muß, es muß innerhalb und für die Partei gebracht werden. Dir, mein Lieber, kann man keinerlei Vorwürfe machen, wenn sie aber kommen, nimm es, wie es eben ist. Sie kommen immer. Ich würde Dich herzlich bitten, schluck sie hinunter und setze Dich wieder hundertprozentig für unsere Partei ein und sorge dafür, daß die, die an die Führung der Partei jetzt kommen, endlich zu diesem festen Block zusammenfinden. Bleibe bei uns, auch aktiv fest in unserer Partei. Wir alle wollen uns doch einsetzen, daß aus dieser nicht einfachen Situation die Stärkung der Partei hervorgeht. Du hast es fertiggebracht, die Partei wenigstens nach außen hin zusammenzuhalten und damit schon einen großen Erfolg errungen. Wir müssen, gerade in diesem Gremium, fest zusammenhalten. Ich glaube, die Partei muß sich klar darüber sein, wen sie zum Landesvorsitzenden bestimmt[44]. Es muß nach außen klar hervortreten, daß Du der Mann bist, der die meisten Erfolge gebracht hat. Nach außen hin muß es da eine Lösung geben.

Schmidt: Ich bin Herrn von Feury für seine Dankesworte sehr dankbar, die auch mir am Herzen gelegen waren. Ich hätte sie lange nicht so gut vorbringen können. Ich darf aber etwas zufügen. Mich wundert, daß Sie, Herr Vorsitzender, erst heute feststellen, daß in der CSU mitunter ein etwas rauher Ton herrscht. Ich habe dies seit 1945 gehört. Ich möchte jetzt auf eine Sache kommen, die, da sie immer wieder hervortritt, geklärt werden muß. Das ist dieser berüchtigte Brief des – ich darf den Namen ruhig nennen – Herrn Dr. Seeling, der sich berufen fühlte, ein Schreiben an die Volkswirtschaftliche Gesellschaft zu richten, das dann als Rund-

[43] In der Vorlage: „In dem".
[44] In der Vorlage: „übernimmt".

brief an Herren der Industrie weiterging. Dieser Brief war in einer Form geschrieben, daß ich als Mitglied des geschäftsführenden Vorstandes ihn nicht unbesprochen hinnehmen konnte. (Macht Ausführungen über die Aufgabe, die auch im Wirtschaftsbeirat schon beraten worden sei, die bayerische Industrie in einem Verband zusammenfassen.) Besagten Brief glaubte ich sofort mit einem Parteifreund besprechen zu müssen. Ich habe Herrn Dr. Ehard nicht davon in Kenntnis gesetzt, weil ich nicht wollte, daß er überhaupt von diesem Brief erfährt, der ihn nur unnötig verletzen konnte. Ich habe den Brief mit Herrn Strauß besprochen und ihn gebeten, mit Herrn Dr. Balke und mir die Wege zu überlegen, die das Klima mit der Wirtschaft verbessern helfen könnten. Die Besserung des Verhältnisses zwischen der Wirtschaft und uns hätte dann Grundlage zur Möglichkeit einer Koalition zwischen FDP und uns werden können. Was geschah aber? Drei Tage nach meiner Besprechung mit Strauß bekam ich einen Anruf von Herrn Rodenstock[45], wie ich dazu käme, diesen Brief der CSU zur Kenntnis zu geben. Ich erklärte ihm, ich hätte mich zu diesem Schritt entschlossen, da mir der Brief wohl irrtümlich in die Hände gelangt sei, im übrigen aber sein Inhalt derart beleidigend sei, daß er nur weiteren Zwiespalt säen könne, was vermieden werden müsse. Ich stellte mit Entrüstung fest, daß Dr. Balke, obwohl er unser Parteifreund ist und CSU-Minister in Bonn, Herrn Rodenstock von meinem Schritt unterrichtet hatte. Mit Rodenstock bin ich etwas hart aneinandergeraten.

Ehard: Ich hatte von ganz anderer Seite Kenntnis über diesen Brief erlangt, Sie lediglich später um eine Abschrift gebeten, die ich aber bis heute nicht erhalten habe.

Schmidt: Richtig. Es hätte dann ein geschicktes Gespräch stattfinden müssen, um Mißverständnisse zu vermeiden. Dr. Seeling ist schwerkrank, vielleicht auch von einigen Freunden schlecht beraten.

Da ich weder von Strauß noch durch Dr. Balke eine Rehabilitierung erfahren habe, stehe ich heute in der Situation, daß meine Verbindungen zur Wirtschaft zum Teil abgebrochen sind. Sprachregelung innerhalb der Partei sollte doch aber sein, daß man keinen aus den eigenen Reihen hängen läßt, der nur das Beste wollte.

Strauß: Ich wollte eigentlich zur politischen Situation sprechen. Kollege Schmidt, ich war Dir sehr dankbar, daß Du mir diesen Brief gezeigt hattest. Ich habe mich an Dr. Balke gewandt, um die Hintergründe zu erfahren. Ich hätte auch Seeling persönlich aufgesucht, dieser ist aber todkrank. Ich wollte keine Haupt- und Staatsaktion daraus machen. Meine Aufgabe bestand darin, daß die Folgen dieses Briefes aus der Welt geschafft werden. Darum hatte ich auch den Parteivorsitzenden lange vor der Wahl gebeten, eine Aussprache mit den führenden Männern der Wirtschaft herbeizuführen und die herrschenden Mißverständnisse zu beseitigen. Diese Aussprache ist erfolgt. Dr. Balke hat natürlich Herrn Rodenstock Vorhaltungen gemacht, daß dieser Brief verbreitet worden ist. Seeling hat

[45] Dr. Rolf Rodenstock (1917–1997), Unternehmer, 1939/40 Teilnahme am Zweiten Weltkrieg, dann Studium der Wirtschaftswissenschaften, Promotion und 1947 Habilitation in München, 1956 außerplanmäßiger Professor für Betriebswirtschaftslehre in München, seit 1953 alleiniger persönlich haftender Gesellschafter der Optischen Werke G. Rodenstock in München, 1955–1977 Präsident des LBI, seit 1949 Vorstandsmitglied des BDI und 1978–1984 dessen Präsident.

mir durch Balke sagen lassen, daß ihm dieser Brief leid tue, und sich mit Krankheit entschuldigt. Ich habe auch Dr. Balke gebeten, dafür zu sorgen, daß dem Kollegen Schmidt keine Vorwürfe erwachsen.

Wenn die Brücke zwischen Dir und der Wirtschaft (an Schmidt gewendet) gelitten hat, geht das nicht auf diesen Brief zurück, sondern auch auf andere Vorgänge, ich möchte aber diese nicht in diesem Kreis besprechen, stehe Dir aber gerne unter vier Augen zur Verfügung. Die Folgen dieses Briefes sind bis zur Wahl restlos beseitigt worden.

Strauß weist auch noch darauf hin, daß er gesagt hat, er habe die Kenntnis über den Brief nicht allein von Schmidt, sondern auch noch woandersher.

Schmidt erklärt, daß man, wenn man einem nicht mehr traue, leicht einen anderen Grund finde, ihn auszubooten. Auseinandersetzung zwischen den Herren *Strauß* und *Schmidt* wegen den Folgen dieses Briefes und sonstigen Anschuldigungen gegen Schmidt. *Ehard* bittet die Herren, das persönlich miteinander auszumachen. *Strauß* stimmt dem zu, bittet aber, daß Dr. Balke zu dieser Aussprache zugezogen wird.

Strauß spricht über die außenpolitische Situation – [das] Protokoll wird auf Anweisung von *Strauß* so lange ausgesetzt.

[*Strauß*:] Die gegenwärtige Lage erfordert in Bayern unsere ganze Kraft. Es wird nicht so leicht sein, wie mancher denkt, die jetzige Koalition zu sprengen. Vor allem seien die Gruppenkämpfe, wie sie sich derzeit überall abzeichnen, zu unterbinden, die sogar vielleicht zum endgültigen Scheitern der Union führen könnten.

Er möchte auf die konkreten Fragen der zu leistenden Parteiarbeit eingehen. Es müsse wesentlich mehr eigene Arbeit geleistet werden, man habe sich bisher in vielen Dingen auf die Staatskanzlei und die Ministerien verlassen können. Jetzt müsse mit eigener Initiative gearbeitet werden. Die erste Frage sei die des neuen Landesvorsitzenden. Er sei der Meinung, daß der neue Vorsitzende in München ansässig sein solle, um ständig greifbar zu sein. Eine Fernführung der Partei halte er aus technischen Gründen nicht für möglich. Er habe das auch Freund Schäffer gesagt. Jetzt sei nötig die unmittelbare Parteiführung, Organisation, Propaganda, Koordinierung zwischen Bundestag, Landtag und Parteiführung. Verweist auf die gestern in Nürnberg stattgefundene Sitzung des Bezirksverbandes Nürnberg-Fürth, in der Vorschlag Vorsitz Schäffer und geschäftsführender Vorsitz Dr. Josef Müller gemacht [worden] sei.

Strauß verliest Telegramm des Bezirksverbandes[46].

Strauß spricht über das persönliche Freundschaftsverhältnis, das ihn mit Schäffer verbindet, erläutert die schwierige Situation, in der sich Schäffer zur Zeit in Bonn befindet[47] – Opposition zum Kanzler, auch sei er innerhalb der CDU weitgehend isoliert, schlechtes Verhältnis zu den anderen Bonner Kabinettsmitglie-

[46] Die Bezirksversammlung der CSU Nürnberg-Fürth hatte sich in der Nacht vom 7. auf den 8. 1. 1955 mit 450 gegen drei Stimmen für eine Entschließung ausgesprochen, in der gefordert wurde, Fritz Schäffer „an die Spitze der CSU zu stellen und gleichzeitig die Kraft Dr. Josef Müllers in Zusammenarbeit mit Schäffer für den organisatorischen Ausbau der CSU einzusetzen". Münchner Merkur vom 10. 1. 1955: „Nürnberg empfiehlt Fritz Schäffer"; vgl. auch Süddeutsche Zeitung vom 10. 1. 1955: „Neubesetzung von Ämtern in der CSU", und Henzler, Fritz Schäffer, S. 370.

[47] Vgl. Henzler, Fritz Schäffer, S. 491–505, und Mintzel, Anatomie, S. 290f.

dern, Konflikt mit den Herren der FDP, mit Herren aus der Wirtschaft wie Pferdmenges, Wellhausen, Neuburger[48], Scharnberg[49], auch mit von Brentano. Außerdem könne man Schäffer die Doppelarbeit nicht zumuten. Er würde in den nächsten Monaten in Bonn sehr stark im Strudel stehen, sei auch nicht sehr gesund, habe das größte Ministerium in Bonn.

Strauß ist der Meinung, daß Seidel den Landesvorsitz übernehmen solle, mit allen Aufgaben der Parteiorganisation, Propaganda usw. Da die jetzige Koalition in die Nahtstelle der Uneinigkeit zwischen Landtag und Bundestag hineinstoßen werde, sei es auch gut, nicht Schäffer als Vorsitzenden zu wählen, solange er Bundesfinanzminister sei. Auch bestimmte politische Koordinierungsaufgaben solle Seidel übernehmen. Er habe aber eine Bitte, daß die politischen Entscheidungen nur im Einvernehmen mit den beiden stellvertretenden Landesvorsitzenden vorgenommen würden, das sei sehr wichtig, daß eben die Übereinstimmung zwischen Bundestag, Landtag und Parteileitung gewahrt bleibe.

Ehard: Es sei seiner Meinung nach sehr wichtig, sich über die Frage des neuen Landesvorsitzenden eingehend zu unterhalten, damit nicht bei der Landesversammlung eine ganze Reihe von Bewerbern auftrete. Man möge in diesem Gremium einen einstimmigen Beschluß fassen, der dann von der Landesvorstandschaft ebenso einstimmig an die Landesversammlung gegeben werden kann.

Hundhammer: [Er] habe mit Schäffer über Finanzfragen, aber auch über die Frage des Landesvorsitzes gesprochen. Schäffer als Vorsitzender habe [sic!] ein großes Aktivum für die Partei. Wenn Schäffer aber Bundesfinanzminister bleibe, könne er nicht gleichzeitig Parteivorsitzender werden. In diesem Fall sei er auch der Meinung, der Plan, Seidel zum Vorsitzenden zu machen, sei richtig, diese Meinung würde auch von Oberbayern geteilt werden. Er möchte aber ganz klar betonen, daß er den Kampf gegen Dr. Josef Müller nur geführt hat, da er der Auffassung sei, Dr. Müller sei nicht der rechte Mann zur Führung unserer Partei, er würde deswegen auch die in Nürnberg vorgeschlagene Lösung nicht für glücklich halten. Außerdem sei es fraglich, ob Dr. Müller in der Landesversammlung die nötigen Stimmen erhalte. In Bonn würde alles getan, um Schäffer als Bundesfinanzminister zu halten. Ein Ausscheiden Schäffers aus dem Bundeskabinett würde kaum vor der Landesversammlung sein, damit sei die Frage der Wahl des neuen Landesvorsitzenden klar. Er möchte aber noch hinzufügen, daß die Führung der Partei bisher etwas einseitig im fränkischen Raum gelegen habe, man möge bei der weiteren Arbeit diesen Gesichtspunkt nicht übersehen.

Ehard: Wir sollten versuchen, zu einem konkreten Entschluß zu kommen, den man dann dem Landesvorstand vorlegen kann.

Kreußel: Ich habe mich im Kreise meiner Freunde in Franken informiert. Ich sehe die große Schwierigkeit, in der wir stehen, ein. Ich möchte Sie ernstlich bitten zu überlegen, was wir daraus machen, da Schäffer ohne Zweifel ein ungewöhnlich

[48] August Neuburger (1902–1999), kath., Volksschullehrer und Jurist, 1933 MdL (Zentrum) in Baden, 1939–1943 Teilnahme am Zweiten Weltkrieg, seit 1945 CDU-Mitglied, 1949–1961 MdB (CDU), 1954 maßgeblich an der Ausarbeitung der Steuerreform beteiligt.

[49] Hugo Scharnberg (1893–1979), Bankier, nach Teilnahme am Ersten Weltkrieg Tätigkeit in der oberschlesischen Industrie, seit 1923 bei der Dresdner Bank, nach 1945 Mitglied der Geschäftsleitung der Hamburger Kreditbank, seit 1946 CDU-Mitglied, 1948–1954 und 1956–1958 Vorsitzender der Hamburger CDU, 1949–1961 MdB (CDU).

großes Ansehen genießt und er durch dieses Aktivum die Flügelbildung innerhalb der Partei unterbinden könnte. Nun möchte ich Strauß fragen, es gehen Gerüchte, daß Schäffer glaubt, die Währung nicht mehr halten zu können. Ich habe den Eindruck, daß es diesmal so ernst ist wie noch nie. Das ist eine sehr ernste Lage. Mit einem Kaputtgehen der Währung hört die Demokratie in Deutschland auf. Es ist doch die Frage, ob man auf Schäffer nicht beides vereinen könnte: Finanzminister und Landesvorsitz. Mir sagte Schäffer zu dieser Frage: Ja. Ich möchte deswegen die Frage Schäffer diskutieren. Sie, Herr Dr. Seidel, gehören natürlich zu der Parteiführung dazu. Schäffer genießt aber ein mystisches Ansehen beim kleinen Mann.

Geiger: Ich würde mich sehr freuen, wenn wir uns auf Freund Seidel einigen könnten. Wir müssen in Zukunft wesentlich aktiver sein, dies kostet aber auch Geld. Dr. Seidel genießt bei der Wirtschaft großes Ansehen. Im vergangenen Jahr sind 80 Prozent der Geldmittel aus Industrie und Handel geflossen[50]. Das werden auch in der Zukunft die sein, die uns unterstützen werden. Die Landwirtschaft macht sich da gar nicht bemerkbar, von der Kirche können wir sowieso kein Geld bekommen, auch vom Mittelstand nicht. Es ist ganz gut, wenn ein Mann an der Parteispitze steht, der engsten Kontakt mit Industriekreisen hat. Ich begrüße die Kandidatur von Dr. Seidel von ganzem Herzen und werde sie unterstützen. Schäffer wird auch meines Erachtens nie die Aussichten haben.

Kreußel: Schäffer wird auch nie kandidieren, wenn Dr. Seidel kandidiert. Er würde nur im Notfall einspringen.

Seidel: Schäffer hat mit mir diese Sache besprochen. Ich habe persönlich den Eindruck, daß er gerne Vorsitzender würde. Er strebt den Vorsitz mit allen Mitteln an, um auch seine Position dem Kanzler gegenüber zu stärken. Er sagt allerdings auf der anderen Seite, er könne sich nicht in eine Kampfabstimmung begeben, eine Niederlage oder ein knapper Sieg wären für ihn unmöglich. Wenn ich also erkläre, daß ich nicht kandidiere, wird er sofort seine Kandidatur aufrechterhalten. Es wird meines Erachtens ohnehin zu einer Kampfabstimmung kommen, da von Dr. Müller eine Kandidatur mit allen Mitteln betrieben wird, mit viel Geld und ganz modernen Mitteln[51]. Ich wollte, wir hätten dieses Geld in der Parteikasse. Es ist durchaus möglich, daß Schäffer auf seine Kandidatur noch ernsthaft zurückkommt, möglicherweise sogar unmittelbar vor der Landesversammlung, je nachdem, wie das Gespräch mit dem Bundeskanzler ausgeht.

Strauß: Geiger, ich muß Dir etwas widersprechen. Freund Seidel, ich hoffe Du nimmst mir ein offenes Wort nicht übel. Es ist nicht so, daß eine Kandidatur Seidels einen größeren Widerhall finden würde als eine Schäffers. Seidel hat sich bisher vorbildlich um seinen Wahlkreis gekümmert, Seidel ist ein sehr geschätzter, sachlicher, sachkundiger und seriöser Mann. Seidel, Du warst aber bisher kein allzu kontaktfreudiger Mann. Du bist nicht landauf – landab gezogen, um für die Partei zu arbeiten. Dein Ansehen als Minister und Politiker ist groß. Schäffer aber ist seit 30 Jahren eine markante Figur in der bayerischen Politik.

[50] 1954 nahm die Landesgeschäftsstelle der CSU insgesamt 414685,02 DM ein, davon stammten 334636,06 DM aus Spenden. Vgl. Schlemmer, Aufbruch, S. 469.

[51] Allerdings waren Müllers Chancen, erneut zum Landesvorsitzenden der CSU gewählt zu werden, von vornherein sehr gering. Vgl. Mintzel, Anatomie, S. 289, und Groß, Hanns Seidel, S. 121–129.

Seidel: Ich bin ein Mann, der seine Grenzen sehr genau kennt. Wenn dieser Parteivorsitz an mir hängen bleibt, werde ich kein glücklicher Mann werden. Ich hasse alles, was mit Intrige zusammenhängt. Mir ist am wohlsten, wenn mir viel Arbeit auf den Tisch gelegt wird, die erledigt werden muß. Ich bin mir aber dessen bewußt, daß ich den Bohrversuchen, die an das Schiff gelegt werden, nicht gewachsen bin. Mit den gleichen Waffen wie Müller verstehe ich nicht zu kämpfen. Meine Chancen sind nur, durch saubere Arbeit und durch Fleiß Erfolg zu haben.

Noch eines. Das große Verdienst Dr. Ehards war es, daß er die Flügelbildung in der Partei beseitigt hat. In der Opposition ist der Boden für derartige Flügelbildungen sehr viel größer als vorher. Sie wird mit allen nur möglichen Mitteln versucht werden. Ob Schäffer in dieser Richtung besser ist, weiß ich nicht. Schäffer hat auch so seine Mucken, er ist eine Barockfigur. Ich habe jetzt, nach den Wahlen, so meine Erfahrungen gemacht, der Brief Schäffers[52] ist eine diplomatische Meisterleistung. Ich bin mir vollkommen darüber im klaren, was der Partei und dem Vorsitzenden bevorsteht und daß Schäffer bei solch unterirdischen, hintergründigen Geschichten viel geschickter ist als ich. Er spricht das Volk viel besser an als ich. Er bringt zu diesem Amt sehr viel mehr Eignung mit als ich. Mein Entschluß, ob ich kandidiere, steht keineswegs fest. Ich werde im Laufe der nächsten Woche hierüber weitere Überlegungen anstellen.

Die Finanzierung der Partei ist das wichtigste Problem. Der Landesvorsitzende darf aber nicht selbst sammeln und betteln gehen. Da müssen andere Wege gefunden werden, freilich muß er dahinterstehen. Mehr will ich im Augenblick nicht sagen, über die Situation bin ich mir völlig im klaren.

Strauß: In unserer jetzigen Situation können wir uns bei der Landesversammlung weder persönliche Analysen noch eine erbitterte Diskussion leisten. Wir müssen versuchen, der Landesversammlung einen glatten Vorschlag vorlegen zu können. Außerdem muß der neue Landesvorsitzende eine Kampfansage im Sinne der Einigkeit sein. Aus diesem Grund sollten wir nur einen Kandidaten bringen, der dann auch mit großer Mehrheit gewählt werden kann. Ich werde heute noch Dr. Müller aufsuchen, um ihm auseinanderzusetzen, daß er keine Kandidatur für sich betreiben solle[53].

Zur Frage Schäffer: Wollen wir, daß er in Bonn zurücktritt? Wenn wir im Landesvorstand Schäffer vorschlagen, wird sein Wille zur Kandidatur größer. Es ist aber auch zu bedenken, daß Schäffer, selbst wenn er seinen Finanzminister niederlegt, immer noch Bundestagsabgeordneter bleibt. (*Strauß* macht Ausführungen, daß die Mitglieder des Bundestages immerhin drei Wochen in Bonn im Monat festgehalten seien usw.) Wenn wir aber haben wollen, daß Schäffer Finanzminister bleibt, können wir ihn nicht doppelt belasten.

Strauß macht Ausführungen über die schwierige Stellung Schäffers in Bonn. Er habe sich in Bonn in eine Isolierung im Kabinett hineinbegeben, daß er fast alle gegen sich habe. Außerdem erschwerte er auch unsere Politik mit seinem Nein zu vielen Dingen, z.B. Weihnachtsgratifikation[54], die dann doch gemacht worden

[52] Es ist unklar, auf welchen Brief Schäffers Hanns Seidel hier anspielt.

[53] Josef Müller erklärte in der Landesversammlung, daß er nicht für den Parteivorsitz kandidiere. IfZ-Archiv, ED 720/20, Protokoll der Landesversammlung der CSU am 22. 1. 1955 in München.

[54] Nach der Bundestagswahl von 1953 hatten die Landesregierungen von Bayern und Hessen die Ab-

seien. Die CSU dürfe nicht immer für die Finanzpolitik Schäffers eingespannt werden; das könne er, *Strauß*, nicht weiter mitmachen und immer wieder ausgleichen.

Ehard: Wenn Schäffer heute Landesvorsitzender wird, bekommen wir sofort Konflikte mit Bonn, und das können wir in unserer augenblicklichen Situation nicht durchhalten.

Horlacher: Ich sehe die Dinge von der Gesamtheit aus. Ich bin erschrocken über die inflationistischen Gespräche. Wenn man aber die Gesamtlage der Wirtschaft anschaut, ist zu solchen Befürchtungen kein Anlaß gegeben. An der Währung hängt ja auch die ganze Außenpolitik. Darum ist es ja auch für so wichtig [sic!], daß nicht wegen persönlicher Interessen dem Gesamtinteresse geschadet wird. Ich halte einen Kurswechsel im Finanzministerium für etwas Verhängnisvolles. Wenn Schäffer seinen Finanzminister niederlegt, in dem Augenblick ist sein Ansehen fort. Darin gehe ich mit Strauß einig. Der Begriff Schäffer ist verbunden mit der Währung, mit dem Glauben des kleinen Mannes. Es ist notwendig, daß Schäffer in dieser schwierigen Zeit auf seinem Posten bleibt. Sein Rücktritt würde gerade von der Opposition ganz anders ausgelegt. Aus all diesen Gründen scheidet eine Kandidatur Schäffers im Interesse der Partei und auch in seinem eigenen aus. Bei meinem Freunde Müller bin ich überrascht zu hören, daß er seine alten Methoden wieder anwendet[55]. Aber ich würde auch diese Lösung nicht empfehlen.

Horlacher setzt sich ebenfalls für Seidel ein und schlägt vor, sich auf dessen Person zu einigen.

Kreußel: Herr Dr. Seidel, haben Sie bitte Verständnis für das, was ich sage. Ich wollte die Dinge mal ganz offen innerhalb der Familie aussprechen, weil sie einmal klar ausgesprochen werden müssen. Ich stehe, wenn wir wissen, daß Sie Landesvorsitzender werden, mit all meinen Freunden hundertprozentig hinter Ihnen. Auf der anderen Seite möchte ich aber doch fragen, müßte nicht auch Schäffer hierzu gehört werden? Vor allem damit alle Uneinigkeit ausgeräumt wird und die Sachen nicht im ungeeignetsten Augenblick auf den Tisch kommen.

Schmidt: Über die Tatsache, daß Schäffer in Bonn nicht zurücktreten darf, herrscht einhellige Meinung. Ich bin der Ansicht, daß man das Schäffer auch mitteilen soll. Müller ist keine organisatorische Kraft, sondern eher ein Wirbelator.

Kreußel: Es könnte doch auch sein, daß die Sache in Mittelfranken gar keine boshafte Sache war[56].

sicht bekundet, ihren Beamten eine Weihnachtsgratifikation auszuzahlen. Schäffer lehnte dies entschieden ab, reichte am 28. 11. 1953 eine einstweilige Verfügung beim Bundesverfassungsgericht ein und drohte mit seinem Rücktritt. Nachdem jedoch der zweite Senat des Bundesverfassungsgerichts den Antrag Schäffers am 10. 12. 1953 ablehnte und auch die Rücktrittsdrohung nicht die von Schäffer erhoffte Wirkung zeitigte, mußte der Bundesfinanzminister schließlich nachgeben, womit er „deutlich sichtbar an die Grenzen seiner Einflußmöglichkeiten gestoßen" war. Vgl. Henzler, Fritz Schäffer, S. 455 f.

[55] So berichtete die Frankfurter Allgemeine Zeitung am 7. 1. 1955 („Vor der Entscheidung"), Müller suche die Revanche für die in der Straubinger Landesversammlung vom Mai 1949 verlorene Schlacht. „Die Delegierten der Landesversammlung" ständen „schon jetzt unter einem Trommelfeuer seiner Anhänger".

[56] Vgl. Anm. 46 zu diesem Dokument.

Strauß: Ich habe eben mit Kremer, Nürnberg, telefoniert und erfahren, daß in Nürnberg mit sehr unsachlichen Argumenten gearbeitet wurde.

Kreußel: Flügelbildung Müller muß verhindert werden.

Krehle: Ich glaube, über das Halten Schäffers als Finanzminister sind wir uns klar. Schäffer hat immer wieder betont, daß er, wenn er nicht mehr an ein Halten der Währung glaube, zurücktreten würde. Seidel wäre mir auch vom sozialen Standpunkt her lieber als Schäffer. Dieser hat uns viel geschadet. (Nennt einige Beispiele.) Außerdem beide Ämter zu bearbeiten, kann ein Mensch nicht machen.

Seidel: Ich bitte, die Dinge nicht so schwarz-weiß zu sehen. Es ist Absicht der neuen Regierung, die Animosität gegen den Bund auszunützen. Man wird mit allen Mitteln jeweils gegen den Bund Stellung beziehen und uns damit in Schwierigkeiten bringen. Hier ist der Punkt, wo die Opposition überaus schwierig wird. Was sollen wir sagen, wenn Schäffer z. B. seine 42 Prozent verlangt[57]? Was haben wir auch schon in der Vergangenheit sagen können? Wir waren in diesem Punkte immer schon in einer schwierigen Situation. Wir haben Schäffer immer gestützt. Ich erinnere an die Zeit 1950, wo er buchstäblich jeden einzelnen Berufsstand herausgegriffen hat, um ihn zu verärgern. Heute bin ich der Meinung, daß er die Dinge in Bonn nicht richtig sieht, er sieht sie zu pessimistisch, er glaubt nicht an den Weiterbestand der Koalition. Es wird sehr schwierig sein, die Opposition zu führen.

Meixner: Schäffer hat wiederholt gesagt, solange er an seiner Stelle stehe, sei die Währung in Ordnung, wenn er ginge, sei Grund zur Beunruhigung gegeben. Wenn man [ihn] jetzt, wo alle wichtigen Fragen kommen, wegläßt, gibt es eine Revolution. Wenn er aber Finanzminister bleibt und Vorsitzender wird, werden alle Fragen viel schwieriger.

Seidel: Schäffer, der sich immer als Feind von Dr. Müller gezeigt hat, ist in der letzten Woche beim Ochsensepp gewesen, sie haben sich gegenseitig ausgesprochen. Die Unterhaltung sei freundlich gewesen. Schäffer sei aber doch über einige Äußerungen Müllers stutzig geworden. Das erste Ergebnis dieser Aussprache dürften wir in Nürnberg erlebt haben.

Schmidt: Ich schlage doch vor, Herrn Dr. Müller hierherzubitten.

Ehard: Das hat gar keinen Zweck, er setzt alle Hebel in Bewegung, um Vorsitzender zu werden.

Kreußel: Ich muß zur Ehre Schäffers sagen, er hat mir gesagt, daß er gar nichts mit Müller zu tun haben wolle, und zwar sagte er mir das am Sylvester-Vormittag, also nach der Aussprache mit Dr. Müller. Er sagte sogar wörtlich, Müller sei ein typischer Canaris-Mann, er wolle schon deshalb nichts mit ihm zu tun haben[58].

Ehard: Die Aussprache kann heute nicht recht viel weitergeführt werden. Wir werden uns ja noch öfters treffen. Zusammenfassend darf ich wohl sagen, daß die allgemeine Meinung dahin geht, Schäffer solle Finanzminister bleiben und nicht

[57] Gemeint ist die umstrittene Verteilung der Einkommen- und Körperschaftsteuer zwischen dem Bund und den Ländern, wobei es Ende Oktober 1954 im Bundesrat zwischen Staatssekretär Ringelmann und Bundesfinanzminister Schäffer, der einen Bundesanteil von 42 Prozent gefordert hatte zu, einer kontroversen Diskussion gekommen war. Vgl. Gelberg, Hans Ehard, S. 410f.

[58] Zu Schäffers Feindschaft gegen Müller und zu den Anwürfen, die sich der Ochsensepp seit 1945 wegen seiner Tätigkeit im Geheimdienst der Wehrmacht unter Admiral Wilhelm Canaris immer wieder gefallen lassen mußte, vgl. Schlemmer, Aufbruch, S. 95–105.

zurücktreten, beide Ämter kann er nicht übernehmen. Schäffer kann auch keinen besonderen Angriff gegen Adenauer starten. Man solle sich also weiter überlegen, und Freund Seidel möge sich ebenfalls überlegen, ob [er] nicht doch den Landesvorsitz übernehmen wolle.

Hundhammer: Tritt dafür ein, daß die mittelfränkische Sache widerlegt wird.

Strauß: Die Argumente waren, die CSU bekomme in der jetzigen Situation überhaupt kein Geld mehr, nur ein einziger Mann könne noch Gelder beschaffen, und das sei er, Dr. Josef Müller.

Ehard: Im Landesausschuß sind auch noch die stellvertretenden Landesvorsitzenden zu wählen. Freund Eberhards Wahl ist noch nicht fällig, sondern erst im nächsten Jahr. Strauß wird ja wohl wiedergewählt werden. Wir müssen zusehen, ein klares Bild zu bekommen. Über die stellvertretenden Vorsitzenden dürfte ja Übereinstimmung herrschen. Nun sollten wir uns heute überblicksweise mit der Abrechnung befassen.

Strauß: Noch einige Worte zur Aufklärung, damit keine Mißverständnisse entstehen. Organisation und Finanzierung hängen eng zusammen. In der letzten Sitzung sind die Gründe geklärt worden, warum Brunner als Generalsekretär zur Disposition gestellt wurde[59]. Wir sind z. Zt. bemüht, ihn noch im Laufe des Januar in einer zivilen Position unterzubringen. Damit steht nun die Frage des Generalsekretärs zur Diskussion. Dieser wird von der Landesvorstandschaft gewählt. Wenn der Landesvorsitzende der Partei nun aber nicht mehr zugleich Ministerpräsident ist – was sich übrigens bewährt hat – und wenn der neue Vorsitzende in München stets greifbar ist und wenn die politische Koordinierung durch die Person des Landesvorsitzenden gewährleistet ist, bräuchte die Stellung des politischen Generalsekretärs nicht mehr besetzt werden. Bis auf weiteres brauchen wir also keinen Generalsekretär mehr. Sollte sich aber später es als notwendig erweisen, kann Freund Seidel immer einen Vorschlag bringen. Damit darf aber nicht verwechselt werden die rein organisatorische Büroarbeit. (Hinweis auf Mitteilungen in der Presse über[60] Dr. Zimmermann[61].) Für den Posten des politischen Generalsekretärs interessieren sich eine ganze Reihe von Leuten. Die technische Führung in der Landesleitung bedeutet unendlich viel Arbeit, es gibt hier eine ganze Reihe von Aufgaben, z. B. eine bessere Zusammenarbeit mit den Bezirks- und Kreisverbänden; es sollen überall Ortsverbände gegründet werden, Pressereferat in der Landesleitung, ordentliches Archiv. Kollege Lechmann hatte sich in dankenswerter Weise zur Verfügung gestellt. Der Wirtschaftsbeirat gewinnt aber in der jetzigen Lage für uns zentrale Bedeutung. Nachdem die Abzugsfähigkeit für Spenden jetzt durch ist[62], wird auch dort die Arbeit der Werbung usw. erwei-

[59] Vgl. Nr. 67 mit Anm. 12. Das Protokoll der Sitzung des geschäftsführenden Landesvorstands, auf die Strauß sich bezieht, ließ sich nicht ermitteln.

[60] In der Vorlage: „auf".

[61] Auf welche Mitteilungen sich Strauß hier bezog, bleibt unklar.

[62] Durch eine Änderung von Paragraph 10b des Einkommensteuergesetzes und von Paragraph 11, Ziffer 5 des Körperschaftsteuergesetzes, die per Gesetz vom 16. 12. 1954 vorgenommen wurden (vgl. BGBl. I, S. 373), wurden Spenden an politische Parteien als „staatspolitische" Aufwendungen definiert und Spenden für mildtätige, kirchliche, religiöse und wissenschaftliche Zwecke gleichgestellt. Damit waren Parteispenden steuerlich abzugsfähig. Vgl. Dübber, Parteifinanzierung in Deutschland, S. 16f.

tert sein. Durch die Doppeltätigkeit Lechmanns hat aber der Wirtschaftsbeirat gelitten. Der Wirtschaftsbeirat erfordert einen guten Arbeiter von morgens bis abends.

Von [den] Kräften der Landesleitung kommt für den Posten des Landesgeschäftsführers auch bei wohlwollender Betrachtung niemand in Frage. Engelhard ist ein guter Mann im Außendienst, hat aber auch schwere Mängel. Stützle, der in Zukunft auch die JU mitbearbeiten soll, ist mit seinen 27 Jahren zu jung, Riemer[63] kommt dafür nicht Betracht. Aus dem Lande haben sich für diesen Posten einige, z.B. Klughammer, Kremer, Weigl[64] und auch Pflüger beworben. Ich halte auch aus verschiedenen Gründen den in den Landtag eingerückten Landesobmann der JU, Sackmann, nicht für den Richtigen. Ich habe ihm dies auch persönlich gesagt, daß ich ihn für präzise Schreibtischarbeit nicht für geeignet halte.

Ich habe aus diesem Grund im Einvernehmen mit den Herren Dr. Ehard, Eberhard und auch Dr. Seidel, die ich um ihre Zustimmung fragte, Herrn Dr. Zimmermann als Landesgeschäftsführer vorgeschlagen. Dr. Zimmermann ist Volljurist, ein äußerst aktiver und vor allen Dingen fähiger Mann. Er war persönlicher Referent des Justizministers, ist dann als stellvertretender Bevollmächtigter Bayerns nach Bonn berufen worden.

Strauß erläutert dann die Verhältnisse bei der bayerischen Vertretung in Bonn. Leusser[65] sei zwar Mitglied der CSU, aber nur im dunklen. Zimmermann sei sehr aktives, nach außen erkennbares Mitglied unserer Partei, auch Dr. Brenck[66] sei Mitglied. Nun werde verständlicherweise die Forderung erhoben, daß auch ein Mann von der SPD – es wird von Dessauer[67] oder Pfefferkorn[68] gesprochen – in die bayerische Vertretung komme. Zimmermann solle also zurückversetzt werden in die Justiz. Bei diesem Punkte habe er, Strauß, eingegriffen und Dr. Zimmermann gefragt, ob er sich für ein Jahr beurlauben lassen wolle, um solange in der Landesleitung zu arbeiten. Für Dr. Zimmermann ist natürlich die Beurlaubung in gewissem Sinne gefährlich, er hat aber trotzdem zugesagt, das Amt zu übernehmen. Seine Beurlaubung ist gestern eingetroffen. Ich darf daher zur Diskussion stellen, Dr. Zimmermann das Amt des Landesgeschäftsführers zu übergeben.

Ehard: [Die] Frage des Generalsekretärs stellen wir zurück. [Die] Frage des Landesgeschäftsführers wollen wir beraten. Ich wäre der Meinung, daß wenn sich Dr. Seidel die Sache überlegt hat, daß er uns bei einer der nächsten Sitzungen einen Oppositionsplan und Organisationsplan vorlegen möge. Die Aussprache über die

[63] Möglicherweise ist Rudolf Riemer, der Landessekretär der Union der Vertriebenen, gemeint.

[64] In der Vorlage: „Weigel". Gemeint ist vermutlich Josef Weigl aus Straubing, der als Bezirksgeschäftsführer der niederbayerischen CSU fungierte.

[65] Claus Leusser (1909–1966), Jurist, seit 1942 Teilnahme am Zweiten Weltkrieg, 1945 in die bayerische Staatskanzlei berufen, 1945–1951 Generalsekretär des bayerischen Ministerrats, 1948 Mitglied des Redaktionsausschusses des Verfassungskonvents von Herrenchiemsee, seit November 1948 Beauftragter der bayerischen Staatsregierung beim Parlamentarischen Rat, 1952–1963 Bevollmächtigter Bayerns beim Bund, seit 1963 Ministerialdirektor im bayerischen Justizministerium.

[66] Dr. Heinz Brenck (1915–1983), ev., nach Teilnahme am Zweiten Weltkrieg stellvertretender Direktor des Evangelischen Presseverbandes für Bayern, 1953–1961 Regierungsdirektor bei der Bayerischen Vertretung beim Bund, seit 1952 CSU-Mitglied, 1961–1969 MdB (CSU).

[67] Heinz von Dessauer, 1954–1957 Mitarbeiter der Bayerischen Vertretung beim Bund und Berichterstatter für die Staatsregierung.

[68] Hannes Pfefferkorn (1914–1956), Journalist.

Regierungserklärung, die am 14. Januar gegeben wird, soll 14 Tage nach der Erklärung gemacht werden. Das wäre also einige Tage nach der Landesversammlung[69].

Hundhammer: Zur Frage Dr. Zimmermann. Ist es richtig, daß er mit einer geschiedenen Frau verheiratet ist und nicht kirchlich getraut wurde?

Strauß: Die jetzige Frau Zimmermann[70] hatte sich mit 18 Jahren verheiratet, und zwar mit einem evangelischen Mann. Diese Ehe ist aufgehoben worden. Zimmermann ist in St. Gabriel kirchlich getraut worden.

Hundhammer: Ich habe Bedenken, wenn dieser Mann hinausgehen soll. Außerdem war er aktiver Nationalsozialist und hat sich als solcher an der Universität betätigt[71]. Ich möchte diesen Mann an der Spitze der Partei nicht sehen. Ich melde Bedenken an.

Seidel: Der Mann hat aber bereits schwerwiegende persönliche Entschlüsse gefaßt.

Strauß: Wir haben hier ja zwei Geistliche[72]. Er widerlegt die Behauptungen Hundhammers nochmals und gibt der Meinung Ausdruck, daß man wegen derartiger Nichtigkeiten, die man im übrigen wirklich endlich begraben sollte, einem jungen aktiven Mann nicht die ganze Zukunft verderben könne.

Hundhammer: Das sollen auch gar keine persönlichen Vorwürfe sein, aber draußen läßt sich das nicht erklären und läßt sich nicht darüber reden. Auf diesem Platz in unserer Partei muß ein Mann sein, der über jeder Diskussion steht, denn schließlich in der Mann ja doch Generalsekretär.

Strauß: Weist den Vorwurf gegen Dr. Zimmermann, dieser sei aktiver Nationalsozialist gewesen, zurück und begründet dies mit der Jugend Zimmermanns. Dieser sei ja auch unter die Jugendamnestie gefallen[73], und wenn man mit diesen Maßstäben heute noch immer messen wolle, würde man die aktivsten Leute in der Partei nur vor den Kopf stoßen. Zimmermann sei letztlich sechs Jahre Soldat gewesen. Mit diesen Dingen könnten wir nicht anfangen, bei sowas könne er unter keinen Umständen mitmachen.

Eberhard: Er habe diese Vorwürfe nicht gekannt, müsse aber auch sagen, daß es sich nicht um die Stelle des Generalsekretärs handle, sondern um einen Mann, der die Vorbereitungen für die künftige Arbeit treffen könne für eine wirksame Opposition. Wir bräuchten jetzt wesentlich mehr vorbereitendes Material als bisher. Nach seinen Informationen habe sich Dr. Zimmermann in seinen bisherigen Stellungen sehr gut eingeführt, und er sei ein fähiger Kopf. Er glaube daher, daß Zim-

[69] Hoegner gab die erste Regierungserklärung der Viererkoalition am 11. 1. 1955 ab; die Aussprache darüber folgte am 26. 1. Vgl. Stenographische Berichte über die 3. und 5. Sitzung des bayerischen Landtags am 11. 1. und 26. 1. 1955, S. 22–39 und S. 65–104.

[70] Erika Zimmermann, geborene Mangge (1928–1984), 1950 Hochzeit mit Friedrich Zimmermann, 1967 Scheidung, 1984 Selbstmord.

[71] In der Vorlage: „beschäftigt". Über die politische Vergangenheit Zimmermanns ist wenig bekannt. Ein Spruchkammerakt, der etwa darüber Auskunft geben könnte, ließ sich im Staatsarchiv München nicht ermitteln. Laut Zentralkartei der NSDAP hatte Zimmermann am 24. 12. 1942 die Aufnahme in die Partei beantragt und war am 20. 4. 1943 in die NSDAP aufgenommen worden. BAB-BDC, NSDAP-Zentralkartei, Mitgliedskarte Fritz Zimmermann.

[72] Gemeint sind Emil Muhler und Georg Meixner.

[73] Von der im Juli 1946 ausgesprochenen Jugendamnestie profitierten Personen, die nach dem 1. 1. 1919 geboren waren; vgl. Niethammer, Mitläuferfabrik, S. 354f.

mermann ein guter Vorschlag sei. Wenn wir heute wieder mit solchen politischen Dingen anfangen, dann begingen wir einen falschen Weg.

Hundhammer: Verweist auf das gegen Zimmermann anhängige Schiedsverfahren, wegen eines seinerzeitigen Studenten, der wegen Anschuldigungen des Zimmermann von der Universität demissioniert worden sei[74].

Heftige Auseinandersetzung zwischen *Strauß* und *Hundhammer*, wobei *Strauß* Zimmermann scharf verteidigt.

Hundhammer: Vertritt letztlich die Meinung, man möge diese Frage zurückstellen bis der Landesvorsitzende gewählt sei, und man könne ja noch einmal über diesen Fall reden. Er erklärt sich auch bereit, mit Dr. Zimmermann einmal persönlich zu sprechen. Außerdem verweist er nochmal auf Dr. Lechmann, man solle doch diesen weiterarbeiten lassen.

Dr. *Ehard*: Fragt Lechmann noch einmal, ob er weiterarbeiten wolle.

Lechmann erklärt, er könne beide Aufgabe nicht miteinander machen. Es sei damit weder dem einen noch dem anderen gedient. Man habe ja von vorneherein gewußt, daß er wieder zum Wirtschaftsbeirat zurückgehen wolle, der ja doch heute eine recht bedeutende Funktion habe. Um aber den Wirtschaftsbeirat aktiv zu erhalten, müsse er von früh bis spät dort mit ganzer Kraft arbeiten, denn der Wirtschaft müßte schon etwas geboten werden.

Ehard: Nachdem die Sache eile, könne man Zimmermann doch anfangen lassen, wenn es sich dann zeige, daß es nicht geht, könne man immer noch einen anderen wählen.

Hundhammer: Macht Vorschlag, man möge Zimmermann im Wirtschaftsbeirat und Lechmann in der Landesleitung einsetzen. Man dürfe nicht in den alten Fehler verfallen, die Landesleitung wieder zum Zentrum der Nazis zu machen[75].

Schmidt meint, er erblicke in der NS-Zugehörigkeit Zimmermanns keine Vorbelastung. Er selbst sei nie Mitglied der NSDAP gewesen. Als seinerzeitiger ehrenamtlicher Leiter der Landesleitung möchte er aber doch die Gründe nennen, warum man seinerzeit die sogenannten Nazis geholt habe. Sie seien einfach wesentlich billiger gewesen als andere Kräfte, diese hätten nicht mehr als RM[76] 200 monatlich verdienen dürfen. Es seien im übrigen auch Leute wie Dr. Richard Jaeger darunter gewesen.

Geiger: Ich muß sagen, es täte mir leid, wenn man dem Zimmermann die Möglichkeiten verderben würde. Ich kenne ihn von Bonn her ziemlich genau. Geben wir ihm die Chance. Man soll in diesen alten Sachen nicht immer herumkramen.

Heftige Diskussion zwischen *Strauß* und *Hundhammer* wegen Zimmermanns politischer Vergangenheit.

[74] Im Januar 1955 hatte Siegfried Schramm beantragt, Friedrich Zimmermann aus der CSU auszuschließen. Schramm begründete seinen Schritt damit, daß Zimmermann ihn bei der Leitung der Münchner Universität der Fragebogenfälschung bezichtigt habe, woraufhin Schramm für zwei Semester vom Studium suspendiert worden sei. Die Anschuldigungen erwiesen sich jedoch als unwahr. ACSP, NL Müller C 99, Siegfried Schramm an den Vorstand des CSU-Bezirksverbands München vom 8. 1. 1955 und Erklärung Dr. Zimmermanns und Dr. Steinbergers vom 15. 9. 1955.

[75] Zur Auseinandersetzung um die Beschäftigung politisch belasteter Personen in der Landesgeschäftsstelle der CSU 1946 vgl. Mintzel, Anatomie, S. 153f.

[76] In der Vorlage: „DM".

Horlacher: Um den Kram, der jetzt schon so lange zurückliegt, kümmere ich mich nicht. Ich muß allerdings sagen, man hätte sich darüber unterhalten sollen vor der Beurlaubung.

Kreußel: Müßte nicht in dieser Frage vor allem Freund Seidel gehört werden, der ja als künftiger Landesvorsitzender mit Zimmermann arbeiten muß?

Strauß: Die Sache eilt, ich muß sofort jemanden haben, der aktiv in der Landesleitung arbeitet. Es gibt so viele Aufgaben, die gelöst werden müssen.

Seidel: Die Einwendung Hundhammers kann natürlich nicht in den Wind geschlagen werden.

Ehard: Was soll nun geschehen, wer ist dafür, daß Zimmermann abgehalftert werden soll?

Hundhammer: Ich muß gegen die endgültige Anstellung, wenn diese heute erfolgen sollte, Einspruch erheben.

Meixner: Der Haupteinwand sollte nicht aus der Vergangenheit sondern aus der Gegenwart kommen. Er meint damit die Landshuter Rede Dr. Zimmermanns[77].

Strauß: Er sei sich der Gefahren wohl bewußt, einen Mann mit derart großer Intelligenz, einen befähigten Politiker anzustellen. Weiterhin verweist er auf das Zerwürfnis zwischen Dr. Müller und Zimmermann. Müller habe von Zimmermann auch nach seinem Ausscheiden aus dem Justizministerium die Überlassung von Aktenmaterial verlangt, was Zimmermann aber abgeschlagen habe. Seit jener Zeit bestehe das Zerwürfnis.

Es wird nochmals über die Landshuter Rede Zimmermanns diskutiert. *Strauß* verweist auch noch darauf. Zimmermann sei doch stellvertretender Bundesvorsitzender der Jungen Union Deutschlands, selbst da habe man ihm nichts zum Vorwurf gemacht. Nach längerer Diskussion einigt man sich darauf, Zimmermann arbeiten zu lassen, und der neu zu wählende Landesvorsitzende könne ja dann endgültig entscheiden. Diese Einigung wird gegen die Stimme Hundhammers erzielt.

Ehard: Stellt zur Diskussion, wann die nächste Sitzung des geschäftsführenden Vorstandes sein soll. Man einigt sich schließlich auf Montag, den 17. Januar 1955, 9.30 Uhr[78]. Schriftliche Einladung ergeht noch von der Landesleitung aus.

Ehard erteilt dann Geiger das Wort über Abrechnung.

Geiger: Er könne heute noch keinen endgültigen Abschluß vorlegen, dazu sei die Zeit viel zu kurz. Er habe aber durch das Büro eine genaue Rechnung über Einnahmen und Ausgaben des Jahres 1954 bekommen. Er möchte nur bemerken, daß der „Bayern-Kurier" außerhalb seines Bereiches liege, er habe dort keinen Einblick. Er legt dann die Zahlen – diese werden dem Protokoll beigelegt[79] – klar. Er erklärt auch, daß sich die Einnahmen und Ausgaben im Jahre 1954 die Waage gehalten hätten. Außerdem wird auch der Etat für das Jahr 1955 – Zahlen liegen ebenfalls dem Protokoll bei – vorgetragen.

[77] Friedrich Zimmermann hatte vor dem in Landshut tagenden Landesausschuß der CSU am 3. 7. 1954 (ACSP, LGF-LA) eindringlich davor gewarnt, kulturpolitische Fragen zum wichtigsten Thema des Wahlkampfes zu machen und dabei u. a. erklärt: „Wir dürfen uns auch nicht den leisesten Anschein geben, als ob wir irgendeinen geistlichen Totalitätsanspruch verfechten wollten."

[78] Vgl. Nr. 69.

[79] Die hier erwähnten Anlagen fehlen.

Strauß (der kurze Zeit abwesend war): Er habe, ja mit Einverständnis Hundhammers, Dr. Zimmermann dessen Bedenken vorgetragen. Er müsse sich berichtigen, Zimmermann sei nicht in St. Gabriel, sondern in St. Theresia kirchlich getraut worden. Wegen eines Schiedsverfahrens sei Dr. Zimmermann nichts bekannt. *Strauß* gibt nochmals kurzen Überblick über politische Vergangenheit Zimmermanns. Eine Zusammenkunft zwischen Hundhammer und Dr. Zimmermann sei für nächste Woche vereinbart. Im übrigen bitte er, den Bogen doch nicht zu überspannen.

Zur Frage der Finanzierung[80]: Was wir an Minimum innerhalb der Landesleitung unterhalten müssen, ist einmal ein Mann, der die verwaltungsmäßige Verwaltung und Führung übernimmt, mit einer Sekretärin[81] zusammen. Zum zweiten brauchen wir jemanden, der die Organisation im Außendienst macht, Gründung der Ortsverbände usw.[82] Dann haben wir Herrn [Andreas] Thaler, der die sogenannte Wirtschaftsabteilung bearbeitet, Kfz, Plakate, Interventionen usw. Weiterhin haben wir eine weibliche Schreibkraft und eine Buchhalterin[83]. Neu muß eingerichtet werden das Pressereferat, dieses wird auf die Dauer nicht mit nur einer Kraft auskommen. Für die JU kommt kein eigener Sekretär mehr, sondern Herr Stützle von der Arbeitnehmergruppe wird in Zukunft die Geschäfte der JU mit wahren. Für Herrn Riemer von der UdV werden wir eine andere Verwendung besorgen. Das Referat soll aufgelöst werden. Allerdings muß ich hierzu sagen, daß die Flüchtlingswirtschaft der Landesleitung an die DM 6000 an Spenden eingebracht hat. Das Gehalt des Landessekretärs der UdV ist also im Vorjahre gedeckt gewesen. Über den „Bayern-Kurier" ist auch einiges zu sagen, wir werden das aber auf später verschieben.

Was in Zukunft wesentlich verbessert werden muß, ist einmal die Zusammenarbeit zwischen Landesleitung und Bezirks- und Kreisverbänden. Wir müssen von draußen viel mehr erfahren; dann kommt die Frage der Zusammenarbeit mit den konfessionellen und wirtschaftlichen Verbänden; weiterhin die Einschaltung der Bundestags- und Landtagsabgeordneten zur Gründung von Wahlkreissekretariaten[84].

Die bisherigen Ablieferungen der Fraktionen können in ihrer bisherigen Höhe nicht mehr aufrechterhalten werden[85]. Die Bundestagsfraktion zahlt pro Abgeordneten zwischen [DM] 30 und DM 35. Wenn die Landtagsfraktion, die pro Abgeordneten derzeit DM 15 an die Landesleitung abführt, ebenfalls ihren Beitrag erhöht, werde ich in der Bundestagsfraktion einen Beitrag von monatlich zwischen 50 und 100 DM vorschlagen. Die Ablieferung der Partei an die Landesleitung ist theoretisch ganze DM 1400 im Monat. Bei einem Wahlergebnis von 38

[80] Die folgenden Vorschläge basierten weitgehend auf einem Bericht über Einsparungsmöglichkeiten in der Landesgeschäftsstelle der CSU vom 2. 4. 1954, in: BayHStA, NL Ehard 1323.

[81] Als Sekretärin des Generalsekretärs der CSU fungierte Auguste Niedermair.

[82] Dafür war Landesgeschäftsführer Alois Engelhard zuständig.

[83] Rosa Schwegler und Irene Leyerer.

[84] Zum Aufbau eines Netzes von Bundeswahlkreisgeschäftsstellen vgl. Mintzel, Anatomie, S. 309–313; Schlemmer, Aufbruch, S. 473 f., und Balcar, Politik auf dem Land, S. 213–234.

[85] Zu den Beiträgen, die neben den Regierungsmitgliedern auch die Bundestags- und Landtagsabgeordneten der CSU zur Finanzierung der Partei leisteten und die sich 1954 insgesamt auf 42040 DM beliefen, vgl. Schlemmer, Aufbruch, S. 469 ff.

Prozent müßte dieser Betrag doch mindest verdoppelt werden können. Weiterhin müßte es möglich sein, daß der Wirtschaftsbeirat, der bisher DM 1000 monatlich an die Landesleitung gegeben hat, welche Beträge wir immer sehr dankbar angenommen haben, in Zukunft auf DM 2000 erhöhen könnte. Dies müßte, nachdem Spenden ab 1. Januar abzugsfähig sind, möglich gemacht werden können. Weiterhin ist ins Auge zu fassen, ob nicht bei der „UC" mit einem Überschuß, der ebenfalls der Partei zugute kommen müßte, gearbeitet werden kann. Ich selbst werde auch in der Lage sein, monatlich ca. 1000 bis 2000 [DM] herzubringen. Dann stelle ich mir vor, daß man zehn Firmen auftun könnte, die je monatlich DM 500 geben. Auf diesem Wege würden dann ca. DM 19000 aufgebracht, so daß zum voraussichtlichen Monatsetat von DM 20000 nicht allzuviel fehlt. Wir müssen dahin kommen, daß wir nicht allein von Spenden aus der Industrie abhängig sind, sondern daß die Parteizentrale wirklich durch die Partei selbst finanziert wird[86].

Es wird nochmals auf die Sitzung am 17. Januar hingewiesen, in der die Tagesordnung weitergeführt werden soll. In dieser Sitzung wird man über die Einzelheiten der Finanzierung und Organisation beraten. Schriftliche Einladung zur Sitzung ergeht.

Ehard schließt gegen 15 Uhr die Sitzung.

Nr. 69

Außerordentliche Sitzung des Landesvorstands der Christlich-Sozialen Union am 17. Januar 1955 in München

Tagesordnung[1]:
1. Satzungsänderungen
2. Vorbesprechung zur Wahl des Landesvorsitzenden
3. Verschiedenes – Wahlfragen

Tagungsort: München, Maximilianeum, Saal III

Anwesend[2]: Bauereisen, Donsberger, Drachsler, Eberhard, Ehard, Elsen, Engelhard, von Feury, J. Fischer, Gallmeier, Geiger, Gerstl, Greib, von Haniel-Niethammer, Hergenröder, Höhenberger, Horlacher, Hundhammer, Jaeger, Junker, Klughammer, Krehle, Lechmann, Maurer, Meixner, G. Müller, J. Müller, W. Müller, Muhler, Nerreter, Oesterle, Probst, Riemer, Röhrl, Sackmann, F. Schäfer, Schäffer, Schlögl, Schmid, Schmidt, Schwend, Seidel, Seidl, Strauß, Stücklen, Wacher, Wagner, Wieninger, Winkler, Zehner, Zimmermann

[86] Dieses Ziel wurde allerdings nicht erreicht; bis die staatliche Parteienfinanzierung einsetzte, war die CSU in hohem Maße von Spenden aus der Wirtschaft abhängig. Vgl. ebenda, S. 469 und 471 ff., sowie Mintzel, Anatomie, S. 356 ff.

[1] Aus dem als Inhaltsverzeichnis gestalteten Deckblatt des Protokolls übernommen. Die von Friedrich Zimmermann gezeichnete Einladung zu dieser Sitzung vom 13. 1. 1955 (BayHStA, NL Ehard 1228) hatte folgende Tagesordnung vorgesehen: 1. Vorbesprechung zur Wahl des Landesvorsitzenden, 2. Organisation, 3. Verschiedenes.

[2] ACSP, LGF-LV 17. 1. 1955, Anwesenheitsliste zur außerordentlichen Sitzung des Landesvorstands am 17. 1. 1955.

Beginn: 10 Uhr 30, Ende: 14 Uhr 45

ACSP, LGF-LV

Satzungsänderungen[3]:

Der Landesvorsitzende Dr. *Ehard* weist nach Eröffnung der Sitzung darauf hin, es sei notwendig geworden, einige Änderungen der Satzung vorzunehmen, weil sonst Schwierigkeiten bei der bevorstehenden Eintragung der CSU entstünden. Auch hinsichtlich der Wahl des Landesvorsitzenden hätten sich einige Auslegungsfragen ergeben, die zwar keine Schwierigkeit darstellten, es sei aber besser, sie vorher zu klären anstatt erst in der Wahl selbst. Vorweg folgendes: In Paragraph 52, Absatz 2 der Satzung[4] heißt es:

„Der Landesvorsitzende wird von der Landesversammlung, seine beiden Vertreter werden vom Landesausschuß, auf die Dauer von zwei Jahren gewählt. Bei der Wahl entscheidet einfache Stimmenmehrheit (Paragraph 70)."

In Paragraph 70, Absatz 1 sei davon die Rede, daß die „Wahlen der ersten Vorsitzenden der Orts-, Kreis- und Bezirksverbände wie des Landesverbandes ...[5] in schriftlicher, geheimer Einzelabstimmung durchzuführen" seien. Der Absatz 2 lautet:

„Gewählt ist, wer mehr als die Hälfte der abgegebenen gültigen Stimmen erhält. Stimmenthaltung gilt als ungültige Stimme. Erhält kein Bewerber mehr als die Hälfte der abgegebenen gültigen Stimmen, erfolgt Stichwahl zwischen den beiden Bewerbern mit den höchsten Stimmenziffern. Bei Stimmengleichheit entscheidet das Los."

Nun hätten verschiedene [Parteifreunde] zwischen dem Paragraph 52 und dem Paragraph 70 einen unlösbaren Widerspruch gesehen, weil sie nämlich die einfache Stimmenmehrheit nach seiner Auffassung mit der relativen Stimmenmehrheit verwechseln. Die einfache Stimmenmehrheit sei immer die Mehrheit der abgegebenen Stimmen. Darüber müsse man sich von vornherein klar werden, damit bei der Wahl des Landesvorsitzenden nicht erst eine große Geschäftsordnungsdebatte stattfindet.

Dr. *Seidl* trägt im Namen des Satzungsausschusses folgende Vorschläge auf Satzungsänderung vor: Wie sich aus Ziffer 3 der Tagesordnung für die am 22. Januar 1955 in München stattfindende Landesversammlung ergibt, ist die Einführung eines zweiten Schriftführers und eines zweiten Schatzmeisters vorgesehen. Im Zusammenhang mit dieser Satzungsänderung und weiteren notwendigen Ergänzungen der Satzung erlauben wir uns, folgende Vorschläge zu unterbreiten: I. Es wird vorgeschlagen, Paragraph 48, Buchstabe a) der Satzung wie folgt zu ändern:

„a) dem Landesvorsitzenden und seinen beiden Stellvertretern, dem ersten und zweiten Schriftführer und dem ersten und zweiten Schatzmeister,"

[3] Hierzu auch: BayHStA, NL Ehard 1228, Max Gerstl und Alfred Seidl an Hans Ehard vom 13. 1. 1955 betr. „Satzungsänderungen".

[4] Die zu diesem Zeitpunkt gültige Satzung der CSU war von der Landesversammlung am 5. 7. 1952 beschlossen worden und einen Tag später in Kraft getreten (vgl. Schlemmer, Aufbruch, S. 446–456). Die folgenden Zitate wurden mit dem gedruckten Text der Satzung abgeglichen und – wenn nötig – ergänzt. Die Satzung von 1952 findet sich im Anhang zu dieser Edition.

[5] Ausgelassen wurde der Passus: „der Delegierten zu den höheren Organen sind stets".

Der *Landesvorsitzende* bemerkt dazu, es sei der Wunsch ausgesprochen worden, daß mit Rücksicht auf die Verbindung zwischen Bonn und München ein zweiter Schriftführer und zweiter Schatzmeister aufgestellt wird. In der Tat wäre es zweckmäßig, das zu tun. Es handle sich um eine Frage der Zweckmäßigkeit, und über Zweckmäßigkeitsfragen und Ermessensfragen könne man immer zweierlei Meinung sein. Darüber brauche man aber nicht weiter zu diskutieren; denn bei einer so großen Partei wie der CSU sei es besonders gegenwärtig, wo sie in der Opposition steht, zweckmäßig, wenn der Kreis etwas ausgedehnt wird. Er dürfe also annehmen, daß kein Widerspruch besteht.

Dr. *Seidl* fährt fort: In diesem Zusammenhang ist auch Paragraph 47, Ziffer 2, Buchstabe b) der Satzung zu ändern. Es wird vorgeschlagen, dieser Bestimmung folgende Fassung zu geben:

„b) die Wahl eines ersten und zweiten Schriftführers und eines ersten und zweiten Schatzmeisters,"

Endlich ist Ziffer 2 Buchstabe a) des Paragraph 51 der Satzung (geschäftsführender Landesvorstand, nach Maßgabe der Satzungsänderung auf der Landesversammlung 1954 in Nürnberg[6]) zu ändern. Es wird vorgeschlagen, Paragraph 51, Ziffer 2, Buchstabe a) folgende Fassung zu geben:

„a) der Landesvorsitzende, seine beiden Stellvertreter, der erste und zweite Schriftführer, der erste und zweite Schatzmeister und der Generalsekretär,"

Der *Landesvorsitzende* stellt fest, das ergebe sich zwangsläufig aus dem ersten Beschluß.

Dr. *Seidl* setzt seinen Bericht fort: II. Nach Paragraph 1 der Satzung ist die Christlich-Soziale Union in Bayern mit ihrem Sitz in München in das Vereinsregister einzutragen. Diese Eintragung ist bis jetzt nicht erfolgt. Rechtsanwalt Dr. Alfred Seidl wurde von der Landesleitung beauftragt, die Eintragung in das Vereinsregister beim Amtsgericht München herbeizuführen. Bei mehreren Rücksprachen mit dem zuständigen Registerrichter stellte sich heraus, daß von seiten des Registergerichts gewisse rechtliche Bedenken gegen die Paragraphen 62 und 52 der Satzung geltend zu machen sind. Diese Bedenken erscheinen auch begründet. Sie würden zur Folge haben, daß Paragraph 62, Ziffer 1 und Ziffer 2, ferner Paragraph 52, Absatz 1, Satz 2 von der Eintragung ausgenommen werden müßten, wenn diesen Bedenken nicht Rechnung getragen würde.

Es handelt sich im wesentlichen um die Frage, ob dem Landesverband der CSU die Eigenschaft einer juristischen Person zukommen soll oder den Untergliederungen (Bezirksverbände, Kreisverbände, Ortsverbände). Der Wille der Landesversammlung, die am 5. Juli 1952 die Satzung in Regensburg beschlossen hat, war es zweifellos, daß nur der Landesverband eine selbständige juristische Person sein soll. Dies ergibt sich zweifelsfrei aus Paragraph 1 der Satzung, ferner aus Paragraph 52, Satz 1. Damit in Widerspruch steht jedoch Paragraph 62, Ziffer 1 der Satzung, wonach die Ortsverbände, Kreisverbände, Bezirksverbände und der Landesverband gerichtlich und außergerichtlich von ihren *Vorsitzenden* vertreten werden. Eine solche Vertretung steht nur, wie sich aus Paragraph 1 und Paragraph

[6] Vgl. Nr. 66.

52 eindeutig ergibt, dem Landesvorsitzenden zu. Der Registerrichter hat daher vorgeschlagen, dem Paragraphen 62 folgende Fassung zu geben:

„1. Die Vorsitzenden der Ortsverbände, Kreisverbände und Bezirksverbände sind ermächtigt, im Rahmen des genehmigten Haushaltsplanes und auf Grund besonderer Vollmacht des Landesvorsitzenden Rechtsgeschäfte für ihre Verbände abzuschließen,
2. die Vorsitzenden dieser Verbände sind berechtigt, innerhalb ihres Verbandes und in nachgeordneten Verbänden an allen Sitzungen beratend teilzunehmen oder sich durch Beauftragte vertreten zu lassen."

In Paragraph 52 wäre in Absatz 1 der Satz 3 zu streichen. Es wird vorgeschlagen, dem Paragraphen 52 folgende Fassung zu geben:

„Der Landesvorsitzende führt die Geschäfte der Union. Er vertritt sie gerichtlich und außergerichtlich. Er ist berechtigt, an allen Sitzungen der Organe der Union teilzunehmen oder sich durch Beauftragte vertreten zu lassen.
Der Landesvorsitzende wird von der Landesversammlung, seine beiden Vertreter werden vom Landesausschuß auf die Dauer von zwei Jahren gewählt; *sie bleiben jedoch so lange im Amt, bis eine Neuwahl oder Wiederwahl erfolgt ist.* Bei der Wahl entscheidet einfache Stimmenmehrheit. (Paragraph 70)"

Der *Landesvorsitzende* bezeichnet diesen Vorschlag als logisch; man könnte ihn ebenfalls annehmen.

Dr. *Seidl* berichtet abschließend: III. Zweifel haben sich bei der Auslegung des Paragraph 66, Ziffer 2 insofern ergeben, als den Vorsitzenden einzelner Kreisverbände in kreisfreien Städten, die nicht in Ortsverbände gegliedert sind (Paragraph 20, Absatz 2) nicht klar ist, ob bei Beschlüssen dieser Kreisverbände eine einfache Mehrheit der anwesenden Mitglieder genügt. Diese Frage ist zu bejahen. Es wird jedoch vorgeschlagen, diese Zweifel durch folgende Fassung des Paragraph 66, Ziffer 2 zu beseitigen:

„2. Zur Beschlußfassung ist die Beschlußfähigkeit der Organe erforderlich. Mitgliederversammlungen der Ortsverbände sind jederzeit beschlußfähig, ohne Rücksicht auf die Zahl der anwesenden Mitglieder, wenn zu den Mitgliederversammlungen satzungsgemäß eingeladen würde. Beschlüsse werden mit einfacher Mehrheit der anwesenden Mitglieder gefaßt. *Das gleiche gilt für Kreisverbände der kreisfreien Städte, die gemäß Paragraph 20 nicht in Ortsverbände gegliedert sind.* Die übrigen Organe der Union... Bei Stimmengleichheit[7] entscheidet der Vorsitzende mit Stichentscheid. Dies gilt für alle Versammlungen der Organe."

Von Haniel-Niethammer schlägt vor, die für die Kreisverbände der kreisfreien Städte vorgesehene Bestimmung auf sämtliche Kreisverbände auszudehnen. Praktisch sei es so, daß sehr oft, wenn nicht sogar meistens, von den Mitgliedern – abgesehen davon, daß der Begriff „Mitglied" auch etwas verschwommen sei; man streiche nicht gleich jeden, der seine Beiträge nicht bezahlt[8] – die Hälfte nicht da sei. Gerade bei den Landkreisen, wo die Entfernung hinzukomme, treffe das zu.

Dr. *Seidl* meint, technisch wäre das leicht durchzuführen; die Frage sei nur, ob die Vorstandschaft damit einverstanden sei.

[7] In der Vorlage falsch: „Stimmenmehrheit".
[8] Zur mangelhaften Zahlungsmoral der CSU Mitglieder vgl. Schlemmer, Aufbruch, S. 463–470, und Balcar, Politik auf dem Land, S. 225 f.

Der *Landesvorsitzende* betont, nur der eine Fall der Kreisverbände der kreisfreien Städte, die nicht in Ortsverbände gegliedert seien, sei noch zweifelhaft. Sonst aber sei die Regelung des Paragraph 66 ausreichend. Er würde es nicht für sehr zweckmäßig halten, gleich von Anfang an zu sagen, daß dann, wenn nur drei Mitglieder erschienen sind, diese die Entscheidung treffen können.

Von Haniel-Niethammer führt an, praktisch sei es noch nie gemacht worden, daß man, wenn bei einer Kreisverbandsversammlung nicht die Hälfte der Mitglieder anwesend war (Widerspruch) – in vereinzelten Fällen, aber in 90 Prozent der Fälle nicht – sagte, man müsse in acht Tagen nochmals zusammenkommen. Auf dem Land sei es so, daß meistens noch weniger kommen. (Zuruf von Dr. *Müller*, der um elf Uhr eingetroffen ist: Armutszeugnis für die Demokratie! Völlig unmöglich!)

Der *Landesvorsitzende* ist der Meinung, man solle das nicht noch erleichtern.

Dr. *Seidl* bemerkt, der Vorschlag von Haniel-Niethammer würde einen weitgehenden Eingriff in die Struktur der Satzung bedeuten.

Der *Landesvorsitzende* bezeichnet diesen Eingriff als außerordentlich weitgehend. Wenn z. B. 50 Leute geladen sind und nur drei kommen, könnten diese beschließen.

Dr. *Seidl* neigt auch der Auffassung zu, es bei der bisherigen Regelung zu belassen.

Der *Landesvorsitzende* rät dringend davon ab, einen so grundsätzlichen Einbruch gewissermaßen in die Satzung zu machen, hält aber die vorgeschlagene Ergänzung für zweckmäßig.

Es besteht Einverständnis, daß die Vorschläge des Satzungsausschusses der Landesversammlung als Anträge vorgelegt werden[9].

Vorbesprechung zur Wahl des Landesvorsitzenden:

Der *Landesvorsitzende* bittet darum, in einer Aussprache einmal in aller Offenheit über die Wahl des Landesvorsitzenden zu reden. Das sei mit Rücksicht darauf notwendig, daß sich die Partei durch ihre Stellung als Opposition, in die sie gedrängt sei, in einer sehr schwierigen Situation befinde. Bei der Gelegenheit ersuche er aber darum, nicht nur daran zu denken, daß die CSU in Bayern und in der bayerischen Politik sich in einer schwierigen Situation befindet, sondern darüber hinaus zu bedenken, daß sich die Politik in der Bundesrepublik durch die jüngsten Ereignisse in einer außerordentlich schwierigen Lage befindet und man noch nicht wisse, wie sie sich weiter entwickelt[10]. Man möchte daher die Sache nicht nur sehr engstirnig betrachten, indem man nur zum nächsten Kirchturm schaut, sondern darüber hinaus auch die anderen Ereignisse, die er nicht darzustellen brauche – sie seien in der Presse deutlich genug in Erscheinung getreten –, berücksichtige. Um der Diskussion nun eine Richtung zu geben, schlage er vor, erst einmal die Landtagsfraktion und die Landesgruppe, dann die einzelnen Bezirksverbände zu

[9] Die Anträge wurden erneut von Alfred Seidl begründet und von der Landesversammlung ohne Änderungen verabschiedet; IfZ-Archiv, ED 720/20, Auszug aus dem Protokoll der Landesversammlung der CSU am 22. 1. 1955 in München.

[10] Möglicherweise spielte Ehard auf den schwierigen Prozeß der Ratifizierung der Verträge in Frankreich an, die den Beitritt der Bundesrepublik zur NATO und zur WEU regelten. Vgl. Schwarz, Ära Adenauer 1949–1957, S. 258 f.

hören, um daran eine Diskussion anzuschließen. Er würde es für gut halten, wenn einmal in großen Zügen ein Plan dargestellt würde, wie man sich die Opposition denkt; denn davon hänge weitgehend ab, wie man sich den Landesvorsitzenden und die Landesleitung vorstellt.

Dr. *Seidel* erklärt, die Fraktion habe ihn aus einem Gefühl des Überschwangs heraus zum Sprecher der Opposition gemacht[11]; er fürchte, etwas voreilig. Ein Sprecher der Opposition, der nicht im Fraktionsvorstand sei[12], sei ja von vornherein zur Bedeutungslosigkeit verurteilt. (*Donsberger*: Das wird noch organisiert!) Das sei eine unmögliche Position, in die er da gekommen sei.

Er habe natürlich sehr genaue Überlegungen angestellt, wie man eine Opposition organisieren könnte. Er rate aber davon ab, das heute zu behandeln. Es bestehe immerhin die Gefahr, daß die Absichten deutlich werden und dann in die Außenwelt getragen werden. Bei einer Opposition spiele gerade das Überraschungsmoment eine sehr große Rolle. Er stelle es sich so vor, daß ein Arbeitsausschuß gebildet wird, in dem Leute sind, die die Verhältnisse genau kennen und die sehr genau planen, wie die Opposition abzurollen hat. Jedenfalls sei er sich darüber ganz klar, daß sowohl die Arbeitsweise der Fraktion als die Arbeitsweise der Partei in der Opposition nicht ausreicht. Es müsse eine Umstellung erfolgen. Dazu sei eine ganze Reihe von organisatorischen Maßnahmen, nicht großen Umfangs, notwendig. Er halte es aber für unzweckmäßig, das in der Vorstandschaftssitzung darzulegen.

Der *Landesvorsitzende* bemerkte in diesem Zusammenhang, er mache gar nicht den Versuch, darum zu bitten, daß das, was in der Sitzung gesprochen wird, diskret behandelt wird. Er habe in der letzten Zeit wiederholt sehr deutliche Mitteilungen bekommen, daß in der nächsten halben Stunde schon die anderen Fraktionen, mindestens die Bayernpartei, bis ins einzelnste Kenntnis haben.

Meixner berichtet, die Vorstandschaft der Landtagsfraktion habe über die Frage der Wahl des Landesvorsitzenden beraten und sei der Auffassung gewesen, man solle sie in der Fraktion besprechen. In der Fraktion habe er erklärt, und damit habe er die Zustimmung gefunden, in der gegenwärtigen Situation scheine es das Entscheidende zu sein, daß die CSU in der Lage, in der sie sich befindet, das Bild einer lückenlosen Geschlossenheit und Einigkeit bietet – und dafür sei der Landesparteitag von entscheidender Bedeutung –, und es müsse unter allen Umständen vermieden werden, daß die Partei auf der Landesversammlung in heftige Auseinandersetzungen in der Frage des Landesvorsitzenden gerät und Gegensätze hervortreten. Es seien ja allerhand Gerüchte in der Stadt München usw. verbrei-

[11] Hanns Seidel war noch im Dezember 1954 zum Fraktionssprecher gewählt worden, da man von Georg Meixner die für die Oppositionsarbeit notwendige Schärfe nicht erwarten konnte. Allerdings gehörte Seidel nicht dem Vorstand der Landtagsfraktion an. Vgl. Stephan Deutinger, Hanns Seidel – ein Lebensbild, in: Bayer/Baumgärtel (Hrsg.), Weltanschauung und politisches Handeln, S. 11–37, hier S. 26; Stephan Deutinger, Hanns Seidel (1901–1961), in: Aretz/Morsey/Rauscher (Hrsg.), Zeitgeschichte in Lebensbildern, Bd. 11, S. 161–174, hier S. 167, und Groß, Hanns Seidel, S. 122.

[12] Die Landtagsfraktion hatte auf ihrer konstituierenden Sitzung folgenden Vorstand gewählt: Georg Meixner (Vorsitzender), Rudolf Eberhard (stellvertretender Vorsitzender), Josef Ernst Fürst Fugger von Glött (stellvertretender Vorsitzender), Max Zillibiller (Schriftführer), Philipp Held (Schriftführer), Andreas Kurz (Schatzmeister), Georg Bachmann (Beisitzer), Zita Zehner (Beisitzerin), Franz Sackmann (Beisitzer); vgl. CSU-Correspondenz vom 10. 12. 1954, S. 2f.

tet[13]. Ihm scheine es entscheidend zu sein, daß die Fraktion lückenlos einig und geschlossen ist. Er habe dann der Fraktion kurz darüber berichtet, welche Meinung auf der letzten Sitzung des geschäftsführenden Vorstands[14] geherrscht habe: Daß hier die Persönlichkeit von Dr. Schäffer und Dr. Seidel in Erwägung und in die Debatte gezogen worden sind. Anschließend habe die Fraktion in einer langen Aussprache das Für und Wider erwogen und sei mit ihrer überwiegenden Mehrheit zu dem Beschluß gekommen – der in der Zeitung zu lesen war[15] –, den früheren Wirtschaftsminister Dr. Seidel als den in der gegenwärtigen Zeit und Lage für den Landesvorsitzenden am besten geeigneten Mann zu empfehlen[16].

Da Bundesminister Strauß noch nicht anwesend ist, schlägt der *Landesvorsitzende* vor, nunmehr die Bezirksverbände[17] zu hören.

Dr. *Hundhammer* berichtet, die Vorsitzenden der Kreisverbände Oberbayern hätten sich am vergangenen Samstag mit den Abgeordneten von Oberbayern zu einer Aussprache getroffen[18]. Hierbei habe er über die Ergebnisse der Sitzung des geschäftsführenden Landesvorstands und über die Stellungnahme der Fraktion berichtet. Die einzelnen Vorsitzenden der Kreisverbände – es war auch die Bundestagsfraktion vertreten – hätten dann ihrerseits Stellung genommen. Die größere Zahl der Sprecher habe zum Ausdruck gebracht, daß Bundesfinanzminister Schäffer bei den Mitgliedern draußen den größeren Widerhall finden würde und die Bereitwilligkeit, ihn zu wählen, sei sehr groß. Man habe dann das Problem diskutiert, ob sich die Stelle des Landesvorsitzenden der CSU gut mit der Position des Bundesfinanzministers vereinbaren lasse. Hier seien die Meinungen geteilt. Es habe aber auch Leute und Stimmen gegeben, die glaubten, diese Schwierigkeiten wären zu überwinden oder seien nicht so groß, daß daran die Wahl scheitern müßte. Die Argumente, die für Dr. Seidel angeführt wurden, seien, daß er als sehr sachlicher, ruhiger, überlegter Mann bekannt sei, der die Geschäfte der Partei wohl auch zuverlässig führen würde. Auch für ihn hätten sich Stimmen ausgesprochen.

Zwischen diesen beiden Persönlichkeiten habe die Debatte in der Hauptsache hin und her gespielt. Eine Abstimmung sei vermieden worden. Er habe aber ausdrücklich darum gebeten, nicht abzustimmen; denn er glaube, es wäre nicht gut, wenn man durch Festlegung der einzelnen Bezirksverbände etwa die Entscheidung vornehmen wollte, die in der Wirklichkeit in der Landesversammlung fallen

[13] Nachdem Ehard angekündigt hatte, den Parteivorsitz der CSU niederzulegen, hatte zunächst Hanns Seidel als Favorit in der Nachfolgefrage gegolten. Seit Anfang Januar wurden jedoch Gerüchte laut, Fritz Schäffer suche über die Wahl zum Landesvorsitzenden der CSU einen „Rückzugsweg nach Bayern". Vgl. etwa Die Welt vom 21. 12. 1954: „Die Christlich-Sozialen setzen auf ihre ‚Trojanischen Pferde'", und Mittelbayerische Zeitung vom 17. 1. 1955: „Sucht Schäffer den Rückzugsweg nach Bayern?"

[14] Vgl. Nr. 68a und b.

[15] Vgl. Süddeutsche Zeitung vom 14. 1. 1955: „Vorentscheidung für Dr. Seidel gefallen".

[16] Bei einer Probeabstimmung in der Landtagsfraktion waren von 66 abgegebenen Stimmen bei zwei Enthaltungen 61 Stimmen auf Hanns Seidel, eine auf Fritz Schäffer, eine auf Franz Josef Strauß und eine auf Josef Müller entfallen. ACSP, LTF-P, Protokoll der Fraktionssitzung am 12. 1. 1955.

[17] In der Vorlage: „Kreisverbände".

[18] Diese Zusammenkunft fand unter dem Vorsitz Hundhammers am 15. 1. 1955 in München statt. Nach einer Meldung der Süddeutschen Zeitung vom 17. 1. 1955 („Schäffers Chancen steigen") hätten sich die Kreisvorsitzenden der oberbayerischen CSU dabei überwiegend für Schäffer ausgesprochen.

muß. Er habe denselben Standpunkt auch in der Fraktion vertreten und sei der Meinung gewesen, man sollte nicht abstimmen. Der richtige Weg sei wohl, sich, wenn irgendwie möglich, in der Vorstandschaft auf eine Kandidatur abzusprechen. Oberbayern werde in der Mehrheit, wie er vermute, die Linie mitmachen, die in der Landesvorstandschaft vereinbart wird.

Von Haniel-Niethammer teilt mit, Niederbayern habe überhaupt keine Bezirksversammlung abgehalten. Es sei ja anzunehmen, daß, wenn eine solche stattgefunden hätte, sie schon mit Rücksicht auf die engen Beziehungen, die zwischen dem Bundesfinanzminister und Niederbayern bestehen[19], wahrscheinlich zugunsten von Schäffer ausgefallen wäre. Er habe aber keine Bezirksversammlung gehalten, weil er sich gesagt habe, man rede sich in solchen Versammlungen die Köpfe heiß und es werde in gewissem Sinn eine Entscheidung, wenigstens zum Teil, präjudiziert. Man habe die letzten Zusammenhänge nicht gekannt und nicht gewußt, ob Strauß auch noch kandidiert. In Niederbayern möchte man, daß Schäffer, wenn er Landesvorsitzender werden sollte, auf jeden Fall Bundesfinanzminister bleibt.

Da alle diese Fragen nicht geklärt seien, habe man zur Wahl des Landesvorsitzenden in keiner Weise Stellung genommen und auch keine Versammlung einberufen. Das einzige, wofür er sich einsetzen werde, und er glaube, sich auch durchzusetzen, sei, daß man sich einer Mehrheitsentscheidung der Landesvorstandschaft oder des Landesausschusses fügen wolle. Unter gar keinen Umständen wolle man eine Kampfabstimmung. Sein Gedanke sei, es solle in den höheren Gremien entschieden werden, wer kandidieren soll, und dann werde man dem die Stimme geben.

Stücklen berichtet, die Bezirksversammlung Mittelfranken[20] habe sich mit der Neuwahl des Landesvorsitzenden befaßt und habe ebenfalls keine Entscheidung getroffen, also keine Abstimmung vorgenommen. In der Diskussion seien drei Namen mit Deutlichkeit herausgestellt worden: Dr. Seidel, Schäffer und Strauß. Die Delegierten von Mittelfranken seien in der Sorge gewesen, daß bei der kommenden Landesversammlung ein Landesvorsitzender von mehreren Bezirksverbänden vorgeschlagen wird und ein Gegenvorschlag von anderen Bezirksverbänden kommt, so daß man den neuen Landesvorsitzenden in einer Kampfabstimmung wählen soll. Daher sei der Bezirksverband Mittelfranken der Meinung gewesen, daß derjenige, der mit größter Wahrscheinlichkeit die Mehrheit der Stimmen auf sich vereinigen wird, tatsächlich als der Kandidat der Christlich-Sozialen Union auf der Landesversammlung in Erscheinung treten soll, damit er mit einer überwältigenden Mehrheit von den Delegierten gewählt wird.

Hergenröder stellt fest, in Oberfranken lägen die Dinge ähnlich wie bei den genannten Bezirksverbänden. Die Bezirksversammlung von Oberfranken[21] habe

[19] Schäffer hatte 1949 und 1953 im Bundeswahlkreis Passau kandidiert und dort 1949 für die CSU das einzige Direktmandat in Niederbayern erobert. Seither waren die Beziehungen zwischen Schäffer und dem Bezirksverband Niederbayern besonders eng, zumal der Finanzminister in Passau eine Geschäftsstelle unterhielt, von der nicht nur sein Bundeswahlkreis profitierte. Vgl. Henzler, Fritz Schäffer, S. 281–286.

[20] Die Versammlung des CSU-Bezirksverbands Mittelfranken fand am 15. 1. 1955 in Nürnberg statt. Vgl. CSU-Correspondenz vom 14. 1. 1955, S. 6.

[21] Nicht ermittelt.

sich in der gestrigen Sitzung hauptsächlich mit drei Namen beschäftigt: Dr. Seidel, Schäffer und Strauß. Er dürfe dasselbe sagen, was für Oberbayern gesagt wurde. Hinsichtlich der Kandidatur von Schäffer habe man unbedingt daran festgehalten, daß die Frage, ob Landesvorsitzender oder Bundesfinanzminister, auf jeden Fall für den Bundesfinanzminister zu entscheiden wäre. Ein Abspringen[22] des Bundesfinanzministers im gegenwärtigen Zeitpunkt würde Oberfranken nicht verstehen.

Im übrigen habe Oberfranken herausgestellt, daß es sich bei der CSU um eine Landespartei handelt und daß das Schwergewicht der Führung in München sein sollte. Nach ausgiebigen Debatten sei der oberfränkische Bezirksverband zu der Empfehlung an die oberfränkischen Delegierten gekommen, dem Kandidaten Dr. Seidel die Stimme zu geben. Man habe sich dafür entschieden, die Publikation dieser Entscheidung zurückzustellen für den Fall, daß sich in der Landesvorstandschaftssitzung irgendwelche neue Gesichtspunkte ergeben sollten. Insbesondere sollte abgewartet werden, was in der Zwischenzeit zwischen Strauß und Schäffer verhandelt wurde. Er unterstreiche eines: Sämtliche oberfränkischen Kreisverbände und Delegierten waren sich darüber einig: Auf jeden Fall keine Kampfabstimmung und auf jeden Fall das Bild der geschlossenen, einigen CSU.

Greib erklärt für Unterfranken, im Hinblick auf die ganze Entwicklung sei man der Auffassung, in der gegenwärtigen Zeit der Opposition brauche man einen Landesvorsitzenden, der unter allen Umständen laufend in München in die Verhandlungen eingreifen kann, der in München tätig ist und in der Lage sei, auch in der Landesleitung mehr oder weniger das Gewicht dorthin zu verlagern. Man habe alle möglichen Gesichtspunkte erwogen im Zusammenhang mit dem Namen Strauß und Schäffer, wobei man durchaus der Meinung sei, daß Schäffer auf dem Posten des Bundesfinanzministers bleiben solle. Bei der jetzigen Oppositionsstellung der Partei müßten die Querverbindungen – das Schwergewicht liege dabei im Landtag – nach Meinung von Unterfranken von einem Mann gesteuert werden, der auch in der Opposition die Verbindungen dauernd halten kann. Das habe man in der Person von Dr. Seidel am besten gewährleistet geglaubt. Freund Schäffer solle als Bundesfinanzminister bleiben und Freund Strauß gebe man gewissermaßen als stellvertretendem Landesvorsitzenden nach wie vor die Zustimmung. Dieses Gespann sei das beste der gegenwärtigen Situation.

Höhenberger teilt mit, der Bezirksausschuß von Schwaben habe sich am vergangenen Samstag getroffen und ebenfalls über die drei genannten Namen gesprochen[23]. Seine Auffassung decke sich zum größten Teil mit dem, was bisher gesagt wurde. Eine Abstimmung sei nicht herbeigeführt worden. Die schwäbischen Abgeordneten würden vor der Landesversammlung noch einmal zusammengerufen.

[22] In der Vorlage: „Ausspringen".

[23] Am 15. 1. 1955 kam der Bezirksausschuß der schwäbischen CSU in Augsburg zu einer Sitzung zusammen (IfZ-Archiv, ED 720/46), zu der auch die in Schwaben gewählten Bundes- und Landtagsabgeordneten, die Kreisvorsitzenden und die Kreisgeschäftsführer eingeladen waren und an der auch Franz Josef Strauß teilnahm. In einer lebhaften Aussprache optierten die meisten Diskussionsredner für Hanns Seidel als neuen CSU-Vorsitzenden, abgestimmt wurde jedoch nicht. Der während dieser Sitzung von Josef Ernst Fürst Fugger von Glött erstattete Bericht über die Regierungsbildung findet sich im ACSP, LTF-III/1, 6–43.

Fischer berichtet, in Augsburg habe am Sonntag eine Versammlung stattgefunden, in der ausgiebig über die Frage gesprochen wurde[24]. Als Favorit würde Schäffer befürwortet, wenn nicht seine Stellung in Bonn berücksichtigt werden müßte. Aus diesen Gründen sei über Strauß nicht diskutiert worden. Bei Arbeitnehmern sei eine Vorliebe für Dr. Müller vorhanden. Im übrigen sei die Bezirksversammlung auch ohne Abstimmung auseinandergegangen. Als die Bonner Kandidaten ausgeschieden waren, sei doch ein größerer Trend für Dr. Seidel zu merken gewesen. Außerdem habe man auf der Bezirksversammlung sehr deutlich gesagt, daß das Schwergewicht nicht ausschließlich in der Landtagsfraktion, sondern auch in der Partei der CSU liegen soll.

Dr. *Müller* erklärt für München, die Bezirksversammlung sei erst am morgigen Tag[25]. Man habe sich noch nicht festgelegt. Erst bei der Bezirksvorstandschaftssitzung und in der Bezirksversammlung werde man den Standpunkt entwickeln. Er lege Wert auf folgende Mitteilung: Er habe heute früh der dpa folgende Erklärung übergeben:

„Die auf einer Sonntagsfeier der Bayernpartei gemachte Äußerung des Herrn Landwirtschaftsministers und stellvertretenden Ministerpräsidenten Dr. Joseph Baumgartner ist, wenn sie in der heutigen Presse richtig wiedergegeben wurde[26], offensichtlich auf den derzeit herrschenden Föhn zurückzuführen. Wenn Dr. Baumgartner behauptet, ich hätte die Absicht, mit 16 Abgeordneten in die Bayernpartei hinüberzuwechseln, trete ich den Gegenbeweis durch den Vorschlag an, sämtliche Landtagsabgeordnete der CSU zu befragen, ob von mir oder einem anderen in meinem Namen direkt oder indirekt Handelnden solche Übertrittsmöglichkeiten auch nur im Vorbereitungsgedanken erwogen wurden. Man wird feststellen, daß es sich bei all dem um Gerüchtbildungen handelt, auf die man nicht hereinfallen sollte."

Der *Landesvorsitzende* stellt fest, daß noch eine Stellungnahme der Oberpfalz und von Nürnberg fehle, die nicht vertreten seien.

Stücklen berichtet für die Landesgruppe der CSU im Bundestag[27], diese habe im Gegensatz zur Landtagsfraktion keinen Beschluß gefaßt, und zwar deshalb, um der freien Diskussion, die in den Orts-, Kreis- und Bezirksverbänden beginnen und sich entwickeln sollte, nicht von vornherein eine Richtung zu geben. Deshalb habe man sich nicht in einem Beschluß festgelegt. Man habe sich aber ausgiebig

[24] Die außerordentliche Versammlung des CSU-Bezirksverbands Augsburg fand am 16. 1. 1955 statt. Das Protokoll dieser Sitzung findet sich im IfZ-Archiv, ED 720/46.

[25] Vgl. Abendzeitung (München) vom 20. 1. 1955, S. 1. Müller erklärte nach der Bezirksversammlung, „seine Kandidatur sei dringend gewünscht" worden, er habe sich jedoch noch nicht endgültig entschieden.

[26] Joseph Baumgartner hatte auf einer Großkundgebung der Münchner BP am 15. 1. 1955 gesagt, Müller versuche lediglich, sich innerhalb der CSU zu profilieren, indem er sich mit seinen Kontakten zur Bayernpartei brüste. Der Kreisvorsitzende Ludwig Max Lallinger hatte auf derselben Veranstaltung von einem angeblichen Plan des Ochsensepp berichtet; dieser versuche, gemeinsam mit 16 CSU-Abgeordneten unter dem Namen Bayerische Union zur Bayernpartei „hinüberzusegeln, um in unserer Fraktion die Mehrheit zu ergattern und die BP von innen auszuhöhlen". Vgl. Münchner Merkur vom 17. 1. 1955: „Absage an Josef Müllers Pläne".

[27] Die Landesgruppe hatte sich in zwei Sitzungen ausführlich mit der Frage des künftigen Parteivorsitzenden beschäftigt (ACSP, LG-P, Protokolle der Landesgruppensitzungen am 10. 1. und 13. 1. 1955). Am Ende der Beratungen stand am 13. 1. folgendes Ergebnis: „Die Landesgruppe einigt sich schließlich auf den Vorschlag des Vorsitzenden [Franz Josef Strauß], im Wahlkreis die Meinung zu vertreten, daß Schäffer oder Strauß zum Vorsitzenden gewählt und Seidel seine Kandidatur zurückziehen sollte."

und sehr eingehend mit der Frage des Landesvorsitzenden in Bonn beschäftigt, wo es ebenfalls um die drei Namen ging: Dr. Seidel, Schäffer und Strauß.

Hinsichtlich Dr. Seidel seien Bedenken vorgebracht worden, er sei parteipolitisch nicht genügend aktiv. Man sei der Meinung gewesen, daß Dr. Seidel nicht nur Sprecher der Opposition, sondern auch Führer der Fraktion sein sollte. Das sei nicht gegen Meixner als Person gerichtet gewesen, sondern man sei der Meinung gewesen, daß die Führung einer Oppositionsfraktion eben einem Prälaten nicht zugemutet werden könnte. Wenn nun Dr. Seidel diese Aufgabe als Fraktionsvorsitzender und als Führer der Opposition, die eine sehr umfassende Aufgabe sei, wahrnehmen wolle, sei er so stark belastet, daß er nicht genügend Zeit hat, um die organisatorischen Aufgaben auch noch wahrzunehmen, von denen man überzeugt sei, daß sie noch stärker als bisher angefaßt werden müßten.

Zur Frage Schäffer oder Strauß: Alle wüßten, daß man Bundesfinanzminister Schäffer aus Bonn nicht entlassen könne und nicht entlassen wolle. Man sei aber der Meinung gewesen, es sei – Schäffer habe in seinem Ministerium eine mustergültige Ordnung und könne daher auch einige Tage von Bonn weg sein, ohne daß immer solche Verlautbarungen[28] wie die von Dr. Oeftering[29] erfolgen – die Gewähr gegeben, daß Schäffer, wenn er Finanzminister ist, gleichzeitig für drei Tage in der Woche – so war es besprochen – die Aufgaben des Landesvorsitzenden der CSU in Bayern wahrnehmen könnte. Bei Strauß sei man der Auffassung gewesen, er werde sicherlich in Bayern eine sehr starke Resonanz haben. Man solle sich aber überlegen, ob man in der gegenwärtigen Situation in Bonn, da die Wehrgesetze und alle anderen Fragen auf uns zukämen[30], soweit auf Strauß verzichten könne, daß er neben der noch auf uns zukommenden Aufgaben die Aufgaben des Landesvorsitzenden wahrnimmt.

Das Ergebnis zusammengefaßt sei, daß die Landesgruppe der Meinung war: Wenn einer der namhaftesten Vertreter, Strauß oder Schäffer, die Aufgaben des Landesvorsitzenden wahrnimmt, könnte man vielleicht zu der Überlegung kommen, daß, wenn die Masse der Wähler der Christlich-Sozialen Union vielleicht gegenüber München etwas enttäuscht ist, sie ohne Zweifel eine starke Zuversicht haben, wenn das Bonner Element stärker in Erscheinung tritt bei der CSU in Bayern. Man sollte sich das ernsthaft überlegen.

Dr. *Horlacher* stellt fest, man habe sich in Bonn in keiner Weise einseitig festgelegt. Es seien keine Namen in den Vordergrund geschoben worden. In der ersten

[28] Vgl. Anm. 51 zu diesem Dokument.

[29] In der Vorlage „Dr. Löffting". Dr. Heinz Maria Oeftering (1903–2004), Jurist, 1932–1943 Ministerialbeamter am Reichsfinanzhof und im Reichsfinanzministerium, dann Teilnahme am Zweiten Weltkrieg, 1945–1949 Präsident der Rechnungskammer Hessen-Pfalz bzw. des Rechnungshofs Rheinland-Pfalz, 1949–1957 Abteilungsleiter und Vertreter des Staatssekretärs im Bundesfinanzministerium, 1957–1963 Präsident des Bundesrechnungshofs, 1957–1972 Vorstandsvorsitzender und Präsident der Deutschen Bundesbahn.

[30] Die innenpolitisch höchst umstrittenen Pariser Verträge und ihr Junktim zwischen Souveränität, westdeutschem Verteidigungsbeitrag und NATO-Beitritt wurden am 27. 2. 1955 vom Bundestag gebilligt. Angesichts der vor allem von der SPD und den Gewerkschaften getragenen Opposition war bei der Ausgestaltung der neuen Wehrverfassung mit massiven Auseinandersetzungen zu rechnen. Vgl. Hans Ehlert, Innenpolitische Auseinandersetzungen um die Pariser Verträge und die Wehrverfassung 1954 bis 1956, in: Anfänge westdeutscher Sicherheitspolitik, Bd. 3, S. 235–560, insbesondere S. 416–552.

Besprechung sei Dr. Seidel ziemlich im Vordergrund gestanden. Später sei es wieder anders geworden. Niemand wisse, für welchen Namen der einzelne gewesen ist.

Bundesfinanzminister *Schäffer* schickt seiner Stellungnahme die Bemerkung voraus, lieber wäre ihm, wenn Freund Seidel gesprochen hätte, weil er die Reihenfolge so sehe: Seidel, Strauß, Schäffer. Er habe immer erklärt, in dem Fall handle es sich darum, daß man eine möglichst einmütige, einhellige Abstimmung in der Landesversammlung bekomme. Alles andere sei nebensächlich. Da er der Meinung war, daß Seidel der aussichtsreichste Kandidat sei, habe er Seidel erklärt, daß er seine volle Unterstützung habe, wenn er als Kandidat für den Parteivorsitzenden aufgestellt wird. Allerdings würde er wünschen, daß Dr. Seidel das gleiche macht mit dem Fraktionsvorsitzenden, weil ihm hier eine Konzentration notwendig erscheine.

Was seine Person betrifft, spreche die Landesvorstandschaft einhellig aus, er solle Bundesfinanzminister bleiben. Sein Verhältnis zum Bundeskanzler – was er jetzt sage, bitte er vertraulich zu behandeln – sei zur Zeit nicht gut, ohne jedes Verschulden seinerseits. Er habe am 1. Dezember von seinem Krankenbett aus einer Sitzung des Kabinetts beigewohnt[31], die einen denkbar schlechten Eindruck auf ihn hinterlassen habe. Er habe dem Bundeskanzler einen sehr sachlichen Brief geschrieben[32], in dem er auf die Sachpunkte eingegangen sei. Darauf habe er bis heute keine Antwort, sondern nur die Zusage erhalten, er wolle einmal auf sein Schreiben zurückkommen[33]. Das sei bis heute nicht geschehen. In der Zwischenzeit habe er vom Bundeskanzler drei Briefe erhalten[34], von denen der eine unfreundlicher gewesen sei als der andere und jeder, wenn es möglich gewesen ist, auf falscheren Voraussetzungen beruht als der andere. Er sei sachlich immer auf die Dinge eingegangen und habe geantwortet ohne einen Bescheid zu erhalten. Dazu kämen die sachlichen Schwierigkeiten, die sich in der Finanzpolitik des Bundes abzeichnen[35] und die vor allem auch von einer gewissen außenpolitischen Bedeutung sein werden, weil die Finanzlage des Bundes, gleichgültig wie der Finanzminister heißt, so gestaltet wird, daß die schönen Zeiten vorbei sind, wo eine Außenpolitik ohne Rücksicht auf die Finanzpolitik betrieben werden kann. Er habe bisher dem Bundeskanzler die Außenpolitik von allen finanziellen Schwierigkeiten freigehalten. Das werde in der Zukunft leider nicht möglich sein.

Die Dinge lägen so, daß in einem gewissen Kreis, der weniger in der Politik als in der Bürokratie zu suchen sei, seit einiger Zeit eine Entfremdung zwischen dem Bundeskanzler und ihm betrieben werde und sein Nachfolger aus diesem Kreis

[31] In der Kabinettssitzung am 1. 12. 1954 war es zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen Adenauer und Schäffer in Fragen der Steuer-, Finanz- und Sozialreform gekommen. Das Protokoll ist abgedruckt in: Kabinettsprotokolle der Bundesregierung 1954, S. 532–551.

[32] Nicht ermittelt.

[33] Konrad Adenauer an Fritz Schäffer vom 12. 1. 1955, in: Adenauer, Briefe 1953–1955, S. 209.

[34] Nicht ermittelt.

[35] Besondere Belastungen für die Finanzpolitik des Bundes stellten die Finanzierung des Wehrbeitrags und die zur gleichen Zeit geplanten Sozialreformen, insbesondere die Rentenreform, sowie die geplante Steuer- und Finanzreform dar. Vgl. Henzler, Fritz Schäffer, S. 491–535.

schon vor längeren Monaten benannt wurde, nämlich Staatssekretär Hartmann[36] und als Staatssekretär des folgenden Bundesfinanzministers Dr. Eckhardt[37] vom BHE[38]. Er habe bisher vergeblich versucht, mit dem Bundeskanzler in ein abschließendes Gespräch zu kommen. Es solle nunmehr am 20. Januar stattfinden. Wahrscheinlich hänge dieser Termin, den ihm der Bundeskanzler bestimmt habe, mit der Landesversammlung zusammen.

Nun lägen die Dinge so: So, wie der Bundeskanzler sich ihm gegenüber verhalten hat, hätte er, wenn er auf persönliche Ehre und Achtung noch einen Wert legte, schon längst seinen Rücktritt erklärt. Er habe das sofort Strauß und Jaeger von der Landesgruppe mitgeteilt. Sie hätten an ihn appelliert, das persönliche Denken zurückzustellen und um der Partei willen das Amt zu behalten. Wenn er in die Zukunft sehe, wisse er nicht, ob es auf die Dauer für die CSU gut ist, wenn er bleibe. Wenn der Finanzminister nicht den Rückhalt beim Bundeskanzler hat, sondern vom Bundeskanzler aus offen bekämpft wird, könne er unmöglich eine konsequente Finanzpolitik treiben, und das Scheitern der Finanzpolitik würde dann nicht nur dem Finanzminister, sondern auch der Partei, die ihn trägt, in die Schuhe geschoben. Außerdem würden die Verhältnisse mit den Ländern schwieriger. Die Finanzlage des Bundes werde auch politisch immer schwieriger. Dann würde der Bundesfinanzminister allmählich in eine für die CSU unmögliche Situation kommen.

Er habe sich daher die Dinge ruhig überlegt. Die Chancen, daß er Bundesfinanzminister bleiben könne, seien geringer, wenn er in der Partei nicht nach außen verankert sei. Andernfalls sei der Parteivorsitzende der CDU gebundener, als wenn er nur das Kabinettsmitglied gegen sich hat. Zusammengefaßt: Ihm wäre eine einhellige Wahl lieber. Er habe Seidel seine Unterstützung versprochen, und er erhalte sie aufrecht. Aber dann müsse er vom Parteivorsitzenden eine ganz klare Erklärung haben, daß er gegenüber dem Kanzler auch hinter dem Finanzminister steht, wenn er will, daß der Finanzminister sein Amt behält.

Dr. *Seidel* führt aus: Wenn Fritz Schäffer nicht der Bundesfinanzminister wäre oder wenn es feststünde, daß er es in sehr naheliegender Zeit nicht mehr sein wird, dann würde ich Ihnen empfehlen, Fritz Schäffer als Landesvorsitzenden vorzu-

[36] Alfred Hartmann (1894–1967), Jurist, seit 1923 in der Reichsfinanzverwaltung, Teilnahme am Zweiten Weltkrieg, seit Dezember 1945 Haushaltsreferent im bayerischen Finanzministerium, 1947 Leiter der Haushaltsabteilung im Rang eines Ministerialdirigenten, 1947–1949 Direktor der Verwaltung für Finanzen des Vereinigten Wirtschaftsgebiets, 1949–1959 Staatssekretär im Bundesfinanzministerium, 1959–1965 Vorstandssprecher der VEBA.

[37] Dr. Walter Eckhardt (1906–1994), kath., Jurist, seit 1932 in der Reichsfinanzverwaltung, Teilnahme am Zweiten Weltkrieg und britische Kriegsgefangenschaft, nach 1950 Steuerberater, Rechtsanwalt und Fachanwalt für Steuerrecht, 1949/50 Bundes- und Landesvorsitzender der Deutschen Union, 1950–1954 MdL (GB/BHE), seit 1956 CSU-Mitglied, 1953–1961 und 1964–1969 MdB (GB/BHE, seit 1956 CSU).

[38] Im November 1954 berichtete die Presse wiederholt von angeblichen Initiativen aus Wirtschafts- und Koalitionskreisen, Schäffer als Bundesfinanzminister abzulösen (vgl. etwa Passauer Neue Presse vom 11. 11. 1954: „Fritz Schäffer soll gestürzt werden"). Die Speerspitze der Kritiker des Bundesfinanzministers bildete die Arbeitsgemeinschaft Selbständiger Unternehmer, die in einer Denkschrift vom November 1954 Schäffers Pläne für eine Steuer- und Finanzreform als voreilig bezeichnet und Adenauer zur Kabinettsumbildung aufgefordert hatte. Vgl. Henzler, Fritz Schäffer, S. 488f., und Mintzel, Anatomie, S. 290.

schlagen, weil er ganz ohne Zweifel, was Erfahrung, Wissen usw. anlangt, von den Vorgeschlagenen der bessere ist. Er hat in aller Offenheit eine Frage angeschnitten, die von großer Bedeutung ist: Ist es für die in Opposition befindliche Partei gut, in Bonn einen so prononciert profilierten Finanzminister zu haben. Die Regierung wird mit allen Mitteln versuchen, die Animosität, die in Bayern gegen den Bund besteht, zu stärken und vor allen Dingen auszunützen. Sie wird vor allen Dingen auf dem finanziellen, auf dem steuerlichen Gebiet gegen Bonn und damit gegen Fritz Schäffer Sturm laufen. Selbst wenn wir den besten Willen haben, ihn abzudecken, werden wir in dem einen oder anderen Fall vor die Frage gestellt sein: Können wir als Oppositionspartei das in dem Umfang tun, wie wir es unserem Parteifreund gegenüber, den wir noch dazu alle verehren, tun müßten? Das ist eine ganz klare Alternative, die nicht übersehen werden kann.

Was die Argumentation der Landesgruppe anlangt, so bin ich persönlich der Meinung, daß der Bundesfinanzminister ja einem ungeheuren Nervenverbrauch und -verschleiß unterworfen ist – nur wer einen Begriff hat von einer kontinuierlichen und sachlichen Arbeit, weiß, was Schäffer leistet; das ist kaum ja noch zu ertragen –, und ich fürchte, daß er, belastet noch mit der Parteiarbeit, zusätzliche Schwierigkeiten bekäme.

Was nun den Vorschlag betrifft, daß der Vorsitzende der Partei gleichzeitig auch der Vorsitzende der Fraktion sein soll, bitte ich, folgendes zu überlegen: Wir können unter keinen Umständen draußen in unserer Bevölkerung den Eindruck erwecken, als ob wir nun alle, die beruflich oder infolge ihres Charakters besonders profilierte Persönlichkeiten sind, fallen lassen. Das geht nicht. Es ist sehr genau zu überlegen, und ich weiß nicht, ob es klug wäre, wenn wir unseren Freund Prälat Meixner im jetzigen Augenblick als Fraktionsvorsitzenden, sagen wir einmal, entfernen würden. Es muß Möglichkeiten geben, ihm die Schwierigkeit zu ersparen, daß er hemdsärmelige Diskussionen und Auseinandersetzungen im Landtag führen muß. Solche Möglichkeiten gibt es. Allerdings muß ich sagen, daß ein Sprecher der Opposition so, wie er in seiner augenblicklichen Situation verankert ist, das nicht tun kann und – wenn er halbwegs ein bißchen Grütze im Kopf hat – auch nicht tun wird. Denn es geht nicht, daß er dasitzt und es vielleicht dem Zufall überlassen muß, ob er einmal einspringt oder nicht. Das ist eine organisatorische, keine prinzipielle Frage.

Wenn ich nun zum letzten und entscheidenden Punkt komme, dann stellt sich das Problem doch folgendermaßen: Wir können es unter keinen Umständen zulassen, daß die Landesversammlung am nächsten Samstag ein Fiasko wird. Wenn wir es zulassen, werfen wir die Partei in ihrer Entwicklung um Jahre zurück. Vergessen Sie nicht, wir besitzen nicht mehr den Glanz der führenden Regierungspartei! Übersehen Sie nicht die menschliche Unvollkommenheit! Es gibt eine ganze Reihe von Leuten, die zunächst schadenfroh waren, daß uns das passiert ist. Von der Schadenfreude kann man auf die Dauer nicht leben. Sie werden sich langsam eine andere menschliche Unvollkommenheit heraussuchen, um bei ihrem ablehnenden Standpunkt gegen uns zu verbleiben. Vergessen Sie nicht, das sind sogar Persönlichkeiten, die sich bisher sehr stark in der Partei verankert fühlten. Damit müssen wir rechnen. Wir müssen unter allen Umständen zu einer Einigung kommen, wer der Landesvorsitzende wird.

Ich habe schon im geschäftsführenden Vorstand gesagt, ich kenne meine Grenzen sehr genau[39]. ich bin kein Mann, der, sagen wir einmal, ein faszinierender Sprecher für große Volksversammlungen ist. Ich weiß nicht, ob mir das möglich sein wird. Ich habe zu viel Hemmungen. Wenn ich Beifall bekomme, frage ich nämlich immer: Was hast du falsch gemacht? Das ist eine Sache, die mit meinem Charakter zusammenhängt. Massen zu begeistern, das ist kein großes Kunststück. Massen zum angespannten Zuhören zu bringen, das ist nach meiner Auffassung eine forensische Leistung. Massen zum dröhnenden Beifall zu bringen, das ist sehr viel leichter, als die Menschen zum Denken zu bringen. Der Parteivorsitzende muß natürlich sehr viel Kontakt mit den Parteifreunden und mit allen möglichen Leuten besitzen. Ich gebe Ihnen ganz unumwunden zu, ich bin kein Mensch, der ein typischer Kontaktmensch ist. Ich bin in jeder Beziehung sehr schwerfällig. Ich habe also eine ganze Reihe von beinahe grundsätzlichen Fehlern für dieses Amt. Das müssen Sie bei Ihrer Gegenüberstellung in Rechnung stellen.

Fritz Schäffer hat den großen Vorteil, daß er draußen in der Bevölkerung ein wirklich populärer Mann ist. Ich will einmal eine Prophezeiung machen: Er wird es nicht mehr lange sein, wenn er nicht seine Verhältnisse in Bonn auf irgendeine Weise in Ordnung bringt. Auch da muß man mit der menschlichen Unzulänglichkeit rechnen. Schäffer hat also eine ganze Reihe von maßgebenden Vorzügen, die ihn für den Parteivorsitzenden prädestinieren. Was mich anlangt, so strebe ich nicht nach dem Amt des Parteivorsitzenden. Wenn eine Einigung auf eine andere geeignete Persönlichkeit möglich ist, an mir wird es nicht scheitern. Ich bin sofort bereit zurückzutreten.

Dr. *Müller* erklärt: Nach meiner Auffassung braucht sich keiner darum zu reißen. Ich selbst bin mir noch nicht klar, was ich morgen in meiner Bezirksversammlung sagen werde. Ich werde meinen Standpunkt sehr weitgehend von einer Unterhaltung, nicht von einer Abstimmung dort abhängig machen; denn ich sehe es zum Teil anders, als es gerade vorgetragen wurde. Ich bin der Meinung, grundsätzlich sollte nicht verbunden werden das Amt eines Landesvorsitzenden mit dem Amt des Ministerpräsidenten und ebensowenig sollte verbunden werden das Amt des Landesvorsitzenden mit der Stellung des Fraktionsvorsitzenden. (Dr. *Seidel*: Da sind wir uns einig!) Denn die Partei für sich muß, wenn ich meinen alten Ausdruck wieder verwenden darf, eine eigene Dynamik haben. Sie muß eine eigene Werbetätigkeit entfalten und im gegebenen Fall im Kontrast zur Regierung, wenn die eigene Partei Regierungspartei ist, oder abweichend von der Taktik der Fraktion handeln. Man sieht in dem Augenblick alles viel zu taktisch. Bitte, fürchten Sie nicht gleich einen Wirbel: Ich stimme auch nicht mit denen überein, die glauben, man soll in der Landesversammlung wieder den Automatismus auslösen, so daß man draußen nicht merkt, daß hier eine Entscheidung gesucht wird. Das kaufen uns die Leute nicht ab. Jeder erwartet, daß nach einer solchen Niederlage mit der fehlgegangenen Regierungsbildung in irgendeiner Weise Konsequenzen gezogen werden, daß es nicht so ist, daß man über alles den bedeckenden Mantel breitet und wer etwas war, in der CSU bis zum Lebensende oder Selbstrücktritt in seiner Position bleibt, auch wenn die Entwicklung ganz anders läuft.

[39] Vgl. Nr. 68b.

Es wird darauf ankommen, daß die Partei überhaupt wieder eine Organisation gewinnt. Sie haben es heute früh schon gemerkt, als die Unterhaltung darüber ging, ob man nicht sagen soll, daß dann, wenn nur wenige Leute erschienen sind, die Majorität irgendwelche Entscheidungen fällen kann und daß man nicht einmal mehr vorsehen will, daß die Hälfte der Parteimitglieder erscheint. Das ist doch ein Armutszeugnis. Wenn ich heute frage, wie viele Mitglieder hat die Partei, kann niemand eine authentische Auskunft geben, mit Ausnahme bestimmter Verbände, weil draußen die Organisation nicht mehr da ist[40]. Die Partei ist Staatspartei geworden. Sie ist aus der Staatskanzlei gesteuert worden und hat ihre Eigendynamik verloren. Das ist das Faktum, vor dem wir stehen. Und der, der rangeht als Landesvorsitzender, wird nicht etwa nur – man stellt es sich zu primitiv vor – mit der Taktik auskommen, die Regierung umzuschmeißen – dann bleibt sie todsicher vier Jahre –, sondern braucht zuerst die Stoßkraft einer Partei. Und das kostet irrsinnig viel Arbeit und Geld. Ich habe Freunde, die mit mir gesprochen haben: So blöd bin ich nicht mehr, den Bettler zu machen. Ich bin kein Bettler aus Leidenschaft, und nachher muß ich damit rechnen, daß mich die Partei verwurstelt.

Bundesminister *Strauß*: Wenn ich meiner Meinung über den Landesvorsitzenden eine Bemerkung über die Organisation der Partei vorausschicke, dann kommen wir um die grundsätzliche Entscheidung, ob hauptamtliche Mitarbeiter der Partei in stärkerem Maße als bisher dem Landesvorsitzenden unterstellt werden, nicht herum[41]. Da erhebt sich sofort die Frage der Finanzierung. Es besteht die Gefahr, daß der Bezirksgeschäftsführer nicht mehr aus dem Bezirksverband finanziert wird, sondern man überläßt es der Landesleitung. Obendrein kann die Parteileitung nicht mehr über den Staatsapparat verfügen wie bisher, sondern muß es aus der eigenen Organisation heraus schaffen. Darum erscheint mir eine andere Organisation von oben nach unten notwendig. (Dr. *Müller*: Oder von unten nach oben!) Das erfordert sehr viel Geld. Ein noch so verdienstvoller Landesvorsitzender kommt aber, wenn er draußen auf das Geldsammeln ausgeht, nicht nur in den Beschuß von seiten unserer Gegner, er ist auch in der enormen Gefahr, einem internen Beschuß ausgesetzt zu sein. Wir können alles brauchen, nur eines nicht: Unterirdische Bohr- und Torpedierversuche innerhalb unserer Reihen. Das wäre der Anfang vom Ende. Darum erscheint eine andere Organisation von oben nach unten und von unten nach oben nur möglich, wenn zwischen den Bundestags- und Landtagsabgeordneten, auch wenn sich ihre Stimmkreise geographisch nicht immer decken, eine Absprache stattfindet zur Finanzierung von Geschäftsstellen, von denen aus dann die örtliche Organisation auch übersichtlich gehandhabt werden kann[42].

[40] Zur Mitgliederentwicklung der CSU zwischen 1949 und 1955 sowie zum Problem der Datenerhebung durch eine nur punktuell existierende Parteiverwaltung vgl. Schlemmer, Aufbruch, S. 456–463.

[41] Seit dem Zusammenbruch der Parteiverwaltung im Zuge der Währungsreform 1948 wurden die Kreis- und Bezirksgeschäftsführer von den Kreis- und Bezirksverbänden angestellt und bezahlt; der Einfluß der Landesleitung auf diese dezentralisierte Organisation war gering. Vgl. ebenda, S. 242–269.

[42] Der Aufbau eines Netzes an hauptamtlich betreuten CSU-Geschäftsstellen in den Bundeswahlkreisen, der seit 1955 forciert in Angriff genommen wurde, wurde zunächst hauptsächlich über Umlagen von Bundestags- und Landtagsabgeordneten sowie von Amtsträgern auf kommunaler

Ich habe in meinem Wahlkreis zwei Kreisversammlungen durchgeführt, die eine in Schongau[43] vor zwei Tagen und die andere in Weilheim[44]. Wir hätten beinahe den größten Saal des Ortes gebraucht. Als es sich herumsprach, daß Kreisversammlung der CSU sei, haben nicht nur zahlreiche Parteimitglieder, es haben alle, sämtliche Geistliche und Bürgermeister gebeten, an der Kreisversammlung der CSU teilnehmen zu dürfen. Ich bin ganz fassungslos diesem Besuch gegenübergestanden mit einem unerhörten Interesse an dem, was jetzt in der CSU geschieht und wie die CSU ihre eigene Lage sieht. Da habe ich aus den Reihen unserer eigenen Leute – von den 200 Anwesenden waren mindestens etwa 20 Geistliche, Pfarrer von den meisten Gemeinden des Landkreises Weilheim – festgestellt, daß eine Rede, die vor mir gehalten worden war, deshalb so wenig Anklang fand, sogar auf offene Ablehnung stieß, weil der Redner im geschlossenen Kreis jede Schuld auf seiten der CSU am Scheitern der Regierungsbildung von vornherein ablehnte und die Schuld der SPD – nach meiner Auffassung ein ganz großer Irrtum – und zu einem sehr geringen Teil der Bayernpartei zuschieben wollte. Das wurde ihm von vornherein nicht abgenommen. So können wir es auch nicht machen. Ich habe mich bemüht, die Sache insofern wieder ins Lot zu bringen, als ich darzulegen versuchte, wo nach meiner subjektiven Auffassung die Fehler bei uns liegen, wo aber die Charakterlosigkeit auf der anderen Seite liegt. Denn wir müssen hier die Grenze finden, wo wir wissen: Was ist bei uns zu ändern, und was darf in Zukunft nicht mehr unterlaufen? Aber wir dürfen uns nicht bloß in Selbstbekenntnissen und Selbstbeschuldigungen östlicher Art[45] ergehen oder uns gegenseitig Vorwürfe wegen Flügelbildungen machen. Hier geht die allgemeine Meinung dahin – ich habe mich bemüht, das zu testen –, daß der Schwerpunkt unserer Parteiarbeit im Land liegen muß.

Die nächste große politische Entscheidung aber, die fallen muß – das sind nicht die Gemeindewahlen[46]; da wird nur in den großen Städten wie München und Augsburg, überwiegend nach politischen Gesichtspunkten gewählt, aber in den Landkreisen, in den Gemeinden haben wir sehr viele unpolitische Listen[47], zum Teil ist das sogar erwünscht –, die nächste große politische Entscheidung, die wir

Ebene finanziert. Mit der staatlichen Parteienfinanzierung beteiligte sich auch die Landesleitung an den Kosten. Vgl. Mintzel, Anatomie, S. 309–313, und Balcar, Politik auf dem Land, S. 229–234.

[43] Nicht ermittelt.

[44] Am 16. 1. 1955 fand eine erweiterte Delegiertenversammlung des CSU-Kreisverbands Weilheim statt, bei der Franz Josef Strauß über die aktuellen Entwicklungen in München und die weiteren Perspektiven der Parteiarbeit berichtete; Pressevertreter wurden des Saales verwiesen. Vgl. Weilheimer Tagblatt vom 18. 1. 1955: „CSU-Tagung streng geheim" und vom 19. 1. 1955: „Der Drang zu den Futterkrippen des Bankrott-Staates".

[45] Strauß spielt damit auf die bei Schauprozessen, die in den frühen fünfziger Jahren in einer Reihe kommunistischer Staaten durchgeführt wurden, übliche Praxis der Selbstkritik an. Vgl. dazu allgemein Weber/Staritz (Hrsg.), Kommunisten verfolgen Kommunisten.

[46] Die Kommunalwahlen, bei denen sich die CSU gegenüber 1952 stark verbessern konnte, fanden am 18.3. 1956 statt. In den kreisfreien Städten kam die CSU auf 27,8 Prozent der Stimmen, die SPD auf 40,2 Prozent, die BP auf 5,7 Prozent, der BHE auf 4,6 Prozent und die FDP auf 5,4 Prozent. In den Landkreisen gewann die CSU 39,2 Prozent der Stimmen, die SPD 23,3 Prozent, die BP 9,0 Prozent, der BHE 10,0 Prozent und die FDP 2,8 Prozent. Vgl. Kommunalwahlen in Bayern am 18. März 1956, S. 21.

[47] Zur großen Bedeutung von parteipolitisch ungebundenen Wählerlisten in der Kommunalpolitik allgemein und zum Urnengang von 1956 im besonderen vgl. Balcar, Politik auf dem Land, S. 234–237.

vorzubereiten haben, sind die Bundestagswahlen 1957[48]. Wir hoffen, daß sie termingemäß stattfinden, daß kein Anlaß vorliegt, sie früher vorzunehmen, und daß wir bis dahin auch einen gewissen Abschluß des Werks erreicht haben, das in Bonn 1949 begonnen worden ist. Ich bin der Meinung: Parteiorganisation hin, Parteiorganisation her, und daß sie notwendig ist, Herr Dr. Müller, daran ist kein Zweifel, aber der Erfolg der Wahl 1957 wird im wesentlichen davon abhängen, ob – ich sage es einmal in einer sehr kühnen Antithese – die Bonner Politik bis dahin gescheitert oder zu einem sichtbaren und, wie wir alle hoffen, erfolgreichen Abschluß gekommen ist. Das hängt weitgehend von der Lebensdauer des Kanzlers ab. Und die Bonner Koalition ist mehr als brüchig. Ich bin der Meinung, wenn ein ähnlicher Sog wie 1953 durch eine erfolgreiche Wirtschafts-, Finanz- und Außenpolitik erreicht werden kann, reißt das all das weg, was an Fehlern auf unserer Seite und Charakterlosigkeit auf der anderen Seite und an Mißgeschick uns passiert ist. Dann haben wir auch eine echte Wählerplattform, um in die nächsten Landtagswahlen des Jahres 1958[49] – wenn sie nicht früher stattfinden – hineinzugehen. Darum sehen wir die Dinge in der Bundestagsfraktion sehr stark unter dem Aspekt: Erfolg oder Mißerfolg der Bonner Politik, und welchen Anteil an der Bonner Politik hat die CSU zu nehmen?

Ich habe mich in den beiden Sitzungen, in denen sich die Bundestagsgruppe mit der Frage des Landesvorsitzenden beschäftigt hat, ehrlichen Herzens und mit allen zur Verfügung stehenden Überredungsmitteln für unseren Freund Hanns Seidel eingesetzt. Schäffer sowohl wie ich haben uns im Hintergrund gehalten und alles getan, um unseren Freund Seidel von vornherein als den einzigen Kandidaten überhaupt nur in Erscheinung treten zu lassen. Es wurde gegen Person und Kandidatur Seidels nichts Stichhaltiges angeführt. Es wurde aber einiges von seiten des „Fußvolkes" gesagt: Ihr könnt uns nicht von vornherein dadurch, daß alle übrigen oder auch nur der andere in Betracht kommende Kandidat zu einer unmöglichen Alternative – Bundesfinanzminister oder Parteivorsitzender – gezwungen oder zu einem Verzicht bewogen wird, hinter verschlossenen Türen nur eine einzige Kandidatur vor die Nase setzen. Wir wollen jetzt die Möglichkeit haben, ehrlich zu wählen und zu entscheiden. Nein können wir nicht darauf schreiben, weil es im Interesse der Partei von vornherein unmöglich wäre. Wir müssen eben zustimmen, aber wir tun es nicht alle mit Freuden.

Ich bin nun nicht der Meinung von Dr. Müller, daß der Fraktionsvorsitz im Landtag und der Landesvorsitz der Partei nicht verbunden werden können. Es gibt schwerwiegende Gründe dagegen, aber auch schwerwiegende Gründe dafür. Es muß zwischen der Richtung, die unsere Partei geht, und der Richtung, die unsere Fraktion gehen soll, eine weitestgehende Koordinierung erfolgen. (Dr. *Müller*: Das könntest Du höchstens, wenn Du einen Landesvorsitzenden hättest, den Du bezahlst; denn sonst kann es einer einfach nicht schaffen, physisch nicht. Oder

[48] Die CSU sollte entscheidend zum Sieg der Union bei der Bundestagswahl am 15. 9. 1957 beitragen. Auf die CSU entfielen dabei 57,2 Prozent der bayerischen Wählerstimmen, auf die SPD 26,4 Prozent, auf die FDP 4,6 Prozent, auf die BP 3,2 Prozent und auf den BHE 6,8 Prozent. Vgl. Ritter/Niehuss, Wahlen in Deutschland, S. 121.

[49] Die Landtagswahlen fanden am 23. 11. 1958 statt. Die CSU konnte ihr Ergebnis von 1954 dabei auf 45,6 Prozent der Stimmen steigern, die SPD kam auf 30,8 Prozent, die BP auf 8,1 Prozent, der BHE auf 8,6 Prozent und die FDP auf 5,6 Prozent. Vgl. ebenda, S. 174.

Ihr macht eine Funktionärspartei und einen bezahlten Landesvorsitzenden!) Das trifft gerade nicht zu. Angenommen – ich werde mich zu dieser Frage nun sehr zurückhaltend äußern –, Seidel wäre Fraktionsvorsitzender im Landtag, so ist seine persönliche Situation, wie ich hoffe, immerhin so gesichert, daß eine Wahrnehmung des Parteivorsitzes für ihn kein Problem wäre. (Dr. *Müller*: Er muß, um die Arbeit zu leisten, mindestens drei Tage in der Woche hinhängen. Er muß ein Generalsekretariat haben. Bisher war es die Staatskanzlei. Mit Plus und Minus, nicht nur Minus!) Dann bräuchten wir den vierten Mann, der alle Voraussetzungen erfüllt, die in diesem Fall verlangt werden müßten.

Bei uns in der Landesgruppe haben wir uns einer zahlenmäßigen Abstimmung enthalten. Ich habe nicht – ich bitte die Herren vom Landtag, nicht bös zu sein – die zahlenmäßige Abstimmung für unglücklich gehalten, sondern die Publizierung des Ergebnisses. Die hat von vornherein in Bonn negativ gewirkt. Wir haben keine Abstimmung durchgeführt; wir haben uns ausgesprochen, wir werden eine Empfehlung aussprechen. Die Landtagsfraktion stimmt nicht nur ab, sondern publiziert das! Das war nach meiner Auffassung nicht glücklich.

In der Bonner Landesgruppe herrscht ein starker Animus für Schäffer. Es ist die Frage gestellt worden: Muß Schäffer als Finanzminister ausscheiden, oder kann er dieses Amt noch wahrnehmen? Während der Diskussion hat es in der Landesgruppe fast niemanden gegeben, der Schäffer mit der eventuell sofortigen Übernahme des Parteivorsitzes veranlassen wollte, das Bundesfinanzministerium niederzulegen. Es gibt ganz gewichtige Gründe. Ohne Zweifel würden Schäffer und die CSU in ihrer Bonner Politik, wenn der Landesvorsitzende nicht (?) Schäffer hieße, einen starken Rückschlag erleiden und gegenüber dem Kanzler eine noch schwächere Situation haben als zur Zeit. Ich glaube nur, daß Schäffer, wenn er sich zur Kandidatur stellt, in Bonn unsere volle Unterstützung hätte und haben müßte. Der Bundesfinanzminister Schäffer, der in Personalunion den Landesvorsitz hat, darf nicht seine Finanzpolitik und die Methoden seiner Finanzpolitik quer durch alle Aufgaben hindurch identifizieren mit dem Landesvorsitzenden und der Existenz unserer Partei. Denn wir haben in Bayern diesen schwierigen Kampf gegen die Viererkoalition. Wir hängen in Bonn naturgemäß an der Konstruktion der CDU/CSU und an dem Erfolg der Bonner Regierung irgendwie mit dran. Hätten wir einen schwächeren Kanzler als Adenauer, könnten wir uns ohne weiteres auch eine stärkere Kraftprobe leisten. Aber der Name und trotz aller Rückschläge auch der Erfolg Adenauers ist, Gott sei Dank, so groß, daß sich die CSU, auch wenn an ihrer Spitze das Eisenhaupt Schäffer steht, nicht einen Gegensatz zum Kanzler leisten kann. Denn darunter würde der Kanzler etwas leiden und wir noch mehr. Dr. Adenauer wäre der letzte, der nicht als kühler Realpolitiker in eine bürgerliche Koalition die Bayernpartei in allen Gnaden aufnehmen würde, um im Bundestag die Zweidrittelmehrheit zu bekommen. Da braucht man sich keine falsche Vorstellung vom Kanzler zu machen.

Ich bin überzeugt, daß es Schäffer möglich sein wird, das Loch von 6,1 Milliarden in einem Plan von ein oder zwei Jahren zu überbrücken[50]; sofort in uno actu

[50] Hier liegt vermutlich ein Schreibfehler vor. In der Sitzung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion am 11. 1. 1955, in der Schäffer die schwierige Haushaltslage dargelegt und seine restriktive Haltung

wird es nicht überbrückt werden können. Ich bin der Meinung, daß Schäffer das Amt des Bundesfinanzministers nicht aufgibt. Erstens ist es schwer, gleich einen Nachfolger zu bekommen. Zweitens würde der Rücktritt einen Vertrauensschock auslösen. Er hat gesagt: Wenn ich einmal gehe, wißt ihr, was es geschlagen hat. Infolgedessen scheitert die Alternative Schäffer – Landesvorsitzender oder Bundesfinanzminister aus. Wir müssen jeden Schritt überlegen, damit das Gesicht und das Prestige der CSU nicht noch stärker leiden. Darum kann Schäffer nicht weggehen. Wenn Schäffer bleibt, wird er sich nicht mit der Finanzpolitik für seine CSU einsetzen; denn seine Finanzpolitik ist so populär-unsymphatisch oder so unpopulär-symphatisch, daß die Verantwortung für diese grundrichtige und goldrichtige Finanzpolitik – Ausgleich des Haushalts, Erhaltung der Stabilität der Währung – von allen Parteien, wenn wir gesunde Verhältnisse hätten, sogar von der Opposition, getragen werden muß. Die CSU ist als Partei allein zu schwach, um diese Finanzpolitik auch in ihrer unpopulären Seite durchzuhalten. Ich erinnere an das konkrete Beispiel mit der Kriegsopferversorgung in der Woche vor den Wahlen[51]. Die Emissäre des Bundesfinanzministers[52] gaben eine Erklärung ab, die für die Verteidigung seiner Finanzpolitik im Kabinett notwendig gewesen sein mag. Genützt hat es nicht viel, weil es trotzdem gemacht worden ist. Vielleicht hätten seine Beamten nicht so gesprochen, wenn Schäffer, ohne krank zu sein, im Wahlkampf nicht schon 20 Versammlungen hinter sich gehabt hätte. Wir waren damals Ehard dankbar, daß er sich im Gegensatz zu Schäffer gestellt hat und sagte, die Partei ist für die Erhöhung der Renten. Frau Probst hat sich in dieser Frage sehr stark gemacht. Wenn der Landesvorsitzende mit dem[53] Finanzminister identifiziert worden wäre, wäre das für die Partei kein Vorteil gewesen.

Ich bin aber der Meinung, daß Schäffer bei der Aufgabe, die es in Bayern zu erfüllen gilt, eine sehr impulsive Figur ist, weil der Bogen ziemlich weit reicht, weil man von ihm erwartet, daß er eine kontaktfreudige Persönlichkeit ist, weil der Name Schäffer ein populärer Name ist. Ich bin überzeugt: Wenn Seidel ein oder zwei Jahre in der parteipolitischen Front gestanden hätte, ohne mit dem Amt eines Ressortministers belastet zu sein, gäbe es – bei den Möglichkeiten, die in ihm schlummern – wahrscheinlich überhaupt keine Debatte. Ich habe im Land das große Erstaunen darüber gehört, wie Seidel sein kann, wenn er aus sich herausgeht. Ich erinnere an seine Rede in der letzten Landesausschuß-Sitzung[54]. Auf ein-

neuen Ausgaben gegenüber begründet hatte, hatte er für das Haushaltsjahr 1955 „das Gefahrenrisiko auf etwa 1,6 Mrd. DM" geschätzt. Vgl. CDU/CSU-Fraktion 1953–1957, 1. Halbbd., S. 520–525; das Zitat findet sich auf S. 522.

[51] Hier ist von der geplanten Erhöhung der Grundrente für Kriegsopfer um 20 Prozent und der Waisenrente um zehn DM monatlich die Rede. Strittig war nicht die Erhöhung selbst, sondern ihre Finanzierung. Das Bundesfinanzministerium hatte vorgeschlagen, die Hälfte der erhöhten Grundrente ruhen zu lassen, falls keine Ausgleichsrente bezogen werde. Das lief im Prinzip darauf hinaus, die Rentenerhöhung nur im Fall der Bedürftigkeit zu gewähren. Nachdem Ministerialdirigent Oeftering diesen Vorschlag auf einer Pressekonferenz wenige Tage vor den Landtagswahlen in Bayern und Hessen publik gemacht und die Presse darüber berichtet hatte, protestierte Ehard vehement bei Adenauer gegen diesen Vorschlag. Vgl. Kabinettsprotokolle der Bundesregierung, 1954, S. 522ff., S. 527–530 und S. 536.

[52] Gemeint ist Heinz Oeftering.

[53] In der Vorlage: „und".

[54] Hanns Seidel hatte in seiner Rede vor dem Landesausschuß der CSU am 18. 12. 1954 in München (ACSP, LGF-LA) die Viererkoalition scharf angegriffen und von einer offensichtlichen „Ver-

mal hat man erfahren, daß in ihm ein jugendlicher Volkstribun oder embryonale Ansätze zu einem entwicklungsfähigen Volkstribunen stecken. Wenn das schon ein wenig weiter entwickelt wäre, gäbe es keine schwierige Diskussion.

Es ist nun die Frage, ob man bis zum nächsten Samstag alle Gesichtspunkte, die sich ergeben, aufeinander abstimmen kann. Es hat keinen Sinn, aneinander vorbeizureden oder ängstlich hinter dem Berg zu halten, um am Samstag doch mit etwas herauszukommen. Es ist nicht wahrscheinlich, daß am Samstag nur ein Kandidat stehen wird. Ich halte es für wahrscheinlich, daß drei stehen. Der eine wird der von der Landtagsfraktion vorgeschlagene Dr. Seidel sein, der andere Fritz Schäffer, für den starke Sympathien im Lande sind. Es sind die heftigsten Vorwürfe erhoben worden, daß man Seidel als einzigen empfehle. Es wird auf alle Fälle auch der Vorschlag Dr. Josef Müller kommen. Ich bin der Meinung, daß wir uns, wenn es nicht auf einen Kampf des einen gegen den anderen hinausgeht – was bei den genannten Namen nicht unbedingt der Fall zu sein braucht – für zwei entscheiden, wobei die zwei mit den höchsten Prozentsätzen an Stimmen in die Stichwahl kommen. Man darf aber nicht zurückfallen in die Kampfabstimmungen, wo ein anderer Name ein anderes Profil oder eine andere Richtung der Partei bedeutet hat. Ich glaube, daß wir zu den beiden Schwergewichten, dem einen in Bonn und dem anderen in Bayern, kein weiteres bekommen werden und daß wir uns im Grundsatz im Land auch nicht anders werden verhalten können, obwohl ich in einem Punkt anders denke, als Seidel es gesagt hat. Ich bin der Meinung, daß wir, wenn wir Aussicht haben wollen, vor vier Jahren zum Zug zu kommen und nicht nach vier Jahren noch einmal isoliert werden wollen, zunächst das Gemeinsame mit den Parteien herausstellen und das, was uns von den anderen trennt, in der taktischen Reihenfolge am Ende behandeln müssen, anstatt das Trennende am Anfang hervorzukehren und praktisch jedes Gespräch unmöglich zu machen.

In der Frage, ob Meixner in der Oppositionstätigkeit der CSU-Fraktion Vorsitzender bleiben soll, habe ich weder für noch gegen die Landtagsfraktion zu stimmen. Nach meiner Auffassung neigt eine erheblich große Mehrheit dazu, daß Meixner den Fraktionsvorsitz in einer gemäßigten Form abgeben soll. Eine revolutionäre Änderung in der CSU: Weg mit ihm und eine andere Persönlichkeit! – um 90 Prozent kehrt – wäre völlig falsch. Aber eine Oppositionsfraktion muß manchmal sehr hemdsärmelig kämpfen. Ich glaube, daß Meixner das sogar könnte, aber daß ihm eine verständliche Rücksichtnahme das verbietet. Darum ist die Landtagsfraktion auf den Ausweg verfallen, einen Sprecher zu wählen. Daß sich der Sprecher bisher nicht so groß betätigen konnte, ist selbstverständlich, weil es erst losgeht. Ich nehme an, daß die maßgebliche Oppositionsrede am 25. Januar Seidel halten wird[55]. Es ist mir nicht verständlich, daß der Sprecher der Opposi-

schwörung der sozialistischen und liberalistischen Kreise gegen die Christlich-Soziale Union" gesprochen. Er sagte der Bayernpartei unter dem Beifall der Delegierten den Kampf an und versprach „eine harte, eine sehr harte Opposition" im Landtag. Die „eigene Stärke", so schloß er, werde es der CSU erlauben, „diese Regierung eines Tages wegzufegen und an ihrer Stelle eine dem bayerischen Volk gemäße hinzustellen".

[55] Am 26. 1. 1955 antwortete Hanns Seidel im Namen der CSU-Fraktion auf die Regierungserklärung, die Wilhelm Hoegner am 11. 1. 1955 im Landtag abgegeben hatte. Seidel warnte dabei vor einem neuen Kulturkampf und brachte seine Skepsis, daß die Koalition von Dauer sein werde,

tion nicht dem Fraktionsvorstand angehört, daß er bei der Aufteilung der Referenten nicht einmal angehört worden ist. (*Meixner*: Ist noch gar nicht erfolgt!) Eine Reihe von Landtagskollegen hätten mir dann die Unwahrheit gesagt. Ich bin der Meinung, daß dieser Sprecher der Fraktion nichts Halbes und nichts Ganzes ist. Der Sprecher der Opposition muß der Führer der Oppositionspartei sein. Ich werde draußen jede Lösung verteidigen, die von der Landtagsfraktion gefunden wird.

Der *Landesvorsitzende* regt an, daß die in Frage kommenden Kandidaten – sie zeichneten sich absolut klar ab – zusammen mit einigen anderen, vielleicht von der Landtags- und Bundestagsfraktion, eine Aussprache über die Situation halten.

Auf den Einwurf von Dr. *Müller*: Die Fraktionen sind doch nicht die Parteien; die gehören zur Partei, aber sind doch nicht die Träger der Partei, erwidert der *Landesvorsitzende*, in irgendeiner Form müsse man versuchen, einen Abgleich zu finden. Man könne so nicht in die Landesversammlung gehen; es würde vielleicht noch ein vierter, fünfter und sechster Vorschlag gemacht. Eine Aussprache, unter Zuziehung von irgend jemand, sei notwendig; sonst habe die Sitzung der Landesvorstandschaft praktisch keinen Sinn. Wenn man so in die Abstimmung hineingehe, bekomme man zunächst keine Mehrheit, dann gebe es eine Stichwahl, und das sei immer unangenehm, gerade bei einem solchen Posten. (Dr. *Nerreter*: Das haben andere auch hinnehmen müssen[56]! Dr. *Müller*: Es ist einmal in der Demokratie so, daß der eine geschlagen wird und der andere unterliegt! [sic!])

Stellvertretender Landesvorsitzender Eberhard übernimmt den Vorsitz.

Junker hält es für notwendig, diesmal der Landesversammlung die Möglichkeit für eine echte Wahl zu lassen und es zu vermeiden, daß ihr diese durch Beratungen oder Absprachen der beteiligten Kandidaten genommen wird. Die Landesversammlung würde es nicht unwidersprochen hinnehmen, wenn sie wiederum nur einen Kandidaten vorgesetzt bekommt und man ihr eröffnet, die anderen Kandidaten hätten des einheitlichen Bildes wegen auf ihre Kandidatur verzichtet. Man sollte es, auch wenn es dann vielleicht in der Landesversammlung etwas unruhiger zugeht, auf eine echte Wahl ankommen lassen. Dabei könnte immer noch ein Rücktritt eines Kandidaten, der vorher schon so oder so abgesprochen ist, stattfinden. Es wäre ein schlechtes Zeichen für die demokratische Auffassung, wenn man diese echte Wahl der Delegierten verhindere.

Dr. *Probst* legt Wert darauf, vor einer weiteren Diskussion zu klären, ob die Alternative besteht Schäffer – Bundesfinanzminister oder Landesvorsitzender oder ob, wie Strauß gemeint habe, beide Ämter kombiniert werden könnten. Sie halte eine Personalunion zwischen Finanzminister und Parteivorsitzendem für unmöglich. Dabei sei wesentlich zu beachten – worauf Schäffer selbst hingewiesen habe –, daß es vielleicht sogar erwünscht wäre, wenn sich der Bundesfinanzminister in diesem Augenblick, wo die Dinge immer schwieriger werden, einen elegan-

zum Ausdruck. Vgl. Stenographischer Bericht über die 5. Sitzung des bayerischen Landtags am 26. 1. 1955, S. 65–79.

[56] Paul Nerreter wußte wovon er sprach, war er doch selbst wenige Monate zuvor im Landesausschuß bei der Wahl zum stellvertretenden Landesvorsitzenden in einer Kampfabstimmung überraschend Rudolf Eberhard unterlegen. Vgl. Nr. 61a mit Anm. 3.

ten Abgang sichert, indem er jetzt zum Landesvorsitzenden gewählt würde, dafür aber das Amt des Finanzministers eintauschen muß.

Dr. *Hundhammer* betont im Gegensatz zu diesen Ausführungen, daß man sich über die Persönlichkeiten, die zur Wahl stehen, weithin im klaren sei. Es hätten darüber schon viele Aussprachen stattgefunden, in der Bundestagsfraktion, in der Landtagsfraktion, in den Bezirksverbänden und auch in den anderen Gremien. Es handelt sich nicht darum, daß man verschiedene Richtungen in der Parteilinie erkämpfen wolle und daß diese miteinander streiten würden. Es drehe sich darum, für eine im Grundgedanken feststehende Linie in der Partei den am besten geeigneten Mann unter den gegebenen Umständen an die Spitze zu setzen. Er würde es nur begrüßen, wenn man sich seitens der Landesvorstandschaft auf einen Vorschlag für die Landesversammlung einigen könnte und auf eine Debatte über die Kandidaten verzichte. Im übrigen habe man, selbst wenn man sich auf einen Kandidaten einigte, nicht die Gewähr dafür, daß nicht in der Landesversammlung irgend jemand, vielleicht mit einem starken Rückhalt bei den Delegierten, einen anderen offiziellen Vorschlag macht. Dann habe man nichts erreicht. (*Junker*: Aber viel verdorben!) Er möchte der Frage nicht eine solche Bedeutung beimessen. Man solle, wie Junker sagte, der Landesversammlung die Wahl lassen, aber ohne Auseinandersetzung über die Kandidaten eine Abstimmung durchführen.

Der *stellvertretende Landesvorsitzende* [Rudolf Eberhard] erinnert daran, es sei insbesondere deshalb zur Einberufung der Landesvorstandschaft gekommen, weil Schäfer aus Nürnberg bei der letzten Fraktionssitzung bedauert habe, die Landesvorstandschaft würde nicht immer rechtzeitig für irgendwelche Entscheidungen einberufen[57]. Strauß und er hätten dem Wunsch von Schäfer Rechnung getragen, es solle vorher eine Diskussion stattfinden, damit nicht am Freitag abend um sieben Uhr die Meinungen festliegen und am Samstag danach gewählt werden soll. Er bedauere, daß Schäfer nicht habe kommen können. Nun sei es so, daß die Entscheidung doch erst auf der Landesversammlung fallen kann, da offensichtlich eine Einigung auf einen Kandidaten, der als Vorschlag der Landesvorstandschaft der Landesversammlung präsentiert wird, nicht möglich sei. Eine Frage sei, ob es zweckmäßig oder notwendig ist zu versuchen, sich wenigstens auf zwei Vorschläge zu einigen.

Dr. *Probst* betont erneut zur Klarstellung, sie sei zutiefst überzeugt, beide Ämter ließen sich nicht vereinbaren, weder bei Strauß noch bei Schäffer. Sie könnten nicht zugleich im Kabinett gebunden sein und Opposition machen. Der Parteivorsitzende hätte gegebenenfalls, wie Strauß gesagt habe, Bedenken gegenüber Bonn anzumelden. Wenn das nicht möglich sei, liege man von vornherein falsch. Sie halte es für ganz entscheidend, diese Voraussetzungen vor weiteren Beschlüssen zu prüfen.

Dr. *Horlacher* warnt davor, neue politische Fehler zu machen. Einer sei schon wieder fällig, indem man die Kandidatur Seidel mit einem Votum belastet habe, das die Wahl gar nicht zu entscheiden habe. Dadurch kämen die in Frage stehen-

[57] ACSP, LTF-P, Protokoll der Fraktionssitzung am 12. 1. 1955. Das Protokoll vermerkt lediglich die Äußerung Karl Schäfers, „in Nürnberg sei von Besprechungen Delegierten gegenüber nichts bekannt".

den Kandidaten in die größten Schwierigkeiten. Er gebe Junker recht: Unter allen Umständen müsse der Eindruck vermieden werden, als ob höhere Gremien der Partei den ordnungsmäßigen Delegierten der Landesversammlung irgendwelche bindenden Marschrouten mitgeben wollten. Unter Männern werde auch eine Diskussion möglich sein. Man werde über die einzelnen Dinge auch in einem größeren Kreis, nicht nur im Kreis der Ausgesuchten, sondern auch in dem Kreis, der tatsächlich zu wählen hat, reden können.

Ein politischer Fehler wäre es auch, wenn man aus dem schlechten Verhältnis mit dem Bundeskanzler irgendwelche Schlüsse für sich ziehen würde. Man müsse umgekehrt bei der Wahl eines neuen Landesvorsitzenden eine solche geschlossene innere Stärke beweisen, daß dieser Landesvorsitzende mit den Gremien der Partei den Bundesfinanzminister gegenüber dem Bundeskanzler auf das Energischste unterstützen kann. Bei der schwankenden Haltung der FDP sei man auf die CSU-Landesgruppe hübsch angewiesen. Es werde nicht nur ein Gespräch Schäffer – Adenauer, sondern auch Adenauer – Landesgruppe geben. Es wäre ein politischer Fehler, unter solchen Auspizien den Bundesfinanzminister irgendwie aufzugeben, weil sofort die Koalition in Bayern sagt: Diese Eckstellung haben sie schon aufgegeben! Damit gehe schon ein Teil der Popularität des Kandidaten auf einen Schlag verloren, besonders nachdem man vorher gesagt habe: Meine Person ist außerordentlich wichtig zur Aufrechterhaltung des Ganzen. Die Koalition werde sagen: Da sieht man, was für eine Bonner Politik die CSU treibt. Zuerst legt man großes Gewicht darauf... Man werde sagen, nicht Schäffer, sondern die Partei ist zu schwach; die hat sich in diesem Fall gegen die Bonner Regierungsverhältnisse nicht durchsetzen können. Auf der anderen Seite sei er der Meinung, man dürfe der Politik des Bundeskanzlers, auf die es für das Wohlergehen des deutschen Volkes entscheidend ankomme, unter keinen Umständen in irgendeiner Form konterkarieren.

Man dürfe nicht unter falschen Voraussetzungen Fehler machen, die man nachträglich einsehe. Die Verbindung des Bundesfinanzministers mit dem Amt des Landesvorsitzenden sei eine ganz unmögliche Situation. Man brauche im Gegenteil einen von der engeren Bundespolitik – Ministerium oder sonstwie – unabhängigen Mann, der in den entscheidenden Fragen der Partei die Wendigkeit besitzt, um gegenüber den beiden Fraktionen im Landtag und Bundestag einen bindenden Einfluß auszuüben. Ein Bundesminister habe als Kabinettsmitglied eine Doppelrolle; er müsse auch auf die Verhältnisse des Kabinetts Rücksicht nehmen. Der Parteivorsitzende mit seinen Gremien sei nicht so eng daran gebunden; er könne im Gegenteil sogar auf die Kabinettsmitglieder seiner Partei Einfluß gewinnen. Daraus ergebe sich der deutliche Schluß – er werde den Mut haben, dafür einzutreten; denn er brauche kein Amt; er sei frei und unabhängig, wenn auch andere das Gegenteil über ihn schrieben, er lasse sich von „denen" auch nicht beeinflussen: Es bleibt Dr. Seidel übrig.

Er sei auch dagegen, sich auf Seidel festzulegen. Man werde es nicht verhindern, daß der eine oder andere Vorschlag kommt. Es müßten ein paar mutige Leute den Vorgeschlagenen den Weg bereiten oder sagen: Jetzt ist der Zeitpunkt. Seidel ist kein Minister mehr, er ist frei und unabhängig. Es sei nicht so, daß er nicht die nötige Schärfe in seiner Rede habe. Was er in der letzten Landesausschuß-Sitzung

gesagt habe, sei vollkommen in Ordnung gewesen. Ein Landesvorsitzender, der allzu aggressiv ist und mit persönlichen Vorgängen vor und nach der Regierungsbildung belastet ist, sei nicht gut. Man müsse immer parat sein, bei Schwächen in der Regierung die Regierung zu übernehmen. Infolgedessen dürfe man nicht dauernd diese Regierungskoalition so angreifen und die einzelnen Persönlichkeiten herausschießen und verletzen, daß man mit ihnen kein Gespräch mehr führen könne. Die Aufgabe sei zu spekulieren, plötzlich einen Schwächezustand zu entdecken und den dann auszunützen. Man könne eine ruhige Persönlichkeit vertragen, die auch etwas aggressiv sein kann. Er könne etwas aggressiver sein als Freund Ehard – das habe man das letzte Mal gesehen –, auf der anderen Seite besitze er schon eine Abgeklärtheit und wisse, daß er vorsichtig taktieren müsse. Auf Vorsicht, gepaart mit Tatkraft, könne man nicht verzichten.

Bundesminister *Strauß* führt aus: Ich pflichte Parteifreund Dr. Hundhammer bei. Infolge einer gewissen Revolte von unten ist es nicht möglich, eine Patentlösung in Gestalt einer Person anzubieten. Ebensowenig scheint es mir möglich zu sein, daß eine persönliche Diskussion geführt wird, in der die einzelnen mit ihren Vorteilen und Nachteilen, mit ihren Vorzügen und Schwächen analysiert werden, weil die Diskussion bei der Größe des Gremiums nicht geheim geführt werden könnte. Selbst wenn man die Presse ausschließt, bleibt es nicht geheim. Darum ist es besser, die Presse gleich zuzulassen[58], damit sie sieht, daß bei allen Persönlichkeiten die Frage der Zweckmäßigkeit an der Spitze steht. Dann ist keiner, der abgelehnt[59] wird, persönlich beleidigt, und keiner, der empfohlen wird, unmäßig hervorgehoben. Es fällt keinem eine Perle aus der Krone, wenn mehr Argumente gegen ihn stehen als für ihn. Das wesentliche ist, daß mit keinem Namen eine Richtungsänderung, ein Kurswechsel im Sinne einer Antithese verbunden ist, daß alles, was an Namen genannt wird, sich in einen zu erarbeitenden Kurs der Partei einfügt, wobei der Kurs der Partei nicht sklavisch hinter dem Landtag oder Bundestag herzulaufen braucht. Aber es muß die Gewähr gegeben sein, daß damit keine Richtungskämpfe ausbrechen; denn dann hätten Dr. Hoegner und Dr. Baumgartner nicht nur den Kampf um die Regierungsbildung, sondern weitgehend die Schlacht um die nächsten Wahlen gewonnen.

Es ist richtig, daß für eine Partei, die in Bonn wie in Bayern Regierungspartei war, der Parteivorsitz in Verbindung mit einem Staatsamt erhebliche Vorzüge, wenn auch erhebliche Nachteile hatte. Die Ideallösung gibt es eben nicht. Denn die Würdenträger des Staates und der Parlamente haben bei der wesentlichen hierarchischen Auffassung, die viele Leute haben, ein größeres Gewicht als ein reiner Parteivorsitzender, der keiner Fraktion angehören würde. Er hätte es schwerer; er müßte sich durch früher wahrgenommene Ämter, durch Alter und Aktivität vielleicht eine solche Popularität schaffen, daß seine Stimme Gewicht hat. Sonst kann der Landesvorsitzende sagen, was er will. Hier haben wir kein Unterordnungsprinzip, das dem Parteivorsitzenden qua Amt quasi verliehen wird. Ich würde wünschen, daß es einer wäre, der in keiner Fraktion und in keinem Amt ist. Aber

[58] Nach dem Protokoll der Landesversammlung der CSU am 22. 1. 1955 in München waren Presse und Rundfunk zugelassen. IfZ-Archiv, ED 720/20.

[59] In der Vorlage: „abgelegt".

es gibt keine Lösung ohne Bedenken. Seid Euch aber darüber im klaren – und ich bitte, daß daraus die Landesvorstandschaft die Konsequenzen zieht, das ist niemand zu Leid und niemand zum Vorteil: Wenn der Parteivorsitzende ohne die Hilfe eines Staatsamts auskommen soll, muß die finanzielle Opferbereitschaft unserer Mitglieder, der Abgeordneten größer werden. Ich spreche hier sehr konkrete Dinge aus. Es geht an beim persönlichen Referenten, der einen großen Teil der Parteiposten macht. Das geht weiter über den Dienstwagen, die Nachrichtenverbindungen und Büromöglichkeiten. Das sind im Monat 2000 bis 3000 DM. Als wir sagenhafte Mitgliederzahlen hatten[60], haben wir Kreisversammlungen erlebt, wo an jedem Tische einer saß. Jetzt, wo wir eine geringere Mitgliederzahl haben, ist die politische Aufgeweckteit unserer Leute weit größer, als sie in der Vergangenheit, mit Ausnahme der Gründungszeit, gewesen ist. Da herrschte ein innerer Aufbruch. (Dr. *Müller*: Es muß einer sagen können, wieviel Mitglieder ungefähr die Partei hat!)

Für den Landesvorsitzenden innerhalb der CSU ist die Aufgabenstellung so, daß der Betreffende erstens eine Garantie für die Einheit und Einigkeit der Partei durch seine Person und seinen politischen Willen repräsentieren soll, zweitens, daß er, soweit die Fraktion stärker ausgebaut werden soll, nachdem sie in Opposition steht, er die dafür notwendige Zeit und die notwendigen Mittel aufbringt. Es handelt sich nicht allein um eine bürokratische Tätigkeit, sondern auch darum, daß er als Publikumsredner ein gewisses Echo erzeugt. Er braucht nicht unbedingt ein echter Volkstribun[61] zu sein, aber er muß ein Echo erzeugen, das die Leute draußen anspricht, und ohne Rücksicht auf eine Koalition in Bayern seine Meinung dazu sagen. Wer erzeugt das meiste Echo außerhalb der CSU?

Was die Stellung der CSU in Bonn betrifft, so können und wollen wir rein zahlenmäßig ohne Rücksicht auf die Personen – die Personen mögen auswechselbar sein – in Bonn keinen Ministersessel zur Verfügung stellen oder aufgeben. Bei der schweren Entscheidung, vor der wir stehen, soll sich keiner weigern, auf ein Amt zu verzichten, aber auch sich keiner weigern, ein Amt zu übernehmen gemäß dem, was in einer demokratischen Entscheidung fällt.

Zum zweiten muß das Gewicht der CSU gegenüber dem Kanzler und in der Relation zur CDU gewahrt bleiben, im Interesse der Politik unserer Landtagsfraktion, damit nicht der törichte und unehrlich erhobene Vorwurf des Dr. Baumgartner, die CSU sei nur ein Annex der CDU[62], durch optische Fehler noch eine neue Unterstützung erhält. Bei der starken Position der CSU in Bonn wird das Echo der CSU in Bonn, wenn die gesamte Bonner Politik nicht Schiffbruch erleidet, in Bayern sehr stark sein.

Was muß in Bayern erreicht werden? Das wissen wir noch nicht. Es gibt zwei Konstellationen: Entweder versuchen wir, mit den beiden kleinen Parteien [FDP

[60] Im April 1948 hatte die Mitgliederzahl der CSU ihren vorläufig höchsten Stand erreicht. Vor allem als Folge der Währungsreform traten die Mitglieder in der Folgezeit scharenweise aus der Partei aus; zum 31. 12. 1953 zählte die CSU noch rund 33000 Mitglieder. Vgl. Schlemmer, Aufbruch, S. 250f. und S. 457.

[61] In der Vorlage: „Volkstribunal".

[62] Joseph Baumgartner hatte die CSU am 16. 12. 1954 öffentlich als „Blinddarm der CDU" bezeichnet. Hans Ehard zitierte diese Rede ausführlich in seinem Referat vor den Delegierten des Landesausschusses, die am 18. 12. 1954 in München tagten. ACSP, LGF-LA.

und BHE] zusammen unter Ausnutzung der Bonner Konstellation eines Tages wieder eine Mehrheit herbeizuführen, oder wir gehen den anderen Weg, die kleinen Parteien durch einen Zusammenschluß der großen auszuschließen. Der Vorwurf, daß wir nicht mehr mit der SPD zusammengehen können, ist angesichts dessen, was im Land passiert ist, nicht mehr aufrechtzuerhalten. Hat Ehard zum Teil die SPD gesellschaftsfähig gemacht, so hat die Bayernpartei den Rest vollbracht. In Zukunft kann keiner mehr gebrandmarkt werden, wenn er mit der SPD in eine Koalition hineingeht. Angenommen, die CSU würde noch einmal mit der SPD zusammengehen, würden die Vorwürfe, die man vorher gegen diese Kombination gebracht hat, ad nullum reduziert sein. Wenn Ehard nicht vor den Geistern der Partei Angst gehabt hätte, wäre er mit einer Lösung vor die Partei hingetreten, die eine Patentlösung gewesen wäre; aber er wäre hingerichtet worden[63]. Für eine dieser beiden genannten Möglichkeiten muß man sich entscheiden. Man kann nicht einmal [auf] die FDP, dann den BHE, dann die Bayernpartei hinaufhauen.

Wenn wir ein präzises Ziel haben, dann ist die Frage: Wer ist für diesen Zweck der Geeignetste? Welcher Landesvorsitzende kann die Arbeit der Landtagsfraktion so unterstützen, daß nicht die Landtagsfraktion hü[64] und die Partei hott sagt, sondern daß sie in einer geheimzuhaltenden Richtung gemeinsam operieren? Das spricht ohne Zweifel für Seidel, aber auch für Schäffer, bei der Popularität und Sympathie, die er genießt, und bei dem Echo, das er als Christlich-Konservativer hat. Er hat sich konfessionell sehr vorsichtig verhalten; er schien zeitweise nach der anderen Seite exponiert und hat dann den Weg zur Mitte zurückgefunden, um nicht als intolerabel angesehen zu werden. Wir können die Frage des Landesvorsitzenden nicht getrennt von der Frage des Oppositionsprogramms behandeln, selbst wenn wir noch einmal tagen müssen.

Hergenröder stellt fest, jetzt sei man da, wo man eigentlich habe anfangen wollen. Er halte die Meinung für falsch, man solle die Frage des Landesvorsitzenden für die Landesversammlung offenlassen. Die Vorstandschaft habe die Aufgabe, gewisse Dinge zu lenken und vorzubereiten. Das erwarten die einfachen Leute draußen. Von den 600 Delegierten werde wieder derselbe Kreis sprechen, vielleicht um eine Kleinigkeit erweitert. Die meisten Kreisvorsitzenden erwarteten, daß eine Einmütigkeit erzielt wird, daß möglichst eine geschlossene Partei dasteht und in der Frage des Landesvorsitzenden alle Differenzpunkte vorher – und nicht erst in der Landesversammlung – zur Klärung kommen. Sie wollten von der Landesvorstandschaft eine Empfehlung haben. Die Leute erwarteten, daß die Führungsgremien der Partei erstens keine persönlichen Differenzen aufbrechen lassen, zweitens, daß keine neue Flügelkämpfe kommen, drittens, daß deshalb möglichst ein gemeinsamer geschlossener Vorschlag hinsichtlich der Wahl des Parteivorsitzenden gemacht wird. (*Junker*: Es muß aber nicht einer sein!) Es könnten auch zwei oder drei sein; dann könnten die Leute auswählen. Wenn sich aber die verschiedenen Gruppen aufeinander abstimmen und mit einem Vorschlag vor die

[63] Hans Ehard hatte nach der Landtagswahl von 1954 Verhandlungen mit allen im Landtag vertretenen Parteien geführt, ohne sich von vorneherein auf eine bestimmte Koalition festzulegen, obwohl er selbst einer Fortsetzung der großen Koalition zuneigte. Vgl. Gelberg, Hans Ehard, S. 517–522.

[64] In der Vorlage: „hütt".

Landesversammlung treten, wäre das auch nicht schlimm; denn irgendeine Bitterkeit bleibe am Schluß doch.

Der Bezirksverband Oberfranken habe seinen Delegierten mit Mehrheit – von 60, 70 Leuten war einer für Dr. Müller, und sechs haben sich der Stimme enthalten – empfohlen, Dr. Seidel zu wählen[65]. Man habe gesagt, man wolle einen Parteivorsitzenden, der restlos für seine Arbeit frei sei. Das sei bei Seidel mehr der Fall als beim Bundesfinanzminister. Der Hinweis, er könne zwei, drei Tage in München sein, sei nicht genügend, um diesen Standpunkt zu ändern.

Die Landesvorstandschaft habe die Aufgabe, die Sache vorwärts zu bringen. Man sage nicht, die Leute wollten eine demokratische Abstimmung. Sie wollten Ruhe und Frieden haben. Man habe es auch satt, daß ständig Selbstanklagen erhoben werden. Es gebe Institutionen, die es begrüßen, wenn man sich in der Partei mit Selbstanklagen zerfleische. Man dürfe dankbar sein, daß Klarheit geschaffen wurde. Man dürfe aber nicht soweit gehen, die ganze Schuld nur bei sich zu suchen und so zu tun, als ob bei den anderen alles in Ordnung wäre. Man höre auch auf zu sagen: Hätte der die Verhandlungen geführt, wäre es anders geworden. Es sei auch für die Beteiligten und die Partei sehr traurig, daß auf einmal die Leute wieder aktiv werden, von denen man zwei, drei, vier Jahre nichts gehört habe. Die Frage, wieviele Mitglieder die Partei hat, habe auch, als Dr. Müller – er bedauere, daß er nicht da sei – Landesvorsitzender war, nicht beantwortet werden können[66]. Er wisse, daß die Organisation schlecht ist, und würde manches besser wünschen. Aber gerade dazu könne man den Weg eröffnen, und er glaube, am besten dadurch, daß man zu einer geschlossenen Empfehlung an die Landesversammlung komme. Insoweit teile er die Auffassung von Junker nicht, sondern glaube, daß die Landesvorstandschaft ein vorbereitendes Gremium sei, das sich dieser Aufgabe nicht entziehen solle.

Von Haniel-Niethammer unterstützt diese Ausführungen mit dem Hinweis, die Leute kämen mehr oder weniger unvorbereitet und wollten eine gewisse Richtlinie haben. Man müßte erreichen, daß man sagen kann, die Landesvorstandschaft habe mit Mehrheit beschlossen, der Landesversammlung den oder den Kandidaten zu empfehlen. Die im Vordergrund stehenden Kandidaten seien Seidel und Schäffer. Viele sagten, Strauß wolle man in zehn oder 20 Jahren auch noch haben. Wenn er Seidel und Schäffer gegenüberstelle, sei Schäffer die stärkere Figur, populärer, aber belastet mit dem Bundesfinanzminister. Dabei wolle man einerseits den Bundesfinanzminister nicht aufgeben, andererseits sei eine Kombination Bundesfinanzminister plus Landesvorsitzender nicht zu vertreten. Die Frage spitze sich darauf zu, ob man Schäffer, obwohl es bei ihm so kompliziert sei, trotzdem noch dem Dr. Seidel vorzuziehen habe.

Von Feury hält eine echte Diskussion auf der Landesversammlung für unmöglich, wenn ein Name wie Schäffer darin verwickelt ist, und zwar deshalb, weil die Leute von dem Verhältnis zwischen dem Bundeskanzler und Schäffer wissen müßten. Man könne eine Diskussion positiv nur führen, wenn man die Zusam-

[65] Nicht ermittelt.

[66] Dies trifft erst für die Zeit nach dem Zusammenbruch des Parteiapparats im Zuge der Währungsreform zu; zuvor verfügte die CSU über eine vergleichsweise ausgefeilte Mitgliederstatistik. Vgl. Schlemmer, Aufbruch, S. 250f., und Mintzel, Anatomie, S. 166–187.

menhänge und Details bis ins letzte kenne. Es sei aber unmöglich, diese vor einem Gremium wie der Landesversammlung auszubreiten. Deshalb sei eine ungelenkte Diskussionsführung in der Landesversammlung eine Unmöglichkeit. Lasse man auf der Landesversammlung jeden sich ausschleimen, wie Junker sage, dann komme man zu einer Landesversammlung, die niemals die Durchschlagskraft und den Erfolg hat, die man brauche. Eine gewisse Einigkeit sei notwendig, keine Diktatur. Auf das diplomatische Geschick des Vorsitzenden und des geschäftsführenden Vorstands komme es an, die Dinge in der Landesversammlung so zu lenken, daß es zwar den Anschein hat, daß es recht demokratisch zugeht, die Vorstandschaft aber genau weiß, wohin man will.

Schäffer müsse er offen fragen, ob er wolle, daß die Landesversammlung und die Partei ihm den Anstoß gibt, die Dinge, die er in Bonn mit seinem Ministerposten und dem Kanzler ausmachen will, und die Dinge, die er gesagt hat, mit der Währung und seiner Person ungeschehen zu machen, oder ob man einen anderen Minister hinaufbringen soll oder einen Minister ohne Portefeuille zu einem Minister macht, der etwas Bedeutung hat.

Für außerordentlich wichtig halte er es, nach der verlorenen Regierungsbildung einmal zu überlegen, wohin man gehen wolle. Für die nächste Regierungsbildung gebe es zwei Möglichkeiten: Entweder die CSU bekommt 51 Prozent und regiert allein, oder sie muß in eine Koalition eintreten. Auch in Bonn seien die Dinge etwas ins Schwanken gekommen, und man müsse überlegen, ob in Bonn und München die gleichen Partner sind, mit denen man in der Regierung zusammengehen wolle. Er sage ganz offen, man finde hier nicht den optimalen Weg, der allen draußen gefällt. Man sollte als Landesvorsitzender einen ruhigen, überlegten Mann nehmen, der unbelastet sei durch irgendein Parteiamt, und das sei Seidel. Daß er nicht so temperamentvoll sein könnte wie ein anderer, habe er in der letzten Landtagssitzung nicht feststellen können, in der bei der Rede von Dr. Hoegner die temperamentvollsten Zwischenrufe gerade von Dr. Seidel gekommen seien[67]. Nach seiner Ansicht habe es die geringsten unangenehmen Folgen, wenn man sich eindeutig für Seidel ausspreche, anstatt jemand von Bonn zu nehmen.

Dr. *Probst* weist darauf hin, Schäffer wäre als Parteivorsitzender gezwungen, in Bayern oppositionelle Dinge zu tun. Ein Schlaglicht: Schäffer habe in der letzten Landesausschuß-Sitzung das Wort gesprochen, es werde gut sein, wenn man in Bonn ein Wahlgesetz mache, das für die Zukunft die kleinen Parteien verschwinden läßt[68]. Das habe in Bonn zu der ganz gefährlichen Konsequenz geführt, daß die kleinen Parteien erklären, sie würden in der zweiten und dritten Lesung nur dann einer Ratifizierung der Pariser Verträge zustimmen, wenn sie vorher die Zusicherung erhalten, ein Wahlgesetz zu bekommen, das sie auf jeden Fall konserviert[69]. Von Parteifreund Schäffer habe sie dieses Wort begrüßt, aber

[67] Im Stenographischen Bericht über die 3. Sitzung des bayerischen Landtags am 11. 1. 1955, S. 22–39, schlug sich das nicht nieder. Danach tat sich vor allem Rudolf Eberhard mit Zwischenrufen hervor.

[68] Schäffer hatte mit Blick auf die Bildung der Viererkoalition gefordert, im Bundestag über Möglichkeiten nachzudenken, um die Entwicklung eines Zweiparteiensystems in Deutschland zu fördern. ACSP, LGF-LA, Protokoll der Sitzung des Landesausschusses der CSU am 18. 12. 1954 in München.

[69] Zur Wahlrechtsdebatte der Jahre 1954–1956 vgl. Jesse, Wahlrecht, S. 103–110.

daß es der Bundesminister in Personalunion gesagt habe, sei sehr gefährlich gewesen. Damit wolle sie nur sagen, wie gefährlich diese Dinge nach München und Bonn ausschlagen. Sie sehe sich in ihrem Gewissen verpflichtet zu sagen, daß das nicht geht.

Bundesfinanzminister *Schäffer* teilt mit, Dr. Seidel, Strauß und er hätten sich in der von Dr. Ehard angeregten Besprechung sehr freundschaftlich ausgesprochen. Wenn man sagt, er wolle einen erträglichen Abgang aus dem Bundesfinanzministerium: Was er wolle, spiele keine Rolle. Es handle sich darum, was er als logischste Konsequenz von der politischen Stellung der CSU aus möchte. Um der CSU, nicht um seiner Person willen müßte er sagen: Die CSU, die in Bayern in der Opposition, also nicht mehr in der Regierung ist, würde, wenn sie im Bund den wichtigsten Posten aufgäbe, in ihrer Stellung nicht nur im Bund, sondern auch in Bayern sehr geschwächt. Infolgedessen habe er die Frage vor seinem Gewissen immer so gestellt: Ist die Stellung des Bundesfinanzministers mehr gesichert auf diesem Weg oder auf jenem Weg? Die Stellung des Bundesfinanzministers sei heute so, daß er unter gewissen Einflüssen, die auf den Bundeskanzler ausgeübt werden – darüber könne er vielleicht in acht Tagen offener reden –, nicht damit rechnen könne, die Unterstützung des Bundeskanzlers bei den schweren Problemen zu haben, die bei der Aufstellung des Haushalts auftreten. Wenn nun der Fall eintritt, daß er infolgedessen seine Amtspflicht nicht mehr erfüllen kann, müßte er, wie die Dinge stehen, abtreten. Er könne nach seiner Überzeugung das Ziel nur dann erreichen, wenn der Bundeskanzler irgendwie veranlaßt wird, seine jetzige Stellung zu ändern und um seiner Außenpolitik willen an die Seite des Bundesfinanzministers zu treten; denn er könne die Außenpolitik mit zerrütteten deutschen Finanzen einfach nicht durchhalten.

Nun sei es so: Als Kandidat könne er unmöglich in einem Wettbewerb auftreten; denn es würde nach außen so aufgefaßt, als wenn die CSU den Bundesfinanzminister als Bundesfinanzminister ablehnt. Er habe sich bisher für Seidel ausgesprochen, und nur für den Fall, daß Seidel Widerstände findet, nur unter der Voraussetzung, daß nach außen offen dokumentiert wird, die CSU stehe hinter dem Bundesfinanzminister, habe er sich bereit erklärt. Der Bundesfinanzminister werde wie bisher seine Politik treiben im Benehmen mit der Landesgruppe der CSU, und hier sei trotz aller Schwierigkeiten nichts passiert. Wenn aber der Fall einträte, daß der Bundesfinanzminister eine Politik treiben muß, bei der er sogar die CSU gegen sich hat, werde er unterliegen. Aber dann halte er auch die Stellung der CSU für unendlich erschüttert. Man sei, wenn man das Bundesfinanzministerium halten wolle, darauf angewiesen, das ganze Alphabet durchzusagen, d.h., dem Bundesfinanzminister – von dem als selbstverständlich vorausgesetzt werde, daß er im Benehmen mit der CSU nur das politisch für sie Erträgliche tut – auch das Recht zu geben zu sagen: Ich bin nicht allein, sondern hinter mir steht meine Partei. Sonst sei die Stellung des Bundesfinanzministers einfach unmöglich.

Der stellvertretende Landesvorsitzende *Eberhard* stellt fest, die Erklärung der CSU, sie stehe hinter dem Bundesfinanzminister, habe nichts mit einer gleichzeitigen Ablehnung von Dr. Seidel zu tun. In allen Gremien, in denen er dabei war, sei über die Stellung von Schäffer als Bundesfinanzminister nicht ein einziges negatives Wort gesagt worden. Man habe vielmehr diese besondere Stellung nicht

nur hervorgehoben, sondern mit allem Nachdruck unterstützt. Das sei insbesondere in Oberfranken geschehen.

Wenn man sich überlege, was die Landesvorstandschaft in diesem Fall tun könne – Junker sagt, gar nichts, man müsse es der Landesversammlung als oberstem Gremium überlassen; die andere Auffassung, die von Haniel vertritt, geht dahin, man müsse im Interesse der Einheit der Partei zu einer Empfehlung kommen –, so müsse er sagen: Mindestens könne die Landesvorstandschaft eine Klärung der Frage der Personalunion Bundesfinanzminister plus Landesvorsitzender herbeiführen. Die Landesvorstandschaft könne sich ferner darüber unterhalten, ob sich das Amt des Bundesfinanzministers in besonderer Weise mit der Oppositionsstellung der CSU in Bayern, so wie man sie jetzt vorfindet, verträgt. Man müsse bedenken, daß das Verhältnis Bayern – Bonn einer jener Punkte gewesen sei, die SPD und Bayernpartei und auch Herrn Bezold – via Dehler – sowie den BHE – via Oberländer – in eine Gemeinsamkeit gebracht habe[70]. Der gemeinsame Kampf werde in erster Linie gegen Bonn geführt werden. D.h., die CSU werde wegen ihrer Schwesterstellung zu Bonn angegriffen. Da werde man ansetzen und vorrechnen, wie man Bayern benachteiligt hat. Man brauche nur die Regierungserklärung zu lesen[71]. In einer solchen Stellung des Bundesfinanzministers müsse eine klare Front in der Partei bestehen. Das sei die entscheidende Frage neben der Frage der Personalunion des Bundesfinanzministers mit dem Landesvorsitzenden.

Dazu komme, daß die vorgeschlagenen Kandidaten einmal vor der Landesvorstandschaft sagen, wie sie sich entscheiden: Ob sie aus den dargelegten Gründen kandidieren oder nicht. Bisher habe man vom Bundesfinanzminister gehört: Erst Seidel; wenn Seidel ja sagt, dann nicht. Das gleiche habe Strauß gesagt. Weder Schäffer noch Strauß könnten sich als Bundesminister in Bonn leisten, in der Wahl durchzufallen. Seidel könnte sich das leisten, weil er im Augenblick nicht mit einem Parteiamt belastet ist. Auf Grund dieser Sachlage könne man doch zu einer Entscheidung kommen.

Bundesfinanzminister *Schäffer* betont, wenn die CSU nicht etwa den Kampf gegen die sachlich unberechtigten Darstellungen der Koalition aufnimmt, sondern in dasselbe Horn bläst, sei die Stellung des Bundesfinanzministers einfach unmöglich. (Stellvertretender Landesvorsitzender *Eberhard*: Davon ist gar keine Rede!)

Bundesminister *Strauß* führt an, Schäffer und er hätten auf Fragen von vornherein erklärt, sie würden sich für Seidel entscheiden. In seiner einstündigen Rede in

[70] In den Bundestagsfraktionen von BHE und FDP gab es unterschiedliche Ansichten, was die Regierungsbildung in Bayern betraf: In der BHE-Fraktion setzte sich der Bonner „Ministerflügel" um Theodor Oberländer für eine Koalition mit der CSU ein, um Adenauer zur Einlösung seiner sozialpolitischen Versprechungen zu bewegen und die angekündigte Wahlrechtsänderung abzuwenden. Demgegenüber traten andere Bundespolitiker des BHE, an deren Spitze Winfried Keller stand, für eine Koalition unter Führung der SPD ein, von der sie sich auf sozialpolitischem Gebiet mehr versprachen. Innerhalb der FDP machte sich Thomas Dehler für ein Bündnis mit der SPD stark, um die kulturpolitischen Forderungen seiner Partei durchsetzen zu können, während andere FDP-Bundestagsabgeordnete wie Hans Wellhausen sich gegen die Bildung einer sozialliberalen Koalition aussprachen. Vgl. Bretschneider, Viererkoalition, S. 1023–1028.

[71] Hoegner hatte in seiner Regierungserklärung von „erheblichen Gleichgewichtsstörungen" im finanziellen Verhältnis zwischen und Bund Ländern gesprochen. Stenographischer Bericht über die 3. Sitzung des bayerischen Landtags am 11. 1. 1955, S. 35f.

der Bundestagsgruppe habe er sich für Seidel ausgesprochen. Die Wirkung sei gewesen, daß die ersten drei Redner die Kandidatur von Seidel begrüßten. Vom vierten Redner ab sei man auf Schäffer, zum Teil auf ihn zugekommen. Um nicht die Bundestagsgruppe in einen Gegensatz zur Landtagsfraktion zu setzen, habe man in beiden Sitzungen eine Abstimmung verhindert. Wenn in der Bundestagsfraktion abgestimmt wird, so sei das Stimmenverhältnis, wenn er nicht kandidiere, haushoch für Schäffer; für Seidel sei eine relativ kleine Mehrheit. Das habe er am Samstag in der Bezirksausschuß-Sitzung von Schwaben getestet. Welche Konsequenzen sich daraus ergeben und gezogen werden müssen, sei eine andere Frage.

Gleichzeitig sei aus dem Land heraus eine Reihe von Leuten, zum Teil sehr aktiven gekommen, die sagten: So geht das nicht, daß ihr euch von vornherein einfügt und wir einer echten Diskussion und damit einer echten Wahl enthoben werden. Das machen wir nicht mit. Symptomatisch sei z.B. die Entschließung vom Kreis Regensburg: Seidel wird abgelehnt, weil er ein Franke ist[72]. Er selbst werde abgelehnt, weil er Bundesminister sei. Dann heiße es: Es darf niemand ein Amt aufgeben, um eine höhere Pflicht gegenüber der Partei zu erfüllen. Damit habe man Schäffer gemeint, ohne ihn zu nennen. Er wäre heilfroh, wenn sein Name aus der Diskussion bliebe. Er könne aber nicht, wenn er genannt werde, von vornherein, damit es nur eine Lösung gibt, sagen: Ich komme auf keinen Fall in Betracht. Die Kreise, die für Schäffer und Strauß animiert sind, seien fast gleich, bei Schäffer mehr, bei ihm weniger.

Was Eberhard über das Verhältnis CSU-Opposition in Bayern und CSU-Regierungspolitik in Bonn gesagt habe, erfülle ihn mit tiefen Sorgen. Als ob man bei den pseudobayerischen Attraktionen, die die neue bayerische Koalition bieten will, um damit letzten Endes gegen die Politik Adenauers von der Außenpolitik und der finanzpolitischen Seite zum Kampf anzutreten, dann doch eine Bewegungsfreiheit haben müsse, bei der einen oder anderen Gelegenheit eine Lösung zu wählen, die keine Unterstützung der CSU in Bonn bedeutet! Er sei der Meinung, daß die Notwendigkeiten der Bundespolitik im Lauf der nächsten drei Jahre vor den Bundestagswahlen alle Scheinattraktionen der Koalition in Bayern überwinden sollen; denn die Wähler werden 1957 darüber entscheiden, ob Adenauer, ohne auf der Strecke geblieben zu sein, mit den beiden Parteien, die mit seinem Namen verbunden sind, bei allen Gegensätzen, die vorhanden sind, zum Sieg geführt wurde oder auf der Strecke geblieben ist. Die Opposition möge noch so erfolgreich taktieren wollen, die Bundestagswahlen gewinne man mit dem Erfolg von Bonn und verliere man mit dem Mißerfolg von Bonn. Man könne die idealste Organisation betreiben, das werde für den Wahlausgang von 1957 von sekundärer Bedeutung sein. Daß die politische Arbeit der CSU eindeutig unter dem Übergewicht der Landespolitik zu stehen habe, könne er nicht akzeptieren. Hier habe man merkwürdige Sprachregelungen gefunden, als ob nicht Millionen von Menschen in Bayern an der Finanzkraft des Bundes interessiert wären, weil ja die Kriegsrenten usw. aus der Bundeskasse kämen. Die Bundeskasse stehe in festem Zusammenhang mit der Landeskasse. Die These, je weniger das Land gegenüber dem Bund leistet, um so besser gehe es ihm, sei tatsächlich psychologisch und par-

[72] Nicht ermittelt.

teipolitisch falsch. Hier sollte man sich nicht den Zungenschlag von Dr. Hoegner oder Dr. Baumgartner aufzwingen lassen, die nichts anderes wollen, als zwischen CSU in Bayern und CSU in Bonn einen Keil hineinzutreiben.

Der stellvertretende Vorsitzende *Eberhard* stellt klar, er habe nur die schwierige Situation aufgezeigt, in die man die CSU als Oppositionspartei in Bayern bringen kann. Die entscheidende Frage sei, ob es besser ist, daß man die Maßnahmen des Bundesfinanzministers decke, unterstützt von einem Landesvorsitzenden, der Seidel heißt, als wenn man die Maßnahmen des Bundesfinanzministers deckt, unterstützt von einem Landesvorsitzenden, der auch wieder Schäffer heißt. Wenn man unterschiebe, als ob man in Zukunft den Stachel gegen Bonn löken wolle, so sei das völlig unrichtig. Er habe in seiner Rundfunkansprache vom Zweckoptimismus der Bayernpartei gesprochen[73]. Bisher habe er nur gehört, daß die CSU sich anschickt, Obstruktion zu treiben, sogar nicht nur aus den Reihen der Gegner, sondern auch aus den eigenen Reihen. Diese Angst bräuchten weder Schäffer noch Strauß zu haben. Aber wenn es einmal notwendig ist, vielleicht die eine oder andere, er möchte nicht einmal sagen gegenteilige, sondern nur variierte Auffassung zu vertreten, könne man das besser tun, wenn man einen Landesvorsitzenden habe, der nicht Schäffer, sondern Seidel heißt. Im übrigen, was das Vertreten von Auffassungen in einer etwas variierten Form anlangt, so gelte das auch von dem, was von Schäffer zu Beginn zu hören war, nämlich seiner Stellung contra Adenauer. (*Schäffer*: Ich habe nur gesagt, daß Spannungen bestehen; nicht einmal aus politischen, sondern aus anderen Gründen!) Er möchte nur sagen, daß man unter sich auch einmal etwas anderes sagen dürfe, daß nicht eine so einheitliche Sprachregelung bestehen müsse. In dieser Hinsicht sehe man ganz klar. Er gehöre nicht einmal zu denen, die, wie Dr. Hundhammer, dem Bundestag die Ausgaben vorgeworfen haben[74]. Diese besseren Möglichkeiten zum Kampf sollte man geben. Diese sehe er leider nicht bei einem Landesvorsitzenden, der Bundesfinanzminister Fritz Schäffer heißt. Wer im übrigen besser sei, sei eine andere Frage.

Fraktionsvorsitzender *Meixner* führt aus: Ich darf zunächst einmal sagen, welches die Gründe waren, die die Landtagsfraktion dazu bewogen haben, ihre Empfehlung veröffentlichen zu lassen. Es hat eine Reihe von Gremien gesprochen, und deren Stellungnahme ist in die Öffentlichkeit gekommen. Insbesondere hat der Bezirksverband Nürnberg gesprochen[75]. Es ist auch bekannt, wenn auch nicht veröffentlicht worden, daß Unterfranken bereits Stellung genommen hat[76]. Es ist auch bekannt geworden, daß andere Gremien Stellung bezogen haben. Nun habe ich in der Landtagsfraktion den Standpunkt vertreten, sie ist auf der Landesversammlung ein beachtlicher Faktor; ihre sämtlichen 84 Mitglieder sind bei der Lan-

[73] Eberhard sprach in der Sendereihe „Politik aus erster Hand" am 29. 12. 1954 um 20 Uhr. Das Manuskript dieser Rundfunkrede findet sich in: BayHStA, NL Ehard 1228.

[74] Zur Kritik Hundhammers an der seiner Meinung nach zu großzügigen Bonner Ausgabenpolitik vgl. etwa ACSP, LTF-P, Protokoll der Fraktionssitzung am 16. 7. 1952.

[75] Vgl. Nr. 68b mit Anm. 46.

[76] Möglicherweise im Rahmen einer Versammlung am 16. 1. 1955 in Würzburg, in der Rudolf Eberhard das Hauptreferat hielt; vgl. Main-Post vom 14. 1. 1955: „Die CSU in der Opposition".

desversammlung teilnahme- und stimmberechtigt[77]. Insbesondere habe ich vor der Fraktion gesagt, daß die Landtagsabgeordneten politisch doch besser informiert sind und auch sein müssen als der einfache Delegierte draußen auf dem Land. Deshalb haben wir, und zwar einhellig – und es war keine gegenteilige Meinung in der Landtagsfraktion – den Standpunkt vertreten, daß es richtig ist, wenn auch die Landtagsfraktion eine Empfehlung abgibt. Ich kann diesen Standpunkt auch heute noch nicht für falsch halten.

Zur Frage des Landtagsfraktionsvorsitzenden ein ganz offenes Wort. Die Entscheidung über den Vorsitzenden in der Landtagsfraktion obliegt der Landtagsfraktion. Sie hat zu Beginn dieser Session ihr Votum abgegeben[78]. Die Fraktionsmitglieder, die dem alten Landtag angehört haben, wissen, wie sehr ich mich gewehrt habe, als im Jahre 1951 diese Entscheidung auf mich zukam und mit welchen sachlichen neben persönlichen Gründen ich das damals abgelehnt habe[79]. Die Fraktion hat mit Nachdruck darauf bestanden und es für richtig gehalten. Die Fraktion hat auch diesmal mit einer Mehrheit, die Ihnen bekannt ist, ihr Votum abgegeben. Nun soll an meiner Person am letzten ein Hindernis sein. Ich verschließe mich auch durchaus nicht den sachlichen Gründen; sie decken sich zum Teil mit denen, die ich schon 1951 angeführt habe, ja sie sind in dieser Beziehung durch unsere Oppositionsstellung noch verstärkt. Ich bitte aber, folgendes zu bedenken. Ich habe, obwohl mir das und jenes zu Ohren gekommen ist, in der Landtagsfraktion nicht darüber gesprochen, ich werde aber jetzt darüber sprechen, nachdem die Dinge öffentlich behandelt worden sind, und werde eine klare Entscheidung herbeiführen. Ich sage, es soll in letzter Linie [nicht] an mir etwas scheitern. Für mich ist es eine wesentliche Belastung in der Arbeit und in der Gesamtstellung im Landtag. Ob es aber richtig ist, daß heute der Landesvorsitzende sagt, ich trete ab, und morgen der Fraktionsvorsitzende, ich trete zurück, ist eine andere Frage. Hier steht das Interesse der Partei auf dem Spiel. Das muß überlegt werden und darüber soll die Fraktion nach eingehender Beratung in meiner Abwesenheit frei und offen entscheiden, und an meiner Person soll es nicht fehlen. Man soll sich aber hüten, und das ist schon wiederholt von Bürgermeister Hergenröder ausgesprochen worden, in der Öffentlichkeit den Eindruck zu erwekken: Dr. Hoegner hat doch recht gehabt mit dem, was er in der letzten Landtagssitzung unter lebhaftem Widerspruch ausgesprochen hat[80].

Drittens ist gesagt worden, man solle der Landesversammlung völlige Freiheit lassen und sie nicht irgendwie durch eine Empfehlungen beeinflussen oder binden. Gebunden wird überhaupt nichts; denn jeder Delegierte kann seinen Stimm-

[77] Nach Paragraph 43 f der im Anhang abgedruckten Satzung der CSU von 1952 gehörten die Bundes- und Landtagsabgeordneten der CSU automatisch der Landesversammlung an.

[78] Georg Meixner war mit 76 von 79 Stimmen bei drei Enthaltungen wieder zum Vorsitzenden der CSU-Fraktion gewählt worden. ACSP, LTF-P, Protokoll der Fraktionssitzung am 6. 12. 1954.

[79] Georg Meixner war im August 1951 zum Fraktionsvorsitzenden gewählt worden, nachdem Alois Hundhammer das Amt des Landtagspräsidenten übernommen hatte. ACSP, LTF-P, Protokoll der Fraktionssitzung am 8. 8. 1951.

[80] Hoegner hatte zu Beginn seiner Regierungserklärung ausgeführt, daß die Verhandlungen zur Bildung der Viererkoalition begonnen hätten, „als sich herausstellte, daß die stärkste Partei des neuen Landtags für eine Koalition unter ihrer Führung Bedingungen stellte, die den anderen Fraktionen als untragbar erschienen." Stenographischer Bericht über die 3. Sitzung des bayerischen Landtags am 11. 1. 1955, S. 22.

zettel geheim abgeben. Was vorgeschlagen wird, kann er zur Kenntnis nehmen; was er tut, ist seine persönliche Entscheidung. Glauben Sie aber, daß wir zu einer Entscheidung vor 600 Delegierten kommen, ohne daß wir eine ausgeklärte [sic!] Darstellung geben. (Zustimmung) Es ist geradezu Unsinn, so etwas zu wollen. Dann werden Sie das Schauspiel erleben, daß Vorschlag auf Vorschlag kommt und jeder glaubt, seinen Mann durchsetzen zu müssen. Und glauben Sie, daß wir an einer Analysierung und Charakterisierung der Persönlichkeiten vorbei kommen? Dann werden alle Gegner gegen den Kandidaten auftreten und ihr ganzes Material verschießen. Das wäre für die Fraktion geradezu verderblich; die Landesversammlung stünde in Gefahr, ein wildes Durcheinander zu werden, wo einer gegen den anderen ankämpft und versucht, seinen Kandidaten durchzubringen. Diese internen Dinge müssen in der Vorstandschaft vorgeklärt und das Für und Wider vorbesprochen werden. Es muß hier eine gewisse Klärung und – wenn möglich – eine Einigung erfolgen, und man muß von berufener Seite die Dinge klarstellen. Dann kann sich die Landesversammlung frei entscheiden. Den Delegierten muß man sagen, daß niemand auf ihren Willen unberufenen Einfluß nehmen will, sondern daß man sich in sachlichen Auseinandersetzungen in den dafür zuständigen Gremien – geschäftsführender Vorstand und Landesvorstandschaft – aus wohl erwogenen Gründen nach der Seite entschlossen hat und daß man größten Wert auf die Einigung, Einigkeit und Geschlossenheit der Partei legt; daß wir uns heute schon klar darüber sind, daß ein ungeheures Maß von organisatorischer Arbeit vor uns liegt, daß wir uns über die Schwächen und Mängel unserer Organisation durchaus im klaren sind, daß wir einmal ganz grundlegende Erwägungen werden anstellen müssen, wie die Partei straffer organisiert wird, daß endlich die Klagen verstummen, daß irgendwelche persönliche Verstimmungen die Parteiapparatur und die Finanzierung lahmlegen, das ist eine Frage, die einmal intern in diesem Gremium zu ordnen ist, nachdem wir Kinderkrankheiten endlich überwinden müssen und in die scharfe und freie Luft der Opposition hineingestellt sind, während wir bisher in der sanften Luft der Regierungspartei gestanden haben.

Es ist noch ein Gedanke ausgesprochen worden. Es war Bundesminister Strauß, der gesagt hat, daß der Ministerpräsident in seinem innersten Herzen einen festen Plan gehabt hat, den er hätte durchführen können, wenn er nicht von der Fraktion her gewisse Gegenströmungen deutlich gespürt hätte. Ich habe noch in jeder Versammlung gefragt: Wer von Euch war nach der Wahl für eine Koalition mit der SPD? Ich habe gestern in einer Versammlung gefragt: Was hättet Ihr mit uns getan, wenn sich die CSU für eine Koalition mit den Sozialisten ausgesprochen hätte? Zerrissen hätten sie uns auf freiem Feld. Die Wähler haben ihren Willen ausgesprochen, und sie haben von uns erwartet, daß man ihrem Willen Rechnung trägt. Erst das große Unglück und der Betrug, möchte ich sagen, haben die Dinge geklärt, und darin liegt für eine weitere zukünftige Entwicklung sogar ein großer Vorteil.

Wenn der Bundesfinanzminister meint, daß wir in Bayern eine Oppositionspolitik gegen ihn oder das Bundesfinanzministerium führen, darf er überzeugt sein, daß wir das auf keinen Fall tun werden. Herr Bundesfinanzminister, wir waren nicht mit jeder einzelnen Maßnahme einverstanden. Ich darf an die gemeinsamen Fraktionssitzungen im Senatssaal erinnern; ich darf an die Erhöhung des Bundes-

anteils erinnern[81]. Aber im Grundlegenden wird die Fraktion, besonders wenn sie unter Führung von Seidel steht, volles Verständnis für die Bundestagsfraktion und ihre Arbeit, die Aufgabe des Bundestags und des Bundesfinanzministers haben. Wir werden den Sirenengesängen, die auf uns zukommen werden – wir brauchen nur die Rede des Ministerpräsidenten Dr. Hoegner[82] nachzulesen, um zu wissen, was uns bevorsteht – niemals nachgeben und wissen, daß der Bund das erste und das Land das zweite nach der Struktur der Finanzgebarung ist. Gerade Sie, Herr Bundesfinanzminister, sind es gewesen, der Bayern ein großes Maß von Förderung und Zuschüssen zugewendet hat[83]. Es wird nicht dazu kommen, daß, besonders wenn die Bundestagsabgeordneten an unseren Fraktionssitzungen teilnehmen und wir uns in der betreffenden Frage zusammenfinden, man einen Keil zwischen die Landtagsfraktion und Bundestagsfraktion, zwischen Landespolitik und Bundespolitik hineintreibt.

Es bahnen sich jetzt Entwicklungen in Bayern an, die uns, und nicht bloß uns, hellhörig machen müssen. Was gestern auf dem DGB-Landesbezirkskongreß gesagt und beschlossen worden ist[84], wird seine Folgen haben. Wir wollen nicht nervös werden.

Es ist das große Anliegen, das ich der Fraktion vorgelegt habe. Wir wollen alles tun, um am kommenden Samstag vor die Öffentlichkeit zu treten als ein geschlossener, einhelliger Block, hinter dem alle die persönlichen Auseinandersetzungen der vergangenen Jahre liegen und der nur eines will: Fest und geschlossen zusammenstehen, um die Dinge zum Besten Bayerns und des christlichen Volkes in Bayern zu lenken.

Dr. *Horlacher* bezeichnet die Frage des Fraktionsvorsitzenden als eine Sache der Landtagsfraktion. (*Hergenröder*: Nicht nur eine Sache der Landtagsfraktion, sondern eine Sache der Partei!) Er sei auch der Meinung, man solle nicht zu rasch alles umwechseln. Das mache ein falsches Bild. Er sei auch dafür, eine Empfehlung zu geben, und zwar mit dem Abmaß, wie Meixner es dargestellt habe. Folgendes sei zu bedenken: Die Notwendigkeiten des Bundes unter Berücksichtigung der berechtigten Forderungen der Länder müßten gegenüber dieser scheinföderalistischen Regierung in Bayern von der Landtagsfraktion mit aller Deutlichkeit und Stärke zum Ausdruck gebracht werden. Er sei absolut dagegen, sich auf das Glatteis führen zu lassen. Werde ein Anteil des Bundes von 25 Prozent[85] beschlossen, wäre es das Verkehrteste, wenn sich die Fraktion der CSU als Opposition dem anschließt. Nur keine Verbeugung vor dem Zweckschauspiel, das in Bayern aufgeführt wird. Es müsse aber eine Abstimmung zwischen Bundestagsfraktion und Landtagsfraktion stattfinden. Man müsse einheitlich taktieren. Wenn er bedenke,

[81] Vgl. Nr. 51a und b und Nr. 54.

[82] Die Rede ist von der bereits mehrfach zitieren Regierungserklärung vom 11. 1. 1955.

[83] Zur finanziellen Förderung Bayerns durch den Bund vgl. Weber, Föderalismus und Lobbyismus, in: Schlemmer/Woller (Hrsg.), Bayern im Bund, Bd. 3, S. 67–77.

[84] Der Landesbezirk Bayern des DGB hatte einen Volksentscheid über die Beteiligung der Bundesrepublik an der westlichen Sicherheitsallianz gefordert und zu diesem Zweck die Anwendung gewerkschaftlicher Kampfmittel angekündigt. Vgl. Bayern-Kurier vom 29. 1. 1955: „Offenes Wort zu den DGB-Beschlüssen".

[85] Gemeint ist wiederum die Verteilung der Einkommen- und Körperschaftsteuer zwischen Bund und Ländern.

welche Aufgabe man im Bund und in Bayern habe, müsse der Bundesfinanzminister auf seinem Posten bleiben und von allen unterstützt werden. Sonst wäre der Effekt, daß man den anderen Wasser auf ihre Mühlen liefert, indem sie sagen: Die sind selber mit ihm unzufrieden.

Was die Veröffentlichung der Empfehlung der Landtagsfraktion betrifft, so wäre sie nicht notwendig gewesen. Aber man wolle immer christliche Nächstenliebe üben. Seidel sei natürlich in der Sache etwas engagiert. Nach Abwägung der Verhältnisse könnte man sich auf eine Kandidatur, und zwar die von Dr. Seidel einigen. Abzustimmen brauche man nicht; es genügte eine Meinungsäußerung, die auch nicht veröffentlicht wird.

Dr. *Muhler* gibt zu erwägen, als Ergebnis der bisherigen Diskussion folgendes als Beschluß der Landesvorstandschaft an die Landesversammlung weiterzugeben:

1. Als Kandidaten für den Landesvorsitzenden werden vier Parteifreunde genannt: Schäffer, Dr. Seidel, Strauß und Dr. Josef Müller. Die Landesvorstandschaft empfiehlt, die Entscheidung innerhalb dieser vier Parteifreunde zu treffen und eine weitere Zersplitterung zu vermeiden.
2. Die Landesvorstandschaft würde empfehlen, Parteifreund Schäffer zu wählen, wenn er nicht Bundesfinanzminister wäre. Da aber die Landesvorstandschaft der festen Überzeugung ist, daß Schäffer unbedingt Bundesfinanzminister bleiben muß, daher ist
3. die Landesvorstandschaft zu dem Entschluß gekommen, Parteifreund Dr. Seidel zu empfehlen.

(Dr. *Hundhammer*: Den ersten Teil weglassen und nur den zweiten Teil!)

Drachsler[86] hält es für falsch, der Landesversammlung die Dinge einfach zu überlassen. Genauso falsch wäre es, heute schon eine endgültige Entscheidung zu treffen, nachdem am kommenden Freitag noch eine Landesvorstandschaftssitzung sei und bis dahin manche Entscheidung fallen werde, so auch, ob Schäffer das Amt des Bundesfinanzministers behalte oder niederlegen werde. Bei der mehrstündigen[87] Aussprache der Jungen Union am gestrigen Tag[88] sei mehrfach zum Ausdruck gekommen, es solle nicht vergessen werden, daß die Entscheidung darüber, ob es gelingt, die Koalition in Bayern aus den Angeln zu heben, letzten Endes in Bonn fallen würde. Daher sollte man aus der Bonner Ebene das Amt des Landesvorsitzenden übernehmen.

Dr. *Jaeger* geht davon aus, es sei für alle wichtig zu wissen, ob Schäffer Bundesfinanzminister bleibe oder dieses Amt zur Verfügung stellen würde. Wäre er nicht Bundesfinanzminister oder könnte er sein Amt zur Verfügung stellen, sei er überzeugt, daß die große Mehrheit der Landesversammlung ihn auf den Schild erheben würde. Bleibe er Finanzminister, weil er will oder muß, sei er überzeugt, daß die große Mehrheit ihn nicht wählen wird, weil sie der Meinung sei, daß das

[86] In der Vorlage: „Traxler".
[87] In der Vorlage: „mehrstimmigen".
[88] Der Landesausschuß der JU hatte sich nach intensiven Beratungen für Fritz Schäffer oder Franz Josef Strauß als neuen Landesvorsitzenden ausgesprochen, wobei „die beiden Bundesminister selbst in vertrauensvoller Beratung entscheiden sollten, welcher von beiden sich zur Wahl stellen wird". Bayern-Kurier vom 22. 1. 1955: „Sitzung des Landesausschusses der JU".

schwerste Amt nach der Kanzlerschaft arbeits- und stellungsmäßig nicht mit dem Landesvorsitz verbunden werden kann.

Für eine Partei, die die zweitstärkste Regierungspartei in Bonn und die stärkste Partei in Bayern, die einzige Oppositionspartei sei, sei das Amt des Landesvorsitzenden das wichtigste Amt, das die Partei zu vergeben hat, bedeutender als alle anderen einschließlich aller Ministerämter in Bonn, wenn man nicht auf die Person, sondern auf die Durchschlagskraft der Partei sieht. Daher werde man den stärksten Mann an diese Stelle setzen. Wenn Seidel und Schäffer zur Wahl stehen, so seien beide an Charakter und staatsmännischer Begabung einander gleich und ebenbürtig, aber die stärkere Durchschlagskraft habe Schäffer. Er sei der bekanntere und populärere, der mit einem gewissen Nimbus umgeben ist und die Politik der CSU noch populärer machen kann als Seidel. Daher sollte die Christlich-Soziale Union alle anderen Bedenken zurückstellen und Schäffer bitten, den Landesvorsitz zu übernehmen und das Bundesfinanzministerium abzugeben. Er sei überzeugt – er habe Gründe, und sei bereit, sie in einem noch kleineren Kreis zu sagen –, daß der Bundeskanzler für dieses Amt einen Mann der CSU vorschlagen würde. Im Interesse der Partei, ihrer Durchschlagskraft im Land, der Vorbereitung der Bundestagswahl und der Erringung der Mehrheit oder jedenfalls der Regierung sei es, Schäffer auf den Posten des Landesvorsitzenden zu bekommen.

Junker stellt klar, er habe vermeiden wollen, daß durch Auswahl der Kandidaten durch bestimmte Gremien vorbestimmt wird, wer der Landesvorsitzende sein soll und dadurch bei den Delegierten der Eindruck entsteht, es handle sich um eine gelenkte Wahl. Was Dr. Jaeger sagt, sei sehr zu beherzigen. Ob man den Bundesfinanzminister in der derzeitigen politischen Lage auf die Dauer halten wolle und könne, sei eine Frage, die nicht Schäffer allein, sondern die ganze CSU entscheiden muß. Vielleicht wäre über die Landesvorstandschaft ein Weg zu finden, der Schäffer gewisse Konsequenzen leichter macht, als sie für ihn wären, wenn er sie in seiner Person entscheiden muß.

Hergenröder erklärt, er sei über die Ausführungen von Dr. Jaeger geradezu erschrocken. Wenn Schäffer jetzt das Bundesfinanzministerium aufgebe, wäre das ein noch größerer Schock als die bayerische Regierungsbildung. Im gesamten bayerischen Volk stünden zwei Männer an der Spitze, Adenauer und Schäffer. Er glaube nicht, daß es Adenauer darauf ankommen lassen könne – bei allem Ansehen, das er besitzt –, Schäffer gehen zu lassen, wenn nicht das Vertrauen zu ihm schwer erschüttert werden soll. Lieber wäre ihm – er sei durch einen Zwischenruf von Dr. Hundhammer erst darauf aufmerksam gemacht worden –, wenn Seidel kein Franke wäre, nachdem der Landtagspräsident, der stellvertretende Parteivorsitzende [Rudolf Eberhard] und der Fraktionsvorsitzende [Georg Meixner] bereits Franken sind. Er habe daran noch keine Sekunde gedacht, weil die Frage Franke oder Altbayer keine Rolle spielen könnte.

Der stellvertretende Landesvorsitzende *Eberhard* wirft unter Hinweis auf die Ausführungen von Dr. Jaeger die Frage auf, wer nach Fritz Schäffer, wo die Wiederbewaffnung vor der Türe steht, das Amt des Bundesfinanzministers übernehmen soll. Das sei rein platonisch, oder solle das heißen, daß Schäffer gehen soll, wo solche Schwierigkeiten entstehen, daß er gegangen wird. Beim gestern angekündigten Angriff der Gewerkschaften, der in breitester Front in ganz Deutschland

vorgetragen wird, erscheine es ihm im Interesse der Arbeit des Bundestags und der Regierung zu liegen, daß das finanzielle Rückgrat, das die Entwicklung vom Petersberger Abkommen[89] bis heute getragen habe, erhalten bleibe. Er glaube, daß SPD und Gewerkschaften nur abwarten, bis das Amt des Finanzministers abgegeben werde.

Schmid Karl betont, von der inneren Einigkeit auf der nächsten Landesversammlung hänge entscheidend ab, welche Stellung im Volk die CSU in Bayern in Zukunft haben wird. Es sei zweckmäßig, den Delegierten die ungeheure Verantwortung und Tragweite der Entscheidung darzulegen. Wenn Schäffer das Bundesfinanzministerium aufgäbe, würde das einen Schock in der ganzen Wirtschaft auslösen[90] und damit einen Schaden anrichten, der nicht mehr gutzumachen wäre. Von diesem Gesichtspunkt aus bestehe eine Zwangslage, diese Position unter allen Umständen zu halten. Das Wort von Schäffer kursiere überall, und man wisse, daß, solange er Finanzminister ist, die Währung gesichert ist. Daran seien Millionen interessiert.

Bundesfinanzminister *Schäffer* erklärt abschließend, um über das, was er denke, eine gewisse Klarheit zu schaffen: Ich hätte es gern, wenn die Landesvorstandschaft überzeugt wäre und das auch ausspricht, daß es unter den Kandidaten, die genannt worden sind – Seidel, Strauß und Schäffer –, einen Wettbewerb nicht gibt, daß es keine Konkurrenten gibt, sondern daß die Verhältnisse die drei Namen in die Debatte geworfen haben. Ich habe mich für Seidel ausgesprochen, weil er der erste in der Debatte war. Wenn er damals gleich ja gesagt und keinen Zweifel gelassen hätte, wäre mein Name nicht aufgetaucht. Nun stehen die drei Namen in der Presse. Wenn es nach meiner Person ginge, würde ich den Vorschlag Jaeger annehmen. Ich habe bisher meinen Rücktritt nicht erklärt, obwohl es mir am 1. Dezember sehr nahegelegt worden ist[91], weil ich Disziplin halte und mein persönliches Denken dem Wohl der CSU unterordne. Man bringt mich aber in eine unmögliche Situation, wenn der Bundeskanzler weiß, daß der CSU-Minister um der CSU willen jede Behandlung hinnehmen muß und nie seinen Rücktritt annehmen kann. Dann wird es einfach nicht mehr gehen. Wollt Ihr den Bundesfinanzminister halten, müßt Ihr wissen: Das Vertrauen müßt Ihr in ihn setzen, daß er seine Politik nie so treiben wird, daß die CSU sie nicht decken würde. Aber wenn die politischen Umstände es verlangen, daß etwas geschieht, muß er damit rechnen können, daß er von der CSU gedeckt wird, weil es das Allerschlimmste wäre, wenn er in einem Krach mit der CSU ausscheiden müßte. (Dr. *Ehard*: Er ist aber von der CSU immer gedeckt worden!) Daß er für alle Vorschläge, die er gemacht hat, das volle Verständnis gefunden hat, wird auch niemand behaupten. Bis zum 18. Januar ist es ohne Belastung der CSU gegangen. 1949 hat niemand geglaubt, daß es ohne Krach zwischen Bund und Ländern ginge.

Der Vorschlag von Dr. Jaeger ist wohlgemeint, aber – da hat Eberhard recht – wenn ich ausscheide und ein anderer von der CSU eintritt, tut sich der viel schwerer, und für die CSU ist das viel schlechter. Wenn Ihr schon wollt, daß ich Bundes-

[89] Vgl. Nr. 27a mit Anm. 7.
[90] In der Vorlage: „ausüben".
[91] Zu den verschiedenen Initiativen, Schäffer im November/Dezember 1954 zum Rücktritt zu veranlassen bzw. seinen Sturz herbeizuführen, vgl. Henzler, Fritz Schäffer, S. 488 ff.

finanzminister bleibe, muß der Bundesfinanzminister wissen, daß sein Appell an die CSU auch eine Überzeugungskraft hat und daß man sieht, daß die Hetze, die von den Regierungsparteien in Bayern getrieben wird – von Baumgartner als dem Ultraradikalen auf der einen Seite und Dr. Hoegner als dem sehr Gewandten auf der anderen Seite – keinen Einfluß auf die Politik und Stellung der CSU in Bonn hat.

Zehner erklärt, sie sei über die Ausführungen von Dr. Jaeger sehr erschrocken und stellt die Frage, ob die Landesgruppe wolle, daß Schäffer zurücktritt.

Dr. *Jaeger* bemerkt, er habe nicht für die Landesgruppe, sondern für seine Person gesprochen.

Stücklen ersucht, eine Empfehlung erst am kommenden Freitag auszusprechen.

Die Abgabe einer Empfehlung wird auf die Landesvorstandschaftssitzung am kommenden Freitag zurückgestellt.

Verschiedenes:

Dr. *Müller*: Wir interessieren uns vom Bezirksverband München aus, ob tatsächlich beabsichtigt ist, auf der Landesausschuß-Sitzung die Wahl der stellvertretenden Vorsitzenden usw. vorzunehmen. Wir haben im Bezirksverband beschlossen, uns dagegen zu wehren, weil ja von unten nach oben gewählt wird. Die Wahl des Landesvorsitzenden ist etwas anderes; denn da ist ein gewisser Notzustand entstanden, aber die anderen Wahlen sind nicht zu rechtfertigen angesichts der Tatsache, daß erst unten in den Ortsverbänden und Kreisverbänden gewählt wird. Sie müßten zurückgestellt werden, bis unten die Wahlen durchgeführt sind.

Dr. *Ehard* führt an, die Zeit des einen stellvertretenden Vorsitzenden sei abgelaufen[92].

Dr. *Müller*: Da kann man den Beschluß fassen, seine Zeit bis zur Wahl zu verlängern.

Dr. *Ehard*: Der andere ist für zwei Jahre gewählt.

Dr. *Müller*: Wer hat für zwei Jahre gewählt?

Dr. *Ehard*: Nach der Satzung.

Dr. *Müller*: Diese Auslegung ist für mich völlig neu. Wir denken nicht daran, daß die Wahl für zwei Jahre sein soll; denn jede Wahl wird bis zum Auslauf einer Wahlperiode vorgenommen.

Eberhard: Wenn sich die Termine überschneiden, ist es auch beim Landrat so[93].

[92] Paragraph 52 der Satzung der CSU von 1952 bestimmte, daß die beiden stellvertretenden Landesvorsitzenden vom Landesausschuß für zwei Jahre zu wählen waren. Franz Josef Strauß war auf der Landesausschuß-Sitzung am 25./26. 10. 1952 in Dinkelsbühl, Rudolf Eberhard am 3. 7. 1954 in Landshut gewählt worden. Da die Amtszeit von Strauß abgelaufen war, fand auf der Sitzung des Landesausschusses am 22. 1. 1955 in München eine Neuwahl statt, wobei Strauß mit 127 Stimmen bei zwei Enthaltungen wiedergewählt wurde. Vgl. Mintzel, Anatomie, S. 293.

[93] Mit der Neufassung der Landkreisordnung, des Landkreiswahlgesetzes und der Wahlordnung für die Gemeinde- und Landkreiswahlen vom Frühjahr 1952 wurde die Wahlperiode des Landrats von vier auf sechs Jahre verlängert, während der Kreistag nach wie vor für vier Jahre gewählt wurde. Eine Neuwahl des Landrats war darüber hinaus erforderlich, wenn der Amtsinhaber vor Ablauf der Wahlperiode aus dem Amt schied. Landrats- und Kreistagswahlen fielen daher nicht mehr notwendigerweise zusammen. Vgl. Landkreisordnung für den Freistaat Bayern vom 16. 2. 1952, Gesetz über die Wahl der Kreistage und Landräte (Landkreiswahlgesetz) vom 16. 2. 1952 sowie Wahlordnung für die Gemeinde- und Landkreiswahlen vom 16. 2. 1952, in: BGVBl. 1952, S. 39–49, S. 53 f. und S. 54–67.

Dr. *Müller*: Dann brauchen wir überhaupt nicht mehr von unten nach oben zu wählen.

Dr. *Ehard*: Das, was Müller angedeutet hat, ob am Samstag die Neuwahl der Landesvorstandschaft durchgeführt werden soll, ist mir gestern auch in Unterfranken gesagt worden, und zwar mit der Begründung, daß noch nicht von unten nach oben durchgewählt worden sei.

Eberhard: Dann wäre die Landesausschuß-Sitzung illusorisch.

Dr. *Ehard* weist darauf hin, entsprechend dem Beschluß in der letzten Landesausschuß-Sitzung seien die Einladungen hinausgegangen[94]. Nun könne die Landesversammlung anders beschließen; sie könne auch die Satzung ändern.

Hergenröder führt an, sie seien der Meinung gewesen, daß von der Landesversammlung der Landesvorsitzende gewählt wird und daß anschließend der Landesausschuß den fälligen Stellvertreter wählt. Die Wiederwahl von Strauß sei für sie eine Selbstverständlichkeit gewesen. In der Frage des weiteren Stellvertreters Eberhard seien Meinungsverschiedenheiten gewesen: Ist er bis zum Ablauf der Wahlperiode gewählt oder auf zwei Jahre? Es sei die Erklärung gegeben worden, die Evangelische Arbeitsgemeinschaft sei am vergangenen Samstag in Nürnberg beisammen gewesen und habe sich auf den Standpunkt gestellt, daß sie Eberhard als auf zwei Jahre gewählt betrachte[95]. Man habe gesagt, man habe kein Interesse, an dieser Sache etwas zu ändern.

Gerstl erinnert daran, bei der letzten Landesausschuß-Sitzung sei die Einberufung des Landesausschusses mit der vorgesehenen Tagesordnung ohne Widerspruch beschlossen worden.

Strauß fügt hinzu, in der letzten Landesausschuß-Sitzung habe Dr. Hundhammer als einziger das Prinzip vertreten, man sollte von unten nach oben durchwählen, bis man den ersten Landesvorsitzenden wählt; denn diese Wahl sei für das zukünftige Gesicht der Partei entscheidend. Manches spreche für die Ansicht von Dr. Hundhammer. Die Mehrheit habe sich aber anders geäußert: Ohne Rücksicht auf den Stand der Wahlen in den Orts-, Kreis- und Bezirksverbänden soll die Parteispitze angesichts der eingetretenen Umstände geändert werden. Man müßte sonst der Meinung sein, daß man den ersten Landesvorsitzenden wählt, wenn die Wahlen durchgeführt sind. (Dr. *Müller*: Das ist aber ein Notstand!) Er sei der Meinung, ob Ehard bis zur Durchwahl bleibt oder nicht, es würde keine entscheidende Änderung eintreten; so wie die Dinge liegen, seien keine revolutionären Änderungen zu erwarten. (Dr. *Müller*: „Konservativer Automatismus" wird man über diese Epoche schreiben müssen!) Das, was zur Wahl stehe, seien sie beiden stellvertretenden Vorsitzenden. Der evangelische sei vor einem halben Jahr gewählt worden. Mit einem reinen Verlängerungsbeschluß bis zur Landesversammlung sei es nicht getan. Die Wahl des einen Stellvertreters sei seit Oktober vorigen Jahres überfällig. Der Landesvorsitzende werde es in der Organisation, in der Propaganda und vor allem allein, ohne zwei mit einiger Aussicht auf [die gesamte]

[94] Beschlossen worden war, am 21. 1. 1955 eine Sitzung des Landesvorstands, am Vormittag des 22. 1. 1955 eine Sitzung des Landesausschusses und am Nachmittag des 22. 1. 1955 eine außerordentliche Landesversammlung durchzuführen. ACSP, LGF-LA, Sitzung des Landesausschusses der CSU am 18. 12. 1954 in München.

[95] Nicht ermittelt.

Amtszeit agierende Stellvertreter noch schwieriger haben als vorher. Seidel z. B. werde froh sein, wenn er weiß, wer ihm zur Seite steht. Sei aber mit der Durchwahl geplant, die Wahl eines der beiden Stellvertreter vorzunehmen, so gelte der Gesichtspunkt in doppeltem Maß, daß keine Änderungen zu erwarten sind. Wie waren die Durchwahlen? Im allgemeinen scheidet ein Kreisvorsitzender aus, wenn er ins Spital eingeliefert wird. Früher sei kaum eine Möglichkeit. (Dr. *Müller*: Dort, wo man keine Mitglieder hereinholt!) Aus dem Grund sollte man am 23. Januar wissen, wie die Parteiführung in den nächsten zwei Jahren ausschaut, bis wieder ein Stellvertreter gewählt wird, damit das Hin und Her in der Partei endlich einmal aufhöre.

Auf die abschließende Frage von *Eberhard*, ob ein objektiver Antrag gestellt wird, erklärt Dr. *Müller*, er werde mit seinen Leuten nochmals reden.

Schluß der Sitzung: 14.45 Uhr.

Nr. 70

Sitzung des Landesvorstands der Christlich-Sozialen Union am 21. Januar 1955 in München

Tagesordnung[1]:
1. Vorbereitung der Landesversammlung und der Sitzung des Landesausschusses
2. Aussprache über die Wahl des Landesvorsitzenden

Tagungsort: München, Maximilianeum, Saal III

Anwesend[2]: Arnold, Balke, Donsberger, Eberhard, Ehard, von Feury, J. Fischer, Gallmeier, Geiger, Gerstl, Greib, von Haniel-Niethammer, Hergenröder, Höhenberger, Horlacher, Hundhammer, Jaeger, Junker, Klughammer, Krehle, Kreußel, Küßwetter, Maurer, Meixner, J. Müller, W. Müller, Muhler, Nerreter, Nickles, Oesterle, Probst, Rinke, Sackmann, F. Schäfer, K. Schäfer, Schäffer, E. Schleip, Schubert, Seidel, Sproß, Strauß, Strenkert, Stücklen, Thiele, Wacher, Wieninger, Zehner

Beginn: 19 Uhr, Ende: 22 Uhr 30

ACSP, LGF-LV

[1] Tageordnungspunkt 1 rekonstruiert anhand des Protokolltextes, Tageordnungspunkt 2 aus dem als Inhaltsverzeichnis gestalteten Deckblatt des Protokolls übernommen. Das von Franz Josef Strauß gezeichnete Einladungsschreiben vom 30. 12. 1954 (ACSP, LGF-LV 21. 1. 1955) hatte noch sechs Tagesordnungspunkte vorgesehen: 1. Vorlage des Oppositionsprogramms der CSU durch Herrn Dr. Hanns Seidel und Aussprache hierüber, 2. Finanzierung der Partei, 3. Ausbau der Parteiorganisation, 4. Propaganda-Arbeit der Partei im Lande, 5. Vorbereitung der Wahl des Landesvorsitzenden und der in der Landesausschuß-Sitzung vorzunehmenden übrigen Wahlen, 6. Verschiedenes.

[2] Erstellt nach ACSP, LGF-LV 21. 1. 1955, Anwesenheitsliste zur Sitzung des Landesvorstands am 21. 1. 1955. Gewöhnlich haben die Sitzungsteilnehmer ihre Anwesenheit durch Unterschrift bestätigt; in diesem Fall wurden die Namen der Anwesenden jedoch lediglich durch ein Kreuz markiert – und das, wie ein Vergleich der Anwesenheitsliste mit der Rednerliste zeigt, nicht immer zuverlässig.

Der *Landesvorsitzende* stellt zunächst das Einverständnis der Landesvorstandschaft zu dem für die Landesversammlung vorgeschlagenen Verfahren fest: Nach seinem Kurzreferat Aussprache zur politischen Situation und im Zusammenhang damit zur Wahl des Landesvorsitzenden, dann Wahl des Landesvorsitzenden[3].

Von Haniel-Niethammer regt an, vor der Abstimmung über den Landesvorsitzenden eine kurze Unterbrechung einzuschalten, damit man sich bezirksweise besprechen könne, was der *Landesvorsitzende* der Landesversammlung überlassen will.

Für die Landesausschuß-Sitzung geht sein Vorschlag dahin, sie an die Landesversammlung anzuschließen und auf die Wahl der beiden Stellvertreter zu beschränken und eine Arbeitstagung des Landesausschusses in etwa zwei Monaten anzuschließen.

Strauß stellt fest, abgelaufen sei auf jeden Fall die Amtszeit eines der beiden stellvertretenden Landesvorsitzenden, ferner derjenigen Amtsträger, die im Oktober 1952 gewählt wurden, des Landesschatzmeisters, Landesschriftführers usw.[4] Politisch gesehen sei die Neubesetzung der Landesvorstandschaft und die Bildung des geschäftsführenden Landesvorstands keine Aufgabe mit absoluter Dringlichkeit, wohl aber sei es im Interesse des neugewählten Landesvorsitzenden notwendig, daß seine beiden Mitarbeiter am kommenden Montag feststehen. Der Landesausschuß könne sich daher darauf beschränken, den freiwerdenden Stellvertreter neu zu wählen und einen Beschluß zu fassen, daß die Ämter derjenigen, die terminmäßig neu gewählt werden müßten, um ein Vierteljahr verlängert werden, weil die Durchwahl noch nicht erfolgt sei. Man könne sich dann die Neuwahl des Landesschatzmeisters usw. sowie die Bildung des geschäftsführenden Landesvorstands in Ruhe überlegen.

Gegen das vorgeschlagene Verfahren besteht kein Widerspruch.

Bundesfinanzminister *Schäffer* berichtet, bei einer Unterredung mit Dr. Seidel am Vormittag habe er vorgeschlagen, diejenigen, die genannt worden seien, sollten sich unter sich einigen, um das Gesicht der CSU nach außen möglichst zu stärken. Es wäre zu bedenken, ob es nicht möglich ist, daß zwei der Vorgeschlagenen erklären, sie setzten sich für die Nominierung des Dritten ein.

Am vergangenen Donnerstag habe er die angekündigte Unterredung mit dem Bundeskanzler gehabt[5]. Er habe dem Bundeskanzler dargelegt, daß die Vorhaltungen, die dieser seinerzeit in einer Kabinettssitzung gemacht hat und die später in

[3] Die Landesversammlung der CSU fand am 22. 1. 1955 in München statt. Das Protokoll findet sich in: IfZ-Archiv, ED 720/20.

[4] Im Oktober 1952 waren Franz Josef Strauß zum stellvertretenden Landesvorsitzenden, Hugo Geiger zum Landesschatzmeister und Otto von Feury zum Landesschriftführer der CSU gewählt worden. Vgl. Mintzel, Anatomie, S. 678ff.

[5] Das Gespräch zwischen Fritz Schäffer und Konrad Adenauer, um das Schäffer am 8. 1. 1955 schriftlich gebeten hatte, hatte am 20. 1. 1955 stattgefunden. Angeblich hatte der Kanzler dabei versucht, Schäffer zu überreden, sein Bonner Ministeramt zugunsten des CSU-Vorsitzes aufzugeben, um an seiner Stelle Hanns Seidel zum Bundesfinanzminister zu machen. Schäffer sei darauf jedoch nicht eingegangen. Vgl. Konrad Adenauer an Fritz Schäffer vom 24. 1. 1955, in: Adenauer, Briefe 1953–1955, S. 212f., und Groß, Hanns Seidel, S. 126f.

Briefen an ihn zum Ausdruck gekommen seien[6], sachlich aus den und den Gründen völlig unzutreffend seien. Das habe nicht widerlegt werden können. Der Bundeskanzler habe dann damit geantwortet, daß er eine Liste von Dingen vorlas, die ihm vermutlich seine Referenten ausgearbeitet haben. Es handle sich um reines Referentengezänk auf einer Ebene, die er gar nicht kenne, etwa, daß einmal von einer Anforderung von 205000 DM 5000 DM gestrichen worden seien. Er habe erklärt, daß er grundsätzlich darauf nicht eingehe; denn dazu müßte er die Gründe wissen. Dann seien Erzählungen von Leuten gekommen, die angeblich dies oder jenes Unschöne gesagt haben. Darüber habe er, Schäffer, etwas gelächelt, weil dieselben Leute wenige Tage vorher bei ihm etwas ganz anderes gesagt hätten.

Er habe noch einmal die Situation zusammengefaßt: Der Bundesfinanzminister sei bisher schon vor schweren Aufgaben gestanden, die bisher ohne Konflikt, insbesondere zwischen Bund und Ländern – und er messe sich ein kleines Verdienst daran zu – gelöst werden konnten. Die Aufgaben, vor denen man stehe, seien noch unendlich schwerer. Man habe zur Zeit eine ausgesprochene Bedrohung des Bundeshaushalts. Er habe sich bei der Bank Deutscher Länder erkundigt, wie die Anleihemöglichkeiten des Bundes sind: Das Bild sei recht ernst. Die Schwierigkeiten, die einer Abgleichung des Bundeshaushalts gegenüberstehen – es handle sich um Beträge, die über eine Milliarde hinausgehen –, seien bis heute gedanklich nicht gelöst. Wenn man bis 31. März die Schwierigkeiten nicht lösen könne – und da müsse gehobelt werden, infolgedessen werden Späne fliegen –, bekomme man eine Art politischen Notstand, weil es dann publik werden wird, daß die finanzielle Ordnung nicht mehr mit hundertprozentiger Sicherheit gewahrt ist. Das würde erstens zu großen Schwierigkeiten auf dem Gebiet der Außenpolitik führen. Er habe dem Kanzler gesagt – was er ihm zugegeben habe –, daß sein Finanzminister bisher die Außenpolitik insofern mitgetragen und mit ermöglicht hat, als er nie in die Lage gekommen sei zu erklären, wenn der Plan des Wehrbeitrags durchgeht, müsse er eine Steuererhöhung bringen. Das habe er bisher immer vermieden. Er habe erklärt, daß durch das, was während seiner Krankheit geschehen sei, diese schönen Zeiten vorbei seien und die Frage des Verteidigungsbeitrags nicht mehr nur außenpolitisch, sondern auch finanzpolitisch betrachtet werden müsse, infolgedessen Schwierigkeiten bringt, zunächst in der allgemeinen Politik. Man werde auch Schwierigkeiten bekommen im Verhältnis des Bundes und der Länder. Man werde ferner Schwierigkeiten auf sozialpolitischem Gebiet bekommen, weil die Möglichkeiten, die Forderungen zu erfüllen, nicht mehr vorhanden seien. Alle diese Schwierigkeiten seien überhaupt nicht zu meistern, wenn zwischen Bundeskanzler und Bundesfinanzminister nicht ein volles Vertrauensverhältnis besteht. Das Echo sei gewesen, daß der Bundeskanzler gewissermaßen erklärte, der Bundesfinanzminister sei für ihn unentbehrlich. Das zweite sei aber gewesen, daß er all das, was er konkret vorgeschlagen habe, nicht konkret zugesagt erhalten habe. Über alle diese Dinge könne er auf der Landesversammlung in der Öffentlichkeit nicht reden; denn sonst würde eine starke Beunruhigung eintreten.

[6] Vgl. hierzu und zum folgenden Nr. 69. Verweise auf die außerordentliche Sitzung des Landesvorstands am 17. 1. 1955 werden nicht mehr einzeln belegt.

Wenn man die Frage des Föderalismus betrachte, sei es selbstverständlich, daß jedes Land, insbesondere Bayern, zunächst in seinem Landtag vertreten wird. Ebenso müßte jeder einsehen, daß die nächste wirkliche Entscheidung in Bonn fallen wird, und man wisse, daß die Bundestagsmehrheit, wenn irgendwelche entscheidende Gesetze kommen, nicht föderalistisch im bayerischen Sinne eingestellt sei. Wenn bisher Unglück verhindert worden sei, dann deshalb, weil die Landesgruppe der CSU in der Kombination, in der sie steht, die CDU praktisch gezwungen hat, ob die Mehrheit ihrer Mitglieder es wollte oder nicht, für die Ideen der CSU mit einzutreten und wenigstens die Vorstöße gegen den Föderalismus abzubrechen. Man werde künftig die Situation haben, daß die CSU im deutschen Bundestag ohne Verbindung – das sei noch das beste – mit der bayerischen Landesregierung dastehe und wahrscheinlich von ihr, sie möge tun, was sie will, immer als länderfeindlich, als im Schlepptau der CDU liegend hingestellt werden wird. Außerdem werde man in der kommenden Zeit erleben, daß in Bayern unter der weiß-blauen Parole die Parteien das Gegenteil von dem tun, was sie im Bundestag machen, und infolgedessen die CSU-Fraktion unter einen gewissen Druck gestellt werden wird. Es bestehe daher die große Gefahr, daß gerade auf dem empfindlichen Gebiet Politik in Bonn und Politik in München die Gegensätze, rhetorisch hineingegraben, nach außen hin sehr stark sind. Infolgedessen würde er es für notwendig halten, daß innerhalb der CSU – Land und Bund – jede Möglichkeit einer Dissonanz vermieden wird.

Nun gingen die Kämpfe sehr viel auf dem finanzpolitischen Gebiet vor sich. In der letzten Landesvorstandschaftssitzung sei der Wille zum Ausdruck gekommen, der Bundesfinanzminister möchte auf seinem Posten bleiben. Der Bundesfinanzminister werde um der CSU willen tun, was er kann, aber es gebe Grenzen des menschlich Möglichen und des politisch Klugen. Wenn der Bundesfinanzminister scheitert, so oder so, sei es nicht bloß ein Scheitern des Bundesfinanzministers, sondern auch ein Scheitern der CSU, die ihn gestellt hat. Nun sei es so – das hänge mit dem Parteivorsitzenden vielleicht nur mittelbar zusammen: Wenn der Bundesfinanzminister eine schwere Situation durchzukämpfen hat, in der gewisse Länder um der Allgemeinheit willen Opfer bringen, und er dann nicht nur von anderen Landtagen, sondern auch vom bayerischen Landtag etwa einschließlich der CSU, er wolle nicht sagen einer Ablehnung, aber einer Kritik unterworfen wird, dann sei die Möglichkeit, eine zielklare Politik des Notwendigen zu betreiben, für ihn sehr gering. Das Allerschlimmste wäre, wenn er einmal wegen eines Konfliktes mit der CSU ausscheiden müßte. Das wäre das Allerschlimmste nicht nur für ihn, sondern auch für die CSU selbst.

Das einzige Motiv für ihn sei gewesen: Würde der Parteivorsitz eine Stärkung der Position und eine Vermeidung dieser Gefahr mit sich bringen? Niemand solle glauben, daß er sich um den Parteivorsitz beworben hätte und glaube, da etwa Lorbeeren und Honig zu finden. Entscheidend sei nur die Frage: Was dient der Politik der CSU? Er hätte manchmal schon beim Kanzler und auch beim Kabinett mehr Schwergewicht gehabt, wenn man gewußt hätte, daß der Bundesfinanzminister wirklich das Letzte, nämlich auch seinen Rücktritt, in die Waagschale wirft. Er habe sich bisher immer gebunden gefühlt. Er fürchte, daß dadurch der Eindruck entsteht, man kann dem Bundesfinanzminister zumuten,

was man will, den Rücktritt wird er nie erklären. Infolgedessen müßte er letzten Endes immer kapitulieren. Wenn der Bundesfinanzminister im Kabinett gegen ein Gesetz gesprochen hat, auf seiner Linie bleibt und ihn das Kabinett überstimmt, er aber den Rücktritt nicht erklären kann, sehe es so aus, als ob er umgefallen wäre.

Deshalb müsse man sich, gleichgültig, wie man sich entscheide, über die Konsequenz im klaren sein: Die unbedingte Verpflichtung des Bundesfinanzministers, auf seinem Amt zu bleiben, halte er für die Zukunft [für] unmöglich. Der Bundesfinanzminister werde immer alles, was er tut, im engsten Kontakt mit der Landtagsfraktion und Parteileitung tun, aber es gebe Dinge, die zwangsmäßig an ihn herantreten, und hier sehe er bei der gegebenen Situation große Schwierigkeiten voraus. Auf der anderen Seite müsse er ganz offen sagen, der Bundesfinanzminister könne nicht in eine Wahl gehen im Kampf oder Wettbewerb mit einem anderen Parteifreund, den er schätze. Er habe heute auf eine Anfrage von einer geachteten Zeitung[7] erklärt: So sehr ich Ihr Blatt schätze, die Wertschätzung kann mich nicht veranlassen, eine zu frühzeitige Erklärung abzugeben. Als Tip darf ich Ihnen nur sagen, Schäffer, Strauß, Seidel sind so gute Freunde, daß von einem Wettbewerb unter ihnen gar keine Rede ist. In eine Kampfabstimmung könne er nicht gehen. Daher schlage er vor, sich ganz offen auszusprechen, um möglichst dahin zu kommen, daß sein alter Gedanke durchgeführt werde, daß von den drei Genannten zwei erklären, sich nicht nominieren zu lassen, sondern die Wahl des Dritten zu unterstützen. (Dr. *Horlacher*: Da wollen wir auch noch etwas mitreden!) Er habe leider den Eindruck, daß die Wahl verschiedener Personen nicht vermieden werden kann. Er ersuche dann darum, daß man sich, wenn es eine Kampfabstimmung gibt, in erster Linie zwischen Seidel und Strauß entscheide und seinen Namen aus dem Spiel lasse, weil er nicht Gegenstand einer Kampfabstimmung werden wolle.

Der *Landesvorsitzende* hält eine Abstimmung oder eine Empfehlung von seiten der Landesvorstandschaft unter den gegebenen Verhältnissen nicht für möglich. Er möchte aber darum bitten, daß gleichgültig, ob drei, fünf oder zehn Kandidaten vorgeschlagen werden, zum Ausdruck gebracht wird, damit gebe es keine Richtungsänderung, keine Spaltung und keine Flügelbildung in der Partei, sondern es sei einfach eine Wahl, die sich durch die besonderen Verhältnisse auf einzelne Personen zugespitzt hat. (Dr. *Horlacher*: Hast Du einen Vogel ohne Flügel schon gesehen?)

Dr. *Horlacher* schickt voraus, er habe den Mut, alles zu sagen, was er sich denke, weil er persönlich unabhängig sei und keine Rücksicht zu nehmen brauche. Hätte man auch bei der Regierungsbildung Leute eingeschaltet, die überhaupt nichts hätten werden wollen, er garantiere, dann hätte man die richtige Regierung, aber mit lauter Ministerkandidaten könne man kein Geschäft machen. So mache man es auch wieder mit dem Landesvorsitzenden.

Strauß habe gute Eigenschaften, er habe eine pfundsoberbayerische Schnauze. Wegen seines jugendlichen Leichtsinns müsse man ihn im Hinblick auf die Ämter, die er noch besetzen müsse, davon abhalten, sich zu verausgaben. Er gebe daher

[7] Nicht ermittelt.

Strauß den Rat, vernünftig zu sein und seinem Namen Ehre zu machen und auf der Landesversammlung den Kopf in den Sand zu stecken. Ein Bundesminister könne nicht gleichzeitig Führer der Gesamtpartei sein. München spiele die große Rolle. Bei den schlechten Organisationsverhältnissen der Partei sei es notwendig, daß jemand mit Gewissenhaftigkeit und Zähigkeit Ordnung in die Partei bringt. Was die Brandreden anlangt, so könne sie Strauß immer noch bestreiten, er habe sogar eine viel größere Bewegungsfreiheit und könne seine Schnauze am fremden Gitter viel besser wetzen, als wenn er Landesvorsitzender wäre. Deshalb scheide für ihn eine Kandidatur Strauß vorerst aus. Bei der nächsten Wahl in zwei Jahren könne man sich wieder darüber unterhalten.

Mit dem Ochsensepp habe er manche große Schlachten geschlagen, aber heute könne er ihm die Gefolgschaft leider nicht mehr geben. Er möchte ihm raten, vorsichtig zu sein; man solle seinen persönlichen Kredit nicht aufs Spiel setzen, wenn es nicht notwendig sei. Wenn bei 800 Delegierten 120 Stimmen auf den Ochsensepp fallen, sei das kein Zustand; es komme nichts dabei heraus. Es komme die Zeit, in der er Dr. Müller wieder unterstütze. Für ihn als vernünftigen Anwalt und Politiker kämen noch politische Entwicklungen, bei denen man vielleicht froh sei, daß man den Ochsensepp habe, aber momentan sei er nicht zeitgemäß; man habe die Mode noch nicht.

Ganz unmöglich sei es, daß das Amt des Bundesfinanzministers mit dem Amt des Landesvorsitzenden verbunden wird bei der Schwäche der Partei in organisatorischer Beziehung, wo ständig einer dasein müsse, der die Geschäftsstelle aufbaut und überwacht. Außerdem gebe es zwischen dem Bundesminister und dem Landesvorsitzenden Interessengegensätze. Der Landesvorsitzende müsse gegenüber der Bundestagsfraktion und der Landtagsfraktion eine gewisse Beweglichkeit haben. Wenn Schäffer nicht mehr Bundesfinanzminister ist, wäre auch sein Nimbus in den Augen der Bevölkerung weg. Bei den heutigen Vorgängen auf dem Gebiet der Wirtschaft werde jede Bewegung, besonders angesichts der Dummheit in den Gewerkschaften, mit sehr sorgsamen Augen verfolgt. Man solle nicht später sagen müssen, es war doch nicht richtig. Durch den Weggang Schäffers würde den anderen nur Wasser auf ihre Mühle geliefert und ihre Oppositionsstellung gegenüber der CSU verstärkt. Er spreche sich auch unbedingt für eine zielklare Verfolgung der Linie aus, die mit dem Namen Adenauer verbunden sei. Die Linie Adenauer in außenpolitischer Beziehung hänge mit der Gesamtlage aufs engste zusammen. Das sei auch eine Frage, die mit dem Namen Schäffer nicht geklärt werden könne.

Die Landtagsfraktion, die die große Schlacht verloren habe, habe doch wieder ein wenig vernünftig taktiert. Die Weisheit der römischen Prälaten komme gelegentlich doch wieder zum Vorschein. Man habe den Standpunkt ganz genau mit den Gesamtverhältnissen abgewogen. Dr. Seidel sei eine Persönlichkeit, die folgende Eigenschaften mitbringt: Er sei ein gewissenhafter Mann, der die Dinge richtig vorbereitet. Er sei freigestellt und habe Zeit für seine Aufgabe und könne sich an die Reorganisation der Partei als Verwaltungsmann heranmachen, um einmal das Heft in der Parteiführung büromäßig restlos in die Hand zu bekommen. Er sei durchaus auch dafür, daß die Aufgabe des Sprechers der Fraktion im Landtag mit dem Amt des Landesvorsitzenden verbunden wird und dadurch der Spre-

cher der Opposition noch ein erhöhtes Gewicht bekommt. Seine Einflußsphäre werde dadurch nicht eingeengt, sondern verstärkt. Ferner habe Seidel die nötigen Kenntnisse und auch die nötige Bissigkeit, die für einen Oppositionsführer notwendig ist, ohne die persönliche Aggressivität, die Strauß eigen ist. Das Schneeballwerfen, bald dahin bald dorthin, könne man eine zeitlang machen, mit der Zeit sage aber die Bevölkerung, da ist einer so viel wert wie der andere. Man brauche eine ruhige, gemäßigte, sachliche, aber trotzdem scharfe Opposition ohne persönliche Spitzen, die auf dem nötigen gründlichen Wissen beruht. Seidel könne wieder beweisen, was er kann. Im Wirtschaftsministerium sei das Leben für ihn allmählich zu bequem geworden. Als Landesvorsitzender der Partei könne er sich wieder voll entfalten. Unter Abwägung der Verhältnisse müsse man mit großer Mehrheit einen durchbringen: Freund Seidel. (Beifall)

Küßwetter betont, die Parteifreunde kämen mit ernsten Sorgen belastet zur Landesversammlung, meist mit dem Gefühl, daß die Wahl unter Persönlichkeiten wie Schäffer, Strauß und Seidel für den kleinen Mann unendlich schwer sei. Sie kämen aber mit dem festen Willen, weniger um zu wählen als für die CSU nach außen hörbar und spürbar im ganzen Land eine Willenskonzentration zu bekunden. Man sollte so weit kommen, daß man der Landesversammlung eine Persönlichkeit vorschlage. Das erwarteten die Leute.

Hergenröder unterstreicht das mit der Feststellung, für weite Kreise der bayerischen Bevölkerung sei die Landesversammlung am kommenden Tag ein ernstes Anliegen. Man habe die Verpflichtung, die Frage des Landesvorsitzenden so ernst und so offen miteinander zu besprechen, wie es die Parteifreunde und die Wähler mit Recht erwarten. Zunächst sei zu überlegen, wer von den vier in Frage stehenden Kandidaten überhaupt Aussicht hat, gewählt zu werden. Man könne eine Wahl nie mit Sicherheit voraussagen, aber man könne aus der Stimmung sowohl in der Partei wie in der Bevölkerung doch in etwa schließen, wie eine Wahl ausgehen könnte. Nach den Eindrücken, die er aus vielen Gesprächen gewonnen habe, sei er der Meinung, daß nur zwei Kandidaten überhaupt Aussicht auf Erfolg haben, Schäffer und Seidel. Man würde in der Diskussion weiterkommen, wenn man sich zunächst auf diese zwei Kandidaten beschränkte. Wer seine Meinung bezweifle, solle sich die Bestätigung durch die Landesversammlung geben lassen.

Als Parteimitglied, das unbelastet ist und seit der Gründung der Partei draußen auf dem flachen Land mitgearbeitet hat, könne er sagen, daß die Parteifreunde einen Parteivorsitzenden erwarten, der, durch keine Nebenämter belastet, restlos für die Parteiarbeit freigestellt sei. Diese Forderung werde immer wieder herangetragen. Sie erwarteten, daß der Parteivorsitzende in der Lage ist, völlig frei und unabhängig die auch organisatorisch sehr lahme Partei wieder zu festigen und vorwärtszubringen. Von diesem Gesichtspunkt aus habe Seidel sehr große Aussicht auf Erfolg. Es würde nicht verstanden, daß der bereits mit einer großen Aufgabe überlastete Bundesfinanzminister auch noch den Parteivorsitz übernimmt. Wenn es wirklich berechtigte Gründe dafür gibt, könne man sich darüber aussprechen. Aber eine restlose Freiheit der Entscheidung sei es nicht mehr, wenn einem gesagt wird: Wenn ich Schäffer nicht wähle, mache ich mich mitschuldig daran, daß der Bundesfinanzminister geht. Der Bezirksverband Oberfranken habe sich in seiner Bezirksversammlung am vergangenen Sonntag mit starker Mehrheit für

die Kandidatur Seidel ausgesprochen[8]. Wenn nichts Neues gesagt werde, sei er nicht in der Lage, diese Auffassung zu ändern, und werde in der Landesversammlung für Seidel plädieren.

Karl Schäfer erklärt, er sei nicht so überheblich zu behaupten, daß die Delegierten des Bezirksverbands Nürnberg-Fürth einstimmig entsprechend dem Beschluß des Bezirksverbands[9] stimmen werden. Man habe aber doch eine gewisse Rückendeckung dadurch, daß man die Frage des Landesvorsitzenden nicht nur den Delegierten vorgelegt habe, sondern darüber hinaus noch eine Anzahl von rund 450 Mitgliedern beisammen hatte, die sich damit beschäftigten. Der Ruf unter den Mitgliedern und bei allen Freunden, die der CSU nahestehen, gehe dahin, in der jetzigen Situation unter allen Umständen den stärksten Mann, den man in der Partei habe, an die Spitze der Partei zu stellen. Das sei nach reiflicher Überlegung im Bezirksverband Nürnberg Bundesfinanzminister Schäffer. Man sei der Meinung, daß nicht bloß die bayerische Landespolitik von Bedeutung ist, sondern daß die Bundespolitik in einiger Zeit vielleicht eine noch größere Bedeutung bekommen werde. Er erinnere nur an die Kämpfe, die sich gegenüber den Gewerkschaften bereits abzeichnen und die in den nächsten Monaten irgendwie erschütternd in die deutsche Politik eingreifen könnten. Man habe den Delegierten gestern noch einmal alles vorgehalten und ihnen auch das Telegramm vorgezeigt, das von verschiedenen Seiten als Erpressung angesehen wurde[10]. Für viele sei aber gerade dieses Telegramm der Ausschlag dafür gewesen, daß unter allen Umständen Schäffer zum Vorsitzenden der Partei gewählt werden soll. Man wolle, daß die Partei in Zukunft mit einem zielstrebigen Kopf an der Spitze dasteht und die schweren Kämpfe, denen man entgegengehe, auch bestehen kann.

Sackmann stellt fest, es werde schwerfallen, aus den Kandidaten den richtigen herauszufinden; alle seien Persönlichkeiten, denen man mit gutem Gewissen die Stimme geben könnte. Wenn gesagt wurde, daß die CSU als Landespartei im Vorsitz verankert sein müßte, so möchte er doch die Frage aufwerfen, ob die CSU, wenn sie die heutige Koalition sprengen will, sie aus der bayerischen Ebene oder nicht viel eher aus der Bundesebene, aus Entscheidungen, die in Bonn fallen, sprengen wird und ob es daher nicht entscheidend ist, daß vom Bonner Bereich aus die Führung der Partei übernommen wird. Die Landtagsfraktion brauche alle Kräfte, die der Aufgabe der Opposition gewachsen sind, und es sei auch vieles zu tun, damit die Fraktion in die Aufgabe einer echten Opposition hineinwächst. Wenn im Stillen ein Zweikampf geführt wird zwischen Bonn und Bayern, wer das Hauptgewicht haben soll, dann müsse man von der Überlegung ausgehen, mit welcher Konzeption werde man eher ans Ziel kommen, die jetzige Koalition zu sprengen.

Dr. *Schubert* führt an, in den Bezirksverbänden, bis in die örtlichen Kreisverbände, werde die Frage des Landesvorsitzenden geradezu leidenschaftlich diskutiert. In der Geschichte der Partei sei vielleicht noch niemals eine Frage so ernst behandelt worden. Dabei zeige sich, daß von den genannten Persönlichkeiten

[8] Nicht ermittelt.
[9] Vgl. Nr. 68b mit Anm. 46.
[10] Nicht ermittelt.

Bundesfinanzminister Schäffer und Dr. Seidel in breitesten Schichten die stärksten Sympathien haben. Aber alle bewege die Frage, wie sich der Bundesfinanzminister, der diese großen Sympathien auch für seine Anwartschaft als Parteivorsitzender hat, konkret die Erfüllung dieser Aufgabe in Verbindung mit seiner Aufgabe in Bonn vorstellt. Wenn man darauf von Schäffer selbst eine klare Antwort erhalten könnte, würde die Entscheidung viel leichter fallen.

Strenkert erklärt, nach dem ersten Schock, der durch die Regierungsbildung über die Wählerschaft dahingegangen sei, könne man heute draußen etwas Erfreuliches feststellen: Die Wählerschaft, die Mitglieder und Mitarbeiter haben herausgespürt, daß für die Christlich-Soziale Union ein Zeitpunkt von größter entscheidender Bedeutung gekommen ist, und zwar deshalb, weil man durch die Bildung der Koalitionsregierung feststellen mußte, daß sich die Gegner der Union zusammengetan haben und die Partei im Mittelpunkt des Kampfes steht. Das Erfreuliche sei, daß draußen ein waches Mitdenken, Mitsorgen, Mitarbeiten vor allen Dingen für die Zukunft der Partei entstanden sei. Die Entscheidung darüber, wer künftig an der Spitze der Partei stehen werde, sei von ausschlaggebender Bedeutung dafür, ob dieses Aufwachen und Mitarbeiten erhalten bleibt.

Seine Meinung sei es, daß jeder der genannten Persönlichkeiten draußen anerkannt würde. Zu prüfen sei nur, welcher von den genannten Bewerbern gerade in der jetzigen Situation am besten die Stelle des Landesvorsitzenden einnehmen soll. Von dem Gedanken heraus müsse auch darauf hingewiesen werden: Opposition in Bayern und Regierungsverantwortung im Bund. Er sehe keine Schwächung der CSU-Position in Bonn, wenn der Landesvorsitzende nicht in Bonn ist. Im Gegenteil, dadurch wäre eine Überbelastung erspart und die großen Aufgaben des Bundesfinanzministers und des Bundesministers Strauß und die großen Aufgaben des Landesvorsitzenden in Bayern könnten sich gegenseitig ausgezeichnet ergänzen, wenn das Amt des Parteivorsitzenden und das des Bundesministers nicht in einer Person vereinigt sind.

Von dem Standpunkt heraus bitte er, sich in der Landesvorstandschaft womöglich auf einen Kandidaten zu einigen. Die Landesversammlung werde aufatmen, wenn man ihr morgen sagen könne, der Landesvorstand empfehle dies oder jenes. Offen bleibe die Frage, ob es zweckmäßig ist, nur mit einem Kandidaten in die Landesversammlung zu gehen. Man könne es nicht verhindern, daß aus der Landesversammlung unter Umständen ein zweiter oder dritter Vorschlag kommt. Sie würden aber niemals die Rolle spielen wie die bis jetzt in Frage stehenden Personen. Man sollte alles tun im Interesse der Christlich-Sozialen Union, um nach außen hin eine Einigkeit zu demonstrieren und der Wählerschaft im Land zu zeigen, daß nicht vielleicht oben die Ursache gelegen ist, wenn künftig die Partei nicht so geführt werden kann, wie es gewünscht wird. Unten bestehe volle Einmütigkeit und oben, bei den maßgebenden Gremien, müsse in kluger, weitschauender Weise, auch unter persönlichem Verzicht des einen oder anderen der Genannten, die Voraussetzung geschaffen werden, daß der Mann an die Spitze der Partei gestellt wird, der die Zeit hat, die in Opposition stehende Partei in Bayern an Ort und Stelle zu führen, der bereit ist und bisher bewiesen hat, daß er den besten Willen hat, mit der Bundestagsfraktion und mit den Leuten im Bund ehrlich zusammenzuarbeiten, und, ganz besonders – der bisherige Parteivorsitzende Dr. Ehard

dürfe das nicht falsch verstehen –, der eine Reorganisation der Parteiorganisation, auch zeitlich, in die Hand nehmen kann. (Zuruf: Damit haben wir die Wahl gewonnen!) Wenn der Parteivorsitzende zu sehr überlastet sei, sei es ihm unmöglich, sich um die Organisation zu kümmern. Man müsse sich in echtem Verstehen für die Partei zu einem möglichst einhelligen Vorschlag durchringen.

Arnold bemerkt, wenn man in den letzten Jahren mit einigem Abstand von den aktuellen politischen Ereignissen, ohne persönliche politische Beteiligung die Stimmung im Volk, besonders bei den Wählern verfolgt habe, könne man heute feststellen, daß im christlichen Volk eine sehr ernste und tiefe Besorgnis um die Einigkeit in der CSU herrsche. Wenn es der Landesvorstand nicht fertigbringt zu verhindern, daß es bei der Landesversammlung zu Dissonanzen kommt, habe er eine große Sünde auf sich geladen. Daher sei es seine große Bitte, daß, dem Beispiel Schäffers folgend, die anderen genannten Persönlichkeiten in gleicher Offenheit und Entschiedenheit Bekenntnis ablegen möchten.

Strauß erklärt, man könne von ihm nicht erwarten, daß er zu Personen spreche. Er rede auch nicht pro oder contra eine bestimmte Kandidatur. Er möchte aber verhindern, daß falsche Akzente in die Diskussion kommen.

Ursprünglich hätten sich sämtliche Beteiligten – das dürfe er auch für Schäffer sagen, der es ihm gegenüber versichert habe, er dürfe es auch gegenüber Ehard und Seidel sagen – für eine Kandidatur Seidel ausgesprochen[11]. Man habe es öffentlich getan, nicht hinter verschlossenen Türen. Das Ergebnis sei gewesen, daß eine Remonstration [sic!] aus Bezirksverbänden, von Einzelpersönlichkeiten und auch von der Landesgruppe in Bonn kam. Die Argumentation bei dieser Remonstration [sic!], die nicht irgendwie gezüchtet oder vorbereitet war, habe gelautet: Ihr könnt uns diesmal nicht, wie es in den vergangenen Jahren geschehen ist – wo wir die Notwendigkeit einsehen –, von vornherein zum Ja oder Nein zwingen, weil eine einzige Persönlichkeit vorgeschlagen ist. Er selbst habe dann die Meinung vertreten, verschiedene Kandidaturen seien zwar im Interesse einer Belebung der Diskussion und der Abwägung der Zweckmäßigkeiten, trotzdem sei der Vorzug dem zu geben, daß die Partei mit einem einheitlichen Vorschlag an die Öffentlichkeit tritt. Aus Zweckmäßigkeitsgründen hätten Schäffer und er sich für Seidel entschieden, weil er in München anwesend ist. Sachliche Dissonanzen oder persönliche Animositäten seien für ihn – und er dürfe für Schäffer dasselbe sagen – ausgeschlossen. Hinsichtlich der Führung der Politik in Bonn sei man sich sowieso klar. Die Schwierigkeit liege hierbei darin, dem Bundesfinanzminister den Rückhalt zu geben, daß er sowohl gegenüber Adenauer bestehen wie auch nach seinen Grundsätzen die Finanzpolitik zu Ende führen kann. Hinsichtlich der bayerischen Landespolitik seien die internen Überlegungen noch nicht zu einer Entscheidung gekommen, in welcher Richtung die Opposition anzusetzen hat. Das Ziel in der bayerischen Landespolitik bestehe nicht allein darin, etwa vier Jahre gegen die Regierung eine sachliche Opposition zu treiben, sie [sic!] bestehe auch darin, alles daran zu setzen, damit die Viererkoalition vor ihrem normalen Ablauf zu Ende geht, und vor allen Dingen, daß, wenn sie unvermeidbarer Weise einen normalen Ablauf nehmen sollte, [sie] sich nicht wiederholt. Dafür gebe es

[11] Vgl. hierzu und zum folgenden Nr. 68b und Nr. 69.

verschiedene Möglichkeiten. Darüber zu reden halte er für verfrüht, bevor [...][12] die Führung der Landtagsfraktion und die Leute, die damit in der Partei zu tun haben, über die Angriffsrichtungen ins reine gekommen sind. Man sehe jetzt auch im BHE beim Bund, daß die Möglichkeit besteht, daß er in zwei Richtungen auseinanderfällt: Eine Richtung, die schroff gegen die Politik der Sozialdemokraten eingestellt ist, und eine Richtung, die trotz bestehender Dissonanzen mit den Sozialdemokraten bereit wäre, sich mit ihnen zusammenzuschließen. Man habe sich deshalb in den letzten Monaten in Bonn trotz der Schwierigkeiten wegen des Lastenausgleichsamtes[13] gegenüber dem BHE zurückgehalten, da man ein frühzeitiges Auseinanderfallen des BHE im Bund deshalb nicht gewünscht habe, weil eine Portion der ausscheidenden BHE-Abgeordneten die Sozialdemokraten unterstützt hätte. Man warte deshalb die innere Entwicklung im BHE ab; am 29./30. Januar werde es zu einer gewissen Klärung kommen[14]. Man müsse sehen, welche Rückwirkungen sich aus der Lage des BHE im Bund auf die Lage des BHE im Land ergeben. Das sei ein Ansatz.

Ein anderer Ansatzpunkt, den er vorsichtig in seiner Rundfunkrede[15] angedeutet habe, sei, daß weder der SPD, trotz ihres Ministerpräsidenten, noch der Bayernpartei wohl ist unter ihrem Kittel. Man könnte darüber noch mehr ausführen; es sei besser, darüber zu schweigen. Die beiden wüßten, warum ihnen nicht wohl ist. Die Absolution aus ihrem Übelbefinden könnte nur durch die CSU erteilt werden; unter welchen Voraussetzungen und Möglichkeiten, darüber sei augenblicklich nicht zu reden.

Das sei das Ziel der Politik im Land, die darüber hinaus – da habe Schäffer völlig recht – darauf abgestellt sein müsse, daß nicht die Landtagsfraktion wegen echter und vermeintlicher Landesvorteile in einen Gegensatz zur Bundestagsgruppe getrieben werden kann. (Zuruf: Das wäre auch möglich, wenn Schäffer oder Du Landesvorsitzender wärest!) Er sage nur, sie müsse darauf abgestellt werden, ganz gleich, wer Landesvorsitzender wird. Es handle sich nicht darum, daß eine der Personen mit ihrem Leben oder ihren Interessen davon abhängt, dieses Amt zu erhalten. Dieses Amt werde von vornherein mit so viel Erwartungen und Hypotheken belastet, daß, gleich wer Landesvorsitzender wird, er enttäuschend wirken muß. Man solle sich nicht der Vorstellung hingeben, daß nun, wo Ehard das Amt niederlege, ein Wundertäter kommt, der aus der Politik der Partei der CSU große Heldentaten verrichten kann. Der Erfolg der Partei hänge nicht in erster Linie von der Organisation ab, so notwendig sie sei; er hänge vom Erfolg ihrer Politik ab. Eine bürgerliche Partei wie die CSU werde nie eine Funktionärspartei mit einem straffen Organisationskader werden, wie es etwa die SPD ist. Was gegen die Parteiführung und gegen die Organisation gesagt worden ist, das treffe genauso die Bezirksvorsitzenden, wie es den ersten Landesvorsitzenden treffen würde; denn

[12] In den Vorlage irrtümlich „sich".

[13] Zum Konflikt um die ministerielle Zuständigkeit für den Lastenausgleich vgl. Nr. 66.

[14] Für den 29./30. 1. 1955 war ein außerordentlicher Bundesparteitag des BHE in Bonn angesetzt. Dabei sollte neben dem Saarabkommen und den Pariser Verträgen auch die politische Generallinie der Partei diskutiert werden. Vgl. Süddeutsche Zeitung vom 14. 1. 1955: „Außerordentlicher BHE-Parteitag".

[15] Ähnlich äußerte sich Strauß in einem umfangreichen Artikel im Bayern-Kurier vom 22. 1. 1955: „Das politische Klima".

man habe einen föderativen Aufbau der Partei, und der Landesvorsitzende habe nach den Satzungen und dem Gewohnheitsrecht, wie es sich entwickelt habe, nur sehr beschränkte Eingriffsmöglichkeiten. Man denke nur daran, wie gering die Einwirkungsmöglichkeiten des Landesvorsitzenden bei der Kandidatenaufstellung für Landtag und Bundestag waren, wie sehr er sich in den meisten Fällen hütete einzugreifen, weil die Kreis- und Bezirksverbände innerhalb des föderativen Aufbaues auf ihre Autonomie und auf die Wahrung ihrer Autonomie sehr bedacht waren. Er sage das, damit nicht an Seidel, Schäffer oder einen Dritten zu große Erwartungen gestellt werden, als ob nun ein Riesenwerk der Organisation, durchgegliedert von unten nach oben, kommen müßte, und das bei den Ablieferungen und Beitragsleistungen, die einen Bruchteil dessen ausmachen, was eine funktionsfähige Parteileitung in München in Zukunft haben muß[16].

Um zum politischen Gesichtspunkt zurückzukehren: Die letzten Wahlen habe man gewonnen, weil man eine gute Politik ohne gute Organisation gemacht habe. Man hätte sie nicht gewonnen mit einer schlechten Politik, aber einer guten Organisation. Die nächsten Wahlen, die Kommunalwahlen[17], hätten hinsichtlich der Entwicklung der Partei örtlich eine bestimmte Bedeutung, hinsichtlich ihres Gesamtstandes nur eine begrenzte Bedeutung. Die nächsten großen politischen Wahlen seien die Bundestagswahlen. Hier zeige sich eine Zuspitzung der innenpolitischen Situation, eine Verfinsterung des innenpolitischen Klimas, zum Teil auch verursacht durch einen falschen Zungenschlag, der manchmal gegenüber den Sozialdemokraten angewendet worden sei. Man solle in der Sache scharf gegen sie sein, aber man hätte in manchen Punkten ihnen gegenüber eine etwas glücklichere Hand haben können. Das entscheide Adenauer. Er bestimme nach der Verfassung die Richtlinien der Politik[18] und müsse sich auf die Loyalität in dieser Beziehung verlassen können. Komme Adenauer mit dem innenpolitischen Aufstieg und mit dem Abschluß seines außenpolitischen Werkes zum Ziel, dann werde die CSU danach beurteilt werden, welchen Anteil sie an diesem Gesamterfolg gehabt hat. Gewinne man die Bundestagswahlen des Jahres 1957, dann sei das automatisch eine gute Grundlage für die im nächsten Jahr kommenden Landtagswahlen. Schneide man aber bei den Bundestagswahlen schlecht ab, seien die Auspizien für die folgende Landtagswahl naturgemäß außerordentlich schlecht.

Das sei noch nicht eine Stellungnahme pro oder contra eine bestimmte Kandidatur. Aber es müsse Schäffer die Möglichkeit gegeben werden, seinen Anteil an der Bundespolitik mit dem Dreieck Adenauer, Erhard und Schäffer durchzuhalten; denn die Bundestagswahlen und bis zu einem gewissen Grad auch die Landtagswahlen seien in dem Dreieck Adenauer, Erhard und Schäffer gewonnen worden[19], und mancher kleine Mann, der vielleicht, wenn er Steuern zahlen muß oder vom Staat in seinen Ansprüchen zu wenig bekommt, auf Schäffer schimpft, hätte

[16] Vgl. Schlemmer, Aufbruch, S. 463 ff. und S. 468 ff.
[17] Die Kommunalwahlen sollten am 18. 3. 1956 stattfinden; vgl, Nr. 69 mit Anm. 46.
[18] Dies ist in Artikel 65, Satz 1 des Grundgesetzes festgelegt.
[19] Zur Bundestagswahl 1953 und zu den Gründen für den Erfolg der Union vgl. Thomas Schlemmer, Zwischen Weimar und Bonn. Das westdeutsche Parteiensystem 1945–1961, in: Rusconi/Woller (Hrsg.), Italien und Deutschland; mit Blick auf Bayern vgl. Balcar, Politik auf dem Land, S. 202–208.

trotzdem Angst, wenn Schäffer ginge, weil ihm das trotz der Unpopularität einzelner Maßnahmen gleichbedeutend erschiene mit dem Anfang eines finanzpolitischen Abenteuers, an dessen Ende eine schleichende Inflation, wenn nicht offene Entwertung des Geldes stehen würde.

Der Ausgangspunkt sei gewesen, daß man sich völlig geeinigt hatte, bis die Remonstration [sic!] aus dem Lande kam: Wir wollen nicht wiederum vor eine Abmachung der Großen hinter verschlossenen Türen vor eine vollendete Tatsache gestellt werden. Eine Reihe von Persönlichkeiten der Partei, auch in diesem Kreise, habe bei ihm, bei Schäffer und anderen diesen Standpunkt mit einem offenen Vorwurf sehr deutlich vertreten. Daraufhin habe Schäffer in einer langen Aussprache mit ihm erklärt: Diesen Vorwurf lasse ich nicht auf mir sitzen, daß man von vornherein sagen kann, Schäffer drückt sich.

Unter dem Gesichtspunkt könne man die Debatte fortsetzen, daß er nicht gegen Schäffer kandidiere. Ihm komme es nicht darauf an, eine Vielzahl von Kandidaten zu bekommen, wenn unter den beiden Aspekten eine Wahlmöglichkeit bestehen soll. Wenn diese Wahlmöglichkeit genommen wird, stehe einem einheitlichen Vorschlag nichts im Wege.

Von Hainiel-Niethammer stellt fest, zu 95 Prozent werde man sich darüber einig sein, daß man es nicht verantworten könne, der Landesversammlung zu sagen, die Landesvorstandschaft habe sich nicht einigen können. Man müsse der Landesversammlung eine Empfehlung geben, ohne daß er so weit gehe zu sagen, es sollten von den drei Kandidaten zwei verzichten, um damit jede Wahlmöglichkeit zu nehmen. Man müsse die Mitte halten zwischen einer freien Entscheidung und einer vollkommenen Bindung, die darin bestünde, daß von drei zwei verzichten. Er denke es sich so, daß man eine Empfehlung gebe, und die Empfehlung der Landesvorstandschaft werde bewirken, daß der empfohlene Kandidat mit einer ziemlichen Mehrheit, und sei es erst in der Stichwahl, gewählt wird. Angenommen, es würden sich die meisten Stimmen der Landesvorstandschaft für Schäffer aussprechen, sei es selbstverständlich, daß man eine Empfehlung für Schäffer gebe. Dann hätte Strauß die Möglichkeit, seine Kandidatur zurückzuziehen. (Dr. *Seidel*: Warum sollte ich nicht auch zurücktreten?) Das müsse nicht sein. Angenommen, die Mehrheit wäre für Seidel – und er sei für eine schriftliche Abstimmung –, müßte man eine Empfehlung für Seidel aussprechen. Es sei selbstverständlich, daß dann Schäffer verzichten würde; denn er könne nicht gegen einen Kandidaten kandidieren mit der Gefahr, daß er unterliegt. Man müsse sich nun entscheiden, damit es bei der Landesversammlung kein unwürdiges Bild und womöglich eine Zufallsentscheidung gibt.

Kreußel betont, eine gedeihliche Entwicklung des demokratischen Staates sei nur dadurch gewährleistet, daß der Staat auf einer gesunden Finanzpolitik beruht. Man müsse sich klar darüber sein, daß der Staat durchaus noch nicht so gefestigt ist, daß man sich irgendwelche Experimente im Bundesfinanzministerium leisten könnte. Die Diskussion werde erleichtert, wenn er den Bundesfinanzminister um eine Antwort ohne Hörner und Zähne auf folgende präzise Fragen bitte: 1. Halten Sie es in Ihrer Stellung als Bundesfinanzminister für notwendig, daß Ihnen der Parteivorsitz übertragen wird? 2. Herr Bundesfinanzminister, wie stellen Sie sich die Verbindung des Amtes des Bundesfinanzministers mit dem des Parteivorsit-

zenden vor? Darüber habe in erster Linie der Bundesfinanzminister zu entscheiden, ob er sich die sehr schwierige Aufgabe zutraut, beides zu bewältigen.

Es wäre sinnlos, wenn man den frommen Wunsch äußerte, Schäffer solle munter in Bonn weiterkämpfen, wenn er ohne den Rückhalt des Parteivorsitzenden diesen Kampf für unmöglich erklären muß. Man hätte dann unendlich mehr verloren als nur eine Schlacht; er fürchte, man habe dann den Staat verloren.

Stücklen legt Wert darauf, die Schlußfolgerung daraus zu ziehen, daß das Schwergewicht des politischen Erfolgs oder Mißerfolgs auf der Bonner Ebene liegt. (*Donsberger*: Nicht absolut!) Er sei auch damit einverstanden, das Dreieck, von dem Strauß gesprochen habe, zu einem Viereck zu erweitern: Nicht nur Adenauer, Schäffer und Erhard, sondern auch Ehard. Sie seien die Garanten für den Erfolg gewesen, den man in Bayern und im Bund gehabt habe. In Zukunft müsse es genauso sein. Da das Schwergewicht für den politischen Erfolg der CSU, auch auf der Landesebene, in der Bonner Politik liegt, sei die Landesgruppe mit überwiegender Mehrheit der Meinung gewesen, es sollte ein Exponent aus der Bonner Ebene der Landesvorsitzende der CSU in Bayern sein. In dem Bewußtsein, daß dem Bundesfinanzminister Schäffer diese Doppelaufgabe nicht zugemutet werden könne, habe man sich entschlossen, als Exponent der Landesgruppe der CSU den stellvertretenden Vorsitzenden Strauß als den kommenden Landesvorsitzenden der Christlich-Sozialen Union in Bayern vorzuschlagen[20].

Dr. *Müller* bedauert auf Grund der Diskussionen der letzten Zeit, daß man nicht gleich am Anfang das italienische Wahlsystem für den Parteivorsitzenden übernommen habe. In Italien würden auf dem Parteitag Konzeptionen entwikkelt, und es werde nach der Linie gewählt, die der einzelne entwickelt, und zwar bildeten sich auf der Landesversammlung mehrere Listen, in denen sich die Delegierten einschreiben, so daß dadurch die Kräfteverhältnisse in der Parteispitze zum Ausdruck kommen, ohne daß eine Zerreißprobe erfolgt. Das sei dann auch keine konstruierte Wahl. Wenn die Entwicklung so weitergeht, müsse man daran denken, dieses System zu übernehmen, wolle man nicht mit der Demokratie Schiffbruch erleiden.

Für völlig verfehlt halte er es, wenn hinter geschlossenen Türen etwas ausgemacht wird, was in der Landesversammlung als gesteuert, als Geheimnispolitik angesehen wird. Ob man es Empfehlung oder sonstwie nennt, der Wortlaut interessiere das Volk nicht. Man hätte recht, wenn die Kandidaten in scharfer Konkurrenz in die Wahl gingen und gegeneinander aufträten. So aber sei es viel wirkungsvoller im Volk, wenn die einzelnen Vorschläge erfolgen. Man werde den Persönlichkeiten zutrauen, daß sie sich in ihrer Rede so verhalten, daß am Schluß die CSU dasteht. Das sei viel vernünftiger und klarer und werde draußen angenommen, während alles andere leicht dahin führt, daß die Leute sagen, es ändert sich nichts, es geht genau wie vorher. Es brauche sich wirklich niemand um das Amt zu reißen; denn die Aufgabe, vor der man stehe, sei furchtbar schwer. Diesmal hänge die Entwicklung nicht nur von der guten Politik in Bonn und Bayern ab, sondern

[20] Dazu hieß es unter dem Titel „Schäffer macht sich für München stark" im Münchner Merkur vom 22. 1. 1955: „Die CSU-Landesgruppe in Bonn hat [...] nach mehrstündiger Debatte Franz Josef Strauß aufgefordert, für das Amt des Landesvorsitzenden zu kandidieren."

auch davon, daß die Partei schlagkräftiger gestaltet wird. Man hoffe, daß der Kanzler lange lebt, und wünsche, daß er weiterhin Erfolg hat, wenn aber irgendwo ein Rückschlag eintritt, müsse die Partei so stark sein, daß sie vordrängt.

Wogegen er sich wehre, um der CSU und Demokratie willen, sei nur, daß die Fraktionen gleich [als] Partei auftreten. Die Fraktionen hätten ihre Aufgaben, die sehr wichtig seien, von ihnen hänge der Erfolg wesentlich mit ab, aber man leide daran, daß CDU und CSU keine eigentlichen Parteien sind. Auch die CDU sei keine eigentliche Partei, sie sei getragen von der Fraktion. Es sei gut und vernünftig, wenn die Fraktion eine Streuwirkung hat, man dürfe aber nicht den Eindruck haben, daß sie die CSU als Partei trägt.

Man brauche keine Wirbel in der Landesversammlung zu erwarten. Er bitte nur darum, nicht etwas zu beschließen, sondern es den einzelnen Persönlichkeiten zu überlassen, so aufzutreten, daß es zum Vorteil der CSU ist. Keiner habe bisher gegen den anderen gesprochen, im Gegenteil. Es hätte eine ganz andere Wirkung, wenn der eine Kandidat die Vorzüge des anderen heraushebt, als wenn man einen gesteuerten Mann hinsetze.

Was Schäffer betrifft, könne man sagen, normalerweise solle der Finanzminister nicht der Parteivorsitzende sein. Aber hier gehe es vielleicht um etwas anderes: Was wird aus den Parteien, wenn eine gefährliche Wirtschaftsentwicklung eintritt? Der Optimismus sage, die Konjunktur nach oben halte an, vor allem angesichts der Rüstung. Man vergesse, daß der Gefahrenpunkt in der Währung liegen kann, zumal, wenn man nach Amerika schaut[21]. Hier liege zweifellos ein Argument für Schäffer, indem man betonen könne, er sei der Exponent der Sicherheit der Währung. Wenn Strauß kandidiert, so hätte es eine starke Wirkung für die CSU, würde er mit großer Geste sagen: Wenn ich zum Parteivorsitzenden gewählt werde, werde ich den Kanzler bitten, mich von der Aufgabe des Sonderministers zu entbinden. Wenn jemand ein Amt hinlegt, werde es immer mit großem Beifall aufgenommen. Schäffer könne das nicht, er sei der Exponent der Sicherheit der Währung. Wenn Strauß das Sonderministerium aufgibt, hätte es eine große Wirkung, zumal die Sonderministerien nicht populär seien. Von Seidel würde zweifellos für Bayern ein starkes Beruhigungsfluidum ausgehen. Das könnte herausgearbeitet werden, und nichts wäre wirkungsvoller, als wenn man positiv für die Kandidaten eintritt und zum Schluß in eine Entscheidung hineingeht. Man sollte so viel Vertrauen haben zu glauben, daß es nicht zu Explosionen kommt.

Sackmann hält es nach dem bisherigen Verlauf der Verhandlung für möglich, daß auf der Landesversammlung eine sachliche Diskussion geführt wird und eine starke CSU herauskommt. Es sollte der Appell ergehen, die Diskussion so zu führen, daß niemand verletzt wird und niemand als Geschlagener die Plattform verläßt.

Dr. *Nerreter* bezeichnet es als einen vollendeten Widerspruch, wenn man auf der einen Seite sagt, es solle frei gewählt werden, auf der anderen Seite, es solle niemand als Geschlagener das Feld verlassen. Bereits die letzte Sitzung habe gezeigt,

[21] Müller spielte hier vermutlich auf die nicht zuletzt durch die Rüstungsausgaben bedingten Probleme der Zahlungsbilanz der USA an, die auch Auswirkungen auf die Währung hatten; vgl. van der Wee, Gebremster Wohlstand, S. 510.

daß es nur zwei Prinzipien gibt, nach denen man verfahren könne: Einmal bestehe die Möglichkeit, die volle Entscheidung der Landesversammlung zu überlassen, ohne eine Empfehlung zu geben und ohne in irgendeiner Weise auf die einzelnen einzuwirken. Man könne sagen, es sei das Zeichen einer kraftvollen Partei, die sich das gestatten kann. Nun dränge alles irgendwie auf eine Kampfabstimmung hin; eine einheitliche Lösung werde sich nicht ergeben, ohne daß man etwas dazu tue. Eine Kampfabstimmung zwischen den Kandidaten Seidel und Schäffer habe aber die Folge, daß der eine von beiden doch als Geschlagener den Platz verlassen muß. Er möchte aber den Parteifreunden, die bereit sind, das höchstverantwortliche und undankbare Amt des Landesvorsitzenden zu übernehmen, ersparen, daß sie in die unangenehme Lage kommen, mit einer knappen Mehrheit zu unterliegen oder zu siegen. Es gebe schadenfrohe Gegner, die es einem hintennach hinreiben: Dein Anklang bei deiner Partei ist offenbar sehr gering, daß du unterlegen bist. Wenn man sich aber irgendwie einigen könne und die Versicherung abgebe, daß jeder in dem Kreis, in dem er Einfluß hat, für diese Lösung eintritt, sei der Parteifreund, auf den die Wahl fällt, sicher, daß er auf der Landesversammlung eine Mehrheit bekomme, mit der er sich sehen lassen kann. Es bleibe einem jeden Parteifreund die Niederlage erspart. (*Sackmann*: Dann gibt es hier auch Geschlagene!) Das sei ganz anders als coram publico. Beide Prinzipien ließen sich nicht miteinander kombinieren. Entweder einige man sich auf eine Lösung oder überlasse man alles der Landesversammlung.

Bundesfinanzminister *Schäffer* erwidert auf die an ihn von Kreußel gestellten Fragen, arbeitstechnisch würde er die Verantwortung übernehmen. Es sei ihm leicht, das zu organisieren; sein Haus sei in Schwung. Er könne sich von kleinen Arbeiten entlasten und sich auf die großen politischen Fragen beschränken. Er könne sein Ministerbüro verstärken durch Leute, die sein Vertrauen genießen und auf die er sich verlassen könne. Er könnte in den nächsten sechs Monaten das Wochenende unbeschränkt für München zur Verfügung stellen, wöchentlich zwei Tage und am Sonntag statt der Versammlungen in Norddeutschland die Versammlungen und Besprechungen in Bayern. Arbeitstechnisch würde er die Frage also mit Ja beantworten.

Politisch hätte die Entscheidung nicht so sehr er selbst zu treffen. Wenn man den Bundesminister behalten wolle, sei es selbstverständlich, daß bei den kommenden schweren Fragen der engste Kontakt zwischen München und Bonn bestehen müsse. Das betreffe neben den beiden Fraktionen in erster Linie die Partei, die bei einem etwaigen Auseinanderklaffen der Meinungen, was sehr häufig nicht aus bösem Willen, sondern aus Unkenntnis der Situation des anderen vorkommt, möglichst zusammengeführt werden muß. Die Frage sei, ob das geschieht, wenn die Person, die die Sachkunde in den großen entscheidenden Fragen wohl bei sich hat, bei allen Gesprächen, auch bei den Fraktionen entscheidend mitreden kann.

Mit der ersten Frage von Kreußel, ob er es für notwendig halte, ihm zur Stärkung seiner Stellung als Finanzminister den Parteivorsitz zu übertragen, sei er insofern überfragt, als „notwendig" eine gewisse Sicherheit voraussetze. Er sei nicht Prophet und könne nur von Wahrscheinlichkeit reden, bei den verschiedenen finanzpolitischen Auffassungen und Grundlagen, die nun einmal unter Menschen, auch zwischen einem Regierungschef, dem Kanzler, und seinem Mitarbeiter, dem

Bundesminister der Finanzen, schon dem Naturell nach bestehen. Die Finanzpolitik sei manchmal sehr verschieden, je nachdem, ob man die letzte volle Verantwortung für die Finanzen trägt oder noch auf eine Hilfe von oben rechnen kann, was bei den Gemeinden manchmal der Fall ist. Diese Verschiedenheit im Naturell führe naturgemäß manchmal auch zu verschiedenen Einstellungen. Auch der Gedanke, daß der Kanzler um einer gewissen Mehrheitsbildung willen die Fraktionen bei der Stange halten muß und das infolgedessen mit Geschenken untermauert, könne zu verschiedenen Auffassungen führen. In den letzten vier Jahren habe man, finanzpolitisch betrachtet, das Glück gehabt, daß der Verteidigungsbeitrag sich immer wieder verzögert hat[22]. Das höre nun auf, jetzt beginne eine ernstere Zeit, in der man mit solchen Glückszufällen nicht mehr rechnen kann. Die Stellung als Finanzminister würde gestärkt, wenn er Landesvorsitzender wäre, auch im Hinblick darauf, daß es für ihn einmal menschlich sehr schwer, vielleicht unmöglich sein wird, das Amt weiter zu führen, obwohl mit der Niederlegung des Amtes politische Rückwirkungen verbunden wären, die für die CSU vielleicht genauso schwer wären als für ihn.

Er habe lediglich an die CSU und nicht so sehr an ihn und sein Amt gedacht. Die CSU müsse wissen, welche Folgen eintreten. Sie müsse ein geschlossenes Bild der Einigkeit geben. Deshalb habe er eingangs vorgeschlagen, die Situation dadurch zu erleichtern, daß die drei Kandidaten, die im Brennpunkt stehen und Chancen hätten, unter sich eine Einigung dahin versuchen, daß zwei auf die Nominierung verzichten und dem dritten das Vertrauen schenken. (Dr. *Nerreter*: Welche zwei sollen das sein?) Sowohl Seidel wie Strauß könnten in einem Wettbewerb bestehen, ohne an Prestige zu verlieren. Der Bundesfinanzminister könne das nicht, weil seine Stellung in Bonn dadurch geschwächt würde, daß er nicht von vornherein mit einer großen Mehrheit gewählt wird. Deshalb werde er, ob man heute eine Empfehlung beschließe oder nicht, wenn eine andere Kandidatur aufgestellt wird, auf die eine beträchtliche Mehrheit fallen wird, sofort darum ersuchen, von seiner Nominierung abzusehen.

Dr. *Seidel* betont, man sei sich darin völlig klar, daß die Landesversammlung nicht danebengehen dürfe; sie müsse zu einer Stärkung der Partei und zu einem starken Eindruck auf die Öffentlichkeit führen. Er habe sich deshalb überlegt, ob es möglich sei, sich heute abend auf eine Persönlichkeit als Kandidat zu einigen. Ohne die Presseveröffentlichungen der letzten 14 Tage wäre das wahrscheinlich möglich gewesen, aber nun stehe seit 14 Tagen in der Presse, es sind drei Kandidaten da, Schäffer und Strauß sprechen sich für Seidel aus[23]. Auch wenn man eine Einigung auf einen Kandidaten versuchen wollte, könne man nicht verhindern, daß auf der Landesversammlung drei, vier Kandidaten nominiert werden, ob man eine Empfehlung gebe oder nicht. Dann könnte man das Schauspiel beginnen, und

[22] Zu den finanzpolitischen Implikationen des westdeutschen Verteidigungsbeitrags, der durch die Unterzeichnung der Pariser Verträge, die die Aufnahme einer gleichberechtigten Bundesrepublik in die NATO vorsahen, am 23. 10. 1954 Gestalt angenommen hatte, vgl. Henzler, Fritz Schäffer, S. 505–519.

[23] Vgl. z. B. Nürnberger Nachrichten vom 18. 1. 1955: „Jetzt inoffiziell: Dr. Seidel. Schäffer und Strauß unterstützen seine Kandidatur", oder Süddeutsche Zeitung vom 19. 1. 1955: „Schäffer und Strauß plädieren für Seidel".

einer könnte nach dem anderen erklären: Bitte, mich nicht, der andere ist besser. Niemand würde das in der Öffentlichkeit ernst nehmen. Man habe schon ähnliche Situationen erlebt; das sei dem Betreffenden zu seinem Schaden nicht abgenommen worden. Daher sei es das Natürlichste – und da stimme er mit Dr. Müller überein –, keine Empfehlung auszusprechen, sondern der Landesversammlung zu sagen: Sie wissen aus der Diskussion der letzten Tage, es haben sich verschiedene Namen herauskristallisiert. Es sind nicht die Schlechtesten der Partei, bitte, wählen Sie den, den Sie für den Geeigneten halten. Er gebe zu, daß dieses Verfahren für einen der Kandidaten gefährlich sei, nämlich für Schäffer; denn er könne sich nicht leisten, daß er mit einer Niederlage nach Bonn zurückkehrt. Er fürchte auch, daß er morgen nicht genügend Kraft besitzen werde, selbst wenn er es vorhabe, der Landesversammlung zu sagen: Bitte, wählt mich nicht, ihr dürft mich unter keinen Umständen wählen. Aber das sei eine Entwicklung, die nicht abzubremsen war, nachdem nun einmal sein Name in die Diskussion geworfen war. An seiner Stelle würde er sich auch ruhig zur Wahl stellen, denn er sei der Meinung, daß für Fritz Schäffer morgen sehr viel mehr in der Partie drin sei, als er anzunehmen scheine.

Hergenröder unterstreicht die Aufgabe der Landesvorstandschaft, unter allen Umständen eine Entscheidung zu treffen. Es gehe nicht darum, der Landesversammlung eine Empfehlung zu geben oder eine fertige Lösung vorzulegen, sondern darum, der Öffentlichkeit kein Schauspiel zu bieten, auf das man in gewissem Sinne warte.

Dr. *Probst* betont, das Bedürfnis des Bundesfinanzministers nach einer Stärkung seiner Position im Kabinett sei ein legitimes. Alle seien sicher der Meinung, daß von der Partei alles geschehen müsse, um diesem Anliegen zu entsprechen. Es erhebe sich aber die Frage, ob diesem Anliegen durch die Personalunion zwischen dem Bundesfinanzminister und dem Parteivorsitzenden entsprochen würde. Sie möchte diese Frage absolut verneinen. Der Bundesfinanzminister würde aus seinem Parteivorsitz gezwungenermaßen, ob er will oder nicht, Sprengpulver ins Kabinett hinaufnehmen. Wenn er als Vorsitzender einer Partei, die in einer verdammt schweren Opposition stehe mit Parteien, mit denen sie sich im Bund in einer Koalition befinde[24], eine Dynamik entwickeln wolle, müsse er Dinge tun und sagen, die sich im Kabinett in geradezu gefährlicher Weise auswirken würden. Sie erinnere nur an das, was Schäffer in der letzten Landesausschuß-Sitzung über die Schaffung eines Wahlgesetzes gesagt habe, das die kleinen Parteien zum Verschwinden bringe[25]. Der Bundesfinanzminister käme in ein Gedränge, wie man es noch nicht gehabt habe, er werde unpopuläre Dinge tun müssen. Er könne sie nicht vertreten als Vorsitzender einer Partei, die sich in Opposition befindet. Man erlebe schon in Bonn, daß die Koalitionsbrüder die CDU/CSU hetzen wie die Hunde den Hasen, vor allem in sozialpolitischer Hinsicht[26].

[24] Gemeint sind BHE und FDP, mit denen die CSU in Bonn am Kabinettstisch saß, denen sie im Landtag aber Paroli bieten mußte.

[25] Vgl. Nr. 69 mit Anm. 68.

[26] Zum Spannungsverhältnis zwischen Finanz- und Sozialpolitik sowie zum restriktiven Kurs Schäffers in der zweiten Legislaturperiode, der letztlich zur Isolierung des Finanzministers führte, vgl. Henzler, Fritz Schäffer, S. 491–505 und S. 519–535.

Davor müsse alles andere zurücktreten. Man werde dem Finanzminister auf der Landesversammlung in aller Öffentlichkeit vor der Presse erklären: Er wäre der richtige Mann; wir würden ihn hundertprozentig wählen, wenn nicht gleichzeitig die Bedeutung seines Amtes in Bonn bestünde, das ihn voll in Anspruch nimmt und schon aus zeitlichen, physischen und sonstigen Gründen eine Personalunion nicht zuläßt. Sie glaube, daß der Bundesfinanzminister ein einmütiges Votum der Landesversammlung nach Hause bringen würde. Auf der anderen Seite bestehe die Gefahr, daß er nicht eine Stimmenmehrheit bekommt, und das wäre eine so furchtbare Schlappe, auch für die Landesgruppe in Bonn, daß man das überhaupt nicht riskieren dürfe. Wenn Schäffer nominiert würde, müßte sie die Gelegenheit benützen, unter Hinweis auf die Bedeutung seines Amtes in Bonn die Kandidatur abzulehnen. Dabei müßte einstimmig aus der Versammlung das Vertrauensvotum kommen: Schäffer wäre für uns der richtige Mann, aber wir beugen uns den schwerwiegenden Argumenten. Damit wären die Dinge sauber bereinigt. Der Bundesfinanzminister hätte die Stärkung, die er braucht, und man würde das Schauspiel der Zerrissenheit und des Kampfes, wie es sich schon abzuzeichnen begonnen habe, vermeiden.

Bei Strauß sei es nicht viel anders; auch bei ihm sei die Kombination zwischen Minister und Parteivorsitzendem unmöglich. Er habe die Wirkung, die er braucht, wenn das Amt des stellvertretenden Vorsitzenden stark ausgebaut wird.

Küßwetter empfiehlt, daß Dr. Ehard nach den vielen Opfern, die er gebracht habe, nunmehr die entscheidende Aufgabe auf sich nehme, als Lotse zu fungieren. Dabei sei es für ihn ein schwerwiegendes Argument, wenn der Bundesfinanzminister selber sagt, der Parteivorsitz würde für ihn eine Stärkung seiner Stellung bedeuten. Man habe ja in jeder Wahlversammlung erklärt: Außenpolitik Adenauer, Währung Schäffer, Wirtschaft Erhard[27]. Er bitte dringend, zu einer Empfehlung zu kommen, damit man auf der Landesversammlung eine große Geschlossenheit zeige, wie es das Volk erwarte.

Dr. *Hundhammer* will zunächst die Voraussetzungen klären, um dann einen Vorschlag zu machen. Wenn er die Gesamtheit der Anhänger überblicke und die Wirkung der Partei in der Öffentlichkeit im ganzen überschaue, dann wäre der beste Kandidat für den Landesvorsitzenden Schäffer. Er sehe außerdem, daß die Bundesfinanzpolitik weitgehende Rückwirkungen auf die Situation in Bayern wie in Deutschland hat und daß die bayerische Politik, man möge sie noch so gut machen, im Nichts endet, wenn die Staatspolitik im Bund und die Bundeswirtschaftspolitik fehlgeht. Das Schwergewicht der Entscheidung liege beim Bund. Auf der anderen Seite müsse man in Bayern im Landtag von der Partei der CSU aus mit allem Nachdruck und mit einem mit Autorität ausgestatteten Sprecher auftreten können. Das könne Seidel, wenn er nur als Parteisprecher herausgestellt ist, ohne eine Funktion in der Partei, nicht in genügendem Maß. Auf der anderen

[27] Die kaum zu überschätzende Bedeutung dieser Troika für den Bundestagswahlkampf der CSU verdeutlicht auch ein Blick in den vom Generalsekretariat der bayerischen Unionspartei herausgegebenen Informations- und Rednerdienst für das Jahr 1953 (IfZ-Archiv, Dn 042). Vgl. auch Balcar, Politik auf dem Land, S. 202–208.

Seite würde sich Seidel nachdrücklicher der[28] Parteiorganisation annehmen können; er könnte und würde die ganze Woche in München sein.

Die große Mehrheit wolle der Landesversammlung auch einen Vorschlag unterbreiten, der ohne einen Konflikt und ein Rittern zwischen den Kandidaten eine gute Lösung bringt, die den genannten Voraussetzungen entspricht. Er stelle folgende Lösung zur Debatte: Der Landesversammlung Schäffer als Parteivorsitzenden vorzuschlagen, ferner zu empfehlen, die Zahl der Parteivorsitzenden auf Grund einer Satzungsänderung von drei auf vier zu erhöhen und Dr. Seidel als zweiten Vorsitzenden zu wählen, was zur Folge hätte, daß Strauß auf den dritten Platz zurücktritt. Damit erreiche man, daß man im Landtag den stellvertretenden Parteivorsitzenden als Sprecher der Partei habe. Der Vorschlag, der alle Möglichkeiten ausnützt und die Schwierigkeiten vermeidet, werde in der Landesversammlung eine große Mehrheit finden.

Thiele führt an, die Situation, wie sie sich in den letzten Monaten herausgebildet habe, habe sich in der Stimmung des Volkes nicht, wie man zuerst angenommen habe, gegen die Parteien ausgewirkt, die sich mit der Sozialdemokratischen Partei zusammengeschlossen haben, sondern man sei heute auf die CSU böse. Man müsse klar sehen, daß heute die Parteien im allgemeinen durch die Persönlichkeiten personifiziert werden, die an der Spitze stehen, so die Konservativen in England durch Churchill[29], die Christlich-Demokratische Union durch Adenauer, die CSU bis jetzt durch Ehard. Nun gelte es, einen Nachfolger für Ehard zu finden, der die personifizierte Partei darstellt.

Man müsse hier zwei verschiedene Aufgaben unterscheiden. Einmal handle es sich um eine organisatorische Aufgabe. Zum anderen sei, wenn man die Ereignisse im Ruhrgebiet[30] betrachte, der Beginn einer starken geistigen Auseinandersetzung festzustellen. Auf der einen Seite sollte man durch den Parteivorsitzenden den geistigen Mittelpunkt schaffen, auf der anderen Seite – und da könnte man dem Vorschlag Hundhammer folgen – die organisatorischen Fragen dem stellvertretenden Vorsitzenden übertragen. Der Bezirksverband Nürnberg sehe in Bundesfinanzminister Schäffer den Mann, der den Zentralpunkt für die Partei darstellt, weil er gegenwärtig den größten Rückhalt innerhalb der Bevölkerung hat. Man sollte daher Schäffer als den Mittelpunkt in der geistigen Führung zum Vorsitzenden wählen und die anderen, entsprechend dem Vorschlag Hundhammer, in der organisatorischen Führung einschalten.

Dr. *Horlacher* betont erneut, die Verquickung des Amtes des Bundesfinanzministers mit dem Landesvorsitz sei eine unmögliche Konstruktion. Sie sei arbeitstechnisch schon nicht zu machen, weil eines der beiden Ämter leiden müßte, zu-

[28] In der Vorlage: „um die".

[29] Winston S. Churchill (1874–1965), Politiker (Liberale bzw. Konservative Partei), 1940–1945 und 1951–1955 britischer Premierminister.

[30] Nach der Aussage des Generaldirektors der Hüttenwerke AG Oberhausen, Hermann Reusch, die Montanmitbestimmung sei das Ergebnis einer „brutalen Erpressung" durch die Gewerkschaften, kam es im Ruhrgebiet zu spontanen Protestaktionen der Arbeitnehmerschaft; die IG Bergbau rief ihre Mitglieder zum Streik auf, die IG Metall und die Deutsche Angestelltengewerkschaft erklärten sich solidarisch. Die Presse berichtete ausführlich über diese Ereignisse; vgl. die großen Artikel und Reportagen in der Süddeutschen Zeitung vom 18. 1. 1955, S. 3, 20. 1. 1955, S. 1, und 21. 1. 1955, S. 1 f.

mal bei der großen räumlichen Entfernung Bonn-München. Es stünde keine Zeit für interne Beratungen der Parteiführung zur Verfügung. Außerdem lägen in der Verbindung der Ämter sehr viele politisch ungünstige Momente. In Bayern werde man einen Scheinföderalismus treiben und insbesondere die Fragen der Finanzpolitik scharf in den Vordergrund schieben und damit die Landtagsfraktion vor sehr entscheidende Fragen stellen. Die CSU käme in eine unmögliche Lage, da der Bundesfinanzminister als Kabinettsmitglied zu einer sehr scharfen Haltung in den finanzpolitischen Fragen gebunden ist und nicht die Beweglichkeit hätte wie ein von den finanzpolitischen Ereignissen etwas unabhängiger Landesvorsitzender. Er wolle auch unter keinen Umständen irgendeine Konstellation, die ihrer Natur nach zu Konflikten mit dem Bundeskanzler führt. Gerade die Ereignisse der letzten Zeit veranlaßten ihn zu betonen, daß die Einheit Bundeskanzler, Bundesfinanzminister und Bundeswirtschaftsminister unter allen Umständen aufrechterhalten wird. Man müßte daher in der Landesversammlung erklären, man würde Schäffer wählen, man könne aber die Verbindung der Ämter nicht vertreten. Das beste wäre, wenn von seiten des Kandidaten eine eindeutige Erklärung erfolgen würde. Dann bliebe es anderen erspart, an seiner Stelle es zu tun.

Der Vorschlag Hundhammer sei ganz unmöglich. Wenn man in parteipolitischer Verlegenheit sei, ändere man die Satzung. Es sei ein großer Unterschied zwischen dem ersten Vorsitzenden, der von der Landesversammlung gewählt wird, und den Stellvertretern, die vom Landesausschuß gewählt werden. Daran, daß der erste Vorsitzende federführend ist, ändere man nichts. Außerdem müßte eine Satzungsänderung rechtzeitig angezeigt werden.

Strauß bleibt bei seiner Überzeugung, daß eine Wahl zwischen verschiedenen Persönlichkeiten innerhalb der Partei keine Richtungsverschiedenheit und keine Flügelbildung bedeutet und auch keine persönlichen Gegensätze auftreten würden. Man solle nicht mit Schreckgespenstern aus der Vergangenheit arbeiten, wenn die Voraussetzungen, daß sich solche wiederholen, nicht mehr vorhanden sind[31]. Daß sie nicht mehr vorhanden sind, sei auch ein Ergebnis der Tätigkeit von Ehard. (Lebhafter Beifall. *Meixner*: Bis jetzt, aber nicht morgen!)

Wenn das Wort Federführung innerhalb der Partei herausgestellt werden sollte, müßte er dem eine andere Vorstellung vom Landesvorsitz als einem persönlich harmonischen, politisch einigen und in allen wesentlichen Fragen koordinierend wirkenden Gremium gegenüberstellen; denn Federführung könne bei der Verantwortung der CSU in Bonn in der Regierung und in Bayern in der Opposition nicht akzentmäßig bei dem einen oder anderen liegen. Das könne man sich bei der Verschiedenheit der Aufgabenstellung und beim Verhältnis Bund und Länder, wo man für beide verantwortlich sei, nicht leisten.

Er sei bereit, den Vorschlag Dr. Hundhammer zu übernehmen. Denn daß andere Kandidaturen als die von Seidel aufgekommen sind, liege nicht daran, daß er mit Gewalt kandidieren wollte. Schäffer wie er hätten sich für Seidel ausgesprochen. Die Kollegen vom Bundestag könnten bestätigen, daß er am Schluß einer eineinhalbstündigen Rede sich für Seidel eingesetzt habe. Trotzdem seien die Be-

[31] Hier spielt Strauß auf die Führungs- und Flügelkämpfe zwischen 1945 und 1949 an, die zu beenden Hans Ehard im Mai 1949 angetreten war; vgl. Schlemmer, Aufbruch, S. 90–118 und S. 364–404.

denken aus der Landesgruppe und aus einer Reihe von Bezirksverbänden, von Nürnberg, von Augsburg und auch von Mittelfranken, gekommen[32]. Der Vorschlag Dr. Hundhammer sei technisch durchführbar. (Dr. *Muhler*: Das fechte ich an!) Die Konstruktion der Landesvorsitzenden 1+2 sei zu einem Zeitpunkt gewählt worden, als es nur eine Vertretung der CSU in einer bayerischen Regierung, aber noch nicht in einer Bundespolitik gab[33]. Seit der Zeit sei eine Reihe anderer Gesichtspunkte aufgetreten. Der von Dr. Hundhammer vorgeschlagene Ausweg sei vielleicht nicht der einzige, auf der Landesversammlung werde auch über die Lösung 1+2 diskutiert werden, aber der Vorschlag 1+3 habe etwas für sich. Dabei würde er nicht von einem ersten, zweiten und dritten Stellvertreter reden, sondern von drei Stellvertretern, auf die gemeinsam mit dem ersten Landesvorsitzenden die politischen und organisatorischen Aufgaben der Partei verteilt werden. Ohne Zweifel sei es auch richtig, daß Schäffer das größere politische Echo im Land habe, ein größeres als Seidel und als er selbst. Zum Beweise dafür, daß er nicht für sich um den Landesvorsitz kämpfe und damit gegen die Unterstellungen, jeder sage nein und meine trotzdem sich selber, ein klarer Gegenbeweis geführt werden kann, erkläre er sich bereit, den Vorschlag Dr. Hundhammer zu übernehmen. So stark sei Schäffer als politische Spitze auch nicht, daß er Extratouren reiten kann. Das bringe er auch bei der Landesgruppe in Bonn ihm gegenüber nicht fertig. Wenn Seidel auf den Vorschlag eingehe, so falle ihm auch keine Perle aus der Krone, er sei ein junger Mann in der Partei. (*Donsberger*: Er war schon 1933 dabei[34]!) Seidel könnte als stellvertretender Landesvorsitzender auch als Sprecher der Fraktion mit verstärktem Gewicht auftreten. Er würde als Geschäftsführer fungieren, aber sonst wären die drei Stellvertreter gleichberechtigt. Der Vorschlag Hundhammer hätte auch den Vorzug, daß man zwei Vertreter der Bundespolitik und zwei Vertreter der Landespolitik, zwei aus Nordbayern und zwei aus dem altbayerischen Bereich habe. Wenn die Landesversammlung bereit sei, diesen Vorschlag mit Mehrheit zu übernehmen, werde er nicht für den ersten Landesvorsitzenden kandidieren.

Der *Landesvorsitzende* teilt mit, er sei aufgefordert worden, die Frage zu stellen, ob sich die beiden Ämter des Bundesfinanzministers und des Landesvorsitzenden vertragen. Er halte das für ziemlich zwecklos, weil dieselbe Frage in der Landesversammlung wieder gestellt werden müßte.

Meixner wirft ein, die nach dem Vorschlag Dr. Hundhammer erforderliche Satzungsänderung müßte auf der Tagesordnung stehen, was nicht der Fall sei.

Der *Landesvorsitzende* hält die Satzungsänderung für möglich, wenn die Landesversammlung damit einverstanden sei. Der Vorschlag Dr. Hundhammer gehe

[32] Vgl. Nr. 69.

[33] Ursprünglich hatte es in der CSU keine Stellvertreter des Landesvorsitzenden gegeben. Um die Gegensätze in der Partei auszugleichen und um Altbayern und Franken ebenso nach außen sichtbar repräsentieren zu können wie die beiden Konfessionen, hatten die Delegierten der in Marktredwitz tagenden Landesversammlung am 24./25. 1. 1948 beschlossen, dem Landesvorsitzenden zwei Stellvertreter zur Seite zu stellen, die jedoch nicht durch die Landesversammlung, sondern durch den Landesausschuß gewählt werden sollten. Damit sollte gewährleistet sein, daß der Landesvorsitzende gleichsam über das demokratisch höherwertige Mandat verfüge und seine herausgehobene Stellung erhalten bleibe. Vgl. Schlemmer, Aufbruch, S. 224.

[34] Hanns Seidel war 1932 in die BVP eingetreten und im Frühjahr 1933 in den Stadtrat von Aschaffenburg gewählt worden; vgl. Groß, Hanns Seidel, S. 30f.

dahin, es solle angestrebt werden, daß als Landesvorsitzender Schäffer von der Landesversammlung gewählt wird und statt zwei nunmehr drei Stellvertreter – Seidel, Strauß, Eberhard – vom Landesausschuß gewählt werden. Die dazu erforderliche Satzungsänderung setze das Einverständnis der Landesversammlung voraus[35].

Dr. *Horlacher* hält seine Bedenken gegen die Verbindung des Amtes des Bundesfinanzministers mit dem des Landesvorsitzenden auch bei der von Dr. Hundhammer vorgeschlagenen Lösung aufrecht. Er werde daher gegen die Wahl von Schäffer stimmen.

Kreußel schließt sich vollinhaltlich dem Vorschlag Dr. Hundhammer an, den er selbst habe bringen wollen mit der Maßgabe, daß Dr. Seidel das geschäftsführende Moment zugeteilt wird.

Meixner hält es für notwendig, endlich einmal klar und offen und nicht nebeneinander vorbeizureden. In der Öffentlichkeit heiße es immer, Schäffer und Strauß hätten sich für Seidel ausgesprochen. Nun komme plötzlich eine neue Lösung. Die Frage sei, ob Seidel überhaupt bereit sei, darauf einzugehen. Da er außerdem nicht mehr anwesend sei, könne man darauf nicht bauen. Der andere Weg sei viel einfacher. Die Fraktion habe nach langen Beratungen ihren Entschluß gefaßt. Die Bezirksvorsitzenden seien nach den Versammlungen draußen in der Lage, über die Stimmung der Delegierten Auskunft zu geben. Sie könnten abschätzen, was passieren könne. Das allerschlimmste wäre, wenn Bundesfinanzminister Schäffer mit knapper Mehrheit unterläge. (Dr. *Horlacher*: Genauso ist es, wenn er mit knapper Mehrheit gewählt wird!) Man solle nicht den Weg der sichtbaren Verlegenheit wählen.

Dr. *Probst* möchte sich persönlich in aller Schärfe gegen einen solchen faulen Kompromiß aussprechen. Sie werde sich die Freiheit nehmen, in der Landesversammlung in aller Offenheit gegen eine solche Lösung zu sprechen.

Greib führt an, die Fraktion habe in einer Sitzung am vergangenen Mittwoch auf Grund der letzten Landesvorstandschaftssitzung sich erneut mit der Frage beschäftigt und den klaren Willen bekundet, für Seidel zu stimmen[36]. Auch im Bezirksverband Unterfranken sei die Meinung für Seidel gewesen.

Die folgende Abstimmung ergibt 21 Stimmen für und 15 Stimmen gegen den Vorschlag Dr. Hundhammer[37].

In der abschließenden Aussprache bringt *Hergenröder* zum Ausdruck, der Kompromißvorschlag Dr. Hundhammer behage ihm an sich nicht, aber um der Partei willen könne man ihm zustimmen, wenn es keinen anderen Ausweg gibt. Ein vernünftiger Vergleich sei immer noch besser als ein verlorener Prozeß.

Der *Landesvorsitzende* will dem Vorschlag Dr. Hundhammer damit Rechnung tragen, daß die Landesversammlung gefragt wird, ob sie bereit sei, die entsprechende Satzungsänderung auf die Tagesordnung zu nehmen[38]. Dann könne man

[35] Nach Paragraph 44 a der im Anhang abgedruckten Satzung der CSU von 1952 oblagen Satzungsänderungen der Landesversammlung.

[36] ACSP, LTF-P, Protokoll der Fraktionssitzung am 19. 1. 1955.

[37] Hundhammers Vorschlag wurde von Teilen der Presse als Ergebnis der Landesvorstandssitzung kolportiert; vgl. Kurier vom 22. 1. 1955: „Vierer-Kollegium soll CSU leiten".

[38] Die Landesversammlung lehnte diesen Vorschlag jedoch ab. Nachdem Schäffer und Müller auf eine Kandidatur verzichtet hatten, setzte sich Seidel mit 380 Stimmen gegen Strauß durch, für den

die Sitzung unterbrechen und die Mitglieder der Landesvorstandschaft und des Landesausschusses gesondert zusammenrufen.

Schluß der Sitzung: 22.30 Uhr.

329 Delegierte votierten. IfZ-Archiv, ED 720/20, Landesversammlung der CSU am 22. 1. 1955 in München und Auszug aus dem Protokoll über die Landesversammlung der CSU am 22. 1. 1955 in München. Vgl. auch Süddeutsche Zeitung vom 24. 1. 1955: „CSU stellt Hanns Seidel an die Spitze", und Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 24. 1. 1955: „Strauß unterliegt Dr. Seidel".

Anhang

1. Dokumente zur Entwicklung von Programm und Satzung der Christlich-Sozialen Union

Aktionsprogramm der Christlich-Sozialen Union
für die Landtagswahl 1954

ACSP, DS 3/89

Allgemeine Staatspolitik
Ausbau Bayerns zu einem gesunden demokratischen Staatswesen als Rückhalt einer erfolgreichen demokratischen Entwicklung Deutschlands.

Stärkung und Pflege des bayerischen Staatsgeistes und des bayerischen Staatsbewußtseins.

Entfaltung einer produktiven föderalistischen Politik zur Abwehr der sich mehrenden zentralistischen Gegenkräfte.

Absolutes Festhalten an der föderalistischen Struktur des Grundgesetzes, vor allem an der Einrichtung des Bundesrates. Pflege des föderalistischen Gedankens als Prinzip der Zusammenarbeit und nicht der Trennung. Steter Blick auf Gesamtdeutschland und seine Zukunft.

Wiedervereinigung des getrennten Vaterlandes als Endziel, wenn die Voraussetzungen einer Lösung der Frage in wirklicher Freiheit und ohne die Gefahr eines Ostsoges geschaffen sind.

Unterstützung einer deutschen Außenpolitik, die die Bundesrepublik zum ehrlichen und gleichberechtigten Partner der Gemeinschaft der freien Welt macht.

Eine den deutschen Kräften angemessene Beteiligung an der militärischen Sicherung der freien Welt durch Schaffung einer neuen deutschen Wehrmacht aus demokratischem Staatsgeist. Der föderalistische Einfluß ist hierbei genügend zur Geltung zu bringen.

Festhalten an der Idee der europäischen Einigung und steter Kampf gegen die von Moskau geschürte Verwirrung der westlichen Welt.

Kulturpolitik
Die Christlich-Soziale Union nennt sich christlich, weil sie darnach strebt, daß in Staat und Gesellschaft, in Wirtschaft und Kultur nach christlichen Grundsätzen gehandelt wird.

Aus christlicher Haltung verlangt die CSU nach einem Staat, der im Geiste einer echten Toleranz die Freiheit der Persönlichkeit, die Achtung vor der Würde des Menschen und den Schutz der Familie gewährleistet.

Darum erhebt die CSU folgende kulturpolitische Forderungen:

1. Ein Schulsystem, das auf der freien Entscheidung der Eltern und damit auf der Achtung vor dem Elternrecht beruht.
2. An der Bekenntnisschule ist unbedingt festzuhalten, da dieser Schultyp die besten Voraussetzungen für eine ganzheitliche christliche Erziehung schafft.

3. Der Tatsache, daß es ohne bekenntnistreue Lehrer keine Bekenntnisschule geben kann, muß auch bei der Neuordnung einer zeitgemäßen, der Bedeutung des Lehrerstandes für die Volkserziehung gerechtwerdenden durchgreifenden Reform der Lehrerbildung Rechnung getragen werden.
4. Überwindung der konfessionellen Gegensätze und brüderliche Zusammenarbeit aller bekennenden Christen in den großen gemeinsamen Anliegen einer geistig notvollen Zeit.
5. Im außerschulischen Raum keine Reglementierung, sondern Förderung. Das gilt auch für die Gebiete der Volksbildung, der Volksbücherei, der Jugendpflege und des Sportes.
6. Die Freiheit des Geistes und des künstlerischen Schaffens soll nicht durch die Machtstellung des öffentlichen Geldgebers eingeengt werden.
7. In der Kunst soll der Staat die schöpferischen Talente fördern, aber keine Kunstrichtungen bestimmen.
8. Die große Tradition der bayerischen staatlichen Theaterpflege ist mit allen Mitteln hochzuhalten.
9. An dem in der Verfassung, im Konkordat und in den Kirchenverträgen gut geregelten Verhältnis von Staat und Kirche darf nicht gerüttelt werden.
10. Die in der bayerischen Verfassung wieder hergestellte Unabhängigkeit der Kirche in Verwaltungspraxis und Gesetzgebung soll weiter durchgesetzt werden.
11. Die höheren Schulen sollen zur Auslese-Schule hin entwickelt, ihre baulichen Bedürfnisse aus schulischen und erzieherischen Gründen nach Kräften gefördert werden.
12. Der notwendige Wiederaufbau und der weitere zeitgemäße Ausbau unserer Hochschulen und ihrer Institute, von deren Stand das kulturelle Ansehen unseres Landes wesentlich mitbestimmt wird, rechtfertigen die höchsten finanziellen Anstrengungen.
13. Ein Privatschulgesetz soll die Existenz der klösterlichen, kirchlichen und sonstigen privaten Schulen sicherstellen und einen Anspruch auf staatliche Hilfe festlegen.
    Die Erweiterung und Modernisierung der Staatlichen Fachschulen sind fortzusetzen, ebenso der Ausbau des mittleren Schulwesens zur Hebung des allgemeinen Bildungsniveaus, vor allem für die nicht-akademischen Berufe.
14. Für den Schulsport ist ein eigenes Programm für den Turnhallen-Bau und Gerätebeschaffung durchzuführen.
15. Unter Vermeidung jeder Form von Verstaatlichung bedarf die Betreuung des Kleinkindes durch Kindergärten und -Horte erhöhter Aufmerksamkeit und verstärkter Förderung.
16. Die noch keineswegs gesicherte geistige Grundlage unseres demokratischen Staatswesens bedarf in allen Schulbereichen, von der Volksschule bis zur Hochschule und darüber hinaus bei der Erwachsenen-Bildung einer Intensivierung der staatsbürgerlichen Unterrichtung und Erziehung, auch von der organisatorischen Seite her.
17. Der Unterbewertung der geistigen Arbeit, der ein Großteil der freiberuflich Tätigen und die Masse der geistig arbeitenden Bevölkerung zum Schaden für

unsere ganze kulturelle Entwicklung ausgesetzt sind, muß entgegengewirkt werden.

18. Durch einen gewissenhaften und sinngemäßen Vollzug der neuen Jugendgesetzgebung sollen die Gefahren, die der Entwicklung unserer Jugend drohen, in verstärktem Maße abgewehrt werden.

Wirtschaftspolitik

Die wirtschaftspolitische Arbeit der letzten Jahre galt dem Aufbau eines dem gestiegenen Bevölkerungsstand angemessenen Produktions-, Verteilungs- und Verkehrsapparates, der Eingliederung der Flüchtlinge in den Arbeitsprozeß und der Wiedergewinnung der im Krieg verlorenen Position auf dem Weltmarkt.

Der wirtschaftliche Aufschwung dieser Jahre hat die Normalisierung des Lebensstandards für den weitaus überwiegenden Teil der Bevölkerung gestattet.

Der wirtschaftspolitische Leitgedanke der CSU für die kommende Legislaturperiode ist die Fortführung der sozialen Marktwirtschaft, der dieser Erfolg zu verdanken ist.

Das Ziel ist die weitere Steigerung des Sozialproduktes. Zur Erreichung dieses Zieles setzt sich die CSU für folgende Forderungen ein:

1. Die Wirtschaft bedarf der Freiheit der Betätigung bis zu der Grenze, die durch die Interessen der Gesamtheit gezogen sind [sic!]. Daher Ablehnung dirigistischer Eingriffe, die die Selbstverantwortung und die individuelle Initiative der Wirtschaft lähmen.
2. Wirtschaftliche Betätigung der öffentlichen Verwaltung ist auf die Bereiche einzuschränken, die im Interesse der Gesamtheit unbedingt von der öffentlichen Verwaltung wahrgenommen werden müssen. Unter diesem Gesichtspunkt wird ein möglichster Abbau der Regie-Betriebe gefordert.
3. Im Interesse der Produktivitäts-Steigerung und der Erhöhung der wirtschaftlichen Leistung sind alle Anstrengungen mit Nachdruck auf die Rationalisierung und Kostensenkung zu richten.
4. Zur Steigerung der wirtschaftlichen Leistungen und der Krisenfestigkeit sind die bisherigen Bemühungen um die Erschließung der heimischen Rohstoff-Vorkommen, um den weiteren Ausbau der Elektrizitäts-Wirtschaft, um die bessere Auslastung der Produktions-Anlagen und die Sicherung des Absatzes fortzusetzen.
5. Die bisherigen Hilfsmaßnahmen zur wirtschaftlichen Kräftigung des Grenzlandes und der Notstandsgebiete sind so lange fortzusetzen, bis diese Gebiete die wirtschaftliche Lebensfähigkeit aus eigener Kraft erreicht haben.
   Dazu bedarf es weiterhin der Intensivierung der Wirtschaftstätigkeit durch industrielle Schwerpunktbildung, einer ausreichenden Frachthilfe, einer noch stärkeren Förderung des Straßenbaues, der Schließung von Verkehrsstücken, einer guten Auftragslenkung.
6. Die unablässige Förderung des Fremdenverkehrs ist als eine der wichtigsten Hilfen für die wirtschaftsarmen Gebiete zu verstärken.
7. Nach Maßgabe der jeweiligen konjunkturellen Möglichkeiten und in Zusammenarbeit der zuständigen Ministerien ist den landesplanerischen und raum-

ordnenden Maßnahmen in Zukunft eine gesteigerte Aufmerksamkeit zuzuwenden.

8. Die Verkehrs-Ferne Bayerns erfordert eine besondere Gestaltung der Gütertarife der Bundesbahn.
9. Die Verkehrspolitik hat besonders Bedacht zu nehmen auf die Verdichtung des Verkehrsnetzes in verkehrsarmen Gebieten durch Schließung von Verkehrslücken, den Bau neuer Verkehrswege, den Ausbau des unzureichenden Straßen- und Autobahnnetzes, die Fortführung des Energie-Aufbaues, Beschleunigung der Kanalisierung und Flußregulierung.
10. Die Stärkung eines selbständigen Mittelstandes in Landwirtschaft und Industrie, Handwerk und Handel ist notwendig, um die Grundlagen der guten sozialen Ausgeglichenheit und einer gesunden politischen Entwicklung in Bayern zu erhalten.
    Hierzu soll dienen der Abbau der Regie-Betriebe, die Beseitigung der Schwarzarbeit, die Sicherstellung der Rentabilität und des Besitzstandes der mittelständischen Betriebe, die Schaffung selbständiger Existenzen.
11. Die Hebung des Einkommensniveaus der breiteren Bevölkerungsschichten erfordert eine fortschreitende Verbesserung der wirtschaftlichen Leistung, die im Einklang mit einer wirtschaftsgerechten, alle inflatorischen Rückwirkungen vermeidenden Lohnpolitik zu halten ist.

Finanzpolitik

Die CSU legt ihrer Finanzpolitik folgende vordringliche Forderungen zugrunde:

1. Die Erhaltung der Stabilität der Währung muß oberster Grundsatz aller Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik bleiben.
2. Die Schaffung einer unserem föderalistischen Staatsaufbau wirklich gerecht werdenden Finanzverfassung ist ein dringendes Erfordernis, um ein gedeihliches Zusammenleben zwischen Bund, Ländern, Gemeinden und Gemeindeverbänden zu gewährleisten.
3. Bei der noch ausstehenden abschließenden Regelung der Steuerertragshoheit muß daran festgehalten werden, daß die ohnedies unzulängliche Finanzdecke des bayerischen Staates nicht durch den Übergang der Ertragshoheit hinsichtlich weiterer den Ländern verbleibenden Steuern noch mehr geschmälert wird.
4. Es muß eine klare und dauerhafte Regelung hinsichtlich der Leistungen der Länder für den Bund geschaffen werden.
5. An dem Grundsatz, daß die Länder die staatlichen Befugnisse ausüben und die staatlichen Aufgaben erfüllen und daß sie die Bundesgesetze als eigene Angelegenheiten ausführen und die Kosten dieser Ausführung tragen, muß festgehalten werden.
6. Den Ländern dürfen keine neuen Aufgaben und Sachausgaben aufgebürdet werden, für die sie keine Deckung durch neue Einnahmen erhalten.
7. Es bedarf eines Länderfinanzausgleichs, der die Wiederherstellung einer gesunden finanziellen Grundlage des bayerischen Staatshaushaltes ermöglicht und die Fehlbetragswirtschaft beendet, die zu einem erheblichen Teil auf die unverhältnismäßige Belastung des Landes mit Kriegsfolgelasten zurückzuführen ist.

8. Die gemeindlichen Belange sind beim innerbayerischen Finanzausgleich so weit als möglich zu berücksichtigen, um die Gemeinden als wichtigste Grundlage des Staates lebenskräftig zu erhalten.
9. Die Sorge für ihre Gemeinden und Gemeindeverbände muß Sache der Länder bleiben. Alle Bestrebungen, durch finanzielle Herausschälung der großen Gemeinden den Staatsverband zu sprengen, sind abzulehnen.
10. Die Notwendigkeit einer die weit übersteigerte Steuerlast mildernden Steuerreform wird anerkannt. Hierbei ist auf eine stärkere Berücksichtigung der Ungleichmäßigkeit der Leistungsfähigkeit der einzelnen Berufsstände und Bevölkerungsschichten Gewicht zu legen.
11. An der Landessteuerverwaltung ist unbedingt festzuhalten.
12. Um die Mittel für die sachlichen Staatsaufgaben zu vermehren, bedarf es einer Verringerung der Personalkosten, die nur durch eine Vereinfachung des öffentlichen Dienstes erreicht werden kann.

Sozialpolitik

Die Christlich-Soziale Union nennt sich sozial, weil sie zum politischen Handeln aus christlichem Gewissen aufruft. Christliches Gewissen ohne soziales Gewissen wäre kein christliches Gewissen!

Aus christlicher Grundhaltung erschließt sich die CSU allen Forderungen und Erkenntnissen der Zeit, die eine Verbesserung des materiellen und geistigen Zustandes der menschlichen Gesellschaft, die Herbeiführung sozialer Gerechtigkeit und eine wirkliche Hilfe für die sozial schwachen Elemente versprechen.

Die CSU fordert gerechten Anteil aller Arbeitenden an dem Ertrag ihrer Arbeit.

Sie hält am Privateigentum als Grundlage jeder höheren sozialen Ordnung fest und tritt allen sozialisierenden, zum Kollektivismus führenden Strebungen entgegen.

Die Lösung folgender aktueller sozialpolitischer Fragen erachtet die CSU für vordringlich:

1. Überprüfung unserer gesamten Rentenversicherung mit dem Ziele, wieder klare Rechtsverhältnisse zu schaffen.
2. Sicherung einer Altersversorgung ohne Not und zusätzliche Fürsorge-Unterstützung für alle in der Wirtschaft Tätigen.
3. Festhalten am Versicherungsprinzip und der Dreiteilung der Sozialversicherung in Kranken-, Unfall- und Altersversorgung.
4. Die Grund- und Ausgleichsrenten der Kriegsopferversorgung sind der veränderten Kaufkraft anzupassen.
5. Ausgleich der Lasten der kinderreichen Familien durch eine nichtstaatliche Lösung über die Unfall-Berufsgenossenschaften und Aufbringung der notwendigen Mittel durch die Wirtschaft.
6. Achtung des Grundrechtes der Koalitionsfreiheit und des durch das Tarifvertrags-Gesetz dem Sozialpartner eingeräumten Rechtes der Tarifautonomie.
7. Anerkennung des Rechtes zum Streik als letztes und äußerstes Mittel zur Austragung von Lohnkämpfen.
8. Ablehnung des politischen Streiks.

9. Schärfste Bekämpfung terroristischer antidemokratischer Streikmethoden.
10. Ablehnung einer staatlichen Zwangsschlichtung.
11. Verbesserung des Schlichtungswesens durch Abkommen unter den Sozialpartnern.
12. Es sollen nur mehr Tarifverträge registriert und verbindlich oder allgemein verbindlich erklärt werden, die Bestimmungen über Schiedsstellen und Friedenspflicht enthalten, um die letzten Möglichkeiten vor Anwendung des Streik- und Aussperrungsrechtes auszuschöpfen.
13. Bei Versorgungsbetrieben sind in die Verträge Bestimmungen einzubauen, die eine ausreichende Belassung von Notstandsarbeiten zum Schutze von Leben und Gesundheit der Bevölkerung sicherstellen.
14. Statt expansiver Lohn-Theorie intensive Lohnpolitik, die dem Arbeiter seinen gerechten Anteil am Ertrag sichert.
15. Förderung von Maßnahmen, die die Bildung von persönlichem Eigentum in Arbeiterhand dienen.

Landwirtschaftspolitik

Die wichtigste Aufgabe der Landwirtschaft ist es, die zur Volksernährung notwendigen Nahrungsgüter zu produzieren und damit unsere Ernährung soweit als möglich unabhängig von Einfuhren zu machen. Daher müssen die landwirtschaftlichen Betriebe nicht nur existenzfähig bleiben, sondern ihre Produktion muß dauernd gesteigert werden. Hierzu erhebt die CSU folgende Forderungen:

1. Die Preise für die Erzeugnisse der Landwirtschaft müssen so gehalten werden, daß in jedem normal bewirtschafteten Bauernhof Ertrag und Aufwand in einem richtigen Verhältnis stehen.
2. Die Wirtschaftspolitik des Bundes muß auf die Produktion der heimischen Landwirtschaft die gebührende Rücksicht nehmen.
3. Schaffung günstiger Bedingungen für den Ankauf von Maschinen.
4. Beschleunigung der Flurbereinigung.
5. Förderung des Baues von Lagerhäusern mit Trocknungsanlagen.
6. Herabsetzung der Preise für Kunstdünger.
7. Heranführung der Löhne für die Arbeitskräfte in der Landwirtschaft an die ortsüblichen Löhne der gewerblichen Arbeiter.
8. Erleichterung der Familiengründung für die in der Landwirtschaft Beschäftigten.
9. Den nachgeborenen Bauernkindern muß es zu den gleichen Bedingungen wie den Heimatvertriebenen möglich sein, eine Siedlung zu erwerben.
10. Förderung aller Maßnahmen, die zur Hebung der Qualität der landwirtschaftlichen Erzeugnisse führen (Saatgutversorgung, Beschaffung von geeigneten Erntemaschinen, Verbesserung der Lagermöglichkeiten).
11. Der Absatz der landwirtschaftlichen Erzeugnisse, insbesondere in den frachtungünstigen Gebieten, ist durch Frachtbeihilfe zu erleichtern.
12. Den Bauernstand zu bilden und fachlich zu schulen ist ein Kernpunkt unserer Landwirtschaftspolitik. Darum weitere Förderung des Ausbaues des Fachschulwesens; Gewährung von Zuschüssen zur Erleichterung des Schulbesuches.

Innere Verwaltung

Die Christlich-Soziale Union tritt ein für eine saubere, den Bedürfnissen der Zeit angepaßte Verwaltung, gestützt auf ein pflichtgetreues, staatsbewußtes, volksnahes, materiell und sozial genügend gesichertes Berufsbeamtentum.

Das innere Gefüge unseres demokratischen Staatswesens bedarf in jeder Beziehung der Stärkung und einer vermehrten Sicherung.

An Einzelforderungen auf dem Gebiete der inneren Verwaltung sind zu nennen:

1. Fortschreitende Überwindung der Wohnungsnot durch Fortführung eines großzügigen Wohnungsbaues unter besonderer Berücksichtigung des sozialen Wohnungsbaues.
   Bessere Verteilung der Bundeswohnungsbaumittel durch Vermeidung von Zersplitterung dieser Mittel.
   Die private Unternehmer-Tätigkeit darf durch eine Bevorzugung der öffentlichen Wohnungsbau-Genossenschaften nicht erdrückt werden.
   Die Erstellung familiengerechter Wohnungen für kinderreiche Familien ist besonders vordringlich.
2. Die Durchführung eines großzügigen Straßenbau-Programms ist auf viele Jahre hinaus die Voraussetzung für das wirtschaftliche Gedeihen des Landes.
3. Im Interesse der Volksgesundheit ist der Schaffung von Trinkwasser-Versorgung und Abwasser-Beseitigungsanlagen ein stetiges Augenmerk zuzuwenden, wobei besonders an die wasserarmen Gebiet zu denken ist.
4. Um den Wiederaufbau in der bisherigen Höhe fortzusetzen, sind für den Hochbau ausreichende Mittel sicherzustellen. Hierbei ist der Schulhausbau und der Krankenhausbau besonders zu berücksichtigen.
5. Dem Bau von Energieversorgungs-Unternehmen sowie dem Ausbau der Großschiffahrtsstraßen Rhein-Main-Donau ist besonderes Augenmerk zuzuwenden.
6. Um zu einer wirklichen Staatsvereinfachung zu kommen, bedarf es einer Umkehr in einer Entwicklung, die dem Staat, den Gemeinden und Gemeindeverbänden dauernd mehr Aufgaben auferlegt.
   Dem Übermaß einer die Staatsverwaltung in Anspruch nehmenden Gesetzgebung muß Einhalt getan werden. Eine Reform der Arbeitsweise des Parlaments und strenge Scheidung zwischen Legislative und Exekutive gehören zu den Voraussetzungen einer Staatsvereinfachung.
   Die Entlastung der Ministerien von Verwaltungsarbeit durch stärkere Heranziehung der Mittelinstanzen ist mit größerem Nachdruck zu betreiben.
   Die im Gang befindlichen Maßnahmen zur Vereinheitlichung des Verwaltungsrechts, die Vereinheitlichung und Reinigung des Verwaltungsrechts von veralteten Gesetzen ist fortzusetzen.
7. Die rechtsstaatliche demokratische Idee der Verwaltungsgerichtsbarkeit erfordert rasche Entscheidungen. Deshalb müssen Maßnahmen getroffen werden, die die Verwaltungsgerichte vor Überlastung durch einen querulanten Mißbrauch schützen.
8. Das Polizeiwesen ist zum Zwecke der notwendigen Verstärkung der inneren Sicherheit einer Überprüfung zu unterziehen. Der Staat muß auf das gesamte Po-

lizeiwesen so viel Einfluß haben, daß die innere Sicherheit gewährleistet ist. Das wichtigste staatliche Polizeimittel, die Bereitschaftspolizei, bedarf einer ausgiebigen Verstärkung. Schwächen des Polizeiorganisations-Gesetzes, die bei Aufrechterhaltung der überörtlichen Sicherheit den Einsatz der staatlichen Polizei und die sachgemäße Leitung dieses Einsatzes behindern, sind zu beheben.
Die Wiedererrichtung staatlicher Polizeipräsidien in den Großstädten ist zu erwägen.

9. Die Aufrechterhaltung der öffentlichen Versorgungs- und Verkehrsbetriebe ist durch Anerkennung und Unterstützung des Technischen Hilfswerkes sicherzustellen.
10. Der ausbaubedürftige Verfassungsschutz muß zuvörderst Aufgabe der Länder bleiben.
11. Der unserer Kommunalgesetzgebung zugrunde liegende Selbstverwaltungs-Gedanke muß gestärkt und gefördert werden. Hierzu bedarf es der Sicherung eigener Einnahmequellen für die Gemeinden und Gemeindeverbände.
Ein gerechter Finanzausgleich zwischen Gemeinden und Gemeindeverbänden untereinander muß gewährleistet werden.
12. Der sozialen Hilfe für die Jugendlichen, dem Ausbau der Familien-, Mütter- und Jugendberatung, der örtlichen und überörtlichen Erholungsfürsorge für Kleinkinder, Schulkinder, Heranwachsende und Mütter muß verstärktes Augemerk zugewandt werden.
13. Durch Jugendschutzwochen in Gemeinden, Städten und Landkreisen soll das Verständnis für den Jugendschutz in allen Kreisen geweckt werden.
14. Der Jugend-Wohnheim-Bau ist weitgehend zu unterstützen.
15. Aus dem bisherigen Jugendnot-Programm soll ein wirklicher Landesjugendplan entwickelt werden.

Auf dem Gebiete der *Flüchtlingsverwaltung* wird gefordert:

1. Beschleunigte Fortführung der Auflösung der staatlichen Flüchtlingslager.
2. Beschleunigte Auflösung der nichtstaatlichen Lager (Notunterkünfte, Firmen-, Gemeinde- und Kreislager), entsprechend einem Beschluß des Bayerischen Landtags.
3. Weiterführung der Umsiedlung der Heimatvertriebenen; vor allem aus den Gebieten des Bayerischen Waldes, der Rhön und des Spessarts.
4. Rascheste Ausstellung der Vertriebenen-Ausweise nach dem Bundesvertriebenen-Gesetz.
5. Eingliederung der Landwirte und besonders der mittelständischen Berufe aus den Reihen der Heimatvertriebenen.
6. Intensive Fortführung der Eingliederung in den gesamten wirtschaftlichen Prozeß.
7. Pflege des Kulturgutes der Heimatvertriebenen.

Rechtspflege

Zur Beschleunigung der Rechtspflege ist weiterhin zu betreiben:

1. Sammlung und Bereinigung der landesrechtlichen Vorschriften.
2. Vereinfachung der Genehmigungsverfahrung, insbesondere in Grundstückssachen.

3. Vereinfachung des Gnadenwesens.

Zur Verbesserung der Rechtspflege wird gefordert:
1. Vorbeugende Bekämpfung von Schmutz und Schund in der Öffentlichkeit zum Schutz der Jugend.
2. Ausbau der Bewährungshilfe zur besseren Rückführung der Gestrauchelten in die Gesellschaft.
3. Fortbildung der Richter und Staatsanwälte in allen Fragen des modernen Lebens.

Satzung der Christlich-Sozialen Union vom 5. Juli 1952

mit den von der Landesversammlung 1955 beschlossenen Änderungen

ACSP, DS 1/84

A) Name, Sitz und Aufgabe

§ 1 – Name und Sitz

Die Christlich-Soziale Union ist eine politische Partei. Sie führt den Namen „Christlich-Soziale Union in Bayern", hat ihren Sitz in München und wird in das Vereinsregister eingetragen. Die Eintragung ist bereits erfolgt[1].

§ 2 – Aufgabe

1. Aufgabe der Christlich Sozialen Union (im folgenden kurz Union genannt) ist der politische Zusammenschluß aller auf dem Boden der christlichen Kultur, der Demokratie und der sozialen Verantwortung stehenden Staatsbürger zu dem Zweck, die im Programm der Union festgelegten Ziele mit den Mitteln einer politischen Partei im öffentlichen Leben zu verwirklichen.
2. Zu diesem Zweck
   a) wirbt sie Mitglieder,
   b) sammelt sie Mittel zur Erfüllung ihrer Aufgaben,
   c) veranstaltet sie Versammlungen, Lehrgänge und sonstige Zusammenkünfte zur Verbreitung und Vertiefung ihrer politischen Grundsätze,
   d) gibt sie Zeitschriften, Zeitungen und sonstiges politisches Schrifttum heraus,
   e) stellt sie Kandidaten für die politischen Wahlen auf.

B) Mitgliedschaft

§ 3 – Voraussetzungen

Mitglieder der Union können alle unbescholtenen Männer und Frauen werden, die das 17. Lebensjahr vollendet haben und sich zum Programm der Union bekennen und keiner anderen politischen Partei angehören.

[1] Der letzte Satz fehlte in der ursprünglichen Fassung, von der sich ein Exemplar findet in: ACSP, LTF III/1, 6–10. Die Satzungsänderungen wurden vom Landesvorstand am 17. 1. 1955 beraten (vgl. Nr. 69, S. 495–498) und von der Landesversammlung am 22. 1. 1955 beschlossen. IfZ-Archiv, ED 720/20, Auszug aus dem Protokoll der Landesversammlung der CSU am 22. 1. 1955 in München.

§ 4 – Erwerb

1. Die Aufnahme in die Union ist in der Regel bei dem für den Wohnsitz des Bewerbers zuständigen Ortsverband zu beantragen. In Ausnahmefällen kann der Antrag auch bei einem Kreis- oder Bezirksverband eingebracht werden, der die Aufnahme bei einem Ortsverband veranlaßt. Der Aufnahmeantrag ist schriftlich zu stellen. Gleichzeitig sind die Satzung, das Finanzstatut, das Programm und die Schiedsgerichtsordnung der Union schriftlich anzuerkennen.
2. Über die Aufnahme entscheidet die Ortsvorstandschaft.
3. Die Mitgliedschaft wird erst mit der Aushändigung der Mitgliedskarte erworben.
4. Lehnt die Ortsvorstandschaft die Aufnahme ab, so kann der Bewerber die Entscheidung der Kreisvorstandschaft anrufen. Gegen diesen Entscheid ist Berufung an die Bezirksvorstandschaft zulässig. In grundsätzlichen Fragen kann gegen die ablehnende Entscheidung der Bezirksvorstandschaft die Entscheidung der Landesvorstandschaft angerufen werden. Diese beschließt endgültig.
5. Bei Wechsel des Wohnortes hat der bisherige Ortsverband die Umschreibung des Mitgliedes zum neuen Ortsverband zu veranlassen.

§ 5 – Rechte

Jedes Mitglied hat das Recht

a) das Programm der Union mitzugestalten und auf die politische Arbeit der Organe und Vertreter der Partei Einfluß zu nehmen,
b) innerhalb der satzungsmäßigen Organe zu den Rechenschaftsberichten der Organe und Vertreter der Union Stellung zu nehmen,
c) an den Mitgliederversammlungen teilzunehmen,
d) innerhalb der satzungsmäßigen Organe bei der Aufstellung von Bewerbern für Wahlen mitzuwirken.

Diese Rechte können sowohl schriftlich wie auch mündlich auf den Tagungen der Union wahrgenommen werden. Wahlvorschläge können auch schriftlich eingereicht werden. Voraussetzung für die Übernahme eines Amtes oder einer Kandidatur ist Mitgliedschaft in der Union.

§ 6 – Pflichten

Jedes Mitglied hat die Pflicht, die Grundsätze der Union zu vertreten, sich für ihre Ziele einzusetzen und den Mitgliedsbeitrag (§ 59) zu entrichten.

§ 7 – Verlust der Mitgliedschaft

Die Mitgliedschaft endet durch

a) Tod,
b) Austritt,
c) Streichung,
d) Ausschluß.

§ 8 – Austritt

Ein Mitglied kann jederzeit durch schriftliche Erklärung bei dem Ortsverband, bei dem es als Mitglied geführt wird, *austreten*. Es hat jedoch keinen Anspruch auf Rückerstattung von Beiträgen.

§ 9 – Streichung und Ausschluß

1. Ein Mitglied kann durch Beschluß seiner Ortsvorstandschaft gestrichen werden, wenn es trotz zweimaliger schriftlicher Mahnung schuldhaft mit mindestens 6 Monatsbeiträgen im Rückstand geblieben ist.
2. Ein Mitglied kann durch Beschluß der zuständigen Kreisvorstandschaft, in Großstädten, die eigene Bezirksverbände bilden, durch die Bezirksvorstandschaft, ausgeschlossen werden. Der Beschluß muß mit Zwei-Drittel-Mehrheit der Anwesenden gefaßt sein. Der Ausschluß ist nur möglich aus den in § 1 b) der Schiedsordnung angeführten Gründen.
3. Gegen den Ausschluß ist nur Berufung an das Schiedsgericht zulässig. Diese hat innerhalb einer Frist von zwei Wochen zu erfolgen.

§ 10 – Streitigkeiten

Streitigkeiten unter Mitgliedern, die das Parteiinteresse berühren, sind nach § 1 a) der Schiedsordnung einem Schiedsgericht vorzulegen. Antragsberechtigt ist jedes Mitglied.

C) Gliederung der Union

§ 11 – Übersicht

1. Die Union gliedert sich in
   I. Ortsverbände,
   II. Kreisverbände,
   III. Bezirksverbände und
   IV. den Landesverband.
2. Im Rahmen der unter 1. genannten Verbände können Arbeitsgemeinschaften und Fachausschüsse gebildet werden (§§ 54 und 55).
   Die Arbeitsgemeinschaften und Fachausschüsse können sich auf Landesebene eine Geschäftsordnung geben, die der Zustimmung der Landesvorstandschaft bedarf.

I. Ortsverbände

§ 12 – Bereich

Die Mitglieder einer oder mehrerer Ortschaften, einer politischen Gemeinde oder eines Stadtteiles gleicher Größenordnung bilden einen Ortsverband.

In kreisfreien Städten trifft der Kreisverband die Ortsverbandseinteilung, in den Großstädten der Bezirksverband.

§ 13 – Aufgaben

Die Ortsverbände haben die Aufgabe:

a) das Gedankengut der Union in Wort und Schrift unter der Bevölkerung zu verbreiten und für die Ziele der Union zu werben,
b) das Verständnis für die Politik der Union unter den Mitgliedern zu pflegen, ihr politisches Interesse zu fördern und sie zur Teilnahme an der praktischen Politik zu befähigen,
c) für die örtlichen Wahlen Bewerber aufzustellen,

d) die Rechenschaftsberichte der Mandatsträger entgegenzunehmen und Entlastung zu erteilen,
e) die politischen Grundsätze der Union in den gemeindlichen Selbstverwaltungskörperschaften ihres Bereichs zu vertreten,
f) die Mitgliederliste zu führen und Mitglieder zu werben,
g) die Beiträge einzuziehen.

§ 14 – Organe

Organe des Ortsverbandes sind:
a) die Mitgliederversammlung,
b) die Ortsvorstandschaft,
c) der Ortsverbandsausschuß.
In Ortsverbänden mit mehr als 50 Mitgliedern kann ein Ortsverbandsausschuß gebildet werden.

§ 15 – Mitgliederversammlung

1. Die Mitgliederversammlung beschließt über:
   a) die Wahl der Vorstandschaft und des Ortsverbandsausschusses,
   b) die Wahl der Kassenprüfer,
   c) die Jahresrechnung und Entlastung der Vorstandschaft,
   d) die Höhe der Beiträge nach den Bestimmungen des Finanzstatuts,
   e) die Aufstellung der Kandidaten für die kommunalen Selbstverwaltungskörperschaften ihres Bereichs,
   f) die Wahl des 2. Vertreters und evtl. weiterer Vertreter zur Kreisversammlung,
   g) sämtliche das Interesse des Ortsverbandes berührenden Angelegenheiten von weittragender oder grundsätzlicher Bedeutung,
   h) die Grundsätze der örtlichen Kommunalpolitik,
   i) die Ordnungsmäßigkeit der Bildung von Arbeitsgemeinschaften und deren Wahlen gemäß § 54; ferner über die Ordnungsmäßigkeit der Bildung der Fachausschüsse gemäß § 55,
   k) die Rechenschaftsberichte der Arbeitsgemeinschaften und Fachausschüsse.
2. Der Vorsitzende ist verpflichtet, mindestens einmal jährlich, und zwar im 1. Quartal eine Mitgliederversammlung einzuberufen. Außerdem jeweils auf Beschluß der Ortsvorstandschaft.
3. Weitere Mitgliederversammlungen sind nach Bedarf anzuberaumen.
4. Eine Mitgliederversammlung ist unverzüglich einzuberufen, wenn eine solche von mindestens einem Drittel der Mitglieder unter Angabe der Gründe schriftlich bei der Ortsvorstandschaft beantragt wird, oder wenn es sonst das Interesse des Ortsverbandes erfordert, oder wenn die Mehrheit der Ortsvorstandschaft dies beschließt, oder wenn ein übergeordnetes Organ der Union dies verlangt.
5. Die Mitgliederversammlungen sind schriftlich mit einer Frist von einer Woche unter Angabe der Tagesordnung einzuberufen. Die Mitgliederversammlungen sollen unter Wahrung der Frist und Angabe der wichtigsten Verhandlungspunkte (Wahlen) in den Publikationsorganen der Union oder einer im Bereich des Ortsverbandes verbreiteten Tageszeitung angezeigt werden. In kleinen ländlichen Ortsverbänden kann die Bekanntgabe in der ortsüblichen Weise (Ausruf, Anschlag usw.) erfolgen.

§ 16 – Vorstandschaft, Zusammensetzung und Aufgaben

Die Ortsvorstandschaft besteht aus dem 1. und 2. Vorsitzenden und mindestens drei weiteren Mitgliedern (1. und 2. Schriftführer und Kassier), darunter eine Frau. Wird kein eigener Ortsverbandsausschuß gebildet (§ 17), so sind so viele Beisitzer von der Mitgliederversammlung zu wählen, daß die Zahl der gewählten Mitglieder die Zahl der im § 17 Buchstabe b, c und d aufgeführten Mitglieder um das Doppelte übersteigt.

Die Ortsvorstandschaft führt die laufenden Geschäfte.

Die Ortsvorstandschaft hat insbesondere von Zeit zu Zeit öffentliche Versammlungen zu veranstalten und für die ordnungsgemäße Durchführung der Wahlen zum Gemeinderat, Kreistag, Bezirkstag, Landtag und Bundestag Sorge zu tragen.

§ 17 – Ortsverbandsausschuß und seine Aufgaben

1 Dem Ortsverbandsausschuß gehören an:
   a) die Mitglieder der Ortsvorstandschaft,
   b) die Mitglieder des Bundestages, des Landtages, des Bezirks- und des Kreistages, soweit sie im Bereich des Kreis- und Ortsverbandes wohnen und der CSU angehören, ferner bei städtischen Ortsverbänden die im Ortsverband der Union wohnhaften Stadträte der CSU, bei ländlichen Ortsverbänden die beiden Fraktionsvorsitzenden der Gemeinderatsfraktion der CSU,
   c) die Mitglieder des übergeordneten Kreisverbands- und Bezirksverbandsausschusses und des Landesausschusses, soweit sie im Bereich des Ortsverbandes wohnen,
   d) die Ortsobmänner der Arbeitsgemeinschaften (§ 54) und der Fachausschüsse (§ 55),
   e) mindestens 5 weitere von der Mitgliederversammlung gewählte Personen.
   Die Zahl der von der Mitgliederversammlung gewählten Ortsverbandsausschußmitglieder muß doppelt so groß sein, als die der übrigen dazu gehörenden Personen (Buchstabe b, c, und d). Bei Bedarf sind von der Mitgliederversammlung zusätzlich Vertreter hinzuzuwählen.
2. Der Ortsverbandsausschuß hat folgende Aufgaben:
   a) Aufstellung der Tagesordnung für die Mitgliederversammlung,
   b) Vorbereitung der Beschlüsse der Mitgliederversammlung,
   c) Beratung der Vorstandschaft in der Durchführung der Beschlüsse der Mitgliederversammlung und der höheren Organe der Union.

§ 18 – Auflösung

Der Ortsverband wird aufgelöst:
1. a) durch Beschluß der Mitgliederversammlung (§ 67),
   b) durch Beschluß der Kreisversammlung,
   c) auf Anordnung der Landesvorstandschaft.
2. Gegen den Auflösungsbeschluß des Kreisverbandes oder die Anordnung der Landesvorstandschaft kann schriftlich Berufung beim Schiedsgericht des Landesverbandes eingelegt werden. Die Berufung gilt als frist- und formgerecht eingelegt, wenn sie innerhalb von zwei Wochen nach Zustellung des Auflösungsbeschlusses eingebracht wird und von mindestens einem Viertel der Mit-

glieder des aufgelösten Ortsverbandes unterzeichnet ist. Gegen den Entscheid des Schiedsgerichtes ist innerhalb einer Frist von einem Monat nach Zustellung Einspruch bei der nächsten Landesversammlung zulässig. Der Einspruch muß von mindestens einem Viertel der Mitglieder des aufgelösten Ortsverbandes unterzeichnet sein. Die Landesversammlung entscheidet endgültig.

§ 19 – Geschäftsordnung

§§ 60–73 dieser Satzung gelten entsprechend.

II. Kreisverbände

§ 20 – Bildung von Kreisverbänden

Die Ortsverbände eines Landkreises oder einer kreisfreien Stadt bilden einen Kreisverband.

Die Mitglieder einer kreisfreien Stadt können einen Kreisverband bilden, ohne in mehrere Ortsverbände gegliedert zu sein. In diesem Falle findet § 13 der Satzung entsprechende Anwendung.

In den Großstädten München, Nürnberg-Fürth und Augsburg können die Kreisverbände entsprechend der Stimmkreiseinteilung des Landeswahlgesetzes gebildet werden.

§ 21 – Aufgaben des Kreisverbandes

Aufgaben der Kreisverbände sind:

a) Aufbau der inneren und äußeren Organisation der Union innerhalb des Kreises, Werbung für ihre Ziele in Wort und Schrift,
b) Beteiligung am öffentlichen politischen Leben des Kreises,
c) Entgegennahme der Berichte der Mandatsträger der Union, Stellungnahme hiezu und Erteilung der Entlastung,
d) Bildung von Arbeitsgemeinschaften und Fachausschüssen für die verschiedenen Bereiche des politischen, kulturellen, sozialen und wirtschaftlichen Lebens,
e) Aufstellung von Kandidaten für die kommunalen Selbstverwaltungsorgane der zuständigen Kreisinstanz,
f) Vorschlag bzw. Aufstellung von Landtagskandidaten nach Maßgabe der gesetzlichen Bestimmungen bzw. Zusammenwirken mehrerer Kreisverbände zwecks Aufstellung von Landtags- und Bundestagskandidaten, wobei die Zahl der Delegierten der Kreisverbände sich nach dem Verhältnis richtet, in dem die CSU-Stimmen der letzten Landtags- und Bundestagswahlen zu der Zahl der abgegebenen Gesamtstimmenzahl gestanden sind (relatives CSU-Ergebnis); maßgebend sind die Richtlinien, welche vom Landesausschuß hiefür festgelegt werden,
g) Wahl von Vertretern für die höheren Organe der Union,
h) Unterstützung und Beratung der Ortsvorstandschaften,
i) Unterrichtung und politische Bildung der Mitarbeiter.

§ 22 – Organe

Organe des Kreisverbandes sind:

a) die Kreisversammlung,
b) die Kreisvorstandschaft,

c) der Kreisverbandsausschuß,
d) das Kreisschiedsgericht.

§ 23 – Kreisversammlung, Zusammensetzung

Die Kreisversammlung besteht aus:
a) den Ortsverbandsvorsitzenden und weiteren in geheimer Wahl von den angeschlossenen Ortsverbänden gewählten Vertretern.
Die Zahl der neben dem Ortsverbandsvorsitzenden zu wählenden Vertretern der Ortsverbände beträgt:
bis zu 20 Mitgliedern 1 Vertreter
und für je weitere angefangene 20 Mitglieder je einen weiteren Vertreter, wobei die Beitragsleistung nachgewiesen sein muß,
b) den Mitgliedern der Kreisvorstandschaft und des Kreisverbandsausschusses,
c) den im Gebiet des Kreisverbandes gewählten Mandatsträgern der CSU (Bundestagsabgeordneter, Landtagsabgeordneter, Mitglieder des Bezirkstages, Kreisräte, Landrat und Landratsstellvertreter, Oberbürgermeister, Bürgermeister und Stadträte der kreisfreien Städte),
d) den im Gebiet des Kreisverbandes ansässigen Mitgliedern der übergeordneten Organisationsstufen der Union,
e) den Vertretern der Arbeitsgemeinschaften (§ 54), die durch diese zu wählen sind, und zwar auf 50 Mitglieder je einen Vertreter,
f) mindestens 5 weiteren von der Kreisversammlung zu wählenden Personen, darunter eine Frau.

Die Zahl der gewählten Mitglieder der Kreisversammlung muß doppelt so groß sein, als die der automatisch dazu gehörenden (Buchstabe c, d und e). Bei Bedarf sind von der Kreisversammlung zusätzlich Vertreter hinzuzuwählen.

§ 24 – Aufgaben

Aufgaben der Kreisversammlung sind:
a) Wahl der Kreisvorstandschaft und der Kreisverbandsausschußmitglieder,
b) Prüfung der Ordnungsmäßigkeit der Bildung der Arbeitsgemeinschaften und deren Wahlen gemäß § 54; ferner Prüfung der Ordnungsmäßigkeit der Bildung der Fachausschüsse gemäß § 55,
c) Wahl von Bewerbern für die kommunalen Selbstverwaltungsorgane der Kreisinstanz (Landräte, Kreisräte, Oberbürgermeister und Stadträte der kreisfreien Städte),
d) Nominierung von Bewerbern für den Landtag nach Maßgabe der gesetzlichen Bestimmungen,
e) Wahl von Vertretern zur Bezirksversammlung und zur Landesversammlung,
f) Aufstellen von Richtlinien für die politische Tätigkeit innerhalb des Kreises nach Maßgabe der Beschlüsse der Landesvorstandschaft,
g) Entgegennahme der Berichte der Mandatsträger der Union, Stellungnahme hiezu und Erteilung der Entlastung,
h) Entgegennahme und Genehmigung des Haushaltsvoranschlags und der Jahresrechnung,
i) Entlastung des Vorstandes,
k) Festsetzung der Beiträge nach den Bestimmungen des Finanzstatuts,

l) Wahl der Mitglieder des Kreisschiedsgerichtes,
m) Beschlußfassung über sämtliche das Interesse des Kreisverbandes berührende politischen und organisatorischen Angelegenheiten von weittragender oder grundsätzlicher Bedeutung,
n) Wahl von zwei Kassenprüfern.

§ 25 – Einberufung

1. Die Kreisverbandsversammlung tritt mindestens halbjährlich, sonst nach Bedarf zusammen.
2. Eine Kreisversammlung ist vom 1. Kreisvorsitzenden einzuberufen, wenn ein Drittel der Mitglieder der Kreisverbandsversammlung unter Angabe der Gründe dies bei der Kreisvorstandschaft beantragt, oder wenn die Mehrheit der Kreisvorstandschaft dies beantragt bzw. beschließt oder wenn ein übergeordnetes Organ der Union dies verlangt.
3. § 15 Abs. 5 (Einladung) gilt entsprechend.

§ 26 – Kreisvorstandschaft

Die Kreisvorstandschaft besteht aus:
a) dem Vorsitzenden, der gleichzeitig Mitglied der Bezirksversammlung ist,
b) mindestens 6 weiteren Mitgliedern (ein stellvertretender Vorsitzender, ein 1. und 2. Schriftführer, ein Kassier und zwei Beisitzer), darunter eine Frau,
c) dem Vorsitzenden der Kreistags- bzw. Stadtratsfraktion,
d) dem Geschäftsführer.

Für den Fall, daß ein Kreisverbandsausschuß nicht gebildet wird, gehören der Kreisvorstandschaft ferner an die in § 27, Buchstabe b, c, d und e aufgeführten Mitglieder. Voraussetzung ist, daß dann die Zahl der gewählten Kreisvorstandsmitglieder doppelt so groß sein muß, als die Zahl der automatisch dazu gehörenden Personen. Bei Bedarf sind von der Kreisversammlung zusätzlich Vertreter hinzuzuwählen.

Die Kreisvorstandschaft führt die laufenden Geschäfte. Sie ist verpflichtet, darüber zu wachen, daß im Kreisgebiet politisches Leben herrscht, daß von den Ortsverbänden die übernommenen Aufgaben (§ 16 Satz 4) erfüllt werden und alle Wahlen im Kreisgebiet entsprechend vorbereitet und ordnungsgemäß durchgeführt werden.

§ 27 – Kreisverbandsausschuß, Zusammensetzung und Aufgaben

Der Kreisvorstandschaft kann ein Kreisverbandsausschuß beigegeben werden. Die Entscheidung hierüber trifft die Kreisversammlung (§ 24, Buchstabe a).

1. Dem Kreisverbandsausschuß gehören an:
   a) die Mitglieder der Kreisvorstandschaft (§ 26, Buchstabe a, b, c und d),
   b) der Landtagsabgeordnete der CSU des Kreises, der zuständige Bundestagsabgeordnete der CSU und die CSU-Mitglieder des Landtages, des Bundestages und des Bezirkstages, soweit sie im Gebiet des Kreisverbandes wohnen,
   c) zwei weitere Mitglieder der CSU-Fraktion des Kreistages bezw. Stadtrates sowie die der CSU angehörenden Oberbürgermeister und Bürgermeister der kreisfreien Städte, der Landrat oder Landrats-Stellvertreter,

d) die Mitglieder der übergeordneten Organisationsstufen der Union, soweit sie im Gebiet des Kreisverbandes wohnen,
e) die Kreisobmänner der Arbeitsgemeinschaften (§ 54) und Fachausschüsse (§ 55) des Kreisverbandes,
f) mindestens zehn weitere von der Kreisversammlung zu wählende Personen, darunter mindestens eine Frau.

Die Zahl der gewählten Kreisverbandsausschußmitglieder muß doppelt so groß sein, als die nach Buchstabe b, c, d und e zum Kreisverbandsausschuß gehörenden Personen. Bei Bedarf sind von der Kreisversammlung zusätzlich Vertreter hinzuzuwählen.

Die Mitglieder des Kreisverbandsausschusses sind in der Kreisversammlung stimmberechtigt, selbst wenn sie nicht aus ihrer Mitte gewählt sind, sondern dem Kreisverbandsausschuß nach Buchstabe b, c, d und e angehören.

2. Der Kreisverbandsausschuß hat folgende Aufgaben:
a) Aufstellung von Tagesordnungen für die Kreisversammlung,
b) Vorbereitung von Beschlüssen der Kreisversammlung,
c) Beratung der Kreisvorstandschaft in der Durchführung der Beschlüsse des Kreisverbandes und der höheren Organisationsstufen der Union.

§ 28 – Kreisschiedsgericht

Jeder Kreisverband hat ein Schiedsgericht zu errichten. Besetzung, Zuständigkeit und Verfahren der Schiedsgerichte richten sich nach der vom Landesverband beschlossenen Schiedsgerichtsordnung.

§ 29 – Auflösung

Der Kreisverband kann aufgelöst werden:
1. Durch Beschluß der Kreisversammlung (§ 67),
2. auf Anordnung der Landesvorstandschaft,
3. wenn die Zahl der angeschlossenen Ortsverbände unter 3 – drei – gesunken ist; in diesem Falle verbleibende Ortsverbände sind durch den Bezirksverband einem Nachbarkreisverband anzuschließen.

§ 18 Abs. 2 und § 67 dieser Satzung gelten entsprechend.

§ 30 – Geschäftsordnung

§§ 60–73 gelten entsprechend.

III. Bezirksverbände

§ 31 – Bildung von Bezirksverbänden

Der Landesverband gliedert sich in folgende Bezirksverbände: Oberbayern, Niederbayern, Oberpfalz, Oberfranken, Mittelfranken, Unterfranken, Schwaben, München, Nürnberg-Fürth und Augsburg.

Städten mit mehr als 150000 Einwohnern kann auf Antrag die Stellung eines Bezirksverbandes durch den Landesausschuß gewährt werden.

§ 32 – Aufgaben

Aufgaben des Bezirksverbandes sind:
a) Durchführung der politischen Beschlüsse des Landesverbandes,

b) Unterstützung und Beratung der Kreis- und Ortsverbände bei Durchführung ihrer Aufgaben,
c) politischer und organisatorischer Erfahrungsaustausch mit den Kreisverbänden,
d) Festigung und Ausbau der Organisation innerhalb des Bezirksverbandes,
e) Förderung der planmäßigen Werbung für die Ziele der Union,
f) Veranstaltung von politischen Ausbildungslehrgängen,
g) Aufstellen von Wahlvorschlägen für die Landtagswahlen, nach Maßgabe der gesetzlichen Bestimmungen, insbesondere Wahl der Wahlkreiskandidaten für den Landtag und den Bundestag,
h) Aufstellen des Wahlvorschlages für den Bezirkstag,
i) in den großstädtischen Bezirksverbänden Aufstellen des Wahlvorschlages für den Stadtrat.

§ 33 – Organe

Organe des Bezirksverbandes sind:
1. die Bezirksversammlung,
2. die Bezirksvorstandschaft,
3. der Bezirksverbandsausschuß,
4. das Bezirks-Schiedsgericht.

§ 34 – Bezirksversammlung

Die Bezirksversammlung besteht aus:
a) den gewählten 1. Kreisvorsitzenden der angeschlossenen Kreisverbände,
b) Vertretern der angeschlossenen Kreisverbände, welche in geheimer Abstimmung von der Kreisversammlung zu wählen sind, und zwar:
bis zu 100 Mitgliedern 1 Vertreter,
für je weitere 100 Mitglieder je 1 weiterer Vertreter, wobei die Beitragsleistung nachgewiesen sein muß. Bei den drei großstädtischen Bezirksverbänden tritt an die Stelle des Buchstabens b die in § 23 Buchstabe a getroffene Regelung. Diese Bestimmung ist entsprechend anzuwenden.
c) den im Gebiet des Bezirksverbandes gewählten Bundestags- und Landtagsabgeordneten,
d) den im Gebiet des Bezirksverbandes wohnenden Mitgliedern der Landesvorstandschaft und des Landesausschusses mit Ausnahme der Mitglieder des Bundestages und des Landtages,
e) den Mitgliedern der Bezirkstagsfraktion der CSU,
f) den Mitgliedern der Stadtratsfraktion der CSU (nur in den großstädtischen Bezirksverbänden München, Nürnberg-Fürth und Augsburg),
g) den Vertretern der Arbeitsgemeinschaften (§ 54) des Bezirksverbandes, die durch diese zu wählen sind, und zwar bis zu 200 Mitglieder 1 Vertreter und für jedes weitere 100 Mitglieder ein weiterer Vertreter,
h) den Mitgliedern der Bezirksvorstandschaft und des Bezirksverbandsausschusses, soweit sie nicht bereits unter a mit g Mitglieder der Bezirksversammlung sind,
i) dem Bezirksgeschäftsführer und den Kreisgeschäftsführern,

k) weiteren Mitgliedern, die von der Bezirksversammlung hinzugewählt werden, darunter mindestens eine Frau.
Die Zahl der gewählten Mitglieder der Bezirksversammlung muß doppelt so groß sein, als die Zahl der nach c, d, e, f und g zur Bezirksversammlung gehörenden Personen.

§ 35 – Aufgaben

Aufgaben der Bezirksversammlung sind:

a) Wahl des 1. Vorsitzenden des Bezirksverbandes, welcher gleichzeitig 1. Vertreter des Bezirksverbandes in der Landesvorstandschaft ist,
b) Wahl eines stellvertretenden Vorsitzenden, eines 1. und 2. Schriftführers und eines Kassiers,
c) Wahl von mindestens 6 Mitgliedern in den Bezirksverbandsausschuß, die aus den von den unteren Organen gewählten Mitgliedern entnommen werden müssen,
d) Wahl der Vertreter zum Landesausschuß,
e) Wahl eines 2. Vertreters des Bezirksverbandes, welcher gemeinsam mit dem 1. Bezirksvorsitzenden Mitglied der Landesvorstandschaft ist,
f) Wahl der Kassenprüfer,
g) Wahl der Mitglieder des Bezirksschiedsgerichtes,
h) Prüfung der Ordnungsmäßigkeit der Bildung der Arbeitsgemeinschaften und deren Wahlen gemäß § 54; ferner Prüfung der Ordnungsmäßigkeit der Bildung der Fachausschüsse gemäß § 55,
i) Einsetzung und Auflösung von Fachausschüssen,
k) Beschlußfassung über den Haushaltsvoranschlag, die Jahresrechnung und Entlastung der Vorstandschaft,
l) Beschlußfassung über die Höhe der Beiträge nach den Bestimmungen des Finanzstatuts,
m) Aufstellung von Wahlvorschlägen für den Bundestag und Landtag nach Maßgabe der gesetzlichen Bestimmungen bzw. Mitwirkung hiebei,
n) Aufstellung von Wahlvorschlägen für den Bezirkstag bzw. Stadtrat in den großstädtischen Bezirksverbänden nach Maßgabe der gesetzlichen Bestimmungen,
o) Aufstellung von Richtlinien für die politische und organisatorische Tätigkeit innerhalb des Bezirksverbandes nach Maßgabe der Beschlüsse des Landesverbandes,
p) Beschlußfassung über sämtliche das Interesse des Bezirksverbandes berührenden politischen und organisatorischen Angelegenheiten von weittragender oder grundsätzlicher Bedeutung.

§ 36 – Einberufung

1. Die Bezirksversammlung tritt mindestens halbjährlich, außerdem nach Bedarf zusammen. Sie wird vom Bezirksvorsitzenden schriftlich unter Angabe der Tagesordnung mit einer Frist von einer Woche einberufen.
2. Eine Bezirksversammlung ist einzuberufen, wenn ein Drittel der angeschlossenen Kreisverbände dies unter Angabe der Gründe beim Bezirksvorsitzenden

beantragt oder wenn ein Drittel der Mitglieder der Bezirksvorstandschaft diesen Antrag stellt oder die Landesvorstandschaft eine Einberufung verlangt.

§ 37 – Bezirksvorstandschaft

Die Bezirksvorstandschaft besteht aus:

a) dem 1. Vorsitzenden, der mit seiner Wahl gleichzeitig Mitglied der Landesvorstandschaft wird (§ 48 b) und einem Stellvertreter,
b) zwei Schriftführern und einem Kassier,
c) mindestens 6 weiteren Mitgliedern, die aus den Mitgliedern der Bezirksversammlung zu wählen sind, darunter eine Frau,
d) dem Bezirksgeschäftsführer.

Die Mitglieder der Bezirksvorstandschaft sind stimmberechtigt in der Bezirksversammlung und im Bezirksverbandsausschuß.

§ 38 – Bezirksverbandsausschuß, Zusammensetzung und Aufgaben

1. Dem Bezirksverbandsausschuß gehören an:
   a) die Bezirksvorstandschaft,
   b) die Mitglieder des Bundestags und Landtags, die im Bereich des Bezirksverbandes gewählt sind, ferner 3 Mitglieder des Bezirkstages und in großstädtischen Bezirksverbänden 3 Mitglieder des Stadtrates, darunter die jeweiligen Fraktionsvorsitzenden,
   c) die Mitglieder des Landesausschusses, soweit sie im Bereich des Bezirksverbandes wohnen,
   d) die Bezirksobmänner der Arbeitsgemeinschaften und der Fachausschüsse des Bezirksverbandes,
   e) weitere von der Bezirksversammlung gewählte Personen. Die Zahl dieser Personen muß die Zahl der nach b, c, und d zum Bezirksverbandsausschuß gehörenden Personen um das Doppelte übersteigen.
   Die Mitglieder des Bezirksverbandsausschusses sind in der Bezirksversammlung stimmberechtigt, auch wenn sie nicht aus ihrer Mitte gewählt sind.
2. Der Bezirksverbandsausschuß hat folgende Aufgaben:
   a) Aufstellung von Tagesordnungen für die Bezirksversammlung,
   b) Vorbereitung von Beschlüssen der Bezirksversammlung,
   c) Beratung der Bezirksvorstandschaft in der Durchführung der Beschlüsse der Bezirksversammlung und der höheren Organisationsstufen der Union.

§ 39 – Bezirksschiedsgericht

Jeder Bezirksverband hat ein Schiedsgericht zu errichten. Zuständigkeit, Besetzung und Verfahren richten sich nach der von der Landesversammlung beschlossenen Schiedsgerichtsordnung.

§ 40 – Geschäftsordnung

§§ 60–73 gelten entsprechend.

§ 41 – Auflösung

1. Der Bezirksverband kann nur durch Beschluß der Landesvorstandschaft aufgelöst werden.
2. § 18 Abs. 2 und § 67 dieser Satzung gelten entsprechend.

IV. Landesverband

§ 42 – Organe

Organe des Landesverbandes sind:
a) die Landesversammlung,
b) der Landesvorsitzende,
c) die Landesvorstandschaft,
d) der Landesausschuß,
e) das Landesschiedsgericht.

§ 43 – Landesversammlung

Die Landesversammlung ist das oberste politische Organ der CSU in Bayern. Sie besteht aus:
a) den 1. Vorsitzenden der Bezirksverbände und den 1. Vorsitzenden der Kreisverbände,
b) von jedem Kreisverband je nach dem zahlenden Mitgliederstand
   ab 100 – 200 Mitglieder 1 Vertreter
   ab 201 – 400 Mitglieder 2 Vertretern
   ab 401 – 600 Mitglieder 3 Vertretern
   ab 601 – 800 Mitglieder 4 Vertretern
   ab 801 – 1000 Mitglieder 5 Vertretern
   ab 1000 Mitglieder, für weitere 500 Mitglieder einen weiteren Vertreter. Dies jedoch nur, wenn die Mitgliederzahl durch Beitragszahlung an den Landesverband nachgewiesen ist. Unter den von den Kreisverbänden entsandten Vertretern sollen auch Frauen sein.
c) je einem Vertreter der Bezirks-Arbeitsgemeinschaften, welche diese selbst wählen. Die Arbeitsgemeinschaften haben zu diesem Zwecke ihre Arbeit auf der Bezirksebene nachzuweisen. Hat eine Arbeitsgemeinschaft in einem Bezirksverband mehr als 100 Mitglieder, erhöht sich die Zahl der Vertreter auf 2,
d) den Mitgliedern der Landesvorstandschaft und des Landesausschusses,
e) den Mitgliedern der Bundes- und Staatsregierung, die der CSU angehören,
f) den Mitgliedern des Bundestages und des Landtages, soweit sie der CSU angehören.

§ 44 – Aufgaben

Die Landesversammlung wählt den Landesvorsitzenden für die Dauer von 2 Jahren. Ihr obliegt ferner die Beschlußfassung über:
a) die Satzung und deren Änderungen,
b) das Programm,
c) die Richtlinien der Politik,
d) die Schiedsgerichtsordnung,
e) den Rechenschaftsbericht der Landesvorstandschaft und die Erteilung der Entlastung,
f) die Auflösung der Christlich-Sozialen Union in Bayern.

§ 45 – Einberufung

1. Die Landesversammlung tagt einmal im Jahr. Sie wird mit einer Frist von 14 Tagen vom Landesvorsitzenden schriftlich unter Angabe der Tagesordnung ein-

berufen. Sie ist außerdem fristgerecht in den Publikationsorganen der Christlich-Sozialen Union bekanntzumachen.

2. Eine außerordentliche Landesversammlung muß in derselben Weise einberufen werden:
   a) auf Beschluß des geschäftsführenden Landesvorstandes,
   b) auf Antrag von mindestens 3 Bezirksversammlungen oder Bezirksverbänden.

§ 46 – Landesausschuß

Der Landesausschuß besteht aus:
a) der Landesvorstandschaft,
b) je 5 Vertretern der Bezirksverbände,
c) je 1 Vertreter der Arbeitsgemeinschaften (§ 54) der Bezirksverbände,
d) sämtlichen Regierungsmitgliedern der CSU in der Bayerischen Staatsregierung und in der Bundesregierung.

§ 47 – Aufgaben und Einberufung

1. Dem Landesausschuß obliegt die Beschlußfassung über alle im Laufe des Geschäftsjahres auftretenden politischen Fragen von grundsätzlicher oder weittragender Bedeutung, soweit sie nicht ausdrücklich der Landesversammlung vorbehalten sind.
2. Insbesondere hat der Landesausschuß folgende Aufgaben:
   a) die Wahl der beiden stellv. Landesvorsitzenden,
   b) die Wahl eines ersten und zweiten Schriftführers und eines ersten und zweiten Schatzmeisters[2],
   c) die Wahl von 15 weiteren Mitgliedern zur Landesvorstandschaft, darunter Vertreter der beiden christlichen Konfessionen, von Kunst und Wissenschaft, der Wirtschaft, Vertreterinnen der Frauen und Persönlichkeiten aus den Berufsständen,
   d) die Wahl der Vorsitzenden der Arbeits-, Fach- und Organisationsausschüsse (§ 55),
   e) die Entgegennahme des Rechenschaftsberichtes,
   f) Beschlußfassung über den Haushaltsvoranschlag, die Jahresrechnung und die Entlastung der Landesvorstandschaft,
   g) Festsetzung der Beiträge und Beschlußfassung des Finanzstatuts,
   h) Besetzung des Landesschiedsgerichtes,
   i) Beschlußfassung über organisatorische Fragen,
   k) Wahl von 2 Kassenprüfern.

   Der Landesausschuß tritt mindestens zweimal im Jahre zusammen. Im übrigen kann er nach Bedarf vom Landesvorsitzenden berufen werden. Die Einladungen erfolgen schriftlich unter Angabe der Tagesordnung mit einer Frist von 10 Tagen. Der Landesausschuß muß in der gleichen Weise einberufen werden, wenn dies mindestens von einem Drittel seiner Mitglieder schriftlich unter Angabe der Gründe bei der Landesvorstandschaft beantragt wird.

[2] Ursprünglich lautete dieser Abschnitt: „die Wahl eines Schriftführers und Landesschatzmeisters".

§ 48 – Landesvorstandschaft

Die Landesvorstandschaft besteht aus:

a) dem Landesvorsitzenden und seinen beiden Stellvertretern, dem ersten und zweiten Schriftführer und dem ersten und zweiten Schatzmeister[3],
b) den 1. Bezirksvorsitzenden und je einem von den Bezirksversammlungen zu wählenden Mitglied,
c) den Landesobmännern der Arbeitsgemeinschaften der Union (§ 11),
d) 15 vom Landesausschuß zu wählenden weiteren Mitgliedern (§ 47 Abs. 2 c),
e) 3 Mitgliedern der Staatsregierung, die der CSU angehören,
f) 2 Mitgliedern der Bundesregierung, die der CSU angehören,
g) dem Präsidenten des Bayer. Landtags oder dem Vizepräsidenten, soweit dieser der CSU angehört,
h) drei Mitgliedern der Bundestagsfraktion und fünf Mitgliedern der Landtagsfraktion,
i) dem Generalsekretär und dessen Stellvertreter.

§ 49 – Aufgaben

Zu den Aufgaben der Landesvorstandschaft gehören insbesondere:

a) Wahl eines geschäftsführenden Landesvorstandes (§ 51),
b) Beschlußfassung über die Durchführung der von der Landesversammlung und dem Landesausschuß beschlossenen Politik,
c) Anstellung des Generalsekretärs,
d) Überwachung der Kassenführung des Landesverbandes,
e) Überwachung der politischen Tätigkeit der Unterverbände der Union,
f) Herausgabe von Zeitungen, Zeitschriften und sonstigen politischen Schrifttums,
g) Veranstaltung von Lehrgängen zur Schulung von Mitarbeitern und zur Vertiefung der politischen Grundsätze der Union,
h) Erlaß einer Besoldungsordnung und Dienstanweisung für die Angestellten der Union,
i) Berufung eines geprüften, ehrenamtlich tätigen Revisors,
k) die Mitglieder über die Bezirks- bzw. Kreisverbände aufzufordern, in den Ortsverbänden zu aktuellen politischen Fragen Stellung zu nehmen und an Hand entsprechend ausgearbeiteter Fragebogen über die Stellungnahme berichten zu lassen. Diese Aufgabe kann dem geschäftsführenden Landesvorstand übertragen werden (§ 51).

§ 50 – Einberufung

Die Landesvorstandschaft tritt mindestens vierteljährlich zusammen. Sie wird vom Landesvorsitzenden schriftlich mit einer Frist von sieben Tagen unter Angabe der Tagesordnung einberufen. Bei außerordentlichen Anlässen kann die Einberufung auch kurzfristiger erfolgen. Sie muß erfolgen, wenn das mindestens von einem Drittel ihrer Mitglieder schriftlich unter Angabe der Gründe beim Landesvorsitzenden beantragt wird.

[3] Ursprünglich lautete dieser Abschnitt: „dem Landesvorsitzenden und seinen beiden Stellvertretern, dem Landesschriftführer und Landesschatzmeister".

§ 51 – Geschäftsführender Vorstand

1. Zur Entlastung der Landesvorstandschaft, zur Vereinfachung des Geschäftsbetriebes und zur Beratung dringender Angelegenheiten wird ein geschäftsführender Landesvorstand gebildet. Art und Umfang der Aufgaben des geschäftsführenden Landesvorstandes bestimmt die Landesvorstandschaft.
2. Diesem geschäftsführende Landesvorstand gehören an:
   a) der Landesvorsitzende und seine beiden Stellvertreter, der erste und zweite Schriftführer, der erste und zweite Schatzmeister und der Generalsekretär,
   b) sieben weitere Mitglieder, welche aus der Mitte der Landesvorstandschaft gewählt werden.
3. Zur Beratung und Beschlußfassung über organisatorische Fragen (Parteiorganisation, Werbearbeit, Vorbereitung und Durchführung von Wahlen usw.) kann der Landesvorsitzende auch die Bezirksvorsitzenden und die Bezirksgeschäftsführer zuziehen. In diesem Fall haben die Bezirksvorsitzenden Stimmrecht.
4. Dem Landesvorsitzenden steht ferner das Recht zu, in politischen und organisatorischen Fragen einzelne Mitglieder der Landesvorstandschaft zu den Sitzungen des geschäftsführenden Landesvorstandes zu laden, wenn deren Teilnahme bei der Beratung der zu behandelnden Frage von besonderer Bedeutung ist. Diese Teilnehmer an den Sitzungen des geschäftsführenden Landesvorstandes haben nur beratende Stimme.
5. Der geschäftsführende Landesvorstande wird nach Bedarf vom Landesvorsitzenden mit einer Frist von mindestens zwei Tagen einberufen. Der geschäftsführende Landesvorstand muß einberufen werden, wenn dies von mindestens einem Drittel der Mitglieder (Abs. 2) unter Angabe der Gründe beim Landesvorsitzenden beantragt wird. In besonders dringenden Fällen kann der Landesvorsitzende die Einberufungszeit herabsetzen[4].

§ 52 – Landesvorsitzender

Der Landesvorsitzende führt die Geschäfte der Union. Er vertritt sie gerichtlich und außergerichtlich. Er ist berechtigt, an allen Sitzungen der Organe der Union teilzunehmen oder sich durch Beauftragte vertreten zu lassen.

Der Landesvorsitzende wird von der Landesversammlung, seine beiden Vertreter werden vom Landesausschuß auf die Dauer von zwei Jahren gewählt; sie bleiben jedoch solange im Amt, bis eine Neuwahl oder Wiederwahl erfolgt ist. Bei der Wahl entscheidet einfache Stimmenmehrheit (§ 70)[5].

[4] Dieser Paragraph war von der Landesversammlung bereits im Oktober 1954 stark modifiziert worden (ACSP, LGF-LVers, Landesversammlung der CSU am 9./10. 10. 1954 in Nürnberg) und wurde im Januar 1955 nochmals ergänzt. Ursprünglich hatte § 51 folgende Fassung: „1. Zur Entlastung der Landesvorstandschaft, zur Vereinfachung des Geschäftsbetriebes und zur Beratung dringender Angelegenheiten, wählt die Landesvorstandschaft aus ihrer Mitte einen aus 7 Mitgliedern bestehenden geschäftsführenden Vorstand. Art und Umfang der Aufgaben des geschäftsführenden Landesvorstandes bestimmt die Landesvorstandschaft. 2. Der geschäftsführende Landesvorstand wird nach Bedarf vom Landesvorsitzenden mit einer Frist von mindestens 2 Tagen einberufen. Er muß einberufen werden, wenn dies von mindestens 3 Mitgliedern unter Angabe der Gründe beim Landesvorsitzenden beantragt wird. In besonders dringenden Fällen kann der Landesvorsitzende die Einberufungsfrist herabsetzen."

[5] Ursprünglich lautete § 52: „Der Landesvorsitzende führt die Geschäfte der Union. Er vertritt sie gerichtlich und außergerichtlich. Seine Vertretungsbefugnis ergibt sich aus § 62 dieser Satzung. Er ist berechtigt, an allen Sitzungen der Organe der Union beratend teilzunehmen oder sich durch Be-

§ 53 – Der Generalsekretär

Der Generalsekretär ist der Leiter der Geschäftsstelle des Landesverbandes. Er erledigt seine Aufgaben nach den Weisungen des Landesvorsitzenden und nach Maßgabe der von der Landesvorstandschaft beschlossenen Dienstanweisung. Er kann an allen Sitzungen und Versammlungen der Organe der Union beratend teilnehmen.

§ 54 – Arbeitsgemeinschaften der Union

Für die im Rahmen des Landesverbandes der Union zugelassenen Arbeitsgemeinschaften (§ 11, Abs. 2) wird folgendes bestimmt:

1. An der Spitze der Arbeitsgemeinschaften stehen Obmänner (Ortsobmänner, Kreisobmänner, Bezirksobmänner und ein Landesobmann mit zwei Stellvertretern), welche nach der für ihre Arbeit selbst aufgestellten und von der Landesvorstandschaft genehmigten Geschäftsordnung tätig sind. Diese Arbeitsgemeinschaften sollen in den ihnen nahestehenden Kreisen (Berufsstände, Frauen, Heimatvertriebene, Jugend, Kommunalpolitiker usw.) für die Union werben, den Unionsgedanken vertiefen und durch aktive Mitarbeit an der Lösung der Zeitprobleme das Programm der CSU verwirklichen helfen.
2. Ein Amt in diesen Arbeitsgemeinschaften kann nur innehaben, wer eingeschriebenes Mitglied der Union (§§ 3 und 4) ist. Desgleichen kann nur ein eingeschriebenes Mitglied Vertreter in den Organen der Union (Ortsverband, Kreisverband, Bezirksverband und Landesverband) sein.
3. Hauptziel der Arbeitsgemeinschaften muß mit sein, möglichst viele ihrer Mitglieder auch der Union zuzuführen.
4. Eine Vertretung der Arbeitsgemeinschaften in den Organen der Union setzt voraus, daß die Arbeitsgemeinschaften tatsächlich und ordnungsgemäß bestehen. Als Nachweis gilt das Mitgliedsverzeichnis, aus dem auch die Beitragsleistung ersichtlich ist.
5. Die Obmänner der Arbeitsgemeinschaften arbeiten in enger Fühlungnahme mit den Vorsitzenden ihres jeweiligen Orts-, Kreis- und Bezirksverbandes bzw. des Landesverbandes und berichten dem zuständigen Organ ihres Verbandes über ihre Tätigkeit.
6. Die Arbeitsgemeinschaften haben sich an die Beschlüsse der Union zu halten und sich auf ihr besonderes Tätigkeitsgebiet zu beschränken.

§ 55 – Arbeits-, Fach- und Organisationsausschüsse

1. Die Organe der Union (Orts-, Kreis-, Bezirks- und Landesverband) können nach Bedarf die Bildung von Arbeits-, Fach- und Organisationsausschüssen beschließen (§§ 15 i, 21 d, 35 h und 47 d).
2. Die Arbeits-, Fach- und Organisationsausschüsse beraten die Verbandsorgane der Union in den Fragen, für die sie gebildet sind.
3. Die Geschäfte der Ausschüsse werden von einem Vorsitzenden geführt, der von dem zuständigen Organ der Union gewählt wird. Er übt das Amt bis zur

auftragte vertreten zu lassen. Der Landesvorsitzende wird von der Landesversammlung, seine beiden Vertreter werden vom Landesausschuß, auf die Dauer von zwei Jahren gewählt. Bei der Wahl entscheidet einfache Stimmenmehrheit (§ 70)."

Erledigung der gestellten Aufgabe aus, höchstens aber bis zur Dauer von 2 Jahren.
4. Die Vorsitzenden können sich fachkundige Mitarbeiter aus dem Kreise der Parteimitglieder im Einvernehmen mit den Orts-, Kreis-, Bezirks- und Landesvorsitzenden wählen. Die Höchstzahl der berufenen Mitarbeiter ist fünf.
5. Die Ausschüsse werden nach Bedarf von den Vorsitzenden einberufen. Sie regeln ihre Angelegenheiten selbst.

§ 56 – Landesschiedsgericht

Der Landesverband hat ein Landesschiedsgericht zu errichten. Zuständigkeit und Verfahren richten sich nach der von der Landesversammlung beschlossenen Landesschiedsgerichtsordnung. Über die Besetzung beschließt der Landesausschuß.

§ 57 – Auflösung

Die Union wird aufgelöst:
a) durch Beschluß der Landesversammlung,
b) durch Erklärung des Konkurses durch ein zuständiges Gericht.

§ 58 – Geschäftsordnung

§§ 60–73 gelten entsprechend.

D) Beiträge

§ 59

Die zur Durchführung der Aufgaben der Union erforderlichen Mittel werden durch Aufnahmegebühren, Mitgliedsbeiträge, Sammlungen und Spenden aufgebracht. Die Finanzgebarung der Union wird durch ein gesondertes, vom Landesausschuß zu beschließendes Finanzstatut im einzelnen geregelt.

E) Allgemeine Bestimmungen

§ 60 – Geschäftsbetrieb

1. Die Geschäfte der Ortsverbände, Kreisverbände, Bezirksverbände und des Landesverbandes werden von den Vorstandschaften geführt. Diese sind dabei an die Beschlüsse und Richtlinien der Organe gebunden, von denen sie gewählt sind. Die Unterverbände haben darüber hinaus die politischen, organisatorischen und sonstigen Beschlüsse des Landesverbandes zu beachten.
2. In besonderen Fällen kann von den Vorstandschaften zur Unterstützung des Vorsitzenden ein geschäftsführendes Vorstandsmitglied bestellt werden. Das geschäftsführende Vorstandsmitglied ist ehrenamtlich tätig. Es erhält seine Aufgaben vom Vorsitzenden und ist an dessen Weisungen gebunden.

§ 61 – Geschäftsstellen

1. Zur Sicherung einer reibungslosen Geschäftsführung können neben der Landesgeschäftsstelle in den Bezirken und Kreisen Geschäftsstellen errichtet werden. Diese haben vor allem organisatorische und propagandistische Aufgaben.
2. Die Geschäftsführer sind satzungsmäßige Mitglieder der Vorstandschaft ihres Verbandes. Sie sind berechtigt, an allen Sitzungen und Versammlungen der

Union und ihrer Organe innerhalb ihres Verbandes bzw. der Unterverbände beratend teilzunehmen.

§ 62 – Vertretung nach außen, Rechte der Vorsitzenden

1. Die Vorsitzenden der Ortsverbände, Kreisverbände und Bezirksverbände sind ermächtigt, im Rahmen des genehmigten Haushaltsplanes und auf Grund besonderer Vollmacht des Landesvorsitzenden Rechtsgeschäfte für ihre Verbände abzuschließen[6].
2. Die Vorsitzenden dieser Verbände sind berechtigt, innerhalb ihres Verbandes und in nachgeordneten Verbänden an allen Sitzungen der Union beratend teilzunehmen oder sich durch Beauftragte vertreten zu lassen[7].
3. Für das Eingehen finanzieller Verpflichtungen gelten die Bestimmungen des Finanzstatuts.
4. Die Vorsitzenden sind berechtigt, innerhalb ihres Verbandes und in untergeordneten Verbänden an allen Sitzungen der Union beratend teilzunehmen oder sich durch Beauftragte vertreten zu lassen.

§ 63 – Buchführung und Kassenprüfung

1. Alle Verbände der Union sind zur ordnungsgemäßen Buchführung verpflichtet.
2. Die Kassen- und Rechnungsführung jedes Unterverbandes sowie des Landesverbandes ist am Schluß eines Geschäftsjahres zu prüfen und soll außerdem halbjährlich einmal von zwei unabhängigen Kassenprüfern und dem Vorsitzenden oder einem von ihm zu benennenden Vertreter sachlich und formal geprüft werden.
3. Die Kassenprüfer werden von den Organen, die jeweils die Vorstandschaften wählen, für zwei Jahre gewählt. Sie dürfen den Vorstandschaften nicht angehören.
4. Die Landesvorstandschaft und Bezirksvorstandschaften können die Kassen- und Rechnungsführung aller Unterverbände jederzeit unangemeldet durch einen von ihnen bestellten Revisor prüfen lassen.
5. Über alle Kassen- und Rechnungsprüfungen ist eine Niederschrift zu fertigen, die von den Prüfern, dem Vorsitzenden und dem Schatzmeister zu unterschreiben ist. Die Niederschrift ist fünf Jahre bei den Akten aufzubewahren.
6. Über das Ergebnis der Kassen- und Rechnungsprüfungen ist der nächsten Mitgliederversammlung zu berichten. Ernstere Beanstandungen sind unverzüglich der Landesvorstandschaft zu melden. Die Meldepflicht obliegt – unabhängig voneinander – den Kassenprüfern und dem Vorsitzenden.

§ 64 – Geschäftsjahr

Das Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.

[6] Ursprünglich lautete dieser Abschnitt: „Die Ortsverbände, Kreisverbände, Bezirksverbände und der Landesverband werden gerichtlich und außergerichtlich von ihren Vorsitzenden vertreten."

[7] Ursprünglich lautete dieser Abschnitt: „Rechtsverbindliche Willenserklärungen und politische Erklärungen von weittragender oder grundsätzlicher Bedeutung müssen vom Vorsitzenden und einem weiteren Vorstandsmitglied unterzeichnet werden."

§ 65 – Finanzgebarung

Für die Finanzgebarung der Verbände der Union gelten die Bestimmungen des vom Landesausschuß beschlossenen Finanzstatuts.

§ 66 – Abstimmung, Beschlußfähigkeit

1. Alle Organe fassen ihre Beschlüsse mit einfacher Stimmenmehrheit. Jeder stimmberechtigte Vertreter muß eine Stimmberechtigung durch schriftliche Vollmacht des von ihm vertretenen Organs der Partei nachweisen. Ein stimmberechtigter Vertreter kann im Falle dringender Verhinderung seine Stimme durch schriftliche Vollmacht auf einen von ihm namhaft zu machenden Vertreter übertragen. Soweit aus der Häufung von Ämtern und Mandaten auf eine Person, sich für diese vermehrtes Stimmrecht ergibt, darf solches nur bis zur Höchstzahl von drei Stimmen ausgeübt werden. Stimmübertragung im Rahmen der Höchstzahl 3 ist bei Abwesenheit ganz, bei Anwesenheit teilweise möglich.
2. Zur Beschlußfassung ist die Beschlußfähigkeit der Organe erforderlich.
   § 66 Abs. 2, Satz 2: Mitgliederversammlungen der Ortsverbände sind jederzeit beschlußfähig, ohne Rücksicht auf die Zahl der anwesenden Mitglieder, wenn zu den Mitgliederversammlungen satzungsgemäß eingeladen wurde. Beschlüsse werden mit einfacher Mehrheit der anwesenden Mitglieder gefaßt[8]. Das gleiche gilt für Kreisverbände der kreisfreien Städte, die gemäß § 20 nicht in Ortsverbände gegliedert sind.
   Die übrigen Organe der Union (Kreisverband, Bezirksverband und Landesverband) sind beschlußfähig, wenn mindestens die Hälfte ihrer Mitglieder anwesend oder vertreten sind. Wird Beschlußunfähigkeit festgestellt, so ist gleichzeitig ein Termin zu beschließen, zu dem eine neue Versammlung, frühestens nach Ablauf einer Woche und spätestens innerhalb von 4 Wochen, einzuberufen ist. Diese entscheidet dann, ohne Rücksicht auf die Zahl der Erschienenen, mit einfacher Stimmenmehrheit.
   Bei Stimmengleichheit entscheidet der Vorsitzende mit Stichentscheid. Dies gilt für alle Versammlungen der Organe[9].

§ 67 – Auflösung

1. Auflösungsbeschlüsse können nur gefaßt werden wenn
   a) beim Ortsverband mindestens drei Viertel aller Mitglieder anwesend sind und davon zwei Drittel der Auflösung zustimmen,
   b) beim Landesverband mindestens drei Viertel aller Mitglieder der Landesversammlung anwesend oder vertreten sind und davon zwei Drittel der Auflösung zustimmen.
   c) Wird die Anwesenheit oder Vertretung von drei Viertel der Mitglieder bei der ersten Versammlung nicht erreicht, so bestimmt diese einen Termin, zu dem eine neue Versammlung frühestens nach Ablauf einer Woche und innerhalb von 4 Wochen einzuberufen ist, die dann mit einfacher Stimmenmehrheit der Erschienenen über die Auflösung beschließt.

[8] Dieser und der nächste Satz wurden 1955 neu in die Satzung eingefügt.
[9] Dieser Satz wurde 1955 neu in die Satzung eingefügt.

2. Im Falle der Auflösung gelten die letzten Vorstandsmitglieder als Liquidatoren, sofern nicht bei den Ortsverbänden die Mitgliederversammlung, bei den Kreisverbänden die Kreisversammlung, bei den Bezirksverbänden die Bezirksversammlung und beim Landesverband die Landesversammlung andere Liquidatoren wählt. Für die Tätigkeit, Vergütung und Verantwortung der Liquidatoren gelten die Bestimmungen über den Vorstand des jeweiligen Organs entsprechend (§§ 62 und 65).
3. Im Falle der Auflösung durch Einberufung der Landesvorstandschaft kann diese zugleich die Liquidatoren bestellen.
4. Bei Auflösung eines Ortsverbandes geht das Vermögen auf den Kreisverband über. Das Vermögen aufgelöster Kreisverbände geht auf die Bezirksverbände über, das Vermögen aufgelöster Bezirksverbände wird an den Landesverband übertragen. Bei Auflösung des Landesverbandes geht das Vermögen der Union je zur Hälfte an die Caritas und an die Innere Mission.

§ 68 – Antragstellung

1. Anträge können stellen:
   a) zur Landesversammlung jeder Kreis- und Bezirksverband, ferner die Landesvorstandschaft und der Landesvorsitzende sowie dessen Vertreter,
   b) zum Landesausschuß jeder Kreis- und Bezirksverband, ferner die Landesvorstandschaft und der Landesvorsitzende sowie dessen Vertreter,
   c) zur Landesvorstandschaft jedes Mitglied dieses Organs.
2. Den Organen der Unterverbände gegenüber ist jeweils jeder stimmberechtigte Teilnehmer antragsberechtigt.
3. Die Anträge sind so zeitig zu stellen, daß sie noch in die mitzuteilende Tagesordnung aufgenommen werden können.
4. Anträge, die – ohne im unmittelbaren Zusammenhang mit den Verhandlungsgegenständen zu stehen – erst während einer Sitzung oder Versammlung eingebracht werden, werden zwar entgegengenommen, doch entscheidet die Versammlung, ob sie sofort oder erst zu einem späteren Termin beraten werden sollen.

§ 69 – Teilnahmeberechtigung

1. Die Verhandlungen der Landesversammlung sind jedem eingeschriebenen Mitglied als Gast gegen Vorweis der Mitgliedskarte nach Verfügbarkeit des Raumes zugänglich. Wortmeldungen von Gästen sind durch ein Versammlungsmitglied anzubringen und bedürfen der Zustimmung der Versammlung.
2. Die Verhandlungen aller anderen Organe sind nur den satzungsmäßigen Teilnehmern zugänglich, die sich auf Verlangen legitimieren müssen. Durch Mehrheitsbeschluß können Gäste zugelassen werden.

§ 70 – Wahlen

1. Die Wahlen der ersten Vorsitzenden der Orts-, Kreis- und Bezirksverbände wie des Landesverbandes, der Delegierten zu den höheren Organen sind stets in schriftlicher, geheimer Einzelabstimmung durchzuführen. Soweit nicht etwas anderes bestimmt ist, gilt die Wahl für die Dauer von zwei Jahren.
2. Gewählt ist, wer mehr als die Hälfte der abgegebenen gültigen Stimmen erhält.

Stimmenthaltung gilt als ungültige Stimme. Erhält kein Bewerber mehr als die Hälfte der abgegebenen gültigen Stimmen, erfolgt Stichwahl zwischen den beiden Bewerbern mit den höchsten Stimmenziffern. Bei Stimmengleichheit entscheidet das Los.

3. Dieses Wahlverfahren ist auch anzuwenden bei der Aufstellung der Kandidaten für den Bundestag, den Bayerischen Landtag, die Bezirkstage, die Kreistage und die Gemeinderäte.

Die Wahl der stellv. Vorsitzenden, Schriftführer, Kassiere usw. kann auch in geheimer Sammelabstimmung oder in offener Abstimmung (per Akklamation) vorgenommen werden, soweit sich kein Widerspruch seitens der Stimmberechtigten erhebt. Bei der Sammelabstimmung ergibt sich die Reihenfolge der Gewählten aus der Zahl der auf den einzelnen Bewerber entfallen Stimmen.
§ 66 gilt entsprechend.

§ 71 – Niederschriften

1. Über die Sitzungen und Versammlungen der Organe aller Verbände der Union sind Niederschriften zu fertigen.
2. Die Niederschriften sind vom Vorsitzenden und dem Schriftführer zu unterzeichnen.
3. Die Niederschriften sind bei den Akten aufzubewahren.

§ 72 – Aufsicht

1. Die Landesvorstandschaft hat das Recht, die Geschäfts- und Kassenführung aller Unterverbände der Union zu überprüfen, damit die Geschäftsführung dieser Verbände entsprechend den Anordnungen der Landesvorstandschaft durchgeführt wird.
2. Die Landesvorstandschaft kann aus ihrer Mitte ein Mitglied mit der Ausführung dieser Aufsicht beauftragen.
3. Das mit der Aufsicht beauftragte Mitglied der Landesvorstandschaft kann von den Organen der Unterverbände der Union sämtliche Unterlagen anfordern und Auskünfte verlangen, die zur Ausübung dieses Rechtes erforderlich sind.
4. § 72, Absatz 1, 2 und 3 gelten entsprechend auch für die Aufsichtspflicht der Bezirks- und Kreisverbände.

§ 73 – Wirtschaftliche Beteiligung

1. Die Verbände der Union können keine wirtschaftlichen und politischen Fusionen, gleich welcher Art, eingehen. Sie dürfen sich auch selbst nicht wirtschaftlich betätigen.
2. Ausnahmen kann die Landesvorstandschaft beschließen.

§ 74 – Änderungen

Änderungen dieser Satzung können nur vor der Landesversammlung mit einfacher Stimmenmehrheit (§ 66) beschlossen werden.

§ 75 – Inkrafttreten

1. Diese Satzung ist in der Landesversammlung am 5. Juli 1952 in Regensburg beschlossen worden. Sie tritt am 6. Juli 1952 in Kraft.
2. Die Satzung der Christlich-Sozialen Union in Bayern in der Fassung vom 4. Oktober 1946 wird hierdurch aufgehoben.

2. Kurzbiographien der Vorstandsmitglieder und sonstigen Sitzungsteilnehmer

Ankermüller, Willi
Geb. 18. 3. 1901 in Neustadt an der Saale/Ufr., gest. 7. 7. 1986, kath., Studium der Rechts- und Staatswissenschaften in Würzburg, 1925 Promotion zum Dr. jur., 1927 große juristische Staatsprüfung, 1926–1928 Geschäftsführer des Stadtjugendamts Schweinfurt, seit 1928 Rechtsanwalt in Schweinfurt, BVP-Mitglied, nach 1933 vorübergehend verhaftet, Teilnahme am Zweiten Weltkrieg. – 1945 Landrat in Hofheim und Mitbegründer des CSU-Kreisverbands Hofheim, 1946 Landrat in Neustadt an der Saale, 1946 MdVLV (CSU), 1946–1966 MdL (CSU), Januar-September 1947 Staatssekretär im bayerischen Innenministerium, September 1947–1950 bayerischer Innenminister, 1957/58 bayerischer Justizminister, Vorsitzender des Koordinierungsausschusses der CSU-Landtagsfraktion und der CSU-Landesgruppe, 1947–1950 Mitglied des Landesvorstands der CSU, Mitglied des bayerischen Verfassungsgerichtshofs, seit 1950 wieder als Rechtsanwalt tätig, Mitglied verschiedener Aufsichtsräte.

Arnold, Wilhelm
Geb. 14. 10. 1911 in Nürnberg, gest. 12. 12. 1983 in München, kath., Studium der Mathematik, Physik, Pädagogik, Psychologie, Philosophie und Wirtschaftsgeschichte in München und Erlangen, 1935 Promotion zum Dr. phil., 1942 Diplom-Psychologe, 1948 Habilitation in Psychologie, bis 1942 Wehrmachtspsychologe, dann Wechsel ins Reichsarbeitsministerium, 1943–1945 Teilnahme am Zweiten Weltkrieg. – Mitbegründer der CSU in Nürnberg, 1946 Mitglied des Ausschusses der CSU für zwischenstaatliche Beziehungen, 1952–1955 Mitglied des Landesvorstands der CSU, seit 1967 2. Vorsitzender der Hanns-Seidel-Stiftung, 1964–1970 Vorsitzender des Kulturbeirats der Union, 1968–1973 MdS, 1945–1952 Leiter der Berufsberatung Nürnberg sowie leitender Psychologe und Referent des Landesarbeitsamts Nordbayern, 1952/53 Chefpsychologe der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung in Nürnberg, Aufbau des psychologischen Dienstes in den Arbeitsämtern der Bundesrepublik, 1946 Lehrbeauftragter für Psychologie an der Universität Erlangen, 1948 Privatdozent, 1953–1978 ordentlicher Professor für Psychologie an der Universität Würzburg, Vorstand des Psychologischen Instituts der Universität Würzburg, 1956/57 Dekan der Philosophischen Fakultät, 1964–1966 Rektor, 1966/67 Prorektor der Universität Würzburg, 1964–1966 Präsident der Deutschen Gesellschaft für Psychologie.

Bachmann, Georg
Geb. 6. 12. 1885 in Westheim/Mfr., gest. 23. 10. 1971 in Gunzenhausen/Mfr., ev., 1906–1909 Militärdienst, 1914–1918 Teilnahme am Ersten Weltkrieg, seit 1919 Landwirt, Ökonomierat, aktiv im landwirtschaftlichen Genossenschaftswesen tätig, Vorsitzender des bayerischen Raiffeisenverbands in Mittelfranken, 1920–1932 MdR (DNVP bzw. Deutsches Landvolk), seit 1940 NSDAP-Mitglied. – 1946 MdVLV (CSU), 1946–1962 MdL (CSU), 1953/54 Vizepräsident des bayerischen Landtags, 1949–1958 Mitglied des Vorstands der CSU-Landtagsfraktion, 1949–1954 Mitglied des Landesvorstands der CSU, Bürgermeister von Westheim, stellvertretender Landrat in Gunzenhausen, Mitglied des Präsidiums des BBV.

Balke, Siegfried
Geb. 1. 6. 1902 in Bochum, gest. 11. 6. 1984 in München, ev., Chemiestudium als Werkstudent in München, 1924 Examen als Diplomingenieur, 1925 Promotion zum Dr.-Ing., 1925–1927 Chemiker bei der Firma Lüscher & Bömper in Fahr am Rhein, seit 1927 Betriebschemiker einer chemischen Fabrik in Aubing, Aufstieg zum technischen Leiter mit Prokura. – Mitbegründer des Vereins der bayerischen chemischen Industrie, 1946–1971 dessen Vorsitzender, Präsidiumsmitglied des Zentralverbands der chemischen Industrie und des Landesverbands der bayerischen Industrie, 1952 Eintritt in das Direktorium der Firma Wacker-Chemie

GmbH in München, 1957–1969 MdB (CSU), 1957–1969 Mitglied des Vorstands der CSU-Landesgruppe, 1954–1969 Mitglied des Landesvorstands der CSU, 1953–1956 Bundespostminister, 1956–1962 Bundesminister für Atomenergie, 1962–1964 Vorsitzender des Kuratorium des Ifo-Instituts, 1964–1969 Präsident der Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände, Honorarprofessor für Chemiewirtschaft in München, Vorsitzender des Vorstands des Deutschen Museums in München, Vorsitzender des Verbands technisch-wissenschaftlicher Vereine und der Vereinigung der technischen Überwachungsvereine, Senator der Max-Planck-Gesellschaft.

Barth, Georg
Geb. 21. 2. 1902 in Ingolstadt/Obb, ev., nach Studium und Promotion Gymnasiallehrer. – Nach 1945 kommissarischer Leiter eines Gymnasiums in Bamberg, Mitbegründer der CSU in Oberfranken, 1946 und 1947–1949 Vorsitzender des CSU-Bezirksverbands Oberfranken, 1947–1949 Mitglied des Landesvorstands der CSU, 1946 Kandidat (CSU) für die VLV.

Bauereisen, Friedrich
Geb. 9. 12. 1895 in Ehingen/Mfr., gest. 15. 1. 1965, ev., 1915–1918 Teilnahme am Ersten Weltkrieg, nach 1918 im landwirtschaftlichen Genossenschaftswesen engagiert, 1932/33 Vorsitzender des Bayerischen Landbunds im Landkreis Dinkelsbühl, 1933 Verlust der öffentlichen Ämter. – 1945 zum Bürgermeister von Ehingen ernannt, 1946 und 1948 durch Wahl im Amt bestätigt, seit 1948 Kreisrat (CSU) in Dinkelsbühl, seit 1946 CSU-Mitglied, 1949–1961 MdB (CSU), 1952–1957 Mitglied des Landesvorstands der CSU, Vorsitzender des BBV und der Raiffeisengenossenschaft in den Landkreisen Dinkelsbühl und Feuchtwangen, Vorsitzender des Zuchtverbands für Fleckvieh in Mittelfranken, seit 1947 Mitglied der Landessynode der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern.

Bensch, Leo Maria
Geb. 9. 10. 1920 in Berlin, kath., aktives Mitglied der katholischen Jugendbewegung im Bund Neudeutschland, nach Abitur und Arbeitsdienst 1940–1945 Teilnahme am Zweiten Weltkrieg. – 1946 zunächst Referent in der Landesgeschäftsstelle der CSU, dann journalistische Ausbildung beim „Münchner Mittag" bzw. „Münchner Merkur", 1949/50 beim Bayerischen Rundfunk tätig, freier Mitarbeiter bei der „CS-Union", 1950–1986 Redakteur des „Bayern-Kurier".

Berberich, Walter
Geb. 2. 10. 1921 in Würzburg, kath., nach dem Abitur 1940 zum Arbeitsdienst, eingezogen, Beginn eines Medizinstudiums, 1941 zur Wehrmacht eingezogen, Teilnahme am Zweiten Weltkrieg und britische Kriegsgefangenschaft bis November 1945. – Studium der Philosophie, Geschichte, Germanistik und Nationalökonomie in Würzburg, 1948 Abbruch des Studiums aus finanziellen Gründen, zunächst freier Journalist, dann 1950–1958 Geschäftsführer des CSU-Bezirksverbands Unterfranken, seit 1958 Geschäftsführer der Deutschen Kriegsgräberfürsorge, Fortsetzung des Studiums, 1965 bei Professor Ulrich Noack in Würzburg mit einer Arbeit über die historische Entwicklung der CSU zwischen 1945 und 1949 zum Dr. phil. promoviert.

Berz, Ludwig
Geb. 17. 9. 1891 in Augsburg, gest. 20. 3. 1975, kath., Studium der Nationalökonomie in München und Erlangen, Promotion zum Dr. phil., übernahm 1934 zusammen mit seinem Bruder Carl die Leitung der Eisengroßhandlung Siller & Laar. – 1952–1956 Stadtrat (CSU) in Augsburg, 1948–1966 Vizepräsident der IHK für Augsburg und Schwaben, Mitglied des Wirtschaftsbeirats der Union, Handelsrichter, 1966 Ausscheiden aus der Geschäftsleitung der Firma Siller & Laar.

Birkl, Rudolf
Geb. 27. 11. 1918 in Hof/Ofr., kath., 1938–1945 Wehrdienst und Teilnahme am Zweiten Weltkrieg (zuletzt Leutnant). – Studium der Medizin, dann Studium der Geschichte und Soziologie, 1949 Promotion zum Dr. phil., 1949–1956 politischer Redakteur und stellvertretender Chefredakteur beim „Hofer Anzeiger" und beim „Zeitungsring Oberfranken", 1956–1958 Landtagskorrespondent in München, 1958–1979 Pressereferent im bayerischen Finanzministerium, Mitbegründer der CSU in Hof, Mitbegründer der JU in Bayern und in Deutschland, Mitglied des ersten Landesrats der JU in Bayern, 1946–1948 Mitglied des Landesvorstands der CSU, 1952–1955 Stadtrat (CSU) in Hof, seit 1953 kommissarischer Fraktionsvorsitzender, Mitglied des Vorstands der Arbeitsgemeinschaft Demokratischer Kreise, Mitglied des Internationalen Presseclubs München und seit 1990 dessen stellvertretender Vorsitzender, Mitglied des Vereins Landtagspresse und des Bayerischen Presseclubs, zeitweise Lehrbeauftragter an der bayerischen Beamtenfachschule und an der bayerischen Verwaltungsschule.

Blum, Ludwig
Kaufmann in München, Vorsitzender eines CSU-Ortsverbands in München, 1946–1950 Mitglied des Vorstands des berufsständischen Rats der CSU, 1948–1950 Mitglied des Landesvorstands der CSU, Mitglied der Arbeitsgemeinschaft der CSU für Handel, Handwerk, Gewerbe und Industrie.

Bodensteiner, Hans
Geb. 18. 11. 1912 in Rückersrieth/Opf., gest. 8. 4. 1995 in Unkel, kath., 1933 Abitur am humanistischen Gymnasium in Weiden, 1933–1935 Verwaltungsangestellter bei der Reichsbahn, anschließend Studium der Rechtswissenschaft und der Nationalökonomie, seit 1941 Teilnahme am Zweiten Weltkrieg, 1944/45 wegen „Wehrkraftzersetzung" in Untersuchungshaft. – Nach Entlassung aus britischer Kriegsgefangenschaft im Herbst 1945 Leiter des Wirtschaftsamts und der Sparkasse sowie Vorsitzender der Spruchkammer im Landkreis Vohenstrauß, 1946–1949 Landrat in Neustadt an der Waldnaab, 1949–1953 MdB (bis 1952 CSU), im November 1952 wegen Kritik an der Außen- und Sicherheitspolitik der Bundesregierung aus der CSU-Landesgruppe ausgeschlossen, Mitbegründer und Generalsekretär der Gesamtdeutschen Volkspartei, nach der Bundestagswahl 1953 Rückzug aus der Politik und Gründung eines landwirtschaftlichen Betriebs für Obst- und Gemüse in Unkel.

Brunner, Josef
Geb. 28. 6. 1903 in München, gest. 1982, kath., bis 1929 Bankkaufmann in München, anschließend Studium der Wirtschaftswissenschaften in Berlin, 1930 Vorsitzender des Berliner Verbands deutscher Zentrumsstudenten, 1931–1933 ehrenamtlicher Geschäftsführer des Zentrums, 1933 Referent für hochschulpolitische und studentische Fragen im Generalsekretariat der Zentrumspartei. – Mitbegründer der CSU in München, 1946–1948 Vorsitzender des Dienstag-Clubs, im Dezember 1949 zum stellvertretenden Generalsekretär, im Dezember 1952 zum Generalsekretär ernannt, am 25. 10. 1954 nach finanziellen Unregelmäßigkeiten in der Landesleitung von seinen Aufgaben entbunden, 1950–1954 Mitglied des Landesvorstands, 1953/54 Mitglied des geschäftsführenden Landesvorstands der CSU.

Butterhof, Franz Xaver
Geb. 7. 12. 1914 in Bamberg/Ofr., gest. 27. 7. 1989 in Schwäbisch Hall, Maler in Nürnberg, CSU-Mitglied, Mitbegründer der JU in Bayern, seit 1947 Mitglied in deren Vorstand, 1947/48 Bundessekretär der JU Deutschlands, 1948 Landesvorsitzender, 1949 stellvertretender Landesvorsitzender der JU Bayerns, 1949–1952 Mitglied des Landesvorstands der CSU, 1948–1952 Landrat in Beilngries.

Dechant, Hans
Geb. 3. 2. 1895 in Bamberg/Ofr., gest. 23. 11. 1962 in Busendorf/Ofr., kath., Landwirt und Gärtnermeister, 1950 Kandidat der CSU für die Landtagswahl in Oberfranken.

Demmelmeier, Hans
Geb. 1. 5. 1887 in Angkofen/Obb., gest. 5. 9. 1973 in Pfaffenhofen/Obb., kath., nach Jurastudium in München Teilnahme am Ersten Weltkrieg, 1918–1920 in französischer Kriegsgefangenschaft, danach zeitweilig Landwirt auf dem elterlichen Hof, 1922 Referendarexamen, 1926 Staatsprüfung für den höheren Justiz- und Verwaltungsdienst, seit 1926 Rechtsanwalt in Pfaffenhofen, bis 1933 BVP-Mitglied, 1940–1944 Teilnahme am Zweiten Weltkrieg. – 1945 vorübergehend als Bürgermeister von Pfaffenhofen eingesetzt, stellvertretender Bezirksvorsitzender des BBV, seit 1946 CSU-Mitglied, 1948 Stadtrat und Kreisrat (CSU) in Pfaffenhofen, 1950–1953 MdL (CSU), 1953–1961 MdB (CSU).

Dengler, Fritz
Geb. 12. 12. 1901, kath., nach Studium der Rechtswissenschaft und Promotion zum Dr. jur. Notar in Regensburg, 1945 Mitbegründer der CSU in Regensburg, 1949/50 Vorsitzender des CSU-Bezirksverbands Oberpfalz, 1949/50 Mitglied des Landesvorstands der CSU, 1948/49 MdWR (CSU).

Deuerlein, Ernst
Geb. 9. 9. 1918 in Rückersdorf/Mfr., gest. 26. 2. 1971, kath., Studium der Geschichte und der Rechtswissenschaft in Wien, Erlangen und München, 1939–1945 Teilnahme am Zweiten Weltkrieg. – 1947–1949 Mitarbeiter des bayerischen Landesjugendamts, Redakteur des CSU-Organs „CS-Union", 1949–1956 in der bayerischen Staatskanzlei tätig und zwischen 1950 und 1954 wichtigster Redenschreiber von Ministerpräsident Hans Ehard, Promotion zum Dr. phil. in München und Habilitation in Erlangen, 1959–1961 Leiter der Arbeitsgruppe Internationale Deutschlandpolitik des Bundesministers für gesamtdeutsche Fragen, Herausgeber der „Dokumente zur Deutschlandpolitik", 1961–1964 Dozent an der Universität Erlangen, 1964–1969 ordentlicher Professor für Geschichte und Kunstgeschichte an der Philosophisch-Theologischen Hochschule Dillingen, 1970/71 Ordinarius an der Universität München.

Donsberger, Josef
Geb. 23. 2. 1898 in Höchstädt an der Donau/Schw., gest. 20. 3. 1963 in München, kath., 1911–1914 Steinmetzlehre, 1915–1918 Teilnahme am Ersten Weltkrieg, bis 1920 im Lazarett, Berufswechsel, Besuch kaufmännischer Kurse an der oberbayerischen Invalidenschule, 1920–1922 Beamtenanwärter bei der Eisenbahndirektion Augsburg, 1924–1928 außerordentlicher Student an der Hochschule für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften bzw. der Handelshochschule in Nürnberg, 1924–1933 beim Bayerischen Eisenbahnerverband, zuletzt Bezirksleiter, 1920–1933 BVP-Mitglied, nach 1933 entlassen und bis 1938 arbeitslos, dann bis 1945 Angestellter bei verschiedenen Firmen und Behörden. – Mitbegründer der CSU in Nürnberg, 1946–1950 und 1952–1962 Mitglied des Landesvorstands der CSU, 1959–1963 Vorsitzender der Beamtenvereinigung der CSU, 1946–1958 MdL (CSU), 1946–1950 Mitglied des Vorstands der CSU-Landtagsfraktion, 1960–1963 MdS, 1946/47 Leiter des Katholischen Volksbüros Nürnberg, Mitbegründer der Beamtenorganisation in Bayern, 1950–1963 2. Vorsitzender des Bayerischen Beamtenbunds, Mitglied des Aufsichtsrats der Sebaldus-Verlag GmbH.

Drachsler, Hans
Geb. 10. 3. 1916 in Plöß (heute Tschechische Republik), gest. 18. 10. 1996, kath., Studium der Geschichte, Altphilologie und Zeitungswissenschaft in Prag, München und Würzburg, Ausbildung zum Redakteur in München, 1939–1945 Teilnahme am Zweiten Weltkrieg. – Nach

1945 politischer Redakteur bei der „Isar-Post" (Landshut), Korrespondent der dpa, 1952–1963 Chefredakteur und Verlagsleiter des „Bayern-Kurier", seit 1958 Mitinhaber eines Verlags und einer Werbeagentur, Vorsitzender der JU im Bezirksverband Niederbayern, 1955–1957 stellvertretender Vorsitzender des CSU-Bezirksverbands Niederbayern, später Vorsitzender des CSU-Kreisverbands München-Ost, 1957–1965 MdB (CSU), 1970–1978 MdL (CSU).

Eberhard, Rudolf
Geb. 1. 11. 1914 in Nürnberg, gest. 26. 12. 1998 in München, ev., 1935–1939 Studium der Rechts- und Staatswissenschaften, 1. juristische Staats- und Diplomprüfung für Volkswirte, 1939–1945 Teilnahme am Zweiten Weltkrieg (zuletzt Hauptmann). – Nach 1945 CSU-Mitglied, 1953–1968 Mitglied des Landesvorstands (1965–1968 als Gast) und 1954–1964 Mitglied des geschäftsführenden Landesvorstands der CSU, 1954–1964 stellvertretender CSU-Vorsitzender, 1963–1969 Vorsitzender des EAK der CSU, nach 1945 zunächst Nebenbeamter am Landratsamt Kronach und Ebermannstadt, seit November 1946 kommissarischer Amtsvorstand, 1947–1957 Landrat in Ebermannstadt, 1957–1964 bayerischer Finanzminister, seit 1958 stellvertretender Ministerpräsident, 1964–1970 Präsident, dann Vorstandsvorsitzender der Bayerischen Staatsbank, 1948–1954 Bezirksrat (CSU) für Oberfranken, 1950–1970 MdL (CSU), 1951–1957 stellvertretender Vorsitzender der CSU-Landtagsfraktion, Mitglied der Landessynode der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern und des Landessynodalausschusses, bis 1957 stellvertretender Vorsitzender des Landkreisverbands Bayern, Vorsitzender des Fremdenverkehrsverbands Nordbayern und des Landesfremdenverkehrsverbands Bayern, Präsident des Deutschen Fremdenverkehrsverbands und der Deutschen Zentrale für Fremdenverkehr.

Ehard, Hans
Geb. 10. 11. 1887 in Bamberg/Ofr., gest. 18. 10. 1980 in München, kath., Jurastudium in München und Würzburg, 1912 Promotion zum Dr. jur., 1914–1918 Teilnahme am Ersten Weltkrieg, 1919 Staatsprüfung für den bayerischen Justiz- und Verwaltungsdienst, im September 1919 als Staatsanwalt in das bayerische Justizministerium berufen, nach dem gescheiterten Hitler-Putsch im November 1923 Untersuchungsführer und Anklagevertreter im Hitler-Prozeß, 1925 in das Reichsjustizministerium abgeordnet, 1931–1933 Ministerialrat im bayerischen Justizministerium, 1933–1945 Senatspräsident am Oberlandesgericht München, vor 1933 BVP-Mitglied. – Mitbegründer der CSU, 1946–1968 Mitglied des Landesvorstands und 1949–1965 Mitglied des geschäftsführenden Landesvorstands der CSU, 1949–1955 CSU-Vorsitzender, 1945/46 Staatssekretär im bayerischen Justizministerium, 1946–1954 und 1960–1962 bayerischer Ministerpräsident, 1962–1966 bayerischer Justizminister, 1947–1949 Mitglied des Rats der Ministerpräsidenten des Länderrats der US-Zone, 1948/49 Mitglied und zeitweise Vorsitzender des Länderrats des Vereinigten Wirtschaftsgebiets, 1950/51 und 1961/62 Bundesratspräsident, 1946 MdVLV (CSU), 1946–1966 MdL (CSU), 1954–1960 Präsident des bayerischen Landtags.

Eichhorn, Wilhelm
Geb. 5. 7. 1879 in Kleinhaßlach/Mfr., gest. 20. 3. 1957 in München, ev., 1921–1951 Mitglied des Vorstands der Bayerischen Landwirtschaftsbank in München (seit 1971 Münchner Hypothekenbank), 1951–1957 Mitglied in deren Aufsichtsrat und 1954–1956 Aufsichtsratsvorsitzender, Mitbegründer der CSU in München, am 11. 10. 1945 zu einem der beiden Vorsitzenden des vorbereitenden Ausschusses der CSU in München gewählt, 1946–1951 Mitglied des Landesvorstands der CSU, 1946 Kandidat (CSU) für die VLV, 1946/47 Präsident, 1947–1950 Mitglied der Landessynode der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern.

Elsen, Franz
Geb. 11. 7. 1906 in München, gest. 23. 2. 1980 in München, kath., nach Besuch der Volks- und Realschule landwirtschaftliche Praktika und Besuch der Landwirtschaftsschule in Haß-

furt, nach dem Abitur seit 1926 Studium der Agrarwissenschaft und Nationalökonomie in München und Erlangen, Diplom-Volkswirt, vor 1933 BVP-Mitglied, 1934–1937 bei der Bayerischen Staatsbank tätig, 1937–1943 Gutsverwalter in Wertheim, 1943–1945 Teilnahme am Zweiten Weltkrieg, 1945 Unterstützung der Freiheitsaktion Bayern. – Mitbegründer der CSU, 1949–1952 Landesschatzmeister der CSU, 1949–1952 Mitglied des Landesvorstands und des geschäftsführenden Landesvorstands der CSU, 1948 Mitinitiator des Wirtschaftsbeirats der Union und dessen langjähriger Generalsekretär, 1948/49 MdWR (CSU), 1950–1966 MdL (CSU), langjähriger Direktor der Bayerischen Staatsbank, 1958–1966 Mitglied der deutschen Atomkommission, Ehrendoktorwürde der Universität München.

Emmert, Heinrich
Geb. 1901, gest. 16. 2. 1974 in Nürnberg, ev., nach Besuch der Realschule kaufmännische Lehre in Nürnberg, anschließend als Werkstudent bei MAN, Besuch der Handelshochschule und Abschluß mit Diplom, Kaufmann in Köln, Berlin, Dresden und Hamburg, zuletzt Verkaufsdirektor, seit 1935 wieder in Bayern tätig. – 1946–1950 MdL (CSU), seit 1947 Staatskommissar für Prüfung und Vollzug des Artikels 160 der bayerischen Verfassung.

Engelhard, Alois
Geb. 10. 4. 1918 in Großenried/Mfr., gest. 12. 5. 1993 in Wolfratshausen/Obb., kath., Volks- und Volksfortbildungsschule in Großenried, 1934/35 Landwirtschaftsschule in Ansbach, Praktikant auf dem Gut Hohenkammer, Vervollständigung der Ausbildung an der bayerischen Landessaatzuchtanstalt in Weihenstephan, seit 1937 Baumeister und Saatzuchttechniker auf dem Staatsgut Osterseeon, 1938 zum Arbeitsdienst eingezogen, 1939–1945 Teilnahme am Zweiten Weltkrieg (zuletzt Hauptwachtmeister). – Nach Entlassung aus britischer Kriegsgefangenschaft zunächst wieder an der bayerischen Landessaatzuchtanstalt in Weihenstephan tätig, seit November 1945 am Arbeitsamt Rosenheim, 1946–1952 Leiter der Nebenstelle Wasserburg des Arbeitsamts Rosenheim, auf eigenen Wunsch von der Arbeitsverwaltung beurlaubt, 1952–1955 Landesgeschäftsführer der CSU, seit März 1955 Schatzmeister und Landessekretär der JU in Bayern, 1956 als Verwalter mit der Durchführung des Siedlungsbauvorhabens Waldram (Wolfratshausen) beauftragt, seit 1959 selbständiger Kaufmann, 1960–1978 Stadtrat (CSU) in Wolfratshausen.

Euerl, Alfred
Geb. 11. 2. 1897 in Nürnberg, gest. 19. 4. 1970 in Nürnberg, ev., Lehre in einer Anwaltskanzlei, Besuch einer kaufmännischen Fortbildungsschule und einer Fachschule für Rechtsanwaltsgehilfen, dann in verschiedenen Nürnberger Anwaltskanzleien und Firmen tätig, 1923–1962 bei der Fränkischen Überlandwerk AG in Nürnberg, vor 1933 in der kirchlichen Jugend- und Männerarbeit engagiert, 1934–1959 Mitglied der Landessynode der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern, Mitglied des Landessynodalausschusses, wegen seines Protests gegen die Verhaftung Pastor Niemöllers selbst von der Gestapo verhaftet. – Mitbegründer der CSU in Nürnberg, 1946–1952 Vorsitzender des CSU-Bezirksverbands Nürnberg-Fürth und bis zu seinem Tod Mitglied des Bezirksvorstands, 1946/47 und 1958–1967 Mitglied des Landesvorstands der CSU, 1946–1948 Stadtrat (CSU) in Nürnberg, 1946–1966 MdL (CSU), Mitglied im Rundfunkrat des Bayerischen Rundfunks.

Fackler, Franz Xaver
Geb. 20. 10. 1895 in München, gest. 23. 9. 1963 in München, kath., Bäckerlehre, 1915–1917 Teilnahme am Ersten Weltkrieg, seit 1917 bei der AOK Wolfstein tätig, seit 1919 Bezirksleiter der Christlichen Gewerkschaften in München, seit 1923 Sachbearbeiter im Arbeitsamt München, 1926 Betriebsratsvorsitzender, nach 1933 mehrmals verhaftet, 1939–1944 Untersuchungshaft wegen Mitgliedschaft in einer monarchistischen Widerstandsgruppe, 1944 vom Volksgerichtshof zu 27 Monaten Gefängnis verurteilt. – Nach 1945 Übernahme einer Reklamefirma, Mitbegründer der CSU in München, Mitglied des Vorstands des CSU-Bezirksver-

bands München, Vorsitzender der Kommunalpolitischen Vereinigung der CSU im Bezirksverband Oberbayern, 1949/50 Mitglied des Landesvorstands der CSU, 1946–1963 Stadtrat in München und seit 1949 Vorsitzender der CSU-Stadtratsfraktion, 1950 Kandidat (CSU) für die Landtagswahl.

Feury, Otto Freiherr von
Geb. 27. 12. 1906 in München, gest. 27. 3. 1998 in Steinhöring/Obb., kath., 1926–1931 Studium der Rechtswissenschaft und Nationalökonomie, zugleich Volontär in einer Eisengroßhandlung in Frankfurt am Main, bei der Bayerischen Vereinsbank in München, bei der London and Eastern Tradebank und beim Völkerbund in Genf, 1931–1935 Angestellter der Auslandsabteilung der Bayerischen Vereinsbank in München, 1933 Übernahme des Gutshofs Thailing bei Steinhöring. – Seit 1946 CSU-Mitglied und Kreisrat (CSU) in Ebersberg, seit 1949 Mitglied des Landesausschusses der CSU, seit 1950 Mitglied des Ernährungsausschusses des Wirtschaftsbeirats der Union, seit 1952 Mitglied des Landesvorstands und des geschäftsführenden Landesvorstands der CSU, 1952–1961, 1963–1968 und seit 1970 1. Landesschriftführer der CSU, 1961–1963 und 1968–1970 2. Landesschriftführer der CSU, 1950–1978 MdL (CSU), 1957 MdB (CSU), 1946–1981 Bezirksobmann des BBV in Ebersberg, seit 1949 stellvertretender Vorsitzender des BBV in Oberbayern, 1955–1977 Präsident (später Ehrenpräsident) des BBV, seit 1956 Mitglied des Präsidiums des DBV, 1959–1977 dessen Vizepräsident, Vizepräsident der Vereinigung der EWG-Bauernverbände in Brüssel, seit 1966 Mitglied des Außenhandelsbeirats beim Bundesminister für Wirtschaft.

Fischer, Franz
Geb. 3. 3. 1889 in Kadeltshofen/Schw., gest. 16. 8. 1962, kath., Studium an der TH München, 1913 Abschluß als Dipl.-Ing., 1918 große Staatsprüfung, zunächst am Kulturbauamt Ingolstadt, dann 1920–1945 am Kulturbauamt München tätig (seit 1937 als Regierungsbaurat I. Klasse). – Im Mai 1945 von Karl Scharnagl im Auftrag der amerikanischen Militärregierung kommissarisch mit der Leitung des staatlichen Bauwesens betraut, seit Juli 1945 als Ministerialrat Leiter der Bauabteilung im bayerischen Innenministerium, 1947–1950 Staatssekretär für das Bauwesen und Leiter der 1948 wiederrichteten Obersten Baubehörde im bayerischen Innenministerium, 1951–1954 Leitung derselben Behörde im Range eines Ministerialdirektors, 1947–1950 Mitglied des Landesvorstands der CSU.

Fischer, Heinz
Geb. 26. 11. 1919 in Breslau, gest. 19. 11. 1973 in Erlangen/Mfr., ev., 1939 Abitur, dann nach vier Semestern Medizinstudium zur Luftwaffe eingezogen. – Mitbegründer der CSU, 1947–1949 Geschäftsführer des CSU-Kreisverbands Münchberg, 1949 Mitglied des Landesvorstands der CSU, 1949 Mitglied des Vorstands des CSU-Bezirksverbands Oberfranken, Bezirksobmann der JU in Oberfranken, 1948–1950 Stadtrat (CSU) in Münchberg, seit 1948 Kreisrat (CSU) in Münchberg, 1945 medizinischer Gehilfe am Krankenhaus Hof, ehrenamtliche Betreuung von Flüchtlingen und Vertriebenen, seit 1949 im Landratsamt (Flüchtlingsamt) Münchberg beschäftigt, später Verlagskaufmann.

Fischer, Josef
Geb. 2. 9. 1906 in Dießen/Obb., gest. 8. 1. 1975, kath., Schreinerlehre, seit 1923 in Augsburg in der Industrie tätig, seit 1930 kaufmännischer Angestellter, BVP-Mitglied, seit 1925 Mitglied der katholischen Arbeiterbewegung und der Christlichen Gewerkschaften, Betriebsrat. – Mitbegründer der CSU im Stadt- und Landkreis Augsburg, 1947–1949 Vorsitzender der CSU-Bezirksverbände Augsburg und Schwaben, 1949–1964 Vorsitzender des CSU-Bezirksverbands Augsburg, 1947–1964 Mitglied des Landesvorstands der CSU, im Oktober 1945 Mitglied des Stadtbeirats Augsburg, 1946–1948 Stadtrat (CSU) in Augsburg, seit 1954 Bezirksrat (CSU) für Schwaben, später Bezirkstagspräsident, 1946–1950 MdL (CSU), 1947–1952 Arbeitsgerichtsrat, 1952–1972 Direktor bei Haindl-Papier.

Fleischmann, Charlotte
Geb. 5. 10. 1908 in München, Graphikerin und Innenarchitektin, in der NS-Zeit Kontakte zum nach dem 20. 7. 1944 hingerichteten Franz Sperr. – Seit 1946 CSU-Mitglied, Mitarbeiterin der Parteizeitung „Der Gerade Weg", 2. Vorsitzende des CSU-Bezirksverbands München, 1949 erfolglose Kandidatur für den Bundestag im Wahlkreis München-Nord, 1949/50 verantwortliche Redakteurin der „CSU-Correspondenz", 1952 wegen Teilnahme an sogenannten Friedensaktionen aus der CSU ausgeschlossen.

Franckenstein, Georg von und zu
Geb. 20. 8. 1898 in Nördlingen/Schw., gest. 27. 3. 1965 in Würzburg, kath., 1916–1918 Teilnahme am Ersten Weltkrieg, Studium in Würzburg und an der Landwirtschaftlichen Hochschule Hohenheim, landwirtschaftlicher Praktikant auf mehreren Gütern, anschließend Verwaltung des land- und forstwirtschaftlichen Familienbesitzes, den er 1931 übernahm, Teilnahme am Zweiten Weltkrieg. – Mitbegründer des BBV, seit 1945 Landrat in Scheinfeld, 1946 Kandidat (CSU) für die VLV, 1950–1965 MdL (CSU), Präsident der Gesellschaft für Fränkische Geschichte, Vorsitzender der Genossenschaft katholischer Edelleute in Bayern.

Frommknecht, Otto
Geb. 17. 11. 1881 in Grünenbach/Schw., gest. 16. 8. 1969, kath., 1901–1905 Studium des Bauingenieurwesens in München, Diplom-Ingenieur, Mitglied der katholischen Studentenverbindung Vindelicia, 1909 Eintritt in den Dienst der bayerischen Staatsbahnen, bis 1917 Teilnahme am Ersten Weltkrieg bei der Feldeisenbahn, seit 1919 bei der Reichsbahn, 1919–1933 BVP-Mitglied, Mitglied des Wirtschaftsbeirats der BVP, bis 1924 Vorsitzender der BVP in Obermenzing, 1919–1924 Bürgermeister von Obermenzing, bis 1930 Gemeinderat in Obermenzing, 1920–1922 Landesleiter der Technischen Nothilfe Bayern, nach 1933 beruflich benachteiligt, 1938 vom Dienst suspendiert und verhaftet, 1939 vom Volksgerichtshof wegen versuchten Landesverrats zu einem Jahr Zuchthaus verurteilt, nach seiner Entlassung aus dem Zuchthaus Amberg zunächst arbeitslos, dann 1940–1945 bei der Firma Brown & Boveri beschäftigt. – Im Juli 1945 mit der Leitung des Reichsbahn-Baustabs der Reichsbahndirektion München beauftragt, auf dem Weg der Wiedergutmachung rückwirkend zum Abteilungspräsidenten befördert, 1947–1950 bayerischer Verkehrsminister, 1947 Mitglied des Verwaltungsrats für Verkehr der Bizone, CSU-Mitglied, 1947–1950 Mitglied des Landesvorstands der CSU.

Fuchs, Gustav
Geb. 2. 1. 1900 in Kraisdorf/Ufr., gest. 21. 3. 1969 in Bamberg/Ofr., kath., arbeitete nach dem Besuch der Volksschule auf dem elterlichen Hof, den er 1925 übernahm, 1918 Teilnahme am Ersten Weltkrieg, vor 1933 BVP-Mitglied, 1939/40 Teilnahme am Zweiten Weltkrieg. – 1945 Mitbegründer der CSU in Kraisdorf, 1946 Obmann des BBV im Landkreis Ebern, 1953–1969 Präsident des BBV in Unterfranken, 1945–1964 Bürgermeister von Kraisdorf, Mitbegründer der CSU in Kraisdorf, 1948–1952 Kreisrat (CSU) im Landkreis Ebern, 1949–1961 MdB (CSU), 1964–1969 MdS.

Fürstenberg, Elimar Freiherr von
Geb. 27. 5. 1910 in Konstantinopel, 10. 7. 1981 in Wesseling, kath., 1930–1936 Studium der Philosophie und Staatswissenschaften in Freiburg, München und Rom, 1936 Promotion zum Dr. phil., 1937/38 Tätigkeit bei der Deutschen Bank und Diskontogesellschaft in Istanbul, seit 1939 Teilnahme am Zweiten Weltkrieg. – 1947 Rückkehr aus der Kriegsgefangenschaft, 1948 Dozent an der Hochschule Regensburg, später Konsul in Marseille, 1949–1953 MdB (bis 1950 BP, dann CSU).

Gallmeier, Josef
Geb. 6. 12. 1906 in München, gest. 13. 4. 1980 in Landshut, kath., zwei Jahre kaufmännische Lehre, dann Besuch einer höheren Handelsschule, seit 1926 BVP-Mitglied, bis 1940 in der Nahrungsmittelindustrie tätig, 1940–1945 Teilnahme am Zweiten Weltkrieg. – 1945–1948 Leiter des Ernährungs- und Wirtschaftsamts Landshut, 1946–1948 Oberbürgermeister von Landshut, Mitbegründer und 1947–1963 Vorsitzender des CSU-Kreisverbands Landshut, 1953–1961 Mitglied des Landesvorstands der CSU, seit 1948 Stadtrat (CSU) in Landshut und Vorsitzender der CSU-Stadtratsfraktion, 1965/66 MdL (CSU).

Gamperl, Georg
Geb. 21. 4. 1898 in Aresing/Obb., gest. 13. 9. 1966 in Regensburg, kath., 1916–1918 Teilnahme am Ersten Weltkrieg, 1919 Angehöriger des Freikorps Oberland, 1931 Promotion zum Dr. phil., 1938 Staatsexamen als Nahrungsmittelchemiker, 1937 an der Staatlichen Chemischen Untersuchungsanstalt in München, seit 1938 bei der Allgäuer Alpenmilch AG in Biessenhofen tätig, vor 1933 BVP-Mitglied, 1933–1936 Emigration nach Österreich, 1943–1947 Direktor der Chemischen Untersuchungsanstalt in Regensburg. – Mitbegründer der CSU in der Oberpfalz, 1947–1949 Vorsitzender des CSU-Bezirksverbands Oberpfalz, 1946–1949 Mitglied des Landesvorstands der CSU.

Geiger, Hugo
Geb. 1. 4. 1901 in Furth im Wald/Opf., gest. 8. 7. 1984 in Feldafing/Obb., kath., Studium der Mathematik, Physik, Pädagogik und Nationalökonomie in München, Würzburg, Erlangen und Berlin, Staatsexamen in Mathematik und Physik, Diplom-Volkswirt, 1927/28 Lehrer für Mathematik und Physik in Würzburg, anschließend Anstellung beim Bankhaus Jacob Löw Feuchtwanger in München, 1929–1949 bei der Allianz-Lebensversicherungs-AG in Stuttgart, Berlin und München tätig, zuletzt Vorstandsmitglied. – 1945 Leiter des Wirtschaftsamts Furth im Wald, 1946 bei der Reorganisation des Allianzkonzerns in München und Stuttgart tätig, Mitbegründer der CSU, 1947–1950 und 1952–1959 Mitglied des Landesvorstands sowie 1952–1959 Mitglied des geschäftsführenden Landesvorstands der CSU, 1949/50 Vorsitzender des CSU-Bezirksverbands München, 1952–1959 Landesschatzmeister der CSU, 1947–1950 Staatssekretär im bayerischen Wirtschaftsministerium, 1946 MdVLV (CSU), 1950–1953 MdL (CSU), 1953–1961 MdB (CSU), 1958–1961 MdEP, Vorsitzender mehrerer Aufsichtsräte, 1949 führend an der Gründung der Fraunhofer-Gesellschaft beteiligt und bis 1951 deren Senatsvorsitzender, 1949–1951 Präsident des Beirats der Deutschen Zentrale für Fremdenverkehr.

Gensert, Hans Hubert
Ev., als Sohn eines Apothekers in Friedland/Schlesien geboren, Studium der Zeitungswissenschaften, danach Assistent bei Prof. Dr. Emil Dovifat in Berlin und Journalist, vor 1945 u. a. in der Presseabteilung der Reichsregierung tätig. – 1945/46 beim Rundfunk in München, danach Chef vom Dienst beim „Echo der Woche" in München, 1948/49 Chef vom Dienst der CSU-Parteizeitung „Der Gerade Weg".

Gerstl, Max
Geb. 17. 12. 1883 in München, gest. 27. 1. 1968, kath., nach der Volksschule Besuch von kaufmännischen Fortbildungs- und Sprachkursen, Privatstudien volkswirtschaftlicher, sozialer und politischer Art, Kaufmann, 1908–1915 Sekretär im Landessekretariat München des Volksvereins für das Katholische Deutschland, 1915–1918 Sekretär des Zentrums in München, 1915–1918 Teilnahme am Ersten Weltkrieg, Mitbegründer und 1918/19 Sekretär der BVP für den Kreisverband München-Stadt, 1920–1923 Redakteur (Zeitungen: „Amper-Bote", „Glonnthal-Bote", „Landpost") und kaufmännischer Leiter der Druckerei und Verlagsanstalt „Bayerland" in Dachau, seit 1923 Geschäftsführer des BVP-Kreisverbands München und Redakteur der Zeitschrift „Treu zur Fahne", 1919/20 und 1925–1933 Stadtrat

(BVP) in München, 1930–1933 Referent bei der Reichszentrale für Heimatdienst, nach 1933 wiederholt vorübergehend verhaftet und im Gefängnis Stadelheim bzw. im KL Dachau inhaftiert, bis 1945 Buchhalter. – Mitbegründer der CSU, 1945–1948 (berufsmäßiger) Stadtrat in München (Leiter des Wohnungsreferats), 1948 Mitbegründer der Kommunalpolitischen Vereinigung der CSU und eines ihrer führenden Mitglieder, Bezirksrat (CSU) für Oberbayern und 1954–1958 Vorsitzender der CSU-Bezirkstagsfraktion, 1951–1959 Mitglied des Landesvorstands der CSU, Vorsitzender des Satzungsausschusses der CSU.

Göttler, Wilhelm
Geb. 19. 4. 1890 in Lindau/Schw., gest. 22. 2. 1953, Küfermeister, Teilnahme am Ersten Weltkrieg, 1916–1946 Gastwirt, 1922–1932 Stadtrat in Lindau, 1933 aller Ehrenämter enthoben, im August 1944 vorübergehend verhaftet. – 1945 zum Stadtrat in Lindau ernannt, Mitbegründer der Christlich-Demokratischen Partei in Lindau, 1948 zum 2. Bürgermeister gewählt, 1947 MdL in Württemberg-Hohenzollern, 1950–1953 MdL (CSU) in Bayern.

Goss, Franz Ritter von
Geb. 29. 3. 1896 in München, gest. 22. 12. 1951, kath., 1914–1920 aktiver Offizier (zuletzt Oberleutnant) im bayerischen Heer, 1917 mit dem Militär-Max-Joseph-Orden ausgezeichnet, Studium der Nationalökonomie und der Rechtswissenschaft, Promotion zum Dr. rer. pol., Praktikum bei der Bayerischen Handelsbank in München, 1922–1926 kaufmännischer Angestellter bei der AEG in Madrid, 1927–1933 Auslandskorrespondent in Spanien, 1934–1938 Leiter des Deutschen Nachrichtenbüros in Spanien und Pressebeirat der deutschen Botschaft in Madrid, 1938 Wiedereintritt in den Heeresdienst, 1939–1945 Teilnahme am Zweiten Weltkrieg (zuletzt Oberstleutnant) und Kriegsgefangenschaft. – 1946 Zunächst Referent in der Abteilung Export und Import des bayerischen Wirtschaftsministeriums, dann mehrere Monate von der amerikanischen Besatzungsmacht interniert, nach seiner Entlassung im August 1946 in der freien Wirtschaft, Februar–Dezember 1950 Referent des Informations- und Presseamts der bayerischen Staatskanzlei, zeitweise beurlaubt und in dieser Zeit Pressereferent beim Landesausschuß der bayerischen Industrie.

Grasmann, Max
Geb. 20. 6. 1889 in Tokio, gest. 9. 3. 1977 in München, kath., 1909–1913 Kriegs- und Artillerie-Ingenieurschule, 1908–1920 Militärdienst als Artillerie-Offizier (zuletzt Hauptmann), 1919–1921 Jura- und Volkswirtschaftsstudium in Würzburg und München, 1921 Promotion zum Dr. jur. et rer. pol., 1921 wissenschaftlicher Hilfsarbeiter beim Bayerischen Industriellen-Verband, 1921/22 Angestellter bei den Siemens-Schuckert Werken, 1923–1936 Geschäftsführer bzw. Hauptgeschäftsführer des Bayerischen Industriellen-Verbands, 1937–1947 Direktor der Industrieabteilung der Bayerischen Versicherungsbank/Allianz Versicherungs AG. – 1945–1948 Stadtrat (CSU) in München, 1946 1. Beisitzer des Finanzausschusses der CSU, 1946 Schatzmeister des CSU-Bezirksverbands München und Mitglied des Bezirksvorstands, 1946–1948 Landesschatzmeister der CSU, 1946–1948 Mitglied des Landesvorstands und des geschäftsführenden Landesvorstands der CSU, 1947–1955 Präsident der Bayerischen Landeszentralbank, Mitglied des Zentralbeirats der Bank Deutscher Länder, Mitglied und Vorsitzender zahlreicher Aufsichtsräte, japanischer Generalkonsul in München.

Greib, Karl
Geb. 5. 9. 1899 in Amöneburg/Hessen, gest. 24. 4. 1976 Bad Kissingen/Ufr., kath., Volontär in einem Baugeschäft, 1917/18 Teilnahme an Ersten Weltkrieg, 1923 Besuch der christlichsozialen Schule in Königswinter, 1924–1933 Geschäftsführer der Christlichen Gewerkschaften in Frankfurt am Main, Aschaffenburg und Würzburg, 1933 entlassen und zunächst Versicherungsinspektor, 1934 Gründung eines eigenen Lebensmittelgeschäfts in Würzburg, 1939–1945 Teilnahme am Zweiten Weltkrieg. – 1945 Mitarbeiter von Adam Stegerwald, Mit-

begründer und Geschäftsführer der CSU in Unterfranken, 1949–1957 Vorsitzender des CSU-Bezirksverbands Unterfranken, 1949–1957 Mitglied des Landesvorstands der CSU, 1950–1962 MdL (CSU), seit 1946 Vorsitzender des Landesverbands des bayerischen Einzelhandels in Unterfranken und Mitglied des Vorstands des Landesverbands des bayerischen Einzelhandels, Mitglied des Präsidiums der Hauptgemeinschaft des deutschen Einzelhandels.

Hahn, Elisabeth
Geb. 19. 11. 1901 in München, gest. 4. 12. 1987 in Tutzing/Obb., kath., 1920 Staatsexamen als Erzieherin und kleines Sprachlehrerinnenexamen in Englisch, 1921 in Französisch, 1922–1925 Erzieherin, 1925–1928 Ausbildung zur Bibliothekarin, anschließend in München in diesem Beruf tätig, seit 1925 Leiterin der Münchner Kinderlesestuben, 1928 staatliche Anerkennung als Wohlfahrtspflegerin, Mitglied des Katholischen Frauenbunds, 1929–1934 Fachreferentin an der Sozial-Caritativen Frauenschule des Katholischen Deutschen Frauendienstes, seit 1930 Mitarbeit beim Volksbund für das Deutschtum im Ausland, 1933 in den Innendienst versetzt (Volkskundliches Archiv), bis 1933 redaktionelle Mitarbeit bei verschiedenen Zeitschriften, seit 1934 Redeverbot, verdeckt regimekritische Vorträge unter Pseudonym, 1939 Versetzung an das Wohlfahrtsamt, 1941 aus gesundheitlichen Gründen als Bibliotheksobersekretärin in den Ruhestand versetzt, Kontakte zum Widerstand, Verbindungen zu Fritz Schäffer und Thusnelda Lang-Brumann. – 1946 Vorsitzende des Ausschusses Frau und Familie der CSU, 1947 Mitbegründerin der Arbeitsgemeinschaft der Frauen in der CSU, 1946–1948 Mitglied des Landesvorstands der CSU, bis 1947 hauptamtliche Mitarbeiterin der CSU, 1946 Kandidatin (CSU) für die VLV, Kreisrätin (CSU) in Starnberg, 1948 Rückzug aus der aktiven Politik, 1948 Mitbegründerin der Hausfrauenvereinigung, bis 1957 deren Landesvorsitzende und Mitglied in deren Bundesvorstand, Redakteurin der Zeitschrift „Frauen an der Arbeit", Geschäftsführerin der Katholischen Arbeitsgemeinschaft für Volksgesundung.

Haindl, Georg
Geb. 1. 12. 1914 in Augsburg, gest. 15. 7. 1970 in Augsburg, kath., 1934 Abitur am Humanistischen Gymnasium St. Stephan in Augsburg, 1934–1938 Studium der Rechtswissenschaft und der Nationalökonomie in München, Innsbruck und Berlin, 1938 Examen als Diplom-Volkswirt, 1939 Promotion zum Dr. rer. pol., Teilnahme am Zweiten Weltkrieg als Artillerie-Offizier (zuletzt Hauptmann). – Seit 1949 persönlich haftender geschäftsführender Gesellschafter, seit 1963 Vorsitzender der Geschäftsführung der G. Haindl'schen Papierfabriken, 1958–1970 Präsident der IHK Augsburg, 1964–1970 Mitglied des Präsidiums des LBI, 1958–1970 Vorsitzender des Vereins der Bayerischen Papier-, Pappen-, Zell- und Holzstoffindustrie, seit 1959 stellvertretender Vorsitzender des Treuhänderkollegiums der Treuhandstelle der Zellstoff- und Papier-Industrie, nach deren Umbenennung 1968–1970 stellvertretender Präsident des Verbands Deutscher Papierfabriken, 1952–1970 Vizepräsident des Verwaltungsrats der Deutschen Bundesbahn, seit 1946 CSU-Mitglied, 1950–1970 Mitglied des Landesvorstands der CSU, 1949–1970 Vorsitzender des Wirtschaftsbeirats der Union, 1966 Mitbegründer des Schwäbischen Hochschulkuratoriums, 1969 Mitbegründer der Gesellschaft der Freunde der WiSo Augsburg.

Haisch, Andreas
Geb. 3. 8. 1901 in Westerheim/Schw., gest. 4. 9. 1969 in Memmingen/Schw., kath., theoretische und praktische Ausbildung in der Landwirtschaft, volkswirtschaftliche Studien, seit 1923 in der katholischen Jugendbewegung engagiert, Diözesan- und Landesobmann, vor 1933 Bezirkssekretär des Bayerischen Christlichen Bauernvereins in Günzburg und BVP-Mitglied, führte die Bayernwacht in Mittel- und Nordschwaben, nach 1933 wiederholt verhaftet und beruflich benachteiligt, seit 1934 in der landwirtschaftlichen Beratung tätig, 1943 Landwirtschaftsrat und Saatzuchtfachmann, Teilnahme am Zweiten Weltkrieg. – 1946 Leiter des Landwirtschaftsamts in Kempten, 1948–1955 Direktor des BBV für Schwaben und

Augsburg, seit 1955 stellvertretender Präsident im BBV Schwaben, seit 1955 Landrat in Mindelheim, 1951–1969 MdL (CSU), 1955–1968 Mitglied des Landesvorstands der CSU, 1964–1969 Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft Landwirtschaft in der CSU, Vorsitzender der Landesvereinigung der Bayerischen Milchwirtschaft.

Hammerschmidt, Helmut
Geb. 28. 5. 1920 in Cottbus, kath., Studium der Medizin und Chemie in Berlin, 1942 aufgrund politischer und rassischer Kriterien zwangsexmatrikuliert, Betriebsassistent in der pharmazeutischen Industrie. – Nach 1945 Journalist, 1946–1948 Leiter des Ressorts Innenpolitik beim „Echo der Woche" in München, 1948/49 Leiter des Parteiverlags der CSU und 2. Lizenzträger der Wochenzeitung „Der Gerade Weg", 1949–1953 Autor politischer Sendereihen beim Bayerischen Rundfunk, dann bis 1957 Leiter der Abteilung Aktuelles und stellvertretender Chefredakteur des Fernsehens beim Bayerischen Rundfunk, seit 1961 für Fernsehen zuständiger Chefredakteur des Süddeutschen Rundfunks, 1965–1977 Intendant des Südwestfunks, seit 1977 Leiter des Instituts für Fernsehzuschauerforschung „teleskopie" in Bonn, CDU-Mitglied.

Haniel-Niethammer, Fritz von
Geb. 20. 7. 1895 in Köln, gest. 24. 5. 1977 in Tunzenberg/Ndb., kath., 1914–1920 Teilnahme am Ersten Weltkrieg und Kriegsgefangenschaft, landwirtschaftliches Lehrjahr und Studium der Nationalökonomie, 1923 Promotion zum Dr. rer. pol., anschließend bei einer Handelskammer, bei Banken und im Verlagswesen tätig, 1926/27 Studienreise in die USA, ließ sich 1932 auf dem Familienbesitz in Tunzenberg nieder, den er seitdem bewirtschaftete, 1939–1945 Teilnahme am Zweiten Weltkrieg (zuletzt Major). – Mitbegründer der CSU in Dingolfing, Kreisrat (CSU) und stellvertretender Landrat in Dingolfing, 1950–1965 Vorsitzender des CSU-Bezirksverbands Niederbayern, 1951–1965 Mitglied des Landesvorstands der CSU, 1950–1954 MdL (CSU), 1957–1965 MdB (CSU), Mitbegründer und Vorsitzender einer gemeinnützigen Baugenossenschaft in Dingolfing, Vorsitzender der Molkereigenossenschaft Dingolfing.

Haunhorst, Hanswolf
Geb. 19. 3. 1921, gest. 1993, ev., wegen „politischer Unzuverlässigkeit" in der NS-Zeit vom Studium ausgeschlossen, vor Kriegsausbruch kurzes Gaststudium in Paris, Verbindungen zum Widerstand, Teilnahme am Zweiten Weltkrieg als Offizier. – Mitbegründer der CSU und der JU in Bayern, Sprecher des Parlaments der JU in Bayern, 1949 Mitglied des Deutschlandrats der JU, seit 1946 in der Landesgeschäftsstelle der CSU für die Verbindung zur Militärregierung zuständig, 1949 Mitglied des Landesvorstands der CSU, seit 1952 CDU-Mitglied, zeitweilig Mitglied des Medienausschusses der CDU, nach 1945 zunächst für den Rundfunk und für die Nachrichtenagentur Reuter tätig, seit 1950 Mitarbeiter im Reorientation Program der U.S.-High Commission, seit 1952 Pressereferent der US-Botschaft und freier Korrespondent des „Time Magazine", seit 1961 bei der Deutschen Welle in Bonn tätig, zuletzt als Studioleiter, dann Chefredakteur einer Zeitschrift, Rundfunkkommentator und freier Journalist.

Haußleiter, August
Geb. 5. 2. 1905 in Nürnberg, gest. 8. 7. 1989 in München, ev., Studium der ev. Theologie und Philosophie in Erlangen, vor 1933 DVP-Mitglied, 1928–1940 Redakteur des „Fränkischen Kuriers" in Nürnberg, nach Konflikten mit Gauleiter Julius Streicher entlassen, Teilnahme am Zweiten Weltkrieg und Kriegsgefangenschaft. – Nach 1945 Lehrer in Neudrossenfeld, Mitbegründer der CSU in Kulmbach, 1946 MdVLV (CSU), 1946–1954 MdL (bis 1949 CSU, dann fraktionslos bzw. DG), 1947 als Militarist aus dem bayerischen Landtag ausgeschlossen, erhielt sein Mandat jedoch durch einen Beschluß des bayerischen Verfassungsgerichtshofs zurück, 1950–1952 Vorsitzender der DG-Fraktion, 1946/47 und 1948/49 Mitglied des

Vorstands der CSU-Landtagsfraktion, 1946–1949 Mitglied des Landesvorstands und des geschäftsführenden Landesvorstands der CSU, 1948/49 stellvertretender CSU-Vorsitzender, im September 1949 Austritt aus der CSU, im Januar 1949 Mitbegründer der Deutschen Union, im November 1949 Gründung der DG, 1965 Eingliederung der DG in die Aktionsgemeinschaft Unabhängiger Deutscher und deren stellvertretender Vorsitzender, 1979 Europa-Wahlbündnis zwischen der Aktionsgemeinschaft Unabhängiger Deutscher, der Grünen Aktion Zukunft und der Grünen Liste Umweltschutz, März-Juni 1980 Vorstandsmitglied der Partei Die Grünen, Leiter der Wochenzeitung „Die Grünen", 1986/87 erneut MdL (Die Grünen).

Heck, Bruno
Geb. 20. 1. 1917 in Aalen, gest. 16. 9. 1989 in Blaubeuren, kath., vor 1933 im Bund Neu-Deutschland engagiert, Studium der kath. Theologie und Philosophie in Tübingen, seit 1938 Wehrdienst, dann 1939–1945 Teilnahme am Zweiten Weltkrieg. – Nach 1945 Studium der klassischen Philologie, Germanistik und Geschichte in Tübingen, 1948 1., 1949 2. Staatsexamen für das Lehramt an Gymnasien, 1950 Promotion zum Dr. phil., 1950–1952 Regierungsrat im Kultusministerium von Württemberg-Hohenzollern, seit 1946 CDU-Mitglied, führendes Mitglied der JU in Württemberg-Hohenzollern, 1952–1958 Bundesgeschäftsführer, 1967–1971 Generalsekretär der CDU, 1957–1976 MdB (CDU), 1961/62 Parlamentarischer Geschäftsführer der Unionsfraktion, 1962–1968 Bundesminister für Familie und Jugend, 1968–1989 Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Heggenreiner, Heinz
Geb. 21. 7. 1898 in München, gest. 1. 10. 1959 in Rom, kath., 1916 Eintritt in die bayerische Armee als Fahnenjunker, 1916–1918 Teilnahme am Ersten Weltkrieg, 1918–1921 Studium der Kunstgeschichte, Geschichte und Literaturgeschichte der romanischen Völker in München, 1921 Eintritt in die Reichswehr, 1937–1939 Verbindungsoffizier zum italienischen Expeditionskorps beim deutschen Militärattaché in Spanien, 1939–1942 Mitarbeiter des deutschen Militärattachés in Rom, hochrangiger Verbindungsoffizier zu italienischen Stäben und Militärdienststellen in verschiedenen Funktionen, u. a. 1940–1942 Verbindungsoffizier des Oberkommandos der Wehrmacht im italienischen Hauptquartier in Libyen, seit Herbst 1943 Verbindungsoffizier beim Kriegsminister der Repubblica Sociale Italiana, Rodolfo Graziani, im April 1945 als Oberst von amerikanischen Truppen gefangengenommen und bis März 1946 in Kriegsgefangenschaft. – 1947/48 Vertreter der Gemeinde Garmisch-Partenkirchen bei der amerikanischen Militärregierung, 1948 Wiederaufnahme des Studiums der Kunstgeschichte in München, seit Februar 1949 Landesgeschäftsführer der CSU, zeitweise auch mit der Vertretung des Generalsekretärs beauftragt, seit November 1950 im diplomatischen Dienst der Bundesrepublik Deutschland und dem Generalkonsulat bzw. der Botschaft in Rom zugeteilt, 1954–1956 in der Dienststelle Berlin des Auswärtigen Amts tätig, 1956–1958 Mitarbeiter der Kulturabteilung des Auswärtigen Amts in Bonn, 1958 an die Botschaft in Rom versetzt.

Heinrich, Adolf
Geb. 6. 5. 1910 in Selb/Ofr. als Adolf Krippner, gest. 11. 10. 1959, ev., 1913 von Franz Heinrich, dem Gründer und Besitzer der Porzellanfabrik Heinrich & Co. und dessen Ehefrau Jette adoptiert, 1930 Praktikant in der Lohnbuchhalterei, in den folgenden Jahren Aufstieg zum Fabrikdirektor.

Hellmann, Otto
Geb. 23. 7. 1881 in Engelmannsreuth/Ofr., gest. 17. 10. 1957 in Augsburg, kath., Sohn eines Bahnhofsvorstehers, Abitur am Humanistischen Gymnasium St. Stephan in Augsburg, Jurastudium in Würzburg und München, 1908 Staatsexamen (mit Auszeichnung), Promotion zum Dr. jur., Rechtspraktikant, Eisenbahnassessor und Direktionsrat bei den Eisenbahndi-

rektionen Augsburg und München sowie im bayerischen Verkehrsministerium, Teilnahme am Ersten Weltkrieg, seit 1920 Verkehrsreferent im bayerischen Staatsministerium für Handel, Industrie und Gewerbe bzw. im Staatsministerium des Äußeren, seit 1925 Ministerialrat, Mitglied der BVP und des Wirtschaftsbeirats der BVP, 1928–1932 MdL (BVP), 1933–1946 Präsident der Reichsbahndirektion Augsburg, in der NS-Zeit Mitglied des Beirats der Landesplanungsgemeinschaft Bayern. – Nach 1945 am Aufbau der CSU in Schwaben beteiligt, zunächst stellvertretender Vorsitzender, dann 1955–1957 Vorsitzender des CSU-Bezirksverbands Schwaben, 1955–1957 Mitglied des Landesvorstands der CSU, Mitglied des Vorstands des Wirtschaftsbeirats der Union.

Helmerich, Michael
Geb. 6. 4. 1885 in Amberg/Opf., gest. 8. 6. 1974 in München, kath., Buchdruckerlehre, anschließend Schriftsetzer und Buchdrucker, seit 1911 bei der bayerischen Staatsbahn, seit 1912 Mitglied der Christlichen Gewerkschaften, 1914–1918 Teilnahme am Ersten Weltkrieg, 1919/20 Sekretär beim Bayerischen Eisenbahnerverband, seit 1920 bei der Reichsbahn, 1924–1927 volkswirtschaftliche Studien an der Universität München (Arbeiterhochschule), 1924–1930 Vorsitzender des Hauptbeamtenrats bei der Reichsbahn, Gruppenverwaltung Bayern, und Mitglied des Hauptbeamtenrats der Reichsbahn in Berlin, seit 1930 Vorsitzender des Bayerischen Eisenbahnerverbands, seit 1920 BVP-Mitglied, 1930–1933 MdR (BVP), nach 1933 aller Ämter enthoben, 1933 und 1944 vorübergehend verhaftet, disziplinarische Verfolgungen und Strafversetzungen. – Nach 1945 zuerst erster Personalvertreter bei der Eisenbahndirektion München, Februar-Dezember 1946 bayerischer Verkehrsminister, anschließend bis zu seiner Pensionierung 1950 Ministerialrat und Abteilungsleiter im bayerischen Verkehrsministerium, 1946 Mitglied des Verwaltungsrats für Verkehr der Bizone, 1946 Mitglied des Landesvorstands der CSU, 1946 MdVLV (CSU), 1950–1966 MdL (CSU).

Hergenröder, Anton
Geb. 4. 4. 1910 in Bamberg/Ofr., gest. 18. 5. 1995, kath., bis 1938 Diözesanleiter des Katholischen Jungmännerverbands der Erzdiözese Bamberg, wegen seines Engagements in der katholischen Jugendbewegung politischen Repressionen ausgesetzt, Teilnahme am Zweiten Weltkrieg (zuletzt Unteroffizier). – Nach 1945 selbständiger Kaufmann (Eisengroßhändler), Mitbegründer der CSU, seit 1945 Vorsitzender des CSU-Kreisverbands Bamberg-Stadt, 1949–1976 Vorsitzender des CSU-Bezirksverbands Oberfranken, Vorsitzender der Kommunalpolitischen Vereinigung der CSU im Bezirksverband Oberfranken, seit 1949 Mitglied des Landesvorstands der CSU, seit 1946 Stadtrat (CSU), 2. Bürgermeister und Oberbürgermeister von Bamberg, 1954–1982 Bezirksrat für Oberfranken, 1954–1962 stellvertretender Präsident, 1962–1982 Präsident des Bezirkstags von Oberfranken, Aufsichtsratsvorsitzender des Überlandwerks Oberfranken AG.

Herrmann, Hans
Geb. 26. 1. 1889 in Regensburg, gest. 20. 8. 1959 in Regensburg, kath., humanistisches Gymnasium in Metten und Regensburg, 1910 Abitur, Studium der Rechtswissenschaft und der Nationalökonomie in Würzburg und München, nach dem Vorbereitungsdienst für Verwaltungsjuristen 1917–1919 juristischer Hilfsarbeiter bei der Stadtverwaltung Regensburg, 1920 Staatsprüfung für den höheren Justiz- und Verwaltungsdienst, anschließend rechtsanwaltschaftlicher Hilfsarbeiter in München, juristischer Hilfsarbeiter der Stadt Regensburg, Ratsassessor und Stadtsyndikus in Regensburg, seit 1922 berufsmäßiger Stadtrat (Rechtsrat), 1925–1945 rechtskundiger Bürgermeister von Regensburg, seit 1918 BVP-Mitglied, 1933 MdR (BVP), 1933 vorübergehend verhaftet, seit 1935 NSDAP-Mitglied, förderndes Mitglied der SS. – 1945 von der amerikanischen Militärregierung zunächst mit der Leitung der Stadtverwaltung beauftragt, jedoch wegen seiner Tätigkeit während der NS-Zeit nach wenigen Wochen wieder entlassen, Mitbegründer der CSU in Regensburg, 1950–1955 Vorsitzender

des CSU-Bezirksverbands Oberpfalz, 1950–1955 Mitglied des Landesvorstands der CSU, 1952–1959 Oberbürgermeister von Regensburg, 1954–1958 MdL (CSU).

Hettrich, Philipp
Geb. 10. 5. 1900 in Schwebenried/Ufr., gest. 20. 12. 1973 in Schwebenried/Ufr., kath., 1918 Teilnahme am Ersten Weltkrieg, 1925 Übernahme des elterlichen Hofes. – Seit Juli 1945 Bürgermeister von Schwebenried, Kreisobmann des BBV, Mitbegründer der CSU und Vorsitzender des CSU-Kreisverbands Karlstadt, Kreisrat (CSU) in Karlstadt, 1950–1966 MdL (CSU), Vorsitzender des landwirtschaftlichen Arbeitskreises der CSU-Landagsfraktion.

Heubl, Franz
Geb. 19. 3. 1924 in München, gest. 21. 12. 2001 in München, kath., 1943–1945 Teilnahme am Zweiten Weltkrieg. – Nach 1945 Studium der Rechtswissenschaft und der Nationalökonomie in München, 1947 1. juristische Staatsprüfung und Promotion zum Dr. jur., 1948 Generalsekretär des Verfassungskonvents von Herrenchiemsee, 1950 2. juristische Staatsprüfung, 1950–1960 im bayerischen Kultusministerium tätig, zuletzt als Regierungsdirektor, Mitbegründer der CSU, 1946 Mitglied des Vorstands des CSU-Bezirksverbands München, seit 1947 stellvertretender Landesvorsitzender der JU Bayern, 1950/51 Vorsitzender des CSU-Bezirksverbands München, 1955–1959 Vorsitzender der Beamtenvereinigung der CSU, 1946–1948 und seit 1955 Mitglied des Landesvorstands sowie 1959–1963 und seit 1970 Mitglied des geschäftsführenden Landesvorstands bzw. Präsidiums der CSU, 1970–1989 stellvertretender CSU-Vorsitzender, 1952–1955 Stadtrat (CSU) in München, 1953–1990 MdL (CSU), 1958–1962 Vorsitzender der CSU-Landtagsfraktion, 1978–1990 Präsident des bayerischen Landtags, 1960–1962 Staatssekretär und Leiter der bayerischen Staatskanzlei, 1962–1978 bayerischer Staatsminister für Bundesangelegenheiten und Bevollmächtigter Bayerns in Bonn, im Oktober 1990 vom bayerischen Ministerpräsidenten Streibl zum Sonderbeauftragten für die Regionen Europas ernannt.

Höhenberger, Fritz
Geb. 15. 10. 1911 in Augsburg, gest. 10. 9. 2001 in Herrsching/Obb., kath., nach Besuch eines Realgymnasiums kaufmännische Lehr- und Volontärzeit in mehreren Augsburger Betrieben, vor 1933 Mitglied des Katholischen Jungmännerverbands, nach 1933 arbeitslos und mehrmals verhaftet. – Mitbegründer der CSU in Schwaben, Vorsitzender des CSU-Kreisverbands Friedberg, 1948–1952 Vorsitzender der JU Bayern, 1950–1952 stellvertretender Vorsitzender, 1952–1955 Vorsitzender des CSU-Bezirksverbands Schwaben, 1948–1955 Mitglied des Landesvorstands der CSU, 1954–1958 MdL (CSU), Bezirksrat für Schwaben, Vizepräsident der Vereinigung Christlicher Politiker Europas, Kreisvorsitzender des BRK in Friedberg, Vorsitzender des BRK-Bezirksverbands Schwaben, 1958 aus der CSU ausgeschlossen.

Horlacher, Michael
Geb. 18. 1. 1888 in Pottenstein/Ofr., gest. 12. 10. 1957 in Bad Tölz/Obb., kath., 1907–1913 Studium der Rechtswissenschaft und der Nationalökonomie in München, 1913 Promotion zum Dr. rer. pol., bis 1916 Hilfsarbeiter beim Bayerischen Statistischen Landesamt, dann wissenschaftlicher Hilfsarbeiter beim Statistischen Reichsamt in Berlin und bei der bayerischen Lebensmittelstelle, 1917/18 Redakteur für Fragen der Volkswirtschaft bei der „München-Augsburger Abendzeitung", 1920–1933 Direktor der Bayerischen Landesbauernkammer, Mitglied des deutschen Landwirtschaftsrats und Vertreter Bayerns bei der Zentrale der deutschen Bauernvereine in Berlin, 1920–1924 MdL (BVP), 1924–1933 MdR (BVP), 1933 aller Ämter enthoben und vorübergehend verhaftet, 1944 KL Dachau. – Mitbegründer der CSU, 1946–1957 Mitglied des Landesvorstands und des geschäftsführenden Landesvorstands der CSU, 1948–1952 stellvertretender CSU-Vorsitzender, Staatskommissar für das landwirtschaftliche Genossenschaftswesen im bayerischen Landwirtschaftsministerium, 1946 MdVLV (CSU) und deren Präsident, 1946–1950 MdL (CSU) und dessen Präsident,

1949–1957 MdB (CSU) und Mitglied des Vorstands der CSU-Landesgruppe, Mitglied des Präsidiums des BBV, seit Mai 1947 1. stellvertretender Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Bauernverbände, 1945 Direktor des Bayerischen Raiffeisenverbands, 1948 stellvertretender Präsident des deutschen Raiffeisenverbands in den Westzonen, seit November 1948 geschäftsführender Präsident des Bayerischen Raiffeisenverbands, stellvertretender Vorsitzender der Bayerischen Raiffeisen-Zentralkasse und der Bayerischen Warenvermittlung landwirtschaftlicher Genossenschaften.

Hundhammer, Alois
Geb. 25. 2. 1900 in Moos/Obb., gest. 1. 8. 1974 in München, kath., Klosterschule in Scheyern, Dom-Gymnasium in Freising, nach dem Abitur Militärdienst, 1919 Mitglied eines Freikorps, Studium der Philosophie, Geschichte, Staatswissenschaft und Nationalökonomie in München und Budapest, 1923 Promotion zum Dr. phil., 1925 Promotion zum Dr. oec. publ., 1923–1927 Referent für Volkswirtschaft bei der Kreisbauernkammer Oberbayern, 1927–1933 stellvertretender Generalsekretär der Bayerischen Christlichen Bauernvereine, 1932/33 MdL (BVP), 1933 zweimal vorübergehend verhaftet, nach seiner Haftentlassung zunächst arbeitslos, wiederholt Hausdurchsuchungen und Vernehmungen durch die Gestapo, übernahm am 1. 10. 1933 eine Schuhreparaturwerkstätte und eröffnete später ein Schuhgeschäft, 1939–1945 Teilnahme am Zweiten Weltkrieg (zuletzt Oberzahlmeister) und bis September 1945 amerikanische Kriegsgefangenschaft. – Mitbegründer der CSU, 1946–1970 mit einer kurzen Unterbrechung im Jahr 1948 Vorsitzender des CSU-Bezirksverbands Oberbayern, seit 1946 Mitglied des Landesvorstands und 1952–1960 Mitglied des geschäftsführenden Landesvorstands der CSU, 1946 MdVLV (CSU) und Vorsitzender der CSU-Fraktion, 1946–1970 MdL (CSU), 1946–1951 Vorsitzender der CSU-Landtagsfraktion, 1951–1954 Präsident des bayerischen Landtags, 1946–1950 bayerischer Kultusminister, 1957–1969 bayerischer Landwirtschaftsminister, 1964–1969 zugleich stellvertretender Ministerpräsident, 1953–1957 Mitglied des Präsidiums des BBV.

Imhof, Sebastian
Geb. 5. 6. 1892 in Wolkshausen/Ufr., kath., 1913 Abitur am humanistischen Gymnasium in Lohr am Main, 1913–1918 Studium der Staatswissenschaft und Nationalökonomie in Bonn und Erlangen, Teilnahme am Ersten Weltkrieg, 1920 Promotion zum Dr. phil., 1920/21 Angestellter bei der Hansa Bank in München und Verbandsgeschäftsführer, 1920–1924 Lehrer an der sozialen und caritativen Frauenschule des Katholischen Frauenbunds in München, 1921–1924 in der christlichen Gewerkschaftsbewegung tätig (u. a. beim Bayerischen Eisenbahnerverband), 1924–1932 Referent bzw. seit 1929 Leiter der Landesabteilung Bayern bei der Reichszentrale für Heimatdienst, 1932–1934 Leiter des Reichsverbands der deutschen Behörden- und Büroangestellten bzw. des Deutschen Behördenangestelltenverbands, aus politischen Gründen entlassen, vor 1933 Mitglied der BVP bzw. des Zentrums, seit 1934 Schriftleiter bzw. Hauptschriftleiter beim Reichsverband der Ortskrankenkassen, 1941–1946 Teilnahme am Zweiten Weltkrieg (zuletzt Hauptmann) und Kriegsgefangenschaft. – 1946/47 zunächst beim Deutschen Heimatwerk in München tätig, dann zwischen März 1947 und September 1948 Geschäftsführer des Landessekretariats der Arbeitnehmergruppen in der CSU, 1948–1950 als Mitglied des Vorstands des berufsständischen Rats auch Mitglied des Landesvorstands der CSU, im Oktober 1948 Eintritt in das bayerische Arbeitsministerium als Pressereferent, bis 1950 enger Mitarbeiter von Arbeitsminister Heinrich Krehle, 1950–1958 Leiter der Abteilung IV (Sozialversicherung) im bayerischen Arbeitsministerium (seit 1956 als Ministerialdirigent).

Jaeger, Richard
Geb. 16. 2. 1913 in Berlin, gest. 15. 5. 1998 in Bonn, kath., Studium der Rechts- und Staatswissenschaften in München, Berlin und Bonn, 1936 Referendarexamen, 1939 Assessorexamen, 1948 Promotion zum Dr. jur., in den dreißiger Jahren zuerst im Kartellverband der

katholischen Studentenvereine Deutschlands, dann im Hochschulring des Katholischen Jungmännerverbands tätig, 1940 Gerichtsassessor am Amtsgericht Weilheim/Obb., 1943 Amtsgerichtsrat, 1939–1945 Teilnahme am Zweiten Weltkrieg (zuletzt Wachtmeister). – Seit 1946 CSU-Mitglied, 1946 hauptamtlicher Mitarbeiter im Landessekretariat der CSU, seit 1947 stellvertretender Vorsitzender der JU in Bayern, 1963–1968 2. Landesschriftführer, 1968–1970 1. Landesschriftführer der CSU, seit 1952 Mitglied des Landesvorstands sowie Mitglied des geschäftsführenden Landesvorstands bzw. Präsidiums der CSU, 1964–1973 Vorsitzender des Arbeitskreises Juristen in der CSU, 1947/48 Regierungsrat und persönlicher Referent Alois Hundhammers im bayerischen Kultusministerium, 1948 1. Bürgermeister, 1949 Oberbürgermeister von Eichstätt, 1949–1980 MdB (CSU), 1953–1955 stellvertretender Vorsitzender, 1955–1976 Mitglied des Vorstands der CSU-Landesgruppe, 1953–1965 und 1967–1976 Vizepräsident des Deutschen Bundestags, 1965/66 Bundesjustizminister, 1984 Leiter der deutschen Delegation bei der Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen in Genf, 1957–1990 Präsident der Deutschen Atlantischen Gesellschaft, Mitglied der Deutsch-Chinesischen Gesellschaft, 1987–1991 Präsident der Vereinigung ehemaliger Mitglieder des Deutschen Bundestags.

Junker, Heinrich
Geb. 30. 8. 1911 in München, gest. 6. 4. 1993 in Dachau, kath., Diplom-Vermessungsingenieur, nach kurzer Referendarzeit im bayerischen Vermessungsdienst Regierungsbaurat bei der Wehrmacht, Teilnahme am Zweiten Weltkrieg (zuletzt Major) und amerikanische Kriegsgefangenschaft. – 1945–1947 Leiter des Vermessungsamts Dachau, Dozent an der Staatsbauschule und am Oskar-von-Miller-Polytechnikum in München, stellvertretender Landrat, 1948–1957 Landrat in Dachau, 1953/54 Bezirksrat (CSU) für Oberbayern, 1950–1967 Mitglied des Landesvorstands der CSU, 1950–1970 MdL (CSU), 1950–1954 Mitglied des Vorstand der CSU-Landtagsfraktion, 1957–1962 Staatssekretär im bayerischen Innenministerium, 1962–1966 bayerischer Innenminister, 1966–1972 Präsident der Bayerischen Landesbodenkreditanstalt, 1972–1976 Vizepräsident, 1976/77 Präsident der Bayerischen Landesbank.

Kaifer, Albert
Geb. 25. 3. 1893 in Hafenhofen/Schw., gest. 23. 1. 1962, kath., Bäckergeselle in Augsburg, München und Köln, seit 1911 Mitglied der Christlichen Gewerkschaften, 1913–1918 Wehrdienst und Teilnahme am Ersten Weltkrieg, 1920–1924 bei der Eisenbahn beschäftigt, 1924–1933 Sekretär des Bayerischen Eisenbahnerverbands in Weiden und Regensburg, Vorstandsmitglied des Zentralwohlfahrtsamts der Reichsbahn in Rosenheim und Mitglied des Hauptbetriebsrats beim Reichsverkehrsministerium bzw. der Reichsbahngesellschaft, 1928–1931 Vorsitzender der AOK Weiden, 1924–1933 BVP-Mitglied, nach 1933 wiederholt verhaftet und bis 1935 arbeitslos, seitdem Geschäftsführer bei der Missions-Verkehrs-Arbeitsgemeinschaft. – Mitbegründer der CSU und Vorsitzender des CSU-Kreisverbands Augsburg-Land, 1949–1952 Vorsitzender des CSU-Bezirksverbands Schwaben, 1949–1955 Mitglied des Landesvorstands der CSU, 1945–1948 Bürgermeister von Neusäß, 1946–1948 Kreisrat (CSU) in Augsburg, 1948–1962 Landrat in Augsburg, seit 1954 Bezirksrat (CSU) für Schwaben, 1958 Bezirkstagspräsident, 1946 MdVLV (CSU), 1946–1954 MdL (CSU), Vorsitzender des BRK-Kreisverbands Augsburg-Land, Vorsitzender des Verwaltungsrats der Kreissparkasse Augsburg.

Karl, Hans
Geb. 7. 8. 1890 in München, gest. 12. 1. 1973 in Passau/Ndb., kath., Teilnahme am Ersten Weltkrieg, anschließend Buchhändler, seit 1925 Journalist, seit 1928 BBB-Mitglied, nach 1933 vorübergehend verhaftet, in der freien Wirtschaft tätig, seit 1941 im Bankfach. – 1945 Sekretär des BBV in Passau, seit 1946 Landrat in Passau, 1950–1958 MdL (CSU).

Kleindinst, Josef Ferdinand
Geb. 20. 10. 1881 in Mering/Schw., gest. 8. 9. 1962 in Augsburg, kath., Studium der Rechtswissenschaft, Nationalökonomie und neueren Geschichte, 1. und 2. Staatsexamen für den höheren Justiz- und Verwaltungsdienst, 1913–1945 Kommunalbeamter bei der Augsburger Stadtverwaltung, seit 1919 Stadtrechtsrat, seit 1921 berufsmäßiger Stadtrat. – 1945 von der amerikanischen Militärregierung vom Dienst suspendiert, 1946–1948 Fürsorgereferent bei der Regierung von Schwaben, Mitbegründer der CSU, 1948/49 MdPR (CSU), 1949–1957 MdB (CSU).

Klughammer, Alois
Geb. 16. 4. 1913 in Augsburg, gest. 26. 7. 1973 in Augsburg, nach Besuch der Volks- und Oberrealschule in Augsburg praktische Tätigkeit in der Industrie, absolvierte die Heeresfeuerwerkerschule in Berlin, Teilnahme am Zweiten Weltkrieg als aktiver Offizier (zuletzt Hauptmann) und amerikanische Kriegsgefangenschaft. – Mitbegründer der CSU in Augsburg, Geschäftsführer der CSU-Bezirksverbände Augsburg und Schwaben, 1950–1953 Vorsitzender der JU in Schwaben, 1952–1958 Stadtrat (CSU) in Augsburg, seit 1953 ehrenamtlicher Landesgeschäftsführer der Kommunalpolitischen Vereinigung der CSU, 1958–1967 Landesgeschäftsführer und stellvertretender Generalsekretär der CSU, 1955–1961 2. Landesschriftführer der CSU, seit 1953 Mitglied des Landesvorstands und 1955–1963 Mitglied des geschäftsführenden Landesvorstands der CSU, 1957–1970 MdL (CSU), 1967–1973 Geschäftsführer der Hanns-Seidel-Stiftung.

Köhler, Karl
Geb. 29. 9. 1906 in Regensburg, gest. 17. 6. 1993, kath., Studium an der TH in München und an der Akademie der bildenden Künste in München, Maler, Gymnasialprofessor und Seminarleiter für Kunstpädagogik. – Mitbegründer der CSU in Starnberg, an der Gründung weiterer Ortsverbände der CSU beteiligt, im Dezember 1945 Mitbegründer des CSU-Bezirksverbands Oberbayern, Mitbegründer des kulturpolitischen Ausschusses der CSU und zeitweilig dessen stellvertretender Vorsitzender, Vorsitzender des Kunstausschusses der CSU, 1948 Initiator und Organisator des Pädagogischen Kongresses der CSU in Rothenburg ob der Tauber, 1948 Begründer und Vorsitzender des Gautinger Kreises der CSU, Ehrenvorsitzender des CSU-Ortsverbands Gauting, 1946 Kandidat (CSU) für die VLV, 1946 Kreisrat (CSU) in Starnberg.

Kraus, Hans
Geb. 22. 4. 1879 in Unterafferbach/Ufr., gest. 30. 5. 1952 in München, kath., Studium der Philosophie, Nationalökonomie und Rechtswissenschaft in Würzburg und München, 1924 Promotion zum Dr. oec. publ., 1903 Eintritt in die bayerische Finanzverwaltung, 1928 zum Ministerialrat ernannt, 1932 Leiter der bayerischen Rechnungskammer, vor 1933 BVP-Mitglied und finanzpolitischer Berater von Heinrich Held, 1944 in den Ruhestand versetzt. – Nach 1945 CSU-Mitglied, 1946–1950 Mitglied des Landesvorstands der CSU, im Januar 1946 zum Ministerialdirektor in der bayerischen Staatskanzlei ernannt, Juli-Dezember 1946 Staatssekretär und Leiter der bayerischen Staatskanzlei, Sonderbeauftragter Bayerns im Direktorium des Länderrats der US-Zone, 1946–1950 bayerischer Finanzminister (vorzeitiges Ausscheiden aus dem Amt im Februar 1950), 1946/47 Mitglied des Verwaltungsrats des Gemeinsamen Deutschen Finanzrats der Bizone.

Krehle, Heinrich
Geb. 21. 1. 1892 in München, gest. 16. 10. 1969 in München, kath., Schreinerlehre, Weiterbildung an einer Handwerkerzeichenschule, 1909–1912 Schreinergehilfe auf Wanderschaft in Deutschland und der Schweiz, seit 1909 in der christlichen Gewerkschaftsbewegung und der konfessionellen Standesvertretung engagiert, 1912–1918 Militärdienst und Teilnahme am Ersten Weltkrieg, 1918–1920 britische Kriegsgefangenschaft, 1920–1922 Schreinergehilfe in

München, Besuch sozialpolitischer und volkswirtschaftlicher Lehrgänge, 1922–1930 Geschäftsführer des Zentralverbands Christlicher Holzarbeiter, 1930–1933 Landessekretär der Christlichen Gewerkschaften Bayerns, nach 1933 aller Ämter enthoben und vorübergehend arbeitslos, 1934–1939 Angestellter beim katholischen Kirchensteueramt und bei der Reichsfinanzverwaltung, 1939–1945 Teilnahme am Zweiten Weltkrieg. – Mitbegründer der CSU und des BGB, 1946 Vorsitzender des sozialpolitischen Ausschusses und stellvertretender Vorsitzender des wirtschaftspolitischen Ausschusses der CSU, 1947–1958 Vorsitzender der CSA, 1946–1949 Vorsitzender des CSU-Bezirksverbands München, 1946–1957 Mitglied des Landesvorstands und 1952–1955 Mitglied des geschäftsführenden Landesvorstands der CSU, 1945/46 Stadtrat (CSU) in München, 1946 MdVLV (CSU), 1948–1958 MdL (CSU), 1945–1947 und 1950–1954 Staatssekretär im bayerischen Arbeitsministerium, 1947–1950 bayerischer Arbeitsminister.

Kremer, Alois
Geb. 18. 6. 1909 in Steinberg bei Kronach/Ofr., gest. 2. 7. 1984, kath., 1949–1962 Geschäftsführer der CSU-Bezirksverbände Mittelfranken und Nürnberg-Fürth, 1962–1972 Geschäftsführer des CSU-Bezirksverbands Mittelfranken, 1952–1972 Vorsitzender des CSU-Kreisverbands Lauf an der Pegnitz, 1952–1972 Kreisrat (CSU) in Lauf und 1972–1984 Kreisrat (CSU) im Landkreis Nürnberger Land, 1964–1978 Bürgermeister von Schnaittach, 1954 Kandidat (CSU) für die Landtagswahl.

Kreußel, Alfons
Geb. 7. 4. 1910 in Nürnberg, gest. 3. 4. 1963 in Burghaig/Ofr., ev., 1930 Abitur, anschließend Studium der ev. Theologie, Philosophie, Germanistik und Geschichte in Bonn, Leipzig und Erlangen, legte 1935 und 1937 beide landeskirchliche Examina ab, zunächst Vikar, dann seit 1938 Religionslehrer in Regensburg. – Seit 1946 Pfarrer in Dinkelsbühl, seit 1954 Dozent für Religionslehre und Religionspädagogik an der Pädagogischen Hochschule in München-Pasing, Mitbegründer der CSU in Regensburg, Mitbegründer und 1952–1962 Vorsitzender des EAK der CSU, 1951–1963 Mitglied des Landesvorstands und 1952–1963 Mitglied des geschäftsführenden Landesvorstands der CSU, 1958–1962 und 1963 MdL (CSU).

Kroll, Gerhard
Geb. 20. 8. 1910 in Breslau, gest. 10. 11. 1963 in Staffelstein/Ofr., kath., 1929–1934 Studium der Staatswissenschaften und der Nationalökonomie in Breslau, Wien und Berlin, nach der Promotion Eintritt in das Berliner Institut für Konjunkturforschung, Volontär bei Siemens & Halske, anschließend Stipendiat der Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft, 1929–1938 Studium der Philosophie und Religionsphilosophie in Berlin, Verzicht auf Habilitation aus politischen Gründen, 1938–1942 Statistiker bei verschiedenen Wirtschaftsgruppen, 1943–1945 Teilnahme am Zweiten Weltkrieg. – Mitbegründer der CSU in Bamberg, 1946 Mitglied des Ausschusses der CSU für zwischenstaatliche Beziehungen, 1946/47 Vorsitzender des CSU-Bezirksverbands Oberfranken, 1946/47 Mitglied des Landesvorstands der CSU, 1946–1948 Landrat in Staffelstein, 1946 Kandidat (CSU) für die VLV, 1946–1950 MdL (CSU), 1948/49 MdPR (CSU), 1949–1951 Geschäftsführer bzw. Generalsekretär des heutigen IfZ in München, seit Januar 1951 Chefredakteur der Zeitschrift „Neues Abendland".

Kübler, Konrad
Geb. 15. 5. 1884 in Simbach am Inn/Ndb., gest. 30. 10. 1974, ev., Buchdrucker, Weiterbildung durch Fach- und Volkshochschulkurse, seit 1911 Verleger und Redakteur des BBB-Organs „Landauer Volksblatt", später Präsident des Verbands der Bauernbundpresse, vor 1933 Mitglied des BBB, 1919–1933 Stadtrat und Mitglied des Bezirksrats in Landau an der Isar, Mitglied des Kreistags für Niederbayern, Mitglied der Reichsleitung des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold, nach 1933 Ausschluß aus der Berufsorganisation der Journalisten und Verleger, Berufsverbot, 1933/34 im KL Dachau, 1944 im KL Flossenbürg. – Mitbegründer

der CSU, 1946–1950 Mitglied des Landesvorstands der CSU, 1946–1950 Vorsitzender des CSU-Bezirksverbands Niederbayern, 1945–1950 Vorsitzender des CSU-Kreisverbands Landau an der Isar, 1945–1950 Landrat in Landau an der Isar, 1946 MdVLV (CSU), 1946–1950 MdL (CSU) und dessen Vizepräsident, Mitglied der Industrie- und Handelskammer München und der Landesleitung des BRK.

Kühlmann, Mira von
Geb. 1. 9. 1896 in Bernried/Obb., gest. 15. 4. 1986, ev., nach 1945 Tätigkeit beim Roten Kreuz, seit 1947 Mitglied der Arbeitsgemeinschaft der Frauen in der CSU, 1948–1951 Mitglied des Landesvorstands der CSU, trat 1952 aus Protest gegen die Politik der Wiederbewaffnung und der Westintegration aus der CSU aus, Zusammenarbeit mit Helene Wessel und Gustav Heinemann, 1952–1957 GVP-Mitglied, seit 1960 DFU-Mitglied und Mitglied des Direktoriums der DFU, seit 1952 führendes Mitglied der Westdeutschen Frauenfriedensbewegung, langjährige Mitarbeiterin der Zeitschrift „Frau und Frieden", 1961 und 1969 Kandidatur (DFU bzw. ADF) für den Bundestag.

Küßwetter, Hans
Geb. 14. 1. 1909 in Ehingen/Mfr., gest. 19. 11. 1965 in Dinkelsbühl/Mfr., ev., nach dem Studium der klassischen Philologie, Geschichte, politischen Wissenschaft und Germanistik in München und Berlin 1937–1941 Studienassessor und Studienrat am Wittelsbacher Gymnasium in München, 1941–1945 Teilnahme am Zweiten Weltkrieg. – 1946 zum Landrat in Dinkelsbühl gewählt, aber von der amerikanischen Militärregierung abgelehnt, 1947/48 erneut Lehrer in München, 1948–1965 Landrat in Dinkelsbühl, 1952–1965 Vorsitzender des CSU-Bezirksverbands Mittelfranken, 1952–1965 Mitglied des Landesvorstands der CSU, 1952–1965 Bezirksrat (CSU) für Mittelfranken, 1958–1962 Vizepräsident, 1962–1965 Bezirkstagspräsident, 1958–1965 MdS.

Kuhmann, Alfred
Geb. 31. 5. 1911 in Ebern/Ufr., gest. 1. 6. 1980, kath., Jurastudium und Promotion zum Dr. jur., 1945 Gerichtsassessor, 1946 Staatsanwalt, Mitbegründer der CSU in Nürnberg und Schriftführer im vorläufigen Vorstand, 1946 Vorsitzender des Parteigerichts, später des Bezirksschiedsgerichts der CSU Nürnberg-Fürth, Vorsitzender eines Kreisverbands der CSU in Nürnberg, 1949/50 Mitglied des Landesvorstands der CSU, 1946–1948 Stadtrat (CSU) in Nürnberg.

Kurz, Andreas
Geb. 29. 5. 1894 in Gufflham/Obb., gest. 31. 12. 1976 in Altötting/Obb., kath., bis 1914 in der Landwirtschaft tätig, Teilnahme am Ersten Weltkrieg, 1919 zunächst Krankenpfleger, Weiterbildung an verschiedenen Fachschulen, seit 1922 zuerst Sekretär des Christlichen Nahrungsmittelverbands, anschließend Diözesansekretär des Caritasverbands Würzburg, 1924 Diözesansekretär der Katholischen Arbeitervereine der Diözese Würzburg, seit 1929/30 Stadtrat (BVP) in Würzburg, 1932/33 MdL (BVP), nach 1933 vorübergehend verhaftet und aller Stellungen und Ämter enthoben, neue Existenz als Kaufmann in Würzburg und München. – Mitbegründer der CSU, Schatzmeister des CSU-Bezirksverbands Oberbayern, 1950–1958 Mitglied des Landesvorstands der CSU, 1946–1958 MdL (CSU), 1950–1958 Mitglied des Vorstands der CSU-Landtagsfraktion.

Lacherbauer, Carl Hannsjörg
Geb. 23. 6. 1902 in München, gest. 30. 3. 1967 in Bad Tölz/Obb., kath., Studium der Rechts- und Staatswissenschaften, der Nationalökonomie und Geschichte in München, 1928 Promotion zum Dr. jur., 1929 große juristische Staatsprüfung, 1929–1945 Gerichtsassessor, Staatsanwalt und Amtsgerichtsrat in München. – Mitbegründer der CSU, 1947/48 Mitglied des Landesvorstands der CSU, 1953 Übertritt zur BP, 1954–1956 stellvertretender BP-Vorsitzen-

der, 1945 Stadtrat in München, 1945/46 kommissarisch 3. (rechtskundiger) Bürgermeister von München, 1946 MdVLV (CSU), 1946–1958 MdL (bis 1953 CSU, dann BP), 1955–1957 Vorsitzender der BP-Fraktion, 1947/48 Staatssekretär im bayerischen Justizministerium, seit 1949 Notar in Bad Tölz.

Lang, Andreas
Geb. 30. 10. 1896 in Burggen/Obb., gest. 28. 11. 1948 in Burggen/Obb., kath., Landwirt, 1914–1918 Teilnahme am Ersten Weltkrieg, nach Kriegsende in verschiedenen Gutsbetrieben und auf dem elterlichen Hof tätig, den er 1924 übernahm, 1920–1945 bei der Raiffeisenkasse Burggen, Vorstand einer Milchverwertungsgenossenschaft, 1932 Kandidat (BVP) für die Reichstagswahl, bis 1934 Bezirksrat in Schongau, 1933 Vorsitzender der BVP im Bezirk Schongau, nach 1933 vorübergehend verhaftet. – Mitbegründer der CSU, 1946–1948 Mitglied des Landesvorstands der CSU, 1946–1948 MdL (CSU) und Mitglied des Vorstands der CSU-Landtagsfraktion, 1945–1948 Bürgermeister von Burggen, bis 1948 stellvertretender Landrat in Schongau.

Lang, Carl
Geb. 2. 7. 1901 in Rodalben/Pfalz, gest. 25. 10. 1968, kath., nach Besuch der Volksschule Arbeiter in einer Schuhfabrik, Mitglied des Katholischen Arbeitervereins und der Christlichen Gewerkschaften, 1925/26 Schüler an der Sozialen Volkshochschule Leohaus in Kochel, 1926 zunächst Sozialbetreuer in der Landesblindenanstalt, dann Bezirkssekretär der Katholischen Arbeitervereine für München, insbesondere mit der Jugendarbeit betraut, 1927 Mitarbeiter in der Verbandszentrale der Katholischen Arbeitervereine Süddeutschlands, 1939–1945 Teilnahme am Zweiten Weltkrieg (zuletzt Zahlmeister). – Nach 1945 Mitarbeit beim Wiederaufbau des Süddeutschen Verbands, 1947–1959 Vorsitzender des Katholischen Werkvolks (Süddeutscher Verband katholischer Arbeitnehmer), seit 1946 Mitglied des Vorstands des CSU-Bezirksverbands München, 1951/52 Mitglied des Landesvorstands der CSU, seit 1949 bei der Landesversicherungsanstalt Oberbayern tätig, Beförderung zum Regierungs- und Oberregierungsrat, seit 1956 Direktor und Vorsitzender der Geschäftsführung der Landesversicherungsanstalt Oberbayern.

Lang-Brumann, Thusnelda
Geb. 15. 4. 1880 in Augsburg, gest. 10. 6. 1953 in München, kath., höhere Mädchenschule, Lehrerinnenseminar und Universität, Lehrerin an einer Volksschule, dann an einer höheren Mädchenschule und einer sozialen Frauenschule in München, 1920–1933 MdR (BVP), 1920–1924 Stadträtin (BVP) in München. – Nach 1945 CSU-Mitglied, 1950–1953 Mitglied des Landesvorstands der CSU, 1947 Mitinitiatorin der Arbeitsgemeinschaft der Frauen in der CSU und bis 1953 deren Vorsitzende, 1946 Kandidatin (CSU) für die VLV, 1948/49 MdWR (CSU).

Lechmann, Heinz
Geb. 26. 6. 1920 in Schwientochlowitz (heute Polen), nach dem Abitur 1939 Studium der Rechtswissenschaft, Teilnahme am Zweiten Weltkrieg. – Nach 1945 Abschluß des Studiums, 1948 1., 1951, 2. juristische Staatsprüfung, 1952 Promotion zum Dr. jur., Geschäftsführer des Wirtschaftsbeirats der Union, 1954 kommissarischer Generalsekretär der CSU und Mitglied des Landesvorstands der CSU, 1956–1985 Referent im Bundesministerium für Atomenergie bzw. im Bundesministerium für Forschung und Technologie, 1956–1959 Geschäftsführer der Deutschen Atomkommission.

Leukert, Edmund
Geb. 24. 2. 1904 in Reichenberg-Ruppersdorf (heute Tschechische Republik), gest. 10. 5. 1983, kath., Besuch der Volks- und Bürgerschule sowie einer gewerblichen Fortbildungsschule, Schlosserlehre, seit 1926 Mitglied der DCSVP, in der katholischen Jugendbewegung,

im katholischen Gesellenverein und in der sudetendeutschen christlichen Gewerkschaftsbewegung engagiert, 1928–1938 Bezirksleiter der Christlichen Gewerkschaften in Reichenberg, Stadtverordneter in Reichenberg, 1939 zunächst Abteilungsleiter der Handwerkskammer Reichenberg, später der Wirtschaftskammer Sudetenland, 1944/45 Teilnahme am Zweiten Weltkrieg. – Mitbegründer und Vorsitzender des Hauptausschusses der Flüchtlinge und Ausgewiesenen in Bayern, 1948 stellvertretender Geschäftsführer der Bayerischen Landessiedlung GmbH, Vorsitzender des ständigen Beirats des Bundesausgleichsamts, Mitglied des Verwaltungsrats der Lastenausgleichsbank, Obmann der UdV im Bezirksverband Oberbayern und stellvertretender Landesobmann der UdV, 1953–1957, 1958–1961, 1962–1969 MdB (CSU).

Lex, Hans Ritter von
Geb. 27. 10. 1893 in Rosenheim/Obb., gest. 26. 2. 1970 in München, kath., Jurastudium in München, 1914–1918 Teilnahme am Ersten Weltkrieg, Träger des Militär-Max-Joseph-Ordens, 1919 an den Kämpfen gegen die Münchner Räterepublik beteiligt, 1921 Staatsprüfung für den höheren Justiz- und Verwaltungsdienst, 1921–1923 und 1927–1932 im bayerischen Kultusministerium tätig, 1923–1927 Landrat in Rosenheim, 1919–1933 BVP-Mitglied, 1932/33 MdR (BVP), seit 1930 Anführer der Bayernwacht München, später Landesführer der Bayernwacht, nach 1933 vorübergehend verhaftet, Herbst 1933–1945 im Reichsinnenministerium tätig. – 1945 Berater der amerikanischen Militärregierung, CSU-Mitglied, 1946 Mitglied des Ausschusses der CSU für zwischenstaatliche Beziehungen, zunächst in das bayerische Kultusministerium berufen, dann Wechsel in das bayerische Innenministerium, 1949–1960 Staatssekretär im Bundesinnenministerium, 1961–1967 Präsident des DRK.

Liedig, Franz
Geb. 2. 2. 1900 in Hünfeld/Hessen, gest. 31. 3. 1967 in München, Berufssoldat, Teilnahme am Ersten Weltkrieg als Marineoffizier, nach 1918 Offizier in Freikorps, Jurastudium und Tätigkeit als Rechtsanwalt in Berlin, 1938/39 Beteiligung an den Umsturzplänen der militärischen Opposition, Verbündeter und Mitwisser von Admiral Canaris und Hans Oster, 1939–1943 deutscher Militärattaché in Sofia und Athen, 1943 als Verbindungsoffizier der Marine in das Führerhauptquartier versetzt, erneut im Widerstand gegen das NS-Regime aktiv, 1944 verhaftet, u. a. zusammen mit Josef Müller in den KL Buchenwald und Flossenbürg. – Kam 1945 zusammen mit Josef Müller nach München, Mitbegründer der CSU, 1946–1948 Landesgeschäftsführer der CSU, Rücktritt aus gesundheitlichen Gründen, 1948 Landesschatzmeister der CSU, 1946–1949 Mitglied der Landesvorstands und 1947–1949 Mitglied des geschäftsführenden Landesvorstands der CSU.

Limmer, Hans
Nach Studium und Promotion zum Dr. rer. pol. Wirtschaftsberater, Januar-September 1951 Sekretär der CSU-Landesgruppe im Bundestag, Herausgeber eines Informationsdiensts für Wirtschaft und Politik.

Lutz, Josef
Geb. 25. 2. 1882 in Dinkelsbühl/Mfr., gest. 2. 4. 1965 in München, kath., Schreiner, später bei der AOK München tätig, zuletzt Verwaltungsdirektor, seit 1903 christlicher Gewerkschafter, seit 1905 Zentrums-Mitglied, seit 1918 BVP-Mitglied, 1925–1933 Stadtrat (BVP) in München, 1933 und 1943 aus politischen Gründen verhaftet. – Mitbegründer der CSU, 1946–1948 und 1949–1965 Stadtrat (CSU) in München, Vorsitzender der CSU-Arbeitnehmergruppen in München, Landessozialrichter und Schatzmeister des VdK in Bayern.

Manteuffel-Szoege, Georg Heinrich Baron
Geb. 7. 3. 1889 in Châtelard, gest. 8. 6. 1962 in Bad Godesberg, ev., seit 1909 Studium der Volkswirtschaft, Philosophie und Geschichte in Halle und Heidelberg, 1913 Promotion zum

Dr. phil., 1915–1918 Sekretär der Delegation der Kurländischen Ritterschaft in Berlin, 1918–1920 Freiwilliger in der Stoßtruppe der Baltischen Landwehr, 1920–1939 Verwaltung des Familienbesitzes in Ostpolen und Lehrbeauftragter an der Universität Berlin, 1940–1942 im Auswärtigen Amt. – 1945 Übersiedlung nach Bayern, zuerst Kleinbauer, später Treuhänder eines größeren Besitzes, Vorstandsmitglied des Hauptausschusses der Flüchtlinge und Ausgewiesenen in Bayern, Mitglied des Beirats beim Staatsbeauftragten für das Flüchtlingswesen in Bayern, Vorsitzender des Beirats bei der Arbeitsgemeinschaft deutscher Flüchtlingsverwaltungen, 1950–1953 Präsident des Hauptamts für Soforthilfe in Bad Homburg, 1958–1962 Mitglied des Präsidiums des Bundes der Vertriebenen, 1950–1962 Vorsitzender der Deutsch-Baltischen Landsmannschaft, 1953–1962 MdB (CSU).

Martin, Rudolf
Geb. 13. 2. 1916 in Augsburg, kath., Studium der Volks- und Betriebswirtschaft in Nürnberg und Berlin, Promotion, nach 1933 im Widerstand aktiv und vorübergehend verhaftet, Teilnahme am Zweiten Weltkrieg. – Mitbegründer der CSU in Augsburg und 1947 Mitbegründer der JU in Schwaben, seit 1945 Schatzmeister der CSU Augsburg, an der Ausarbeitung des Parteiprogramms der CSU in Schwaben und des Grundsatzprogramms der CSU vom Dezember 1946 beteiligt, mehrere Jahre Vorsitzender der Mittelstandsgruppe der CSU in Schwaben, beruflich nach 1945 zunächst Treuhänder für mehrere Betriebe, später freiberuflich tätig.

Mauerer, Josef H.
Geb. 6. 10. 1910 in Innernzell/Ndb., gest. 11. 3. 1983 in München, Studium in Passau, München, Leipzig und Breslau, 1939–1945 Teilnahme am Zweiten Weltkrieg. – 1946–1949 Pressereferent der CSU, u. a. Lizenzträger der „Bayerischen Rundschau" und des Parteiverlags der CSU, 1950–1957 Chefredakteur der „Bayerischen Staatszeitung", seit 1957 Redakteur beim Bayerischen Rundfunk, 1971–1975 Leiter der Abteilung Politik beim Bayerischen Rundfunk, Studienleiter der Deutschen Journalistenschule in München.

Maurer, Georg
Geb. 29. 5. 1909 in München, gest. 4. 7. 1980 in Garmisch-Partenkirchen, kath., Medizinstudium in München, Promotion zum Dr. med., seit 1941 Privatdozent, Teilnahme am Zweiten Weltkrieg. – Seit 1946 Leiter der chirurgischen Abteilung des Krankenhauses München-Bogenhausen, dann bis 1953 Chefarzt des Kreiskrankenhauses München-Perlach, 1948 zum außerplanmäßigen Professor, später zum ordentlichen Professor ernannt, 1953–1967 Chefarzt der chirurgischen Abteilung, seit 1959 auch ärztlicher Direktor des Klinikums rechts der Isar in München, seit 1967 Direktor des Klinikums rechts der Isar und der chirurgischen Klinik der TH München, 2. Schriftführer und Kongreßsekretär der Deutschen Gesellschaft für Chirurgie, seit 1960 Vizepräsident des Verbands der leitenden Krankenhausärzte Deutschlands, 1952–1972 Stadtrat (CSU) in München, 1952–1955 Mitglied des Landesvorstands der CSU.

Mayr, Karl Sigmund
Geb. 3. 5. 1906 in Nürnberg, gest. 28. 6. 1978, ev., 1929 Diplom für Volkswirtschaft, seit 1932 Bücherrevisor und Steuerberater. – Mitbegründer der CSU im Stadt- und Landkreis Fürth, 1946–1952 Vorsitzender des CSU-Bezirksverbands Mittelfranken, 1950–1953 stellvertretender Landesvorsitzender der CSU, 1955–1957 2. Landesschatzmeister der CSU, 1946–1953 und 1955–1957 Mitglied des Landesvorstands sowie 1950–1953 und 1955–1957 Mitglied des geschäftsführenden Landesvorstands der CSU, 1946 MdVLV (CSU), 1948/49 MdPR (CSU), 1949 Kandidat (CSU) für die Bundestagswahl.

Meixner, Georg
Geb. 26. 7. 1887 in Ebensfeld/Ofr., gest. 28. 10. 1960 in Bamberg/Ofr., kath., 1906–1910 Studium der kath. Theologie und der Philosophie in Bamberg, 1910 Priesterweihe, danach in der Seelsorge tätig, seit 1919 Landessekretär des katholischen Pressevereins in Bayern und Redakteur des Sonntagsblattes „Sonntagsfriede" in Nürnberg, 1923 Leiter des St. Otto Verlags, Redakteur beim „Bamberger Volksblatt", 1932/33 MdL (BVP), nach 1933 Rückzug aus der aktiven Politik, 1937 aus politischen Gründen seiner Ämter enthoben, in der Seelsorge tätig, seit 1941 Domkapitular in Bamberg. – Nach 1945 CSU-Mitglied, 1951–1958 Mitglied des Landesvorstands und 1952–1959 Mitglied des geschäftsführenden Landesvorstands der CSU, 1946–1958 MdL (CSU), 1951–1958 Vorsitzender der CSU-Fraktion, Chefredakteur und Herausgeber des „Bamberger Volksblattes", Vorstand des erzbischöflichen Seelsorgeamts und Diözesanpräses des Katholischen Werkvolks, päpstlicher Hausprälat.

Meyer-Spreckels, Elisabeth
Geb. 29. 10. 1890 in Dresden, gest. 25. 5. 1974 in Nürnberg, ev., Studium der Chemie, Physik und Mathematik, Leistungsstipendium an der Frauenuniversität Bryn Mawr, Pennsylvania/USA, 1915 Staatsexamen für Nahrungsmittelchemie, 1916 Promotion zum Dr. phil., Assistentin am Chemischen Institut der TH Dresden, 1916–1918 am Chemischen Institut der Stadt Dresden und 1918–1922 am Chemischen Institut der Universität Halle, 1922 Heirat und Ende der akademischen Laufbahn. – Nach 1945 CSU-Mitglied, 1946–1951 Mitglied des Landesvorstands und 1946–1949 Mitglied des geschäftsführenden Landesvorstands der CSU, 1947 Mitbegründerin der Arbeitsgemeinschaft der Frauen in der CSU und deren stellvertretende Vorsitzende, 1948 stellvertretende Vorsitzende der Frauenarbeitsgemeinschaft der CDU/CSU, 1946 MdVLV (CSU), Mitwirkung im politischen Beirat des bayerischen Staatsministeriums für Sonderaufgaben, 1948–1952 Stadträtin (CSU) in Fürth und Vorsitzende der CSU-Stadtratsfraktion, 1949 Kandidatin (CSU) für die Bundestagswahl, 1951–1967 Landesvorsitzende des Deutschen Evangelischen Frauenbunds in Bayern, Mitglied des Deutsch-Amerikanischen Beratenden Ausschusses, zeitweise in dessen Vorstand, Mitglied des International Council for Christian Leadership, stellvertretende Vorsitzende der Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit und deren Ehrenmitglied, 2. Vorsitzende der Dachorganisation der protestantischen Frauenverbände in Bayern, Mitglied des Vorstands der Inneren Mission Fürth, 1960 auf Einladung der US-Regierung sechsmonatige Informations- und Studienreise in die USA.

Michel, Franz
Geb. 27. 5. 1908 in Landsberg am Lech/Obb., gest. 25. 9. 1989 in München, kath., kaufmännische Ausbildung, danach Tätigkeit in verschiedenen Firmen, Gründung einer Eisenwarengroßhandlung, 1939–1944 Teilnahme am Zweiten Weltkrieg. – Mitbegründer der CSU im Landkreis Landsberg, Vorsitzender des CSU-Kreisverbands Landsberg, 1949/50 Mitglied des Landesvorstands der CSU, 1946–1958 MdL (bis 1956 CSU, dann fraktionslos), 1948–1950 Mitglied des Vorstands der CSU-Landtagsfraktion, 1956 aus der CSU ausgeschlossen.

Müller, Hans
Geb. 25. 6. 1884 in Trier, gest. 19. 4. 1961, kath., Studium der Rechts- und Staatswissenschaften sowie der Nationalökonomie in Bonn, Freiburg im Breisgau, München und Würzburg, 1910 Promotion zum Dr. jur. et rer. pol., 1911 Gerichtsassessor, 1912 Stadtassessor im Verwaltungsdienst, 1913–1918 Regierungsassessor bei der preußischen Finanzverwaltung, 1919–1926 Vorsteher der Finanzämter Mühlheim an der Ruhr und Düsseldorf, 1927–1933 Präsident der Oberfinanzdirektion Karlsruhe, 1932 Oberfinanzpräsident, 1933–1945 Reichsrichter beim Reichsfinanzhof. – 1945–1950 Staatsrat und Staatssekretär im bayerischen Finanzministerium, 1951–1955 Präsident des Bundesfinanzhofs in München, 1946–1950 Mitglied des Landesvorstands der CSU.

Müller, Josef
Geb. 27. 3. 1898 in Steinwiesen/Ofr., gest. 12. 9. 1979 in München, kath., 1916/17 Teilnahme am Ersten Weltkrieg, 1919–1923 Studium der Rechtswissenschaft und der Nationalökonomie in München, 1925 Promotion zum Dr. oec. publ., 1927 juristisches Assessorexamen, danach Rechtsanwalt in München, BVP-Mitglied, nach 1933 wiederholt vorübergehend verhaftet, bis 1939 juristischer und wirtschaftlicher Berater kirchlicher Kreise, 1939 als Offizier zur Abwehr einberufen, führte im Auftrag der Militäropposition Verhandlungen mit der englischen Regierung durch Vermittlung des Vatikans, im April 1943 verhaftet, vom Reichskriegsgericht von der Anklage des Hochverrats freigesprochen, dennoch weiterhin in verschiedenen Gefängnissen und KL in Haft. – 1945 von amerikanischen Truppen befreit, Mitbegründer der CSU, am 17. 12. 1945 Vorsitzender des vorläufigen Landesausschusses der CSU, am 8. 1. 1946 vorläufiger Landesvorsitzender der CSU, 1946–1949 Landesvorsitzender der CSU, 1946–1960 und 1963–1968 Mitglied des Landesvorstands sowie 1946–1949 und 1963–1965 Mitglied des geschäftsführenden Landesvorstands der CSU, 1946 Vorsitzender des staatspolitischen Ausschusses und stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses der CSU für zwischenstaatliche Beziehungen, 1951–1960 Vorsitzender des CSU-Bezirksverbands München, seit März 1947 Mitglied des Vorstands der Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU, 1947–1952 bayerischer Justizminister, 1947–1950 stellvertretender Ministerpräsident, 1946 MdVLV (CSU), 1946–1962 MdL (CSU), 1960 Kandidat der CSU bei der Münchner Oberbürgermeisterwahl.

Müller, Werner
Geb. 20. 10. 1910 in Langen bei Darmstadt, gest. 27. 2. 1996, ev., Volksschule und Gymnasium in München, seit 1931 in einem Betrieb des Elektrohandwerks in München tätig, später Prokurist, November 1944–April 1945 in einem KL inhaftiert. – Mitbegründer der CSU in München, Orts- und Kreisverbandsvorsitzender in München-Neuhausen, zunächst stellvertretender Vorsitzender, dann 1960–1967 Vorsitzender des CSU-Bezirksverbands München, 1957–1959 und seit 1967 2. Landesschatzmeister, 1959–1967 1. Landesschatzmeister der CSU, seit 1952 Mitglied des Landesvorstands und seit 1957 Mitglied des geschäftsführenden Landesvorstands der CSU, 1969–1972 Vorsitzender des Sportbeirats der CSU, 1965–1974 MdL (CSU).

Muhler, Emil
Geb. 21. 4. 1892 in München, gest. 19. 2. 1963 in München, kath., Studium der kath. Theologie, Philosophie und Nationalökonomie in München, Innsbruck und Berlin, 1914–1918 Teilnahme am Ersten Weltkrieg, 1919 Priesterweihe, 1923 Promotion zum Dr. oec. publ., seit 1919 Kaplan in Dachau, seit 1924 Stadtpfarrer (St. Andreas) in München, erzbischöflicher Dekan für die Münchner Innenstadt, BVP-Mitglied, 1930–1933 Stadtrat (BVP) in München, nach 1933 mehrfach verhaftet. – Mitbegründer der CSU, 1946–1963 Mitglied des Landesvorstands und des geschäftsführenden Landesvorstands der CSU, 1946 Vorsitzender des kulturpolitischen Ausschusses der CSU, 1947–1963 MdS, 1948 Lehrbeauftragter für Wirtschafts- und Sozialethik, seit 1949 Honorarprofessor an der Universität München, seit 1959 päpstlicher Hausprälat.

Nerreter, Paul
Geb. 5. 2. 1905 in Nürnberg, gest. 20. 4. 1981, ev., zunächst Studium der Forstwissenschaft, dann seit 1923 Jurastudium in München und Erlangen, 1927 1. juristische Staatsprüfung, 1930 2. juristische Staatsprüfung und Promotion zum Dr. jur., danach Rechtsanwalt in Nürnberg, 1933–1935 SA-Mitglied, 1935 aus der SA ausgeschlossen, 1937–1945 Wehrdienst und Teilnahme am Zweiten Weltkrieg. – Mitbegründer der CSU in Nürnberg und Mittelfranken, 1946 Mitglied des Ausschusses der CSU für zwischenstaatliche Beziehungen, 1951–1958 Mitglied des Landesvorstands der CSU, 1946 Landrat in Uffenheim, 1948/49 Stadtrat (CSU), Kreisrat (CSU) und stellvertretender Landrat in Feuchtwangen, 1949–1951 Landrat in Ro-

thenburg ob der Tauber, 1951–1954 Staatssekretär im bayerischen Innenministerium, 1954–1958 MdL (CSU), Mitglied der Landessynode der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern und des Landessynodalausschusses, Vorsitzender des Rechtsausschusses der Synode, Mitglied des Hauptausschusses des Evangelischen Hilfswerks, 1954–1968 Rechtsanwalt in München.

Neumann, Ferdinand
Geb. 24. 4. 1911 in Konnersreuth/Opf., gest. 22. 2. 1999 in Frensdorf/Ofr., kath., Schneiderlehre, Abitur auf dem zweiten Bildungsweg, 1937–1940 Studium der Philosophie in Eichstätt, seit 1931 im Kreis um Fritz Gerlich, im März 1939 wegen regimekritischer Aktivitäten verhaftet, bei Kriegsbeginn entlassen und bis 1945 dienstverpflichtet. – Nach 1945 Betriebsleiter in Neusorg, 1946 Kandidat (CSU) für die VLV, 1946–1950 MdL (CSU), 1949–1957 Landrat von Kemnath, 1957 wegen Beteiligung an illegalen Weinimporten zu einer Bewährungsstrafe verurteilt und seines Amtes enthoben.

Nickles, Ferdinand
Geb. 17. 8. 1890 in Lohr am Main/Ufr., gest. 9. 4. 1960 in Würzburg, kath., 1911 Abitur am Humanistischen Gymnasium in Lohr am Main, anschließend Studium der Staatswissenschaften und der Nationalökonomie in Würzburg, Tätigkeit als Korrespondent im Ausland, 1914–1918 Teilnahme am Ersten Weltkrieg, nach Kriegsende zunächst Kreissekretär der BVP, 1924–1933 Geschäftsführer der unterfränkischen BVP, nach 1933 wiederholt vorübergehend verhaftet, 1934 Übernahme einer Tabak-Groß- und Einzelhandelsfirma in Würzburg, seither Kaufmann, 1939–1945 Teilnahme am Zweiten Weltkrieg (zuletzt Major). – 1948–1956 Vorsitzender des CSU-Kreisverbands Würzburg-Stadt, 1951–1957 Mitglied des Landesvorstands der CSU, 1952–1960 Stadtrat (CSU) in Würzburg, Übernahme des Wohnungsreferats und der Betreuung der Würzburger „Außenbürger", 1952–1960 ehrenamtlicher 2. Bürgermeister von Würzburg.

Noske, Alfred
Geb. 9. 3. 1894 in Guhrau/Schlesien, gest. 23. 1. 1957, nach Besuch einer Fachschule in Breslau Drogist und Laborant, Teilnahme am Ersten Weltkrieg, 1920–1926 kaufmännischer Angestellter in der Eisenindustrie, dann bis 1939 Fürsorgesachbearbeiter bei der Stadtverwaltung Breslau, Teilnahme am Zweiten Weltkrieg. – Seit 1945 in Bayern, schriftstellerisch tätig, Flüchtlingsbetreuer im Landkreis Bogen, Vorsitzender der WAV im Landkreis Bogen, Kreisrat in Bogen, Juni-Oktober 1947 Mitglied des Direktoriums der WAV, nach Konflikten mit Alfred Loritz zunächst Mitglied des Deutschen Blocks, dann CSU-Mitglied, 1946–1950 MdL (zunächst WAV, dann Deutscher Block, zeitweise fraktionslos, zuletzt CSU), 1951/52 Mitglied des Landesvorstands der CSU.

Oesterle, Joseph
Geb. 14. 4. 1899 in Weißensberg/Schw., gest. 31. 8. 1959 in München, kath., 1917–1920 Teilnahme am Ersten Weltkrieg und Lazarettaufenthalt, anschließend Studium und 1924 Promotion zum Dr. oec. publ., 1925–1933 stellvertretender Generalsekretär der BVP, seit 1934 Prokurist und Vorstand der Verlagsanstalt Buch- und Kunstdruckerei Manz AG, 1939–1944 Teilnahme am Zweiten Weltkrieg. – Seit 1946 Präsident des bayerischen Landesamts für Vermögensverwaltung, 1949–1957 Mitglied des Landesvorstands der CSU, 1949–1959 MdB (CSU), 1954–1959 MdEP (CSU).

Piechl, Josef
Geb. 14. 9. 1889 in Riedern/Obb., gest. 18. 8. 1961 in Mainburg/Ndb., kath., bis 1909 im landwirtschaftlichen Betrieb der Eltern tätig, 1912–1921 Staatsbeamter, 1914–1918 Teilnahme am Ersten Weltkrieg, seit 1921 Landwirt und Hopfenkaufmann, Bezirksrat in Mainburg, 1928–1932 MdL (BBMB), 1932/1933 MdR (Deutsche Bauernpartei), 1933 verhaftet

und vorübergehend untergetaucht. – Nach 1945 CSU-Mitglied, 1946 MdVLV (CSU), 1946–1961 MdL (CSU), seit 1945 Landrat in Mainburg, Vorsitzender des bayerischen und des deutschen Hopfenpflanzerverbands sowie des Hopfenpflanzerverbands Hallertau, 2. Vorsitzender des europäischen Hopfenbaubüros, 2. Präsident des BBV in Niederbayern.

Pirkl, Fritz
Geb. 13. 8. 1925 in Sulzbach-Rosenberg/Opf., gest. 19. 8. 1993 in Marquartstein/Obb., kath., während der NS-Zeit in der katholischen Jugendbewegung in Nürnberg engagiert, Abitur, 1943–1945 Teilnahme am Zweiten Weltkrieg. – Nach Kriegsende Stadtjugendführer der katholischen Jugend und 2. Vorsitzender des Kreisjugendrings Nürnberg, 1945 Besuch eines Ausbildungslehrgangs für Volksschullehrer, 1946–1950 Studium der Psychologie, Pädagogik, Geschichte und Nationalökonomie, 1950 Diplom im Fach Psychologie, 1952 Promotion zum Dr. phil. in Erlangen, 1954–1964 bei der Arbeitsverwaltung tätig, seit 1949 CSU-Mitglied, 1952 kommissarischer Landesvorsitzender, 1952–1957 stellvertretender Landesvorsitzender, 1957–1961 Landesvorsitzender der JU Bayerns, 1961–1965 stellvertretender Bundesvorsitzender der JU Deutschlands, 1969–1989 Vorsitzender der CSA, seit 1955 Mitglied des Landesvorstands, seit 1963 Mitglied des geschäftsführenden Landesvorstands bzw. des Präsidiums der CSU, seit 1974 einer der beiden Landesschriftführer der CSU, 1967–1973 Vorsitzender des Arbeitskreises Deutschland- und Ostpolitik der CSU, 1952–1959 Stadtrat (CSU) in Nürnberg, 1958–1984 MdL (CSU), 1984–1993 MdEP (CSU), 1964–1966 Staatssekretär im bayerischen Arbeitsministerium, 1966–1984 bayerischer Arbeitsminister, 1967–1993 Vorsitzender der Hanns-Seidel-Stiftung.

Pfeiffer, Anton
Geb. 7. 4. 1888 in Rheinzabern/Pfalz, gest. 20. 7. 1957 in München, kath., seit 1907 Studium der neueren Philologie, Nationalökonomie, Staatswissenschaften und Geschichte in München und Erlangen, 1910 und 1911 Lehramtsprüfung in englischer und französischer Philologie, 1913 Promotion zum Dr. phil., danach Tätigkeit im höheren Schuldienst, zuletzt Oberstudienrat, 1918–1933 Generalsekretär der BVP, 1928–1933 MdL (BVP), 1919–1927 Begründer und Herausgeber der Zeitschrift „Politische Zeitfragen", nach 1933 vorübergehend verhaftet, 1934–1945 im Schuldienst tätig. – Mitbegründer der CSU, 1946–1950 Mitglied des Landesvorstands der CSU, 1946 Vorsitzender des Organisations- und Werbeausschusses, stellvertretender Vorsitzender des Informationsausschusses und Mitglied des Ausschusses der CSU für zwischenstaatliche Beziehungen, Oktober 1945–Juli 1946 und Dezember 1946–1950 Staatssekretär bzw. Staatsminister und Leiter der bayerischen Staatskanzlei, als Leiter der Staatskanzlei Sonderbeauftragter Bayerns im Direktorium des Länderrats der US-Zone, Juli 1946–Dezember 1946 bayerischer Staatsminister für Sonderaufgaben, 1946 MdVLV (CSU), 1946–1950 MdL (CSU), 1948/49 MdPR (CSU) und Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion, seit April 1947 Mitglied des Verwaltungsrats des Deutschen Büros für Friedensfragen, im August 1948 Vorsitzender des Verfassungskonvents auf Herrenchiemsee, 1950/51 Generalkonsul der Bundesrepublik Deutschland in Brüssel, 1951–1954 Botschafter in Belgien.

Pfeiffer, Peter
Geb. 13. 5. 1922 in München, kath., Sohn Anton Pfeiffers, Jurastudium und Promotion, 1949–1951 stellvertretender Vorsitzender der JU Bayerns, 1950–1952 Mitglied des Landesvorstands der CSU, 1962–1966 stellvertretendes, dann bis 1987 ordentliches Mitglied des Vorstands der Bayerischen Vereinsbank

Pflaum, Richard
Geb. 21. 3. 1884 in Augsburg, gest. 14. 4. 1951, ev., Verleger, 1906–1914 in England tätig, bei Ausbruch des Ersten Weltkriegs Rückkehr nach Deutschland, 1918 Mitglied des bayerischen Provisorischen Nationalrats, 1919 Gründung des Richard-Pflaum-Verlags in München, vor

1933 Herausgeber der Wochenzeitung „Welt am Sonntag". – Nach 1945 CSU-Mitglied, 1946–1949 Mitglied des Landesvorstands der CSU, im Januar 1946 Vorsitzender des Informationsausschusses der CSU, 1946 2. Vorsitzender, nach der Absetzung Schäffers im April 1946 bis Dezember 1946 geschäftsführender Vorsitzender des CSU-Bezirksverbands München, 1946–1949 Stadtrat (CSU) in München.

Pflüger, Heinrich
Geb. 4. 6. 1908 in München, gest. 9. 5. 1968, kath., 1922–1925 Lehre im elektrotechnischen Handwerk und bis 1939 in seinem Beruf tätig, seit 1922 in der katholischen Jugendbewegung engagiert, danach im katholischen Arbeiterverband und in der Christlichen Gewerkschaft, als Mitglied des monarchistischen Widerstandes in Bayern 1939 verhaftet und 1944 vom Volksgerichtshof wegen Hochverrats zu fünf Jahren Zuchthaus verurteilt. – Nach 1945 bei der KZ-Betreuungsstelle München des BRK, 1946–1949 im bayerischen Innenministerium (Staatskommissariat für politisch Verfolgte), 1949–1952 Vizepräsident des bayerischen Landesentschädigungsamts, 1946 Mitbegründer des CSU-Ortsvereins in München-Milbertshofen, 1946/47 Mitglied des Landesvorstands der CSU, seit 1953 Geschäftsführer des CSU-Bezirksverbands München, 1958–1968 MdL (CSU).

Plonner, Josef
Geb. 15. 2. 1920 in Altötting/Obb., kath., nach Besuch der Oberrealschule Lehre bei der Bayerischen Vereinsbank, 1940 zur Wehrmacht eingezogen und Teilnahme am Zweiten Weltkrieg. – 1946 Schriftführer des CSU-Kreisverbands Rosenheim-Stadt, 1946–1949 Mitarbeiter in der CSU-Landesgeschäftsstelle, anschließend als Bankangestellter, Vertreter und Angestellter tätig, 1960 wegen 1948/49 vollzogener dubioser Importgeschäfte zu sieben Monaten Gefängnis verurteilt.

Poschinger von Frauenau, Hippolyt
Geb. 19. 6. 1908 in Bamberg/Ofr., gest. 20. 8. 1990, kath., nach Abitur am humanistischen Gymnasium im Kloster Ettal 1926–1930 Studium der Forstwissenschaft in Freiburg im Breisgau und München, Diplom-Forstwirt, seit 1930 Leitung des land- und forstwirtschaftlichen Familienbesitzes in Frauenau, den er 1935 einschließlich der Glashütte übernahm. – Nach 1945 CSU-Mitglied, 1950/51 und 1969–1982 Mitglied des Landesvorstands der CSU, Mitglied des Wirtschaftsbeirats der Union und bis 1983 Mitglied im Vorstand des Wirtschaftsbeirats der Union, 1952–1983 MdS, 1964–1968 Vizepräsident, 1968–1982 Präsident des bayerischen Senats, 1946–1962 Obmann des BBV im Landkreis Regen, Mitglied des BBV-Präsidiums in Niederbayern, seit 1952 2. Vorsitzender, 1960–1982 Vorsitzender des Bayerischen Waldbesitzerverbands, Mitglied des Vorstands des Landesverbands Bayern der Schutzgemeinschaft deutscher Wald, Mitglied des Beirats des Bayerischen Forstvereins, Mitglied des Beirats des Verbands der Bayerischen Grundbesitzer, Mitglied des Vorstands des Zuchtverbands für Fleckvieh in Niederbayern, 1968–1982 stellvertretender Vorsitzender des Verwaltungsrats des Bayerischen Rundfunks, Mitglied der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Waldbesitzerverbände, Mitglied des Deutschen Forstwirtschaftsrats, Mitglied des Präsidiums der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen, Vorsitzender des Kuratoriums der Bayerischen Volksstiftung.

Prittwitz und Gaffron, Friedrich Wilhelm von
Geb. 1. 9. 1884 in Stuttgart, gest. 1. 9. 1955 in Tutzing/Obb., ev., 1902–1906 Jurastudium in Bonn und Berlin, 1906 1. juristische Staatsprüfung, 1907 Promotion zum Dr. jur., Eintritt in den preußischen Justizdienst, 1908 Anwärter für den auswärtigen Dienst und der Botschaft in Washington zugeteilt, 1910 Dienstantritt im Auswärtigen Amt, 1911 diplomatisches Examen, 1911 zum Legationssekretär ernannt und bis 1914 an der Botschaft in St. Petersburg, 1914 kurzzeitig Teilnahme am Ersten Weltkrieg, im Dezember 1914 vom Heeresdienst zum Auswärtigen Amt kommandiert und politischer Berater im Großen Hauptquartier, seit Juli

1917 Vertreter des Auswärtigen Amts in der Reichskanzlei, 1918 zum Legationsrat ernannt, nach Kriegsende Referent für innere Politik im Auswärtigen Amt, Mitglied der DDP/StP, 1920 Konsul in Triest, 1921–1927 Botschaftsrat an der Botschaft in Rom, 1927–1933 Botschafter in Washington, nach 1933 Rücktritt und in den Ruhestand versetzt, in den folgenden Jahren Wirtschaftsberater. – Mitbegründer der CSU, 1946 Vorsitzender des Arbeitsausschusses der CSU für Fragen zwischenstaatlicher Beziehungen, seit Februar 1947 Vorsitzender des außenpolitischen Ausschusses der Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU, 1949–1952 Mitglied des Landesvorstands der CSU, 1946 MdVLV (CSU), 1946–1954 MdL (CSU) und 1950/51 stellvertretender Vorsitzender der CSU-Landtagsfraktion, seit 1948 deutscher Vertreter im Rat der Europäischen Interparlamentarischen Union, 1950 Mitglied der Internationalen Diplomatischen Akademie in Genf, Vorsitzender der Münchner Gesellschaft für Auslandskunde.

Probst, Maria
Geb. 1. 7. 1902 in München, gest. 1. 5. 1967 in Bonn, kath., 1921–1923 an der deutschen Botschaft in Paris, 1925–1930 Studium der Germanistik und Geschichte in Freiburg im Breisgau, Zürich und München, 1930 Promotion zum Dr. phil. – Nach 1945 Lehrerin in Hammelburg, seit 1946 in der Redaktion der „Bayerischen Rundschau" in München, Mitbegründerin der CSU in Hammelburg, seit 1946 Mitglied des Landesvorstands der CSU, 1946–1949 MdL (CSU) und Mitglied des Vorstands der CSU-Landtagsfraktion, 1949–1967 MdB (CSU), 1965–1967 dessen Vizepräsidentin, 1958–1967 MdEP (CSU), Mitglied des Hauptvorstands des Verbands der Kriegsbeschädigten, Kriegshinterbliebenen und Sozialrentner Deutschlands, 1963 Präsidentin der Europäischen Frauenunion.

Rindt, Eugen
Geb. 7. 4. 1907 in München, gest. 24. 6. 1979, kath., Studium in München und Innsbruck, 1933 Promotion zum Dr. phil., zunächst Hilfsarbeiter in einer Desinfektionsanstalt, 1934–1938 freier Schriftsteller, seit 1938 Angestellter der Stadtverwaltung Augsburg, aktiv im Widerstand gegen den Nationalsozialismus, 1942–1945 bei der Organisation Todt, als politisch unzuverlässig degradiert und strafversetzt. – Mitbegründer der CSU in den Kreisen Augsburg-Stadt und -Land, 1946/47 Vorsitzender der CSU-Bezirksverbände Augsburg und Schwaben, 1946–1949 Mitglied des Landesvorstands der CSU, 1946 MdVLV (CSU), 1946–1950 MdL (CSU) und stellvertretender Vorsitzender der CSU-Landtagsfraktion, Leiter des Landessiedlungsamts Schwaben, 1948 Gründer des überparteilichen Sozialen Helferrings in Bayern, 1950 aus der CSU ausgetreten.

Ringelmann, Richard
Geb. 22. 12. 1889 in München, gest. 14. 5. 1965, Jurastudium, 1918 große Staatsprüfung für den bayerischen Justiz- und Verwaltungsdienst, Promotion zum Dr. jur., im Januar 1920 als Finanzassessor Eintritt in das bayerische Finanzministerium, dort Karriere als Ministerialbeamter, vertrat Bayern in wichtigen Prozessen, BVP-Mitglied, nach 1933 weiter im bayerischen Finanzministerium, seit 1934 als Ministerialrat und Abteilungsleiter, seit 1939 NSDAP-Mitglied. – Nach Kriegsende zunächst mit der Reorganisation der bayerischen Finanzverwaltung betraut, im April 1946 entlassen, nach Einstellung des Spruchkammerverfahrens wieder im Finanzministerium, 1947 zum Ministerialdirigenten, 1948 zum Ministerialdirektor befördert, seit 1948 einer der wichtigsten Mitarbeiter Hans Ehards, 1950–1954 Staatssekretär im bayerischen Finanzministerium.

Rinke, Walter
Geb. 5. 1. 1895 in Kattowitz, gest. 21. 5. 1983 in Rottach-Egern/Obb., kath., Ausbildung am Lehrerseminar in Myslowitz, 1914–1918 Teilnahme am Ersten Weltkrieg, 1919 Abitur, dann bis 1922 Studium der Nationalökonomie und Rechtswissenschaft in Breslau und Würzburg, 1922 Promotion zum Dr. rer. pol., 1923–1928 Prokurist bei der Allianz Versicherung in Bres-

lau, 1928–1934 Direktor der Oberschlesischen Provinzialversicherungsanstalten in Ratibor, 1919–1933 Zentrums-Mitglied, 1934 in den Ruhestand versetzt, Tätigkeit im privaten Versicherungswesen in Breslau, 1939–1945 Teilnahme am Zweiten Weltkrieg und bis Juli 1945 in russischer Kriegsgefangenschaft. – 1946 Ministerialrat in Bayern, Ende 1952 im Ruhestand, seit 1946 CSU-Mitglied, 1946–1955 Mitglied des Landesvorstands der CSU, 1953–1957 MdB (CSU), 1946 Mitbegründer der Vereinigung der Schlesier in München, Mitbegründer des Hauptausschusses für Flüchtlinge und Ausgewiesene in Bayern, 1950–1954 Bundesvorsitzender der Landsmannschaft Schlesien.

Röhrl, Wilhelm
Geb. 4. 3. 1921 in München, kath., während der NS-Zeit in der verbotenen katholischen Jugendbewegung aktiv, 1938–1945 Arbeitsdienst und Teilnahme am Zweiten Weltkrieg (zuletzt Leutnant). – Nach Entlassung aus der Kriegsgefangenschaft Studium der Philosophie und Nationalökonomie, 1950 Diplom-Volkswirt, seit 1946 CSU-Mitglied, 1948–1957 Geschäftsführer der CSU-Fraktion im bayerischen Landtag, verantwortlicher Redakteur der „CSU-Correspondenz", ehrenamtlicher Geschäftsführer des CSU-Bezirksverbands Oberbayern, 1958–1978 MdL (CSU), 1957–1970 im bayerischen Wirtschaftsministerium tätig, zuletzt Ministerialrat und Referatsleiter für innerdeutschen Handel und stellvertretender Referatsleiter für Außenwirtschaft.

Rucker, Eugen
Geb. 18. 10. 1900 in Höchstädt/Schw., kath., Studium in München und Erlangen, Promotion zum Dr. rer. pol., Besitzer der „Steinindustrie Dr. Rucker" in Regensburg. – Mitbegründer der CSU in Regensburg und deren Vorstandsmitglied, 1946 Vorsitzender des CSU-Bezirksverbands Oberpfalz, 1946/47 Mitglied des Landesvorstands der CSU, 1945–1954 Präsident der Katholischen Aktion in Bayern, seit 1953 Vorstandsvorsitzender der AOK Niederbayern/Oberpfalz, Mitglied mehrerer Aufsichtsräte.

Sackmann, Franz
Geb. 17. 12. 1920 in Kaiserslautern, kath., 1939 Abitur, anschließend Beginn eines Chemiestudiums in München, seit 1937 illegale Arbeit in der katholischen Jugendbewegung, 1940–1945 Teilnahme am Zweiten Weltkrieg, Flucht aus sowjetischer Kriegsgefangenschaft. – 1946 Fortsetzung des Chemiestudiums, 1951 Staatsexamen, Mitbegründer der CSU und der JU in Bayern, 1950–1953 geschäftsführender Vorsitzender des CSU-Bezirksverbands München, 1951/52 stellvertretender Landesvorsitzender, 1952–1957 Landesvorsitzender der JU in Bayern, Mitglied des Bundesvorstands der JU Deutschlands und deren stellvertretender Bundesvorsitzender, seit 1952 Mitglied des Landesvorstands und 1955–1957 Mitglied des geschäftsführenden Landesvorstands der CSU, 1954–1978 MdL (CSU), 1956–1966 Landrat in Roding, 1966–1978 Staatssekretär im bayerischen Staatsministerium für Wirtschaft und Verkehr.

Sattler, Dieter
Geb. 2. 2. 1906 in München, gest. 9. 11. 1968 in Rom, ev., 1932 zum Katholizismus konvertiert, Studium der Architektur in München, 1929 Diplom, 1931 Promotion zum Dr.-Ing., 1929–1939 freischaffender Architekt, ergänzende volkswirtschaftliche Studien in Berlin, nach Ausbruch des Zweiten Weltkriegs kurzzeitig Soldat, seit 1940 Betreuung kriegswichtiger Bauwerke. – 1945–1947 erneut freier Architekt, Mitglied des Kunstausschusses der Stadt München, seit 1946 Vorsitzender des Berufsverbands der Architekten und Bauingenieure in München, 1947–1950 Staatssekretär für die Schönen Künste im bayerischen Kultusministerium, 1947–1950 Mitglied des Landesvorstands der CSU, seit November 1950 Präsident des Deutschen Bühnenvereins, später auch Vorsitzender des Rundfunkrats des Bayerischen Rundfunks, 1952 Botschaftsrat und Kulturreferent an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Rom, 1959 Ministerialdirektor und Leiter der Kulturabteilung im Auswärtigen Amt, 1966–1968 Botschafter beim Heiligen Stuhl.

Sauer, Franz Ludwig
Geb. 1. 10. 1893 in Binsfeld/Ufr., gest. 28. 3. 1950 in Binsfeld/Ufr., kath., nach Besuch der Landwirtschaftsschule Gutspraktikant und Verwalter in Westfalen, Teilnahme am Ersten Weltkrieg, 1919 Heirat in einen landwirtschaftlichen Betrieb mit Getreidemühle, 1926–1933 Obermeister der Müllerinnung, Mitglied der Bezirks-, Kreis- und Landesbauernkammer, Mitbegründer der BVP und deren Vorsitzender in einem unterfränkischen Landkreis, Mitglied des Landesvorstands der BVP, nach 1933 zweimal vorübergehend verhaftet, Stilllegung der Mühle. – Mitbegründer und Vorsitzender der CSU im Landkreis Karlstadt, 1946–1949 Mitglied des Landesvorstands der CSU, 1946–1949 Vorsitzender des CSU-Bezirksverbands Unterfranken, 1946 MdVLV (CSU), 1946–1950 MdL (CSU), Bürgermeister von Binsfeld, Kreisvorsitzender des BBV.

Schachtner, Richard
Geb. 5. 2. 1902 in Landshut, gest. 30. 8. 1961, kath., 1922–1927 Studium der Betriebswirtschaftslehre in München, Frankfurt am Main, Königsberg und Berlin, Examen als Diplom-Kaufmann, Mitglied des Katholischen Männervereins Berlin, 1929–1933 Zentrums-Mitglied und Schriftführer im Ortsverein Berlin-Mahlsdorf, 1928–1931 wissenschaftlicher Mitarbeiter beim statistischen Reichsamt, anschließend in leitender Funktion Statistiker bei der Reichsrundfunkgesellschaft und seit 1936 bei der Reichsgruppe Luftfahrtindustrie bzw. seit 1939 bei der Messerschmitt AG. – Nach 1945 CSU-Mitglied, 1946–1948 Mitarbeiter des CSU-Landessekretariats, Abteilung Finanzen, Buchhaltung, Statistik, 1948/49 Landesschatzmeister der CSU, 1959–1961 2. Landesschatzmeister der CSU, 1961 1. Landesschriftführer der CSU, 1948/49 und 1959–1961 Mitglied des Landesvorstands und des geschäftsführenden Landesvorstands der CSU, 1946 an das Bayerische Statistische Landesamt berufen, Landeswahlleiter, 1960/61 Präsident des Bayerischen Statistischen Landesamts.

Schäfer, Franz
Geb. 6. 1. 1899 in Ingolstadt/Obb., gest. 18. 12. 1973 in Ingolstadt/Obb., kath., Lehre als Dachdecker, 1916 Gesellenprüfung, 1917–1920 Teilnahme am Ersten Weltkrieg und französische Kriegsgefangenschaft, nach seiner Rückkehr bis 1925 bei der Reichsbahn tätig, 1927 Meisterprüfung im Dachdeckerhandwerk und Aufbau eines eigenen Geschäfts, seit 1920 Mitglied der Christlichen Gewerkschaften und der BVP, 1933 Stadtrat (BVP) in Ingolstadt, nach 1933 vorübergehend verhaftet. – Mitbegründer der CSU in Ingolstadt und 1945–1954 deren Vorsitzender, 1947–1955 Mitglied des Landesvorstands der CSU, 1952–1958 Vorsitzender der Mittelstandsgruppen der CSU im Bezirksverband Oberbayern, September/Oktober 1945 2. Bürgermeister von Ingolstadt, 1946–1966 Stadtrat (CSU) in Ingolstadt und Vorsitzender der CSU-Stadtratsfraktion, 1946 Kandidat (CSU) für die VLV, 1946–1950 und 1958–1962 MdL (CSU), Kreishandwerkermeister und Vorstandsmitglied der Handwerkskammer für Oberbayern, 2. Vorsitzender des oberbayerischen Arbeitgeberverbands, Beisitzer beim Obersten Finanzgericht München, Steuerausschußmitglied beim Finanzamt Ingolstadt, bis 1958 Vorstandsmitglied der AOK Ingolstadt.

Schäfer, Karl
Geb. 12. 8. 1912 in Obereschenbach/Ufr., gest. 21. 4. 1991 in Nürnberg, kath., nach Besuch des Gymnasiums 1931 kaufmännische Lehre in Nürnberg, dann in verschiedenen Nürnberger Firmen tätig, 1938 Einheirat in ein Einzelhandelsgeschäft, 1940–1946 Teilnahme am Zweiten Weltkrieg und Kriegsgefangenschaft. – Seit 1946 CSU-Mitglied, 1950/51 stellvertretender Vorsitzender der JU Bayern, seit 1950 Mitglied des Landesvorstands der CSU, 1952–1977 Vorsitzender des CSU-Bezirksverbands Nürnberg-Fürth, 1952–1954 Stadtrat (CSU) in Nürnberg, 1954–1978 MdL (CSU), Vorsitzender der Deutschen Jugendkraft in Bayern.

Schäffer, Fritz
Geb. 12. 5. 1888 in München, gest. 29. 3. 1967 in Berchtesgaden/Obb., kath., 1907–1911 Jurastudium in München, 1915/16 Teilnahme am Ersten Weltkrieg, 1916 große juristische Staatsprüfung, 1917 Referent im bayerischen Innenministerium, 1918 Bezirksamtsassessor in Kelheim, 1920 in das bayerische Kultusministerium berufen, zuerst Regierungsrat, dann Oberregierungsrat, Vorsitzender des BVP-Kreisverbands München, 1929–1933 BVP-Vorsitzender, 1920–1933 MdL (BVP), 1931–1933 als Staatsrat mit der Führung der Geschäfte des bayerischen Finanzministeriums beauftragt, 1933 und 1944 vorübergehend verhaftet, Rechtsanwalt in München. – Mai–September 1945 bayerischer Ministerpräsident, Mitbegründer der CSU, Januar–April 1946 Vorsitzender des Ausschusses der CSU für Verwaltungsaufbau und Staatsfinanzierung sowie stellvertretender Vorsitzender des staatspolitischen Ausschusses der CSU, März/April 1946 Vorsitzender des CSU-Bezirksverbands München, Mai 1946–Januar 1948 durch eine Anordnung der Militärregierung von jeder politischen Betätigung ausgeschlossen, Februar–September 1948 Vorsitzender des CSU-Bezirksverbands Oberbayern, Parteischiedsgerichtsverfahren und Austritt aus der CSU, 1949 erneut CSU-Mitglied, 1949–1961 Mitglied des Landesvorstands der CSU, 1949–1957 Bundesfinanzminister, 1957–1961 Bundesjustizminister, 1949–1961 MdB (CSU), 1949–1953 Vorsitzender, 1953–1961 Mitglied des Vorstands der CSU-Landesgruppe.

Schedl, Otto
Geb. 10. 12. 1912 in Sinzing/Opf., gest. 8. 6. 1995 in München, kath., Studium der Philosophie, Psychologie, Publizistik, Nationalökonomie sowie der Literatur- und der Kunstgeschichte in Regensburg, München und Würzburg, 1941 Promotion zum Dr. phil., seit 1937 NSDAP-Mitglied, 1937–1940 Mitarbeiter des „Regensburger Anzeigers", 1940–1945 Teilnahme am Zweiten Weltkrieg. – Nach kurzer Kriegsgefangenschaft erneut journalistisch tätig, Mitbegründer und Organisator der CSU in Regensburg und im Bezirk Niederbayern/Oberpfalz, 1947/48 Landesgeschäftsführer der CSU, 1947 Mitglied im Vorstand der JU Bayern, 1955–1972 Mitglied des Landesvorstands und 1967/68 Mitglied des geschäftsführenden Landesvorstands der CSU, 1955–1972 Vorsitzender des CSU-Bezirksverbands Oberpfalz, 1948–1957 Landrat in Neumarkt/Opf., 1957–1970 bayerischer Staatsminister für Wirtschaft und Verkehr, 1970–1972 bayerischer Finanzminister, 1969–1972 zugleich stellvertretender Ministerpräsident, 1950–1974 MdL (CSU).

Schefbeck, Otto
Geb. 25. 9. 1900 in Straubing/Ndb., gest. 10. 4. 1972, kath., 1920–1924 Studium der Rechts- und Staatswissenschaften in München und Tübingen, 1927 Staatsprüfung für den höheren Justiz- und Verwaltungsdienst, 1928–1930 im bayerischen Landwirtschaftsministerium, Abteilung Landessiedlung, tätig, seit Oktober 1930 Rechtsanwalt in München. – Mitbegründer der CSU, 1948–1951 Mitglied des Landesvorstands der CSU, 1946 MdVLV (CSU), 1946–1950 MdL (CSU).

Schleip, Eva
Geb. 28. 6. 1891 in Strasburg (Westpreußen), ev., Tochter eines ev. Pfarrers, 1923–1932 Mitarbeiterin von Gustav Stresemann und Leiterin des Büros der DVP-Reichstagsfraktion, seit 1941 verheiratet mit Josef Schleip. – Mitbegründerin der CSU in Ansbach, Mitglied des Vorstands des CSU-Bezirksverbands Mittelfranken, seit 1949 Mitglied des Landesausschusses der CSU, bis 1961 Mitglied des Landesvorstands und 1949–1952 Mitglied des geschäftsführenden Landesvorstands der CSU, 1949 Kandidatin (CSU) für die Bundestagswahl, Laienrichterin am Verwaltungsgericht Ansbach.

Schleip, Josef
Geb. 4. 2. 1884 in Dirmstein (Pfalz), ev., Jurastudium, 1906 erstes Staatsexamen, 1909 große Staatsprüfung für den Justiz- und Verwaltungsdienst, Promotion zum Dr. jur., 1912 Eintritt

in die bayerische Justizverwaltung, 1916–1918 Teilnahme am Ersten Weltkrieg, 1919–1933 Amtsrichter, Staatsanwalt und Landgerichtsrat in Landau in der Pfalz, 1923/24 während der französischen Besatzung in das rechtsrheinische Bayern ausgewiesen, 1919–1933 DVP-Mitglied, Stadtrat (DVP) in Landau in der Pfalz, seit Juni 1933 Oberstaatsanwalt in Ansbach, zum 1. 5. 1937 NSDAP-Mitglied, seit 1938 Landgerichtspräsident in Ansbach. – Im Juli 1945 von der amerikanischen Militärregierung entlassen und vorübergehend interniert, 1947 von der Spruchkammer Ansbach-Stadt und der Berufungskammer Ansbach als Mitläufer eingestuft, 1948 als Landgerichtspräsident wieder eingestellt und in den Ruhestand versetzt, seit 1950 Vorsitzender des Landesschiedsgerichts der CSU.

Schlögl, Alois
Geb. 4. 4. 1893 in Pleinting/Ndb., gest. 27. 9. 1957 in München, kath., Studium der Rechts- und Staatswissenschaften in München und Erlangen, Promotion zum Dr. rer. pol., 1914–1918 Teilnahme am Ersten Weltkrieg, seit 1920 journalistisch tätig, zunächst in der Redaktion der „Bayerischen Volkszeitung", 1922 Vorsitzender des Christlichen Bauernvereins in Passau, 1925 Direktor des Niederbayerischen Christlichen Bauernvereins sowie Herausgeber und Hauptschriftleiter des „Niederbayerischen Bauern", BVP-Mitglied, 1932 Mitbegründer des Mittelstandsbunds in Landshut, 1932/33 MdL (BVP), 1933 von Angehörigen der SA schwer mißhandelt, in der NS-Zeit Wirtschafts- und Steuerberater, 1941–1945 Teilnahme am Zweiten Weltkrieg. – Mitbegründer der CSU, 1948–1954 Mitglied des Landesvorstands der CSU, 1948–1954 bayerischer Landwirtschaftsminister, 1948/49 stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses des Länderrats des Vereinigten Wirtschaftsgebiets für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, 1946 MdVLV (CSU), 1946–1957 MdL (CSU), Mitbegründer des BBV, 1945–1948 Generalsekretär des BBV.

Schmid, Karl
Geb. 20. 9. 1883 in Jettingen/Schw., gest. 31. 5. 1958, kath., Buchbinderlehre, anschließend in Württemberg, im Rheinland und in München tätig, Meisterprüfung, 1912 Geschäftsgründung in München, Mitglied des katholischen Gesellenvereins, vor 1933 BVP-Mitglied, 1930–1933 Stadtrat (BVP) in München, 1933 MdL (BVP), 1933 vorübergehend verhaftet, 1944 zwei Monate im KL Dachau. – Seit 1945 CSU-Mitglied, 1946 Mitglied des Vorstands des CSU-Bezirksverbands München, 1946–1950 Mitglied des Landesvorstands der CSU, 1946 MdVLV (CSU), 1946–1954 MdL (CSU) und 1946–1950 Mitglied des Vorstands der CSU-Landtagsfraktion, 1945–1954 Präsident der Handwerkskammer von Oberbayern, Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft der bayerischen Handwerkskammern, Mitglied in Aufsichtsgremien verschiedener Organisationen des Handwerks.

Schmidt, Wilhelm August
Geb. 9. 6. 1902, Versicherungskaufmann, in leitender Funktion bei der Versicherungsgesellschaft Allianz tätig, Mitbegründer der CSU, 1945/46 Landesgeschäftsführer der CSU, 1946 stellvertretender Vorsitzender des Organisations- und Werbeausschusses der CSU, 1946 und 1948–1955 Mitglied des Landesvorstands und 1953–1955 Mitglied des geschäftsführenden Landesvorstands der CSU, 1948–1950 Vorsitzender eines CSU-Kreisverbands in München.

Schubert, Karl
Geb. 3. 4. 1905 in Eger (heute Tschechische Republik), gest. 11. 6. 1986 in Straubing/Ndb., kath., Studium der Erziehungswissenschaften, Philosophie, Germanistik, Kunstgeschichte und Theaterwissenschaft in Prag, Promotion zum Dr. phil., Prüfung für das Lehramt an höheren Schulen, in der Lehrerbildung, der Volksbildung und im Büchereiwesen engagiert, Teilnahme am Zweiten Weltkrieg. – Mitbegründer der CSU, seit 1948 Stadtrat (CSU) in Straubing, 1950–1954 und 1958–1966 MdL (CSU), 1951–1955 Mitglied des Landesvorstands der CSU, 1951–1955 Vorsitzender der UdV, Mitglied des Hauptausschusses der Flüchtlinge und Ausgewiesenen in Bayern und der Sudetendeutschen Landsmannschaft, Oberstudiendi-

rektor am Deutschen Gymnasium Straubing, stellvertretender Vorsitzender der katholischen Erziehergemeinschaft in Bayern.

Schuberth, Hans
Geb. 5. 4. 1897 in Schwabach/Mfr., gest. 2. 9. 1976 in München, kath., Teilnahme am Ersten Weltkrieg, 1915 schwer verwundet und aus dem Militärdienst entlassen, Studium des Maschinenbaus und der Elektrotechnik in München, Diplom-Ingenieur, seit 1927 im Dienst der Reichspost, zunächst beim Telegraphentechnischen Reichsamt in München, dann bei verschiedenen Reichspostdirektionen, zeitweise Dozent für Hochfrequenztechnik in Karlsruhe, vor 1933 Mitglied des Zentrums, 1933 Postrat, 1934 an das Reichspostzentralamt in Berlin strafversetzt, 1937–1943 Postrat bei der Reichspostdirektion Landshut, seit 1943 bei der Reichspostdirektion München. – 1945 zunächst zum stellvertretenden Präsidenten der Oberpostdirektion München, dann zum Präsidenten der Oberpostdirektion Regensburg ernannt, 1947 Präsident der Oberpostdirektion München, 1947 Staatssekretär im bayerischen Verkehrsministerium, 1947–1949 Direktor der Verwaltung des Vereinigten Wirtschaftsgebiets für das Post- und Fernmeldewesen, 1949–1953 Bundespostminister, 1947 und 1949–1952 Mitglied des Landesvorstands der CSU, 1953–1957 MdB (CSU), 1951 Ehrendoktor der TH München, seit 1953 Vorsitzender des Vereins Deutscher Ingenieure.

Schütz, Hans
Geb. 14. 2. 1901 in Hemmehübel (heute Tschechische Republik), gest. 24. 1. 1982 in München, kath., Schreinerlehre, Fortbildung an der Sozialen Volkshochschule, 1920 Gewerkschaftssekretär, 1923 Geschäftsführer des Christlichen Textilarbeiterverbands im Sudetenland und Herausgeber der Monatsschrift „Sudetendeutsche Arbeit", 1924–1938 Vorsitzender des Gesamtverbands der sudetendeutschen Christlichen Gewerkschaften, 1935–1938 Abgeordneter der DCSVP im tschechoslowakischen Parlament, nach 1938 Versicherungsangestellter, 1941–1945 Teilnahme am Zweiten Weltkrieg und amerikanische Kriegsgefangenschaft. – Nach 1945 CSU-Mitglied, 1946 Vorsitzender des Landesflüchtlingsausschusses der CSU, 1947–1951 Vorsitzender der Union der Vertriebenen, 1963–1969 Vorsitzender der CSA, 1946–1951 und 1962–1968 Mitglied des Landesvorstands der CSU, 1946 sozial- und volkspolitischer Referent der kirchlichen Hilfsstelle für Heimatvertriebene in München, 1946–1950 Vorsitzender des Hauptausschusses der Flüchtlinge und Ausgewiesenen in Bayern, 1948/49 MdWR (CSU), 1949–1963 MdB (CSU), 1949–1957 Mitglied des Vorstands der CSU-Landesgruppe, 1957–1962 deren stellvertretender Vorsitzender, 1950–1962 Vertreter der CDU/CSU-Fraktion beim Europarat in Straßburg, 1962–1964 Staatssekretär im bayerischen Arbeitsministerium, 1964–1966 bayerischer Arbeitsminister, 1949–1969 Vorsitzender der Sudetendeutschen Ackermanngemeinde.

Schwägerl, Hans
Geb. 29. 7. 1901 in Waldsassen/Opf., gest. 24. 9. 1973, kath., kaufmännische Lehre in einer Porzellanfabrik in Marktredwitz. – Nach 1945 selbständiger Kaufmann und Inhaber einer Porzellanhandlung, Mitbegründer der CSU, 1946 Schriftführer und Vorstandsmitglied der CSU in Marktredwitz, langjähriger Vorsitzender des CSU-Kreisverbands Wunsiedel und dessen Ehrenvorsitzender, Vorsitzender der CSU-Mittelstandsgruppen im Bezirksverband Oberfranken, 1946 MdVLV (CSU), 1947/48 und 1950 MdL (CSU), 1946–1948 und seit 1972 Kreisrat (CSU) in Wunsiedel, 1948–1973 Stadtrat (CSU) in Marktredwitz, 1959/60 2. Bürgermeister von Marktredwitz.

Schwalber, Josef
Geb. 19. 3. 1902 in Fürstenfeldbruck/Obb., gest. 16. 8. 1969 in Dachau/Obb., kath., Studium der Rechtswissenschaft und der Nationalökonomie in München, 1927 Promotion zum Dr. oec. publ., 1928 Staatsexamen für den höheren Justiz- und Verwaltungsdienst, seit 1929 Rechtsanwalt in Dachau, BVP-Mitglied, bis 1933 Stadtrat (BVP) und Bezirksrat (BVP) in

Dachau, 1933 vorübergehend verhaftet, 1943–1945 Teilnahme am Zweiten Weltkrieg. – Mitbegründer der CSU, 1947–1952 Mitglied des Landesvorstands der CSU, stellvertretender Landrat, dann Landrat in Dachau, 1945–1947 1. Bürgermeister von Dachau, 1946 MdVLV (CSU), 1946–1950 MdL (CSU), 1948/49 MdPR (CSU), 1947–1950 Staatssekretär im bayerischen Innenministerium, 1951–1954 bayerischer Kultusminister.

Schwend, Karl
Geb. 30. 5. 1890 in Bayreuth, gest. 24. 2. 1968 in München, kath., zunächst Laufbahn als Berufsoffizier, 1911 Leutnant, Teilnahme am Ersten Weltkrieg als Kompaniechef und Bataillonskommandeur, nach Kriegsende Jura- und Geschichtsstudium in München, Mitbegründer der BVP, 1920–1933 Chefredakteur der „Bayerischen Volkspartei-Korrespondenz", Vorsitzender des Landesverbands der Bayerischen Volksparteipresse, zusammen mit Anton Pfeiffer Schriftleiter der „Politischen Zeitfragen", nach 1933 vorübergehend stellungslos, seit 1937 Aufbau des Werkschutzes bei den Dornier-Werken und bis 1945 deren 1. Sicherheitsbeauftragter, seit 1940 NSDAP-Mitglied. – Seit Mai 1947 in der bayerischen Staatskanzlei tätig, Leiter der Abteilung Innenpolitik, seit 1948 stellvertretender Leiter der bayerischen Staatskanzlei, 1949–1954 Leiter der bayerischen Staatskanzlei im Range eines Ministerialdirektors, 1952–1955 Mitglied des Landesvorstands der CSU, 1958 Generalsekretär der Akademie der bildenden Künste in München.

Sedlmayr, Lorenz
Geb. 7. 4. 1887 in Moorenweis/Obb., gest. 14. 2. 1971, kath., Buchbindergeselle, 1904 Eintritt in den katholischen Gesellenverein, 1907/08 Weiterbildung an der Handwerker- und Kunstgewerbeschule in Elberfeld, seit 1907 Mitglied der Christlichen Gewerkschaften, 1911–1919 Verbandssekretär und Schriftleiter des Graphischen Zentralverbands in Köln, 1916–1919 Stadtverordneter (Zentrum) in Köln, ab Juni 1919 in München tätig, seit 1921 Schriftleiter der Verbandszeitung des Bayerischen Postverbands, 1927–1933 Redakteur der „Deutschen Post", 1927–1933 Vorsitzender einer Ortsgruppe und Vorstandsmitglied des Reichsbeamtenbeirats des Zentrums, kurzzeitig auch BVP-Mitglied, 1933 entlassen, betrieb 1934–1944 einen Tabakwarenladen in München-Giesing, seit 1942 auch bei den Bayerischen Uniformwerken beschäftigt. – Seit Juli 1945 Mitglied des Wirtschafts- und Finanzausschusses der Münchner Gewerkschaften, seit April 1946 Sekretär der Gruppe Bahn-Post der Allgemeinen Freien Münchner Gewerkschaften, CSU-Mitglied, 1946 zum 3. Vorsitzenden des CSU-Bezirksverbands München gewählt, seit 1946 Mitglied des Landesvorstands und des geschäftsführenden Landesvorstands der CSU, Mitinitiator des Wirtschaftsbeirats der Union e.V., seit 1950 Mitherausgeber des „Bayern-Kurier", 1946 MdVLV (CSU) und deren Vizepräsident, Januar-September 1947 Staatssekretär im bayerischen Wirtschaftsministerium, dann bis 1950 Staatssekretär im bayerischen Verkehrsministerium, 1948/ 1949 Vorsitzender des Ausschusses für Post- und Fernmeldewesen des Länderrats des Vereinigten Wirtschaftsgebiets, Mitglied des Vorstands der Fachgruppe Post im BGB.

Seidel, Hanns
Geb. 12. 10. 1901 in Schweinheim/Ufr., gest. 5. 8. 1961 in München, kath., Studium der Rechtswissenschaft, Nationalökonomie und Germanistik in Würzburg, Freiburg im Breisgau und Jena, 1929 Promotion zum Dr. jur., anschließend Rechtsanwalt in Aschaffenburg, seit 1932 BVP-Mitglied, nach 1933 Konflikte mit dem NS-Regime, kurzzeitige Emigration, 1940–1945 Teilnahme am Zweiten Weltkrieg. – Mitbegründer der CSU in Aschaffenburg, 1947–1961 Mitglied des Landesvorstands und 1955–1961 Mitglied des geschäftsführenden Landesvorstands der CSU, 1955–1961 Landesvorsitzender der CSU, 1945–1947 Landrat in Aschaffenburg, September 1947–1954 bayerischer Wirtschaftsminister bzw. seit 1952 Staatsminister für Wirtschaft und Verkehr, 1948/49 Mitglied im ERP-Ausschuß des Länderrats des Vereinigten Wirtschaftsgebiets, Oktober 1957–Januar 1960 bayerischer Ministerpräsident,

1946 MdVLV (CSU), 1946–1961 MdL (CSU), im Dezember 1954 zum Sprecher der CSU-Landtagsfraktion gewählt.

Seidl, Alfred
Geb. 30. 1. 1911 in München, gest. 25. 11. 1993 in München, kath., Studium der Rechtswissenschaft und der Nationalökonomie in München, 1935 1. juristische Staatsprüfung, 1936 Diplomprüfung für Volkswirte, 1937 Promotion zu Dr. jur., 1938 2. juristische Staatsprüfung, 1935–1938 Assistent an der juristischen Fakultät der Ludwig-Maximilians-Universität, 1940–1945 Teilnahme am Zweiten Weltkrieg. – Nach 1945 Rechtsanwalt in München, verteidigte Hans Frank und Rudolf Heß im Nürnberger Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher, 1958–1986 MdL (CSU), 1970–1972 stellvertretender Vorsitzender, 1972–1974 Vorsitzender der CSU-Landtagsfraktion, seit 1972 Mitglied des geschäftsführenden Landesvorstands, seit 1970 Mitglied des Landesvorstands der CSU, 1974–1977 Staatssekretär im bayerischen Justizministerium, 1977/78 bayerischer Innenminister.

Semler, Johannes
Geb. 16. 12. 1898 in Hamburg, gest. 31. 1. 1973 in München, ev., Studium der Rechtswissenschaft und Nationalökonomie in Freiburg im Breisgau, Kiel und Berlin, 1. und 2. juristische Staatsprüfung, Promotion zum Dr. jur., Teilnahme am Ersten Weltkrieg, seit 1924 Rechtsanwalt in Hamburg und Rechtsberater verschiedener wirtschaftlicher Unternehmen, 1930–1946 Vorstandsmitglied der Deutschen Warentreuhandgesellschaft AG in Hamburg, in deren Aufsichtsrat er 1947 gewählt wurde, 1932 Ernennung zum öffentlich bestellten Wirtschaftsprüfer, seitdem Berater namhafter Industrieunternehmen und Mitglied bzw. Vorsitzender in verschiedenen Aufsichtsräten. – Mitbegründer der CSU, 1946 Vorsitzender des wirtschaftspolitischen Ausschusses der CSU, 1946/47 Mitglied des Landesvorstands der CSU, von Landesbischof Meiser autorisierter Vertreter der evangelischen Interessen in der CSU, 1946 MdVLV (CSU), 1947 MdWR (CSU), August 1947–Januar 1948 Direktor der Verwaltung für Wirtschaft des Vereinigten Wirtschaftsgebiets, wegen Kritik an der Wirtschafts- und Ernährungspolitik der Alliierten seines Amtes enthoben, 1949 Kandidat (CSU) für die Bundestagwahl, 1950–1953 MdB (CSU), Mitglied der deutschen Delegation der Beratenden Versammlung des Europarats und Mitglied des europäischen Verfassungsausschusses, Vizepräsident des deutschen Rats der europäischen Bewegung, seit 1953 erneut als Wirtschaftsberater tätig.

Solleder, Maximilian
Geb. 8. 3. 1894 in Schierling/Opf., gest. 23. 1. 1966 in Regensburg, kath., Jurastudium in München, Promotion zum Dr. jur. in Würzburg, seit 1922 Rechtsanwalt in Regensburg, vor 1933 BVP-Mitglied und deren Geschäftsführer in der Oberpfalz, 1939–1945 Teilnahme am Zweiten Weltkrieg. – Seit 1945 CSU-Mitglied, 1949–1953 MdB (CSU), stellvertretender Vorsitzender der CSU-Landesgruppe, 1952/53 Mitglied des Landesvorstands der CSU.

Spörl, Max
Geb. 16. 4. 1909 in Schwarzenbach/Ofr., gest. 9. 7. 1997 in Naila/Ofr., ev., Kürschnermeister und Pelzwarenfabrikant, seit 1931 Mitinhaber und Leiter der Firma Adolf Spörl & Co. (Fell- und Rauchwarengroßhandel und Pelzwarenfabrik) sowie Mitinhaber der Mützenfabrik Spörl oHG, 1940–1945 Teilnehmer am Zweiten Weltkrieg (zuletzt Feldwebel). – Seit 1946 CSU-Mitglied, 1946–1952 Gemeinderat (CSU) in Schwarzenbach und Stellvertreter des Bürgermeisters sowie Kreisrat (CSU) in Naila und Vorsitzender der CSU-Kreistagsfraktion, stellvertretender Landrat in Naila, neun Monate amtierender Landrat, 1953–1957 MdB (CSU), seit 1953 Mitglied der Landessynode der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern.

Sproß, Franz
Geb. 3. 12. 1899 in Diedenhofen/Elsaß, gest. 13. 9. 1964 in Tirschenreuth/Opf., kath., Ingenieur und Kaufmann, Teilnahme am Zweiten Weltkrieg. – 1948–1964 Landrat in Tirschenreuth, Vorsitzender des CSU-Kreisverbands Tirschenreuth, 1952–1955 Mitglied des Landesvorstands der CSU.

Stang, Georg
Geb. 20. 2. 1880 in Amorbach/Ufr., gest. 10. 5. 1951 in Bad Kissingen/Ufr., kath., Studium der klassischen Philologie und Geschichte in Würzburg, 1902/03 Staatsexamina für das höhere Lehramt, Gymnasiallehrer in Amorbach, Hof, Würzburg und München, 1917/18 Teilnahme am Ersten Weltkrieg, 1912–1933 MdL (bis 1918 Zentrum, dann BVP), 1919–1929 stellvertretender Vorsitzender der BVP-Landtagsfraktion, 1929–1933 Präsident des bayerischen Landtags, Ehrendoktorwürde der Universität Würzburg, 1933 und 1944 vorübergehend verhaftet. – 1945 Landrat in Kaufbeuren, 1945–1948 Lehrer (zuletzt Oberstudiendirektor) am Wilhelms-Gymnasium in München, 1946 Präsident der BBLV, 1946–1951 MdL (CSU), 1950/51 dessen Präsident.

Steber, Franz
Geb. 1904, gest. 1983, kath., 1922–1926 Landessekretär der Katholischen Jungmännervereine in Bayern, seit 1926 Mitarbeiter im Jugendhaus Düsseldorf, der Zentrale des Katholischen Jungmännerverbands, vor 1933 Reichsführer der Sturmschar, 1937 vom Volksgerichtshof zu fünf Jahren Zuchthaus verurteilt. – Mitbegründer der CSU, 1946–1948 Mitglied des Landesvorstands der CSU, 1946 Vorsitzender des Jugendausschusses der CSU, Mitbegründer der JU in Bayern und in Deutschland, 1947 Mitglied des Vorstands der JU Bayern, 1945 Mitbegründer der Katholischen Jungen Mannschaft in München, 1949 Direktor des bayerischen Jugendsozialwerks, 1955–1965 Sozialreferent im Jugendhaus Düsseldorf.

Sterzer, Michael
Geb. 24. 3. 1893 in Adelsreuth/Obb., gest. 4. 1. 1970 in Babenstuben bei Eurasburg/Obb., Landwirt, nach Teilnahme am Ersten Weltkrieg Einheirat in einen Bauernhof, bis 1933 Übernahme verschiedener Ämter in landwirtschaftlichen Berufsorganisationen, BVP-Mitglied, Gemeinderat und 2. Bürgermeister von Herrnhausen. – Nach 1945 Kreisrat (CSU) in Wolfratshausen, 2. Vorsitzender des BBV im Landkreis Wolfratshausen, 1950–1954 MdL (CSU).

Strathmann, Hermann
Geb. 30. 8. 1882 in Opherdicke/Westfalen, gest. 29. 11. 1966 in Erlangen/Mfr., ev., Studium der ev. Theologie in Tübingen, Halle und Bonn, 1910 Habilitation und Inspektor des theologischen Stiftes in Bonn, 1910–1915 Privatdozent an der Universität Bonn, 1915/16 außerordentlicher Professor an der Universität Heidelberg, 1916 ordentlicher Professor an der Universität Rostock, 1918 ordentlicher Professor für ev. Theologie an der Universität Erlangen, 1915–1918 als Feldgeistlicher Teilnahme am Ersten Weltkrieg, 1919/20 MdL (Bayerische Mittelpartei), 1920–1933 MdR (bis 1924 Bayerische Mittelpartei, bis 1930 DNVP, dann CSVD). – Nach 1945 CSU-Mitglied, 1946/47 Mitglied des Landesvorstands der CSU, Vorsitzender des CSU-Kreisverbands Erlangen-Stadt, 1946 Kandidat (CSU) für die VLV, 1946 für die CSU in den Landtag gewählt, 1947 wurde ihm jedoch sein Mandat aberkannt, nach Revision dieser Entscheidung 1949/50 MdL (CSU), 1946 von seiner Lehrtätigkeit suspendiert, 1947 entlassen, 1948 rehabilitiert und im selben Jahr emeritiert, 1954 aus der CSU ausgetreten.

Strauß, Franz Josef
Geb. 6. 9. 1915 in München, gest. 3. 10. 1988 in Regensburg, kath., 1936–1941 Studium der klassischen Philologie, Germanistik, Geschichte, Archäologie und Nationalökonomie in München, 1. und 2. Staatsexamen für das höhere Lehramt, 1943 Studienrat, seit 1937 NSKK-

Mitglied, 1939–1945 Teilnahme am Zweiten Weltkrieg (zuletzt Oberleutnant), Offizier für wehrgeistige Führung, April–Juni 1945 amerikanische Kriegsgefangenschaft. – Mitbegründer der CSU in Schongau, 1946 stellvertretender Vorsitzender des CSU-Kreisverbands Schongau, 1946–1988 Mitglied des Landesvorstands und des geschäftsführenden Landesvorstands bzw. Präsidiums der CSU, 1948–1952 Generalsekretär der CSU, 1952–1961 stellvertretender Vorsitzender, 1961–1988 Vorsitzender der CSU, 1945 von den amerikanischen Militärbehörden zum stellvertretenden Landrat in Schongau ernannt, 1946–1948 Landrat in Schongau, Jugendreferent im bayerischen Kultusministerium, 1948 Oberregierungsrat im bayerischen Innenministerium und Leiter des bayerischen Landesjugendamts, 1948/49 MdWR (CSU), 1949–1978 MdB (CSU), 1949–1953 geschäftsführender Vorsitzender, 1953–1957 und 1963–1966 Vorsitzender der CSU-Landesgruppe und zugleich stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion, bis 1978 Mitglied des Vorstands der CSU-Landesgruppe, 1953–1955 Bundesminister für besondere Aufgaben, 1955/56 Bundesminister für Atomfragen, 1956–1962 Bundesverteidigungsminister, 1966–1969 Bundesfinanzminister, 1978–1988 MdL (CSU), 1978–1988 bayerischer Ministerpräsident, 1980 Kanzlerkandidat der Unionsparteien.

Strenkert, Paul
Geb. 9. 1. 1899 in Oedheim/Württemberg, gest. 1. 12. 1989 in Kempten/Schw., kath., 1913–1930 Bergmann im Steinsalzbergbau, Weiterbildung an der christlichen Gewerkschaftsschule und 1928/29 an der Katholischen Sozialen Volkshochschule, Teilnahme am Ersten und Zweiten Weltkrieg, Kriegsgefangenschaft, seit 1913 in der katholischen Jugend-, Arbeiter- und der christlichen Gewerkschaftsbewegung engagiert, seit 1918 Mitglied des Zentrums bzw. der BVP, 1932/33 Stadtrat (BVP) in Kempten, 1930–1933 Arbeiter- und Diözesansekretär in der Diözese Augsburg, nach 1933 vorübergehend verhaftet und entlassen. – Mitbegründer der CSU, Vorsitzender der CSA im Bezirksverband Schwaben, 1952–1967 Mitglied des Landesvorstands der CSU, 1945–1962 erneut Stadtrat (CSU) in Kempten, 1950–1966 MdL (CSU), 1957–1962 Staatssekretär im bayerischen Arbeitsministerium, 1962–1964 bayerischer Arbeitsminister, 1946–1957 Arbeiter- und Diözesansekretär in der Diözese Augsburg, nach 1945 beteiligt am Aufbau der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Arbeitnehmerorganisationen sowie an der Gründung des BGB und des DGB, 1950–1957 Mitglied im Vorstand der Landesversicherungsanstalt Schwaben in Augsburg und Vorstandsvorsitzender der AOK Kempten, 1953 und 1957 Präsident des Allgäuer Katholikentags, 1958 Vizepräsident des 78. Deutschen Katholikentags in Berlin.

Stücklen, Richard
Geb. 20. 8. 1916 in Heideck/Mfr., gest. 2. 5. 2002 in Weißenburg/Mfr., kath., Lehre im Elektrohandwerk und Gesellenprüfung, anschließend Studium der Ingenieurwissenschaften (Elektrotechnik), 1936 zum Arbeitsdienst eingezogen, bis 1942 Teilnahme am Zweiten Weltkrieg, dann in der Elektroindustrie dienstverpflichtet, 1944 Abschluß des Studiums (Elektroingenieur) und Abteilungsleiter in einem Betrieb der AEG in Freiberg/Sachsen. – Mitbegründer der CSU und der JU in Mittelfranken, seit 1950 Mitglied des Landesvorstands sowie 1953–1955 und seit 1967 Mitglied des geschäftsführenden Landesvorstands bzw. Präsidiums der CSU, 1949–1990 MdB (CSU), 1953–1955 Parlamentarischer Geschäftsführer, 1955–1957 stellvertretender Vorsitzender und 1966–1976 Vorsitzender der CSU-Landesgruppe, seit 1976 Mitglied des Vorstands der CSU-Landesgruppe, bis 1976 stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion, 1976–1979 und 1983–1990 Vizepräsident des Deutschen Bundestags, 1979–1983 Bundestagspräsident, 1957–1966 Bundesminister für das Post- und Fernmeldewesen.

Sühler, Adam
Geb. 25. 3. 1889 in Lindau bei Trebgast/Ofr., gest. 27. 1. 1964 in Lindau bei Trebgast/Ofr., ev., 1903–1905 landwirtschaftliche Winterschule in Wunsiedel, 1907–1910 Militärdienst,

1914–1918 Teilnahme am Ersten Weltkrieg, 1919 Übernahme des elterlichen Hofs, den er bis 1952 bewirtschaftete, stellvertretender Vorsitzender des Bayerischen Landbunds, 1928–1932 MdL (Bayerischer Landbund), 1925 1. Bürgermeister von Lindau/Ofr., Mitglied der Bezirksbauernkammer Kulmbach-Land und der Kreisbauernkammer Oberfranken, ehrenamtliches Mitglied des Finanzgerichts und des Oberbewertungsausschusses beim Landesfinanzamt Nürnberg, 1922–1928 Sachverständiger der Steuerkommission der bayerischen Landesbauernkammer, Mitglied des Deutschen Landwirtschaftsrats, nach 1933 aller Ämter enthoben. – Seit 1945 CSU-Mitglied, 1946–1950 Mitglied des Landesvorstands der CSU, 1946 MdVLV (CSU), 1946–1949 MdL (CSU) und Mitglied des Vorstands der CSU-Landtagsfraktion, 1950–1963 MdS, 1952–1958 als Schriftführer Mitglied des Senatspräsidiums, 1958–1961 Vertreter des Senats im Rundfunkrat, September 1947–1950 Staatssekretär im bayerischen Landwirtschaftsministerium, nach 1945 erneut Bürgermeister von Lindau/Ofr., 1947 Landrat in Kulmbach, Mitbegründer und 1946–1958 Präsident des BBV in Oberfranken, seit 1958 dessen Ehrenpräsident.

Sühler, Gustav
Geb. 17. 3. 1922 in Lindau bei Trebgast/Ofr., gest. 2. 7. 1998 in Bayreuth, ev., Sohn von Adam Sühler, nach der Volksschule Besuch landwirtschaftlicher Fachschulen, Studienreisen in die USA, nach England, Schweden und in die Schweiz, 1940–1945 Teilnahme am Zweiten Weltkrieg. – Seit 1946 in der Landjugendarbeit engagiert, 1950/51 Mitglied des Landesvorstands der CSU, seit 1952 selbständiger Landwirt, 1949–1953 Vorsitzender des Bundes der Deutschen Landjugend, seit 1948 Mitglied des Präsidiums des BBV, 1958–1982 Präsident des BBV in Oberfranken, 1977–1991 Präsident des BBV, seit 1991 dessen Ehrenpräsident, 1977–1991 Mitglied des Präsidiums des DBV, 1948–1952 und 1957–1978 Kreisrat in Kulmbach, 1957–1965 MdB (CSU), 1964–1991 MdS.

Thiele, Wolfram
Geb. 2. 11. 1922 in Rastatt, Studium an der Hochschule für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften in Nürnberg, 1949 Examen als Diplomkaufmann, 1954 Promotion zum Dr. oec., 1951–1957 stellvertretender Vorsitzender der JU in Bayern, 1951–1956 Mitglied des Bundesvorstands der JU Deutschlands, 1951–1957 Mitglied des Landesvorstands der CSU, 1952–1959 Stadtrat (CSU) in Nürnberg, 1960–1963 Gemeinderat in Gustavsburg, 1949 Referent für arbeitstechnische und soziale Angelegenheiten bei der MAN, 1955–1987 mit Leitungsaufgaben in verschiedenen Betrieben des MAN-Konzerns betraut, 1973 zum Vorstandsvorsitzenden der Gutehoffnungshütte Sterkrade AG berufen, seit 1974 auch ordentliches Mitglied des Vorstands der MAN, 1971 zum Vorstandsmitglied der metallindustriellen Arbeitgeberverbände von Nordrhein-Westfalen gewählt, seit 1975 zugleich stellvertretender Vorsitzender des Vereins der bayerischen Metallindustrie, 1977–1985 Präsident des Gesamtverbands metallindustrieller Arbeitgeberverbände, 1982 zum Präsidenten des Verbands der westeuropäischen Metallindustrie gewählt.

Trettenbach, Martin
Geb. 13. 11. 1891 in Kempten/Schw., gest. 30. 10. 1971, kath., kurzzeitig Besuch der Handelshochschule in München, bis 1933 Geschäftsführer einer Landkrankenkasse und des Landesverbands der bayerischen Landkrankenkassen, vor 1933 BVP-Mitglied und Mitglied des Wirtschaftsbeirats der BVP, nach 1933 entlassen, bis 1941 Vertreter der Firma Kaut-Bullinger & Co. in München, dann stellvertretender Geschäftsführer, später Geschäftsführer des Reichsverbands der Betriebskrankenkassen. – Mitbegründer und bis 1950 Kreisvorsitzender der CSU in Pfaffenhofen an der Ilm, 1952–1955 Mitglied des Landesvorstands der CSU, bis 1949 Stadtrat (CSU) in Pfaffenhofen, 1946 MdVLV (CSU), 1946–1950 MdL (CSU), Geschäftsführer des Landesverbands der Betriebskrankenkassen in Bayern.

Unertl, Franz Xaver
Geb. 22. 9. 1911 in Grottham/Ndb., gest. 31. 12. 1970 in Grottham/Ndb., kath., Volksschule, Fortbildungsschule in Birnbach und Landwirtschaftsschule in Passau, dann auf dem elterlichen Hof tätig, seit 1932 selbständiger Gastwirt und Viehkaufmann, vor 1933 führend im Bayerischen Jungbauernbund tätig, 1940–1945 Teilnahme am Zweiten Weltkrieg. – Mitbegründer der CSU in Birnbach, Gemeinderat und 2. Bürgermeister in Birnbach, Kreisrat (CSU) in Griesbach, seit 1948 Vorsitzender der CSU-Kreistagsfraktion und Mitglied des Kreisausschusses, 1948–1951 Mitglied des Landesvorstands der CSU, 1953–1970 MdB (CSU), seit 1958 Mitglied des Verwaltungsrats der Deutschen Bundespost, Vorsitzender des Bayerischen Vieh- und Fleischhandelsverbands, Mitglied des Vorstands der Einkaufs- und Liefergenossenschaft Bayerischer Viehkaufleute sowie des Deutschen Vieh- und Fleischhandelsbunds.

Wacher, Gerhard
Geb. 29. 11. 1916 in Wien, gest. 27. 10. 1990 in Konradsreuth/Ofr., ev., Studium der Agrarwissenschaft in Prag, 1939 zweite Staatsprüfung, Teilnahme am Zweiten Weltkrieg. – 1946–1948 Wirtschaftsberater, 1948 Eintritt in den bayerischen Staatsdienst (zuletzt Oberlandwirtschaftsrat am Landwirtschaftsamt Hof), seit 1949 CSU-Mitglied, seit 1952 Vorsitzender des CSU-Kreisverbands Hof, seit 1953 stellvertretender Vorsitzender des CSU-Bezirksverbands Oberfranken, seit 1952 Mitglied des Landesvorstands, 1955–1963 und 1967–1974 Mitglied des geschäftsführenden Landesvorstands der CSU (1967/68 kooptiert), Mitglied des Landesvorstands des EAK der CSU, 1953–1963 MdB (CSU), 1955–1962 Parlamentarischer Geschäftsführer der CSU-Landesgruppe, 1966–1974 MdL (CSU), 1962–1966 Staatssekretär im bayerischen Staatsministerium für Wirtschaft und Verkehr, seit 1967 Mitglied des Vorstands der Bayerischen Berg-, Hütten- und Salzwerke.

Wallner, Josef
Geb. 8. 9. 1894 in Deggenau/Ndb., gest. 15. 2. 1952 in Heining bei Passau/Ndb., kath., 1921 Gründung einer Kiesbaggerei an der Donau, aus der 1924 die Bayerische Hafenbetriebs-GmbH Deggendorf hervorging, 1925–1930 Gemeinderat in Deggenau, 1928 Gründung der Deutsch-Rumänischen Motortankschiffahrts-GmbH, nach Ausscheiden der rumänischen Geschäftspartner 1939 Gründung der Bayerischen Schiffahrts- und Hafenbetriebs-GmbH. – Nach 1945 Leiter des Wirtschaftsamts in Deggendorf, Wiederaufbau der durch den Zweiten Weltkrieg zerstörten Reederei und der Hafenanlagen in Deggendorf, zahlreiche weitere wirtschaftliche Aktivitäten und Beteiligungen, u. a. 1948 Errichtung einer eigenen Schiffswerft, Mitglied des Aufsichtsrats der Rhein-Main-Donau AG, Mitglied des Vorstands der IHK für Niederbayern in Passau, Mitglied des Senats der Fraunhofer-Gesellschaft.

Weberpals, Max
Geb. 3. 4. 1898 in Lichtenfels/Ofr., gest. 4. 6. 1973 in Kronach/Ofr., kath., nach Volksschule und Lehre seit 1919 Geschäftsführer beim Oberfränkischen Christlichen Bauernverein in Bamberg, vor 1933 BVP-Mitglied, 1933 seines Amtes enthoben und vorübergehend verhaftet, dann als Vertreter und bei Versicherungen tätig, während des Zweiten Weltkriegs zu einer Behörde der Wehrmacht in Coburg dienstverpflichtet, 1944/45 Soldat. – Seit 1945 Geschäftsführer des BBV in Lichtenfels, Mitbegründer der CSU in Oberfranken, Vorsitzender des CSU-Kreisverbands Lichtenfels, Kreisrat (CSU) in Lichtenfels und Vorsitzender der CSU-Kreistagsfraktion, 1948–1952 stellvertretender Landrat in Lichtenfels, 2. Bürgermeister der Stadt Lichtenfels.

Weigel, Wenzel
Geb. 6. 11. 1888 in Tschentschitz/Böhmen, gest. 2. 4. 1979, Besuch einer deutschen Lehrerbildungsanstalt und eines humanistischen Gymnasiums in Prag, Lehrer an Volks- und Bürgerschulen, anschließend Studium in Prag, Teilnahme am Ersten Weltkrieg, 1920 Examen für

das höhere Lehramt und Promotion zum Dr. phil., 1922–1927 Lehrauftrag an der Universität Hamburg, seit 1927 Dozent an der Universität Prag, Mitbegründer und später wissenschaftlicher Direktor der Deutschen Pädagogischen Hochschule in Prag. – 1945 ausgewiesen, 1950–1954 MdL (CSU), 1950–1954 Mitglied des Vorstands der CSU-Landtagsfraktion, 1950–1952 Mitglied des Landesvorstands der CSU.

Weinkamm, Otto
Geb. 13. 2. 1902 in Aschaffenburg/Ufr., gest. 27. 1. 1968 in Augsburg, kath., 1921–1926 Studium der Rechts- und Staatswissenschaften sowie der Wirtschaftswissenschaften in München, 1926–1928 Referendarzeit, 1928 große Staatsprüfung für den höheren Justiz- und Verwaltungsdienst, seit 1929 Rechtsanwalt, später Fachanwalt für Steuerrecht in Augsburg, 1929–1933 Stadtrat (BVP) in Augsburg, nach 1933 vorübergehend verhaftet, 1942–1945 Dienst bei der Luftnachrichtentruppe in Augsburg. – Mitbegründer der CSU in Augsburg, in der Folgezeit auch Vorstandsmitglied der CSU in Augsburg, 1957–1961 Vorsitzender des CSU-Bezirksverbands Schwaben, 1957–1961 Mitglied des Landesvorstands der CSU, 1945–1952 Stadtrechtsrat und hauptamtlicher Wirtschaftsreferent in der Augsburger Stadtverwaltung, im Juni 1946 Wahl zum Oberbürgermeister von Augsburg, die Bestätigung durch die amerikanische Militärregierung erfolgte jedoch nicht, 1947–1949 MdWR (CSU), 1953–1957 MdL (CSU), 1957–1965 MdB (CSU), 1959–1966 MdEP, 1952–1954 bayerischer Justizminister.

Wieninger, Karl
Geb. 28. 4. 1905 in München, gest. 20. 8. 1999, kath., nach einer Handwerkslehre (Glas- und Porzellanmacher) im elterlichen Geschäft in München (G. Wieninger Keramische Malerei, Glas- und Porzellangroßhandel), das er 1942 übernahm, nach 1933 Repressalien des NS-Regimes, 1945 Mitglied der Freiheitsaktion Bayern. – 1946 Vorsitzender einer Spruchkammer, 1950 Vorsitzender eines Senats der Berufungskammer im Rahmen der Entnazifizierung, 1946–1952 Stadtrat (CSU) in München, Bezirksrat für Oberbayern, 1953–1969 MdB (CSU), 1952–1967 Mitglied des Landesvorstands der CSU, zeitweise einer der stellvertretenden Vorsitzenden des CSU-Bezirksverbands München, 1953–1970 Vorsitzender der Mittelstandsgruppe bzw. der Arbeitsgemeinschaft Mittelstand in der CSU, bis 1972 Landesleiter der Fachgruppe keramische Malereien der Handwerksorganisation, 1969–1972 Handelsrichter am Landgericht München I.

Winkler, August Christian
Geb. 9. 1. 1900 in Köln, gest. 31. 10. 1961 in München, kath., 1914–1917 kaufmännische Lehre und externe Studien, 1917/18 Kriegshilfsdienst und Fronteinsatz, 1919/20 kaufmännische Tätigkeit, 1920–1922 Sekretär beim Gesamtverband der Christlichen Gewerkschaften, 1922–1936 Verbandssekretär des katholischen Gesellenvereins in Köln, 1929–1933 Vorsitzender des Reichsjugendausschusses der Deutschen Zentrumspartei, 1930–1933 MdR (Zentrum), am 1. Juli 1933 aus der Zentrumspartei ausgetreten, um Hospitantenstatus bei der NSDAP bemüht, 1936–1945 Direktor eines Handwerkerverlags in Wien. – Mitbegründer der CSU im Landkreis Rottenburg an der Laaber, geschäftsführender Vorsitzender der Mittelstandsgruppe der CSU und des Mittelstandsausschusses im Wirtschaftsbeirat der Union, 1954–1961 MdL (CSU), 1958–1961 Mitglied des Landesvorstands der CSU, 1947–1961 Geschäftsführer des Bayerischen Handwerkertags und Redakteur der „Bayerischen Handwerkerzeitung", Mitbegründer der Deutschen Handwerksmesse und des Deutschen Handwerksinstituts in München, ehrenamtlicher Geschäftsführer der Landesgruppe Bayern im Deutschen Mittelstandsblock.

Zehner, Zita
Geb. 8. 11. 1900 in Rannungen/Ufr., gest. 10. 9. 1978 in Fischbachau-Birkenstein/Obb., kath., während des Ersten Weltkriegs auf dem elterlichen Anwesen tätig, seit 1919 Ausbil-

dung zur Wirtschaftslehrerin an der Hauswirtschaftsschule Aschaffenburg, dem Lehrerinnenseminar in Bamberg und dem Wirtschaftslehrerinnenseminar in Landshut, seit 1927 Mitglied des Katholischen Frauenbunds, Vertreterin der Bäuerinnen in verschiedenen Kreisbauernkammern, nach 1933 entlassen, 1935 vorübergehend verhaftet, Aufbau eines Lebensmittelgroßhandels mit Teigwarenfabrikation in München. – Nach 1945 CSU-Mitglied, 1951–1968 Mitglied des Landesvorstands und 1955–1968 Mitglied des geschäftsführenden Landesvorstands der CSU, Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft der Frauen der CSU, 1945–1947 Stadträtin (CSU) in München, 1946–1970 MdL (CSU), 1950–1958 Mitglied des Vorstands der CSU-Landtagsfraktion, betrieb eine kleine Pension in Fischbachau-Birkenstein.

Zillibiller, Max
Geb. 7. 12. 1896 in Aschau bei Prien/Obb., gest. 17. 11. 1970 in Hindelang/Schw., kath., seit 1914 Teilnahme am Ersten Weltkrieg als Kriegsfreiwilliger, anschließend Beginn eines Jurastudiums, 1921 Erwerb eines Bauernhofs in Oberbayern, Übernahme des elterlichen Betriebs (Käsefabrikation und Großhandel mit landwirtschaftlichen Produkten) in Hindelang. – Seit 1946 CSU-Mitglied, stellvertretender Vorsitzender des CSU-Kreisverbands Sonthofen, 1950–1954 Mitglied des Landesvorstands der CSU, 1946 MdVLV (CSU), 1946–1966 MdL (CSU), 1950–1958 Mitglied des Vorstands der CSU-Landtagsfraktion, Bürgermeister von Hindelang.

Zimmermann, Friedrich
Geb. 18. 7. 1925 in München, kath., seit 1943 NSDAP-Mitglied, 1943–1945 Teilnahme am Zweiten Weltkrieg (zuletzt Leutnant). – 1946 Abitur, anschließend Studium der Rechtswissenschaft und Nationalökonomie in München, 1950 Promotion zum Dr. jur., 1951 zweite juristische Staatsprüfung, 1951–1954 Anwaltsassessor, Gerichtsassessor, persönlicher Referent des bayerischen Justizministers, Regierungsrat in der Staatskanzlei und Stellvertreter des Bevollmächtigten Bayerns beim Bund, seit 1963 Rechtsanwalt in München, seit 1948 CSU-Mitglied, 1953–1959 stellvertretender Vorsitzender der JU Deutschlands, 1969–1973 Vorsitzender des Wehrpolitischen Arbeitskreises der CSU, 1955 Hauptgeschäftsführer, 1956–1963 Generalsekretär der CSU, 1963–1967 1. Landesschatzmeister der CSU, 1967–1975 Vorsitzender der Medienkommission der CSU, langjähriges Mitglied des Landesvorstands und des geschäftsführenden Landesvorstands bzw. Präsidiums der CSU, 1979–1989 stellvertretender CSU-Vorsitzender, 1957–1990 MdB (CSU), seit 1961 Mitglied des Vorstands der CDU/CSU-Fraktion, 1972–1976 stellvertretender Vorsitzender, 1976–1982 Vorsitzender der CSU-Landesgruppe und stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion, 1965–1972 Vorsitzender des Verteidigungsausschusses des Deutschen Bundestags, 1982–1989 Bundesinnenminister, 1989–1991 Bundesverkehrsminister.

Zipfel, Franz
Geb. 26. 9. 1911 in Amberg/Opf., kath., Kaufmann in Regensburg, 1958–1960 Stadtrat (CSU) in Regensburg, Geschäftsführer des CSU-Bezirksverbands Oberpfalz.

Abbildungsverzeichnis

Titelbild: Karikatur von Herbert Kolfhaus im „Münchner Merkur“ vom 21. Oktober 1955 (ACSP, NL Kolfhaus); Bildunterschrift: „Hundhammer – Drachentöter aus Passion. Kämpft sogar dort, wo es gar keine Drachen gibt.“

Abbildung 1: Vereidigung Josef Müllers als bayerischer Justizminister am 26. September 1947, neben Müller stehen Zita Zehner und Landtagspräsident Michael Horlacher. ACSP, NL Müller Ph 7.

Abbildung 2: Fronleichnamszug in München (vermutlich 1948) – in der ersten Reihe von links nach rechts: Alois Hundhammer (dahinter Lorenz Sedlmayr), Willi Ankermüller, Hans Ehard (dahinter Josef Schwalber), Josef Müller und Heinrich Krehle. ACSP, NL Müller Ph 8.

Abbildung 3: Josef Müller und Alois Hundhammer, undatiert. ACSP, NL Müller Ph 63.

Abbildung 4: Die mittlfränkischen Kandidaten zum Bundestag der Christlich-Sozialen Union, doppelseitiges Flugblatt, 1949. ACSP, BV Mittelfranken, FL 1949.

Abbildung 5: Plakat der CSU für die Landtagswahl 1950: „Gegen Kirchenkampf – für christliche Einheit“. ACSP, Plakatsammlung.

Abbildung 6: Plakat der CSU für die Landtagswahl 1954: „Wer Bayern liebt, wählt CSU“. ACSP, Plakatsammlung.

Abbildung 7: Karikatur von Herbert Kolfhaus im „Münchner Merkur“ vom 21./22. Januar 1955 (ACSP, NL Kolfhaus); Bildunterschrift: „Um die CSU-Moarschaft: ‚Da schaug her – ko kaum an Eisstock lupfa, und mecht scho mitspuin!‘“

Abkürzungsverzeichnis

ABC-Waffen	Atomare, biologische und chemische Waffen
Abs.	Absatz
ACSP	Archiv für Christlich-Soziale Politik
a.D.	außer Dienst
ADAV	Allgemeiner Deutscher Arbeiterverein
ADF	Arbeitsgemeinschaft Demokratischer Fortschritt
ADGB	Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund
AEG	Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft
AG	Aktiengesellschaft
AG	Arbeitsgemeinschaft
AJDC	American Jewish Joint Distribution Committee
Anm.	Anmerkung
AOK	Allgemeine Ortskrankenkasse
BAB	Bundesarchiv, Berlin
BAK	Bundesarchiv, Koblenz
BayHStA	Bayerisches Hauptstaatsarchiv
BBB	Bayerischer Bauernbund
BBLV	Bayerische Beratende Landesversammlung
BBMB	Bayerischer Bauern- und Mittelstandsbund
BBV	Bayerischer Bauernverband
Bd., Bde.	Band, Bände
BDC	Berlin Document Center
BDI	Bundesverband der Deutschen Industrie
BdM	Bund deutscher Mädel
bearb.	bearbeitet
BGB	Bayerischer Gewerkschaftsbund
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGBl.	Bundesgesetzblatt
BGVBl.	Bayerisches Gesetz- und Verordnungsblatt
BHE	Bund/Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten
BHKB	Bayerischer Heimat- und Königsbund
BHKP	Bayerische Heimat- und Königspartei
Bl.	Blatt
BLZ	Bayerische Landeszeitung
BP	Bayernpartei
BRK	Bayerisches Rotes Kreuz
BSB	Bayerische Staatsbibliothek
BVP	Bayerische Volkspartei
CDU	Christlich-Demokratische Union
CSA	Christlich-Soziale Arbeitnehmerschaft
ČSSR	Československá socialistická republika
CSU	Christlich-Soziale Union
CSVD	Christlich-sozialer Volksdienst
DAF	Deutsche Arbeitsfront
DANA/DENA	Deutsche (Allgemeine) Nachrichten-Agentur
DBV	Deutscher Bauernverband
DCSVP	Deutsche Christlich-Soziale Volkspartei

DDP	Deutsche Demokratische Partei
DDR	Deutsche Demokratische Republik
DETAG	Deutsche Tafelglas AG
DFU	Deutsche Friedensunion
DG	Deutsche Gemeinschaft
DGB	Deutscher Gewerkschaftsbund
Diss.	Dissertation
DM	Deutsche Mark
DMV	Deutscher Metallarbeiter-Verband
DNSAP	Deutsche Nationalsozialistische Arbeiterpartei
DNVP	Deutsch-Nationale Volkspartei
DP	Deutsche Partei
DP	Displaced Person
dpa	Deutsche Presse-Agentur
DPD	Deutscher Pressedienst
Dpf.	Deutscher Pfennig
DRK	Deutsches Rotes Kreuz
DRP	Deutsche Reichspartei
DSAP	Deutsche Sozialdemokratische Arbeiterpartei
DStP	Deutsche Staatspartei
DVP	Deutsche Volkspartei
DUD	Deutschland Union Dienst
EAK	Evangelischer Arbeitskreis
EGKS	Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl
EKD	Evangelische Kirche in Deutschland
EMNID	Erforschung der öffentlichen Meinung, Marktforschung, Nachrichten, Informationen, Dienstleistungen
ERP	European Recovery Program
ev.	evangelisch
e.V.	eingetragener Verein
EVG	Europäische Verteidigungsgemeinschaft
FAG	Frauenarbeitsgemeinschaft
FDP	Freie Demokratische Partei
FFG	Freie Fraktionsgemeinschaft
FPV	Freie Parlamentarische Vereinigung
FU	Freie Universität
FVP	Freie Volkspartei
GB	Gesamtdeutscher Block
geb.	geboren, geborene
gest.	gestorben
Gestapo	Geheime Staatspolizei
GLV	geschäftsführender Landesvorstand
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GO	Geschäftsordnung
GPU	Sowjetische Geheimpolizei (Gossudarstwennoje Polititscheskoje Uprawlenije)
GVBl.	Gesetz- und Verordnungsblatt
GVP	Gesamtdeutsche Volkspartei
Halbbd.	Halbband
HJ	Hitlerjugend
HKP	Heimat- und Königspartei
Hrsg., hrsg.	Herausgeber, herausgegeben

ICD	Information Control Division
IfZ	Institut für Zeitgeschichte
IG	Industriegewerkschaft
IHK	Industrie- und Handelskammer
JDC	Joint Distribution Committee
JRSO	Jewish Restitution Successor Organisation
JU	Junge Union
kath.	katholisch
Kfz	Kraftfahrzeug
KGB	Sowjetischer Geheimdienst (Komitet Gossudarstwennoj Besopasnosti)
KL	Konzentrationslager
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
KPdSU	Kommunistische Partei der Sowjetunion
KPV	Kommunalpolitische Vereinigung
KZ	Konzentrationslager
LA	Landesausschuß
LBI	Landesverband der Bayerischen Industrie
LDPD	Liberal-Demokratische Partei Deutschlands
LEA	Landesentschädigungsamt
LG	Landesgruppe
LGF	Landesgeschäftsführer
LSG	Landesschiedsgericht
LTF	Landtagsfraktion
LV	Landesvorstand
LVers.	Landesversammlung
MAN	Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg
MdA	Mitglied des Abgeordnetenhauses
MdB	Mitglied des Bundestags
MdEP	Mitglied des Europäischen Parlaments
MdL	Mitglied des Landtags
MdPR	Mitglied des Parlamentarischen Rats
MdR	Mitglied des Reichstags
MdS	Mitglied des Senats
MdVLV	Mitglied der Verfassunggebenden Landesversammlung
MdVNV	Mitglied der Verfassunggebenden Nationalversammlung
MdWR	Mitglied des Wirtschaftsrats
Mfr.	Mittelfranken
Metex	Memminger Textilwerke für Streichgarn-, Spinnerei- und Weberei-GmbH
MfS	Ministerium für Staatssicherheit
MRP	Mouvement Républicain Populaire
NATO	North Atlantic Treaty Organisation
Ndb.	Niederbayern
NL	Nachlaß
NPD	Nationaldemokratische Partei Deutschlands
NS	Nationalsozialismus, nationalsozialistisch
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
NSKK	Nationalsozialistisches Kraftfahrerkorps
Obb.	Oberbayern
Ofr.	Oberfranken

oHG	offene Handelsgesellschaft
o.J.	ohne Jahr
OLG	Oberlandesgericht
OMGBY	Office of Military Government for Bavaria
OMGUS	Office of Military Government for Germany, United States
Opf.	Oberpfalz
OSB	Ordo Sancti Benedicti
OSS	Office of Strategic Services
PX	Post Exchange
RAD	Reichsarbeitsdienst
RG	Record Group
RGBl.	Reichsgesetzblatt
RM	Reichsmark
SA	Sturmabteilung
SBZ	Sowjetische Besatzungszone
Schw.	Schwaben
SD	Sicherheitsdienst
SDAJ	Sozialistische Deutsche Arbeiter-Jugend
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
SMAD	Sowjetische Militäradministration
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SRP	Sozialistische Reichspartei
SS	Schutzstaffel
StA	Staatsarchiv
StGB	Strafgesetzbuch
StK	Staatskanzlei
SUEDENA	Südwestdeutsche Nachrichtenagentur
SZ	Süddeutsche Zeitung
TH	Technische Hochschule
TU	Technische Universität
UdA	Union der Ausgewiesenen
UdV	Union der Vertriebenen
Ufr.	Unterfranken
UN	United Nations
US(A)	United States (of America)
USPD	Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands
VAW	Vereinigte Aluminium-Werke AG
VdK	Verband der Kriegs- und Wehrdienstopfer
VEBA	Vereinigte Elektrizitäts- und Bergwerks AG
VIAG	Vereinigte Industrie-Unternehmen AG
VLV	Verfassunggebende Landesversammlung
VO	Verordnung
WAV	Wirtschaftliche Aufbau-Vereinigung
WEU	Westeuropäische Union
WiSo	Wirtschafts- und Sozialwissenschaften
WM	Weltmeisterschaft
ZK	Zentralkomitee
zit.	zitiert

Quellen- und Literaturverzeichnis

1. Archivalien:

Archiv für Christlich-Soziale Politik, München (ACSP)

Sitzungen des geschäftsführenden Landesvorstands
Sitzungen des Landesvorstands
Sitzungen des Landesausschusses
Landesversammlungen und Parteitage
Landesschiedsgericht
Sitzungen der Landtagsfraktion
Registraturgut der Geschäftsstelle der Landtagsfraktion
Sitzungen der Landesgruppe
Materialien zu Land- und Bundestagswahlen
Druckschriften
Nachlaß Anton Besold
Nachlaß Franz Elsen
Nachlaß Karl Sigmund Mayr
Nachlaß Josef Müller
Nachlaß Hanns Seidel

Bayerisches Hauptstaatsarchiv, München (BayHStA)

Akten der bayerischen Staatskanzlei
Nachlaß Hans Ehard
Nachlaß Anton Pfeiffer
Nachlaß Josef Schwalber
Nachlaß Lorenz Sedlmayr

Staatsarchiv München (StA)

Staatsanwaltschaften – Akten des Prozesses gegen Philipp Auerbach

Bayerische Staatsbibliothek, München (BSB)

Ana 308 Nachlaß Karl Schwend

Bundesarchiv, Koblenz (BAK)

Nachlaß 1147 Hans Ritter von Lex
Nachlaß 1168 Fritz Schäffer
Nachlaß 1219 Maria Probst

Institut für Zeitgeschichte, München (IfZ)

ED 120 Nachlaß Wilhelm Hoegner
ED 132 Nachlaß Joseph Baumgartner
ED 719 Sammlung Bayernpartei

ED 720 Sammlung Alf Mintzel
Fh 56 Dokumente zur Frühgeschichte der CSU
MS 343 Sammlung Karl Köhler
RG 260 OMGUS

Stadtarchiv Bamberg

Nachlaß Hermann Etzel

2. Gedruckte Quellen:

Adenauer: „Es mußte alles neu gemacht werden." Die Protokolle des CDU-Bundesvorstandes 1950–1953, bearb. von Günter Buchstab, Düsseldorf 1986.

Adenauer: „Wir haben wirklich etwas geschaffen." Die Protokolle des CDU-Bundesvorstands 1953–1957, bearb. von Günter Buchstab, Düsseldorf 1990.

Adenauer. Briefe 1945–1955, bearb. von Hans Peter Mensing, 5 Bde., Berlin 1983–1995.

Akten deutscher Bischöfe über die Lage der Kirche, Bd. 1: 1933–1934, bearb. von Bernhard Stasiewski, Mainz 1968.

Akten Kardinal Michael von Faulhabers, Bd. III: 1945–1952, bearb. von Heinz Hürten, Paderborn u. a. 2002.

Akten zur Vorgeschichte der Bundesrepublik Deutschland, hrsg. vom Bundesarchiv und vom Institut für Zeitgeschichte, 5 Bde., München/Wien 1976–1983.

Auftakt zur Ära Adenauer. Koalitionsverhandlungen und Regierungsbildung 1949, bearb. von Udo Wengst, Düsseldorf 1985.

Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Deutschen Bundestags, 1949–1955, Bonn 1949–1955.

Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Bayerischen Landtags, 1946–1955, München o.J.

Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Bayerischen Senats, 1947–1955, München o.J.

Stenographische Berichte über die Verhandlungen der Bayerischen Verfassunggebenden Landesversammlung, München 1946.

Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Verfassungsausschusses der Bayerischen Verfassunggebenden Landesversammlung, München 1946.

Wörtliche Berichte und Drucksachen des Wirtschaftsrates des Vereinigten Wirtschaftsgebietes, bearb. von Christoph Weisz und Hans Woller, München 1977.

Bundesgesetzblatt 1949–1955.

Die CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag. Sitzungsprotokolle 1949–1953, bearb. von Helge Heidemeyer, Düsseldorf 1998.

Die CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag. Sitzungsprotokolle 1953–1957, bearb. von Helge Heidemeyer, 2 Halbbde., Düsseldorf 2003.

Die CDU/CSU im Parlamentarischen Rat. Sitzungsprotokolle der Unionsfraktion, bearb. von Rainer Salzmann, Stuttgart 1981.

Die CDU/CSU im Frankfurter Wirtschaftsrat. Protokolle der Unionsfraktion 1947–1949, bearb. von Rainer Salzmann, Düsseldorf 1988.

Die CSU 1945–1948. Protokolle und Materialien zur Geschichte der Christlich-Sozialen Union, hrsg. von Barbara Fait und Alf Mintzel unter Mitarbeit von Thomas Schlemmer, 3 Bde., München 1993.

Dokumente zur parteipolitischen Entwicklung in Deutschland nach 1945, hrsg. von Ossip K. Flechtheim, 9 Bde., Berlin 1962–1970.

Programmatische Dokumente der deutschen Sozialdemokratie, hrsg. von Dieter Dowe und Kurt Klotzbach, Bonn ^{3}1990.
Entnazifizierung und Selbstreinigung im Urteil der evangelischen Kirche. Dokumente und Reflexionen 1945–1949, hrsg. von Clemens Vollnhals, München 1989.
Das „Ermächtigungsgesetz" vom 24. März 1933. Quellen zur Geschichte und Interpretation des „Gesetzes zur Behebung der Not von Volk und Reich", hrsg. von Rudolf Morsey, Düsseldorf 1992.
Bayerisches Gesetz- und Verordnungsblatt 1945–1955.
Politischer Irrtum im Zeugenstand. Der Untersuchungsausschuß im Württemberg-Badischen Landtag der Nachkriegszeit, hrsg. und bearb. Ernst Wolfgang Becker und Thomas Rößlein, Stuttgart 2003.
Die Kabinettsprotokolle der Bundesregierung, Bd. 4: 1951, bearb. von Ursula Hüllbüsch, Boppard am Rhein 1988.
Die Kabinettsprotokolle der Bundesregierung, Bd. 6: 1953, bearb. von Ulrich Enders und Konrad Reiser, Boppard am Rhein 1989.
Die Kabinettsprotokolle der Bundesregierung, Bd. 7: 1954, bearb. von Ursula Hüllbüsch und Thomas Trumpp, Boppard am Rhein 1993.
Lehrjahre der CSU. Eine Nachkriegspartei im Spiegel vertraulicher Berichte an die amerikanische Militärregierung, hrsg. von Klaus-Dietmar Henke und Hans Woller, München 1984.
Palandt – Bürgerliches Gesetzbuch mit Einführungsgesetz, Verschollenheitsgesetz, Abzahlungsgesetz, Wohnungseigentumsgesetz, Schiffrechtsgesetz, Ehegesetz, Militärregierungsgesetz 52 und 53 und anderen einschlägigen Vorschriften, bearb. von Bernhard Danckelmann u. a., München/Berlin 1955.
Die Protokolle des Bayerischen Ministerrats 1945–1954: Das Kabinett Schäffer – 28. Mai bis 28. September 1945, bearb. von Karl-Ulrich Gelberg, München 1995.
Die Protokolle des Bayerischen Ministerrats 1945–1954: Das Kabinett Hoegner I – 28. September 1945 bis 21. Dezember 1946, bearb. von Karl-Ulrich Gelberg, München 1996.
Die Protokolle des Bayerischen Ministerrats 1945–1954: Das Kabinett Ehard I – 21. Dezember 1946 bis 20. September 1947, bearb. von Karl-Ulrich Gelberg, München 2000.
Die Protokolle des Bayerischen Ministerrats 1945–1954: Das Kabinett Ehard II – 20. September 1947 bis 18. Dezember 1950, Bd. 1: 24. 9. 1947–22. 12. 1948, bearb. von Karl-Ulrich Gelberg, München 2003.
Die Protokolle des Bayerischen Ministerrats 1945–1954: Das Kabinett Ehard II – 20. September 1947 bis 18. Dezember 1950, Bd. 2: 5. 1. 1949–29. 12. 1949, bearb. von Karl-Ulrich Gelberg, München 2005.
Die Protokolle des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland, Bd. 1: 1945/46, bearb. von Carsten Nicolaisen und Nora Andrea Schulze, Göttingen 1995.
Der Parlamentarische Rat 1948–1949. Akten und Protokolle, Bd. 1: Vorgeschichte, bearb. von Johannes Volker Wagner, Boppard am Rhein 1975.
Die Unionsparteien 1946–1950. Protokolle der Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU Deutschlands und der Konferenzen der Landesvorsitzenden, bearb. von Brigitte Kaff, Düsseldorf 1991.

3. Zeitungen, Zeitschriften, Periodika politischer Parteien

Abendzeitung (München)
8-Uhr-Blatt
Bayerische Landeszeitung
Bayerische Rundschau
Bayerische Staatszeitung
Bayerischer Staatsanzeiger

Bayern-Dienst
Bayern-Kurier
Christ und Welt
CSU-Correspondenz
CS-Union
Dachauer Anzeiger
Donau Kurier (Ingolstadt)
Fränkischer Tag (Bamberg)
Fragen der Zeit
Frankfurter Allgemeine Zeitung
Der Gerade Weg
Informations- und Rednerdienst der CSU
Isar Post (Landshut)
Kurier (Berlin)
Landauer Volksblatt
Main-Echo (Aschaffenburg)
Main-Post (Würzburg)
Memminger Zeitung
Mitteilungen der Christlich-Sozialen Union
Mittelbayerische Zeitung (Regensburg)
Münchner Merkur
Münchner Neueste Nachrichten
Neue Zeitung
Neue Zürcher Zeitung
Nürnberger Nachrichten
Die Politische Information
Parsberg-Hemauer Umschau
Passauer Neue Presse
Schwäbische Landeszeitung (Augsburg)
Der Sozialdemokrat
Sozialdemokratische Presse-Korrespondenz
Der Spiegel
Straubinger Neue Presse
Straubinger Tagblatt
Süddeutsche Zeitung (München)
Südost-Kurier (Bad Reichenhall)
Tages-Anzeiger (Regensburg)
Tagespost (Augsburg)
Telegraf (Berlin)
Union-Dienst
Weilheimer Tagblatt
Die Welt
Die Zeit

4. Bibliographien und Nachschlagewerke

Bibliographie zur Geschichte der CDU und CSU 1945–1980, bearb. von Gerhard Hahn, Stuttgart 1982.
Bibliographie zur Geschichte der CDU und CSU 1981–1986. Mit Nachträgen 1945–1980, bearb. von Brigitte Krahe und Michaela Seibel, Düsseldorf 1990.
Bibliographie zur Geschichte der CDU und CSU 1987–1990, bearb. von Thomas Schaarschmidt und Hildegard Krengel, Düsseldorf 1994.

Die Bundestagswahl von A bis Z. 11. Bundestagswahl in Bayern am 25. Januar 1987, hrsg. vom Bayerischen Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung und der Bayerischen Landeszentrale für politische Bildungsarbeit, München 1987.

Die erste Bundestagswahl in Bayern am 14. August 1949, hrsg. vom Bayerischen Statistischen Landesamt, München 1950.

Zweite Bundestagswahl in Bayern am 6. September 1953, hrsg. vom Bayerischen Statistischen Landesamt, München 1954.

Das Ende der Parlamente 1933 und die Abgeordneten der Landtage und Bürgerschaften der Weimarer Republik in der Zeit des Nationalsozialismus. Politische Verfolgung, Emigration und Ausbürgerung 1933–1945. Ein biographischer Index, hrsg. von Martin Schumacher, Düsseldorf 1995.

Feneberg, Hermann: Landeswahlgesetz und Bezirkswahlgesetz mit Landeswahlordnung. Erläuterte Handausgabe, München ^{2}1954.

Handbuch politischer Institutionen und Organisationen 1945–1949, bearb. von Heinrich Potthoff in Zusammenarbeit mit Rüdiger Wenzel, Düsseldorf 1983.

Biographisches Handbuch der Mitglieder des Deutschen Bundestages 1949–2002, hrsg. von Rudolf Vierhaus und Ludolf Herbst unter Mitarbeit von Bruno Jahn, 2 Bde., München 2002.

Handbuch zur Statistik der Parlamente und Parteien in den westlichen Besatzungszonen und in der Bundesrepublik Deutschland. CDU und CSU – Mitgliedschaft und Sozialstruktur 1945–1990, bearb. von Corinna Franz und Oliver Gnad, Düsseldorf 2005.

Handbücher des Bayerischen Landtags, hrsg. vom Landtagsamt, München 1948–1991.

Handbücher des Deutschen Bundestags, hrsg. vom Deutschen Bundestag, Bonn 1950–1991.

Helmreich, Karl: Bayerische Gemeindeordnung mit Erläuterungen, Nebenvorschriften und Schachregister, München 1952.

Kanzler und Minister 1949–1998. Biographisches Lexikon der deutschen Bundesregierungen, Wiesbaden 2001.

Peter Jakob Kock, Der Bayerische Landtag. Eine Chronik, Bamberg 1991.

Kommunalwahlen in Bayern am 18. März 1956, hrsg. vom Bayerischen Statistischen Landesamt, München 1957.

Die Landtagswahl von A bis Z. 12. Landtagswahl in Bayern am 14. Oktober 1990, hrsg. vom Bayerischen Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung und der Bayerischen Landeszentrale für politische Bildungsarbeit, München 1990.

M.d.R. Die Reichstagsabgeordneten der Weimarer Republik in der Zeit des Nationalsozialismus. Politische Verfolgung, Emigration und Ausbürgerung 1933–1945. Eine biographische Dokumentation, hrsg. von Martin Schumacher, Düsseldorf 3., erheblich erweiterte und überarbeitete Auflage 1994.

Ritter, Gerhard A./Niehuss, Merith: Wahlen in Deutschland 1946–1991. Ein Handbuch, München 1991.

Schindler, Peter: Datenhandbuch zur Geschichte des Deutschen Bundestages 1949 bis 1999. Gesamtausgabe in drei Bänden, Baden-Baden 1999.

Schulze-Brackmann, Arno/Meilicke, Heinz/Georgi, Günter: Gesetz über den Lastenausgleich vom 14. August 1952. Lastenausgleichsgesetz nebst Durchführungsverordnungen, Erlassen einschließlich Berlin, Tabellen und Steuerkurswertverzeichnis auf den 31. 12. 1948, Berlin/Frankfurt am Main 1953.

Statistisches Jahrbuch für Bayern für 1947, hrsg. vom Bayerischen Statistischen Landesamt, München o.J. (1948).

Statistisches Jahrbuch für Bayern für 1952, hrsg. vom Bayerischen Statistischen Landesamt, München o.J. (1952).

Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland 1952, hrsg. vom Statistischen Bundesamt (Wiesbaden), Stuttgart/Köln o.J. (1952).

Wahl zum Bayerischen Landtag am 26. November 1950, hrsg. vom Bayerischen Statistischen Landesamt, München 1951.

5. Autobiographien, Memoiren und Tagebücher

Adenauer, Konrad: Erinnerungen 1945–1953, Stuttgart 1965.
Adenauer, Konrad: Erinnerungen 1953–1955, Stuttgart 1966.
Dorn, Walter L.: Inspektionsreisen in der US-Zone. Notizen, Denkschriften und Erinnerungen aus dem Nachlaß, hrsg. von Lutz Niethammer, Stuttgart 1973.
Hassell, Ulrich von: Vom andern Deutschland. Aus den nachgelassenen Tagebüchern 1938–1944, Zürich/Freiburg 1946.
Müller, Josef: Bis zur letzten Konsequenz. Ein Leben für Frieden und Freiheit, München 1975.
Im Zentrum der Macht. Das Tagebuch von Staatssekretär Lenz 1951–1953, bearb. von Klaus Gotto, Hans-Otto Kleinmann und Reinhard Schreiner, Düsseldorf 1989.

6. Literatur

Abelshauser, Werner: Deutsche Wirtschaftsgeschichte seit 1945, Bonn 2004.
Alemann, Ulrich von: Das Parteiensystem der Bundesrepublik Deutschland, Bonn 2000.
Anzeneder, Helmut/Götz, Willi: 1946–1996. 50 Jahre CSU in Erlangen, Erlangen 1995.
Aretz, Jürgen/Morsey, Rudolf/Rauscher Anton (Hrsg.): Zeitgeschichte in Lebensbildern. Aus dem deutschen Katholizismus des 19. und 20. Jahrhunderts, Bd. 8, Mainz 1997.
Aretz, Jürgen/Morsey, Rudolf/Rauscher Anton (Hrsg.): Zeitgeschichte in Lebensbildern. Aus dem deutschen Katholizismus des 19. und 20. Jahrhunderts, Bd. 11, Münster 2004.
Balcar, Jaromír: Politik auf dem Land. Studien zur bayerischen Provinz 1945 bis 1972, München 2004.
Bauer, Franz J.: Flüchtlinge und Flüchtlingspolitik in Bayern 1945–1950, Stuttgart 1982.
Bayer, Alfred/Baumgärtel, Manfred (Hrsg.): Weltanschauung und politisches Handeln. Hanns Seidel zum 100. Geburtstag, Grünwald 2001.
Becker, Winfried: CDU und CSU 1945–1950. Vorläufer, Gründung und regionale Entwicklung bis zum Entstehen der CDU-Bundespartei, Mainz 1987.
Behr, Wolfgang: Sozialdemokratie und Konservatismus. Ein empirischer und theoretischer Beitrag zur regionalen Parteianalyse am Beispiel der Geschichte und Nachkriegsentwicklung Bayerns, Hannover 1969.
Benz, Wolfgang (Hrsg.): Neuanfang in Bayern 1945–1949. Politik und Gesellschaft in der Nachkriegszeit, München 1988.
Bocklet, Reinhold (Hrsg.): Das Regierungssystem des Freistaates Bayern, 3 Bde., München 1979.
Bretschneider, Heike: Die Bildung der Viererkoalition. Die parteipolitische Konstellation in Bayern in der ersten Hälfte der Fünfziger Jahre, in: Zeitschrift für Bayerische Landesgeschichte 41 (1978), S. 999–1038.
Broszat, Martin/Mehringer, Hartmut (Hrsg.): Bayern in der NS-Zeit, Bd. 5: Die Parteien KPD, SPD, BVP in Verfolgung und Widerstand, München/Wien 1983.
Broszat, Martin/Henke, Klaus-Dietmar/Woller, Hans (Hrsg.): Von Stalingrad zur Währungsreform. Zur Sozialgeschichte des Umbruchs in Deutschland, München 1988.
Bührer, Werner: Ruhrstahl und Europa. Die Wirtschaftsvereinigung Eisen- und Stahlindustrie und die Anfänge der europäischen Integration, München 1986.
Conze, Werner: Jakob Kaiser. Politiker zwischen Ost und West 1945–1949, Stuttgart u.a. 1969.
Dreher, Eduard/Maassen, Hermann: Strafgesetzbuch mit Erläuterungen und den wichtigsten Nebengesetzen, München/Berlin 1954.
Dübber, Ulrich: Parteifinanzierung in Deutschland. Eine Untersuchung über das Problem der Rechenschaftslegung in einem künftigen Parteiengesetz, Köln/Opladen 1962.

Edding, Friedrich: Die wirtschaftliche Eingliederung der Vertriebenen und Flüchtlinge in Schleswig-Holstein, Berlin 1955.
Ehlert, Hans u. a.: Anfänge westdeutscher Sicherheitspolitik 1945–1956, Bd. 3: Die NATO-Option, München 1993.
Eichmüller, Andreas: Der Jagerwiggerl. Ludwig Volkholz: Förster, Politiker, Volksheld, Regensburg 1997.
Erker, Paul: Ernährungskrise und Nachkriegsgesellschaft. Bauern und Arbeiterschaft in Bayern 1943–1953, Stuttgart 1990.
Erker, Paul (Hrsg.): Rechnung für Hitlers Krieg. Aspekte und Probleme des Lastenausgleichs, Heidelberg u. a. 2004.
Eschenburg, Theodor: Jahre der Besatzung 1945–1949, Stuttgart/Wiesbaden 1983.
Fait, Barbara: Die Anfänge der CSU 1945–1948. Der holprige Weg zur Erfolgspartei, München 1995.
Fait, Barbara: Demokratische Erneuerung unter dem Sternenbanner. Amerikanische Kontrolle und Verfassunggebung in Bayern 1946, Düsseldorf 1998.
Fischer, Heinz-Dietrich: Parteien und Presse in Deutschland seit 1945, Bremen 1971.
Focke, Franz: Sozialismus aus christlicher Verantwortung. Die Idee eines Christlichen Sozialismus in der katholisch-sozialen Bewegung und in der CDU, Wuppertal ^{2}1981.
Foerster, Roland G. u. a.: Anfänge westdeutscher Sicherheitspolitik 1945–1956, Bd. 1: Von der Kapitulation bis zum Pleven-Plan, München/Wien 1982.
Frei, Norbert: Nationalsozialistische Eroberung der Provinzpresse. Gleichschaltung, Selbstanpassung und Resistenz in Bayern, Stuttgart 1980.
Frei, Norbert: Amerikanische Lizenzpolitik und deutsche Pressetradition. Die Geschichte der Nachkriegszeitung Südost-Kurier, München 1986.
Frei, Norbert: Der Führerstaat. Nationalsozialistische Herrschaft 1933 bis 1945, München ^{6}2001.
Frese, Matthias/Prinz, Michael (Hrsg.): Politische Zäsuren und gesellschaftlicher Wandel im 20. Jahrhundert. Regionale und vergleichende Perspektiven, Paderborn 1996.
Gebhardt, Cord: Der Fall des Erzberger-Mörders Heinrich Tillessen. Ein Beitrag zur Justizgeschichte nach 1945, Tübingen 1995.
Gelberg, Karl-Ulrich: Hans Ehard. Die föderalistische Politik des bayerischen Ministerpräsidenten 1946–1954, Düsseldorf 1992.
Geschichte einer Volkspartei. 50 Jahre CSU 1945–1995, Grünwald 1995.
Goschler, Constantin: Wiedergutmachung. Westdeutschland und die Verfolgten des Nationalsozialismus 1945–1954, München 1992.
Goschler, Constantin/Lillteicher, Jürgen (Hrsg.): „Arisierung" und Restitution. Die Rückerstattung jüdischen Eigentums in Deutschland und Österreich nach 1945 und 1989, Göttingen 2002.
Greiner, Bernd: Die Morgenthau-Legende. Zur Geschichte eines umstrittenen Plans, Hamburg 1995.
Groß, Hans Ferdinand: Hanns Seidel. Eine politische Biographie, München 1992.
Grypa, Dietmar: Zur innerkirchlichen Diskussion um die politische Betätigung katholischer Geistlicher in Bayern nach dem Zweiten Weltkrieg, in: Flachenecker, Helmut/Littger, Klaus Walter (Hrsg.), Beiträge zur Eichstätter Geschichte. Brun Appel zum 65. Geburtstag, Eichstätt 1999, S. 531–576.
Grypa, Dietmar: Die katholische Arbeiterbewegung in Bayern nach dem Zweiten Weltkrieg (1945–1963), Paderborn u. a. 2000.
Hein, Dieter: Zwischen Milieupartei und nationaler Sammlungsbewegung. Gründung, Entwicklung und Struktur der Freien Demokratischen Partei 1945–1949, Düsseldorf 1985.
Henke, Klaus-Dietmar: Politik der Widersprüche. Zur Charakteristik der französischen Militärregierung in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 30 (1982), S. 500–537.
Henzler, Christoph: Fritz Schäffer 1945–1967. Eine biographische Studie zum ersten bayeri-

schen Nachkriegs-Ministerpräsidenten und ersten Finanzminister der Bundesrepublik Deutschland, München 1994.
Herbst, Ludolf: Option für den Westen. Vom Marshall-Plan bis zum deutsch-französischen Vertrag, München 1989.
Herbst, Ludolf/Goschler, Constantin (Hrsg.): Wiedergutmachung in der Bundesrepublik Deutschland, München 1989.
Hettler, Friedrich Hermann: Josef Müller („Ochsensepp"). Mann des Widerstandes und erster CSU-Vorsitzender, München 1991.
Hockerts, Hans Günter: Wiedergutmachung in Deutschland. Eine historische Bilanz, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 49 (2001), S. 167–214.
Horn, Christa: Die Internierungs- und Arbeitslager in Bayern 1945–1952, Frankfurt am Main 1992.
Immerfall, Stefan u. a.: Parteien in Bayern. Vier Studien, Passau 1996.
Fünfzehn Jahre Deutsches Industrieinstitut, hrsg. vom Deutschen Industrieinstitut, Köln 1966.
50 Jahre Frauen-Union in Bayern, hrsg. von der Frauen-Union der CSU, Augsburg 1997.
50 Jahre Junge Union Bayern. Zukunft einer Volkspartei 1947–1997, Grünwald 1997.
Fünfzig Jahre Deutsche Mark. Notenbank und Währung in Deutschland seit 1948, hrsg. von der Deutschen Bundesbank, München 1998.
100 Jahre Luitpoldhütte Amberg 1883–1983, Amberg 1983.
Jesse, Eckhard: Wahlrecht zwischen Kontinuität und Reform. Eine Analyse der Wahlsystemdiskussion und der Wahlrechtsänderungen in der Bundesrepublik Deutschland 1949–1983, Düsseldorf 1985.
Kleinmann, Hans-Otto: Geschichte der CDU 1945–1982, Stuttgart 1993.
Kleßmann, Christoph: Die doppelte Staatsgründung. Deutsche Geschichte 1945–1955, Göttingen ^{5}1991.
Klotzbach, Kurt: Der Weg zur Staatspartei. Programmatik, praktische Politik und Organisation der deutschen Sozialdemokratie 1945–1965, Bonn 1982.
Kock, Peter Jakob: Bayerns Weg in die Bundesrepublik, München ^{2}1988.
Köhler, Henning: Adenauer. Eine politische Biographie, Fankfurt am Main/Berlin 1994.
Köllner, Lutz u. a.: Anfänge westdeutscher Sicherheitspolitik 1945–1956, Bd. 2: Die EVG-Phase, München 1990.
Kössler, Till: Abschied von der Revolution. Kommunisten und Gesellschaft in Westdeutschland 1945–1968, Düsseldorf 2005.
Kramer, Ferdinand/Rumschöttel, Hermann (Hrsg.): Die bayerischen Ministerpräsidenten nach 1945 (im Druck).
Kraushaar, Wolfgang: Die Affäre Auerbach. Zur Virulenz des Antisemitismus in den Gründerjahren der Bundesrepublik, in: Menora. Jahrbuch für deutsch-jüdische Geschichte 6 (1995), S. 319–343.
Krieger, Wolfgang: Franz Josef Strauß. Der barocke Demokrat aus Bayern. Göttingen, Zürich 1995.
Krüger, Peter: Die Außenpolitik der Republik von Weimar, Darmstadt 1985.
Kuller, Christiane: Familienpolitik im föderativen Sozialstaat. Die Formierung eines Politikfeldes in der Bundesrepublik 1949–1975, München 2004.
Lange, Erhard: Der Parlamentarische Rat und die Entstehung des ersten Bundestagswahlgesetzes, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 20 (1972), S. 280–318.
Lanig-Heese, Claudia: Gewerkschaften in Bayern 1945 bis 1949, Marburg 1991.
Lanzinner, Maximilian: Zwischen Sternenbanner und Bundesadler. Bayern im Wiederaufbau 1945–1958, Regensburg 1996.
Ein Leben aus freier Mitte. Beiträge zur Geschichtsforschung. Festschrift für Ulrich Noack zum 60 Geburtstag, Berlin/Frankfurt am Main/Zürich 1961.
Lösche, Peter /Walter, Franz: Die SPD. Klassenpartei – Volkspartei – Quotenpartei, Darmstadt 1992.
Loth, Winfried: Geschichte Frankreichs im 20. Jahrhundert, Frankfurt am Main 1992.

Ludyga, Hannes: Philipp Auerbach (1906–1952). „Staatskommissar für rassisch, religiös und politisch Verfolgte", Berlin 2005.
Matz, Klaus-Jürgen: Reinhold Maier (1889–1971). Eine politische Biographie, Düsseldorf 1989.
Mauch, Berthold: Die bayerische FDP. Portrait einer Landespartei 1945–1949, München 1981.
Mehringer, Hartmut: Waldemar von Knoeringen. Eine politische Biographie. Der Weg vom revolutionären Sozialismus zur sozialen Demokratie, München u. a. 1989.
Mehringer, Hartmut (Hrsg.): Von der Klassenbewegung zur Volkspartei. Wegmarken der bayerischen Sozialdemokratie 1892–1992, München u. a. 1992.
Mintzel, Alf: Die CSU. Anatomie einer konservativen Partei 1945–1972, Opladen 1975.
Mintzel, Alf: Geschichte der CSU. Ein Überblick, Opladen 1977.
Mintzel, Alf: Die Rolle der CSU-Landesgruppe im politischen Kräftespiel der Bundesrepublik Deutschland, in: Politische Studien Sonderheft 1/1989, S. 113–134.
Mintzel, Alf/Oberreuter, Heinrich (Hrsg.): Parteien in der Bundesrepublik Deutschland, Bonn 1990.
Morsey, Rudolf: Zwischen Bayern und der Bundesrepublik. Die politische Rolle des bayerischen Ministerpräsidenten Hans Ehard 1946–1949, in: Juristenzeitung 36 (1981), S. 361–370.
Morsey, Rudolf: Heinrich Lübke. Eine politische Biographie, Paderborn 1996.
Müchler, Günter: Zum frühen Verhältnis von CDU und CSU, in: Politische Studien 23 (1972), S. 595–613.
Müchler, Günter: CDU/CSU. Das schwierige Bündnis, München 1976.
Müller, Winfried: Schulpolitik in Bayern im Spannungsfeld von Kultusbürokratie und Besatzungsmacht 1945–1949, München 1995.
Münkel, Daniela (Hrsg.): Der lange Abschied vom Agrarland. Agrarpolitik, Landwirtschaft und ländliche Gesellschaft zwischen Weimar und Bonn, Göttingen 2000.
Neumann, Franz: Der Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten. Ein Beitrag zur Geschichte und Struktur einer politischen Interessenpartei. Meisenheim am Glan 1968.
Niethammer, Lutz: Die Mitläuferfabrik. Die Entnazifizierung am Beispiel Bayerns, Berlin/Bonn 1982.
Oberndörfer, Dieter/Schmitt, Karl (Hrsg.): Parteien und regionale Traditionen in der Bundesrepublik Deutschland, Berlin 1991.
Partner im Dialog. 50 Jahre Wirtschaftsbeirat der Union (1948–1998), hrsg. vom Wirtschaftsbeirat der Union e.V., München 1998.
Pelinka, Anton /Steininger, Rolf (Hrsg.): Österreich und die Sieger, Wien 1986.
Půlpánová, Stanislava/Půlpán, Karel: K 50. výročí měnové reformy v roce 1945, in: Finance a uvěr 45 (1995), S. 645–653.
Raithel, Thomas: Fußballweltmeisterschaft 1954. Sport, Geschichte, Mythos, München 2004.
Renner, Michael: Nachkriegsprotestantismus in Bayern. Untersuchungen zur politischen und sozialen Orientierung der Evangelisch-Lutherischen Kirche Bayerns und ihres Landesbischofs Hans Meiser in den Jahren 1945–1955, München 1991.
Ritschl, Albrecht: Deutschlands Krise und Konjunktur 1924–1934. Binnenkonjunktur, Auslandsverschuldung und Reparationsproblem zwischen Dawes-Plan und Transfersperre, Berlin 2002.
Rombeck-Jaschinski, Ursula: Das Londoner Schuldenabkommen. Die Regelung der deutschen Auslandsschulden nach dem Zweiten Weltkrieg, München 2005.
Rupieper, Hermann-Josef: Die Wurzeln der westdeutschen Nachkriegsdemokratie. Der amerikanische Beitrag 1945–1952, Opladen 1993.
Rusconi, Gian Enrico/Woller, Hans (Hrsg.): Italien und Deutschland 1945–2000. Vom Ende des Zweiten Weltkriegs bis zur europäischen Einigung, Köln/Weimar 2006.
Schäfer, Michael: Fritz Gerlich 1888–1934. Publizistik als Auseinandersetzung mit den „politischen Religionen" des 20. Jahrhunderts, Diss., München 1998.
Schlemmer, Thomas: Aufbruch, Krise und Erneuerung. Die Christlich-Soziale Union 1945 bis 1955, München 1998.

Schlemmer, Thomas: Die aufsässige Schwester. Forschungen und Quellen zur Geschichte der Christlich-Sozialen Union 1945–1976, in: Historisch-Politische Mitteilungen der Konrad-Adenauer-Stiftung 6 (1999), S. 287–324.
Schlemmer, Thomas: Zwischen Tradition und Traditionsbildung. Die CSU auf dem Weg zur Hegemonialpartei 1945 bis 1976, in: Mitteilungshefte des Instituts für Soziale Bewegungen 24 (2000), S. 159–180.
Schlemmer, Thomas: Grenzen der Integration. Die CSU und der Umgang mit der nationalsozialistischen Vergangenheit – der Fall Dr. Max Frauendorfer, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 48 (2000), S. 675–742.
Schlemmer, Thomas/Woller Hans (Hrsg.): Bayern im Bund, Bd. 1: Die Erschließung des Landes 1949 bis 1973, München 2001.
Schlemmer, Thomas/Woller Hans (Hrsg.): Bayern im Bund, Bd. 2: Gesellschaft im Wandel 1949 bis 1973, München 2002.
Schlemmer, Thomas/Woller Hans (Hrsg.): Bayern im Bund, Bd. 3: Politik und Kultur im föderativen Staat 1949 bis 1973, München 2004.
Schmid, Alois (Hrsg.): Handbuch der bayerischen Geschichte, Bd. IV/1: Das Neue Bayern. Von 1800 bis zur Gegenwart, München 2003.
Schmidt, Rudi: Der Streik der bayerischen Metallindustrie von 1954. Lehrstück eines sozialen Konflikts, Köln 1995.
Schmidt, Ute: Zentrum oder CDU. Politischer Katholizismus zwischen Tradition und Anpassung, Opladen 1987.
Schneider, Michael: Kleine Geschichte der Gewerkschaften. Ihre Entwicklung in Deutschland von den Anfängen bis heute, Bonn 2000.
Schönhoven, Klaus: Die Bayerische Volkspartei 1924–1932, Düsseldorf 1972.
Scholder, Klaus, Die Kirchen und das Dritte Reich, Bd. 1: Vorgeschichte und Zeit der Illusionen 1918–1934, Frankfurt am Main/Berlin/Wien 1977.
Schreyer, Klaus: Bayern – ein Industriestaat. Die importierte Industrialisierung. Das wirtschaftliche Wachstum nach 1945 als Ordnungs- und Strukturproblem, München/Wien 1969.
Schütze, Christian: Das weiße Band. 150 Jahre Papier von Haindl. Stuttgart 1999.
Schwarz, Hans-Peter: Die Ära Adenauer 1949–1957. Gründerjahre der Republik, Stuttgart/Wiesbaden 1981.
Schwarz, Hans-Peter: Die Ära Adenauer 1957–1963. Epochenwechsel, Stuttgart/Wiesbaden 1983.
Schwarz, Hans-Peter: Adenauer. Der Aufstieg: 1876–1952, Stuttgart ²1986.
Schwarz, Hans-Peter: Adenauer. Der Staatsmann: 1952–1967, Stuttgart 1991.
Spiekermann, Uwe: Warenhaussteuer in Deutschland. Mittelstandsbewegung, Kapitalismus und Rechtsstaat im späten Kaiserreich, Frankfurt am Main u. a. 1994.
Steininger, Rolf: Zur Geschichte der Münchner Ministerpräsidenten-Konferenz, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 23 (1975), S. 375–453.
Stelzle, Walter: Föderalismus und Eigenstaatlichkeit. Aspekte der bayerischen Innen- und Außenpolitik 1945–1947. Ein Beitrag zur Staatsideologie, Diss., München 1980.
Stöss, Richard: Vom Nationalismus zum Umweltschutz. Die Deutsche Gemeinschaft/Aktionsgemeinschaft Unabhängiger Deutscher im Parteiensystem der Bundesrepublik, Opladen 1980.
Stöss, Richard (Hrsg.): Parteien-Handbuch. Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland 1945–1980, Sonderausgabe in vier Bänden, Opladen 1986.
Stöver, Bernd: Der Fall Otto John. Neue Dokumente zu den Aussagen des deutschen Geheimdienstchefs gegenüber MfS und KGB, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 47 (1999), S. 103–136.
Süß, Dietmar: Kumpel und Genossen. Arbeiterschaft, Betrieb und Sozialdemokratie in der bayerischen Montanindustrie 1945 bis 1976, München 2003.
Taubenberger, Bernhard: Licht übers Land. Die bayerische Viererkoalition 1954–1957, München 2002.
Thamer, Hans-Ulrich, Verführung und Gewalt. Deutschland 1933–1945, Berlin 1986.

Uertz, Rudolf: Christentum und Sozialismus in der frühen CDU. Grundlagen und Wirkungen der christlich-sozialen Ideen in der Union 1945–1949, Stuttgart 1981.
Unger, Ilse: Die Bayernpartei. Geschichte und Struktur 1945–1957, Stuttgart 1979.
Volk, Ludwig: Das Reichskonkordat vom 20. Juli 1933. Von den Anfängen in der Weimarer Republik bis zur Ratifizierung am 10. September 1933, Mainz 1972.
Vossen, Regina: „Föderalistisch leben oder asiatisch sterben". Joseph Baumgartner und die bayerische Politik 1945–1953, unveröffentlichte Zulassungsarbeit, München 1993.
Wachs, Philipp-Christian: Der Fall Oberländer (1905–1998). Ein Lehrstück deutscher Geschichte, Frankfurt am Main 2000.
Walker, Thomas: Die Arbeitnehmer-Union in der CSU. Geschichte und Strukturen der CSA von 1953 bis 1990, München 2000.
Weber, Hermann: Die DDR 1945–1990, München 3., überarbeitete und erweiterte Aufl. 2000.
Weber, Hermann/Staritz, Dietrich (Hrsg.): Kommunisten verfolgen Kommunisten. Stalinistischer Terror und „Säuberungen" in den kommunistischen Parteien Europas seit den dreißiger Jahren, Berlin 1993.
Wee, Hermann van der: Der gebremste Wohlstand. Wiederaufbau, Wachstum, Strukturwandel, München 1984.
Wengst, Udo: Die CDU/CSU im Bundestagswahlkampf 1949, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 34 (1986), S. 1–52.
Wengst, Udo: Thomas Dehler 1897–1967. Eine politische Biographie, München 1997.
Wilbers, Joachim: Die Kommunalpolitische Vereinigung der CDU und CSU Deutschlands. Ein Beitrag zur Untersuchung des Vereinigungssystems der Unionsparteien, Frankfurt am Main 1986.
Winkel, Harald: Die Wirtschaft im geteilten Deutschland 1945–1970, Wiesbaden 1974.
Winstel, Tobias: Verhandelte Gerechtigkeit. Rückerstattung und Entschädigung für NS-Opfer in Bayern und Westdeutschland, München 2006.
Wolf, Konstanze: CSU und Bayernpartei. Ein besonderes Konkurrenzverhältnis, 1948–1960, Köln ²1984.
Wolfrum, Edgar/Fäßler, Peter/Grohnert, Reinhard: Krisenjahre und Aufbruchszeit. Alltag und Politik im französisch besetzten Baden 1945–1949, München 1996.
Woller, Hans: Die Loritz-Partei. Geschichte, Struktur und Politik der Wirtschaftlichen Aufbau-Vereinigung (WAV) 1945–1955, Stuttgart 1982.
Woller, Hans: Gesellschaft und Politik in der amerikanischen Besatzungszone. Die Region Ansbach und Fürth, München 1986.
Zarusky, Jürgen (Hrsg.): Die Stalin-Note vom 10. März 1952. Neue Quellen und Analysen, München 2002.
Zorn, Wolfgang: Bayerns Geschichte im 20. Jahrhundert. Von der Monarchie zum Bundesland, München 1986.
Zschaler, Frank: Die vergessene Währungsreform. Vorgeschichte, Durchführung und Ergebnisse der Geldumstellung in der SBZ 1948, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 45 (1997), S. 191–223.

Register

Vorbemerkung zu den Registern

Das Personen- und das Ortsregister erstrecken sich über die gesamte Edition, erfassen also auch die Dokumente und die Kurzbiographien im Anhang. Das Sachregister bezieht sich dagegen lediglich auf die Einleitung und die Protokolle der Führungsgremien, da es wenig sinnvoll schien, auch die ohnehin gut gegliederten Dokumente im Anhang sowie die biographischen Skizzen mit der Vielzahl der dort genannten Institutionen zu verschlagworten; aus diesem Grund blieben im Sachregister ebenfalls biographische Fußnoten unberücksichtigt. Firmennamen – auch wenn sie Personennamen enthalten – finden sich in der Regel im Sach- und nicht im Personenregister. Wir haben darauf verzichtet, das Schlagwort Bayern in das Sachregister aufzunehmen, da dieser Begriff allzu häufig genannt wird; unter dem Schlagwort Christlich-Soziale Union finden sich lediglich Einträge, die uns bemerkenswert erschienen oder die sich explizit auf den CSU-Landesverband beziehen. Institutionen, Organisationen, Staaten und Orte finden sich unter den korrekten Bezeichnungen, sofern diese zu ermitteln waren. Die Querverweise im Sachregister benennen jeweils weitere für das Problemfeld relevante Betreffe, beziehen sich aber nur auf das Hauptschlagwort. Wo diese Schlagworte untergliedert sind, folgt die Untergliederung in der Regel dem Alphabet; von diesem Prinzip wurde lediglich dort abgewichen, wo es sinnvoll schien, hierarchische Strukturen oder institutionelle Zusammenhänge abzubilden.

Personenregister

Adcock, Clarence L. 61
Adenauer, Konrad 5, 26 f., 74 ff., 78, 86, 91 f., 126, 129, 143, 190 f., 194, 200, 211 f., 217, 250, 255, 259 f., 312 ff., 317 f., 325, 363, 370 f., 380, 382–387, 389–392, 394–404, 408, 428, 438, 464 f., 470, 473, 477, 482, 484, 488, 505 f., 511 ff., 517, 519, 521–526, 531 f., 536 ff., 540, 544, 546, 548–551, 553 ff., 601
Agartz, Viktor 76
Aigner, Heinrich 9, 429 f., 435 f.
Albert, August 79
Albert, Hilde 21
Alexander, Harold 43
Allwein, Max 223
Altmeier, Peter 412
Ammann, Franz Xaver 257
Ankermüller, Willi 73, 82, 93, 167, 175, 179, 224, 233, 255, 259, 274, 589
Arenz, Elisabeth 401
Aretin, Anton Freiherr von 47, 49, 62, 345
Aretin, Erwein Baron von 272
Arnold, Karl 200, 321, 412
Arnold, Wilhelm 39, 62, 73, 93, 393, 535, 544, 589
Auerbach, Philipp 18 f., 27, 323 f., 328–337, 339 ff., 345 ff., 349 f., 352, 355–361
Aumer, Hermann W. 197
Ay von Dragoner 191

Bachmann, Georg 393, 420, 499, 589
Bachmann, Wilhelm 440 f., 469
Badoglio, Pietro 57
Balke, Siegfried 436 f., 481 f., 535, 589
Bantele, Georg 479
Barbarino, Otto 94
Barth, Georg 130, 145, 148 f., 167, 590
Bauereisen, Friedrich 393, 494, 590
Baumeister, Leonhard 421
Baumgartner, Joseph 10, 84, 101 f., 180 ff.,

194, 212, 240, 249, 267, 273, 275, 282, 284, 297f., 343, 352, 358f., 413, 441, 473f., 478f., 503, 518f., 526, 533
Bebel, August 311
Beck, Ludwig 57
Becker 245
Bencker, Hans 410
Bender, Reinhold F. 473
Bensch, Leo M. 253, 280, 590
Berberich, Walter 432, 434, 437f., 590
Berger 130, 160
Berndl, Heinrich 454
Berr, Anton 272
Berthold, Fritz Josef 341, 343ff.
Berz, Carl 590
Berz, Ludwig 191, 590
Besold, Anton 294, 298, 328ff., 334f., 351, 379
Bezold, Otto 242, 352, 524
Bickleder, Karl 209
Bihl, Renate 438
Binder, Leonhard 421
Birkl, Rudolf 39, 73, 78, 93, 422, 591
Bismarck, Otto Fürst von 67
Blank, Christian 386
Blank, Theodor 128, 318, 389, 404, 464
Blücher, Franz 382f., 394
Blum, Ludwig 130, 152, 172, 175f., 191, 193, 260, 274, 591
Bodensteiner, Hans 290, 591
Boecker, Bernhard 434
Böhler, Hermann 433
Böhm 96
Bonhoeffer, Dietrich 57
Bonomi, Ivanoe 57
Brenck, Heinz 489
Brentano, Heinrich von 397, 404f., 465, 483
Brosch, Franz 421, 434
Brüning, Heinrich 55, 442
Brunner, Heinrich 320
Brunner, Josef 14, 200, 202f., 219, 225, 227, 229, 233, 235f., 238f., 241, 244, 246ff., 253–257, 259ff., 265, 271, 273, 278–281, 283, 286f., 294, 297, 312, 321, 324, 347, 360, 363ff., 375, 381, 384, 388, 393, 401, 410f., 416, 428–432, 434, 436ff., 441ff., 446ff., 457f., 469, 472, 488, 591
Bungartz, Everhard 352
Burges, Bernhard 410
Burns, Paul 40
Butterhof, Franz Xaver 175, 233, 260, 274, 281, 296, 312, 321, 360, 591
Canaris, Wilhelm 4f., 40, 57, 352, 487, 610
Churchill, Winston S. 554
Clark, Dale 56
Clark, James A. 161
Clay, Lucius D. 60ff.

Dawes, Charles G. 316
Dechant, Hans 286, 592
De Gasperi, Alcide 157
Dehler, Thomas 53, 61, 127, 182, 194, 252, 328, 384, 394, 402, 465, 473, 478, 524
Deku, Maria 62
Demmelmeier, Hans 197, 312, 319, 592
Dengler, Fritz 203f., 224, 229, 232f., 281, 592
Dessauer, Heinz von 489
Deuerlein, Ernst 15, 200, 221, 225, 227, 231, 238, 245, 247, 381, 592
Dieterich, Ernst 434
Dinkel, Oskar 129
Döpfner, Juluis 247
Dörpinghaus, Bruno 154
Dollinger, Werner 11
Donhauser, Anton 155, 157, 211, 246f., 267f., 272, 275ff., 280
Donsberger, Josef 39, 42, 58, 60, 93, 130, 141, 144, 167, 175, 312, 365, 370, 393, 494, 499, 535, 548, 556, 592
Dorls, Fritz 286
Dorn, Walter L. 61
Dovifat, Emil 128, 597
Drachsler, Hans 365, 420, 422, 433, 494, 530, 592
Drechsel, Max 453, 455, 461
Dumpe (Fabrikant) 453, 456
Dyga, Marko 434

Eberhard, Rudolf 22f., 274, 277, 286, 291, 296, 360, 365, 370f., 374, 381, 415, 417, 428, 438–441, 443, 452, 455f., 461, 468, 475, 480, 483, 488ff., 494, 499, 515f., 522–526, 531–535, 557, 593
Eckhardt, Walter 506
Eden, Anthony 465
Eder, Hans 278, 365, 433, 436, 449ff.
Ehard, Annelore 8, 339, 478
Ehard, Carlhans 8, 339, 478
Ehard, Hans 1, 4, 7, 8–11, 14–17, 19ff., 23, 25f., 28f., 33–37, 39, 42, 54, 71, 83, 85, 89, 93, 95, 98f., 101, 103, 130f., 137, 147, 165, 167, 175, 177ff., 182, 184f., 187–207, 209f., 212f., 215f., 221, 224ff., 228–237, 239–275, 279–284, 286f., 289f., 294–299, 312, 314f., 320–325, 327–330, 332, 334f.,

338–341, 343, 345 f., 351–365, 370 f., 374, 378 f., 381–384, 387–397, 399, 401–405, 407 f., 410–418, 422–425, 428–432, 435–452, 457–461, 466, 468 f., 471–483, 485–489, 491 f., 494–500, 503, 513, 515, 518 ff., 523, 528, 531–536, 539, 543–546, 548, 553–557, 592 f., 617
Ehlers, Hermann 404
Eiber, Heinrich 433, 449 f.
Eichhorn, Wilhelm 39, 93, 175, 260, 593
Eichinger, August 431, 441
Eisenhower, Dwight D. 43, 61
Eisenmann, Hans 419
Elsen, Franz 139, 218, 225, 227 ff., 231, 233 f., 237 ff., 241, 243 ff., 247 f., 255, 259 ff., 264 ff., 271, 274, 277, 280 f., 283, 286, 296, 312, 317, 321, 346 f., 360, 365, 369, 371, 381, 393, 443, 459, 475, 494, 593
Emmert, Heinrich 171 f., 184, 191, 193, 459, 462, 594
Engelbrecht (General) 277
Engelhard, Alois 364, 429 f., 432, 489, 493 f., 594
Epp, Franz Ritter von 221
Epplée, Hermann A. 427
Erhard, Ludwig 172, 188, 193, 236, 244, 255, 290, 385, 428, 546, 548, 553, 555
Erzberger, Matthias 55
Etzel, Hermann 192
Euerl, Alfred 73, 130, 167, 175, 198 f., 203, 206, 218, 225, 229, 233, 241, 247 f., 255, 265, 271, 274, 278, 360, 438, 440, 594
Eutermoser, August 345

Fackler, Franz 175, 203, 206, 221, 227, 233, 258, 260, 262, 264, 274, 432, 594
Falkner, Ernst 211
Fendt, Franz 54
Feneberg, Hermann 196, 256, 259 f., 435 f.
Fernbach, Hans 94, 171, 191
Feury, Otto Freiherr von 381, 393, 428, 430, 438 f., 442, 468, 475, 480, 494, 521 f., 535 f., 595
Feyrer, Georg 434
Fink 172
Fink, Conrad 298
Fischer, Franz 175, 595
Fischer, Heinz 167, 175, 595
Fischer, Josef 17, 130, 156, 167, 175, 203, 205, 233, 246, 260 f., 264, 274, 281, 296, 360, 365, 393, 416, 422, 432, 434, 494, 503, 535, 595
Fischer, Josef (Penzberg) 432
Fischer, Karl 328, 349, 361
Fischer, Willy 295
Fleischmann, Charlotte 184, 189, 191, 197, 203, 208, 596
Flörl, Fritz 94, 96
Franckenstein, Georg von und zu 365, 375, 420, 596
François-Poncet, André 67
Frank, Hans 48, 624
Frankl, Franz 66
Franz, bayerischer Prinz 343
Fraunhofer, Joseph von 597, 628
Frenzel, Alfred 453, 455, 459
Friedmann, Werner 242
Friedrichs, Rudolf 88
Frings, Josef 426
Fromm, Kurt 96 f.
Frommknecht, Otto 175, 233, 596
Fuchs, Gustav 324, 349, 596
Fürstenberg, Elimar Freiherr von 324 f., 596
Fugger von Glött, Josef Ernst Fürst 422, 429, 499, 502

Gärtner, Martin 296
Gallmeier, Josef 393, 399, 494, 535, 597
Gamperl, Georg 39 f., 93, 130, 167, 175, 597
Gaßner, Alfons 66, 155 ff.
Gaßner, Wilhelm 421
Gasteiger 221, 231
Geiger, Hugo 73, 93, 130, 132, 143, 163, 167, 175, 178, 233, 274, 312, 318, 381, 393, 428, 438, 468–471, 475, 484, 491 f., 494, 535 f., 597
Geiler, Karl 216
Geiselberger, Hans 245
Gensert, Hans-Hubert 165, 169, 172 f., 183, 187, 597
Gerlich, Fritz 165, 614
Gerstl, Max 37, 257, 260, 264, 274, 296, 299, 301, 321, 324, 360, 365, 377, 393, 410, 413 f., 494, 534 f., 597
Geßler, Otto 308
Globke, Hans 397 ff.
Glück (Landgerichtsrat) 356
Goerdeler, Carl 57
Göring, Hermann 371
Goethe, Johann Wolfgang 351
Göttler, Wilhelm 312, 317, 365, 598
Goetzendorff, Günter 222, 252
Goldschagg, Edmund 49, 53, 62
Goppel, Alfons 421
Goss, Franz Ritter von 225, 241, 247, 598
Grampp 221
Granval, Gilbert 313

Grasmann, Max 39, 63–66, 83, 85, 93, 95ff., 105, 139, 598
Graubard, Baruch 329f., 332ff., 339
Graziani, Rodolfo 601
Greib, Karl 175, 203, 207, 209, 233, 260f., 263, 274, 277, 281, 296, 321, 360f., 393, 410f., 416, 421, 424, 434, 494, 502, 535, 557, 598
Grotewohl, Otto 77, 87, 316
Grünewald, Karl 178
Gumppenberg, Levin Freiherr von 196
Gutersohn, Heinz 228, 231, 249

Haaser, Anna 68, 328, 331, 334, 337, 340, 345
Haasler, Horst 465
Habe, Hans 242
Haber, Samuel L. 336
Hagen, Georg 479
Hahn, Elisabeth 39, 73, 83, 93, 599
Haider/Heider (Studienrat) 188, 195
Haindl, Georg 139, 161, 170ff., 296, 312, 319f., 599
Haisch, Andreas 365, 375, 421, 599
Hale, Oron J. 337
Hammerschmidt, Helmut 160–166, 168, 187f., 600
Haniel-Niethammer, Fritz von 260f., 264, 274, 277, 280f., 296, 312, 317, 324, 344, 347, 359f., 415f., 420, 432f., 435f., 443, 446, 494, 497f., 501, 521, 524, 535f., 547, 600
Harm, Gerhard 422
Hartmann (Senatspräsident) 356
Hartmann, Alfred 506
Hassell, Ulrich von 57
Haug, Heinrich 195
Haunhorst, Hanswolf 39, 50, 130, 148, 155, 158, 167, 175, 185, 190, 600
Hauser (Frau) 436
Haußleiter, August 16, 39, 41f., 48, 58ff., 62f., 65, 67f., 70–77, 79, 81, 84f., 92f., 95, 97–101, 103ff., 107f., 110, 112–124, 127, 129f., 141, 143, 145f., 148–154, 156f., 159f., 162–167, 169–175, 178, 180, 182, 185, 188, 190f., 194f., 198f., 201, 204, 223, 231, 236, 240f., 277, 345, 456, 471, 600
Heck, Bruno 416f., 425f., 428, 601
Heggenreiner, Heinz 175, 185, 191, 198, 203, 213, 216, 225f., 233, 241, 244f., 247f., 255, 260, 264f., 271, 273f., 601
Heilmann (Konsul) 191
Heim, Georg 49, 55, 57
Heine, Fritz 86f.
Heinemann, Gustav 255, 440, 608
Heinrich, Adolf 191, 601
Heinrich, Franz 601
Heinrich, Hans 188
Heinrich, Jette 601
Held, Heinrich 45, 48, 606
Held, Josef 282
Held, Philipp 499
Held, Walter 45, 52, 71
Hellmann, Otto 172, 175, 203, 207, 233, 281, 296, 321, 365, 601
Hellwege, Heinrich 412
Helmerich, Michael 39, 43, 602
Helmesperger 341
Helmschrott, Josef 422, 436
Henke, Klaus-Dietmar 5
Hennemann (Frau) 62
Herberger, Sepp 426
Hergenröder, Anton 19, 81, 175, 177, 203, 205, 233, 255, 270, 286, 288, 296, 360, 393, 416, 418, 420, 432f., 443, 445, 494, 501f., 520, 527, 529, 531, 534f., 541f., 552, 557, 602
Herrmann, Hans 260f., 264, 274, 296, 312, 321, 324, 360, 393, 432f., 436, 450f., 602
Heß, Rudolf 624
Hettrich, Philipp 292, 421, 603
Heubl, Franz 73, 93, 281, 603
Heumann, Heinrich 469
Heuss, Theodor 199, 373, 382, 394
Hickmann, Hugo 74
Hirsch, Georg 463
Hitler, Adolf 4, 54, 57, 60, 69, 71, 90, 274, 316, 359, 593
Höcker, Wilhelm 88
Hoegner, Wilhelm 4, 21, 44, 57f., 60ff., 72, 80, 82f., 115, 217, 241, 308, 310, 332, 338, 341, 384, 473, 475, 478f., 490, 514, 518, 522, 524, 526f., 529, 533, 545
Höhenberger, Fritz 130, 148, 175, 203, 218, 233, 255, 265, 271, 274, 281, 287, 321, 393, 416, 421f., 432, 434, 436, 443, 453, 494, 502, 535, 603
Höllerer, Johann 412
Höpker Aschoff, Hermann 373
Hoffmann, Johannes 249
Holzapfel, Friedrich 74, 86
Hopfmeier/Hopfenmeier 440
Horlacher, Michael 39, 44, 46, 50f., 53f., 60, 63, 66ff., 77, 79, 81, 83ff., 93, 95–100, 103ff., 127–130, 137, 150, 160, 164f., 167, 169ff., 173ff., 177–180, 182, 185, 188f., 212, 218, 231, 242, 248f., 255f., 258ff., 264f., 271, 281, 287, 296, 302, 321, 324,

327, 347, 365, 374f., 381, 393, 411, 416, 423ff., 428, 438, 449, 468, 475, 486, 492, 494, 504, 516f., 529, 535, 539f., 554f., 557, 603
Huber 421
Huber, Ludwig 194, 342
Huber, Matthäus 298
Hübener, Erhard 88
Hundhammer, Alois 3, 6, 8, 10f., 19ff., 23f., 39–48, 50, 52–55, 58–65, 67ff., 71, 73, 77, 79, 91–94, 98f., 102, 105, 123, 139, 155ff., 165, 167ff., 173, 175–178, 180ff., 190, 194, 198ff., 203ff., 207, 210, 212, 218, 225, 233, 235, 237, 239, 241, 243, 245–248, 254–257, 260, 265f., 269, 272, 274, 276, 278, 280ff., 284f., 287f., 294, 296, 312, 323f., 327–331, 334, 337–346, 349f., 355, 357f., 360f., 365, 375, 381, 393, 399, 403, 410f., 414, 416, 418f., 428ff., 432–438, 441ff., 450f., 453f., 458f., 462, 468, 471, 475ff., 483, 488, 490–494, 500f., 516, 518, 526f., 530f., 534f., 553–557, 604f.
Huppenkothen, Walter 57
Huth, Friedrich 79

Imbiel, Josef 454
Imhof, Sebastian 175, 260, 264, 274, 604
Ingster, Henryk 336
Ingster, Israel 329f., 332, 336
Irlmaier, Alois 267

Jaeger, Richard 11, 365, 374, 392f., 478, 491, 494, 506, 530–533, 535, 604
Jaenicke, Wolfgang 71
John, Lucinde 446
John, Otto 446
Jüngling, Max 286
Junker, Heinrich 274, 281, 296, 309, 312, 321, 324, 347, 363, 393, 443, 447, 452, 457, 494, 515ff., 520ff., 524, 531, 535, 605

Kärcher 94
Käss, Friedrich 158, 465
Kahn, Karl 205, 324
Kaifer, Albert 274, 276, 365, 393, 605
Kaiser, Jakob 5, 53, 55, 74–77, 84, 86–89, 92, 128f., 255
Kapfinger, Hans 184
Karl, Hans 312, 317, 324, 347, 605
Karl, Michael 253
Karnbaum, Berta 420
Karpf, Hugo 94, 96, 218, 225
Kastl, Ludwig 163f.
Kastner, Hermann 216
Kastner, Josef 286
Kather, Linus 465f.
Katz, Ottmar 352
Katz, Rudolf 373
Katzenberger, Hermann 92
Kaufmann, Dr. von 193
Keating, Frank A. 60
Keim, Paul 440, 469
Keller, Winfried 308f., 524
Kemmer, Emil 232, 286, 466
Kennedy, John F. 62
Kerber, Ferdinand 429, 436
Ketteler, Wilhelm Emmanuel Freiherr von 311
Kindt-Kiefer, Johann Jakob 140
Kleindinst, Josef Ferdinand 312, 317, 606
Klibansky, Joseph 331, 335, 337, 339, 341, 357
Klughammer, Alois 175, 203, 212, 286, 321, 324, 360, 393, 416, 425, 438, 442, 489, 494, 535, 606
Knoeringen, Waldemar von 21, 182, 269, 277, 308f., 338, 419, 422, 446, 475
Koch 256
Koch, Fritz 459f., 462
Koenig, Joseph 67
Köhler, Erich 74
Köhler, Karl 79, 102, 130, 141, 145f., 175, 182, 606
Kohn, Izaak 336
Kokorin, Wassilij W. 56
Kolmsperger, Max 357, 391, 396
Konrad, Anton 60
Kraus, Adalbert 433
Kraus, Engelbert 279
Kraus, Hans 175, 224, 241f., 606
Kraus, Heribert 241
Krauß 278
Krehle, Heinrich 52, 73, 93, 130, 149–152, 167, 175, 179, 233, 256, 260, 274, 296, 360, 375, 381, 393, 411, 416, 422, 428, 438, 468, 475, 487, 494, 535, 604, 606
Kremer, Alois 312, 365, 393, 420, 432, 468, 487, 489, 607
Kreußel, Alfons 256, 259f., 286f., 324, 360, 362, 375, 381, 393, 411, 428, 438, 468f., 471, 475, 483f., 486f., 492, 535, 547f., 550, 557, 607
Krieger 174
Kroll, Gerhard 39ff., 46, 48, 50, 57, 170, 173, 607
Krone, Heinrich 402
Krumm, Arthur 432
Kubel, Alfred 367

Kübler, Konrad 39, 42, 49f., 73, 130, 141f., 145, 150, 168, 175, 177f., 184, 188, 203, 208, 278, 607
Kühlmann, Mira von 130, 175, 233, 260, 274, 608
Külz, Wilhelm 77
Küßwetter, Hans 393, 404, 416ff., 420, 424, 440f., 535, 541, 553, 608
Kuhmann, Alfred 233, 608
Kurz, Andreas 130, 360, 393, 499, 608
Kuttner 172

Lacherbauer, Carl Hannsjörg 130, 145, 151, 324, 327, 363, 365, 369, 371, 608
Laforet, Wilhelm 78
Lallinger, Ludwig Max 178, 379, 503
Landersdorfer, Simon Konrad 194, 247
Lang 453
Lang, Andreas 39, 73, 79, 93, 609
Lang, Carl 321, 324, 609
Lang-Brumann, Thusnelda 68, 130, 168, 175, 203, 207, 228, 233, 260, 274, 278, 281, 312, 317, 321, 324, 360, 365, 599, 609
Lange(n), Baroneß von 336
Lanzinger, Michael 412
Lassalle, Ferdinand 311
Lazari, Gerhard 439, 441, 453, 457–460, 462
Leading (Major) 40
Leber, Annedore 90
Leber, Julius 90
Lebsche, Max 272
Lechmann, Heinz 468f., 471, 475, 488f., 491, 494, 609
Lehr, Robert 321
Leichtle, Ludwig 278
Leierseder, Andreas 433
Lemmer, Ernst 74, 86ff., 128f.
Lemmer, Hermann 341–344
Lenert 40
Lenin, Wladimir I. 314
Lenz, Karl 27, 278, 438f., 441f., 448f., 453–463, 469
Lenz, Otto 57, 156
Leo XIII. (Vincenzo Gioacchino Pecci) 311
Lerch, Leopold 433
Leukert, Edmund 274, 365, 416, 428, 609
Leusser, Claus 489
Lex, Hans Ritter von 21, 68, 200, 443, 467, 610
Ley, Robert 439
Leyerer, Irene 493
Liebknecht, Wilhelm 311
Liedig, Franz 39, 41, 43f., 60, 63ff., 67, 72ff., 79, 83, 85, 93, 95f., 98f., 127–133, 137–140, 142ff., 148, 153ff., 158ff., 162–165, 167, 169, 171–175, 345, 610
Limmer, Hans 324, 341–344, 346, 610
Loibl, Alfons 96
Loritz, Alfred 100f., 178, 185, 197, 252, 266, 277, 353, 614
Lübke, Heinrich 380, 455
Lücker, Hans August 463
Lukaschek, Hans 255, 270
Lutz, Hermann 434
Lutz, Josef 233, 610

Mack, Georg 420
Maier, Reinhold 69f., 374, 412
Manteuffel-Szoege, Georg Heinrich Baron 194, 197, 203, 209, 400, 610
Martin, Rudolf 39, 59, 73, 85, 93, 611
Marx, Karl 311
Mauerer, Josef H. 66f., 153f., 160f., 163, 611
Maul 393, 404, 443, 445
Maurer, Georg 365, 393, 494, 535, 611
Maximilian I. Joseph, bayerischer König 598, 610
Mayer, Georg-Wilhelm 439, 458ff., 462f.
Mayr, Karl Sigmund 39, 73, 94, 130, 167, 175f., 187, 198f., 203f., 218, 220, 225–229, 231, 233f., 241, 243f., 246–249, 255f., 258, 260ff., 264f., 271f., 274, 276f., 280–283, 286f., 291, 296, 321, 360, 365, 370, 381, 383f., 390f., 393–396, 399–404, 408f., 415, 439, 441, 456, 459, 462f., 611
McNarney, Joseph T. 43
Meier 456
Meier, Heinrich 420
Meinzolt, Hans 254
Meiser, Hans 624
Meißner, Karl 241
Meixner, Georg 11, 18, 20f., 23, 80, 156, 232, 286, 288, 291f., 296, 312, 315, 317, 319ff., 324f., 327f., 338, 344, 346f., 349f., 360, 365, 371, 374f., 381, 393, 411, 414, 417, 428, 430f., 438, 443, 456f., 468f., 475f., 480, 487, 490, 492, 494, 499f., 504, 507, 514f., 526–529, 531, 535, 555ff., 612
Mergler, Emil 412, 421, 434
Merk 413
Merkatz, Hans-Joachim 465
Merkt, Hans 413
Messmer, Josef Eduard 47, 79, 84
Metz, Matthias 60
Meyer, Otto 164

Meyer-Spreckels, Elisabeth 39, 63, 68, 73, 78f., 82, 85, 93, 95, 98ff., 103f., 118, 127, 130, 140, 153f., 160, 167, 180, 185, 189, 191, 195, 197ff., 233, 236, 260, 263, 612
Michel, Franz 64f., 175, 233, 235, 274f., 612
Miller, Anton 452
Miller, Oskar von 605
Miller, Walther von 303
Mintzel, Alf 24, 207, 476
Moeller, Paul 337
Mollier, Hans (Johann Lachner) 221
Molotow, Wjatscheslaw M. 45, 84
Morgenthau, Henry 56
Mühlfenzl 441
Müller, Claus 393
Müller, Grete 286, 393, 494
Müller, Hans 135, 143, 233, 260f., 612
Müller, Josef (Ochsensepp) 1, 3–11, 15, 18f., 22, 24, 26f., 29, 39–86, 89–103, 105ff., 110–125, 127–132, 135, 137–180, 182f., 185f., 188f., 191, 194–197, 199, 205, 207, 210, 212, 218, 225, 244, 248, 255f., 268, 274, 277, 296, 321, 323f., 328–332, 334f., 337, 339–342, 344ff., 349–353, 355, 357–363, 365, 378, 393, 416, 418f., 423ff., 432, 443, 445, 461f., 467f., 474, 482–489, 492, 494, 498, 500, 503, 508f., 511f., 514f., 519, 521, 530, 533ff., 540, 548f., 552, 557, 610, 613, 630
Müller, Maria 45
Mueller, Rudolf 76
Müller, Werner 393, 494, 535, 613
Muhler, Emil 39, 41, 62f., 68–72, 79, 101ff., 105ff., 112, 119f., 122f., 153, 158, 160, 164f., 169, 175, 180, 185, 188, 191, 198f., 218, 225, 233, 241, 243, 247f., 255f., 259f., 265, 271, 281, 296, 312, 321, 360, 375, 381, 393, 411, 428, 438, 468, 475, 490, 494, 530, 535, 556, 613
Muller, Walter J. 44, 47, 55, 60f.
Mulzer, Josef 337, 356f.

Nägelsbach, Elisabeth 420
Naumann, Friedrich 311
Nerbl, Josef 296
Nerreter, Paul 281f., 296, 299–311, 324, 360, 365, 370, 381, 383f., 393, 396, 398ff., 408, 415–418, 420, 424, 433, 440, 469, 474, 494, 515, 535, 549ff., 613
Neuburger, August 483
Neumann, Ferdinand 167, 169, 614
Neumann, Therese 169
Neumayer, Fritz 382f.
Neuner, Johann 419
Nickles, Ferdinand 296, 324, 360, 365, 393, 535, 614
Niederalt, Alois 449
Niedermair, Auguste 29, 388, 428, 475, 493
Niemöller, Martin 594
Niklas, Wilhelm 96, 200, 236, 244, 256, 259f., 380
Noack, Ulrich 216, 590
Noell, N. 191
Noske, Alfred 265f., 296, 324, 614
Nützel, Carl 473
Nuschke, Otto 216

Oberländer, Theodor 246, 274, 276, 392, 417, 427, 463ff., 524
Oeftering, Heinz Maria 504, 513
Oesterle, Joseph 94, 494, 535, 614
Ohrenstein, Aaron 323, 328, 330–337, 339f., 342, 345, 351, 357f., 362
Ollenhauer, Erich 86, 143
Onkers 44
Ortloph, Klement 312, 410, 431, 435f., 441
Oster, Achim 181
Oster, Hans 4, 57, 181, 610
Osterhuber, Joseph 167, 173

Panholzer, Joseph 328, 331, 334–337, 339ff., 357, 361
Paul, Rudolf 88
Pershing, John J. 316
Pfefferkorn, Hannes 489
Pfeiffer, Anton 7, 59ff., 69, 93, 128, 131, 144, 148–152, 175, 194, 615, 623
Pfeiffer, Peter 274, 281, 615
Pferdmenges, Robert 442, 483
Pflaum, Richard 49, 73, 79, 93, 130f., 142, 150, 188, 615
Pflüger, Heinrich 432, 467, 489, 616
Piechl, Josef 167, 170, 173, 184, 324, 344, 614
Pieck, Wilhelm 87f.
Pirkl, Fritz 393, 410f., 615
Pius XII. (Eugenio Pacelli) 56, 157
Pix, Georg 46, 48, 52, 58
Planck, Max 590
Platon 306, 531
Pleven, René 312, 372
Plonner, Josef 175, 197, 345f., 616
Pollock, James K. 84
Poschinger von Frauenau, Hippolyt 260, 274, 281, 296, 321, 324, 360, 616
Preusker, Victor-Emanuel 382f.
Prittwitz und Gaffron, Friedrich Wilhelm von 46, 72, 75–78, 208, 216, 218, 225,

229f., 233, 236, 241, 243–248, 255, 260, 281, 312, 317, 360, 616
Probst, Maria 39, 68, 73, 77f., 93, 130, 197, 208, 312, 317, 393, 403ff., 411, 494, 513, 515f., 522f., 535, 552f., 557, 617

Quisling, Vidgun 56

Ramelsberger, Ludwig 278
Ranft (Junge Union) 160
Ranz, Otto 172
Raß, Hans 412, 436
Rattenhuber, Ernst 343ff., 410
Raunecker, Helmut 434
Redwitz, Franz Freiherr von 272
Reichstein 265
Reitinger, Josef 253
Remer, Otto Ernst 286
Renner, Viktor 320
Reusch, Hermann 554
Reuter, Ernst 90
Reventlow, Charlotte 62
Richter, Heinrich 422
Riedmiller, Lorenz 455
Rief, Max 55
Rieger 436
Riemer, Rudolf 489, 493f.
Rindt, Eugen 39, 43, 52f., 58–61, 73, 78, 81f., 84f., 93, 246–249, 262, 265f., 617
Ringelmann, Richard 242, 289, 312, 319f., 327, 356, 365, 368–371, 439, 453, 458–462, 487, 617
Rinke, Walter 73, 93, 130, 167, 175, 194, 233f., 260, 270, 274, 277, 281, 324, 365, 393, 411, 416, 422, 443, 445, 452, 463, 535, 617
Rodenstock, Rolf 481
Röhrl, Wilhelm 103, 124, 288, 312, 324, 365, 393, 432, 437, 494, 618
Rötzer, Josef 450
Roosevelt, Franklin D. 56
Rosa, Erich 421
Rosenwirth, Willi 96
Rosow 333
Roßkath, Hugo 345
Rothemund, Maria-Magdalena 433
Rothermel, Fridolin 172, 473
Rothirsch, Johann 172
Rucker, Eugen 39, 42, 63, 73, 78f., 84f., 618
Rupprecht, bayerischer Kronprinz 182

Sachs, Camille 271
Sackmann, Franz 329, 360, 416, 422f., 425, 443, 456f., 460, 489, 494, 499, 535, 542, 549f., 618
Sattelmair, Richard 184, 188, 195
Sattler, Dieter 93, 167, 175, 233, 274, 618
Sauer, Franz Ludwig 39, 79, 93, 619
Saukel, Egid 412
Schachtner, Richard 135, 164, 167, 169, 174, 191, 193, 201, 218, 225, 227, 233, 237, 253, 347, 365, 416, 428, 443, 451, 468, 619
Schäfer, Franz 73, 154, 175, 260, 274, 296, 312, 321, 365, 393, 443, 494, 535, 619
Schäfer, Hermann 382f., 394
Schäfer, Karl 260, 274, 281, 296, 321, 324, 360, 365, 393, 416, 420, 432f., 437, 443, 446, 467, 516, 535, 542, 619
Schäfer, Otto 469
Schäffer, Fritz 5ff., 10, 18, 22, 26f., 30, 39, 46, 52, 103–110, 113–117, 119ff., 123–128, 131, 144, 146ff., 150, 153–158, 192, 200, 211f., 224f., 232, 236, 239, 243f., 256, 259f., 265, 267, 270, 274, 276f., 279f., 282, 285, 287, 289ff., 293, 296, 321f., 324–328, 343, 346, 350, 365–371, 379–382, 384–390, 392f., 395, 398–401, 403–406, 408f., 442, 463f., 469, 477, 482–488, 494, 500–508, 511–517, 520–526, 528–533, 535–557, 599, 616, 620
Scharnagl, Anton 69
Scharnagl, Karl 101f., 595
Scharnberg, Hugo 483
Schedl, Otto 103ff., 107f., 125, 127ff., 205, 365, 371, 620
Schefbeck, Fritz 433
Schefbeck, Otto 130, 148, 151, 175, 233, 248f., 259f., 270, 620
Scheidt (Bayern-Kurier) 253, 258, 262, 264, 280
Schier, Herbert 392
Schlange-Schönigen, Hans 102
Schleip, Eva 218, 225, 229, 233, 248, 255, 257, 265, 271, 286f., 296, 312, 321, 324, 360, 393, 535, 620
Schleip, Josef 360, 362, 449, 620
Schlögl, Alois 44, 46f., 49f., 52, 58, 62f., 66, 69, 80, 83, 167, 233, 260, 281, 360, 393, 396, 422, 430, 494, 621
Schmid, Carlo 446
Schmid, Karl 39f., 42f., 58, 73, 77ff., 93, 130, 149, 156, 167, 172, 175, 233, 274, 276, 365, 393, 403, 494, 532, 621
Schmidhuber, Wilhelm 253
Schmidmeier, Alois 29, 393, 410, 417, 432, 438, 468
Schmidramsl, Hanns-Martin 420

Schmidt, Wilhelm August 167, 171f., 233f., 274, 296, 321, 324, 365, 375, 381, 393, 411, 428, 431, 437f., 441, 468f., 472, 475f., 480ff., 486f., 491, 494, 621
Schmitt, Franz August 171
Schmitz 440
Schnapp (Dekan) 468
Schönauer, Friedrich 253
Schönecker, Ludwig 412, 420
Schramm, Siegfried 491
Schrepfer, Philipp 421, 434
Schröder, Gerhard 385, 464
Schröter, Carl 91
Schubert, Karl 296, 321, 360, 365, 375, 393, 410, 413, 416, 420, 422, 432f., 443, 465, 469, 535, 542, 621
Schuberth, Hans 73, 93, 200, 296, 324, 379, 381–384, 386f., 389ff., 393–399, 402–405, 408f., 622
Schütz, Hans 73, 94, 130, 167, 175, 194, 200, 209, 260, 291f., 622
Schulz, Heinrich 55
Schumacher, Kurt 74, 76f., 86–91, 217, 222, 363
Schuman, Robert 15, 249, 313, 315
Schwägerl 181
Schwägerl, Hans 172, 181, 191, 261, 622
Schwaiger (Rechtsanwalt) 265
Schwalber, Josef 78, 98, 182, 274, 280, 296, 436, 622
Schwarz 194
Schwegler, Rosa 493
Schweiger 167
Schwend, Karl 15, 196, 225, 241–245, 247, 360, 365, 381, 393, 438f., 468, 475, 494, 623
Schwingenstein, Alfred 49
Schwingenstein, August 49
Schwink, Otto 170ff., 191, 193
Sedlmayr (Frau) 14
Sedlmayr, Lorenz 14, 39, 41, 43, 49, 52, 54, 59, 63, 67f., 70–73, 78f., 81f., 85, 92f., 95f., 100, 102–105, 107, 111f., 114ff., 118–121, 123f., 127, 129f., 139, 153ff., 157–160, 164f., 167ff., 172f., 175, 177, 184, 187, 198, 200, 218, 220, 224f., 227, 231, 233f., 241, 245, 247f., 253, 255f., 258, 260ff., 264ff., 271f., 280f., 287, 393, 408, 623
Seebald 39
Seebohm, Hans-Christoph 396
Seeling, Otto 94, 96, 171, 473, 478, 480f.
Segitz, Johann-Adam 295
Seibald (Frau) 334
Seibald, Markus 328–331, 334–337, 339, 342–345, 357
Seibert, Hans 310, 456
Seidel, Hanns 21f., 72, 78, 139, 167, 224, 233, 255f., 259f., 271, 274, 276, 290, 296, 312, 320, 365, 368, 381, 410, 412, 416, 421, 423f., 426, 434, 443, 445, 454ff., 475ff., 483–490, 492, 494, 499–508, 511–517, 520–526, 529–532, 535f., 539–544, 546f., 549–558, 589, 606, 615, 623
Seidl, Alfred 494–498, 624
Seidl, Karl 433
Seifried, Josef 47
Semler, Johannes 39, 72, 78, 82, 84, 93f., 96, 175, 184, 253, 268, 290, 312, 316, 318, 624
Sevenich, Maria 86
Shuster, George N. 290
Siegel, Elfriede 421, 434
Soenning, Rudolf 421f., 453
Solleder, Maximilian 312f., 317–320, 624
Sonnemann, Theodor 380
Sottong, Karl-Heinz 318f.
Sperr, Franz 596
Spiess, Heinrich 434
Spörl, Max 393, 624
Spreti, Karl Graf von 197, 209, 256, 259
Sproß, Franz 393, 535, 625
Stadtmüller, Georg 411
Stain, Walter 392, 464
Stalin, Josef W. 314, 347, 374
Stang,Georg 18, 69, 242f., 274, 284, 625
Steber, Franz 39, 46, 62, 68, 73, 93, 625
Steffan, Franz 172, 259ff., 289, 292, 410
Steffen, Kurt 268
Stegerwald, Adam 598
Steiner, Ulrich 74, 77
Steinhoff, Karl 88
Steinkopf, Willy 387
Steltzer, Theodor 91
Sterzer, Michael 410, 412, 436, 625
Stiller, Georg 466
Stock, Jean 347
Storch, Anton 255
Strathmann, Hermann 93, 95, 97, 99f., 625
Strauß, Franz Josef 1, 10f., 19, 21f., 26, 39, 41ff., 54, 59, 63, 72f., 79, 93, 99, 101ff., 111f., 114–124, 130, 159f., 164, 167, 169–173, 175, 180f., 185f., 188, 191, 193f., 196, 198–201, 203, 210ff., 216, 218f., 225f., 228f., 231ff., 235f., 238f., 244, 247f., 253, 255–258, 260–267, 271f., 274f., 279–282, 286ff., 290, 292, 296, 312f., 317, 324–327, 341–350, 355, 360–365, 370f., 380f., 383f., 387, 389f., 393ff., 397–405, 408, 414,

416ff., 425, 427f., 430f., 438, 443, 447, 462–472, 475, 477, 481–494, 500–506, 509–516, 518f., 521, 523–526, 528, 530, 532–536, 539ff., 543–549, 551, 553–558, 601, 625
Strauß, Walter 400
Streibl, Max 603
Streicher, Julius 600
Strenkert, Paul 393, 421f., 535, 543, 626
Stresemann, Gustav 217, 620
Stücklen, Richard 11, 274, 281, 296, 319, 321, 360, 393, 494, 501, 503, 533, 535, 548, 626
Stützle, Hans 489, 493
Sturm, Wilhelm 460
Sühler, Adam 93, 175, 260, 626f.
Sühler, Gustav 260, 627

Taft, Robert A. 314
Taylor, Myron C. 55f.
Thaler, Andreas 493
Thanbichler, Johann 429ff.
Thiele, Wolfram 296, 321, 360, 365, 393, 443, 445, 535, 554, 627
Thoma, Ludwig 306
Tillessen, Heinrich 55
Tillmanns, Robert 128
Tjulpanow, Sergej I. 155
Todt, Fritz 617
Trettenbach, Martin 365, 393, 627
Truman, Harry S. 56

Uebelhör, Anton 296
Ulrich, Wilhelmine 410
Unertl, Franz Xaver 130, 167, 175, 233, 274, 628

Vidal, Konstantin 421
Vogel 44, 329
Volkholz, Ludwig 295

Wacher, Gerhard 11, 16, 197, 393, 410, 413, 443, 446, 466f., 494, 535, 628
Wackerl, Josef 55
Wagenhöfer, Carl 243
Wagner, Alois 365, 393, 494
Waldburg zu Zeil, Maria Erich Fürst von 165, 167, 169f., 172
Wallenberg, Hans 242
Wallner, Josef 191, 628
Weber (Bamberg) 171
Weberpals, Max 286, 628
Weigel, Wenzel 281, 296, 321, 360, 628
Weigl, Josef 432, 437, 489
Weinkamm, Otto 94, 96, 228, 232, 238, 255, 257, 263, 363, 422, 460, 629
Weinkauff, Hermann K. A. 383
Weismantel, Leo 102
Weiß, Franz 410
Weiß, Ingeborg 454f., 458f.
Weißmann, Juda 329–337, 339–342, 351, 357
Weitmann, Ludwig 356
Weixler, Franz Peter 182
Wellhausen, Hans 442, 483, 524
Wendel, Josef 479
Werner (Garmisch-Partenkirchen) 195
Wessel, Helene 440, 608
Westermaier/Westermeier 7, 84
Wichern, Johann Hinrich 311
Wieland (Oberstaatsanwalt) 356
Wieninger, Karl 365, 393, 416, 423, 494, 535, 629
Wimmer, Thomas 303
Windthorst, Ludwig 67, 311, 402
Winkler, August Christian 419, 494, 629
Winkler, Martin 243
Wirth, Josef 140
Wittkowski, Josef 231, 253
Wittmann, Julian 286
Wönner, Max 285
Woerner, Ludwig 171f.
Wohleb 298
Woller, Hans 5
Wüst, Hans 456f.

Young, Owen D. 316

Zehner, Zita 296, 324, 360, 393, 416, 419, 422, 432, 443, 447, 494, 499, 533, 535, 629
Ziegler, Erich 67
Zietsch, Friedrich 324, 327, 401, 459f.
Zillibiller, Max 296, 312, 416, 423, 499, 630
Zimmer, Alois 190
Zimmermann, Erika 490
Zimmermann, Friedrich 22f., 261, 475, 488–494, 630
Zipfel, Franz 393, 416, 420, 432, 436, 443, 449ff., 630
Zöller (Landgerichtsrat) 411
Zorn, Rudolf 76, 269
Zwicknagl, Max 72, 78, 84f.

Ortsregister

Aalen 601
Abensberg 84
Adelsreuth 625
Ahlen 75
Ainring 430
Altötting 195, 245, 438, 608, 616
Alzenau 79, 347
Amberg 243, 371, 429, 436, 596, 602, 630
Amöneburg 598
Amorbach 625
Angkofen 592
Ansbach 100, 178, 190, 229, 420, 594, 620f.
Aresing 597
Aschaffenburg 94, 271, 335, 347, 421, 434, 459, 556, 598, 623, 629f.
Aschau 630
Athen 610
Aubing 589
Augsburg 32, 57, 59, 79, 129f., 142f., 161, 164, 171, 182, 207, 221, 228, 232, 246, 263f., 266, 283, 331, 363, 375, 377, 399, 421f., 434, 436, 470, 502f., 510, 556, 572, 575f., 590, 592, 595, 599–603, 605f., 609, 611, 615, 617, 626, 629

Babenstuben 625
Bad Aibling 123, 192
Bad Brückenau 421
Bad Godesberg 610
Bad Homburg 611
Bad Kissingen 224, 598, 625
Bad Neustadtan der Saale 178
Bad Reichenhall 195, 285, 429ff., 448f., 451
Bad Tölz 223, 603, 608f.
Bamberg 19, 53f., 79f., 171, 232, 270, 286, 383, 460, 590–593, 596, 602, 607, 612, 616, 630
Bayersried-Ursberg 172
Bayreuth 100, 171, 466f., 479, 623, 627
Beilngries 591
Bensburg 330
Berchtesgaden 429ff., 448, 451, 620
Berlin 44, 46, 53, 56f., 60, 62, 67f., 74–78, 86ff., 90, 92, 128, 155, 163, 181, 214, 216, 221, 227, 230f., 235, 242, 245, 247, 251, 274, 331, 402, 427, 439, 479, 590f., 594, 597, 599–604, 607f., 610f., 613, 616, 618f., 622, 624, 626
Bernried 608
Bielefeld 86
Biessenhofen 597
Binsfeld 619
Birnbach 628
Blaubeuren 601
Bochum 589
Bogen 211, 614
Bombay 209
Bonn 1, 10, 15, 17, 19, 26, 36, 86, 155, 173, 177, 179ff., 183, 189ff., 198–201, 209–212, 218f., 222f., 236f., 239, 243f., 249f., 252, 274, 285, 288, 290f., 310, 312f., 315, 317–320, 327, 343, 347, 349, 361f., 369–372, 380, 384f., 388, 391–396, 398–409, 414, 418, 426, 450, 464ff., 473, 477, 481ff., 485ff., 489, 491, 496, 503f., 507f., 511f., 514, 516–520, 522–526, 530f., 533, 536, 538, 542–545, 548, 550–553, 555f., 600f., 604, 607, 612, 616f., 625
Braunschweig 396
Bremen 442
Breslau 62, 67, 255, 330f., 411, 595, 607, 611, 614, 617f.
Brünn 439
Brüssel 595, 615
Bryn Mawr 612
Budapest 604
Bühl 468
Burggen 609
Burghaig 607
Burglengenfeld 205
Busendorf 592

Capri 56
Cham 278, 433, 436, 449ff.
Châtelard 610
Coburg 96f., 466f., 628
Cottbus 600

Dachau 55, 181f., 597f., 603, 605, 607, 613, 621ff.
Darmstadt 86, 613
Deggenau 628
Deggendorf 171, 628
Diedenhofen 625
Dießen am Ammersee 595
Dillingen an der Donau 436, 592
Dingolfing 600
Dinkelsbühl 256, 362, 364, 438, 440f., 448, 533, 590, 607f., 610
Dirmstein 620

Donauwörth 295
Dresden 74, 92, 594, 612
Düsseldorf 128, 188, 321, 412, 612, 625

Ebensfeld 612
Ebermannstadt 593
Ebern 596, 608
Ebersberg 595
Eger 621
Ehingen am Hesselberg 590, 608
Eichstätt 39, 47, 57, 63, 78, 80, 95, 101, 103, 420, 605, 614
Elberfeld 623
Elbing 62
Engelmannsreuth 601
Erding 463
Erfurt 311
Erlangen 44, 95, 97, 100, 138, 190, 243, 349, 420, 429, 436, 589f., 592, 594f., 597, 600, 604, 607, 613, 615, 618, 621, 625
Essen 255
Ettal 62, 616
Eurasburg 625
Evian 55

Fahr am Rhein 589
Feldafing 597
Feuchtwangen 438, 440f., 448, 469, 590, 613
Fischbachau-Birkenstein 96, 629f.
Flossenbürg 57, 607, 610
Föhrenwald 336
Forchheim 33, 160, 167, 172ff., 176, 186, 420
Frankfurt am Main 79, 88, 92f., 96f., 101f., 134f., 143, 154, 159, 171, 173, 189, 193, 218, 242, 288, 311f., 335, 339, 351, 386, 446, 595, 598, 619
Frauenau 616
Freiberg (Sachsen) 626
Freiburg im Breisgau 211, 596, 612, 616f., 623f.
Freilassing 429f.
Freising 78, 247, 294, 463, 479, 604
Frensdorf 614
Friedberg 421, 603
Friedland (Schlesien) 597
Fürstenfeldbruck 622
Fürth 64, 94, 142f., 176, 182, 228–231, 234ff., 238, 240, 243f., 248, 250, 261f., 264, 271f., 283, 295, 297, 420f., 467, 482, 542, 572, 575f., 607f., 611f., 619
Füssen 295, 421
Furth im Wald 597

Garmisch-Partenkirchen 195, 419, 601, 611
Gauting 606
Genf 595, 617
Genua 85
Gera 88
Gersthofen 436
Göttingen 216
Gräfelfing 257
Graz 84
Greifswald 216
Griesbach im Rottal 247, 628
Großenried 594
Großwallstadt 247
Grottham 628
Grünenbach 596
Günzburg 422, 429, 599
Gufflham 608
Guhrau 614
Gunzenhausen 589
Gustavsburg 627

Hafenhofen 605
Haifa 330
Halle 610, 612, 625
Hamburg 243, 326, 383, 436, 465, 483, 594, 624, 629
Hammelburg 197, 319, 421, 617
Hannover 86f., 134, 143, 246, 255, 311, 412
Harvard 55
Haßfurt 593f.
Heideck 626
Heidelberg 610, 625
Heining 430, 628
Hemmehübel 622
Herford 74, 86
Herriden 469
Herrnhausen 625
Herrsching am Ammersee 603
Hersbruck 420
Hindelang 630
Hindenburg 255
Hocha 449
Höchstädt an der Donau 592, 618
Hof 197, 422, 455, 466f., 591, 595, 625, 628
Hofheim in Unterfranken 589
Hohenfels 288, 292f.
Hohenheim 188, 596
Hohenkammer 594
Holzen 410
Holzkirchen 128, 174
Hünfeld 610

Ingolstadt 95, 126ff., 132, 197, 410, 443, 590, 595, 619
Innernzell 611
Innsbruck 78, 599, 613, 617

Jena 623
Jettingen 621

Kadeltshofen 595
Kaiserslautern 421, 618
Karlshorst 5, 155
Karlsruhe 288, 357, 372f., 383, 612, 622
Karlstadt 208, 421, 603, 619
Kassel 94
Kattowitz 617
Kaufbeuren 243, 421, 429, 448, 625
Kelheim 620
Kemnath 614
Kempten 155f., 158, 197, 244, 248, 251, 254–257, 260, 263, 421, 599, 626f.
Kiel 624
Kirchheimbolanden 254
Kitzingen 224, 392
Kleinhaßlach 593
Koblenz 143
Kochel 609
Köln 74, 426f., 442, 445, 594, 600, 605, 623, 629
Königsberg 274, 465, 619
Königshofen im Grabfeld 178
Königstein 68, 72–75, 77, 177, 255
Königswinter 248f., 395, 598
Kötzting 295ff.
Konnersreuth 614
Konradsreuth 628
Konstantinopel/Istanbul 596
Kraisdorf 596
Kreisau 255
Kronach 593, 607, 628
Krumbach 172, 422, 429
Kulmbach 253, 268, 277, 295, 479, 600, 627

Landau an der Isar 278, 607f.
Landau in der Pfalz 188, 621
Landsberg am Lech 612
Landshut 37, 46, 66, 101, 155–158, 289, 297f., 337, 415ff., 420, 428, 433, 447, 492, 533, 593, 597, 619, 621f., 630
Langen 613
Langenzenn 421
Lauf an der Pegnitz 420, 607
Laufen 278, 429ff., 448, 450
Laupheim 74
Leipzig 77, 92, 383, 411, 607, 611
Lemberg 274
Leobendorf 430
Lichtenfels 286f., 628
Lille 446
Lindau am Bodensee 209, 305, 422, 598
Lindau (Oberfranken) 626f.
Lohr am Main 604, 614
London 87, 90, 163, 316, 465

Madrid 181, 598
Magdeburg 90
Mainburg 167, 614f.
Mainz 311
Marburg 298
Marktheidenfeld 279, 438
Markt Oberdorf 295
Marktredwitz 104, 106, 110f., 177, 181, 556, 622
Marquartstein 615
Marseille 87, 596
Memmingen 27, 278, 421, 439, 448f., 453f., 457f., 462f., 599
Mering 606
Metten 602
Michelbach 79
Miesbach 192
Mindelheim 429, 435, 448, 600
Minden 76
Mirskofen 289
Mittenwald 419
Montabaur 412
Moorenweis 623
Moos 604
Moskau 56, 77, 89, 347f.
Mühlheim an der Ruhr 612
Münchberg 433, 595
München 1, 4, 10, 14, 26, 32–40, 43f., 47, 54, 56, 64f., 68f., 72ff., 78ff., 82f., 85, 88f., 92–97, 101ff., 106, 128, 131, 138, 142f., 147, 149–152, 154, 160, 162ff., 168, 171ff., 175f., 178, 180, 185f., 188f., 192, 196f., 201ff., 208f., 211, 213, 216, 221, 223, 225, 227–230, 233, 235f., 239f., 242–245, 247f., 250f., 253f., 257–260, 265, 267, 271ff., 278, 283, 285–288, 292, 294, 296, 298ff., 303, 306, 312, 320f., 323f., 329ff., 333–337, 342f., 347, 349ff., 356f., 360ff., 365, 371, 375, 378f., 381, 385, 390f., 393, 400, 406ff., 410ff., 414f., 419, 422, 428, 432, 434, 436–439, 445, 453f., 463, 467f., 470, 472, 475, 477, 479, 481f., 488, 491, 494, 496, 499f., 502ff., 510, 518, 521ff., 533, 535f., 538, 540, 544, 546, 548, 550, 554f., 567, 572, 575f., 589–625, 627, 629f.

Myslowitz 617

Naila 624
Nannhofen 410
Nauheim 216
Neapel 56
Neuburg an der Donau 421
Neudrossenfeld 600
Neuendettelsau 478
Neumarkt in der Oberpfalz 620
Neunburg vorm Wald 433, 449
Neusäß 605
Neusorg 614
Neustadt an der Saale 589
Neustadt an der Waldnaab 591
New York 290, 336
Nördlingen 434, 596
Nürnberg 37, 80, 83, 97, 142f., 163, 165, 171, 182, 197f., 204, 206, 221, 225, 229f., 256, 271, 283, 288, 295, 308, 312, 347, 397, 415, 420f., 434f., 442f., 457, 466f., 470f., 482f., 487, 496, 501, 503, 516, 526, 534, 542, 554, 557, 572, 575f., 589, 591–594, 600, 607f., 611ff., 615, 619, 624, 627

Oberelchingen 421
Obereschenbach 619
Obermenzing 596
Ochsenfurt 78
Oedheim 626
Oettingen 434
Opherdicke 625
Oppeln 255
Osterseeon 594
Ottobeuren 462f.

Paris 56f., 87, 89, 163, 312f., 315, 318, 362, 428, 465, 504, 522, 545, 551, 600, 617
Parsberg 431, 442, 449
Passau 19, 192, 194, 222, 232, 247, 473, 501, 605, 611, 628
Pegnitz 100
Penzberg 306, 432
Pfaffenhofen an der Ilm 419, 592, 627
Pfarrkirchen 298
Plattling 231
Pleinting 621
Plöß 592
Potsdam 347
Pottenstein 603
Prag 87, 274, 308, 331, 592, 621, 628f.
Prien am Chiemsee 630

Rannungen 629
Rapallo 84f.
Rastatt 627
Ratibor 618
Regen 616
Regensburg 14, 19, 55, 62, 66, 94, 103–106, 111f., 120, 126, 150f., 157, 257, 264, 285, 289, 308, 324, 349, 362, 392, 421, 424, 448, 450, 455, 496, 525, 588, 592, 596f., 602f., 605ff., 618, 620, 622, 624f., 630
Reichenberg 392, 609f.
Rendsburg 91
Rheinzabern 615
Riedenburg 431, 442, 449
Riedern 614
Rimpar 279, 434
Rodalben 609
Roding 205, 618
Röckingen 440
Rötz 450
Rom 55, 57, 157, 194, 221, 247, 596, 601, 617f.
Rosenheim 45, 62, 192, 345, 594, 605, 610, 616
Rostock 625
Rothenburg ob der Tauber 37, 101f., 285, 381, 405, 407, 409f., 413, 436, 443f., 606, 613f.
Rottach-Egern 617
Rottenburg an der Laaber 629
Rückersdorf 592
Rückersrieth 591
Ruppersdorf 609
Rybnik 255

Saaldorf 430
Sambor 330
Sankt Petersburg 616
Scheinfeld 596
Scheyern 194, 604
Schierling 624
Schnaittach 468, 607
Schnaittenbach 243
Schongau 159, 165, 170, 211, 232, 510, 609, 626
Schrobenhausen 419
Schwabach 64, 420, 622
Schwabhausen 55
Schwabmünchen 455
Schwäbisch Hall 591
Schwarzenbach 624
Schwebenried 603
Schweinfurt 247, 421, 434, 589
Schweinheim 623
Schwientochlowitz 609

Selb 327, 601
Simbach am Inn 607
Sinzing 620
Sofia 610
Sonthofen 630
Staffelstein 286f., 607
Starnberg 15, 436, 599, 606
Steinberg 607
Steinburg 211
Steinhöring 595
Steinwiesen 613
Straubing 8, 177, 181, 209, 261, 433, 469, 486, 489, 620ff.
Strasburg (Westpreußen) 620
Straßburg 622
Stuttgart 69, 336, 351, 597, 616
Sulzbach-Rosenberg 436, 615
Sulzheim 434
Surheim 430

Tarnopol 331
Tel Aviv 334, 339f.
Thailing 595
Tirschenreuth 625
Töging 195
Tokio 598
Toulouse 127
Traunstein 345, 450
Trautenau 308
Trebgast 626f.
Trier 612
Triest 617
Tschentschitz 628
Tübingen 320, 446, 601, 620, 625
Tunzenberg 600
Tutzing 336, 599, 616

Uffenheim 613
Unkel 591
Unterafferbach 606

Versailles 316
Viechtach 251
Vilshofen 67, 278
Voggendorf 296
Vohenstrauß 591

Waldmünchen 433, 449f.
Waldsassen 622
Warschau 331
Washington 616f.
Wasserburg 594
Watzlsteg 295
Weiden 188, 413, 442, 451, 591, 605
Weihenstephan 85, 594
Weildorf 430
Weilheim in Oberbayern 192, 296f., 432, 510, 605
Weimar 4, 52, 81, 217, 275, 369
Weißenburg 626
Weißensberg 614
Wertheim 594
Wesseling 596
Westerheim 599
Westheim 589
Wien 56, 592, 607, 628f.
Wiesbaden 74, 91
Wildflecken 336
Wolfratshausen 436, 449, 594, 625
Wolfstein 594
Wolkshausen 604
Würzburg 14, 35, 78, 86, 91f., 95, 155ff., 178, 182, 208, 216, 219, 224, 232, 245, 247, 279–284, 294f., 297f., 361, 421, 434, 438, 459f., 526, 589f., 592f., 596ff., 601f., 606, 608, 612, 614, 617, 620, 623ff.
Wunsiedel 622, 626

Zürich 617

Sachregister

Abendzeitung (München) 378
Affäre Müller/Auerbach → Führungs- und Flügelkämpfe in der CSU → Landtag, bayerischer → Parteifinanzen der CSU 18f., 27, 323f., 328–342, 345ff. 349–353, 355–361, 363
- Auerbachprozeß 19, 329–332, 334f., 339f., 345, 347, 349–352, 355–358, 360
- Haltung der CSU 346f., 349–353, 358–363
- Interpellation im bayerischen Landtag 328, 346, 352f., 358, 360
- Vorwürfe gegen Hans Ehard 19, 329, 339, 352f., 356, 358, 360
- Vorwürfe gegen Alois Hundhammer 338–346
Alliierte → Militärregierung 45, 57, 181, 217, 249, 285, 313f., 318f., 352, 427
Alliierte Hohe Kommission 217, 222, 249, 320
Altbayern/Südbayern 2, 5, 8, 105, 116, 173, 190, 211, 236, 399, 402, 531, 556
Altöttinger Liebfrauenbote 245
American Jewish Joint Distribution Committee → Wiedergutmachung 335f.
Angestellte (s.a. Arbeiter/Arbeitnehmer)
Antisemitismus 165, 331, 339, 344
Arbeiter/Arbeitnehmer → Flügel und Gruppierungen in der CSU 14, 51f., 81ff., 93f., 130, 132, 139, 171, 175, 189, 206, 209, 222, 234, 238, 240f., 256, 276, 294, 301, 311, 321, 323, 419–422, 430, 432ff., 463, 503, 554
Arbeitgeber/Industrielle/Unternehmer → Christlich-Soziale Union → Landesverband der bayerischen Industrie → Parteifinanzen der CSU → Wirtschaftsbeirat der Union 81, 170f., 174, 188, 239, 436, 470f., 478, 481, 506
Arbeitsausschüsse der CSU 72ff., 81ff., 200, 234, 236, 245
- Ausschuß für zwischenstaatliche Beziehungen 218, 229
- Ausschuß Frau und Familie 83
- Ausschuß für Kriegsopfer und Heimkehrer 411
- Ausschuß für Verfassungsfragen 41, 82
- Finanzausschuß → Parteifinanzen der CSU 64, 160, 176, 200, 227, 236, 261, 264
- Flüchtlingsausschuß 82, 452
- Kulturpolitischer Ausschuß 102
- Kunstausschuß 102
- Presse-Ausschuß 154, 200, 227, 236, 245
- Satzungsausschuß → Satzung der CSU 232, 257, 263, 376f., 413f., 495, 498
- Sozialpolitischer Ausschuß 171
- Wirtschaftspolitischer Ausschuß 81f., 139, 171, 234
Arbeitsbeschaffung/Arbeitslosigkeit/Arbeitslosenunterstützung 130, 201, 231, 244, 256, 260, 288f., 427, 457
Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU → Junge Union Deutschlands 68, 72, 74f., 77ff., 91f., 126, 185, 248f., 256
- Ausschüsse 75f., 78f., 190, 395
- Vorstand 72, 74, 77, 91f.
Arbeitsgemeinschaft Selbständiger Unternehmer 506
Arbeitsgemeinschaften und Arbeitskreise in der CSU → Flügel und Gruppierungen in der CSU → Kommunalwahlen → Landtagswahlen 24, 28, 68, 73f., 79–83, 136, 158, 171, 375, 377, 410f., 414f., 422, 442, 452
- Arbeitsausschuß für Sowjetzonenflüchtlinge 442, 452
- Arbeitsgemeinschaft für Handel, Handwerk, Gewerbe und Industrie → Wirtschaftsbeirat der Union 71, 73, 80, 136, 193
- Arbeitskreis Oder-Neiße 411
- Beamtenvereinigung 375
- Christlich-Soziale Arbeitnehmerschaft 14, 71, 73, 80f., 83, 158, 171, 294f., 321, 375, 410, 421, 493
- Evangelischer Arbeitskreis 418, 471, 534
- Frauen Union 71, 73, 80–83, 203, 207, 218f., 226, 375f., 410, 447
- Junge Union 9, 19, 22, 28, 66, 71, 73, 78–81, 86, 93, 129, 158, 160, 168, 182, 203, 218f., 225f., 232, 236, 238, 375f., 410, 413, 420, 422, 430, 433, 456f., 474, 489, 493, 530
- Kommunalpolitische Vereinigung 208, 214, 375
- Mittelstandsgruppe 375, 423
- Union der Ausgewiesenen bzw. der Vertriebenen → Flüchtlinge und Heimatvertriebene 71, 73, 79–82, 125, 168, 171, 195, 201, 203, 222, 270, 278, 376f., 410, 414, 420, 489, 493
Aus erster Hand. Exclusiv-Informationen aus Politik, Wirtschaft, Kultur 342, 396
Auslandsschulden, deutsche 316f., 366

Baden-Württemberg 374, 408
Bank Deutscher Länder/Bundesnotenbank 132, 386, 388, 405f., 409, 537
Banken und Kreditinstitute → Bayerische Staatsbank 171, 259, 302, 333, 335, 339, 358, 441f., 464
Bauern/Landwirte (s.a. Landwirtschaft)
Baulandbeschaffungsgesetz 365, 375
Bayerische Gemeindeordnung (s.a. Gemeindeordnung, bayerische)
Bayerische Heimat- und Königspartei → Wahlabkommen 272, 274ff., 278ff.
Bayerische Landespolitik (s.a. Landespolitik, bayerische)
Bayerische Landeszeitung 268
Bayerische Regierungsbezirke (s.a. Regierungsbezirke, bayerische)
Bayerische Staatsbank 134, 229, 237, 261, 333, 439, 457f., 460, 462
Bayerische Staatskanzlei (s.a. Staatskanzlei, bayerische)
Bayerische Staatsministerien (s.a. Staatsministerien, bayerische)
Bayerische Staatsregierung (s.a. Staatsregierung, bayerische)
Bayerische Verfassung (s.a. Verfassung, bayerische)
Bayerische Volksaktion 282, 297
Bayerische Volkspartei (BVP) → Führungs- und Flügelkämpfe in der CSU 4, 6f., 15, 18, 22, 39f., 49f., 54f., 91, 171, 177, 195f., 206, 245, 275, 556
- Ermächtigungsgesetze im Reich und in den Ländern 53f., 68–72
- Verhältnis zum Nationalsozialismus 7, 40, 48, 68f.
- Parteipresse 60, 171, 235, 245
- Wirtschaftsbeirat der BVP 171
Bayerischer Bauernbund 49
Bayerischer Bauernverband 45f., 49ff., 66, 71, 73, 80, 83, 96, 207, 248f., 473, 478
Bayerischer Bevollmächtigter beim Bund (s.a. Landesvertretung, bayerische)
Bayerischer Club 178
Bayerischer Heimat- und Königsbund 272
Bayerischer Kurier → Bayern-Kurier 235, 245, 248, 251
Bayerischer Landtag (s.a. Landtag, bayerischer)
Bayerischer Senat (s.a. Senat, bayerischer)
Bayern-Kurier → Bayerischer Kurier → Parteipresse der CSU 14, 23, 27, 29, 188, 235, 245, 248, 251, 253, 258, 261f., 265f., 281, 283, 403, 445, 474, 476, 493, 545
- Finanzen 235, 253, 258, 261f., 264, 266, 281, 283, 439, 492
- Redaktion und Geschäftsführung 245, 248, 251, 253, 258, 262, 264, 266
- Vertrieb 235, 261f., 264, 266
Bayernpartei → Kommunalwahlen → Landtagswahlen → Regierungsbildung 1950, 1954 → Viererkoalition → Wahlabkommen 8, 10, 125, 181, 197, 199, 202, 207f., 210ff., 217f., 221–224, 232, 246f., 249, 252f., 258, 272f., 279f., 282, 284, 294f., 307, 309f., 315, 347, 377f., 408, 430, 441, 469, 474, 499, 520, 526, 545
- Führungs- und Flügelkämpfe 211, 263–268, 275f., 295–298, 342, 354, 378f.
- Organisation und Finanzen 211, 223, 253, 263, 282, 294–297
- Kreis- und Bezirksverbände 223, 295–298, 379, 419
- Landtagsfraktion 322, 378f.
- Bayernpartei und BHE 475, 524
- Bayernpartei und CDU 210f., 371, 392, 512
- Bayernpartei und CSU 10, 27, 105, 131, 157, 178, 185, 190ff., 194, 196, 201, 204f., 207, 210ff., 214, 217, 221f., 250, 252, 265–269, 271f., 275, 278ff., 282, 284, 295–298, 354, 377f., 392ff., 410, 412f., 419, 429, 437, 473ff., 477ff., 503, 510, 513f., 519f.
- Bayernpartei und FDP 295, 297, 475, 524
- Bayernpartei und SPD 272, 475, 520, 524
- Affäre Müller/Auerbach 328, 331, 352, 356, 358f.
- Einkommen- und Körperschaftsteuer 322, 369, 371
- Flüchtlinge und Heimatvertriebene 284
- Föderalismus 212, 275, 279, 282
- katholische Kirche 205f., 413
- Kreditaffären 453, 456, 460
- Wahlergebnisse 20, 198, 209, 256, 286, 322, 378, 380f., 412, 419, 477, 510f.
Beamte → Gemeindeordnung, bayerische 4, 9, 14, 130, 184f., 189, 219, 240f., 257, 301, 332, 336, 420, 455, 506, 513
- Beamtengesetz, bayerisches 60, 241
- Weihnachtsgratifikation 485f.
- Wiedereinstellung entlassener Beamter (Verordnung 113) → Entnazifizierung 241, 243, 248, 256f., 271f.
Belgien 255, 259ff., 372
Berufssoldaten 224, 230, 232, 246
Besatzungsgeschädigte 263
Besatzungskosten 285, 290f., 317, 325, 366

Besatzungsmacht (s. a. Militärregierung, Alliierte)
- amerikanische (s. a. Militärregierung, amerikanische)
- britische (s. a. Militärregierung, britische)
- französische (s. a. Militärregierung, französische)
- sowjetische (s. a. Militäradministration, sowjetische)

Besatzungsstatut 313
Besatzungszonen 74 ff., 88, 92, 216
- amerikanische 74, 76 f., 79, 87, 89, 91 f., 132, 134, 138, 187, 335, 386
- britische 74–77, 87, 89, 91 f., 132, 134, 138, 386
- französische 74, 78, 87, 89, 91 f., 132, 134, 138
- sowjetische 5, 46, 55, 75, 77, 87–90, 92, 133, 143, 181, 216, 267

Betriebsverfassungsgesetz → Gewerkschaften 15, 355
Bewirtschaftung 83, 96, 138, 206
Bezirkstagswahl (1954) 417 f.
Bezirksverbände der CSU → Kommunalwahlen → Landtagswahlen → Parteifinanzen der CSU → Satzung der CSU 24, 64, 71, 74, 93, 105, 108 ff., 112–115, 117 f., 120–125, 136 ff., 141–144, 146, 154 f., 160, 174, 176 f., 185 ff., 193, 195, 199, 203 ff., 210, 213, 218 ff., 226, 228, 230, 232 f., 236, 238, 246, 248, 251, 257, 259, 261 f., 277, 283 f., 294 f., 298 f., 322, 359, 407, 416 f., 421–424, 436 f., 451, 466 f., 469–472, 488, 493, 495–498, 500 f., 503, 509, 516, 534, 542, 544, 546
- Augsburg 17, 142 f., 283, 434, 470, 503, 556
- Mittelfranken 44, 71, 73, 110, 128, 142 ff., 176, 187, 204, 227, 229, 264, 271, 276, 278, 283, 417 f., 420, 433, 440, 470, 486, 488, 501, 556
- München 64 f., 78, 138, 142 f., 149, 152, 178, 186, 283, 337, 361 f., 378, 419, 432, 434, 467, 470, 503, 533
- Niederbayern 142 f., 150, 176 ff., 208, 229, 261, 264, 277, 279, 283, 295, 433, 470, 489, 501
- Nürnberg-Fürth 83, 142 f., 182, 206, 229 f., 271, 283, 470 f., 482, 503, 526, 542, 554, 556
- Oberbayern 7, 27, 54, 103, 105–124, 126 f., 132, 138, 142 ff., 146–149, 153–157, 175 f., 178, 186, 194, 203, 210, 257, 269, 282 ff., 294 f., 321, 323, 361, 419, 430, 432, 434, 437, 454, 470 f., 483, 500 ff.
- Oberfranken 110, 128, 142–145, 148–152, 155, 175 ff., 205, 277, 283, 433, 466, 470, 501 ff., 521, 524, 541 f.
- Oberpfalz 142 f., 204 f., 224, 229, 232, 261, 264, 283, 431, 433, 449, 470, 503
- Schwaben 96, 142 f., 176, 205, 207, 212, 261, 264, 276, 283, 433 f., 453, 462, 470, 502, 525
- Unterfranken 142 f., 155, 176, 207 ff., 224, 261, 263, 277, 283, 361, 421, 434, 470, 502, 526, 557
- Bezirksvorsitzender 15, 23–26, 28, 55, 66, 107, 123, 135, 144, 146, 148, 154, 178, 184, 186, 190, 201, 203 f., 212 f., 224 f., 230, 238 ff., 253, 269, 274, 282, 285, 298, 359, 423, 433, 436, 467 f., 495 ff., 545, 557
- Konferenz der Bezirksvorsitzenden 15, 25 f., 28, 107, 175 ff., 188, 193, 199, 203 f., 207, 210, 213, 215, 218, 228, 237, 239 f., 251 ff., 267, 269 f., 280, 285, 294 f., 411, 414 f., 443
- Bezirksvorstand 123 f., 144, 215, 248, 424 f.

Bizone (s. a. Vereinigtes Wirtschaftsgebiet)
Bodenreform 83
Brandenburg 88
Bürgermeister 189, 208, 219, 232, 269, 295, 298, 302–305, 307, 329, 510
Bürgertum/bürgerlich → Christlich-bürgerliches Lager 54, 70, 163, 178, 190 f., 253, 268, 275, 277, 279 f., 297, 353 f., 419, 436, 463, 470, 473, 478, 512, 545
Bund/Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten (BHE) → Regierungsbildung 1953, 1954 → Viererkoalition 21, 222, 270, 272, 275 f., 284, 310, 347, 359, 374, 382, 385, 392, 422, 426 f., 436, 464 f., 469, 473, 475, 506, 524, 545
- BHE und CDU 380, 382, 427, 464 f.
- BHE und CSU 274, 276 f., 284, 422, 433, 473, 477, 479, 520, 524, 552
- BHE und SPD 310, 359, 374, 475, 524, 545
- Fall Schier 392
- Gemeindeordnung, bayerische 306, 309 f.
- Wahlergebnisse 20, 322, 380 f., 422, 426, 477, 510 f.

Bund deutscher Mädel 179
Bund Osiris – Fall Scharnagl 101 f.
Bundesamt für Verfassungsschutz 446

Bundesausgleichsamt → Lastenausgleich 465f., 545
Bundeshauptstadt 218, 285, 399
Bundeskanzler 31, 179, 210, 217, 250, 279, 313f., 317f., 371, 382–387, 389–392, 394–404, 408, 428, 438, 464f., 473, 477, 482, 484, 505f., 511f., 517, 519, 521ff., 531f., 536ff., 549ff., 555
Bundeskanzleramt 382, 392ff., 400f., 473, 477
Bundesministerien/Bundesminister → Regierungsbildung 1949, 1953 259f., 382, 386f., 389, 394, 405, 408f., 472
- Familienministerium 382, 386f., 389, 405f., 409
- Finanzministerium → Parteiführung der CSU 200, 224, 239, 270, 279, 285, 289–293, 320, 322, 326f., 365, 369, 371, 381f., 384, 387, 389, 406, 409, 463, 483–487, 500ff., 504–507, 511ff., 515ff., 521, 523f., 526, 528–533, 536–541, 543f., 547–557
- - Stellung des Finanzministers im Kabinett → CDU und CSU 482, 485, 488, 505ff., 512, 517, 521ff., 526, 536–539, 544, 550ff.
- Innenministerium 200, 343, 370, 464
- Justizministerium 382ff., 394f., 399, 401f.
- Landwirtschaftsministerium 200, 342f., 380, 382
- Ministerien für besondere Aufgaben 381ff., 386, 390, 394, 522, 549
- Ministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit 383
- Postministerium → Fall Schuberth/Mayr 200, 382ff., 386f., 392, 394–400, 402, 405, 408f.
- Verteidigungsministerium 318, 382, 387, 389, 392f., 404
- Vertriebenenministerium 270, 463–466
- Wirtschaftsministerium 388, 412, 555
- Wohnungsbauministerium 383
Bundespolitik 255, 259f., 280, 295, 299, 326, 366, 370, 385, 387, 389, 391, 405, 425f., 511, 517, 525, 529, 542, 546, 548, 553, 556
- Außenpolitik → Westintegration 26, 225, 229f., 324, 365, 425, 427, 438, 475, 482, 486, 505, 511, 523, 525, 537, 540, 546, 553
- Finanz- und Währungspolitik → Einkommen- und Körperschaftsteuer → Föderalismus → Verteidigungsbeitrag 26, 236, 256, 259f., 291ff., 322, 324ff., 366f., 369, 371, 380, 406, 409, 412, 484–487, 505f., 511ff., 522f., 525f., 532f., 537, 544, 546f., 549, 551ff., 555
- - Bundeshaushalt 263, 289f., 293, 323, 325f., 366–369, 388f., 406, 505f., 512f., 523, 537
- - Bundeszuschüsse an die Länder 325
- - Bundesvermögen 288, 312, 320f.
- Innenpolitik 217, 546
- Landwirtschaftspolitik 236, 244, 256, 259f., 292, 380
- Sicherheitspolitik → Bundeswehr → EVG → Verteidigungsbeitrag 26, 363, 504
- Sozialpolitik 288, 325f., 505, 513, 524, 537, 552
- Wirtschaftspolitik 188, 206f., 236, 244, 288, 292, 318f., 401, 511, 553
Bundespräsident 179, 199, 373, 382, 394
Bundesrat → Föderalismus → Steuerpolitik der Bundesregierung 191, 228, 231, 249, 289, 291, 325, 327, 366f., 369, 371, 388, 405, 412
- Auswärtiger Ausschuß 314, 317
- Bundesratspräsident 200, 374
- Einkommen- und Körperschaftsteuer 325, 366–369, 371, 487
- Ratifizierung der Westverträge 372ff.
Bundesregierung → Regierungsbildung 1949, 1953 24, 27, 198ff., 210f., 217f., 222, 231, 238, 249f., 252, 260, 277, 287, 289, 291, 314ff., 326f., 362f., 371–374, 380ff., 385–396, 398, 400ff., 405–408, 411f., 418, 464f., 482f., 485, 505f., 512f., 516f., 522, 525, 531f., 536, 538f., 552, 555
Bundestag 191f., 200, 204, 211f., 217f., 220, 228, 231, 234, 236, 242, 249, 252f., 255, 260, 284, 287, 289–293, 295, 298, 312f., 315f., 319, 323, 326f., 346, 351, 363, 366f., 370, 372f., 379f., 385f., 388, 391f., 394, 399, 405, 438, 467, 472, 482f., 485, 503f., 512, 517f., 522, 526, 529, 532, 538, 555
- Mißtrauensvotum gegen Finanzminister Schäffer 279
- Untersuchungsausschuß zur Hauptstadtfrage (Spiegelausschuß) 218, 285
Bundestagswahlen → Parteifinanzen der CSU 179, 188–191, 198f., 201–207, 210, 213f., 217–221, 230, 252f., 266, 275f., 278, 322, 346, 354, 363f., 367, 370, 374, 378ff., 422, 426ff., 437, 463, 467, 485, 511, 525, 531, 546
- Gesetze und Verordnungen 189–193, 196, 365, 374, 522, 524, 552
- Kandidatenaufstellung 184f., 188f., 191–197, 199, 205, 207, 209, 411, 546

- Nachwahlen 253, 277, 295, 297, 473
- Wahlkämpfe 180f., 184f., 188–193, 197, 204, 208, 210f., 219f., 354, 373f., 393, 422, 426, 436, 446, 469f., 478, 553
- Wahlergebnisse 198f., 201, 206, 208f., 275, 295, 378, 380f., 411f., 422, 426f., 511
- Abgrenzung CSU – Bayernpartei → Bayernpartei 185, 190, 192, 194, 204f., 207, 210f., 295, 297, 377f.
- Abgrenzung CSU-FDP 190
- Abgrenzung CSU-SPD 185, 190, 192

Bundesverfassungsgericht 331, 357, 372ff., 461, 485
Bundesvertriebenengesetz 365, 375
Bundeswehr → Bundespolitik → EVG → Verteidigungsbeitrag 315, 317, 372f.

CDU/CSU-Bundestagsfraktion (s.a. Fraktionsgemeinschaft von CDU und CSU)
CDU und CSU → Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU → Fraktionsgemeinschaft von CDU und CSU 2, 5, 11, 27, 46, 77, 86f., 154, 191, 199f., 218, 246, 248ff., 256, 263, 312, 354, 370f., 379, 385, 388, 394, 405, 473, 477, 486, 506, 513, 519, 524, 531, 538, 540
- Differenzen Adenauer/CSU → Bundesministerien → Fall Schuberth/Mayr 5, 27, 86, 313f., 370f., 385, 396ff., 401, 464, 477, 482, 513, 517, 525, 555
- Wahlkampforganisation und Wahlhilfe 46, 188–192, 437f., 470

Christ und Welt 477
Christentum/christlich 6, 31, 53, 56ff., 60, 70, 75, 77f., 83, 91, 125, 139, 157, 170, 195, 206f., 224, 239, 255, 259f., 275, 277f., 282, 284, 286, 294, 311, 317, 321, 323, 342, 353ff., 360, 363, 393, 402, 414ff., 422, 454, 473, 477f., 520, 529f., 544
Christlich-bürgerliches Lager → Bürgertum/bürgerlich 190f., 275, 277f., 280, 282, 284, 286, 294, 297, 342, 353f., 360
Christlich-Demokratische Parteien in Europa 255, 259ff.
- internationale Zusammenarbeit 57, 157
- Democrazia Cristiana 157, 255, 259f., 548
- Mouvement Républicain Populaire 127, 255, 259f.
- Österreichische Volkspartei 158, 255, 259f.

Christlich-Demokratische Union (CDU) → Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU → CDU und CSU → Fraktionsgemeinschaft von CDU und CSU → Regierungsbildung 1949, 1953 75, 143, 154, 246, 248, 256, 259f., 263, 288, 315, 354, 360, 386, 390f., 393, 405, 426f., 442, 506, 549, 554
- zonale und überzonale Zusammenarbeit 74, 77, 143
- CDU in der britischen Besatzungszone 74f.
- CDU in der SBZ/DDR 5, 46, 55, 75, 77, 216
- CDU und Bayernpartei 210f., 371, 392, 512
- CDU und BHE 380, 382, 427, 464f., 506
- CDU und DP 190, 200, 380, 382
- CDU und FDP 190, 200, 380, 382, 426
- CDU und SPD 86–90, 217f., 547
- Wahlergebnisse 87, 380, 426

Christlich-Soziale Union (CSU) → Arbeitsausschüsse der CSU → Arbeitsgemeinschaften und Arbeitskreise in der CSU → Bezirksverbände der CSU → Flügel und Gruppierungen in der CSU → Führungs- und Flügelkämpfe in der CSU → Kreisverbände der CSU → Landesgruppe der CSU → Landtagsfraktion der CSU → Ortsverbände der CSU → Parteifinanzen der CSU → Parteiführung der CSU → Parteigremien der CSU → Parteiorganisation und -apparat der CSU → Parteipresse der CSU → Programmatik der CSU → Satzung der CSU → Schiedsgerichte der CSU 7, 15, 65, 103, 105, 107f., 112, 115, 122, 125–128, 131, 138, 142, 146, 156, 158ff., 172, 174, 176, 186, 203, 206, 208, 210, 223, 258, 282ff., 310, 351, 353, 370, 405, 466, 495f., 498, 504, 510, 513, 519, 524, 526, 532, 548f., 554
- CSU und Bayernpartei 10, 27, 105, 131, 157, 178, 185, 190ff., 194, 196, 201, 204f., 207, 210ff., 214, 217, 221f., 250, 252, 265–269, 271f., 275, 278ff., 282, 284, 297, 354, 377f., 392ff., 410, 412f., 419, 429, 437, 473f., 477ff., 503, 510, 513f., 519f.
- CSU und BHE 274, 277, 284, 433, 473, 477, 479, 520, 524, 552
- CSU und FDP 127, 143, 182, 190, 192, 194, 223, 261, 272, 274, 277, 328, 352, 380, 414, 419, 469, 473, 481, 483, 517, 519f., 552
- CSU und KPD 3, 5, 223
- CSU und SPD 3, 6, 76, 59, 62, 81, 86, 95, 100f., 128, 143, 182, 185, 190, 192, 194, 217, 221, 253, 261, 268, 272–275, 279, 282, 284f., 310f., 338, 346, 371, 378, 392, 414,

419, 421, 473 f., 477 ff., 510, 513, 520, 528, 546
- CSU und WAV 95, 194, 197, 201, 252, 265 f., 274, 284
- CSU und Entnazifizierung → Entnazifizierung → Landtagswahlen 3, 72 f., 83, 179 f., 192 f., 206 f., 236 f., 241, 248, 254, 256 f., 259 f., 262 f., 271
- CSU und Industrie → Parteifinanzen der CSU → Wirtschaftsbeirat der Union → Volkswirtschaftliche Gesellschaft 188, 193, 202, 239, 318, 351, 463, 473, 478, 480 ff., 484, 494
- CSU und Kirchen → Arbeitsgemeinschaften und Arbeitskreise in der CSU → Flügel und Gruppierungen in der CSU 204 f., 209 f., 214 f., 244, 256, 262, 414 ff., 422, 484
- - evangelische Kirche 204, 244, 247 f., 422
- - katholische Kirche 205 f., 244, 247 f., 277, 413, 422, 478 f.
- CSU in der Opposition → Parteiorganisation und -apparat der CSU 1, 20 f., 472, 475 f., 480, 485, 487, 489 f., 496, 498 ff., 502, 504, 507, 510, 513–516, 519 f., 522–529, 531, 535, 540–545, 552, 555
- Koordination von Bundespolitik und Landespolitik 10 f., 26, 289, 292, 324, 347, 349, 370, 385, 425, 472, 476, 482 f., 529 f., 538, 542, 545, 548, 553
- Wahlergebnisse 20, 59, 81, 87, 125, 128, 198 f., 206, 208 f., 275 f., 295, 310, 322, 380 f., 394, 412, 477, 510 f.

Christliche Nothilfe 140
CSU-Correspondenz 17, 29, 200, 202 ff., 208, 211 f., 214, 216, 221, 225, 227, 230 f., 245, 286, 288 f., 375, 476, 478, 494
CS-Union 29, 184, 187 ff., 200 ff., 211, 214, 221, 225, 227, 230 f., 235, 238, 245 f., 248, 250, 253

Dawes-Plan 316
Dekartellisierung 288, 314
Demokratie 4, 7, 11, 17, 39 f., 46 f., 52 f., 56, 63, 67, 80 f., 87, 97, 106, 108 f., 113, 182, 195, 218, 220, 224 f., 232, 237, 252, 269, 296 f., 302, 304, 307, 315–318, 340, 354, 418, 484, 498, 515, 519, 521 f., 547 ff., 556
Demontagen 217, 222
Deutsche Bundesbahn 288 f., 312, 320
Deutsche Demokratische Partei 88
Deutsche Demokratische Republik 216, 274, 287, 316, 446
Deutsche Frage 5, 52 f., 55, 86–92, 183, 210, 212, 216, 287, 315 f., 347 ff., 355, 402, 427
- nationale Repräsentation 86–91

Deutsche Gemeindeordnung (s. a. Gemeindeordnung, deutsche)
Deutsche Partei (DP) 188, 190, 200, 279, 290, 315, 355, 382, 385, 392
Deutsche Union/Deutsche Gemeinschaft 182, 198, 223, 236, 310
Deutsche Waren-Treuhand AG 64 f.
Deutsches Industrieinstitut 445
Diktatur 4, 43, 47, 50, 53, 57, 89, 224, 268 f., 353, 522
Displaced Persons 330, 333, 336
Drittes Reich (s. a. Nationalsozialismus/Nationalsozialisten)
Druckerei Hermann Vitalowitz & Co 253

Echo der Woche 165
Ehe/Familie/Familienpolitik 82, 324, 349, 387, 389, 405, 409
Einkommen- und Körperschaftsteuer → Bundespolitik → Bundesrat → Grundgesetz 11, 321–327, 350, 365–371, 374, 487 f., 524, 528 f.
Entmilitarisierung 39
Entnazifizierung → Beamte → Kirche, evangelische → Landtag, bayerischer → Militärregierung, amerikanische → Landtagswahlen 39, 48, 65, 69 f., 72 f., 83, 101, 192 f., 206 f., 230, 237, 241 f., 248, 254, 256, 259 f., 262 f., 271
- Gesetz zur Befreiung von Nationalismus und Militarismus 40, 44, 48, 51, 61, 70, 97, 192, 241
- Gesetz zum Abschluß der politischen Befreiung 241, 248, 257, 262 f., 271
- Jugendamnestie 192, 490
- Mitläuferfrage 179 f., 192, 206 f., 224, 228, 230, 241, 254, 256 f., 271
- Spruchkammern 50, 53, 61 f., 69, 97 ff., 179, 192, 207, 242, 490

Erforschung der öffentlichen Meinung, Marktforschung, Nachrichten, Informationen, Dienstleistungen (EMNID) 428
Ernährungslage 89
Europa 56, 58, 157, 183, 236, 249, 252, 290, 313 ff., 317, 348 f., 372 ff.
Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) 15, 313, 315, 427
Europäische Integration 183, 287, 313, 348 f., 372
- abendländischer Gedanke 56, 58, 75, 262, 313

- europäisches Parlament 374
Europäische Verteidigungsgemeinschaft (EVG) → Verteidigungsbeitrag → Westintegration 312–318, 325, 355, 362, 371–374, 389, 428, 465
Europarat 249f.

Fall Metex/Lenz 27, 438f., 441f., 448f., 453–463, 469
Fall Rindt → Sozialer Helferring 246–249, 262, 265f.
Fall Schuberth/Mayr → Regierungsbildung 1953 381–384, 386f., 389–405, 408f.
Flüchtlinge und Heimatvertriebene → Arbeitsgemeinschaften und Arbeitskreise in der CSU → BHE → Flügel und Gruppierungen in der CSU → Neubürgerbund → Parteipresse der CSU → WAV 67, 83, 91, 94, 126, 130, 142, 172, 197, 208f., 222, 246, 252f., 268, 277, 282, 284, 375, 422f., 453, 457, 465, 493
- Flüchtlingspartei 67, 222, 270
- Flüchtlingswahlkreise 184, 189, 209
- Hauptausschuß der Flüchtlinge und Ausgewiesenen in Bayern 252
Flügel und Gruppierungen in der CSU → Arbeitsgemeinschaften und Arbeitskreise in der CSU → Führungs- und Flügelkämpfe in der CSU → Kommunalwahlen → Landtagswahlen 8, 20, 23, 55, 71, 73, 78, 81, 176, 218, 345, 484f., 487, 510, 520, 539, 555
- Akademiker 93, 421, 434
- Arbeiter und Angestellte 14, 175, 189, 294, 323, 419–422, 432ff., 503
- Bauern → Bayerischer Bauernverband → Landwirtschaft 46, 71f., 80f., 96, 171, 207, 419–423, 434, 449
- Beamte → Beamte 14, 189, 420
- Flüchtlinge → Flüchtlinge und Heimatvertriebene 67, 82, 139, 141f., 189, 194, 197, 205, 209, 228, 270, 278, 295, 298, 375, 418, 420ff., 432ff., 493
- Frauen 24, 52, 81ff., 197, 199, 207f., 221, 228, 231f., 236, 238f., 278, 294f., 298, 317, 418–422, 432ff., 436
- Jugend 1, 11, 18, 22ff., 41, 49, 54, 59, 225, 239, 243, 245, 294f., 298, 430, 490
- Handwerker 421, 423, 434
- Konfessionen/Interkonfessionalität → Fall Schuberth/Mayr → Kirchen 3, 6, 8, 22, 27, 31, 79f., 195f., 198f., 201, 204f., 215, 219, 240f., 276, 386, 391, 394, 396, 399, 403, 414, 416ff., 427, 433, 520, 556
  - evangelische Christen 2f., 8, 10, 71, 73, 97, 100, 157, 195f., 199, 204, 223, 226, 228, 236, 254, 277, 393, 399f., 415, 417–422, 433f.
  - katholische Christen 2f., 6, 8, 20, 23, 97, 155, 157, 204, 277, 393, 414, 421f., 433
  - konfessionelle Konflikte 2f., 6, 80, 191, 195f., 198f., 201, 204f., 214f., 231, 235f., 382, 391, 393f., 407, 414, 416ff., 422, 520
Föderalismus → Einkommen- und Körperschaftsteuer → Programmatik der CSU 2, 6, 8ff., 55, 57f., 74ff., 182f., 190, 210ff., 275, 279, 282, 284, 318, 327, 379, 385f., 388, 394, 402, 405, 409, 411f., 425, 529, 538, 555
- Bayerns Stellung in Deutschland → Separatismus 2, 4, 7f., 46, 55, 58f., 75f., 181ff., 312, 318–321, 326, 378, 401, 507, 529, 555
- Finanzverwaltung → Grundgesetz 291, 293, 321, 368ff., 379, 386, 388, 405, 409
- Verhältnis Bund/Länder → Steuerpolitik der Bundesregierung 11, 26, 58f., 88, 290, 312, 321–327, 350, 366–371, 387, 389, 525, 529, 532, 537, 555
Föderalistische Union 315
Fränkische Landeszeitung (Ansbach) 440
Fraktionsgemeinschaft von CDU und CSU → CDU und CSU → Landesgruppe der CSU 199f., 212, 279, 313, 319, 326, 373, 379, 384–388, 390ff., 397, 405, 409, 465, 512, 516, 552
Franken/Nordbayern 8, 42, 48, 97, 99f., 105, 116, 129, 189ff., 196, 199, 204, 362f., 399, 402, 423, 483, 525, 531, 556
Frankfurter Allgemeine Zeitung 342, 486
Frankfurter Dokumente 143
Frankfurter Wirtschaftsrat (s.a. Vereinigtes Wirtschaftsgebiet)
Frankreich 56, 67, 127, 129, 217, 237, 249f., 255, 259ff., 312ff., 372f., 465
Freie Demokratische Partei (FDP) → Affäre Müller/Auerbach → Bundestag → Gemeindeordnung, bayerische → Landtagswahlen → Regierungsbildung 1953, 1954 → Viererkoalition → Wahlabkommen 21, 81, 99, 143, 182, 188, 190, 200, 217, 223f., 252, 261, 276, 279, 290, 306f., 309f., 315, 328, 347, 352, 373f., 380–383, 385, 389, 392, 394, 398, 405, 407, 417, 421f., 426f., 436, 453, 465, 469, 473ff., 483, 517, 520, 524

- FDP und CSU 127, 182, 190, 192, 194, 223, 253, 272, 274f., 277, 280, 294f., 297, 414, 419, 475, 481, 519f., 552
- FDP und evangelische Kirche 381, 422
- Kulturpolitik 275, 414, 524
- Wahlergebnisse 20, 59, 198, 322, 380f., 426, 477, 510f.
Friedensvertrag 249, 287, 316, 347
Führungs- und Flügelkämpfe in der CSU → Flügel und Gruppierungen in der CSU → Parteifinanzen der CSU 1f., 4–11, 15, 18, 22, 26, 39–55, 58f., 61f., 66ff., 71ff., 77–85, 97f., 102, 105f., 128, 139, 141ff., 150, 155–158, 168f., 173, 176–183, 191, 195f., 198f., 204, 210, 212, 218, 223ff., 229, 242, 338, 341–346, 350ff., 354f., 358, 360f., 363, 401, 423, 442, 482, 484–487, 509f., 516, 518, 520, 528, 539, 544, 550, 555
- CSU und Ermächtigungsgesetze 1933 68–73
- Fall Haußleiter (1947) 95, 97–100
- Fall Schäffer (1946) 39, 46, 52
- Fall Strathmann 1947 95, 97, 100
- Landesdirektorium 78, 108
- Oberbayerische Rebellion (1948) 7, 27, 105–128, 130f., 144–158
- Vorwürfe gegen Josef Müller → Affäre Müller/Auerbach → Bayerische Volkspartei → Kommunismus 5, 40, 44f., 48–56, 61, 79, 84, 155ff., 177, 328f., 337, 339f., 349–353, 358, 361, 363, 486f.
- Vorwurf diktatorischer Bestrebungen der Parteiführung 43, 47, 50, 81, 105, 150, 155
Fußballweltmeisterschaft (1954) 426

Geheime Staatspolizei 48, 58, 62, 165, 271, 345
Gemeindeordnung, bayerische 242, 248, 286, 294f., 297–310
Gemeindeordnung, deutsche (1935) 305ff.
Der Gerade Weg → Parteipresse der CSU 8, 27, 161, 164–170, 172f., 176, 180, 183
- Abwicklung und Schulden 183f., 187, 193, 225–231, 233f., 248ff., 261, 265, 283, 343, 362
- Redaktion und Geschäftsführung 164–168, 170, 173, 183, 187
Gerichte und Staatsanwaltschaften 4, 155, 192, 197, 271, 274, 306, 329–332, 335f., 339, 345, 355ff., 456, 459, 496
Gewerbefreiheit 169, 172, 314
Gewerkschaften →Verteidigungsbeitrag 51, 78, 80, 83, 143, 205f., 208f., 219, 222, 234, 285, 291, 321, 323, 363, 383, 386f., 397, 428, 478, 504, 529, 531f., 540, 542, 554
- Beziehungen zur CSU 201, 206, 209, 323
- Mitbestimmung 15, 216, 233f., 256, 288, 397, 554
Grenzschutz 312, 321
Großbritannien 4, 217, 261, 311, 336, 372, 465, 554
Grundgesetz 177, 180–183, 191f., 249, 252, 279, 284, 317, 331, 368ff., 388f., 402, 405f., 409, 461, 465, 504, 546

Haindl Papier GmbH 161
Hamburg 326
Handel 80, 171f., 176, 202, 217, 231, 244, 289, 306, 352, 470, 484
Handwerk → Flügel und Gruppierungen in der CSU 94, 136, 172, 421, 423, 434, 457
Handwerkskammern 276, 421
Hessen 75, 78, 363, 408, 462, 485, 513
Hitlerjugend 179
Holland 255, 259ff., 372
Hüttenwerke AG Oberhausen 554

Ifo-Institut 290
Industrie → Christlich-Soziale Union → Landesverband der bayerischen Industrie → Parteifinanzen der CSU → Wirtschaftsbeirat der Union 75, 80, 126, 171, 188, 202, 217, 222, 288f., 313, 317f., 351, 368, 463, 473, 478, 481, 484, 494
Industrie- und Handelskammern 83, 193, 437, 471
Isar Post (Landshut) 39, 43, 46, 52, 58, 66
Israel 328, 330f., 336
Italien 157, 255, 259ff., 314, 372, 548

Jewish Restitution Successor Organization → Wiedergutmachung 319f.
Jugoslawien 426
Junge Union Deutschlands 22, 77ff., 492

Kalter Krieg → Ost-West-Konflikt 5, 267, 272, 274, 355
Kapital/Kapitalismus 51, 75, 80, 83, 90, 139, 320, 368
Kapitalverkehrsgesetz 412
Kirchen → Arbeitsgemeinschaften und Arbeitskreise in der CSU → Flügel und Gruppierungen in der CSU 69, 205, 214, 244, 256, 262, 300f., 310, 414ff., 484, 510
- evangelische 70, 204, 422
- katholische 92, 205f., 211, 277, 300, 413, 422, 478

Kommunalwahlen → Wahlabkommen 7, 125, 127ff., 131, 146, 148f., 206, 278, 280–286, 294–299, 303, 321f., 329, 342, 351, 354, 419, 473, 510, 533, 546
- Gesetze und Verordnungen 125, 298, 303, 533
- Kandidatenaufstellung 257, 294ff., 298
- Wahlkämpfe 127ff., 146, 148, 281, 283, 294ff., 298f.
- Wahlergebnisse 7, 128, 131, 206, 294, 321f., 419, 510
Kommunismus/Kommunisten → Führungs- und Flügelkämpfe in der CSU 45, 54–57, 90, 155, 211, 314, 354, 510
Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) 3, 5, 40, 59, 88, 90, 198, 223, 235, 258, 285, 349
Konservatismus/Konservative 4, 6, 19f., 22f., 28, 178, 190, 282, 414, 520, 534, 554
Konzentrationslager 4, 56
Korea-Krieg 277, 289, 312, 372
Kreistag und Kreistagswahlen 125, 128, 179, 278, 294f., 354, 553
Kreisverbände der CSU → Parteifinanzen der CSU → Parteipresse der CSU → Satzung der CSU 64f., 93, 105, 108, 112–115, 117, 121ff., 125, 136, 138, 142, 147, 160, 174, 176f., 184–187, 189, 193, 196, 199, 202, 204f., 213, 215, 218ff., 229–233, 235–238, 248, 250, 257f., 262, 265, 283f., 286, 298, 407, 411, 420, 425, 431, 437, 447, 452, 461, 466f., 471, 488, 493, 495–498, 500, 502f., 509, 519, 533f., 542, 546
- Bad Aibling 123
- Cham 449f.
- Coburg 96
- Dinkelsbühl 440f.
- Feuchtwangen 440f., 469
- Freising 78
- Fürth 64
- Hammelburg 319
- Landau an der Isar 278
- Landshut 337
- Memmingen 278f., 439, 448f., 453f., 457f., 462f.
- Regensburg 525
- Roding 229
- Schongau 510
- Schwabach 64
- Starnberg 15
- Straubing 181
- Waldmünchen 450
- Weiden 442, 451
- Weilheim 296, 510
- Kreisvorsitzender 23, 96, 135, 202, 205, 214, 219, 258, 278, 296, 441, 450, 495ff., 500, 502, 520, 535
Kurier (Berlin) 124

Labour Party 90, 217, 222
Landesamt für Vermögensverwaltung, bayerisches 320
Landesgruppe der CSU → Christlich Soziale Union → Fall Schuberth/Mayr → Fraktionsgemeinschaft von CDU und CSU → Regierungsbildung 1949, 1953 10f., 15, 17, 19, 24, 26, 28, 199f., 209, 212, 214, 218, 236, 255f., 319, 321, 324–327, 351, 375, 382, 385–392, 396f., 404f., 408f., 465f., 472, 498, 500, 503f., 506f., 511f., 515ff., 519, 523, 525f., 529f., 533, 540, 543, 548, 553, 555f.
- Landesgruppenvorsitzender 19, 219f., 239, 260, 292, 350, 365, 380
- Landesgruppe und CSU in Bayern → Programmatik der CSU 10f., 26, 200, 212, 220, 236f., 288, 291ff., 318, 326, 349, 366, 386, 388f., 391, 402, 405, 408f., 414, 464ff., 472, 476, 483, 488, 496, 503f., 517, 525, 529, 538ff., 542–545, 550
- Landesgruppe und Finanzierung der CSU 226, 231, 261, 466f., 493, 509f.
- Steuerpolitik → Einkommen- und Körperschaftsteuer 10, 287, 289–293, 323, 325ff., 350, 370
- Westintegration 313, 315, 318
Landeskriminalamt, bayerisches 341
Landespersonalamt, bayerisches 60
Landespolitik, bayerische → Föderalismus 10f., 26, 130, 255, 299, 370, 385, 391, 425, 525, 529, 542, 544f., 553, 556
- Finanzpolitik und Staatshaushalt → Einkommen- und Körperschaftsteuer 26, 241, 263, 292, 322f., 325, 525
- Innenpolitik → Gemeindeordnung, bayerische 45, 225, 230
- Landwirtschaftspolitik 11, 256, 259f.
- Wirtschaftspolitik 48, 255f., 260, 276, 288, 292, 318f., 368, 414
- Schul- und Kulturpolitik 11, 130, 254, 275, 310, 514
- Sozialpolitik 81, 130, 277, 288, 325
- Straßenbau 414
Landesverband der bayerischen Industrie 277, 318, 473, 436
Landesverband der CSU (s.a. Christlich-Soziale Union)
Landesvertretung, bayerische 15, 343, 489

Landeswahlgesetz, bayerisches (s. a. Landtagswahlen)
Landeszentralbanken 386, 388, 405
Landräte 141,189, 209, 219, 232, 243, 258, 269, 278, 295, 440f., 455, 457, 463, 533
Landtag, bayerischer → Bayernpartei → Christlich-Soziale Union → FDP → SPD → Einkommen- und Körperschaftsteuer → Gemeindeordnung, bayerische → Landtagsfraktion der CSU → Landtagswahlen 6, 17, 29, 59, 68ff., 77, 81, 94, 96–100, 115, 124, 156, 170f., 173, 179f., 182, 188, 197f., 217, 220, 224, 236f., 241f., 246, 250, 254f., 258, 260, 268f., 277f., 292f., 297, 300f., 304, 306f., 309f., 319f., 322, 328, 331f., 335, 346, 349, 351ff., 356, 358ff., 363, 378, 387, 394, 407, 413, 422f., 429, 433, 436, 453, 455f., 460ff., 467, 472, 474ff., 482f., 502, 507, 514, 517f., 520, 522, 527, 538, 552ff.
- Landtagspräsident → Satzung der CSU 21, 24, 85, 89, 137, 182, 242f., 248, 284, 328, 337–341, 344f., 349f., 459, 472ff., 476–479, 527, 531, 538
- Ausschuß für Ernährung und Landwirtschaft 319
- Kreditausschuß → Fall Metex/Lenz 453, 455, 463
- Rechts- und Verfassungsausschuß 300, 307, 309
- Untersuchungsausschuß zur Prüfung der Filmkredite 460
- Untersuchungsausschuß zur Prüfung von Kreditfällen 453f., 456, 460
- Untersuchungsausschuß zur Prüfung der Vorgänge im Landesentschädigungsamt → Affäre Müller/Auerbach 328–335, 337, 339f., 346, 351ff., 355f., 358–361
- Wahlprüfungsausschuß → Entnazifizierung 97–100
- Wirtschaftsausschuß 81

Landtage 74, 89, 91, 143, 161, 209, 538
Landtagsfraktion der CSU → Christlich Soziale Union 6f., 17, 24, 26, 28f., 41ff., 47ff., 53, 59, 63, 65f., 77, 80f., 84, 93f., 96–99, 101, 124, 137, 156f., 167, 169, 179f., 200, 204, 206, 214, 228, 230, 236, 241f., 246–249, 252, 255f., 258, 269, 286–289, 292f., 299, 306, 309f., 317f., 320–328, 338, 344, 346f., 349ff., 359, 363, 366, 369, 371, 378, 403, 407, 412, 429, 431, 440, 445, 454f., 459, 472f., 476–479, 493, 498–501, 503, 512, 514–517, 519f., 525–530, 539f., 542, 545, 550, 555ff.
- Fraktionsführung 21, 41ff., 45, 48, 53, 65f., 77, 98, 173, 219f., 239, 247, 260, 286, 292, 328, 338, 347, 350f., 361, 366, 417, 439, 457, 476, 499, 504f., 507f., 511f., 514f., 526f., 529, 531, 545
- Landtagsfraktion und Finanzierung der CSU 63ff., 137, 210, 226, 231, 237, 261, 467, 493, 509f.
- Verhältnis Landtagsfraktion und Partei 6f., 17, 41ff., 59, 63f., 77f., 80f., 173, 180, 199, 201, 214, 220, 234, 236, 472, 476, 483, 488, 496, 507f., 511, 515, 517, 520, 529, 539f., 549

Landtagswahlen → Bezirksverbände der CSU → Parteifinanzen der CSU → Wahlabkommen 1, 16, 20f., 27f., 31, 40, 52, 59, 64f., 80, 115, 134, 198, 203, 206f., 212ff., 217, 222ff., 250f., 254, 256f., 259, 262f., 265, 268f., 273–280, 284, 310, 322, 377f., 392ff., 407, 411, 415f., 418f., 422f., 425–428, 432f., 437f., 442, 444, 448, 453, 456, 468ff., 475, 477f., 511, 513, 520, 546
- Gesetze und Verordnungen → Beamte → Entnazifizierung 80, 179f., 207, 217, 228, 230, 254, 256f., 259f., 263, 269ff., 274, 413, 419, 423f., 428, 433, 435, 438f., 441f., 448, 451f., 474
- Kandidatenaufstellung 27f., 114f., 201, 207, 210, 214, 221, 223, 254, 256f., 259, 262f., 265, 269f., 274, 276–279, 295, 411, 414ff., 418–424, 428–436, 438–442, 448–455, 457, 463, 468f., 546
- Mitläuferfrage 179f., 206f., 224, 228, 230, 254, 256f., 271, 473
- Nachwahlen 286f., 295
- Wahlkämpfe → Parteifinanzen der CSU 11, 16, 27, 42, 52, 65, 204, 207, 210, 212, 214, 220f., 223, 227, 230, 250ff., 259, 262, 271, 273, 276f., 407, 414ff., 422f., 425–428, 432, 435–438, 442, 444–447, 453, 468–472, 492, 513
- Wahlergebnisse 20, 40, 59, 275ff., 286, 310, 394, 419, 473, 475, 477, 511, 546
- Abgrenzung CSU-Bayernpartei → Bayernpartei 210, 212, 214, 221f., 250, 252, 268, 279, 295, 297, 377f., 393, 419
- Abgrenzung CSU-BHE 277, 422
- Abgrenzung CSU-FDP 223, 275, 277, 414, 419
- Abgrenzung CSU-KPD 223
- Abgrenzung CSU-SPD 221f., 269, 414, 419, 425, 446
- Abgrenzung CSU-WAV 214, 222, 252, 276

Landwirtschaft → Bayerischer Bauernverband → Bundesministerien → Flügel und Gruppierungen in der CSU → Staatsministerien, bayerische 51, 71 f., 79–83, 89, 93, 96, 126, 170 f., 205 ff., 236, 238, 244, 249, 256, 259 f., 271, 278, 292 f., 305, 312, 319, 380, 419–423, 427, 429 f., 434, 438, 444, 478, 484
Lastenausgleich 90, 288, 291 f., 314, 324, 327, 349 f., 355, 464 ff., 545
- Lastenausgleichsbank 464 ff.
- Haltung der CSU 292, 314
Liberal-Demokratische Partei Deutschlands 77, 87, 216
Liberalismus/Liberale 6, 10, 22, 190, 205, 244, 380, 392, 470, 513
Luitpoldhütte AG 371
Luxemburg 372

Marxismus/Marxisten 5, 28, 222, 269, 311
Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg AG 162
Mecklenburg-Vorpommern 88
Memminger Textilwerke für Streichgarn-, Spinnerei- und Weberei-GmbH (s. a. Fall Metex/Lenz)
Metzeler & Co AG 463
Militäradministration, sowjetische 5, 56, 88, 90, 133, 155, 157
Militärregierung, amerikanische → Entnazifizierung → Regierungsbildung 1946/47 5, 23, 39, 41, 43 f., 46–53, 55, 57, 59–63, 68 ff., 72, 82, 87, 91 f., 97–100, 115 f., 158, 187, 189, 192, 197, 208, 217, 241, 261
- bayerische Landespolitik 50 ff., 173, 189
- Information Control Division 59 f., 153, 161
- politische Parteien → Führungs- und Flügelkämpfe in der CSU 23, 39 ff., 62 f., 68 f., 72, 76, 113 ff., 122, 133 ff., 186, 222, 272, 461
- Pressepolitik 59 f., 141, 153, 161, 187
- Truppenübungsplatz Hohenfels 288, 292 f.
Militärregierung, britische 87, 217
Militärregierung, französische 56, 217
Militarismus 39 f., 44, 48, 51, 97, 241, 315, 317
Ministerpräsident, bayerischer 8, 10, 19, 21, 26 f., 39 f., 44 ff., 48, 50 f., 60, 79, 83, 103, 105, 131, 137, 165, 178, 192, 197, 240 f., 243–247, 251, 254, 260, 264, 268, 272, 274, 320, 327–331, 334, 338–341, 352 f., 356, 360, 378, 392, 439, 458, 460, 473, 475, 477 f., 488, 508, 528 f., 545
Ministerpräsidentenkonferenzen 88 f., 91 f., 143, 189, 410 ff.
Mittelbayerische Zeitung (Regensburg) 224
Mittelstand → Arbeitsgemeinschaften und Arbeitskreise in der CSU 75, 205, 211, 238, 276, 278, 419 f., 423, 484
Monarchie 180 ff., 242, 272, 275
Morgenthau-Plan 56
Münchner Allgemeine 245
Münchner Block 419
Münchner Merkur 188, 330, 334, 462, 473, 477, 548

Nationalismus 39, 45, 75, 77, 90, 217, 222
Nationalsozialismus/Nationalsozialisten 2 ff., 7, 23, 40, 44, 48–51, 54, 67–70, 83, 97 f., 165, 241 f., 252, 256 f., 271, 305, 319, 331, 333, 342, 352, 354, 358, 490 f.
Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei 48, 165, 179, 206 f., 242, 271, 490 f.
Nationalversammlung, französische 312 f., 428, 465
Nauheimer Kreis 216
Neonazismus/Rechtsradikalismus 241 f., 286 f., 354, 360
Neubürgerbund 194, 197, 222, 252
Neue Presse (Coburg) 96
Der Neue Tag (Weiden) 188
Neue Zeitung 47, 87, 124
New York Times 242
Niedersachsen 367, 369
Norddeutschland 55 f., 550
Nordrhein-Westfalen 199, 222, 249, 261, 326, 366 f., 408, 416 f., 422 f., 425–428
North Atlantic Treaty Organization (NATO) 312, 315, 372, 465, 498, 504, 529, 551
Nürnberger Nachrichten 210

Österreich 56, 255, 259 ff.
Ortsverbände der CSU → Parteifinanzen der CSU → Satzung der CSU 114, 121, 125, 142, 202, 205, 231 f., 238, 257, 430, 447, 450, 488, 493, 495–498, 503, 533 f.
- Ortsvorsitzender 202, 214 f., 219, 258, 495 ff.
Ost-West-Konflikt 45, 84 f., 225, 229 f., 244, 249, 276, 314, 348, 363
Ostblock 26, 216, 510

Palästina 331
Parlamentarischer Rat 154, 156 f., 370

Parteienfinanzierung 17, 188, 193, 233, 253, 461, 494, 510
Parteiengesetz 68, 72, 461
Parteifinanzen der CSU → Arbeitsausschüsse der CSU → Bundestagswahlen → Landtagswahlen → Parteiorganisation und -apparat der CSU → Währungsreform 16f., 27, 63–66, 93, 129f., 132–143, 153, 159f., 162ff., 166, 169, 171, 174–180, 184–188, 191, 193, 198, 200–205, 208, 212f., 215, 220, 225f., 229–234, 236f., 239f., 244, 248, 254, 256, 259, 261, 281, 283, 456, 461, 466, 468, 470ff., 475f., 485, 488, 492ff., 528, 535
- Einnahmen 64, 93, 138f., 154, 159, 161, 166, 174, 226f., 258, 467, 492ff.
- Einsparungen 65, 135, 140f., 159, 186, 493
- Finanzstatut → Satzung der CSU 64, 132, 138, 142, 184, 230, 233, 257, 261, 283, 425
- Gehälter und Löhne 136–139, 153f., 163, 174f., 186, 226, 253, 266, 493
- Importgeschäfte 342–346, 365
- Kredite und Darlehen 65, 134, 137, 139, 143, 154, 162ff., 166, 174f., 244f., 261, 283
- Landesschatzmeister ff. → Satzung der CSU 24f., 65, 127ff., 133, 137f., 158f., 171, 174, 184, 193, 201, 218, 227, 230, 233f., 237, 239, 247, 253, 260f., 266, 277, 280, 283, 345f., 410f., 443, 474, 495f., 536
- Mitgliederbeiträge 16, 27, 64, 71, 93, 132, 136, 138f., 141ff., 160, 174, 176f., 184, 186f., 193, 201, 203, 205, 208, 210, 213, 215, 220, 226f., 230f., 233, 237f., 259, 261, 283f., 425, 449, 472, 494f., 497, 546
- Schulden 64f., 133, 139, 153, 159f., 162, 174–177, 186, 210, 233, 261, 265, 283
- Spenden → Affäre Müller/Auerbach → Fall Metex/Lenz 16, 19, 27, 64, 93, 136ff., 141, 154, 162ff., 171, 174, 177f., 188, 193, 204ff., 210, 213, 230, 234, 261, 284, 337, 343f., 346, 358, 361, 436, 453, 456, 458f., 461, 467, 470ff., 484, 488, 493f., 509, 546
- Spenden und Beiträge der Amts- und Mandatsträger 17, 27, 63ff., 137, 178, 205, 210, 226, 231, 234, 237, 244, 261, 425, 466f., 493f., 509f., 546
- Verbindlichkeiten der Kreis- und Bezirksverbände 64f., 138, 142f., 174, 176f., 185ff., 220, 230, 234f., 283, 470f.

Parteiführung der CSU → Flügel und Gruppierungen in der CSU → Führungs- und Flügelkämpfe in der CSU 1, 6, 10f., 14f., 21, 23, 26f., 42, 50, 64, 78, 108, 128, 155, 160, 176f., 179, 193, 198f., 206, 209, 213, 215, 218, 224, 226, 261, 284, 386–389, 441, 456, 472, 476, 480, 482ff., 490, 509, 534f., 539f., 542, 545f., 548, 555
- Landesvorsitzender 1, 4, 8f., 15, 19–22, 24, 26, 29, 40f., 44ff., 50, 52, 54, 58, 66, 77ff., 83f., 102, 105–108, 112, 122, 127, 129f., 137, 146, 149, 151, 153, 156, 158ff., 165–168, 174, 176–182, 187–196, 198ff., 203f., 208, 213, 215, 224, 228f., 232, 237, 247–251, 256f., 260f., 263, 266, 269, 272ff., 280ff., 298, 375, 377, 390, 403, 405, 408, 423, 475ff., 479–488, 491f., 494, 498–509, 511–536, 538–558
- Stellvertreter des Landesvorsitzenden → Fall Schuberth/Mayr 22–25, 50, 78, 106, 127, 129, 182, 191, 195, 231, 236, 247, 249, 236, 254, 256, 258, 260, 263f., 272, 280, 291, 362, 364, 380, 382f., 390, 400ff., 408, 411, 415–418, 441, 443, 456, 483, 488, 495f., 502, 515f., 523f., 526, 531, 533–536, 548, 553–558

Parteigremien der CSU → Satzung der CSU 6f., 11, 14f., 23–29, 31, 41, 43, 45, 99, 104–109, 111, 113f., 116–121, 123, 165, 186, 199f., 205, 214f., 234, 237, 279, 292, 294, 296, 298, 317, 362, 377, 384, 403, 410f., 431, 495, 497, 501, 516f., 520, 523, 526, 528, 531, 543
- vorläufige Gründungs- und Führungsgremien (1945/46) 23, 54, 79, 82
- geschäftsführender Landesvorstand → Parteipresse der CSU → Fall Schuberth/Mayr 11, 14, 24–29, 41, 43, 63, 66–69, 71, 73, 84, 93ff., 97, 100ff., 104, 106ff., 111f., 119, 121, 125–130, 132f., 135, 137, 148–151, 153, 156, 158f., 164, 166–169, 171f., 182f., 192ff., 198–201, 213–216, 218, 226f., 229f., 235ff., 243, 245, 247–250, 255, 261, 264, 272, 279ff., 284, 286f., 289, 375, 377f., 390f., 395f., 399f., 404, 411, 414f., 424, 426, 429, 431, 437, 439ff., 443f., 448f., 451, 457, 467ff., 471f., 474, 481, 488, 492, 496, 500, 508, 522, 528, 536
- Landesvorstand → Affäre Müller/Auerbach → Fall Metex/Lenz → Fall Schuberth/Mayr → Parteipresse der CSU 11, 16, 21, 24–29, 41ff., 52, 58, 62, 65, 72f., 81, 83f., 93f., 96, 99f., 103–109, 111f., 117ff., 123f., 131ff., 136, 144, 147–152, 158, 161, 165ff., 175–180, 199, 201, 228, 230, 233, 235ff., 244, 254, 258, 264f., 272ff., 279–285, 294, 296, 312, 318, 321–324, 327f.,

345, 349ff., 361–365, 375, 377, 379f., 382ff., 390–393, 395, 397, 403–411, 416, 423f., 428, 436, 442ff., 446, 449–452, 454, 456f., 464f., 468, 472, 474ff., 483, 485, 488, 497, 499, 501f., 505, 515f., 519–522, 524, 528, 530–534, 536–539, 543f., 547, 552, 557f.
– – berufsständischer Rat 24, 201
– Landesausschuß 6, 11, 14f., 17, 21, 24, 28, 30, 40, 42f., 55, 64, 78, 93, 95, 103f., 106, 108f., 111f., 117ff., 123f., 126ff., 130ff., 150, 152, 157, 160, 172, 174ff., 181, 185f., 189, 194, 197, 199, 201, 228, 230f., 233, 235–238, 240, 244, 248, 250, 254, 257–261, 263f., 272f., 280–285, 294, 297, 360, 362ff., 377, 381f., 384, 387, 401, 405, 407, 409ff., 415–418, 425, 435, 443f., 447f., 452, 475ff., 488, 492, 495, 497, 501, 513, 515, 517, 519, 522, 533–536, 552, 555–558
– Landesversammlung 6ff., 11, 14ff., 19, 22, 24f., 28, 30, 39, 42, 47, 52, 59, 62, 71, 73, 78–81, 83, 93, 95, 100f., 103f., 106, 108–112, 117–123, 126, 154f., 175, 177, 179ff., 183, 186, 240, 244, 248, 251, 254–261, 263f., 281, 285, 359f., 362f., 375, 377, 411, 415f., 422, 425f., 435, 442ff., 447, 452, 456, 461, 470, 475, 478, 483–486, 490, 495–502, 505–508, 515–518, 520ff., 524, 526ff., 530, 532, 534–537, 540–544, 547–557
Parteiorganisation und -apparat der CSU → Bundestagswahlen → Kommunalwahlen → Landtagswahlen → Parteifinanzen der CSU → Parteiführung der CSU → Satzung der CSU → Währungsreform 1f., 6, 8, 15–18, 23, 26f., 63, 65, 68, 74, 79, 83, 108, 117, 122, 127, 132f., 135f., 142, 153, 158, 163f., 169, 174, 178, 180, 184ff., 198, 200f., 203, 205f., 208, 210, 213, 220, 225, 228, 235f., 254ff., 262, 443, 466f., 475, 483, 509, 511, 521, 528, 535, 540, 544f., 554
– föderativer Aufbau der Partei 74, 205, 546
– Mitgliederwerbung 63f., 83, 116, 142, 201
– Mitgliederzahl 10, 16, 23, 63f., 83, 108, 131, 136, 142, 186, 205, 230, 425, 509, 519, 521
– Landesleitung 29, 42, 108, 115, 129, 138, 142, 175f., 181, 184, 186ff., 193, 195, 197, 203–206, 209, 213f., 218ff., 224, 226, 228, 230f., 233, 236, 250, 260, 265, 273, 280, 283, 294f., 298f., 345f., 362, 364, 418, 426, 429ff., 433, 435, 437, 439, 441, 446f., 449, 457ff., 467, 469–472, 476, 488f., 491–494, 496, 499, 502, 509f.
– Generalsekretariat 83, 239, 298, 512, 553
– Generalsekretär 19, 23ff., 100, 159f., 177, 179, 181, 186, 188, 193f., 199, 201, 203, 210f., 218f., 226, 228f., 235f., 238f., 247, 257f., 261–264, 266, 272, 275, 279f., 342, 363f., 388, 401, 411, 443, 446, 448, 457f., 469, 472, 474ff., 488ff., 493, 496
– Hauptgeschäftsführer 23
– Stellvertreter des Generalsekretärs 24, 198, 200, 202f., 219, 227, 229, 233, 235f., 238f., 247f., 255, 257, 261, 278f., 283, 286, 364
– Landesgeschäftsstelle 9, 14ff., 22f., 29f., 64f., 93, 106, 125, 129, 134–137, 142, 158f., 162f., 166, 174–177, 181, 186, 205, 210, 218, 229f., 233, 238, 244, 265, 283f., 296, 364, 439, 466f., 484, 491, 493, 540
– Landesgeschäftsführer 24, 83, 97, 128f., 148, 203, 247f., 273, 364, 475, 489, 491, 493
– Entnazifizierungsbüro 65
– Referate und Sekretariate 228, 232, 236, 238f., 488, 493
– Geschäftsführer und Geschäftsführerfrage 142, 160, 176, 184, 186, 202f., 205f., 208, 211ff., 215, 220, 230, 232ff., 467, 509
– Bezirksgeschäftsführer 25f., 28, 136, 142, 160, 176, 203, 208, 212–215, 220f., 298, 411, 414f., 443, 467, 489, 509
– Kreisgeschäftsführer 135f., 142, 160, 176, 184, 186, 202, 208, 213ff., 220f., 231f., 469, 502, 509
– Kreisgeschäftsstellen 142, 232
– Wahlkreisgeschäftsstellen 213, 231f., 466f., 493, 501, 509f.
– Reorganisation → CSU in der Opposition 6, 9, 17, 23, 27, 179, 198, 200–208, 211–215, 218f., 231f., 236, 238f., 244, 258, 262, 493, 499, 509, 528, 535, 540, 544, 546, 554
Parteipresse der CSU → Bayern-Kurier → CSU-Correspondenz → CS-Union → Der Gerade Weg 27, 29, 50, 59f., 63, 66ff., 92, 105, 108, 115ff., 140f., 153f., 160–170, 180, 184f., 187f., 191, 195, 198, 200, 208, 212–215, 220f., 225, 227, 229, 233–236, 238, 240, 245, 253f., 256, 258, 265, 476
– Finanzierung → Parteifinanzen der CSU 153f., 161–164, 166, 173, 183, 187, 195, 214, 220, 227, 235, 244f., 258
– Parteiverlag der CSU 64, 66, 153f., 161–

166, 168, 183, 187, 227f., 245f., 253, 265, 283
- Bayerische Rundschau 66, 140, 153, 166
- Flüchtlingsdienst 202, 214, 227, 230f., 235, 238
- Fragen der Zeit 153
- Informations- und Rednerdienst 166, 184, 189f., 202, 214, 221, 225, 227, 230f., 238, 251, 447, 456, 471, 553
- Mitteilungen der Christlich-Sozialen Union 63, 67, 127, 153, 166, 195
- Pressespiegel 166
Partikularismus 2, 290
Passauer Neue Presse 278
Pleven-Plan (s.a. Europäische Verteidigungsgemeinschaft)
Polizei, bayerische 268, 312, 321
Presse 17, 30, 44, 50, 53, 57, 59f., 66f., 70, 82, 92, 96, 98, 101, 124, 144, 147, 149, 154, 157, 161, 165, 173, 181ff., 195, 200f., 214, 225f., 230–233, 235, 242, 250f., 262, 268, 273, 278, 280, 309, 328, 334f., 337, 339–342, 344, 346, 352, 358f., 363, 366, 370, 378, 390, 392, 399f., 405f., 409, 426, 431, 445, 447f., 456, 458–462, 473f., 476f., 479, 488, 498, 503, 506, 513, 518, 532, 551, 553f., 557
Presse- und Nachrichtenagenturen 43, 53, 102, 169, 221, 342, 391, 402, 503
Preußen/Preußentum 46, 54f., 63f., 66f., 192, 315, 317
Programmatik der CSU 5f., 10, 18, 26, 130, 185, 252, 269, 282, 284, 310f., 353, 391, 405, 407
- Parteiprogramme 6, 424f.
- - 30 Punkte der Union (1946) 75, 101
- - Grundsatzprogramm (1946) 424
- - Aktionsprogramm (1954) 16, 31, 425, 442, 444–448
- christliche Grundsätze 6, 83, 256, 258, 260, 282, 284, 311, 353f., 360, 363, 414ff., 454, 529
- christlicher Sozialismus 53, 78
- Föderalismus → Föderalismus 2, 6, 10, 55, 58, 182, 190, 211, 282, 284, 327, 385, 388, 402, 405, 409, 411, 425
- Unionsgedanke 10, 53, 282, 284, 354, 399, 415
- Außenpolitik 11, 75ff., 85f., 216, 229f., 236, 244, 348, 438
- Ehe/Familie/Familienpolitik 82, 387, 389, 405, 409
- Kulturpolitik 4, 11, 21, 58, 77, 281, 415f., 444, 473
- Landwirtschaftspolitik 11, 83f., 126, 206, 244, 256, 259f., 438, 444
- Mittelstand 75, 423
- Schulpolitik → SPD → FDP 11, 21, 75, 101f., 130, 170, 173, 275, 414ff.
- Sozialpolitik 126, 185, 238, 244, 380, 425f., 444
- Steuer- und Finanzpolitik 289, 444
- Wirtschaftspolitik 4, 11, 48, 75, 78, 89f., 126, 169, 172, 185, 206, 238, 244, 255, 281, 299, 380, 425f., 444

Regierungsbezirke, bayerische 189, 193, 199, 275, 413, 418, 427
- Bezirksregierungen 347
- Mittelfranken 2, 115, 194, 197, 199, 204, 276, 279, 403, 407, 418, 425, 440f., 469
- Niederbayern 155, 197, 199, 208f., 231, 244, 276–279, 415f., 420, 422, 433, 436f., 469, 501
- Oberbayern 115, 197, 199, 232, 276, 279, 419, 431f., 436, 500
- Oberfranken 115, 149, 157, 197, 199, 277, 415f., 420, 443
- Oberpfalz 2, 197, 232, 279, 292, 431, 433, 436, 451
- Schwaben 2, 197, 279, 421, 429, 456, 478, 502
- Unterfranken 2, 197, 199, 207, 224, 232, 279f., 421, 534
Regierungsbildung 1946/47 (Bayern) → Führungs- und Flügelkämpfe in der CSU 7, 26f., 40f., 44ff., 50ff., 58–61, 67, 71, 79ff., 95, 100f., 105, 274
Regierungsbildung 1949 (Bund) 198ff., 210f.
Regierungsbildung 1950 (Bayern) 21, 242, 282, 284, 473, 520
Regierungsbildung 1953 (Bund) → Fall Schuberth/Mayr → Fraktionsgemeinschaft von CDU und CSU 27, 379–386, 389f., 392–396, 405, 407, 409, 464f.
- Ämterbesetzung → BHE → DP → FDP 380–383, 386f., 389, 394–405, 407ff.
- konfessioneller Proporz 382ff., 386f., 391, 394, 396, 399ff.
Regierungsbildung 1954 (Bayern) → Viererkoalition 1, 20f., 28, 394, 407, 464, 473–479, 481, 502, 508, 510, 518, 520, 522, 524, 527f., 531, 539, 543
Regierungsbildung 1958 (Bayern) 522
Reichsarbeitsdienst 271, 468
Reichsaufbau 2, 55f., 75, 89, 210
Reparationen 88, 316

Republikanische Partei (USA) 314
Rheinland-Pfalz 74, 408
Rote Armee 314
Rotes Kreuz 267
Ruhrgebiet 217, 317, 374, 427, 554
Ruhrstatut/Internationale Ruhrbehörde 217, 222, 313
Rundfunk 59, 82, 124, 147, 183, 201, 241, 285, 309, 352, 378, 392, 447, 474, 476, 479, 518, 526, 545
Rußland (s. a. Sowjetunion)

Saargebiet/Saarland 56, 248ff., 261, 313
- französisch-deutsch-saarländische Beziehungen 56, 249f., 313, 545
Sachsen 75, 88
Sachsen-Anhalt 88
Sager &Woerner 171
Satzung der CSU → Arbeitsausschüsse der CSU → Parteifinanzen der CSU → Parteiführung der CSU → Parteigremien der CSU → Parteiorganisation und -apparat der CSU 11, 15, 23–26, 28, 30, 41f., 78, 80, 106, 108–124, 126, 138, 144f., 155, 158, 180f., 199, 201, 208, 259, 263, 282, 284, 337, 362, 376f., 404, 410, 413f., 435, 451f., 455, 460f., 472, 495, 527, 533f., 546, 557
- Bezirksgeschäftsführer 25, 411, 443
- Bezirksverbände 24, 71, 105, 108–123, 155, 257, 424, 496f., 534
- Bezirksvorsitzender 24ff., 123, 199, 201, 218, 411, 443, 495ff.
- Bezirksvorstand 108, 117, 123f., 424
- Delegiertenschlüssel 105f., 411
- Eintragung ins Vereinsregister 495ff.
- Genehmigung von Geschäftsordnungen der Arbeitsgemeinschaften 375ff., 410, 413f., 452
- Generalsekretär 24f., 411, 443, 472, 474, 496
- - Stellvertreter des Generalsekretärs 24
- geschäftsführender Landesvorstand 24f., 106ff., 111f., 119, 121, 158, 199, 214, 218, 375, 411, 424, 443f., 474, 496
- Kassenprüfer 24, 410
- Kreisverbände 105, 108, 112–115, 117, 121ff., 257, 449f., 496ff., 533f.
- Kreisvorsitzender und Kreisvorstand 461, 495ff.
- Landesausschuß 11, 24, 78, 106, 108f., 111ff., 117ff., 123f., 199, 236, 257, 282, 362, 377, 384, 411, 452, 495, 497, 533ff., 555ff.
- Landesdirektorium 78, 108
- Landesschatzmeister 24f., 410f., 443, 474, 495f., 536
- - 2. Landesschatzmeister 24f., 410, 495f.
- Landesschriftführer 24f., 411, 443, 474, 495f., 536
- - 2. Landesschriftführer 24f., 474, 495f.
- Landesverband 105, 107f., 495f.
- Landesversammlung 24, 71, 78, 106, 108–112, 117–123, 155, 180, 257, 362, 411, 495ff., 527, 534, 554–557
- Landesvorsitzender 24f., 41, 78, 105–108, 112, 122, 151, 158, 180, 377, 411, 443f., 474, 495ff., 533f., 554–557
- - Stellvertreter des Landesvorsitzenden 24f., 50, 78, 106, 236, 362, 411, 443, 474, 495ff., 533–536, 554–557
- Landesvorstand 24f., 106–109, 112, 119, 124, 147, 158, 236, 282, 284, 377, 384, 411, 423f., 443f., 472, 474, 534
- Landtagspräsident → Landtag, bayerischer 24, 284
- Mitgliedschaft 105f., 112–115, 121, 461
- Modus für Kandidatenaufstellung 263, 411, 434ff., 450ff.
- Niederlegung von Ämtern und Ausschlußverfahren → Schiedsgerichte der CSU 246f., 249, 262, 454ff., 460ff.
- Ortsverband 114, 121, 257, 496ff., 533f.
- Ortsvorsitzender 495ff.
- parteiinterne Wahlen 180, 236, 284, 362, 495, 533–536
- Satzungsänderung und Satzungsreform 24f., 42, 105f., 108ff., 113f., 122, 181, 201, 208, 214f., 218, 228, 232, 238, 254, 256f., 263, 280f., 284, 295, 362, 364, 376, 404, 442ff., 451, 456, 494–498, 534, 554–557
- Schiedsgerichtsbarkeit → Schiedsgerichte der CSU 410, 460f.
- Stimmrecht und Abstimmungen in Parteigremien 25, 41, 106, 108f., 112, 122f., 186, 255, 411, 435f., 443f., 450ff., 495, 497f., 509, 526f.
Schiedsgerichte der CSU → Führungs- und Flügelkämpfe in der CSU → Satzung der CSU 45, 48, 50, 58, 62, 66f., 84, 144ff., 149–152, 339f., 344, 346, 362, 460f.
- Landesschiedsgericht 102, 128, 131, 144, 146ff., 150ff., 154f., 345ff., 350, 353, 361, 363, 410, 441, 453f.
- Bezirksschiedsgerichte 144, 146f., 149–152, 461f.
- Schiedsordnung 45, 102, 131, 144f., 147, 151f., 335, 346, 362, 461
- Verfahren Joseph Baumgartner 102

- Verfahren Alois Hundhammer/Josef Müller → Affäre Müller/Auerbach 346f., 353, 361f.
- Verfahren Karl Lenz 441, 449, 453f., 456f., 460, 463, 469
- Verfahren Georg-Wilhelm Mayer 462
- Verfahren Anton Pfeiffer 130f., 144, 148–152
- Verfahren Georg Pix 58
- Verfahren Fritz Schäffer 128, 130f., 144–148, 154–157
- Verfahren Alois Schlögl 58, 62
- Verfahren Friedrich Zimmermann 491, 493

Schleswig-Holstein 91, 277
Schuman-Plan (s.a. Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl)
Schutzstaffel 57, 271
Schwäbische Landeszeitung (Augsburg) 182, 462
Schweiz 140, 255, 259ff., 426
Senat, bayerischer → Gemeindeordnung, bayerische 226, 299ff., 303, 305–308, 528
Separatismus 55, 181ff., 192, 242, 275, 277, 279f.
Sicherheitsdienst 271
Siemens AG 383
Sowjetunion 45, 56, 79, 84f., 88, 90, 155, 216, 267, 287, 316, 339, 348, 374
Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) → Bundestag → Bundestagswahlen → Gewerkschaften → Landtag, bayerischer → Landtagswahlen → Regierungsbildung 1950, 1954 → Viererkoalition 3, 20f., 49, 57, 59f., 76f., 81, 83, 85–90, 101, 128, 134, 179, 182, 185, 191, 206f., 208f., 217f., 220ff., 224, 235, 237, 241, 243, 253, 257f., 269, 272f., 276f., 285, 295, 297, 304, 309ff., 327, 338, 342, 349, 359, 370, 373f., 378, 398, 421, 424f., 427, 446, 455, 462f., 469, 475, 489, 524, 532, 545, 554

- SPD und Bayernpartei 272, 475, 520, 524
- SPD und BHE 310, 374, 475, 524, 545
- SPD und CDU 86, 217f.
- SPD und CSU 3, 6, 62, 81, 86, 95, 100f., 128, 143, 182, 185, 190, 192, 194, 261, 268, 273, 279, 282, 284f., 310f., 371, 378, 392, 414, 419, 473f., 477ff., 510, 520, 528, 546
- SPD und FDP 374, 380, 475, 524
- SPD und KPD 349
- Affäre Müller/Auerbach 338, 359
- Deutschlandpolitik 348f.
- Einkommen- und Körperschaftsteuer 322f., 369, 371
- Kreditaffären 453–456
- Nationalsozialismus 54, 70
- Schul- und Kulturpolitik 170, 173, 310, 414, 424, 446, 474,
- Westintegration 217, 222, 346, 348, 363, 372ff., 504
- Wahlergebnisse 20, 59, 87f., 198, 310, 322, 380f., 426, 477, 510f.

Sozialer Helferring → Fall Rindt 246–249, 262, 265f.
Soziales Bauwerk 246
Sozialisierung 75, 90, 191, 217, 234f.
Sozialismus/Sozialisten 5, 52, 78, 80, 191, 269, 311, 353, 368f., 467, 514, 528
Sozialistische Einheitspartei Deutschlands 5, 77, 87f., 90, 216, 223
Sozialistische Reichspartei 286
Soziallehre, christliche 311
Der Spiegel 187, 218, 285, 354, 391, 395f., 400
Staatskanzlei, bayerische 9, 15f., 190, 250, 268, 273, 342, 391, 460, 475, 479, 482, 509, 512

- Presse- und Informationsamt 329, 341

Staatsministerien, bayerische 241, 243

- Arbeitsministerium/Arbeitsminister 81, 179, 464
- Finanzministerium/Finanzminister → Affäre Müller/Auerbach → Fall Metex/Lenz 134f., 241ff., 245, 248, 279, 324, 333, 335, 453, 458ff.
- Innenministerium/Innenminister 159, 179, 196, 256, 259f., 347, 370, 451f., 464, 474, 479
  - Staatssekretär für das Flüchtlingswesen 71
- Justizministerium/Justizminister → Affäre Müller/Auerbach → Fall Metex/Lenz 19, 197, 328f., 331, 336f., 349f., 352f., 355ff., 360f., 363, 422, 459–462, 478, 489
- Kultusministerium/Kultusminister 254, 271f., 341
- Landwirtschaftsministerium/Landwirtschaftsminister 268, 319, 422, 430, 473f., 478f.
- Wirtschaftsministerium/Wirtschaftsminister 83, 193, 255, 260, 276, 318ff., 541
  - Wirtschaftsbeirat 83f.

Staatsregierung, bayerische → Einkommen- und Körperschaftsteuer → Regierungsbildung 1950, 1954 → Viererkoalition 1, 7, 9f., 14, 16f., 19ff., 24, 28, 40f., 44, 58f., 67, 71, 80, 85, 94f., 103, 130ff., 137, 148, 164,

179ff., 188f., 197, 201f., 206–210, 212, 214f., 231, 237f., 241f., 252, 268, 274, 280, 284, 287, 297, 300, 302f., 307, 310f., 320, 322f., 338, 341, 349, 351, 353–357, 359, 365, 369, 378, 435, 437, 444, 446, 459f., 464, 466f., 470, 473, 476–479, 485, 487, 490, 502, 507–510, 513f., 518, 522ff., 527ff., 531, 533, 538f., 543f., 556
Staatsvereinfachung 347
Stände/ständische Idee 24, 83f., 94, 201, 295, 419, 421, 434, 487
Stalin-Noten 347ff.
Steuerpolitik der Bundesregierung → Einkommen- und Körperschaftsteuer 289, 355, 367–370, 505f., 537, 546
– Aufwandsteuer 287–291, 293
– Autobahn- und Verkehrssteuer 288–291, 293, 366
– Luxussteuer 290
– Mineralölsteuer 290
– Tee- und Kaffeesteuer 367
– Umsatzsteuer 289, 291, 293, 326, 366
– Warenhaussteuer 288f., 291
Streiks 268, 316, 363, 446, 473, 478, 554
Sturmabteilung 66, 271
Süddeutsche Zeitung (München) 44, 48, 50ff., 54, 84, 124, 173, 195, 221, 242, 252, 273, 280, 297, 334, 338, 341, 409, 456f., 500
Süddeutsches Handelskontor 342
Süddeutschland 56, 76, 380, 404
Südost-Kurier (Bad Reichenhall) 124, 195, 242
Südtirol 345
Südtiroler Volkspartei 345

Tages-Anzeiger (Regensburg) 448
Telegraf (Berlin) 44
Thüringen 88
Tschechoslowakei 133, 216, 392

Ungarn 426
United Nations 348
United States of America (USA) 70, 89f., 241f., 261, 277, 289f., 292, 312, 314f., 335, 342, 345, 348, 372ff., 383, 387, 549
Universitäten und Hochschulen 97, 490f.

Vatikan 4, 57, 92, 157
Vereinigte Industrie-Unternehmen AG 320, 368f.
Vereinigtes Wirtschaftsgebiet 77, 133f., 253
– Verwaltungsamt und Verwaltungsrat für Wirtschaft 76
– Wirtschaftsrat des Vereinigten Wirtschaftsgebiets 91, 97, 100, 159, 171, 189, 193, 386
– – Kandidaten der CSU 93–97
Verfassung, bayerische 59, 82, 113, 237, 241, 299, 413, 460, 474
Verfassungsgebende Landesversammlung, bayerische 6, 41, 43, 59, 65
Verfassungsgerichtshof, bayerischer 97–100, 217, 241, 270, 433
Vermittlungsausschuß von Bundestag und Bundesrat 326f., 371
Verteidigungsbeitrag 26, 287, 290f., 312–318, 323, 325ff., 350, 363, 389, 504f., 531, 537, 551
Verwaltungsgerichtshof, bayerischer 254, 278
Viererkoalition → Bayernpartei → BHE → FDP → SPD → Regierungsbildung 1954 20f., 464, 475, 477, 490, 512ff., 517, 522, 524f., 527, 543ff., 554
Volkswirtschaftliche Gesellschaft → Christlich-Soziale Union → Parteifinanzen der CSU 436f., 441, 469–473, 480

Wahlabkommen und Wahlbündnisse 10, 190ff., 194, 222, 268, 271–280, 295–298, 393, 413, 419, 425
– Bundestagswahlen 190ff., 194, 222, 393
– – Nachwahlen 253, 268, 277, 295, 297
– Kommunalwahlen 282, 294–298, 354
– Landtagswahlen 268, 271–280, 419, 425
– – Nachwahlen 295
Wählerschaft der CSU → Bundestagswahlen → Kommunalwahlen → Landtagswahlen 11, 53, 63f., 67, 83, 105, 176, 201, 204, 206, 208, 211, 221ff., 226, 236, 277, 279, 284, 294, 322, 354, 370, 374, 380f., 385f., 402f., 407, 417, 423, 425, 470, 504, 525, 528, 541, 543f.
Währungsreform → Parteifinanzen der CSU 8, 16f., 27, 129–136, 138, 160, 162, 166, 174, 176, 186f., 206, 220, 509, 519, 521
Weimarer Republik 4, 52, 81, 217, 275, 369
Weltkriege 5, 85, 242, 267, 314, 348
Westeuropäische Union 465, 498
Westintegration → GKS → EVG → NATO → Verteidigungsbeitrag 26, 287, 312–318, 348, 362f., 365, 371–374, 465, 504, 522, 529, 545, 551
– Deutschland- bzw. Generalvertrag 15, 313ff., 317, 323, 348, 355, 362, 371–374
– Haltung der CSU 313–318, 325, 346, 348

- innenpolitische Auseinandersetzungen 313, 362f., 372ff.
- Petersberger Abkommen 217, 222, 532
- Ratifizierung der West-Verträge 313, 362, 365, 371–374, 389, 428, 498, 504, 522
- Souveränität und Gleichberechtigung 92, 217, 312f., 315ff., 349, 372, 428, 504, 551

Widerstand gegen den Nationalsozialismus 3ff., 40, 50, 60, 70f., 165, 352, 359
Wiederaufbau 241f., 282, 343, 453, 457
Wiedergutmachung 288, 312, 319f., 335, 462
- Entschädigungsgesetz 333, 336, 356
- Feststellungsbescheid 330, 333f., 336f.
- Landesentschädigungsamt, bayerisches → Affäre Müller/Auerbach 18f., 323, 328, 330f., 333, 336f., 340, 356f., 361
- Rückerstattungsgesetz 319
- Sammelstelle 323, 328f., 331ff., 335f., 340ff., 345, 357, 361

Wiedervereinigung (s.a. Deutsche Frage)
Wirtschaft 40, 58, 77f., 81, 83, 85, 90, 92, 159, 171f., 181, 192f., 202f., 213, 215, 219f., 234f., 238f., 241, 249, 255f., 258, 260, 269, 271, 276f., 282, 299, 302, 305ff., 317, 319, 325, 346, 406, 470f., 476, 481–484, 486, 491, 493f., 506, 532, 540, 549, 553
Wirtschaftliche Aufbau-Vereinigung 59, 95, 101, 194, 197f., 201, 205, 214, 222, 252, 266, 274, 276, 284
Wirtschaftsbeirat der Union → Christlich-Soziale Union → Parteifinanzen der CSU 28, 139, 161, 169–172, 191–194, 201ff., 213, 215, 218, 220, 227f., 230f., 233f., 236, 238f., 250f., 258, 276, 289, 319, 343, 439, 441, 458f., 469, 471f., 476, 481, 488f., 491, 494
Wohnungsbau 126, 244, 246, 254–257, 259f., 292, 325, 427
Württemberg-Baden 69f., 77, 79, 134, 209, 336

Young-Plan 316

Zeitungsverlage 60, 92, 161f., 165, 245
Zentralismus/Zentralisten 2, 21, 46, 54f., 74, 177, 182, 191f., 279, 282, 385f., 388, 390f.
Zentralkomitee der befreiten Juden in der US-Zone → Wiedergutmachung 335
Zentrumspartei 55, 75, 91, 298, 315, 426